Die nicht befohlene Wahrheit – (gesellschafts-)politische Stellungnahmen von BEK und PfarrerInnenschaft im Dialog

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie des Fachbereiches 04
der Justus-Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von Beate Lührmann

Gießen 2024

Prodekan: Prof. Dr. Gerson Reuter
1. Berichterstatterin: Prof. Dr. Athina Lexutt
2. Berichterstatter: PD Dr. Volkmar Ortmann
Tag der Disputation: 06.11.2024

Das Leben von Christinnen und Christen als Minderheitenkirche in einem atheistischen Staat hat mich seit dem Seminar *Kirche in der DDR* meiner Doktormutter Prof. Dr. Athina Lexutt nicht mehr losgelassen. Die Dissertation war eine aufregende und manchmal herausfordernde Reise, die es mir ermöglicht hat, die Geschichte der Evangelischen Kirche in der DDR, den Osten Deutschlands und seine Menschen sowie auch mich ganz neu kennenzulernen, zu erfahren und zu erforschen.

Diese umfangreiche und für mich bereichernde Arbeit wäre ohne vielfältige Unterstützung nicht möglich gewesen. Zunächst möchte ich mich bei meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Athina Lexutt bedanken. Durch intensive wertschätzende Gespräche und Rückmeldungen zu verschiedenen Stadien meiner Arbeit ermöglichte sie mir, die Arbeit methodisch und inhaltlich sinnvoll aufzubauen und auszugestalten. Auch danke ich meinem Zweitgutachter Herrn PD Dr. Volkmar Ortmann, der ebenfalls für Rückfragen zur Verfügung stand und dessen wertvolle Hinweise wegweisend für meine Arbeit waren.

Des Weiteren gilt mein Dank meiner Familie, den zahllosen Freundinnen und Freunden sowie auch Kolleginnen und Kollegen. Sie standen mir mit Rat und Tat zur Seite, begleiteten mich durch die Hochs und Tiefs bei der Erstellung der Doktorarbeit, ermutigten mich und lasen zahlreich Korrektur. Es würde zu weit führen, alle diese Menschen namentlich zu nennen, aber ich möchte mich im Besonderen bei meinem guten Freund Christian Laus bedanken. Ohne seinen technischen Support über all die Jahre wäre ich an der Erstellung der Dissertation mit dem Softwarepaket LaTeX verzweifelt. Wie viele Sonderwünsche meinerseits hat er unter großer Anstrengung umgesetzt. Nach all den Jahren kann ich sagen: „It takes a village to finish a dissertation.“

Diese Arbeit wäre aber vor allem nicht ohne das Zutun der Pfarrerinnen und Pfarrer möglich gewesen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben. Matthias Brand, Götz-Ulrich Coblenz, Eberhard Iskraut, Markus Meckel, Christiane Müller und Hans-Georg Rannenberg haben mir nicht nur das Predigtmaterial für meine Arbeit zur Verfügung gestellt, sondern sich auch Zeit für Kommentierungen, persönliche Gespräche und Telefonate sowie E-Mails genommen. Des Weiteren haben sie mich mit Hintergrund- und Zusatzinformationen zu ihren Predigten, aber auch zur Evangelischen Kirche sowie zum Leben in der DDR versorgt. Dies ermöglichte mir vielfältige Einblicke in die damalige Zeit. Ich danke Ihnen ganz herzlich!

Gießen, im März 2025 Beate Lührmann

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung **9**

1.1 Forschungsstand . . . 13
1.2 Methodik . . . 19
1.2.1 Recherche und Auswahl der Materialien . . . 21
1.2.2 Auswahl der Predigten . . . 23
1.2.3 Vorgehen bei der Predigtanalyse . . . 25
1.3 Beteiligte PfarrerInnen und deren Gemeinden . . . 28
1.3.1 Matthias Brand . . . 29
1.3.2 Götz-Ulrich Coblenz . . . 31
1.3.3 Eberhard Iskraut . . . 33
1.3.4 Markus Meckel . . . 36
1.3.5 Christiane Müller . . . 37
1.3.6 Hans-Georg Rannenberg . . . 38

2 1978-1983 **41**

2.1 Spitzengespräch am 6. März 1978 zwischen Honecker und Schönherr . . . 42
2.1.1 Inhalte des Gesprächs . . . 43
2.1.2 Bewertung und Folgen des Gesprächs . . . 44
2.2 Militarisierung der DDR-Gesellschaft . . . 50
2.2.1 Einführung des Wehrunterrichts . . . 50
2.2.2 Wehrdienstgesetz der DDR (1982) und Neuerungen in der Zivilverteidigung . . . 60
2.3 Aufrüstung in Ost und West und Abrüstungsverhandlungen . . . 62
2.3.1 NATO-Doppelbeschluss . . . 64
2.3.2 Auseinandersetzung des BEK mit dem Thema Abrüstung . . . 67
2.4 Friedensbewegung in der DDR . . . 76
2.5 Ökologie, Umweltschutz und Umweltbewegung . . . 82
2.5.1 Internationale und nationale Umweltpolitik der DDR und ihr Umgang mit der aufkeimenden Umweltbewegung . . . 83
2.5.2 Auseinandersetzung des BEK mit dem Thema Umwelt . . . 85

2.6 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 89
2.6.1 Konferenzen des KSZE-Prozesses 89
2.6.2 Auswirkungen der zugesicherten Menschenrechte auf die Ostblockstaaten 96
2.6.3 Auseinandersetzung des BEK mit der Menschenrechtsthematik und der Realisierung der Menschenrechte in der DDR 97
2.7 Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc und die Verhängung des Kriegsrecht in der VR Polen 104
2.7.1 Entwicklungen in der VR Polen von 1980 bis 1983 104
2.7.2 Reaktion des BEK auf die Entwicklungen in der VR Polen 106
2.8 Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen 107
2.8.1 Erhöhung des Mindestumtauschs 108
2.8.2 Reaktionen des BEK auf die Erhöhung des Umtauschsatzes 109
2.9 Zusammenfassung und Einordnung 1978-1983 111
2.10 Iskraut: Predigt vom 8. Mai 1975 (P1Isk1975) 120
2.11 Iskraut: Predigt vom 13. August 1978 (P2Isk1978) 133
2.12 Iskraut: Predigt aus dem Jahre 1979 (P3Isk1979) 142
2.13 Brand: Predigt vom 11. März 1979 (P1Br1979) 149
2.14 Meckel: Predigt vom 7. September 1980 (P1Meck1980) 157
2.15 Brand: Predigt aus dem Jahr 1980 (P2Br1980) 165
2.16 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81) 178
2.17 Iskraut: Taufpredigt aus dem Jahre 1981 (P4Isk1981) 182
2.18 Meckel: Predigt vom August 1981 (P2Meck1981) 195
2.19 Meckel: Predigt vom 2. Advent 1981 (P3Meck1981) 204
2.20 Meckel: Predigt Silvester/Neujahr 1981/82 (P4Meck1981_82) 212
2.21 Coblenz: Predigt vom 9. Mai 1982 (P1Co1982) 218
2.22 Rannenberg: Predigt vom 30. Mai 1982 (P2Ra1982) 227
2.23 Brand: Predigt vom 3. Oktober 1982 (P3Br1982) 236
2.24 Meckel: Predigt vom 7. August 1983 (P5Meck1983) 241
2.25 Zwischenfazit 1978-1983 251
2.25.1 Frieden und Abrüstung 254
2.25.2 KSZE-Prozess 262
2.25.3 Umweltverschmutzung in der DDR und Umweltschutzengagement 263
2.25.4 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte 265
2.25.5 Erhöhung des Mindestumtauschs 266
2.25.6 Christliches Leben in der sozialistischen Gesellschaft der DDR 267
2.25.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges 269
2.25.8 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus 272
2.25.9 Medienlenkung 273
2.25.10 Mauerbau und Gegenwart der Mauer 273

2.25.11 *Solidarnosc* und die Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen 274

3 1984-1986 **275**

3.1 Reise und Ausreise 276

3.1.1 Entwicklungen in der DDR-Gesetzgebung und im staatlichen Umgang mit (Besuchs-)Reise- und Ausreiseanträgen 276

3.1.2 Haltung des BEK zur zunehmenden Zahl an Ausreisewilligen und sein Einsatz für Reiseerleichterungen 279

3.2 Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen 282

3.2.1 Auseinandersetzung mit Frieden und Abrüstung im Rahmen der *Vereinten Nationen* 284

3.2.2 Friedensengagement der DDR und Aktivitäten im *Internationalen Jahr des Friedens* 288

3.2.3 Auseinandersetzung des BEK mit den Themen Frieden und Abrüstung 291

3.3 Fortsetzung des KSZE-Prozesses 305

3.3.1 Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm 305

3.3.2 Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung in Athen 306

3.3.3 Expertentreffen zum Thema Menschenrechte in Ottawa (1985) und Bern (1986) . . 306

3.3.4 Reaktionen des BEK auf die Fortsetzung des KSZE-Prozesses 307

3.4 Weiterentwicklung der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen 311

3.4.1 Die DDR und die kirchlichen Gruppen 313

3.4.2 Der BEK und die kirchlichen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen . . . 316

3.4.3 Auseinandersetzung des BEK mit der Umwelt- und Menschenrechtsthematik . . . 319

3.5 Explosion des Kernkraftwerks in Tschernobyl 329

3.5.1 Umgang der UdSSR und der DDR mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl 329

3.5.2 Reaktionen des BEK auf das Reaktorunfall von Tschernobyl 330

3.6 Zusammenfassung und Einordnung 1984-1986 333

3.7 Coblenz: Predigt vom 29. Januar 1984 (P2Co1984) 344

3.8 Coblenz: Predigt vom 26. August 1984 (P3Co1984) 352

3.9 Müller: Predigt vom 30. September 1984 (P1Mue1984) 359

3.10 Coblenz: Predigt vom 7. Oktober 1984 (P4Co1984) 366

3.11 Iskraut: Predigt vom 7. Oktober 1984 (P5Isk1984) 372

3.12 Brand: Predigt vom 11. November 1984 (P4Br1984) 384

3.13 Müller: Predigt vom 18. November 1984 (P2Mue1984) 391

3.14 Meckel: Predigt vom 3. März 1985 (P6Meck1985) 402

3.15 Brand: Predigt vom 5. Mai 1985 (P5Br1985) 412

3.16 Brand: Predigt vom 4. Mai 1986 (P6Br1986) 423

3.17 Coblenz: Predigt vom 31. Dezember 1986 (P5Co1986) 435

3.18 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1986/87 (P3Ra1986_87) 441

3.19 Zwischenfazit 1984-1986 446

3.19.1 Frieden und Abrüstung 449

3.19.2 Umweltverschmutzung und Umweltengagement 455
3.19.3 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte 456
3.19.4 Reaktorunglück von Tschernobyl 458
3.19.5 Kirchliche (Basis-)Gruppen 458
3.19.6 Christliches Leben in der sozialistischen Gesellschaft der DDR 459
3.19.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges 463
3.19.8 Staat-Kirche-Verhältnis 466
3.19.9 Medienlenkung 467
3.19.10 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus 467
3.19.11 Wahlen in der DDR 469

4 1987-1989 471
4.1 KSZE-Folgetreffen in Wien 471
4.1.1 Inhalte des Abschlussdokuments 472
4.1.2 Die DDR und ihre Haltung zum KSZE-Folgetreffen in Wien 474
4.1.3 Bewertung des KSZE-Folgetreffens von Wien durch den BEK 476
4.2 Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen 477
4.2.1 Unterzeichnung des Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrages 477
4.2.2 Friedens- und Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses 478
4.2.3 Dritte UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung 479
4.2.4 Friedenspolitik der DDR und die Reaktionen des SED-Staates auf die Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen 479
4.2.5 Friedensbestrebungen des BEK und dessen Bewertung der Abrüstungsverhandlungen 481
4.3 Weiterentwicklung der Ausreisebewegung bis zum Fall der Mauer 484
4.3.1 Reaktionen der DDR auf die Ausreisebewegung 485
4.3.2 Einschätzung und Umgang des BEK mit den Ausreisewilligen und der Ausreisebewegung 488
4.4 Gorbatschows politische Neuausrichtung der UdSSR und deren Einfluss auf die DDR . . . 492
4.4.1 Perestroika und Glasnost 492
4.4.2 Neuausrichtung der Außenpolitik der UdSSR 493
4.4.3 Reaktionen der DDR auf die politische Neuausrichtung der UdSSR 495
4.4.4 Reaktionen des BEK auf die politischen Entwicklungen in der UdSSR 496
4.5 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen 499
4.5.1 Gründe für das Erstarken der Basisgruppen 499
4.5.2 Die DDR und die kirchlichen Gruppen 508
4.5.3 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik der DDR 510
4.5.4 Der BEK und die kirchlichen Gruppen 512
4.5.5 Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses sowie der innerkirchlichen Situation mit Erstarken der kirchenansässigen Gruppen 520

4.6 Kommunalwahlen im Mai 1989 . . . 526
4.6.1 Reaktionen des BEK auf die anstehenden Wahlen und den nachgewiesenen Wahlbetrug . . . 527
4.7 Entwicklungen in der DDR im Herbst 1989 . . . 529
4.7.1 Demonstrationen im Herbst 1989 und der staatliche Umgang mit den DemonstrantInnen . . . 530
4.7.2 Die Formierung der Bürgerrechtsbewegungen . . . 533
4.7.3 Der BEK im Herbst 1989 . . . 537
4.8 Zusammenfassung und Einordnung 1987-1989 . . . 543
4.9 Meckel: Predigt vom 9. August 1987 (P7Meck1987) . . . 550
4.10 Rannenberg: Predigt vom 24. April 1988 (P4Ra1988) . . . 557
4.11 Coblenz: Predigt vom 5. Juni 1988 (P6Co1988) . . . 566
4.12 Coblenz: Predigt vom 26. Juni 1988 (P7Co1988) . . . 572
4.13 Coblenz: Predigt vom 25. September 1988 (P8Co1988) . . . 578
4.14 Iskraut: Predigt vom 16. Oktober 1988 (P6Isk1988) . . . 585
4.15 Iskraut: Beerdigungspredigt vom 8. November 1988 (P7Isk1988) . . . 592
4.16 Brand: Predigt aus dem Jahr 1988 (P7Br1988) . . . 603
4.17 Brand: Predigt vom 4. Dezember 1988 (P8Br1988) . . . 612
4.18 Brand: Predigt von Silvester 1988 (P9Br1988) . . . 625
4.19 Coblenz: Predigt vom 27. August 1989 (P9Co1989) . . . 633
4.20 Brand: Predigt vom 3. September 1989 (P10Br1989) . . . 640
4.21 Iskraut: Predigt vom 8. Oktober 1989 (P8Isk1989) . . . 646
4.22 Brand: Predigt vom 15. / 31. Oktober 1989 (P11Br1989) . . . 654
4.23 Brand: Predigt vom 22. Oktober 1989 (P12Br1989) . . . 663
4.24 Rannenberg: Predigt vom 22. Oktober 1989 (P5Ra1989) . . . 670
4.25 Iskraut: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P9Isk1989) . . . 682
4.26 Müller: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P3Mue1989) . . . 691
4.27 Rannenberg: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P6Ra1989) . . . 699
4.28 Brand: Predigt vom 5. November 1989 (P13Br1989) . . . 709
4.29 Iskraut: Predigt 5. November 1989 (P10Isk1989) . . . 717
4.30 Müller: Predigt vom 5. November 1989 (P4Mue1989) . . . 728
4.31 Zwischenfazit 1987-1989 . . . 734
4.31.1 Ausreisebewegung . . . 737
4.31.2 Grenzverletzung . . . 739
4.31.3 Reformbestrebungen Gorbatschows . . . 740
4.31.4 Staatssicherheitsdienst . . . 741
4.31.5 Staat-Kirche-Verhältnis . . . 742
4.31.6 Innerkirchliche Spannungen . . . 743

4.31.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges . . . 744
4.31.8 Rassismus und Antisemitismus . . . 746
4.31.9 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus . . . 747
4.31.10 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte . . . 749
4.31.11 Medienlenkung . . . 752
4.31.12 Umweltverschmutzung und Umweltengagement . . . 752
4.31.13 Frieden und Abrüstung . . . 753
4.31.14 Erörterung gesellschaftspolitischer Entwicklungen zum Ende der DDR . . . 754
4.31.15 Kirche und ChristInnen zum Ende der DDR . . . 759

5 Fazit – Verkündigung der nicht befohlenen Wahrheit in der DDR 768

6 Anhang 787
6.1 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81) . . . 787
6.2 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1986/87 (P3Ra1986_87) . . . 792
6.3 Eigenständigkeitserklärung . . . 797

Literaturverzeichnis 799

Kapitel 1

Einleitung

Der 1969 auf dem Gebiet der Deutschen Demoraktischen Republik (DDR) gegründete *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* (BEK) mit seinen acht Gliedkirchen sah seinen kirchlichen Auftrag in „Verkündigung, Seelsorge und Dienst“[1]. Im Selbstverständnis „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“[2] in der DDR stellte er sich, wie schon die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD) 1948, in seiner Ordnung 1969 in die Tradition der *Barmer Theologischen Erklärung*.[3] Darin wird der Auftrag der Kirche wie folgt definiert: „Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“[4] Gleichzeitig betonte die *Barmer Theologische Erklärung* die Verpflichtung gegenüber dem Wort und Willen Gottes in allen Lebensbereichen und wies eine Anpassung des Evangeliums an die „jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen“[5] als falsch zurück. Gemäß ihrem Auftrag ist die evangelische Kirche – ohne Streben nach politischer Macht[6] – somit zum Dienst in der Welt und an der oder dem Nächsten verpflichtet, muss alle Bereiche des weltlichen Lebens im Lichte des Evangeliums betrachten und in ihnen handeln. Dabei geht es im Besonderen um Parteinahme für die Menschen, die der Unterstützung anderer bedürfen. Kirche kann also nicht passiv bleiben oder Widersprüche zwischen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten

[1] GROßE: Einspruch, 259; vgl. auch Anlage: Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1969, Artikel 1 (2), 2 (1) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 2.

[2] Sachstandsbericht des Themensausschusses der Bundessynode in Eisenach zum Thema: Kirche für andere – Zeugnis und Dienst der Gemeinde vom 6. Juli 1971 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 45f; Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes im Juli 1971 in Eisenach in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 172f.

[3] Vgl. Anlage: Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1969, Artikel 1 (3) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 2; Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 13. Juli 1948, Art. 1 (2), https://www.kirchenrecht-ekd.de/document/3435 (08.01.2023).

[4] Die Barmer Theologische Erklärung, These VI, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

[5] Die Barmer Theologische Erklärung, These III, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020); vgl. auch SCHÖNHERR: Predigt und Fragen der Zeit, 382; STOLLBERG: Predigt praktisch, 18.

[6] Vgl. Die Barmer Theologische Erklärung, These IV, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

sowie dem Wort und Willen Gottes unkommentiert lassen. Die Institution Kirche und ihre Mitglieder müssen Mittel und Wege finden, um ihre christliche Sichtweise in Politik und Gesellschaft einzubringen.[7] Dadurch nimmt die Kirche „am öffentlichen Diskurs über die Zukunft [einer] Gesellschaft"[8] teil, wird als „eigene Öffentlichkeit"[9] sichtbar und nimmt ihren Öffentlichkeitsauftrag wahr. Dies kann „im Blick auf die Gesellschaft stabilisierende, kritisch-diskursive oder formativ-verändernde Funktion gewinnen."[10]

Auf Leitungs- und Synodalebene erfüllen offizielle Stellungnahmen und Bekenntnisschriften den Zweck der Teilhabe am Diskurs in Politik und Gesellschaft. PfarrerInnen steht vorrangig die (politische) Predigt zur Verfügung. Der Predigt wird in der *Barmer Theologischen Erklärung* als Mittel zur Auftragserfüllung der Kirche ein besonderer Wert zugesprochen.[11] In der Predigt treten die PfarrerInnen in den direkten Austausch mit den Gemeindemitgliedern und bezeugen und verkündigen in die Lebensumstände der Gemeinden hinein das Evangelium. Auf Leitungs- und Synodalebene formulierte Stellungnahmen und Bekenntnisse können dabei in die Gemeinden hineingetragen werden und dadurch an Bedeutung gewinnen. Im Sinne des Dienstes regen die PfarrerInnen mit ihren Predigtausführungen die Gemeindemitglieder zur (Selbst-)Reflexion, zum Diskurs untereinander und mit der Gesellschaft sowie zum Handeln an. Erst durch den Einsatz der Gläubigen in Gemeinschaft kann Kirche ihrem Auftrag entsprechend ihre gesellschaftspolitische Wirkung entfalten.[12]

Die Existenz des BEK, seiner Gliedkirchen, der Gemeinden und der PfarrerInnen in einer politischen Ordnung mit atheistischer Ausrichtung erschwerte das Wirken und Handeln in Politik und Gesellschaft im Sinne des kirchlichen Auftrages. Sozialismus und Kommunismus hatten die Befreiung des Proletariats zum Ziel. Da Karl Marx Religion als Stabilisatorin und Verfechterin der „Notwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse"[13] verstand, sah er in der „Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes [...] die Forderung seines wirklichen Glücks."[14] Dies schlug sich auch in der Kirchenpolitik der DDR nieder. In der ersten *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik* (DDR) von 1949 galten Religionsgemeinschaften noch als Körperschaften des öffentlichen Rechts und erhielten neben freier

[7] Vgl. DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 181; DELEKAT: Die politische Predigt, 13; ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 296, 299; Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen (1970) in: KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND (Hg.): Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I/I. Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, 46ff; Dantine zitiert nach SCHÖNHERR: Predigt und Fragen der Zeit, 391.

[8] NEIJENHUIS: Die Predigt als Zeichen, 207; vgl. auch ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 449; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 155.

[9] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 143.

[10] AaO, 168; vgl. auch DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 179ff; ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 41, 449; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 143, 155, 172, 179; NEIJENHUIS: Die Predigt als Zeichen, 208.

[11] Vgl. Die Barmer Theologische Erklärung, These VI, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

[12] Vgl. BURBACH: Argumentation in der politischen Predigt, 41; DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 175, 180; ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 26f, 31, 294, 298, 303f, 306, 308; Anlage: Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1969, Artikel 1 (2), 2 (1) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 2; Sachstandsbericht des Themensausschusses der Bundessynode in Eisenach zum Thema: Kirche für andere – Zeugnis und Dienst der Gemeinde vom 6. Juli 1971 in: aaO, 45ff; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 144ff, 156ff; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 13; SCHWIER: Ethisch predigen heute, 25; Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes im Juli 1971 in Eisenach in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 172f.

[13] Marx: Der Kommunismus des „Rheinischen Beobachters" in: MARX/ENGELS: Über Religion, 73.

[14] Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: aaO, 89.

Religionsausübung und dem Schutz durch den Staat die Zusicherung, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung [...] nehmen“[15] zu dürfen. Die überarbeitete Verfassung von 1968 hingegen sicherte nur noch die Rechte auf ein verfassungskonformes Bekenntnis zur Religion und Religionsausübung zu. Die rechtliche Grundlage der Religionsgemeinschaften wurde somit stark eingeschränkt. Mit dem Zusatz „Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden“[16] wurden die Kirchen in die Position der Bittstellerinnen gedrängt und an den Verhandlungstisch gezwungen. Gespräche zwischen kirchlichen und staatlichen VertreterInnen zu unterschiedlichen Themen waren aber nicht „dialogisch und partnerschaftlich“[17]. Selten bis gar nicht mündeten sie in Abkommen mit rechtlicher Verbindlichkeit.[18] Des Weiteren versuchte man auch, durch „die Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts, die Einführung der Jugendweihe [und] die [Beeinträchtigung der] kirchliche[n] Jugendarbeit“[19] den Einflussbereich der Kirchen zu beschränken. Abgesehen von der offiziellen betrieb das Regime der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) auch eine inoffizielle Kirchenpolitik mit Bespitzelung, Zersetzung und Beeinflussung von Einzelpersonen sowie der Institution Kirche durch inoffizielle MitarbeiterInnen des *Ministeriums für Staatssicherheit* (MfS).[20] Der SED-Staat bewertete die Verhaltensweisen der Kirchen im Hinblick auf ihre Konformität mit oder ihre Abweichung von den politischen Standpunkten der DDR. Jedes Abweichen von der offiziellen Linie der Partei wurde als Systemkritik gewertet. Nach Joachim Gauck, ehemaliger Bundespräsident und Pfarrer in der DDR, bejahte man im Bekenntnis zum Glauben aber automatisch eine andere als die vom Staat vorgegebene Wahrheit: „Anders als die elterliche oder die staatliche Autorität bot der Glaube die Möglichkeit, sich einer Wahrheit anzuvertrauen, die von niemandem befohlen und von niemandem genommen werden konnte.“[21] Dem Glauben wohnte somit eine Freiheit inne, die sonst im Staat der DDR nicht gegeben war. Diese andere Wahrheit musste eine unabhängige und dann vielleicht auch eine alternative Interpretation der Wirklichkeit nach sich ziehen. Aus der Sicht des Staates war dies, wie die ehemaligen Pfarrer und Politiker Markus Meckel und Martin Gutzeit bemerken, sofort verdächtig: „Schon von der staatlichen Ideologie und Haltung abweichende Interpretationen der Wirklichkeit machten einen sofort zum Staatsfeind.“[22] Kirchliche Haltungen und Handlungen wurden somit entweder als Zustimmung zum SED-Regime oder als Feindseligkeit gegenüber dem Staat bzw. Unterstützung des Gegners gewertet. Dies wiederum beeinflusste und lenkte den staatlichen Umgang mit dem BEK und seinen Gliedkirchen.[23] Somit konnten sich die Kirchen – genauso wenig wie die BürgerInnen – zu keinem Zeitpunkt in der 40-jährigen Geschichte der DDR unpolitisch zum SED-Regime verhalten.

[15] Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, Artikel 41 (2), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html (25.05.2020).

[16] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 39 (2), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[17] NEUBERT: Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht, 332.

[18] Vgl. aaO, 331.

[19] VON SCHELIHA: Protestantische Ethik des Politischen, 192; vgl. auch MASER: Genossen beten nicht, 145, 149.

[20] Vgl. BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 134; FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 33, 40, 43f.; GOERNER: Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen, 61; GOERNER: Die Behandlung der Kirchenpolitik, 154; GROßE: Einspruch, 646; KRÖTKE: Das beschädigte Wahrheitszeugnis, 407f; MASER: Genossen beten nicht, 133; NEUBERT: Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht, 335; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 233, 247, 258f; SCHRÖTER: Bearbeitung der Landeskirche Berlin-Brandenburg, 222f.; VOLLNHALS: Kirchenpolitische Abteilung des MfS, 79f, 96, 118; BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 131.

[21] GAUCK: Winter im Sommer, 104.

[22] MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 39.

[23] Vgl. ebd.

Der BEK hat sich aus einem christlich-theologischen Blickwinkel und auf vielfältige Weise zu politischen und gesellschaftspolitischen Ereignissen auf nationaler und internationaler Ebene geäußert. In dieser Arbeit sollen diese Anschauungen den pastoralen Positionierungen in ausgewählten Predigten aus den Jahren 1978 bis 1989 gegenübergestellt werden. Dazu gilt es, die historischen Ereignisse auf nationaler und internationaler Ebene und damit den aktuellen politischen Diskurs nachzuvollziehen. Die Standpunkte des BEK sollen vor dem Hintergrund der Stellungnahmen der internationalen Ökumene sowie der überstaatlichen Organisationen, den *Vereinten Nationen* und der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE), herausgearbeitet und mit denen in den Predigten verglichen werden. Diese Arbeit bewegt sich somit im Dreieck von nationalem und internationalem historischen Kontext, Stellungnahmen des BEK und den gehaltenen Predigten.

Wenn in dieser Arbeit von Standpunkten des BEK die Rede ist, ist zu berücksichtigen, dass der BEK eine Dachorganisation darstellte. Die zugehörigen acht Gliedkirchen konnten auf ihren Gebieten sehr unabhängig agieren. Sie nahmen auch vom BEK abweichende Standpunkte ein, die in dieser Arbeit an prominenter Stelle Berücksichtigung finden werden. Darüber hinaus stimmten VertreterInnen aller Gliedkirchen zwar in der *Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen* (KKL), dem obersten Entscheidungsorgan des BEK, über öffentliche Verlautbarungen ab. Da diese aber demokratisch organisiert war, galt das Mehrheitsprinzip. Dokumente zu den Diskussionen sowohl innerhalb der KKL als auch innerhalb der Bundessynode zu verschiedenen Ereignissen oder Gegebenheiten zeigen eine Varianz von Standpunkten, die sich in den öffentlichen Verlautbarungen nicht wiederfindet.[24] Ein offiziell kommunizierter Standpunkt des BEK kann somit nicht auch als Standpunkt aller Gliedkirchen, aller Einzelpersonen in der KKL oder aller Einzelmitglieder des BEK verstanden werden – der BEK war vielstimmiger, als er nach außen hin erschien. Diese Vielstimmigkeit gilt es in der Analyse der Predigten zu untersuchen und sichtbar zu machen.

Aus der sogenannten „Wendezeit“ der DDR sind viele Predigten bekannt, die, aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse, intensiv die politischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten behandeln.[25] Der Journalist Uwe Funk spricht davon, „daß gerade Ende der achtziger Jahre mancher Gottesdienst eher einer politischen Manifestation glich“[26]. Deshalb liegt der primäre Fokus dieser Untersuchung auf den vorangegangenen Jahren ab dem Jahr 1978, in dem das Spitzengespräch zwischen Honecker und Schönherr stattfand und eine neue Etappe des Staat-Kirche-Verhältnisses einleitete. Es wird den Fragen nachgegangen, inwiefern Bewertungen politischer und gesellschaftspolitischer Themen vor dem Hintergrund eines christlich-theologischen Selbstverständnisses in Predigten vorgenommen wurden und ob sie sich mit den vom BEK bezogenen Standpunkten decken oder von ihnen abweichen.

[24] Vgl. hier z.B. Vierter Tagung in Züssow 24. bis 28. September 1976 (Tonbandnachschrift des Verhandlungsprotokolls), EZA 101/5340.

[25] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 131; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung; PELZ: Revolution auf der Kanzel.

[26] FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 24.

1.1 Forschungsstand

Vor dem Hintergrund der bereits existierenden (kirchen-)geschichtlichen Forschung zum BEK und zu Analysen von Predigten aus der Zeit der DDR soll im Folgenden das Novum dieser Arbeit für die Kirchengeschichtsforschung der DDR herausgestellt werden.

Schon Anfang der 1980er Jahre begann die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Situation des BEK und seiner Gliedkirchen in der DDR. Der westdeutsche Journalist Reinhard Henkys gab den Sammelband *Die evangelischen Kirchen in der DDR: Beiträge zu einer Bestandsaufnahme* heraus, in dem unter anderem die Diakonie, die Jugendarbeit, das ökumenische Engagement der evangelischen Kirchen und das Staat-Kirche-Verhältnis beleuchtet wurden.[27] Der westdeutsche Politikwissenschaftler Horst Dähn veröffentlichte 1982 die Monographie *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980*, in der er die Konfliktfelder und Kooperationen von Kirche und Staat seit Ende des 2. Weltkrieges gegenüberstellte.[28]

Nach der Wende rückte besonders das Staat-Kirche-Verhältnis und die Einflussnahme der Staatssicherheit auf die Institution Kirche im Allgemeinen und ihre Mitglieder im Speziellen in den Fokus des Interesses. 1990 entstand z.B. *The Lutheran Church and the East German State* des Politikwissenschaftlers Robert F. Goeckel und 1992 *Gratwanderung. Gedanken über den Weg des Bundes der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik* des ehemaligen KKL-Vorsitzenden Albrecht Schönherr. Goeckel zeichnete die Geschichte der Evangelischen Kirche ab 1945 in der *Sowjetischen Besatzungszone* (SBZ) und der DDR nach und betrachtete die Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses. Schönherr beleuchtete aus dem Blickwinkel eines ehemaligen Kirchenleitenden das Dasein des BEK in der DDR-Gesellschaft, dessen Aufbau, Auftrag sowie Haltung zum Staat.[29] Uwe Funk schilderte 1992 in *DDR-Kirchenpolitik zwischen ideologischem Anspruch und politischer Wirklichkeit* die Ziele der DDR-Kirchenpolitik, das konkrete Vorgehen und die verschiedenen Faktoren, die die Kirchenpolitik der DDR bestimmten und beeinflussten. Er konstatierte ein starkes Einlassen der evangelischen Landeskirchen auf den Staat, forderte aber eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Gründen, um daraus resultierend eine Beurteilung der Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR vorzunehmen.[30] Das umfangreichste, ein dreibändiges Werk brachte Mitte der 1990er Jahre der Theologe und Historiker Gerhard Besier mit *Der SED-Staat und die Kirche* heraus.[31] Er thematisierte die politische Ausrichtung des BEK und der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) sowie deren enge Beziehung. Darüber hinaus fokussierte sich Besier besonders auf die Unterwanderung des BEK und seiner Gliedkirchen durch die Staatssicherheit.[32] Der nicht nur bei Besier anklingende Vorwurf der Vereinnahmung der Kirche und der Kooperation mit dem Staat veranlasste die Forschung zu einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Aspekt. Laut der Theologin Veronika Albrecht-Birkner strebten viele auf Besiers Werk folgende Veröffentlichungen nach

[27] Vgl. HENKYS (Hg.): Die evangelischen Kirchen in der DDR.
[28] Vgl. DÄHN: Konfrontation oder Kooperation.
[29] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church; SCHÖNHERR: Gratwanderung.
[30] Vgl. FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 8ff, 66f.
[31] Vgl. BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1945-1969; BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990; BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991.
[32] Vgl. BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 11ff; BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991, IXff.

einer „Abwehr der von Besier erhobenen pauschalen Vorwürfe“[33], in jedem Fall schien man auf eine Relativierung abzuzielen. Hier sei auf das Sammelwerk *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit – Eine Zwischenbilanz* sowie die Monographie *Eingebunden in den Realsozialismus?* verwiesen.[34] Im ersten Werk wurden die staatlichen, in die Kirchenpolitik involvierten Institutionen dargestellt und die Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Kirchen beleuchtet. Auch die Aufarbeitung dieser staatlichen Unterwanderung durch die Landeskirchen wurde erörtert und eine Vertiefung dieser Thematik gefordert. Durch die Benennung von Namen und Zahlen wurde das Ausmaß der Unterwanderung der Landeskirchen Thüringen und Berlin-Brandenburg offengelegt und die Diskussion darüber versachlicht. Man diagnostizierte eine Anpassung der Landeskirchen an den Staat. Unter dem wiederholten Verweis auf die demokratische Struktur der Landeskirchen zeigte man aber die Schwierigkeit des MfS auf, die Landeskirchen in Gänze unter seine Kontrolle zu bringen und zu lenken.[35] Der Theologe Rudolf Mau betrachtete in *Eingebunden in den Realsozialismus?* neben der Einbindung von ChristInnen in den Staat den bleibenden Widerstand der Kirche als Institution. Er widersprach auch der Einschätzung, die Evangelische Kirche hätte durch die Unterdrückung systemkritischer Stimmen zum Erhalt des SED-Regimes beigetragen.[36] 2009 setzte sich Superintendent Ludwig Große in *Einspruch! Das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit im Spiegel gegensätzlicher Überlieferungen* mit seiner eigenen Akte der Staatssicherheit auseinander und zeigte, inwiefern Ereignisse von den MitarbeiterInnen der Staatssicherheit verzerrt oder verfälscht wiedergegeben wurden und von seiner eigenen Wahrnehmung abwichen.[37] Wie schon der Pfarrer Walter Schilling in *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit* betonte auch Große, dass die alleinige Registrierung von Personen als inoffizielle MitarbeiterInnen durch das MfS nicht ausreiche, um sie als MitarbeiterInnen des Staates zu diskreditieren. Vielmehr müssten die Gründe für die Zusammenarbeit mit dem MfS und das Ausmaß betrachtet werden, um eine angemessene Beurteilung vornehmen zu können.[38]

Die Historikerin Katharina Kunter nahm den Konziliaren Prozess in den Blick und betrachtete anhand dessen in *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume* das christlich geprägte Gerechtigkeitsverständnis in der DDR und der BRD sowie dessen Auswirkungen auf das gesellschaftspolitische Engagement und die Wahrnehmung von Sozialismus und Demokratie. Zu diesem Zweck stellte sie den internationalen Vorlauf des Konziliaren Prozesses detalliert dar und betrachtete die Relevanz des ökumenischen Engagements der evangelischen Kirche für den SED-Staat, die KirchenvertreterInnen und die Gemeinden. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR hätte einen Diskussionsrahmen für fehlende Gerechtigkeit auf gesellschaftlicher Ebene der DDR ermöglicht, der – wie auch der gesamte Konziliare Prozess – das christliche, gesellschaftspolitische Engagement beförderte. Eine Gegenüberstellung der Inhalte der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* und der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR sowie der Stellungnahmen

[33] ALBRECHT-BIRKNER: Freiheit in Grenzen, 18f.

[34] Vgl. MAU: Eingebunden; VOLLNHALS (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit.

[35] Vgl. GOECKEL: Thesen, 40; KRÖTKE: Das beschädigte Wahrheitszeugnis, 408, 411; NEUBERT: Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht, 338; NOWAK: Der historische Kontext, 23ff, 27; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 211ff, 262; SCHRÖTER: Bearbeitung der Landeskirche Berlin-Brandenburg, 191ff; VOLLNHALS (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit.

[36] Vgl. MAU: Eingebunden, 73.

[37] Vgl. GROßE: Einspruch.

[38] Vgl. aaO, 419f; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 214.

des BEK findet nicht statt.[39] Kunter diagnostizierte „ein breites Spektrum protestantischer Gerechtigkeitsvorstellungen“[40], die die Einschätzung des Endes der DDR und des Daseins in der demokratischen BRD entschieden beeinflussten. Besonders für ProtestantInnen in der BRD und der DDR, „für die der konziliare Prozess eine Möglichkeit zur Realisierung eines demokratischen Sozialismus gewesen war, wurde das Ende der DDR zu einem zerbrochenen Traum.“[41]

Ein allgemeinerer Zugang zur Geschichte des BEK und seiner Gliedkirchen wurde 2005 von Rudolf Mau und 2018 von Veronika Albrecht-Birkner gewählt. In *Der Protestantismus im Osten Deutschlands* zeichnete Mau die Geschichte der Evangelischen Kirchen in der DDR von 1945 bis 1990 nach, darüber hinaus skizzierte er aber auch das erneute Zusammenwachsen von BEK und EKD nach dem Ende der DDR. Im Zuge dessen befasste er sich mit der kirchlichen Auseinandersetzung mit den Menschenrechten und bezog sich auf die Inhalte der *Schlussakte von Helsinki*. Auch die Debatte um Nachrüstung und die Entwicklung der Friedensbewegung in Ost- und Westdeutschland wurde thematisiert. Der Fokus lag aber weniger auf einer detaillierten Darstellung der Inhalte internationaler Debatten und Dokumente sowie der Stellungnahmen des BEK als auf den damit einhergehenden innerkirchlichen Entwicklungen und dem Staat-Kirche-Verhältnis.[42] In Veronika Albrecht-Birkners Werk *Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR* wählte die Autorin einen „iterativ[en]“[43] Zugang, um verschiedene Perspektiven auf die „Geschichte des Protestantismus in der DDR“[44] darzustellen. Mit der dadurch bereitgestellten „Mehrperspektivität“[45] reagierte Albrecht-Birkner auf die große Varianz an Erinnerungen an die Geschichte der Kirchen in der DDR sowie die Fokussierung auf das Staat-Kirche-Verhältnis und die Diskussion um die „mutmaßlich 'richtige' Position zum SED-Staat“[46] in der Forschung. Neben der Kirchenpolitik erfahren die einzelnen Landeskirchen, die Freikirchen in der DDR sowie das internationale ökumenische Engagement der protestantischen Kirchen nähere Betrachtung.[47]

In den 1980er und 1990er Jahren wurden auch verschiedene Dokumentensammlungen zum und teilweise vom BEK publiziert. Die ausgewählten Dokumente sind dabei entweder thematisch oder chronologisch sortiert, in einigen Fällen kommentiert, es findet aber keine ausführliche Einbettung in den historischen Kontext statt.[48] Frederic Hartwegs Dokumentensammlung *SED und Kirche* stellt die staatliche Sicht auf die Beziehung zum BEK und seinen Gliedkirchen dar.[49]

Viele Pfarrer und Kirchenvertreter setzten sich in Biographien mit dem eigenen Wirken in der DDR, im Besonderen zur sogenannten „Wendezeit“, auseinander. Hier sind beispielhaft die Namen Reiner Ep-

[39] Vgl. KUNTER: Erfüllte Hoffnungen, 16f, 35ff, 79ff, 136ff, 272f.
[40] AaO, 274.
[41] AaO, 276.
[42] Vgl. MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 122f, 160f.
[43] ALBRECHT-BIRKNER: Freiheit in Grenzen, 7.
[44] Ebd.
[45] Ebd.
[46] AaO, 16; vgl. auch aaO, 15ff.
[47] Vgl. aaO, 8, 82ff, 175ff, 200ff.
[48] Vgl. Dokumente aus EZA 101/109, 101/629-631, 101/686-688, 101/1220, 101/1829, 101/2820, 101/2965, 101/3064, 101/3068, 101/3071-3073, 101/4829-4830, 101/5274, 101/5340, 101/5394; BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs; DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung; FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1; FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2; SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft.
[49] Vgl. HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 1; HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2.

pelmann, Heino Falcke, Christian Führer, Joachim Gauck, Markus Meckel und Friedrich Schorlemmer zu nennen.[50]

Wurde in den Biographien die Bedeutung des Einsatzes einzelner Mitglieder der Kirche für die Umbrüche 1989 hervorgehoben, so wurde auch die Relevanz der Institution Kirche und der sich in den Kirchen entwickelnden oppositionellen Gruppen für die Entwicklungen in der DDR 1989 in der Forschung intensiv betrachtet. Die Werke *Turning Prayers into Protest* und die *Geschichte der Opposition* zeichneten die Entwicklung der innerkirchlichen Gruppen hin zu den Bürgerbewegungen gegen Ende der DDR nach.[51] Die Friedensarbeit der Kirche wurde von den Pfarrern Markus Meckel und Martin Gutzeit in *Opposition in der DDR* sowie der Literaturwissenschaftlerin Sina-Christin Wilk in *Als die Kirche dem Volk eine Stimme verlieh* genauer in den Blick genommen. Während Meckel und Gutzeit eine kommentierte Sammlung an Dokumenten zu diesem Thema anboten, beschäftigte sich Wilk mit den Auswirkungen der kirchlichen Friedensarbeit auf die sogenannte Wende.[52]

Wie die obigen Ausführungen zeigen, liegt der Fokus der meisten Werke zur Geschichte des BEK und seiner Gliedkirchen auf der Situation der Kirchen in einem atheistischen Staat, den innerkirchlichen Vorgängen und dem Staat-Kirche-Verhältnis. Nationale Ereignisse, die nicht von den Kirchen ausgingen, wie z.B. die Geldumtauschregelung, werden erwähnt, wenn sie für das Staat-Kirche-Verhältnis eine Rolle spielten oder einen Konflikt zwischen Staat und Kirche hervorriefen. Der internationale Kontext wird fast vollständig ausgeklammert. Bis auf internationale ökumenische Entwicklungen werden internationale Ereignisse lediglich erwähnt oder angerissen; eine ausführliche Darstellung oder Erörterung findet nicht statt. Das Wissen um sie wird weitgehend vorausgesetzt. Die sogenannte „Wendezeit“ hat hier einen Sonderstatus inne, da die Entwicklungen in der DDR nicht ohne die internationalen Entwicklungen – vor allem in den anderen, reformorientierten Ostblockstaaten – zu verstehen sind. In dem in dieser Arbeit den Predigten vorangestellten historischen Kontext soll es deshalb zu einer Verknüpfung von historischem Kontext sowie Standpunkten und Reaktionen des BEK kommen. Erst durch die Einbettung der Dokumente in einen größeren als allein den kirchlichen Kontext können diese im Hinblick auf ihre Nähe und Distanz nicht nur zum Standpunkt der DDR, sondern auch zur internationalen Debatte untersucht und eingeordnet werden. Dabei bewegt sich die vorliegende Arbeit auf der Folie des Staat-Kirche-Verhältnisses, das in den meisten Werken im Fokus steht. Es soll hier aber keine nähere Auseinandersetzung erfahren.

Der zweite Teil dieser Arbeit umfasst die Analyse von Predigten im Hinblick auf Bezüge zum historischen Kontext, Bewertungen von und Positionierungen zu politischen und gesellschaftspolitischen Themen sowie den Vergleich mit den vorab dargestellten Standpunkten des BEK.

Während und nach dem Ende der DDR wurden verschiedene Predigtsammlungen veröffentlicht, die

[50] Vgl. EPPELMANN: Fremd im eigenen Haus; FALCKE: Einmischungen; FÜHRER: Und wir sind dabei gewesen; GAUCK: Winter im Sommer; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten; SCHORLEMMER: Klar sehen und doch hoffen. Des Weiteren können genannt werden: Werner Braunes Werk *Abseits der Protokollstrecke: Erinnerungen eines Pfarrers an die DDR* und *Die Macht der Kerzen: Erinnerungen an die Friedliche Revolution* von Werner Krätschell (Vgl. BRAUNE: Abseits der Protokollstrecke; KRÄTSCHELL: Die Macht der Kerzen.).

[51] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest; NEUBERT: Geschichte der Opposition.

[52] Vgl. MECKEL/ GUTZEIT: Opposition in der DDR; WILK: Als die Kirche dem Volk eine Stimme verlieh.

aber keine Analysen des Predigtmaterials beinhalteten. Beispielsweise kann hier auf die Predigtsammlung *Predigten in den Kirchen der DDR* von 1973 verwiesen werden, in der die Predigten als „ein Ringen um das Wort der Bibel im Kontext einer sozialistischen Gesellschaft“[53] und als „[e]in aktuelles politisches Zeugnis der Kirchen in der DDR“[54] beschrieben werden. In der Predigtsammlung *Schalom – Gedanken zum Frieden aus biblischer Sicht* von 1989 geht es darum, „die zentralen Themen der biblischen Botschaft, Frieden und Gerechtigkeit, auf neue, nicht selten provozierende Weise zu durchdenken.“[55]

Analysen von Predigten aus der Zeit der DDR hinsichtlich ihrer Bezüge zu politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sind vornehmlich für die Zeit der sogenannten „Wende“ zu finden.

1996 untersuchte Karl-Hermann Kandler in *Situationsbezogene Verkündigung. Die Predigt während der „Wende“ 1989/90 in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen* die Predigtpraxis 1989 und 1990. Er betrachtete die Predigtausführungen „in drei Themenkomplexen zusammengefaßt [...]; in einem ersten werden vor allem 'äußere Faktoren' beschrieben, in einem zweiten werden die 'christlichen Antworten' darauf zu Wort kommen, in einem dritten, kürzeren, wird der 'Ursprung der christlichen Antworten' benannt.“[56] Den Analysen schaltete Kandler eine Darstellung der Entwicklung der Leipziger Friedensgebete, der Ereignisse im Herbst 1989 in Dresden und des Verhältnisses der Landeskirche zu den innerkirchlichen Gruppen vor. Er kam zu dem Schluss, dass die Predigten im Rahmen der Friedensgebete und der Gemeindegottesdienste inhaltlich an der Situation der Umbruchsphase ausgerichtet waren, auch wenn sich die Predigten hinsichtlich des Ausmaßes der Bezüge unterschieden. Eine stärkere Ausrichtung der Predigt an der Situation ginge zu Lasten der Verkündigung des Evangeliums.[57]

Regina Fritz untersuchte in *Ethos und Predigt – Eine ethisch-homiletische Studie zu Konstitution und Kommunikation sittlichen Urteilens* 14 verschiedene Predigten aus den Monaten August bis November 1989 im Hinblick auf das christliche Ethos. Dabei schlussfolgerte sie, dass „der zeitgeschichtliche Kontext der Kanzelreden primär für die Konkretisierung der ethischen Motive ausschlaggebend“[58] war und „vor dem Hintergrund eines christlich geprägten common sense gedeutet“[59] wurde.

Birge-Dorothea Pelz brachte 2019 das Buch *Revolution auf der Kanzel. Politischer Gehalt und theologische Geschichtsdeutung in evangelischen Predigten während der deutschen Vereinigung 1989/90* heraus.[60] Sie fokussierte sich darin auf Predigten und Friedensgebete in der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg* und der *Pommerschen Evangelischen Landeskirche* von 1989 und 1990. Zunächst analysierte sie die Predigten und Andachten der Friedensgebete im Hinblick auf (tages-)politische, sozialethische und theologische Themen und zeichnete die darin enthaltene Bewertung der Maueröffnung und der anstehenden sowie realisierten Vereinigung von BRD und DDR durch die PredigerInnen nach. Darüber hinaus zog sie weitere Predigten, Radioandachten und Kirchenzeitungen bis 2010 heran, um die Weiter-

[53] JACOB (Hg.): Predigten in den Kirchen der DDR, Klappentext.
[54] Ebd.
[55] BIERITZ (Hg.): Schalom, Klappentext. Pelz verweist in ihrem Buch hinreichend auf weitere Predigtsammlungen aus der Zeit der DDR. (Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 340ff.)
[56] KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 7.
[57] Vgl. aaO, 25ff, 139, 141f.
[58] FRITZ: Ethos und Predigt, 246.
[59] Ebd.
[60] PELZ: Revolution auf der Kanzel. Schon in ihrer Magisterarbeit beschäftigte sich Pelz mit in Rostock gehaltenen evangelischen Predigten und Andachten aus den Jahren 1989 und 1990 und untersuchte sie im Hinblick auf den politischen Gehalt und theologische Geschichtsdeutung. (Vgl. PELZ: Die Friedliche Revolution auf der Kanzel, 181-205.)

entwicklung und Verfestigung der Erinnerungskultur zu 1989/90 und der Rolle der Kirche zur Wendezeit aufzuzeigen.[61]

Peter Lippelt analysierte Predigten von der Gründung bis zum Zusammenbruch der DDR und deckt in seiner Arbeit *Postulierter Pragmatismus. Studien zur Theorie und Praxis Evangelischer Predigten in der DDR (1949-1989)* die 40-jährige Geschichte der DDR ab. Da Lippelt auch den historischen Kontext der Predigten in seine Analysen mit einbezieht, besteht eine thematische und methodische Nähe zu dem Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Jedoch liegt seiner Arbeit eine praktisch-theologische Fragestellung zugrunde. Er untersuchte die Predigten daraufhin, „ob und wenn ja, welche spezifischen Formen der Predigt in den evangelischen Kirchen der DDR ausgebildet wurden“[62], ob sich also innerhalb der DDR eine spezifische Predigtpraxis herausgebildet hat.[63] In den historischen Gegebenheiten der DDR sah er dabei einen „hermeneutischen Schlüssel“[64] zu Verständnis und Nachvollziehbarkeit der Predigten. Unter Einbeziehung des historischen Kontextes identifizierte er eine von einem starken Kontextbezug geprägte Predigtpraxis in der DDR, einen „postulierten Pragmatismus“[65]. Laut Lippelt fokussierten sich die PredigerInnen darauf, der christlichen Hörerschaft in ihrer atheistischen Umwelt nützliche „Verhaltens- und Handlungsanweisungen“[66] mitzugeben bzw. „den Hörern einen gangbaren Weg aufzuzeigen, der es ihnen ermöglichen sollte, die Anfechtungen im täglichen Lebensvollzug zu bestehen.“[67] Diese Erkenntnisse resultieren aus seiner intensiven Auseinandersetzung mit homiletischen Schriften aus der DDR und der Untersuchung von Predigtmaterial der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Thüringen* und der *Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen*. Seine knappe Darstellung des historischen Kontextes konzentriert sich auf die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen in der DDR sowie deren Auswirkungen auf den BEK, seine Gliedkirchen und die ChristInnen sowie das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Internationale Ereignisse und Zusammenhänge finden lediglich oberflächliche Berücksichtigung.[68] Des Weiteren stellt er keinen Vergleich zwischen kirchlichen Äußerungen und denen der PredigerInnen an. Lippelt schreibt dazu nur: „Die oftmals opportune Tendenz innerhalb offizieller Verlautbarungen der Kirchenleitung wurde nicht immer stringent in der Predigtpraxis durchgehalten. Die Predigerinnen und Prediger in diesem geschlossenen System von Werten und Unwerten bewiesen an vielen Stellen Glaubensmut, sprachliches Geschick und seelsorgerliche Verantwortung an der Basis der Gemeinden auf der Suche nach Wegen, das Evangelium zwischen biblischer Wahrheit und seelsorgerlicher Lebensbewältigung lauter zu verkündigen. Und doch blieben sie in diesem geschlossenen System gefangen.“[69]

Die hier vorliegende Arbeit bietet mithin einen neuen Zugang zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des BEK und seiner Gliedkirchen durch die Verbindung von Standpunkten und Stellungnahmen

[61] Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 266ff.
[62] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 9.
[63] Vgl. aaO, 9, 11.
[64] AaO, 9.
[65] AaO, 328ff.
[66] AaO, 273.
[67] AaO, 13.
[68] Vgl. aaO, 10f, 20ff.
[69] AaO, 331.

des BEK mit dem nationalen und internationalen historischen Kontext. Die Geschichte der DDR und des BEK wird somit auch vor dem Hintergrund der internationalen Vorgänge wahrgenommen und in ihnen verortet. Des Weiteren werden Predigten der 1970er und 1980er Jahre aus einem neuen Blickwinkel heraus analysiert, indem die Standpunkte des BEK mit denen der PredigerInnen in ihren Predigten verglichen und die Predigten somit gleichzeitig in den kirchlichen und den historischen Kontext eingebettet werden. Mit neuer Intensität werden die historischen Entwicklungen, die kirchlichen Bezüge auf Politik und Gesellschaft und der pastorale Umgang mit politischen und gesellschaftspolitischen Themen der letzten Jahre der DDR ab 1978 unter Berücksichtigung bereits bestehender Forschungsergebnisse in einen Dialog gebracht.

1.2 Methodik

Wenn von politischen und gesellschaftspolitischen Bezügen in der Predigt die Rede ist, muss vorab geklärt werden, was unter Politik und, daraus resultierend, unter politischer Predigt zu verstehen ist.

Dieser Arbeit liegt ein weiter Politikbegriff zugrunde, der die Gesamtprozesse politischer Entscheidungsfindung und des öffentlichen Diskurses umfasst.[70] Der Theologe Arnulf von Scheliha spricht in diesem Sinne in *Protestantische Ethik des Politischen* von der „Vieldimensionalität des Politischen“[71]. Er sieht das Politische durch ethische Orientierung des politischen Handelns (Tugenden) und theologische Normen im Einzelnen angelegt, die das Verhalten beeinflussen und lenken. In der Gesellschaft ist das Politische durch sittliche Rahmenbedingungen wie Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft gegeben.[72] Nach von Scheliha kann die „Pflicht der Partizipation am politischen Leben“[73] verschiedentlich realisiert werden. Dies reiche von dem Wahrnehmen und Verfolgen politischer Abläufe über die Inanspruchnahme des aktiven Wahlrechts, die Beteiligung an Diskussionen und dem Engagement in gesellschaftlichen Institutionen bis hin zur Aufstellung zur Wahl als Kandidatin oder Kandidat.[74] Man könne somit überall aktiv werden, „wo sich in der Zivilgesellschaft und im staatlichen Leben politischer Gestaltungsbedarf er[gäbe].“[75] Das Politische reicht nach diesem weiten Verständnis in alle Gesellschaftsbereiche hinein.

Betrachtet man unter Berücksichtigung dieses weiten Politikverständnisses den Verkündigungsauftrag und den Auftrag der Kirchen zum Dienst an und in der Welt, muss Predigt allgemein als politisch gelten. Der Theologe Dietrich Stollberg sagte schon 1979: „Eine unpolitische Predigt gibt es nicht.“[76] Daneben beschreiben auch die TheologInnen Christiane Burbach, Albrecht Schönherr und Karl-Fritz Daiber das Politische als eine Facette, die allen Predigten eigen ist.[77] Predigt macht nach dem Theologen Wilfried Engemann, schon allein „indem sie bestimmte Optionen des Miteinander- und In-der-Welt-Seins favorisiert und andere kritisiert, indem sie dem Menschen als Geschöpf Gottes die Gabe der Schöpfung

[70] Vgl. GRÖZINGER: Homiletik, 321; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 139f, 143.
[71] VON SCHELIHA: Protestantische Ethik des Politischen, 219.
[72] Vgl. aaO, 219ff.
[73] AaO, 233.
[74] Vgl. aaO, 234.
[75] AaO, 233.
[76] STOLLBERG: Predigt praktisch, 18.
[77] Vgl. BURBACH: Argumentation in der politischen Predigt, 19ff, 53; DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 172; SCHÖNHERR: Predigt und Fragen der Zeit, 384; STOLLBERG: Predigt praktisch, 19.

neu begreiflich macht und ihn auf seine Verantwortung für die Schöpfung anspricht, [...] ihn sensibel und geradezu 'anfällig' für das Politische."[78] Geht man also davon aus, dass jede Predigt das Politische in sich trägt, ist nachvollziehbar, dass der Theologe Martin Hoffmann gemeinsam mit Schönherr, Burbach und Friedrich Delekat es als problematisch beschreibt, politische Predigten als eine besondere Gattung von Predigt zu betrachten. Er spricht deshalb von einem „Spezialfall ethischer Predigt"[79].

Funks Beschreibung der Predigten zur Wendezeit als „politische Manifestation"[80] macht deutlich, dass es auch Vorbehalte gegen das politische Predigen gibt.[81] Die Vorbehalte resultieren aber entweder aus der Anwendung eines engen Politikbegriffs auf die politische Predigt, der „Politik [...] mit Staatsangelegenheiten oder Staatslenkung [gleichsetzt]"[82], oder aus negativen Erfahrungen mit politischen Predigten im 1. Weltkrieg und zur NS-Zeit.[83] Politischer Predigt wird ein mögliches Streben der Kirche nach politischer Macht nachgesagt.[84] Zusätzlich wird als bedenklich eingestuft, wenn sich die Predigerin bzw. der Prediger vollends mit der Position einer politischen Partei solidarisiert und auf der Kanzel Parteipolitik betreibt.[85] Nimmt man sich nach Engemann die prophetische Rede für das politische Predigen zum Vorbild, geht diese „niemals in den bestehenden gesellschaftspolitischen Verhältnissen auf[...]"[86], sondern entscheidet kritisch von Fall zu Fall.[87] Durch die Teilnahme am politischen oder gesellschaftlichen Diskurs in der Predigt erhalten die ZuhörerInnen die Möglichkeit, sich mit den politischen Gegebenheiten auseinanderzusetzen, sie aus dem christlichen Werteverständnis heraus zu beurteilen, sich zu ihnen zu positionieren und Handlungsweisen zu entwickeln. Nach Engemann und Schönherr soll die Predigt das politische Einbringen von ChristInnen befördern. Die Gläubigen werden als BürgerInnen ihres Staates und als Teil von Gesellschaft und Politik wahrgenommen. Dabei sollten Inhalte in einer politischen Predigt diskussions- und dialogfähig gehalten werden, so dass sich die Zuhörerin bzw. der Zuhörer eigenständig dazu positionieren kann.[88] Eine politische Predigt sollte sich deshalb durch „'Sachlichkeit', die 'Unterscheidung von subjektiver Meinung des Predigers und Verbindlichkeit der Glaubensaussage"[89], Argumentation aus dem Evangelium heraus und einen weiten Politikbegriff als Grundlage auszeichnen.

[78] ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 295f.

[79] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 139; vgl. auch BURBACH: Argumentation in der politischen Predigt, 20, 53; DELEKAT: Die politische Predigt, 10; SCHÖNHERR: Predigt und Fragen der Zeit, 383f.

[80] FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 24.

[81] Diese Vorbehalte werden auch in Kandlers Einschätzung mancher Predigten zum Ende der DDR deutlich. (Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 141)

[82] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 139, vgl. auch GRÖZINGER: Homiletik, 320.

[83] Vgl. BRAKELMANN: Verhängnis – Versagen – Irrtum – Schuld, 522ff; DELEKAT: Die politische Predigt, 13; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 141.

[84] „Missbrauch politischer Predigt heißt: dass [...] Sphären von Politik (im engeren Sinne des staatlichen Handelns) und Religion vermischt werden und die Religion staatliches Handeln für eigene Durchsetzungsinteressen instrumentalisiert." (HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 154.)

[85] Vgl. DELEKAT: Die politische Predigt, 14; STOLLBERG: Predigt praktisch, 19.

[86] ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 302.

[87] Vgl. ebd.

[88] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 76, 296, 299; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 166, 170; SCHÖNHERR: Predigt und Fragen der Zeit, 382f; SERESSE: Kirche und Christentum, 116; STOLLBERG: Predigt praktisch, 19.

[89] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 139; vgl. auch STOLLBERG: Predigt praktisch, 19.

1.2.1 Recherche und Auswahl der Materialien

Zur Untersuchung der Fragestellung dieser Arbeit werden neben den Predigten Dokumente des BEK, nationale und internationale politische Originaldokumente sowie Sekundärliteratur herangezogen, ausgewertet und zueinander in Beziehung gesetzt.

Darstellung des historischen Kontextes und der Standpunkte des BEK

Der den Analysen der Predigten vorgeschaltete historische Kontext und die Darstellung der Standpunkte des BEK ermöglichen die Einschätzung der politischen oder gesellschaftspolitischen Bezüge in den Predigten und der Sichtweise der Predigerin bzw. des Predigers. Gleichzeitig werden die Predigtausführungen dadurch für gegenwärtige LeserInnen nachvollziehbar gemacht. Die verschiedenen historischen Themen werden vornehmlich mit Hilfe von Sekundärliteratur dargestellt. Zur Darstellung der Standpunkte des BEK wurden Dokumente aus den Werken *Kundgebungen I* und *II*, *Gemeinsam unterwegs*, *Zwischen Anpassung und Verweigerung* und *Kirche als Lerngemeinschaft*, den *Mitteilungsblättern des BEK in der DDR* und Archivgut aus dem *Evangelischen Zentralarchiv Berlin* (EZA) herangezogen.[90] Eine explizite Auseinandersetzung mit dem Staat-Kirche-Verhältnis und der Zusammenarbeit von KirchenvertreterInnen mit der Staatssicherheit findet nur statt, wenn sie in den Predigten Erwähnung finden. Das Staat-Kirche-Verhältnis schwingt immer unterschwellig in den Reaktionen des Staates auf kirchliche Äußerungen oder in der Gegenüberstellung des kirchlichen und des staatlichen Standpunktes zu verschiedenen Themen mit. Ausschlaggebend für die Einbindung von bestimmten Themen in den historischen Kontext sind aber vor allem die Inhalte der Predigten.

Die in dieser Arbeit betrachtete Zeitspanne von 1978 bis 1989 wird in drei Zeitabschnitte unterteilt. Die Zeiteinteilung resultiert primär aus den nationalen und internationalen politischen Entwicklungen, nur sekundär aus Entwicklungen im Verhältnis von Kirche und Staat.

Der erste Zeitabschnitt von 1978 bis 1983 beginnt mit dem Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und Albrecht Schönherr. Damit wurde eine Zeit der Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen BEK und Staat beendet und man erwartete nun eine Beruhigung und Stabilisierung der Verhältnisse. Das Gespräch hatte hinsichtlich der dort getroffenen Vereinbarungen und hinsichtlich des Umgangs zwischen Kirche und Staat langfristige Auswirkungen. Der Zeitraum war von nationaler und internationaler Militarisierung und Aufrüstungsbemühungen geprägt. Als Reaktion darauf gab es auf internationaler und auf nationaler Ebene sowie innerhalb des BEK Abrüstungs- und Friedensbestrebungen. Unterschiedliche Friedensvorstellungen beeinträchtigten das Staat-Kirche-Verhältnis, das somit trotz des Spitzengesprächs nicht unproblematischer geworden war. Vor allem die Einführung des Wehrunterrichts in der DDR im Sommer 1978 stellte einen massiven Konfliktherd dar. Der Zeitabschnitt endet mit der Stationierung der Pershing-II-Raketen in Westeuropa, der die Regierung der BRD trotz starker Gegenproteste im November 1983 (Heißer Herbst) schlussendlich doch zugestimmt hatte. Dies führte zum vorübergehenden Abbruch

[90] Vgl. BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs; DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung; FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1; FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2; VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3 1974 – Sonderdruck 25. Juni 1991; SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft.

der internationalen Abrüstungsverhandlungen. Der Prozess der KSZE bot in diesen Jahren und darüber hinaus durch alle Konflikte hindurch einen beständigen internationalen Verhandlungsraum – vor allem im Bezug auf die Themen Frieden, Abrüstung, Menschenrechte und Umwelt.

Die Jahre 1984 bis 1986 waren von der Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR gekennzeichnet. Neue Entwicklungen auf internationaler Ebene und im Ostblock resultierten aus dem Amtsantritt und den Plänen Gorbatschows.

Im dritten Zeitabschnitt wurde mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages durch Reagan und Gorbatschow im Dezember 1987 der Weg zur weiteren internationalen Entspannung zwischen den beiden Blöcken geebnet. Auch die BRD und die DDR näherten sich in dem Sinne an, dass Honecker 1987 seinen ersten offiziellen Staatsbesuch in der BRD absolvierte. Die Abschaffung der sogenannten *Breschnew-Doktrin*[91] durch Gorbatschow 1988 und die zunehmende Reformbereitschaft in anderen Staaten des Ostblocks führten schlussendlich auch in der DDR zu Umbrüchen, wie Demonstrationen, der Absetzung Honeckers und der Öffnung der Mauer am 9. November 1989.

Predigten

Predigten sind Privateigentum der PredigerInnen und nur in seltenen Fällen archiviert. Deshalb wurde ein direkter Kontakt zu den PredigerInnen hergestellt, deren Predigten Teil dieser Arbeit sind. Meine Anfrage an Gemeinden auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen DDR erreichte entweder amtierende PfarrerInnen, die schon zu Zeiten der DDR tätig gewesen waren, oder wurde an VorgängerInnen, Verwandte oder Bekannte weitergeleitet. Die Anfrage stieß in der PfarrerInnenschaft auf großes Interesse, nur in einem Fall wurde die Zusammenarbeit aufgrund meiner westdeutschen Herkunft abgelehnt. Der Fokus dieser Arbeit auf die Jahre 1978 bis 1989 resultiert vor allem aus dem umfangreichen Bestand an Predigten mit politischen oder gesellschaftspolitischen Bezügen Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre und dem Interesse an den Entwicklungen der politischen Predigt zur „Wendezeit“ hin. Die Quellenlage für die vorangegangenen Jahre war sehr dürftig, da die Predigten vieler älterer Pfarrer – auf Pfarrerinnen stieß ich in meiner Recherche kaum – nach deren Pensionierung von ihnen selbst oder im Falle ihres Ablebens von ihren Nachfahren vernichtet wurden.

In dieser Arbeit werden nun Predigten von einer Pfarrerin und fünf Pfarrern zur Analyse herangezogen, die in verschiedenen Regionen der ehemaligen DDR tätig waren. In alphabetischer Reihenfolge sind dies: Matthias Brand (Waldenburg, Sachsen), Götz-Ulrich Coblenz (Altenkirchen [Rügen], Mecklenburg-Vorpommern), Eberhard Iskraut (Letschin/ Berlin-Johannisthal, Brandenburg/ Berlin), Markus Meckel (Vipperow, Mecklenburg-Vorpommern), Christiane Müller (Rositz, Thüringen) und Hans-Georg Rannenberg (Senftenberg, Brandenburg). Für die vorliegende Arbeit wurde nur auf Predigten von noch lebenden GemeindepfarrerInnen zurückgegriffen, um ihr Hintergrundwissen in die Analysen mit einbeziehen zu können. In einem ersten persönlichen Gespräch ging es um ein Kennenlernen der (ehemaligen) PfarrerInnen und einen Einblick in ihr Leben und Wirken in der DDR. Die dabei festgehaltenen Informationen spielen für die Analyse der Predigten nur eine untergeordnete Rolle, sie dienen vor allem zur kurzen Vorstellung der PredigerInnen. Durch gesammelte Informationen zu den adressierten Gemeinden sollen

[91] Siehe hierzu *4.4.2 Neuausrichtung der Außenpolitik der UdSSR.*

direkte oder indirekte Bezüge zur Gemeindesituation in den Predigten ausgemacht werden.

1.2.2 Auswahl der Predigten

Auch wenn allen Predigten – wie vorab definiert – die Dimension des Politischen innewohnt, unterscheiden sie sich in ihrer Intensität der Auseinandersetzung mit politischen Gegebenheiten. In diese Arbeit fließen vor allem die Predigten ein, in denen neben der Erwähnung politischer oder gesellschaftspolitischer Aspekte eine implizite, aber dennoch erkennbare oder explizite Auseinandersetzung mit ihnen stattfindet.

Die Anzahl der noch vorhandenen Predigten der PredigerInnen variierte sehr. Bei Matthias Brand, Götz-Ulrich Coblenz, Christiane Müller und Hans-Georg Rannenberg waren noch alle Predigten aus ihrer aktiven Zeit vorhanden, während bei Eberhard Iskraut und Markus Meckel nur ausgewählte Predigten aufgehoben bzw. zur Verfügung gestellt wurden. Die erste Idee, für bestimmte einschlägige Daten (z.B. der 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs) Predigten aller PfarrerInnen zu finden, scheiterte an der zu geringen Schnittmenge. Aus diesem Grund liegt dieser Arbeit eine thematische Auswahl zugrunde, die aus der Sichtung des gesamten zur Verfügung stehenden Predigtmaterials resultiert. Die Bezüge lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: 1. Bezüge auf zum Zeitpunkt des Predigtvollzugs aktuelle politische Ereignisse auf nationaler und internationaler Ebene oder 2. die Auseinandersetzung mit politischen bzw. gesellschaftspolitischen Themen von dauerhafter Brisanz.

Für die drei Zeitabschnitte kristallisieren sich unterschiedliche Themen als vorherrschend heraus. In den Jahren 1978 bis 1983 sind die Themen Aufrüstung und die davon ausgehende Bedrohung von Frieden und Sicherheit sowie Friedens- und Abrüstungsbestrebungen dominant. Die Prediger – Pfarrerin Christiane Müller war erst ab 1984 tätig – beteiligen sich dadurch extensiv an dem in diesem Zeitraum vorherrschenden nationalen und internationalen Diskurs und nehmen neben der allgemeinen Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden auf die damit in Zusammenhang stehenden Ereignisse auf nationaler und internationaler Ebene Bezug. Erwähnte Ausprägungen der nationalen Militarisierung der Gesellschaft sind der Wehrunterricht, der Militärdienst in der DDR und die Schutzübungen der Zivilverteidigung. Des Weiteren behandeln die Prediger Aktionen der Friedensbewegung der DDR wie Schwerter-zu-Pflugscharen und dem Sozialen Friedensdienst. Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen und Verhandlungen werden der Bau der Neutronenbombe und die von Seiten der USA vorgeschlagene Null-Lösung thematisiert. Einen weiteren Themenkomplex stellt die Umweltproblematik dar. In diesem Zusammenhang kommt es besonders zur Auseinandersetzung mit Umweltverschmutzung durch Landwirtschaft und Industrie. Weiter werden die innerdeutschen Beziehungen – im Besonderen die Erhöhung des Mindestumtauschs – sowie die Situation in der Volksrepublik (VR) Polen angesprochen. Erwähnung finden auch der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Jahr 1979 und der daraus resultierende Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch viele westliche Staaten im darauffolgenden Jahr, das Geiseldrama in der US-Amerikanischen Botschaft in Teheran, allgemein die Ereignisse in Mittelamerika und Südafrika, der Krieg um die Falklandinseln im Jahr 1982 und die aufkommende Pugwash-Bewegung. Die Auseinandersetzung mit den Themen Gerechtigkeit und (Reise-)Freiheit resultiert vermutlich aus der Menschenrechtsdebatte, die Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre intensiviert wurde. Der KSZE-Prozess spielte diesbezüglich eine wichtige Rolle.

Auch in den ausgewählten Predigten aus den Jahren 1984 bis 1986 bleiben die Themen Frieden und Abrüstung vorherrschend, die Bandbreite an Themen wird aber größer. Im Themenkomplex Frieden und Abrüstung werden das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, die Friedensbewegung und der Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit diskutiert. Bezugnehmend auf die Abrüstungsverhandlungen zwischen UdSSR und USA werden geplante Maßnahmen beider Parteien hinsichtlich ihres Mehrwerts für den Frieden bewertet. Auch das von den *Vereinten Nationen* (UNO) ausgerufene Jahr des Friedens 1986 regt zur Auseinandersetzung mit den Hindernissen und Errungenschaften für Frieden und Abrüstung an. Hinsichtlich des Umweltschutzes wird, auch aufgrund der Explosion des Kernkraftwerkes in Tschernobyl 1986, vor der atomaren Verseuchung gewarnt. Es wird ein Zusammenhang zwischen Ökologie und Rüstung hergestellt. Des Weiteren rückt der Tierschutz ins Blickfeld. Internationale Ereignisse, wie die Explosion der Raumfähre Challenger, das Erdbeben in El Salvador und die Raumflüge der sowjetischen Weltraumsonden VEGA I und II, finden in den Ausführungen Erwähnung. National wird auf das Lutherjahr von 1983 zurückgeblickt. Des Weiteren setzen sich die PredigerInnen kritisch mit dem 35. Jahrestag der DDR, der fehlenden Informationsfreiheit, der Rentenpolitik der SED und den Wahlen in der DDR auseinander.

Der dritte Zeitabschnitt von 1987 bis 1989 ist hinsichtlich der in den Predigten angesprochenen politischen bzw. gesellschaftspolitischen Themen sehr divers. Die Themen Frieden und Abrüstung sind weitestgehend aus den Predigten verschwunden, was vermutlich den positiven Entwicklungen in den Abrüstungsverhandlungen und der angespannten gesellschaftspolitischen Lage in der DDR geschuldet ist. Dafür rückt die Politik Gorbatschows mit *Glasnost* und *Perestroika* in den Fokus des Interesses. Es kommt zur kritischen Auseinandersetzung mit der Abkoppelung der DDR von der Sowjetunion, der ausbleibenden Reformbereitschaft des SED-Regimes und der bestehenden Rechtslage in der DDR. Fehlende Rechte und Freiheiten erfahren eine intensive Betrachtung. In einer Predigt thematisiert der Prediger den gegen Ende der 1980er Jahre in der DDR zunehmend offener zu Tage tretenden Rechtsradikalismus bzw. Rassismus. Auch die innerkirchliche Situation wird beleuchtet, wenn die Beziehung zwischen den Gemeinden und Gruppen sowie zwischen den Kirchenleitungen und den Gemeinden angesprochen wird.

Großen Platz nimmt in den Predigten von 1989 die sogenannte „Wendezeit“ ein. So werden die Ausreisebewegung, die Demonstrationen sowie die Bürgerbewegungen und deren Forderungen thematisiert. Trotz der kritischen Betrachtung der Staatssicherheit werden die UnterstützerInnen des Systems, wie Parteimitglieder und staatliche Angestellte, in Schutz genommen. Die Rolle der Kirche in Zeiten des Umbruchs wird erörtert. Man betont die Notwendigkeit des Dialogs und der Mitwirkung an der Zukunft des Landes.

Durchgängig brisante Themen, die immer wieder in den Predigten aufgegriffen werden, sind das Leben der ChristInnen in der sozialistischen und atheistischen Gesellschaft, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie der Umgang mit der NS-Zeit. Eine Predigt von Pfarrer Eberhard Iskraut aus dem Jahr 1975 zeigt die Konstanz der Auseinandersetzung des BEK und der PfarrerInnen mit der Verstrickung der Deutschen in die NS-Verbrechen auf; deshalb wird sie in die Arbeit eingebunden, obwohl sie nicht in den Zeitrahmen passt. Weitere durchgängig brisante Themen sind die Notwendigkeit der Mitgliedschaft bei den *Jungen Pionieren* und der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ), der Tod an der Mauer, der Sozialismus im Allgemeinen, das Wohnen in der DDR und die Medienlenkung.

Manche der in diese Arbeit eingebundenen PfarrerInnen hielten sehr viele Predigten zum gleichen Thema, z.B. Frieden. Da es in dieser Arbeit um die Vermittlung politischer Botschaften aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus geht, wurden die Predigten mit der höchsten Intensität und Brisanz der Auseinandersetzung mit den politischen bzw. gesellschaftlichen Themen ausgewählt. Dabei muss präsent sein, dass sich die inoffizielle Kirchenpolitik des SED-Regimes auf die Predigtausführungen auswirken konnte. Durch explizite Auseinandersetzungen mit politischen oder gesellschaftlichen Belangen konnten die PredigerInnen sich selbst,[92] aber auch ihre Gemeinde in Gefahr bringen und Probleme für die Institution Kirche bereiten. Nach Pfarrer Eberhard Iskraut bestand die Gefährdung der Gemeinde darin, dass die Gemeindemitglieder später staatlicherseits zur Stellungnahme zu den politischen Äußerungen in der Predigt aufgefordert und gedrängt werden konnten.[93] Dadurch dass die Kirche jedermann offen stand, „rechneten [laut Große] Prediger nicht nur großer Gemeinden immer mit dieser Möglichkeit“[94], bei der Predigt abgehört zu werden. Auch Delekat betonte mit der NS-Zeit im Blick: „[Wo] [...] die Freiheit der politischen Rede nicht garantiert [ist,] [...] muß man mit unerwünschten Zuhörern rechnen, so wird sich ganz von selber die Kunst herausbilden, zwischen den Zeilen zu reden.“[95] PredigerInnen hatten also, um die ZuhörerInnen nicht zu gefährden, entweder die Möglichkeit, politische Belange gar nicht anzusprechen, sie vorsichtig anzudeuten oder sie als ausdrücklich eigene Position zu markieren. In Anbetracht dessen ist davon auszugehen, dass kritische Auseinandersetzungen mit politischen oder gesellschaftspolitischen Themen eher vorsichtig formuliert wurden oder versteckt zu finden sind. Hier spielt aber auch die Persönlichkeit der Predigerin bzw. des Predigers eine große Rolle, d.h. wie furchtlos sie oder er war, sich offen mit diskussionswürdigen und (staats-)kritischen Themen auseinanderzusetzen.

Die Predigten entstammen unterschiedlichen liturgischen Zusammenhängen. Es sind Predigten von Sonntagsgottesdiensten, Andachten zu Friedensgebeten oder Friedensseminaren, Predigten von Gottesdiensten anlässlich kirchlicher Feiertage oder Kasualpredigten (Beerdigung und Taufe). Um die Predigten nicht „überzuinterpretieren“, wurden die Analysen im Nachgang mit den PfarrerInnen besprochen und es wurden Rückfragen geklärt. Rückblickende Äußerungen der PfarrerInnen zu den Predigten werden in den Predigtanalysen mit Verweis auf Telefonate, Briefe oder E-Mails in den Fußnoten angezeigt. Der Lesefluss der Predigten wurde verbessert, indem offensichtliche Rechtschreibfehler der entweder handschriftlich oder mit Schreibmaschine verfassten Predigten stillschweigend korrigiert wurden. Dabei verbleiben die Predigten in der alten Rechtschreibung.

1.2.3 Vorgehen bei der Predigtanalyse

Die inhaltliche Betrachtung und Analyse der Predigten setzt sich aus vier Bausteinen zusammen: der Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftspolitischen Bezügen in der Predigt, der Betrachtung der biblischen und theologischen Basis, dem Nachvollziehen der Argumentationsstruktur der Predigtausführungen sowie der Gegenüberstellung von Argumentation und Positionierung mit den Standpunkten

[92] Vgl. DELEKAT: Die politische Predigt, 15.
[93] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Iskraut und seiner Ehefrau (März 2013), Privatarchiv Lührmann.
[94] GROßE: Einspruch, 592.
[95] DELEKAT: Die politische Predigt, 22; vgl. auch Vorwort in: Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), Privatarchiv Lührmann.

des BEK. Da die Predigtanalyse in der Homiletik gängige Praxis ist, wurden methodische Anleihen gemacht. Es soll aber nicht darum gehen, die Predigtstile der beteiligten PfarrerInnen zu bewerten, sondern die Predigten kirchenhistorisch wahrzunehmen und einzuordnen.

Die Ausgangsfrage, die auch ausschlaggebend für die Auswahl der Predigten ist, lautet: Nimmt die Predigerin bzw. der Prediger Bezug auf einen aktuellen politischen oder gesellschaftspolitischen Diskurs der damaligen Zeit (politische oder gesellschaftliche Vorgänge zur Zeit der Entstehung der Predigt)[96] oder bezieht sie bzw. er sich auf politisch oder gesellschaftspolitisch durchgängig brisante Themen in der DDR (z.B. Verhältnis von Kirche und Staat, Benachteiligung von ChristInnen im Bildungssystem, Sozialismus, etc.)? Dadurch werden die Predigten als Dokumente ihrer Zeit wahrgenommen und in den historisch dargestellten Kontext eingeordnet. Dies ermöglicht auch eine Einschätzung, wie ausführlich das politische oder gesellschaftspolitische Thema in der Predigt dargestellt wird. Neben der Auseinandersetzung mit allgemeinen politischen oder gesellschaftspolitischen Entwicklungen kann auch ein Bezug auf die explizite Situation der Gemeinde vorliegen, den es herauszuarbeiten gilt.[97] Damit werden die AdressatInnen in die Analyse einbezogen, wenn sie im Inhalt der Predigt erkennbar werden.

Neben der inhaltlichen Wahrnehmung soll die Form der politischen und gesellschaftspolitischen Bezüge in der Analyse betrachtet werden. Sind es kurze Beispiele, werden sie näher ausgeführt, vielleicht sogar erörtert, oder sind es Äußerungen zwischen den Zeilen (im Sinne der Zweideutigkeit)?[98] Anhand dessen wird die Intensität der Auseinandersetzung mit den politischen oder gesellschaftspolitischen Themen eruiert. Beim Nachvollziehen der Predigt und ihres Argumentationsganges als Ganzes ist zu klären: Stehen die Bezüge im Mittelpunkt der Ausführungen oder dienen sie dazu, die Bedeutung der theologischen Botschaft auf die Gegenwart aufzuzeigen?

Dabei ist die Bewertung und Positionierung zu den in die Predigtausführungen eingebundenen Bezügen durch die Predigerin bzw. den Prediger für die Fragestellung von besonderer Bedeutung. Möglicherweise dienen die Bezüge im christlich-theologischen Sinne als Positiv- oder Negativbeispiele, vielleicht kommt es auch zu einer Gegenüberstellung positiver und negativer Entwicklungen.[99] Die Predigerin bzw. der Prediger kann die Bewertung als eigene Meinung deklarieren.[100] Die Bewertung kann aber auch als Haltung der Kirche beschrieben werden.[101] In jedem Fall sollte sich die Bewertung vollständig oder zumindest zum Großteil argumentativ aus den biblischen Bezügen und theologischen Inhalten und Assoziationen der Predigt ergeben.[102]

Deshalb bedürfen die biblischen Bezüge und theologischen Inhalte der Predigt im Sinne des Verkündigungsauftrages der PredigerInnen einer intensiven Analyse. Die der Predigt zugrunde liegende Textstelle dient im Allgemeinen als Grundlage und Ausgangspunkt der Argumentation. Es gilt deshalb zu klären,

[96] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 41, 449; Schieder zitiert nach aaO, 378; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 143, 155, 172, 179; NEIJENHUIS: Die Predigt als Zeichen, 207f.

[97] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 367, HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 174.

[98] Vgl. BURBACH: Argumentation in der politischen Predigt, 53; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 174.

[99] Vgl. DELEKAT: Die politische Predigt, 15; ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 296; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 174.

[100] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 373; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 139, 166; JOSUTTIS: Praxis des Evangeliums, 83, 92ff; LÜTZE: Absicht und Wirkung, 255.

[101] Vgl. HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen,166.

[102] Vgl. BURBACH: Argumentation in der politischen Predigt, 41; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 159, 172, 174; SCHWIER: Ethisch predigen heute, 25; WINTZER: Der Text und die Texte, 366f.

ob die Predigerin bzw. der Prediger der Perikopenordnung mit der Textstelle folgt oder von ihr abweicht. Mögliche Gründe für die Abweichung sind zu eruieren.[103] Hinsichtlich des Bibelbezugs betont Hoffmann, dass „sich heutige politische Themen in ihrer Komplexität nicht [biblizistisch] lösen [lassen]“[104]. Somit gelte es nach Hoffmann und Schwier die Bibelstellen hinsichtlich ihrer Vorschläge für ein erfolgreiches menschliches Miteinander zu untersuchen. Diese Wertevorstellungen des Lebens der Menschen im Sinne Gottes sollen bestehenden gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Abschauungen gegenübergestellt werden, um aus Übereinstimmungen und Widersprüchen eine Beurteilung aus biblischer und theologischer Sicht abzuleiten.[105] Da es in den ausgewählten Predigten zur Betrachtung und Bewertung von politischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten aus einer christlich-theologischen Perspektive kommt, sollen die Predigten im Hinblick auf ihre Nachvollziehbarkeit der Argumentation aus der Botschaft des Alten und Neuen Testaments heraus hin zur möglichen Urteilsfindung oder Handlungsaufforderung untersucht werden.[106] In diesem Zusammenhang ist auch die Einbeziehung von weiteren Bibelstellen zu ermitteln.[107] Die vorherrschenden theologischen Motive, die die Inhalte und Argumentation maßgeblich bestimmen, sollen herausgearbeitet und in ihrer Darstellung nachvollzogen werden.[108] Beispielhaft können hier z.B. Rechtfertigung, Gottes-, Jesus- und Menschenbild, Reich Gottes, Jüngstes Gericht, Auferstehung, Sünde, Kirche, Frieden etc. genannt werden. Diese Motive beeinflussen im Wesentlichen den Blick auf und die Bewertung von politischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen und Gegebenheiten. Auch direkte oder indirekte Zitate profaner Literatur, politischer Dokumente oder Dokumente des BEK sowie Aussagen politischer oder kirchlicher Persönlichkeiten können die Argumentation stützen und ihr eine gewisse Richtung geben.

Die intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Predigtausführungen ermöglicht es, der Predigt eine Funktion zuzuordnen. Hinsichtlich politischer Predigten unterscheiden Daiber und Hoffmann zwischen einer epideiktischen bzw. vergewissernden, einer urteilsbildenden und einer handlungsweisenden politischen Predigt.[109] Die vergewissernde politische Predigt stellt politische Gegebenheiten aus biblischer Sicht dar und möchte dabei „Reaktionen des Glaubens wie Klage oder Lob und [auch] Grundhaltungen wie Geduld, Trost und Hoffnung“[110] hervorrufen. Es geht darum, die Gläubigen durch die Verheißung Gottes zu ermutigen sowie Leid und Hoffnung vor Gott zu bringen. Zusätzlich werden die HörerInnen der Bedeutung und der Auswirkungen ihres Glaubens vergewissert.[111] Die urteilsbildende politische Predigt hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass sie „einen Beitrag zur Meinungs- und Urteilsbildung [...] aus christlicher Perspektive“[112] zu bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Kontroversen leisten will. Während Stollberg und Engemann sich kritisch gegenüber konkreten Handlungsaufforderungen in der Predigt äußern, da sie die HörerInnen auf eine Verhaltensweise festlegen und somit einer „Gesetz-

[103] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 366.
[104] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 172.
[105] Vgl. aaO, 172, 174; SCHWIER: Ethisch predigen heute, 25.
[106] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 369; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 175.
[107] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 366.
[108] Vgl. aaO, 367.
[109] Vgl. DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 175ff; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 155ff.
[110] HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 156; vgl. auch DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 176f.
[111] Vgl. HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 156f.
[112] AaO, 159; vgl. auch DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 177.

lichkeit“[113] gleichen, plädieren Daiber und Hoffmann für die Angemessenheit der handlungsanweisenden politischen Predigt in bestimmten Situationen.[114] Auch die „Denkschriften-Denkschrift“ *Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen* der EKD von 1970 spricht sich in besonderen Situationen für „ein eindeutiges 'Nein'“[115] aus. Im Zuge dessen kann die Bedeutung der bzw. des Einzelnen für Kirche und Gesellschaft hervorgehoben werden.[116] Besonders die urteilsbildende und handlungsweisende politische Predigt bedürften nach Hoffmann aber einer nachvollziehbaren Argumentation.[117] Der Appell werde „hier direkt mit der Wahrheit von Gottes Wort begründet“[118]. Durch eine schlüssige Argumentation erhielten die ZuhörerInnen die von Hoffmann geforderte Möglichkeit, „die Urteilsbildung und die Handlungsanweisungen sowohl von Schrift und Bekenntnis als auch von einer sachgerechten Situationsbeschreibung nachzuvollziehen.“[119] Die drei verschiedenen Arten politischer Predigt können auch vermischt vorliegen.

Abschließend werden die Standpunkte der PredigerInnen sowie deren Argumentation mit den dargestellten Standpunkten des BEK in Relation gesetzt. Dabei gilt es herauszuarbeiten, ob die politische Botschaft der Predigt den offiziellen kirchlichen Standpunkt widerspiegelt, ihm widerspricht, diesen ausbaut oder eine völlig neue thematische Sichtweise eröffnet. Ein Vergleich der Argumentationsstruktur mit der des BEK kann vorgenommen werden, da auch diese argumentativ aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis resultiert. Es kann im Sinne einer urteilsbildenden politischen Predigt aber auch nur zu einer Diskussion des Themas ohne das Einnehmen eines klaren Standpunktes kommen.

Es gilt je nach Gestaltung der Predigt die Relevanz der Analyseschritte abzuwägen und diese dann intensiver zu betrachten, nur anzureißen oder völlig auszusparen. Die eingenommenen Standpunkte der PredigerInnen und des BEK sowie deren christlich-theologische Argumentation werden in Zwischenfazits im Sinne des deskriptiven Zugangs dieser Arbeit nach Themen unterteilt gegenübergestellt.

1.3 Beteiligte PfarrerInnen und deren Gemeinden

Um einen Eindruck von den VerfasserInnen der Predigten und deren Gemeinden als Adressatinnen der Predigten zu erhalten, wird im Folgenden eine kurze Darstellung zu den PfarrerInnen in alphabetischer Reihenfolge angeführt. Die Predigten, die Eingang in die Untersuchung gefunden haben, werden aufgelistet.

[113] ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 297; vgl. auch STOLLBERG: Predigt praktisch, 19.

[114] Vgl. DAIBER: Predigt als religiöse Rede, 179; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 163ff, 167f. „Die Beleuchtung einer konkreten politischen Situation aus der Perspektive des Glaubens setzt Kriterien und Normen frei, die auf Umsetzung im konkreten Verhalten drängen.“ (HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 165.)

[115] Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen (1970) in: KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND (Hg.): Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I/I. Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, 50.

[116] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 367.

[117] Vgl. HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 167.

[118] AaO, 164.

[119] AaO, 166.

1.3.1 Matthias Brand

Pfarrer Matthias Brand wurde 1955 in Oberwiesenthal geboren. Er wuchs in der Nähe von Annaberg-Buchholz in einem christlich geprägten Elternhaus auf und war von klein auf in der Kirche aktiv. Brand war verheiratet und hatte drei Kinder. Nach dem Mittelschulabschluss und einer Ausbildung zum Dreher und Werkzeugmacher begann er in Berlin und Leipzig über eine Sonderprüfung Theologie zu studieren. In Berlin konnte man sich auch ohne Abitur an der Ausbildungsstätte bewerben. Von 1974 bis 1977 absolvierte er dort das Grundstudium; das Aufbaustudium schloss er 1979 in Leipzig ab. Ab 1978 war er in Oberwiesenthal als Vikar tätig. Von 1980 bis 1991 betreute er die Gemeinde Waldenburg in West-Sachsen. Danach wechselte er in die Gemeinde Wiesa im Erzgebirge.[120] Er starb am 01. März 2022.

Die Gemeinde Waldenburg umfasste fünf Predigtstellen. Brand beschrieb die Gemeinde als zweigeteilt: in Waldenburg (Stadt) und vier Bauerndörfer. In der Stadt Waldenburg waren ein Drittel der EinwohnerInnen ChristInnen. Die Gemeindemitglieder dort waren laut Brand sehr gebildet, aufgeschlossen, weltoffen und standen in kritischer Distanz zum Staat. Langsam setzte sich aber die „DDR-Mentalität“[121] durch, indem z.B. die Jugendweihe neben der Konfirmation mehr und mehr zur Regel wurde. Brand orientierte sich nach eigener Aussage mit seinen Predigten überwiegend an der städtischen Gemeinde. In den vier Bauerndörfern waren drei Viertel der BewohnerInnen Kirchenmitglieder. Der ländliche Lebensstil der DorfbewohnerInnen unterschied sich stark vom bürgerlichen Lebensstil in der Stadt. Wie in der Stadt wurde auch in den Dörfern intensive Kinder- und Jugendarbeit betrieben – nach Brand lief die „Christenlehre [...] außer Konkurrenz“[122]. Aus der Jungen Gemeinde entstand ein Junger Erwachsenenkreis, der auch in der Wendezeit sehr aktiv war.[123]

Pfarrer Brand beschrieb sich selbst als sehr politisch. Dies wird auch anhand verschiedener von ihm verfasster Schriften deutlich, in denen er sich mit den gesellschaftspolitischen Zusammenhängen befasste. So hatte Brand 1982 einen Vortrag mit dem Titel *Ist christlicher Glaube politisch?* beim Pfarrkonvent gehalten. Darin setzte er sich auch mit der Haltung der ChristInnen in der DDR zum Staat auseinander. Er stellte die Legitimation der Regierung in Frage, die „nicht demokratisch eingesetzt“[124] wäre und identifizierte religiöse Eigenarten des Kommunismus. Besonders das kommunistische Heilsversprechen gegenüber den Menschen nahm er – wie auch in einigen der eingebundenen Predigten[125] – kritisch in den Blick. Hinsichtlich des politischen Engagements der ChristInnen in der DDR kam er zu dem Schluss: „Es scheint an der Zeit, anzuerkennen, daß wir uns als christliche Gemeinde zu unserer Rolle als einzige politische Opposition in der DDR bekennen, zugleich aber deutlich machen, daß das nicht in staatszerstörender Absicht, sondern als Hilfe zum Wohl der Menschen geschieht, und daß die politische Komponente unseres Glaubens nicht der Kern des Christseins, sondern eine Auswirkung ist.“[126] Dieser Vortrag führte zu einer Vorladung des Pfarrkonventsvorsitzenden beim Landeskirchenamt. Dem Versuch, Brand den Mund

[120] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Brand (Januar 2013), Privatarchiv Lührmann.
[121] Ausführungen Pfarrer Brands zur Gemeinde in Waldenburg, ebd.
[122] Ebd.
[123] Vgl. ebd.
[124] Vortrag: Ist christlicher Glaube politisch? (Mai 1982), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.
[125] Siehe P1Br1979, P4Br1984, P6Br1986.
[126] Vortrag: Ist christlicher Glaube politisch? (Mai 1982), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

zu verbieten, wurde vom Pfarrkonvent und dem Superintendenten vehement widersprochen.[127] In seiner 1988 verfassten *Kleinen Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR* betrachtete Brand die Vergangenheit der BRD, DDR und Österreichs. Er thematisierte kritische gesellschaftspolitische Gegebenheiten in allen drei Ländern. Hinsichtlich des zukünftigen Miteinanders der BRD und der DDR wünschte er sich – die Idee Gorbatschows vom *Gemeinsamen Haus Europa* heranziehend – eine friedliche und unabhängige Koexistenz der beiden Staaten.[128] Im Oktober 1989 schrieb er ein Vorwort zu vom Gesprächskreis der Jungen Gemeinde verfassten *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung.* Darin zeichnete er die Entwicklungen der letzten Monate nach und betonte den Einfluss der Kirche und der Reformbestrebungen Gorbatschows. Das Papier enthielt Überlegungen zu einer zukünftigen Neuaufstellung der DDR in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung.[129]

Die in seinen Schriften anklingende Haltung zur politischen Führung des Landes im Sinne einer „kritischen Begleitung“[130] und das als notwendig erachtete politische Engagement von ChristInnen finden auch in seinen Predigten ihren Niederschlag. Zusätzlich setzte sich Brand nach eigenen Angaben intensiv mit dem Geschichtspositivismus des 19. Jahrhunderts – vor allem Feuerbach – sowie Karl Marx auseinander. Seine Begeisterung als Student für die Theologie der Befreiung hätte mit „dem Versuch eines christlichen Sozialismus in Nicaragua nochmal richtig Dynamik“[131] bekommen. Brand wertete die Vision des Kommunismus und Sozialismus positiv, er sah sie aber an einem falschen, weil sehr positiven Menschenbild scheitern.[132]

In seinen Predigten formulierte Brand sehr direkt, was ihm verschiedentlich auch Probleme mit der Staatssicherheit einbrachte. So wurde er vorgeladen und mit den Inhalten seiner Predigt konfrontiert, war Verhören der Staatssicherheit ausgesetzt und wurde einmal verhaftet.[133] Darüber hinaus kann sein Predigtstil als anschaulich und fordernd beschrieben werden. Hinsichtlich der Nutzung der Bibelstelle folgt er in acht der 13 eingebundenen Predigten der Perikopenordnung.[134] Die Bibelstelle wird bei zehn Predigten ohne historische oder biblische Einordnung in die Gegenwart der ZuhörerInnen übertragen.[135] Während acht der 13 Predigten Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt in vermischter Form aufweisen,[136] zeichnen sich vier Predigten durch Vergewisserung, Handlungsweisung und Urteilsbildung aus. Theologisch sind Brands Predigten von der Handlungsaufforderung zum Einsatz zum Wohle der Menschen in der Welt nach dem Willen Gottes geprägt. Dieser Einsatz soll aus der Liebe und Vergebung Gottes sowie der Hoffnung auf das Reich Gottes resultieren. Der Rückzug von ChristInnen aus der Welt wird dementsprechend kritisch gesehen. Aus dem Einsatz resultierende Nachteile sollen hin-

[127] Vgl. ebd.
[128] Vgl. Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR (August 1988), ebd.
[129] Vgl. Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1988), inkl. Hintergrundinformationen, ebd.
[130] P9Br1988.
[131] E-Mail von Pfarrer Brand (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[132] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Brand (Januar 2013), ebd.
[133] Vgl. ebd; E-Mail von Pfarrer Brand (18.03.2020), ebd.
[134] Siehe P1Br1979, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P12Br1989.
[135] Siehe P2Br1980_81, P3Br1983, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986, P7Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P12Br1989, P13Br1989.
[136] Siehe P2Br1980_81, P3Br1983, P5Br1985, P7Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P13Br1989.

genommen werden. Der Gehorsam gegenüber Gott hat für Brand eine besondere Bedeutung. Das Gebet wird als Teil des Einsatzes deklariert und ihm wird eine große Wirkung zugeschrieben. Die ChristInnen werden der göttlichen Fürsorge im Sinne der *creatio continua* vergewissert. Prominente gesellschaftspolitische Themen in den ausgewählten Predigten sind Frieden und Umwelt, das gesellschaftspolitische Engagement der ChristInnen sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem 2. Weltkrieg, der NS-Zeit und dem Kommunismus bzw. Sozialismus.

Aufgrund seiner politischen Ausrichtung und seiner direkten Predigtweise hätten sehr viele seiner Predigten für die Arbeit genutzt werden können. Für diese Arbeit wurden die Predigten mit der intensivsten Auseinandersetzung ausgewählt:

- Predigt vom 11. März 1979 zu Markus 12,1-12 (P1Br1979)
- Predigt aus dem Jahr 1980 zu 1. Timotheus 2,1-6a (P2Br1980)
- Predigt vom 3. Oktober 1982 (Erntedankfest) zu Jesaja 9,1+2a (P3Br1982)
- Predigt vom 11. November 1984 zu 1. Thessalonicher 5,1-6 (P4Br1984)
- Predigt vom 5. Mai 1985 zu Matthäus 11,25-28 (P5Br1985)
- Predigt vom 4. Mai 1986 zu 1. Timotheus 2,1-6a (P6Br1986)
- Predigt aus dem Jahr 1988 zu 1. Johannes 3,15 und 4,20 (P7Br1988)
- Predigt vom 4. Dezember 1988 zu Jesaja 35,3-7 und Matthäus 11,2-6 (P8Br1988)
- Predigt von Silvester 1988 zu Johannes 8,31-36 (P9Br1988)
- Predigt vom 3. September 1989 zu Lukas 17,5+6 (P10Br1989)
- Predigt vom 15. / 31. Oktober 1989 zu Psalm 95,10 + 11 (P11Br1989)
- Predigt vom 22. Oktober 1989 zu Micha 6,6-8 (P12Br1989)
- Predigt vom 5. November 1989 zu Römer 12,12 (P13Br1989)

1.3.2 Götz-Ulrich Coblenz

Pfarrer Götz-Ulrich Coblenz wurde 1953 in Dresden geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seine Eltern waren Mitglieder der evangelischen Kirche, aber nicht aktiv. Das Interesse am christlichen Leben kam in Coblenz' Armeezeit, als er sich mit der Frage nach dem Sinn des Lebens beschäftigte und entschied, Theologie zu studieren. Nach dem Studium in Berlin absolvierte Coblenz von 1979 bis 1981 sein Vikariat in Dresden. Anschließend folgte ein Hilfsdienstjahr in Grimmen, Mecklenburg-Vorpommern.[137]

[137] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Coblenz (15.11.2012), Privatarchiv Lührmann.

Eine der ausgewählten Predigten entstammt seiner Tätigkeit in der Grimmener Gemeinde.[138] Dort wirkte Coblenz in einem „Gemeindebezirk im Neubaugebiet [...], der von sehr demokratischen Strukturen geprägt war."[139] Coblenz' Zusammenarbeit mit dem Superintendenten gestaltete sich „zumindest in politischer Hinsicht schwierig"[140]. „Er war sehr staatskonform und erlaubte kaum Kritik am System."[141] Nach 1989 erfuhr Coblenz von dessen Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit.[142] Auch in der *Evangelischen Landeskirche Greifswald*, der Coblenz ab 1983 angehörte, gab es vier staatsnahe, kirchenleitende Personen, die versuchten dementsprechend Einfluss zu nehmen. Coblenz spricht hinsichtlich Bischof Horst Gienke, Konsistorialrat Hans-Martin Harder, Oberkonsistorialrat Siegfried Plath und Superintendent Siegfried Bohl von der „Viererbande"[143]. Nach der Wende wurden einige von ihnen ebenfalls als Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit identifiziert.

1983 trat Coblenz seine erste Pfarrstelle in Altenkirchen auf der Insel Rügen an und wirkte dort bis 1999. Der Gemeindebereich von Coblenz auf der Insel Rügen umfasste 3.000 Menschen, von denen 800 der Kirche angehörten. Die Gemeinde setzte sich primär aus Bäuerinnen und Bauern, FischerInnen, DienstleisterInnen und RentnerInnen zusammen. Zu den Gottesdiensten kamen aber auch häufig Bausoldaten, die auf der Insel Rügen stationiert waren. Im Sommer besuchten viele UrlauberInnen die Gottesdienste. Coblenz spricht in dieser Zeit von 100-300 GottesdienstbesucherInnen. Zusätzlich zu den Gottesdiensten wurden Vortragsabende und Konzerte von der Kirchengemeinde angeboten. Die Themen reichten von Geschichte über Theologie bis hin zu Dichtung. Auch Friedrich Schorlemmer gestaltete einige Abende. An der Gestaltung der Abende wirkten auch Kurprediger oder KünstlerInnen mit. Nach Coblenz waren nicht alle UrlauberInnen, die die Kirche besuchten, Kirchenmitglieder. Sie nutzten aber im Urlaub die Gelegenheit, unbeobachtet von der Staatssicherheit, d.h. ohne Angst vor Nachteilen für die eigene Person, den Gottesdienst besuchen zu können. Von 1999 bis 2008 übernahm er eine Pfarrstelle in Kahla und von 2008 bis 2018 das Pfarramt Flemmingen.[144]

Coblenz stimmt der Kritik von Karl Marx am Kapitalismus zu. Ähnlich wie Pfarrer Brand widerspricht er aber Marx' Einschätzung, dass durch Bildung ein besserer Mensch zu erzielen sei. Auch die Umsetzung des Sozialismus in der DDR sah er kritisch. Coblenz wertet den politischen Einsatz der ChristInnen als Notwendigkeit.[145] Dies spiegeln auch die Predigten wider. Sieben Predigten weisen vermischt Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf;[146] zwei beinhalten darüber hinaus die Urteilsbildung. In Bezug auf gesellschaftspolitische Themen setzt sich Coblenz vorwiegend mit den Themen Frieden, der NS-Zeit bzw. dem 2. Weltkrieg, Kritik und offener Rede in der DDR-Gesellschaft, dem Staat-Kirche-Verhältnis und den innerkirchlichen Gegebenheiten auseinander. Seine kritischen Stellungnahmen zur Militärpolitik des Ostblocks gegenüber Bausoldaten auf der Insel Rügen im Jahr 1983

[138] Siehe P1Co1982.
[139] E-Mail von Pfarrer Coblenz (11.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[140] Ebd.
[141] Ebd.
[142] Vgl. ebd.
[143] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), ebd.
[144] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Coblenz (15.11.2012), ebd; E-Mail von Pfarrer Coblenz (11.03.2020), ebd; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), ebd.
[145] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Coblenz (15.11.2012), ebd.
[146] Siehe P1Co1982, P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Co1986, P7Co1988, P9Co1989.

führten zu einer Vorladung der beiden Superintendenten vom Stellvertretenden Vorsitzenden fürs Innere. Die Unterlagen der SED Kreisleitung zu diesem Gespräch zeigen, dass sich die Superintendenten hinter Coblenz stellten.[147] In seinen Predigten fordert er zum Einsatz für Frieden, Umweltschutz und die Gesellschaft im Allgemeinen auf. Das in vier Predigten vorherrschende theologische Motiv ist das Vertrauen in Gott, welches den Einsatz für sowie auch das Vertrauen in die Mitmenschen ermöglichen soll.[148] Bei acht der neun Predigten folgt Pfarrer Coblenz dem Vorschlag der Perikopenordnung.[149] Laut Coblenz „zwingt [die Perikopenordnung] zur neuen Auseinandersetzung“[150]. Hinsichtlich der Abweichung von der Perikopenordnung in P1Co1982 mutmaßte er rückblickend, dass er mit Mi 4,1-5 seine Unterstützung für die aktuellen Entwicklungen hin zu mehr Friedensengagement und zum Konziliaren Prozess zum Ausdruck bringen wollte.[151] Coblenz ordnet die Bibelstellen immer in den historischen und/oder biblischen Kontext ein. Häufig werden die historischen Gegebenheiten der Bibelstellen parallel zur Gegenwart der ZuhörerInnen oder der Neuzeit dargestellt.[152]

Auch bei Coblenz war die Auswahl der Predigten aufgrund seines politischen Interesses und Engagements sehr groß. Folgende Predigten fließen in die Arbeit ein:

- Predigt vom 9. Mai 1982 zu Micha 4,1-5 (P1Co1982)
- Predigt vom 29. Januar 1984 zu Genesis 8,1-12 (P2Co1984)
- Predigt vom 26. August 1984 zu 2. Könige 25,8-12 (P3Co1984)
- Predigt vom 7. Oktober 1984 zu Hebräer 10,35-39 (P4Co1984)
- Predigt vom 31. Dezember 1986 zu Jesaja 30,8-17 (P5Co1986)
- Predigt vom 5. Juni 1988 zu Jesaja 23,16-29 (P6Co1988)
- Predigt vom 26. Juni 1988 zu 1. Petrus 3,8-16a (P7Co1988)
- Predigt vom 25. September 1988 zu Jesaja 49,1-6 (P8Co1988)
- Predigt vom 27. August 1989 zu Genesis 28,10-19a (P9Co1989)

1.3.3 Eberhard Iskraut

Pfarrer Eberhard Wolfgang Iskraut wurde am 27. September 1934 in Frankfurt an der Oder geboren. Auch sein Vater war als Pfarrer tätig. Von 1955 bis 1960 studierte Iskraut Theologie am *Sprachenkonvikt* in Ost-Berlin und der *Kirchlichen Hochschule* in West-Berlin-Zehlendorf. Von 1960 bis 1961 absolvierte er sein Lehrvikariat in Seelow/ Kirchenkreis Seelow. 1962 heiratete er Marie Christine Gisela Iskraut,

[147] Vgl. Schreiben der Kreisleitung Rügen vom 16.11.1983 zur Verfügung gestellt von Pfarrer Coblenz, Privatarchiv Lührmann.
[148] Siehe P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Co1986.
[149] Siehe P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Co1986, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P9Co1989.
[150] Notizen zum Interview mit Pfarrer Coblenz (15.11.2012), Privatarchiv Lührmann.
[151] Vgl. Anmerkungen Pfarrer Coblenz zu P1Co1982 (11.03.2020), ebd.
[152] Siehe P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P8Co1988.

geborene Mawick. Sie war nach dem Krieg mit ihrer Familie von Frankfurt an der Oder in die BRD umgesiedelt und wurde mit der Heirat Staatsbürgerin der DDR. Das Paar hat drei Söhne. Nach der zweiten theologischen Prüfung wurde Iskraut 1962 ordiniert. Anschließend nahm er für zwei Jahre eine Stelle als Hilfsprediger in Trebbin im Kreis Luckwitz, Brandenburg an. Ab 1964 arbeitete er als Pfarrer in Letschin.[153]

Eine der ausgewählten Predigten aus dem Jahre 1975 richtet sich an die Letschiner Gemeinde. Letschin liegt im Oderbruch im Kirchenkreis Seelow. Letschin war damals „mit 4000 Einwohnern das größte Dorf im Oderbruch“[154] und hatte ca. 1.700 evangelische ChristInnen, wobei sechs weitere Dörfer zum Zuständigkeitsbereich des Pfarrers gehörten. Die Menschen waren meist „alteingesessene Bauern, Handwerker [...] [und] Flüchtlinge aus den ehemal. Ostgebieten, die im Oderbruch 'hängen blieben'“.[155] In den 1960er und 1970er Jahren nahm die Zahl der KonfirmandInnen und auch der GottesdienstbesucherInnen um die Hälfte ab. Iskraut beschreibt die Gemeinde in Letschin zur damaligen Zeit als „gut konservativ“[156], aber auch als „aufgeschlossen für neue Wege“[157].

1977 wechselte er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1997 nach Berlin-Johannisthal. Die meisten der Predigten entstammen dieser Zeit. Laut Iskraut bestand die Gemeinde „aus vielen Akademikern, Ingenieuren, Angestellten, Eisenbahnern, weniger aus Arbeitern“[158]. Die GottesdienstbesucherInnen hätten „Predigten [...] aufmerksam zugehört, sie [...] auch hinterfragt, ergänzt [und] ihnen widersprochen.“[159] Das „'Urvertrauen' zwischen Pfarrer und Gemeinde“[160] hätte im Gegensatz zur Gemeinde im Oderbruch „in der Stadtgemeinde erst erworben werden bzw. erwachsen“[161] müssen. Auch bei Besuchen bei Gemeindemitgliedern durch den Pfarrer „musste man oft erst einmal eine gewisse Distanz überwinden“[162]. Von den „konstant ca. 20 000 Einwohnern Johannisthals“[163] waren 1983 „1848 eingetragene evangelische Kirchensteuerzahler“[164], während die Gemeinde 1988 1855 Mitglieder hatte, d.h. es gab ein „leichtes Wachstum trotz DDR-Flucht“[165]. Mit den 800 bis 1.000 KatholikInnen in Johannisthal „lebte[...] [man] in gutem Einvernehmen“[166]. Bis 1989 kamen „an normalen Sonntagen“[167] um die 40 GottesdienstbesucherInnen.

Iskraut ließ in zwei Heften ausgewählte Predigten abdrucken: Das erste anlässlich seiner Pensionierung 1997, um die Gemeinde „noch einmal an das zu erinnern, was uns in den letzten 3 Jahrzehnten besonders bewegte“[168], und das zweite im Jahr 2004. Alle zehn in die vorliegende Arbeit eingebundenen Predigten

[153] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Iskraut und seiner Ehefrau (März 2013), Privatarchiv Lührmann; Lebenslauf Iskraut, ebd; Brief von Pfarrer Iskraut (15.05.2017), ebd.
[154] Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Letschin, ebd.
[155] Ebd.
[156] Ebd.
[157] Ebd.
[158] Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Berlin-Johannisthal (04.02.2014), ebd.
[159] Ebd.
[160] Ebd.
[161] Ebd.
[162] Ebd.
[163] Ebd.
[164] Ebd.
[165] Ebd.
[166] Ebd.
[167] Ebd.
[168] Vorwort in: Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), ebd.

entstammen diesen Heften. Iskraut legt fünf Predigten die Bibelstelle der Perikopenordnung zugrunde;[169] die Abweichungen bei den anderen fünf Predigten sind den Anlässen wie Friedensdekade, Taufe, Kirchenvisitation und Beerdigung oder der Nähe zum Reformationstag geschuldet.[170] Hinsichtlich der Zuordnung zu den drei Arten politischer Predigt liegt bei der Mehrzahl von Predigten – acht von zehn – ein Vermischung von Aspekten der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt vor.[171] Eine historische und/oder biblische Einordnung wird bei der Hälfte der Fälle vorgenommen. Einige Predigten zeichnen sich durch einen starken thematischen Zuschnitt auf die AdressatInnen aus. Wie Coblenz stellt Iskraut Verbindungen zwischen den Lebensumständen der IsraelitInnen und der ChristInnen in der DDR her.[172] Iskraut setzt sich häufig zwischen den Zeilen, aber in einigen Predigten auch offen kritisch mit den gesellschaftspolitischen Themen auseinander. Im Vorwort des Predigthefts von 1997 heißt es dazu: „Nicht alles, was wir dachten und empfanden, konnte direkt und offen gesagt werden. Aber wir hatten uns alle auf die Kunst verstanden, 'zwischen den Zeilen zu lesen' und Dinge mitzuhören, die nur angedeutet werden konnten. Aber wir haben Bilder aus fernen Zeiten (z.B. Israels Gefangenschaft in Babylon) ohne viele Worte auf unsere Zeit übertragen können."[173] Seine Aufforderung an die ChristInnen, sich in ihrer Umwelt im Sinne Gottes zu engagieren, wurde mit der Verantwortung begründet, die aus der Rechtfertigung der Gläubigen, dem Leben in der Nachfolge Jesu Christi im Dienst am Nächsten und der Hoffnung auf das Reich Gottes resultiert.

Das von Iskraut besuchte *Sprachenkonvikt* stand in der Tradition der Bekennenden Kirche, die es ins Leben gerufen hatte.[174] Iskraut sah seine Haltung gegenüber dem Staat von der *Barmer Theologischen Erklärung* kritisch geprägt. Die Formel *Kirche im Sozialismus* verstand er als Standortbestimmung. Er beschrieb sich selbst als politisch interessiert und sah den Auftrag der Kirche in der politischen und gesellschaftlichen Diakonie.[175] Diese Aspekte klingen in den Predigten Iskrauts immer wieder an. Dominante Themen in den ausgewählten Predigten sind das christliche Leben in der DDR, die gesellschaftlichen Missstände, die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bzw. dem 2. Weltkrieg, Kritik in der DDR und das Staat-Kirche-Verhältnis.

Folgende Predigten Iskrauts fließen in die Arbeit ein:

- Predigt vom 8. Mai 1975 zu Römer 8,34 (P1Isk1975)
- Predigt vom 13. August 1978 zu Jesaja 29,17-24 (P2Isk1978)
- Predigt aus dem Jahre 1979 (zur Friedensdekade) zu Micha 4,1-5 (P3Isk1979)
- Taufpredigt aus dem Jahre 1981 zu Jesaja 41,10 (P4Isk1981)

[169] Siehe P1Iks1975, P2Isk1978, P6Isk1988, P8Isk1989, P9Isk1989.
[170] Siehe P3Isk1979, P4Isk1981, P5Isk1984, P7Isk1988, P10Isk1989.
[171] Siehe P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P4Isk1981, P6Isk1988, P7Isk1988, P8Isk1989, P10Isk1989.
[172] Siehe P3Isk1979, P4Isk1981, P1CO1982, P5Co1986, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P9Co1989, P10Isk1989.
[173] Vorwort in: Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), Privatarchiv Lührmann.
[174] Vgl. Hochschule auf Wanderschaft. Die Wurzeln des Sprachenkonvikts in der illegalen kirchlichen Hochschule in der NS-Zeit 1935–1941, https://theologischeskonvikt.de/files/upload/Konvikt/Geschichte/A_Tafeln_0109_2023-klein.pdf (05.06.2024); Freies Denken in der Diktatur. Lehren, Lernen und Forschen ohne ideologische Zwänge, https://theologischeskonvikt.de/files/upload/Konvikt/Geschichte/B_Tafeln_2209_2023.pdf (05.06.2024).
[175] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Iskraut und seiner Ehefrau (März 2013), Privatarchiv Lührmann.

- Predigt vom 7. Oktober 1984 zu Hebräer 10,24 (P5Isk1984)
- Predigt vom 16. Oktober 1988 zu Jeremia 29,1.4-7.10-14 (P6Isk1988)
- Beerdigungspredigt vom 8. November 1988 zu Jeremia 29,11 (P7Isk1988)
- Predigt vom 8. Oktober 1989 zu Markus 2,23-28 (P8Isk1989)
- Predigt vom 29. Oktober 1989 zu Matthäus 5,33-37 (P9Isk1989)
- Predigt vom 5. November 1989 zu Jesaja 62,6.7.10-12 (P10Isk1989)

1.3.4 Markus Meckel

Pfarrer Markus Meckel wurde am 18. August 1952 in Müncheberg in ein christliches Elternhaus hineingeboren; auch der Vater war Pfarrer. Nachdem er sein Abitur nachgeholt hatte, studierte er Theologie in Naumburg und am *Sprachenkonvikt* in Berlin. Meckel verweist auf die besondere Bedeutung der Dozenten Christoph Demke, Wolf Krötke und Jörg Milbradt für die Ausbildung seiner theologischen Denkweise. Während des Studiums und darüber hinaus setzte sich Meckel intensiv mit Karl Marx' und Friedrich Nietzsches Schriften sowie der Hegelschen Logik auseinander. Die *Barmer Theologische Erklärung* prägte ihn nachhaltig.[176] Schon früh war Meckel auch politisch aktiv. Er „verstand die politische Arbeit als eine wichtige Dimension [s]eines kirchlichen Auftrages."[177] 1980 begann er sein Vikariat in der Gemeinde Vipperow, wo er bis 1988 als Gemeindepfarrer blieb. Die Gemeinde Vipperow umfasste sechs Predigtstätten: Vipperow, Priborn, Buchholz, Zielow, Rechlin und Vietzen. Zu Beginn war das Engagement der Gemeindemitglieder sehr gering. In der Kirchengemeinde besonders aktiv waren die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen. 1982 gründete Meckel mit dem Friedenskreis Vipperow eine der bekanntesten Friedensgruppen in der DDR. Die Beteiligung aus der eigenen Gemeinde fiel eher gering aus. Zusätzlich war Meckel Mitorganisator von Friedenswanderungen und engagierte sich in der AG Frieden der *Mecklenburgischen Landeskirche* sowie *Frieden konkret*. Drei der in diese Arbeit eingebundenen Predigten entstammen dem *Mobilen Friedensseminar* oder *Frieden konkret*.[178] Aufgrund seines gesellschaftspolitischen Engagements versuchte die Staatssicherheit verschiedentlich, seine Kirchenarbeit zu torpedieren und seine Familie und ihn einzuschüchtern.[179] Nach seiner Zeit in Vipperow arbeitete Meckel bis 1990 als Leiter der Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte in Niederndodeleben. Im Herbst 1989 gründete er zusammen mit Martin Gutzeit die *Sozialdemokratische Partei in der DDR* (SDP) und hatte in der ersten frei gewählten Regierung der DDR 1990 das Amt des Außenministers inne. Meckel ist verheiratet und hat sechs Kinder.[180] Sein Engagement in der Friedensarbeit in der DDR hat er gemeinsam mit Martin Gutzeit in

[176] Vgl. MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 52f, 59ff, 64, 69, 77f.
[177] AaO, 98.
[178] Siehe P5Meck1983, P6Meck1985, P7Meck1987.
[179] Vgl. GUTZEIT/HILSBERG: Die SDP/SPD im Herbst 1989, 610; KOWALCZUK: Endspiel, 245; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 73ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 468.
[180] Vgl. Chmura: Biografie Markus Meckel, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, http://www.hdg.de/lemo/biografie/markus-meckel.html (04.08.2019); MECKEL: Lebenslauf, http://markusmeckel.eu/lebenslauf/ (04.08.2019); MÜLLER-ENBERGS: Meckel, 563.

der kommentierten Dokumentensammlung *Opposition in der DDR* nachgezeichnet; sein Lebensweg kann detailliert in *Zu wandeln die Zeiten* nachvollzogen werden.[181]

Dass ihm das Thema Frieden sehr am Herzen lag, spiegeln auch viele ausgewählte Predigten wider, die vornehmlich die Themen Frieden, Gerechtkeit und Freiheit behandeln. Meckel arbeitet in seinen Predigtausführungen immer wieder auf die Themen Frieden und Freiheit hin. Die Bibelstelle wird in vier von sieben Fällen ohne historische und/oder biblische Einordnung übernommen und in die Gegenwart übertragen. Hinsichtlich der Nutzung der Perikopenordnung betonte Meckel, mit ihr „recht frei umgegangen"[182] zu sein. Nur zwei Predigten liegt die vorgeschlagene Bibelstelle der Perikopenordnung zugrunde.[183] Seine Antrittspredigt in Vipperow, P1Meck1980, betreffend, äußerte er die Vermutung: „[I]ch kann es nachträglich nur so interpretieren, dass ich hier gewissermaßen 'meine Botschaft' verkünden wollte. Textauswahl und Predigt hatten dann wohl einen gewissen programmatischen Charakter."[184] Fünf der sieben Predigten weisen eine Vermischung von Aspekten einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf.[185] Die anderen beiden Predigten enthalten urteilsbildende Merkmale. Meckels Predigtstil zeichnet sich durch starke Ermutigungen der ZuhörerInnen sowie durch explizite Handlungsaufforderungen aus. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit werden als Geschenk und Wille Gottes für die Menschen dargestellt. Im Sinne des im Reich Gottes erhofften Lebens im Schalom sollen die ChristInnen als NachfolgerInnen Jesu Christi in der Welt tätig werden.

Pfarrer Markus Meckel hatte auf meine Anfrage hin eine Vorauswahl an Predigten getroffen, aus der folgende Predigten für diese Arbeit nutzbar gemacht werden:

- Predigt vom 7. September 1980 zu Galater 5,1 (P1Meck1980)
- Predigt vom August 1981 zu Jesaja 2,2-5 (P2Meck1981)
- Predigt vom 2. Advent 1981 zu Jesaja 11,2-5 (P3Meck1981)
- Predigt Silvester/Neujahr 1981/82 zu Jesaja 26,4 (P4Meck1981_82)
- Predigt vom 7. August 1983 zu Lukas 19,36-44 (P5Meck1983)
- Predigt vom 3. März 1985 zu Johannes 12,23-26 (P6Meck1985)
- Predigt vom 9. August 1987 zu Habakuk 1,1-5.7 (P7Meck1987)

1.3.5 Christiane Müller

Pfarrerin Christiane Müller wurde am 18. November 1959 in Gräfenthal (Thüringen) geboren. Sie wuchs mit drei Geschwistern in einem christlichen Elternhaus in Leutenberg bei Saalfeld auf, ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach dem Abitur studierte sie zwei Jahre in Berlin Theologie, um ihr Studium in Halle abzuschließen. Nach ihrem Vikariat in der Gemeinde in Rositz übernahm sie ab 1986 auch die Pfarrstelle

[181] Vgl. MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten.
[182] E-Mail von Pfarrer Meckel (14.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[183] Siehe P2Meck1981, P5Meck1983.
[184] E-Mail von Pfarrer Meckel (14.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[185] Siehe P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P6Meck1985, P6Meck1987.

in der Gemeinde. Vor der Wende hatte die Gemeinde Rositz noch 500 evangelische ChristInnen. Die Gemeindemitglieder setzten sich primär aus ArbeiterInnen und Angehörigen des niedrigen Bildungsbürgertums zusammen. Ein Großteil waren RentnerInnen. In einem durchschnittlichen Gottesdienst waren ca. 25 BesucherInnen anwesend, bei Feiertagsgottesdiensten ungefähr 60. Pfarrerin Müller beschreibt die GottesdienstbesucherInnen als aufmerksame ZuhörerInnen, für die der Gottesdienst im Mittelpunkt stand. Es hätte auch kritische Äußerungen zu den Predigten gegeben. Laut Müller hatten die Gemeindemitglieder eine reservierte Haltung zum Sozialismus, d.h. es gab keine glühenden VerfechterInnen, aber auch keine vehementen KritikerInnen.[186]

Müller bewertet die Visionen von Kommunismus bzw. Sozialismus grundsätzlich positiv und mit christlichen Wertevorstellungen vereinbar. Wie Brand und Coblenz sieht sie aber „den Egoismus des Menschen“[187] nicht einkalkuliert. Pfarrerin Müller betont, dass ihr politisches Engagement zur Wendezeit hin zunahm.[188] Während sie in allen vier Predigten dem Vorschlag der Perikopenordnung folgt, findet in keiner der Predigten eine historische und/oder biblische Einordnung des Textes statt. Alle vier Predigten weisen Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf. Pfarrerin Müller setzt sich vor allem mit den gesellschaftspolitischen Themen Frieden und Umwelt sowie dem Sozialismus, der Medienlenkung und wahrer Rede auseinander. Dabei vergewissert sie die Anwesenden immer wieder der Fürsorge und Allmacht Gottes und fordert zum Handeln für das Wohlergehen in Welt und Gesellschaft auf.

Bei Pfarrerin Müller waren noch alle Predigten seit dem Beginn ihres Vikariats 1983 vorhanden. Folgende Predigten werden im Zuge dieser Arbeit analysiert:

- Predigt vom 30. September 1984 zu Hebräer 13,15 und 16 (P1Mue1984)
- Predigt vom 18. November 1984 zu Genesis 9,12-17 (P2Mue1984)
- Predigt vom 29. Oktober 1989 zu Matthäus 5,33-37 (P3Mue1989)
- Predigt vom 5. November 1989 zu Kohelet 3,1-8 (P4Mue1989)

1.3.6 Hans-Georg Rannenberg

Pfarrer Hans-Georg Rannenberg wurde am 1. November 1933 in Wittenberge geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. Von 1953 bis 1957 studierte Rannenberg evangelische Theologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Sein Vikariat absolvierte er bis zum Mai 1959 in Graustein bei Spremberg. Nach seiner Ordination im Juli 1960 trat er seine erste Stelle zunächst als Hilfs-, dann als Gemeindepfarrer in Frankena in der Niederlausitz an. Ab 1971 wirkte er als Pfarrer in Forst. In der in der Lausitz liegenden Gemeinde wohnten überwiegend Bäuerinnen und Bauern von *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* (LPG) und ArbeiterInnen, wobei die ArbeiterInnen nicht in der Kirche waren. Viele der EinwohnerInnen hatten vor 1945 jenseits der Neiße gewohnt. Es gab sehr wenige Kirchenmitglieder. Von

[186] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrerin Müller, Privatarchiv Lührmann; Ausführungen Pfarrerin Müllers zur Gemeinde in Rositz, ebd.
[187] Notizen zum Interview mit Pfarrerin Müller, ebd.
[188] Vgl. ebd.

1984 bis 1998 war er in Senftenberg Pfarrer und Kirchenkreisleiter. In Senftenberg waren ca. 3.000 der 30.000 EinwohnerInnen evangelisch. Laut Rannenberg war Senftenberg eine Tagebau- und Mittelstandsgemeinde. Eine große Rolle spielte die Umsiedlungsproblematik wegen des Braunkohletagebaus.[189]

Pfarrer Rannenberg war 1977 in ein Ereignis verstrickt, das auch für Diskussionen innerhalb des BEK sorgte. Der in Cottbus wegen Republikflucht inhaftierte Gefängnisinsasse Wolfgang Defort brach aus dem Gefängnis aus und bat bei Pfarrer Rannenberg um Schutz und um Fluchthilfe. Rannenberg beriet sich daraufhin mit zwei Kollegen. Einer der drei Pastoren informierte die staatlichen Behörden. Dieses Verhalten wurde kritisch gesehen, da ein kirchlicher Vertreter eine Person der staatlichen Gewalt ausgesetzt hatte. Gegen große Widerstände verteidigte Albrecht Schönherr aber das Verhalten der Pfarrer. Als Grund für die Meldung des Flüchtigen an die staatlichen Organe wurde die Angst vor den negativen Folgen für den Flüchtigen und die Fluchthelfer angegeben.[190]

Pfarrer Rannenberg hatte keine negative Haltung zum Staat der DDR. Als problematisch empfand er vor allem die Abschottung nach außen. Er betonte, dass der christliche Glaube politisch wäre, er dies aber persönlich nicht intensiv ausgelebt hätte. Er verstand den Beruf des Pfarrers vor allem seelsorgerlich und sah seine Aufgaben in der Gemeindearbeit.[191] Dies spiegeln auch seine Predigten wider, in denen die Vergewisserung immer am stärksten ausgeprägt ist. Zwei Predigten sind reine vergewissernde politische Predigten, zwei vergewissernd und handlungsweisend, zwei darüber hinaus noch urteilsbildend. Allen sechs Predigten Rannenbergs liegt die in der Perikopenordnung vorgeschlagene Bibelstelle zugrunde. Die Bibelstellen wurden in drei der sechs Predigtausführungen historisch und/oder biblisch eingeordnet. Thematisch befasst er sich allgemein mit gesellschaftspolitischen Ereignissen und ordnet sie positiv oder negativ ein. Darüber hinaus nimmt er das Leben als ChristIn in der DDR-Gesellschaft in den Blick und erörtert die Friedensthematik. Eine besondere Bedeutung hat bei Rannenberg das Hören auf das Wort Gottes als Grundlage für das christliche Leben in der Welt. Die ChristInnen sollen dem Willen Gottes für die Menschen und seinem von Liebe und Vergebung geprägten Umgang mit ihnen entsprechend in der Welt aktiv werden.

Bei Pfarrer Rannenberg standen bis auf wenige Ausnahmen fast alle seiner jemals gehaltenen Predigten zur Verfügung. Predigten von vor 1980 wurden nicht zur Analyse herangezogen, da die politischen und gesellschaftspolitischen Bezüge eher schwach ausgeprägt waren. In chronologischer Reihenfolge folgen nun die für die Analyse ausgewählten Predigten:

- Predigt zum Jahreswechsel 1980/81 zu Jesaja 30,8-24 (P1Ra1980_81)
- Predigt vom 30. Mai 1982 zu 1. Korinther 2,12-16 (P2Ra1982)
- Predigt zum Jahreswechsel 1986/87 zu Jesaja 30,8-24 (P3Ra1986_87)
- Predigt vom 24. April 1988 zu 2. Korinther 4,16-18 (P4Ra1988)
- Predigt vom 22. Oktober 1989 zu Micha 6,6-8 (P5Ra1989)

[189] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Rannenberg (13.05.2015), ebd.
[190] Vgl. ALBRECHT-BIRKNER: Freiheit in Grenzen, 209; Der Fall Defort in: BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 226ff.
[191] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Rannenberg (13.05.2015), Privatarchiv Lührmann.

- Predigt vom 29. Oktober 1989 zu Matthäus 5,33-37 (P6Ra1989)

Kapitel 2

1978-1983

Das Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und Albrecht Schönherr am 6. März 1978 läutete eine neue Phase der Beziehungen zwischen Kirche und Staat ein und bestimmte nachhaltig deren weitere Interaktion. Der Staat machte in verschiedenen Bereichen Zusagen, die zu langfristigen Veränderungen führten. So sicherte er beispielsweise Unterstützung bei den Vorbereitungen des Lutherjahrs zum 500. Geburtstag Martin Luthers zu, das 1983 unter staatlicher Beteiligung begangen wurde. Durch die Zusage von Gleichberechtigung von christlichen und nichtchristlichen BürgerInnen, die Aufforderung zur kirchlichen Mitarbeit in und an der sozialistischen Gesellschaft sowie die Zusicherung von Sendezeiten in Funk und Fernsehen und der Möglichkeiten von Seelsorge in Altenheimen und Gefängnissen durch den Staat wurde dem BEK, seinen Gliedkirchen und den ChristInnen in der DDR mit dem Gespräch ein gewisser gesellschaftlicher Status in der DDR zugesprochen. Das Gespräch weckte Hoffnungen und Erwartungen auf beiden Seiten. Der Staat forderte Loyalität; der BEK sah sich zur Mitwirkung in und an der Gesellschaft der DDR, aber auch im politischen Bereich aus seinem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus aufgerufen. Dies führte bis zum Ende der DDR zu Auseinandersetzungen. Auch der Grundkonflikt unterschiedlicher Weltanschauungen und damit einhergehender Wertevorstellungen blieb bis 1989 bestehen.

Diese Problematik zeigte sich ab Sommer 1978 in den Auseinandersetzungen um den Wehrunterricht und die allgemeine Militarisierung der DDR-Gesellschaft sowie um den Einsatz für Frieden und Abrüstung. Wurde im März 1978 noch von staatlicher Seite von einer Übereinstimmung des Friedenseinsatzes der Kirche mit der Außenpolitik der DDR gesprochen,[1] wurden schon im Juni 1978 in der Debatte um die Einführung des Wehrunterrichts die unterschiedlichen Vorstellungen von Frieden, Friedenserziehung und Friedenseinsatz offenbar und führten zu weitreichenden Konflikten.

Die Jahre 1978 bis 1983 waren von einem erneuten Aufflammen des kalten Krieges geprägt. Aufrüstungsbestrebungen und Abrüstungsverhandlungen liefen parallel und beherrschten das internationale politische Geschehen. Neben den Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses

[1] Vgl. Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 345.

versuchte man sich zusätzlich auf Ebene der *Vereinten Nationen* (UNO) und im Rahmen der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) auf konkrete Abrüstungsschritte zu einigen, leider ohne jeden Erfolg. Diese angespannte und gefährliche internationale Situation rief viele FriedensaktivistInnen in der DDR auf den Plan.

Mit dem Folgetreffen in Madrid von 1980 bis 1983 wurde der KSZE-Prozess, der 1975 begonnen hatte, fortgesetzt. Im Zuge des Treffens kam es zur Weiterentwicklung der in der *Schlussakte von Helsinki* erzielten Ergebnisse. Um diese Konferenz als Teil des Prozesses wahrnehmen zu können und aufgrund der langfristigen Auswirkungen der *Schlussakte von Helsinki*, werden die Entwicklungen im KSZE-Prozess ab der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* im August 1975 dargestellt. Im Zuge dessen wird auch die intensive Auseinandersetzung im Rahmen der Ökumene und des BEK mit dem Thema Menschenrechte nachvollzogen.

Aufgrund merklicher Umweltbelastungen erfuhr auch die Umweltthematik im internationalen und nationalen, im politischen und im kirchlichen Bereich zunehmende Auseinandersetzung. Die Staaten waren zur Lösungssuche genötigt. In der DDR traten Umweltprobleme vermehrt zutage und weckten bei den BürgerInnen das Bedürfnis, sich für den Umweltschutz einzusetzen. Es bildeten sich vermehrt Umweltgruppen.

Neben der allgemein angespannten internationalen Lage mussten sich die Warschauer Vertragsstaaten ab 1980 mit den ersten Reformbestrebungen in einem Land des Ostblocks seit dem Prager Frühling 1968 auseinandersetzen. In der Volksrepublik (VR) Polen formierte sich die unabhängige Gewerkschaft *Solidarnosc* und bemühte sich um (gesellschafts-)politische Veränderungen. Die anfängliche Reformbereitschaft der polnischen Regierung hatte mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 ein jähes Ende. Dieses Ereignis sorgte für Empörung im Westen und addierte zu den schwierigen internationalen Beziehungen.

Die innerdeutschen Beziehungen wurden zusätzlich durch die Erhöhung des Mindestumtausches bei Einreisen in die DDR und die Geraer Rede Honeckers an der Nahtstelle beider Blöcke belastet.

2.1 Spitzengespräch am 6. März 1978 zwischen Honecker und Schönherr

Am 6. März 1978 lud der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker Bischof Dr. D. Albrecht Schönherr und den Vorstand der KKL zu dem ersten Gespräch von staatlichen und kirchlichen VertreterInnen auf höchster Ebene ein.[2]

Für das Zustandekommen des Gespräches waren verschiedene Gründe ausschlaggebend. Von staatlicher Seite diagnostizierte man, dass die Kirchen in der DDR, trotz sinkender Mitgliederzahlen, die als

[2]Vgl. Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27; Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26f; Rundfunk-Kommentar von Manfred Stolpe in: aaO, 29; Barometer des Vertrauens. Kommentar von Gerhard Thomas in: aaO, 29; Information des Sekretariats des Kirchenbundes an die Gemeinden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 211.

Resultat der sozialistischen Politik positiv gewürdigt wurden, noch länger erhalten bleiben würden.[3] Diese Einschätzung könnte dazu geführt haben, ein kooperativeres Verhältnis zum BEK anzustreben. Zusätzlich nahm die SED bei den Kirchenleitungen eine Anerkennung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR sowie eine vertiefende Auseinandersetzung innerhalb des BEK mit dem kirchlichen Dasein in der sozialistischen Gesellschaft wahr. Man sah darin ein Abwenden von der Strategie des „'Überwinterns' der Kirchen im Sozialismus"[4]. VertreterInnen des BEK hatten außerdem um ein klärendes Gespräch zwischen dem Vorstand der KKL und Erich Honecker gebeten, nachdem sich das Verhältnis durch die Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz im August 1976 merklich abgekühlt hatte.[5]

2.1.1 Inhalte des Gesprächs

Großen Raum nahm das Thema Gleichberechtigung und Gleichachtung von ChristInnen und NichtchristInnen ein. Schönherr forderte, dass den ChristInnen aus ihrer Glaubensausübung in der sozialistischen Gesellschaft der DDR keine Nachteile erwachsen sollten. Im Besonderen verwies er auf die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bildungswesen und plädierte für mehr Chancengleichheit in diesem Bereich.[6] Laut Pressemitteilung des Staatsrates der DDR stellte für Honecker „die Gleichberechtigung und die Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm dar, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist."[7] Dies schlösse auch eine Chancengleichheit im Bereich der Bildung mit ein.[8] Die damit eingegangene Verpflichtung des Staates zur Praxis der Gleichberechtigung wurde sowohl von der KKL als auch von Manfred Stolpe in seinem Rundfunk-Kommentar als eine Errungenschaft des

[3] Vgl. Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 273; Dok. 45: Rede Paul Verners am 22.7.1976 „zu einigen kirchenpolitischen Aufgaben" auf einer Beratung mit den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke in: aaO, 286.

[4] Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: aaO, 342; vgl. auch Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: aaO, 271.

[5] Vgl. Zweite Synode des BEK (1973-1974): Vierte Tagung in Züssow 24. bis 28. September 1976 (Tonbandnachschrift des Verhandlungsprotokolls), EZA 101/5340; Dok. 49: Aktenvermerk Hans Seigewassers vom 26.12.1976 über sein Gespräch am gleichen Tag mit OKR Manfred Stolpe und Frau OKR Christa Lewek in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 298f; Dok. 50: Bericht Hans Seigewassers vom 23.11.1976 über sein Treffen am gleichen Tag mit OKR Manfred Stolpe wegen der staatlichen Verweigerung eines Grundsatzgespräches mit dem Vorstand der KKL in: aaO, 303; Dok. 51: Brief Albrecht Schönherrs an Hans Seigewasser vom 14.12.1976, in welchem die wiederholte Absage eines Grundsatzgesprächs mit dem Vorstand der KKL durch den Staat bedauert wird in: aaO, 304; Dok. 61: Niederschrift der Arbeitsgruppe Kirchenfragen vom 28.12.1977 an Erich Honecker über ein Gespräch mit OKR Manfred Stolpe und OKR Christa Lewek am 22.12.1977 zur Vorbereitung auf das Treffen des Vorstandes der KKL mit Erich Honecker in: aaO, 327; Dokument 53: Grundsatzausführungen Dr. Hüttner, 14.9.1976 in: SCHULTZE u.a. (Hg.): Das Signal von Zeitz, 258; Dokument 80: Brief der Kirchenleitung der KPS an Staatssekretär Seigewasser, 27.11.1976 in: aaO, 336f, 339; Dokument 82: Gespräch beim Rat des Bezirkes Magdeburg, 10.12.1976 in: aaO, 341ff; Dokument 83: Bericht des Rates des Bezirkes Magdeburg über das Gespräch vom 10.12.1976 in: aaO, 351; Dokument 84: Wörtliches Protokoll des Gesprächs vom 10.12.1976 in: aaO, 354ff. Für weitere Informationen zur Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz siehe u.a. DIETRICH: Es brannte in unserem Gewissen; SCHULTZE u.a. (Hg.): Das Signal von Zeitz.

[6] Vgl. Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 28.

[7] Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26.

[8] Vgl. ebd.

Gesprächs hervorgehoben und begrüßt.[9] Laut KKL müsste die Bedeutung des Gesprächs aber vor allem an den positiven Auswirkungen auf den Alltag der ChristInnen in der DDR gemessen werden.[10] Schönherr verwies hinsichtlich des Aufrufs des Staates an den BEK und seine Gliedkirchen zur Mitarbeit am Aufbau der Gesellschaft auf „die Verantwortung [von Staat und Kirche] für die gleiche Welt und für den gleichen Menschen."[11]

Zu zwölf kontroversen Themen wurden Einigungen erzielt. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang staatliche Zusagen zu kirchlichen Bauvorhaben auch in Neubaugebieten, kirchlichen Sendungen in Funk und Fernsehen, Gottesdiensten und Seelsorge in Strafanstalten und Altenheimen sowie zur Einfuhr kirchlicher Literatur. Zusätzlich bewilligte man Sendezeit zu „besonderen Feiertagen und Anlässen [...] [und] für monatliche Informationssendungen"[12].

2.1.2 Bewertung und Folgen des Gesprächs

Beide Parteien beschrieben das Gespräch anschließend als bedeutendes Ereignis und Wegweiser für die weitere Beziehung von Kirche und Staat.[13]

Schönherr, Stolpe sowie die KKL werteten das Gespräch vom 6. März 1978 als Resultat einer längeren Entwicklung hin zu einer entspannteren Kirchenpolitik des SED-Regimes.[14] Die Entscheidung für dieses Gespräch verstand die KKL im September 1978 als Anerkennung der Kirche als gesellschaftliche Größe, die in und an der Gesellschaft mitwirkt und trotz „ideologischer Gegensätze"[15] als solche akzeptiert

[9] Vgl. Rundfunk-Kommentar von Manfred Stolpe in: aaO, 29; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 in: aaO, 28.

[10] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 vom 12. März 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 241.

[11] Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27; vgl. auch Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26.

[12] Gleichberechtigt und gleichgeachtet. Das Gespräch des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978 in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 212; vgl. auch Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27; Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 in: aaO, 28.

[13] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 197f; Ausführungen von Bischof D. Dr. Schönherr beim Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 in:aaO, 233f, 237; Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 342; Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: aaO, 369; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21; Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26; Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: aaO, 27f; Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 27; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 in: aaO, 28.

[14] Vgl. Rundfunk-Kommentar von Manfred Stolpe in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 29; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 47; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 Berlin-Weißensee. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 59.

[15] Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27.

werden musste.[16] Die Bundessynode ging 1979 sogar soweit, hinsichtlich des Austausches zwischen Staat und Kirchen von einem „Dialog zwischen eigenständigen Partnern“[17] zu sprechen. So betrachtete man das Gespräch als Ansporn für die ChristInnen zur Glaubensauslebung in der DDR-Gesellschaft. Die Gemeinden wurden dazu aufgefordert, die Umsetzung der im Gespräch von staatlicher Seite getätigten Zusagen voranzutreiben.[18]

Staatlicherseits hingegen sah man mit dem Gespräch „keine Wende in der Kirchenpolitik“[19] vorliegen. Schon Ende März 1978 war eine „Partnerschaft von Staat und Kirche“[20] ausgeschlossen worden. Auch die Gesprächskultur von Staat und Kirche spricht gegen ein partnerschaftliches Verhältnis.[21] In den Folgejahren wurden kritische Äußerungen der Kirche gegenüber dem Staat immer wieder mit der Mahnung beantwortet, „den Geist des 6. März nicht zu gefährden.“[22] Die kirchlichen VertreterInnen waren hinsichtlich der Gespräche mit staatlichen VertreterInnen und der darin diskutierten Themen auf die Gunst des Staates angewiesen. Sie konnten nur um ein Gespräch bitten. Der Staat verweigerte auch Gespräche zu

[16] Vgl. DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 193, 197; GEHLER: Deutschland, 284; HENKYS: Zwischen Militarismus und Pazifismus, 16; LUCHTERHANDT: Gegenwartslage, 41f; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 Berlin-Weißensee. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 59.

[17] Beschluß der Bundessynode in Dessau zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zur Delegationsversammlung und zum Bericht des IMHW vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 312; vgl. auch LUCHTERHANDT: Gegenwartslage, 41.

[18] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 vom 12. März 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 241; Beschluß der Synode zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 26. September 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 65.

[19] Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 344.

[20] AaO, 348; vgl. auch Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 389; Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: aaO, 427.

[21] Vgl. 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 5. Laut Ludwig Große „konnte keine Rede davon sein, dass die Kirche als 'gleichgeachtete[r] und gleichberechtigte[r] Partner des Staates angesehen und behandelt würde', wie es dem Vorstand der KKL [...] im Gespräch vom 06.03.1978 zugesichert worden war.“ (GROßE: Einspruch, 298.)

[22] GOECKEL: Thesen, 30; vgl. auch FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 41; GOECKEL: Thesen, 52; Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 370f; Dok. 72: Information von Paul Verner an Erich Honecker vom 2. Oktober 1978 über die BEK-Synode vom 22. bis 26. September 1978 in: aaO, 379; Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 391; Dok. 81: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des ZK Nr. 129/80 vom 22.10.1980, Punkt „2. Auftreten der Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR“ und Anlage Nr. 9 Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 23. 10.1980 in: aaO, 437; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 439f; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 „Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 549; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: aaO, 553ff; Dok. 109: Beschluss des Politbüros des ZK der SED "Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin"in: aaO, 558, 561, 567; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988“ in: aaO, 580, 583; MAU: Eingebunden, 67, 73.

bestimmten Themen, wie z.B. zum Bildungswesen, oder sagte zugesicherte Gespräche ab, um den BEK und seine Gliedkirchen für Fehlverhalten abzustrafen.[23]

Nach Betrachtung staatlicher Dokumente ist dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk zuzustimmen, dass das Gespräch vom 6. März 1978 eher die Festlegung eines „symbolischen Stillhalteabkommen[s]“[24] darstellte. Dem SED-Staat ging es darum, dem BEK und seinen Gliedkirchen in ihrem weiteren Bestehen ihren Platz und ihre Rolle in der Gesellschaft und ihre Zuständigkeitsbereiche zuzuteilen. Zwar durfte der BEK als anerkannte Institution innerkirchlich eigenmächtig agieren, er wurde zur Mitverantwortung für und zur Mitarbeit in der Gesellschaft der DDR aufgefordert, jedoch nur im Sinne der SED. Einmischungen in staatliche Belange wurden vehement zurückgewiesen.[25] „Die überhebliche Position des Wächteramtes der Kirchen gegenüber der Gesellschaft“[26] wurde missbilligt und als unangemessen abgelehnt. Der BEK und die Gliedkirchen sollten sich loyal zum Staat verhalten und auch international für die Politik des SED-Staates eintreten. Man erhoffte sich als Folge des Gesprächs eine Stärkung der staatstragenden Kräfte in den Kirchen. Die angestrebte Verhütung der Ausbildung einer Opposition im Bereich der Kirchen erfüllte sich nicht.[27]

[23] Vgl. Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der KKL in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 221; Zweite Synode des BEK (1973-1974): Vierte Tagung in Züssow 24. bis 28. September 1976 (Tonbandnachschrift des Verhandlungsprotokolls), EZA 101/5340; Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden aus Anlaß der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz vom 11. September 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 168f; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Auswertung des Sachgespräches zum Thema 'Sozialistische Lebensweise' vom 9.12. 1982 vom 8. Januar 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 125; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 289; Dok. 49: Aktenvermerk Hans Seigewassers vom 26.12.1976 über sein Gespräch am gleichen Tag mit OKR Manfred Stolpe und Frau OKR Christa Lewek in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 298, 300f; Dok. 50: Bericht Hans Seigewassers vom 23.11.1976 über sein Treffen am gleichen Tag mit OKR Manfred Stolpe wegen der staatlichen Verweigerung eines Grundsatzgespräches mit dem Vorstand der KKL in: aaO, 303f; Dok. 59: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 27.10.1977 über die Synode des BEK vom 21. bis 23.10.1977 in: aaO, 322; 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 5; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42; Arbeitsbericht 1988/89 in: aaO, 48; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes, 19. September 1989 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 4; Dokument 65: 'Wort an die Gemeinden' der Bundessynode Züssow, 24.-28.9.1976 in: SCHULTZE u.a. (Hg.): Das Signal von Zeitz, 287; Dokument 75: Bericht der Kirchenleitung vor der Synode der KPS, 28.10.1976 in: aaO, 318.

[24] KOWALCZUK: Endspiel, 217.

[25] Vgl. Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 277; Dok. 60: Von Paul Verner veranlaßte Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Erich Honecker vom 8.12.1977 über ein Gespräch Verners mit Albrecht Schönherr am 6.12.1977 in: aaO, 323f; Dok. 61: Niederschrift der Arbeitsgruppe Kirchenfragen vom 28.12.1977 an Erich Honecker über ein Gespräch mit OKR Manfred Stolpe und OKR Christa Lewek am 22.12.1977 zur Vorbereitung auf das Treffen des Vorstandes der KKL mit Erich Honecker in: aaO, 327; Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: aaO, 344; KOWALCZUK: Endspiel, 217.

[26] Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 272; vgl. auch BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 184ff.

[27] Vgl. Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schön-

Der BEK nahm auch in den Folgejahren immer wieder Bezug auf das Gespräch und bewertete die Realisierung der Zusagen durch den Staat. Dabei wurde seitens des BEK wiederholt „die grundsätzliche Bedeutung des Gespräches vom 6. März 1978 [...] bestätigt und als tragfähige Grundlage für die Entwicklung der weiteren Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR unterstrichen."[28]

Die Umsetzung der Zusagen betreffend würdigte man den wahrgenommenen staatlichen Einsatz. Besonders im Bereich des Kirchenbaus, der Gefängnisseelsorge und der Sendezeiten in Funk und Fernsehen identifizierte man positive Entwicklungen. 1988 betonte der Vorsitzende der KKL, Bischof Werner Leich, im Rückblick auf die Entwicklungen seit dem Gespräch vom 6. März 1978: „Wir stellen dankbar ihren Ertrag fest: Wir konnten Gemeindehäuser oder Kirchen in Neubaugebieten bauen, die Seelsorge in Pflegeheimen erweitern, das Lutherjahr mit weit beachteten öffentlichen Veranstaltungen durchführen, die Kirchentage mit spürbarer Unterstützung des Staates abhalten und geregelte Sendezeiten im 2. Programm des Fernsehens erhalten."[29]

Die zugesagte Gleichberechtigung von ChristInnen und NichtchristInnen blieb – wie schon vor dem Spitzengespräch 1978 – bis zum Ende der DDR ein kontroverses Thema.[30] Zwar wurde noch im März

herr am 12.2.1975 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 263; Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: aaO, 276f; Dok. 52: Hinweise Paul Verners an die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED von 6.10.1976 über Maßnahmen zur Weiterführung der Kirchenpolitik gegenüber der Evangelischen Kirche in: aaO, 305; Dok. 58: Gemeinsame Information der Arbeitsgruppe Kirchenfrage im ZK und des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom 12.5.1977 an Paul Verner über das Gespräch Hans Seigewassers mit dem Vorstand des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 318; Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: aaO, 344.

[28] Arbeitsbericht des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981/1982 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 44; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Dessau zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zur Delegationsversammlung und zum Bericht des IMHW vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 311f; Ansprache des Vorsitzendes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Krusche, bei der Gratulationscour zum 70. Geburtstag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Erich Honecker vom 25. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 92; Ansprach des Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Ericht Honecker, vom 3. März 1988 in: aaO, 290; Beschluss der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs 20. September 1988 in: aaO, 313.

[29] Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 286; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Krusche, bei der Gratulationscour zum 70. Geburtstag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Erich Honecker vom 25. August 1982 in: aaO, 92; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 Berlin-Weißensee. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 59; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 72; Arbeitsbericht des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik 1979/80 in: aaO, 74ff; Arbeitsbericht des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981/1982 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 46, 48; Arbeitsbericht 1982/83 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 62, 65.

[30] Vgl. Zur Frage der Benachteiligung christlicher Eltern und Schüler. Schreiben des Bischofskonvents des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Brüder im Euphoralamt (24. November 1971) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 358ff; Ausführungen von Bischof D. Dr. Schönherr beim Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 236; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2,

1988 rückblickend von Seiten der KKL das Festhalten am „Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichachtung des Bürgers mit christlichem Bekenntnis“[31] seit 1978 gewürdigt. Besonders im Bildungssystem machte man aber eine Benachteiligung der ChristInnen aus, die man aus einem „Spannungsverhältnis zwischen dem Grundsatz der Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit aller Bürger unabhängig von ihrer Weltanschauung einerseits und dem erklärten Erziehungsziel der kommunistischen Persönlichkeit in allen Lebensbereichen andererseits“[32] resultieren sah. Kirchliche VertreterInnen setzten sich deshalb weiterhin in Gesprächen mit dem Staat für die Gleichberechtigung der ChristInnen im Bil-

172; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 183; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 196f; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: aaO, 286, 290; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293; Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 12.2.1975 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 262f; Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: aaO, 272; Dok. 57: Von Paul Verner am 10.5.1977 bestätigte Linie des Auftretens im Gespräch mit den Vertretern des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 315ff; Dok. 58: Gemeinsame Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK und des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom 12.5.1977 an Paul Verner über das Gespräch Hans Seigewassers mit dem Vorstand des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 316; Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.09.1984 in: aaO, 518; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: aaO, 569; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988“ in: aaO, 580; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 20; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 73; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Arbeitsbericht 1984/1985 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 63.

[31] Stellungnahme der KKL in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft 11. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

[32] Beschluß der Bundessynode in Dessau zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zur Delegationsversammlung und zum Bericht des IMHW vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 311; vgl. auch 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 Berlin-Weißensee. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 59; Beschluß der Generalsynode zum Bericht der Kirchenleitung vom 8. Juni 1980 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1980, 60.

dungswesen ein.[33] Der Staat bestritt jedoch jegliche Diskriminierung von ChristInnen in der DDR.[34] Der Widerspruch zwischen kommunistischer Erziehung und sozialistischer Lebensweise auf der einen und der Lebensausrichtung nach dem christlichen Glauben auf der anderen Seite konnte bis 1989 nicht aufgelöst werden; Benachteiligungen aufgrund des christlichen Glaubens im Bereich des Bildungswesens blieben bis zum Ende der DDR weithin bestehen. Trotz der Benachteiligung sprach sich die KKL schon vor 1978 vehement dagegen aus, aus Benachteiligungen die Notwendigkeit des Auswanderns aus der DDR abzuleiten: „Wenn Christen sagen, hier könne man nicht leben, so ist das auf keinen Fall zu akzeptieren. Wir haben hier keine Christenverfolgung“[35]. Dies korreliert mit der durchgängigen Aufforderung des BEK an die ChristInnen, im Land zu bleiben und sich in die Gesellschaft einzubringen.[36]

[33]Vgl. 5. Tagung der 3. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR – 18.-22. September 1981, Vorlage Nr.: 22; Vorlage des Berichtsausschusses, EZA 101/5394; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Sachgespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen über 'sozialistische Lebensweise' vom 20. Dezember 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 121f; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: aaO, 172; 5; 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 5; Beschluß der Synode zu Gesprächen mit staatlichen Stellen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 59; Arbeitsbericht 1982/83 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 60; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 197; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 73; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[34]Vgl. Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 272; Dok. 57: Von Paul Verner am 10.5.1977 bestätigte Linie des Auftretens im Gespräch mit den Vertretern des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 314; Dok. 59: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 27.10.1977 über die Synode des BEK vom 21. bis 23.10.1977 in: aaO, 324.

[35]Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 20.

[36]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 50; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287f; Stellungnahme der KKL in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 11. März 1988 in: aaO, 287f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Beschluss der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 20; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72; Werner Krusche, Vortrag vor dem Lückendorfer Arbeitskreis am 9.11.1985 in: SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 72; Brief von Propst Heino Falcke, An die Pfarrer und Mitarbeiter im Propstsprengel Erfurt im Februar 1984: Ermutigung zum Bleiben in der DDR in: aaO, 223.

2.2 Militarisierung der DDR-Gesellschaft

War das Spitzengespräch zwischen Honecker und Schönherr ein Ausdruck des gewissen Einvernehmens zwischen Staat und Kirche, so wurde dieses schon im Sommer 1978 durch die Einführung des Wehrunterrichts auf eine harte Probe gestellt. Der BEK setzte sich darüber hinaus kritisch mit dem 1982 verabschiedeten Wehrdienstgesetz und der ab 1981 geltenden Verpflichtung aller DDR-BürgerInnen zu Zivilverteidigungsübungen als weitere Komponenten der Militarisierung der DDR-Gesellschaft auseinander. Die KKL betonte im September 1978: „[D]ie Durchdringung der gesamten gesellschaftlichen Wirklichkeit durch die Prioritäten des Militärischen können nicht ernst genug genommen werden."[37]

2.2.1 Einführung des Wehrunterrichts

Mit der Einführung des Wehrunterrichts in den 9. und 10. Klassen im Sommer 1978 hielt die Militarisierung der DDR-Gesellschaft nun auch in den Schulen Einzug. Der Politologe und Soziologe Klaus Schroeder beschreibt dies als „Höhepunkt einer schon Anfang der 1950er Jahre begonnenen Militarisierung des Erziehungs- und Bildungswesens."[38] In der *Direktive [...] zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen* wurde der Wehrunterricht als „obligatorisch"[39] und der Schulpflicht unterliegend festgesetzt.

Reaktionen des BEK auf die Einführung des Wehrunterrichts

Auseinandersetzungen mit dem Staat

Die Einführung des Wehrunterrichts stieß sowohl bei der evangelischen als auch bei der katholischen Kirche auf starken Widerstand.[40] Als Reaktion auf die angekündigte Einführung veröffentlichte der BEK im Juni eine *Orientierungshilfe*, und die KKL verfasste ein *Wort [...] an die Gemeinden in den Glied-*

[37] 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. bis 26. September 1978. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57.

[38] SCHROEDER: Der SED-Staat, 744; vgl. auch KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 7; WOLLE: Heile Welt, 257. Nach Stefan Wolle existierten schön länger „für die Universitäten ähnliche Vorgaben. Alle Studenten mußten einen vierwöchigen Lehrgang in einem Ausbildungslager besuchen, und ohne das entsprechende Zertifikat konnten sie ihr Studium nicht ordnungsgemäß abschließen. Darüber hinaus absolvierten ihre 'gedienten' Kommilitonen eine Art Offiziersausbildung und die 'ungedienten' eine militärische Grundausbildung. Die Frauen sowie die aus gesundheitlichen Gründen untauglichen Männer leisteten einen Lehrgang in der Zivilverteidigung ab." (WOLLE: Heile Welt, 260.) Der Staat strebte an, möglichst viele Studierende „ 'freiwillig' als Reserveoffiziersanwärter (ROA)"(AaO, 261.) zu verpflichten.

[39] Direktive des Ministeriums für Volksbildung der DDR zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen II. (1) in: JÄGER: Erziehung für das Militär, 113. In der 9. Klasse umfasste das Fach „4 Doppelstunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung" (Direktive des Ministeriums für Volksbildung der DDR zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen II. (2) in: ebd.). Des Weiteren absolvierten die Jungen eine Wehrausbildung in einem Lager (12 Tage à 8 Stunden) und die Mädchen einen Kurs zur Zivilverteidigung (12 Tage à 6 Stunden). In beiden Fällen trugen die Jugendlichen in den 12 Tagen Uniform. Neben theoretischem Unterricht erlernten die Jungen im Lager unter anderem die Orientierung im Gelände, den Umgang mit Waffen – Luftdruckgewehr und Kalaschnikow – und übten sich in körperlicher Ertüchtigung. Den Mädchen wurde vermittelt, welche Schutzmaßnahmen gegen verschiedene Waffen zu ergreifen sind, und sie durchliefen einen Erste-Hilfe-Kurs. Die ZehntklässlerInnen wurden vier Doppelstunden in Fragen der sozialistischen Landesverteidigung unterrichtet und leisteten 18 Stunden Wehrbereitschaft in drei Tagen ab. (Vgl. Direktive des Ministeriums für Volksbildung der DDR zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen II.(2) in: JÄGER: Erziehung für das Militär, 113; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 220, 222f, 228ff, 232.)

[40] Vgl. KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 7, 140; SCHROEDER: Der SED-Staat, 744.

kirchen zur Einführung des Wehrunterrichts.[41] Die *Orientierungshilfe* war auch eine Reaktion auf die Unsicherheit christlicher Eltern auf die geplante Einführung des Faches Wehrunterricht. Darin warnte die KKL davor, dass „die Glaubwürdigkeit [...] [der Friedens- und Entspannungspolitik der DDR] im Ausland durch die Einführung des Wehrunterrichtes Schaden“[42] erleiden könnte. Eine weiterhin „klare Orientierung auf Erziehung zum Frieden“[43] wurde angezweifelt und der Wehrunterricht als „Gefahr der frühzeitigen Fixierung auf Freund-Feind-Denken [und] Gewöhnung an Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten“[44] angesehen. Laut KKL „erscheint [der Unterricht] [...] als Mittel der Friedenssicherung wenig geeignet.“[45] Sie sah das Fach „langfristig als Hindernis für wirkliches Abrüstungsbewußtsein“[46], welches es als „dringendes Gebot der Stunde“[47] zu vermitteln gälte. Sie bat darum, das Fach Wehrkunde nicht einzuführen.[48] Gegenüber dem Staat gab die KKL zu bedenken, dass einige „Eltern [...] sich nach verantwortlicher Überlegung gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an dem neuen Unterrichtskomplex entscheiden werden.“[49]

Die DDR-Regierung sah im Einsatz für den Frieden und der Einführung des Wehrunterrichts keinen Widerspruch. Als Ziele des Wehrunterrichts gab das Ministerium für Volksbildung an, die Jugendlichen auf den „Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft vorzubereiten“[50], eine „klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung [...] auszuprägen und die Wehrmotivation zu festigen“[51] sowie die „Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung zu unterstützen.“[52] Der Staat argumentierte unter Verweis auf die Verteidigungsbereitschaft zum Frieden dem BEK gegenüber, dass „Wehrunterricht und Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik [...] zusammen[hingen]“[53]. Des Weiteren befähigte der Wehrunterricht junge Menschen „zur praktischen Ausübung von Nächstenliebe im Katastrophenfall, zur wirksamen Hilfe für andere in Zivilverteidigung, Selbstschutz, erster Hilfe.“[54] Die Kritik des BEK und seiner Gliedkirchen an

[41] Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 246ff; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252f.

[42] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes in: aaO, 249.

[43] AaO, 247.

[44] AaO, 248.

[45] Ebd.

[46] AaO, 249.

[47] Ebd.

[48] Vgl. aaO, 246.

[49] AaO, 250.

[50] Direktive des Ministeriums für Volksbildung der DDR zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen I. in: JÄGER: Erziehung für das Militär, 113.

[51] Ebd.

[52] Ebd.

[53] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 247; vgl. auch Dok. 67: Eröffnungsansprache Hans Seigewassers am 1.6.1978 an den Vorstand der KKL bei Gespräch über die geplante Einführung des Wehrunterrichts in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 362; Dok. 68: Bericht Hans Seigewassers an Paul Verner über sein Gespräch am 1. Juni 1978 mit leitenden Vertretern des Vorstandes der KKL über die geplante Einführung des Wehrunterrichts am 1. September 1978 in: aaO, 367; Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: aaO, 370.

[54] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 247; vgl. auch Dok. 67: Eröffnungsansprache Hans Seigewassers am 1.6.1978 an den Vorstand der KKL bei Gespräch über die geplante Einführung des Wehrunterrichts

der Einführung des Wehrunterrichts sowie die Aufforderung an den Staat, von der Einführung Abstand zu nehmen, wurde als „Einmischung in staatliche Angelegenheiten“[55] sowie als Verleumdung der staatlichen Friedenspolitik angesehen.[56]

Bischof Albrecht Schönherr führte, in seiner Funktion als Vorsitzender der KKL, wegen der Einführung des Wehrunterrichts zwischen Juni 1978 und Mai 1979 einen regen Briefverkehr mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser. Darin bemühte er sich darum, dass die Jugendlichen, die aufgrund ihres Glaubens nicht am Wehrunterricht teilnehmen wollten, nicht benachteiligt würden.[57] Diesbezüglich machte Seigewasser im Gespräch mit Schönherr am 22. November Zugeständnisse, indem er die Nichtteilnahme am Wehrunterricht ermöglichte und versprach, dass es „keine Diskriminierung im Zusammenhang mit dem Wehrunterricht“[58] geben würde. Diese Zusage wurde aber nicht eingehalten. Bei den SchülerInnen, die die Teilnahme am Wehrunterricht verweigerten, wurde dies mit dem Eintrag „unentschuldigt gefehlt“[59] im Zeugnis vermerkt – gegen den Widerstand des BEK und seiner Gliedkirchen. Bischof Schönherr betonte, der Vermerk „unentschuldigt gefehlt“ entspräche nicht den Tatsachen, da „eine Entschuldigung tatsächlich vorl[ä]ge.“[60] Dieser Vermerk hätte „auf jeden Fall diskriminierenden Charakter und entsprechende Auswirkungen für die Jugendlichen.“[61] Schönherr forderte, die Diskriminierung zu beheben.[62] Nur vier Monate später, im September 1979, sah die KKL bei der Bundessynode in Dessau die Zusage des Staates, „keine Diskriminierung im Zusammenhang mit dem Wehrunterricht – sowohl bei Nichtteilnahme als auch bei kritischer Teilnahme – zuzulassen“[63], nach ihren Informationen als in der Praxis realisiert an. Dennoch sähe man den Wehrunterricht weiterhin kritisch.[64]

Nur wenige SchülerInnen blieben dem Wehrunterricht tatsächlich fern. Deren Eltern wurden dennoch von schulischer Seite stark unter Druck gesetzt.[65] Die Nichtteilnahme wirkte sich – ungeachtet des kirchli-

in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 363.

[55] Dok. 74: Information Paul Verners an Erich Honecker am 21. Dezember 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 18. Dezember 1978 über Ereignisse des Treffens am 6. März 1978 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 383; vgl. auch Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 390.

[56] Vgl. Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: aaO, 370.

[57] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zu Fragen der Einführung des Faches „Wehrerziehung“ vom 15. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 254ff; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an die Kirchenleitungen der Gliedkirchen zu Fragen der Einführung des Wehrkundeunterrichts vom 19. Oktober 1978 in: aaO, 280.

[58] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an die Kirchenleitungen der Gliedkirchen und die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 19. Dezember 1978 in: aaO, 282.

[59] Ebd.

[60] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zur Einführung des Faches Wehrunterricht vom 29. Mai 1979 in: aaO, 293.

[61] Ebd.

[62] Vgl. aaO, 293f.

[63] Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 318.

[64] Vgl. ebd.

[65] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 172; Dok. 72: Information von Paul Verner an Erich Honecker vom 2. Oktober 1978 über die BEK-Synode vom 22. bis 26. September 1978 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 376; Dok. 81: Aktenvermerk des Abteilungsleiters im Staatssekretariat für Kirchenfragen Dr. Hans Wilke an Klaus Gysi vom 5.3.1981 über

chen Einspruchs – auch zukünftig nachteilig auf die weitere schulische Laufbahn und die Karrierechancen aus.[66] 1981 wurde in der *Anordnung über die Aufnahme in die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule* als Auswahlkriterium festgelegt, dass die BewerberInnen „ihre Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben."[67] Auch bei der Zulassung zum Studium wurde bei männlichen Bewerbern schon 1978 die „Bereitschaftserklärung zum Ableisten des aktiven Wehrdienstes"[68] einhergehend mit der „Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus"[69]als Zulassungskriterium festgeschrieben.

Erziehung zum Frieden

Hatte die KKL die Gemeinden schon vor der Einführung des Wehrunterrichts aufgefordert, „eine wirksame Erziehung zum Frieden in den Gemeinden fortzusetzen"[70], so ging es der KKL nach der Einführung des Wehrunterrichts auf der Bundessynode in Berlin-Weißensee Ende September 1978 nun primär darum, wie der „Dienst für den Frieden"[71] jenseits des Wehrunterrichts aussehen sollte. Die KKL betonte in ihrem Bericht die Notwendigkeit, „entschlossene Schritte für die Erziehung zum Frieden zu tun"[72]. Der BEK hatte sich schon ab 1973 für die Erziehung zum Frieden ausgesprochen.[73] 1976 und 1977 unterstrichen

eine Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Volksbildung, Werner Lorenz, hinsichtlich des weiteren Vorgehens gegen Schüler, die nicht am Wehrunterricht teilnehmen in: aaO, 442.

[66]Vgl. KNOPKE: Kinder im Visier, 153, 179f, 197; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 235; WOLLE: Heile Welt, 261. In einer vertraulichen Information zu einem Gespräch zwischen dem Abteilungsleiter des Staatssekretariats für Kirchenfragen, Hans Wilke, und dem Staatssekretär für Volksbildung, Werner Lorenz, aus dem Jahr 1980 hieß es dazu: „Wer nicht zum Wehrunterricht geht, kommt jetzt schon nicht zur EOS und das wird konsequent weitergeführt."(Dok. 80: Vertrauliche Information des Abteilungsleiters im Staatssekretariat für Kirchenfragen, Dr. Hans Wilke, an Staatssekretär Klaus Gysi vom 17.7.1980 über sein Gespräch am 16.7.1980 mit dem Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung Werner Lorenz in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 435.)

[67]Anordnung über die Aufnahme in die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule, 1981 in: SCHNEIDER: Weltanschauliche Erziehung, 72.

[68]Anordnung über die Bewerbung, die Auswahl und Zulassung zum Direktstudium an den Universitäten und Hochschulen – Zulassungsordnung – 1978 in: aaO, 73.

[69]Ebd.

[70]Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250; vgl. auch Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden und Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252.

[71]2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 54.

[72]AaO, 58; vgl. auch Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: aaO, 72f; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23. Mai bis 28. Juni 1978 in: aaO, 73.

[73]Vgl. Gedanken zum Thema „Abrüstung". Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 152; Erklärung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR anläßlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" in Helsinki vom 4. August 1976 in: aaO, 164; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 17. Mai 1977 in: aaO, 187; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 200; Stellungnahme des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Brief von Generalsekretär Dr. Potter vom März 1977 betr. Programm über Militarismus und Wettrüsten vom 8. Juli 1977 in: aaO, 211, 213; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Präsidenten des Nationalen Christenrates der Kirche Christi in den USA, Herrn Dr. William Thompson vom 10. September 1977 in: aaO, 221; Arbeitsbericht des Bundes für das Jahr 1973 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3 1974, 36; Bericht über die Arbeit der Theologischen Studienabteilung

Schönherr und die Bundessynode – auch resultierend aus den Zielen der *Schlussakte von Helsinki* – , dass der Kirche diesbezüglich „die Aufgabe der Bewußtseinsbildung, der Einleitung und Durchführung eines Lernprozesses“[74] zukäme. „Zum Lernprozeß gehört der Aufbau tragfähiger Wertmaßstäbe, eine Erziehung zum Frieden, die 'innere Abrüstung', die insbesondere den Abbau von automatischen Feindbildern einschließt.“[75] Dies sollte die ChristInnen befähigen, friedensdienliche und -gefährdende Gegebenheiten wahrnehmen und unterscheiden zu können.[76] Sie sollten allgemein für den Frieden in „allen gesellschaftlichen Bereichen“[77] sowie für eine „bessere Verständigung [mit] und [...] Achtung anderer Nationen“[78] eintreten. Die ChristInnen sollten der Beschönigung des Krieges widersprechen; die Friedenserziehung sollte den Kauf von Spielzeug und Literatur beeinflussen.[79] Zu deren Vermittlung wurden sowohl die Familien als auch die Gemeinden aufgerufen.[80]

(April 1976). Friedensverantwortung. Referat Friedensfragen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1976, 34; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[74]Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 152; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 17. Mai 1977 in: aaO, 187; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Präsidenten des Nationalen Christenrates der Kirche Christi in den USA, Herrn Dr. William Thompson vom 10. September 1977 in: aaO, 220.

[75]Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: aaO, 152; vgl. auch Erklärung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR anläßlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki vom 4. August 1976 in: aaO, 164; Stellungnahme des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Brief von Generalsekretär Dr. Potter vom März 1977 betr. Programm über Militarismus und Wettrüsten vom 8. Juli 1977 in: aaO, 208; Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 268, 270ff.

[76]Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 248, 250; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 56; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[77]2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; vgl. auch Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 268.

[78]2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[79]Vgl. Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 38; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[80]Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23 Mai bis 28. Juni 1978 in: aaO, 73.

Auch die *Vereinten Nationen* wollten eine Erziehung zur Abrüstung forciert sehen, weshalb die *Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur* und die Regierungen 1978 gebeten wurden, „Schritte zur Entwicklung von Bildungsprogrammen im Abrüstungsbereich und zur Entwicklung der Friedensforschung auf allen Ebenen zu unternehmen, um zu einem besseren Verständnis und zu einer besseren Kenntnis der durch das Wettrüsten geschaffenen Probleme sowie der Notwendigkeit der Abrüstung beizutragen."[81] 1982 konnte man sich auf die Durchführung einer *World Disarmament Campaign*, einem Erziehungs- und Informationsprogramm zum Thema Abrüstung, einigen. Damit verfolgte man drei Ziele: „to inform, to educate and to generate public understanding and support for the objectives of the United Nations in the field of arms limitation and disarmament as stated in the Final Document adopted at the first special session"[82]. Zu diesem Zweck sollten Materialien zur Verfügung gestellt und weltweit verbreitet werden. Diese konnten als Ergänzung zu bereits existierenden Erziehungsprogrammen zum Thema Abrüstung dienen.[83]

Der BEK brachte im September 1980 das *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden"* heraus.[84] Das Papier war sicher auch eine Reaktion auf die Einführung des Wehrunterrichts.[85] Schon 1973 wurde aber vom „Facharbeitskreis und Studienreferat Friedensfragen [...] an dem Modell eines Gemeindeseminars zum Thema 'Erziehung zum Frieden'"[86] gearbeitet, das 1976 abgeschlossen wurde.[87]

Das Rahmenkonzept von 1980 beschrieb die globale, gesellschaftliche und zwischenmenschliche Ebene als Bezugsgrößen der Friedenserziehung, die in Familie, Gemeinde und Schule stattfinden konnte. Darüber hinaus wurden die Aufgaben und Inhalte von Friedenserziehung konkretisiert.[88] Dem BEK ging es – vermutlich auch aufgrund der fehlenden Einflussmöglichkeiten auf den schulischen Bereich in der DDR – vor allem darum, Friedenserziehung „in der Trägerschaft von Kirchen und Gemeinden"[89] unter Einbeziehung der „gegebenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen"[90] voranzutreiben. Dem Rahmenkonzept lag dabei ein „dynamische[s] Friedensverständnis [zugrunde], in dem Frieden als Prozeß der Verringerung, der 'Minimierung' von Gewalt, Not, Unfreiheit und Angst verstanden wird."[91] Der BEK sah einige Handlungen des Staates der DDR als nicht förderlich für eine Erziehung zum Frieden an. So sprach man sich gegen die Vermittlung „starre[r] Einstellungsmuster[...]"[92] aus, welche „soziale[...] Vorurteile, Haß- und

[81] Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 27, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020).

[82] United Nations. Centre of Disarmament Affairs. Report of the Ad Hoc Commitee of the Twelfth Special Session. III. Conclusions, Page 1 in: A/S-12/32, https://www.un.org/en/ga/sessions/special.shtml (05.06.2024).

[83] Vgl. aaO, Page 3f.

[84] Vgl. in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.) Kirche als Lerngemeinschaft, 266.

[85] Vgl. HENKYS: Zwischen Militarismus und Pazifismus, 16.

[86] Arbeitsbericht des Bundes für das Jahr 1973 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3 1974, 36.

[87] Vgl. Bericht über die Arbeit der Theologische Studienabteilung (April 1976) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1976, 34.

[88] Vgl. Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 266ff.

[89] AaO, 266.

[90] AaO, 267f.

[91] AaO, 270.

[92] AaO, 271.

Drohvorstellungen, Freund-Feind-Bilder, Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt auf allen Ebenen [und] Glaube an den Absolutheitsanspruch der eigenen Überzeugung“[93] beinhalten. Die Anregung zum Nachdenken, kritischen Hinterfragen, Diskutieren, zur Bildung einer eigenen Meinung und zum eigenständigen Handeln durch die Friedenserziehung stand im krassen Widerspruch zur staatlichen Praxis.[94]

Friedensverständnis des BEK und Friedensverantwortung

Sowohl die Kritik an der Einführung des Wehrunterrichts als auch der Aufruf zum Engagement der ChristInnen für den Frieden und für Friedenserziehung resultierten aus dem Friedensauftrag der Kirche aus dem Evangelium heraus.[95] Wie vom BEK auch an anderer Stelle unterstrichen, betonte Bischof Krusche in seinem Vortrag vor der Tagung der KEK und CCEE in Chantilly im April 1978, dass die „Teilhabe [am Frieden in Christus] zur Teilnahme an den Bemühungen um den Frieden in der Welt“[96] befähigen sollte. Der BEK beschrieb der Einsatz für Frieden „als eine Folge unseres Glaubens an den Herrn des Friedens“[97] und somit als Bezeugung Christi in der Welt sowie als Ausdruck des Lebens im Sinne der Nachfolge.[98] Laut der KKL „leb[t]en [Christen] in der Gewißheit, daß der Herr der Welt die

[93] AaO, 272.

[94] Vgl. aaO, 268, 272ff.

[95] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 292ff, 317; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 95; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 105; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR – Pressekommuniqué in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57f; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: aaO, 71; Anrede der KKL in der DDR an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23 Mai bis 28. Juni 1978 in: aaO, 73; Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.) Kirche als Lerngemeinschaft, 267.

[96] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 34; vgl. auch Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 293f; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 88.

[97] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 53; vgl. auch Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: aaO, 81; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: aaO, 87f; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36.

[98] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 294; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57; Beschluß der Synode zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 26. September 1978 in: aaO, 64.

Zukunft in seiner Hand hält“[99], könnten deshalb hoffnungsvoll in die Zukunft blicken und im Wissen um Gottes Hilfe für die Zukunft der Welt handelnd tätig werden. Da der von Gott verheißene Frieden weit über den von Menschen auf Erden erreichbaren Frieden hinausginge, könnte christlicher Einsatz für den Frieden in der Welt nur „die Verringerung des Unfriedens“[100] zum Ziel haben. Die Friedensverantwortung beträfe das ganze Leben des ChristInnen. Deshalb wurde „[p]olitisches Handeln für den Frieden [als] Teil dieser umfassenden Aufgabe“[101] – der Aufgabe der aus dem Glaube erwachsenden Friedensverantwortung – angesehen; in dem Bewusstsein, dass der Aufruf zum politischen Einsatz für den Frieden nicht von allen ChristInnen geteilt wurde.[102] Der BEK und die EKD sahen aus der Schuld aller Deutschen für den 2. Weltkrieg eine erhebliche Verpflichtung der ChristInnen in der DDR und der BRD zum Einsatz für Frieden resultieren.[103]

Es wurden mögliche Formen des Friedenseinsatzes von Kirchen und ihren Mitgliedern thematisiert. Schon in der „Verkündigung der im Kreuzestod Jesu vollzogenen Versöhnung und des hergestellten Friedens zwischen Gott und Mensch und [der] Ansage des endgültigen Friedens der Gottesherrschaft“[104] sah Krusche den Einsatz der Kirchen für Frieden realisiert. Des Weiteren wurde immer wieder die Bedeutung des Gebets als Teil der Friedensverantwortung der ChristInnen hervorgehoben.[105] Die Forderung der Kirche nach einem friedlichen und respektvollen Miteinander sollte sich darüber hinaus auch im Handeln innerhalb der Kirche niederschlagen.[106] Als Teil des Friedenseinsatzes sollte die Kirche außerdem nach-

[99] 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: aaO, 58.

[100] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 294; vgl. auch Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 34ff.

[101] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 296; vgl. auch aaO, 292; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 88.

[102] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 292.

[103] Vgl. Wort zu Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 305f; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anläßlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 68f.

[104] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36.

[105] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York vom 20. Mai 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 244f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 105; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57.

[106] Vgl. Wort zu Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 306; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317f; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 144f; Beschluß der

drücklich ihre Mitglieder dazu aufrufen, sich über Gegebenheiten und Zusammenhänge zu informieren, und dies durch Bereitstellung von Informationen unterstützen. Andererseits sollte die Kirche selbst sich an Kampagnen beteiligen, sich öffentlich in Stellungnahmen positionieren und das ökumenische Gespräch sowie das Gespräch mit staatlichen und gesellschaftlichen VertreterInnen suchen.[107] Dabei betonte der BEK mehrfach, dass die öffentlichen Äußerungen der Kirche nicht immer „in Übereinstimmung mit der Regierung oder der öffentlichen Meinung"[108] getätigt werden könnten. „Möglichkeiten politischer und publizistischer Mißdeutungen"[109] müssten hingenommen werden. Denn: „Die Kirchen sind nur solange friedensfördernde Größen"[110] einer Gesellschaft, solange sie friedensfördernde Maßnahmen des Staates unterstützen und friedensgefährdende Maßnahmen anprangern.[111] Da der vollkommene Friede Gottes auf Erden niemals in Gänze erfüllt werden könnte, „müssen Christen im Namen dieses Friedens alle Versuche kritisieren, menschliche Friedensprogramme als vollkommen zu erklären und zu verabsolutieren."[112]

Für den kirchlichen Einsatz für Frieden und Abrüstung war es laut *Theologischer Studienabteilung* unverzichtbar, dass die „Kirchen, ohne hierbei der Entscheidungskompetenz der Politiker vorgreifen zu wollen, eine Beurteilungsfähigkeit in den Fragen von militärischer und politischer Friedenssicherung entwickeln, die sie auch zu politisch sachgemäßem Reden befähigt."[113] Als Grundlage der kirchlichen Beurteilung wurde der christliche Glaube angesehen, der in der Positionierung für die Gesellschaft sichtbar würde. Durch die Beurteilungsfähigkeit könnte die politische Einflussnahme in Gesprächen mit staatlichen

Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu dem Kongreß „Die Zukunft des Friedens" vom 13. März 1983 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1983, 26; 3. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1983 in Potsdam-Hermannswerder. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 53.

[107] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 299, 301f; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 39; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57.

[108] 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; vgl. auch Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 299, 303; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317.

[109] 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[110] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37.

[111] Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 94ff; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft", Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25.

[112] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 294.

[113] AaO, 298.

VertreterInnen, aber auch im vorpolitischen Bereich, d.h. bei der Einflussnahme auf bestehende Überzeugungen zur Friedensarbeit, gesteigert werden.[114] Auch sollten sich die Kirchen dafür einsetzen, dass einer sachgerechten Darstellung der Gegenseite der Vorzug vor „propagandistische[r] Verzerrung"[115] gegeben ist. Um Gespräche zwischen Kirche und Staat zu initiieren, übergab der BEK mehrfach neben eigenen auch internationale ökumenische Stellungnahmen an staatliche VertreterInnen zum Thema Abrüstung.[116]

Während der DDR-Staat vom BEK eine „deutlichere[...] Parteinahme für die sozialistische Friedenspolitik"[117] erwartete und Kritik seitens der Kirchen an seiner Friedenspolitik als Kompetenzüberschreitung wahrnahm, hob die KKL bei übereinstimmender Zielsetzung für Frieden und Abrüstung die „Eigenständigkeit christlicher Friedensverantwortung"[118] hervor. Zu dieser Friedensverantwortung gehörte es auch, kritisch zu sein: „Die Prüfung der eigenen gesellschaftlichen Rolle [der Kirchen] schließt die der programmatischen Selbstdarstellungen der Staaten ein."[119] Als kritische Aspekte im Zusammenhang mit der Friedenspolitik der SED wurden neben dem Wehrunterricht „Formen und Übungen der Zivilverteidigung"[120], „Bewertung militärischer Dienstbereitschaft als Kriterium für die Zulassung zur qualifizierten Ausbildung"[121] und die „Herstellung von Kriegsspielzeug"[122] angeführt.

---

[114] Vgl. aaO, 299, 301f.

[115] Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 90.

[116] Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt" der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe" vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 80ff; Dok. 68: Bericht Hans Seigewassers an Paul Verner über sein Gespräch am 1. Juni 1978 mit leitenden Vertretern des Vorstandes der KKL über die geplante Einführung des Wehrunterrichts ab 1. September 1978 in den Polytechnischen Oberschulen der DDR in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 368; Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 387; Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 69ff; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 72.

[117] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 292; vgl. auch aaO, 303.

[118] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 105; vgl. auch aaO, 107; Dok. 89: Fernschreiben Honeckers vom 16.4.1982 an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen" und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 451.

[119] Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 90; vgl. auch Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 105.

[120] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108.

[121] Ebd.

[122] Ebd.

2.2.2 Wehrdienstgesetz der DDR (1982) und Neuerungen in der Zivilverteidigung

1982 wurde das *Gesetze über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik* verabschiedet. Dieses ersetzte das Wehrpflichtgesetz von 1962 und das Anpassungsgesetz von 1968. Es war nun möglich, dass auch Frauen im Verteidigungsfall bis zum 50. Lebensjahr zum Wehrdienst verpflichtet werden konnten.[123] Des Weiteren wurden „staatliche Organe sowie die Kombinate, wirtschaftsleitende[...] Organe, Betriebe, Einrichtungen, Genossenschaften, gesellschaftliche[...] Organisationen und Vereinigungen [...] verpflichtet, die Bürger auf den Wehrdienst vorzubereiten."[124] Damit sollten freiwillige Wehrdienstleistende geworben werden.[125]

Des Weiteren war die Teilnahme an Unterweisungen zur Zivilverteidigung für Erwachsene ab Dezember 1981 verpflichtend. Wie als Teil des Wehrunterrichts wurden auch mit den DDR-BürgerInnen Verhaltensweisen im Falle eines atomaren Angriffes eingeübt und vermeintliche Hilfsmaßnahmen gegen atomare Strahlung und ihre Folgen vermittelt.[126]

Reaktionen des BEK auf das Wehrdienstgesetz und seine Auseinandersetzung mit der Zivilverteidigung

Hinsichtlich des Wehrdienstgesetzes brachte der Vorsitzende der KKL, Bischof Johannes Hempel, im Oktober 1983 in einem Brief an Honecker die „Beunruhigung [...] in unseren Gemeinden in letzter Zeit durch Erfassung von Frauen zum Wehrdienst"[127] zum Ausdruck. Er forderte, dass die Regierung die Freiwilligkeit der Teilnahme von Frauen am Wehrdienst betonte.[128] Dies wurde dem BEK von Honecker im November 1983 zugesichert.[129]

Resultierend aus dieser Diskussion um Wehrdienst und Wehrersatzdienst veröffentlichte der BEK im März 1982 einen *Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung* heraus, der Wehrpflichtige, Bausoldaten und Vollverweigerer in den Blick nahm. Jedoch behandelte der Leitfaden aufgrund der Einführung des Wehrunterrichts in der DDR auch die Seelsorge von Jugendlichen, die die Teilnahme an der Wehrunterweisung (vormilitärische Ausbildung, Zivilverteidigung und Wehrunterricht) verweigern wollten. Des Weiteren setzte man sich mit dem Friedenszeugnis aller ChristInnen und der Friedenserziehung auseinander. Die SeelsorgerInnen sollten die jungen Männer mit

[123] Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 25; Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik 1982 §3 (5), §47, www.verfassungen.de/ddr/wehrpflichtgesetz82.htm (30.03.2020); WOLLE: Heile Welt, 257.

[124] Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik 1982 §5 (1), www.verfassungen.de/ddr/wehrpflichtgesetz82.htm (30.03.2020).

[125] Vgl. aaO, §5 (4).

[126] Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 19; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 210; KOCH: Einführung des Wehrunterrichtes, 15.

[127] Dok. 95: Schreiben des Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an Erich Honecker vom 29.10.1983 zur bevorstehenden Stationierung operativ-taktischer Raketen auf dem Territorium der DDR, zur öffentlichen Sammlung von Zustimmungserklärungen dafür und zur Erfassung der Frauen für den Wehrdienst in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 483.

[128] Vgl. ebd.

[129] Vgl. Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und an die leitenden Verwaltungsbehörden der Gliedkirchen vom 15. November 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 151.

Sachinformationen versorgen, ihnen die Konsequenzen der Entscheidung vor Augen führen und ihnen dadurch eine Entscheidung ermöglichen.[130]

Die Bundessynode wollte in ihrer Auseinandersetzung mit dem Wehrdienst im September 1982 besonders die Position der Bausoldaten gestärkt wissen. Sie forderte deshalb, „daß der praktische Einsatz der Bausoldaten so erfolgt, daß ihr Dienst als 'Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und Friedensbereitschaft einen positiven Inhalt erhält' und nicht durch den Einsatz an waffentechnischen Einrichtungen erneut Konflikte heraufbeschworen werden"[131]. Beispielhaft wurde der Einsatz „für Naturschutz, Katastrophenschutz [und] Hilfe an Behinderten"[132] angeführt. Des Weiteren plädierte man für einen „waffenlosen Dienst"[133] für Reservisten. Die Entscheidung gegen den Dienst an der Waffe sollte keine negativen Auswirkungen auf das weitere Berufsleben haben. Auch die Entscheidung gegen die vormilitärische Ausbildung als Teil des Bildungssystems sollte möglich sein.[134] Das *Referat Friedensfragen – Projektgruppe „Abrüstung"* der *Theologischen Studienabteilung* hatte im Februar 1980 eine klare Absage von kirchlicher Seite zur Beteiligung von ChristInnen an einem Atomkrieg gefordert und diese als eine „unausweichlich gewordene Konsequenz eines Zeugnisses für den Frieden, das im Evangelium vom befriedenden Handeln Gottes in Jesus Christus gründet."[135]

Im Hinblick auf die Zivilverteidigung sprach die Bundessynode kritisch von einer „Verharmlosung des Charakters des heutigen Krieges, insbesondere eines Atomkrieges"[136]. Die KKL verwies in ihrem Bericht an die Bundessynode 1982 auf den Widerspruch der Warnung vor den Folgen eines atomaren Krieges durch die Warschauer Vertragsstaaten und der „verharmlosende[n] Darstellung der Folgen atomarer Schläge bei Übungen der Zivilverteidigung und im Wehrunterricht"[137]. Die Bundessynode deutete die Wirkungslosigkeit der dort vermittelten Schutzmaßnahmen im Ernstfall an. Gleichzeitig würden mit den Übungen Ängste in der Bevölkerung geschürt. Man sah deshalb eine gesellschaftliche Aufgabe darin, die Defizite der Zivilverteidigung zu thematisieren und angemessen auf Ängste zu reagieren.[138]

[130] Vgl. Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung vom März 1982 in: aaO, 55ff, 57ff, 60ff. Die Ausführungen basierten stark auf der *Handreichung für die Seelsorge an Wehrdienstpflichtigen* von 1965 – kurz HR 65. (Vgl. Aus der Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtige (6.11.1965) in: BÜSCHER u.a. (Hg.): Friedensbewegung, 53ff; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 55ff.)

[131] Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97.

[132] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 111.

[133] Ebd.

[134] Vgl. ebd.

[135] Theologische Studienabteilung beim Bund des Evangelischen Kirchen in der DDR. Referat Friedensfragen – Projektgruppe „Abrüstung", Berlin, 6.2.1980, EZA 101/2820.

[136] Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97.

[137] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108.

[138] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 97.

2.3 Aufrüstung in Ost und West und Abrüstungsverhandlungen

Auch auf internationaler Ebene wurde Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre wieder vermehrt auf militärische Stärke gesetzt. Anzeichen internationaler Entspannung und Annäherung, wie z.B. die Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* 1975 und des SALT-II-Vertrages 1979, der jedoch niemals ratifiziert wurde,[139] traten gleichzeitig mit Aufrüstungsplänen bzw. -aktivitäten von NATO und UdSSR auf. Die Aufrüstungspläne bzw. -aktivitäten wurden von beiden Blöcken als eine notwendige Reaktion auf die Aufrüstung der Gegenseite beschrieben.[140] Sie wurden von Abrüstungsverhandlungen begleitet, in der Hoffnung, den weiteren Ausbau der Waffenarsenale doch noch abwenden zu können. Diese wurden innerhalb der *Vereinten Nationen*, im Rahmen der KSZE-Prozesses sowie auf bilateraler Ebene, als Teil des NATO-Doppelbeschlusses, geführt.

1978 und 1982 fanden UN-Sondertagungen zum Thema Abrüstung statt. Im Schlussdokument der ersten UN-Sondertagung beschrieben die teilnehmenden Staaten „das Überleben der Menschheit [als durch das Wettrüsten] bedroh[t]“[141]. Vorrangig wurde „die Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges“[142] anvisiert. Der kontrollierte Abbau von Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen und die Reduktion konventioneller Waffen und Streitkräfte sollte langfristig zu einer totalen Abrüstung führen.[143] Durch vertrauensbildende Maßnahmen sollte die „friedliche Streitbeilegung“[144] den Umgang der Staaten miteinander bestimmen. Man wollte kernwaffenfreie Zonen schaffen und die Aufrüstung in den Meeren und im All verhindern. Um diese Ziele voranzutreiben, wurde die Einberufung einer Abrüstungskommission und eines Abrüstungsausschusses beschlossen.[145] Die durch Abrüstung und Verringerung von Rüstungsausgaben frei werdenden Ressourcen sollten „für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung [vor allem der Entwicklungsländer] zur Verfügung gestellt“[146] werden. Auch vom *Ökumenischen Rat der Kirchen* (ÖRK), von der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen* und vom BEK wurde auf die Diskrepanz zwischen den Ausgaben für Rüstung und für Entwicklungshilfe hingewiesen und, einhergehend mit der Reduktion der Rüstungsausgaben, ein Ausgleich gefordert.[147] Begründet wurde dies seitens des BEK mit der

[139] Für weitere Informationen zum SALT-II-Vertrag siehe: GRAHAM/LA VERA: Cornerstones of Security; WALTER: SALT.

[140] Vgl. BRÜHL u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, 433, 463, 466, 534, 568ff; NEIDHARDT/MARUM: Der Kalte Krieg, 40f; PREISS/WAGNER: Das konventionelle Kriegsbild, 76; WETTIG: Modelle, 19, 25.

[141] Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 2, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020); vgl. auch aaO, 4, 7, 9, 10, 15, 17, 30.

[142] AaO, 5; vgl. auch aaO, 7, 8, 9, 13, 25f, 38.

[143] Vgl. aaO, 2, 8, 10, 14ff, 20f, 23.

[144] AaO, 13; vgl. auch aaO, 4, 8, 11.

[145] Vgl. aaO, 11f, 18ff, 22, 25, 30ff.

[146] AaO, 5; vgl. auch aaO, 9.

[147] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 296f; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 258; Bericht von Chorin in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 262; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 306; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO,

christlichen Friedensvorstellung von einem allumfassenden Wohlergehen des Menschen.[148]

Die zweite UN-Sondertagung 1982 ging ohne ein Schlussdokument zu Ende. Das Ad-Hoc-Komitee hielt fest, dass sich die Abrüstungsbemühungen nicht entsprechend den Absichten der ersten UN-Sondertagung entwickelt hatten. Im Allgemeinen wären hinsichtlich Abrüstung seit 1978 keine Erfolge zu verzeichnen, vielmehr hätte sich die Gesamtsituation weiter verschärft. Man wies erneut auf den Zusammenhang von „armaments and economic and social development"[149] sowie die Bedrohung durch Krieg im Allgemeinen und Atomkrieg im Speziellen hin. Alle Mitgliedsstaaten betonten die Bedeutung des Schlussdokuments von 1978 und verpflichteten sich zu dessen Realisierung sowie zum Einsatz für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen.[150]

Die Themen Sicherheit und Frieden waren essenzieller Bestandteil des KSZE-Prozesses und wurden bei den großen Konferenzen in Helsinki, Belgrad und Madrid forciert. Vereinbarungen dazu flossen in deren Abschlussdokumente ein. Nähere Ausführungen diesbezüglich sind in Abschnitt *2.6 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* zu finden. Darüber hinaus wurde als Teil des KSZE-Prozesses von Oktober bis Dezember 1978 in Montreux ein Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung abgehalten. Dabei wurde versucht, die „bestehende[n] Methoden der friedlichen Streitbeilegung [der KSZE-Schlussakte] zu ergänzen."[151] Alle Teilnehmerstaaten bekannten sich zur Intensivierung der friedlichen Streitbeilegung, es konnte aber leider „kein Konsens über [neue] spezifische Methoden erzielt"[152] werden.

317; Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK 1981 in: Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37f; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt" der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe" vom 18. August 1982 in: aaO, 82; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982: aaO, 88ff; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 99, 101; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem BEK in der DDR Pressekommuniqué in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30; Empfehlungen von Glion zitiert in Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 70; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: aaO, 72; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft", Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25; Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit. Fachgruppe 6 der sechsten Vollversammlung, Vancouver 1983 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 338f.

[148] Vgl. Anlage: Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317; Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lehrgemeinschaft, 266ff.

[149] United Nations. Centre of Disarmament Affairs. Report of the Ad Hoc Commitee of the Twelfth Special Session. III. Conclusions, Page 23 in: A/S-12/32, https://www.un.org/en/ga/sessions/special.shtml (05.06.2024); vgl. auch Page 22.

[150] Vgl. aaO, Page 24.

[151] Bericht des Expertentreffens der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung in Montreux 11. Dezember 1978 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 64.

[152] AaO, 65.

2.3.1 NATO-Doppelbeschluss

Am 12. Dezember 1979 wurde der NATO-Doppelbeschluss verabschiedet. Der Beschluss umfasste „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze: LRTNF[Long Range Theater Nuclear Forces]-Modernisierung und -Rüstungskontrolle“[153] – deshalb NATO-Doppelbeschluss. Das Ausmaß der Aufrüstung von NATO-Langstreckenraketen in Europa machte man von dem Ausgang der Verhandlungen um Abrüstung mit der UdSSR bis zum Herbst 1983 abhängig.[154] Diese sollten die Abrüstung von Langstreckenraketen beider Blöcke gleichermaßen betreffen.[155]

Die NATO-Staaten beschrieben den Beschluss als Reaktion auf die vorangegangene Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen.[156] Mit dem Austausch der mit einem nuklearen Sprengkopf ausgestatteten SS-4- und SS-5-Mittelstreckenraketen gegen die mit drei nuklearen Sprengköpfen ausgestatteten SS-20-Raketen hatte sich die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe verdreifacht. Die UdSSR sah in diesem Schritt trotzdem lediglich eine Modernisierung ihrer Waffensysteme, keine Aufrüstung.[157] Zweifelsohne war der NATO-Doppelbeschluss auch eine Reaktion auf die Stationierung der SS-20-Raketen der UdSSR. Erwägungen der NATO, ihre Streitkräfte und Nuklarwaffen technisch zu überholen, sowie die Entwicklung und der Bau von Cruise Missiles und Pershing II gab es aber schon, bevor die Stationierungspläne der SS-20-Raketen bekannt waren.[158] In der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen sah die NATO eine zusätzliche Gefährdung der Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten – im Besonderen im europäischen Raum. Mit dem NATO-Doppelbeschluss sollte das Ungleichgewicht ausgeglichen werden.[159]

Schon vor der Unterzeichnung des NATO-Doppelbeschlusses versuchte die UdSSR mit Hilfe von Propaganda und Drohungen gegen die NATO sowie mit möglichen Abrüstungsvorschlägen die Unterzeichnung abzuwenden. Durch Einflussnahme auf die Friedensbewegung in verschiedenen, noch unentschlossenen NATO-Staaten – unter anderem der BRD – wurde bis 1983 versucht, die Zustimmung dieser Staaten zur Stationierung der im NATO-Doppelbeschluss festgelegten Raketen zu verhindern. Auf die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses 1979 antwortete die Sowjetunion zunächst mit der Verweigerung

[153] Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen [“NATO-Doppelbeschluss“] vom 12. Dezember 1979, 6., http://www.documentArchiv.de/in/natodb.html (01.04.2020).

[154] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 61, 63; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 55.

[155] Vgl. Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen [“NATO-Doppelbeschluss“] vom 12. Dezember 1979, 9., http://www.documentArchiv.de/in/natodb.html (01.04.2020).

[156] Vgl. aaO, 5., 6.; GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 14; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 63; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 3, 87; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 65; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 55; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 217.

[157] Vgl. BRESCHNEW: Rede zum 30. Jahrestag der DDR, 18; Gromyko: Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Aussenminister der UdSSR, Genosse A. A. Gromyko, am 04.12.1979, Barch DY 30/2378, Bl. 142, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2378/index.htm (04.04.2020); WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 223, 233; FINK: Cold War, 185; GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 14f; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 29ff; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 17; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 52; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 223, 233, 235; ZUBOK: Soviet foreign policy, 90.

[158] Vgl. BANGE: SS-20 und Pershing II, 72ff; BECKER-SCHAUM u.a.: Nuklearkrise, 9; GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 14ff; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 56; GEIGER: Regierung Schmidt-Genscher, 96; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 22, 24f; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 50.

[159] Vgl. Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen [“NATO-Doppelbeschluss“] vom 12. Dezember 1979, 3., 5., 6., http://www.documentArchiv.de/in/natodb.html (01.04.2020).

jeglicher Gespräche und Verhandlungen bis Mitte 1980 und band die Verhandlungswiederaufnahme an den Widerruf des NATO-Doppelbeschlusses.[160]

Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses

Die beiden nachhaltigsten Abrüstungsvorschläge der Verhandlungen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses machten Breschnew im Oktober 1979 und US-Präsident Ronald Reagan im November 1981.

Breschnew hatte in einer Rede am 7. Oktober 1979 zum 30. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin seine Abrüstungsbereitschaft zum Ausdruck gebracht: „Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren – selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden.“[161] Die Warschauer Vertragsstaaten unterstützten diese Vorschläge.[162]

Am 18. November 1981 schlugen die USA der Null-Lösung vor.[163] Diese sah vor: „The United States is prepared to cancel its deployment of Pershing-II and ground-launched cruise missiles if the Soviet Union will dismantle their SS-20, SS-4 and SS-5 missiles.“[164] Dieser Vorschlag wurde von Seiten der Sowjetunion kategorisch abgelehnt, da sie sich durch die Null-Lösung im Hinblick auf die Parität benachteiligt sah. Breschnew signalisierte im Gegenzug Bereitschaft zu Einigungen auf einen beidseitigen Abbau von Mittelstreckenraketen oder auf ein diese Waffengattung betreffendes Moratorium.[165]

Keiner der bis 1983 vorgelegten Abrüstungsvorschläge der USA und der UdSSR konnte realisiert bzw. in ein Abkommen gegossen werden.[166] Dies lag vor allem daran, dass die UdSSR die Parität der Waffenarsenale der beiden Blöcke mit der Stationierung der SS-20 Raketen und ohne die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses gegeben sah. Aus Sicht der USA hingegen war das militärische Kräftegleichgewicht erst mit der Abrüstung sowjetischer Waffenarsenale oder mit der geplanten Aufrüstung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses hergestellt.[167]

---

[160] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59, 62; GEIGER: Regierung Schmidt-Genscher, 65, 111, 115; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 131f; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 6, 95, 99f, 113ff; RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 242; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 227ff, 234.

[161] Entstehung und Festigung der DDR sind ein historischer Sieg Rede von Leonid Breshnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR in: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Oktober 1979, 3. Dieser Satz wurden fast wortwörtlich in die Willenserklärung der *Nationalen Front* übernommen. (Vgl. Willenserklärung der Deutschen Demokratischen Republik in: NEUES DEUTSCHLAND, 27./28. Oktober 1979, 1.)

[162] Vgl. Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand am 5. und 6. Dezember 1979 in Berlin (DDR) in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK 1/1980, 111.

[163] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 66; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 103; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 71; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 240.

[164] Remarks to Members of the National Press Club on Arms Reduction and Nuclear Waepons, November 18, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-members-national-press-club-arms-reduction-and-nuclear-weapons (12.03.2023); vgl. auch GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 66; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 74; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 240.

[165] Vgl. FINK: Cold War, 234; Sowjetunion bereit zu wirksamer Abrüstung in: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Februar 1982, 5; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 74; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 106, 250; RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 265f; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 71f; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 59; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 240.

[166] Vgl. PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 114ff, 124, 128; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 69, 72, 79; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 232ff.

[167] Vgl. BRESCHNEW: Rede zum 30. Jahrestag der DDR, 15; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 53; WETTIG:

Die zähen bilateralen Verhandlungen wurden von Seiten der UdSSR zusätzlich durch den Einmarsch in Afghanistan 1979, die Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen 1981 und den Abschuss einer südkoreanischen Maschine im sowjetischen Luftraum erschwert.[168] Von Seiten der USA wirkten sich die Fertigstellung der Neutronenbombe unter US-Präsident Ronald Reagan und dessen Pläne zur *Strategic Defence Initiative* (SDI) negativ aus. Hatte Präsident Carter aufgrund starken Widerspruchs 1978 entschieden, die Produktion der Neutronenbombe einzustellen,[169] so beschloss die Regierung Reagan im August 1981, die schon produzierten Einzelteile der Neutronenbombe nun doch zusammenzubauen und die Waffen damit fertigzustellen. Entgegen der Pläne Carters sollten die Waffen aber vorerst nicht in Europa stationiert, sondern bis zu ihrem möglichen Einsatz in den USA deponiert werden.[170] Reagan bezeichnete die Neutronenbombe als „a defensive weapon. It is a deterrent to a conflict."[171] Die UdSSR kritisierte den Bau der Neutronenbomben auf das Schärfste.[172] Des Weiteren wandte sich Reagan am 23. März 1983 in einer Fernsehansprache an die US-BürgerInnen und sprach sich für die Etablierung eines defensiven Abwehrsystems – der SDI – aus. Das im Weltraum installierte System sollte „intercept and destroy strategic ballistic missiles before they reached our own soil or that of our allies"[173]. Die UdSSR fühlte sich von den neuen Plänen Reagans bedroht. Moskau warf den USA vor, nun auch noch den Weltraum zum Ort des Wettrüstens zu machen und mit diesen Plänen gegen den Anti Ballistic Missiles (ABM)-Vertrag zu verstoßen, was Reagan zurückwies.[174]

Als der NATO-Doppelbeschluss trotz aller Verhandlungen und Abrüstungsvorschläge im Herbst 1983 endgültig ratifiziert wurde, reagierte die Sowjetunion darauf mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen

Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 227, 235, 241.

[168] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 64; KOWALCZUK: Endspiel, 25; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 32; OMAR: Die russisch-afghanistanischen Beziehungen, 146, 149; Remarks to Reporters on the Soviet Attack on a Korean Civilian Airliner, September 2, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-reporters-soviet-attack-korean-civilian-airliner (12.03.2023); Radio Address to the Nation on the Soviet Attack on a Korean Civilian Airliner and on the Observance of Labor Day, September 3, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-soviet-attack-korean-civilian-airliner-and-observance-labor (12.03.2023); SAIKAL: Islamism, 127ff; SIEBS: Außenpolitik, 247; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 62; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 253; ZUBOK: Soviet foreign policy, 103f, 105. Die Vorgänge in der VR Polen werden in dem Abschnitt *2.7 Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc und die Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen* dargestellt.

[169] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59f; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 135; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 53.

[170] Vgl. DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Vereinigte Staaten/Rüstungswesen, 321; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59f; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 135; Remarks on Signing the Economic Recovery Tax Act of 1981 and the Omnibus Budget Reconciliation Act of 1981, and a Question-and-Answer Session With Reporters, August 13, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-economic-recovery-tax-act-1981-and-omnibus-budget-reconciliation (12.03.2023); WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 53.

[171] Remarks on Signing the Economic Recovery Tax Act of 1981 and the Omnibus Budget Reconciliation Act of 1981, and a Question-and-Answer Session With Reporters, August 13, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-economic-recovery-tax-act-1981-and-omnibus-budget-reconciliation (12.03.2023).

[172] Vgl. Radio-Moskau zitiert in: DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Vereinigte Staaten/Rüstungswesen, 322.

[173] Adress to the Nation on Defense and National Security, March 23, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/add ress-nation-defense-and-national-security (12.03.2023); vgl. auch DÖRRENBÄCHER: Der Einfluss der strategischen Verteidigungsinitiative, 76, 78; FINK: Cold War, 207; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 67; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 249; ZUBOK: Soviet foreign policy, 109.

[174] Vgl. DÖRRENBÄCHER: Der Einfluss der strategischen Verteidigungsinitiative, 80f; FINK: Cold War, 209; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 76; Adress to the Nation on Defense and National Security, March 23, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-defense-and-national-security (12.03.2023); WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 249f.

und mit weiterer Aufrüstung in Osteuropa.[175]

2.3.2 Auseinandersetzung des BEK mit dem Thema Abrüstung

Aus seinem Friedensverständnis heraus befasste sich der BEK mit den historischen Ereignissen zu Aufrüstung und den internationalen Abrüstungsbestrebungen und nahm dazu eigenständig oder im Rahmen der ökumenischen Gemeinschaft Stellung. Er wohnte internationalen ökumenischen Konferenzen bei, bezog sich häufig direkt auf internationale ökumenische Erklärungen und übergab diese an den Staat.[176]

Zwei Aspekte waren grundlegend für die Stellungnahmen des BEK. Zum einen propagierte der BEK – auch unter Bezugnahme auf die Empfehlungen von Glion des ÖRK –: „Weder Rüstungseskalation, noch der mögliche Schutz durch Atomwaffen, noch der Aufbau einer Erstschlagskapazität können Sicherheit bieten.“[177] Zum anderen übernahm er das auch vom ÖRK, der *Palme-Kommission* und der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen* vertretene Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Die eigene Sicherheit wurde als untrennbar mit der Sicherheit der angrenzenden Staaten verknüpft angesehen. Deshalb sollten politische Pläne im Hinblick auf ihre Förderlichkeit für Frieden und gemeinsame Sicherheit überprüft und beurteilt werden.[178] Auch in der *Schlussakte von Helsinki* wurde auf die „Wechselbeziehung zwischen der Sicherheit eines jeden Teilnehmerstaates und der Sicherheit in Europa als Ganzem“[179] hingewiesen; im Schlussdokument der UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung wurden die negativen Auswirkungen von Aufrüstung auf die Sicherheit sämtlicher Staaten aufgezeigt.[180]

[175]Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 67; MASON: Cold War, 61; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 35, 349; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 80; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 97; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 64; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 256f.

[176]Vgl. Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 80f, 86; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 101.

[177]Empfehlungen von Glion zitiert in Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 71; vgl. auch Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation, im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Mitgliedskirchen aus sozialistischen Ländern Europas vom 28.-31. Januar 1980 von der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vorgelegt vom 22. Januar 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 330.

[178]Vgl. Empfehlungen der Palme-Kommission in Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274; Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 306; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 84; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 95; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 100, 104, 112; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 144f.

[179]Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 25.

[180]Vgl. Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 7,

Man sah Sicherheit und Frieden der Menschheit – mehr als jemals zuvor – als stark gefährdet an. Deshalb plädierte der BEK durchgängig für Abrüstung.[181] Im Einklang mit dem ÖRK forderte er die Staaten dazu auf, vom Ausbau von Atomwaffen abzusehen und nach „ernsthaft[en] Abrüstungsverhandlungen“[182] zu streben. Des Weiteren erachtete man gemeinsam mit der KEK und dem ÖRK, aber auch den *Vereinten Nationen* und der KSZE vertrauensbildende Maßnahmen als essenziell.[183] Zusätzlich sprach sich der BEK in Übereinstimmung mit dem ÖRK und der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen* für einen „ersten einseitigen Schritt“[184] in der Abrüstung aus. Die Gefährdung wäre geringer einzuschätzen

https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020).

[181] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 291, 297; Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274; Stellungnahme der Bundessynode in Eisenach zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 30. September 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 141; Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: aaO, 150f, 152; Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: aaO, 189; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 200; Wort zu Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 306; Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation, im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Mitgliedskirchen aus sozialistischen Ländern Europas vom 28.-31. Januar 1980 von der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vorgelegt vom 22. Januar 1980 in: aaO, 331; Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert nach Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 36f; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 98, 103; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: aaO, 25; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 71f; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“, Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25.

[182] Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in: Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 36f; vgl. auch Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 69; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“, Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25.

[183] Vgl. KEK. IV. Nach-Helsinki Konsultation tagt in El Escorial, Spanien, 3. Juni 1980, Schlusskommuniqué, EZA 101/688; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 104; Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses 1973-1989, 22ff; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 71f; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“, Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 16f; Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 4, 8, 11, 13, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020).

[184] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in

als die angehäufter Waffen, und andere Staaten könnten sich animiert fühlen nachzuziehen.[185] Als weitere unterstützenswerte Maßnahme wurde – im Einklang mit dem ÖRK, der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen*, der nordeuropäischen Konsultation des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* und der *Palme-Kommission* – Nuclear Freeze, d.h. keine weitere Entwicklung oder Aufstellung neuer Kernwaffen, eine atomwaffenfreie Zone in Europa und die Fortführung des KSZE-Prozesses, angesehen.[186]

Bis März 1978 hatte die SED noch betont: „Bilanzieren wir die Haltung der evangelischen Kirchen seit Helsinki, so ergibt sich, daß sie in wesentlichen Fragen wie der Erhaltung des Friedens mit unserer Außenpolitik übereinstimmen.“[187] Auch im Spitzengespräch am 6. März 1978 betonten beide Parteien übereinstimmend die Bedeutung und die Notwendigkeit „der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki

Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57; vgl. auch Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Erklärung des Zentralausschusses der ÖRK 1981 in Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: aaO, 84; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 95; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 104; Empfehlungen von Glion in Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungslage in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 70.

[185] Vgl. 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57; Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: aaO, 70.

[186] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Empfehlungen der „Palme-Kommission“ in: Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274; Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK 1981 in Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem Bericht über die Weltkonferenz „Religiöse Vertreter zur Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 3. Juli 1982 in: aaO, 75; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: aaO, 84; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 95; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 100, 104; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu dem Bericht über das Rundtisch-Gespräch über ökonomische und moralische Folgen einer Einfrierung von Nuklearwaffen, Moskau, 7. bis 9. März 1983 vom 12. März 1983 in: aaO, 126f; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 143f; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 17; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu dem Kongreß „Die Zukunft des Friedens“ vom 13. März 1983 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1983, 26; 3. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1983 in Potsdam-Hermannswerder. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 53f.

[187] Dok. 63: Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 345; vgl. auch Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: aaO, 270; Dok. 57: Von Paul Verner am 10.5.1977 bestätigte Linie des Auftretens im Gespräch mit den Vertretern des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 314.

als Ganzes“[188], um Frieden und Sicherheit voranzutreiben.[189] Schönherr bezeichnete es damals als das „Hauptthema unserer Zeit“[190]. Honecker honorierte den Einsatz der Kirchen für Frieden, für die Ökumene, die auch den Frieden förderte, und für humanitäre Hilfe. Gleichzeitig hob er die Friedensbemühungen der DDR im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten hervor.[191]

Mit dem Aufruf des BEK zu konkreten Maßnahmen zur Förderung von Frieden und Abrüstung wurden von staatlicher Seite weiterhin Übereinstimmungen in den Positionen wahrgenommen, einige Maßnahmen aber als unrealistisch, als feindlich initiiert oder als Eingriff in staatliche Kompetenzen abgelehnt. Vorbehalte hatte man besonders gegen die Kritik des BEK am Friedensengagement der sozialistischen Staaten; man wollte den Westen klarer als alleinigen Verursacher der erneuten Spannungen markiert sehen.[192] Der BEK sollte dementsprechend zum Friedensengagement im Sinne der sozialistischen Staaten – wenn möglich innerhalb der staatlichen Friedensorganisationen – bewegt werden.[193]

Neben der allgemeinen Positionierung in der Friedens- und Abrüstungsdebatte nahm der BEK auch konkret zu bestimmten historischen Ereignissen und Entwicklungen Stellung.

Reaktionen auf die erste und zweite UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung

Anlässlich der im Juni 1978 in New York anstehenden ersten UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung wandte sich die KKL am 20. Mai an die Gemeinden. Sie hoffte auf positive Auswirkungen der Sondertagung auf die Abrüstungsverhandlungen und rief deshalb die Gemeinden zum Gebet für die Versammlung, für Fortschritte in Sachen Abrüstung sowie zum Einsatz für Frieden und Abrüstung im

[188] Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26.

[189] Vgl. Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978 in: aaO, 28.

[190] Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: aaO, 27.

[191] Vgl. Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26.

[192] Vgl. Dok. 74: Information Paul Verners an Erich Honecker am 21. Dezember 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 18. Dezember 1978 über Ereignisse des Treffens am 6. März 1978 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 382; Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 387; Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: aaO, 414f; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 439; Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers vom 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in: aaO, 447; Dok. 89: Fernschreiben Honeckers vom 16.4.1982 an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen“ und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: aaO, 452; Dok. 96: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 26. 10. 1983 „Prinzipien und Maßnahmen für die weitere Durchsetzung der Staatspolitik in Kirchenfragen. Schlußfolgerungen aus der Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 485.

[193] Vgl. Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: aaO, 269f, 277; Dok. 55: Bericht Albert Nordens über ein Gespräch mit OKR Christa Lewek am 8.2.1977 in: aaO, 310; Dok. 57: Von Paul Verner am 10.5.1977 bestätigte Linie des Auftretens im Gespräch mit den Vertretern des BEK am 11.5.1977 in: aaO, 314; Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: aaO, 422, 429; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 438, 441.

Allgemeinen auf.[194] Die KKL nahm den gemeinsamen Appell vom ÖRK, KEK und vom *Rat der Europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE) an die Regierungen in die Anrede an die Gemeinden auf, „die heillose Steigerung des Wettrüstens zu beenden und das Gleichgewicht des Schreckens durch das Gleichgewicht des Vertrauens zu ersetzen."[195] Zusammen mit dem *Nationalen Christenrat in den USA* (NCC) und der *Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR* warnte der BEK vor einem Scheitern der Sondertagung. Deswegen verpflichteten sich die kirchlichen VertreterInnen aus der DDR und den USA dazu, ihren Einfluss auf die Regierungen ihrer Länder geltend zu machen, dass die anstehende UN-Sondersitzung zu einem positiven Ausgang käme.[196] Auch in den Empfehlungen von Glion der Tagung des ÖRK, die in den *Ökumenischen Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation* zitiert wurden, wurden die Regierungen aufgefordert, bei der UN-Sondergeneralversammlung Fortschritte hin zu einer „allgemeine[n] und vollständige[n] Abrüstung"[197] zu erzielen. 1979 kritisierte die Bundessynode in Dessau, dass die UN-Sondertagung keine nennenswerten Veränderungen bewirkt hätte. Erneut betonte der BEK, dass Sicherheit nicht durch die Anhäufung von Waffen gesteigert werden könnte.[198]

Die Aufforderung an die Gemeinden zum Gebet für einen erfolgreichen Ausgang wurde auch für die II. UN-Sondertagung im Juni 1982 wiederholt.[199] Im September bedauerte die KKL den ergebnislosen Ausgang der II. UN-Sondertagung.[200]

Reaktionen auf den SALT-II-Vertrag

Die Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages im Juni 1979 wurde sehr positiv beurteilt. Auf der Bundessynode in Dessau im September 1979 betonte die KKL: „Der erfolgreiche Abschluß der SALT-II-Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen hat neue Hoffnungen auf echte Abrüstungsschritte geweckt. Das Inkrafttreten des Vertrages würde Vertrauen fördern und den Frieden sicherer machen. Ein Scheitern würde unabsehbare Folgen haben."[201] In Schönherrs Schreiben an Stoph vom 1. November 1979 zitierte er aus der Empfehlung der KEK: „[Es] müsste das SALT-II-Abkommen ratifiziert werden. Dies würde den Weg für SALT III öffnen und die Wiener Gespräche zum schnellen positiven

[194] Vgl. Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23. Mai bis 28. Juni 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 73f.

[195] aaO, 73.

[196] Vgl. Anlage 2: Gemeinsamen Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5./7. April 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 268.

[197] Empfehlungen von Glion zitiert in: Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 70.

[198] Vgl. Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317; Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zur II. Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung vom 7. bis 9. Juni 1982 vom 8. Mai 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 70f.

[199] Vgl. Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zur II. Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung vom 7. bis 9. Juni 1982 vom 8. Mai 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 70f.

[200] Vgl. Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 102.

[201] Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317.

Erfolg führen."[202] Mehrfach wurden die ChristInnen von kirchlicher Seite dazu aufgefordert, zur Umsetzung und Realisierung von SALT II beizutragen. Als Handlungsmöglichkeiten wurden das Gebet für den Frieden, die kritische Auseinandersetzung mit dem kirchlichen und dem staatlichen Einsatz für Frieden und die Kommunikation unter der Prämisse der Vergebung und des Vertrauens vorgeschlagen.[203]

Reaktion zu Breschnews Abrüstungsvorschlag und zur Unterschriftensammlung der *Nationalen Front*

Zur Bekundung der Unterstützung der Abrüstungspläne Breschnews durch die DDR initiierte die *Nationale Front* in der DDR im Herbst 1979 eine Unterschriftenaktion unter den DDR-BürgerInnen. In der Willenserklärung hieß es: „Wir unterstützen die Friedensinitiative Leonid Breschnews. Wir brauchen überall Vernunft und guten Willen statt Rüstungswahn und Kriegspolitik."[204] Schon 14-Jährige waren zur Unterzeichnung aufgerufen. Staatliche Quellen sprachen von der Beteiligung von „mehr als 13,1 Millionen Bürger[n], das sind 96% aller Einwohner über 14 Jahre"[205]. Mitglieder der *Nationalen Front* gingen persönlich auf Unterschriftenfang in der Bevölkerung.[206]

Der BEK äußerte sich am 1. November 1979 in einem Wort an die Gemeinden zum Abrüstungsvorschlag von Breschnew und der Unterschriftenaktion der *Nationalen Front*. Darin wurde der Abrüstungsvorschlag positiv bewertet: „Der Vorschlag von Leonid Breschnew verdient ernste Beachtung und sollte durch die verantwortlichen Staatsmänner im Geist der Schlußakte von Helsinki sachgerecht geprüft werden."[207] In einem Schreiben Schönherrs an den Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, vom 1. November 1979 hieß es sogar: „[D]ie Christen in der Deutschen Demokratischen Republik [haben] die Vorschläge Leonid Breshnews zur Reduzierung der militärischen Präsenz und des Rüstungspotentials in Europa mit Genugtuung als ein Zeichen der Hoffnung zur Kenntnis genommen."[208] Schönherr verstand diesen Vorschlag außerdem als „vertrauensbildende Maßnahme im Sinne der Schlußakte von Helsinki"[209].

Im Unterschied zum Abrüstungsvorschlag fielt die Beurteilung der Unterschriftenaktion hingegen negativ aus. Es bestünden Zweifel, „daß eine Unterschriftenaktion das Vertrauen schaffen hilft, durch das allein ein stabiler Frieden erreicht werden kann."[210] In Schönherrs Schreiben argumentierte er ähnlich

[202] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Ministerpräsidenten Willi Stoph vom 1. November 1979 in: aaO, 324.

[203] Vgl. Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 2; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft", Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in: aaO, 25.

[204] Willenserklärung der Deutschen Demokratischen Republik in: NEUES DEUTSCHLAND, 27./28. Oktober 1979, 1.

[205] Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 415.

[206] Vgl. Unterschriftensammlung allerorts in vollem Gange in: NEUES DEUTSCHLAND, 5. November 1979, 1.

[207] Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden vom 1. November 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 320; vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 32.

[208] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Ministerpräsidenten Willi Stoph vom 1. November 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 323.

[209] Ebd.

[210] Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden vom 1. November 1979 in: aaO, 320. „Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen müssen vom Geist der Verständigungsbreitschaft getragen sein. Sie müssen

wie in dem Brief an die Gemeinden: „Gerade weil es um die Schaffung von Vertrauen geht, können wir nicht verhehlen, daß diese vom Nationalrat [...] in Gang gesetzte Unterschriftenaktion uns wenig geeignet scheint, Vertrauen als Grundlagen für Verhandlungen zu erzeugen.“[211] Da sich BürgerInnen aus Bedenken gegenüber der Unterschriftenaktion auch gegen die Unterzeichnung entscheiden könnten, forderte Schönherr, „daß die Freiwilligkeit [...] in jeder Weise gewahrt bleiben muß.“[212] Paul Verner, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, zeigte sich empört und beschrieb das Wort des BEK an die Gemeinden als einen „schwarze[n] Fleck in seinen Stellungnahmen [des BEK] zum Thema Frieden.“[213] Einerseits sah er mit dem Wort nicht die Haltung der Mehrheit der ChristInnen zur Unterschriftenaktion repräsentiert, andererseits nahm er eine Bagatellisierung der Differenzen zwischen den beiden Blöcken wahr.[214] Die KKL präzisierte diesbezüglich 1982: „Wenn sich christlicher Friedensdienst gegen Feindbilder wendet, dann bedeutet dies nicht, daß wir die unterschiedlichen Rollen verwischen oder verharmlosen, die Menschen, Gruppen und Völker in konkreten Situationen übernehmen.“[215]

Reaktion auf Bau der Neutronenbombe

Der BEK hatte sich schon 1977 hinsichtlich des geplanten Baus und der Stationierung der Neutronenbomben sehr besorgt gezeigt. Für die Kirchen stand die Neutronenbombe symbolisch „für die lebensbedrohende und menschenverachtende Logik des Wettrüstens“[216]. Schönherr schrieb 1977: „Sie ist ein Zeichen für die Irrationalität eines Sicherheitsverhaltens, das auf Gewaltdrohung, Mißtrauen und Furcht statt auf Vertrauen und Kooperation gründet.“[217] Die mögliche Produktion der Neutronenbombe würfe „darüber hinaus die Frage auf, ob die politischen Entscheidungsträger heute schon weitgehend zu Gefangenen ihrer

---

von dem Versuch begleitet sein, den anderen ernst zu nehmen und ihm Vertrauen entgegenzubringen.“(Ebd.)

[211] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Ministerpräsidenten Willi Stoph vom 1. November 1979 in: aaO, 325. Entgegen der Einschätzung des Theologen und DDR-Oppositionellen Ehrhart Neubert, der BEK habe im Wort an die Gemeinden „zu der Art der Aktion deutlich kritisch Stellung“ (NEUBERT: Geschichte der Opposition, 382.) bezogen, können die Einwände des BEK eher als sehr vorsichtig formuliert beschrieben werden. (Vgl. hierzu auch MECHTENBERG: Friedensverantwortung, 373; POLLACK: Zwischen Ost und West, 271; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 22f.)

[212] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Ministerpräsidenten Willi Stoph vom 1. November 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 325.

[213] Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 415.

[214] Vgl. aaO, 416; vgl. auch Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: ebd, 270.

[215] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 106.

[216] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Präsidenten des Nationalen Christenrates der Kirche Christi in den USA, Herrn Dr. William Thompson vom 10. September 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 220; vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 33; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Pressekommuniqué in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30.

[217] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Präsidenten des Nationalen Christenrates der Kirche Christi in den USA, Herrn Dr. William Thompson vom 10. September 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 220.

Rüstungssysteme geworden sind."[218] Aufgrund der Neutronenbombe kam es zur Intensivierung des Austausches des BEK mit dem NCC. Bei beiden bestand die Angst, dass die Hemmschwelle im Umgang mit Kernwaffen durch die Neutronenbomben sinken könnte.[219] Honecker hatte 1978 „die große Bedeutung des Beitrags der Kirchen zur Beendigung des Wettrüstens, zum Verbot der Massenvernichtungswaffen, vor allem der Neutronenwaffe"[220] gewürdigt.

1981 bezeichnete die KKL die Neutronenbombe als „ein besonders scheußliches Symptom"[221] des Rüstungswettlaufs. Im *Beschluss der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens* im September 1981 wurde der Bau der Neutronenbombe kritisiert, da die Waffe „eine ungeheure Bedrohung dar[stellt], denn sie läßt den Einsatz von Atomwaffen [...] wahrscheinlich werden."[222] Es wurde zum Abbruch der Fertigstellung aufgefordert.[223]

Reaktionen auf die Aufstellung der SS-20-Raketen, den NATO-Doppelbeschluss sowie die im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses stattfindenden Abrüstungsverhandlungen

Die Bundessynode in Dessau zeigte sich schon im September 1979, noch vor der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, im Hinblick auf die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa sehr alarmiert. Sie nahm beide Blöcke in die Pflicht, als sie davon sprach, dass die fortwährende Sicherheit in Europa „von den Staaten des Warschauer Vertrages wie von der NATO den Verzicht auf Entscheidungen [verlangt], die einer Eskalation des Wettrüstens in Europa Vorschub leisten."[224] Sie forderte die eigene Delegation dazu auf, sich bei der KEK für Verhandlungen und „für ein Moratorium (Zurückstellung) der Entscheidungen zu den eurostrategischen Waffen auszusprechen."[225] Mit dieser Äußerung sah Honecker „völlig negiert, daß, wie bekannt, die Sowjetunion in vielfältigen Vorschlägen für eine Rüstungsbegrenzung, für Abrüstung bis zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa eintrete."[226] Laut SED-Regime ging die Gefährdung des Friedens allein vom Westen aus. Man kritisierte von staatlicher Seite, dass der BEK sich nicht die staatliche Friedenspolitik von DDR und UdSSR zu eigen machte und führte dies auf eine gefährliche Fehleinschätzung der rüstungspolitischen Ziele des Westens zurück. Man setzte sich zum Ziel, den BEK und seine Gliedkirchen stärker in die staatlichen Friedensaktivitäten

[218] AaO, 221.

[219] Vgl. Anlage 2: Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5./7. April 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 264, 266; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Pressekommuniqué in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30.

[220] Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26.

[221] Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 33.

[222] Beschluss der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 36.

[223] Vgl. aaO, 36f.

[224] Beschluß der Bundessynode in Dessau zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 308.

[225] Ebd.

[226] Dok. 89: Fernschreiben Honeckers vom 16.4.1982 an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen" und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 452.

einzubinden und dadurch das kirchliche Friedensengagement im gewünschten Sinne zu beeinflussen.[227]

Um bei den Abrüstungsverhandlungen doch noch eine Einigung herbeizuführen, wandten sich am 10. August 1983 die Vorsitzenden des BEK, Landesbischof Hempel, und der EKD, Landesbischof Lohse, in einem gemeinsamen Schreiben an Honecker und Bundeskanzler Helmut Kohl. Darin wiesen sie auf die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Geschichte für die Erhaltung des Friedens hin. Daran knüpften die beiden Vorsitzenden die Bitte, „sich im Rahmen des jeweiligen Bündnisses mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die Verhandlungen in Genf erfolgreich verlaufen [...] und es zu keiner weiteren Aufrüstung in Mitteleuropa kommt."[228] In Kohls Antwortschreiben vom 19. September bekräftigt er die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten im Hinblick auf Friedensförderung. Die BRD wäre diesem Auftrag durch „vielfältige[...] Vorschläge und Beiträge [...] auf den internationalen Verhandlungsforen in Genf, Wien, Madrid und New York"[229] nachgekommen. Kohl versprach, sich für einen positiven Ausgang der Verhandlungen zwischen USA und UdSSR in Genf einzusetzen. Er wies aber – die Argumentation der NATO aufgreifend – darauf hin, dass erst die Nachrüstung der UdSSR mit SS-20-Raketen die Verhandlungen notwendig gemacht hätten, da ein Ungleichgewicht an Waffen hervorgerufen worden wäre.[230] Honecker hatte sich nicht schriftlich zu diesem Schreiben von der EKD und dem BEK geäußert.[231]

Am 20. September 1983 verfasste die Bundessynode eine weitere *Erklärung [...] zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen*. Darin betonte sie: „Wir sehen die Gefahr, daß die Stationierung der atomaren Waffensysteme vom Typ Pershing II und Cruise Missiles eine neue Stufe der militärischen Bedrohung darstellt und wiederum eine neue Runde des atomaren Wettrüstens einleitet."[232] Die Bundes-

[227] Vgl. Dok. 71: Konzeption der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 17. August 1978 „Zur Einwirkung auf die im September stattfindende planmäßige Synode des BEK" in: aaO, 373; Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: aaO, 387, 391f; Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: aaO, 415f, 422, 429; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 438; Dok. 89: Fernschreiben Erich Honeckers vom 16.4.1982 ian die ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen" und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: aaO, 452f; Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: aaO, 467f; Dok. 96: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 26. 10. 1983 „Prinzipien und Maßnahmen für die weitere Durchsetzung der Staatspolitik in Kirchenfragen. Schlußfolgerungen aus der Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" in: aaO, 485.

[228] Gemeinsames Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof D. Johannes Hempel, und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl vom 10. August 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 134; vgl. auch Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

[229] Anlage 1: Schreiben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an den Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 135.

[230] Vgl. aaO, 136.

[231] Vgl. Erklärung von Landesbischof D. Lohse vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Worms 1983 in: aaO, 137.

[232] Erklärung der Bundessynode in Potsdam zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen vom 20. September 1983 in: aaO, 149; vgl. auch 3. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. Septem-

synode hoffte, das die Zeit bis zum Dezember 1983 noch genutzt würde, um die Stationierung weiterer atomarer Raketen seitens der NATO durch ein positives Verhandlungsergebnis in Genf zu verhindern. Aber auch die Sowjetunion sollte schon jetzt mit der Abrüstung ihrer SS-20-Raketen beginnen, wozu sie in den Abrüstungsvorschlägen Bereitschaft signalisiert hatte. Wie schon im September 1979 plädierte die Bundessynode für ein Moratorium, um „die Genfer Verhandlungen positiv [zu] beeinflussen."[233] Die DDR-Regierung sollte gebeten werden, sich gegen eine Stationierung von sowjetischen Raketen auf DDR-Gebiet einzusetzen und das Schlussdokument des KSZE-Folgetreffens in Madrid in Gänze umzusetzen.[234]

Aufgrund von Gerüchten, es würde schon Vorbereitungen für eine Stationierung weiterer Raketen auf dem Boden der DDR vorgenommen und Unterschriften für eine Stationierung der sowjetischen Raketen in der DDR gesammelt, wandte sich die KKL in Oktober 1983 an Honecker. Honecker wies diese Gerüchte als falsch zurück. Die KKL brachte ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass trotz Verhandlungsbemühungen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles wahrscheinlich nicht mehr aufzuhalten wäre. Man forderte dennoch zum weiteren Einsatz für die Einigung auf konkrete Abrüstungsschritte auf.[235]

2.4 Friedensbewegung in der DDR

Das Wiederaufflammen des Kalten Krieges schürte bei vielen Menschen die Angst vor einem möglichen Atomkrieg. Die besondere Gefährdung von BRD und DDR rief FriedensaktivistInnen auf den Plan. Hatte es in der DDR schon ab Mitte der 1970er Jahre vereinzelt Friedensgruppen gegeben, so erhielten sie mit der Militarisierung der DDR-Gesellschaft und den Aufrüstungsbemühungen von NATO und Warschauer Vertrag Ende der 1970er Jahre vermehrt Zulauf.[236]

Die Friedensgruppen in der DDR kritisierten die Aufrüstungstendenzen der NATO und der Sowjetunion, sahen somit die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation und das Wettrüsten bei beiden Parteien und nahmen auch beide in die Pflicht. Damit widersprachen sie auch der DDR-Regierung, die allein den NATO-Doppelbeschluss und die damit einhergehenden Aufrüstungspläne rügte.[237] Zusätzlich zogen sie die Selbstdarstellung der DDR „als deutscher 'Friedensstaat'"[238] sowie die Friedenspolitik des

ber 1983 in Potsdam-Hermannswerder. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 54.

[233]Erklärung der Bundessynode in Potsdam zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen vom 20. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 149; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Dessau zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 308.

[234]Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 144.

[235]Vgl. Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und an die leitenden Verwaltungsbehörden der Gliedkirchen vom 15. November 1983 in: aaO, 151; Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an den Vorsitzenden des Staatsrates Erich Honecker vom 29. Oktober 1983 in: aaO, 152f.

[236]Vgl. BECKER-SCHAUM u.a.: Nuklearkrise, 11; BURO: Friedensbewegung, 274; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 203; GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 15; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59, 100, 105; KUHRT: Wider der Militarisierung, 9f; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 36f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 366f, 381, 464; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 350; POLLACK: Zwischen Ost und West, 279; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 88; WOLLE: Heile Welt, 256.

[237]Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 206; KUHRT: Wider der Militarisierung, 9f; POLLACK: Zwischen Ost und West, 279.

[238]BANGE: SS-20 und Pershing II, 83.

Warschauer Vertrages in Zweifel.[239]

Die vom Staat unabhängigen Friedensgruppen hatten alle ihren Ursprung in der evangelischen Kirche. Sie ermöglichte den Friedensgruppen sowie Gruppen mit anderen Schwerpunktsetzungen Zugang zu „Infrastruktur, Kommunikationskanäle[n], Kopiergeräte[n], Räume[n], Personal, Ideen, Programme[n] und Begrifflichkeiten [...] und bot darüber hinaus eine begrenzte Öffentlichkeit und einen institutionellen Schutz."[240] Der Staat sah darin „einen groben Mißbrauch der Religion und der Kirchenräume als religiöse Stätten"[241].

Das Verhältnis zwischen den (Friedens-)Gruppen und den Kirchenleitungen gestaltete sich trotz deren Aufforderung und positiver Bewertung des Einsatzes von ChristInnen für den Frieden schwierig. Beide Seiten hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf den Umgang mit dem Staat. Die Kirchenleitungen wollten nicht durch zu starke Provokation und Kritik am Staat in ihren Handlungsräumen beschnitten werden, die (Friedens-)Gruppen aber sahen genau darin den Weg, Veränderungen zu bewirken.[242]

Für den Staat galten die unabhängigen Friedensgruppen als „'feindlich-negative' Kräfte"[243] bzw. als oppositionell.[244] Auch wurden sie aufgrund der Möglichkeit des Einsatzes für den Frieden im Friedensrat der DDR als unnötig angesehen. Deshalb sprach man sich von staatlicher Seite immer wieder gegen ein eigenständiges Friedensengagement der Kirchen aus. Die Friedensgruppen sollten – vorzugsweise durch Überzeugungsarbeit, aber auch unter Einsatz des MfS – zurückgedrängt und dadurch langfristig aufgelöst werden. Die Kirchenleitungen sollten instruiert werden, den Gruppen Einhalt zu gebieten bzw. sie zu disziplinieren. In manchen Fällen wurde versucht, Konflikte zwischen den Kirchenleitungen und den Gruppen zu säen.[245]

---

[239] Vgl. POLLACK: Zwischen Ost und West, 276ff; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 239.

[240] POLLACK: Zwischen Ost und West, 277; vgl. auch aaO, 270, 275.

[241] Dok. 96: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 26. 10. 1983 „Prinzipien und Maßnahmen für die weitere Durchsetzung der Staatspolitik in Kirchenfragen. Schlußfolgerungen aus der Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" in: HARTWEG (Hg): SED und Kirche Band 2, 485.

[242] Vgl. Zweite Synode des BEK (1973-1974): Vierte Tagung in Züssow 24. bis 28. September 1976 (Tonbandnachschrift des Verhandlungsprotokolls), EZA 101/5340; ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 328; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21; POLLACK: Zwischen Ost und West, 278, 280f; WOLLE: Heile Welt, 268.

[243] ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 207.

[244] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 201, 207; GAUCK: Winter im Sommer, 176; Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 473; HEIDMEYER: NATO-Doppelbeschluss, 263; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 39. „[I]n recent years certain forces external to the German Democratic Republic had initiated activities of a subversive nature sometimes using the label of the peace movement." (Report of the Human Rights Committee. General Assembly. Official Records: Thirdy-ninth Session, Supplement No. 40 (A/39/40) 1984, 103, https://digitallibrary.un.org/record/70498 (23.05.2020)).

[245] Vgl. FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 38; GROßE: Einspruch, 559; Dok. 89: Fernschreiben Erich Honeckers vom 16.4.1982 an die ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen" und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 451f; Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: aaO, 473ff; HEIDMEYER: NATO-Doppelbeschluss, 263ff; KUHRT: Wider der Militarisierung, 69; Weber (Vorwort) in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 20, 56ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 394, 396, 410f; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 249.

Aktionen der Friedensbewegung in der DDR

Die Friedensbewegung wurde bis 1983 mit verschiedenen Aktionen in der Öffentlichkeit sichtbar. Entweder gingen diese von den Kirchen selbst aus oder sie wurden von Gruppen oder Einzelpersonen initiiert, die kirchlichen Kreisen entstammten. Der BEK und seine Gliedkirchen waren dennoch immer AnsprechpartnerInnen des Staates und VermittlerInnen zwischen der Friedensbewegung bzw. den einzelnen FriedensaktivistInnen und dem Staat.[246]

Die Aktion Sozialer Friedensdienst und die Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung waren von DDR-weiter Bedeutung und erfuhren in den Predigten häufiger Erwähnung und Auseinandersetzung. Beide hatten innerhalb der Gliedkirchen eine starke mobilisierende Wirkung und führten zu Konflikten mit dem Staat, aber auch innerhalb der Kirchen.

Sozialer Friedensdienst

Die Idee eines Wehrersatzdienstes wurde schon in den 1970er Jahren von Bausoldaten verfolgt. Pfarrer Christoph Wonnenberger rief 1981 die schon im Vorjahr angekündigte Initiative für einen Sozialen Friedensdienst ins Leben.[247] Der anfänglich als Gesetzesinitiative geplante, 1981 veröffentlichte Aufruf für einen Wehrersatzdienst fand 5.000 UnterzeichnerInnen.[248] Die DDR lehnte diese Initiative – auch aufgrund des Bausoldatendienstes – als unnötig ab. Zudem galt sie als verfassungswidrig und konterrevolutionär.[249] Honecker beurteilte sie zusammen mit der Kritik an der Zivilverteidigung als „eine Kampagne, die vom Westen gesteuert wird."[250]

Das Thema stieß im Besonderen bei jungen Menschen auf großes Interesse, die anfängliche Unterstützung von kirchlicher Seite nahm aber stark ab, nachdem der Staat Druck ausgeübt hatte. So forderte die sächsische Landeskirche Wonneberger auf, die Initiative fallen zu lassen. Wonneberger wurde kurzzeitig verhaftet und die Initiative abgebrochen. Der Soziale Friedensdienst wurde aber auch von der Aufnäherbewegung Schwerter zu Pflugscharen erneut aufgegriffen.[251]

Auch die KKL sprach sich im September 1982 und die Bundessynode im September 1981 und 1983 für die Möglichkeit eines Wehrersatzdienstes im sozialen Bereich aus.[252] Die Bundessynode begrüßte den

[246]Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 59; KUHRT: Wider der Militarisierung, 10, 69; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 367f, 395ff.

[247]Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 174f; EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 137; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 244, 249; KNABE: Samisdat, 303; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 145; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 389; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 27.

[248]Vgl. MECHTENBERG: Friedensverantwortung, 387; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 389, 391. Eisenfeld spricht sogar von 10.000 Unterschriften. (Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 244.)

[249]Vgl. DDR-Staatssekretär Klaus Gysi zum „Sozialen Friedensdienst" (12.9.1981) in: BÜSCHER u.a. (Hg.): Friedensbewegung, 174; Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers vom 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 447; HENKYS: Zwischen Militarismus und Pazifismus, 18; MECHTENBERG: Friedensverantwortung, 388; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 145; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 27; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 51f.

[250]Vgl. Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers vom 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 447.

[251]Vgl. NEUBERT: Geschichte der Opposition, 390ff.

[252]Vgl. Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 112; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 146; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 40f.

Wunsch junger Leute nach der Einrichtung eines Wehrersatzdienstes und wertete dies als „persönliches Zeichen ihres Friedenswillens“[253]. 1982 forderte sie die KKL in Gesprächen mit staatlichen VertreterInnen zum Einsatz für einen Wehrersatzdienst auf.[254] 1983 schloss sich die Bundessynode der „Bitte der Vollversammlung [des ÖRK in Vancouver] an die Kirchen [an], '... ihre Regierungen dringend aufzufordern, das Recht zur Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen anzuerkennen und die Möglichkeit für einen gewaltfreien Ersatzdienst zu schaffen.'“[255] Erich Honecker wertete die Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst 1981 als ein Anzeichen des Einfluss des Westens auf die Kirchen.[256]

Schwerter zu Pflugscharen

Mit der Friedensdekade im November 1981 entwickelte sich die Aufnäherbewegung Schwerter zu Pflugscharen. Das Symbol, das sich auf Mi 4,3 bezog und einen Mann zeigte, der ein Schwert zu einer Pflugschare umschmiedet, wurde schon 1980 zur ersten Friedensdekade auf Lesezeichen gedruckt. Im Jahr 1981 war das Symbol als Aufnäher zu bekommen. Der Aufnäher wurde gegen Ende des Jahres 1981 von vielen christlichen Jugendlichen, aber auch von kirchlichen VertreterInnen wie z.B. Joachim Gauck und Gottfried Forck sowie von NichtchristInnen erworben und getragen. Dies weckte den Unmut der staatlichen Organe.[257]

Im Frühjahr 1982 kam es wegen der Aufnäher zu extremen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat.[258] Der Staat bezeichnete die Aufnäher-Bewegung als illegal,[259] „oppositionell[...]“[260], „destruktiv[...]“[261] und verstand die unabhängige Friedensbewegung als Kritik an der Friedenspolitik der DDR.[262] Er bewertete die pazifistische Bewegung als „Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft“[263] der DDR: „Der Spruch 'Schwerter zu Pflugscharen' meint die Endzeit, das Reich Gottes auf Erden und kann nicht für eine politische Kampagne gegen die allgemeine Wehrpflicht und gegen die Wehrbereitschaft

[253] Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 40.

[254] Vgl. 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 4.

[255] VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 zitiert in: Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 146.

[256] Vgl. Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers vom 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 447.

[257] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 204; ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 320f; GAUCK: Winter im Sommer, 172; KUHRT: Wider der Militarisierung, 10; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 383, 403; POLLACK: Zwischen Ost und West, 272; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 115f.

[258] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 325f; EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 63f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 394, 398; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 115ff.

[259] Vgl. Dok. 88: Zwischen den Ministerien des Innern, für Volksbildung und für Hoch- und Fachschulwesen abgestimmte Verhaltensrichtlinie gegenüber Schülern, Studenten und Mitarbeitern in Bildungseinrichtungen, die das Abzeichen Schwerter zu Pflugscharen trage, vom März 1982 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 450; Dok. 89: Fernschreiben Erich Honeckers vom 16.4.1982 an die ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über „Schwerter zu Pflugscharen“ und über die eigenständige Friedensbewegung in der DDR in: aaO, 451.

[260] Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler, Berlin, 16. April 1982 in: SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 327.

[261] AaO, 327f.

[262] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 321; EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 62.

[263] Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 68.

sowie für die Spaltung unserer Friedensbewegung mißbraucht werden."[264] Honecker machte deutlich, dass die Aufnäherbewegung Schwerter zu Pflugscharen auch der vom Staat erwarteten Loyalität der Kirchen zum Staat widersprach. Diese Erwartung war durch die Formel *Kirche im Sozialismus* und das Gespräch vom 6. März 1978 geschürt worden.[265] Es ginge den Mitwirkenden der Bewegung nicht nur um Friedensarbeit, sondern darum, „oppositionelle Kräfte gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu organisieren."[266] Des Weiteren sollte „dem internationalen Ansehen der DDR Schaden"[267] zugefügt werden. Die Verantwortlichen der SED fordert er auf, durch Gespräche „mit kirchlichen Kreisen auf allen Ebenen"[268] Einfluss auf diese Entwicklung zu nehmen. Immer wieder wäre dabei auf das Ziel der DDR und der UdSSR hinzuweisen, Bedrohungen des Friedens, die auch hier als allein ausgehend vom Imperialismus beschrieben werden, zu bekämpfen.[269]

Aufgrund dieser Einschätzung von staatlicher Seite wurde ab März 1982 „das Tragen des Aufnähers 'Schwerter zu Pflugscharen' [...] verboten"[270] und – vor allem in Schulen und Universitäten – stark gegen die vermehrt jugendlichen TrägerInnen des Aufnähers vorgegangen. Zeigten die Jugendlichen keine Einsicht, wurde mit Schulverweis oder Exmatrikulation gedroht bzw. dieser vollzogen, oder die Jugendlichen wurden durch die Entscheidung der FDJ nicht zur Oberstufe oder zum Studium zugelassen. In der Öffentlichkeit trennte die Volkspolizei die Aufnäher von den Anoraks der Jugendlichen, schnitt sie einfach aus den Anoraks heraus oder konfiszierte Jacken. In manchen Fällen wurden die Träger sogar verhaftet oder verprügelt. In den Medien wurden die Jugendlichen verleumdet.[271]

Für die VertreterInnen der Kirche war das Vorgehen der staatlichen Organe gegen das Tragen des Aufnähers überraschend, hatte die Sowjetunion doch den *Vereinten Nationen* 1959 ein Denkmal geschenkt, das ebenfalls einen Mann darstellte, der sein Schwert zu einer Pflugschare umschmiedete.[272]

Neben dem administrativen Vorgehen versuchte der Staat Druck auf den BEK und seine Gliedkirchen auszuüben, damit diese der Bewegung Einhalt boten. Dabei wurde der Eindruck vermittelt, Oppositionelle ohne Verbindung zu Kirche und Religion nutzten diese Bewegung nur zur Realisierung ihrer eigenen

[264] Dok. 92: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 12.10.1982, Auszug aus dem Protokoll Nr. 41/82, Punkt 4 „Information zur Friedensdekade 1982 der Evangelischen Kirchen und zum Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen über das Abzeichen 'Schwerter zu Pflugscharen'" und Anlage Nr. 3 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 465.

[265] Vgl. Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler, Berlin, 16. April 1982 in: SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 327.

[266] Ebd; vgl. auch Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 473.

[267] Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler, Berlin, 16. April 1982 in: SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 328.

[268] AaO, 329.

[269] Vgl. aaO, 328f.

[270] MASER: Glauben im Sozialismus, 114.

[271] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 322, 325; EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 63f; Brief an die Jugendlichen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom April 1982 in: aaO, 65; GAUCK: Winter im Sommer, 175; KUHRT: Wider der Militarisierung, 11; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 401; POLLACK: Zwischen Ost und West, 271; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 144, 168f; VOLLNHALS: Kirchenpolitische Abteilung des MfS, 93f; WOLLE: Heile Welt, 261.

[272] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 320, 329; ; GAUCK: Winter im Sommer, 171; KNOPKE: Kinder im Visier, 149; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 37; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 399; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 52, 54; WOLLE: Heile Welt, 261.

politischen Ziele.[273]

Zunächst stellten sich die KirchenvertreterInnen hinter die AufnäherträgerInnen, versuchten, die Anschuldigungen des Staates abzuschwächen und missbilligten das radikale Vorgehen des Staates.[274] In einer *Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung* vom 14. März 1982 wurde das Symbol Schwerter zu Pflugscharen als Ausdruck „christliche[r] Hoffnung"[275] bezeichnet. Die Kirche setzte sich für Abrüstung ein und wollte dies durch das Symbol zum Ausdruck bringen.[276] Im April 1982 kritisierte die KKL das Verhalten der staatlichen Organe gegenüber den TrägerInnen des Aufnähers und wies auf die fehlende „rechtliche Grundlage"[277] dieses Vorgehens hin. Sie bat einerseits um die Anerkennung des Symbols Schwerter zu Pflugscharen und andererseits um das Überdenken des Vorgehens gegen die AufnäherträgerInnen.[278] In der *Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen* vom 7. April 1982 sprach die KKL zwar von einer „eigenständige[n] Friedensarbeit"[279] der Kirche, widersprach aber den Einschätzungen, es ginge der Kirche um die „Bildung einer 'unabhängigen Friedensbewegung'"[280]. Während in der Stellungnahme vom 14. März 1982 noch die übereinstimmenden Ziele von kirchlicher Friedensbewegung und staatlicher Friedenspolitik betont wurden,[281] wurde in der Mitteilung von 7. April deutlich, dass die Kirche sich „nicht einfach [als] Verstärker der Außenpolitik des Staates"[282] sah. Es ginge ihr aber weder um die „Bestreitung der Friedenspolitik der DDR"[283] noch um die „Schwächung der Verteidigungsbereitschaft"[284].

Nach und nach nahm die Gegenwehr des BEK und seiner Gliedkirchen ab. Schon in der Mitteilung der KKL vom 7. April 1982 wurde deutlich, dass ihr an einer Entschärfung dieses Konflikts gelegen war. Deshalb forderte sie die ChristInnen dazu auf, den Einsatz für Frieden im Hinblick auf seine Wirksamkeit abzuwägen.[285] In der am 2. Juni 1982 veröffentlichten *Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter* – wurde die Weiterführung der Aufnäherbewegung kritisch gesehen, denn „[d]as begonnene Gespräch würde zugeschüttet, wenn jetzt hartnäckig und demonstrativ auf dem Aufnäher beharrt wird."[286]

[273] Vgl. FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 38; Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 473; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 176; Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler in: aaO, 327.

[274] Vgl. POLLACK: Zwischen Ost und West, 271f.

[275] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 53.

[276] Vgl. aaO, 53f.

[277] Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in: aaO, 69; vgl. auch aaO, 68.

[278] Vgl. aaO, 69.

[279] AaO, 68.

[280] Ebd.

[281] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: aaO, 53.

[282] Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen in: aaO, 68.

[283] Ebd.

[284] Ebd.

[285] Vgl. aaO, 69.

[286] Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 be-

Im Juni forderte die KKL, im September die Bundessynode, es sollte „um des Friedens willen“[287] auf das Tragen von Aufnähern verzichtet werden. Dieser Rückzug sollte konstruktive Gespräche zwischen Kirche und Staat wieder möglich machen. Damit beendete der BEK seinen Einsatz für die Bewegung und die AufnäherträgerInnen und gab dem staatlichen Druck nach. Die KKL wollte bei der Friedensdekade im November 1982 an dem Symbol Schwerter zu Pflugscharen festhalten, jedoch nicht mehr in Form eines Aufnähers. Anstatt mit dem Staat die „'Aufnäherdiskussion'“[288] weiter zu führen, sollte es um den Einsatz für Frieden an sich gehen.

Die Abkehr des BEK und seiner Gliedkirchen von der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen führte bei den FriedensaktivistInnen und -gruppen zu großer Enttäuschung und Unmut.[289] Das Politbüro des ZK der SED hingegen wertete das kirchliche Abrücken vom Abzeichen und ihrer Bewegung als „beachtliche[n] Erfolg für die Politik unserer Partei und bestätigt ihre Richtigkeit.“[290]

2.5 Ökologie, Umweltschutz und Umweltbewegung

Ab Mitte der 1970er Jahre gewannen neben Frieden und Abrüstung auch die Themen Ökologie und Umweltschutz mehr und mehr an Relevanz. Besonders in den Kirchen verortete Gruppen setzten sich, resultierend aus dem Kulturauftrag, mit diesem Thema auseinander. Häufig gingen die Umweltgruppen aus Friedensgruppen hervor oder die Friedensgruppen entdeckten die Umweltthematik zusätzlich für sich. Die Umweltgruppen waren auch in den Kirchen angesiedelt und nutzten deren Infrastruktur. Die Umweltgruppen übten Kritik an dem wirtschaftlichen Fortschrittsstreben der DDR und der daraus resultierenden extensiven Ressourcennutzung sowie der Inkaufnahme von Umweltzerstörung. Sie wollten innerhalb der Bevölkerung ein Umweltbewusstsein schaffen und Umweltprobleme in der DDR sichtbar machen. Um

tr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – in: aaO, 73. Die Evangelisch-Lutherische Landessynode Sachsens und die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Thüringen entzogen schon im April den AufnäherträgerInnen ihre Unterstützung und ihren Schutz, auch wenn sie das staatliche Vorgehen weiterhin kritisch sahen. („Wir müssen euch aber sagen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, Euch vor Konsequenzen, die das Tragen des Aufnähers jetzt mit sich bringen kann, zu schützen.“(Brief an die Jugendlichen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom April 1982 in: EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 66.)); vgl. auch Kanzelabkündigung der sächsischen Landeskirche (28.3.1982) in: BÜSCHER u.a. (Hg.): Friedensbewegung, 294f; Brief der Synode der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen an die Gemeinden: Kanzelabkündigung in allen Gottesdiensten des Sonntags Palmarum, 04.04.1982 in: GROßE: Einspruch, 734f.

[287] Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 96.

[288] Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: aaO, 72; vgl. auch Dok. 90: Schreiben Gerald Göttings an Erich Honecker vom 1.7.1982 über Schwerter zu Pflugscharen und die unabhängige Friedensbewegung in der DDR in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 454; Dok. 92: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 12.10.1982, Auszug aus dem Protokoll Nr. 41/82, Punkt 4 „Information zur Friedensdekade 1982 der Evangelischen Kirchen und zum Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen über das Abzeichen 'Schwerter zu Pflugscharen'“ und Anlage Nr. 3 in: aaO, 463f.

[289] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 325; GAUCK: Winter im Sommer, 175; GOECKEL: Thesen, 57; KUHRT: Wider der Militarisierung, 70; MASER: Glauben im Sozialismus, 115; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 20; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 403.

[290] Dok. 92: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 12.10.1982, Auszug aus dem Protokoll Nr. 41/82, Punkt 4 „Information zur Friedensdekade 1982 der Evangelischen Kirchen und zum Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen über das Abzeichen 'Schwerter zu Pflugscharen'“ und Anlage Nr. 3 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 466.

den Naturschutz voranzutreiben, zielten sie auch auf Änderungen im politischen und im ökonomischen Bereich ab. Die Gruppen stießen gegen Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre unterschiedliche Aktionen, wie z.B. Baumpflanzaktionen, die Aktion *Mobil ohne Auto*, Fahrraddemonstrationen und die vom *Ökologischen Arbeitskreis der Dresdener Kirchenbezirke* 1983 ins Leben gerufene Aktion *Saubere Luft für Ferienkinder*, an. Des Weiteren wurden Vorträge und Schulungen organisiert. Zusätzlich wurden vermehrt Schriften zu Umweltthemen herausgegeben.[291] Einen Stimulus für die Umweltbewegung stellte das *Kirchliche Forschungsheim Wittenberg* dar, indem es die Umweltgruppen mit Informationen versorgte, zu deren Austausch beitrug und dadurch die Gründung weiterer Gruppen beförderte. Es beförderte auch die Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen mit dem Thema Umwelt. Bei seiner Arbeit pflegte es auch Kontakt zur staatlichen GNU sowie zu WissenschaftlerInnen. Ab 1985 verlor das KFH zunehmend an Bedeutung. Viele AktivistInnen wollten ein offensiveres und öffentlichkeitswirksameres Umweltengagement betreiben. Risikofreudigere Einrichtungen, wie z.B. die bekannte Umweltbibliothek in Ost-Berlin, boten dafür eine geeignetere Plattform.[292]

Im Gegensatz zur Friedensthematik gestaltete sich die Auseinandersetzung mit Ökologie und Umweltschutz sowohl innerkirchlich als auch in Interaktion mit dem Staat als weniger konfliktträchtig.[293]

2.5.1 Internationale und nationale Umweltpolitik der DDR und ihr Umgang mit der aufkeimenden Umweltbewegung

Durch die Unterzeichnung internationaler Abkommen verpflichtete sich die DDR zu Umweltschutzmaßnahmen. Schon in der *Schlussakte von Helsinki* wurde die Notwendigkeit unterstrichen, „daß der Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie der Schutz der Natur und die rationelle Nutzung ihrer Ressourcen im Interesse gegenwärtiger und künftiger Generationen eine für das Wohlergehen der Völker und die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder sehr bedeutende Aufgabe darstellt“[294]. Die Signatarstaaten verpflichteten sich, Umweltschädigungen über die eigenen Grenzen hinaus zu vermeiden, Umweltdaten zu kommunizieren und den Umweltschutz gemeinsam voranzutreiben. Des Weiteren sollte ein Umweltbewusstsein in Erziehung und Bildung vermittelt und die Wirtschaftspolitik ökologischer ausgerichtet werden.[295] Im Hinblick auf nationale UmweltaktivistInnen sagten die Signatarstaaten zu, „innerstaatliche [...] Bemühungen ihrer interessierten Organisationen, Unternehmen und Firmen zu ermutigen, die auf die Entwicklung, Herstellung und Vervollkommnung der zu Überwachung, Schutz und Verbesserung der

[291] Vgl. Auszug aus dem Protokoll der 124. Sitzung des Vorstandes am 13./14. März 1981 in Buckow, EZA 101/631; GENSICHEN: Umweltverantwortung, 288, 291ff; HUFF: Natur und Industrie, 313, 328f, 337f, 370; KNABE: Der lange Weg, 144; KNABE: Samisdat, 305; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 446, 450f, 454f, 490; NEUBERT: Von der Freiheit, 224, OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 380.

[292] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 294; Knabe zitiert in HUFF: Natur und Industrie, 327; HUFF: Natur und Industrie, 314, 323f, 329, 334f, 410; KNABE: Der lange Weg, 144; KNABE: Samisdat, 303, 305; 2. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR vom 19. bis 23. September 1986. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 3; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 446, 450f, 454, 588f; NEUBERT: Von der Freiheit, 224; RÜDDENKLAU: Störenfried, 44f.

[293] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 291; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 446, 451f; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 380.

[294] Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 34.

[295] Vgl. aaO, 34ff.

Umwelt bestimmten Ausrüstungen abzielen."[296]

Bei der Umweltkonferenz der *Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa* (United Nations Economic Commission for Europe (ECE)) 1979 in Genf nahm die DDR zwar teil, versuchte aber große Verbindlichkeiten in Sachen Umweltpolitik zu vermeiden.[297] Ganz allgemein verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten dazu, „their policies, scientific activities and technical measures"[298] im Hinblick auf ihre Wirksamkeit für die Reduzierung von CO2-Ausstoß zu prüfen. Nur die in ihren finanziellen Möglichkeiten liegenden, wirksamsten Technologien sollten installiert werden.[299] Da mit dem Luftreinhalteabkommen primär das Bemühen um die Reduzierung des CO2-Ausstoßes im Vordergrund stand, legte sich die DDR mit dessen Unterzeichnung nicht auf eine spezifische Mengenreduzierung zu einem bestimmten Zeitpunkt fest und hatte auch keine Sanktionen zu befürchten.[300] Die Ratifizierung des Abkommens durch die DDR erfolgte im Juni 1982.[301] Damit kam die DDR auch einer Forderung des Abschlussdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens nach.[302]

Auf nationaler Ebene forcierte Honecker, der immer wieder von „der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"[303] sprach, ab 1971 ein beständiges wirtschaftliches Wachstum, um die Bedürfnisse der Bevölkerung immer besser befriedigen zu können.[304] Somit konnten langfristig nur solche Maßnahmen zum Umweltschutz ergriffen werden, die sich nicht negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirkten – der Ökonomie wurde also ein deutlicher Vorrang vor der Ökologie eingeräumt.[305] Mit dem zunehmenden Wirtschaftswachstum sollte die Produktion effizienter und gleichzeitig umweltschonender gestaltet werden. Da die erhofften Leistungssteigerungen in der Wirtschaft jedoch ausblieben, stand die SED-Regierung schon Ende der 1970er Jahre vor einem doppelten Dilemma: Weder konnte sie kostspielige Umweltschutzmaßnahmen finanzieren, noch konnte sie den sozialpolitischen Fokus auf die Bedürfnisbefriedigung der BürgerInnen aufgeben, ohne die Loyalität der Bevölkerung zu gefährden.[306] Die reduzierten Erdöllieferungen der UdSSR an die DDR Anfang der 1980er Jahre hatten zusätzliche Auswirkungen auf die Umweltpolitik. Um trotz dieser Kürzungen den Energieverbrauch der DDR-Bevölkerung decken zu können, musste die DDR den Abbau und die Nutzung von Braunkohle wieder ausbauen, was den Schwefeldioxid-Ausstoß erneut in die Höhe trieb.[307]

Die politisch Verantwortlichen in der DDR waren gezwungen, sich mit dem Thema Luftverschmutzung und dem daraus resultierenden Waldsterben – vor allem im Erzgebirge – sowie den gesundheitlichen

[296] AaO, 35.
[297] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 237ff.
[298] Convention on long-range transboundary Air-Pollution 1979: Article 4, https://unece.org/sites/default/files/2021-05/1979%20CLRTAP.e.pdf (05.06.2024).
[299] Vgl. aaO, Article 6.
[300] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 239; Convention on long-range transboundary Air-Pollution 1979: Article 2ff, https://unece.org/sites/default/files/2021-05/1979%20CLRTAP.e.pdf (05.06.2024).
[301] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 242.
[302] Vgl. Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 93.
[303] HUFF: Natur und Industrie, 305.
[304] Vgl. aaO, 385, 425.
[305] Vgl. aaO, 385f, NEUBERT: Geschichte der Opposition, 446.
[306] Vgl. aaO, 22, 174, 177.
[307] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 408, 425; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 32; SIEBS: Außenpolitik, 232ff.

Beschwerden der Bevölkerung auseinandersetzen. Die staatlichen Organe waren durch Datenerhebungen, z.B. des *Zentrums für Umweltgestaltung* (ZUG), des *Meteorologischen Dienstes* (MD), der Bezirks-Hygieneinspektionen oder Sektionen der Forstwirtschaft, über die verheerenden Zustände der Baumbestände informiert. Die eingeleiteten Maßnahmen der DDR reichten aber nicht aus oder erwiesen sich als ungeeignet, um das Waldsterben einzudämmen.[308]

Ab 1973 praktizierte das SED-Regime die Geheimhaltung von Umweltdaten. 1982 verfestigte die DDR im *Beschluss zur Anordnung zur Gewinnung Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR* ihre Umweltpolitik der vorangegangenen Jahre: Daten zu Umweltproblemen im eigenen Land vor der eigenen Bevölkerung und vor anderen Ländern geheim zu halten. Jedoch klafften mit den Jahren Darstellung und Realität immer weiter auseinander. Die Bevölkerung konnte die Umweltschäden – besonders das Baumsterben – nicht mehr übersehen und machte ihrem Ärger über den Zustand der Umwelt in Eingaben Luft.[309]

Auf die Entwicklung der Umweltbewegung reagierte der Staat sehr ambivalent. Bei manchen Aktionen kam es zur Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und UmweltaktivistInnen, jedoch konnte man nicht immer mit der Unterstützung des Staates rechnen. Solange sich aus dem Einsatz für die Umwelt kein weiteres politisches Engagement und keine Kritik am staatlichen Handeln entwickelte, ließ der SED-Staat die AktivistInnen gewähren. Wie bei den Friedensgruppen wurden auch bei den UmweltaktivistInnen in kritischen Fällen die staatlichen Organe selbst aktiv oder verlangten von den Kirchenleitenden, die AktivistInnen zurechtzuweisen.[310]

Als Reaktion auf das sich in der Umweltbewegung manifestierende, zunehmende Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltschutz in der DDR-Gesellschaft gründete der Staat 1980 die *Gesellschaft für Natur und Umwelt* (GNU). Sie sollte eine staatliche Alternative zu den kirchlichen Gruppen bieten. Aus dem gleichen Grund wurde 1981 auch die *Arbeitsgruppe Umweltverantwortung* bei der *Christlichen Friedenskonferenz* (CFK) ins Leben gerufen. Die GNU hatte schnell 40.000 Mitglieder. Jedoch waren die möglichen, zu bearbeitenden Themenbereiche aufgrund staatlicher Kontrolle sehr eingeschränkt.[311] Zu Kooperation mit kirchlichen Umweltgruppen kam es selten. Diese sollten dann „aber keinesfalls 'öffentlichkeitswirksam'"[312] geschehen.

2.5.2 Auseinandersetzung des BEK mit dem Thema Umwelt

Die Diskussion um die Verantwortung der ChristInnen für die Umwelt begann in internationalen ökumenischen Gremien schon 1974. So wurde dieses Thema bei den Sitzungen des *Ökumenischen Rates der*

[308] Vgl. Beschluß über weitere Maßnahmen zum Schutz der Wälder der DDR im Jahre 1983/84 vom 24. Februar 1983, Barch DC 20-I/3/1917, Bl. 127ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_1917/index.htm (14.01.2020); HUFF: Natur und Industrie, 253f, 259ff, 264, 284f, 287f, 292ff, 305; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 23f.

[309] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 289; HUFF: Natur und Industrie, 425, 241f, 251, 310, 338, 408; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 41f; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 19ff.

[310] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 325ff, 328f, 336; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 452, 585, 588.

[311] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 289f; HUFF: Natur und Industrie, 337, 388, 390, 392; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 453, 585.

[312] HUFF: Natur und Industrie, 392; vgl. auch NEUBERT: Geschichte der Opposition, 453.

Weltkirchen (ÖRK) 1974 in Bukarest und 1975 in Nairobi intensiv behandelt.[313] 1978 setzte sich der ÖRK auch mit den Folgen der friedlichen Nutzung von Kernenergie für die Umwelt auseinander. Man betrachtete die Vor- und Nachteile erneuerbarer Energien. Es wurde auf den radioaktiven Abfall von Kernkraftwerken und die Notwendigkeit einer langfristigen und sicheren Lagerung aufmerksam gemacht. Man verwies auf den negativen Einfluss der durch die unterschiedliche Energieerzeugung entwickelten Hitze auf die Umwelt.[314] Von besonderer Bedeutung war aber die *Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft* des ÖRK 1979 in Boston, an der auch eine DDR-Delegation teilnahm. Zum einen wurden WissenschaftlerInnen aufgefordert, lang- und kurzfristige Folgen ihrer Arbeit für Mensch und Natur zu bedenken und daraus resultierend im wissenschaftlichen Kontext ethisch zu handeln.[315] Zum anderen kam es zur detaillierten Auseinandersetzung mit den ökologischen und humanitären Auswirkungen der Nutzung von Energie. Besonders die negativen Folgen fossiler Energiequellen und der friedlichen Nutzung von Kernenergie für die Umwelt wurde hervorgehoben. Man verwies aufgrund der sehr unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Energie in der Welt auf den Zusammenhang von Energienutzung und (Welt-)-Gerechtigkeit. Die Kirchen wurden aufgefordert, ihre Mitglieder mit Informationen zu diesem Thema zu versorgen und zum Einsparen von Energie im privaten Bereich aufzurufen. Des Weiteren sollten sie sich kritisch mit der „nationale[n] und internationale[n] Energiepolitik ihres jeweiligen Landes“[316] auseinandersetzen und diesbezüglich das Gespräch mit den Regierungen suchen. Die Ausführungen schlossen mit „energiepolitischen Empfehlungen“[317] ab. Darin forderte man die Regierungen auf, ihren Energieverbrauch zu prüfen, den Verbrauch von fossilen Brennstoffen – im Besonderen Kohle – zu senken, ein fünfjähriges „Moratorium für den Bau von neuen Kernkraftwerken einzuführen“[318] und alternative Energiequellen zu etablieren. Der BEK zeigte seine Zustimmung zu den Inhalten der Bostoner Konferenz, indem er die Bostoner Papiere der DDR-Regierung übergab.[319]

Trotz der intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Umwelt auf internationaler ökumenischer Ebene und dem Verweis auf die christliche Umweltverantwortung bei einem gemeinsamen Treffen des BEK mit der *Russischen Orthodoxen Kirche* 1978,[320] überließen die kirchenleitenden Gremien des BEK

[313] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 314f.

[314] Vgl. World Council of Churches. Church and Society. Prospectus for a Second WCC Consultation on „Ecumenical Concerns in Relation to Nuclear Energy“ Ecumenical Institute, Chateau de Bossey Celigny, Schwitzerland May 2-7, 1978, EZA 101/630.

[315] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 315; Sektion III der MIT-Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft, Boston 1979 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 575ff.

[316] Energie für die Zukunft – Die Energiefrage und die Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und bestandsfähigen Gesellschaft. Sektion VI der MIT-Konferenz über Glaube, Wissenschaft und Zukunft, Boston 1979 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 607.

[317] AaO, 604.

[318] AaO, 608.

[319] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen bei der Bundessynode im September 1980 in Leipzig in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70.

[320] „In der Verantwortung vor Gott und im Vertrauen auf Gottes Verheißungen für alle Geschöpfe hat der Mensch als Haushalter des Lebens auf der Erde für die Erhaltung der Umwelt und der Rohstoffquellen für kommende Generationen zu sorgen.“ (Kommuniqué über das dritte theologische Gespräch zwischen Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Oktober 1978, Kiew in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 75; vgl. auch Zusammenfassung der Referate von Erzpriester Alexander Krawtschenko, Dozent am theologischen Seminar, Odesse, und Propst Dr. theol. habil. Heino Falcke, Erfurt, über „Der Dienst der Kirche für die Gerechtigkeit in einer von Wissenschaft und Technik bestimmten Welt, Oktober

bis 1984 die extensive Bearbeitung des Themenkomplexes primär der *Theologischen Studienabteilung*, dem *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* und dem *Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg* (KFH).[321]

1978 erstellte der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* „im Auftrag der Konferenz einen Sachbeitrag 'Verantwortung der Christen in einer sozialistischen Gesellschaft für Umwelt und Zukunft des Menschen'"[322]. Dazu fand im Januar des gleichen Jahres auf Anregung des BEK eine Konsultation des Ausschusses in Buckow statt.[323] Der BEK hatte gemerkt, dass das Umweltthema „in unserer Gesellschaft und in unseren Kirchen in zunehmendem Maße diskutiert"[324] wurde, jedoch „viele einzelne und viele Gruppen in unseren Kirchen an diesen Fragen arbeiten, ohne voneinander zu wissen oder im Austausch miteinander zu stehen."[325] Im Bericht zur Konsultation wurde jede bzw. jeder Einzelne sowie der Staat zum Einsatz für den Umweltschutz aufgefordert. Die Einzelne bzw. den Einzelnen betreffend ging es vor allem darum, „einen alternativen [, ökologischeren] Lebensstil zu entwickeln"[326]. Damit sollte das Umweltbewusstsein in konkrete Handlungen umgesetzt werden. Finanzielle Aufwendungen für den Umweltschutz könnten nicht ohne Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der bzw. des Einzelnen bleiben. Die Verantwortung der ChristInnen für die Umwelt sah man aus dem Kulturauftrag der Menschen für die Umwelt in Gen 1,28 und der Aufforderung zur Einheit von Wort und Tat resultieren. Der Bericht hob die Vorbildfunktion der Umweltgruppen im Hinblick auf ihr Engagement für die Umwelt und im Hinblick auf Änderungen der Lebensweise hervor. Auf gesellschaftlicher und politischer Ebene forderte man die Thematisierung von Umweltproblemen. Im Einklang mit der *Schlussakte von Helsinki* müssten die BürgerInnen ein Bewusstsein für die Umweltproblematik ausbilden.[327]

Der Staat sollte konkrete Schritte für den Umweltschutz unternehmen. Man adressierte die Spannungsverhältnisse zwischen Ökologie und Ökonomie, Ökologie und Aufrüstung sowie – unter Bezugnahme auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR – zwischen Ökologie und dem sozialistischen „Ziel der ständig besseren Befriedung der wachsenden menschlichen Bedürfnisse."[328] Im Zuge dessen wurde eine „umfassende Wirtschaftsethik"[329] gefordert. Das bestehende Umweltrecht der DDR sollte Umsetzung erfahren. Eine kritische Auseinandersetzung erfuhren auch die industriemäßige Landwirtschaft und deren negativen Auswirkungen für die Umwelt. Diese könnten nur mit Hilfe „enorme[r] technische[r] Mittel"[330] behoben werden.

1978, Kiew in: aaO, 76.)

[321] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 288f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 446, 448; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 167.

[322] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen bei der Bundessynode im September 1978 in Berlin in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 61.

[323] Vgl. Bestätigungsschreiben der Teilnahme des BEK zur Konsultation „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen", 17. Oktober 1977, EZA 101/629; Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen" Buckow 28./29. Januar 1978, EZA 101/630.

[324] Einladung des BEK zur Konsultation „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen", 1. Juni 1977, EZA 101/629.

[325] Ebd.

[326] Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen" Buckow 28./29. Januar 1978, EZA 101/630.

[327] Vgl. ebd.

[328] Ebd.

[329] Ebd.

[330] Ebd.

Die Bundessynode und die KKL zeigten anhand verschiedener Äußerungen ihr Bewusstsein für die Umweltproblematik. 1977 brachte die Bundessynode ihre Besorgnis über „die Bedrohung der Menschheit durch die Zerstörung und Ausbeutung der Natur“[331] zum Ausdruck. 1977 und 1980 plädierten die Bundessynode und die KKL für Umweltgespräche kirchlicher VertreterInnen mit dem Staat.[332]

Schon 1980 wurde die fehlende Informationsweitergabe von Umweltdaten an die Bevölkerung kritisiert und im Sinne der Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* von 1978 betont, dass nur informierte BürgerInnen auch engagierte BürgerInnen in Sachen Umweltschutz sein könnten.[333]

Unter Verweis auf die christlichen Werte betonte die KKL 1980 die Verantwortlichkeit der ChristInnen für die Umwelt, die sich auf Handeln und Denken auswirken sollte: „[H]ier geht es um die Praxis unseres Schöpfungsglaubens und unserer christlichen Hoffnung für die Zukunft der Schöpfung.“[334] Des Weiteren verwies die KKL auf den Zusammenhang von internationaler Gerechtigkeit, Konsumdenken und Ökologie: „Nicht, wie wir zu unseren Konsumbedürfnissen auch noch das nach einer gesunden und schönen Umwelt befriedigen können, ist die Frage, sondern wie wir in einer Welt begrenzter Rohstoff- und Energiereserven und an die Grenze ihrer Belastbarkeit kommender Öko-Systeme Gerechtigkeit für die Armen schaffen und Ungerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen verhindern.“[335] Die Bundessynode forderte die KKL auf, Arbeitshilfen für die Gemeinden zu erarbeiten, die das eigene Konsumverhalten und seine Auswirkungen auf die Umwelt und (Welt-)Gerechtigkeit kritisch in den Blick nehmen.[336]

Hatte Bischof Krusche als Vertreter des BEK in seinem Vortrag *Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt* in Chantilly 1978 gefordert, die ChristInnen müssten unter anderem über die Zusammenhänge von Rüstung und Umweltverschmutzung in Kenntnis gesetzt werden,[337] so stellte die Bundessynode 1982 explizit eine Verbindung zwischen Rüstungsbestrebungen und Umweltschutz her und begründete ihre Kritik am Wettrüsten damit, dass auch die kriegerische Zerstörung der Welt dem Kulturauftrag Gottes an die Menschen widerspricht.[338] Laut KKL würde in der Friedens- und Abrüs-

[331] Beschluß der Synode zum Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen am 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 25.

[332] Vgl. Auszug aus dem Protokoll der 50. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR am 9./10.9.1977 in Berlin u. Brandenburg, EZA 101/630; Auszug des Protokolls der 66. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 7./9. März 1980 in Bad Sarrow, EZA 101/631; Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 370f; Arbeitsbericht des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik 1979/80 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 72.

[333] Vgl. Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen“ Buckow 28./29. Januar 1978, EZA 101/630; Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 371.

[334] 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70.

[335] Ebd.

[336] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes - Innere Mission und Hilfswerk - vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 373.

[337] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37.

[338] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 94, 96.

tungsdebatte „das Gewicht der ökologischen Fragen übersehen."[339] Bei dem Treffen des BEK mit dem *Nationalrat der Kirchen Christi in den USA* (NCC) und der *Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR* 1982 in Ferch forderte man als Teil von „politischen Sicherheitsstrategien [...] [die] Zusammenarbeit bei ökologischen Problemen."[340]

2.6 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Mit der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* ging 1975 die erste *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) erfolgreich zu Ende. Der damit eingeleitete KSZE-Prozess bot durch alle internationalen Spannungen hindurch einen weitgehend beständigen Raum für Interaktion und Austausch.[341] Die *Schlussakte von Helsinki* setzte neue Maßstäbe für die Zusammenarbeit der europäischen Staaten sowie für das Streben nach Frieden und Menschenrechten. Die Inhalte der Schlussakte dienten – nicht nur im weiteren Verlauf des KSZE-Prozesses – immer wieder als Bezugspunkte.[342] Sie prägten zusätzlich die Diskussion um Frieden und Menschenrechte nachhaltig. Diese wurde auch in der DDR extensiv geführt, und der BEK beteiligte sich rege daran. Die Zusage der Signatarstaaten, die Realisierung der Menschenrechte voranzutreiben, hatte großen Einfluss auf die Staaten des Ostblocks und damit auch auf die DDR. Es bildeten sich Menschenrechtsgruppen und in der DDR kam es zu einem sprunghaften Anstieg an Ausreiseanträgen. Vor allem die zunehmende Zahl an Ausreiseanträgen beschäftigte die DDR bis 1989.

Im Folgenden werden die drei KSZE-Konferenzen von Helsinki, Belgrad und Madrid von 1975 bis 1983 nachgezeichnet. Dadurch kann das Madrider KSZE-Folgetreffen, dass allein in den Zeitabschnitt 1978 bis 1983 fällt, als Teil eines Gesamtprozesses wahrgenommen werden. Zusätzlich werden die Reaktionen des BEK auf die KSZE-Konferenzen selbst, seine Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte und die Auswirkungen des KSZE-Prozesses auf den Ostblock und die DDR dargestellt.

2.6.1 Konferenzen des KSZE-Prozesses

KSZE-Konferenz in Helsinki und die *Schlussakte von Helsinki*

In der am 1. August 1975 von 35 Staaten, darunter auch die DDR, die UdSSR und die BRD, unterzeichneten *Schlussakte von Helsinki* formulierten die teilnehmenden Staaten als Hauptinteresse, „ihre Beziehungen zu verbessern und zu verstärken, in Europa zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit sowie zur Annäherung zwischen ihnen und zu den anderen Staaten der Welt

[339] Anlage: Bericht der KKL in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 98.

[340] Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 17.

[341] Vgl. Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 16; SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 98, 322.

[342] Vgl. hierzu z.B. SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 195.

beizutragen."[343] Daraus resultierend nahmen die Themen Abrüstung und Menschenrechte einen großen Raum ein. Die Zielsetzungen wurden in zehn grundlegenden Prinzipien[344] konkretisiert und können in drei Körbe[345] unterteilt werden. Alle unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, „die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gebührend [zu] berücksichtigen und durch[zu]führen."[346]

Für die Aspekte Frieden und Abrüstung sind die Prinzipien II. *Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt*, III. *Unverletzlichkeit der Grenzen*, IV. *Territoriale Integrität der Staaten* und V. *Friedliche Regelung von Streitfällen* der Schlussakte von besonderer Bedeutung, da sie Konflikte im Vorhinein verhüten bzw. gewaltsamer Lösung von Konflikten vorbeugen sollten.[347]

Im Prinzip VII der Schlussakte wurde die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit"[348] zugesichert und in Korb III die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen"[349] vereinbart. Diese Zusammenarbeit umfasste auch das Ziel, „freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern"[350]. Dies hatte großen Einfluss auf die Ausreisebewegung in der DDR.

Einschätzung der *Schlussakte von Helsinki* durch den BEK

Der BEK betonte die Bedeutung der *Schlussakte von Helsinki* für Europa und die gesamte Welt. Man beschrieb sie als „ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung, das das Mitdenken, die Mitverantwortung und die Mithoffnung der Kirchen in besonderer Weise angeregt hat."[351] Unter Aneignung der Erklärung der *Konferenz Europäischer Kirchen* (KEK) von Iasi sah der BEK das Besondere der *Schlussakte von Helsinki* im Vorhandensein „sicherheitspolitische[r] und humanitäre[r] Sachanliegen in Zusammenhang

[343] Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses 1973-1989, 16.

[344] Die zehn Prinzipien waren: 1. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; 2. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; 3. Unverletzlichkeit der Grenzen; 4. Territoriale Integrität der Staaten; 5. Friedliche Regelung von Streitfällen; 6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; 7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit; 8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; 9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten; 10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.(Vgl. aaO, 17ff.)

[345] Korb 1: Fragen der Sicherheit in Europa; Korb 2: Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt; Korb 3: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen. Die zehn Prinzipien waren Teil des ersten Korbs.(Vgl. aaO, 16ff.).

[346] AaO, 21; vgl. auch aaO, 55f.

[347] Vgl. aaO, 18f, 22f.

[348] AaO, 19.

[349] AaO, 41.

[350] AaO, 42.

[351] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21; vgl. auch Stellungnahme der Bundessynode in Eisenach zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 30. September 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 141; Gedanken zum Thema „Abrüstung". Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherr bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: aaO, 149f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 198f.

und Ausgewogenheit“[352]. Schönherr betonte 1976, die Schlussakte machte deutlich, dass nur „ein Klima gegenseitigen Vertrauens“[353] die gesteckten Ziele von „Frieden und Sicherheit und Zusammenarbeit“[354] erreichen ließe. Er sah wahre Abrüstung nur durch „reale Truppen- und Waffenminderung“[355] gegeben. Der BEK schloss sich auch der Weltkirchenkonferenz des *Ökumenischen Rates der Kirchen* (ÖRK) in Nairobi an und bezeichnete die *Schlussakte von Helsinki* als ein „'Zeichen der Hoffnung'“[356]. Er sah es als seine Aufgabe an, durch „Arbeit in den Gemeinden, Erklärungen in der Öffentlichkeit [und] Gespräche mit Vertretern des Staates und der Gesellschaft“[357] zur Realisierung der Schlussakte in ihrer Gesamtheit beizutragen. Dies umfasste die Unterstützung „der Bewußtseinsbildung [und] der Einleitung und Durchführung eines Lernprozesses“[358] unter Bereitstellung von Informationen.

[352]Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 188; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 17. Mai 1977 in: aaO, 186.

[353]Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: aaO, 150.

[354]AaO, 149.

[355]AaO, 151.

[356]AaO, 150; Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 153; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 199; Gemeinsame Erklärung von Vertretern des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Belgrad über die Auswirkungen der Helsinki-Schlußakte auf die Signatarstaaten von 8. Dezember 1977 in: aaO, 231; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph, betr. 5. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vom 4. August 1980 in: aaO, 352.

[357]Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 155; vgl. auch Stellungnahme der Bundessynode in Eisenach zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 30. September 1975 in: aaO, 141; Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 153f; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zur Anfrage des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Abkommen von Helsinki vom 19. Juli 1976 in: aaO, 160; Erklärung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR anläßlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki vom 4. August 1976 in: aaO, 165; Anlage 2: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 198f; Brief des Leiters des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Herrn Dr. Leopoldo Niilus, Genf vom 11. Juli 1977 in: aaO, 216; Gemeinsame Erklärung von Vertretern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Belgrad über die Auswirkungen der Helsinki-Schlußakte in den Signatarstaaten in: aaO, 231f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21; Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: aaO, 37.

[358]Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof Dr. D. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 152.

Erstes KSZE-Folgetreffen in Belgrad

Die erste KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. Oktober 1977 bis zum 9. März 1978 in Belgrad statt.[359] Im abschließenden Dokument des Treffens „unterstrichen [die Teilnehmerstaaten] die Bedeutung, welche sie der Entspannung beimessen“[360]. Des Weiteren verpflichteten sie sich erneut, „alle die Bestimmungen der Schlußakte unilateral, bilateral und multilateral umfassend durchzuführen.“[361] Es wurden keine neuen Ergebnisse erzielt, da die internationale Lage sehr angespannt war. Dennoch wurden weitere Treffen und Zusammenkünfte, unter anderem das Madrider Folgetreffen, geplant, um den Dialog zwischen den Staaten aufrechtzuerhalten und die Zusammenarbeit zu vertiefen.[362]

Einschätzung des Belgrader KSZE-Folgetreffens durch den BEK

Im Vorfeld des Belgrader Folgetreffens wurde vom Vorsitzenden der KKL die Hoffnung geäußert, „daß Belgrad nicht hinter Helsinki zurückfallen“[363] möge, sondern die Verwirklichung der Ziele der *Schlussakte von Helsinki* vorantriebe. Der BEK und die KEK wollten das Belgrader Folgetreffen nicht von gegenseitigen Vorhaltungen von Mängeln in der Umsetzung der *Schlussakte von Helsinki* geprägt sehen. In Belgrad sollte es vielmehr darum gehen, „Methoden der Kontinuität [zu] entwickeln, die möglicherweise institutionelle Formen einer ständigen Reflexion und Diskussion der Probleme Europas annehmen.“[364] Damit sahen der BEK und die KEK die Probleme, die das Belgrader Folgetreffen ausmachten, voraus. Von Seiten des Westens wurde den Ostblockstaaten im Besonderen die fehlende Realisierung der Menschenrechte vorgeworfen. Die Sowjetunion wollte den Fokus lieber auf der Abrüstung sehen und wehrte sich unter Bezugnahme auf das Prinzip VI der *Schlussakte von Helsinki* gegen die Einmischung in innere Angelegenheiten.[365] Die KEK und die KKL hatten schon 1975 und 1977 das Spannungsverhältnis der verschiedenen Prinzipien der *Schlussakte von Helsinki* hervorgehoben: „Offenbar bedarf das Prinzip der Nichteinmischung einer Klärung“[366]. Kirchen und Gemeinden wurden von der Bundessynode wie von der

[359] Vgl. Abschließendes Dokument des Belgrader Treffens, 8. März 1978 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 60.

[360] AaO, 61.

[361] Ebd.

[362] Vgl. ebd; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 45ff; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 17.

[363] Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27.

[364] Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 189; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 26; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 200; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: aaO, 25.

[365] Vgl. BLEHOVA: Der Fall des Kommunismus, 63ff; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 46f; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 64.

[366] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 200; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21; vgl. auch Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 188f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 199.

KEK dazu aufgefordert, das Belgrader Folgetreffen in ihre Fürbitten mit einzubeziehen.[367]

Zweites KSZE-Folgetreffen in Madrid

Am 11. November 1980 begann das Madrider KSZE-Folgetreffen. Die schwierigen internationalen Beziehungen wirkten sich von Anfang an negativ auf die Verhandlungen aus. So waren die Verhandlungen sehr kompliziert, gerieten immer wieder ins Stocken, ruhten zeitweise sogar ganz.[368] Trotz SDI und drohender Stationierung der NATO-Raketen in Europa entwickelten sich die Verhandlungen 1983 positiv. Mit der Unterzeichnung des Schlussdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens am 9. September 1983 kam das fast dreijährige Folgetreffen doch noch zu einem erfolgreichen Abschluss.[369]

Im Abschlussdokument wurde zunächst die fehlende Umsetzung der Inhalte der *Schlussakte von Helsinki* bemängelt. Es war von „ernsthaften Verletzungen einer Reihe von Prinzipien“[370] die Rede. Jedoch wurde nicht konkretisiert, welche Prinzipien von welchen Staaten missachtet wurden. Erneut wurde die Bedeutung der Prinzipien der *Schlussakte von Helsinki* betont und zu deren Achtung und Umsetzung aufgefordert.[371] Die Teilnehmerstaaten sprachen sich klar für eine geplante „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“[372] sowie für die Vertiefung ihrer Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und humanitären Bereich aus. Zur intensiven Auseinandersetzung um die Realisierung der Menschenrechte wurde ein Expertentreffen in Ottawa für Mai 1985 vereinbart. Ein weiteres Expertentreffen am 15. April 1986 in Bern sollte sich konkret mit den menschlichen Kontakten befassten. Das nächste KSZE-Folgetreffen wurde auf den 4. November 1986 festgesetzt.[373]

Im humanitären Bereich fokussierte man sich auf erleichterte Kontakte zu Menschen aus anderen Teilnehmerstaaten und auf den Zugang zu internationalen Informationen.[374] Der festgelegte Umgang mit Reisegesuchen widersprach der Verfahrensweise der DDR grundlegend.[375] Denn Gesuche zur Familienzusammenführung sollten „wohlwollend behandel[t]“[376], über dringliche Besuchsgesuche schnell eine Entscheidung gefällt und die AntragstellerInnen über die Entscheidung zeitnah informiert werden. Zusätzlich sollten Besuchsgesuche oder Ausreiseanträge zwecks Familienzusammenführung oder Heirat „zu

[367] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 17. Mai 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 186f; Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: aaO, 189; Beschluß der Synode zum Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen vom 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 24f; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: aaO, 26.

[368] Vgl. Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert in: Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 47ff; Beschlüsse über die Organisation des Madrider Treffens 1980 von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 84.

[369] Vgl. Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 85.

[370] AaO, 86.

[371] Vgl. aaO, 86f.

[372] AaO, 89.

[373] Vgl. aaO, 87f, 99, 101.

[374] Vgl. aaO, 90ff.

[375] Vgl. SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 31.

[376] Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 96.

keiner Veränderung der Rechte und Pflichten der Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Zugang zu Leistungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaates ergebenden Rechte und Pflichten führen“[377]. Die AntragstellerInnen sollten sich darüber informieren können, wie und mit welchen Formularen ein solcher Antrag zu stellen ist. Im Falle einer Ablehnung des Antrages sollte es den AntragstellerInnen gestattet werden, diesen erneut einzureichen.[378] Damit stieg hinsichtlich der Ausreiseanträge der Druck auf die DDR.[379]

Des Weiteren wurde festgehalten, den Informationsaustausch im politischen, kulturellen und pädagogischen Bereich zu verbessern und ausländische Literatur besser zugänglich zu machen.[380] Vor dem Hintergrund der Ereignisse um die Gewerkschaft Solidarnosc in der VR Polen und deren Verbot im Jahr 1982 ist bedeutsam, dass die Teilnehmerstaaten in Madrid sich dazu verpflichten, „das Recht der Gewerkschaften auf freie Ausübung ihrer Tätigkeiten und sonstiger Rechte [zu] gewährleisten“[381].

Einschätzung des Madrider KSZE-Folgetreffens durch den BEK

Die KKL sah im Vorfeld des Folgetreffens die Aufgabe der Kirchen darin, ihren möglichen Beitrag zu leisten, damit „die 2. Folgekonferenz der KSZE 1980 in Madrid konstruktiv vorbereitet und in einer Atmosphäre der Offenheit und Nüchternheit durchgeführt wird“[382]. Im Mai 1980 wandte sich Bischof Albrecht Schönherr als Vorsitzender der KKL schriftlich an den Ministerpräsidenten Willi Stoph, betonte die Bedeutung des KSZE-Folgetreffens für das Wohlergehen der Weltbevölkerung und beschrieb es als „Möglichkeit [...], die ins Stocken geratenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang zu setzen.“[383] Schönherr übermittelte im Namen der KKL vor dem Folgetreffen „den Beschluß der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (’Alle Anstrengungen für den Frieden’) sowie die Empfehlungen der Vierten Nach-Helsinki-Konsultation der KEK dem Ministerpräsidenten der DDR“[384]. Unter Bezugnahme auf die Erklärung der ÖRK-Kommission *„Alle Anstrengungen für den Frieden“* vom Februar 1980 forderte die KKL die DDR-Regierung zur guten Vorbereitung und ergebnisorientierten Beteiligung auf.[385] Damit

[377] Ebd.

[378] Vgl. ebd.

[379] Vgl. MAJOR: Behind the Berlin Wall, 215.

[380] Vgl. Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 97ff.

[381] AaO, 88.

[382] Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation, im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Mitgliedskirchen aus sozialistischen Ländern Europas vom 28.-31. Januar 1980 von der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vorgelegt vom 22. Januar 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 332; vgl. auch KEK. IV. Nach-Helsinki Konsultation tagt in El Escorial, Spanien, 3. Juni 1980, Schlusskommuniqué, EZA 101/688.

[383] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph betr. Vorbereitung des 2. KSZE-Folgetreffens in Madrid vom 12. Mai 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 336.

[384] Arbeitsbericht des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik 1979/80 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 72; vgl. auch Schreiben des Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph betr. Vorbereitung des 2. KSZE-Folgetreffens in Madrid vom 12. Mai 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 336f.

[385] Vgl. Anlage: „Alle Anstrengungen für den Frieden“. Erklärung der ÖRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (KKIA) auf ihrer XXXIV. Tagung in Lanarca (Zypern), 25-29. Februar 1980 in: FALKENAU (Hg.):

kam der BEK der Aufforderung der IV. Nach-Helsinki-Konsultation der KEK nach, vor dem Madrider KSZE-Folgetreffen mit der eigenen Regierung das Gespräch zu suchen. Dabei sollten unter anderem verschiedene konkrete Abrüstungsschritte erörtert, zu einer vollumfänglichen Erfüllung der *Schlussakte von Helsinki* aufgefordert und die Regierung zur Signalisierung ihrer Verhandlungsbereitschaft auch mittels konkreter Vorschläge ermuntert werden. Auch die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen sollten in diese Vorschlagsfindung eingebunden werden.[386]

Während des Madrider KSZE-Folgetreffens beschrieb die Bundessynode unter Einbeziehung der *Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen* die laufenden Verhandlungen als schwierig und als „Rückschlag für die Entspannung und ein weiteres Hindernis für die Abrüstung."[387] Laut der *Ad-hoc-Gruppe Abrüstung* des BEK standen die Verhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses 1983 „unter den Auswirkungen der USA-Außenpolitik und im Schatten der polnischen Situation"[388] und waren deshalb gefährdet.

Das Abschlussdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens wurde von der KKL positiv bewertet, da es in diesen schwierigen Zeiten „die Schlußakte von Helsinki [...] in allen ihren Teilen kontinuierlich weiterentwickelt"[389] hätte. Die KKL wollte den KSZE-Prozess als Plattform des zwischenstaatlichen Dialogs erhalten wissen. In den beschlossenen zukünftigen Treffen im Rahmen des KSZE-Prozesses sah sie eine „konstruktive[...] Fortsetzung dieses Prozesses. In ihm gewinnt der unlösbare Zusammenhang von Vertrauensbildung, Verwirklichung der Menschenrechte und Friedenssicherung [...] konkret Gestalt."[390] Im Einklang mit dem *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* verpflichtete sich der BEK, auch „weiterhin für Abrüstung, Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki zu wirken."[391] Man wollte die Regierung der DDR zur vollumfänglichen Umsetzung des Abschlussdokuments von Madrid anspornen.[392] Die Bewertung des Madrider KSZE-Folgetreffens und seines

Kundgebungen Band 1, 338.

[386] Vgl. KEK. IV. Nach-Helsinki Konsultation tagt in El Escorial, Spanien, 3. Juni 1980, Schlusskommuniqué, EZA 101/688; Anlage 1: Aus dem Bericht der IV. Nach-Helsinki-Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen vom 29. Mai bis 3. Juni 1980, El Escorial, Spanien in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 354.

[387] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37.

[388] Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

[389] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980-1983 der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 16. November 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 154; vgl. auch An die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 14. Oktober 1983, Entwurf. Stellungnahme zu dem Abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980 der Teilnehmerstaates der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, EZA 101/3064.

[390] An die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 14. Oktober 1983, Entwurf. Stellungnahme zu dem Abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980 der Teilnehmerstaates der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, EZA 101/3064; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980-1983 der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 16. November 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 155; vgl. auch aaO, 154.

[391] An die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 14. Oktober 1983, Entwurf. Stellungnahme zu dem Abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980 der Teilnehmerstaates der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, EZA 101/3064; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980-1983 der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 16. November 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 155; vgl. auch Statement concerning Madrid, Bucharest, 7th October 1982, EZA 101/1220.

[392] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der

Abschlussdokuments durch den BEK stimmte in vielen Punkte mit der Einschätzung der KEK, des *Kanadischen Rates der Kirchen* und des NCC im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki* überein.[393]

2.6.2 Auswirkungen der zugesicherten Menschenrechte auf die Ostblockstaaten

Im Besonderen die Zusicherung von Menschenrechten und Reiseerleichterungen in der *Schlussakte von Helsinki* führte in den Gesellschaften osteuropäischer Staaten zu starken Veränderungen.[394]

In verschiedenen Staaten des Warschauer Vertrages, wie z.B. in der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR), aber auch in der DDR wurden Helsinki- bzw. Menschenrechtsgruppen gegründet, die die Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern offen anprangerten. Die staatlichen Organe gingen repressiv gegen die Gruppen vor und bewirkten deren Auflösung.[395]

In der DDR kam es durch die *Schlussakte von Helsinki* unter Bezugnahme auf den Korb III zu vermehrten Ausreiseanträgen. Korb III sicherte nicht direkt das Recht auf Ausreise und Entlassung aus der Staatsangehörigkeit zu, wurde aber in diesem Sinne interpretiert.[396] Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses wirkte sich verstärkend auf die Entwicklung der Ausreisebewegung aus.[397] Neben der *Schlussakte von Helsinki* wurde seitens der AntragstellerInnen zusätzlich mit dem *Grundlagenvertrag* zwischen der DDR und der BRD sowie der *Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte* argumentiert.[398]

Zunächst versuchte die DDR 1975 bis 1977 den innenpolitischen Druck auf das eigene Regime zu regulieren, indem sie – wie auch in späteren Jahren – eine große Anzahl an AntragstellerInnen ausreisen

DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 144.

[393]Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung"", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA, Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220; Zweite Sitzung des Arbeitskomitees in Delemont 1980 zitiert nach: Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung"," Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220; Statement concerning Madrid, Bucharest, 7th October 1982, EZA 101/1220; Stellungnahme zu den Madrider Nachfolgeverhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/KSZE (Helsinki Schlussakte), 18. Oktober 1982, EZA 101/1220; The Churches´ Human Rights Programme, Communiqué, Tutzing, 2. Dezember 1983, EZA 101/4829; The Churches´ Human Rights Programme, Erklärung zum Abschluss des Madrider Folgetreffens über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Tutzing/Bundesrepublik Deutschland, am 2. Dezember 1983, EZA 101/4829.

[394]Vgl. HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 38, 42f; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 203.

[395]Vgl. HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 43; JANDER: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung, 292; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 304; Charta 77 – Declaration, 1 January 1977 in: SKILLING: Charta 77 and Human Rights in Czechoslovakia, 209ff; TEMITSCHEWA: Moskauer Helsinki-Gruppe, 127ff; Querfurter Papier. Ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR. Frieden und Gerechtigkeit heute, 1977 in: THEIL: Das geteilte Deutschland, 84; VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 395, 404; WAWRA: Beendigung der feindlichen Aktivität, 267ff.

[396]Vgl. EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 7; GAUCK: Winter im Sommer, 91; GROßE: Einspruch, 568; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 146f; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 43; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 64; KOWALCZUK: Endspiel, 85; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 202; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 65; Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 42ff; RASCHKA: Zwischen Überwachung und Repression, 37; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 24, 28; STACH: Vermächtnispolitik, 334; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 13; TAYLOR: Die Mauer, 456; VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 396.

[397]Vgl. EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 7f; GAUCK: Winter im Sommer, 91.

[398]Vgl. HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 147.

ließ. Die Zahl der Ausreiseanträge konnte dadurch aber nur kurzfristig gesenkt werden.[399] Zusätzlich kam es zu repressivem Vorgehen gegen die AntragstellerInnen.[400] Des Weiteren wurde die Einreichung eines Ausreiseantrages in der DDR gesellschaftlich gebrandmarkt und als „'unmoralisch'"[401], „'rechtswidrig[...]'"[402] und „staatsfeindlich"[403] abgestempelt. Die AntragstellerInnen wurden aufgefordert, ihren Antrag zurückzunehmen.[404] Das Regime erschwerte den AntragstellerInnen auch die Auseinandersetzung mit den zuständigen Behörden.[405] Langfristig zeigten diese Maßnahmen kaum Wirkung. Die Zahl an Ausreiseanträgen nahm dennoch bis 1989 stetig zu.[406] Das Regime fokussierte sich deshalb besonders „auf die 'hartnäckigen' Antragsteller"[407]. Der Staat ging mittels Zersetzung, Verhaftungen und Zwangsausweisungen vehement gegen sie vor.[408] Das Mittel der Zwangsausweisung wurde auch gegen bekanntere Systemkritiker wie z.B. den Sänger Wolf Biermann, den Schriftsteller Rudolf Bahro etc., angewandt.[409]

2.6.3 Auseinandersetzung des BEK mit der Menschenrechtsthematik und der Realisierung der Menschenrechte in der DDR

Schon vor Verabschiedung der *Schlussakte von Helsinki* hatte sich der BEK im Kontext des ÖRK und auch eigenständig mit dem Thema Menschenrechte befasst.[410] Nach 1975 nahm die Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte, Menschenrechtsverletzungen sowie dem Einsatz für deren Realisierung sowohl beim BEK als auch im internationalen ökumenischen Rahmen zu.

Während der ÖRK seine Erörterung der Menschenrechte fortsetzte, arbeiteten die KEK, der *Kana-*

[399] Vgl. HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 150f, 152, 156, 240, 352, 370; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 44; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 13.

[400] Vgl. BORBE: Die Zahl der Opfer, 36; EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 7; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 155ff; RASCHKA: Zwischen Überwachung und Repression, 39; SCHROEDER: Der SED-Staat, 817.

[401] HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 155.

[402] EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 7. „Bürger, die unter der Berufung auf die Schlußakte der KSZE sowie Dokumente von Nachfolgekonferenzen und andere völkerrechtliche Dokumente hinweisen, sind über ihre Rechtsverletzung aufzuklären." (Ordnung Nr. 0118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 389).

[403] VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 396; vgl. auch SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 31.

[404] Vgl. HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 156; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 31.

[405] Vgl. RASCHKA: Zwischen Überwachung und Repression, 39.

[406] Vgl. EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 8; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 247f; MAYER: Flucht und Ausreise, 70, 462; WERKENTIN: Recht und Justiz, 100.

[407] HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 246f; vgl. auch aaO, 169; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 28; STACH: Vermächtnispolitik, 343; TAYLOR: Die Mauer, 453.

[408] Vgl. FRICKE: Der Wahrheit verpflichtet, 407; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 151f; 171f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 211; STACH: Vermächtnispolitik, 343; VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 397.

[409] Vgl. BORBE: Die Zahl der Opfer, 42; GRÜNBAUM: Wolf Biermann 1976, 5; HOFFMANN: Havemann, 320; JANDER: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung, 282f; KIRCHENWITZ: Biermann, 79; KORN: Von der Lust am Eigensinn, 173, 181; LAITKO: Bahro, 37; HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 188; ROST: Was macht eigentlich Rudolf Bahro, 18; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 29; STACH: Vermächtnispolitik, 339, 364; VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 397f; WIELGOHS: Fuchs, 232; WOLLE: Lanzelot und der Drache, 213f.

[410] Vgl. hierzu BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 171ff, 174ff; Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte. Ausarbeitung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Thema Menschenrechte. Vorbereitungsmaterial für eine ÖRK-Konsultation zu Menschenrechtsfragen vom 21.-26. Oktober in St. Pölten (Juni 1974) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 253f; Die Welt wartet auf die Verwirklichung der Menschenrechte. Arbeitsgruppenberichte der CCIA – Konsultation, St. Pölten 1974 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 384ff; Sektion V der fünften Vollversammlung, Nairobi 1975 in: aaO, 389ff.

dische Rat der Kirchen und der *Nationalrat der Kirchen Christi in den USA* (NCC) ab 1979 gemeinsam an einem *Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki.* Damit beabsichtigten sie die „Förderung des Engagements der Kirche auf dem Gebiet der Menschenrechte; Klärung von theoretischen Fragen der Menschenrechte; Schaffung der notwendigen Grundlagen für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte zwischen den Kirchen und den überregionalen Kirchenorganisationen im Helsinkigebiet, sowie Lösung einer Anzahl von Fällen von Menschenrechtsverletzungen“[411]. Die *Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des ÖRK* (CCIA) sah ihre Aufgabe und die des ÖRK nicht im direkten Eingreifen, sondern in der Weitergabe von Informationen an die Kirchen zu weltweiten Menschenrechtsverletzungen sowie in der Ermutigung der Kirchen zum Einsatz für Menschenrechte und zur Unterstützung von MenschenrechtsaktivistInnen.[412]

Die *Ad-hoc-Gruppe Menschenrechte* des BEK veröffentlichte 1977 eine Information zum Thema Menschenrechte für die Gemeinden.[413] Im Folgejahr sprach Schönherr beim Spitzengespräch mit Honecker am 6. März 1978 explizit die Notwendigkeit der Realisierung der Menschenrechte an, was jedoch in der Pressemitteilung des Staatsrates der DDR keine Erwähnung fand.[414] Ebenfalls 1978 erstellte das Sekretariat des BEK „[e]ine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik“[415]. 1980 brachten Oberkirchenrätin Christa Lewek, Manfred Stolpe, Leiter des Sekretariats des BEK, und Joachim Garstecki, Studienreferent für Friedensfragen beim BEK, im Auftrag des Sekretariats des BEK eine Sammlung verschiedener Vorträge zum Thema *Menschenrechte in christlicher Verantwortung* aus den Jahren 1973 bis 1977 heraus.[416]

Die Äußerungen des BEK zum Thema Menschenrechte zeichneten sich durch viele Übereinstimmungen mit denen des ÖRK und der Konsultationen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* aus. So bestand Konsens darüber, dass die Kirchen und die ChristInnen sich für die Realisierung der Menschenrechte einsetzen sollten.[417] Trotz des nicht christlichen Ursprungs der Menschenrechte sahen die KEK und die

[411] The Churches' Human Rights Programme, Communiqué, Tutzing, 2. Dezember 1983, EZA 101/4829; vgl. auch Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA, Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220.

[412] CCIA Menschenrechtsprogramm. Jamaica 1979. Dem ÖRK Zentralausschuß Kingston/Jamaica Januar 1979 vorgelegt durch die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten: Richtlinien zur Behandlung von Beschwerden, Anfragen oder Appellen über Probleme oder schwerwiegende Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die dem ÖRK zur Kenntnis gebracht werden, EZA 101/686.

[413] Vgl. Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 258ff.

[414] Vgl. Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27; Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 26.

[415] Die Menschenrechte in der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Stand 1. Mai 1978. Erarbeitet im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, EZA 101/686.

[416] Vgl. LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung.

[417] Vgl. Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 261ff; CCIA Menschenrechtsprogramm. Jamaica 1979. Dem ÖRK Zentralausschuß Kingston/Jamaica Januar 1979 vorgelegt durch die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten: Richtlinien zur Behandlung von Beschwerden, Anfragen oder Appellen über Probleme oder schwerwiegende Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die dem ÖRK zur Kenntnis gebracht werden, EZA 101/686; Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat

KKL des BEK den Einsatz der ChristInnen für Menschenrechte, wie den Einsatz für Frieden, im Glauben an das anbrechende Reich Gottes auf Erden und im Evangelium begründet.[418] Wegen der im Evangelium propagierten „Gleichwertigkeit aller Menschen“[419], der BEK und seine Vertreter verdichteten dies auf das Wort „Annahme“[420], wollte man „die Menschenrechte [im Besonderen] als Rechte des anderen“[421] verstanden wissen. Die nordeuropäische Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* argumentierte ähnlich.[422] Sowohl in der Information des BEK an die Gemeinden zum Thema Menschenrechte als auch in der nordeuropäischen Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* 1981 forderte man, dass der Einsatz der ChristInnen für die Menschenrechte auch den Einsatz für die Weltgerechtigkeit einschließen sollte.[423] Die Konsultationen zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* zeigten 1981 und 1982 die staatliche Verantwortung auf, indem sie auf die Abhängigkeit der Menschenrechtssituation in Entwicklungsländern von den durch die Industriestaaten gepflegten Wirtschaftsbeziehungen verwiesen.[424]

In der Erörterung der Gesamtheit der Menschenrechte wurden diese als universal, unteilbar und ebenbürtig bezeichnet.[425] Im Einklang mit dem ÖRK und der nordeuropäischen Konsultation zum *Menschen-*

der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA. Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220; Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung““ Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220; The Churches' Human Rights Programme, Communiqué, Tutzing, 2. Dezember 1983, EZA 101/4829; Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 4; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 33f; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 52.

[418] Vgl. Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 259, 261f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: aaO, 26.

[419] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 261; vgl. auch aaO, 259, 262.

[420] „In der Annahme durch Jesus Christus wird der Mensch zu wahrer Menschlichkeit befreit und damit befähigt, die Welt in ihrer radikalen Weltlichkeit zu belassen.“ (Gemeinsame Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des BEK in der DDR: Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 49; vgl. auch Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 262; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 36; Günter Krusche: Menschenrechte in theologischer Perspektive in: aaO, 64; Joachim Garstecki: Theologische Gesichtspunkte zu den Menschenrechten in: aaO, 77.)

[421] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 263; vgl. auch aaO, 266; Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: aaO, 4; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 22; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 52; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22.

[422] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687.

[423] Vgl. ebd; Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 266.

[424] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Abschliessendes Kolloquium über „Christentum, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Bukarest/Rumänien, 3. - 7. Oktober 1982, EZA 101/1220; Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220.

[425] Vgl. Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 51, 54.

rechtsprogramm der Kirchen sprach man von einer „'Interdependenz der Menschenrechte'"[426]. Deshalb lehnten die Vertreter des BEK und die KKL sowie die nordeuropäische Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* eine „einseitige Betonung"[427] der individuellen oder der sozialen Rechte ab. Sie plädierten gemeinsam mit dem ÖRK für die Verständigung auf Basisrechte, z.B. das Recht auf Leben, Frieden, Teilhabe, Meinungs- und Religionsfreiheit, die in ihrer Umsetzung priorisiert werden sollten.[428] Stolpe verwies auf die Gefährdung der Menschenrechte durch Krieg, Hunger, Umweltverschmutzungen, Unrecht und Willkür.[429] Die Realisierung der Menschenrechte wurde von Schönherr deshalb auch als „Überlebensfrage der Menschheit"[430] angesehen. Der BEK beschrieb – im Sinne des ÖRK und des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* – eine gegenseitige Abhängigkeit von Frieden und Menschenrechten und rückte den Einsatz für Menschenrechte damit in die Nähe des Friedenseinsatzes.[431]

Die Problematik in der Menschenrechtsdiskussion sahen die Vertreter des BEK einerseits in der fehlenden Rechtsgültigkeit der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948, die durch die im Anschluss verabschiedeten Konventionen und die Dokumente des KSZE-Prozesses nur bedingt gesteigert wurde. In diesem Zusammenhang verwies man auf die Spannung zwischen der Verpflichtung der Staaten zur Achtung der Menschenrechte, der unterschiedlichen Realisierung der Menschenrechte in den einzelnen Staaten

[426] Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 29; vgl. auch Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Erklärung zu den Menschenrechten. Sechste Vollversammlung, Vancouver 1983 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 396.

[427] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; vgl. auch Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 21f; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 31.

[428] Vgl. Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA. Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 30; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 55f. 1983 erweiterte der ÖRK diese um das „Recht auf Umweltschutz, Recht auf Entwicklung und das Recht für die eigenen Rechte zu kämpfen" (Erklärung zu den Menschenrechten. Sechste Vollversammlung, Vancouver 1983 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 396.).

[429] Vgl. Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 52, 55.

[430] Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: aaO, 3f.

[431] „Es kann keinen wirklichen Frieden geben, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden; es kann aber auch keinen wirklichen Frieden geben, wo sich Einzel- und Gruppenegoismus gegen das Ganze durchsetzen möchten."(Gedanken zum Thema „Abrüstung". Gesprächsbeitrag D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 149f.). Vgl. auch Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Nordeuropäische Konsultation verlangt Menschenrechte und Frieden, Croydon, den 8. Oktober 1981, EZA 101/1220; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zur Anfrage des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Abkommen von Helsinki vom 19. Juli 1976 in: FALKENAU (Hg.) Kundgebungen Band 1, 160; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 201; Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 89; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; Erklärung zu den Menschenrechten. Sechste Vollversammlung, Vancouver 1983 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 396.

und dem fehlenden internationalen Kontrollorgan. Somit könnten nur Menschenrechte eingefordert werden, die schon Teil der staatlichen Rechtsordnung sind. Dennoch betrachtete man die Menschenrechte nicht als eine rein innerstaatliche Angelegenheit. Vor allem bei extensiven Menschenrechtsverletzungen müsste die internationale Gemeinschaft einschreiten.[432]

Andererseits erschwerten die variierenden Menschenrechtsverständnisse die internationale Menschenrechtsdebatte sowie die Realisierung der Menschenrechte und führten zu einem Konflikt zwischen Ost und West.[433] Die KKL sprach 1977, wie das Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung" im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* in Bukarest 1982, von einem Missbrauch der Menschenrechte in den Auseinandersetzungen zwischen Imperialismus und Sozialismus, wodurch das Streben nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen gefährdet würde.[434]

Neben allen Gemeinsamkeiten der Äußerungen des BEK mit denen der internationalen ökumenischen Gmeinschaft war die konkrete Bewertung der menschenrechtlichen Situation in der DDR durch den BEK sehr ambivalent. Einerseits war sie von der Wahrnehmung der Defizite und andererseits von Zurückhaltung und Verständnis geprägt; teilweise stand sie im Widerspruch zu den allgemeinen Aussagen des BEK zum Thema Menschenrechte.

1976 erklärte das Sekretariat des BEK gegenüber der CCIA des ÖRK, dass von den Gemeinden in der DDR „am häufigsten Defizite namhaft gemacht [werden], die das Prinzip VII der Schlußakte bzw. den Korb 3 betreffen und bei denen es sich um individuelle Freiheiten handelt: Freizügigkeit – Informationsfreiheit – Glaubens- und Gewissensfreiheit."[435] Die KKL machte es sich – auch resultierend aus der Erklärung der KEK von Iasi – zur Aufgabe, menschenrechtliche Defizite gegenüber den staatlichen VertreterInnen anzusprechen.[436] Dabei wollte sich der BEK besonders für die Realisierung der individuellen Rechte einsetzen. Die Defizite in diesem Bereich wären der Tatsache geschuldet, dass im sozialistischen System die Menschenrechte sozialer Art höher gewichtet würden als die individueller Art.[437] Mit der Ansprache

[432]Vgl. Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 13f, 18, 20; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 27, 37, 42 (Seiten 37 und 42 bei korrekter Seitenzählung 40f.); Hans Schäfer u. a.: Der geschichtliche Hintergrund der Menschenrechte in: aaO, 43; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 57.

[433]Vgl. Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 260; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 25; Hans Schäfer u. a.: Der geschichtliche Hintergrund der Menschenrechte in: aaO, 38 (bei korrekter Seitenzählung 42.); Günter Krusche: Menschenrechte in theologischer Perspektive in: aaO, 66; Joachim Garstecki: Theologische Gesichtspunkte zu den Menschenrechten in: aaO, 72.

[434]Vgl. Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung" Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22.

[435]Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 154.

[436]Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22; Anlage: An die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen in: aaO, 25.

[437]Vgl. Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: FALKENAU (Hg.):

des Staates kam der BEK einer Forderung nach, die auch im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* und von der KEK an die Kirchen gestellt worden war.[438] Die SED kritisierte die „Überbewertung und einseitige Hervorhebung der Probleme der Zusammenarbeit im humanitären Bereich (Korb 3)“[439] durch den BEK.

Neben den Defiziten in der Umsetzung der Zusagen der *Schlussakte von Helsinki* hob Bischof Albrecht Schönherr auch die positiven Entwicklungen in der DDR seit Helsinki hervor. So sah er im 1976 verabschiedeten Parteiprogramm der SED einen Niederschlag der Menschenrechte in Ansätzen gegeben, indem „der sozialistische Staat die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung garantiert“[440]. Des Weiteren verwiesen er und die KKL wohlwollend auf die seit der Unterzeichnung vermehrte Bewilligung von Ausreiseanträgen, im Besonderen zur Familienzusammenführung.[441] Auch wenn es 1977 zu einem Rückgang von Genehmigungen gekommen war, hoffte die KKL, dass es „bald wieder [zu] einer großzügigeren Handhabung im Sinne der Helsinki-Schlußakte“[442] käme. Von Seiten der SED wurde diese Forderung als Einmischung in staatliche Belange erachtet.[443] Dennoch bat der BEK bis 1983 immer wieder um Reiseerleichterungen.[444]

Kundgebungen Band 1, 155; Was bewegt uns in der ökumenischen Bewegung? Vortrag von D. Albrecht Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1974, 4.

[438] Vgl. Ökumenische Kommission zur Behandlung von Menschenrechtsverletzungen. KSZE Menschenrechtsprogramm Cartigny 1979, EZA 101/686; Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; KEK. IV. Nach-Helsinki Konsultation tagt in El Escorial, Spanien, 3. Juni 1980, Schlusskommuniqué, EZA 101/688; Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA. Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220; Kolloquium „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“ Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220.

[439] Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 270.

[440] Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zur Anfrage des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Abkommen von Helsinki vom 19. Juli 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 159; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 194f; Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1977) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 76. Dieser Satz wurde erst auf Bitten von KirchenvertreterInnen in dieser Form eingebunden; im Entwurf des Programms war er so nicht enthalten. (Vgl. Fricke: Einleitender Kommentar – Programm und Statut der SED in: aaO, 28.)

[441] Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zur Anfrage des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Abkommen von Helsinki vom 19. Juli 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 159; Botschaft der Gemeinsamen Tagung des Präsidiums und des Beratenden Ausschusses der KEK in Iasi, Rumänien, April 1977 in: aaO, 188; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 202.

[442] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 202.

[443] Vgl. Dok. 60: Von Paul Verner veranlaßte Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Erich Honecker vom 8.12.1977 über ein Gespräch Verners mit Albrecht Schönherr am 6.12.1977 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 326.

[444] Vgl. 5. Tagung der 3. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR – 18.-22. September 1981, Vorlage Nr.: 22, Vorlage des Berichtsausschusses, EZA 101/5394; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 144; Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27.

In der „Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik“[445] und der Vortragssammlung *Menschenrechte in christlicher Verantwortung* nahm man gegenüber der Menschenrechtssituation in der DDR eine unkritische Haltung ein. So wurde in der Übersicht die Verfassung, das Arbeits- und Strafrecht sowie weitere rechtliche Bestimmungen im Hinblick auf verschiedene menschenrechtliche Aspekte wie z.B. Gleichheit und Freiheit, Rechtsschutz und Würde der Persönlichkeit sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit abgeklopft. Die Ergebnisse wurden aber unkommentiert in einer Tabelle dargestellt; eine kritische Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Umsetzung der Rechtsgrundlagen in der DDR-Gesellschaft fand nicht statt.[446] In der Vortragssammlung lobte man die humanitären Leistungen der DDR; Bischof Albrecht Schönherr bewertete die Schwerpunktsetzung der sozialistischen Staaten auf soziale Menschenrechte positiv als „Kampf um die elementaren Lebensbedingungen, [...] Kampf gegen Hunger, Ausbeutung, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit“[447]. Auch Stolpe verwies auf die rechtlichen Errungenschaften im Bereich der Beschäftigung, der Bildung, der sozialen Sicherheit, des Wohnens und der geschlechtlichen Gleichberechtigung.[448] Aufgrund unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen der Staaten hätte die DDR versucht, „eine Ausgewogenheit zwischen bürgerlich-politischen und wirtschaftlich-sozial-kulturellen Rechten herzustellen.“[449] Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Stabilisierung würde auch der Ausbau der „bürgerlich-politischen Rechte“[450] einhergehen. Es bestand Einigkeit, dass es der DDR trotz individualrechtlicher Defizite „letzten Endes um den einzelnen Menschen und sein Wohl“[451] ginge. Der Mensch würde lediglich stärker als soziales Wesen und in Abhängigkeit von seiner sozialen Umwelt wahrgenommen.[452] Manfred Stolpe und Helmut Zeddies verwiesen auf die Abhängigkeit der Menschenrechte von gesellschaftspolitischen Gegebenheiten, womit auch die variierenden Menschenrechtsverständnisse erklärt wurden.[453] Stolpe kritisierte den primären Fokus in der internationalen Menschenrechtsdebatte auf die Individualrechte und das daraus resultierende Anprangern der Defizite in den sozialistischen Staaten. Er sah „alle rechtlichen Voraussetzungen“[454] für die Realisierung der Menschenrechte in der DDR erfüllt. Helmut Zeddies, Hans Schäfer, Hanspeter Wulff-Woesten und Friedrich Zimmermann übten harsche Kritik am Kapitalismus, der durch seine starken Individualismusbestrebungen nach außen hin „Toleranz und Chancengleichheit

[445] Die Menschenrechte in der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Stand 1. Mai 1978. Erarbeitet im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, EZA 101/686.

[446] Vgl. ebd.

[447] Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 3.

[448] Vgl. Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 59.

[449] AaO, 55.

[450] AaO, 59; vgl. auch Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 12.

[451] Günter Krusche: Menschenrechte in theologischer Perspektive in: aaO, 66; vgl. auch Gemeinsame Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des BEK in der DDR: Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte in: aaO, 50; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 58.

[452] Vgl. Gemeinsame Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des BEK in der DDR: Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte in: aaO, 50; Günter Krusche: Menschenrechte in theologischer Perspektive in: aaO, 66; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 12.

[453] Vgl. Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 12; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 29, 35.

[454] Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 18; vgl. auch Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 51, 57, 60.

für alle vortäuscht, während er in Wirklichkeit zu einem Wettbewerbsdruck führt, den letztlich nur wenige Starke überstehen können."[455]

Menschenrechtliche Defizite in der DDR wurden negiert oder als Konsequenz der Umstände dargestellt. Zeddies widersprach z.B. der Kritik an den sozialistischen Ländern, politische Partizipation und Religionsfreiheit würde dort nur bedingt zugelassen.[456] Stolpe setzte sich mit dem Vorwurf der mangelnden Informations-, Reise- und Religionsfreiheit in der DDR auseinander. Dabei verteidigte er die Einschränkungen der Informationsfreiheit in der DDR als Schutzmaßnahme. Informationen würden „als Mittel der Infiltration genutzt, um direkt oder indirekt die bestehende Ordnung zu tangieren."[457] Die nordeuropäische Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* hingegen hatte freien Zugang zu Informationen als „eine Grundvoraussetzung für das Mündigwerden und für die Gewissensbildung der Menschen"[458] beschrieben. Hinsichtlich der Reisefreiheit betonte Stolpe: „Eine generelle Ausreisegenehmigung für alle Bürger ist zur Zeit nicht möglich. Sie würde sofort einen objektiven Abwerbungsmechanismus auslösen, dem infolge Wohlstandsverblendungen doch eine größere Zahl von Menschen erliegen könnte – zum erheblichen Schaden der Gesellschaft und damit aller."[459] Damit wurden rechtliche Einschränkungen von ihm als Fürsorge des Staates beschrieben, zu denen er aufgrund der westlichen Medien und der westlichen Abwerbungsversuche genötigt würde. Im Hinblick auf die Religionsausübung hob Stolpe die Freiheiten hervor, die die ChristInnen in der DDR hatten, und verwies auf die Zusammenarbeit von MarxistInnen und ChristInnen für den „gemeinsame[n] sozialistische[n] Aufbau"[460].

2.7 Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc und die Verhängung des Kriegsrecht in der VR Polen

Wie schon bei der Darstellung der Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses und des KSZE-Prozesses angedeutet, wurde die schwierige internationale Situation durch die Ereignisse in der VR Polen zusätzlich belastet. Sie führten außerdem zu Auseinandersetzungen innerhalb der Warschauer Vertrages.

2.7.1 Entwicklungen in der VR Polen von 1980 bis 1983

Ab Juni 1980 wurde gestreikt, nachdem erneut die Lebensmittelpreise erhöht worden waren. Die primäre Forderung waren Lohnerhöhungen. Die Streiks breiteten sich schnell im ganzen Land aus und es kam zur überregionalen Organisation der Streikenden und zur Entwicklung eines gemeinsamen Forderungskatalogs. Dieser beinhaltete neben arbeitsrechtlichen auch gesellschaftspolitische Forderungen, wie z.B.

[455] Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation der Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 25; vgl. auch Hans Schäfer u. a.: Der geschichtliche Hintergrund der Menschenrechte in: aaO, 45.

[456] Vgl. Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation der Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: aaO, 25.

[457] Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 59.

[458] Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung"", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687.

[459] Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 60.

[460] Ebd.

Presse- und Redefreiheit. Die Regierung der VR Polen gab den Forderungen aufgrund des Ausmaßes der Arbeitsniederlegungen nach und genehmigte die freie Gewerkschaft *Solidarnosc*. Der Status der Gewerkschaft wurde nach zähen Verhandlungen durch die Anerkennung ihrer Satzung durch das Oberste Gericht der VR Polen im November 1980 verfestigt. Trotzdem kam es auch nach der Einigung zwischen Regierung und Streikenden 1980 zu weiteren Arbeitsniederlegungen, denn die Realisierung der Zusagen seitens der Regierung ging nur schleppend voran.[461]

Das kooperative Verhalten der Regierung der VR Polen führte zu erheblichen Spannungen innerhalb des Ostblocks und wurde sowohl von der Sowjetunion als auch von der DDR missbilligt. Besonders die DDR-Regierung sah sich durch die Entwicklung einer unabhängigen Gewerkschaft in der VR Polen in ihrer Macht bedroht. Sie zeigte sich beunruhigt, weil viele ArbeiterInnen der DDR mit *Solidarnosc* sympathisierten. Honecker sprach sich deshalb mehrfach für ein gewaltsames bzw. militärisches Vorgehen gegen die Streikenden aus.[462] Um die Kommunikation zwischen PolInnen und DDR-BürgerInnen zu unterbinden und so eine Ausbreitung der Bewegung auf das eigene Land zu verhindern, kam es im Oktober 1980 zur „Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs mit Polen“[463], d.h. „de facto [zu] einer Schließung der Grenze“[464]. Des Weiteren wurden die streikenden ArbeiterInnen und ihre Ziele in den DDR-Medien verleumdet.[465]

Auch 1981 kam es aufgrund der langsamen Realisierung der zugestandenen Forderungen immer wieder zu Streiks. Zwischenzeitlich wurde sogar das Streikrecht ausgesetzt. Mit stetiger Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurde die gesellschaftliche Stimmung in der VR Polen jedoch immer brisanter.[466]

Am 13. Dezember 1981 verkündete der „Premier[...] und Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen, [...] Erste[r] Sekretär der PZPR, Armeegeneral Wojciech Jaruzelski[...]“[467] den Kriegszustand in der VR Polen und bestimmte den *Armeerat der nationalen Errettung* (Wojskawa Rada Ocalenia Narodowego (WRON)) als führendes Organ.[468] Als Grund wurde die Bedrohung der inneren Sicherheit der VR Polen durch *Solidarnosc* angegeben. In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember hatte man mit der Verhaftung führender Köpfe der *Solidarnosc*, RegimekritikerInnen und ReformbefürworterInnen begonnen. Die Festgenommenen wurden in Internierungslager überführt. Die Gesamtzahl der Internierten lag laut Regierungskreisen bei ca. 10.000 Personen. Durch die Grenzschließung und die Unterbrechung sämtlicher Telefon- und Faxverbindungen wurde die polnische Bevölkerung vollständig isoliert.[469] „In die größe-

[461] Vgl. BINGEN: Innenpolitik, 195f; BROWN: Aufstieg und Fall, 573f, 578; FRISZKE: Polen, 359, 361, 367ff, 370f, 374; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 15f, 24ff, 89, 97, 99; Forderungskatalog in: aaO, 30f; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 31f, 36; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 417, 421.

[462] Vgl. BROWN: Aufstieg und Fall, 578; FRISZKE: Polen, 381, 389, 391; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 77; Kania zitiert nach: aaO, 102; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 32, 34ff, 55, 63, 152f; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 422.

[463] OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 37, 55.

[464] AaO, 37; vgl. auch Kania zitiert nach KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 102.

[465] Vgl. OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 64.

[466] Vgl. FRISZKE: Polen, 375; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 427, 429, 449f.

[467] KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 269.

[468] Vgl. BINGEN: Innenpolitik, 201; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 451.

[469] Vgl. BROWN: Aufstieg und Fall, 583; FRISZKE: Polen, 397, 404, 408f, 410, 412; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 270f, 276, 285ff; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 450f.

ren Städte rückten Panzerkolonnen ein“[470] und es wurde eine Ausgangssperre verhängt.[471] „[A]lle Arten von Versammlungen, Straßenzüge, Demonstrationen und Streiks sowie das Verbreiten von Schriften und Informationen“[472] wurden untersagt; Zuwiderhandlungen wurden mit Haftstrafen belegt.

In einigen Städten und Betrieben kam es dennoch zu Straßendemonstrationen und Streiks. Erwähnenswert sind hier die Lenin-Werft in Danzig und eine Grube in Kattowitz. Diese wurden am 16. Dezember gewaltsam unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern, Schlagstöcken und Schusswaffen geräumt und die Streikenden verhaftet. Das gewaltsame Vorgehen des Staates forderte auch einige Todesopfer und Verletzte. Der Historiker Hartmut Kühn spricht für die Zeit des Kriegsrechts von 100 Todesopfern. In der VR Polen wurden in Betrieben, Behörden und auch in der Partei PZPR ReformbefürworterInnen und AnhängerInnen von *Solidarnosc* entlassen. Mit diesem scharfen Vorgehen erreichte die Führung der VR Polen binnen weniger Tage das Ende des aktiven Widerstandes.[473] *Solidarnosc* wurde am 8. Oktober 1982 offiziell in der VR Polen verboten.[474]

Im Dezember 1982 wurde die „Aussetzung des Kriegszustandes zum 31. Dezember 1982 bekannt“[475] gegeben. Formal beendet wurde der Kriegszustand erst am 22. Juli 1983.[476]

Die Reaktion des Westens auf die Verhängung des Kriegsrechts traf die VR Polen hart. Mit dem 23. Dezember wurde die VR Polen von US-amerikanischer Seite wirtschaftlich sanktioniert. Da man die Sowjetunion für die Verhängung des Kriegsrechts mit verantwortlich machte, wurde die US-amerikanische Sanktionierung auf die Sowjetunion ausgeweitet. Andere westliche Länder folgten dem Beispiel der USA.[477] In einer gemeinsamen *Declaration on Events in Poland* verurteilten die NATO-Staaten im Januar 1982 das staatliche Vorgehen gegen die GewerkschaftlerInnen und das ausgerufene Kriegsrecht; bei Aufrechterhaltung dieses Zustandes drohte man mit weiteren diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen.[478]

2.7.2 Reaktion des BEK auf die Entwicklungen in der VR Polen

Während Honecker einen Monat vor der Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen seinen Unmut über Kritik der Synoden vieler Landeskirchen an der staatlichen „Berichterstattung über die Entwicklung in der Volksrepublik Polen“[479] zum Ausdruck brachte, kommentierte der BEK selbst die Vorgänge in der VR Polen nicht. Er beschäftigte sich lediglich mit den Auswirkungen des Kriegsrechts auf die ökumenischen Kontakte zu Gemeinde in der VR Polen sowie auf die angespannte internationale Lage.

[470] KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 271; vgl. auch FRISZKE: Polen, 408; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 450.
[471] Vgl. FRISZKE: Polen, 409; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 272.
[472] FRISZKE: Polen, 409; vgl. auch KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 272.
[473] Vgl. BROWN: Aufstieg und Fall, 583; FRISZKE: Polen, 410ff, 414; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 280f, 287; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 451.
[474] Vgl. OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 151.
[475] FRISZKE: Polen, 417; vgl. auch BROWN: Aufstieg und Fall, 584.
[476] Vgl. BROWN: Aufstieg und Fall, 584; FRISZKE: Polen, 413, 417; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 478.
[477] Vgl. FRISZKE: Polen, 407; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 286; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 141f.
[478] Vgl. Special Ministeral Session of the North Atlantic Council 11th January, 1982. Declaration on Events in Poland, http://archives.nato.int/uploads/r/null/1/4/140038/PRESS_COMMUNIQUE_M1_82_1_ENG.pdf (14.01.2020).
[479] Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers am 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 447.

Im September 1981 thematisierte der BEK die Schwierigkeiten von Hilfslieferungen an polnische Gemeinden.[480] 1982 brachte der Vorsitzende der KKL gegenüber des „Präsidenten des Polnischen Ökumenischen Rates unsere Verbundenheit und Anteilnahme an dem Weg des Volkes und der Kirchen in der Volksrepublik Polen“[481] zum Ausdruck. Der BEK rief zu Geldspenden auf.[482]

Die *Ad-hoc-Gruppe Abrüstung* der *Theologischen Studienabteilung* des BEK sah im Januar 1983 den Abbau von Spannungen und die konkrete Abrüstung in Europa durch die Situation in der VR Polen gefährdet. Im Zuge dessen kritisierte man die Instrumentalisierung der Ereignisse durch den Westen, um Konflikte zwischen den Warschauer Vertragsstaaten hervorzurufen. Die *Ad-hoc-Gruppe Abrüstung* beschrieb die Beendigung der Krisensituation in der VR Polen als notwendige Voraussetzung, um die laufenden Abrüstungsverhandlungen zu einem erfolgreichen Ende bringen zu können. Sowohl der Osten als auch der Westen sollten sich dafür einsetzen. Die BRD und die DDR sollten durch den Einsatz finanzieller Mittel die Wirtschaftskrise in der VR Polen beheben und das Land dadurch zusätzlich stabilisieren.[483]

2.8 Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen

Aufgrund der Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zur NATO und zum Warschauer Vertrag belasteten die zunehmenden internationalen Spannungen auch die innerdeutschen Beziehungen stark.[484] Einerseits wollten sich beide deutschen Staaten loyal zu ihren Bündnissen verhalten, andererseits war ihnen auch an einer Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen gelegen.[485] Der Einsatz Honeckers für die innerdeutschen Beziehungen hatte vor allem wirtschaftliche Gründe. Aufgrund nachlassender Lieferungen aus der UdSSR, der Ankündigung der Reduzierung der Rohöllieferungen 1981 sowie zweier Milliardenkredite der BRD stieg die Abhängigkeit der DDR von der BRD. Dieses Angewiesensein führte auch dazu, dass sich Honecker Ende 1983 der Sowjetunion widersetzte, die Beziehungen zur BRD aufgrund der Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss abzubrechen. Honecker wollte unter Beibehaltung aller Verbundenheit mit den Warschauer Vertragsstaaten im Allgemeinen und der Sowjetunion im Speziellen die innerdeutschen Beziehungen trotzdem vorantreiben.[486]

[480] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Güstrow zum Bericht der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 22; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 31.

[481] 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. bis 31. Januar 1982 in Herrnhut/Oberlausitz. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 5.

[482] Vgl. ebd.

[483] Vgl. Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

[484] Vgl. SIEBS: Außenpolitik, 264; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 350; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 88; WOLLE: Heile Welt, 257.

[485] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzender der CSU und bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1983 in Hubertusstock, BArch DY 30/J IV 2/2/2013, Bl. 9ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2013/index.htm (07.04.2020); WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 88.

[486] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzender der CSU und bayri-

Honecker belastete die Beziehung zur BRD zusätzlich durch seine Rede in Gera und die Erhöhung des Mindestumtauschs im Oktober 1980. In der Rede übte er scharfe Kritik an der BRD und stellte umfassende Forderungen, die von dem Streben nach Anerkennung der DDR durch die BRD als souveräner und gleichberechtigter Staat zeugten. Des Weiteren sah er die Verantwortung für die zunehmenden internationalen Spannungen einzig bei den USA; in Bezug auf die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten wurden deren Friedensbestrebungen herausgestellt.[487]

Trotzdem bemühten sich beide Seiten weiterhin um das deutsch-deutsche Verhältnis. Vom 11. bis 13. Dezember 1981 kam es sogar zu einem Treffen von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Honecker in der DDR, wenn auch ohne handfeste Ergebnisse.[488]

2.8.1 Erhöhung des Mindestumtauschs

Im Oktober 1980 wurde der Betrag des täglichen Mindestumtauschs bei der Einreise in die DDR auf 25 DM pro Person und Tag angehoben.[489] Nach dem Historiker Burkhard Olschowsky ging es der DDR-Regierung darum, ihre Deviseneinnahmen zu steigern.[490]. Die Historiker Wolfgang Leonhard und Hermann Wentker hingegen verorten diese Maßnahme im gesamtpolitischen Kontext von 1980. Da sich das SED-Regime durch die Entwicklungen in der VR Polen bedroht gefühlt habe, sollte durch die Erhöhung des Zwangsumtauschs die Kontakte in den Westen limitiert und dadurch die Kontrolle und Einschränkung der Bevölkerung wieder erhöht werden.[491] Klaus Bölling, Staatssekretär der BRD, sprach hinsichtlich der „Normalisierung der Beziehungen und einer Verbesserung der Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten [von] eine[m] schweren Rückschlag“[492], kritisierte den Schritt seitens der DDR und forderte dessen Rücknahme.[493] Die Erhöhung der Umtauschregelung widerspräche dem Ziel der *Schlussakte von Helsinki*, zwischenstaatliche Spannungen in Europa abzubauen.[494]

---

schen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1983 in Hubertusstock, BArch DY 30/J IV 2/2/2013, Bl. 19f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2013/index.htm (07.04.2020); Diskussionsbeitrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees (24. bis 25. November 1983), BArch DY 30 2104, Bl. 50f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2104/index.htm (02.03.2020); GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 13; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 153; SCHROEDER: Die veränderte Republik, 103f; SIEBS: Außenpolitik, 264; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 89, 99.

[487] Vgl. Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, zur Eröffnung des SED-Parteilehrjahres 1080/81 in Gera (Auszug), 13. Oktober 1980 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 74ff.

[488] Vgl. GÖRTEMAKER: Geschichte der BRD, 592; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 92.

[489] Vgl. Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln vom 5. November 1974, §2 (1) + (2), www.verfassungen.de/ddr/mindestumtausch72.htm (08.04.2020); Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln vom 9. Oktober 1980, §2 (1), www.verfassungen.de/ddr/mindestumtausch80.htm (08.04.2020).

[490] Vgl. OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 57.

[491] Vgl. LEONHARD: Das kurze Leben der DDR, 168ff; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 91.

[492] Erklärung von Staatssekretär Klaus Bölling zur Erhöhung des Mindestumtausches, 10. Oktober 1980 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 73; vgl. auch Erklärung von Staatssekretär Klaus Bölling zur Erhöhung des Mindestumtausches und zur Geraer Rede von SED-Generalsekretär Honecker, 15. Oktober 1980 in: aaO, 77.

[493] Vgl. aaO, 73f, 77.

[494] Vgl. Erklärung von Staatssekretär Klaus Bölling zur Erhöhung des Mindestumtausches, 10. Oktober 1980 in: aaO, 73; Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 16f, 22, 55f.

2.8.2 Reaktionen des BEK auf die Erhöhung des Umtauschsatzes

Auch der BEK äußerte sich kritisch zur Erhöhung des Umtauschsatzes. Im September 1980 betonte die Bundessynode in Leipzig: „Den Begegnungen zwischen Menschen in den beiden deutschen Staaten kommen besondere Bedeutung und Verantwortlichkeit zu.“[495] Deshalb sprach sich die Bundessynode im September 1980 und 1981 dafür aus, dass „die Möglichkeiten solcher Begegnungen zwischen Menschen in den beiden deutschen Staaten weiterentwickelt werden.“[496]

Wegen kritischer Äußerungen in kirchlichen Kreisen zur Mindestumtauschregelung wurde Schönherr am 22. Oktober 1980 vom ZK-Sekretär für Sicherheit, Paul Verner, zum Gespräch zitiert. Es wurde harsche Kritik an der „grobe[n] Einmischung in staatliche Angelegenheiten“[497] geübt. Diese widerspräche auch dem im Gespräch vom 6. März 1978 etablierten Staat-Kirche-Verhältnis. Der Staat verstand die Kritik des BEK und seiner Gliedkirchen an der Erhöhung des Mindestumtauschs als Auswirkung der Einflussnahme von StaatskritikerInnen und der BRD.[498]

Die KKL setzte sich am 23. Oktober in einer außerordentlichen Sitzung nochmal intensiv mit dem Thema Mindestumtauschregelung auseinander und beschloss, dass der Vorstand der KKL staatliche VertreterInnen auf verschiedene Bedenken der Kirchen bezüglich der Erhöhung des Mindestumtauschsatzes hinweisen sollte. Ähnlich der Argumentation der BRD stünde diese Maßnahme laut KKL im Widerspruch zur im KSZE-Prozess angestrebten internationalen Entspannung. Des Weiteren wurde unter Bezugnahme auf die Bundessynode in Leipzig auch von Seiten der KKL auf die negativen Folgen für die deutsch-deutsche Begegnung verwiesen. Besonders die finanziell schlechter gestellten BürgerInnen der BRD würden dadurch benachteiligt.[499]

Nach den Äußerungen des BEK zum Mindestumtausch wurde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat im September weiter durch die Kritik der Bundessynode an Meldungen der DDR-Medien zu Truppenübungen belastet, die bei der Bevölkerung Ängste schüren könnten. Die Synode stellte damit auch das Streben der DDR-Regierung nach Entspannung und Abrüstung in Frage.[500] Dieser Aspekt wurde

[495] Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werks – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 372.

[496] Ebd; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Güstrow zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 22.

[497] Dok. 81: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des ZK Nr. 129/80 vom 22.10.1980, Punkt „2. Auftreten der Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR“ und Anlage Nr. 9: Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 23.10.1980 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 437; vgl. auch Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 439.

[498] Vgl. Dok. 81: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des ZK Nr. 129/80 vom 22.10.1980, Punkt „2. Auftreten der Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR“ und Anlage Nr. 9: Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 23.10.1980 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 437; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 439.

[499] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109.

[500] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der

von den Westmedien aufgenommen und als Kritik des BEK an der Friedens- und Deutschlandpolitik der DDR gewertet.[501] Klaus Gysi, Sekretär für Kirchenfragen, forderte beim Gespräch vom 10. November 1980 mit dem Vorstand der KKL vom BEK, die DDR-Regierung bei ihrer Friedenspolitik zu unterstützen und „sich von westlichen Medien [nicht] die Rolle einer Opposition aufdrängen [zu] lassen."[502] Der Staat forderte den BEK auf, diese Aspekte aus dem Bericht der Bundessynode zu streichen, jedoch war der Bericht zu diesem Zeitpunkt schon publiziert worden.[503]

Aufgrund dieser Auseinandersetzungen folgte im Herbst 1980 die Zensur von Kirchenzeitungen, die auf ein als Abschluss der Friedensdekade geplantes Friedensgeläut hinwiesen. Des Weiteren mussten bereits akkreditierte westliche JournalistInnen, die von kirchlichen Sitzungen berichten wollten, plötzlich Genehmigungen einholen, die unter vorgeschobenen Gründen nicht bewilligt wurden. Damit sollte der Missbrauch staatskritischer Äußerungen gegen die DDR verhindert werden.[504] Auch wurde es den VertreterInnen des BEK und seiner Gliedkirchen entgegen früherer Handhabung untersagt, an der Synode der EKD in der BRD teilzunehmen.[505] Laut BEK müsse „[a]uch in komplizierten Situationen [...] eigenständige kirchliche Öffentlichkeitsarbeit möglich sein."[506] Die KKL forderte den Vorstand auf, seinen Unmut über „die erfolgte Behinderung der kirchlichen Presse in der DDR"[507] zum Ausdruck zu bringen.

DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werks – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 372.

[501] Vgl. Information des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: aaO, 378f.

[502] AaO, 380; vgl. auch SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 73.

[503] Vgl. Information des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 379.

[504] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Information des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 379; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 35; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 439.

[505] Vgl. BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 360f, 365; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 58.

[506] Information des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 380.

[507] Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109.

2.9 Zusammenfassung und Einordnung 1978-1983

Die vom BEK aufgegriffenen und erörterten Themenkomplexe Frieden und Abrüstung, Umweltschutz und Menschenrechte nahmen sowohl im internationalen ökumenischen als auch im internationalen politischen Kontext in den Jahren 1978 bis 1983 viel Raum ein. Auf ökumenischer Ebene pflegte der BEK engen Kontakt und Austausch mit der EKD und dem NCC im Westen sowie der ROK im Osten. Zusätzlich nahm er an vielen internationalen ökumenischen Konferenzen mit einer Delegation teil und machte sich Stellungnahmen der KEK, des ÖRK, der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen* und des CCEE zu eigen. Trotz der Abschottung der DDR war der BEK somit aktiver Teil der internationalen ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen und ordnete sich dieser immer wieder selbst zu. Auf internationaler politischer Ebene wurden die Themen Frieden und Abrüstung, Umweltschutz und Menschenrechte im Rahmen der *Vereinten Nationen* und des KSZE-Prozesses diskutiert.

Der KSZE-Prozess war für den BEK von besonderer Bedeutung, wurde mit großem Interesse verfolgt und sowohl inhaltlich als auch christlich-theologisch begleitet. Er trug mit zum Aufruf und Einsatz des BEK für mehr Vertrauen und Abrüstung sowie für die Realisierung der Menschenrechte bei. Der BEK verpflichtete sich, durch „Arbeit in den Gemeinden, Erklärungen in der Öffentlichkeit [und] Gespräche mit Vertretern des Staates und der Gesellschaft“[508] an der Realisierung der Vereinbarungen der *Schlussakte von Helsinki* in ihrer Gesamtheit mitzuwirken. Seiner Selbstverpflichtung kam er verschiedentlich nach, indem er sich zu Informationszwecken an die Gemeinden wandte, Erklärungen herausgab, internationale ökumenische Verlautbarungen des ÖRK zum KSZE-Prozess an RegierungsvertreterInnen übergab und die *Schlussakte von Helsinki* und ihre Inhalte in Gesprächen mit dem Staat thematisierte. Häufig argumentierte der BEK explizit oder implizit auf der Grundlage der Vereinbarungen der *Schlussakte von Helsinki* oder anderer Dokumente des KSZE-Prozesses, vor allem in seiner Beschäftigung mit Frieden und Abrüstung.

Auch in der Debatte um die Erhöhung der Geldumtauschregelung stützte der BEK durch die Bezugnahme auf die KSZE-Dokumente von Helsinki und Madrid seinen Standpunkt. Darin hatten sich die Signatarstaaten dazu verpflichtet, den Kontakt und die Begegnung zwischen den BürgerInnen unterschiedlicher Staaten zu erleichtern. In beiden Abschlussdokumenten war im Hinblick auf die Besuchsreisen sogar von einer angestrebten Senkung der anfallenden Gebühren in Bezug auf „Visa und amtliche Reisedokumente“[509] die Rede. Wie die Signatarstaaten hoffte auch der BEK, dass mit den Reiseerleichterungen eine Steigerung des internationalen Vertrauens und des Friedens einhergehen würde. Damit setzte er die nationale Neuregelung mit den internationalen Gegebenheiten in Beziehung. Die Argumentation des BEK gegen die Umtauscherhöhung und die Forderungen nach Erleichterungen von innerdeutschen Be-

[508] Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 155.

[509] Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 43; vgl. auch aaO, 42; Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 9. September 1983 in: aaO, 96.

suchsreisen ähnelte der der BRD in diesem Zusammenhang sehr. Dies erklärt die heftige Gegenreaktion des SED-Regimes.

Die Stellungnahmen des BEK zu Frieden und Abrüstung weisen viele Gemeinsamkeiten mit internationalen ökumenischen Verlautbarungen sowie Vereinbarungen im Rahmen des KSZE-Prozesses und Verlautbarungen der *Vereinten Nationen* auf. Innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft bestand Einigkeit hinsichtlich der als sinnvoll erachteten Abrüstungsschritte, des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit, des Verständnisses von Frieden, das auch Gerechtigkeit und Freiheit einschließt, sowie der Notwendigkeit der Friedenserziehung. Geschlossen plädierte man dafür, dass die Kirchen in der angespannten und bedrohlichen Weltsituation für den Frieden tätig werden mussten. Der Friedenseinsatz sollte Auswirkungen auf das eigene Handeln, die Interaktion mit dem Staat und den Dienst an den Mitgliedern haben. Die Kirchen sollten die Friedensbotschaft des Evangeliums verkünden und Zeugnis geben, (Gesellschafts-)Politik aus dem Evangelium heraus beurteilen und die Fähigkeit des politischen Redens ausbilden. In der Interaktion mit dem Staat sollte das erlernte politische Reden zum Einsatz kommen. Lösungsoptionen resultierend aus dem Evangelium sollten aufgezeigt und konstruktive Kritik geübt werden. Gegenüber den eigenen Mitgliedern ging es darum, deren Hoffnungslosigkeit im Hinblick auf den Frieden zu bekämpfen, Friedenserziehung zu betreiben und sie zum Einsatz für den Frieden zu animieren. Die Begegnungen der Kirchen und Religionen in der Ökumene und ihre Suche nach Gemeinsamkeiten wurden als ein bedeutsamer und wegweisender Beitrag für Frieden und Versöhnung angesehen.

Hinsichtlich der Ähnlichkeiten und Bezüge zu den im Rahmen des KSZE-Prozesses getroffenen Vereinbarungen sowie Verlautbarungen der *Vereinten Nationen* in Äußerungen des BEK zu Frieden und Abrüstung wurde in *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst* die im Prinzip IX der *Schlussakte von Helsinki* geäußerte Würdigung des Beitrages von Institutionen und Organisationen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten als Aufruf an die Kirchen interpretiert, am Streben nach Frieden mitzuwirken. Die Ausführungen und Zielsetzungen der Ökumene und des BEK stimmen in vielen Punkten mit den Inhalten der beiden UN-Sondertagungen zum Thema Abrüstung überein, auch wenn seitens des BEK keine direkten Bezüge hergestellt wurden. Das Thema Friedenserziehung erfuhr sowohl innerhalb der *Vereinten Nationen* als auch innerhalb der Ökumene und des BEK intensive Auseinandersetzung. Während der BEK 1980 das erarbeitete *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“* veröffentlichte, mündete die Auseinandersetzung mit der Friedenserziehung auf der Ebene der *Vereinten Nationen* 1982 in einem Erziehungs- und Bildungsprogramm, der *World Disarmament Campaign*. Mit dem *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“* beabsichtigte der BEK – wie von den *Vereinten Nationen*, dem ÖRK und der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen* angestrebt –, innerhalb der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Gefahren von Rüstung, für Abrüstungsbemühungen sowie für die Dringlichkeit der Waffenreduktion zu schaffen. Der im *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“* erklärten Zielsetzung der Wissensvermittlung über internationale Entwicklungen kam der BEK mit Stellungnahmen zu internationalen Ereignissen nach. Er äußerte sich 1978 bis 1983 zu den beiden UN-Sondertagungen, der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages, dem Bau der Neutronenbombe und begleitete die Abrüstungsverhandlungen. In seinen Stellungnahmen fand keine inhaltliche Auseinandersetzung oder Erörterung statt.

Der BEK informierte entweder lediglich über den Stand bzw. das Ereignis der Verhandlungen und/oder bewertete die Entwicklungen im Hinblick auf den Nutzen und Schaden für die Einigung auf konkrete Abrüstungsmaßnahmen.

Auf nationaler Ebene kam der BEK seiner Friedensverantwortung unter anderem durch kritische Stellungnahmen zum Wehrunterricht, zur Zivilverteidigung und zum militärischen Dienst als Ausbildungsvoraussetzung nach. Er schrieb den Gläubigen niemals vor, wie sie sich z.B. zum Wehrunterricht, zur Unterzeichnung der Unterschriftenaktion der *Nationalen Front* oder zum Wehrdienst verhalten sollten. Vielmehr bewertete er die Ereignisse aus theologischer Sicht und unter Berücksichtigung der internationalen Zusammenhänge, brachte seine Kritikpunkte und Bedenken zum Ausdruck und zeigte die Möglichkeit der Nichtteilnahme oder Verweigerung auf. Dies entsprach der Zielsetzung des BEK, mit der Friedenserziehung im Besonderen die Meinungsbildung seiner Mitglieder und deren Befähigung zum Handeln zu stärken. Dabei dachte der BEK im Gegensatz zu den *Vereinten Nationen* im Hinblick auf die Effekte der Friedenserziehung weniger global, sondern vor allem national. Für ihn galten die eigene Gesellschaft und das dortige Miteinander als Haupteinsatzort für den Frieden mit der größtmöglichen Aussicht auf verändernde Wirkung. Ganz im Sinne einer demokratischen Denkweise hieß es: „Friedenserziehung ist im Blick auf die gesellschaftliche Ebene vor allem Erziehung zu Mündigkeit und Verantwortung.“[510]

Vor dem Hintergrund des internationalen Plädoyers für Friedenserziehung durch die internationale ökumenische Gemeinschaft, die KSZE und die *Vereinten Nationen* muss auch die kritische Auseinandersetzung des BEK mit der Einführung des Wehrunterrichts in der DDR gesehen werden. Der BEK verwies auf die eigentliche Notwendigkeit der Vermittlung von Möglichkeiten gewaltfreier Streitbeilegung. Dies deckt sich mit den eingegangenen Verpflichtungen der Signatarstaaten der *Schlussakte von Helsinki* und des Schlussdokuments der Madrider KSZE-Folgekonferenz, sich der Androhung von Gewalt zu enthalten und Konflikte gewaltfrei zu regeln. Die vom BEK kritisierte, auch im Rahmen des Wehrunterrichts vorgenommene Unterteilung anderer Staaten in Freunde und Feinde widersprach der in den KSZE-Dokumenten festgesetzten Zielsetzung, die Beziehungen zu anderen Staaten vertrauensvoller zu gestalten und die trennenden Aspekte zu überwinden. Auch die *Vereinten Nationen* und der Zentralausschuss des ÖRK hatten sich gegen den Einsatz von Propaganda und Feindbildern ausgesprochen.

Gegenüber dem Staat versuchte der BEK durch die Einordnung des Wehrunterrichts in internationale Zusammenhänge zu Denkprozessen anzuregen und dem Verständnis des Wehrunterrichts als rein nationale Angelegenheit entgegenzuwirken. Der staatlichen Argumentation für den Wehrunterricht wurde der Hinweis auf die negativen Auswirkungen auf die internationale Reputation der DDR entgegengesetzt. Indem man den Wehrunterricht als Beitrag zur Angstspirale und zum Gefühl der gegenseitigen Bedrohung beschrieb, stellte man ihn als Teil des internationalen Wettrüstens dar. Der BEK verwies im Einklang mit den *Vereinten Nationen*, dem ÖRK und der KEK auf eine positive Korrelation von „einem informierten Abrüstungsbewußtsein“[511] der Gesellschaft und erfolgreich verlaufenden internationalen Abrüstungsverhandlungen. Der Wehrunterricht stand dazu im Widerspruch. Mit seiner kritischen Auseinandersetzung

[510] Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lehrgemeinschaft, 269.

[511] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 249.

mit dem Wehrunterricht, dem aktiven Einsatz für Friedenserziehung und der Weitergabe von Informationen zu Rüstung und Abrüstungsverhandlungen kam der BEK einer Aufforderung der *Vereinten Nationen* nach, die eigentlich zuallererst an die Regierungen und dann an nichtstaatliche Organisationen gerichtet war.

An der Debatte um den Wehrunterricht wird das Verhältnis zwischen dem SED-Staat und dem BEK und seinen Gliedkirchen als gesellschaftliche AkteurInnen in der DDR erkennbar. Der Staat sah keine Notwendigkeit, den BEK und seine Gliedkirchen über geplante Neuerungen zu informieren oder deren Standpunkte in seine Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Erst auf Nachfrage wurde der BEK über die geplante Einführung des Wehrunterrichts unterrichtet. Die kritischen Einwände des BEK wurden gegenüber dem Staat sehr sachlich und bedächtig vorgebracht. Darüber hinaus verband man sie mit anerkennenden Äußerungen zu den Friedensbestrebungen des Sozialismus im Allgemeinen und des SED-Regimes im Speziellen. Dennoch wurden sie zurückgewiesen. Der Versuch, die Diskriminierung von Jugendlichen bei Nichtteilnahme am Wehrunterricht zu verhindern, endete sehr abrupt. Hatte der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Bischof Dr. D. Albrecht Schönherr im Mai 1979 noch die bestehende Diskriminierung gegenüber dem Staatssekretär für Kirchenfragen angeprangert, so betonte die KKL schon im September 1979, das Problem durch Gespräche mit staatlichen VertreterInnen gelöst zu haben. Staatliche Quellen belegen aber, dass die Diskriminierung fortgesetzt wurde. Der BEK hatte keine rechtlichen Möglichkeiten, um die Jugendlichen bei Nichtteilnahme vor negativen Folgen zu schützen. Deshalb konnte den Eltern und Kindern von Seiten der KKL neben der „Fürbitte und der uns möglichen Hilfe“[512] keine konkrete Unterstützung zugesagt werden.

Der Einsatz für den Frieden, zu dem die einzelnen Mitglieder des BEK wiederholt aufgefordert wurden, beschrieb der BEK als Teil der Nachfolge Jesu Christi und als Zeugnis des Glaubens in der Welt. 1981 beschrieb der BEK unter Aneignung der Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK das Engagement der FriedensaktivistInnen und -gruppen als aktive Mitarbeit im „Gehorsam gegenüber den Geboten des Evangeliums“[513]. Die Bergpredigt wurde als Leitfaden des Handelns angeführt. In diesem Sinne sollte der Einsatz gewaltfrei sowie von Feindesliebe und Versöhnung geprägt sein. Mit Zunahme der internationalen Spannungen wurde über eine radikal pazifistische Positionierung des BEK nachgedacht. Die KKL vertrat zwar den Standpunkt, „dass es Situationen gibt, wo die Anwendung von Gewalt als letzter und notwendiger Ausweg zur Überwindung menschenzerstörender Ungerechtigkeit bejaht werden kann“[514], gleichzeitig verwies sie aber angesichts der drohenden totalen Zerstörung durch einen Atomkrieg auf die Berechtigung pazifistischer Haltungen in der angespannten Situation. Anfang der 1980er Jahre warb sie für Verständnis gegenüber PazifistInnen. Der Friedenseinsatz der bzw. des Einzelnen sollte die eigenen Glaubens- und Gewissensentscheidungen widerspiegeln. Politisches Engagement bis hin zu Kritik und Widerstand – möglicherweise verbunden mit Leid – wurde als Teil des Einsatzes für den Frieden nicht

[512] Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 253.

[513] Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK 1981 in Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 39f.

[514] II. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 24. bis 28. September 1982 in Halle (Saale). Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 38.

ausgeschlossen. Als weitere Möglichkeiten der Realisierung des christlichen Einsatzes für Frieden wurden das Gebet, das friedensfördernde Reden, die Beilegung von Konflikten im nahen Umfeld und der Einsatz für Schwache und Wehrlose im Sinne des „positiven Friedensbegriffs“[515] angeführt. Darüber hinaus fand keine Konkretisierung statt. Dies bot den in den Kirchen angesiedelten FriedensaktivistInnen und -gruppen gewisse Freiräume, führte aber auch zu Konflikten zwischen ihnen und den Kirchenleitenden.

Gegenüber Aktionen der FriedensaktivistInnen nahm der BEK eine ambivalente Haltung ein. Forderte die Bundessynode im September 1982 noch allgemein dazu auf, „spontane Aktionen und Initiativen [für den Frieden] [...] nicht von vornherein [zu] kriminalisier[en] oder [zu] ignorier[en]“[516], so bat sie die AktivistInnen 1983 zu bedenken: „Ungewöhnliche Ideen und spontane Aktionen können wichtige Denkanstöße sein, Lernschritte auf den Weg zum Frieden darstellen und überzeugend Friedensbereitschaft deutlich machen. Sie sind aber auch in der Gefahr, mißverstanden zu werden. Deshalb sollten Wirkung und Folgen bei solchen Vorhaben mit bedacht werden.“[517] 1978 hatte die KKL im Hinblick auf öffentliche Äußerungen der Kirchen zur Friedensthematik und deren potentielle Fehlinterpretationen durch den Staat betont: „Möglichkeiten politischer und publizistischer Mißdeutungen [sind] wohl zu bedenken, aber sie können keine vorrangige Bedeutung beanspruchen und müssen gegebenenfalls auch in Kauf genommen werden.“[518] Im Zusammenhang mit der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen handelte der BEK entgegen dieser Einschätzung und forcierte die Beendigung bzw. Vermeidung des Konflikts zwischen Kirche und Staat. Der BEK war sich bewusst, dass der politische Einsatz für Frieden vor allem in der DDR immer „latent konfliktträchtig“[519] war. Deshalb setzte er sich damit auseinander, was für die Entwicklungen zum Frieden hin im Austausch mit dem Staat langfristig wirksamer sein würde: offene Positionierung und Kritik oder die Aufrechterhaltung von Gesprächen. Sowohl 1977 als auch 1982 – im Zuge der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung – entschieden sich die KKL und die Bundessynode für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Gesprächen mit dem Staat. Deshalb forderte er auch die FriedensaktivistInnen zur Mäßigung auf. Nimmt man aber, wie vom BEK gefordert, Jesus Christus zum Vorbild, so suchte dieser die Konfrontation und das Streitgespräch, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder ein Umdenken zu erwirken. Sehr zum Missfallen einiger seiner Mitmenschen brach er gesellschaftliche Konventionen auf, indem er z.B. mit Menschen interagierte, die eigentlich gemieden wurden, oder er Regeln im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für den Menschen hinterfragte. Dies tat er ohne Rücksicht auf seine eigene Person. Auch die vom BEK in Zusammenhang des Friedensengagements angeführte Bergpredigt spricht in Mt 5,10 die selig, die aufgrund ihres Einsatzes für Gerechtigkeit Verfolgungen ausgesetzt sind. Die Aktionen waren gewaltfrei angelegt, zielten auf die Vermehrung von Frieden und Gerechtigkeit ab und resultierten aus Gewissensentscheidungen der FriedensaktivistInnen.

[515] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 295; vgl. auch aaO, 293.

[516] Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 96.

[517] Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 146.

[518] 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[519] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 303; vgl. auch aaO, 301.

Sie erfüllten somit die vom BEK gestellten Anforderungen an den Friedenseinsatz. Die kritische Haltung des BEK und seiner Gliedkirchen zu Aktionen der FriedensaktivistInnen stand der eigenen Aufforderung zum Einsatz für den Frieden entgegen.

Rückblickend konnte der BEK seinen politischen Einfluss durch seine Zurückhaltung und die Eindämmung der Friedensaktivitäten nicht erhöhen. Dies hing auch mit der fehlenden Diskussionskultur in der DDR zusammen. Trotz Betonung der Eigenständigkeit der eigenen Friedensarbeit, büßte er in diesem Zusammenhang eine deutliche christliche Positionierung gegenüber den staatlichen Standpunkten ein und kam seiner eigenen Aufforderung damit nur bedingt nach, „das Zeugnis der Gewissen [...] durch das politisch reflektierte Zeugnis der Kirche“[520] zu ergänzen und zu stützen.

Über den Friedenseinsatz hinaus wurden die ChristInnen zum Einsatz für Umweltschutz aufgerufen, was mit dem Kulturauftrag und dem Schöpfungsglaube begründet wurde. Die KKL und die Bundessynode äußerten sich 1978 bis 1983 nicht ausführlich zum Thema Umwelt. Der Bericht zur vom BEK initiierten Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* in Buckow zum Thema *Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen* wies aber viele Ähnlichkeiten mit den Äußerungen des ÖRK zu dieser Thematik auf. Beide sprachen, wie hinsichtlich des Friedenseinsatzes, von der Partizipation der BürgerInnen. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* argumentierte mit der Betroffenheit der einzelnen BürgerInnen von den Umweltproblemen. Daraus resultierend forderten er und der ÖRK die Weitergabe von Informationen zu Umweltproblemen an die BürgerInnen. Auch die Bundessynode verwies, die Situation in der DDR konkret in den Blick nehmend, 1980 auf den fehlenden Informationsfluss von Umweltdaten im eigenen Land. Zusätzlich sprachen der ÖRK, der BEK und die *Schlussakte von Helsinki* von der Notwendigkeit der Entwicklung einer umweltbewussten Gesellschaft. Im Gegensatz zur *Schlussakte von Helsinki*, die die Verantwortung für diese Bewusstseinsentwicklung beim Staat sah, siedelte der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* des BEK diesen Erziehungsprozess auch in den kirchlichen Fakultäten, Kirchen und Gemeinden an. Dies ist vermutlich den Umständen geschuldet, dass die Kirchen einerseits keinen Zugang zum Bildungssystem der DDR hatten, das andererseits seinem Erziehungsauftrag im Hinblick auf ein Umweltbewusstsein nicht nachkam. Sowohl der ÖRK als auch der BEK nahmen den Staat und die BürgerInnen in die Pflicht. Der BEK forderte von den BürgerInnen immer wieder einen ökologischeren Lebensstil. Laut BEK und ÖRK sollte das eigene Konsumverhalten vor allem im Hinblick auf seine ökologischen Auswirkungen beleuchtet werden. Der ÖRK wies 1979 auch auf die Effekte des Konsums auf nationale und internationale Gerechtigkeit hin; dieser Aspekt ist beim BEK erst 1980 zu finden. Dazu, wie ein ökologischer Lebensstil faktisch realisiert werden konnte, gaben der BEK und der ÖRK kaum praktische Beispiele. Im Falle des BEK war von der Müllreduktion, im Falle des ÖRK vom Einsparen von Energie die Rede.

Die beschriebenen Handlungsoptionen des Staates, um seiner Umweltverantwortung gerecht zu werden, waren wesentlich konkreter. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* übte starke Kritik an der Wirtschafts- und Agrarpolitik der DDR und forderte eine ökologischere Ausrichtung. Mit der angestrebten Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung würden die negativen Auswirkungen auf das Leben zukünftiger

[520] AaO, 318.

Generationen ignoriert. Auch der ÖRK appellierte, die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft im Blick zu behalten und verwies auf die Verantwortung für kommende Generationen. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* und die Bundessynode forderten über die Weitergabe von Umweltinformationen hinaus vom Staat, die Wirksamkeit seiner Umweltgesetze voll auszuschöpfen. Der BEK und die Gliedkirchen bemühten sich ab 1977 um Gespräche mit dem Staat zu Umweltschutzmaßnahmen. In diesen wurden Aspekte der Energiepolitik und der erneuerbaren Energien behandelt. Diese Themen waren im Rahmen des KSZE-Prozesses und des ÖRK ausführlich erörtert worden. Sie fanden auf der Ebene des BEK erst 1988 in der Studie *Energie und Umwelt* intensive schriftliche Auseinandersetzung und Darstellung. Während im Rahmen des KSZE-Prozesses auf die internationale ökologische Zusammenarbeit verwiesen wurde, machte der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* die sozialistische Gesellschaft der DDR als eigentlichen Wirkungsraum aus, in dem er sich an ökologischen Projekten beteiligen oder diese selbst initiieren wollte. Mit dem Hinweis auf den Zusammenhang von Rüstung und Ökologie brachten der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* 1978 sowie die KKL und die Bundessynode 1982 einen neuen Aspekt in die Abrüstungsdebatte ein; die Auseinandersetzung im Rahmen der Abrüstungsverhandlung mit dieser Thematik bewertete man als mangelhaft. In seinen Stellungnahmen wies der BEK immer wieder auf die Wechselbeziehungen der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsthematik hin.

Der BEK befasste sich eigenständig mit dem Thema Menschenrechte und brachte sich diesbezüglich auch in den internationalen ökumenischen Diskurs ein. Gemeinsam mit dem ÖRK und den Konsultationen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* sprach man sich für den Einsatz der Kirchen und ChristInnen für die Realisierung der Menschenrechte aus. Es gab aber keine Vorschläge, wie die bzw. der Einzelne diesen Einsatz konkret realisieren konnte. Auch wenn die Menschenrechte nicht christlichen Ursprungs waren, begründeten der BEK und die nordeuropäische Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* den Einsatz der Kirchen und ChristInnen für Menschenrechte theologisch mit dem angebrochenen Gottesreich und der im Evangelium zum Ausdruck gebrachten Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen. Als Problemfelder der Menschenrechtsdebatte bestimmte der BEK die fehlende Rechtsgültigkeit der Menschenrechte und die variierenden Menschenrechtsverständnisse. Im Einklang mit den ökumenischen Äußerungen zu dieser Thematik wurden die Menschenrechte aus dem christlichen Selbstverständnis heraus vom BEK sozial und global gedacht. Im Zuge dessen bedeutete das Engagement für Menschenrechte vor allem den Einsatz für die „Rechte des anderen“[521] und für die Weltgerechtigkeit. Der ÖRK, die Konsultationen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* sowie der BEK verwiesen auf den Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten. Die nordeuropäische Konsultation des *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* und die KKL beschrieben soziale und die individuelle Menschenrechte als gleichrangig. Der ÖRK und Vertreter des BEK definierten Basisrechte.

Hatte der BEK hinsichtlich der Menschenrechte allgemein eine klare, an den internationalen Menschenrechtsforderungen orientierte Position eingenommen, so fiel seine Bewertung der Realisierung der Menschenrechte in der DDR sehr ambivalent aus. Einerseits nahm man sehr deutlich die Defizite individueller Menschenrechte in der DDR wahr und wollte sich – ganz im Sinne der Ökumene – für deren

[521] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: aaO, 263.

Behebung einsetzen. Gleichzeitig ging man aber sehr vorsichtig vor; zeigte sogar teilweise Verständnis für rechtliche Einschränkungen. Diese beschrieb man als Konsequenz der internationalen Situation, der politischen Ausrichtung des Sozialismus oder als Schutz für die BürgerInnen der DDR. Rechtliche Erleichterung seitens des Staates wurde gelobt, vor allem im Hinblick auf die Reisefreiheit. Besonders die Verfasser der Vorträge in *Menschenrechte in christlicher Verantwortung* scheinen in der Auseinandersetzung mit der Menschenrechtssituation in der DDR stark von dem sozialistischen Menschenrechtsverständnis und der Menschenrechtspolitik der DDR geprägt. Wie der Staat hofften sie mit dem Wirtschaftswachstum auf eine Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Rechte. Des Weiteren verwies man auf Schwachstellen des Kapitalismus, versuchte damit die Defizite in der DDR kleinzureden und die Errungenschaften des Sozialismus zu verdeutlichen. Trotz der propagierten Gleichwertigkeit der Menschenrechte machte man hinsichtlich der individuellen Menschenrechte Abstriche. Möglicherweise wollte man nicht in den Verdacht geraten, wie der Westen die Individualrechte überzubetonen, und dadurch die Weiterentwicklung der Menschenrechte in der DDR gefährden. Obwohl der BEK 1978 „[e]ine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik“[522] erstellte, verwies er darin nicht auf die Differenz zwischen den in der DDR-Gesetzgebung zugesagten Rechten und der fehlenden Möglichkeit, diese Rechte seitens der BürgerInnen auszuleben oder einzuklagen. Selbst die im Rahmen des *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* sowie von Vertretern des BEK definierten Basisrechte, wie die Teilhabe, die Meinungs- und Religionsfreiheit, waren in der DDR nicht sichergestellt. Trotz des sehr vorsichtigen Einsatzes für mehr Reise- und Informationsfreiheit durch den BEK wurde dieser von staatlicher Seite kritisch gesehen.

Die Stellungnahmen des BEK zur Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsthematik stimmen in seinen allgemeinen Ausführungen und Forderungen an vielen Punkten mit denen der internationalen ökumenischen Gemeinschaft sowie der KSZE und der *Vereinten Nationen* überein. Während der BEK und die Ökumene ihre Fürsprache für das Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsengagement theologisch begründeten, basierten die Ziele des KSZE-Prozesses und der *Vereinten Nationen* auf ethischen bzw. humanistischen Wertevorstellungen. Mit seinen Äußerungen stärkte der BEK somit die internationale, auf Völkerverständigung und Zusammenarbeit ausgerichtete Sichtweise in der Diskussion in der DDR.

Bei seinen direkten Bewertungen der Gegebenheiten in der DDR und seinem Verhalten gegenüber dem Staat ist bei den Themen Frieden, Umweltschutz und vor allem Menschenrechte eine gewisse Diskrepanz zu den allgemein eingenommenen Standpunkten zu erkennen. Obwohl der BEK sich mit seiner allgemeinen Argumentation im Bereich der national unabhängigen Kräfte bewegte, war es ihm auf nationaler Ebene nicht möglich, als solche Einfluss zu nehmen bzw. diesen Standpunkt durchzuhalten. Zwar wies er den SED-Staat, z.B. hinsichtlich des Wehrunterrichtes und der Geldumtauschregelung, auf die Auswirkungen des nationalen politischen Handelns auf die globalen Zusammenhänge hin, die Rolle der unabhängigen gesellschaftlichen Größe wurde ihm aber, trotz der Aufforderung zur gesellschaftlichen Mitarbeit beim

[522] Die Menschenrechte in der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Stand 1. Mai 1978. Erarbeitet im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, EZA 101/686.

Gespräch am 6. März 1978, vom Staat nicht zugestanden bzw. versagt. Die fehlende rechtliche Grundlage und Anerkennung als gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Akteur durch den Staat führte dazu, dass sich der BEK in seiner Positionierung in gewissen Kontexten zurücknahm bzw. zurücknehmen musste. Der BEK wollte die Gespräche mit dem Staat aufrechterhalten und deshalb Konflikte vermeiden. Dies kann auch als Beweggrund für die ausgebliebene Positionierung zu den Vorgängen in der VR Polen angesehen werden. Dieser bedächtige Umgang mit dem Staat führte zu Differenzen zwischen den Kirchenleitenden und Teilen der Basis des BEK und seiner Gliedkirchen. Denn die Kooperation mit dem Staat eröffnete gewisse Möglichkeiten, ging aber ferner mit Verbindlichkeiten einher. Das vorsichtige Vorgehen der Kirchenleitenden stand auch im Widerspruch zum Wunsch des BEK, im Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsengagement seiner Mitglieder demokratische Rechte wie Partizipation, Mündigkeit und Mitverantwortung aus dem Glauben heraus in der sozialistischen Gesellschaft der DDR wahrgenommen und gestärkt zu sehen. Denn während er sich gegen das Abschirmen der ChristInnen von der Gesellschaft und den reinen Fokus auf die kirchliche Selbsterhaltung aussprach, mahnte er gleichzeitig zur vorsichtigen Inanspruchnahme der Rechte und schränkte in einigen Situationen seine Unterstützung ein, wenn daraus ein Konflikt mit dem Staat erwuchs.

2.10 Iskraut: Predigt vom 8. Mai 1975 (P1Isk1975)

Diese Predigt zu Rm 8,34 wurde am 8. Mai 1975 von Pfarrer Iskraut in der Gemeinde in Letschin, Kirchenkreis Seelow, gehalten und setzt sich neben dem Feiertag Christi Himmelfahrt intensiv mit dem 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung Deutschlands von der Herrschaft des Nationalsozialismus, auseinander. Da sich mehrere Predigten dieser Arbeit dieser Thematik widmen, dient diese Predigt von 1975 als Beispiel für die Kontinuität der Beschäftigung des BEK und der PfarrerInnen mit diesem Themenkomplex. Darüber hinaus kann eine mögliche Weiterentwicklung des Umgang mit diesem Gegenstand nachvollzogen werden.

Der 30. Jahrestag des Ende des 2. Weltkrieges spielte sowohl innerhalb des BEK als auch in der DDR eine wichtige Rolle. Der Bischofskonvent des BEK gab zu diesem Anlass eine Predigthilfe heraus; die KKL veröffentlichte im März 1975 *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945*.[523] Mit der Bibelstelle folgt Iskraut dem Vorschlag der Predigthilfe, vom eigentlichen Text der Perikopenordnung (Joh 17,20-26) abzuweichen. Begründet wurde dies damit, mit Rm 8,34 adäquater auf Christi Himmelfahrt und das Ende des 2. Weltkrieges sowie deren Zusammenhänge eingehen zu können.[524] Pfarrer Iskraut übernimmt auch einige wortwörtliche Zitate der Predigthilfe in seine Ausführungen.

Von staatlicher Seite fand am 15. April 1975 eine Veranstaltung mit kirchlichen und theologischen VertreterInnen zum Thema *Die Befreiungstat der UdSSR – Voraussetzung und Verpflichtung für einen Weg des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts* statt. Veranstalter waren der Nationalrat der *Nationalen Front* und der Staatssekretär für Kirchenfragen. Mit der Veranstaltung beabsichtigten sie, zu „demonstrieren, daß die Würdigung der weltgeschichtlichen Leistungen der UdSSR bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Freundschaft zur UdSSR auch in kirchlichen Kreisen lebendig ist."[525] Gleichzeitig ging es darum, „den entscheidenden Anteil der Roten Armee und der SU am Sieg über den deutschen Faschismus herauszuarbeiten."[526] Bischof Schönherr brachte im Vorhinein seine Bedenken über die einseitige Ausrichtung des Gedenkens zum Ausdruck. Gleichzeitig deutete er an, dass es innerhalb des Vorstandes der KKL zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Mitwirkung von VertreterInnen des BEK an dieser Veranstaltung kommen könnte.[527] Dennoch nahmen BEK-VertreterInnen an der Veranstaltung teil und wirkten sogar durch Vorträge mit.[528]

---

[523] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127-131; Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 2ff.

[524] Vgl. LUTHERISCHE LITURGISCHE KONFERENZ DEUTSCHLANDS (Hg.): Ordnung der Predigttexte, Himmelfahrt, III; Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 2.

[525] Dok. 38: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 28.1.1975 „Veranstaltung mit kirchlichen Amtsträgern zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus". SAPMO-BA ZPA J IV 2/3/2260. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung Nr. 08/75 vom 28.1.1973, Punkt 10 und Anlage 6. Begründung für den Beschluß in: SAPMO-BA ZPA J IV 2/3A/2625 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 260; vgl. auch aaO, 259.

[526] Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 12.2.1975. BA, Abt. Potsdam, O-4 Nr. 6295. Schreibmaschinendurchschrift in: aaO, 261.

[527] Vgl. aaO, 261f.

[528] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 19f.

Röm 8,$_{34}$ **Letschin 8. Mai 1979**

Römer 8,$_{34}$: „Wer will verdammen?
Christus ist hier, der gestorben ist,
ja vielmehr, der auch auferweckt ist,
welcher ist zur Rechten Gottes und vertritt uns."

Liebe Gemeinde!

Der heutige Tag wird Himmelfahrt genannt. Das ist eine sehr missverständliche Bezeichnung. Denn es geht ja bei diesem Fest nicht um eine Fahrt, die gefeiert wird, schon gar nicht um eine Reise, bei der Jesus Christus für alle Male von der Erde Abschied nimmt. Sondern wir feiern ihn als den Herrn über alle Mächte und Gewalten und bekennen heute angesichts der Mächte und Gewalten, angesichts der verschiedenen Regierungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: Jesus Christus herrscht als König! und das will was heißen: Jesus ist es und keine andere Macht, die das letzte Machtwort über uns spricht.

Man müßte sein ganzes Lebenswerk erzählen, um zu ermessen, w e r hier das Machtwort spricht. Es scheint zu wenig, wenn Paulus sagt: Es ist Christus, der gestorben, ja vielmehr, der auch auferweckt ist. Das klingt zu komprimiert, zu gedrängt, und dennoch ist hier genug gesagt für den, der diese Worte als sein Bekenntnis nachsprechen kann. Sie reden von Jesus, einem Verfolgten, zu Tode Gequälten, der mit den letzten Worten, die er aufbringt, für seine Peiniger bittet: Vater, vergib ihnen. Und für jeden, der die knappen Worte von Paulus aufnimmt, schwingt das mit. Sie reden weiter von dem auferstandenen Christus, der nun nicht mit Kaiphas und Pilatus abrechnet, der auch nicht seine Jünger vorwurfsvoll fragt: Wo wart ihr damals, als ich verurteilt wurde! Er hat sie auch nicht einmal stillschweigend ausgewechselt gegen eine vielleicht bessere Mannschaft, sondern beauftragt die gleichen Leute, in alle Welt zu gehen und bekanntzugeben: Jesus Christus herrscht als König.

Von diesem Jesus Christus heißt es in dem gleichen Bekenntnis, das Paulus zitiert: Er sitzt zur Rechten Gottes und vertritt uns. Ein merkwürdiger König, der zwischen sich und einem schuldig Gewordenen eine heile Beziehung herstellt, ein merkwürdiger Richter, der sich hat umbringen lassen und sich nun noch für den eigentlich Angeklagten bei Gott stark macht und dessen letztes Wort Freispruch ist. Liebe Gemeinde: Gemessen an dieser Zukunft, auf die wir hoffen dürfen, gemessen an diesem Tag, an dem Christus richtet, gibt es eigentlich keinen Tag, den wir Befreiung nennen dürfen. Auch der 8. Mai wäre – in diesem Sinne – kein Tag der Befreiung. Hier geschah nicht Sündenvergebung, die die Menschen in Europa bis 1945 auf sich geladen haben. Und doch war die Zerschlagung des nationalsozialistischen Systems für mich ein Stück der Befreiungsgeschichte, die von Christus her ausgeht.

Ich weiß, daß es manch einem von uns schwerfällt, den 8. Mai als einen Tag der Befreiung zu verstehen. Wir kennen Menschen, die noch nach diesem Datum unsagbares Leid ertragen mußten: Vergewaltigungen,

Verschleppungen nach Sibirien oder auch Menschen, die in anderer Weise Opfer des Stalinismus geworden sind, auch die, die sich von der Neuordnung der Gesellschaft überrollt fühlten und die Flucht ergriffen. Ich möchte aber die Kette dessen, was hier noch alles gesagt werden könnte, nicht fortsetzen – nicht weil es zu verschweigen wäre. Aber ich sehe mit dem Aufzählen all dieser Dinge die Gefahr, daß wir selbst getanes Unrecht gegen erlittenes Unrecht gegeneinander aufrechnen. Ich denke, das ist uns verwehrt und zwar aus 3 Gründen:

1. Wir haben als erstes im Predigttext gehört, daß sich Christus selbst für uns bei Gott eingesetzt und für uns einzelne, für uns als Deutsche, als Europäer, für die Amerikaner und Asiaten um Vergebung bittet. Ob wir dabei nicht doch besser bei wegkommen als beim Aufrechnen von Schuld gegen Schuld?

2. Wir Deutsche haben uns anderen Völkern und Kulturen gegenüber überlegen gefühlt. Wir haben aber von dort her a u c h Bereitschaft zum Vergeben und großzügige Hilfe erfahren. Das haben nicht nur die großen Kirchenfürsten 1945 in Stuttgart erlebt, das kann genausogut meine Vorgängerin Frau Pastorin Biedermann von ihrem ersten Treffen ausländischer Studenten nach dem Krieg berichten, und viele andere unter uns haben Hilfe und Unterstützung erfahren.

3. Wir haben gelitten unter einem System, das sich anmaßte, letztgültige Urteile zu sprechen: Über Juden, über Kommunisten, über Christen, Sektierer, Freidenker aller Schattierungen, Schriftsteller, Künstler und schließlich über angeblich lebensunwertes Leben und wenn es gelungen wäre: über die ganze Welt. Welch eine entsetzliche Anmaßung zu singen: Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!

Von diesem Regierungssystem sind wir befreit worden, und diese Befreiung hat Opfer gekostet. Da sind in der Tat an erster Stelle die sowjetischen Soldaten zu nennen, einfach deshalb, weil sie die meisten Opfer zu beklagen hatten: 20 Millionen, das sind 3 Millionen Einwohner mehr, als es in der DDR gibt. Da sind aber auch die deutschen Zivilisten und Soldaten zu nennen, die ihre Leben für eine sinnlose Sache hingeben mußten. Warum sollte ihrer nicht gedacht werden dürfen? Warum sollten ihre Namen in Vergessenheit geraten müssen? Als unser Bischof im Jahre 1972 in Leningrad auf dem Piskariew-Friedhof mit seinen Massengräbern einen Kranz niederlegte, sagte die sowjetische Begleiterin zu ihm: „Wir wissen, daß Ihr Volk in diesem Krieg nach dem sowjetischen die meisten Toten zu beklagen hatte." Dann dürfen aber auch nicht die Juden vergessen werden. Vielleicht gehören auch sie an die erste Stelle. 6 Millionen, das ist ein Drittel des jüdischen Volkes, das im sogenannten Dritten Reich sein Leben lassen mußte. Dann aber sind auch Namen wie Pastor Paul Schneider und Dietrich Bonhoeffer zu nennen und Widerstandskämpfer aus den Reihen deutscher Kommunisten, die alle zusammen den Siegermächten glaubhaft machten, daß das deutsche Volk nicht nur aus Nazis besteht und daß es Sinn hat, mit diesem Volk noch einmal neu zu beginnen! Wir wissen, es hat auch andere Pläne gegeben!

Ein ehemaliger KZ-Häftling in Buchenwald, der Marxist Hasso Grabner schreibt in einem Nachruf für Paul Schneider: „Dein unbeirrbarer Glaube an eine endgültige Gerechtigkeit verbot dir kategorisch jede

Kompromißlösung, die dir die feigen faschistischen Henker oft genug angeboten... In Stolz und Trauer gedenken wir, die wir dem Sterben entronnen sind, heute deiner. So darf ich auch heute als Kommunist deine Geschichte all denen erzählen, die Ohren haben zu hören und ich weiß mich eins mit dir, wenn ich sage 'Dein Tod legt unsere Hände ineinander.'" Soweit Hasso Grabner.

Liebe Gemeinde! Wir alle werden uns an den Erwartungen derer, die geopfert wurden, messen lassen müssen und uns fragen müssen, ob wir nicht schon wieder dabei sind, Dinge zu vergessen oder schön zu färben, zu übersehen oder zu verharmlosen und in unserm Leben die Kurven so elegant zu nehmen, dass ja nur wir selbst ohne Schrammen davon kommen. Wir werden uns fragen müssen, was wir selber an Befreiendem zu sagen und zu tun haben im Blick auf eine Welt, in der die Spannungen unter den Völkern nicht nachgelassen haben und im Blick auf die Zukunft, in der uns Christus alle befreien wird.

„Wer will verdammen? Christus ist hier, der gestorben ist, ja vielmehr, der auch auferweckt ist, welcher ist zur Rechten Gottes und vertritt uns." Amen.

Pfarrer Iskraut merkt zum Gottesdienstablauf an: „Im Gottesdienst wurde an Stelle des Kyrie aus einem Referat von Martin Niemöller aus dem Jahre 1946 (März) ein 'Schuldbekenntnis' verlesen: 'Ich habe niemanden ermordet ... aber ich habe es nicht für nötig empfunden, vor die Gemeinde hinzutreten ... und zu sagen: Was da geschieht, ist ein großer Rechtsbruch' (in bezug auf Kommunisten, die 1933 ins KZ geworfen wurden). Anstelle der Schriftlesung standen Auszüge aus dem Stuttgarter Schuldbekenntnis (Oktober 1945) und dem Darmstädter Wort des Bruderrats der EKD (August 1947)."[529]

[529] Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), Privatarchiv Lührmann.

Am 8. Mai 1975 wurde Christi Himmelfahrt gefeiert, zugleich jährte sich das Ende des 2. Weltkrieges zum 30. Mal. Der 8. Mai wurde von der Volkskammer der DDR 1950 zum Feiertag erklärt.[530] Auch wenn er ab 1967 seinen Status als gesetzlicher Feiertag verlor, wurde er bis 1989 als „Tag der Befreiung"[531] zu einem wichtigen Feiertag in der DDR. Man sprach in der DDR auch vom „[T]ag der Befreiung vom Hitlerfaschismus"[532] oder vom „Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus"[533]. In dem Gesetzestext über die Einführung der Feiertage wird die „Zerschlagung der faschistischen Wehrmacht und des Staatsapparates durch die sowjetische Armee"[534] betont. Die unterschiedlichen Titulierungen des 8. Mai 1945, der Gesetzestext sowie weitere staatliche Äußerungen zu diesem Gedenktag verdeutlichen den Fokus des Gedenkens in der DDR auf dem Ende des Faschismus und dem erfolgreichen Eingreifen der Sowjetunion zur Beendigung des Krieges.[535] „Der Antifaschismus und mit ihm das Gedenken an die Ermordeten wurde in der DDR fortan zur Staatslegitimation".[536] Ministerpräsident Grotewohl betonte anlässlich des 8. Mai 1950: „Die Abkehr von der verderbenbringenden Tradition in unserer Heimat wurde allein innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen. Hier hat man sich den Lehren der Geschichte nicht verschlossen."[537] 1955 wurde Grotewohl noch konkreter: „Aber nur in einem Teil Deutschlands, in der damals sowjetisch besetzten Zone, wurden die Lehren der Geschichte in vollem Umfange beherzigt."[538] In der DDR kam es zu einer zunehmenden Verfestigung im Umgang mit der NS-Zeit und ihren Folgen. Die SED sah die deutsche Vergangenheit in der DDR als bewältigt an.[539]

Aufgrund dieses Jahrestages werden politische und gesellschaftliche Zusammenhänge während des Nationalsozialismus und des Krieges sowie deren Folgen, wie Umbrüche und Vertreibungen, in die Predigt integriert. Der Bischofskonvent betonte in seiner Predigthilfe, den Gedenktag nicht unbeachtet lassen zu können.[540] Aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse des Jahres 1975 hingegen schwingen in der Predigt nur unterschwellig mit bzw. werden indirekt erwähnt. Hier kann vor allem auf den Schluss der Predigt verwiesen werden. Der Bezug auf die Gegenwart der ZuhörerInnen ist primär durch das sich

[530] Vgl. Gesetz über die Einführung der Feiertage "Tag der Befreiung" und "Tag der Republik" vom 21. April 1950, § 1, www.verfassungen.de/ddr/feiertagsgesetz50.htm (12.04.2020).

[531] Ebd.

[532] Dok. 38: Beschluß des Sekretariates des ZK der SED vom 28.1.1975 „Veranstaltung mit kirchlichen Amtsträgern zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus". SAPMO-BA ZPA J IV 2/3/2260. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung Nr. 08/75 vom 28.1.1975, Punkt 10 und Anlage 6. Begründung für den Beschluß in: SAPMO BA ZPA J IV 2/3A/2625 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 259.

[533] HURRELBRINK: Befreiung als Prozess, 90.

[534] Gesetz über die Einführung der Feiertage „Tag der Befreiung" und "Tag der Republik" vom 21. April 1950, www.verfassungen.de/ddr/feiertagsgesetz50.htm (12.04.2020).

[535] Vgl. Dok. 38: Beschluß des Sekretariates des ZK der SED vom 28.1.1975 „Veranstaltung mit kirchlichen Amtsträgern zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus". SAPMO-BA ZPA J IV 2/3/2260. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung Nr. 08/75 vom 28.1.1975, Punkt 10 und Anlage 6. Begründung für den Beschluß in: SAPMO BA ZPA J IV 2/3A/2625 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 259; Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 12.2.1975. BA, Abt. Potsdam, O-4 Nr. 6295. Schreibmaschinendurchschrift in: aaO, 261.

[536] SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 149.

[537] 8. Mai – eine grundlegende Wendung. Aus der Rede Otto Grotewohls bei den Feierlichkeiten der Regierung zum Tag der Befreiung in: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Mai 1950, 4.

[538] Der Weg zu Frieden und Wiedervereinigung. Aus der Festansprache des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Otto Grotewohl, am 7. Mai in der Staatsoper in: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Mai 1955, 3.

[539] Vgl. HURRELBRINK: Befreiung als Prozess, 72, 90; SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 150.

[540] Vgl. Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 2.

jährende Kriegsende gegeben. Die Menschen – besonders im Oderbruch – waren noch 1975 stark von den Ereignissen vor, während und nach 1945 geprägt; es war Teil ihrer Biographie. Iskraut erwähnt und bewertet die Gräueltaten des NS-Regimes, aber auch die Repressalien durch die Angehörigen der Roten Armee. Darüber hinaus thematisiert er die persönliche Schuld und Verantwortung der BürgerInnen der DDR. Damit positioniert er sich konträr zum Staat und dessen Ansichten sowie dessen Umgang mit diesen Themen auch im Jahr 1975.

Für Iskraut liegt die Bedeutung von Christi Himmelfahrt darin, dass „wir ihn [Jesus Christus] als den Herrn aller Mächte und Gewalten" feiern. Jesus Christus wird als „Herr" und „König" dargestellt, der „über alle Mächte und Gewalten" herrscht und diesen übergeordnet ist. Hier wird somit ein kraft- und machtvolles Jesusbild gezeichnet. Gleichzeitig macht der Prediger mit dem Satz „Jesus ist es und keine andere Macht, die das letzte Machtwort über uns spricht" deutlich, dass die Gläubigen trotz des Lebens in der Welt primär Jesus Christus unterstehen und ihm gegenüber verantwortlich bzw. zugehörig sind. Diese Botschaft spiegelt inhaltlich die II. These der *Barmer Theologischen Erklärung* wider, die besagt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften."[541] Die Zugehörigkeit zu und Verantwortlichkeit gegenüber Jesus Christus soll die Gläubigen dazu ermutigen, Handlungen, Haltungen und Handlungsaufforderungen der irdischen Mächte von ihrem christlichen (Moral-)Verständnis her zu beleuchten und zu beurteilen. Ihre Haltung bzw. ihr Verhalten soll dementsprechend ausgerichtet werden. Dies kann auch Kritik oder Widerstand gegenüber dem politischen System beinhalten. Gleichzeitig ermöglicht es, politische und gesellschaftliche Ereignisse nüchterner als temporäre Gegebenheiten zu betrachten. Dazu die Predigthilfe: „Wer den ewigen Richter nicht kennt, wird das Urteil der Geschichte als letztinstanzliches ansehen"[542].

In näherer Auseinandersetzung mit Rm 8,34 bezeichnet Iskraut diesen Vers als komprimierte Darstellung des Lebenswerks Jesu Christi. Er stellt Jesu Leid seiner Güte gegenüber. Diese ließ er auch gegenüber seinen Jüngern und den Personen walten, die Unrecht an ihm getan haben, indem er für sie betete und trotz allem für sie eintrat. Der Ausruf „Vater, vergib ihnen" in Lk 23,34 wird zur Untermauerung herangezogen. Im Hinblick auf Jesu Christi Auferstehung und sein Auffahren in den Himmel nennt der Prediger ihn einen „merkwürdige[n] König" und „merkwürdige[n] Richter", der sich selbst „für den eigentlichen Angeklagten bei Gott stark macht". Dieser Gedankengang entstammt der Predigthilfe des Bischofskonvents.[543] Durch seine Ämter als König und Richter wirkt Jesus Christus mächtig, dennoch wird hier das Bild einer einfühlsamen Person gezeichnet. Da der Richter als milde und dem Angeklagten, in diesem Fall der bzw. dem Gläubigen, zur Hilfe eilend beschrieben wird, wird dem Gottesgericht der Schrecken genommen. Iskraut verweist in diesem soteriologischen Motiv auf die Rechtfertigung, die die bzw.der Gläubige aufgrund der Hilfe und des Eintretens von Jesus Christus vor Gott erhält und somit das endgültige Urteil nicht zu fürchten braucht.

Das Thema Freiheit dient als Überleitung zur Auseinandersetzung mit dem 8. Mai 1945, dem „Tag

[541] Die Barmer Theologische Erklärung, II. These, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

[542] Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 3.

[543] Vgl. aaO, 2f.

der Befreiung". Iskraut deklariert den 8. Mai 1945 für sich persönlich als „Stück der Befreiungsgeschichte, die von Christus her ausgeht." Damit hält er zwar an dem Begriff der Befreiung fest, d.h. er nimmt die Titulierung des Feiertages der DDR auf, deutet diese aber neu. Wie die KKL in *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* thematisiert Iskraut somit einen möglichen „Zusammenhang zwischen dieser Freiheitsbotschaft und der 'Befreiung'"[544] 1945. Die Predigthilfe formuliert vorsichtiger. Auch wenn das Wirken Christi in der Welt nicht verneint wird, heißt es: „Kein Zustand der Welt und keine Phase der Geschichte ist schon das Reich Christi"[545]. Laut Iskraut ist sowohl der historischen Befreiung 1945 als auch der Befreiung der Gläubigen von ihren Sünden gemein, dass sie Verpflichtungen für die Betroffenen mit sich bringen. Der Titel „Tag der Befreiung" ist in der Predigt explizit doppelt besetzt: für den 8. Mai 1945 und den Tag des Jüngsten Gerichts. Dennoch unterscheiden sich die beiden Tage der Befreiung. Im Gegensatz zum Tag des Jüngsten Gerichts geschah am 8. Mai 1945 keine Sündenvergebung und das Reich Gottes wurde auch nicht in Gänze erfüllt.[546] Die Bezugnahme auf die Sündenvergebung kann als erste Anspielung auf die Schuld und Verantwortung gegenüber den Geschehnissen während und nach dem 3. Reich angesehen werden. Mit diesen konfrontiert der Prediger die ZuhörerInnen im weiteren Verlauf der Predigt.

Zunächst wird – wie im Papier der KKL – Bezug auf die Menschen genommen, die nach dem 8. Mai noch Leid erfahren haben.[547] Auch Iskrauts Generalsuperintendent hatte ihm gegenüber betont, dass nicht alle Ereignisse nach dem 8. Mai 1945 unter Befreiung zu subsummieren wären. Diesen Gedanken nahm Iskraut in die Predigtausführungen auf.[548] Damit gehen Iskrauts Ausführungen über die Predigthilfe hinaus, in der das Leid der deutschen Bevölkerung nicht erwähnt wurde.[549] Die Pläne einiger kirchlicher VertreterInnen, die Leiden der deutschen Bevölkerung durch die Sowjetarmee am 8. Mai 1975 zu thematisieren, kritisierte der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, scharf und beschrieb es als „antikommunistisch[...]"[550]. Schönherr wurde sogar ausdrücklich verboten, in seinem Vortrag bei der Veranstaltung am 15. April 1975 auf das Leiden der deutschen Bevölkerung einzugehen.[551] Iskraut zeigt in seinen Ausführungen Verständnis, dass aufgrund leidvoller Erfahrungen nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht jeder den 8. Mai positiv sehen kann. Dies wird durch die Anführung verschiedener Leiden unterstrichen, denen Menschen nach dem 8. Mai 1945 durch die Wirren des Krieges, die Etablierung neuer Machthabender und politischer Systeme ausgesetzt waren. Dabei geht Iskraut an dieser Stelle auf Geschehnisse ein, die primär aus der sowjetischen Besatzungszone bekannt sind, wie „Vergewaltigungen [oder] Verschleppungen nach Sibirien". Des Weiteren spricht er von anderen Arten „Opfer des Stalinismus" zu werden, wobei dies nicht näher konkretisiert wird. Hubertus Knabes Werk *Tag der*

[544] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 129.

[545] Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 3.

[546] Vgl. ebd.

[547] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127f.

[548] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), Privatarchiv Lührmann.

[549] Vgl. Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 2ff.

[550] Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 12.2.1975. BA, Abt. Potsdam, O-4 Nr. 6295. Schreibmaschinendurchschrift in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 261.

[551] Vgl. ebd.

Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland kann für ausführlichere Informationen zu den Repressalien der Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten durch die sowjetischen Besatzer herangezogen werden.[552] Der Historiker berichtet zusätzlich von (willkürlichen) Verhaftungen, Plünderungen, Liquidierungen und mutwilliger Zerstörung, die von den Angehörigen der Roten Armee vorgenommen wurden.[553] Mit diesen Repressalien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) „wurde die Gesellschaft [...] in Angst und Unsicherheit gehalten"[554]. Besonders die Massenverhaftungen beschreibt Knabe als „Ausdruck des 'gewöhnlichen' stalinistischen Terrors"[555]. Mit seinen Ausführungen geht Iskraut auch auf die Erfahrungen und Erlebnisse der Gemeindemitglieder ein. Das Oderbruch hatte unter den Folgen des 2. Weltkrieges und unter den russischen Soldaten besonders schwer zu leiden, weshalb diese Predigt als stark adressatenorientiert beschrieben werden kann. Laut Iskraut war Seelow der Kirchenkreis Deutschlands, der am meisten Zerstörung erfahren hatte. Zusätzliches Leid brachte die Überschwemmung des Oderdamms 1947 mit sich.[556] In Bezug auf den 8. Mai 1945 wurde den BewohnerInnen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR damals von staatlicher Seite vermittelt, dass dieser Tag „ein Tag der Befreiung sei und als ein solcher feierlich begangen werden soll"[557]. Jedoch wurde in diesem Zusammenhang das Leid der Deutschen während und nach dem Krieg nicht thematisiert. „[G]elitten hatten offiziell nur die 'Befreier' und die Deutschen haben als Kriegsverbrecher ihre gerechte Strafe bekommen"[558]. Iskraut beschreibt es als „eine Erleichterung"[559] für manche der GottesdienstbesucherInnen, dass endlich auch das Leid der Deutschen erwähnt wurde. Als weiteres Leiden beschreibt Iskraut, „sich von der Neuordnung der Gesellschaft überrollt [zu] fühl[..]en und die Flucht [zu]er[greifen]". Damit spielt der Prediger auf die Bäuerinnen und Bauern an, die aufgrund der Gründung von *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* (LPGs) die Gegend verließen und in den Westen flohen.[560] Iskraut ist sich bewusst, dass die angeführten Beispiele nicht das volle Ausmaß der Leiden widerspiegeln. Das weitere Ausführen der Leiden würde aber argumentativ zu weit und in eine falsche Richtung führen. Iskraut möchte nicht bei der Betrachtung des Leidens der Deutschen stehenbleiben, sondern einen Blick auf die eigene Schuld und Verantwortung für die Leiden Anderer richten. Laut Knabe galt das Sprechen „über die Gewalttaten der Roten Armee [...] bis zuletzt [als] ein strenges Tabu in der DDR."[561] Deshalb kann die Frage aufgeworfen werden, ob Iskraut die Kette seiner Ausführungen abbrechen musste, um nicht in größere Schwierigkeiten zu geraten. Der Prediger konnte dies rückblickend nicht mehr rekonstruieren. Er betonte aber, dass die ZuhörerInnen trotz der kurzen Darstellung weitere Leiden mitgehört hätten.[562] Iskraut wehrt sich gegen eine „Mentalität des Aufrechnens"[563]. Gleichzeitig wirft er die Fragen auf, welche Aufgaben für die Kirche aus der Befreiung

[552] Vgl. KNABE: Tag der Befreiung.
[553] Vgl. aaO, 47ff, 51ff, 57ff, 200ff.
[554] AaO, 265.
[555] AaO, 337f.
[556] Vgl. Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Letschin, Privatarchiv Lührmann.
[557] Ebd.
[558] Ebd.
[559] Ebd.
[560] Vgl. ebd.
[561] KNABE: Tag der Befreiung, 20.
[562] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), ebd.
[563] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 128.

resultieren und ob sie diesen gerecht wird.[564] Die Zuweisung einer Mitschuld der bzw. des Einzelnen an dem geschehenen Unrecht zur Zeit der NationalsozialistInnen wird von Iskraut recht vorsichtig formuliert. Die Predigthilfe wird wesentlich konkreter: „Jeder, der die zwölf Fluchjahre überlebt hat, muß sich fragen, ob er dieses Überleben nicht durch Mitschuld erkauft hat: indem er mitmachte oder schwieg oder wegsah oder das Verabscheuungswürdige verharmloste und schönfärbte oder seinen Widerstand so vorsichtig dosierte, daß er mit einigermaßen heiler Haut davonkam.“[565] Iskraut ging es mehr um die Lehren aus der Vergangenheit für das Verhalten in der Gegenwart. Er plädiert trotz des erfahrenen Leids für die Übernahme von Verantwortung und die Auseinandersetzung mit Schuld. Er kommt damit dem im Papier *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* und in der Predigthilfe formulierten Aufruf nach, den Gläubigen ihre Verantwortung gegenüber der Welt bewusst zu machen.[566] Die KKL, der Bischofskonvent und Iskraut fordern damit einen gegensätzlichen Umgang mit der NS-Zeit und der Schuld der Deutschen als der DDR-Staat propagierte. Nach dem Politologen Marc Schwietring wurde „die Täterschaft der 'normalen' Bevölkerung kaum thematisiert – die Täterfrage [...] somit extrojeziert auf die BRD“[567] und „die Schuldfrage [...] auch in Bezug auf die DDR-Bürger/innen nicht gestellt“[568]. „Die DDR verstand sich als das Land der Antifaschist(inn)en.“[569] Vor der Gründung der DDR wurde Schuld von der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) noch thematisiert. Dies zeigt das Vorwort des Buches *Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht*[570]. Das Buch wurde 1948 von ehemaligen politischen Häftlingen verfasst und von der KPD herausgegeben. Es erfuhr nähere Betrachtung, da diesem Buch das in der Predigt verwendete Zitat Hasso Grabners entstammt. Die LeserInnen werden im Vorwort sehr konkret und schonungslos mit dem Thema Schuld konfrontiert.[571] Jedoch werden die Vorkommnisse in Buchenwald für die eigenen politischen Ziele genutzt. Es kann sogar von Propaganda gesprochen werden, denn die von den LeserInnen geforderte Übernahme der Verantwortung für die Schuld wird an eine politische Ausrichtung gekoppelt. Sie sollen sich vom Faschismus abwenden hin zum Antifaschismus, was als ein von der DDR verfochtenes Ziel herausgestellt wurde. Laut dem Historiker Peter Hurrelbrink wurden Schuld und Verantwortung der DDR-Bevölkerung durch politische VertreterInnen der DDR in der Öffentlichkeit erst Ende der 1980er Jahre mit der ersten demokratisch gewählten Regierung thematisiert. Dennoch setzten sich schon im Vorhinein Einzelne, vor allem Angehörige der Kirche, kritisch mit Schuld und Verantwortung der DDR-Bevölkerung zur NS-Zeit auseinander.[572]

[564] Vgl. aaO, 130f.

[565] Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 4.

[566] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 130; Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 4.

[567] SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 149.

[568] Ebd.

[569] Ebd.

[570] Vgl. KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS STADT UND KREIS LEIPZIG (Hg.): Das war Buchenwald. Nach Anfrage in der Deutschen Nationalbibliothek und deren Recherche im Karlsruher Virtuellen Katalog konnte das Buch bis zur 3. Auflage (151.-200. Tausend) nachgewiesen werden. Da bis auf die Auflagenhöhe des Buches keine Daten zur Rezeption und Verbreitung gefunden werden konnten, kann dies hier nur als Beispiel dienen, um den Umgang der KPD mit dem Thema Schuld aufzuzeigen.

[571] Vgl. APITZ: Ein Vorwort für dich, 3ff.

[572] Vgl. HURRELBRINK: Befreiung als Prozess, 91ff.

Der erste Grund, der nach Iskraut gegen die „Mentalität des Aufrechnens“[573] spricht, ist, dass die Zusage Jesu Christi, sich für die Gläubigen bei Gott einzusetzen, „für uns einzelne, für uns als Deutsche, als Europäer, für die Amerikaner und Asiaten“ gilt. Iskraut ordnet die einzelnen Gemeindemitglieder damit in die größeren Zusammenhänge Deutschland, Europa und Weltgemeinschaft ein. Mit AsiatInnen sind laut Iskraut hier die RussInnen gemeint.[574] Besonders der Verweis auf Deutschland und Europa als Einheiten widersprach dem Streben der DDR nach Eigenstaatlichkeit und Abgrenzung von der BRD und dem kapitalistischen Europa.[575] Trotz aller Kontroversen beschreibt Iskraut all diese Menschen als durch die Rechtfertigung durch Jesus Christus verbunden. Darin schwingt auch die Aufforderung mit, die Menschen anderer Nationen als Schwestern und Brüder wahrzunehmen.

Anschließend thematisiert der Prediger das Überlegenheitsgefühl der Deutschen und spricht damit alle an, die deutscher Nationalität sind. Andere Länder hätten trotzdem große Unterstützung und Versöhnungsbereitschaft gegenüber den Deutschen gezeigt. Hier verweist er auf die Erfahrungen der kirchlichen Würdenträger in Deutschland und die Erfahrungen seiner Vorgängerin Pastorin Ilse Biedermann im Austausch mit ausländischen StudentInnen nach Ende des Krieges. Das Motiv der Vergebung wird somit im internationalen Kontext thematisiert.

Als dritter Grund werden die Gräueltaten des NS-Regimes angesprochen. Die NationalsozialistInnen hätten vielen Menschengruppen das Lebens- und Existenzrecht abgesprochen: „Juden, [...] Kommunisten, [...] Christen, Sektierer[n], Freidenker[n] [...], Schriftsteller[n], Künstler[n]“ und Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen. Die Opfergruppen der kommunistischen WiderstandskämpferInnen und der ChristInnen werden nochmal gesondert hervorgehoben, indem Iskraut ein Zitat von Hasso Grabner aus dem Buch *Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht* in seine Ausführungen integriert. Grabner war als Kommunist politischer Gefangener im Konzentrationslager Buchenwald. Er spricht in dem Zitat über Pfarrer Paul Schneider und lobt dessen „unbeirrbare[n] Glaube[n]“[576]. Dieser Glaube „verbot [ihm] kategorisch jede Kompromißlösung“,[577] die ihm laut Grabner vom NS-Regime angeboten worden waren. In *Auskunft über Paul Schneider* betont Wolfgang Frank, dass „für Nichtchristen [...] Paul Schneider der unbeugsame christliche Kämpfer gegen die nazistische Gewaltherrschaft [ist]“[578]. Obwohl die Folgen für Schneider verheerend waren, versuchte er immer wieder „durch christlichen Zuspruch, Mahnung, Bitte, tätige Mithilfe seine Mitgefangenen für Christus zu gewinnen.“[579] Im Bunker „hielt er [...] Häftlingen eine Morgenandacht, wobei er stets Schläge und Mißhandlungen durch die Scharführer Sommer und Pleissner einstecken mußte.“[580] Als weitere Arten der Bestrafung Paul Schneiders berichtet der ehemalige KZ-Häftling Karl Trzmiel von Dunkelarrest und Verringerung der Essensrationen.[581] Neben Grabner

[573] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 129.
[574] Vgl. Aufzeichnungen zu Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), Privatarchiv Lührmann.
[575] Dies wurde besonders deutlich, als Gorbatschow gegen Ende der 1980er Jahre vom „gemeinsamen Europäischen Haus[...]“ (GORBATSCHOW: Perestroika, 254; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 18.) sprach. (Vgl. SCHROEDER: Der SED-Staat, 291; SIEBS: Außenpolitik, 345ff.)
[576] GRABNER: In memoriam Pfarrer Schneider, 89.
[577] Ebd.
[578] FRANK: Auskunft, 46.
[579] Leikam zitiert nach WENTORF: Der Fall des Pfarrers Paul Schneider, 221.
[580] Trzmiel zitiert nach aaO, 220.
[581] Vgl. aaO, 220f.

betonen auch andere KZ-Häftlinge wie Alfred Leikam, „dass das Andenken von Schneider [...] bei allen Häftlingen ehrerbietig und des Lobes voll [war]“.[582] Paul Schneiders Glaube, der ihn veranlasste, sich ohne Rücksicht auf das eigene Wohl gegen das NS-Regime auszusprechen, dient in Iskrauts Predigt als Vorbild für die Gläubigen und untermauert die Aufforderung, sich der Verantwortung, die aus der Vergangenheit erwächst, zu stellen. Die Inhalte und die Handlungsaufforderungen der Predigt werden mit der Aussage eines Marxisten gestützt und somit weniger angreifbar durch Angehörige der Staatsorgane der DDR. Laut Iskraut entnahm er dieses Zitat einer durch die Kirche zur Verfügung gestellten Zitatensammlung, die zu besonderen Anlässen das Abfassen einer Predigt erleichtern sollte.[583] Für besonders wichtig erachtet er die Aussage Grabners: „Dein Tod legt unsere Hände ineinander“[584]. Damit sieht er die Verbundenheit zwischen MarxistInnen und ChristInnen betont.[585] Verstärkt wird dieser Aspekt durch die Aussage Grabners „ich weiß mich eins mit dir“[586]. Als Kriegsopfer werden bei Iskraut im Besonderen die sowjetischen Soldaten, aber auch die deutschen Soldaten und ZivilistInnen hervorgehoben. Mit dem Zitat einer Bürgerin der Sowjetunion bei der Kranzniederlegung Bischof Schönherrs in Leningrad 1972 findet die Anerkennung der deutschen Todesopfer des 2. Weltkriegs durch die „Befreier“ statt, was ihr mehr Gewicht verleiht und Iskrauts Ausführungen weniger angreifbar macht. Hier kann nochmal Bezug auf Iskrauts Ausführungen zur Gemeinde von Letschin genommen werden, in denen er betont, dass „das Leid der Deutschen [...] bewusst verschwiegen“[587] wurde. Iskraut weicht durch die Auflistung verschiedener Opfergruppen von dem charakteristischen Merkmal der Erinnerungskultur der DDR ab, andere Opfergruppen „mit Ausnahme der kommunistischen Opfer“[588] auszublenden und „de[n] kommunistische[n] Widerstand“[589] zu überhöhen. Die Reduktion der Opfergruppen auf die KommunistInnen weist schon das Vorwort des Buches *Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht* auf. Darin werden die Gegebenheiten im KZ-Buchenwald nur aus der Sicht der politischen Häftlinge dargestellt. Bruno Apitz spricht im Vorwort von den Autoren als „wir Buchenwalder politische[...] Gefangene[...]“[590]. Die Todesopfer unter den politischen Gefangenen kommentiert er mit den Worten: „Tausende unserer Besten gaben ihr Leben!“[591] Andere Opfergruppen, wie z.B. Juden, Sinti und Roma oder Homosexuelle, finden im Vorwort nur implizit als „Gefolterte[...] und Geschändete[...]“[592], „Verhungerte[...] und Ermordete[...]“[593] und „gequälte[...] Menschen“[594] Erwähnung. Apitz stellt die politischen WiderstandskämpferInnen den Menschen gegenüber, die „aus reiner Rücksichtnahme auf [...] persönliche Sicherheit kapituliert“[595] haben. Des Weiteren wird das negative, faschistische System dem „neue[n] antifaschistische[n] demokratische[n] Deutschland“[596] entgegengesetzt.

[582] Leikam zitiert nach FRANK: Auskunft, 49; vgl. auch Trzmiel zitiert nach aaO, 48; Trzmiel zitiert nach WENTORF: Der Fall des Pfarrers Paul Schneider, 221.
[583] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), Privatarchiv Lührmann.
[584] GRABNER: In memoriam Pfarrer Schneider, 89.
[585] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), Privatarchiv Lührmann.
[586] GRABNER: In memoriam Pfarrer Schneider, 89.
[587] Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Letschin, Privatarchiv Lührmann.
[588] SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 149.
[589] Ebd; vgl. auch HURRELBRINK: Befreiung als Prozess, 91.
[590] APITZ: Ein Vorwort für dich, 3.
[591] AaO, 4.
[592] AaO, 3.
[593] AaO, 4.
[594] Ebd.
[595] Ebd.
[596] AaO, 5.

Auch das Papier der KKL sowie die Predigthilfe weisen hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit den Opfergruppen Defizite auf. Während die Predigthilfe konkret nur von den Todesopfern unter den sowjetischen Soldaten spricht,[597] erwähnt die KKL „KZ-Häftlinge, politische Gefangene, aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen Verfolgte [und] Widerstandskämpfer“[598]. Iskraut geht über diese Ausführungen hinaus.

Gleichzeitig prangert Iskraut den Wunsch der NationalsozialistInnen an, mit Hilfe des Krieges den Einflussbereich ihrer Wertevorstellungen ausdehnen zu wollen. Zur Unterstützung dieser These nutzt der Prediger den Vers „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“ des Liedes *Es zittern die morschen Knochen* von Hans Baumann.[599] Formulierungen und Begriffe wie „anderen Völkern und Kulturen gegenüber überlegen gefühlt“, „anmaßen“, „Opfer“ und „ihre Leben für eine sinnlose Sache hingeben“ zeigen deutlich, dass die Haltungen und Handlungen des NS-Regimes von Iskraut verurteilt werden. Mit der sehr negativen Darstellung lässt Iskraut somit keinen Raum für eine positive Einschätzung von Aspekten des Hitlerregimes. Er betont das Leid aller unter diesem Regime und hebt die Befreiung besonders hervor. Indem Iskraut hier von Befreiung spricht, greift er den von der DDR mit dem Ende des Krieges verbundenen Begriff wieder auf.

Der Prediger zwingt die Gemeindemitglieder durch die Bezüge auf die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse während des Bestehens und nach dem Ende des NS-Regimes sowie die Erinnerungen an die eigene Schuld und das Tun von Unrecht im 3. Reich, sich mit ihrer Verantwortung auseinanderzusetzen. Es geht darum, einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Vergangenheit und im Besonderen mit der Gegenwart zu erzielen. Der Fokus auf das Eingeständnis von Schuld wird durch den Ersatz des Kyrie und der Schriftlesung durch ein Schuldbekenntnis von Martin Niemöller und „Auszüge aus dem Stuttgarter Schuldbekenntnis (Oktober 1945) und dem Darmstädter Wort des Bruderrates der EKiD (August 1947)“ verstärkt, wie in den auf die Predigt folgenden Anmerkungen zum Gottesdienstablauf zu lesen ist. Im Vergleich mit der Darstellung des 8. Mai 1945 durch das SED-Regime ermöglicht der Prediger den GottesdienstbesucherInnen somit, den Tag der Befreiung mit anderen Augen zu sehen und die Propaganda des SED-Regimes im Hinblick auf ihre Richtigkeit zu hinterfragen. Zusätzlich beschreibt der Prediger in einem persönlichen Gespräch seine Haltung gegenüber dem Staat als von der *Barmer Theologischen Erklärung* geprägt und an ihr ausgerichtet.[600] Im Zusammenhang dieser Predigt kann auf These III der *Barmer Theologischen Erklärung* verwiesen werden, in der sich dagegen ausgesprochen wird, „die Kirche [könne] die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.“[601]

Am Schluss verdichtet Iskraut seine Ausführungen, appelliert erneut konkret an die Verantwortung der Gläubigen und ruft zur Auseinandersetzung mit den Geschehnissen der damaligen Zeit auf. Er ver-

[597] Vgl. Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 3.

[598] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127f.

[599] Vgl. SCHRECKENBERG: Der Hitler-Barde, 42. „In den Liederbüchern wurde der ursprüngliche Wortlaut 'gehört' zumeist durch das weniger anstößige 'da hört' ersetzt.“ (Ebd; vgl. auch MÜLLER-BLATTAU: Das politische Lied, 22f.)

[600] Vgl. Informationen zu Pfarrer Iskraut, Privatarchiv Lührmann.

[601] Die Barmer Theologische Erklärung, These III, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

weist auf die Anfragen und die Kritik, die von außen an die Gläubigen herangetragen werden können. Er fordert zu einer persönlichen und aktiven Auseinandersetzung des eigenen Umgangs mit Schuld und Verantwortung auf. Iskraut wiederholt erneut den Einsatz Jesu Christi für die Menschen vor Gott. Dadurch ist die Schuld getilgt und der Mensch kann sich vollständig auf sein weiteres Handeln fokussieren. Hier verbindet Iskraut die Befreiung Jesu Christi und die Befreiung vom NS-Regime, indem aus beidem für die Gläubigen Verantwortung erwächst, der sie gerecht werden sollten. Die Bibelstelle dient in diesem Zusammenhang als Ausgangs- und Zielpunkt der Predigt, denn einerseits wird der bzw. dem Gläubigen Schuld abgenommen bzw. vergeben und sie bzw. er somit davon befreit. Andererseits ermöglicht diese Befreiung, sich den Themen Verantwortung und Schuld anders zu nähern und diesen gerecht zu werden. Mit diesem Aufruf und der Bewertung des NS-Regimes steht der Prediger definitiv in der Tradition der Haltung des BEK, indem er den Aufruf der KKL zur Verantwortung der Kirche und ihrer Gläubigen für die Welt in die Predigt mit aufnimmt.[602] ChristInnen und die Kirchen haben in der Gesellschaft die Aufgabe, dem Verdrängen von Schuld und Verantwortung, das als eine Eigenschaft des Menschen beschrieben wird, entgegenzuwirken. Die Verantwortung der Gläubigen resultiert sowohl aus dem persönlichen Involviertsein in die Geschehnisse während und nach dem Ende des 3. Reiches als auch aus der von Jesus Christus empfangenen Befreiung – damit liegt die Verantwortung auch bei den Nachkriegsgenerationen. Iskraut hinterfragt die den 8. Mai 1945 und die NS-Zeit betreffende in der DDR vorherrschende Erinnerungskultur. Er widerspricht mit seinen Ausführungen dem propagierten Standpunkt der politischen Organe der DDR, dass „die Auseinandersetzung mit dem NS im eigenen Land [...] abgeschlossen“[603] ist.

Darüber hinaus leitet Iskraut mit der indirekten Frage, „ob wir nicht schon wieder dabei sind, Dinge zu vergessen und schön zu färben, zu übersehen oder zu verharmlosen und in unserem Leben die Kurven zu elegant zu nehmen, dass ja nur wir selbst ohne Schrammen davon kommen“, die auch den bezogenen Standpunkt von der KKL und dem Bischofskonvent widerspiegelt, direkt in die Gegenwart der ZuhörerInnen über.[604] Diese Aussage beinhaltet indirekte Kritik an den gegenwärtigen Gegebenheiten und fordert zusätzlich dazu auf, die in der Vergangenheit begangenen Fehler nicht zu wiederholen, d.h. aktiv zu bleiben, Probleme im Staat anzusprechen und damit auch Nachteile für die eigene Person nicht zu scheuen. Iskraut eröffnet den „Blick auf eine Welt, in der die Spannungen unter den Völkern nicht nachgelassen haben“. Trotz der 1975 erreichten Unterzeichnung der Helsinki Schlussakte scheinen die schwierigen internationalen Beziehungen für Iskraut vorherrschender zu sein. Auch wenn durch das Ansprechen von Problemen in der Gesellschaft Nachteile für die eigene Person entstehen können, können sich die Gläubigen in jeder Lebenslage Jesu Christi Eintreten vor Gott für sie gewiss sein. Dies wird durch das abschließende Verlesen von Rm 8,34 erneut betont. Die Predigt ist somit sowohl vergewissernd als auch handlungsweisend.

---

[602] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 128ff.

[603] SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 150.

[604] Iskraut zitiert damit die Predigthilfe fast wortwörtlich (Vgl. Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 4.). Vgl. auch Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 131.

2.11 Iskraut: Predigt vom 13. August 1978 (P2Isk1978)

Die Predigt wurde am 13. August 1978 von Pfarrer Iskraut in seiner Gemeinde in Berlin-Johannisthal gehalten. Mit Jes 29,17-24 greift der Prediger die für den 12. Sonntag nach Trinitatis vorgeschlagene Bibelstelle der bis zum Kirchenjahr 1977/78 gültigen Perikopenordnung auf.[605]

Predigt zu Jesaja 29,$_{17\text{-}24}$ **13.08.1978**

> Es dauert bestimmt nicht mehr lange, dann verwandelt sich der Libanon in Gartenland, und das heutige Gartenland wird zu Gestrüpp. Von dem Tag an verstehen selbst die Tauben die Schriftlesung, die Augen der Blinden sehen, sie sind von Dunkel und Finsternis befreit. Die Dulder können sich dann ungetrübt über das Vorgehen Israels freuen. Die jetzt am tiefsten in Armut stecken, werden begeistert von dem Heiligen Israels sein. Denn mit den Tyrannen ist es dann aus, die Spötter verschwinden; alle, die Übles im Sinn haben, gehen zugrunde. So auch die, die Leute vor Gericht fälschlich beschuldigen, den Richter zu Fehlurteilen verleiten und den, der im Recht ist, mit unzutreffenden Argumenten um sein Recht bringen. Weil das alles so kommen wird, sagt Jahwe, der Gott des Hauses Jakob, der Abraham befreit: Die zu Jakob gehören, sollen sich nicht mehr herabgesetzt fühlen und keine Angst mehr haben. Denn wenn sie sehen, wie ich unter ihnen wirke, werden sie meinen Namen heiligen. Sie werden den Heiligen Jakobs heiligen und den Gott Israels fürchten. Die Verblendeten werden Verstand annehmen und die Unzufriedenen sich der Belehrung öffnen.

Liebe Gemeinde!

Wir haben Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. In unseren Zeitungen steht das auch! Als Begründungen gelten Planerfüllungen, Übererfüllungen, Begeisterung der Volksmassen, Bilder von Aufmärschen, in denen sie den großen Ideen des Sozialismus zujubeln. Resignation ist fehl am Platz, wir haben Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Wir sind bereits dabei, sie mit unserer Kraft zu meistern. Wer Hoffnung auf Zukunft so begründet, muß freilich die Dinge, die nicht in dieses Bild passen, weiterhin verschweigen und die Menschen für unliebsam halten, die ständig auf wunde Stellen aufmerksam machen. Wer das bei uns tut, wird als prowestlich beschimpft, und wer es im Westen tut, gilt als verkappter Kommunist. Trotzdem möchte ich bei dem Slogan bleiben: Wir haben Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Mir gefällt die Art und Weise, in der der Prophet das sagt. Er nennt die Dinge, die in seiner Gegenwart nicht in Ordnung sind, ungeschminkt beim Namen: Hunger, Tyrannei, Rechtsbruch, Korruption in Staat und Gesellschaft, Unmenschlichkeit, persönliches Leid. Er sagt, daß all das, was ja jeder spürt und erlebt,

[605] Vgl. LUTHERISCHE LITURGISCHE KONFERENZ DEUTSCHLANDS (Hg.): Ordnung der Predigttexte, 12. Sonntag nach Trinitatis, VI.

nicht das Ziel der Geschichte ist. Es wird alles ganz anders werden. Leid wird in Freude verwandelt werden, Tyrannei wird aufhören, alle Welt wird Gott loben. Wer solch ein Zukunftsbild zeichnet, hat es schwer. Er kann nämlich nicht auf Erfolge verweisen, die bereits da sind. Er kann nicht sagen, daß wir Menschen bereits dabei sind, dieser Zukunft entgegenzugehen. Er kann nicht die Behauptung wagen, wir hätten auf dem Weg in diese Zukunft schon die Hälfte der Strecke zurückgelegt. Er kann nicht sagen: Ich hoffe. Aber was ich hoffe, ist durch die Realität in keiner Weise gedeckt: Aus Niedertracht und Dummheit, aus Rohheit und Barbarei, aus der Schändung all dessen, was heilig ist, wird noch Segen für die Welt hervorgehen.

Man muß an Gott glauben, um so hoffen zu können. Man muß den Schöpfer ernst nehmen – auch als Gott einer neuen Schöpfung – um so steil die Zukunft ansagen zu können. Freilich: Man muß auch an Gott glauben, um so nüchtern und ungeschminkt ein Bild von der Gegenwart entwerfen zu können. Wir wissen nicht, wann es niedergeschrieben wurde und wer es gesagt hat. War es Jesaja selbst? Wurde es erst, wie andere Kommentatoren sagen, 400 Jahre später verfaßt? Wir wissen es nicht. Das Erschütternde aber ist, daß dieser Abschnitt, der eigentlich so konkret eine gesellschaftliche Misere aufzeichnet, nicht in eine einzige Zeitphase eingeordnet werden kann, sondern zu allen Zeiten aktuell ist. Wenn man das erkannt hat, ist es dann nicht an der Zeit, endlich die Hoffnung aufzugeben und dieses Zukunftsbild fallenzulassen? Ich denke, nein! Die Welt wäre schlecht beraten, würden die Christen die Hoffnung auf das Reich Gottes aufgeben und sich stattdessen irgendwelchen Illusionen hingeben.

Jesus Christus hat in seinem Leben diese Hoffnung des Propheten in seine Verkündigung aufgenommen. Blinde wurden geheilt. Menschen, die Gottes Wort nicht verstanden, lernten es begreifen, gerade durch sein Sterben. Ich erinnere nur an den römischen Hauptmann, der am Kreuz bekannte: Dieser da ist in Wahrheit Gottes Sohn gewesen. Er hat deutlich gemacht: Es lohnt sich, die Herrschaft Gottes zu glauben. Es lohnt sich so sehr, daß man dafür seine ganze Gegenwart einsetzen darf.

Ich muß, wenn ich diesen Text lese, daran denken, daß heute der 13. August ist. Es ist der Tag einer Grenzziehung. Für die Herrnhuter Brüdergemeine aber hat der 13. August einen anderen Klang: Heute vor 251 Jahren haben 2 verfeindete Dörfer: Herrnhut und Berthelsdorf sich versöhnt und miteinander das Heilige Abendmahl gefeiert. Die Gründung der Herrnhuter Brüdergemeine erwuchs daraus. 10 Jahre später bereits gingen die ersten Herrnhuter Missionare in Übersee. Der 13. August – ein Tag bedrückender Gegenwart, und zugleich ein Tag hoffnungsvoller Zukunft.

Beides geschieht täglich: Abgrenzung – aber auch Versöhnung. Wir tun gut daran, beides zu sehen. Wir tun noch besser daran, unsere Welt nicht von dem her zu sehen, was sie selber zuwege bringt, vielmehr aus dem heraus, was Gott ermöglicht.

Amen.

Die Bibelstelle Jes 29,17-24, in der von zukünftigen positiven Veränderungen die Rede ist, dient als Ausgangspunkt für den „Slogan“ der Predigt und die Aufforderung an die ZuhörerInnen, trotz schwieriger Gegebenheiten wie der Prophet Jesaja positiv in die Zukunft zu blicken.

Auf sarkastische Art und Weise bringt Iskraut den „Slogan“ zu Beginn der Predigt mit typischen medialen Schlagwörtern aus den Zeitungen der DDR in Verbindung, die einen positiven Blick in die Zukunft suggerierten. Dies macht deutlich, dass sich die DDR-BürgerInnen der Medienlenkung in der DDR bewusst waren, die entgegen der Zusicherung von „Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens“[606] in der Verfassung bestand. Die Medien sollten, wie schon von Lenin 1902 angedacht, Agitation und Propaganda betreiben.[607] Darüber hinaus bestand das Bedürfnis nach „politische[r] PR“[608]. Der Sozialismus sollte im Gegensatz zum Imperialismus als erfolgreiche Weltanschauung in den Medien wahrzunehmen sein.[609] Dies beinhaltete, dass „Probleme [...] nur dann thematisiert [wurden], wenn sie lösbar waren.“[610] Michael Meyen und Anke Fiedler sprechen diesbezüglich von der „Presse als Instrument in der Klassenauseinandersetzung“[611]. „Eine eher auf Desinformation statt auf Informationsvermittlung angelegte Medienpolitik beruhte nicht zuletzt auf der paranoiden Furcht vor Regimekritik im In- und Ausland“[612].

Um diese Ziele zu erreichen, wurden verschiedene Methoden angewandt, die auch in den medialen Schlagworten Iskrauts erkennbar werden. Manfred Klein, 20 Jahre „Chefredakteur[...] der Zentralen Hauptabteilung Nachrichten“[613] in der DDR, spricht hinsichtlich der Medien allgemein von einem Gegensatz von Wirklichkeit und „eine[r] über sie verbreitete[n] Wahrheit der Partei“[614]. Diese sei „nicht unbedingt [eine] offenkundige Lüge [gewesen,] die gab es auch, aber geläufiger war ein Konglomerat von Verzerrungen, Weglassungen und Betonungen“[615]. Begrüßt wurde die Nutzung direkter Appelle an die LeserInnen, „ideologische[r] Floskeln [...], sozialistische[r] Parolen oder Schlagwörter ('Sicherung des Friedens', 'Wohl des Volkes', 'Kampf für den Frieden'), Euphemismen und Superlative[n]“[616]. All diese Mittel wurden verwendet, „um die Leser über die Differenz zwischen Medienberichten und Realität zu täuschen und so Glaubwürdigkeit zu erzielen“[617].

Zwei der von Iskraut angebrachten medialen Schlagworten betreffen die wirtschaftliche Situation der DDR: „Planerfüllung“ und „Übererfüllung“. An ihnen wird die Hervorhebung von bestimmten Aspekten erkennbar, was in diesem Fall mit dem „Weglassen von Informationen“[618], der „geschönte[n] Darstel-

[606] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974) Artikel 27, Absatz 2, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[607] „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator.“ (LENIN: Was tun, 28.)

[608] MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 43.

[609] Vgl. GÖBEL: Lob für die Täuschung, 96.

[610] HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 5; vgl. auch GÖBEL: Lob für die Täuschung, 99ff.

[611] MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 58.

[612] HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 5.

[613] KLEIN: In Verantwortung für den DDR-Hörfunk, 83.

[614] AaO, 84.

[615] Ebd. Vogel unterscheidet in ihrem Artikel *Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung* „die realitätsgetreue Darstellung von Informationen, die geschönte Darstellung, das Weglassen von Informationen und schließlich das Verschleiern von Tatsachen.“ (VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53.)

[616] GÖBEL: Lob für die Täuschung, 103; vgl. auch aaO, 102.

[617] AaO, 104.

[618] VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53; vgl. auch KLEIN: In Verantwortung für den

lung“[619] und dem „Verschleiern von Tatsachen“[620] einherging. Dadurch wurde die Wirtschaft der DDR als erfolgreich bzw. als über die Maßen erfolgreich dargestellt. Durch die Betonung der „eigenen Erfolge [des Sozialismus]“[621] sollte sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene der Eindruck einer starken DDR entstehen.[622]

Die von Iskraut angesprochene „Begeisterung der Volksmassen“ und „Bilder von Aufmärschen, in denen sie den großen Ideen des Sozialismus zujubeln“, sprechen ebenso für ein Ausblenden kritischer Stimmen des Sozialismus in den Medien der DDR. Des Weiteren wird den LeserInnen suggeriert, dass ein Großteil der Bevölkerung hinter der Ideologie des Sozialismus steht und diese unterstützt. Dadurch ist erneut eine „geschönte Darstellung“[623] gegeben. Diese medialen Schlagworte sind auch ein gutes Beispiel für politische Öffentlichkeitsarbeit.[624]

Der sarkastische Umgang des Predigers mit den verschiedenen medialen Schlagzeilen belegt das Bewusstsein des Predigers und der ZuhörerInnen um die Medienlenkung und ihre Ziele bzw. die Beschönigung von Informationen. Anteil an diesem Bewusstsein um die Lenkung der Medien und um die Differenz zwischen Realität und Fiktion hatten auch die westlichen Medien, die die DDR-BürgerInnen konsumierten.[625] Auch die Äußerung Iskrauts, dass Missstände in der DDR geheim gehalten werden mussten, machen das Wissen um die Medienlenkung deutlich. Berichteten JournalistInnen entgegen der Vorgaben der DDR wurde dies mit Suspendierungen und Freiheitsstrafen geahndet.[626] Kirchenzeitungen unterlagen der Vorzensur. Bei kritischen Themen wurden Sätze, Artikel oder ganze Ausgaben von Kirchenzeitungen gestrichen.[627] Durch die Streichungen hatte die DDR-Bevölkerung „nicht nur die Möglichkeit, auf die Ziele und die Position der SED-Führung zu schließen, sondern indirekt auch auf die Haltung des Klassengegners, auf außen- und innenpolitische Konfliktherde sowie auf wirtschaftliche Probleme.“[628]

Sprach man kritische Punkte von Politik und Gesellschaft in der DDR an, wurde man laut Iskraut sowohl in der DDR als auch in der BRD als VerfechterIn des Systems des anderen Landes angesehen und

DDR-Hörfunk, 84.

[619] VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53.

[620] Ebd.

[621] GÖBEL: Lob für die Täuschung, 96.

[622] Vgl. GÖBEL: Lob für die Täuschung, 94, HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 5.

[623] VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53.

[624] Vgl. MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 43.

[625] Vgl. GÖBEL: Lob für die Täuschung, 87; MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 37, 51; VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 26.

[626] Vgl. GÖBEL: Lob für die Täuschung, 85; HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 1, 4, 25; MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 44.

[627] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Information des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 379; GOECKEL: The Lutheran Church, 270f; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 579, 581ff; HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 142; KOWALCZUK: Endspiel, 202; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 89; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (09.06.2016), Privatarchiv Lührmann; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 349.

[628] MEYEN/FIEDLER: Totalitäre Vernichtung, 51; vgl. auch KLEIN: In Verantwortung für den DDR-Hörfunk, 84.

damit gebrandmarkt, ohne dass die Kritik ernstgenommen und im Hinblick auf ihre Richtigkeit geprüft wurde. Iskraut bewertet dies negativ. Im Zuge dessen findet auch der Ost-West-Konflikt Erwähnung und BRD und DDR werden in ihrem Umgang mit KritikerInnen auf eine Stufe gestellt. Im Gegensatz zu den Folgejahren nahm der BEK von 1978 bis 1983 nicht kritisch zum staatlichen Umgang mit Andersdenkenden Stellung.

Trotz der Kritik an der fehlenden öffentlichen Auseinandersetzung des SED-Regimes mit Problemen in der Gesellschaft hält Iskraut an seinem „Slogan" fest, eine positive Einstellung zur Zukunft zu haben. Er setzt nun der Zukunftsvision der Zeitungsmeldungen der DDR die prophetische Rede in Jes 29,17-24 entgegen. Diese unterscheidet sich dadurch, dass sie die gegenwärtigen problematischen Zustände und Gegebenheiten wahrnimmt und thematisiert. Prophetisches Reden im Jahre 1978 erlaubt damit auch, Missstände wahrzunehmen und zu thematisieren. Auf die Darstellung der Missstände folgt die Ankündigung von Veränderungen und Verbesserungen durch den Propheten. Der Prophet mache deutlich, dass das Leid nicht das Ziel Gottes für seine Geschöpfe ist, sondern die Gläubigen mehr zu erhoffen haben. Dieses eschatologische Motiv, das Hoffen auf das Reich Gottes, ist wegweisend für die weiteren Ausführungen Iskrauts. Das Zukunftsbild des Propheten glaubwürdig zu vermitteln, gestalte sich aber schwierig, da er im Gegensatz z.B. zur SED auf keine (Teil-)Erfolge verweisen könne. Diese berichtete etwa in ihrem Parteiprogramm von 1976 von ihren Erfolgen auf dem Weg hin zum Kommunismus, indem sie vom „siegreichen Vormarsch des Sozialismus"[629] sprach. Wie von Iskraut dargestellt, behauptete die SED somit, die angestrebte Zukunft schon in Teilen eigenverantwortlich erreicht zu haben. Auch das von Marx propagierte Menschenbild schwingt hier mit, das besagt, dass durch die Etablierung des Sozialismus „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen"[630] wird. Dadurch erhalten die Menschen die Möglichkeit, eigenständig ihre Zukunft zu gestalten,[631] „kraft ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung und ihrer geistigen Potenzen die Produktivkräfte, die Produktionsverhältnisse und das geistig-kulturelle Leben planmäßig zu entwickeln und in zunehmendem Maße zu Beherrschern der Natur und ihrer eigenen gesellschaftlichen Entwicklung zu werden."[632]

Nur der Glaube an das Reich Gottes könne nach Iskraut eine solche positive Zukunftsvision in all den Missständen menschlichen Lebens möglich machen. Dieser Glaube ermögliche auch das gleichzeitige Wahrnehmen der Realität mit all ihren Schwächen. Iskraut propagiert somit, dass der Glaube befähigt, Gegebenheiten als nicht gottgewollt zu erkennen. Da viele der vom Propheten angesprochenen Missstände durch die Geschichte hindurch weiterhin bestehen und deren Bewältigung immer noch aussteht, beschreibt Iskraut das Bibelwort als allzeit aktuell. Dies sei aber kein Grund, das Hoffen auf das Reich Gottes und sein Anbrechen in der Welt aufzugeben. Damit erweitert Iskraut das Motiv der zukünftigen um das der präsentischen Eschatologie, d.h. um das des durch Jesus Christus angebrochenen Reich Gottes in der Welt. Iskraut ruft zum fortwährenden Streben nach der Realisierung des Reiches Gottes und damit

[629] Fricke: Einleitender Kommentar – Programm und Statut der SED in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 13; vgl. auch Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: aaO, 45ff.

[630] Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: MARX/ENGELS: Über Religion, 90.

[631] Vgl. Fricke: Einleitender Kommentar – Programm und Statut der SED in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 26; vgl. auch aaO, 28f; Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: aaO, 94.

[632] Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: aaO, 106.

einhergehenden Veränderungen zum Guten in der Welt auf. Dies soll aber im Bewusstsein geschehen, dass das Reich Gottes nicht allein aus menschlicher Kraft erreicht werden kann. Er bezeichnet es als Trugschluss, der Mensch könne, wie im Sozialismus und Kommunismus propagiert, aus eigener Kraft die Welt verbessern.

Iskraut verweist zur weiteren Untermauerung seines „Slogans“ auf Situationen, in denen Veränderungen zum Besseren eingetreten sind, obwohl die Gegebenheiten dies nicht erwarten ließen.

Zunächst werden biblische Wunderheilungen Jesu angeführt, die die Welt zum Positiven verändert und in eine bessere Zukunft geführt haben. Unter Bezugnahme auf die Bekehrung des Hauptmannes in Mk 15,39 fordert Iskraut die Anwesenden zur Hingabe ihres gesamten Lebens für Gottes Evangelium auf. Setzt man diese Aussage mit den vorherigen Ausführungen in Beziehung, bedeutet dies auch, sich für die Wirksamkeit der Herrschaft Gottes, die mit Jesus Christus angebrochen ist, in der Welt einzusetzen. Des Weiteren wird anhand des Hauptmanns gezeigt, dass auch die Bekehrung von NichtchristInnen, zu denen viele DDR-BürgerInnen zählten, möglich ist. Insgesamt vergewissert Iskraut die Anwesenden damit, trotz der schwierigen Situation in der Welt und in der DDR, der Bedeutung ihres Glaubens für die Welt und ihre Mitmenschen.

Anschließend verweist Iskraut auf historische Ereignisse am 13. August, die einerseits das konstante Nebeneinander von positiven und negativen Ereignissen verdeutlichen, andererseits die Möglichkeit der Entwicklung zum Guten hin aufzeigen.

Als negatives Ereignis der Gegenwart der Zuhörerschaft thematisiert Iskraut den Mauerbau, er redet von der Grenzziehung, vor 17 Jahren. Er bezeichnet ihn als „Tag bedrückender Gegenwart“. Damit verdeutlicht er, wie belastend der Mauerbau selbst und seine Folge für die BerlinerInnen im Speziellen, aber auch für die BürgerInnen der DDR im Allgemeinen war. Mit dieser Bewertung spricht er vielen BerlinerInnen – vermutlich auch den Gemeindemitgliedern aus Berlin-Johannisthal – (und auch vielen DDR-BürgerInnen) aus dem Herzen und widerspricht der Bewertung und Darstellung des SED-Regimes, die die Mauer als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung propagierte und diese Mauer als von der Bevölkerung befürwortet darstellte.[633] Der Mauerbau richtete sich eigentlich gegen die eigene Bevölkerung und nicht gegen den Feind von außen. Dies wird deutlich, wenn man die Forderung des sowjetischen Marschalls Konew von 1961 bedenkt, „den pioniermäßige[n] und technische[n] Ausbau der Grenze [...] in erster Linie in den hauptsächlichen Grenzverletzungsrichtungen [, d.h. von Ost nach West,] zu beginnen“[634]. In den *Bestimmungen für das Kommando Grenze der Nationalen Volksarmee der DDR* vom 6. Oktober 1961 wird der Schusswaffengebrauch befohlen, wobei „gegenüber Angehörigen ausländischer Armeen und Militärverbindungsmissionen“[635] der Schusswaffengebrauch untersagt war, was der Argumentation der DDR,

[633] Vgl. MATTHES: Der Mauerbau, 56, 58, 63, 60, 66ff, 71; SED, Argumentation zum 10. Jahrestag der militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR, 1971 (Auszug), http://www.chronik-der-mauer.de/material/180319/sed-argumentation-zum-10-jahrestag-der-militaerischen-sicherung-der-staatsgrenze-der-ddr-1971 (19.07.2019).

[634] Schreiben des Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland, Marschall Konew, an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann (Übersetzung), 14. September 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/179381/schreiben-des-oberkommandierenden-der-gruppe-der-sowjetischen-truppen-in-deutschland-marschall-konew-an-den-minister-fuer-nationale-verteidigung-der-ddr-armeegeneral-hoffmann-14-september-1961 (19.07.2019)

[635] Bestimmungen für das Kommando Grenze der Nationalen Volksarmee der DDR vom 6. Oktober 1961 in: FILMER/SCHWAN: Opfer der Mauer, 381f.

die Mauer wegen eines möglichen Angriffs gebaut zu haben, widerspricht. Auch anhand des *Protokolls über die Lagebesprechung des zentralen Stabes* vom 20. September 1961 wird deutlich, dass es primär darum ging, Republikfluchten zu verhindern.[636]

Der Ablauf der Grenzschließung wurde im Geheimen akribisch geplant.[637] Am 13. August 1961 wurden zunächst alle Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westberlin unterbrochen,[638] und im Anschluss „mit dem einfachen pioniermäßigen Ausbau der Staatsgrenze“[639] mit Stacheldraht begonnen. Am 16. August folgte der eigentliche Bau einer soliden Mauer.[640] Historiker und Publizist Peter Bender beschreibt Berlin vor dem Mauerbau als „ein[en] lebende[n] Organismus – zwar politisch, administrativ und vielfach auch technisch geteilt, aber es war noch eine Stadt und wurde von den meisten Bewohnern so empfunden.“[641] Aufgrund der bis 1961 „offenen Grenze in Berlin“[642] löste der Mauerbau große Bestürzung bei den BerlinerInnen aus,[643] denn „die Mauer trennte dann Nachbarn, Freunde, Verwandte, sogar Eheleute und sie zerschnitt die letzte freie Verbindung zwischen beiden Teilen der Nation.“[644] Die „Empörung und ohnmächtige Wut der Eingesperrten“[645] äußerte sich auf verschiedene Art und Weise: „Die [...] geschilderten Formen widerständigen Verhaltens reichten vom aktiven Widerstand über Protest bis hin zu passiver Verweigerung.“[646] Wie das *Journal der Handlung vom Stab PdVP* (Präsidium der Volkspolizei) *Berlin* vom 13. August 1961 und den Folgetagen zeigt, hielt die verschiedentlich ausgedrückte Empörung der Bevölkerung über die Grenzschließung länger an. Staatliche Organe gingen vehement dagegen vor.[647] Die

[636] Vgl. Protokolls über die Lagebesprechung des zentralen Stabes vom 20. September 1961: aaO, 374ff.

[637] Vgl. SCHULTKE: Keiner kommt durch, 52; UHL/WAGNER: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, 27ff, 32f, 35.

[638] Vgl. SCHULTKE: Keiner kommt durch, 56.

[639] Ebd.

[640] Vgl. BENDER: Die “Neue Ostpolitik“, 59; STADELMANN-WENZ: Widerständiges Verhalten, 38.

[641] BENDER: Die “Neue Ostpolitik“, 67. Auch Lemke spricht davon, dass die Berliner „bis zum Mauerbau ihrer gesamtberliner Identität weitgehend bewahrten.“(LEMKE: Berlin, 44.)

[642] BISPINCK: Republikflucht, 287, 305; vgl. auch ROGGENBUCH: Das Berliner Grenzgängerproblem, 5.

[643] Vgl. SCHULTKE: Keiner kommt durch, 57.

[644] BENDER: Die “Neue Ostpolitik“, 67.

[645] STADELMANN-WENZ: Widerständiges Verhalten, 35.

[646] AaO, 58. Neben Zusammenkünften bei den Grenzübergängen und Bahnstationen kam es zu Demonstrationen sowie vorübergehender Arbeitsniederlegung. (Vgl. aaO, 42.)

[647] Vgl. Stab PdVP Berlin – Journal der Handlung, 13. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178825/stab-pdvp-berlin-journal-der-handlung-13-august-1961 (19.07.2019); Stab PdVP Berlin – Journal der Handlung, 14. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178826/stab-pdvp-berlin-journal-der-handlung-14-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 15. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178827/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-15-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 17. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178829/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-17-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 18. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178830/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-18-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 19. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178831/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-19-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 20. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178832/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-20-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 21. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178833/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-21-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 22. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178834/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-22-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin - Abt. Information – Journal der Handlung, 23. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178835/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-23-august-1961 (19.07.2019); Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der

aus dem Mauerbau resultierende Trennung, Abschottung und das Eingeschlossensein der BürgerInnen der DDR schwingen in dieser Predigt unterschwellig mit, ohne direkt angesprochen zu werden. Der BEK thematisierte den Mauerbau und seine Auswirkungen in seinen offiziellen Dokumenten der Jahre 1978 bis 1983 nicht. Lediglich Landesbischof Werner Krusche bezeichnete als Vertreter des BEK in seinem Vortrag im April 1978 zur ersten gemeinsamen Konferenz der KEK und des *Rates der Europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE) in Chantilly die extreme Grenzsicherung der DDR als widersprüchlich zur versöhnenden Botschaft Jesu Christi.[648]

Die beigelegte Feindschaft zwischen den Dörfern Herrnhut und Berthelsdorf hingegen dient als Beispiel dafür, dass aus Schlechtem Gutes erwachsen kann. Der Streit resultierte aus unterschiedlichen Ansichten zur Menschlichkeit Jesu Christi. Die Angst vor einer Spaltung der Glaubensgemeinschaft ging um. Es kam zur Erstellung von Statuten für die Gemeinde. „Sie [die Statuten] haben die Gemeinde in einen Prozeß des gemeinsamen Nachdenkens und Ringens um innere Gemeinschaft und Erneuerung gebracht, der in der Abendmahlsfeier, am Mittwoch den 13. August 1727, in Berthelsdorf [...], seinen Höhepunkt fand.“[649] Wie Iskraut beschreibt, wurden mit der Abendmahlsfeier die Gegensätze überwunden und die Gemeinschaft wieder hergestellt.[650] Deshalb wird dieser Tag rückblickend – wie von Iskraut in seiner Predigt – auch als „zweites Gründungsdatum“[651] der Herrnhuter Brüdergemeine angesehen. Als darauffolgende positive Entwicklung erwähnt Iskraut die Missionsreisen. Deshalb bezeichnet Iskraut den 13. August für die Herrnhuter Brüdergemeine als „Tag hoffnungsvoller Zukunft“. In der Predigt findet keine detaillierte Darstellung der Geschehnisse statt. Der Prediger geht entweder davon aus, dass den Anwesenden die Umstände des Streits zwischen den beiden Dörfern bekannt sind, oder er empfindet die Informationen über Streit und Versöhnung als ausreichend für seine Argumentation. Betrachtet man die Gründe des Streits und dessen Entwicklung, kann eine Parallele zur Trennung von BRD und DDR gezogen werden. Während im Fall von Herrnhut und Berthelsdorf Differenzen in der Lehre vorlagen, sind sie im Fall der beiden deutschen Staaten ideologischer Art. Mit diesem Beispiel zeigt Iskraut einerseits, dass Konflikte überwunden werden müssen, um Zukunft zu ermöglichen. Andererseits wird deutlich, dass die Möglichkeit der Überwindung von Gegensätzen und daraus resultierender positiver Entwicklungen besteht. Auch die Feindschaft und Trennung von BRD und DDR könnte beendet werden. Darin ist auch eine Art Aufforderung zu sehen, im Fall der beiden deutschen Staaten gegen die trennenden Aspekte zu arbeiten, dadurch die Mauer unnötig werden zu lassen und wieder Zukunft zu ermöglichen.

Durch die Gegenüberstellung von Mauerbau und dem beigelegten Streit von Herrnhut und Berthels-

---

Handlung, 24. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178836/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-24-august-1961 (19.07.2019); vgl. auch STADELMANN-WENZ: Widerständiges Verhalten, 35.

[648] „Wenn der unser Friede ist, der Friede herstellt, indem er Grenzen abbaut, Trennmauern einreißt, Einheitlichkeitsnormen aufhebt und Gemeinschaft zwischen extrem Unterschiedenen schafft, dann werden an unsere Grenzwälle, die wir trotz aller freundlichen Besuche herüber und hinüber, sorgfältig instand halten und verteidigen, doch wohl einige Fragen zu stellen sein.“ (Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 34.) Vgl. auch F. Mitteilungen für den kirchlichen Dienst, Nr: 4) Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt – Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche – in: AMTSBLATT DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE GREIFSWALD Nr. 5 1978, 49ff.

[649] MEYER: Zinzendorf, 26; vgl. auch aaO, 24f.

[650] Vgl. aaO, 27; RICHTER: Pietismus im Sozialismus, 26f.

[651] RICHTER: Pietismus im Sozialismus, 26.

dorf wird deutlich, dass Veränderung möglich ist. Deshalb lohnt es sich, ein positives Zukunftsbild zu haben und daran festzuhalten, ohne die negative Gegebenheiten aus dem Blick zu verlieren. Damit wird erneut im Gegensatz zum SED-Regime nicht das Schön-Reden der Gegenwart, sondern das Wahrnehmen positiver und negativer Aspekte propagiert. Die Botschaft an die Gemeindeglieder ist, dass Gott selbst in aussichtslosen Situationen positive Veränderungen möglich machen kann. Gott wird hier als auf die weltlichen Gegebenheiten einwirkende Kraft beschrieben, dem die Zukunft der Menschheit wichtig ist. Den ZuhörerInnen wird im Verlauf der Predigt mit verschiedenen Beispielen nahegelegt, dass sie die Hoffnung darauf nicht aufgeben sollen. Der Verweis Iskrauts auf die Möglichkeiten Gottes, Gegebenheiten und Menschen zu verändern, steht im Gegensatz zu der Vorstellung der SED, die allein an die Veränderung aus eigener, menschlicher Kraft glaubt. Iskraut fordert die Anwesenden auf, nicht nur die Defizite in der Welt, sondern die Einflüsse Gottes in der Welt wahrzunehmen. Die Predigt will trösten, ermutigen und die ZuhörerInnen der Gegenwart Gottes vergewissern. Der Prediger nimmt Bezug auf die Gegebenheiten, denen die Gemeindeglieder täglich ausgesetzt sind, nimmt ihre Hoffnungslosigkeit wahr und in die Predigt auf. Dennoch beinhaltet die Predigt auch die Handlungsaufforderung, unter Einsatz des ganzen Lebens die Realisierung des Reichs Gottes in der Welt voranzutreiben.

2.12 Iskraut: Predigt aus dem Jahre 1979 (P3Isk1979)

Diese Predigt wurde im November 1979 anlässlich der Friedensdekade von Pfarrer Iskraut in Berlin Johannisthal gehalten. Die der Predigt zugrundeliegende Bibelstelle Mi 4,1-5 ist nicht Teil der Perikopenordnung und resultiert aus dem Anlass. Der Prediger kommentiert zu der ausgesuchten Bibelstelle: „Die Sowjetunion stiftete der UNO ein Denkmal, dem ein biblischer Text zugrunde liegt."

Predigt zu Micha $4_{,1\text{-}5}$ **Friedensdekade, November 1979**

Liebe Gemeinde!

Der Prophet Micha lebte zur Zeit des Königs Hiskia in Juda. Mit ihm konnte man zufrieden sein. Juda hat schon schlechtere Könige gehabt. Er hatte eine Kulturreform durchgeführt. Alle ausländischen Götter waren ihr zum Opfer gefallen. Selbst mit den Besatzungstruppen des Nordreiches Israel schien der König ins Klare zu kommen. Schien! In der Regierung liebäugelte man mit anderen Bündnispartnern, Diplomaten verhandelten über die Befreiung. Da stand der damals mächtigste Mann, Sanherib, mit seinem Heer vor den Toren Jerusalems.

In solcher Zeit hat es ein Regierungschef nicht leicht. Jeder Berater hatte einen andern Rat. Die Regierungsbeamten schafften ihr Hab und Gut ins Ausland und die Juristen brachten neue Gesetze durch, mit denen die Verteidigungskraft erhöht werden sollte. Die Volksmassen spürten den Wohlstand schwinden. Sanherib konnte die Stadt nicht einnehmen. Aber sie aushungern, das konnte er. In seinen eigenen Annalen ist zu lesen: „Ich machte sie zu Gefangenen Jerusalems – wie ein Vogel im Käfig."

In dieser Situation traten 2 Männer auf: Micha und Jesaja. Letzterer war ein Mann aus Regierungskreisen, der erste ein einfacher Mann vom Lande. Jesaja hatte den großen politischen Überblick. Micha durchschaute die Landmakler und Latifundienbesitzer und entlarvte ihre Rechtsverletzungen. Und diese beiden sagten in etwa das, was die sowjetische Führung auf ein Denkmal meißeln ließ, das sie den Vereinten Nationen übergeben hat: Schwerter werden zu Pflugscharen umgeschmiedet (und Spieße zu Sicheln).

Ein Traum? Sicherlich! Aber Träume dieser Art sind die wichtigsten Voraussetzungen für neue Empfindungen. Ich denke daran, in welche gefährliche Situation hinein die beiden Propheten das gesagt haben. Wieviele Vorwürfe die sich gefallen lassen mußten: Spinner, Träumer, Landesverräter, Zersetzer der Wirtschaft, Dissidenten. Die Situation war so gefährlich, daß noch 100 Jahre später (nachzulesen bei Jeremia 26) der Mut des Micha bewundert wurde, ebenso aber auch die Klugheit des Hiskia gewürdigt wurde. Der Buße des Hiskia ist es zu verdanken, daß er die kritische Stimme nicht durch Gefängnisstrafen zum Schweigen brachte, sondern sich selber zur Besinnung und zur Buße rufen ließ.

Neben dieser Besinnung des Königs und des ganzen Volkes geschieht noch mehr. Die Angriffe wurden seltener. Das Getöse der Besatzungsmacht war nicht mehr zu hören. Sanherib mußte die Zelte abbrechen.

Die Pest war in seinem Lager ausgebrochen. Freilich gab es weiter Schwerter und Spieße. Die Waffentechnik wurde immer weiter entwickelt. Frieden und Abrüstung nur ein Traum? Ja, aber ein Traum, der Wirklichkeit werden will.

Jesus Christus hat für diesen Traum der Menschheit gelitten. Sein Kreuz symbolisiert totale Abrüstung. Ohnedem wird es nicht abgehen. Wer abrüstet, wer heute nicht für die Gegenwart eintritt, sondern für die Zukunft, wird Nachteile mit in Kauf nehmen müssen. Billiger ist Frieden nicht zu haben.

Ich denke, uns geht es heute ähnlich wie dem König Hiskia mit seinen Beratern und den beiden Propheten dazwischen. Wir hören die Stimmen: Du weißt doch, Deine berufliche Zukunft ist aufs Spiel gesetzt. Da sind die Lehrer, die sagen: Die anderen sind bewaffnet. Da sind die Westsender und sprechen von der Bedrohung durch den Osten, und da ist die Stimme der Kirche. Sie verkündet den Traum von Frieden und Abrüstung. „Man wird nicht mehr lernen, Krieg zu führen," also die Kriegsakademien werden schließen. Von vielen wird das als Spinnerei abgetan, von manchen sogar als Wehrkraftzersetzung gebrandmarkt, aber doch von allen ersehnt. Denn warum sonst in der Welt wurden nun auch bei uns Zahlen veröffentlicht, wieviel die Rüstungsausgaben betragen. In jeder Minute 960 000 Dollar!! Wenn Sie davon keine Vorstellung haben, dann setzen Sie sich das in kleine Mengen um: Ein Geschoß einer 152mm Haubitze ist so teuer wie ein Trabant. Nicht jeder Soldat leistet sich einen Trabant. Aber seine Dienststelle leistet sich für ihn solche Geschosse.

Es wächst die Einsicht, daß das Gleichgewicht der Macht und die Angst voreinander nicht auf die Dauer den Waffenstillstand wird erhalten können. Mit der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 ist der Traum des Propheten Micha und Jesaja als politisches Konzept akzeptiert. Es wird jetzt einiges davon abhängen, ob wir uns hinreißen lassen zum kalten Krieg, zur Erziehung zum Haß und ob wir weiterhin so naiv unserer HO (Handelsorganisation) ihr militärisches Spielzeug abkaufen. Auch danach werden die Enkel ihre Großväter fragen: Wie habt ihr unsere Väter erzogen?

Und noch eins: Der Traum des Jesaja und Micha wird auf der Erde nicht Wirklichkeit werden. Diese Nüchternheit müssen wir bewahren, wenn wir nicht den Atem verlieren wollen. Aber er ist ein Ausdruck der 2. Bitte des Vaterunser: Dein Reich komme, und wir wissen, es gibt viele Zeichen, an denen wir schon jetzt erkennen können: Das Reich Gottes, diese Zukunft hat schon begonnen!

Amen.

Resultierend aus Mi 4,1-5 und dem Anlass der Friedensdekade ist das Hauptthema der Predigt der Frieden auf Erden. Die Predigt ist zweigeteilt, indem Iskraut zunächst die historischen Gegebenheiten zu Zeiten des Micha darstellt, um diese dann auf die Gegenwart der Gemeindeglieder zu übertragen. Schon in der Darstellung der Situation des Micha sind aber viele Andeutungen auf die Gegenwart der ZuhörerInnen enthalten.

Wie 1979 steht auch zu Zeiten des Micha (und des Jesaja) die Botschaft von Mi 4,1-5 (und von Jes 2,4) im krassen Widerspruch zur Realität und den gegebenen Umständen. Dies macht die Realisierbarkeit der Vision Michas unwahrscheinlich. Das Land Juda ist durch Sanherib, den damaligen assyrischen König, und dessen Belagerung Jerusalems in seiner Existenz bedroht. Mit einem den Chroniken Sanheribs entstammenden Zitat verstärkt Iskraut das Bedrohungsszenario.[652] Des Weiteren entziehen sich Regierungsbeamte der Verantwortung gegenüber dem Staat und den BürgerInnen, indem sie ihr Vermögen außer Landes bringen. Darüber hinaus werden neue Gesetze erlassen, um Aufrüstung zu betreiben, und die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert sich.[653]

Indem die prophetische Botschaft des Micha von Iskraut als „ein Traum“ deklariert wird, scheint die Erfüllbarkeit dieser prophetischen Rede auf Erden zweifelhaft. Iskraut schwächt diese Zweifel aber ab, indem er die Bedeutung von Träumen von einer besseren, friedlicheren Welt betont, die zu einer veränderten, hoffnungsvolleren Haltung gegenüber der Welt verhelfen. Aus diesem Hoffen resultieren der Einsatz für den Frieden in der Welt und Veränderungen zum Guten hin. Diese Aussage ist die Hauptthese von Iskrauts Predigt.

Zur Zeit des Micha bewirkte dessen prophetische Rede die Buße des Königs Hiskia sowie das Ende des Krieges und der Belagerung durch Sanherib und seine Truppen[654]. Mit diesen Bezügen stützt Iskraut seine These von der verändernden Wirkung von Träumen und des Glaubens an eine bessere, friedlichere Welt.

Iskraut hebt – unter Verweis auf Jer 26 – lobend den Mut Michas und die Einsicht Hiskias hervor, die entgegen ihrer KritikerInnen gehandelt haben. Er führt verschiedene Titulierungen wie „Spinner, Träumer, Landesverräter, Zersetzer der Wirtschaft und Dissidenten“ an, um aufzuzeigen, mit welchen Vorwürfen im Besonderen der Prophet konfrontiert war und wie kritisch die IsraelitInnen die Aufforderung des Propheten zu Veränderung sahen. Einerseits werden anhand der Titulierungen die Zweifel an der Umsetzbarkeit des „Traums“ deutlich. Andererseits wird die Forderung der Propheten, weg von der Kriegsmaschinerie hin zum friedlichen Umgang miteinander, als Kritik und Verrat an der Politik und dem System des Landes sowie als negativ für die Wirtschaft angesehen. Die Titulierungen, die sich nur bedingt aus dem biblischen Kontext ergeben, stellen eine Verbindung zur Gegenwart der anwesenden Gemeindeglieder dar, die für ihren Traum von umfassender Abrüstung Kritik einstecken und Widerspruch hinnehmen müssen. Dies wird in den weiteren Ausführungen Iskrauts konkretisiert.

Wie die Propheten zur Zeit des Micha von der Gesellschaft angefeindet wurden, so hat nach Iskraut auch Jesus Christus für den Traum vom Frieden gelitten. Dabei deklariert Iskraut das Kreuz als „Symbol totaler Abrüstung“. Mit seinem Leiden und seinem Tod hat Jesus Christus gewaltlos und ohne Gegenwehr

[652] Vgl. LUCKENBILL: The Annals of Sennacherib, ix, 9, 11, 33, 70.
[653] Bezüge auf Mi 1,13; Mi 2,2.8f; Mi 3,3; Jes 36,8f.12.
[654] Bezüge auf 2. Kön 19,1.35f; Jes 37,1.36f.

den Graben der Sünde überwunden und den Frieden der Menschen mit Gott wieder hergestellt, d.h. Versöhnung ermöglicht. Übertragen auf die 1979 anhaltende Diskussion um Frieden und Abrüstung müssten Einzelpersonen und Staaten, die die Abrüstung wirklich vorantreiben wollen, – dem Vorbild Jesu Christi nachfolgend – mit Nachteilen rechnen und diese im Einsatz für eine bessere Welt und eine Zukunft der Menschheit auf sich nehmen. Wie diese Nachteile konkret aussehen können, wird an dieser Stelle nicht präzisiert, in den weiteren Ausführungen werden nur mögliche berufliche Nachteile für Einzelpersonen genannt. Junge Männer, die ihren Wehrdienst in der DDR als Bausoldaten ableisteten oder völlig verweigerten, nahmen Nachteile für den weiteren beruflichen Werdegang in Kauf. Von Benachteiligungen im Hinblick auf die Zulassung zum Abitur waren in der DDR auch Kinder und Jugendliche betroffen, die nicht am Wehrunterricht teilnahmen.[655] Bezieht man die Argumentation Iskrauts auf Abrüstungsbemühungen von Staaten, ähnelt sie sehr der Aufforderung des BEK, den ersten Schritt zu konkreter Abrüstung zu tun, auch auf die Gefahr des Angriffs der Gegenseite hin.[656]

Unter Bezugnahme auf den schulischen und medialen Kontext der Anwesenden zeigt Iskraut auf, welchen Ansichten die ChristInnen und alle BürgerInnen der DDR, aber auch die BürgerInnen der BRD, ausgesetzt waren, die konträr zum Traum von Frieden in der Welt stehen. In den Schulen der DDR werde beispielsweise vermittelt, dass der Westen eine Bedrohung darstellt, der mit Aufrüstung begegnet werden muss. Im Gegenzug propagieren die Westsender die „Bedrohung durch den Osten". Damit beschreibt Iskraut kurz und anschaulich die Argumentation der beiden Blöcke, die ihre Aufrüstung mit der Bedrohung durch die Gegenseite rechtfertigten.[657] „[D]ie Stimme der Kirche" – auch die des BEK – setze diesen Argumenten gegen alle Bedenken und Kritik weiterhin den Traum vom Frieden entgegen. Wie schon zu Michas Zeiten zweifele auch die Umwelt 1979 an der Umsetzbarkeit dieses Traumes und befürchte Nachteile für die Wehrfähigkeit des Landes. Der von Iskraut genutzte Begriff der Wehrkraftzersetzung entstammt dem 3. Reich. Als WehrkraftzersetzerIn galt, „wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich

[655]Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 59, 68f, 74; GAUCK: Winter im Sommer, 1787f; GOECKEL: The Lutheran Church, 238; Dok. 80: Vertrauliche Information des Abteilungsleiters im Staatssekretariat für Kirchenfragen, Dr. Hans Wilke, an Staatssekretär Klaus Gysi vom 17.7.1980 über sein Gespräch am 16.7.1980 mit dem Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung Werner Lorenz in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 435; KNOPKE: Kinder im Visier, 153, 179f, 197; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 235; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 75; VON PLATO: Revolution, 46; WOLLE: Die heile Welt (2. Aufl.), 261.

[656]Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Erklärung des Zentralausschusses der ÖRK 1981 in: Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt" der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe" vom 18. August 1982 in: aaO, 84; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 95; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 104; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57; Empfehlungen von Glion in: Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungslage in: aaO, 70.

[657]Vgl. BRÜHL u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, 433, 436; NEIDHARDT/MARUM: Der Kalte Krieg, 40f; PREISS/WAGNER: Das konventionelle Kriegsbild, 71.

den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zersetzen sucht“[658]. Verstand der SED-Staat kritische Äußerungen des BEK und seiner Gliedkirchen zum Wehrunterricht oder zur Zivilverteidigung allgemein als „gegen unsere sozialistische Friedens- und Verteidigungspolitik“[659] gerichtet, so sprach man im Zusammenhang mit der Friedensbewegung Schwerter-zu-Pflugscharen 1982 explizit von einem „Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft“[660] der DDR.

Dass der Traum des Micha vom Frieden in der Welt im 20. Jahrhundert dennoch weiterhin lebendig ist, macht Iskraut an verschiedenen Aspekten fest. Damit werden die ZuhörerInnen der Wirksamkeit ihres Glaubens und Hoffens auf eine bessere Welt versichert. Sie werden dazu aufgefordert, an dem Traum von Frieden und totaler Abrüstung festzuhalten und diesen zu verfolgen.

Schon bei der historischen Einordnung der Bibelstelle findet das Denkmal Erwähnung, das die Sowjetunion 1959 den Vereinten Nationen schenkte und das Mi 4, 3 bildlich darstellt.[661] Die Botschaft des Denkmals wird somit im christlichen Kontext verortet. Unterschwellig schwingt der Widerspruch zwischen der Botschaft des Denkmals und der Haltung und den Handlungen der UdSSR zu Frieden und Abrüstung sowie die Kritik daran mit. Vordergründig wird durch die Erwähnung des Denkmals aber der Wunsch der Sowjetunion nach Frieden aufgezeigt.

Des Weiteren sieht Iskraut in der Veröffentlichung von Zahlen zu Rüstungsausgaben der Länder eine kritische Auseinandersetzung mit den Rüstungsausgaben und einen Ausdruck des Wunsches nach Veränderung. Die vom Prediger angeführten Zahlen können leider nicht auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden. Durch das Herunterbrechen der Gesamtsumme auf Kosten für einzelne Geschosse sowie der Vergleich mit den Kosten für einen Trabant soll den GottesdienstbesucherInnen das Ausmaß der Rüstungsausgaben verdeutlicht werden. Dabei steht der Trabant für etwas, was sich in der DDR nicht jede Bürgerin bzw. jeder Bürger leisten noch bekommen konnte.

Wie der BEK bewertet Iskraut die Unterzeichnung der Helsinki Schlussakte positiv.[662] Darüber hin-

[658] Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) 1938, §5 (1)1 zitiert in: DÖRNER: Der Krieg ist verloren, 106.

[659] Dok. 85: Hausmitteilung Paul Verners vom 10.11.1981 an Erich Honecker mit Vorschlägen des Reagierens auf Aussagen mehrerer Landessynode im Herbst 1981 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 446; vgl. auch Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 247; Dok. 67: Eröffnungsansprache Hans Seigewassers am 1.6.1978 an den Vorstand der KKL bei Gespräch über die geplante Einführung des Wehrunterrichts in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 362; Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: aaO, 370.

[660] Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 68.

[661] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 171.

[662] Vgl. Stellungnahme der Bundessynode in Eisenach zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 30. September 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 141; Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherr bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: aaO, 149f; Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 153; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 199; Gemeinsame Erklärung von Vertretern des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Belgrad über die Auswirkungen der Helsinki-Schlußakte auf die Signatarstaaten von 8. Dezember 1977 in: aaO, 231; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph, betr. 5. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vom 4. August

aus sieht er in der Schlussakte von Helsinki und dem Abrücken von der Idee des Kräftegleichgewichts als Garant für Sicherheit ein Umdenken und die durch den Traum Michas bereits bewirkte Veränderungen in der Gegenwart gegeben. Vergleicht man Mi 4,1-5 mit den Inhalten der Schlussakte von Helsinki, stechen besonders die beiden Prinzipien II. *Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt* und V. *Friedliche Regelung von Streitfällen* hervor, die Mi 4,3 widerspiegeln, dass „kein Volk wider das andere das Schwert erheben" wird. Die Verpflichtung der Staaten in der Schlussakte von Helsinki zu „eine[r] allgemeine[n] und vollständige[n] Abrüstung"[663] kann mit Mi 4,3, dass „sie [die Völker] ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen" werden, in Beziehung gesetzt werden. Der angestrebte Verzicht auf militärische Maßnahmen gegen andere Völker und die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens[664] kann dazu führen, dass „jeder [...] unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen und niemand [...] sie [die Völker] schrecken" wird (Mi 4,4). Denn die anvisierten Maßnahmen der Schlussakte zielen auf ein Leben „in echtem und dauerhaftem Frieden, frei von jeglicher Bedrohung oder Beeinträchtigung [...] [der] Sicherheit"[665] ab. Dass „sie [die Völker] [...] hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen" (Mi 4,3), ist in dieser Absolutheit in der Schlussakte zwar nicht zu finden. Dies ist dem Unterschied zwischen himmlischem und weltlichem Frieden geschuldet. Ein weitgehender Verzicht auf Gewalt in internationalen Auseinandersetzungen[666] könnte militärische Einsätze aber auf ein Minimum beschränken. Somit weist die Schlussakte von Helsinki viele Aspekte der Prophezeiung Michas auf.

Durch die kurze Darstellung der Ende der 1970er Jahre geführten Diskussion über Frieden und Abrüstung und praktische Bemühungen in dieser Richtung gibt der Prediger den Anwesenden die Möglichkeit, sich kritisch mit den Themen Abrüstung, den verschiedenen Standpunkten und der Umsetzbarkeit des „Traums" auseinanderzusetzen. Die Einbettung der politischen und gesellschaftspolitischen Bezüge in den biblischen und theologischen Kontext beeinflussen die Einschätzung. Die neue Bewegung hin zu Frieden und Abrüstung wird resultierend aus Mi 4,1-5 und dem Tod Jesu am Kreuz als im Sinne Gottes dargestellt und positiv bewertet. Dieser Bewegung widersprechende Entwicklungen wie die Aufrüstung von SS-20-Raketen durch die UdSSR oder der im Dezember 1979 verabschiedete NATO-Doppelbeschluss werden in dieser Predigt nicht erwähnt, stehen aber damit im Umkehrschluss im Widerspruch zum Willen Gottes.

Neben einem Umdenken auf internationaler Ebene fordert Iskraut von den ZuhörerInnen, dass sich die Hoffnung auf Frieden im Sinne Michas auch in ihrem Handeln niederschlägt. Der Prediger spricht sich – im Einklang mit dem BEK – gegen „Erziehung zum Haß" und den Kauf von Kriegsspielzeug in der HO (Handelsorganisation)[667] aus. Er nimmt somit – im Einklang mit dem BEK – die Gemeindeglieder

1980 in: aaO, 352; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 198f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21.

[663]Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 18f.

[664]Vgl. aaO, 16, 21ff.

[665]aaO, 16.

[666]Vgl. aaO, 18f.

[667]Mit der HO (Handelsorganisation) ist die „volkseigene Handelsorganisation" (WOLLE: Der große Plan, 119.), eine „weit verzweigte Handelskette" (Ebd.) der DDR gemeint, die „Gaststätten, Warenhäuser, ein Versandhaus [und] [...] Delikat- und Exquisit-Läden" (ZENTNER u.a.: Die DDR, 171; vgl. auch WOLLE: Der große Plan, 119ff.) unterhielt. Dabei „erhielten die Kunden [dort die] Gelegenheit, über das magere [Waren]Angebot hinaus [..] zu erhöhten Preisen einzukaufen." (WOLLE: Der große Plan, 121.)

in die Verantwortung, ihren Beitrag zur „Erziehung zum Frieden“[668] zu leisten. Im Sinne der Friedenserziehung ermöglicht Iskraut den ZuhörerInnen mit seiner Predigt, „sich eine [...] Meinung darüber zu bilden, was heute den Frieden fördert oder was Friedlosigkeit vermehrt.“[669] Durch die mögliche Kritik am Erziehungsstil der Väter durch kommende Generationen wird der Aufruf noch verstärkt und auf die Verantwortung gegenüber Kindern und Kindeskindern hingewiesen. Im gesamten Absatz sind primär die Gemeindemitglieder, aber auch alle BürgerInnen der DDR angesprochen.

In den neusten Entwicklungen hin zu Entspannung, Frieden und Abrüstung sieht Iskraut das Reich Gottes – auch im Sinne der 2. Bitte des Vaterunsers – in der Gegenwart durchscheinen bzw. anbrechen. Er fordert die GottesdienstbesucherInnen auf, nach den Anzeichen des Reichs Gottes auf Erden Ausschau zu halten. Entsprechend eines eschatologischen Vorbehalts erteilt Iskraut, wie der BEK 1981, der vollständigen Realisierung des Traums Michas auf Erden jedoch eine Absage.[670] Wie schon in der Auseinandersetzung mit dem Tode Jesu Christi am Kreuz wird hier der Unterschied zwischen absolutem, göttlichem Frieden und weltlichem Frieden aufgezeigt. Damit möchte Iskraut die ZuhörerInnen in ihrem Einsatz für den Frieden vor Enttäuschungen bewahren. Trotzdem versichert er sie der Wirksamkeit des Glaubens und des Hoffens auf eine bessere, friedlichere Welt und fordert von ihnen den Einsatz für Frieden in der Welt gegen alle Widerstände. Wie der Einsatz über die Erziehung zum Frieden hinaus aussehen kann, wird nicht konkretisiert. Die Predigt vereint in sich Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt.

[668] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250; vgl. auch Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 38; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[669] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250.

[670] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 294.

2.13 Brand: Predigt vom 11. März 1979 (P1Br1979)

Pfarrer Brand hielt diese Predigt am 11. März 1979 in Cranzahl im Erzgebirge. Mit Mk 12,1-12 folgt Brand dem Vorschlag der für 1979 laufenden ersten Reihe der Perikopenordnung.

Markus 12,$_{1-12}$ **Cranzahl, Reminiszere 1979**

Liebe Gemeinde!

Jesus hat sich eine Geschichte ausgedacht, die er uns erzählt: In seiner galiläischen Heimat, am Oberlauf des Jordan, am See Genezareth, liegen Weinberge. Aber die Weinbauern waren nicht die Eigentümer des Landes. Sie bearbeiteten den Boden als Pächter. Reiche Großgrundbesitzer hatten das Land gekauft. Sie lebten meist im Ausland und zogen von dort die Steuern ein. Und einer von ihnen machte es so:

– lesen Mk 12,1-12 –

Eine unglaubliche Geschichte, nicht wahr? Ist dieser Großgrundbesitzer ein Narr? Ja, von allen Regeln menschlicher Vernunft aus gesehen – ein Narr!

Wer läßt schon seine Diener schlagen und erschlagen? Wer opfert schon, nachdem er sich doch sagen mußte, daß hier eine Räuberbande am Werk ist, seinen einzigen Sohn, den Erben, anstatt die Polizei zu alarmieren? Gott handelt so.

1. Hoffen und Harren hält Gott zum Narren.

Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte des Ungehorsams. Ein Gott, dem wir etwas schuldig sind, den gibt es nicht.

Immer nach dem Motto: „Was nicht sein darf, das kann nicht sein.“ Dazu werden ganze Ideologien aufgebaut, deren eine wir ja recht handgreiflich erleben. Vielfach machen sich die Menschen gar nicht erst recht viele Gedanken, andere, die das Denken erlernt haben, begreifen: Menschliche Ideologien sind unausführbare Utopien. Aber sie alle machen mit – denn Hauptsache keinen Gott, dem man etwas schuldig sein könnte.

Aber, liebe Christen, reiben wir uns nicht die Hände! Denken wir nicht: Jetzt kriegen die Heiden draußen wiedermal ihre verdiente Abreibung.

Auch Religion kann Ungehorsam sein. Nur zu schnell sind wir uns genug mit unseren Veranstaltungen, unseren Gottesdiensten und Gebeten. Nur zu schnell bleibt Gott an der Kirchentür stehen, weil wir gerade in unserer Frömmigkeit schwelgen und ihn im Grunde gar nicht mehr brauchen.

Nur zu schnell schlüpft uns über die Lippen: Gott, siehst du, wie gut ich bin, wie gut ich weiß, was du von mir haben willst??

Ja – was will Gott eigentlich von uns? Es ist schnell gesagt: Wir sollen nicht die Welt fliehen, sondern mitten drinstecken und sie so gut gestalten, wie sie der Schöpfer angelegt hat.

Ein paar Stichworte:

Umwelt. Es wird viel vom Wohl des Menschen gesprochen und in Wirklichkeit sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen. Freilich können wir wenig tun, wenn verantwortungslose Menschen chemische Werke bauen, durch die unsere Fichtenwälder sterben und die ungeborene Kinder zu Schaden kommen. Aber wir

können mit unseren Abfällen so verantwortlich umgehen, daß die Umwelt nicht noch schmutziger wird. Das ist nicht viel – aber ein Anfang.

Frieden. Es wird viel vom Frieden in der Welt gesprochen und dabei die Rüstungsausgaben munter in die Höhe getrieben. Christliche Großeltern können den jungen Leuten sagen, wie schrecklich der Krieg ist und daß alles unternommen werden muß, daß die Welt nicht wieder in dieses Elend stürzt. Christliche Eltern können ihren Kindern sagen, daß es besser ist, den Wehrkundeunterricht nicht zu besuchen, selbst wenn das erst einmal Nachteile in der Schule bringen sollte. Christen können sich überlegen, ob es gut ist, für Fonds zu spenden, aus denen Waffen gekauft werden, um damit unschuldige Menschen auf dem Altar der Macht zu schlachten.

Mitmensch. Wir sprechen viel von Nächstenliebe – besonders in der Kirche. Es könnte sein, daß in unserer Nachbarschaft ein Mensch wohnt, der Hilfe braucht. Vielleicht ist er alt, vielleicht ist er krank, vielleicht wird er mit seinen Sorgen nicht fertig. Freilich – wir sind beschäftigt und haben keine Zeit. Aber ist unsere Beschäftigung immer so unaufschiebbar wichtig?

Bestimmt fallen euch noch andere Stichworte ein.

Was will Gott von uns? – Unser eigenes Wohl, das Wohl seiner Menschen. Aber wir brauchen Gott nicht. Ja nicht abhängig sein, ja niemanden etwas schulden und wenn es gleich zu unserem Besten ist.

Aber Gott hofft und so schickt er immer wieder Menschen. Sie rufen: „Vergeßt nicht, daß Gott die Früchte seines Weinberges erwartet!“

Das können Pfarrer sein, das können solche sein, die theologisch nicht gebildet sind, aber eifrig ihre Bibel lesen, das könnten vielleicht sogar Atheisten sein. Mit jedem von ihnen bietet Gott eine neue Chance, bei jedem hofft er, daß wir uns eines besseren belehren lassen. Aber diese Rufer müssen weg. Ihr braucht nur einmal Filme anzusehen: Wenn irgendwo eine lächerliche Figur gebraucht wird, dann ist es ein Pfaffe. Es wäre ja noch schöner, daß wir uns aus unserem bequemen Fernsehsessel erheben, uns gar unbeliebt machen, letztlich etwa Nachteile im Betrieb und in der Schule einstecken.

Da soll Gott nur hoffen. Und hoffen und harren hält Gott zum Narren. Wenn seine Welt verkommt, wenn sich seine Menschen gleich völkerweise zerfleischen, wenn die Schwachen liegenbleiben, dann ist er höchstens noch daran schuld und man kann nicht mehr an ihn glauben – weil er doch der liebe Gott ist.

Mehr noch:

Wehe Gott, der in die Hände der Menschen gerät.

Einen letzten Versuch unternimmt der Weinbergsbesitzer. Er schickt den Erben. An dem, so denkt er, werden sich die Pächter nicht vergreifen. Wie naiv! Gerade er ist es doch, der zu beseitigen ist, um endlich Ruhe zu haben. Schmählich und unbegraben werfen ihn die Pächter zum Weinberg hinaus.

Natürlich wissen wir, wer gemeint ist: Jesus Christus.

Schmählich aus der Gemeinde der Frommen ausgestoßen wird der Sohn Gottes an den Verbrechergalgen gehängt. Aber rührt uns das Kreuzessymbol überhaupt noch – ein alter Tod, ein vergangener Schmerz.

Was haben wir mit dem Verbrechen der Juden zu schaffen? Sehr viel! Das Kreuz steht mitten in unserer Welt.

Ich denke manchmal: Vielleicht sind die Marxisten mit ihren verzweifelten Versuchen, das Kreuz

auszuradieren, Gott näher als wir. Sie werden das schlechte Gewissen nicht los. Ihnen läßt die brennende Anklage keine Ruhe – wie ihre Aktivität beweist. Aber wir? – Geht uns die Mahnung unseres eigenen Symbols noch unter die Haut?

Wehe Gott – wenn er in die Hände der Menschen gerät! Es waren und sind die Frommen, die ihn töten.

Gerade sie wollen sich nicht hineinreden lassen. Was fällt Gott ein, uns zu sagen: „Ihr seid mit eurer Selbstgerechtigkeit, über der ihr die Liebe zum Mitmenschen vergeßt, ihr seid mit eurem frommen Leistungsdenken auf dem Holzweg." Weg mit diesem unbequemen Gott! Und so steht das Kreuz in der Welt und es schreit: Gott hofft immer noch. Obwohl er uns ausradieren könnte, hat er sich am Karfreitag zu Tode gehofft – für dich und für mich. Daß wir umkehren, daß wir unsere selbstgemachten Götter und Lehren wegtun und uns dem wirklichen Gott öffnen.

Das Sterben Jesu Christi ist Gottes letzter Angriff auf unser Herz, und es ist ein gewaltloser Angriff, weil er uns nicht zermalmen will, sondern gewinnen.

Und so kommen wir zu dem Gedanken:

Gnade dem Menschen, der in die Hände Gottes gerät.

Freilich schließt das Gleichnis von den bösen Weingärtnern mit einer Mahnung: Die Mörder werden umkommen, der Weinbergsbesitzer wird, nachdem er uns auch seinen Sohn noch gab, die Unbelehrbaren bestrafen. Aber ich denke, wir sind uns einig: Zu denen wollen wir nicht gehören. Am Mord Gottes in der Welt wollen wir nun nicht mehr beteiligt sein. Wir wollen Gott geben, was wir ihm schuldig sind, nämlich alles tun, daß seine Welt so gut wird, wie er sie gedacht hat.

Mit diesem gescheiterten Jesus, den auch unsere Feigheit, unsere Gedankenlosigkeit, unsere Bequemlichkeit umgebracht haben, fängt Gott neu an.

Es gibt keine Strafe, sondern Gnade für uns. Wenn wir heute aus diesem Gottesdienst hinausgehen, so laßt uns im Namen unseres auferstandenen Herrn die Welt Gottes nicht mehr verachten, sondern für sie einstehen.

Wir dürfen wissen: Der Weg ist richtig. Denn unsere Weltverbesserung ist nicht ein auf Gewalt basierender und damit zum Scheitern verurteilter Humanismus. Die überwindende, gewaltlose Liebe Jesu steht hinter uns. Er läßt uns Bösewichte nicht fallen, sondern er fängt neu mit uns an. Du brauchst nicht zu resignieren: „Ich kann ja doch nichts ändern!"

Laß dir von Christus ein wachsames Auge geben, wo du etwas für einen Menschen in deiner Nachbarschaft tun kannst.

Laß dir die Angst vor Schulleitern und Vorgesetzten nehmen, wenn du dafür eintrittst, daß alle Menschen Brüder sind, egal ob sie diesseits oder jenseits des Stacheldrahtes leben.

Laß dir Phantasie geben, etwas für diese von Gott geliebte Welt zu tun. Es wäre gut, wenn es in der Gemeinde Cranzahl heißen kann:

Hoffen und Harren hält Gott nicht zum Narren!

Amen.

Brand identifiziert allegorisch den Weinbergsbesitzer in Mk 12,1-12 mit Gott, der entgegen gesundem Menschenverstand immer wieder neue Knechte zu den Pächtern des Weinbergs schickt, in der Hoffnung, diese würden ihr Verhalten ändern. Die Pächter setzt Brand mit den Menschen gleich und prangert deren Sündhaftigkeit und Ungehorsam gegenüber Gott an. Diesen menschlichen Ungehorsam und Gottes Hoffen auf Besserung fasst Brand in dem abgewandelten Sprichwort „Hoffen und Harren hält Gott zum Narren." zusammen. Dieses bildet die Ausgangsthese der Argumentation und der folgenden Darstellung, wie die Menschen Gott zum Narren halten und mit welchem Akt der Versöhnung, Vergebung und Gnade Gott trotz allem darauf reagiert. Aus diesem resultierend, ruft Brand die ZuhörerInnen auf, in ihrer Gesellschaft im Sinne Gottes zu leben und aktiv zu werden.

Im Ungehorsam gegenüber dem Willen Gottes zu leben, bedeutet laut Brand einerseits ein gottloses Leben, d.h. ein Leben unter der Prämisse, dass es Gott nicht gibt, zu führen. Andererseits versteht Brand aber auch die Art der Religionsausübung, in der Gottes Wille nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, als ungehorsam.

Im Hinblick auf ein gottloses Leben verweist er auf menschliche Ideologien wie den Sozialismus bzw. Kommunismus, in denen die Existenz Gottes und damit auch die Verantwortung ihm gegenüber geleugnet wird. Er prangert diese Ideologien als „unausführbare Utopien" an. Im persönlichen Gespräch bewertete Brand die Grundidee des Sozialismus positiv, meinte aber, es scheitere am Menschen, der nicht so gut und gerecht ist, wie die Ideologie ihn einschätzt.[671]

Als ChristIn gehorsam nach dem Willen Gottes zu leben, bedeutet für Brand: „Wir sollen nicht die Welt fliehen, sondern mitten drinstehen und sie so gut gestalten, wie sie der Schöpfer angelegt hat." Beispielhaft werden als mögliche Einsatzbereiche der ChristInnen in der Welt die Felder Umwelt, Frieden und der Umgang mit den Nächsten thematisiert. Auch der BEK forderte die ChristInnen zum Einsatz für Frieden und Umweltschutz auf.[672] In diesem Zusammenhang setzt sich Brand auch kritisch mit dem staatlichen Verhalten hinsichtlich Umwelt und Frieden auseinander.

Nach Brand entzieht sich der Mensch durch Umweltverschmutzung seine eigene Lebensgrundlage. Er beschreibt es als unverantwortlich, Chemiewerke zu bauen und damit Waldsterben und die Gefährdung ungeborenen Lebens in Kauf nehmen. Damit nimmt Brand direkten Bezug auf das Ökosystem in und um Cranzahl. Das Erzgebirge im Allgemeinen, aber das Obere Erzgebirge im Speziellen, wozu Cranzahl gehört, war ab Anfang der 70er Jahre stark vom Waldsterben betroffen. Der Baumbestand, durch in Fabriken ausgestoßenes Schwefeldioxid entkräftet, konnte „den Naturgewalten Schnee, Sturm, Frost oder Dürre – und [...] Insektenbefall – weniger Widerstandskraft entgegensetzen"[673]. Die Gase wurden sowohl von tschechischen „Kraftwerke[n], Kohleveredelungsanlagen und Chemiebetriebe[n]"[674] sowie einem

[671] Vgl. Notizen zum Interview mit Pfarrer Brand (Januar 2013), Privatarchiv Lührmann. In Masers Auseinandersetzung mit dem Menschenbild von Marx und Engels hieß es dazu: „Der von Natur aus 'gute' und nur durch die bisherigen Gesellschaftsordnungen verdorbene Mensch soll durch den Kommunismus von den alten verderblichen Bindungen befreit werden und endlich wieder sein 'ursprüngliches' Wesen zurückerlangen." (MASER: Genossen beten nicht, 9.)

[672] Vgl. Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen" Buckow 28./29. Januar 1978, EZA 101/630; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[673] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 216; vgl. auch aaO, 215.

[674] AaO, 218.

„Gaskombinat“[675] als auch von DDR-Betrieben im Vorland des Erzgebirges produziert, jedoch sahen die staatlichen Organe der DDR die größere Verantwortung bei der CSSR. In manchen Staatsforstbereichen des Erzgebirges „lag der Anteil der rauchgeschädigten Flächen bei 99 Prozent, fast ein Viertel entfiel auf die Schadzone I“[676] – die höchste Kategorie bei Waldschäden. Neben den Baumbeständen, die unter dem Schwefeldioxid zu leiden hatten, klagten auch die BewohnerInnen des oberen Erzgebirges ab Mitte der 70er Jahre über einen unangenehmen Geruch sowie Kopfschmerzen, Atemnot und Übelkeit. Ihren Unmut tat die Bevölkerung in Eingaben kund, was die staatlichen Behörden zum Handeln zwang. 1977 kam es erstmals wegen der Umweltschäden zu Verhandlungen mit der CSSR. Zwar einigten sich beide Seiten 1980/81 auf Maßnahmen zur Senkung des Schwefeldioxidausstoßes, jedoch führten diese kaum zu einer Verbesserung der Gegebenheiten.[677] „Die Schwefeldioxidbelastung stieg bis 1989 – von beiden Seiten verantwortet – weiter an“[678], wobei sich DDR und CSSR gegenseitig die Schuld für die Zustände im Erzgebirge in die Schuhe schoben. Brand nimmt alle Personengruppen und Staaten für den Zustand der Umwelt in die Pflicht, die den Ausstoß von giftigen Gasen durch den Bau neuer Betriebe befördern. Dass er die alleinige Verantwortung bei den staatlichen Stellen sieht, wird deutlich, wenn Brand die Machtlosigkeit der ZuhörerInnen hinsichtlich des Waldsterbens betont. Damit prangert er auch indirekt an, dass die ökonomischen über die ökologischen Interessen gestellt werden. Der Fokus der DDR lag durchgängig stärker auf dem wirtschaftlichen Wachstum als auf dem Schutz der Umwelt.[679] Brand appelliert aber an die Anwesenden, wenigstens in den Bereichen, in denen Einflussnahme möglich ist, wie z.B. der Müllentsorgung, Umweltschutz zu betreiben. Im Sinne des BEK fordert er somit zur Aneignung einer umweltbewussteren Lebensweise auf.[680]

Hinsichtlich der Friedensthematik kritisiert Brand, wie der BEK, den Widerspruch zwischen der laufenden Friedens- und Abrüstungsdiskussion und den steigenden Rüstungsausgaben.[681] Brand plädiert hier implizit für Abrüstung. Möglichkeiten für die einzelne Christin bzw. den einzelnen Christen, den Frieden voranzutreiben, sieht Brand darin, die Gefahren und das Leid des Krieges zu thematisieren und davor zu warnen. Dabei nimmt er vor allem die ältere Generation in die Pflicht, die aus eigener Anschauung beurteilen kann, was ein Krieg und seine Folge für jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen und für das Gemeinwesen bedeuten. In der *Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtige* von 1965 und im *Leitfaden*

[675] Ebd.

[676] AaO, 215.

[677] Vgl. aaO, 216ff, 220ff, 228, 230ff, 295. Eine Aussage, dass Schwefeldioxid Einfluss auf die Entwicklung von Föten hat, konnte in der Literatur nicht gefunden werden.

[678] AaO, 234.

[679] Vgl. aaO, 222f, 233, 283.

[680] Vgl. Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen“ Buckow 28./29. Januar 1978. 2.2. Auswertung von Arbeitsgruppenberichten, EZA 101/630.

[681] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Konfrontation oder Kooperation, 291, 297; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 258; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 71f; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23. Mai bis 28. Juni 1978 in: aaO, 73.

zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung von 1982 wurde die „Gleichgültigkeit der älteren Generation“[682] kritisiert.

Des Weiteren ruft Brand deutlich zur Verweigerung der Teilnahme am Wehrunterricht trotz möglicher Nachteile auf und deklariert dieses Verhalten als Ausdruck eines Lebens der einzelnen Christin bzw. des einzelnen Christen nach dem Willen Gottes. Brand geht somit noch einen Schritt weiter als der BEK, der es als Möglichkeit in Betracht zog, dass Eltern die Teilnahme ihrer Kinder am Wehrunterricht aus Glaubensgründen verweigerten.[683]

Als drittes rät Brand davon ab, „für Fonds zu spenden, aus denen Waffen gekauft werden“. Damit spielt Brand auf den Solidaritätsfonds der DDR an. Entweder wurden dafür direkt Spenden gesammelt oder es fanden zu diesem Zweck Basare statt, bei denen „in den Schulen, Betrieben und Wohngebieten [...] selbstgemachte (Topflappen, Kuchen) oder nicht mehr benötigte Gegenstände an andere verkauft“[684] wurden. „Der Erlös wurde dann als Solidaritätsspende i. d. R. über das Solidaritätskomitee der DDR für Aufgaben in verschiedenen Ländern verwendet.“[685] Dem Solidaritätskomitee ging es um die „Unterstützung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in ihrem Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt.“[686] Der Solidaritätsfonds sollte „vor allem aber die von kommunistischer und sowjetischer Seite geförderten Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützen.“[687] Nach Rüdiger Henkel nutzte das Solidaritätskomitee die Spenden auch zur Finanzierung von Waffen und anderem militärischen Equipment, hielt dies aber geheim. Leider gibt es keine genauen Angaben dazu, in welchem Umfang Waffen durch Solidaritätsspenden finanziert wurden. Nach Hermann Wentker, Hans Siegfried Lamm und Siegfried Kupper verfolgte man mit der sowjetischen und der DDR-Außenpolitik das Ziel, die Macht des Sozialismus in der Welt kontinuierlich auszubauen. Aufgrund dessen engagierte sich die DDR finanziell am Bürgerkrieg in Angola, durch Waffenlieferungen in Äthiopien und unterstützte die Mosambikanische Befreiungsfront, *Frente de Libertacao de Mocambique* (FRELIMO) – letztere definitiv durch den Solidaritätsfonds.[688] In Afrika wurden auch die *Zimbabwe African National Union* (ZANU) und *South-West Africa People´s Organisation* (SWAPO) finanziell unterstützt. Die DDR half sogar bei der Ausbildung von Kämpfern der SWAPO und der südafrikanischen Organisation *African National Congress* (ANC) und ließ „die ZAPU, die SWAPO und der ANC Büros mit quasi-diplomatischem Status in Ost-Berlin eröffnen.“[689] Im Nahen Osten wurde die *Palestine Liberation Organization* (PLO) mit Solidaritätsgeldern versorgt, und auch sie erhielt ein Büro in Ost-Berlin.[690] „In den Siebzigern machten die[...] Aufwendungen [an den Nordvietnam]

[682] Aus der Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen in: BÜSCHER u.a. (Hg.): Friedensbewegung, 55; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 56.

[683] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Frauen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250.

[684] Solidaritätsbasare in: STAMM: Stichworte von A bis Z, 136.

[685] Ebd.

[686] Solidaritätskomitee der DDR in: aaO, 136; vgl. auch LAMM/KUPPER: DDR und Dritte Welt, 38.

[687] WENTKER: Außenpolitik, 209; vgl. auch EMMERLING: Die DDR und Chile, 358; HENKEL: Im Dienste der Staatspartei, 421; LAMM/KUPPER: DDR und Dritte Welt, 38; WENTKER: Außenpolitik, 460.

[688] Vgl. HENKEL: Im Dienste der Staatspartei, 428f; LAMM/KUPPER: DDR und Dritte Welt, 28, 31, 33, WENTKER: Außenpolitik, 460, 463, 466, 473f.

[689] WENTKER: Außenpolitik, 467; vgl. auch aaO, 467f.

[690] Vgl. aaO, 471.

den Löwenanteil der ostdeutschen 'Solidaritätsleistungen' aus."[691] Einige Gelder flossen auch zur Unterstützung der „linksgerichteten Sandinisten-Herrschaft"[692] nach Nicaragua. Indem Brand die Anwesenden über die Finanzierung von Waffen durch den Solidaritätsfonds informiert, betreibt er einerseits Aufklärungsarbeit. Andererseits verbreitet er Informationen, die der Staat geheim halten wollte, und wagt sich damit weit vor.

Brand betont, Gott liege mit seinen Geboten und Verboten immer das Wohl der Menschen am Herzen. Weil die Menschen sich aber immer wieder von der Verantwortung gegenüber Gott freimachen wollen, sende Gott Menschen, die an Gottes Wille und an die Verantwortung erinnern. Neben PfarrerInnen verweist Brand auf bibelkundige Laien, aber auch auf AtheistInnen, die als MahnerInnen agieren können, um auf Gottes Willen aufmerksam zu machen. Weil somit praktisch jede/r ein/e Mahner/in sein kann, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass alle politischen oder gesellschaftspolitischen Äußerungen immer im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Willen Gottes und auf dessen Stärkung in der Welt geprüft werden müssen. Damals wie heute fühlt sich der Mensch laut Brand ungern mit seiner Verantwortung konfrontiert, weshalb die MahnerInnen in biblischen Zeiten geschlagen und getötet und 1979 mundtot gemacht werden. Der Weinbergsbesitzer schickte im Gleichnis zuletzt seinen Sohn, d.h. Gott Jesus Christus, der ebenfalls von den Pächtern ermordet wird. Das Kreuz hat in dieser Predigt zwei Bedeutungen. Es wird einmal als eine „brennende Anklage" dafür beschrieben, dass die Menschen – damals wie heute – die Botschaft Gottes nicht hören bzw. nicht danach handeln wollen. Die Verantwortung für den Tod Jesu sieht Brand deshalb bei den Gläubigen und verstärkt damit die Anklage gegen die ZuhörerInnen. Brand ist skeptisch, ob die ChristInnen diese Anklage noch wahrnehmen. Im Gegenzug wertet Brand die Abwehrhaltung der MarxistInnen gegen das Kreuz als Wahrnehmung dieser Anklage und als eine gewisse Auseinandersetzung mit ihr. Brand zeigt damit die Ähnlichkeit des Widerstandes von ChristInnen und MarxistInnen gegen den Vorwurf des Ungehorsams und dem Aufruf zur Umkehr und Leben im Sinne Gottes auf. Damit werden erneut die beiden Arten eines ungehorsamen Lebens gegenüber Gott angesprochen. Gleichzeitig deutet Brand an, dass die MarxistInnen mit ihrer Auseinandersetzung mit dem Kreuz den ChristInnen einen Schritt voraus sind, auch wenn sie, indem sie sich für ein Leben ohne Gott entscheiden, daraus die falschen Schlüsse ziehen.

Neben der Anklage beschreibt Brand das Kreuz aber auch als Symbol der ständigen Hoffnung Gottes auf Besserung und den Tod Jesu Christi als letzten Versuch, das Herz der Menschen zu erobern. Gott bringe damit seine Liebe zu den Menschen zum Ausdruck, indem er seinen Sohn schickt, um die Menschen trotz oder gerade wegen der Sündhaftigkeit von Sünde und Tod zu befreien. Während das Gleichnis in Mk 12,9 mit dem Entzug des Landes und mit der Ermordung der Pächter – den Ungläubigen und MörderInnen des Sohnes – endet, halte Gott somit durch den Tod Jesu Christi Gnade für die Gläubigen bereit. Aus der Vergewisserung der Liebe und Gnade Gottes heraus fordert Brand die Anwesenden auf, gehorsam zu leben, d.h. nach dem Willen Gottes in der Welt tätig zu werden, auch wenn das Eintreten für den Glauben Schwierigkeiten in Schule und Berufsleben mit sich bringen kann. Die ZuhörerInnen sollen mit Gottes Hilfe die Probleme in ihrer Umgebung wahrnehmen und nach Möglichkeiten suchen, wie die Welt im Sinne Gottes gestaltet und verbessert werden kann. Er fordert nochmal die Hinwendung zur Welt.

[691] Ebd.
[692] AaO, 473.

Erneut führt Brand Beispiele aus dem gesellschaftlichen Leben an. Etwa könnte man sich in Schule und Betrieb kritisch zu dem durch die DDR vertretenen Freund-Feind-Denken äußern. Wie Bischof Werner Krusche verortet Brand das Böse in allen Menschen, wenn er im Zusammenhang der Sündenvergebung vorab alle ChristInnen als „Bösewichte“ bezeichnet.[693] Zusätzlich möchte er das Verbindende betont wissen, wenn er von Brüdern und Schwestern „diesseits oder jenseits des Stracheldrahtes“ spricht. Brand stellt die Gestaltung der Welt im Sinne Gottes in krassen Gegensatz zu allen menschlichen Ideologien, die er als „unausführbare Utopien“ bzw. „ein[en] auf Gewalt basierende[n] und damit zum Scheitern verurteilte[n] Humanismus“ beschreibt. Damit kritisiert Brand erneut menschliche Ideologien, die mit Gewalt das Wohl des Menschen – im Sinne des Humanismus – realisieren wollen. Auch in der DDR wurde der Sozialismus vielfach mit dem Humanismus in Verbindung gebracht. Zwischenzeitlich betrachtete man sogar den „verwirklichte[n] Humanismus und reale[n] Sozialismus“[694] als ebenbürtig. Basis des Plans Gottes für die Menschen hingegen sei laut Brand die Liebe. Nur durch den gewaltlosen Einsatz der ChristInnen in und für die Welt könne das wirkliche Wohl der Menschen nach dem Willen Gottes realisiert werden. Damit weist die Predigt Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf. Sie beinhaltet aber auch die Aufforderung zur Urteilsbildung aus dem Glauben heraus.

[693] „Aus diesem Grunde gehört zum Friedenszeugnis der Kirchen der energische Einspruch gegen alle Verteufelungen des Gegners, gegen die Erstellung von Feindbildern, gegen die Begründung überzogener Sicherheitsmaßnahmen mit der Gefährlichkeit des äußeren Feindes, weil sie der selbstgerechte (und also gottlose) Versuch sind, das Böse jeweils im anderen dingfest zu machen, ihm alle Schuld zuzuschieben und sich selbst keine Korrekturen des eigenen Verhaltens zuzumuten.“ (Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; vgl. auch VIII. Vollversammlung der KEK zitiert in: Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden vom 1. November 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 320.)

[694] BAAB: Was ist Humanismus, 130; vgl. auch aaO, 129ff. Honecker sprach im Gespräch mit Schönherr im März 1978 von den „zutiefst humanistischen Zielen“ (Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26.) des Sozialismus.

2.14 Meckel: Predigt vom 7. September 1980 (P1Meck1980)

Die Predigt vom 7. September 1980 war Pfarrer Meckels Antrittspredigt als Vikar in Vipperow.[695] Die Predigt wurde darüber hinaus in Vietzen gehalten. Mit Gal 5,1 weicht Meckel von der Perikopenordnung ab. Er betonte, „immer mit der Perikopenordnung recht frei umgegangen“[696] zu sein. Meckel äußerte im Hinblick auf die Predigt die Vermutung: „[I]ch kann es nachträglich nur so interpretieren, dass ich hier gewissermaßen 'meine Botschaft' verkünden wollte. Textauswahl und Predigt hatten dann wohl einen gewissen programmatischen Charakter.“[697]

Gal 5,1 **Vipperow/Vietzen, 7. September 1980**

Zur Freiheit hat uns Christus befreit. So stehet fest in ihr und laßt euch nicht wieder in das Joch der Knechtschaft zwingen.

Liebe Gemeinde!

Gott will freie Menschen. Und er hat dem Menschen diese Freiheit geschenkt. Worum es deshalb in jedem menschlichen Leben geht, ist dies, dieser Freiheit zu entsprechen, wirklich als freier Mensch zu leben. Jeder will sie, diese Freiheit – und auch von uns möchte jeder frei sein. Und so gibt es in den letzten zweihundert Jahren kaum eine geschichtliche Bewegung, die nicht den Anspruch mit sich brächte, mehr Freiheit zu bringen und zu erkämpfen. Ob wir an die Weimarer Republik denken, an den Aufbau des Sozialismus nach 1945 oder auch an die gegenwärtigen Streiks in Polen. Immer geht es hier um das Erringen menschlicher Freiheit. Oder denken wir an die Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas oder in Lateinamerika. Keinem Volk kann heute mehr das Recht abgesprochen werden, frei zu sein. So weit, so gut, mag man sagen, doch was ist sie denn, diese Freiheit, daß jeder sie für so wichtig hält, daß viele sogar ihr Leben dafür einsetzen? Was ist denn Freiheit?

Wir kennen auf diese Frage viele Antworten. Darin aber werden sich die meisten einig sein: Ein Volk ist frei, wenn es politisch selbständig und wirtschaftlich gleichwertiger Partner anderer Staaten ist.

Ich bin frei, wenn keiner auf mich einen Zwang ausübt. Die einen denken dann vielleicht an die tägliche Arbeit, von der man endlich mal frei sein möchte, um alle Viere von sich zu strecken. Ein anderer denkt ans Reisen, „Hinfahren-Können, wo ich will.“ Der nächste denkt überhaupt daran, tun zu können, was er will. Und man verfällt ins Träumen, was man wohl täte, wenn die Freiheit grenzenlos wäre. Wäre – denn man weiß ja, es ist nicht so. Ich mache die Augen wieder auf und werde in unsere Wirklichkeit mit all ihren Zwängen zurückgeholt. Deshalb meint der Sänger Reinhard Mey, diese unbegrenzte Freiheit nur über den Wolken finden zu können – Sie kennen vielleicht dies Lied aus dem Radio. Unbegrenzte Freiheit, Freiheit von allen Zwängen, das bleibt Träumerei, Wegführen von der Wirklichkeit, werden andere sagen. Und so wird es in unseren Schulen gelehrt: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit. Einsicht in das, was

[695] Vgl. E-Mail von Pfarrer Meckel (14.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[696] Ebd.
[697] Ebd.

notwendig ist. Damit sind wir wieder mitten im Leben, herausgerissen aus jedem Träumen. Man denkt an die vielen Pflichten, mit denen man lebt und aus denen man nicht heraus kann. Es ist notwendig, daß man arbeiten geht, daß die Ernte eingebracht wird. Notwendig für die Familien, die durch diese Arbeit ernährt werden und für die Menschen in der Stadt, die ja auch essen wollen. Die Arbeit des Einzelnen ist für das Gefüge des Ganzen notwendig, in der Wirtschaft wie in der Familie. Das wissen wir. Doch sind wir damit schon frei? Und da gibt es dann auch viele Fälle, wo eben die Frage ist: was ist denn notwendig? Diese Frage steht oft auch dann, wenn etwas als notwendig behauptet wird. Denn allzuoft hat man da schon geirrt! Auf wen können wir uns da verlassen? Denken wir nur an die Zeit des Dritten Reiches – und auch heute gibt es so etwas: Was haben Menschen da nicht alles getan in der subjektiven Meinung, es sei notwendig für die gute Sache. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Bei der Durchsetzung des Guten und Notwendigen gehe es nicht um den Einzelnen. So hieß und heißt es dann oft.

Und doch waren, sind es nicht Taten der Freiheit! Zur Freiheit hat uns Christus befreit, uns, nicht nur mich und die Meinen, die, welche die gleichen Vorstellungen und Ziele haben, wie ich, sondern jeden. Gott hat jeden Menschen zur Freiheit bestimmt und meine Freiheit ist erst wirklich Freiheit mit der des Anderen. Ich kann nie alleine frei sein. Es geht in meiner Freiheit immer mit um die des Anderen und in der des Anderen immer um meine. Zur Freiheit gehört die Selbstbestimmung jedes Einzelnen. Das meint nicht jede Laune und Stimmung, die heute so und morgen so ist. Es meint seine vernünftige Einsicht. So setzt der Freie sich Grenzen und ist gerade darin frei. Diese Grenzen können sehr unterschiedlich sein. Es kann bedeuten, daß man einmal aufhört, an den Wochenenden und Abenden noch mehr Geld zu verdienen und noch mehr Luxus anzuhäufen, ohne den man nicht auszukommen meint, daß man die Zeit lieber der Familie widmet, oder dem Kontakt mit Freunden, daß man eine Reise macht, Neues kennenlernt, oder daß man ein Buch liest. Es kann bedeuten, daß man auch auf vieles verzichtet, um einem selbst gesetzten Ziel nachzufolgen. Und jeder mag für sich überlegen, wo für ihn eine Grenze ist, die er setzen muß, um frei zu sein. E i n e Grenze aber setzt sich Freiheit immer: das Selbstbestimmungsrecht des Anderen. Der Andere, der Einzelne darf nicht einfach überrollt, übergangen werden, auch nicht der Andere in der eigenen Familie. Denn ohne seine Freiheit ist die meine keine mehr. Eine Entscheidung darf nicht einfach über den Kopf derer hinweg getroffen werden, die sie auch betrifft. Und so gehört zur Freiheit das Gespräch, daß ich mit dem Anderen rede, diskutiere, ja, auch streite – nur ihn eben nicht übergehe, sondern ernst nehme als den, der er ist. So kann man die Liebe als einen vorzüglichen Ort der Freiheit ansehen. In der Liebe bin ich gerade darin, daß ich für den anderen Menschen alles tun möchte, auf ihn eingehe und mit ihm sein möchte, gerade darin bin ich Ich selbst. Ich mache das alles frei und ohne Zwang – wer könnte einen zur Liebe zwingen! – ich will für den Anderen da sein, bei ihm sein und tue das alles aus eigenstem Bedürfnis.

Ich bin, gerade indem ich beim Anderen bin, bei mir selbst. Und genau das ist es, was Freiheit auszeichnet. Wir können daran sehen, daß Freiheit nicht nur – sehr wohl auch, aber eben nicht nur – eine Frage der äußeren Verhältnisse ist. In den gleichen äußeren Verhältnissen kann der Grad der Freiheit sehr unterschiedlich sein. Es kommt eben auch wesentlich darauf an, welches innere Verhältnis ich zu dem habe, was mich umgibt, was ich tue. Der eine sitzt auf dem Mähdrescher und ihm macht die Arbeit Spaß, er kann sich für sich vielleicht keine andere Arbeit vorstellen als die in der Landwirtschaft. Der andere

neben ihm wünscht sich eigentlich nur weg von solcher Arbeit und möchte etwas ganz anderes machen.

Oder denken wir an den Kanarienvogel: Für ihn ist, wenn er freigelassen wird, die Freiheit eben keine Freiheit, weil er sie nicht überlebt.

Es kommt für uns darauf an, uns diese Welt und ihre Verhältnisse zu eigen zu machen. So wie es mit einem Garten ist, der erst dann wirklich mein ist, wenn ich ihn bebaue, pflanze und ernte, so ist es auch mit dieser Welt: zum freien Leben gehört, daß ich die Verhältnisse, die mich umgeben, selbst mitgestalte, daß ich sie bejahen kann, sagen: seht, das ist meine Welt! Mit diesem Bejahen meine ich nun keine pauschale Zustimmung. Nein. Ein konkretes Nein gehört hier sehr wohl dazu, ein Nein zu jeglicher Unfreiheit und Ungerechtigkeit. Und da sehen wir: Leben in Freiheit heißt immer auch Kampf für die Freiheit, wo immer es sei. Das ist oft nicht einfach und mit Risiko verbunden. So ist menschliches Leben in von Gott geschenkter Freiheit kein Gleichmaß ruhigen Dahinfließens, sondern voll Bewegung und auch Gefahr. Doch Gott selbst ist unser Anwalt der Freiheit. An anderer Stelle im Neuen Testament heißt es: Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit. Gott tritt da mit ein, wo für Freiheit gekämpft wird. Er befreit uns von der Angst, die da immer wieder hereinkommt. Denn manchmal kann man da wirklich Angst bekommen, da die Unfreiheit oft groß und mächtig ist, auch in uns selbst. Doch wir können wissen: Gott will uns als freie – und das heißt, wie wir gesehen haben zugleich – als liebende Menschen. Wenn wir für die Freiheit eintreten, für die Freiheit in unserem eigenen Leben und in den Verhältnissen, die uns umgeben, so ist das kein Spleen, sondern das Eintreten für das Menschlichste. Christus hat uns befreit, damit wir in Freiheit leben. Besteht also darauf in eurem Leben, wo immer es sei, und laßt Euch nicht wieder in das Joch der Knechtschaft und des Stillehaltens einspannen. Amen.

Die Aussage des Verses Gal 5,1 dient – ohne weitere biblische oder historische Kontextualisierung – als Ausgangspunkt der Auseinandersetzung Meckels mit dem Thema Freiheit. Wovon Jesus Christus die Menschen befreit hat, wird nicht thematisiert. Der Prediger charakterisiert die Freiheit des Menschen im christlichen Sinne als von Gott allen Menschen geschenkte Freiheit. Er stellt die Ausgangsthese auf, dass alle Menschen „dieser Freiheit [...] entsprechen" sollen. Die Frage, mit der sich Meckel aufgrund dieser These auseinandersetzt, ist, wie das Leben der ChristInnen im Licht der von Gott geschenkten Freiheit aussehen kann bzw. was diese geschenkte Freiheit für ihr Leben in der Welt bedeutet.

Zunächst betrachtet Meckel aber weltliche Freiheitsvorstellungen und -wünsche persönlicher, politischer und ideologischer Art.

Meckel macht anhand verschiedener Freiheitsbewegungen der Geschichte das konstante Streben des Menschen nach Freiheit deutlich und beschreibt Freiheit 1980 als ein Völker- und Menschenrecht, das keinem Volk aberkannt werden kann. Damit macht Meckel deutlich, dass Freiheit den Menschen nicht nur durch Gott, sondern auch von der internationalen Gemeinschaft zugedacht wird. Neben Bezügen auf die Weimarer Republik und die Befreiungsbewegungen in Südafrika und Südamerika sieht er auch im Aufbau des Sozialismus in der DDR nach 1945 und in den 1980 laufenden Streiks in der VR Polen Manifestationen des Strebens der Menschen nach Freiheit gegeben. In Südafrika kämpfte die schwarze Bevölkerung seit den 1970er Jahren auch gewaltsam gegen die Unterdrückung durch das Apartheid-Regime; in Südamerika herrschten 1980 mehrere Bürgerkriege in verschiedenen Ländern, bei denen Guerillatruppen gegen Regierung und Militär und für Reformen kämpften.[698] Hinsichtlich des Sozialismus beschrieb Karl Marx den angestrebten Kommunismus als „Reich der Freiheit"[699] und den Sozialismus als Weg dorthin. Darunter verstand Marx, dass die Menschen mehr und mehr „diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden"[700]. Die Streikenden in der VR Polen verlangten in ihrem Forderungskatalog mehr Rechte und Freiheiten bei Arbeit und Freizeit und hofften auf Meinungs- und Pressefreiheit.[701]

Die Bedeutung von Freiheit lässt Meckel die Frage stellen, was genau Freiheit ausmacht. Auf staatlicher Ebene stellt er es als allgemeinen Konsens dar, dass ein Volk frei ist, „wenn es politisch selbständig und wirtschaftlich gleichberechtigter Partner anderer Staaten ist." Nach diesem Verständnis kann das Volk der DDR nur bedingt als frei gelten. Denn die DDR war stark von der UdSSR abhängig: in ihren politischen Entscheidungen, auf wirtschaftlicher Ebene. Die UdSSR erfüllte eine staatstragende Funktion.[702] Auf internationaler Ebene kämpfte die DDR lange für politische und wirtschaftliche Anerkennung, die sie

[698] Vgl. BUCHMANN: Weltpolitik, 219; DUNKERLEY: Der lange Krieg, 208, 247, 250; LODGE: Resistance and Reform, 411ff; MACLEAN: El Salvador, 41; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 501f, 517; WOOD: Insurgent Collective Action, 28, 110, 112, 29. Zu weiteren Informationen zum Bürgerkrieg in El Salvador siehe Taufpredigt von Pfarrer Iskraut aus dem Jahr 1981 (P4Isk1981). Der BEK hatte sich 1979 auch mit der Situation in Südafrika auseinandergesetzt, sich aber mehr auf Rassismus sowie Gewalt und Gegengewalt auseinandergesetzt. (Vgl. Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Frage der Gewaltanwendung im Kampf gegen den Rassimus in Südafrika vom 6./7. Juli 1979 in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 295ff.)

[699] Marx: Das Kapital. Siebenter Abschnitt. Die Revenuen und ihre Quellen. Achtundvierzigstes Kapitel in: MARX u.a.: Marx/Engels Gesamtausgabe Band 15, 794; vgl. auch aaO, 795.

[700] AaO, 795.

[701] Vgl. Forderungskatalog in: KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 30f; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 32.

[702] Vgl. SIEBS: Außenpolitik, 235, 414; WENTKER: Außenpolitik, 561.

nach und nach, z.B. mit der Aufnahme in die UNO, erlangte.[703] Die eigentliche Verhandlungspartnerin des Westens war und blieb jedoch die UdSSR. Selbst bei Themen, die die DDR direkt betrafen, wie z.B. Abrüstung, wurden die Verhandlungen über ihren Kopf hinweg geführt und ihre Einflussnahme war gering.[704] Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage begab sich die DDR in den 1980er Jahren zusätzlich in zunehmende finanzielle Abhängigkeit von der BRD, die Milliardenkredite vergab, von der DDR aber im Gegenzug Zugeständnisse erwartete.[705]

Auf persönlicher Ebene verbinde man laut Meckel mit Freiheit häufig die Abwesenheit von Zwang. Er zählt mögliche Freiheitsphantasien auf, wie z.B. die Freiheit von der Arbeit oder die Freiheit zu reisen. Mit der Thematisierung der Reisefreiheit greift Meckel den Wunsch vieler DDR-BürgerInnen auf und weist dadurch, ohne weitere Kommentierung, auf diesbezügliche Defizite in der DDR hin. Wenn das Reiseziel in einem nicht-sozialistischen Land lag und DDR-BürgerInnen keine Verwandten ersten Grades in diesem Land hatten, konnten sie das Land nicht bereisen.[706] Allgemein mussten DDR-BürgerInnen immer einen Antrag auf Urlaubsreise oder Besuchsreise stellen, es sei denn, die DDR hatte mit dem Staat, wie z.B. der VR Polen und der CSSR – mit Unterbrechungen –, ein Abkommen zum visafreien Reisen.[707] Die Besuchsreisen in den Westen wurden nur zu besonderen Anlässen gewährt, es mussten aber häufig Familienmitglieder im Osten zurückbleiben, um die Wahrscheinlichkeit der Rückkehr der Reisenden in die DDR zu erhöhen.[708] Neben dem Hinweis auf die Defizite brachte der BEK gegenüber staatlichen VertreterInnen immer wieder seine Hoffnung auf Erleichterungen des Reisens, vor allem in die BRD, zum Ausdruck.[709]

Als weitere Freiheitsphantasie wird von grenzenloser Freiheit gesprochen. Dieser erteilt Meckel eine Absage und stellt sie als utopisch dar. Er nimmt in diesem Zusammenhang Bezug auf das Lied von Reinhard Mey *Über den Wolken*, der nur dort die grenzenlose Freiheit verortet. Damit bezieht Meckel provokant einen westdeutschen Liedermacher in seine Ausführungen mit ein, der wegen dieses Liedes, in dem „die 'grenzenlose Freiheit' besungen wird"[710], jahrelang nicht in der DDR auftreten durfte. Die

[703] Vgl. KNABE: Der lange Weg, 146; KOWALCZUK: Endspiel, 84; KUNTER: Die Kirchen im KSZE-Prozeß, 169; WENTKER: Außenpolitik, 445, 588, 561.

[704] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 207; WENTKER: Außenpolitik, 562.

[705] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 253; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 58; SCHROEDER: Die veränderte Republik, 103f; SIEBS: Außenpolitik, 272f, 280; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 89, 99f; WENTKER: Außenpolitik, 477, 500.

[706] Vgl. Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 17. Oktober 1972: § 1. (3), www.verfassungen.ch/de/ddr/reiseverkehr72.htm (26.06.2018).

[707] Vgl. LAPP: Gefechtsdienst, 201; NIEBLING: Gegen das Verlassen der DDR, 199, 234; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 11, 25.

[708] Vgl. Beschluß über Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie Westberlin, 20. März 1985, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_2143/index.htm (26.02.2020); HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 48, 60; Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 17. Oktober 1972: § 1. (2), www.verfassungen.ch/de/ddr/reiseverkehr72.htm (26.06.2018).

[709] Vgl. Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 154; Ausführungen von Bischof D. Dr. Schönherr beim Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 in: aaO, 235; Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: aaO, 372.

[710] SYGALSKI: Das politische Lied, 13.

Anwesenden können das Lied somit nur im Westradio oder -fernsehen gehört haben. In Vorbereitung auf Meys ersten Auftritt in einer Fernsehsendung am 11. November 1989 im DDR-Fernsehen wurde er zunächst aufgefordert, *Über den Wolken* aufgrund der Freiheitsthematik nicht zu singen. Nachdem die Mauer zwei Tage vor der Sendung gefallen war, sang er das Lied doch.[711]

Im Schulsystem der DDR werde Freiheit anders definiert: „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit."[712] Dieses Zitat stammt aus Friedrich Engels Schrift *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.* Darin betonte Engels: „Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit."[713] Engels sieht Freiheit nicht in der Befreiung von Gesetzen, d.h. Zwängen, gegeben, „sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen."[714] Die Willensfreiheit sieht er „als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können."[715] Der Mensch fällt somit in Freiheit ein Urteil über die Notwendigkeit eines Gesetzes und ordnet sich diesem aufgrund dieser Erkenntnis aus freiem Entschluss unter.[716] Die Einbindung dieser Definition von Freiheit in seine Ausführungen stützt einerseits die Absage Meckels an grenzenlose Freiheit, andererseits sieht Meckel auch dieses Verständnis von Freiheit kritisch. Denn er hinterfragt, ob der Mensch, wenn er seinen „notwendigen" Beitrag zu Familie, Gesellschaft und Wirtschaft leistet, wirklich frei ist. Zusätzlich veranschaulicht er unter Bezugnahme auf das 3. Reich, dass das, was zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte als notwendig gilt, abhängig von äußeren Umständen und politischen Systemen bzw. Ideologien variiert und nicht immer dem Guten und der Freiheit dient. In einem kurzen Nebensatz weist er darauf hin, dass dieses Problem auch in der Gegenwart besteht. Damit fordert er die Anwesenden implizit dazu auf, sich kritisch mit Freiheitsauffassungen und -bestrebungen in ihrer Gesellschaft auseinanderzusetzen und diese immer im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für die Freiheit im Sinne Gottes zu prüfen.

Meckel setzt diesen Freiheitsvorstellungen im Anschluss das Verständnis von Freiheit als geschenkte Freiheit Gottes für alle Menschen entgegen: Die eigene Freiheit kann nur als eine solche bezeichnet werden, wenn die Freiheit des Anderen bestehen bleibt und im Handeln mitbedacht wird – sie ist praktisch durch die Freiheit der Mitmenschen begrenzt. Erst durch die Einbeziehung der Freiheit des Mitmenschen wird also die eigene zur wirklichen Freiheit. Ähnlich argumentierten der BEK und die nordeuropäische Konsultation zum *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* in ihrer Auseinandersetzung mit den Menschenrechten und dem Aufruf zum Einsatz für deren Realisierung.[717] Damit wird schon an dieser Stelle in der Predigt ein Zusammenhang zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Nächstenliebe hergestellt, der im weiteren Ver-

[711] Vgl. aaO, 13, 94.
[712] ENGELS: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 106.
[713] Ebd.
[714] Ebd.
[715] Ebd.
[716] Vgl. ebd.
[717] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 263, 266; Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: LEWEK u. a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 4; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 22; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 52; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22.

lauf der Predigt weiter vertieft wird. Nach Meckel soll die Selbstbestimmung jeder bzw. jedes Einzelnen in den Grenzen der Freiheit anderer erhalten bleiben. Sind andere von meinem Handeln betroffen, ist es notwendig, in den Dialog mit den Betroffenen zu treten, um die Selbstbestimmung des Gegenübers nicht zu gefährden. In der Liebe sieht Meckel die absolute Auslebung von Freiheit, denn „wer könnte einen zur Liebe zwingen!".

Meckel betont die Abhängigkeit der Freiheit der Menschen von äußeren Verhältnissen. Er zeigt jedoch auch den Einfluss der inneren Einstellung zu den äußeren Verhältnissen auf das Gefühl von Freiheit auf. Meckel ruft die Anwesenden deshalb auf, ihre Haltung zu den äußeren Umständen zu hinterfragen und sich diese Verhältnisse durch aktive Mitwirkung anzueignen – im Zu- oder Widerspruch. Im Zuge dessen kritisiert Meckel auch die Anpassung an äußere Umstände entgegen der eigenen Empfindungen oder der eigenen Meinung. Dies wurde von der Mehrheit der BürgerInnen der DDR praktiziert, um Konflikte und Nachteile für die eigene Person zu vermeiden.[718] Teil der eigenen Freiheit ist somit auch das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit aller Menschen im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Darin unterscheidet sich der christliche Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit auch von den genannten geschichtlichen Bestrebungen nach Freiheit, die primär für die eigene Freiheit bzw. die Freiheit einer bestimmten Gruppe eintreten. In diesem Sinne wies die Bundessynode 1970 darauf hin: „Wir werden nur dann die ganze Fülle der [von Gott geschenkten] Freiheit erfahren, [...] wenn wir unser ganzes Leben in seinen Dienst stellen, in dem er uns an den Menschen weist, und zwar nicht nur in der privaten Sphäre, sondern auch in Gesellschaft und Politik."[719] Auch im Zusammenhang mit den Menschenrechten forderte der BEK mehrfach dazu auf, „Menschenrechte als Rechte auch 'der anderen' zu verstehen, zu interpretieren und zu praktizieren"[720]. Dies sollte mit einem Lebenswandel einhergehen, der das Wohl und die Rechte der Mitmenschen in der eigenen Gesellschaft, aber auch in der Dritten Welt im Blick behält und dementsprechend auch Selbstbegrenzung beinhaltet.[721] Der BEK nahm verschiedentlich das Recht auf politischen und gesellschaftlichen Widerspruch für sich in Anspruch.[722] Gleichzeitig forderte er aber 1982 und 1983

[718]Vgl. SCHROEDER: Der SED-Staat, 796f, 820.

[719]Bundessynode 1970 zitiert nach Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 315.

[720]Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 154; vgl. auch 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 59; Botschaft der ökumenischen Begegnung der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der europäischen Bischofskonferenzen, Chantilly, 1978 in: aaO, 73.

[721]Vgl. Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 234; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 316; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: MITTEILUNGSBLATT DES BEK 3/4 1978, 38; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 54, 59; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 67f; Beschluß der Synode zu dem Bericht der KKL, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: aaO, 86.

[722]Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 131; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317; Kein Frieden in Christus ohne

die FriedensaktivistInnen zur Zurückhaltung auf.[723] Meckel formuliert wesentlich schärfer, wenn er den Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit als „Kampf“ ohne Rücksicht auf die eigene Person bezeichnet. Ihm geht es nicht um Konfliktvermeidung. Im Einsatz für ein gerechteres und friedlicheres Zusammenleben, der aus und in Liebe vollzogen werden soll, muss die Auseinandersetzung gesucht werden. Gott gebe den Mut, diesen Einsatz zu wagen. Meckel deutet damit die Defizite von Freiheit und Gerechtigkeit in der DDR-Gesellschaft an und weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit mit sich bringt. Freiheit wird als „das Menschlichste“ bezeichnet, wonach man streben kann. Die Anwesenden werden somit des Willens Gottes, dass alle Menschen in Freiheit leben sollen, und des Beistands Gottes versichert. Durch das erneute Verlesen des Appells in Gal 5,1, sich nicht wieder in Unfreiheit und Passivität zurückdrängen zu lassen, wird die Handlungsaufforderung an die ZuhörerInnen zum Eintreten für Freiheit und Gerechtigkeit nach christlichem Verständnis nochmal biblisch untermauert und damit verstärkt. Aus der Vergewisserung resultiert somit die Aufforderung zur Urteilsbildung und Handlung.

Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; Schönherr in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Gerechtigkeit. Abrüstung. Frieden. Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981, 4.

[723] Vgl. Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 96; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 146.

2.15 Brand: Predigt aus dem Jahr 1980 (P2Br1980)

Diese Predigt wurde anlässlich eines Friedensgebetes im Jahr 1980 – das genaue Datum ist unbekannt – in Waldenburg gehalten. Die Bibelstelle ist zwar Teil der Perikopenordnung, jedoch für den Sonntag Rogate (11. Mai 1980). Da in der Predigt aber die Wahl Reagans zum Präsidenten thematisiert wird, kann die Predigt erst im November 1980 gehalten worden sein. Brand vermutet, dass sie „gewiss Teil der Friedensdekade, ich nehme an der Abschluss am Buß- und Bettag“[724], war.

1. Tim 2,$_{1\text{-}6a}$ **Friedensgebetsgottesdienst Waldenburg 1980**

Liebe Gemeinde!

Luther hat gesagt: Bete als hülfe kein Arbeiten, arbeite als hülfe kein Beten.

Angesichts der schrecklichen Bedrohung in dieser Welt, angesichts eines Friedens, der mehr und mehr am seidenen Faden hängt, sind wir Christen zur Aktivität aufgerufen.

Um das Arbeiten für den Frieden ist es uns in diesem Jahr schon oft gegangen. Von der kirchlichen Woche im Juni bis heute haben wir gelernt, daß wir sehr viel für den Frieden tun können. Wir haben aber auch gelernt, daß unseren Taten Grenzen gesetzt sind. Ohne die Arbeit jemals zu vergessen, wollen wir in diesen Tagen für den Frieden beten.

1. Wir beten, damit die Welt nicht umkommt.

1.1. Ein Gebet für die Menschlichkeit

Wer täglich mit Interesse verfolgt, was Funk und Presse über das Miteinander der Menschen zu berichten haben, kann nur erschrecken. Da ist der völlig unvernünftige Völkermord zwischen Iran und Irak.

Da ist Bolivien, wo eine demokratische Regierung von einer unmenschlichen Militärbande einfach hinweg gefegt und die Menschen in die Unfreiheit gestürzt wurden.

Da ist die Erhöhung des Zwangsumtausches, eine Maßnahme, die die menschlichen Kontakte zwischen Deutschen und Deutschen behindern will. Ich denke, wir sollten uns hüten, immer nur auf dieser Sache herumzureiten. Aber wir kommen nicht umhin, uns dem anzuschließen, was die Kirche offiziell schon gesagt hat: Dieser Schritt war nicht im Sinne der Menschlichkeit.

Wenn wir nur diese drei Beispiele sehen, wird uns bewußt, daß der Frieden zwischen den Menschen zerstört wird und wir keine Macht haben, das zu ändern.

Ich sehe aber keinen Grund, daß uns diese Erkenntnis zur Resignation treiben könnte. Wir kennen den, der allemal Macht über die hat, die mit ihrer Macht Fehler begehen, selbst wenn sie das nicht wahrhaben wollen.

Wenden wir uns darum mit unserer Sorge, unserer Angst und unserem Zorn an Gott, damit er die Herzen der Mächtigen bewegt und ihnen Vernunft gibt, das Menschliche zu tun.

[724] Anmerkungen Pfarrer Brands zu P2Br1980 (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

1.2. Ein Gebet für den Mut zum Frieden

Es macht mich betroffen, die Verhärtung zwischen den beiden deutschen Regierungen zu erleben. Es hatte mich immer wieder gefreut, daß die beiden Staatsoberhäupter den Frieden und die Entspannung suchten, selbst als am Himmel der internationalen Beziehungen Gewitterwolken standen.

Wollen wir Gott bitten, diesen beiden Regierungen den Mut zu geben, das, was sie einmal begonnen haben, nicht leichtfertig wegzuwerfen.

Es macht mich betroffen, daß in den USA ein Präsident gewählt wurde, der Gewalt und Aufrüstung auf seine Fahnen geschrieben hat. Der Präsident, der die unpopuläre und von Rückschlägen geplagte Kleinarbeit für den Frieden wagte, der Camp David und Salt II aushandelte, ist unpopulär geworden. Wie schade!

Wollen wir Gott bitten, diesem Volk und allen Völkern mehr Vernunft zu geben, sich nicht in vordergründige nationale Scheinwahrheiten zu flüchten, sondern das Leben aller Menschen zu sehen.

Es hat mich betroffen, daß die Vorbereitungen der Konferenz für Abrüstung und Entspannung in Madrid wieder und wieder verzögert und gestört werden.

Wollen wir Gott bitten, daß er den Verantwortlichen die Einsicht gibt: Menschen sind wichtiger als Macht.

1.3. Ein Gebet für das Leben

Atomare Mittelstreckenraketen, neue Panzer, neue Kampfflugzeuge, Neutronenbombe, das sind Vokabeln, mit denen wir umgehen, als redeten wir von Bleistiften und Marmeladengläsern. Ich muß heute einmal sagen, daß ich mich über die Haltung derer, die den letzte Krieg miterlebten, mehr und mehr wundere. Gerade in der älteren Generation beobachte ich die größte Gleichgültigkeit. Ältere Menschen habe ich sagen hören: „Man kann doch nicht gegen alles sein. Man muß doch mitmachen." Diese Generation hat schon einmal mitgemacht. Wer bin ich, um ihnen daraus einen Vorwurf zu machen? Aber den Vorwurf kann ich vielen älteren Menschen in Ost und West nicht ersparen: Warum stehen sie nicht auf und sagen laut und deutlich: „Schluß mit der Rüstung! Krieg und Tod, das haben wir schon einmal erlitten. Wir und unsere Kinder wollen nicht noch einmal in dieses Elend stürzen!"

Es ist erschreckend, wie junge Menschen mit Begeisterung Krieg spielen, die Kinder auf der Straße, die Jugendlichen bei der GST.

Weder die Alten noch die Jungen machen sich Gedanken, daß alle diese Spiele und Übungen tödlich sind. Auch unsere Friedenswoche hat nicht genügend Menschen aus dem Schlaf der Gedankenlosigkeit gerüttelt.

Wollen wir beten, daß Gott das tut. Er allein kann es, ohne daß die Katastrophe eintritt.

Manche unter uns werden sich vielleicht jetzt mit einigem Unbehagen gefragt haben, ob sie eine Predigt oder eine politische Schulung hören. Ich will die Antwort nicht schuldig bleiben: Für Christen, die Gott in die Verantwortung genommen hat, ist es unbedingt nötig, politisch zu sein. Wer meint, er könne unpolitisch leben, hat schon eine politische Entscheidung getroffen. Er ist nämlich zum leichten Spielball der Mächte des Unfriedens geworden, die seine Gedankenlosigkeit sofort und skrupellos für ihre Ziele ausnutzen. Dieser Gedanke stammt von Bischof Schönherr.

Wollen wir beten, daß Christen politisch leben, damit sie Mahner für das Leben dieser Welt sind.

2. Wir beten, damit wir nicht umkommen.

2.1. Ein Gebet für unsere Menschlichkeit

Worte über die große Politik zu machen, ist nötig, aber nicht sehr schwer. Das ist ja weit weg und betrifft uns nicht – noch nicht. Dringlicher werden die Fragen, wenn es um unser Leben in unserer kleinen Umwelt geht. Jeder von uns läßt viel zu wenig in sich hineinsehen, als daß ich hier konkrete Aussagen machen könnte. Ich kann darum nur bitten, daß sich jeder von uns in einer stillen Stunde einmal ganz ehrlich prüft:

„Wo entsteht durch meine Art, meinen Charakter, meine Rechthaberei, meine Eifersucht, meine schnelle Zunge Unfrieden, Lieblosigkeit, böses Blut?“

Wenn ich von mir selbst ausgehe, bemerke ich zweierlei: Bei anderen Menschen merke ich sofort, wo sie den Frieden zerstören. Mir einzugestehen, daß auch ich Unfrieden stifte, fällt mir unendlich schwer, habe ich es aber einmal geschafft, mir meine Fehler einzugestehen, scheint es mir ganz unmöglich, sie abzustellen. Ein Gebet für unsere Menschlichkeit, das scheint zuerst nötig zu sein, denn der Frieden beginnt, wo sich zwei Menschen wieder vertragen.

2.2. Ein Gebet für unseren Mut zum Frieden

Ab 1. Januar 1980 wurde in Schweden Kriegsspielzeug bei Strafe verboten.

Bei uns wurde leider der Wehrkundeunterricht eingeführt.

Obwohl der Kirche damals zugestanden wurde, daß Kinder, die daran nicht teilnehmen, keine Nachteile einstecken müssen und das Versprechen im Wesentlichen auch gehalten wird, kenne ich kaum Eltern, die den Mut haben, ihr Kind nicht zu schicken. Ein Freund sagte mir: „Frieden ist, wenn unseren Kindern bei dem Wort Krieg nichts mehr einfällt.“ Zu einer solchen Erziehung haben wir von allein nicht den Mut, aber wir können darum beten.

Ich kenne Menschen, die haben es geschafft, einmal zu fragen, wozu der Erlös von Solidaritätsbasaren verwendet wird. Daraufhin wurde ihnen ehrlich gesagt, daß das Geld auch zum Kauf von Waffen verwendet werde, denn auch das gehöre zur Solidarität.

Wir haben die Möglichkeit, auch so zu fragen und vielleicht dann an verschiedenen Veranstaltungen nicht teilzunehmen. Von allein werden wir kaum den Mut dazu haben, aber wir können darum beten.

Ich frage mich, wann endlich die Meinung stirbt, beim Militär würden aus den Jugendlichen richtige Männer. Was ist eigentlich ein richtiger Mann? Einer, der die Wäsche auf Kante legt und unschuldige Menschen aufs Korn seiner Panzerkanone nimmt? Einer, der strammsteht, wenn er einen Befehl bekommt, der ihn und andere das Leben kostet? Was in jeder Armee gezüchtet wird, sind für mich Hampelmänner, die man an der Schnur zieht und sie bewegen sich exakt.

Männer sind dagegen solche, die nachdenken, aufbauen und heilen. Nur das lernt man nicht beim Militär. Freilich gehört Mut dazu, die eigenen Urteile zu revidieren und anderen zu widersprechen. Von allein haben wir diesen Mut nicht, aber wir können darum beten.

2.3. Ein Gebet für unser Leben

Jeder von uns lebt lange Zeit seines Lebens in Unfrieden und Mißtrauen. Wir sagen: „Das ist kein Leben!“ Das stimmt genau. Wir wissen aus der Bibel: Wo Liebe, Verstehen und Vergebung herrschen,

ist Freude und Seligkeit. Nur wir hatten schon festgestellt, daß wir uns selbst nicht überwinden können, menschlich mit den Mitmenschen umzugehen.

Wenn uns dies unmöglich ist, ist es genauso unmöglich, uns aus eigener Kraft ein erfülltes, zufriedenes Leben zu schenken.

Aber wir dürfen Gott bitten, daß er uns zum Leben ändert.

3. Wir beten, weil Gott nicht will, daß wir und unsere Welt umkommen.

3.1. Jesu Tat für die Menschlichkeit

Mancher, der bis hierher zugehört hat, könnte denken: „Aha! Jetzt können sie nichts mehr machen, da werden sie fromm und fangen an zu beten!“ Dieser Mann hätte recht, wäre nicht der Mensch Jesus im Namen der Menschlichkeit über diese Erde gegangen. Er hat gesagt, daß vor Gott alle Menschen gleich sind, daß Gott sie alle liebt, und er hat sich zu den Zöllnern, Huren und Sündern an den Tisch gesetzt.

Die Folge war, daß er sich den Haß der Großen, der Ideologen, der Frommen zuzog. Trotzdem hatte er recht.

3.2. Jesu Tat für den Frieden

Bis auf Jesu Zeit und bis heute sind die allermenschlichsten Grundsätze in Kraft: Auge um Auge, Zahn um Zahn, wie du mir so ich dir, liebe den Freund, hasse den Feind. Jesus hat aber gesagt: Liebe deinen Nächsten. Was will der Haß und der Unfrieden, wenn er keinen Widerstand findet? Es ist völlig zwecklos, kann weggeworfen und die Hand zur Versöhnung ausgestreckt werden. Jeder gesunde Menschenverstand erfaßt, daß dies das einzige Rezept für ein friedliches Zusammenleben ist, was Jesus da anbietet.

3.3. Jesu Tat für das Leben

Die Menschen seiner Zeit konnten nicht ertragen, daß Jesus im Namen der Menschlichkeit und des Friedens ihre Macht, ihre Ideologie, ihre Frömmigkeit angriff. Er wurde beseitigt. Nur hatten diese Leute – wie man sagt – die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Jesus ist für die Menschen gestorben und Gott hat ihn für die Menschen auferweckt.

Darum hat es Sinn, für den Frieden der Welt zu beten, weil es in dieser Welt nur eine Macht gibt – die Macht Jesu Christi. Was da in Washington oder Moskau, in Bonn oder Berlin ausgeübt wird, ist nur auf Zeit geblieben.

Darum hat es Sinn, für den Frieden in unserer engsten Umwelt und in unserem eigenen Leben zu beten, weil es in dieser Welt nur eine Hilfe gibt, – die Hilfe Jesu Christi.

Ein ruhiges Herz im Frieden Jesu und ein frohes Miteinander durch den Frieden Jesu.

Das ist ein Leben!

Amen.

Die bei einem Friedensgebet gehaltene Predigt ist politisch stark aufgeladen. Brand stellt verschiedene Bezüge zu politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen her, die eine Bedrohung für den Frieden darstellen. Er merkt an, dass die Predigt wie „eine politische Schulung" anmuten muss. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die der Predigt zugrundeliegende Bibelstelle 1. Tim 2,1-6a in den Ausführungen nur unterschwellig mitschwingt und ohne Einordnung in den biblischen Kontext direkt auf die Gemeinde Brands übertragen wird. Brand nimmt, indem er die Auseinandersetzung mit dem Politischen adressiert, die in der Methodik dieser Arbeit dargestellten Bedenken der ChristInnen gegenüber dem Politischen in der Predigt auf.[725] Er hält die Gemeindeglieder dazu an, sich politisch zu positionieren. Ohne Positionierung werde man automatisch zur Unterstützerin bzw. zum Unterstützer politischer Entscheidungen und von den politisch Verantwortlichen auch als solche bzw. solcher wahrgenommen und präsentiert. „Für Christen, die Gott in die Verantwortung genommen hat, ist es unbedingt nötig, politisch zu sein." Diesen Appell untermauert er, indem er ihn als Position des KKL-Vorsitzenden, Bischof Albrecht Schönherrs, ausweist. Diese hatte in seinem Vortrag *Über Auftrag und Weg der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR* diese Gedanken in anderen Worten geäußert. Diese fanden auch in das Material zur Friedensdekade 1981 Einzug. Auch in den von der KKL veröffentlichten *Gesichtspunkten zum 8. Mai 1945* aus dem Jahr 1975 wurde zum politischen Engagement der ChristInnen in Wort und Tat aufgerufen, einem Rückzug aus der Politik oder einer Anpassung an die politischen Gegebenheiten wurde hingegen eine Absage erteilt. Sowohl in Schönherrs Vortrag als auch in den *Gesichtspunkten zum 8. Mai 1945* der KKL wurde die Aufforderung an die ChristInnen zum politischen Engagement als Lehre aus den Folgen des staatskonformen Verhaltens der Mehrheit der ChristInnen zur NS-Zeit dargestellt.[726] In weiteren Stellungnahmen des BEK wurde vor allem zur Wahrnehmung der „politische[n] Friedensverantwortung"[727] aufgerufen. Brand spricht im Einklang mit Schönherr und der KKL von einer allgemeinen politischen Verantwortung der ChristInnen.

Unter Bezugnahme auf die in 1. Tim 2,1 und 2 enthaltene Mahnung bzw. Aufforderung des Paulus zum Gebet für alle Menschen, auch für die Mächtigen, hebt Brand die Bedeutung des Gebets – in diesem Fall für den Frieden – hervor. Die Bedeutung des Gebets wird weiter durch ein Luther zugewiesenes Zitat „Bete als hülfe kein Arbeiten, arbeite als hülfe kein Beten."[728] verstärkt. Das Gebet für die politisch Verantwortlichen in der Welt ergibt sich laut Brand auch aus der Erkenntnis, dass die einzelne Christin bzw. der einzelne Christ schwerlich aktiv handelnd auf die weltpolitische Lage des Wettrüstens Einfluss nehmen kann. Die Botschaft lautet also, dass ChristInnen in vielen Fällen nur beten können. Auch die KKL forderte im Laufe der Jahre mehrfach zum Gebet für den Frieden als Teil des christlichen Friedensengagements auf.[729] Das Gebet um die Hilfe Gottes wird von Brand als eine Kraft dargestellt,

[725] Siehe *1.2 Methodik*.

[726] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 131; Schönherr in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Gerechtigkeit. Abrüstung. Frieden. Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981, 4.

[727] Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 88; vgl. auch Ausarbeitung Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 296.

[728] Nachweis konnte nicht erbracht werden.

[729] Vgl. Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England,

mit der Veränderungen bewirkt werden können. Die Macht Gottes und Jesu Christi übersteige die der weltlichen Machthabenden, auch wenn diese dies verneinten. Deshalb beschreibt Brand es als lohnenswert, trotz des Ohnmachtsgefühls angesichts der Kriege und Aufrüstungsbemühungen in der Welt seine Ängste, aber auch Bitten um das Vorantreiben des Friedens im Gebet vor Gott zu bringen.

Das Gebet einer jeden Christin bzw. eines jeden Christen soll den eigenen Friedenseinsatz nur möglich machen und ergänzen. Hier sei nochmal an das Luther zugewiesene Zitat erinnert, bei dem Gebet und Handeln gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dieser Zusammenhang wird deutlich, wenn Brand Handlungsoptionen für den Frieden im gesellschaftlichen Bereich aufzählt. Die ChristInnen werden als schwach, ängstlich und mutlos beschrieben. Nur mit der Hilfe Gottes könnten Ängste überwunden und der Mut zum Handeln entwickelt werden. Als wegweisend für den Friedenseinsatz wird das Leben und Handeln Jesu Christi beschrieben. Jesus Christus hinterfragte gesellschaftliche Gepflogenheiten und setzte sich kritisch mit den Machthabenden und den Gläubigen auseinander. Nach Brand engagierte sich Jesus Christus damit gewaltfrei für ein Leben der Menschen im Sinne Gottes. Dieses sollte durch Gleichheit aller Menschen und ein Zusammenleben in Liebe, Gerechtigkeit und Frieden gekennzeichnet sein.

Durch die gesellschaftlichen und politischen Bezüge zeigt Brand den Mangel von Frieden und Menschlichkeit in der Welt bzw. deren Bedrohung auf und deutet den internationalen Diskurs dazu an. Mit der Erwähnung der stattgefundenen Friedenswoche in der Kirchengemeinde im Juni 1980 wird dieses Friedensgebet in eine schon länger anhaltenden Friedensdebatte in der Gemeinde eingebettet. Die Kirchengemeinde in Waldenburg reagierte in Juni 1980 mit „Ein[em] Fest dem Frieden Gottes“[730] auf vom Staat verordnete Übungen eines Atomschlages in der Stadt. „Ein Wochenende Atomkrieg: Die Fenster mit Packpapier [...] verkleben, Sandsäcke vor den Kellerfenstern, Sirenengeheul, Ausgangssperre...“[731] Die Gemeinde gestaltete „[e]in großes Plakat mit dem Motto und voller bunter Blumen“[732], dass außer Reichweite am Kirchturm befestigt wurde. An den Abenden wurde in der Kirche Musik gemacht. Brand spricht von dieser Aktion als der Geburtsstunde der Friedensbewegung in Waldenburg, die bis zum Ende der DDR bestand. Als Folge war Pfarrer Brand „in der Woche darauf d[em] erste[n] und zugleich härteste[n] Stasi-Verhör [ausgesetzt]: Finsterer Raum, Scheinwerfer voll im Gesicht, Beschuldigungen, Unterstellungen, wüste Strafandrohungen, Gebrüll, das wahre Gesicht des MfS.“[733] Mit dem Verweis auf dieses Ereignis erinnert Brand nochmal an die Möglichkeiten des Friedenseinsatzes und die Gelegenheit der öffentlichen Positionierung aus dem Glauben heraus.

3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 318; Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zur II. Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung vom 7. bis 9. Juni 1982 vom 8. Mai 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 70f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 105; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York, 23 Mai bis 28. Juni 1978 in: aaO, 73f.

[730] Anmerkungen Pfarrer Brands zu P2Br1980 (18.03.2020): Privatarchiv Lührmann.

[731] Ebd.

[732] Ebd.

[733] Ebd.

Die Ausführungen zu den Friedensgebetsanliegen sind in drei Abschnitte untergliedert. Im ersten Teil werden die aktuellen Bedrohungen des Friedens auf politischer Ebene geschildert. Der zweite Teil befasst sich mit Aspekten zum Thema Frieden, die das Leben jeder einzelnen Christin bzw. jedes einzelnen Christen direkt betreffen. In diesen beiden Abschnitten bezieht sich Brand auf verschiedene Ereignisse in Politik und Gesellschaft, um die negative Entwicklung hin zu Militarisierung und Aufrüstung, Krieg und Konflikt zu untermauern. Abschließend setzt sich der dritte Abschnitt der Predigt mit Jesus Christus und seinen Handlungen für mehr Menschlichkeit und Frieden auseinander. Die Ausführungen werden somit von der weltpolitischen Lage über die persönliche Betroffenheit der ChristInnen zu Wort und Tat Jesu Christi zugespitzt. Alle drei Abschnitte weisen jeweils drei Unterabschnitte auf: Gebet für Menschlichkeit, Frieden und Leben.

Weltpolitisch beschreibt Brand den ersten Golfkrieg, den Militärputsch in Bolivien im Juli 1980 und die Erhöhung der Umtauschregelung als unmenschliche Ereignisse. Des Weiteren setzt er sich mit den erschwerten innerdeutschen Beziehungen und dem KSZE-Folgetreffen auseinander und zeigt, inwiefern sie von den internationalen Spannungen beeinträchtigt werden. Die Wahl Reagans und dessen angekündigte rüstungspolitische Pläne hingegen könnten die Spannungen nach Brand weiter verstärken. Durch seine Ausführungen veranschaulicht er die zunehmenden Spannungen in der Welt und macht den Anwesenden die Interdependenz der internationalen Entwicklungen deutlich.

Der erste Golfkrieg begann im September 1980 mit einen Angriff von irakischen Streitkräften auf iranische Ziele und deren Vordringen und Besetzen iranischen Gebiets. Durch die islamische Revolution und die Geiselnahme amerikanischer DiplomatInnen war der Iran wirtschaftlich stark isoliert und auch militärisch geschwächt. Zusätzlich hatte der Iran die Bevölkerung anderer Länder im Golf aufgefordert, sich der islamischen Revolution anzuschließen und sich von ihren diktatorischen Regimen zu befreien. Durch die für diesen Befreiungskampf zugesagte Unterstützung fühlten sich viele Länder – auch der Irak mit mehrheitlich schiitischer Bevölkerung – bedroht. Darüber hinaus wollte Saddam Husein, damaliger Staatspräsident des Irak, seine Stellung im Persischen Golf – im besonderen gegenüber dem Iran – festigen und auszubauen.[734] Brand verurteilt den Krieg zwischen Iran und Irak als „völlig unvernünftige[n] Völkermord“. Auf irakischer und iranischer Seite kam es zu hohen menschlichen Verlusten.[735]

Im Juli 1980 kam es in Bolivien zum Militärputsch durch General Luis Garcia Meza. Nach Jahren einer Militärjunta war Lidia Gueiler Tejada 1979 als Übergangspräsidentin eingesetzt worden und stand für den starken Wunsch nach einer Zivilregierung. Dem 1980 gewählten Hernan Siles Zuazo wurde aber sein Amtsantritt als Präsident von den Offizieren der Militärjunta verweigert, die keine weiteren Zugeständnisse mehr machen wollten und die Macht wieder an sich rissen. Erneut musste die Bevölkerung unter Gewalt und Unterdrückung leiden.[736] Brands Äußerung, dass „eine demokratische Regierung von einer unmenschlichen Militärbande einfach hinweg gefegt und die Menschen in die Unfreiheit gestürzt“ wurden, gibt die Gegebenheiten sehr anschaulich, wenn auch emotional aufgeladen wieder.

[734] Vgl. FÜRTIG: Der irakisch-iranische Krieg, 56, 60ff; MIRZAIE-TASHNIZI: Der Konflikt Iran – Irak, 118, 122ff, 125ff, 129ff, 132, 134, 136, 148ff. Der Irak forderte die Freigabe von besetzten Inseln durch den Iran und die „Neuregelung der Flussgrenze entlang des Shatt el Arab.“ (MIRZAIE-TASHNIZI: Der Konflikt Iran – Irak, 127; vgl. auch FÜRTIG: Der irakisch-iranische Krieg, 57; MIRZAIE-TASHNIZI: Der Konflikt Iran – Irak, 150.)

[735] Vgl. MIRZAIE-TASHNIZI: Der Konflikt Iran – Irak, 152.

[736] Vgl. KLEIN: A concise History of Bolivia, 236f; SILBER: Bolivien, 369, 373.

Brand geht auf die Erhöhung des Mindestumtauschs bei Einreisen in die DDR näher ein. Einerseits schließt er sich dem offiziellen Standpunkt des BEK an, dass die Erhöhung Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen erschwere und „nicht im Sinne der Menschlichkeit“[737] sei. Andererseits beschreibt er die Verhinderung von Begegnungen nicht wie der BEK als Nebeneffekt der Umtauscherhöhung, sondern prangert diese als Intention des Staates an. Indem Brand dieses Ereignis als Beispiel für die Bedrohung von Frieden anführt, betont er im Gegenzug, ganz im Sinne der Bundessynode, die Bedeutung von Begegnungen zwischen Nationen für Frieden und den Abbau von Spannungen.[738] Brand nutzt in diesem Zusammenhang den negativ konnotierteren Begriff des „Zwangsumtausches“. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, kritisierte gegenüber kirchlichen VertreterInnen, dass mit „Begriffe[n] wie 'Zwangsumtauschregelung' und Argumenten wie 'das trifft vor allem die sozial Schwachen' [...] die Argumentation westlicher Massenmedien“[739] wiedergegeben würde. Die Äußerungen des BEK zu diesem Thema hatte das Staat-Kirche-Verhältnis schwer belastet, weil der Staat eine Einmischung in seine Belange gegeben sah.[740]

Etwas allgemeiner spricht Brand im Anschluss von den erschwerten innerdeutschen Beziehungen. Brand lobt, dass BRD und DDR bis zu diesem Zeitpunkt trotz internationaler Spannungen an einem guten Verhältnis gearbeitet hatten.

Als politisch problematisch wird von Brand die Wahl Ronald Reagans angesehen. Brand äußert sich anerkennend zum Friedenseinsatz von Reagans Vorgänger Jimmy Carter. Dieser hatte die Friedensverhandlungen in Camp David zwischen Israel und Ägypten initiiert. Die Unterzeichnung der Verträge von Camp David mündeten im März 1979 in einen Friedensvertrag der beiden Parteien und der Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten.[741] Brand würdigt auch Carters Mitwirkung an der Verabschiedung des Abrüstungsabkommens SALT-II.[742]

Entgegen Carters Position vertrat Reagan im Wahlkampf den Standpunkt: „Peace is made by the fact of strength economic, military, and strategic.“[743] Carter hätte mit seiner Militärpolitik die Verteidi-

[737] Vgl. hierzu Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werks – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 372; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 22.

[738] Vgl.Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 144.

[739] Staatliche Einschätzung des KKL-Beschlusses in: BESIER: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, 359.

[740] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Dok. 81: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des ZK Nr. 129/80 vom 22.10.1980, Punkt „2. Auftreten der Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR“ und Anlage Nr. 9: Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 23.10.1980 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 437; Dok. 82: Als parteiintern gekennzeichnete Information des Sekretariats des ZK der SED vom 2.12.1980 über das Verhältnis von Staat und Evangelischen Kirchen in der DDR an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an alle Abteilungsleiter im ZK in: aaO, 439.

[741] Vgl. Carter: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023); JOHANNSEN: Nahost-Konflikt, 31; STEEN: Nahost-Konflikt, 145ff; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 148, 469.

[742] Vgl. GRAHAM/LA VERA: Cornerstones of Security, 344f; GÖRTEMAKER: Geschichte der BRD, 591; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 78.

[743] Televised Address by Governor Ronald Reagan A Strategy for Peace in the 80s, October 19, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/televised-address-governor-ronald-reagan-strategy-peace-80s (01.01.2023).

gungskraft der USA geschwächt und die Sicherheit des Landes gefährdet.[744] Reagan setzte sich für seine Amtszeit unter Aufstockung des Verteidigungshaushaltes das Ziel „to strengthen our defenses and to lead our allies in a sustained and prudent effort to keep us, and the entire world, secure from confrontation.“[745] Den SALT-II-Vertrag wollte Reagan verwerfen, um anschließend in seiner Amtszeit „immediate preparation for negotiations on a SALT III Treaty“[746] vorzunehmen. Laut Reagan und einiger Senatoren berücksichtigte der SALT-II-Vertrag nicht ausreichend „the national security interests of the United States of America“[747] und war deshalb „illegal, because the law of the land, passed by Congress, says we cannot accept a treaty in which we are not equal.“[748] Brand beschreibt die Ziele Reagans, durch Aufrüstung Frieden und Sicherheit herbeizuführen, als „vordergründige nationale Scheinwahrheiten“. Damit unterstellt er Reagan, mit der Aufrüstung auch andere Absichten zu verfolgen, und widerspricht der Ansicht, mit Aufrüstung könnte Sicherheit herbeigeführt werden. Darüber hinaus möchte er von den Staaten nicht nur das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung, sondern der Weltgemeinschaft bedacht wissen. Carter kritisierte in der Präsidentschaftsdebatte, dass Reagan „wants to throw into the wastebasket a treaty to control nuclear weapons on a balanced and equal basis between ourselves and the Soviet Union, negotiated over a 7-year period, by myself and my two Republican predecessors.“[749] Carter wollte trotz der kritischen Haltung des Kongresses zu SALT II und der Verschiebung der endgültigen Ratifizierungsdebatte aufgrund des Einmarsches der SU in Afghanistan an diesem Vertrag festhalten und die Ratifizierung zukünftig vorantreiben.[750]

Besorgt äußert sich Brand hinsichtlich der schwierigen und langwierigen Vorbereitungen des KSZE-Folgetreffens in Madrid. Schon der Einigungsprozess auf eine Tagesordnung und einen Ablaufplan des Madrider KSZE-Folgetreffens im Rahmen des Vorbereitungstreffens gestaltete sich schwierig. Besonders die Dauer der anfänglichen Implementierungsdebatte, d.h. die Diskussion zu bis dato realisierten Aspekten der Beschlüsse von Helsinki und Belgrad, war umstritten. Eine endgültige Einigung auf eine Tagesordnung und ein Zeitplan wurde erst zu Beginn des eigentlichen Folgetreffens erzielt.[751] Der BEK äußerte sich

[744] Vgl. ebd; Reagan: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023); Stone: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023).

[745] Televised Address by Governor Ronald Reagan A Strategy for Peace in the 80s, October 19, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/televised-address-governor-ronald-reagan-strategy-peace-80s (01.01.2023); vgl. auch Reagan, Stone: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023).

[746] Televised Address by Governor Ronald Reagan A Strategy for, Peace in the 80s, October 19, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/televised-address-governor-ronald-reagan-strategy-peace-80s (01.01.2023); vgl. auch Reagan: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023).

[747] Televised Address by Governor Ronald Reagan A Strategy for Peace in the 80s, October 19, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/televised-address-governor-ronald-reagan-strategy-peace-80s (01.01.2023); vgl. auch MEIERS: Raketenschach, 88, 90.

[748] Reagan: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023); vgl. auch MEIERS: Raketenschach, 82.

[749] Carter: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023).

[750] Vgl. MEIERS: Raketenschach, 67ff, 91; Carter: Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate (01.01.2023).

[751] Vgl. HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985, 265; Beschlüsse über die Organisation des Madrider Treffens 1980 von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 82ff.

nicht zum Vorbereitungstreffen des KSZE-Folgetreffens. Im Einklang mit dem Vorsitzenden der KKL ordnet Brand das Folgetreffen aber den Bestrebungen nach Frieden und Abrüstung zu.[752]

Brand fordert alle Anwesenden – sich eingeschlossen – im Sinne von 1. Tim 2,2 dazu auf, Gott zu bitten, positiven Einfluss auf die politisch Verantwortlichen, die Völker und Machthabenden zu nehmen, damit diese den Frieden, die Abrüstungsverhandlungen und -bemühungen sowie die Verständigungsbemühungen zum Wohle der Menschheit vorantreiben. In diesem Zusammenhang, wie schon in der Auseinandersetzung mit Reagan angedeutet, betont er die Bedeutung der gemeinsamen Sicherheit, die auch vom BEK, der Ökumene und der *Palme-Kommission* vertreten wurde.[753] Der Machtlosigkeit der einzelnen ChristInnen auf die internationale Politik wird die Allmacht Gottes gegenüber gestellt.

Das Gebet für alle, wie in 1. Tim 2,1 von Paulus gefordert, schließt auch die Lebenswelt der ChristInnen mit ein. Hier kritisiert Brand, wie schon in seiner Predigt im März 1979 (P1Br1979), den fehlenden Widerstand der Kriegsgeneration in der Aufrüstungsdebatte. Die Kritik der Passivität der Kriegsgeneration richtet Brand gesamtdeutsch aus, wenn er von „vielen älteren Menschen in Ost und West“ spricht. Unter Verweis auf den fehlenden Widerstand dieser Generation(en) im 3. Reich und die Folgen des Krieges ruft er die Anwesenden dazu auf, die Gleichgültigkeit abzulegen und aktiv zu werden. Die Ernsthaftigkeit der Bedrohung und der Auswirkungen eines Krieges sei vielen BürgerInnen der DDR nicht bewusst. Auch, dass es Kindern und Jugendlichen Vergnügen bereitet, Krieg zu spielen und an der vormilitärischen Ausbildung der *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST) teilzunehmen, sieht Brand als Indiz dafür. Die GST existierte seit 1952 und war für „die vormilitärische Ausbildung der Jugendlichen“[754] zuständig. Sie sollte dazu dienen, die Jugendlichen „für den Dienst in der NVA und der Kasernierten Volkspolizei (KVP) zu gewinnen und vorzubereiten.“[755] „Inhaltlich umfaßte sie [die vormilitärische Ausbildung] Exerzier-, Gelände-, Pionier-, Schieß-, Schutz- und Kfz-Ausbildung, Sport, Schwimmen, Topographie und Erste Hilfe.“[756] Man konnte schon vor dem 14. Lebensjahr mit Einwilligung der Eltern in die GST eintreten und teilnehmen, ab 14 Jahren sogar ohne elterliche Einwilligung.[757] Die Teilnahme war zwar an sich

[752]Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph betr. Vorbereitung des 2. KSZE-Folgetreffens in Madrid vom 12. Mai 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 336.

[753]Vgl. Empfehlungen der Palme-Kommission in: Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274; Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 191/5274; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 306; Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 84; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 95; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 100, 104, 112; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 144f.

[754]HENKEL: Im Dienste der Staatspartei, 347; vgl. auch HEIDER: Gesellschaft für Sport und Technik, 169, 177.

[755]HEIDER: Gesellschaft für Sport und Technik, 173, 177, 186ff; vgl. auch HENKEL: Im Dienste der Staatspartei, 347, 356, 359, 361.

[756]HEIDER: Gesellschaft für Sport und Technik, 178.

[757]Vgl. HENKEL: Im Dienste der Staatspartei, 363.

freiwillig, in der Erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule (EOS) und den Berufsschulen jedoch war die Teilnahme „mehr oder weniger obligatorisch."[758] „In die vormilitärische Ausbildung der GST wurden [somit] die männlichen Jugendlichen mit Beginn der 11. Klasse der Erweiterten Oberschule bzw. mit ihrem Eintritt in die Lehre einbezogen."[759] Es war somit die Fortsetzung des Wehrunterrichts in den 9. und 10. Klassen.[760]

Brand zeigt den Gemeindemitgliedern verschiedene Handlungsfelder auf, um in ihrer Umgebung für Frieden aktiv zu werden. Die ChristInnen werden von Brand im Sinne der Friedenserziehung des BEK dazu aufgefordert, ihr eigenes Handeln im Hinblick auf die Dienlichkeit für den Frieden zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, kritisch nachzufragen, sich zu informieren und Widerspruch zu üben.[761] Indem sie die Teilnahme an Veranstaltungen wie den Solidaritätsbasaren oder an der militärischen Ausbildung in all ihren Ausformungen verweigern, soll ihr christlicher Standpunkt in der Gesellschaft sichtbar werden.

Den Wehrunterricht betreffend bezieht sich Brand auf das vom BEK mit dem Staat ausgehandelte Versprechen, dass die Nichtteilnahme sich nicht nachteilig für die Jugendlichen auswirken soll.[762] Wie die KKL 1979 sieht auch Brand das Versprechen von staatlicher Seite realisiert, die Nichtteilnahme ohne Benachteiligung zuzulassen.[763] Brand kritisiert, dass viele Eltern dennoch nicht den Mut hätten, ihre Kinder vom Wehrunterricht fernzuhalten. Brand hatte sich persönlich gegenüber dem Schuldirektor für die Möglichkeit der Nichtteilnahme in Waldenburg stark gemacht.[764] Die Jungen nahmen daraufhin mit den Mädchen am Sanitätskurs teil, was Brand nicht als Benachteiligung ansah. Die Gefahr, dadurch schulische Nachteile zu erfahren, konnte nicht ausgeschlossen werden.[765] Das Verbot von Kriegsspielzeug in Schweden wird als positives Gegenbeispiel zum Wehrunterricht genannt. Ein solches Verbot war auch der Wunsch von FriedensaktivistInnen in der DDR und des BEK.[766] Das Verbot in Schweden trat im Dezember 1979 in Kraft, basierte aber auf Freiwilligkeit und umfasste nicht alle Arten von Kriegsspielzeug.[767]

Die von Brand angesprochenen Solidaritätsbasare waren zur Sammlung von Spenden für den Solidaritätsfonds in der DDR sehr verbreitet. Wie schon in seiner Predigt aus dem Jahr 1979 (P1Br1979)

[758] HEIDER: Gesellschaft für Sport und Technik, 190; vgl. auch aaO, 171, 174, 190.
[759] AaO, 189.
[760] Vgl. aaO, 194.
[761] Vgl. Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden" in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 269, 275.
[762] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zu Fragen der Einführung des Faches „Wehrerziehung" vom 15. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 254ff; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an die Kirchenleitungen der Gliedkirchen und die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 19. Dezember 1978 in: aaO, 282; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zur Einführung des Faches Wehrunterricht in: aaO, 293f.
[763] Vgl. Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 318.
[764] Vgl. Anmerkungen Pfarrer Brands zu P2Br1980 (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[765] Vgl. ebd.
[766] Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 251; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 108; KUHRT: Wider der Militarisierung, 46. Auch Eppelmann stellte in seinem Brief an Honecker 1981 die Forderung des „Verbot[s] der Herstellung, des Verkaufs, des Besitzes und der Einfuhr von Kriegsspielzeug" (Brief von Rainer Eppelmann an Erich Honecker (24.9.1981) in: BÜSCHER u.a. (Hg.): Friedensbewegung, 179.).
[767] Vgl. AUGUST u.a.: Krieg ist kein Spiel, 231ff.

informiert und sensibilisiert Brand die BürgerInnen für kritische Auseinandersetzung mit dem Solidaritätsfonds.

Er widerspricht der weit verbreiteten Annahme, dass der Militärdienst dazu führt, die Männlichkeit auszubilden. Die Soldaten werden als „Hampelmänner" bezeichnet, die das selbstständige Denken aberzogen bekommen. Brand tritt für die Änderung des Männerbildes ein und stellt das eigenständige Denken, den Einsatz für Aufbau und Heilung lobend dem bei der Armee geforderten Befehlsgehorsam und dem Zerstören von Menschen und Gegenständen entgegen. In dem *Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung* sprach sich der BEK auch für eine Neuausrichtung des „traditionsgebundenen Denken[s] über Krieg und Soldatsein"[768] aus und forderte die „Entzauberung alles 'Soldatischen'"[769].

Im dritten Abschnitt der Predigt verdeutlicht Brand anhand des Umgangs Jesu Christi mit AußenseiterInnen der Gesellschaft, anhand der Aufhebung des alten Prinzips „Auge um Auge, Zahn um Zahn", dass Jesus für mehr Menschlichkeit, Nächstenliebe und Frieden bzw. das Ende von Konfrontation einstand. Laut Brand widerspricht Jesus Christus damit auch dem Freund-Feind-Denken, das der BEK im Wehrunterricht gefördert sah.[770] Jesu Lebensweise wird in der Predigt als „das einzige Rezept für ein friedliches Zusammenleben" beschrieben. Alle anderen Konzepte für die Förderung von Gemeinschaft werden somit verworfen. Jesu Lebensweise soll den Lebensstil der ChristInnen, die ihm nachfolgen, prägen und so den Frieden vorantreiben. Brand macht deutlich, dass Jesus Christus mit seinem Plädoyer für mehr Menschlichkeit, Frieden und Nächstenliebe den Unmut der Mächtigen auf sich zog und dies schlussendlich mit dem Leben bezahlte. Aber selbst dies führte durch die Auferstehung dazu, dass er Leben möglich machte. Damit bindet Brand 1. Tim 2,4-6 in die Predigt ein. Unterschwellig schwingt dadurch erneut mit, dass auch der Einsatz der ChristInnen für Frieden auf Widerstand und Gegenwehr von politisch Verantwortlichen stoßen wird und somit Nachteile mit sich bringen kann.

Mit dieser Predigt spricht Brand in den Friedensdiskurs von 1980 hinein und bewertet politische und gesellschaftliche Ereignisse im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für mehr Menschlichkeit, mehr Frieden und mehr Leben, den drei Aspekten, die nach Brand das Leben und Handeln Jesu Christi ausmachen. Dabei bezieht er sehr deutlich Position, auch in Bezug auf Handlungen und Haltungen des SED-Staates. Er bezeichnet die Erhöhung des Mindestumtausches allein als Versuch der Einschränkung von Begegnungen. Des Weiteren kritisiert Brand die Verharmlosung des Krieges und das in der DDR propagierte Männerbild. Im Zuge dessen degradiert er die Soldaten. Hinsichtlich des Verhaltens der ChristInnen in der DDR bezieht er im Gegensatz zum BEK, der Möglichkeiten aufzeigte, ganz konkret Stellung. Er beschreibt die Verweigerung des Wehrunterrichts, der vormilitärischen Ausbildung und des Wehrdienstes als Teil des Lebens und Handelns nach dem Willen Gottes. Insgesamt wagt er sich weit vor und nimmt damit in Kauf, wie Jesus Christus, den Unmut der politisch Verantwortlichen, aber auch der Gläubigen auf sich ziehen.

Die GottesdienstbesucherInnen werden zum Gebet für eine Entwicklung hin zum Frieden auf interna-

[768] Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 55.

[769] AaO, 56.

[770] Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 248.

tionaler, nationaler und persönlicher Ebene aufgefordert. Des Weiteren sollen sie sich, wie von Brand in der Predigt demonstriert, aus ihrem Glauben heraus kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen auseinandersetzen. Im Einsatz für den Frieden sollen die Gläubigen in der Nachfolge Jesu Christi die Auseinandersetzung suchen und Ablehnung und persönliche Nachteile hinnehmen. Brand zeigt sich von dem Einschüchterungsversuch der Staatssicherheit im Sommer 1980 unbeeindruckt und geht, indem er selbst Nachteile für sich in Kauf nimmt, mit gutem Beispiel voran. Den Mut und den Antrieb für diese Verhaltensweisen versucht Brand zu fördern, indem er die Anwesenden der göttlichen Macht, der verändernden Kraft des Gebets und des Plans Gottes für die Menschen, ein Leben in Gleichheit, Frieden, Liebe und Gerechtigkeit zu führen, versichert. Die Handlungsaufforderung resultiert aus der Vergewisserung.

2.16 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81)

Anlässlich des Jahreswechsels 1980/81 predigte Pfarrer Rannenberg am 31. Dezember in Keune und Schacksdorf, am 1. Januar in Sacro und Eulo und am 14. Januar in Markoheim. Die gleiche Predigt wurde nochmal zum Jahreswechsel 1986/1987 gehalten und variiert nur hinsichtlich des Jahresrückblicks und -ausblicks. Als Bibelstelle liegt Jes 30,15-17 zugrunde, die sowohl für den Jahreswechsel 1980/81 als auch 1986/87 vorgeschlagen war. Die Auseinandersetzung mit der Bibelstelle und die theologischen Inhalte bleiben gleich. Die Ausführungen zum Jahreswechsel 1986/87 sind im zugehörigen Zeitabschnitt dieser Arbeit zu finden. Da die Predigt großteils in Stichpunkten verfasst wurde, sollen die wichtigsten Aspekte herausgegriffen und betrachtet werden. Die Predigt ist in Gesamtlänge im Anhang zu finden.[771] Sie ist in diese Arbeit eingeflossen, da sie eine andere Art des Predigens, das seelsorgerliche Predigen, in der Auseinandersetzung mit politischen Ereignissen aufzeigt.

Rannenberg beschreibt den Jahreswechsel als einen Zeitpunkt der Besinnung und des Innehaltens. Es gehe darum, sich nochmal das Vergangene in Erinnerung zu rufen, aber auch über das kommende Jahr nachzudenken und sich darauf vorzubereiten.

Zunächst blickt der Prediger auf das Jahr 1980 zurück und beschreibt es auf internationaler Ebene als „Jahr neuer Spannungen“ und „Jahr neuer Katastrophen“. Damit bietet er im Bezug auf politische nationale und internationale Ereignisse einen sehr negativen Jahresrückblick, zumal er diesen keine positiven Ereignisse entgegenstellt. Die erwähnten Spannungen zwischen den beiden Machtblöcken des Kalten Krieges, den beiden deutschen Staaten, Kirche und Staat in der DDR und zwischen verschiedenen Ostblockstaaten beschreibt Rannenberg als Folge verschiedener Ereignisse. Diese werden nur aufgezählt. Inwieweit sie mündlich weitere Ausführung und Bewertung erfahren haben, konnte nicht mehr rekonstruiert werden. Erwähnt werden der Einmarsch Sowjetischer Truppen in Afghanistan und die daraus resultierende Blockade der Olympischen Spiele in Moskau durch den Westen,[772] die Erhöhung des Mindestumtauschs sowie die Gründung der Gewerkschaft *Solidarnosc* in der VR Polen und die Auswirkungen auf den Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen. Die Stadt Forst liegt direkt an der polnischen Grenze, weshalb die Gemeindemitglieder spürbar von dieser Maßnahme betroffen waren. Während der Historiker Burkhard Olschowsky davon spricht, dass dies „de facto einer Schließung der Grenze gleichkam“[773], bezeichnet Rannenberg die Vorgänge sehr vorsichtig als „Erschwerung im Reiseverkehr nach Polen“. Im Gegensatz zu Pfarrer Brand (P2Br1980) spricht Rannenberg neutral von der „neue[n] Geldumtauschregelung“ und der daraus resultierenden „Drosselung der Einreise“. Auch die Gründung der Gewerkschaft *Solidarnosc* in der VR Polen erfährt keine weitere Bewertung wie bei Pfarrer Meckel (P1Meck1980). Er beschränkt sich im Allgemeinen auf die Auswirkungen der Ereignisse. Dies trifft auch auf die Erwähnung der erschwerten Gesprächslage zwischen Kirche und Staat aufgrund kritischer Äußerungen des BEK und seiner Gliedkirche zur Mindestumtauscherhöhung und aufgrund der Kritik einiger Landessynoden an der

[771] Siehe *6.1. Pfarrer Rannenberg: Predigt zum Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81.*

[772] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 64; DAS OLYMPISCHE MUSEUM (Hg.): Olympia, 44; KOWALCZUK: Endspiel, 25; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 32; OMAR: Die russisch-afghanistanischen Beziehungen, 146, 149; SAIKAL: Islamism, 127ff; ZUBOK: Soviet foreign policy, 103f, 105.

[773] OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 37.

Berichterstattung der DDR-Medien zu den Vorgängen in der VR Polen zu.[774] Die staatliche Reaktion darauf mit Zensur, Reiseeinschränkungen kirchlicher VertreterInnen und dem Ausschluss westlicher JournalistInnen bei kirchlichen Veranstaltungen findet keine Erwähnung.

Als Katastrophen des Jahres 1980 erwähnt Rannenberg die Erdbeben in Algerien und Italien mit „10000e[n] Toten" und den Einsturz der Kongresshalle in Westberlin. Das Erdbeben im Norden Algeriens im Oktober 1980 kostete ca. 3.000 Menschen das Leben, es gab 8.000 Verletzte, fast eine halbe Millionen Menschen wurden wohnungslos.[775] Am 23. November 1980 bebte die Erde in Süditalien. Dabei kamen 5.000 Menschen ums Leben, 400.000 wurden obdachlos.[776] Das Dach der Kongresshalle in West-Berlin, heute Haus der Kulturen der Welt, war aufgrund eines Planungsfehlers 1980 eingestürzt. Es gab fünf Verletzte, wobei einer seinen schweren Verletzungen erlag.[777]

Auf nationaler oder internationaler Ebene werden für das Jahr 1980 keine positiven Ereignisse genannt. Lediglich auf Gemeindeebene und im Privatleben der Gemeindemitglieder ist von „neue[n] Aktivitäten" die Rede. Die Ereignisse im Gemeindeleben und im Privatleben sind größtenteils erfreulicher Art und werden somit dem Weltgeschehen gegenüber gestellt. Rannenberg erwähnt das neue Kirchendach in Sacro und Renovierungen in Eulo. Zusätzlich werden die ökumenischen Aktivitäten und eine Allianz zwischen den beiden Stadtteilen Sacro und Noßdorf positiv hervorgehoben. Im Hinblick auf das Privatleben der Gläubigen spricht Rannenberg von verschiedenen kirchlichen Stationen, wie Taufe, Konfirmation, Trauung oder Beerdigung, sowie vom Hausbau, überstandener Krankheit oder dem Beginn eines neuen Lebensabschnitts.

Im Ausblick auf das kommende Jahr erwähnt er internationale Ereignisse, die für 1981 von Bedeutung sind. Die Wahl eines „neue[n] US-Präsident[en]" bringt Veränderungen und Neuerung mit sich. US-Präsident Jimmy Carter hatte 1980 die Wahl gegen Ronald Reagan verloren und musste abtreten.[778] Im Gegensatz zu Pfarrer Brand (P2Br1980), der Präsident Reagan im Hinblick auf seine Dienlichkeit für die Entwicklungen hin zum Frieden bewertet, lässt Rannenberg die Information nur im Raum stehen. Des Weiteren spielt Rannenberg auf das Geiseldrama im Iran an, bei dem der Ausgang noch offen ist. In Teheran wurden 52 US-Diplomaten von November 1979 bis Januar 1981 von Studenten im Zuge der Islamischen Revolution in der amerikanischen Botschaft festgehalten.[779] Hinsichtlich der Gründe der Geiselnahme gibt es unterschiedliche Angaben. Nach den Historikern Edgar Wolfrum und Cord Arendes wollten die Geiselnehmer die USA zwingen, den Schah, der sich in den USA einer Krebsbehandlung unterzog, auszuliefern und dessen Vermögen sowie „eingefrorene[...] iranische Bankguthaben"[780] freizuge-

[774] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109; Dok. 86: Fernschreiben Erich Honeckers am 10.11.1981 an die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der SED in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 447.

[775] Vgl. Algerien: Die schwersten Beben der vergangenen 50 Jahre. Veröffentlicht am 22.05.2003, https://www.welt.de/vermischtes/article236340/Algerien-Die-schwersten-Beben-der-vergangenen-50-Jahre.html (20.02.2020); Algerien – ein vom Erdbeben geplagtes Land, 11. Mai 2010, https://www.sueddeutsche.de/politik/chronik-algerien-ein-von-erdbeben-geplagtes-land-1.642605 (20.02.2020).

[776] Vgl. TICHY: Italien, 102.

[777] Vgl. 1980: Eine Lawine aus Beton. Die Kongresshalle stürzt ein, https://www.hkw.de/de/hkw/geschichte/geschichte_kongresshalle/1980_1.php (21.04.2020); KLEIHUES u.a. (Hg.): Bauen in Berlin, 248; WARNKE: Stein gegen Stein, 85: Fußnote 237.

[778] Vgl. PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 19; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 78.

[779] Vgl. ABRAHAMIAN: History of Modern Iran, 168; WOLFRUM/ARENDES: Globale Geschichte, 214.

[780] WOLFRUM/ARENDES: Globale Geschichte, 214.

ben. Laut dem iranisch-amerikanischen Historiker Ervand Abrahamian befürchteten die Studenten aber außerdem die Wiederholung des Staatsstreiches von 1953. Damals hatten die USA und Großbritannien den amtierenden Premierminister Mohammad Mossadegh gestürzt und durch Ardeschir Zahedi ersetzt. Die Geiselnahme dauerte bis Januar 1981 an.[781] Auch dieses Ereignis wird nicht emotional, politisch oder theologisch eingeordnet.

Auf persönlicher Ebene thematisiert er gute Vorsätze für 1981. Er zählt als mögliche Vorsätze auf, Kräfte „für ein gutes Ende, für einen guten Anfang" zu nutzen oder „kürzer zu treten". Damit deutet Rannenberg schon die Kritik an dem Zeit- und Leistungsdruck der modernen Gesellschaft an. Er bindet daran auch die Ausführungen zur Bibelstelle an. Seine Argumentation untermauert der Prediger verschiedentlich mit Bezügen auf Kirchenlieder oder auf das 23. Kapitel des Buches *Der kleine Prinz* des französischen Autors Antoine de Saint-Exupéry.[782] Ohne historische und biblische Einordnung wird in Auseinandersetzung mit Jes 30,15-17 besonders Vers 15 hervorgehoben. Die Heilsbotschaft dieses Verses geht der Unheilsankündigung der Verse 16 und 17 voraus. Rannenberg betont, dass der Prophet im Namen Gottes erst zur Verhaltensänderung auffordert, wodurch das Unheil noch abgewendet werden kann. Dieses Angebot gelte auch den Gläubigen der Gegenwart. Der Prediger möchte damit den ZuhörerInnen die aufkommende Resignation und Angst nehmen und bezeichnet Vers 15 deshalb als Wegweisung, Angebot Gottes und als Zusage. Die darin enthaltene Handlungsaufforderung, umzukehren und still zu bleiben, stehe jedoch in krassem Widerspruch zu dem Alltag der Menschen des 20. Jahrhunderts. Die Gegenwart der Anwesenden sei nicht durch Ruhe und Gelassenheit gekennzeichnet, d.h. man kann nicht „getrost erwarten, was kommen mag", wie Dietrich Bonhoeffer es in seinem Lied *Von guten Mächten treu und still umgeben* beschreibt.[783]

Dass Zeit in der Moderne ein kostbares Gut ist, macht Rannenberg auch anhand der Geschichte des kleinen Prinzen deutlich. Es geht darum, Zeit einzusparen, um sie anderweitig nutzen zu können. Neben der Hektik, die der Mensch betreibt, versuche er immer, alles aus eigener Kraft zu meistern. Diesem Lebensstil setzt Rannenberg die Zusage der Hilfe, der Nähe und der Kraft Gottes entgegen. Still zu werden bedeutet für ihn, auf Gottes Wort zu hören, seine „Weisung für unsere nächsten Schritte [zu empfangen] und [...] daraus Kraft [zu gewinnen]". Dies kann im Gottesdienst, aber auch im Alltag geschehen. Hier verweist er auf Jochen Kepplers Lied *Der Tag ist seiner Höhe nah*, in dem ebenfalls zum Innehalten, Lauschen, Beten und anschließendem Handeln aufgerufen wird.[784]

Rannenberg plädiert für einen „kritische[n] Rückblick" auf das vergangene Jahr, jedoch „geleitet durch Gottes Wort". Der Rückblick soll dazu verhelfen, Bilanz zu ziehen, dankbar zu sein, aber auch kritisch zu betrachten und aus der Vergangenheit zu lernen. Rannenberg verweist auf das Lied *Der du die Zeit in Händen hast*, in dem Gott um die Befreiung von der Last des letzten Jahres und deren Umwandlung in Segen gebeten wird.[785] Durch Umkehr, Stillewerden und das Hören auf Gottes Weisung hätte möglicherweise Unheil verhindert und der eigene Lebensweg durchdachter eingeschlagen werden können. Des Weiteren wären Niederlagen oder Schwierigkeiten durch die Nähe zu Gott leichter zu ertragen gewesen.

[781] Vgl. ABRAHAMIAN: History of Modern Iran, 118ff, 168; WOLFRUM/ARENDES: Globale Geschichte, 212.
[782] Vgl. Der kleine Prinz online, Kapitel 23, https://www.exuperysprinz.de/text/23-kapitel/ (07.02.2021).
[783] Vgl. EG 65.
[784] Vgl. EG 457.
[785] Vgl. EG 64.

Rannenberg fordert deshalb die Gläubigen dazu auf, im neuen Jahr sich dieser Zusage, dass Gott Hoffnung und Stärke durch die Umkehr und das Stillewerden schenkt, immer wieder bewusst zu werden, danach zu leben und besonnen im Sinne Gottes zu handeln.

Die im Jahresrückblick angesprochenen „Spannungen“ und „Katastrophen“ erfahren in der Auseinandersetzung mit der Bibelstelle keine weitere direkte Betrachtung. Die aus Jes 30,15 resultierende Aufforderung zur Verhaltensänderung und ihre Auswirkungen werden nur im Hinblick auf das Privatleben der Gläubigen beleuchtet. Allein die Wahrnehmung und der Umgang mit internationalen oder nationalen Spannungen könnten durch Gebet und Besinnung anders ausfallen.

Im Gegensatz zu Pfarrer Brand (P2Br1980) und Pfarrer Meckel (P1Meck1980), die entweder deutlich Position zu den politischen Ereignissen beziehen oder sie zumindest weiter einordnen, geht Rannenberg nicht über die Wahrnehmung negativer nationaler und internationaler politischer Ereignisse hinaus. In der Darstellung der Spannungen und Katastrophen, denen die Gläubigen ausgesetzt sind, versichert er die GottesdienstbesucherInnen der Nähe und Kraft Gottes. Sie müssen nicht alles aus eigener Kraft schaffen, sondern können auf Gott vertrauen. Im Hören auf Gottes Wort und im Gebet können sie ihre Gefühle und ihr Handeln hinterfragen, sich neu ausrichten und nach Gottes Wort handeln. Das Aktivwerden aus dem Glauben heraus wird damit zwar angedeutet, der Fokus liegt aber stärker auf der Besinnung und der von Gott verliehenen Stärke als auf dem daraus resultierenden Einsatz in Gesellschaft und Welt. Durch die Hinwendung zu Gott soll vor allem die Haltung, nicht aber die Situation selbst geändert werden. Rannenberg fokussiert sich damit auf die Gläubigen und deren Perspektive. Diese Ausführungen können der vergewissernden politischen Predigt zugeordnet werden.

2.17 Iskraut: Taufpredigt aus dem Jahre 1981 (P4Isk1981)

Diese Predigt wurde an einem Sonntag gehalten, an dem auch ein 14-jähriges Mädchen getauft wurde. Als Predigttext liegt der vom Täufling gewählte Taufspruch, Jes 41,10, zugrunde. Pfarrer Iskraut kommentiert zum Hintergrund der Taufe: „Ein Vater in hoher verantwortlicher Stellung muß sich von seiner Tochter sagen lassen, daß sie sich zur Taufe entschlossen habe. Sie tritt nicht von den Jungen Pionieren wie ihre Klassenkameraden/Innen automatisch in die FDJ über und sagt ihrer Lehrerin vor der gesamten Klasse, sie würde jetzt auch nicht mehr an der Jugendweihe teilnehmen können, seit sie sich zur Taufe entschlossen habe. Überraschenderweise erhält sie Unterstützung von der 'Klassensprecherin' für ihren Freimut."[786]

Jesaja $41,_{10}$

Gott läßt sagen durch einen Propheten:
Fürchte dich nicht, ich bin mit dir.
Weiche nicht, denn ich bin dein Gott.
Ich stärke dich. Ich helfe dir auch.
Ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit."

Liebe Martina,

so müßte ich jetzt sagen, und Dich mit Deiner Mutter, Deinen Großeltern und Deiner Patin besonders anreden. Aber ich sage jetzt absichtlich: Liebe Gemeinde!

Denn das, was Gott durch den Propheten sagen läßt, ist zunächst gar nicht einer einzelnen Person gesagt, sondern einer großen Schar von Menschen, die viel größer ist als die Schar derer, die heute zum Gottesdienst gekommen ist. Über diese Menschen muß ich zunächst einmal etwas sagen. Es handelt sich um das Volk Israel, genauer gesagt: um die große Oberschicht dieses Volkes, die nach der Zerstörung Jerusalems im Jahre 587 vor Christus nach Babylonien deportiert worden war. 40 Jahre Gefangenschaft hatte dieses Volk bereits hinter sich, nun breiten sich Resignation und Müdigkeit aus. Hatte man anfangs noch – fern vom Tempel und fern vom verheißenen Land – die quälende Frage gestellt: Wo ist nun Gott?, so hört man jetzt auf, überhaupt noch mit ihm zu rechnen. „Gott, hat uns verlassen!" lautet die neue Parole. Es wird Zeit, zur Tagesordnung überzugehen und mit den Babyloniern zu paktieren. Je mehr die Verbindung zu Gott abläßt, umso mehr schwindet nun auch das Gefühl der Verbundenheit untereinander. Wer weiß, ob „der" nicht ein Spitzel in babylonischen Diensten ist! Je länger die Gefangenschaft, desto gereizter die Menschen. Solche Leute hat der Prophet vor sich.

Aber daneben gibt es noch andere. Sie halten sich an Gottes Wort. Sie verrichten ihre Gebete und vollziehen den Kult. Aber ihr Bild von Gott paßt nicht zu dem Leid und zu den Beleidigungen, die sie in der Gefangenschaft durch die Babylonier erleben. Darum schließen sie beim Gebet die Augen und vergessen die Welt um sich her. Fantastisch – eine Frömmigkeit, die einen den rauen Alltag vergessen läßt ...

[786] Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), Privatarchiv Lührmann.

Gebet wie ein Rausch ... Gottesdienst wie eine Narkose ... Religion als Opium. So haben sie es empfunden.

Im Grunde sind es die gleichen Leute wie die, die Gott längst abgeschrieben haben. Sie verbergen nur ihre Resignation hinter geschlossenen Augen und unterdrücken sie mit gefalteten Händen. Leid wollen sie nicht sehen, nicht empfinden. Die Babylonier wollen sie vergessen. Das ist erträglicher als sie zu hassen, und so feiern sie ihre Gottesdienste, ohne es zu merken, vorbei an dem Gott, der auch im Leid noch ihr gnädiger Gott sein will, der diese Welt sieht und liebhat – die Welt der Juden, aber auch der Babylonier, die Welt der Unterdrückten, aber auch der Unterdrücker, die Welt der Frommen, aber auch der Spitzel und KZ-Aufseher.

Was eigentlich soll der Prophet sagen zu seinem resignierten Volk, das vorbei an Gott und im Grunde auch vorbei an der Welt sein Dasein fristet? Er verschweigt ihm nicht, daß die Geschichte dieses Volkes mit Schuld belastet ist, und Schuld hat Folgen, die getragen werden müssen: „Wer hat ... Israel den Räubern preisgegeben? Hat es nicht der Herr getan, an dem wir gesündigt haben? ... Darum hat er über sie ausgeschüttet seinen grimmigen Zorn, ... aber sie merkten es nicht!“ (Jesaja 42,24-25)

Doch er spricht diesem Volk auch Trost zu: „Fürchte dich nicht. Ich bin mit dir. Weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich helfe dir auch. Ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.“

Und nun hören wir diese Zusage heute, heute nach fast genau 2520 Jahren. Wir leben in einer Welt, die immer mehr einem KZ zu gleichen scheint. Was in Auschwitz passiert ist, war nicht das Ende, sondern der Anfang. In Son Moi und My Lai wurden die Grausamkeiten fortgesetzt. In El Salvador geschieht heute Ähnliches, und die Organisation „Amnesty International“ notiert alle Informationen über Unrecht und Unmenschlichkeit in Ost und West. Die Welt ist nicht besser geworden. Die Zukunftsfilme, die uns eine Welt technischer Superperfektion vorführen, zeigen uns mehr eine Welt des Schreckens als einen Ort der Geborgenheit – und mitten in dieser großen Welt gibt es Martina und noch ein paar Menschen, die sich ihrer Taufe bewußt sind. Doch wir alle zusammen sind ja auch nur eine ohnmächtige Schar, mehr Figuren als Menschen. Da kann man es schon mit der Angst zu tun kriegen. Man braucht eigentlich gar nicht erst die große Welt zu sehen, schon die kleine Umwelt einer Schulklasse oder eines Arbeitszweiges, in dem man die Menschen sieht. Das meiste, was man erlebt, ist wenig ermutigend, und eigentlich lohnte es sich gar nicht mehr zu leben.

Es lohnte sich nicht mehr, wenn ich nicht glauben könnte: Viel stärker als alles Grauen um mich her und alle Bosheit der Welt, viel mächtiger als meine Ohnmacht und Angst ist Gottes Zusage, daß er mich liebt. Das macht das Leben so spannend, wenn ich glauben kann an Gott, der mich hält, und wenn ich auf seine Weisung hören kann: Weiche nicht! Und wenn ich selber handeln kann mit der Zusage Gottes: „Ich stärke dich, ich helfe dir auch!“ und nun müßte die Predigt erst richtig anfangen.

Liebe Martina, als wir über deinen Tauftext miteinander sprachen, waren es besonders diese letzten

Worte, die es dir angetan haben: „Ich stärke dich, ich helfe dir auch!“ Gott läßt uns unsere Wege gehen, und w i r müssen sie gehen, freilich nicht a l l e i n. Also heißt: Ich glaube an Gott! nun nicht etwa: Jetzt lege ich die Hände in den Schoß, Gott wird schon alles machen. Ich setze mich hin und schaue zu, was er mit mir anstellt ... so eben nicht! Sondern: Glauben heißt schon – selber laufen. Mit Deinem Taufspruch werden die Gefangenen in Babylon darauf vorbereitet, den weiten Weg bis nach Jerusalem zu laufen. Glauben, das heißt jetzt: Z u v e r s i c h t l i c h seinen Weg gehen, und dabei denke ich jetzt an eine Begebenheit, die wir alle schon einmal erlebt haben: Ein Vater oder eine Mutter läßt das eigene Kind die ersten Schritte gehen. Das Kind geht selber, die Hände der Mutter aber begleiten es in gewissem Abstand. Das Kind sieht sie nicht, es muß sich ja konzentrieren auf seine Schritte. Aber es weiß: Die Mutter ist ja da!

Wir alle sind solche Kinder Gottes in unserem Lebenslauf. Wir gehen diesen Lauf über Stock und Stein, aber in dem Gefühl der Geborgenheit. Diesen Weg ist uns Jesus Christus vorangegangen. In allem, was er sagte und tat, wußte er sich gehalten von Gott, seinem Vater, und so sehr geborgen, daß er auch noch am Kreuz, wo sich gleichsam die ganze Grausamkeit der Welt an ihm entlud, sagen konnte: „Vater, ich befehle meinen Geist in deine Hände.“

Und wenn du dich auf den Namen Jesu taufen läßt, dann ist das nichts anderes, als dieses Nachsprechen: „Vater, ich befehle meinen Geist in deine Hände.“ – dein Kind will ich sein.

Amen.

Diese Taufpredigt befasst sich erst auf den zweiten Blick mit politischen Themen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass der Hintergrund des Täuflings, wie ihre Herkunft aus einem nicht-christlichen Elternhaus und ihre Entscheidung für die Taufe und gegen die FDJ und die Jugendweihe, in der Predigt nicht direkt thematisiert werden, aber unterschwellig in den Ausführungen mitschwingen. Wie Iskraut in seinen Anmerkungen zu dieser Predigt betont, war der Vater des Täuflings „in hoher verantwortlicher Stellung" tätig. Laut Iskraut hatte er eine Position in einem Klinikum inne. Dazu musste er Mitglied der SED sein.[787] Wie stark die Loyalität der bzw. des Einzelnen gegenüber der Partei und den Zielen des Sozialismus aber wirklich war, lässt sich schwer einschätzen. Der Historiker Arnd Bauerkämpfer wies auf die enge Verbindung von Mitgliedschaft in der SED und Karriere in der DDR hin. Den starken Mitgliederschwund im Herbst 1989 werten der Historiker Klaus Schroeder und der Politologe Gareth Dale als Indiz dafür, dass die Mitgliedschaft mehr aufgrund persönlicher Vorteile eingegangen wurde als aufgrund von Übereinstimmung mit der Ideologie und den Zielen der Partei.[788] Anhand der Anrede der Taufgesellschaft wird erkennbar, dass der Vater von Martina – vermutlich aufgrund seiner politischen Ausrichtung – nicht anwesend ist. Die Eltern waren geschieden.[789]

Resultierend aus der Entscheidung für die Taufe trat Martina von den *Jungen Pionieren* nicht in die *Freie Deutsche Jugend* (FDJ) ein und verweigerte die Teilnahme an der Jugendweihe, da ihr eine Vereinbarung beider Standpunkte unmöglich schien. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, dass mit der Arbeit der Pionierorganisation und der FDJ sowie mit der Jugendweihe das Ziel der Ideologisierung der Kinder und Jugendlichen verfolgt wurde.[790] Schon 1973 hat der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* des BEK deshalb die Entscheidung über die Mitgliedschaft in der FDJ und der Pionierorganisation sowie über die Teilnahme an der Jugendweihe als Situationen beschrieben, „die den Christen zu verantwortungsvoller Stellungnahme herausfordern können."[791] Sowohl die Kinder- als auch die Jugendorganisation wollte „die angehenden Erwachsenen zu linientreuen, dem Sozialismus, der SED und dem Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus ergebenen Bürgern [...] erziehen"[792]. Da die Kinder und Jugendlichen, die die Mitgliedschaft ablehnten, unter „Benachteiligungen [...] etwa in Form sozialer Isolation oder schlechterer Bildungschancen"[793] zu leiden hatten, war der Anteil der Mitglieder unter den Kindern und Jugendlichen sehr hoch. Hinsichtlich der Pionierorganisation traten dem Pädagogen Lars Knopke zufolge „90 Prozent der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren"[794] bei. Der Anteil der Jugendlichen, die Mitglieder der FDJ waren, lag zwischen „58,1 (1971) und 86,6 Prozent (1987)"[795]. In den Oberstufen lag die Mitgliederzahl bei „fast 100 Prozent"[796], was der Tatsache geschuldet war, dass es eine Anforderung für Abitur und Studium war,

[787] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann.
[788] Vgl. BAUERKÄMPFER: Kaderdiktatur, 65; DALE: The East German Revolution, 80; SCHROEDER: Der SED-Staat, 289, 405f.
[789] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), ebd.
[790] Vgl. KNOPKE: Kinder im Visier, 117, 123; Beschluss Nr. 3/1973 des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe in: aaO, 133.
[791] Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 184.
[792] KNOPKE: Kinder im Visier, 197.
[793] AaO, 109f; vgl. auch WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 148.
[794] KNOPKE: Kinder im Visier, 109.
[795] WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 148; vgl. auch KNOPKE: Kinder im Visier, 109.
[796] WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 148.

Teil der FDJ zu sein. Die Kinder- und die Jugendorganisation waren eng mit dem Schulsystem verflochten. Jede Schulklasse bildete eine Pionier- oder FDJ-Gruppe, der die Klassenlehrerin bzw. der Klassenlehrer als GruppenleiterIn vorstand. Auch die Klassensprecherin bzw. der Klassensprecher fungierte in der FDJ als Gruppenratsvorsitzende bzw. Gruppenratsvorsitzender.[797] Die VerweigerInnen kamen somit weiterhin „unweigerlich mit FDJ und Pionierorganisation in Berührung"[798]. Deshalb verkündete Martina ihre Entscheidung für die Taufe und gegen die FDJ und Jugendweihe auch im Klassenverband. Mit der Anerkennung von Martinas Entscheidung durch die Klassensprecherin wurde somit das Verhalten auch von Seiten der FDJ akzeptiert und honoriert.

Die Jugendweihe wurde 1954 in der DDR eingeführt[799], und laut dem Historiker Stefan Wolle nahmen „etwa 90 Prozent aller 14-jährigen an der staatlich organisierten Jugendweihe teil[...]"[800]. Knopke spricht für die letzten Jahre der DDR sogar von fast 100%iger Beteiligung. In Jugendstunden wurden die Jugendlichen auf die Jugendweihefeier vorbereitet.[801] Bei der eigentlichen Jugendweihefeier legten sie ein Gelöbnis ab, das beinhaltete, „für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen"[802], „all [sein] Wissen und Können für die Verwirklichung unserer großen humanistischen Ideale einzusetzen"[803], „die feste Freundschaft mit der Sowjetunion weiter zu vertiefen, den Bruderbund mit den sozialistischen Ländern zu stärken"[804] und „den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen."[805] Das Gelöbnis gipfelte in der Aufnahme der Jugendlichen „in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes"[806]. Jugendliche, die sich der Jugendweihe verweigerten, wurden einerseits bedrängt, andererseits konnte sich dies, wie bei Verweigerung gegenüber der FDJ und der Pionierorganisation, nachteilig für sie auswirken.[807] Laut des Historikers Werner Maser erfuhr, „[w]er die Jugendweihe ablehnt[e], [...] keine Förderung im Beruf und im gesellschaftlichen Leben"[808], weshalb „[w]eiterer Schulbesuch, späteres Studium, Berufsausbildung und Fortkommen im Leben [...] von dieser Entscheidung"[809] abhingen. Immer wieder forderte die Kirche deshalb den Staat auf, die Benachteiligung christlicher Kinder und Jugendlicher im Bildungswesen zu beenden – auch im Spitzengespräch am 6. März 1978 kam dieses Thema zur Sprache.[810] Von staatlicher Seite wurde 1978 die „Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger"[811] zugesichert. Dennoch war die Benachteiligung der ChristInnen im Bildungswesen weiterhin

[797] Vgl. BUNKE: „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins...", 65; KNOPKE: Kinder im Visier, 109, 111, 115f; PIGOR/WÄSCH: Klassenleiter und FDJ-Gruppe, 20f.
[798] KNOPKE: Kinder im Visier, 110; vgl. auch PIGOR/WÄSCH: Klassenleiter und FDJ-Gruppe, 14.
[799] Vgl. DREIER/CHOWANSKI: Die Jugendweihe, 198.
[800] WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 246.
[801] Vgl. KNOPKE: Kinder im Visier, 135, 137, 140.
[802] Zentraler Ausschuss für Jugendweihe zitiert nach KNOPKE: Kinder im Visier, 148.
[803] Ebd.
[804] Ebd.
[805] Ebd.
[806] Ebd.
[807] Vgl. KNOPKE: Kinder im Visier, 136.
[808] MASER: Genossen beten nicht, 106.
[809] AaO, 97.
[810] Vgl. Ausführungen von Bischof D. Schönherr beim Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 236; Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 67.
[811] Pressemitteilung des Staatsrates der DDR in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 219.

Thema. Im November 1980 wurde deshalb erneut vom Vorstand der KKL die „Verwirklichung der Norm der Gleichberechtigung und Gleichachtung auch im Volksschulbereich“[812] gefordert. Und der Vorsitzende der KKL, Bischof Schönherr, stellt 1981 fest: „In der Frage, wie das Wort der kommunistischen Erziehung zu verstehen ist und wie sich diese Erziehung mit der auch den Kindern zugesicherten Gleichberechtigung und Gleichachtung ausbalancieren läßt, sind wir noch nicht viel weitergekommen.“[813]

Während von kirchlicher Seite die gleichzeitige Inanspruchnahme kirchlicher und staatlicher Angebote von Kindern und Jugendlichen anfangs noch kritisch gesehen wurde,[814] war es später akzeptiert, „erst die Jugendweihe zu feiern [...] und einige Monate später die verschobene Konfirmation.“[815] In der *Empfehlung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum konfirmierenden Handeln in der Gemeinde mit Jugendlichen im Konfirmandenalter (12 bis 15 Jahre)* wurde zwar 1975 die kritische Haltung des BEK gegenüber dem „sozialistischen Erziehungsprogramm“[816] erneut betont, aber es wurde auch dazu aufgefordert, Kinder und Jugendliche, die sich nicht radikal dagegen aussprachen, nicht abzulehnen oder auszuschließen.[817] In Martinas Fall wäre es also auch möglich gewesen, sich trotz Mitgliedschaft bei der Kinder- und Jugendorganisation und Teilnahme an der Jugendweihe taufen zu lassen und so Probleme für die eigene Person zu vermeiden. Viele Kinder und Jugendliche lebten in diesem inneren Zwiespalt. Martina nahm durch ihre radikale Entscheidung für die Kirche mögliche negative Konsequenzen wie Ächtung und soziale Anfeindung für den weiteren Lebenslauf in Kauf.

Deshalb versichert Iskraut Martina in dieser Predigt in aller Deutlichkeit ihrer Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft der getauften ChristInnen. Schon zu Beginn der Predigt wird dies deutlich, indem Iskraut zwar einerseits den Täufling und die Angehörigen begrüßt, aber gleichzeitig bewusst die Zusagen des Taufspruchs auf die gesamte Gemeinde ausweitet und damit Martina in diese Gemeinschaft hineinstellt. Dies begründet Iskraut damit, dass die Worte des Propheten Jesaja zur Zeit der Babylonischen Gefangenschaft auch an das gesamte Volk Israel gerichtet waren.

Iskraut nutzt den historischen Hintergrund des Taufspruches, Jes 41,10, um anhand der Schwierigkeiten der IsraelitInnen in der Babylonischen Gefangenschaft die Schwierigkeit des Lebens der ChristInnen in der DDR und des Praktizierens ihres Glaubens zu verdeutlichen. Es gibt hinsichtlich der Situation der IsraelitInnen in Babylon und der ChristInnen in der DDR viele Gemeinsamkeiten. In beiden Fällen lebten die Gläubigen in einem Staat, der entgegen ihrem Glauben ausgerichtet war und es bestand nicht die Möglichkeit, dieses Land zu verlassen. Ein Ende dieses Zustandes war für die Betroffenen nicht absehbar. Wie die IsraelitInnen sind auch die ChristInnen verunsichert, wie sie ihren Glauben in dieser Umgebung leben sollen und können. Über die Gemeinsamkeiten hinaus bindet Iskraut zusätzlich Gegebenheiten der DDR-Gesellschaft – wie die Arbeit als „Spitzel“ für den Staat – in die Darstellung der Babylonischen

[812] Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik über das Gespräch des Vorstandes der Konferenz mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 10. November 1980 vom 1. Dezember 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 377.

[813] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 35.

[814] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 107.

[815] Ebd; vgl. auch aaO, 162.

[816] Empfehlung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum konfirmierenden Handeln in der Gemeinde mit Jugendlichen im Konfirmandenalter (12 bis 15 Jahre) vom 7./9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 135f.

[817] Vgl. aaO, 137.

Gefangenschaft ein und gibt sie als Realitäten der IsraelitInnen in Babylon aus.

Iskraut klassifiziert zwei Gruppen von Gläubigen. Die erste Gruppe fühlte sich von Gott verlassen, gab deshalb ihren Glauben auf und kollaborierte mit den BabylonierInnen. Diese Kollaboration schürte Misstrauen unter den IsraelitInnen und schädigte das Gemeinschaftsgefühl. Die zweite Gruppe der IsraelitInnen unterschied sich von der ersten nur in der Ausübung ihres Glaubens, nicht aber in ihrer Resignation und Haltung zu Gott. Sie verrichteten weiter ihre Gebete und ihre religiösen Rituale, begriffen aber Gott nicht mehr als wirksame Größe in ihrem Alltag. Um Gott nahe zu sein, entflohen sie der Realität.

Wie bei der ersten Gruppe der IsraelitInnen in Babylon gibt es auch in der DDR ChristInnen, die aufgrund der Umstände ihren Glauben aufgeben. Die Zahl der Kirchenmitglieder nahm in den 40 Jahren der DDR stark ab. Während laut dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk 1954 noch 90 Prozent der Bevölkerung einer Kirche angehörten, waren es 1964 schon nur noch 72 Prozent.[818] „Insgesamt galt rund ein Drittel der DDR-Bevölkerung Ende der achtziger Jahre als Kirchenmitglied.“[819] Der BEK war sich der Minderheitensituation der ChristInnen in der DDR und dem stetigen Rückgang der Mitglieder bewusst und setzte sich kritisch damit auseinander. Durch schwindende Mitgliederzahlen sah man das Zeugnis der evangelischen Kirche in der DDR-Gesellschaft erschwert. Der Vorsitzende der KKL, Bischof Albrecht Schönherr, sprach sich im Einklang mit Iskraut aber gegen den Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft in die christliche Gemeinschaft und den Kult aus.[820] Wie der Rest der Gesellschaft waren auch in den Kirchen BürgerInnen als „Spitzel“[821] für den Staat tätig. Iskrauts Äußerung untermauert die Einschätzung des Historikers Clemens Vollnhals, dass die DDR-BürgerInnen sich der Existenz des MfS bewusst waren.[822] Sie widerspricht aber auch der Aussage des ehemaligen Pfarrers und Superintendenten Ludwig Große, dass man „von einer Trennung dieser Bereiche (Staatsorgane und Staatssicherheit) aus[ging]“[823], denn Iskraut stellt hier eine klare Verbindung zwischen dem Staat und der Arbeit als „Spitzel“ für den Staat her. Die in den evangelischen Kirchen registrierten inoffiziellen MitarbeiterInnen (IM) waren entweder Angestellte oder einfache Mitglieder der Kirchen oder wurden vom MfS in die Kirchen eingebunden. Wichtig ist hier, dass eine Registrierung als IM noch nichts über die Qualität und den Umfang der Tätigkeit für die Staatssicherheit aussagt. Die Gründe für eine Registrierung waren sehr unterschiedlich: Entweder man arbeitete mit dem *Ministerium für Staatssicherheit* (MfS) aus Angst oder aufgrund von Erpressung zusammen, war naiv oder politisch überzeugt. Im kirchlichen Raum bestand bei manchen auch die Hoffnung, durch die Zusammenarbeit die Situation der Kirche in der DDR zu verbessern. Das MfS wollte mit Hilfe der IM Informationen sammeln, kirchliche Gremien durchsetzen, Einfluss auf Beschlüsse nehmen und feindlich-negative Kräfte bekämpfen oder frühzeitig disziplinieren.

[818] Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 196.

[819] AaO, 197.

[820] Vgl. Rede des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden vom 17. August 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 6; Anlage: Bericht des Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 24.

[821] Laut dem Historiker Gary Bruce nutzten „ordinary Germans during the GDR [...] Spitzel [...] to describe a Stasi informant.“ (BRUCE: The Firm, 146.)

[822] Vgl. VOLLNHALS: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter, 446.

[823] GROßE: Einspruch, 351.

Die demokratische Organisation der kirchlichen Gremien machte die vollständige Unterwanderung der Kirchen aber bis zum Ende der DDR unmöglich. Wie Iskraut betont, dass der mögliche Einsatz von Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft als „Spitzel“ den Zusammenhalt untereinander störte, herrschte in der DDR-Gesellschaft insgesamt großes Misstrauen und Angst. Als nach der Wende bekannt wurde, wie viele Kirchenmitglieder dem MfS zugearbeitet hatten, büßten die Kirchen an Glaubwürdigkeit ein und musste das innerkirchliche Vertrauen erst wieder herstellen.[824]

Hinsichtlich der zweiten Gruppe der IsraelitInnen beschreibt Iskraut deren Religionsausübung als narkotisierende bzw. berauschende Frömmigkeit und zitiert in diesem Zusammenhang Karl Marx' Einschätzung der Religion als „Opium des Volkes“[825]. Marx sah Religion als etwas vom Menschen Gemachtes an und sprach von „religiöse[r] Entfremdung“[826] von der Wirklichkeit. Dabei ging er davon aus, dass „die positive Aufhebung aller Entfremdung [...] die Rückkehr des Menschen aus Religion [...] in sein menschliches, d.h. gesellschaftliches Dasein“[827] bedeutet. Betrachtet man den Zusammenhang, in den hinein Iskraut das Marxsche Zitat stellt, können im Bezug auf Marx' Argumentation Parallelen gezogen werden. Laut Iskraut bedeutet diese Art der Religionsausübung der IsraelitInnen auch ein Abwenden bzw. eine Entfremdung von der Welt. Wie Marx sieht Iskraut diese Art der Religionsausübung kritisch, zieht aber nicht die Religion im Allgemeinen in Zweifel. Durch die Integration des bekannten Zitats nimmt er die Kritik der MarxistInnen an der Religion in die Predigt mit auf, schwächt diese aber ab, indem er die narkotisierende bzw. berauschende Wirkung der Religion auf eine bestimmte Art der Religionsausübung beschränkt und diese kritisiert. Iskraut plädiert für ein Festhalten an der Religion, die die Realität nicht ausblendet und Gott als den wahrnimmt, der auch in Situationen der Bedrängnis da ist. Die Welt weist dabei immer das Gute und das Böse in Form verschiedener Einzelpersonen bzw. Personengruppen auf. Gott nimmt dies wahr, liebt seine Welt aber dennoch.

Dass die IsraelitInnen sich nicht grundlos in Babylonischer Gefangenschaft befinden, macht Iskraut deutlich, indem er Jes 42,24-25 zitiert. Der Prophet klagt in diesen Versen die Schuld des Volkes Israel an und spricht vom Zorn Gottes. Damit steht das Gottesbild in Jes 42,24-25 im krassen Gegensatz zu dem von Jes 41,10, denn hier wird Gott als Richter über die Sünden dargestellt, der die IsraelitInnen den BabylonierInnen wegen ihres Ungehorsams preisgegeben hat. Dennoch ist das Bild des gnädigen Gottes, das aus der Bibelstelle resultiert, in dieser Predigt vorherrschend. Diese Ausführungen bedeuten für die ChristInnen in der DDR, dass Gott auch sie in diese Gegebenheiten hineingestellt hat – möglicherweise wegen Ungehorsams. 1970 betonte der BEK: „Der Bund wird sich als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren müssen.“[828] Nach Schönherr hätte „der Auftrag

[824] Vgl. BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 132, 134f; BRUCE: The Firm, 146, 148ff, 155ff; GIESEKE: Staatssicherheit und Gesellschaft, 13; GROßE: Einspruch, 112, 201, 357, 392, 419ff, 579; KRÖTKE: Das beschädigte Wahrheitszeugnis, 405; NEUBERT: Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht, 338; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 214f, 223, 228, 257f, 266; SCHRÖTER: Bearbeitung der Landeskirche Berlin-Brandenburg, 196f, 199f; STIER: Um der Kirche willen, 415; VOLLNHALS: Kirchenpolitische Abteilung des MfS, 96, 105, 109f; VOLLNHALS: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter, 434, 439, 446.

[825] Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: MARX/ENGELS: Über Religion, 89.

[826] Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 in: aaO, 60.

[827] Ebd.

[828] Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 29. Juni 1970 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 17.

Jesu Christi uns an die Menschen hier, in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, [ver]wies[en]“[829]. Der BEK machte den Gläubigen somit immer wieder ihre Verantwortung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft bewusst.[830] Wie der BEK lehnt der Prediger trotz der Schwierigkeiten in einer atheistischen Umwelt das Aufgeben des Glaubens und den Rückzug der Gläubigen aus der Gesellschaft ab.[831] Die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft soll aber, wie Iskraut anhand der IsraelitInnen verdeutlicht, weder zur Verweigerung noch zur „kritiklosen Anpassung“[832] führen. Iskraut fordert die ZuhörerInnen indirekt dazu auf, ihre Form der Religionsausübung diesbezüglich zu hinterfragen und bei Bedarf zu verändern.

Der Taufspruch wird nun der Hoffnungslosigkeit der IsraelitInnen und der der ChristInnen in der DDR entgegengesetzt. D.h. der Trost von Jes 41,10 gilt auch den ZuhörerInnen 1981, die nach Iskraut in einer grausamen Welt leben. Auch der BEK zeigt sich in der 1980 veröffentlichten *Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation* hinsichtlich des Weltfriedens aufgrund erneuter Aufrüstungsbemühungen sehr besorgt.[833] Der Einsatz für Frieden wurde als eine der „vordringlichen Aufgaben der Kirche“[834] angesehen. Iskraut ermöglicht durch die Erwähnung des Massakers von My Lai und des Bürgerkriegs in El Salvador eine Art der Auseinandersetzung im Sinne der vom BEK angestrebten Erziehung zum Frieden.[835] Laut Iskraut scheint diese Welt immer lebensbedrohlicher und lebensfeindlicher zu werden. Dabei beschreibt er „Auschwitz [...] nicht [als] das Ende, sondern de[n] Anfang“. Auschwitz kann in diesem Zusammenhang als Symbol für unmenschliche Grausamkeit, Massenmord und Moralverlust angesehen werden. Das Massaker in My Lai und der Bürgerkrieg in El Salvador sind Fortsetzungen der Grausamkeiten bis in die Gegenwart der Gemeindeglieder hinein. Dabei geht der Prediger davon aus, dass den Anwesenden beide Ereignisse, die sich wie Auschwitz durch ein hohe Brutalität und den Verlust von Moral auszeichnen, bekannt sind.[836] Der Historiker William Thomas Allison, der Journalist Michael Bilson und der Dokumentarfilmer Kevin

[829]Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 26.

[830]Vgl. Rede des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden vom 17. August 1981 in: aaO, 6, 8; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 23; Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 173, 178.

[831]Vgl. Rede des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden vom 17. August 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 6; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 22. September 1981 in: aaO, 21; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 24ff, 33.

[832]Rede des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden vom 17. August 1981 in: aaO, 8; vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 33.

[833]Vgl. Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation vom 22. Januar 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 330.

[834]Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 36.

[835]Vgl. Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“ vom 13. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 362.

[836]Vgl. ALLISON: My Lai, 3, 132; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 19, 21, 79, 129, 371; DUNKERLEY: Der lange Krieg, 150, 153; GREINER: Krieg ohne Fronten, 31; MACLEAN: El Salvador, 24, 36f, 40f, 48, 60; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 502, 517; Olsen zitiert nach GREINER: Krieg ohne Fronten, 284; WOOD: Insurgent Collective Action, 26, 93, 116.

Sim sehen Ähnlichkeiten der Geschehnisse in My Lai mit Handlungen der NationalsozialistInnen.[837]

Mit Son Moi und My Lai[838] erwähnt der Prediger ein Massaker, welches am 16. März 1968 während des Vietnamkrieges von US-Soldaten verübt wurde.[839] Die US-Amerikaner waren am Morgen des 16. März in My Lai 4 gelandet und „murdered around five hundred old men, women, and children in cold blood."[840] Neben dem Abschlachten der DorfbewohnerInnen[841] kam es zu Vergewaltigungen, Quälerei, dem Niederbrennen von Häusern und Essensvorräten und dem Töten von Tieren.[842] Dabei ist unklar, ob tatsächlich ein Tötungsbefehl erteilt wurde oder dies eine Fehlinterpretation der Soldaten war.[843] Zunächst wurde das Massaker von Seiten der Armee totgeschwiegen. Durch einen Brief eines Vietnamveterans an verschiedene wichtige Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika mit gesammelten Informationen zum Massaker kam es dann doch zu intensiven Ermittlungen, wodurch sowohl das Massaker als auch die Vertuschung bewiesen und Anklage gegen verschiedene Mitglieder der Armee erhoben wurde. Während die meisten Verfahren gegen Angehörige der US-Armee eingestellt wurden, kam es nur bei dem Leutnant der Truppe, William Calley, zu einer, wenn auch sehr milden Verurteilung.[844]

Der Beginn des Bürgerkrieges in El Salvador wird auf die Jahre 1980/1981 festgelegt. Es kam aber schon in den 70er Jahren zur Steigerung der staatlichen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und zu einer vermehrten Organisation und Radikalisierung der Guerillagruppen.[845] Grund für die Auseinandersetzungen war die „große Kluft zwischen arm und reich"[846]. Den Forderungen oppositioneller Gruppen der Zivilbevölkerung nach Reformen widersetzte sich die Oberschicht des Landes und sicherte die Macht unter Zuhilfenahme des Militärs. Aus den oppositionellen Gruppen entwickelten sich mit zunehmender Brutalität des Militärs Guerillaorganisationen.[847] Diese schlossen sich „1980 [...] zusammen, um die Fa-

[837] Vgl. ALLISON: My Lai, 3; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 3, 23, 138, 260, 313.

[838] Son My ist „a village complex in Quang Ngai Province" (ALLISON: My Lai, 1.), welcher „had four adminstrative districts, or hamlets: Tu Cung, My Lai, My Khe and Co Luy. The dozen or so villages within Son My had Vietnamese names, but American Mapmakers had named each settlement according to the administrative district followed by a number." (AaO, 23.) Somit wurden die Dörfer Xom Lang und Binh Tay von den Amerikanern unter dem Namen My Lai 4 zusammengefasst. (Vgl. aaO, 23; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 97; GREINER: Krieg ohne Fronten, 287.)

[839] Vgl. BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 3.

[840] Ebd; vgl. auch ALLISON: My Lai, 1; GREINER: Krieg ohne Fronten, 305, 312.

[841] Bilson und Sim nutzen häufig das Wort slaughter. (Vgl. BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 12, 17, 22, 150.)

[842] Vgl. ALLISON: My Lai, 30, 38, 40, 43, 47; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 111, 129, 150; GREINER: Krieg ohne Fronten, 331f.

[843] Vgl. ALLISON: My Lai, 30; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 96. Diesbezüglich machten die Soldaten widersprüchliche Angaben. (Vgl. BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 98f, 100.) Nach dem Bericht der Peers-Kommission gaben „[Oberst] Henderson und [Oberst] Barker [...] ihren Kompanieführern hinreichend Anlass zu der Vermutung, 'dass sie die Erlaubnis hatten, alle Personen zu töten, die sie dort antrafen'" (Bericht der Peers-Kommission zitiert nach GREINER: Krieg ohne Fronten, 297.). Nach Greiner war diese Kommission „[u]rsprünglich nur damit beauftragt, die interne Vertuschung des Massakers aufzuklären [, nahm aber auch] [...] eine detaillierte Rekonstruktion des Tatgeschehens" (GREINER: Krieg ohne Fronten, 22.) vor. Bilson und Sim sprechen nur von sehr wenigen Soldaten, die sich dem Schießbefehl verweigerten oder den Vietnamesen „any real help or compassion" (BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 117.) entgegenbrachten. (Vgl. aaO, 19, 113, 116f, 161.) Greiner spricht von fünf bekannten Situationen, „in denen Bewohner von 'My Lai (4)' ihr Leben amerikanischen Soldaten verdankten." (GREINER: Krieg ohne Fronten, 345f.) Laut „Ermittlungsarbeit seitens der Criminal Investigation Division der Armee sowie der Peers-Kommission galten 49 von 99 Soldaten [...] als tatverdächtig, 44 von ihnen wegen Mordes, fünf wegen Vergewaltigung." (AaO, 340.)

[844] Vgl. ALLISON: My Lai, 1, 76, 78ff, 91f; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 2, 23, 219ff, 233, 322ff, 337; GREINER: Krieg ohne Fronten, 313.

[845] Vgl. DUNKERLEY: Der lange Krieg, 148ff, 180; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 501, 503, 507ff; WOOD: Insurgent Collective Action, 9, 25ff, 92ff.

[846] MACLEAN: El Salvador, 15; vgl. auch NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 503; WOOD: Insurgent Collective Action, 11.

[847] Vgl. MACLEAN: El Salvador, 16; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 503, 505, 507f, 511; WOOD: Insurgent Collective Action, 11, 21, 25.

rabundo Marti Front für Nationale Befreiung (FMLN) zu gründen“[848]. Dementsprechend standen sich die Regierung mit Unterstützung der Armee und die FMLN gegenüber; erstere vertrat die Interessen der finanzstarken Bevölkerung des Landes, die FMLN fungierte als Repräsentantin der „unterprivilegierten Bevölkerungsmehrheit“[849]. Die Zivilbevölkerung litt unter der Gewalt des Militärs, da die Guerilla die Bevölkerung einerseits als Schutzschild nutzte,[850] andererseits da die Bevölkerung die Guerillas unterstützten.[851] Während die Guerilla durch das Einnehmen von Städten oder Regionen, durch Sabotageakte und durch direkte Angriffe der Armee versuchte, ihre Forderungen, wie „Reformierung des korrupten Justizsystems, Säuberung der Armee und Bestrafung der Verantwortlichen für die Massaker und Morde [...], Garantie der Menschen- und Bürgerrechte als Voraussetzung für die Durchführung freier und demokratischer Wahlen“[852] Nachdruck zu verleihen, wurden Verhandlungen von der Gegenseite abgelehnt. Neben dem Todesschwadron kam es zu Luftangriffen auf die von der Guerilla kontrollierten Regionen und Massakern, denen viele ZivilistInnen zum Opfer fielen.[853]. Zusätzlich wurden viele Menschen vertrieben oder flüchteten aus den bedrohten Gebieten. Der Bürgerkrieg kostete ca. 75.000 Menschen das Leben, 1,5 Millionen wurden vertrieben.[854]

Sowohl der Vietnamkrieg als auch der Bürgerkrieg in El Salvador sind Teil der Auseinandersetzung des Kommunismus gegen den Imperialismus im Kalten Krieg. Während die US-Armee die Armee des Südvietnams militärisch und finanziell unterstützte, standen ihnen der kommunistische Viet Cong, die *National Liberation Front* (NLF) sowie die Nordvietnamesische Armee gegenüber. Der Nordvietnam fand Unterstützer in China und in der Sowjetunion.[855] Als das Massaker von My Lai ans Licht kam, taten „the South Vietnamese authorities [...] the massacre as communist propaganda“[856] des Nordens ab. Auch Iskraut glaubte zunächst, es sei nur Propaganda der Medien der Sowjetunion und der DDR, um die USA zu verleumden.[857]

Beim Bürgerkrieg in El Salvador wurde die Regierung finanziell, aber auch mit militärischer Expertise durch die USA unterstützt. Grund für diese Unterstützung der salvadoreanischen Regierung und des Militärs war auch hier die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Guerillagruppen und somit der Kampf

[848] MACLEAN: El Salvador, 16; vgl. auch DUNKERLEY: Der lange Krieg, 151; WOOD: Insurgent Collective Action, 27.
[849] NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 502.
[850] Hier kann Ana Guadalupe Martinez zitiert werden, die sagt: „Was für die Guerilla anderer Länder die Berge sind, ist für uns das Volk.“ (Martinez zitiert nach NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 511.)
[851] Vgl. WOOD: Insurgent Collective Action, 5.
[852] NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 517.
[853] Vgl. DUNKERLEY: Der lange Krieg, 205, 208, 225, 247ff, 256; MACLEAN: El Salvador, 16, 37, 41, 47ff; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 502f, 505, 510, 514, 517f; WOOD: Insurgent Collective Action, 11, 28f, 110, 112. Die zunehmende Gewalt von staatlicher Seite „between 1979 and 1984 [...] began with detentions and beatings, escalated to disappearances of leaders and [...] mass rape [...], and culminated in [...] assassination[s]“ (WOOD: Insurgent Collective Action, 104; vgl. auch aaO, 10.).
[854] Vgl. DUNKERLEY: Der lange Krieg, 205, 248f, 252, 258; MACLEAN: El Salvador, 16, 28, 37, 47ff; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 501, 514, 517f; WOOD: Insurgent Collective Action, 8, 10, 29, 96, 113f.
[855] Vgl. ALLISON: My Lai, 4, 7; BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 25, 30; EMMERICH/GASSERT: Amerikas Kriege, 197, 200, 202; GREINER: Krieg ohne Fronten, 30; STÖVER: Der Kalte Krieg, 339ff, 343; TAYLOR: History, 597, 602, 604f, 607. Auch die Soldaten sahen ihren Auftrag im Kampf gegen den Kommunismus. Als Leutnant Calley befragt wurde, sagte er im Hinblick auf die Feinde aus, dass „nobody in the military system ever described them [the Vietnamese] as anything other than Communism.“ (Calley zitiert nach BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 23.) Bilson und Sim beschreiben „the image of the American fighting man as a kind of muscular crusader in the war against evil of communism.“ (BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 28.)
[856] BILSON/SIM: Four Hours in My Lai, 271; vgl. auch ALLISON: My Lai, 90f.
[857] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann.

gegen den Kommunismus.[858]

Nach der Erwähnung der Ereignisse in Vietnam und El Salvador spricht Iskraut anschließend ganz allgemein von „Unrecht und Unmenschlichkeit in Ost und West", die von *Amnesty International* aufgezeigt wurden.[859] Damit untermauert Iskraut seine Anklage mit einer unabhängigen, international anerkannten Organisation. Auch in vielen Filmen seien die Zukunftsaussichten düster und furchteinflößend. Aber es müsse nicht auf internationaler Ebene nach Beispielen geschaut werden, sondern es reiche die Betrachtung des persönlichen Umfelds wie Schule und Betrieb. Mit all diesen beschriebenen Ereignissen wird die Grausamkeit der Welt aufgezeigt und ein beängstigendes Zukunftsbild gezeichnet. Die getauften ChristInnen, zu denen nun auch Martina gehört, werden diesen Entwicklungen als kleine, „ohnmächtige Schar" entgegengesetzt, wodurch der Einfluss der bzw. des Einzelnen auf das Weltgeschehen als sehr gering dargestellt wird. Erneut verortet Iskraut Martina in der Gemeinschaft der ChristInnen. Mit der Aussage „eigentlich lohnt es sich nicht mehr zu leben", wird die gesamte Verzweiflung, Resignation und Hoffnungslosigkeit ausgedrückt, die auch schon die IsraelitInnen in der babylonischen Gefangenschaft empfanden.

Nach Iskraut werde dem Leben erst durch die Gegenwart Gottes wieder ein Sinn verliehen. Zwar bestehen die grauenvollen Ereignisse weiterhin, aber unter Zuhilfenahme der Zusagen in Jes 41,10 wird den ChristInnen versichert, dass sie sich in Gottes Liebe und Beistand geborgen wissen können. Hier wird ein verheißungsvolles Bild von Gott gezeichnet, der den Menschen Schutz bietet, sie stärkt und ihnen hilft. Auch in schwierigen Situationen ist mit ihm zu rechnen und auf ihn zu bauen. Indem Iskraut darauf verweist, dass jetzt „die Predigt erst richtig anfangen" müsste, verdeutlicht er die Bedeutung der Zusagen Gottes an die Gläubigen, die detaillierter betrachtet werden müssten.

Abschließend setzt sich Iskraut in der Predigt mit der Bedeutung der Zusagen für den Täufling, aber auch für die ChristInnen im Allgemeinen auseinander. Dabei fokussiert sich Iskraut auf die letzte Aussage von Jes 41,10: „Ich stärke dich, ich helfe dir auch!" Diese Aussage war für den Täufling besonders wichtig. Hier wird erneut direkt Bezug auf die IsraelitInnen genommen, die durch Jes 41,10 zum Aufbruch zurück nach Jerusalem animiert worden seien. Glauben bedeutet für alle Anwesenden, aktiv zu werden, sich vorwärts zu bewegen, dabei sich aber immer der Nähe und Fürsorge Gottes bewusst zu sein. Aus der Geborgenheit Gottes heraus soll somit keine Bequemlichkeit erwachsen, sondern die Stärkung durch Gott soll zum Vorwärtskommen und Handeln in der Welt genutzt werden. Einerseits wird somit die Hilfestellung und Begleitung durch Gott betont, andererseits wird aber auch auf die Selbstständigkeit des Gläubigen verwiesen. Zur Verdeutlichung seiner Ausführungen beschreibt Iskraut die Situation eines Kindes, das Laufen lernt, sich also von der Mutter löst, aber dennoch von ihren Händen begleitet wird und sich ihrer Anwesenheit bewusst ist. Dass Iskraut das Bild von Mutter und Kind gewählt hat, lag daran, dass der Vater des Täuflings nicht anwesend war.[860] Alle Gläubigen werden als Kinder Gottes beschrieben, die den Lebensweg gehen, der von Jesus Christus schon beschritten worden ist. Dadurch

[858] Vgl. DUNKERLEY: Der lange Krieg, 181, 196f, 203, 209, 244; MACLEAN: El Salvador, 39, 44, 47; NIEBLING: Der Bürgerkrieg, 511, 514, 516f; Paige zitiert nach WOOD: Insurgent Collective Action, 24.

[859] In der Satzung von *Amnesty International* heißt es: „AMNESTY INTERNATIONAL's vision is of a world in which every person enjoys all of the human rights enshrined in the Universal Declaration of Human Rights and other international human rights instruments." (Internationale Satzung von Amnesty International. Statute of Amnesty International. As amended by [the 2017 International Council Meeting], Vision and Mission 1., https://www.amnesty.de/amnesty/satzung-von-amnesty-international#section-22594 (21.04.2020).

[860] Vgl. Aufzeichnungen zu Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

hat die Predigt auffordernden Charakter, da die Gläubigen durch die Nähe, Zuneigung und Hilfe Gottes befähigt werden, Jesus Christus nachzufolgen und dadurch handelnd in der Welt tätig zu werden. Dies korreliert mit der Verantwortung der ChristInnen für die sozialistische Gesellschaft. Durch die obigen Darstellungen von Grausamkeiten in der Welt und durch den Verweis auf den Weg Jesu Christi wird deutlich, dass das Nachfolgen und Handeln in der Welt der Gläubigen nicht einfach sein wird und auch Nachteile mit sich bringen kann. Trotzdem tat Jesus Christus dies in dem Bewusstsein tiefer Geborgenheit in Gott. Somit dient er den Gläubigen als Vorbild, einerseits hinsichtlich des Weges, andererseits hinsichtlich der Beziehung mit und dem Vertrauen auf Gott. Diese Vorbildfunktion Jesu wird durch Lk 23,45, „Vater, ich befehle meinen Geist in deine Hände“, verstärkt, den der Täufling in der Taufe symbolisch oder metaphorisch nachspreche. Die Predigt vereint in sich Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt.

2.18 Meckel: Predigt vom August 1981 (P2Meck1981)

Zwar sind nur der Monat und das Jahr bekannt, in dem die Predigt gehalten wurde. Mit Jes 2,2-5 nutzt Meckel aber die Bibelstelle der 1980/81 laufenden III. Perikopenordnung für den 8. Sonntag nach Trinitatis, 1981 der 9. August. Meckel hielt diese Predigt erneut am 17. Januar 1982 in Karsdorf.

Jes $2_{,2\text{-}5}$ **Vipperow etc., August 1981**

Liebe Gemeinde,

„Wir glauben ja noch an Gott, doch die Jugend kommt nicht mehr. Die wollen davon nichts mehr wissen." So sagte kürzlich eine alte Frau in Mecklenburg zu mir.

Wenn wir uns hier in unserer Kirche umsehen, dann kann man sich angesichts der vielen leeren Bänke recht verlassen vorkommen. Man kann sich fühlen wie die letzten armseligen Vertreter einer vergangenen Zeit. Mancher unter Ihnen hat dieses Gefühl, diese traurige Feststellung mir gegenüber schon ausgedrückt und jeder erlebt es in seinem engsten Lebenskreis: daß man feststellt: der Andere geht nicht nur nicht zum Gottesdienst. Dafür erscheint die viele Arbeit immer wieder als Grund. Der eigentliche Grund scheint aber tiefer zu liegen. Gott scheint seine Bedeutung für das Leben einfach eingebüßt zu haben. Man kommt im Leben auch ohne Gott ganz gut zurecht. Höchstens wo Krankheit oder Tod in unser Leben einbrechen, wo unser Leben an seine Grenzen kommt, erhält Gott noch eine Funktion.

Was können wir nun, die wir uns hier versammeln, weil wir glauben, daß Gott für unser Leben doch noch eine Rolle spielt, was können wir nun angesichts solcher allgemeinen Gleichgültigkeit von Gott erwarten?

Auf diese Frage wird mancher von uns selbst etwas antworten wollen, mancher hat selbst seine Zweifel. Es wäre gewiß gut, wir würden unsere Fragen, Antworten und Zweifel, die wir uns vielleicht selbst nicht recht eingestehen, einmal aussprechen und wir könnten darüber reden. Ein solches Gespräch kann auch nicht durch eine Predigt ersetzt werden. Doch kann sie vielleicht ein Stück weit dieses, unsere Fragen, Antworten und Zweifel klarer machen und dann einmal zum Gespräch führen.

Der heutige Predigttext bricht nun in der Frage der Erwartungen von Gott gleich einen ganz großen Horizont auf. Er steht im Alten Testament beim Propheten Jesaja, Kapitel 2. Da heißt es: ...

Dieser Text ist 2500 Jahre alt. Israel hatte Schweres durchmachen müssen. Die gesamte Oberschicht und alle Handwerker waren nach Babylonien ins Exil verschleppt worden und sie hatten dort Jahrzehnte zugebracht. Israel hatte aufgehört, als selbständiger Staat zu existieren. Der Tempel, das Kleinod jüdischen Glaubens auf dem Berg Zion in Jerusalem, war ausgeraubt und zerstört worden. Doch die Zeit des Exils und der Krise war auch eine Zeit der Besinnung gewesen. Und so erstarkte der Glaube Israels, als die Exulanten wieder zurück in ihr Land durften. Die Hoffnung auf Gott wuchs und erweiterte sich auf die anderen Völker. Unser Text spricht von der Hoffnung und Gewißheit, daß Gott das Zentrum der Völker wird. Sie werden von Gott ihre Weisung erwarten und sich zu ihm bekennen. Sie werden ihre Schwerter und Spieße zu Sicheln und Pflugscharen umschmieden und im Lichte des Herrn wandeln. – So die großen

Erwartungen unseres Textes. Gott tritt ganz ein für die Zukunft, er bestimmt sie so, daß er die Mitte menschlichen Lebens wird und Frieden sich ausbreitet.

Halten wir solchen Hoffnungen und Erwartungen nun unsere eigenen Erfahrungen gegenüber, so ist man leicht versucht, hier von Schwärmerei und Utopie zu reden. Unsere Erfahrungen sehen anders aus, könnte man, leicht resigniert, sagen. Gott ist, statt Mitte des Lebens zu werden oder zu bleiben, an den Rand gedrängt oder gar ins Abseits gestellt worden. Durch diese unsere Erfahrungen geraten wir in einen Abstand zu dem Text. Wir können nicht ohne Weiteres einstimmen in seine Worte, wie es bei manchen anderen Texten der Fall ist. Vielleicht aber tut ein solcher Abstand auch einmal gut. Manches kann man ja mit ein wenig Abstand besser sehen und durchschauen, als wenn man mittendrin ist und ganz nah dran. Das kann für ein Gemälde genauso gelten wie für ein bestimmtes Erlebnis, zu dem man erst einmal Abstand gewinnen muß. Vielleicht hilft uns das auch bei diesem Text. Zugleich aber ist ja auch eine Beziehung zu uns da. Denn bei allen anders aussehenden Erfahrungen: irgendwie sehe ich hier auch Hoffnungen und Erwartungen ausgesprochen, die auch ich habe, ja, die auch viele andere Christen mit mir teilen.

So fällt mir auf, daß in dieser Zukunftserwartung die Zukunft ganz durch Gott bestimmt wird. Hoffnung für die Zukunft heißt hier Hoffnung auf Gott. Gott stellt hier die Mitte des Zusammenlebens der Völker dar, die nach des Herrn Wort und Weisung fragen.

Dies kommt uns vielleicht allzu optimistisch vor. Wer sollte, so wie die Dinge heute nun einmal liegen, erwarten, daß morgen die Völker sich Gott zuwenden und Christen werden. Dies können wir kaum. Die Lage ist ernst in unserer Welt. Sie alle kennen die Probleme und wir haben uns damit auseinanderzusetzen.

Kriege erschüttern die Welt und drohen sich auszuweiten, so der zwischen Israel und den Palästinensern im Libanon; Diktaturen unterdrücken überall auf der Welt die Völker; in Polen herrscht Ausnahmezustand und man weiß noch nicht, wohin sich das entwickelt. Die Gesellschaft droht aus den Fugen zu geraten. Wir stehen heute am Anfang eines neuen Aufschwungs des Wettrüstens, das einen Weltkrieg herbeizuführen droht (Neutronenbombe). Was wir brauchen und das erste Ziel unserer Bemühungen sein muß, ist Frieden. Frieden zu schaffen und zu erhalten. Frieden ist die Überlebensbedingung der Menschheit. Und so führt heute auch jedermann dies Wort im Munde. Nicht zufällig ist vom Frieden auch in unserem Text die Rede: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Wo Gott die Mitte menschlichen Lebens ist, breitet sich Frieden aus. Gott schafft Frieden zwischen Menschen, die – wie es heißt – in seinem Licht wandeln. Ich denke, wir dürfen das dann auch umgekehrt sagen. Wo sich Frieden zwischen Menschen ereignet, da ist Gott gegenwärtig – und wir können hinzufügen: auch da, wo man es nicht weiß. Denn auch Nichtchristen können im Lichte Gottes wandeln, so sie Frieden schaffen und Licht um sich verbreiten. ((Hinweis/ Mahnung Denkmal vor UNO-Gebäude) Gottes Willen)

Wenn ich vorhin vom Frieden als Überlebensbedingung des Menschen sprach, so kann man jetzt auch sagen: Gott ist die Lebensbedingung des Menschen überhaupt – er ist immer schon die Mitte unseres Lebens, ob wir es anerkennen oder nicht. Zugleich verändert sich für uns dann aber auch die Blickrichtung. Bisher fragten wir, was w i r von Gott erwarten können und als Antwort könnte man sagen: Wir erwarten von Gott, daß er sich als der erweist, der er immer schon ist, als friedensschaffende

Mitte unseres Lebens. Wenn wir das aber sagen, stellt sich sofort die Frage nach den Erwartungen G o t t e s an uns. Unser Text redet hier von den Weisungen Gottes. Gottes Weisung aber heißt nichts anderes, als daß wir Gottes friedensschaffendem Handeln entsprechen. Das heißt aber nicht nur, vom Frieden zu reden. Das tun heute viele. Es kommt darauf an, zu sagen, was ich darunter verstehe, und dann auch etwas dafür zu tun. Frieden heißt eben nicht – einer hat das Sagen und alle haben zu folgen und wer aufmuckt, stört den Frieden. Nicht: Ich muß der Stärkste sein, weil der Andere Frieden gefährdet. So etwas kennen wir in der großen Politik wie im Kleinen. Dagegen kann man sich nur wehren. Anders als die allgemeine Praxis. Der Frieden Gottes ist durch solche Worte wie Freiheit und Liebe, Gerechtigkeit und Vertrauen bestimmt. Und das macht oft das Eintreten für den Frieden so anstrengend. Es erfordert Mut, Risikobereitschaft und Aktivität im Westen wie im Osten. Oft werden ja Menschen, die friedfertig sind, gerade unter Männern für Weichlinge gehalten. Das ist grundfalsch. Jeder weiß, wie schwer es ist, nach einem Streit den ersten Schritt zu tun und Versöhnung zu schaffen. So erlebte ich es kürzlich, als jemand sich entschuldigte und etwas versprach, daß es ihm so peinlich war, daß er rasch betonen mußte, daß es kein Versprechen sei, denn so etwas machten ja nur Kinder und er sei keines mehr. Dabei ist solches Versprechen versöhnungsschaffendes Handeln, das wir alle lernen sollten. Und das kostet Mut. Es kostet Mut, die Schwerter umzuschmieden zu Pflugscharen und so Vertrauen in den eigenen Friedenswillen zu schaffen. Wir erleben das ja bei den großen Abrüstungsverhandlungen, die ständig unterlaufen werden und sich so schleppend hinziehen, weil das Bedürfnis, selbst der Stärkere zu sein, und die Angst vor dem anderen die Oberhand hat.

Frieden ist bei aller Schwierigkeit aber das Vernünftigste, da durch ihn allein wir und unsere Welt leben können. Gerade diese Abrüstungsgespräche können das deutlich machen. Das Eintreten für den Frieden in Gerechtigkeit, Freiheit und Liebe kann in Konflikte führen. Das erleben die, die es tun in Ost und West. Worum es aber geht, ist gerade der Lernprozeß, daß Konflikte sich dann auch lösen lassen im Gespräch, ohne Gewalt und Krieg. Das gilt für die Weltpolitik ebenso wie im persönlichen Bereich. Wenn wir uns in diesen friedensschaffenden Dienst stellen, wandeln wir im Lichte des Herrn. Dann werden wir auch merken, wie sehr unsere Welt, auch unsere Gesellschaft hier in der DDR dies friedensschaffende Handeln Gottes brauchen, das Gott auch durch uns tun will. Wo wir für einen Frieden in Freiheit, Liebe und Gerechtigkeit eintreten mit Wort, Tat und Geld, da bezeugen wir Gott als die Mitte menschlichen Lebens. Gott schenke uns den Mut dazu. Amen.

Der Friede Gottes, der weiter reicht, als wir denken, bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.

Indem Markus Meckel Jes 2,2-5 als Ausdruck von Hoffnung und Erwartung an Gott beschreibt, setzt er sich in der Predigt mit den menschlichen Erwartungen an Gott, aber auch mit den Erwartungen Gottes an den Menschen auseinander. Meckel beleuchtet den historischen Hintergrund der Bibelstelle und ordnet den Text nachexilisch ein. Der Staat Israel und der Tempel auf dem Berg Zion existierten nicht mehr. Mit der Rückkehr nach Israel bekamen die IsraelitInnen trotz allem wieder neue Hoffnung, dass Gott der Gott aller Völker wird und diese ihm nachfolgen. Daraus resultierte ihre Erwartung eines durch alle Völker erstrebten, allumfassenden Friedensreichs.

Dieses Hoffen der IsraelitInnen auf die Anbetung Gottes durch alle Völker und auf den göttlichen Frieden zwischen den Völkern steht im krassen Gegensatz zur Gegenwart der ZuhörerInnen.

In Jes 2,3 erkennen viele Völker die Bedeutung Gottes, wollen sein Wort hören und nach diesem leben. Unter Bezugnahme auf die Minderheitensituation der ChristInnen in der DDR zeigt Meckel den Bedeutungsverlust auf, unter dem Gott auch in der Gesellschaft der DDR leidet. Obwohl der BEK seinen Status als Minderheitenkirche in der Gesellschaft der DDR wahrnahm, lehnte er es ab, „sich [deswegen] gegenüber der Gesellschaft und ihren Fragen abzuschirmen und nur das Überleben der eigenen Gemeinschaft für wichtig zu halten."[861] Dies korreliert mit der Aufforderung Meckels an die Gemeindemitglieder, nicht zu resignieren und sich für Frieden in der Gesellschaft und in der Welt einzusetzen. Er zeigt Verständnis für eine kritische Haltung zur in Jes 2,2-5 geschilderten Hoffnung und beschreibt die völlige Ausrichtung des Handelns aller Völker nach Gottes Wort 1981 als utopisch.

Zusätzlich unterscheidet sich auch die internationale Situation 1981 von dem in Jes 2,4 beschriebenen allumfassenden Frieden. Beispielhaft führt Meckel neben dem Krieg zwischen PalästinenserInnen und Israelis im Libanon unterdrückende Diktaturen, die Situation in Polen und das Wettrüsten an. In der libanesischen, überwiegend christlich dominierten Gesellschaft gewannen Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre die Muslime an Einfluss und forderten Gleichberechtigung und Mitspracherecht. Dies stieß auf Widerstand. Auch viele PalästinenserInnen lebten im Libanon, zunächst in Lagern, dann in einem ihnen zugeteilten Territorium an der libanesisch-israelischen Grenze. Beide Seiten begannen sich zunehmend in Gruppen zu radikalisieren. Mitte der 1970er Jahre kam es zu ersten kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen christlichen rechten Gruppen und PalästinenserInnen im Libanon. Die ChristInnen im Libanon wurden von Israel und die PalästinenserInnen von den arabischen Staaten mit Waffen beliefert, wodurch besonders Syrien und Israel mehr und mehr im Bürgerkrieg intervenierten. Nach einer syrischen Invasion 1976 und einer israelischen Invasion 1978 schalteten sich die *Vereinten Nationen* ein und sandten 1978 die *United Nations Interim Force in Lebanon* (UNIFIL). Die kriegerischen Auseinandersetzungen rissen trotz der UN-Truppen nicht ab, weder innerhalb des Landes noch über die Grenzen hinaus. Syrien und Israel griffen immer wieder militärisch in den Konflikt ein und besetzten Gebiete des Libanon; die Konfliktparteien verübten gegenseitig Anschläge. Auf allen Seiten, auch bei der UNIFIL, waren Todesopfer zu beklagen. Verschiedene internationale Akteure, z.B. der UN-Sicherheitsrat, Staatschefs der *Arabischen Liga* oder die USA, versuchten Verhandlungen zwischen den beteiligten Konfliktparteien zu erwirken, um

[861] Rede des Vorsitzenden der KKL in der DDR zur Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses des ÖRK in Dresden vom 17. August 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 6; vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 21, 24; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: aaO, 33.

den Konflikt mit einem Friedensabkommen zu beenden. Der Erfolg währte aber immer nur kurz.[862]

In P1Meck1980 stand in der Auseinandersetzung mit der Situation in Polen noch der Hinweis auf den Kampf der GewerkschafterInnen für mehr Freiheiten und Rechte im Vordergrund. Nun hebt Meckel den Aspekt des Konflikts und der Bedrohung des Friedens hervor. Auch die *Ad-hoc-Gruppe Abrüstung* der *Theologischen Studienabteilung* des BEK sah 1983, nach der Verhängung des Kriegsrechts, in den Entwicklungen in Polen eine Bedrohung für den europäischen Entspannungsprozess.[863] Meckel greift die angespannte Lage in Polen und die Ungewissheit des Ausgangs auf. Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Regierung wurden – auch aufgrund einer schlechteren Versorgungslage der Bevölkerung – 1981 zunehmend schwieriger. Innerhalb von *Solidarnosc* wuchs der Anteil der Mitglieder, die ihre Forderungen mit mehr Radikalität realisieren wollten. Von Seiten der Regierung kam es zu Übergriffen auf Mitglieder von *Solidarnosc* und zu Propaganda gegen *Solidarnosc*. Die Lage im Sommer 1981 war dementsprechend angespannt.[864] Geplante Streiks und Autokolonnen aufgrund der schlechten Versorgungslage in Warschau Anfang August 1981 entwickelten sich nach dem Historiker Hartmut Kühn zur „bislang gefährlichste[n] Konfrontation zwischen Solidarnosc und Regierung, zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften [...], bei der die ganze Welt den Atem anhielt."[865]

Hinsichtlich des Wettrüstens verweist Meckel auf die Gefahr eines neues Weltkrieges. Wie der BEK sieht Meckel den Bau der Neutronenbombe als Teil dieses Rüstungswettlaufs.[866] Hatte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter aufgrund der Einwände von europäischer Seite 1978 noch auf den Bau der Neutronenbombe verzichtet, so entschied Ronald Reagan im August 1981, ihn wieder voranzutreiben. Der US-Präsident sah in dem Bau der Neutronenbombe keine weitere Waffensteigerung der USA. Vielmehr erzeugte die Waffe in seinen Augen ein Kräftegleichgewicht und verhinderte somit kriegerische Auseinandersetzungen.[867]

Trotz oder gerade wegen der Widersprüche zwischen der Bibelstelle und der Realität der ZuhörerInnen geht Meckel der Frage nach, was die Gläubigen 1981 noch von Gott erwarten können. Im Bewusstsein, dass die Antworten der Gläubigen auf diese Frage vielschichtig ausfallen, soll diese Predigt ein Anstoß zur Auseinandersetzung mit den eigenen Erwartungen an Gott sein. Meckel spitzt aufgrund der Bibelstelle

[862]Vgl. BERGER u.a.: Nahost-Ploetz, 119ff; DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Libanon: Die Entwicklung im Libanon, 279ff, 281f, 284ff 290ff, 293ff; DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Der Libanon-Krieg, 291f, 346.

[863]Vgl. Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

[864]Vgl. FRISZKE: Polen, 394f, 398f; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 101, 130, 135, 149f, 153, 157, 163, 170, 179f, 188f, 191, 193; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 427, 436.

[865]KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 188.

[866]Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Präsidenten des Nationalen Christenrates der Kirche Christi in den USA, Herrn Dr. William Thompson vom 10. September 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 220; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 33; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem BEK in der DDR (Pressekommuniqué) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30.

[867]Vgl. DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Vereinigte Staaten/Rüstungswesen, 321; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59f; PLOETZ: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, 135; Remarks on Signing the Economic Recovery Tax Act of 1981 and the Omnibus Budget Reconciliation Act of 1981, and a Question-and-Answer Session With Reporters, August 13, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-economic-recovery-tax-act-1981-and-omnibus-budget-reconciliation (12.03.2023); WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 53.

seine Ausführungen im Besonderen auf die Erwartungen im Hinblick auf den Frieden zu. Im Einklang mit Pfarrer Iskraut (P3Isk1979) betont Meckel, dass viele ChristInnen – er selber eingeschlossen – auch 1981 weiterhin auf Frieden zwischen den Völkern hoffen. Anhand der aufgezählten Friedensbedrohungen macht Meckel die Dringlichkeit von Frieden deutlich und verweist kurz auf den internationalen Diskurs, der um den Erhalt des Friedens geführt wird.

Frieden im christlichen Sinne beschreibt Meckel unter Bezugnahme auf Jes 2,5 als die Anwesenheit Gottes. Gott wird als der Geber des Friedens zwischen den Menschen dargestellt,[868] worin er ihnen nahe ist. Interessant ist hier, dass Meckel die Möglichkeit betont, dass auch NichtchristInnen sich für Frieden einsetzen und dadurch unwissentlich in Gottes Licht wandeln bzw. ihm nahe sein können. In diesem Zusammenhang verweist Meckel, wie schon Iskraut in P3Isk1979, auf das von der UdSSR den *Vereinten Nationen* geschenkte Denkmal vor dem UN-Gebäude in New York.[869] Iskraut (P3Isk1979) verstand das Denkmal ebenfalls als Ausdruck der Sehnsucht von NichtchristInnen nach absolutem Frieden wie in Mi 4,1-5 und Jes 2,2-5 beschrieben. Nach Meckel geht das christliche Friedensverständnis über die reine Verhütung kriegerischer Auseinandersetzungen hinaus. Gottes Frieden zeichnet sich nach Meckel durch „Freiheit und Liebe, Gerechtigkeit und Vertrauen“ aus; wie der BEK legt er den Ausführungen somit ein „positives Verständnis von Frieden“[870] zugrunde. Wichtig ist Meckel eine klare Definition von Frieden – auch für die internationale Friedensdebatte. Dass der reine göttliche Frieden im eschatologischen Sinne erst in Gottes Reich Wirklichkeit werden kann, wird nur angedeutet, indem von dem erhofften Friedensreich in Jes 2,2-5 als Utopie gesprochen wird. Erst im göttlichen Frieden führten die Menschen ein vollkommenes Leben im Sinne Gottes. Weil Frieden nach dem positiven Verständnis so facettenreich ist, beschreibt Meckel ihn als schwierig in der Umsetzung.

Gerade aus dem durch Gott gegebenen Frieden resultiere aber Gottes Erwartung an die Gläubigen, für den Frieden auf der Erde tätig zu werden. Damit deutet Meckel eine Interdependenz von göttlichem und weltlichem Frieden an. Die KKL sagte dazu 1981: „Sein [Gottes] Friede, den wir nicht machen können, setzt uns an, für den Frieden zu arbeiten, den wir machen sollen.“[871]

Resultierend aus seiner Definition von Frieden erteilt Meckel zwei Vorstellungen von Frieden eine Absage: Frieden durch Unterdrückung anderer Meinungen und Frieden durch (militärische) Überlegenheit. Erstgenanntes ist unter anderem eine Kritik an der DDR, die neben der offiziellen Meinung keine anderen gelten lassen wollte, d.h. Meinungsvielfalt bzw. das Recht auf Meinungsfreiheit kam in der DDR-

[868] Vgl. auch Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 35.

[869] Vgl. ECKERT: Schwerter zu Pflugscharen, 320; GAUCK: Winter im Sommer, 171; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 37; SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 52; WOLLE: Heile Welt (2. Aufl.), 261.

[870] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 295.

[871] 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68; vgl. auch Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 307; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36.

Gesellschaft bis 1989 nicht zum Tragen.[872] Anhand der laufenden Abrüstungsverhandlungen zeigt Meckel des Weiteren, wie der Friedensprozess durch das Streben nach der Macht des Stärkeren gehemmt wird. Beide Blöcke argumentierten, die Position des Stärkeren, mindestens aber ein Kräftegleichgewicht aufrechterhalten zu müssen, um Frieden und Sicherheit erhalten zu können.[873] Mit seiner Kritik an dieser Argumentation befindet sich Meckel im Einklang mit dem BEK.[874]

Die, die sich für Frieden einsetzen, müssten „Mut, Risikobereitschaft und Aktivität" an den Tag legen. Wie Pfarrer Brand (P2Br1980) räumt Meckel in diesem Zusammenhang mit dem Vorurteil auf, Friedfertigkeit könnte man mit Verweichlichung – vor allem bei Männern – gleichsetzen. Nach einem Streit wieder aufeinander zuzugehen, den ersten Schritt zur Versöhnung zu tun und sich zu entschuldigen, erfordere Mut und Kraft. Meckel betont im Einklang mit Pfarrer Brand (P2Br1980) die Bedeutung von Mut im Rahmen des Friedenseinsatzes. Beide sprechen sich dafür aus, Gott darum zu bitten. Bezogen auf die Abrüstungsverhandlungen plädiert Meckel wie Pfarrer Iskraut (P3Isk1979) und der BEK für einseitige bzw. erste Schritte der beteiligten Staaten im Rüstungsstreit.[875] Meckel bezeichnet reale Abrüstungsschritte beider Bündnisse als ein Zeichen von Stärke, wodurch wirkliches Interesse am Frieden bekundet und Vertrauen ermöglicht wird. In der Vertrauensbildung sah der BEK die Möglichkeit der Entschärfung der angespannten internationalen Lage. Die ChristInnen sollten ihren Beitrag dazu leisten.[876] Nach Meckel

[872]Vgl. HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 2, 7f; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 18; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 67f; WOLLE: Öffentlichkeit, Medien und Staatssicherheit, 41.

[873]Vgl. BRÜHL u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, 466, 534, 568ff; Weinberger zitiert in DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK: Vereinigte Staaten/Rüstungswesen, 321; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 266f; Information des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Bundessynode in Leipzig vom 22. Dezember 1980 in: aaO, 380; Dok. 67: Eröffnungsansprache Hans Seigewassers am 1.6.1978 an den Vorstand der KKL bei Gespräch über die geplante Einführung des Wehrunterrichts in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 362; Dok. 69: Information Paul Verners an Erich Honecker vom 5. Juli 1978 über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 3. Juli 1978 vor allem über Fragen des geplanten Wehrunterrichts in: aaO, 370; Honecker zitiert in: Pressemitteilung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Neues Deutschland, 7. März 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 26; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 19, 25, 241.

[874]Vgl. VIII. Vollversammlung der KEK zitiert in Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden vom 1. November 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 320; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36.

[875]Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstand des der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Empfehlungen von Glion zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 262; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 57.

[876]Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstand des der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: aaO, 258; Bericht von Chorin zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen

bringt der Einsatz für Frieden immer Konflikte bzw. Kontroversen mit sich, national sowie international, ermögliche aber auch die Einsicht, dass diese friedlich zu lösen sind. Meckel beschreibt Konflikte bzw. Kontroversen somit als Teil eines Findungsprozesses. Der BEK plädierte dafür, auf privater, gesellschaftlicher und auf zwischenstaatlicher Ebene „gewaltlose Formen der Streitbeilegung einzuüben“[877]. Man forcierte den Dialog als friedliches Mittel zur Klärung von Streitfällen.[878] Im Gegensatz zu Meckel sprach sich der BEK aber eher für die Vermeidung auch gewaltfreier Konfrontationen im Umgang der ChristInnen mit dem Staat aus.[879]

Meckel vergewissert die GottesdienstbesucherInnen des Willens Gottes für die Menschen, in vollumfänglichem Frieden zu leben. Daraus und aus der Bibelstelle resultiert die Handlungsaufforderung zum Einsatz für Frieden. Nur so werde Gott wirklich in der Welt bezeugt. Gott schenke den Gläubigen den Mut dazu, trotz ihrer Ängste aktiv zu werden. Konkrete Möglichkeiten des Einsatzes für Frieden außerhalb der Versöhnung werden nicht thematisiert. Am Ende deutet Meckel nur an, dass der Einsatz für Frieden neben Wort und Tat auch mit Geld vorangetrieben werden kann. Wie dies aussehen könnte, wird nicht

Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 263; Empfehlungen von Glion zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 263; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 319; Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden vom 1. November 1979 in: aaO, 320; Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation, im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Mitgliedskirchen aus sozialistischen Ländern Europas vom 28.-31. Januar 1980 von der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vorgelegt vom 22. Januar 1980 in: aaO, 330ff; „Alle Anstrengungen für den Frieden“. Erklärung der ÖRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (KKIA) auf ihrer XXXIV. Tagung in Lanarca (Zypern), 25.-29. Februar 1980 in: aaO, 338; Kommuniqué über das dritte theologische Gespräch zwischen Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirchen und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik , Kiew, 9. Oktober 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 75; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68.

[877] Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 250; vgl. auch Stellungnahme des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Brief von Generalsekretär Dr. Potter vom März 1977 betr. Programm über Militarismus und Wettrüsten vom 8. Juli 1977 in: aaO, 208; Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York vom 20. Mai 1978 in: aaO, 245; Empfehlungen von Glion zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 263; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37f.

[878] Vgl. Empfehlungen von Glion zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 261f; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 306; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph betr. Vorbereitung des 2. KSZE-Folgetreffens in Madrid vom 12. Mai 1980 in: aaO, 336; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68.

[879] Vgl. Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 96; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 146.

näher bestimmt. Indem Meckel auf Konflikte als Folge des Einsatzes verweist und die Notwendigkeit von Risikobereitschaft hervorhebt, deutet er wie Pfarrer Iskraut (P3Isk1979) und Pfarrer Brand (P2Br1980) an, wie schwierig und problematisch das Eintreten für den Willen Gottes im Besonderen für die eigene Person sein kann. Auch hier versichert er die Anwesenden des göttlichen Beistandes. Seine Ausführungen vereinen somit in sich Aspekte vergewissernder und handlungsweisender politischer Predigt.

2.19 Meckel: Predigt vom 2. Advent 1981 (P3Meck1981)

Bei der von Meckel am 2. Advent, dem 6. Dezember 1981, in Solzow gehaltenen Predigt wird zwar eine Bibelstelle aus der Perikopenordnung verwendet, diese ist aber eigentlich für den 2. Weihnachtsfeiertag vorgesehen. Somit weicht Meckel von dem Vorschlag der Perikopenordnung ab, bewegt sich mit Jes 11,1-5 aber im Kontext der Advents- und Weihnachtszeit. Das Ende der Predigt ist teilweise in Stichpunkten gehalten.

Jesaja $11_{,1\text{-}5}$ **Solzow, 2. Advent 1981**

Liebe Gemeinde!

Wir gehen auf Weihnachten zu, ja, es rückt mit Riesenschritten näher. Das versetzt die einen in freudige und spannende Erwartung, besonders den Kindern geht das so. Andere hoffen eher, daß es nicht so schnell so weit ist, denn es ist noch so viel zu tun vorher. (Betriebe Planerfüllung) Mancher wird sich sagen: Schon wieder ist ein Jahr vorbei. Es ging so schnell. Immer aber ist Weihnachten etwas Besonderes und die Zeit jetzt, die Adventszeit, eine Zeit der Erwartung. Dies ist schon seit langer Zeit so und hat ihr auch den Namen gegeben, denn Advent heißt Ankunft. Wie dieser Name sagt, geht es dabei nicht nur um eine allgemeine Festerwartung. Es geht dabei um das Warten auf Jesus, das Warten auf Gott, der zu den Menschen kommt und Heil bringt.

So ist in diesem Warten ein Vorurteil: Da ist etwas zu erwarten! Und so ist es ja eigentlich auch mit jedem Warten. Man wartet, weil man etwas erhofft und gerade von dem erwartet, der da kommen soll. Da ist dann Freude und Hoffnung, man ist unruhig – ja, und manchmal ist dann auch etwas Angst dabei. Angst davor, daß man enttäuscht werden könnte. (Ich selbst erinnere mich... Mutti/Nüte[880] erstes Treffen nach Jahren.)

Dieses Vorurteil im Warten ist es, was uns von anderen Menschen unterscheidet. Nicht jeder erwartet von jedem das Gleiche. Bei manchem, was mir wichtig ist, sind andere gleichgültig oder gar enttäuscht, weil sie etwas anderes erwartet haben. Und so geht es uns auch mit Weihnachten im Advent. Das Vorurteil der Christen ist hier, daß von Jesus etwas zu erwarten ist, das für unser Leben wichtig und von Belang ist. Ein solches Vorurteil fällt ja aber auch nicht vom Himmel. Wenn wir auf einen Menschen warten, der uns lieb ist und es deshalb ein frohes Warten ist, dann haben wir ja unsere Erfahrungen gemacht mit diesem Menschen und hoffen, daß wir diese Erfahrungen wieder machen können. Und so ist es auch mit Jesus Christus. Auch hier erwarten wir etwas, wenn wir Erfahrungen gemacht haben mit ihm. Diese können wir auch noch heute machen, das meinen wir ja, wenn wir sagen, daß er auferstanden ist: auch wir heute können ihn noch erfahren. Das kann durch Menschen geschehen, denen wir anmerken, daß sie stark geprägt sind von diesem Glauben. Da sind Menschen, die versuchen, ihr Leben bestimmen zu lassen von dem, was sie im Leben Jesu gefunden haben. Seine Zuwendung zum anderen Menschen, zu

[880] "Nüte" war die Schwester von Meckels Mutter, die in Kassel lebte.

den Leidenden und Kranken, sein Leben, das auch im Leid von der Liebe nicht abgelassen hat. – So kann einem manchmal auch durch ein Wort der Bibel die Welt in einem anderen Lichte erscheinen.

So ging es auch den ersten Christen. Manche hatten mit Jesus noch vor seinem Tod Erfahrungen machen können, andere haben durch Erzählungen von Jesus erfahren. Nun lasen sie, die ja bis zu ihrer Begegnung mit Jesus meist Juden gewesen waren, nun lasen sie ihre Bibel, unser Altes Testament. Und da fanden sie auch folgende Stelle, die sie nun völlig neu verstanden. Ich möchte sie uns als heutigen Predigttext vorlesen: Jes. 11,1-5.

Als die damaligen Christen diesen Text gelesen hatten, gingen ihnen die Augen auf. Der, auf den Israel hier wartet, der ist in Jesus gekommen. Er hat so gelebt, wie es hier beschrieben wird, er ist der Friedensbringer, auf den ja eigentlich nicht nur Israel, sondern alle Welt hofft und wartet – wenn sie diese Hoffnung nicht schon längst aufgegeben hat. Durch die Erfahrungen, die man mit Jesus gemacht hat, bezog man diesen Text auf Jesus. In ihm sah man auch die eigene Friedenssehnsucht erfüllt. Hier war ein Mensch, der das gelebt hatte, was in Vers 2 steht: (Lesen des Verses) Damit wird ja gesagt, was zum Frieden gehört. Es ist nicht nur Nicht-Krieg. Da ist die Rede von dem Geist des Herrn, der Weisheit und der Erkenntnis. Vom Geist des Verstandes und der Stärke in der Furcht des Herrn, und ein wenig später von Gerechtigkeit. Dies haben sie – und können auch wir – an Jesu Leben, wie es uns in den Evangelien berichtet wird, wiedererkennen. Das hebräische Wort für Frieden ist Schalom. Sie haben es vielleicht schon gehört. In diesem Wort ist nicht nur das Ruhen der Waffen ausgesagt, sondern alles, was zu einer friedvollen und glücklichen Welt gehört. Dazu gehört Gerechtigkeit und Liebe, Freiheit und Vergebung, das Zugehen auf den, der mich braucht. Dazu gehört, daß wir vernünftig miteinander umgehen – denn vernünftig ist das, was dem Menschen dient. So können wir das Leben Jesu ein Leben im Schalom nennen, ein Leben im Frieden im vollen Sinne dieses Wortes. Dieser Frieden, der in unserem Text angesagt wird, hat in Jesus Christus Wirklichkeit. Und worum es nun geht, ist, daß dieser Frieden auch für uns Wirklichkeit wird. Und Frieden, Schalom, wünschen wir uns ja alle, zu Hause, mit dem Nachbarn und ganz besonders auch zwischen den Völkern. Wir brauchen Frieden, um zu leben, um uns zu entfalten. Selig sind die Friedensstifter! heißt es deshalb auch im Neuen Testament. Denn unsere Welt ist ja nicht gerade eine Welt des Friedens. Wir brauchen nur die Nachrichten zu hören. Die bedrohliche Situation in Polen, Mittelamerika, Südafrika, das Wettrüsten in Ost und West, das aus dem Gleichgewicht zu fallen droht und einen Krieg immer wahrscheinlicher macht. Da kann man Angst bekommen. Aber auch unser Alltag ist nicht immer vom Frieden bestimmt. Frieden scheint oft mehr zu fehlen und mit ihm vielleicht auch manchmal unsere Hoffnung. Doch kann uns auch hier vielleicht der Blick auf Jesus Christus weiterhelfen. Er, der Mann des Friedens, war ja zugleich der, der das schwerste Leiden getragen hat. Jesus lebte ja kein leichtes und unbeschwertes Leben. Doch ist auch sein Leid nicht das Letzte. In dem Bekenntnis seiner Auferstehung hoffen wir auf die Vollendung dieses Friedens, der durch Jesus Christus auf diese Erde gekommen ist, des Schalom. So sind wir dazu berufen, diesen Schalom Christi in der Welt zu bezeugen in unseren Worten und Taten. Selig sind die Friedensstifter ist gerade auch zu uns gesagt. Friedensstifter zu sein, heißt ja nicht, zu allem Ja und Amen zu sagen (Mißverständnis Friedfertigen), sondern den Mund aufzumachen und es anzuklagen, ja auch etwas dagegen zu tun, wo der

Frieden gefährdet, der Krieg verharmlost wird. Da, wo Kinder schon Feindbilder eingeredet bekommen und jeder Jugendliche schon das Kriegshandwerk lernen soll. Da gilt es zumindest, anders zu sein. Sie gehört Friedensbewegung im Westen. Kirchen stark beteiligt. Auftreten gegen Rüstung, die Unsummen verschlingt, die woanders so dringend gebraucht werden.

Auch bei uns: Initiative sozialer Friedensdienst, Wehrersatzdienst im sozialen Bereich

ZV-Schutzübungen, Verharmlosung, Pugwash

Viel Phantasie, um deutlich zu machen, wie jeder an seinem Ort auch etwas für den Frieden tun kann.

Im Eintreten für Frieden ist uns der Friede Gottes gegenwärtig.

Da den Ort, wo Sorge, Nöte oder Hoffnungen benennen und Zuflucht suchen, – erneut dahin zu gehen, wo wir gebraucht werden.

So andere Erfahrung des Friedens durch uns.

So Gottes Zeugen.

Denn Friedenserfahrungen, Erfahrungen von Schalom, sind Gotteserfahrungen.

Amen.

Wegen des Wartens auf die Ankunft Jesu Christi in der Adventszeit und des Wartens der ersten ChristInnen auf den Messias setzt sich Meckel mit den mit dem Warten einhergehenden Erwartungen auseinander. Kinder z.B. knüpfen hohe Erwartungen an den Heiligen Abend.[881] Auch mit dem Warten auf zwischenmenschliche Begegnungen sind nach Meckel immer ganz bestimmte Erwartungen, aber auch Ängste vor der Enttäuschung der Erwartungen verbunden. Beispielhaft erwähnt er das erste Treffen zwischen seiner Mutter und ihrer in der BRD lebenden Schwester nach vielen Jahren der Trennung. Im Zuge dessen findet die deutsch-deutsche Teilung Erwähnung. Den Schwerpunkt der Predigt bilden die Erwartungen, die man aufgrund seiner eigenen Erfahrungen oder der mit anderen Menschen, die die Worte Jesu Christi hören und leben, an Jesus Christus hat.

Die ersten ChristInnen hätten Jes 11,1-5 nach ihren Erfahrungen mit Jesus Christus rückblickend als Ankündigung Jesu Christi als Messias verstanden. Der anschließende Übergang Meckels zur Friedensthematik bzw. die Darstellung Jesu Christi als Friedensbringer ergibt sich nicht aus Jes 11,1-5. In der Lutherbibel ist Jes 11,1-16 zwar mit *Der Messias und sein Friedensreich* überschrieben, die Beschreibung des Friedensreiches beginnt aber erst ab Vers 6. In den Versen 1-5 wird vielmehr das Gottesgericht thematisiert. Pfarrer Meckel konnte rückblickend nicht mehr rekonstruieren, ob er möglicherweise das gesamte 11. Kapitel verlesen hat.[882] In Vers 2 sieht Meckel Christus mit allen für den Frieden notwendigen Eigenschaften – dem Geist des Herrn, der Weisheit, der Erkenntnis, dem Geist des Verstandes und der Stärke in der Furcht des Herrn, der Gerechtigkeit – ausgestattet. Nach Meckel spiegelt das Leben Jesu diese Eigenschaften wider. Aus diesen Eigenschaften des Friedensbringers und unter Bezugnahme auf den hebräischen Begriff Schalom betont Meckel, dass Frieden mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg.[883] Meckel legt dieser Predigt, wie schon in P2Meck1981, somit einen positiven Friedensbegriff zugrunde, der auch „Gerechtigkeit und Liebe, Freiheit und Vergebung“ umfasst. Der von Gott angestrebte Frieden habe das allumfassende Wohl des Menschen im Blick. Meckel beschreibt es als sehnlichen Wunsch der Menschen, in allen Lebensbereichen, d.h. im Privaten, in Miteinander und mit anderen Staaten, in Frieden zu leben. Nur dann sei ein vollkommenes Leben der Menschen nach dem Willen Gottes möglich. In diesem Zusammenhang zitiert Meckel mit Mt 5,9, „Selig sind die, die Frieden stiften“, zweimal die Bergpredigt. Damit untermauert er die Aufforderung an die ZuhörerInnen, sich für Frieden einzusetzen und diesen voranzutreiben.

Indem Meckel auf internationale und nationale friedensgefährdende Ereignisse und Vorgänge verweist, betont er die Notwendigkeit des Friedenseinsatzes. Zusätzlich zeigen die angeführten Beispiele die Bedrohung des Friedens in all seinen vorab dargestellten Facetten, wie z.B. Gerechtigkeit und Freiheit, auf.

Wie schon in P1Meck1980 und P2Meck1981 verweist er auf die Situation in der VR Polen sowie die

[881] Andere Personen und auch die DDR-Betriebe hofften, dass Weihnachten nicht so schnell käme, um noch ihre Vorbereitungen abschließen oder planwirtschaftlich ihre Ziele erreichen zu können.

[882] Vgl. E-Mail von Pfarrer Meckel (14.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

[883] In Hans Heinrich Schmids Ausführungen zum Begriff Schalom betont auch er: „'Frieden' (salôm) ist im Alten Testament nur selten [...] einfach Gegenbegriff zu 'Krieg' [...]. Der alttestamentliche Friedensbegriff ist im allgemeinen viel umfassender und bezeichnet einen Zustand (in) der Welt, der als vorbehaltlos positiv bezeichnet werden kann; er kann sich neben dem politisch-militärischen Bereich auch auf die Bereiche des Rechts, des Kultes, der Sozialordnung und sogar der Fruchtbarkeit beziehen. Nur da, wo innerhalb dieser Einzelbereiche, und dann aber auch zwischen diesen verschiedenen Bereichen, eine lebensermöglichende Geordnetheit besteht, kann von salôm, 'Frieden' die Rede sein.“ (SCHMID: Frieden. II. Altes Testament, 605.)

anhaltenden Konflikte in Mittelamerika und Südafrika. Jedoch stehen nun nicht, wie in P1Meck1980, die Freiheitsbestrebungen, sondern, wie schon in P2Meck1981, die aus den Auseinandersetzungen resultierenden Bedrohungen im Vordergrund. In allen drei Fällen richtete sich die Gewalt gegen Teile der eigenen Bevölkerung und die Machthabenden sprachen diesen Gruppen Rechte und Freiheiten ab.

In der VR Polen war die Situation Anfang Dezember sehr angespannt. Diese Predigt wurde eine Woche vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 gehalten.[884] Der Historiker Hartmut Kühn betont, dass „[s]eit Wochen [...] das Gespenst des Kriegsrechts – oder des Ausnahmezustands, wie man vermutete – in Polen um[ging].“[885] Im Allgemeinen befürchtete man – wie beim Prager Frühling, dem Ungarn-Aufstand oder am 17. Juni 1953 in der DDR – von sowjetischer Seite ein militärisches Eingreifen in den Konflikt, um die sozialistische Ordnung in der VR Polen wieder herzustellen.[886]

In Mittelamerika tobten Anfang der 1980er Jahre mehrere Konflikte. Der prominenteste, der auch schon in Iskrauts Taufpredigt aus dem Jahr 1981 (P4Isk1981) Erwähnung und Ausführung findet, war der Bürgerkrieg in El Salvador. Auch in Guatemala herrschte „[s]eit Mitte der 1970er-Jahre [...] ein blutiger Bürgerkrieg zwischen Militärs und paramilitärischen Verbänden einerseits und den vornehmlich von Indios getragenen Guerillabewegungen.“[887] Dieser Krieg wurde erst nach 36 Jahren und 200.000 Todesopfern 1996 beigelegt.[888]

In Südafrika regierte seit 1948 das Apartheid-Regime, das die absolute Rassentrennung von schwarzen und weißen BürgerInnen zum Ziel hatte. In den 1970er Jahren kam es vermehrt zu Demonstrationen und Aufständen der schwarzen Bevölkerung. Die Polizei ging gewaltsam gegen die DemonstrantInnen vor, was wiederum Gegengewalt hervorrief. Die Hauptorganisation der schwarzen Bevölkerung, der *African National Congress* (ANC), erstarkte in den 1970er Jahren wieder und steigerte seine Radikalität. Es bildete sich eine Guerillagruppe.[889] Von 1978 bis 1984 war P.W. Botha Premierminister Südafrikas. Seine Amtszeit wird als „exceptionally repressive“[890] beschrieben.

Durch das Wettrüsten der beiden Bündnisse sieht Meckel das Kräftegleichgewicht bedroht und dadurch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen gegeben. Er macht beide Blöcke für das Wettrüsten verantwortlich. Die Mittel für steigende Rüstungsausgaben will Meckel friedensfördernd eingesetzt sehen. Im Gegensatz zum BEK wird Meckel jedoch diesbezüglich nicht konkreter.[891]

[884] Vgl. BINGEN: Innenpolitik, 201; BROWN: Aufstieg und Fall, 583; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 49; KOWALCZUK: Endspiel, 25; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 269; SILOMON: Anspruch und Wirklichkeit, 362; WOLLE: Heile Welt (2. Aufl.), 267.

[885] KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 268.

[886] Vgl. FRISZKE: Polen, 387; OLSCHOWSKY: Einvernehmen und Konflikt, 147; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 424, 427.

[887] BUCHMANN: Weltpolitik, 219.

[888] Vgl. ebd.

[889] Vgl. LODGE: Resistance and Reform, 411f, 416, 418, 420ff, 432, 434.

[890] aaO, 425.

[891] Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstand des der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 258; Bericht von Chorin zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 262; Empfehlungen von Glion zitiert in Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 262; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: aaO, 267; Wort zum Frieden. Erklärung

Als friedensgefährdend beschreibt Meckel auf nationaler Ebene den Wehrunterricht, die ZV-Schutzübungen und die dabei betriebene Verharmlosung von Krieg.

Am Wehrunterricht kritisiert Meckel wie der BEK den Umgang der Jugendlichen mit Waffen sowie die Vermittlung der Einteilung in Verbündete und GegnerInnen.[892] Dazu Bischof Krusche: „[D]ie Kirchen [haben] die Funktion des elencein [Tadelnder] wahrzunehmen und die Versuche, das Böse sozusagen sozial-immanent in der gegnerischen Gruppe bzw. dem anderen gesellschaftlichen System inkarniert zu sehen, als selbstgerecht und friedensgefährdend aufzudecken."[893] Im Sinne des umfassenden Friedensverständnisses steht dieser Unterricht auch der Entwicklung von Liebe und Vergebung gegenüber anderen Völkern entgegen.

Gleichzeitig prangert Meckel im Einklang mit dem BEK an, das „einige Strategen [den Krieg] zynisch wieder für 'machbar' erklären und seine Schrecklichkeit herunterspielen."[894] Deshalb sprach sich die KKL 1978 auch gegen die „Verharmlosung von Kriegsfolgen"[895] aus. Als einen solchen Ausdruck der Verharmlosung von Krieg sehen Meckel und die Bundesynode die Zivilverteidigung(ZV)-Schutzübungen an.[896] Ab 1. Dezember 1981 wurden ZV-Schutzübungen für alle volljährigen BürgerInnen der DDR angeordnet und durchgeführt. Pfarrer Brand berichtete in P2Br1980 davon.[897] Im Lehrbuch der 9. Klasse zur Zivilverteidigung wurden deren Aufgaben wie folgt definiert: „Die Zivilverteidigung hat den Schutz der Bevölkerung, der Volkswirtschaft, der lebensnotwendigen Einrichtungen und der kulturellen Werte vor den Folgen militärischer Aggressionshandlungen, insbesondere vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln zu organisieren, die Durchführung von Rettungs-, Bergungs- und unaufschiebbaren Instandsetzungsarbeiten zur Beseitigung von Folgen gegnerischer Wirkungen zu gewährleisten sowie in jeder Lage zu helfen, das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben aufrechtzuerhalten."[898]

---

des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 306; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37.

[892]Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 247ff; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zu Fragen der Einführung des Faches „Wehrerziehung" vom 15. Juni 1978 in: aaO, 255; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstand des der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: aaO, 259; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 318; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[893]Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36.

[894]Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 33; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 36.

[895]2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

[896]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108.

[897]Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 19; SCHIRRMEISTER: Erziehung zum Hass, 245ff.

[898]LÜCK u.a.: Zivilverteidigung Klasse 9 Unterrichtshilfen, 8; vgl. auch KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des

Positiv hingegen bewertet Meckel die Initiative des Sozialen Friedensdienstes und die Pugwash-Bewegung. Die von Pfarrer Wonneberger initiierte Initiative des Sozialen Friedensdienstes als Alternative zum Wehr- und Bausoldatendienst wurde vom Staat sehr kritisch gesehen, sie wurde aber in den Jahren 1981 bis 1983 von der KKL und der Bundessynode immer wieder thematisiert und als unterstützenswert ausgewiesen.[899]

Die Pugwash-Bewegung entwickelte sich aus dem *Russell-Einstein-Manifest* von 1955. Darin wiesen renommierte Wissenschaftler – unter anderem auch der Physiker Albert Einstein – auf die Bedrohung der Menschheit durch atomare Waffen hin und warfen deshalb die Frage auf: „[W]hat steps can be taken to prevent a military contest of which the issue must be disastrous to all parties?“[900] Ihren Namen erlangte die Bewegung, da ihre erste Konferenz 1957 in Pugwash (Kanada) stattfand. Im Laufe der Zeit entwickelten sich auch auf nationaler Ebene – meist unter WissenschaftlerInnen – Pugwash-Gruppen.[901] „In der DDR war die Pugwash-Gruppe an der Akademie der Wissenschaften angesiedelt. Sie wurde im September 1963 offiziell gegründet“[902]. In der DDR fanden 1971, 1976 und 1987 drei Pugwash-Konferenzen statt.[903] Ziel des Austauschs verschiedener Standpunkte war es, „Möglichkeiten zu Konfliktlösungen und zu Kompromissen zu erkunden“[904]. Darüber hinaus verweist Meckel anerkennend auf die Friedensbewegung im Westen und deren Unterstützung durch die Kirche.

Aus der Hoffnung auf die Vollendung des Friedens mit dem Anbruch des Gottesreiches sollen die ZuhörerInnen sich für Frieden in der Welt einsetzen. Diese Argumentation ist der des BEK im Hinblick auf den Friedenseinsatz der ChristInnen sehr ähnlich.[905] Nach Meckel resultiert diese Hoffnung aus dem Glauben an die Auferstehung Jesu Christi und die darin vollzogene Versöhnung mit Gott. Damit stellt er einen Zusammenhang zwischen dem göttlichen und dem weltlichen Frieden her. Gott wird als Ausgangspunkt des Friedens beschrieben; er werde im weltlichen Frieden erfahrbar und gegenwärtig. Diese theologischen Ausführungen weisen viele Parallelen zu denen in P2Meck1981 auf. Die Vergewisserung des Wunsches Gottes für die Menschen, in einem vollumfänglichen Frieden zu leben, stärkt die Aufforderung an die Anwesenden zum Handeln. Konkrete Vorschläge des Einsatzes werden nicht gemacht. Vielmehr fordert Meckel die Anwesenden auf, kreativ zu werden. Damit ermöglicht er den Anwesenden, selbst zu

Warschauer Paktes, 121.

[899] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 40f; Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 112; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 146; 1. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Ausführung von Aufträgen der Synode des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1982, 4.

[900] Russell-Einstein-Manifest zitiert in: REINALDA: Routledge History, 376; vgl. auch REINALDA: Routledge History, 375; NEUNECK/SCHAAF: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung, 32.

[901] Vgl. REINALDA: Routledge History, 376.

[902] NEUNECK/SCHAAF: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung, 35.

[903] Vgl. GOTTSTEIN: Erinnerungen an Pugwash, 42f; NEUNECK/SCHAAF: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung, 37.

[904] Bericht über den Verlauf der vom 26. bis 31. August 1976 in Mühlhausen, DDR veranstalteten 26th Pugwash Conference on Science and World Affairs in: GOTTSTEIN: Erinnerungen an Pugwash, 53.

[905] Vgl. Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 36; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68.

entscheiden, wie sie den Friedenseinsatz gestalten wollen. Durch seine Ausführungen und die Bewertung von Wehrunterricht und Zivilverteidigung hat er lediglich eine grobe Richtung vorgegeben.

Anhand des Lebens Jesu macht Meckel deutlich, dass der Einsatz für Frieden auch Leid und Nachteile für die eigene Person mit sich bringen kann. Er fordert die ZuhörerInnen indirekt auf, im Zuge der Nachfolge diese auf sich zu nehmen. Auch Bischof Krusche betonte, dass die ChristInnen „es zu spüren bekommen [werden], daß die Friedensmacher nicht unverletzt, nicht ohne die Stigmata Christi bleiben."[906] Das Bezeugen und das Einstehen für den Frieden kann und muss laut Meckel mit der kritischen Auseinandersetzung und Bewertung politischer und gesellschaftlicher Gegebenheiten einhergehen. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen müssten sich in – möglicherweise auch widerständigen – Haltungen und Handlungen niederschlagen. Diejenigen, die zur Erhaltung von Harmonie niemals Einspruch erheben, haben nach Meckel die Idee des Friedfertigen missverstanden. Im Gegensatz zum BEK spricht Meckel sich somit, wie schon in P2Meck1981, gegen die vorsichtige und zurückhaltende Meinungsäußerung und Handlungsweisen gegenüber dem Staat aus. Die Predigt ist durch Vergewisserung und Handlungsweisung geprägt.

[906] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 38.

2.20 Meckel: Predigt Silvester/Neujahr 1981/82 (P4Meck1981_82)

Dieser Predigt, die an Silvester und Neujahr 1981/82 gehalten wurde, liegt die Jahreslosung von 1982, Jes 26,4 zugrunde. Meckel weicht damit von der Perikopenordnung ab, die Auseinandersetzung mit der Losung des Folgejahres an Silvester und Neujahr ist allerdings sehr verbreitet.

Jes 26,$_4$ **Silvester/Neujahr 1982**

Verlaßt euch stets auf den Herrn, denn Gott der Herr ist ein ewiger Fels. Jes. 26,4

Liebe Gemeinde!

Wieder ist ein Jahr vergangen. Schnell ist es dahingegangen, werden die meisten von uns sagen. Denn es ist ja meist so: je älter man wird, umso schneller vergehen die Jahre und man weiß nicht, wo sie geblieben sind. Für ein Kind ist ein Jahr eine unendlich lange Zeit – und später wird es immer kürzer. Die Zeit fließt dahin, und eh' man es sich versieht, ist schon wieder ein Jahr um. Ja, man muß aufpassen, daß es einem nicht so geht mit seinem ganzen Leben, denn auch dies geht so schnell seinem Ende zu.

Zum Jahreswechsel blicken wir aber auch voraus, auf das, was das kommende Jahr bringen wird. Da gibt es konkrete Erwartungen, Vorsätze und Hoffnungen. Man hat seine Pläne, hat so viel vor und hofft, daß man es schafft, stellt sich vor, wie es ist, wenn man es geschafft hat – und hat dann schon gleich wieder die nächsten Pläne.

So ist das Ende des einen und das Beginnen des neuen Jahres eine Zeit, wo man die eigene Zeit bedenkt. Und je älter man wird, umso stärker ist das der Fall. In Rundfunk und Fernsehen gibt es dann die Bilanzen des vergangenen Jahres. Man fragt: Was hat es uns gebracht und was sind nun die Startbedingungen für das neue Jahr?

Auch wir selbst fragen so in unseren persönlichen Dingen. Und da sieht die Bilanz bei jedem sehr unterschiedlich aus. Für jeden aber gibt es Stunden und Zeiten, an die er gern zurückdenkt und auch Stunden und Zeiten der Sorge und Last, der Enttäuschung und des Leids. Denn beides ist es, das unser aller Leben bestimmt.

Blicken wir auf die große Weltpolitik, so war das vergangene Jahr ein gefährliches Jahr. Die Spannung zwischen den Großmächten USA und SU hat sich verschärft, was sich auf uns hier in der DDR ja immer direkt auswirkt. Das Wettrüsten auf beiden Seiten geht weiter und nimmt Formen an, die einen Krieg immer wahrscheinlicher machen. In unserem Nachbarland Polen hat sich die Lage gegen Ende des Jahres hart zugespitzt und es ist noch ganz ungewiß, was daraus wird. So übernimmt das neue Jahr ein schweres Erbe. Gleichzeitig gibt es aber auch Zeichen der Hoffnung. Die Großmächte haben sich wieder an einen Tisch gesetzt und verhandeln. In den Ländern Westeuropas und auch bei uns steigt die Zahl derer, die bereit sind, sich für den Frieden einzusetzen, sich unabhängig von den Regierungen zu informieren, Gedanken zu machen und ihre Vorstellungen von den Möglichkeiten, Frieden zu schaffen, in die Diskussion einzubringen.

In diese Situation hinein ist nun das Wort gesprochen, das uns als Jahreslosung das Jahr über begleiten soll: Verlaßt euch stets auf den Herrn, denn Gott der Herr ist ein ewiger Fels. (zweimal lesen!)

Dieser Spruch ist ein Teil eines Liedes im Alten Testament, das uns im Jesajabuch überliefert ist. (vorlesen) Wir wissen nicht genau, wann es entstanden ist, auf jeden Fall, nachdem das Volk Israel aus dem babylonischen Exil zurückgekehrt ist und seine Eigenstaatlichkeit verloren hatte. Es stand ja seitdem immer unter der Herrschaft irgendeines großen Reiches und hoffte auf Selbstständigkeit. Das prophetische Lied nimmt nun den Sturz der Weltmacht vorweg und besingt den Anbruch der Heilszeit. Es ist getragen von dieser Hoffnung und Gewißheit: Der Herr wird uns Recht schaffen und was als groß gilt, zu Boden werfen und die Niedrigen, das Geringe aufrichten. Wer Gott vertraut und sich auf ihn verläßt, der braucht nicht zu verzweifeln, denn Gott ist ein ewiger Fels. So der Inhalt dieses Liedes. Das soll uns auch heute, für das kommende Jahr gesagt sein.

Das ist eine Zusage, auf die wir uns verlassen können: So sagt es die Begründung. Gott ist ein ewiger Fels. Er schwankt nicht und ist heute so und morgen so. Nein, auf Gott kann man sich verlassen. Seine Güte und Treue währt ewiglich, sagt ein anderer Text. Darauf kann man sich verlassen – und darum verlaßt euch auf ihn.

Stets heißt es da noch. Verlaßt euch stets auf den Herrn. Was heißt das? Sollen wir die Hände in den Schoß legen und alles Gott überlassen? Diesen Vorwurf hat man den Christen ja gemacht, daß sie mit den Hinweis auf Gott stillehalten, wo etwas getan werden muß. Nun, ich denke, so wäre alles falsch verstanden. Dieses Wort ist kein Aufruf zur Passivität, wo es gilt, sich Gedanken zu machen, sich den Problemen zuzuwenden und etwas zu tun. So hat man es von Anfang an auch nicht verstanden. Zu jeder Zeit gab es Christen, die den Problemen ihrer Zeit ins Auge sahen und alles dafür einsetzten, sie zu lösen. Um einen Ruf zur Passivität kann es sich mit diesem Wort nicht handeln. Worum es hier geht ist das Stiften von Hoffnung. Verlaßt euch stets auf den Herrn. Er ist ein ewiger Fels und er hat uns Heil zugesagt. Hier bricht Hoffnung in eine aussichtslose Lage ein. Hoffnung, die Menschen aufrichtet, die so wieder einen Sinn für ihr Leben sehen können. Hoffnung – ohne sie können wir nicht leben und nichts tun. Wir wissen dies von Menschen, die alles verloren haben oder schwer krank sind: wenn sie die Hoffnung aufgeben, sind sie dem Tode einen Schritt näher. Hoffnung streitet gegen den Tod und läßt uns leben. Wo neue Hoffnung aufleuchtet, da gerät wieder etwas in Bewegung, da regt sich wieder das Leben. Diese Hoffnung aber, so will unsere Jahreslosung uns sagen, kommt von Gott. Ja, wir können sagen: kommt allein von Gott. Das nämlich ist es, was mit diesem stets gemeint ist: Verlaßt euch nicht auf irgendwelche trügerischen Hoffnungen, die sich auflösen wie ein Trugbild, sondern verlaßt euch auf Gott. Er allein sagt euch, was ein gutes Leben ist, wonach es sich lohnt zu streben, worauf es sich lohnt zu bauen: nicht Ehre und Geld und ein immer besserer Lebensstandard, sondern Liebe, und Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit im Umgang miteinander. Und dies hat er uns zugesagt. Daraus schöpft sich unsere Hoffnung. Diese Hoffnung läßt uns nun nicht die Hände in den Schoß legen. Hoffnung macht aktiv. Ja, wir können sogar sagen: Wer aktiv ist, hat eine Hoffnung, denn ohne Hoffnung können wir nichts tun und worauf es ankommt, ist dann nur, daß es keine trügerische Hoffnung ist, wie die, daß man durch Reichtum glücklich werden könne. Die Hoffnung, die Gott schenkt, läßt uns in unserer Welt für das eintreten, was Gott uns allen zugedacht hat und mit uns jedem Menschen: ein Leben in Liebe und Freiheit.

Dieses Eintreten für Liebe und Freiheit ist durch diese Hoffnung aber zugleich entlastet. Wir brauchen nicht zu verzweifeln, wenn wir auf Widerstände stoßen und wenn wir versagen, denn auch dann richtet Gott uns auf und sendet uns erneut in seine Welt als seine Zeugen.

Darum verlaßt euch stets auf den Herrn, denn Gott der Herr ist ein ewiger Fels.

Amen.

Wie Pfarrer Rannenberg (P1Ra1980_81) nutzt auch Meckel den Jahreswechsel, um das vergangene Jahr zu rekapitulieren. In seinen Rückblick auf das Jahr 1981 bezieht Meckel positive wie negative Ereignisse im privaten und im (gesellschafts-)politischen Bereich in seine Ausführungen mit ein. Hinsichtlich des persönliche Rückblicks bleibt er sehr allgemein. Jede bzw. jeder Einzelne ziehe Bilanz und habe Positives und Negatives erlebt. Mit dem Beginn eines neuen Jahres würden häufig Erwartungen, Hoffnungen und Pläne verknüpft. Meckel verweist darauf, wie schnell die Zeit für Erwachsene verfliegt, und warnt davor, das ganze Leben ebenso wie das Jahr an sich vorbeirauschen zu lassen. Dies korreliert auch mit der späteren Aufforderung an die Anwesenden, im Sinne Gottes in der Welt aktiv zu werden.

Meckel zählt verschiedene (gesellschafts-)politische Ereignisse auf, die entweder die Bedrohung des Friedens verdeutlichen oder aber Hoffnung auf Verbesserungen wecken, da sie das Bemühen um Frieden aufzeigen.

Als negativ beschreibt er die zunehmenden Spannungen zwischen USA und UdSSR und betont deren direkten Einfluss auf die DDR. Damit wird deutlich, wie abhängig die DDR von den internationalen Ereignissen war. Wie schon in seinen Predigten P2Meck1981 und P3Meck1981 aus dem Jahr 1981 kritisiert Meckel das Wettrüsten beider Parteien und die daraus resultierende zunehmende Kriegsgefahr. Auch die Bundessynode diagnostizierte im September 1981, „daß die internationalen Beziehungen sich im Verlauf des letzten Jahres noch weiter verschlechtert und dadurch die Gefahren erheblich zugenommen haben."[907]

Des Weiteren verweist Meckel auf die schwierige Lage in der VR Polen mit ungewissem Ausgang. Damit spielt er auf das am 13. Dezember 1981 in der VR Polen verhängte Kriegsrecht an.[908] Betrachtet man rückblickend seine in diese Arbeit integrierten Predigten von 1980 und von 1981 (P1Meck1980-P4Meck1981_82), so nimmt er immer wieder auf die neusten Entwicklungen in der VR Polen Bezug und bewertet diese – auch im Kontext der internationalen Entwicklungen. Der BEK hingegen nahm zu den Ereignissen in der VR Polen nur bedingt Stellung.

Als verheißungsvoll bewertet Meckel den erneuten Verhandlungswillen der Großmächte und die erstarkende Friedensbewegung in Ost und West. Schon in P3Meck1981 hatte er sich anerkennend zur von der Kirche unterstützten Friedensbewegung im Westen geäußert. Nach der Wahl und Amtseinführung des US-Präsidenten Ronald Reagan im Februar 1981 wurden die Verhandlungen zur „kritischen Überprüfung der amerikanischen Interessenlage und der sowjetischen Rüstungspolitik"[909] bis zum Herbst 1981 von amerikanischer Seite ausgesetzt. Das nächste Treffen wurde dann für den 30. November 1981 anberaumt. Als Verhandlungsgegenstand schlug Reagan Mitte November 1981 die Null-Lösung vor.[910] Zwar konnte man sich 1981 nicht auf konkrete Abrüstungsschritte einigen, aber immerhin kam es nach einer „einjährige[n] Unterbrechung der Genfer Verhandlungen"[911] wieder zu Gesprächen zwischen den USA und der UdSSR. Die Bundessynode des BEK appellierte zusammen mit dem *Zentralausschusses des ÖRK* noch

[907] Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 36; vgl. auch Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert in: Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 36f.

[908] Vgl. BINGEN: Innenpolitik, 201; KÜHN: Das Jahrzehnt der Solidarnosc, 269; WEIGEL: Zeuge der Hoffnung, 451.

[909] RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 247.

[910] Vgl. FINK: Cold War, 234; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 66; RISSE-KAPPEN: Null-Lösung, 103; RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 247, 296; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 67; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 59; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 240.

[911] RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 289.

im September 1981 an „[d]ie Führer der beiden militärischen Blöcke [...][,] sobald wie möglich zusammen[zu]kommen, um ernsthaft Abrüstungsverhandlungen sowohl für Atom- als auch für konventionelle Waffen einzuleiten.“[912] Man plädierte für die Wiederaufnahme und den Ausbau der alten Verhandlungen.[913]

Die Gruppen von FriedensaktivistInnen in den USA, Westeuropa und der DDR waren ein Resultat der vermehrten Aufrüstungsbemühungen in Ost und West. Andere Ostblockstaaten waren von der Friedensbewegung nicht betroffen.[914] Die Bundessynode in Güstrow machte sich 1981 die Erklärung des *Zentralausschusses des ÖRK* zu eigen und würdigte, „daß sich eine große Anzahl von Gruppen und Bewegungen – alten und neuen – überall in der Welt für Frieden und Abrüstung einsetzen und daß darin sehr viele Christen im Gehorsam gegenüber den Geboten des Evangeliums aktiv mitarbeiten.“[915] Meckel begrüßt, dass sich die FriedensaktivistInnen eigenständig informieren und sich mit unabhängigen Standpunkten an der Friedensdebatte beteiligen. Mit ihrem Engagement und ihrer Auseinandersetzung mit Problemen dienen sie somit im Gesamtzusammenhang der Predigt als Vorbilder für den Einsatz der ChristInnen in der Welt.

Wie den IsraelitInnen in Jes 26,4 zugesagt, vergewissert Meckel die ZuhörerInnen der Verlässlichkeit, Stärke und Hilfe Gottes – auch für das neue Jahr. Er ordnet Jes 26,4 biblisch und historisch ein, indem er den Vers als Teil eines alttestamentlichen Liedes identifiziert. Nach dem Exil hatte Israel seine Eigenstaatlichkeit verloren und drückte mit diesem Lied die Hoffnung aus, dass Gott die Mächtigen stürzen wird. Sie bewegten sich dabei, wie die Menschen Anfang der 1980er Jahre, zwischen Hoffen und Bangen. Meckel sieht mit dem Lied schon den „Anbruch der Heilszeit“ besungen. Mit der Beschreibung Gottes als „ewiger Fels“ werde dessen Standfestigkeit und Zuverlässigkeit betont. Die Jüdinnen und Juden damals und auch die ZuhörerInnen Anfang der 1980er Jahre hoffen auf das Heil, d.h. auf das ewige Leben im Reich Gottes versöhnt mit Gott. Dort herrschen Gerechtigkeit und Frieden. Die Aufforderung in Jes 26,4, sich immer auf Gott zu verlassen, sollte nach Meckel nicht dazu führen, dass die ChristInnen sich entspannt zurücklehnen und untätig bleiben. Jes 26,4 wolle Hoffnung vermitteln, die Leben wieder möglich macht. Dieser Standpunkt wird untermauert, indem Meckel davon spricht, dass die Hoffnung den Tod besiegt. Damit stellt er die Auferstehung Christi als Realisierung dieser Hoffnung dar. Gott ist im Allgemeinen Ausgangspunkt der Hoffnung. In der Hoffnung steckt auch der Glaube daran, dass Gott den Menschen schon in der Welt beisteht und um ihr Wohlergehen besorgt ist. Meckel und der BEK sind sich einig, dass diese Hoffnung von Angst und Resignation befreit und zum Handeln in der Welt befähigt.[916] Wie schon in der Auseinandersetzung mit Frieden in P1Meck1980, P2Meck1981 und P3Meck1981 dargestellt, umfasst ein gutes Leben im Sinne Gottes „Liebe, und Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit im

[912] Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert nach Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37.

[913] Vgl. ebd.

[914] Vgl. GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 7f, 15; GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 59, 100, 105; HEIDMEYER: NATO-Doppelbeschluss, 248; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 36; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 3.

[915] Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert nach Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 39.

[916] Vgl. 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

Umgang miteinander.“ Aus ihrer Hoffnung auf das Reich Gottes heraus sollen die ChristInnen in diesem Sinne in der Welt aktiv werden und „für Liebe und Freiheit“ aller Menschen eintreten. Allgemein gilt es, Probleme in der Gesellschaft und in der Welt wahrzunehmen und an deren Beseitigung mitzuwirken. Dabei verweist Meckel sehr allgemein auf den Einsatz von ChristInnen in vorherigen Jahrhunderten; er stellt den geforderten Einsatz der Gemeindeglieder somit in eine Tradition. Konkrete Anregungen zum Einsatz der ChristInnen finden sich in der Predigt nicht. Meckel beschreibt die Hoffnung als entlastend. Laut KKL löst „[d]as Wissen, unter dem Schutz und der Leitung des kommenden Herrn zu stehen, [...] aus der Verkrampfung, als müßten wir Menschen alles allein schaffen; es befreit von der selbstgerechten Sicherheit, als sei nur das jeweils eigene Tun wirklich richtig und notwendig.“[917] Meckel stellt die von Gott gespendete Hoffnung weltlichen Hoffnungen entgegen, die sich nicht bewahrheiten können. Auch in dieser Predigt resultiert aus der Vergewisserung die Handlungsaufforderung an die Gläubigen.

[917] Ebd.

2.21 Coblenz: Predigt vom 9. Mai 1982 (P1Co1982)

Die Predigt wurde von Götz-Ulrich Coblenz während seines Hilfsdienstjahres in Grimmen gehalten. Coblenz weicht mit Mi 4,1-5 von der Perikopenordnung ab. Der Prediger vermutet rückblickend, dass er mit Mi 4,1-5 den Entwicklungen Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre um Aufrüstung bei gleichzeitigen Bemühungen um Frieden und Abrüstung entsprechen wollte. Darüber hinaus hielt er den beginnenden Konziliaren Prozess für unterstützenswert.[918]

Micha 4,1-5 **Grimmen 1982**

Liebe Gemeinde!

Wir wollen heute über Hoffnungen nachdenken – über erfüllte Hoffnung und über noch offene. Wenn ein Kind getauft wird, wünschen sich die Eltern, daß das Kind auf den Erfahrungen der Eltern und der Gemeinde Jesu Christi aufbauen kann. Sie sprechen stellvertretend für das Kind aus, daß es zur Gemeinde Christi gehören möge, und erbitten wie alle dazu Gottes Hilfe. In ein Kind werden viele Hoffnungen gesetzt. Was es einmal werden kann, daß es gesund bleibt oder wird, daß es wächst – körperlich und seelisch, daß es aufwächst in Frieden und Liebe. Das alles sind alte und doch immer wieder aktuelle Wünsche, Träume, Hoffnungen. Was wird davon erfüllt werden?

Am kommenden Sonntag wird in der Marienkirche Konfirmation sein – Jugendliche werden selbst ihr Ja zu dem Wunsch der Eltern sprechen – werden ja sagen, zu Gottes großem Angebot. Eine Hoffnung wird bei manchen Eltern erfüllt – ihre Kinder haben den Mut, sich auf die Sache Christi einzulassen. Eine Hoffnung der Gemeinde wird erfüllt: es mögen immer wieder sich Menschen finden, die auf Gottes Wort hören und danach zu leben versuchen. Ich darf ihnen heute hier sagen, wer alles die Konfirmandenprüfung am Donnerstag bestanden hat und konfirmiert werden wird: .....

Am Donnerstag nach der Prüfung hat mich meine Frau gefragt, warum ich denn nur Wissensstoff abgefragt habe, nicht aber darauf eingegangen bin, was wir denn als Christen hoffen – oder anders ausgedrückt, warum ich immer nur nach hinten geblickt habe, nicht aber nach vorn.

Eine Antwort ist hier leicht zu geben: Hoffnungen kann man schwer abfragen. Aber sie hat Wesentliches ausgesprochen: Für uns Christen ist die Hoffnung ein charakteristisches Moment. Christen, die nichts mehr hoffen, sind tot. Von einer großen Hoffnung spricht unser heutiger Predigttext. Er steht.....

Micha, der Prophet aus Israel beschreibt eine Welt voller Frieden – er beschreibt den Weltfrieden als Weltabrüstung. Er hat eine Vision. Er sieht und erhofft die Welt, in der Friede unter den Völkern herrscht, Friede bei gegenseitiger Freiheit, aber unter der wegweisenden Autorität Gottes. Und dieses Friedensreich beschreibt er in einer Zeit, die alles andere als friedlich war. Das Nordreich Israel war

[918] Vgl. Anmerkungen Pfarrer Coblenz zu P1Co1982 (11.03.2020), Privatachiv Lührmann.

gerade durch Waffengewalt erobert worden und alle Menschen im freien Teil Juda waren der Meinung, jetzt kommt es darauf an, selbst stark genug zu sein, damit die nächste Schlacht gewonnen – oder im Gleichgewicht der Kräfte verhindert werden kann. Alle rüsten, um den eigenen Untergang zu vermeiden – aber Micha spricht von einem Friedensreich. Frieden unter den Völkern, die sich gerade noch im Kampf gegenüberstanden – es klang absurd. Wahrscheinlich hat man ihn nicht ganz ernst genommen – vielleicht wollte man ihm damals auch den Mund verbieten – ich weiß es nicht genau. Und doch sind seine Worte in die Bibel gekommen – Zeichen der Hoffnung – wo es, so würden es einige sagen, nichts zu hoffen, aber alles zu tun galt.

Ebenso unerhört wie die Worte Jesu in der Bergpredigt. Jesus sagt: Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Kinder Gottes heißen. Aber stimmt das? So lange wir zurückdenken können, gab es immer Kriege auf dieser Erde – immer kam es auf Macht an und lief auf Unterdrückung hinaus. Und heute? Lesen wir nicht immer wieder, daß der Frieden eine Machtfrage sei? Kräftegleichgewicht und Abschreckung sind Schlagworte, die dafür herhalten müssen. In unseren Schulen gibt es ein Lehrfach: Wehrkunde, nicht aber ein Fach für Friedenserziehung.

Heute auf dieser Welt sind die entwickelten Länder bis an die Zähne bewaffnet – es wird um die Wette gerüstet – aber die eigentlichen Probleme: der Hunger, das Analphabetentum und die Umweltfragen lassen sich alle nicht militärisch lösen – höchstens verschieben.

Wir können es in den Nachrichten hören: zwei große Staaten kämpfen um eine unscheinbare Inselgruppe – Menschen sterben, nur weil es um Besitzansprüche geht. Hier stimmt doch etwas nicht – und ich glaube es ist auch deutlich geworden, daß alles Reden vom Gleichgewicht keine Kriege verhindern kann. Waffen, die hergestellt werden, das lehrt uns die Geschichte, werden auch irgendwann zum Einsatz kommen!

Wir können die Erde zu einer Staubwolke im Kosmos machen.

Und doch ist dieser alte Traum des Micha heute noch wach. Er ist vielleicht aktueller denn je, denn wenn wir unsere Schwerter nicht zu Pflugscharen machen – so ließ es schon Chruschtschow in ein Denkmal meißeln, wenn wir unsere Bomben und anderen Waffen nicht abbauen, können sie uns alle schon morgen vernichten.

Darum ist dieser Traum wach – der Traum vom Frieden. Christen träumen ihn noch! In der letzten Friedensdekade wurde das UNO Denkmal der SU, an dem zu lesen ist: „Wir werden unsere Schwerter zu Pflugscharen machen“, als Symbol verwendet, als Ausdruck des gemeinsamen Friedenswillens. Viele junge Christen haben darüber nachgedacht – manche wollten ihre Hoffnung dadurch ausdrücken, daß sie dieses Symbol als Aufnäher trugen. Leider hat es der Staat mißverstanden und viele junge Christen wurden unterdessen von der Polizei gezwungen, diesen Aufnäher wieder zu entfernen. Aber die Hoffnung bleibt, auch wenn andere auf Stärke bauen, die Hoffnung, daß das Reich Gottes ein Reich des Friedens ist. Wir Christen haben die Aufgabe, immer wieder alle Menschen daran zu erinnern. Bischof Hempel erzählte in diesem Zusammenhang eine Geschichte: Drei Brüder gingen gemeinsam an einen See – alle konnten nicht schwimmen. Da fiel der mittlere in Wasser – er ruderte wild, aber er kam nicht zurück zum Ufer. Der Große holte schnell einen langen Stock und versuchte den Bruder herauszufischen – und der kleine, der noch nichts tun konnte, fing plötzlich an zu schreien – er rief um Hilfe – er rannte los, um Hilfe zu holen.

Vielleicht sind wir Christen, wenn wir schon kaum etwas für den Frieden tun können, aufgerufen um Hilfe zu schreien. Unserer Hoffnung Ausdruck zu verleihen und nicht einfach in Resignation zu verfallen – der kleine Bruder setzte sich auch nicht einfach an das Ufer und sah zu. Um Hilfe rufen, das können wir alle, um Hilfe, um Frieden. Eben das tat ja auch Micha – er sprach von seiner Hoffnung, die im Vertrauen auf Gott gründete. Er traute es Gott zu, daß Frieden in seine Schöpfung wieder einkehrt – Frieden, so wie die Welt geschaffen war – wie sie in den Jahrhunderten als das Paradies bezeichnet wurde. Vielleicht kann es uns Christen zufallen, hier einen langen Atem zu haben. Wer auf Gott vertraut, braucht nicht so schnell aufzugeben. Vielleicht hätte ich darüber am Donnerstag mit den Konfirmanden ausführlicher reden sollen? Amen.

Die Predigt zum Vorstellungsgottesdienst ist zweigeteilt. Das allen Ausführungen übergeordnete Thema ist die Hoffnung. In der Auseinandersetzung mit den KonfirmandInnen thematisiert Coblenz irdische Hoffnungen, im Besonderen Hoffnungen, die Eltern in ihre Kinder setzen. Dies umfasst auch die Hoffnung christlicher Eltern, dass die Jugendlichen bei der Konfirmation selbst ja zu Gott sagen. Dies sei auch die Hoffnung der Gemeinde. Unter Bezugnahme auf die Prüfung, die die KonfirmandInnen zur Zulassung zur Konfirmation ablegen mussten, verbindet Coblenz den ersten und den zweiten Teil der Predigt. Coblenz hat dort nur Fakten abgefragt, weil Hoffnungen kaum überprüfbar sind. Wie Pfarrer Meckel (P4Meck1981_82) beschreibt Coblenz Hoffnungen aber als essentiell für den Glauben der ChristInnen. Deshalb hinterfragt er am Ende der Predigt die Prüfungsinhalte und ob er neben Fakten nicht doch Hoffnungen hätte ansprechen sollen. Anschließend leitet er zu den Friedenshoffnungen Michas, d.h. zu Hoffnungen im Bezug auf Gott, in Mi 4,1-5 über.

Wie schon Pfarrer Iskraut in seiner Predigt aus dem Jahr 1979 (P3Isk1979) stellt Coblenz im Besonderen die Ähnlichkeiten der Situation der IsraelitInnen zu Zeiten des Micha und der Gegenwart der ZuhörerInnen heraus. Wie Deutschland ist Israel auch in zwei Staaten geteilt. Während das Nordreich erobert wurde, rüstete das Südreich Juda auf, um aus der nächsten kriegerischen Auseinandersetzung als Sieger hervorzugehen.[919] Indem der Prediger von dem Streben nach einem Kräftegleichgewicht in der Rüstung spricht, um Kriege zu verhindern, werden Vorstellungen des Warschauer Vertrages und der NATO in die Darstellung des historischen Kontexts der Bibelstelle eingebunden.[920] Coblenz stellt Vermutungen darüber an, wie die Gesellschaft zu Zeiten des Micha auf seine Worte reagiert haben mag. Ähnlich wie Iskraut (P3Isk1979) hält er die Verspottung von Micha oder den Wunsch, ihn zum Schweigen zu bringen, für möglich.

Coblenz verweist im Einklang mit Pfarrer Iskraut (P3Isk1979) und Pfarrer Meckel (P2Meck1981) auf den krassen Widerspruch zwischen dem Traum von Frieden und der Realität der AdressatInnen – damals wie 1982. Trotzdem sei der Traum von Frieden, wie in Mi 4,1-5 beschrieben, vor allem unter den Gläubigen immer lebendig geblieben. Wie Meckel in seiner Predigt zum 2. Advent 1981 (P3Meck1981) schließt Coblenz die Aufforderung Jesu Christi an die ChristInnen in der Bergpredigt an,[921] Frieden in der Nachfolge Jesu Christi zu verbreiten. Indem Coblenz auf die Kriege in Geschichte und Gegenwart verweist, macht er deutlich, dass die Worte Michas und Jesu nicht umgesetzt wurden und werden. Mit verschiedenen Beispielen aus dem Jahr 1982 verdeutlicht er die Diskrepanz zwischen dem internationalen Wunsch nach Frieden und dem friedensgefährdenden Handeln. Wie schon in der Darstellung der Situation in Israel zu Zeiten Michas erwähnt Coblenz die Schlagwörter „Kräftegleichgewicht und Abschreckung". Die damit angesprochenen Aufrüstungsbestrebungen beider Bündnisse zur Steigerung der eigenen Sicherheit werden negativ bewertet. Die Idee, mit Aufrüstung Kriege zu verhindern, wird in der Predigt als Trugschluss abgetan. Dieser Vorstellung widersprachen auch die FriedensaktivistInnen in der DDR und der BEK.[922]

[919] Bezüge auf Mi 1,13 und Jes 36,8f.

[920] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 61; GEIGER: Regierung Schmidt-Genscher, 106; POLLACK: Zwischen Ost und West, 279; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 89; WETTIG: Sowjetische Euroraketenrüstung, 52f; WETTIG: Sowjetunion in der Auseinandersetzung, 235, 241.

[921] Bezug auf Mt 5,9.

[922] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zu Fragen der Einführung des Faches „Wehrerziehung" vom 15. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 255; Empfehlungen von Glion in: Vom Bund der Evangelischen Kirchen

Nach Coblenz kommen Waffen, die gebaut und besessen werden, irgendwann doch zum Einsatz. Damit und mit dem Verweis darauf, dass die Welt durch die Masse der Waffen auf der Erde ausgelöscht werden könnte, wird die Situation 1982 als sehr bedrohlich dargestellt. Der BEK sprach ebenfalls von einer „Gefährdung des Weltfriedens“[923].

Aufgrund des Wettrüstens würden laut Coblenz andere Probleme wie Armut, Hunger, fehlende Bildung und Umweltprobleme in der Welt unberücksichtigt gelassen und seien durch Aufrüstung nicht zu lösen. Der BEK kritisierte zwischen 1976 und 1981 mehrfach, dass „der expandierende Rüstungs- und Verteidigungssektor Intelligenz, Geld und Ressourcen bindet, die zur Beseitigung materieller Not in der Dritten Welt dringend benötigt werden“[924]. Darüber hinaus rief er zur Übernahme von Verantwortung

in der DDR zusammengestellte ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation an Ministerpräsident Willi Stoph überreicht am 19. Juni 1978 in: aaO, 263; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5./7. April 1978 in: aaO, 266; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317; Botschaft der Konferenz Europäischer Kirchen zitiert in Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Ministerpräsidenten Willi Stoph vom 1. November 1979 in: aaO, 323; „Alle Anstrengungen für den Frieden“. Erklärung der ÖRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (KKIA) auf ihrer XXXIV. Tagung in Lanarca (Zypern), 25.-29. Februar 1980 in: aaO, 337; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem Bericht über die Weltkonferenz „Religiöse Vertreter zur Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe vom 3 Juli 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 75; KALDEN/WIECHMANN: Kirchen, 257; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 16.

[923]Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Lage, im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Mitgliedskirchen aus sozialistischen Ländern Europas vom 28.-31. Januar 1980 von der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vorgelegt vom 22. Januar 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 330; vgl. auch Stellungnahme des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Brief von Generalsekretär Dr. Potter vom März 1977 betr. Programm über Militarismus und Wettrüsten vom 8. Juli 1977 in: aaO, 210; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: aaO, 258; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5./7. April 1978 in: aaO, 266; Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zitiert in Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 38; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: aaO, 40; Dialog zwischen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem BEK in der DDR (Pressekommuniqué) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; Zusammenfassung der Referate von Erzpriester Alexander Krawtschenko, Dozent am theologischen Seminar Odessa und Propst Dr. theol. habil. Heino Falcke, Erfurt, über „Der Dienst der Kirche für die Gerechtigkeit in einer von Wissenschaft und Technik bestimmten Welt“ in: aaO, 76; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 15.

[924]Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 297; vgl. auch Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 151; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: aaO, 258; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 317; Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates zitiert nach Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 37; Dialog zwi-

für die Entwicklungsländer auf.[925]

Der Falklandkrieg dient in dieser Predigt zum einen als aktuelles Beispiel dafür, dass Aufrüstung und ein Kräftegleichgewicht Kriege nicht verhindern können.[926] Mit dem Rückzug der militärischen Präsenz Großbritanniens aus dem Südatlantik sah Argentinien seine Chance zur Invasion und Einnahme der Falklandinseln. Die britische Inselgruppe wurde am 2. April 1982 von argentinischen Truppen besetzt. Im Besonderen die Premierministerin Margaret Thatcher plädierte für ein militärisches Eingreifen. 8.000 britische Soldaten erreichten am 21. Mai 1982 die Inselgruppe. Mitte Juni kam es zur Kapitulation der argentinischen Truppen. Im Falklandkrieg starben ca. 250 Briten und ca. 650 Argentinier.[927] Anhand dieses Krieges macht Coblenz zum anderen die Absurdität mancher kriegerischer Auseinandersetzungen deutlich und gibt damit laut dem Historiker Martin Middlebrook den Konsens der Weltbevölkerung zu diesem Krieg wieder. Der Krieg erschien so grotesk, weil beide Parteien um Land kämpften, das weder gut zu besiedeln war noch wirtschaftlich genutzt werden konnte. Auf den Falklandinseln lebten 1982 ca. 1.800 Menschen, wobei die Zahl der EinwohnerInnen aufgrund fehlender Perspektiven rückläufig war.[928] Während Coblenz betont, dass es Großbritannien und Argentinien in diesem Krieg „um Besitzansprüche geht", widerspricht Middlebrook dieser Einschätzung. Beide Staaten kämpften „for the principle of sovereignty of the Falkland Islands [...] and, in Britain´s case, for the principle that the Falkland Islanders should be allowed to choose their own destiny without the armed occupation of an unwanted power."[929]

Unter Bezugnahme auf den Wehrunterricht kritisiert der Prediger die fehlende Friedenserziehung in der DDR und veranschaulicht die Militarisierung in der Gesellschaft. Somit sieht er das Fach nicht, wie von der DDR-Regierung propagiert, als Teil einer Friedenserziehung an. Wie der BEK bewertet Coblenz das Fach als nicht dem Frieden dienlich und plädiert indirekt für Friedenserziehung.[930] Indem Coblenz sich

schen dem Nationalen Christenrat in den USA und dem BEK in der DDR (Pressekommuniqué) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 30; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly am 11. April 1978 in: aaO, 37; Empfehlungen von Glion zitiert in Ökumenische Verlautbarungen zur gegenwärtigen Weltrüstungssituation in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 70; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in der USA und des BEK sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin DDR vom 5. bis 7. April 1978 in: aaO, 72; Resolution zur atomaren Abrüstung (angenommen von der Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft", Cambridge, Massachusetts, USA, 23. Juli 1979) in VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1980, 25.

[925]Vgl. 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 69.

[926]Die KKL zog den Falklandkrieg heran, um den geringen Einfluss der ökumenischen Gemeinschaft auf kriegerische Auseinandersetzungen aufzuzeigen. (Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 106.)

[927]Vgl. ALTMANN: Abschied vom Empire, 372, 374, 388; HERRING: Danger and opportunity, 193; MIDDLEBROOK: Task Force, 31f; RIEKENBERG: Kleine Geschichte Argentiniens, 177, 179; SCHMIDT: Großbritannien, 314ff.

[928]Vgl. ALTMANN: Abschied vom Empire, 371; MIDDLEBROOK: Task Force, 17ff, 25; RIEKENBERG: Kleine Geschichte Argentiniens, 178.

[929]MIDDLEBROOK: Task Force, 33; vgl. auch aaO, 25.

[930]Vgl. Gedanken zum Thema „Abrüstung". Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 152; Erklärung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR anläßlich des erste Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" in Helsinki vom 4. August 1976 in: aaO, 164; Stellungnahme des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Brief von Generalsekretär Dr. Potter vom März 1977 betr. Programm über Militarismus und Wettrüsten vom 8. Juli 1977 in: aaO, 213; Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom

in dieser Predigt auf politische und gesellschaftliche Zusammenhänge bezieht und sie im Hinblick auf ihre Förderlichkeit für Frieden bewertet, schafft er Bewusstsein, ermöglicht den ZuhörerInnen eine kritische Auseinandersetzung und ermutigt zur Entscheidungsfindung aus dem christlichen Glauben heraus. Damit trägt er zur Friedenserziehung im Sinne des 1980 veröffentlichten *Rahmenkonzepts Erziehung zum Frieden* des BEK bei.[931]

Wie Micha seine Worte der Situation in Israel zu seiner Zeit entgegengestellt hat, betont Coblenz die Aktualität des Traums von Micha für die Gegenwart der ZuhörerInnen gerade wegen der bedrohlichen Lage 1982. Anhand der Bezüge auf Mi 4,1-5 und Mt 5,9 zeigt Coblenz auf, dass Gott Frieden für den Menschen und seine gesamte Schöpfung will. Dabei legt Coblenz seinen Ausführungen wie Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981 und P4Meck1981_82) und der BEK einen „'positive[n] Friedensbegriff'"[932] zugrunde, wenn er von einem „Friede[n] bei gegenseitiger Freiheit" spricht. Indem Coblenz betont, „daß das Reich Gottes ein Reich des Friedens ist", wird angedeutet, dass erst im Reich Gottes der Frieden in Reinform seine Vollendung finden wird. Dies ist auf Erden nicht möglich, aber man kann darauf hinarbeiten. Coblenz unterscheidet somit einerseits zwischen dem Frieden auf Erden und dem Frieden bei und mit Gott. Andererseits denkt er das Reich Gottes im Sinne eines eschatologischen Vorbehalts gleichzeitig zukünftig und gegenwärtig als bereits angebrochen. Die Anwesenden werden aus der Vergewisserung des Willen Gottes und der Hoffnung auf sein zukünftiges Reich heraus dazu aufgefordert, sich in ihrer Gegenwart für Frieden und Abrüstung einzusetzen sowie sich gegen Krieg und Aufrüstung auszusprechen – und damit Gottes Willen zu tun.

Die Friedensdekade 1981 und die damit verbundene Aufnäheraktion Schwerter zu Pflugscharen bewertet Coblenz als einen Ausdruck dieser Hoffnung der ChristInnen, den Traum Michas auf Erden zu realisieren. Laut BEK sollte das Symbol als „ein Zeichen des Friedens [...] aufmerksam machen auf die geschenkten Hoffnungen und den uns gegebenen Auftrag."[933] Coblenz verweist auf das von der SU der UNO

14. Juni 1978 in: aaO, 247f, 250; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252; Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: aaO, 259; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin/DDR vom 5./7. April 1978 in: aaO, 268; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 306; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 318; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen. Bundessynode 22.-26. September 1978 in Berlin-Weißensee in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 54, 58.

[931] Vgl. Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden" in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 267ff, 270f, 274; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 39; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: aaO, 56.

[932] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 295.

[933] Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73; vgl. auch Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: aaO, 53.

geschenkte Denkmal und wertet es wie Iskraut (P3Isk1979) und Meckel (P2Meck1981) „als Ausdruck des gemeinsamen Friedenswillens“ von ChristInnen und NichtchristInnen. Coblenz betont somit mehr die Gemeinsamkeiten im Einsatz für Frieden als die Unterschiede. Damit wird das Verhalten der AufnäherträgerInnen einerseits legitimiert, andererseits stellt er das staatliche Vorgehen gegen sie als widersinnig dar. Zusätzlich versucht der Prediger die Intention der ChristInnen hinter dieser Aktion zu erklären. Der Vorwurf der staatlichen Organe, mit dieser Aktion den Staat provozieren zu wollen, wird damit abgeschwächt.[934] Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird von Coblenz als angespannt dargestellt. Die Kritik am Staat wird geschickt verpackt, indem Coblenz – wie der BEK – das Vorgehen der staatlichen Organe gegen die TrägerInnen des Aufnähers als Fehlinterpretation bzw. „Missverständnis“ darstellt.[935] Dies beinhaltet implizit den Vorwurf, dass der Staat sich nicht wirklich mit dem Hintergrund des Aufnähers und der Intention der ChristInnen befasst hat. Coblenz betont, dass nicht die AufnäherträgerInnen, sondern der Staat den Konflikt verursacht und geschürt hat. Die kurze Bezugnahme auf die Vorgänge im Winter 1981 und Frühjahr 1982 in der DDR wirken insgesamt sehr sachlich. Trotz der Rückschläge sollen die ChristInnen aber nicht resignieren und nicht nachlassen, ihre Hoffnung auf Frieden weiterhin in ihrer Umwelt zu verkünden und auf die Bedrohung des Friedens durch Rüstung hinzuweisen. Dazu der Vorsitzende der KKL Bischof Albrecht Schönherr im Namen des BEK im Jahr 1978: „Wir Christen haben trotz aller scheinbar berechtigten Anlässe zur Resignation die Aufgabe, Hoffnung auf Frieden zu mobilisieren und wachzuhalten und zum Einsatz für Frieden zu ermutigen.“[936] Coblenz' Aufforderung richtet sich nicht an AufnäherträgerInnen direkt, „denn mir waren in Grimmen keine Träger des Aufnähers bekannt. Aber ich wollte schon Mut machen, die eigene Meinung trotz Repressalien frei zu sagen oder zu zeigen.“[937]

Diese Aufforderung wird durch die Einbeziehung einer von Bischof Johannes Hempel, ab 1982 Vorsitzender der KKL, erzählten Geschichte nochmal verstärkt. Damit wird die Bedeutung der einzelnen Christin bzw. des einzelnen Christen für die Realisierung von Frieden betont. Wie der Einsatz für den Frieden im Einzelnen aussehen kann, wird in der Geschichte und in den Predigtausführungen nicht konkretisiert. Die ChristInnen sollen aber in jedem Fall aktiv werden und laut sein. Micha wird hier als Vorbild angeführt, der im Vertrauen auf Gott für Frieden eintrat und dabei auf die Wiederherstellung des Urzustandes der Schöpfung hoffte. Da der Zeitpunkt dieser Vollendung ungewiss ist, weist Coblenz wie Iskraut (P3Isk1979) die GottesdienstbesucherInnen auf die Notwendigkeit von Durchhaltevermögen hin.

[934] Vgl. Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in: aaO, 68.

[935] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: aaO, 53.

[936] Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 258; vgl. auch 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 16.

[937] Anmerkungen Pfarrer Coblenz zu P1Co1982 (11.03.2020), Privatachiv Lührmann.

Er deutet damit an, dass der Traum vom absoluten Frieden auf Erden niemals wahr werden kann, aber dennoch forciert werden sollte. Im *Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden* hieß es dazu: „Friedenserziehung ist Handeln auf Hoffnung hin; sie unterliegt – wie jede geschichtlich-vernünftige Friedensbemühung der Vorläufigkeit, und sie steht damit in der Spannung zwischen zeichenhaft gelingendem Frieden und fortdauernder Friedlosigkeit."[938] Die Ausführungen weisen Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf.

[938] Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden" in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 268.

2.22 Rannenberg: Predigt vom 30. Mai 1982 (P2Ra1982)

Diese Predigt wurde vom Pfarrer Rannenberg an Pfingsten 1982 in den Gemeinden Sacro und Eulo gehalten. Mit 1. Kor 2,12-16 folgt der Prediger dem Vorschlag der Perikopenordnung.

1. Korinther $2_{12\text{-}16}$ **Sacro/ Eulo, Pfingstsonntag (30.5.) 1982**

Pfingsten – das schwer zu verstehende Fest der Christen.

Weihnachten ist anschaulich:

Daß ein Neugeborenes in einer Futterkrippe gelegt werden mußte, das kann man sich vorstellen.

Daß ein Neugeborenes Anlaß gibt zu großer Freude, das ist auch begreifbar.

Ostern greift in unser Leben:

Daß ein endgültig zur Strecke Gebrachter nach seiner Hinrichtung wieder gesehen wird, daß ist unglaublich oder umwerfend.

Daß ein offenbar Gescheiterter nach seinem Begräbnis als der bekannt wird, der alle Macht hat, das ist unsinnig oder gibt allem Leben überhaupt erst Sinn.

Daß von einem Toten geredet wird: Er lebt, das kann mir gleichgültig sein oder läßt mich hoffen über mein eigenes Grab hinaus.

Weihnachten ist anschaulich. Gott läßt Jesus geboren werden.

Ostern greift in unser Leben. Jesus wird vom durch Menschen verschuldeten Tode auferweckt.

Aber Pfingsten? Was heißt:

Der Heilige Geist erfüllte die Jünger, die Freunde und zugleich Schüler Jesu?

Der Heilige Geist erfüllte die Jünger, die Freunde und zugleich Schüler Jesu, d.h.:

– Kraft von Gott ließ sie Jesus erkennen und verstehen.

– Kraft von Gott half ihnen begreifen und beurteilen, was christ-lich, jesus-gemäß ist.

– Kraft von Gott ließ sie denken und handeln im „Sinne Christi".

1) Der Heilige Geist als Kraft von Gott läßt uns Jesus erkennen und verstehen.

Wie schwer fällt es uns, andere Menschen zu verstehen. Wir wollen gar nicht erst von anderen Völkern und Rassen sprechen. Schon wenn wir die gleiche Muttersprache gelernt haben, ist das manchmal schwer. Deutsche aus Ost und West haben mitunter Schwierigkeiten, wenn sie sich begegnen. Oder innerhalb eines Familienverbandes kommt es vor: Ältere verstehen Jüngere nicht oder umgekehrt. Und denken wir an Menschen, die verschiedenen Parteien oder Weltanschauungen angehören, wie schwer haben sie es oft, miteinander zu reden oder gar aufeinander zuzugehen.

Wie schwer fällt es uns, andere Menschen zu verstehen. Wie schwer fällt es uns, andere Menschen zu erkennen, zu erkennen, was/ wer sie für uns sein können.

Wie viel schwerer noch fällt es uns, Jesus zu verstehen mit seiner ganz anderen Art, für Gott und für Menschen dazusein.

Selbst den Jüngern, seinen besonderen Freunden, fiel das schon schwer.

„Wißt ihr nicht, zu wem ihr gehört“ (wessen Geistes Kinder ihr seid) mußte er ihnen einmal vorwerfen. Sie wollten nämlich Feuer vom Himmel herabbitten über die Bewohner eines Dorfes, die Jesus nicht aufnehmen wollten. Daß er nicht mit Feuer und Schwert für Gott wirken wollte, konnten sie nur schwer begreifen. Bis in die jüngste Geschichte der Kirche hinein.....

Als er ihnen seinen Leidensweg ankündigte, heißt es gleich dreimal: Sie begriffen nicht, sie verstanden nicht, sie konnten es nicht fassen.

Ein am Schandholz Sterbender konnte doch keine Hilfe für den Glauben sein. Er konnte eher ein Stolperstein sein, über den man im Glauben zu Fall kam.

Auch für die griechischen Korinther, an die Paulus schreibt, bedeutet Jesu Tod am Kreuz eher ein Glaubenshindernis als eine Glaubenshilfe. Es war den meisten Griechen eine Torheit, einen am Schandholz Gestorbenen als Glaubensfundament hinzustellen. Sie ließen sich nicht gerne Torheiten sagen. Sie strebten doch nach Weisheit. Es ist bis heute nicht anders.

Zu erkennen, wer Jesus für uns ist, und ihn zu verstehen, fällt uns immer noch schwer. Jesus als unseren Wegführer zu erkennen und seine Weisungen zu verstehen, fällt uns immer noch schwer.

Paulus macht uns hier klar:

1 – Das ist selbstverständlich so.

2 – Das ist ganz „natürlich“.

Der natürliche Mensch nimmt nichts an, was vom Geist Gottes kommt; es ist ihm eine Torheit, und er kann es nicht verstehen; denn es muß geistlich, d.h. aus der Kraft des Geistes Gottes, beurteilt werden. (Vers 14)

Es ist der Heilige Geist, die Kraft Gottes, die uns Jesus erkennen und verstehen läßt.

Ohne ihn ist es ganz natürlich, wenn wir Jesus nicht erkennen und verstehen. Wir brauchen also nicht den Kopf hängen zu lassen, wenn uns das so schwer fällt. Wir können aber ebenso auch nicht entrüstet sein über andere, denen das schwer fällt.

Wir können nur immer wieder für uns und die anderen um die Kraft des Heiligen Geistes bitten. Dazu wollen uns die Pfingstlieder der Kirche helfen, die zumeist um den Heiligen Geist bitten.

Es ist die Kraft von Gott, der Heilige Geist, der uns Jesus erkennen und verstehen läßt.

2) Der Heilige Geist als Kraft von Gott hilft uns begreifen und beurteilen, was christ-lich, was jesus-gemäß ist.

Sollen wir uns von der Welt zurückziehen oder in der Welt aufgehen?

Leben in der Abgeschiedenheit einer Klostergemeinschaft oder ein normales Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft oder vielleicht dazwischen, ein Leben in der Abgegrenztheit eines kirchlichen Berufs.

Es wird keine pauschale Antwort geben. Für manche mag es gut sein, ganz konzentriert auf Jesus hin zu leben. Andere werden ihre Gaben und Kräfte besser in einem normalen Leben anwenden können.

In jedem Fall wird es darauf ankommen, daß wir als Licht für die Welt (auch Klostermauern haben Fenster!) erkennbar sind, oder daß wir als Salz für die Erde, weit verstreut zwar, aber schmeckbar sind.

Wir werden um die rechte Entscheidung für unser Leben im Blick auf Jesus bitten müssen.

Es ist der Heilige Geist, die Kraft von Gott, die uns begreifen und beurteilen hilft, was christ-lich, was jesus-gemäß ist.

Waren wir christlicher, als fast alle Menschen bei uns in Europa getauft waren und zur Kirche gehörten oder leben wir jesusgemäßer als die Minderheit in nichtchristlicher Umgebung?

Der Geist Gottes wird uns wohl zu der Erkenntnis führen, daß wir beide Male nein sagen müssen. Er lehrt uns auf Jesus blicken und dabei das Urteil gewinnen: Von einem wirklichen jesusgemäßen Leben kann im Durchschnitt damals wie heute kaum die Rede sein.

Wir werden darum bitten müssen, daß uns zu einem wahrhaft christlichen Leben geholfen wird. Es ist die Kraft von Gott, der Heilige Geist, der uns begreifen und beurteilen hilft, was christlich, was jesusgemäß ist.

Aufs neue ist die Frage aufgebrochen: Wie können wir Christen wirksam dem Frieden dienen?

Reicht das Gebet um den Frieden?

Es bleibt doch verborgen hinter Kirchenmauern oder Wohnungstüren.

Müssen nicht in der Öffentlichkeit Anstöße gegeben werden, wie durch das Tragen des Aufnähers mit einem Friedenssymbol und einem zukunftsweisenden Wort „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen“?

Aber solche Anstöße können anstößig wirken, als ein Zeichen der Opposition verstanden werden. Sollen wir lieber gar nichts tun oder uns einreihen in die Pfingst-Menschenblöcke. Aber ist deren einseitige Richtung jesus-gemäßer?

Haben wir Christen in der DDR nicht zunächst in beide Richtungen zu sprechen, wenigstens aber uns an unsere Regierung zu wenden. Und müssen wir nicht dabei beachten, daß wir nicht gegen sie etwas unternehmen?

Denn kann Frieden gegen jemanden gemacht werden, geht es nicht nur mit anderen?

Haben wir das nicht zuerst selbst zu praktizieren, ehe wir es anderen klarzumachen versuchen?

Wir müssen um die rechte Klarheit bitten.

Es ist die Kraft Gottes, der Heilige Geist, der uns zu beurteilen hilft, was christlich, was jesusgemäß ist.

3) Der Heilige Geist als Kraft von Gott läßt uns denken und handeln im „Sinne Christi“.

Bei der gestrigen Abendveranstaltung in der Katholischen Kirche in Forst mit elektronischer Musik und Meditation fielen die Worte:

Interplanetarisch weit ist der Weg vom Wissen/ Erkennen und Planen zum Tun, soweit wie der Weg von der Erde zur Venus oder zum Mars.

Unsere Jugendlichen von der Euloer Gemeinde gaben dafür ein Beispiel:

Am Nachmittag wollten sie an einer besonderen Friedensinitiative teilnehmen.

Am Abend wollten sie die genannte Veranstaltung in der Katholischen Kirche besuchen.

Die Disco war näher und ließ sie nicht los.

Paulus würde sagen: Das ist doch selbstverständlich und ganz natürlich. Hat denn einer dafür gebetet, daß es anders sein möchte?

Solange uns nicht die Kraft Gottes antreibt, nach seinem Willen zu fragen und ihn zu tun, solange bleiben wir auf unserem selbstgewählten Weg.

Und wie ist es mit uns allen, die wir gerne Frieden wollen, und so wenig Kraft haben, dafür etwas einzusetzen.

Wie ist es mit allen unseren guten Vorsätzen, die nicht zur Ausführung kommen, gerade auch unsere Vorsätze, die unser Glaubensleben betreffen?

Wir müssen um die Kraft Gottes bitten, daß sie uns antreibe, Anstöße gebe, die Richtung bestimme.

Es ist der Heilige Geist, der uns denken und handeln läßt im „Sinne Jesu Christi".

Pfingsten – das schwer zu verstehende Fest der Christen?

Vielleicht deshalb, weil wir da so wenig in der Hand haben.

Vielleicht deshalb, weil es da um eine Gabe geht, die wir erbitten müssen.

Es ist aber eine Gabe, die wir notwendig brauchen, ohne die wir nicht als Christen leben können.

Es ist die Kraft Gottes, der Heilige Geist, die uns als Christen leben läßt.

Sie läßt uns Jesus erkennen und verstehen.

Sie hilft uns begreifen und beurteilen, was christ-lich, was jesus-gemäß ist.

Sie läßt uns denken und handeln im „Sinne Jesu Christi".

(*Noch einmal Lesung nach Zink*)

Amen

Aufgrund des Pfingstfestes ist das Hauptthema der Predigt die Wirkung des Heiligen Geistes im Leben der Gläubigen. Dieser wird als Kraft Gottes dargestellt, die dazu verhilft, das Evangelium zu verstehen und das Denken und das Handeln nach Gottes Weisungen auszurichten. Der Mensch ist zu schwach, um aus eigener Kraft Gott zu erkennen und in seinem Sinne zu handeln. Er ist auf Gott angewiesen. Wie die Jünger an Pfingsten so sollen auch die Gläubigen durch den Heiligen Geist erfüllt werden. Rannenberg stellt zu Beginn der Predigt drei Thesen zur Wirkung des Heiligen Geistes auf, die sich aus 1. Kor 2,12-16 ergeben. Rannenberg nimmt verschiedene Wörter der Bibelstelle, wie „erkennen", „beurteilen" und „Christi Sinn", in die Thesen mit auf. Diese drei Thesen werden in der Predigt nacheinander beleuchtet. Rannenberg macht dabei eine Hierarchie von der Erkenntnis, zum Beurteilen, zum Handeln auf. In allen drei Stadien bedürfen die Gläubigen der Hilfe des Heiligen Geistes, der Kraft von Gott. Da das Jahr 1982 von Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat zum kirchlichen Friedensengagement geprägt war, bezieht Rannenberg das Beurteilen und Handeln nach dem Willen und dem Wort Gottes mit Hilfe des Heiligen Geistes auch auf den Einsatz der Christen für Frieden.

Hinsichtlich der ersten These vergleicht der Prediger das Problem, Jesus zu verstehen, mit zwischenmenschlichen Verständnisschwierigkeiten. Diese könnten zwischen unterschiedlichen Völkern, Jüngeren und Älteren, Menschen verschiedener (politischer) Parteien und Weltanschauungen sowie innerhalb von Familienverbänden auftreten. Im Bezug auf den familiären Kontext und die BürgerInnen der DDR und der BRD nimmt er das Trennende trotz der Gemeinsamkeiten in den Blick. Obwohl man in der DDR und der BRD die gleiche Sprache spreche, komme es zu Verständnisschwierigkeiten. Durch die Einbindung in das sozialistische und das kapitalistische System prallen zusätzlich gegensätzliche Weltanschauungen aufeinander. Rannenberg beschreibt die Konflikte als schwierig, aber menschlich.

Jesus zu verstehen, sei aufgrund seines von menschlichen Erwartungen abweichenden Verhaltens für ChristInnen aber noch viel schwerer. Anhand von drei Beispielen aus der Bibel macht Rannenberg das Unverständnis der Jünger und der KorintherInnen im Hinblick auf Jesus Christus deutlich. Er bindet Lk 9,51-56 ein. Jesus wird in einem Dorf zurückgewiesen, widerspricht aber der Forderung seiner Jünger, das Dorf daraufhin zu vernichten. Damit plädiert Jesus für Gewaltlosigkeit und möchte Leben erhalten. Rannenberg behauptet, dass die Kirche dieses Verhalten bis in die Gegenwart hinein nicht in Gänze verstanden hat. Somit gebe es in gewissen Situationen weiterhin den Wunsch der Kirche, Probleme gewaltsam in Gottes Namen lösen zu wollen. Lk 9,55 macht deutlich, dass es nicht im Sinne Jesu ist, GegnerInnen zu bestrafen oder gegen sie vorzugehen. Diese Ausführungen korrelieren mit dem Aufruf im weiteren Verlauf der Predigt, dass die Friedensforderungen sich auch im christlichen Verhalten niederschlagen müssen.

Des Weiteren wird Jesu dreifache Ankündigung seines eigenen Todes an seine Jünger erwähnt.[939] Rannenberg begründet das Unverständnis der Jünger damit, dass ein Gekreuzigter eher als Hindernis für den Glauben angesehen wurde. Unter Bezugnahme auf 1. Kor 1,18ff zeigt Rannenberg an, dass auch die KorintherInnen ihre Schwierigkeiten hatten, einen zum Tode Verurteilten als Basis des Glaubens anzuerkennen. Damit wird die Bibelstelle bedingt biblisch und historisch eingeordnet.

Da Paulus in 1. Kor 2,14 das Nicht-Erkennen und Nicht-Verstehen als natürlich und menschlich darstellt, sind nach Rannenberg auch die GottesdienstbesucherInnen von diesem Unverständnis betroffen.

[939]Vgl. Mt 16, 21-23, Mt 17, 22f, Mt 20, 17-19; Mk 8, 31-33, Mk 9, 31-32, Mk 10, 32-34; Lk 9, 22, Lk 9, 43-45, Lk 18, 31-33.

Erst durch den Heiligen Geist sei das Erkennen und Verstehen möglich. Um die Kraft des Heiligen Geistes müsse man für sich und andere bitten.

An die zweite These knüpft Rannenberg die Frage an, wie man als ChristIn sein Leben in der Welt führen soll. Neben den beiden Lebensmodellen des Lebens im Kloster und des „normale[n] Leben[s] in Familie, Beruf und Gesellschaft" wird die Möglichkeit des Lebens als Angestellte bzw. Angestellter der Kirche dargestellt. Damit wird sowohl der Rückzug aus der Gesellschaft als auch das Eingebundensein in die Gesellschaft beschrieben. Das Leben als Angestellte bzw. Angestellter der Kirche wird als eine Mischform beider Lebensmodelle, der Raum der Kirche damit als Halböffentlichkeit präsentiert. In gewisser Distanz zur Gesamtgesellschaft nehmen z.B. PfarrerInnen eine gewisse Sonderrolle in der Gesellschaft ein. Rannenberg betont, dass verschiedene Lebensformen von ChristInnen möglich sind, jede bzw. jeder aber für sich selbst entscheiden müsse, wie sie bzw. er ein „Licht für die Welt" sein bzw. „als Salz für die Erde" wirken, d.h. in Zeugnis und Dienst die Welt im Sinne Gottes beeinflussen kann. Unter Bezugnahme auf Mt 5,13-14 verdeutlicht Rannenberg somit die Bedeutung jeder einzelnen Christin bzw. jedes einzelnen Christen an ihrem bzw. seinem Platz in der Gesellschaft und überlässt die Wahl des eigenen Lebensstils den ZuhörerInnen. Das Gebet wird als Mittel zur Entscheidungsfindung genannt.

Daran anschließend wird die Frage aufgeworfen, wann die Menschen „jesus-gemäßer" gelebt haben; ob zu der Zeit, als die Mehrheit der Menschen in Europa noch getauft waren oder „als [...] Minderheit in einer nichtchristlichen Umgebung". Dadurch wird, wie bei Pfarrer Iskraut (P4Isk1981) und Pfarrer Meckel (P2Meck1981), auf die Situation der ChristInnen in der DDR Bezug genommen, die im atheistischen Staat einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachten.[940] Rannenberg kommt zu dem Schluss, dass in beiden Zeitaltern ein „jesusgemäßes" Leben erst durch den Heiligen Geist möglich ist und man darum bitten muss. Damit wird die Unabhängigkeit eines Lebens nach dem Willen Gottes von den gesellschaftlichen Gegebenheiten erkennbar. Die atheistische Umgebung macht das Leben somit nicht mehr oder weniger christlich.

Indem Rannenberg die Entscheidung, was im Sinne Jesu ist, auf die Friedensthematik überträgt, nimmt er auf den aktuellen Diskurs zu diesem Thema Bezug und betont dessen Brisanz. Der Einsatz für Frieden wird als notwendige Aufgabe von ChristInnen beschrieben, jedoch ist nicht klar, wie dieser Einsatz konkret aussehen soll. Es werden verschiedene Optionen dargestellt und hinterfragt. Alle diese werden als Vorschläge formuliert, die Formulierungen enthalten aber eine implizite Bewertung der verschiedenen Aktionen, ohne dass sie als Meinung des Predigers kenntlich gemacht werden. Die endgültige Beurteilung sollen die ZuhörerInnen in der Auseinandersetzung mit dem Willen Gottes herausfinden. Auch wenn die Anwesenden durch die Einwürfe in ihrer Bewertung beeinflusst werden, ist die Funktion der Urteilsbildung in der Predigt stark ausgeprägt.

Als erste Möglichkeit wird das Gebet angeführt. Diesbezüglich wird aber die Frage aufgeworfen, ob dies nicht durch den Vollzug im Verborgenen zu wenig Außenwirkung hat.

Die Aufnäher-Bewegung Schwerter-zu-Pflugscharen im Frühjahr 1982 hingegen zeichnete sich durch große Öffentlichkeitswirksamkeit aus. Rannenberg bewertet die Botschaft von Mi 4,1-5 positiv. Indem er

[940] Vgl. DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 128; GAUCK: Winter im Sommer, 124; NOWAK: Der historische Kontext, 21.

auf das durch die Aufnäheraktion belastete Staat-Kirche-Verhältnis verweist, äußert er Zweifel, ob diese Aktion zielführend ist und den christlichen Werten von Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit entspricht. Er plädiert zwar nicht direkt dafür, die Aktion Schwerter-zu-Pflugscharen zu beenden, aber es wird erkennbar, dass er eine andere Art von Einsatz für den Frieden von Seiten der ChristInnen präferiert. Dies wurde auch schon durch den vorangegangenen Bezug auf Lk 9,55 deutlich. Den Grund für den Staat-Kirche-Konflikt sieht er in der Wahl des falschen Mittels und des falschen Vorgehens zur Vermittlung der Friedensbestrebungen gegeben. Dieser Eindruck verstärkt sich im weiteren Verlauf der Predigt, wenn Rannenberg sich für einen fairen und friedfertigen Umgang der ChristInnen mit der eigenen Regierung ausspricht. Das Vorgehen des Staates gegen die TrägerInnen des Aufnähers Schwerter zu Pflugscharen wird nicht näher behandelt. Im Gegensatz zu Coblenz (P1Co1982) deklariert es Rannenberg als eine Reaktion auf die Einschätzung der Aktion als oppositionell.[941] Schon einen Monat vor dem öffentlichen Abrücken von der Aufnäheraktion durch die KKL im Juni 1982 geht Rannenberg somit auf Distanz zur Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung.[942] KKL und Rannenberg eint, dass es ihnen um die Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse zwischen Kirche und Staat geht, die Gespräche (wieder) möglich machen.

Als weiterer möglicher Einsatz für Frieden spricht Rannenberg vom „[E]in- reihen in die Pfingst-Menschenblöcke“. Damit bezieht er sich auf das Pfingsttreffen der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ) und möglicherweise auf die Pfingstmärsche in der BRD.[943] In verschiedenen Städten der DDR kam es an Pfingsten 1982 zu Aktionen zur „Friedensmanifestation“[944], die von der FDJ veranstaltet wurden. Das Motto 1982 „Frieden schaffen – gegen NATO-Waffen“ wurde dabei als „Antwort der SED und FDJ auf die Herausbildung der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR [...] mit ihren Forderungen nach Abrüstung, Abbau der Militarisierung des Lebens in der DDR, Durchsetzung eines zivilen Ersatzdienstes für Wehrdienstverweigerer und einseitigen Abrüstungsschritten“[945] verstanden. Ab Mitte der 1970er Jahre fanden in der BRD Pfingstfestivals für den Frieden statt. Eine Mitorganisatorin war die *Aktion Sühnezeichen*.[946] Rannenberg äußert aufgrund der Einseitigkeit dieser Bewegungen Zweifel daran, ob dieses Verhalten „jesus-gemäß“ ist. Das Motto des FDJ-Pfingsttreffens suggeriert, dass die Bedrohung des Friedens allein von der NATO ausgeht. Dieses Bild der Bedrohung durch den Westen wurde in der DDR immer wieder herangezogen, um die eigene Aufrüstung und die Militarisierung zu rechtfertigen.[947] Die FriedensaktivistInnen in der BRD forderten primär Abrüstungsmaßnahmen von der NATO.[948] Ran-

[941] Vgl. Dok. 93: Rede Paul Verners vor den für die Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED und den Räten der Bezirke am 15.04.1983 zu aktuellen Fragen der Kirchenpolitik in Verbindung mit den Martin-Luther-Ehrungen und den bevorstehenden Kirchentagen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 473; Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler in: SILOMON: Schwerter zu Pflugscharen, 327.

[942] Vgl. Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73.

[943] Rannenberg dazu: „Ich weiß es nicht mehr genau; aber ich denke in erster Linie: Ich spiele auf das FDJ-Pfingsttreffen 1982 an. [...] Es könnte auch sein, dass ich ebenfalls an die Anti-Atom-Märsche in der damaligen Bundesrepublik dachte. (Ich als Vertreter der Kirche habe damals auch gesamtdeutsch gedacht.)“ (Anmerkungen Pfarrer Rannenbergs zu P2Ra1982 (30.07.2016), Privatarchiv Lührmann.)

[944] NEUBERT: Geschichte der Opposition, 466.

[945] FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hg.): Freie Deutsche Jugend, 36.

[946] Vgl. KALDEN/WIECHMANN: Kirchen, 248.

[947] Vgl. BRÜHL u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, 534, 568ff; GAUCK: Winter im Sommer, 176; KUHRT: Wider der Militarisierung, 22; NEIDHARDT/MARUM: Der Kalte Krieg, 40f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 366.

[948] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 206; GÖRTEMAKER: Geschichte der BRD, 595, 646; HEIDMEY-

nenberg übt unterschwellig Kritik daran, dass eine Partei allein für die erneute Verschärfung des Kalten Krieges verantwortlich gemacht wird.

Im Gegensatz dazu fordert er die ChristInnen auf, „in beide Richtungen zu sprechen“. Neben der Abrede des Westens geht es ihm besonders darum, die Regierenden der DDR zu adressieren. Damit spiegelt diese Predigt auch den Standpunkt des BEK wider, beide Blöcke hinsichtlich des Wettrüstens in die Pflicht zu nehmen.[949] Das Ansprechen sollte aber nach Rannenberg nicht einem Arbeiten gegen die Regierenden gleichkommen. Die Friedensforderungen der ChristInnen sollten sich in ihrem Verhalten niederschlagen. Nur so könne Frieden vermittelt und vorangetrieben werden. Ähnlich argumentierte auch Werner Krusche als Vertreter des BEK bei der ersten gemeinsamen Konferenz der *Konferenz Europäischer Kirchen* (KEK) und dem *Rat der Europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE) in Chantilly im April 1978.[950] Auch wenn das Engagement der Kirche und der ChristInnen für den Frieden über das Gebet hinausgehen soll, spricht sich Rannenberg insgesamt für ein sehr vorsichtiges Vorgehen aus. Es scheint als wolle er im Umgang mit staatlichen VertreterInnen noch behutsamer agieren als der BEK. Dieser hatte sich zwar für die Beendigung der Aufnäheraktion ausgesprochen, um Gespräche zwischen Staat und Kirche wieder möglich zu machen.[951] In einem anderen Zusammenhang hatte er aber immerhin „[p]olitisches Handeln für den Frieden“[952] als einen Ausdruck der Friedensverantwortung der ChristInnen beschrieben, sich die Möglichkeit der Kritik am Staat offengehalten und deren Fehlinterpretation seitens des Staates in Kauf genommen.[953] Im Einsatz für den Frieden Widerstand gegen die eigene Regierung zu leisten, wie es Pfarrer Brand (P2Br1980), Pfarrer Meckel (P3Meck1981, P4Meck1981_82) und Pfarrer Coblenz (P1Co1982) fordern, wird hier ausgeschlossen. Das, was Rannenberg unter Friedfertigkeit versteht, kritisiert Meckel in P3Meck1981 sogar als Missverständnis des Aufrufs zur Friedfertigkeit. Bedenkt man das Vorgehen des Staates gegen die TrägerInnen des Aufnähers Schwerter-zu-Pflugscharen, weil er sie als Bedrohung ansah, ist fraglich, wie der Staat angesprochen und seine Friedenspolitik diskutiert werden kann, ohne dass er die KritikerInnen als oppositionell bzw. staatsfeindlich zurückweist. In jedem Fall beschreibt Rannenberg den Einsatz als kräftezehrend. Die ZuhörerInnen sollen deshalb um Gottes Hilfe bitten und werden gleichzeitig der Kraft des Heiligen Geistes versichert.

Bei der Auseinandersetzung mit der dritten These wird als Beispiel die Euloer Jugend angeführt. Damit bezieht sich Rannenberg direkt auf den Gemeindekontext. Anhand des Verhaltens der Jugend-

ER: NATO-Doppelbeschluss, 262; WOLLE: Heile Welt (2. Aufl.), 257.

[949] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 308.

[950] Vgl. Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 35.

[951] Vgl. Erläuterung des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 7./8. Mai 1982 betr. Friedensdekade – für Jugendmitarbeiter – vom 2. Juni 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 73; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 96.

[952] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 296; vgl. auch aaO, 292; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 88.

[953] Vgl. 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58.

lichen wird verdeutlicht, dass zwischen der Erkenntnis, was dem Willen Gottes entspricht, und daraus erwachsendem Handeln Welten liegen. Die Jugendlichen hatten zwar die Absicht, an einer Friedensinitiative und der Abendveranstaltung in der katholischen Kirche, einem meditativen Jugendgottesdienst, in Forst teilzunehmen. Stattdessen besuchten sie aber lieber die Disco. Rannenberg schwächt den Vorwurf an die Jugendlichen ab, indem er dieses Verhalten unter Verweis auf die Bibelstelle als normal bezeichnet. Dennoch bleibt ein deutlicher Appell an die Jugendlichen zurück, ihr Verhalten beim nächsten Mal nicht nach den eigenen Bedürfnissen auszurichten, sondern nach dem Willen Gottes zu fragen und zu handeln.

Im Schluss der Predigt nimmt Rannenberg nochmal Bezug auf die Schwierigkeit, Pfingsten zu verstehen. Einen möglichen Grund für die Verständnisschwierigkeit sieht er darin, dass der Mensch hier um den Heiligen Geist bitten muss. Die Aufforderung zur Bitte ist in der Predigt sehr stark ausgeprägt. Rannenberg fordert die Anwesenden somit immer wieder direkt zum Gebet für die Kraft von Gott auf, die er für ein Leben im christlichen Sinne als notwendig und unabdingbar darstellt. Nur wer die Kraft des heiligen Geistes hat, kann im Sinne Christi verstehen, beurteilen und handeln. Erst wenn man erkenne, welche Bedeutung der Heilige Geist für einen persönlich hat, könne man die Bedeutung von Pfingsten verstehen. Die Predigt vereint in sich vergewissernde, urteilsbildende und handlungsweisende Aspekte.

2.23 Brand: Predigt vom 3. Oktober 1982 (P3Br1982)

Pfarrer Brand hielt diese Predigt anlässlich des Erntedankfests im Oktober 1982 in Waldenburg und Schwaben sowie 1986 nochmal in Franken. Betrachtet man die historischen Gegebenheiten so hatten die Ausführungen nicht an Aktualität verloren. Mit der Bibelstelle weicht er von dem Vorschlag der Perikopenordnung ab.

Jes 9,$_{1+2a}$ **Waldenburg, Schwaben Predigt Erntedankfest 1982**

Das Volk, das im Finstern wandelt, sieht ein großes Licht und über denen, die da wandeln im finstern Lande scheint es hell. Du weckst lauter Jubel, du machst groß die Freude. Vor dir wird man sich freuen, wie man sich freut in der Ernte. (Jes. 9, 1+2)

Nein, ich habe mich nicht geirrt. Das soll keine Weihnachtspredigt werden, sondern eine Auslegung zum Erntedankfest.

Es ist mir, als wäre es gestern gewesen: Als ich noch ein Kind war, und mein Vater schickte mich in den Garten, um zu hacken und Unkraut zu jäten, dann war mir schlecht. Nichts habe ich mehr gehaßt als die Gartenarbeit. Eine Ausnahme gab es allerdings, die Ernte: Erdbeeren abnehmen, zwei in den Mund, eine in die Schüssel, auf die Bäume klettern und Obst abnehmen, das war schon eine Freude! Nun, heute bin ich auch noch nicht zum Hobbygärtner geworden, obwohl die Gartenarbeit manchmal eine gewisse Abwechslung und Entspannung bietet, aber es ist dabei geblieben: Das Schönste ist die Ernte am besten mit den Kindern, die an jedem Strauch herumzupfen können und sich schon im Garten auf das viele, schöne Kompott im Winter freuen.

Freilich, manche Leute nimmt ihr Garten, ihre individuelle Wirtschaft so in Beschlag, daß sie an nichts anderes mehr denken und für nichts anderes Sinn haben, sondern zum Sklaven ihres Gartens werden. Das ist ganz sicher eine verhängnisvolle Einseitigkeit, deren Ursachen und Wirkungen wir hier und heute gar nicht alle klären können, aber auch für diese Leute ist wohl das, was sie ernten, was sie aus dem Garten herausholen, ihr großes Erfolgserlebnis, ihre Freude.

Und es ist tatsächlich Jahr für Jahr ein Grund zur Dankbarkeit, daß der Schöpfer in seiner Güte hat so viel wachsen lassen, was gar nicht selbstverständlich ist.

Die Experten wissen doch schon lange, daß die Böden unseres Landes so ausgebeutet, so falsch behandelt worden sind, nämlich immer nur chemische Substanzen drauf statt humusbildender Zusätze, daß schon gar nichts mehr auf den Feldern wachsen dürfte. Ein Wunder ohnegleichen, daß noch immer so viel gedeiht. Auch im nächsten Jahr werden wir satt.

Und während auf den Feldern der Einsatz verschiedener Mittel ja noch kontrolliert und berechnet geschieht, meint mancher Kleingärtner und Privatkleinbauer: Nur immer drauf! Viel hilft viel! Es ist ein Wunder ohnegleichen, daß die Pflanzen in vielen Gärten dem giftigen Übermaß widerstehen und gedeihen. Was freilich mit dem geschieht, der die so erzeugten Früchte verzehrt, bleibt zu fragen.

Im ganzen bleibt es aber dabei: Man muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn man meinte, all das

gedeihe von allein oder Kraft menschlicher Intelligenz. Auch 1982 bleibt die Ernte ein Grund zu großer Dankbarkeit und Freude. Und ich denke, es wäre an der Zeit, daß die Familienväter die Aufrichtigkeit wiederfänden, über dem Essen die Hände zu falten, um dem Geber zu danken.

Nun gebraucht der Prophet Jesaja die Freude an der Ernte nur als ein Beispiel. Immer, wenn in der Bibel von Ernte die Rede ist, dann steht die Erfüllung der Welt und des Lebens zur Debatte. Jesaja meint: Das Ende wird so gut sein, daß man laut jubelt und schreit und sich vor Freude gar nicht zu lassen weiß. Denn es wird einer kommen und herrschen, der Wunder-Rat, Gott-Held, Ewig-Vater, Friedefürst heißt. Wir wissen natürlich, wer das ist, vielleicht besser als Jesaja selber, nämlich unser Herr Jesus Christus, der zu Weihnachten geboren ist und zu Ostern den Tod besiegt hat.

Wir von uns aus können beim besten Willen nicht fröhlich in die Zukunft und auf das Ende der Welt sehen. Ich hatte es schon angedeutet: Denkt man an die Verseuchung und Vergiftung unserer Umwelt, nicht nur in Feld und Garten, sondern auch in der Luft, im Wasser und überall sonst, so könnte einem Himmelangst werden. Nehmen wir gar noch die Bedrohung unseres Lebens durch den Wahnsinn der Rüstung hinzu, so bleibt den meisten Menschen wirklich nur noch, den Kopf in den Sand zu stecken: „So schlimm wird´s schon nicht werden!“ Oder es bleibt die panische Angst mancher Umweltschützer, die aggressiv und bösartig Sturm laufen und auch nichts bessern.

Oder es bleibt die Hoffnung des Propheten Jesaja: Das Ende wird gut sein. Wir werden froher sein als nach einer Rekordernte. Wir werden uns gar nicht vor Freude zu lassen wissen.

Wie das? Sind wir Narren? Sehen wir nicht, was da auf uns zukommt? Doch! Wir sehen sehr wohl und ohne Illusionen, daß unsere Welt nicht mehr viel zu hoffen hat, wenn sie so weitermacht. Aber wir Christen sehen eben mehr als andere Menschen. Wir sehen: Wie das Ende auch aussehen mag, tiefer als in Gottes Hand können wir nicht fallen. Der Tod hat seine Macht verspielt. Er hat uns verloren! Wir leben auf eine Welt zu, die so schön ist, daß sie mit unserer menschlichen Vorstellungskraft gar nicht erfaßt werden kann. „Friede ohne Ende“ sagt Jesaja, eine „königliche Hochzeit“ sagt Jesus, ein „neues Jerusalem, in dem es keine Tränen, kein Leid, kein Geschrei, keinen Schmerz mehr geben wird, auch nicht den Tod,“ sagt der Seher Johannes. Es ist nichts anderes als ein ewiges Erntedankfest, wenn die Ernte des Christenlebens eingebracht sein wird. Was tun wir bis dahin? Warten, bis es soweit ist?

Jeder Hobbygärtner, jeder Bauer weiß: Wo nicht gesät, gegossen, gejätet, geharkt wird, da wächst auch nichts, was man später ernten kann.

Ebenso ist es mit dem Garten unseres Lebens: Nur wo das Wort Gottes in die Herzen von Kindern und Erwachsenen gesät wird, durch ein engagiertes, aktives und weltverantwortliches Christenleben, wo das Unkraut der Gedankenlosigkeit und Gottlosigkeit im eigenen Leben beharrlich und unverdrossen ausgejätet wird, auch wenn´s manchmal schwerfällt, nur dort kann Glauben wachsen, an dem zur Erntezeit die Frucht des Lebens reift.

Ich wünsche uns allen, ob wir uns aus Garten und Landwirtschaft was machen oder nicht, – in unserem eigenen Interesse und im Interesse unserer Welt – daß wir begeisterte Lebensgärtner werden!

Amen.

Brands Predigt zum Erntedankfest setzt sich einerseits mit der Ernte als landwirtschaftliches und gesellschaftliches Ereignis auseinander. Andererseits wird die Bedeutung von Ernte in Jes 9,1-2a behandelt. Diese beiden Aspekte werden anschließend zusammengeführt. Brand fokussiert sich in seinen Ausführungen primär auf Jes 9,2, in dem von der Freude bei der Ernte die Rede ist. Dieser Vers ist auch Ausgangspunkt der Ausführungen und der Argumentation Brands. Er versteht ihn zunächst wörtlich und spricht unter Bezugnahme auf seine eigene Kindheit von der Freude, die ihm das Ernten bereitet hat, während er die Gartenarbeit nie gerne mochte. Auch als Erwachsener mit seinen Kindern mache die Ernte am meisten Spaß und er vermutet, dass dies auch bei anderen HobbygärtnerInnen der Fall ist.

Die Ernte sei immer ein Grund zum Dank an Gott. Brand geht sogar soweit, dies als Beweis für Gottes Existenz zu sehen. Unter Berücksichtigung der konstanten Überdüngung und Ausbeutung der Böden in der DDR sei die üppige Ernte 1982 ein noch viel größeres Wunder. Brand prangert den extensiven Einsatz „chemischer Substanzen“ anstelle von humusfördernden Mittel – trotz besseren Wissens – auf den Feldern, aber auch in unkontrolliertem Maße in privaten Kleingärten an. Damit macht er sowohl die staatliche Landwirtschaft als auch die privaten GärtnerInnen für die schlechten Bodenbedingungen in der DDR verantwortlich. Wie schon in seiner Predigt aus dem Jahr 1979 (P1Br1979) zeigt er den GottesdienstbesucherInnen aber anhand dessen auch auf, wie sie persönlich ihren kleinen Beitrag zur Verbesserung der Umweltbedingungen leisten können.

In der DDR war hinsichtlich der Landwirtschaft alles auf Intensivierung ausgerichtet, d.h. die „Fruchtbarkeit, das heißt den Gebrauchswert des Bodens, langfristig und stabil zu erhöhen.“[954] Die DDR wollte den Bedarf der eigenen Bevölkerung an tierischen und pflanzlichen Produkten zum Großteil selbst produzieren und sich so von Importen unabhängig machen. Dies führte zu einer extensiven Nutzung des Bodens, welche die Bearbeitung mit schweren Maschinen, den vermehrten Einsatz von Agrochemikalien, d.h. synthetischer Düngemittel und Pestizide, sowie den Anbau von Monokulturen umfasste.[955] Durch die schweren Maschinen wurde der Unterboden zu stark verdichtet, dass „[d]adurch [...] eine gute Bodendurchlüftung verhindert, Wasser- und Nährstoffaufnahme erschwert und die Tätigkeit der Bodenfauna und -flora beschränkt“[956] wurde. Der Anbau von Monokulturen laugte den Boden aus, da dieser „nicht mehr genügend organische Substanzen wie organischen Dung, Pflanzenreste und Zwischenfrüchte“[957] aufweisen konnte. Brand sieht besonders den „ständig steigenden Düngemittelverbrauch“[958] in der Landwirtschaft kritisch. Er gibt dabei auch zu bedenken, dass sich die giftigen Substanzen möglicherweise in den Früchten ablagern und mitgegessen werden. Peter Wensierski spricht aufgrund der stetigen Steigerung des Einsatzes von Kunstdünger von nitratverseuchten Pflanzen und Lebensmitteln und verweist auf etwaige gesundheitliche Folgeschäden durch deren Verzehr, wie z.B. Probleme des Verdauungstrakts

[954] AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 40; vgl. auch ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 349; SACHSE: Agrarwissenschaft, 721.

[955] Vgl. Honecker zitiert nach AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 25; AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 26, 28f, 41, 55, 64; ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 349, 354; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 113.

[956] Groschoff zitiert nach ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 354; vgl. auch WENSIERSKI: Von oben nach unten, 113.

[957] Groschoff zitiert nach ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 354; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 113.

[958] Holle zitiert nach ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 356; vgl. auch SACHSE: Agrarwissenschaft, 721; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 102, 106, 116.

oder Krebs.[959] Wie Brand war sich auch der BEK dieser Problematik bewusst und beschrieb 1978 die „Chemisierung der Landwirtschaft durch Mineraldüngung und chemische Schädlingsbekämpfung [...] [als] einen Eingriff in das biologische System“[960]. Als Folgen wurden die „Belastung des Grundwassers, Unterbrechung der Nahrungskette für Wildtiere und Nutztiere, unmittelbare Gesundheitsgefährdung des Menschen usw.“[961] ausgemacht.

Da trotz dieser verseuchten Böden wieder eine große Ernte erzielt wurde, müsse nach Brand eigentlich das Bewusstsein reifen, dass nicht der Boden und der Mensch allein diese Ernte ermöglichen. Diese Gotteserkenntnis sollte ein Dankgebet für die Gaben Gottes nach sich ziehen. Damit verweist er auf Gott als Geber und Versorger der Menschen – d.h. er nutzt das Motiv der *creatio continua* – und verdeutlicht dadurch das Angewiesensein der Geschöpfe auf den Schöpfer. Der Schöpfer und Erhalter wird hinsichtlich seiner Macht und Einflussnahme – in diesem Fall auf die Ernte – über die Menschen gestellt.

Die theologisch übertragene Bedeutung von Ernte ist laut Brand das Ende der Welt und der Beginn des Gottesreiches. Deshalb deutet Brand Jes 9,1-6 als eine Darstellung des Endes der Welt mit dem Kommen des Messias Jesus Christus und als eine Heilsankündigung. Der Kontext der Bibelstelle wird nicht beleuchtet. Gerade weil Brand am Anfang seiner Ausführungen betont: „Das soll keine Weihnachtspredigt werden.“ und Jes 9,5 als Prophezeiung des Messias Jesus Christus auslegt, ist davon auszugehen, dass er Jes 9,1-6 zu Beginn vollständig verlesen hat. Nach Brand wird in der Bibelstelle das Ende der Welt als ein freudiges und schönes Ereignis dargestellt.

Entgegen der Verheißung Jesajas von einem guten, umjubelten Ende der Welt beschreibt Brand die Aussichten des Endes der Welt 1982 als eher düster. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Welt aufgrund von Umweltverschmutzung oder kriegerischer Handlungen ihr Ende findet und das Ende somit für die Menschen qualvoll sein wird. Brand dehnt die Umweltverschmutzung hier auf Luft und Wasser aus, worunter die BürgerInnen der DDR stark zu leiden hatten.[962] Auch der BEK erkannte die stetige Aufrüstung und die fehlende Bekämpfung der Umweltverschmutzung als Probleme an und sah dadurch das gesamte Leben auf der Erde gefährdet.[963] Doch Brand warnt die ZuhörerInnen sowohl vor Verzweiflung als auch vor blindem Aktionismus und fordert dazu auf, aus der Hoffnung auf das in Jesaja angekündigte gute Ende der Welt die gegenwärtigen Bedrohungen wahrzunehmen. Brand stellt somit die Hoffnung Jesajas auf das Ende der Welt als freudiges Ereignis den schrecklichen Zukunftsversionen 1982 entgegen. Er zitiert Jes 9,6, Mt 22,2-14 und Offb 21,4, die das Leben nach dem Tod als einen Ort frei von Krieg, Kummer, Leid und Tod beschreiben. Das soteriologische Motiv von der fehlenden Macht des Todes über die ChristInnen durch Jesu Christi Tod am Kreuz und die eschatologische Hoffnung auf eine bessere Welt nach dem

[959] Vgl. WENSIERSKI: Von oben nach unten, 24, 27f, 117.

[960] Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen“ Buckow 28./29. Januar 1978. Anhang zum „Bericht über Buckow“, EZA 101/630.

[961] Ebd.

[962] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 292, 304; HUFF: Natur und Industrie, 329, 343, 357; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 20, 27, 116f, 140ff.

[963] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 94; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37; Kommuniqué über das dritte theologische Gespräch zwischen Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Oktober 1978, Kiew in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 75.

Tod soll die ChristInnen dazu ermutigen, auf Erden ein „engagiertes, aktives und weltverantwortliches Christenleben“ zu führen. Durch die Vergewisserung der Zusagen Gottes wird den Menschen die Angst vor den bedrohlichen Zuständen in der Welt genommen, wodurch sie besonnen handlungsfähig werden. Wie das christliche Handeln für Frieden und Umweltschutz in der Welt konkret aussehen soll, wird – bis auf das Düngen – nicht verdeutlicht. Am Ende der Predigt greift Brand das Bild des Gärtnerns, Anbauens und Erntens wieder auf. Er beschreibt Gottes Wort als eine Saat, die vom „Unkraut der Gedankenlosigkeit und Gottlosigkeit im eigenen Leben“ freigehalten werden muss, um im „Glauben [zu] wachsen“ und am Ende „die Frucht des Lebens“ – das ewige Leben im Reich Gottes – zu ernten. Wie die Arbeit im Garten für eine gute und reichhaltige Ernte wird auch das Leben auf das ewige Leben hin als anstrengend, aber lohnenswert beschrieben. Der Einsatz für Frieden und Umwelt bildet einen Teil des christlichen Lebens auf das Reich Gottes hin.

2.24 Meckel: Predigt vom 7. August 1983 (P5Meck1983)

Markus Meckel hält dieses Predigt am 7. August 1983 anlässlich eines „Gedenkgottesdienstes für die Opfer von Hiroshima und Nagasaki“[964]. Dieser bildet den Abschluss des zweiten *Mobilen Friedensseminars* unter dem Motto *Geht es ohne Gewalt?* in Teterow.[965] Meckel hatte das *Mobile Friedensseminar* mit ins Leben gerufen. Die Vorbereitung lag 1983 in den Händen des in seiner Gemeinde gegründeten *Friedenskreises Vipperow.*[966] „An diesem Seminar nahmen etwa 40 Personen aus der ganzen DDR sowie aus den Niederlanden, der Bundesrepublik und Wales teil, an der Gedenkveranstaltung in Teterow vielleicht 100 Personen.“[967] Mit der Bibelstelle nutzt Meckel eine der vorgeschlagenen Bibelstellen für den 10. Sonntag nach Trinitatis.

Lk 19,$_{36\text{-}44}$ **Friedensseminar Teterow, 7. August 1983**

Liebe Gemeinde,

Fürchterliche Worte, diese letzten Sätze. Unheil und Tod, kein Stein bleibt auf dem anderen. – Das Grauen dieser Sätze steigt noch im Horizont dessen, was wir vorhin hörten. Kein Vorstellungsvermögen reicht aus, zu sagen – was die Folgen sind. Die Folgen... Alles sind nur Bilder, die hinter dem zurückbleiben, was wirklich die Folgen sind. Unvorstellbares Grauen – soll es mit uns so gehen wie mit Jerusalem? Ist das unser Schicksal – ein Blick in unsere Zukunft? Steht das fest?

Jesus spricht im Text: Wenn doch auch du an diesem Tage erkenntest, was dir Frieden bringt.

Es scheint kein unausweichliches Schicksal zu sein. Das Verderben ist eine Folge des Verschließens der Augen. Worum es also geht: Öffnet die Augen! Erkennt!

Was wir heute brauchen, sind Menschen, die die Augen aufmachen. Die Augen und die Herzen. Denn Erkenntnis ist nicht nur eine Sache des Kopfes.

Dies gewiß auch. Es kann nicht genug betont werden, wie wichtig es ist, nach den Zusammenhängen zu fragen.

Dies gilt gerade auch heute, wo es immer schwerer wird, zu durchschauen, was gerade gespielt wird. Wo es eigentlich nur noch möglich ist, sich mit anderen gemeinsam in diesen Erkenntnisprozeß zu begeben. Doch gibt es ja auch dies: daß heute Leute in Ost und West beim Inszenieren von Kriegsmöglichkeiten mit Millionen von Toten einfach rechnen und weiter Krieg spielen und planen.

Wahre Erkenntnis trifft auch das Herz. Und verändert es. Wer kann unberührt solche Berichte von Augenzeugen hören über das, was in Hiroshima geschehen ist? Sie treffen uns – und sie sollen es. Sie sollen uns umkrempeln. Das Denken und das Herz verändern.

Doch wir hören so wenig davon. Vielleicht denken wir: Ein Glück, das hält man ja nicht aus. –

[964] Geht es ohne Gewalt? Friedensseminar zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, SWV 01/03, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/nachlaessepersoenliche-archivbestaende/a/ (17.02.2020).

[965] Vgl. ebd.

[966] Vgl. NEUBERT: Geschichte der Opposition, 470; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 174; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 87f, 105.

[967] MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 105f.

Und doch: Wir dürfen die Augen nicht verschließen. Damit hat das Neue Deutschland recht, wo dies ausdrücklich betont wird. Zugleich aber ist überall Fehlanzeige. Man erfährt es nicht. Wo Gelegenheit dazu wäre. Wenn schon Kinder und Jugendliche, wenn Erwachsene sich solchem Thema stellen müssen in Zivilverteidigung und Wehrkunde: Statt die wirklichen und unvorstellbaren Folgen zu erfahren, hören sie: Sicherer Schutz ist möglich. Sieht man hin: Dann mit den banalsten Mitteln. Zwar glauben viele nicht solchen Verharmlosungen – doch was wirklich die Folgen sind und ihre Schrecken – man erfährt es nicht. Fehlanzeige.

Erkenntnis aber ist notwendig. Wir müssen die Augen öffnen und unsere Herzen, damit wir erkennen, was uns Frieden bringt. Erkenntnis dessen, was uns Frieden bringt – das ist der erste wesentliche Schritt. Und hier ist Gemeinschaft notwendig. Gemeinsames Fragen und Suchen – ein Fragen und Suchen, das die, die sich auf diesen Weg machen, verändert und zusammenführt. Wenn aber Erkenntnis die Herzen verändert, bleibt es nicht ruhig. – 'Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über.' (Mt 12,34) Wo Erkenntnis ist, da ist Rede, da können wir nicht mehr schweigen. Warum wird in unserem Land soviel geschwiegen? Warum schweigen wir so oft?

Oft ist es die Angst, die uns schweigen läßt. Angst, wie wir sie alle kennen vor möglichen Nachteilen, vor Ausschluß von erstrebten Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, die für unser Leben wichtig scheinen und sind. Angst beherrscht uns und unsere Gesellschaft und macht uns oft blind. Wo wir Angst haben, stehen wir im Bann dessen, das uns Angst macht. So macht Angst uns auch unfrei, läßt uns resignieren, benebelt die Erkenntnisse. Doch wir sollten die Augen öffnen. Wir sollen sehen – und können sehen. Denn Jesus selbst öffnet die Augen, heilt von Blindheit – damals wie heute. Wo wir aber sehen – gilt es zu reden.

Denn wo sie schweigen, werden die Steine schreien. Wie es in unserem Text heißt. Dies Wort macht uns in aller Härte die Dringlichkeit des Redens deutlich. Wo wir schweigen, bleiben schließlich nur noch die Steine übrig, die reden – als beredte Zeugen dessen, was der Mensch mit sich getan hat. Oder anders verstanden: Wenn ihr nicht redet, werden sogar die Steine anfangen zu schreien. Denn es darf nicht geschwiegen werden. Schweigen heißt – sich der drohenden Katastrophe ausliefern – ja ihr entgegengehen, sie mit herbeiführen.

Nicht nur andere sollen reden. Wir. Wir kleinen. Du und ich. Nicht nur die Großen in Wirtschaft und Politik. Unsere Stimme ist notwendig. Denn es geht um unser aller Leben oder Verderben. Es gilt, die Frage von Tod und Leben nicht anderen zu überlassen. Nicht den Regierungen in Ost und West. Jedem ist zuzutrauen, zu erkennen, was dem Frieden und damit dem Leben dient.

Wo Herzen überströmen von solcher Erkenntnis – da wird geredet.

Das braucht unsere Phantasie und die Kraft unseres Denkens. Denn soviel jedenfalls wissen wir: Um zu verändern, was verändert werden muß in unserer Welt und ihren Strukturen, ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Ein Umdenken, das unser Leben und Zusammenleben wesentlich verändert. Denn es geht nicht nur darum, einige Bomben und Raketen zu verhindern oder zu verschrotten, obwohl das ein wichtiger Anfang wäre. Die Qualität unseres Lebens selbst ist angefragt, ist zur Frage des Überlebens geworden. Deshalb geht es in der Frage, was uns Frieden bringt, nicht nur um Bomben und Raketen, sondern um die Weise unseres Zusammenlebens, um seine Werte und Maßstäbe. Es geht in der Frage

des Friedens ebenso darum, wie ich mit den Menschen um mich herum umgehe. Doch nicht nur mit diesen Nächsten, ebenso mit denen, die mir erst einmal ferner zu stehen scheinen und die wegen ihres Andersseins es kaum wagen, sich zu erkennen zu geben. Ich denken da zum Beispiel an die Homosexuellen, eine Gruppe von Menschen, die Gott ebenso liebt wie jeden anderen und die es sehr schwer hat, unter uns zu leben.

Zur Frage nach dem, was uns Frieden bringt, gehört auch die nach der Weise des Umgangs mit dem, wovon wir leben, mit der Natur. Denn wir sind selbst Teil der Natur und zerstören mit ihr uns selbst. Daß auch in unserer Gesellschaft hier noch viel getan werden muß und wie schwer das ist, weiß der, der es an einer Stelle mal versucht hat. Doch auch hier ist bei uns selbst anzufangen, bei den oft kleinen Dingen unseres täglichen Verhaltens, wie zum Beispiel auch unseren Eßgewohnheiten. Denn der hohe Fleischverbrauch trägt wesentlich dazu bei, die Landwirtschaft zu einem bedeutenden Umweltzerstörer zu machen.

Manches wäre noch zu nennen, das zum Thema wird, wenn es um den Frieden geht. Es wird zum Thema, wo vor den Augen nicht verborgen bleibt, was dem Frieden dient, wo Erkenntnis da ist. Erkenntnis und Rede. Wo das Schweigen aufhört.

Zugleich aber werden wir uns fragen: Reicht das denn? Was berechtigt uns zu der Hoffnung, daß Erkenntnis und Rede und von dieser getragenes Handeln die Katastrophe wirklich abwenden kann? All die kleinen Anfänge – da und dort, im Osten wie im Westen – soll das die Strukturen unserer Welt verändern und das Unheil verhindern? Wer von uns kennt nicht diese hart bedrängende Frage? Mit ihr sind wir aber auch in der Mitte unseres Textes angelangt.

Er jedenfalls macht eine eindeutige Aussage: Woran sich alles entscheidet, ist das Verhalten zu dem, der angeritten kommt auf einem Esel statt auf einem Streitroß. Der auf dem Wege ist nach Jerusalem. Wo ihn das Kreuz erwartet. Seine Jünger, die ihn preisen und loben, erwarten den Anbruch seiner Herrschaft, in der er mit Macht sein Reich errichtet und die Feinde unterwirft. Doch das Reich, das er bringt, sieht anders aus, als sie erwarten. Es ist gekennzeichnet von dem, was er verkündet und gelebt hat bis zum Tode am Kreuz. Ihn zu verherrlichen, das heißt doch, ihm zusprechen, daß gerade dies sein Wort, sein Leben wirklich Heil für diese Welt bedeutet.

Sein Wort aber und sein Leben und Sterben setzen ein neues Leben frei. Neues Verhalten und Zusammenleben. Ich verdanke mich nicht mir selbst und ich kann mich verschenken. Kann auf den anderen zugehen und gerade so meine Erfüllung finden. Jesus spricht hier von Liebe. Und sie gilt sogar im Verhalten zu Feinden. Der Frieden, den Jesus bringt, ist ein Weg, der Versöhnung lebt. Er ist ein Weg und kein Zustand, ein Prozess, in den er uns mit hineinnimmt aus unserem Unfrieden im Kleinen wie im Großen.

In der Bergpredigt wie in vielen anderen Texten des Neuen Testaments ist dieses neue Leben, das den Weg der Versöhnung geht, beschrieben. Wir spüren in der letzten Zeit immer mehr die Aktualität solcher Texte. Die Bergpredigt, die auch von Christen lange nur als privater Beichtspiegel angesehen wurde, als ein Text, der an der Realität dieser Welt vorbeigeht und sie nicht betrifft, sie gewinnt für uns heute eine so große Bedeutung, weil wir merken: Das neue Verhalten, auf das sie zielt, dem sie Grund und Rückhalt gibt, ist genau das, was wir heute brauchen. Wir entdecken ihre Vernünftigkeit gerade in den praktischen und politischen Problemen unserer Zeit. Und dies entdecken nicht nur Christen. Ich denke, das ist ein

Zeichen der Hoffnung, das wir nicht verachten sollten. Hier erweist eine andere Vernunft ihre Macht, eine Vernunft, die nicht mehr nur rationalistisch nach Macht und Gegenmacht fragt. Jesus hat auf die Kraft der Schwachen, auf die Kraft der Liebe vertraut und ganz darauf gesetzt. Wir können dafür auch sagen: Er hat Gott vertraut. Das ist etwas anderes als ergebenes Stillehalten. Das ist umfassendes Umdenken, weil ich selbst umgekrempelt werde. Ein Umdenken, das der Liebe zutraut, das erst in ihr das wahre Wesen dieser Welt zur Geltung kommt.

Ein neues Verhalten, das diesem Umdenken entspricht, verändert das Leben und Zusammenleben derer, die diesen Weg gehen. Das ruft die Reaktion der umgebenden Gesellschaft hervor. Deshalb spricht Jesus hier so oft von Leiden und Verfolgungen. Wir haben es heute ja verlernt zu leiden. Wo Leiden ist, scheint es uns ein Argument dagegen zu sein. Ich glaube, wir müssen es lernen, dass dies dazugehört, wo wirkliches Leben ist. Es geht nicht darum, Leiden zu suchen, sondern es zu tragen, wo wir es erfahren, es gemeinsam zu tragen. Das wird uns helfen zu tun, was dem Frieden dient. An Jesus Christus können wir erfahren, was dies ist. Und er setzt diese Hoffnung in uns frei, die uns in Bewegung versetzt. Er schenke uns die Erkenntnis, die uns zum Reden befreit, damit es unser Tun begleite und bestimme.

Denn wenn wir schweigen, werden die Steine schreien.

Amen.

Die Bibelstelle Lk 19,36-44 dient als Ausgangspunkt von Meckels Ausführungen. Die schreckliche Darstellung des Schicksals Jerusalems in Lk 19,43-44 lässt Meckel die Frage aufwerfen, ob dies die Zukunft der Menschen 1983 beschreibt und inwiefern eine solche Entwicklung zu verhindern ist. Unter Bezugnahme auf Lk 19,42 versichert er den Anwesenden, dass das Schicksal abgewendet werden kann, wenn man erkennt, „was zum Frieden dient!" Zur Auseinandersetzung mit dieser Frage, die die weiteren Ausführungen Meckels bestimmt, wurde auch von Seiten des BEK aufgerufen.[968] Nach Meckel bedarf es 1983 der Menschen, die sich mit dem Thema Frieden auseinandersetzen und deren gewonnenen Erkenntnisse Mitgefühl, Reden und Handeln auslösen. Damit greift Meckel auf die biblische Definition von Erkenntnis zurück, die über den Verstand hinausgeht und auch die Gefühlsebene betrifft. Die Ausführungen des Predigers entwickeln sich zum Handeln für den Frieden, einhergehend mit dem Einsatz für Gerechtigkeit und Umweltschutz, hin, beinhalten somit vergewissernde, urteilsbildende und handlungsweisende Aspekte.

Zum Erkenntnisgewinn gehört es nach Meckel, auf der Ebene des Verstandes Zusammenhänge bewusst wahrzunehmen. Der BEK setzte sich zum Ziel, die Analyse von „Ursache und Auswirkungen von Krieg und Aufrüstung"[969] zu fördern und deren Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung zu erhöhen.[970] Nach Meckel ist es aber schwierig, die Zusammenhänge angemessen zu durchschauen. Dies kann einerseits als Hinweis auf die Komplexität der Materie gewertet werden. Andererseits kann es eine Anspielung auf die schlechte und häufig widersprüchliche Informationslage in der DDR sein, auf die Meckel im weiteren Verlauf näher eingeht. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge könne der Austausch mit anderen beitragen. Kritisch äußert er sich darüber, dass von Menschen in Ost und West die Gefahren eines Atomkrieges erkannt werden, diese Erkenntnis aber nicht zu einer Handlungsänderung führt. Ein solches Verhalten widerspricht der späteren Aufforderung Meckels, dass aus der Erkenntnis Handeln resultieren soll.

Erkenntnisse sollen auch Mitgefühl mit sich bringen. Hier verweist Meckel beispielhaft auf AugenzeugInnenberichte des Bombenabwurfs über Hiroshima vom 6. August 1945, die emotional berühren. Im Material zum *Mobilen Friedensseminar* ist ein Gedicht des japanischen Dichters und Augenzeugen Sankichi Toge zu finden, das die Ereignisse in Hiroshima sehr eindrücklich und ergreifend darstellt.[971] Meckel bezieht sich auf zwei Artikel aus dem *Neuen Deutschland* anlässlich des Jahrestages des Bombenabwurfs von Hiroshima. Darin wurde sinngemäß dazu aufgefordert, die verheerenden Auswirkungen von Atomwaf-

[968] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung Verweigerung, 299; Orientierungshilfe der KKL in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 248, 250; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: aaO, 318; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 108.

[969] Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 56; vgl. auch Abrüstungskonsultation des ÖRK und der KEK mit dem Rat der Katholischen Europäischen Bischofskonferenzen zitiert in: Anrede der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, New York vom 20. Mai 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 245; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 38.

[970] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 39; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: aaO, 56.

[971] Vgl. Geht es ohne Gewalt? Friedensseminar zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, SWV 01/03, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/nachlaessepersoenliche-archivbestaende/a/ (17.02.2020).

fen nicht länger unbeachtet zu lassen, sondern gegen Aufrüstung aktiv zu werden.[972] Einerseits stimmt der Prediger dieser Aussage zu, andererseits kritisiert er den Widerspruch dieser Aussage zu fehlenden Informationen bzw. Fehlinformationen zu Gefahren eines atomaren Krieges in der DDR. Meckel verweist hier auf den Wehrunterricht und die Zivilverteidigung. Dort wurden die Folgen eines Atomkrieges bagatellisiert und die wirklichen Folgen nicht thematisiert. Als Teil des Wehrunterrichts wurde ein Lehrgang zur Zivilverteidigung angeboten, bei dem die SchülerInnen „die Schutzmöglichkeiten vor Wirkungen von Massenvernichtungswaffen, über Verhalten und Handlungen bei der Gefahr eines Angriffes [...] und über die Entaktivierung, Entgiftung und Entseuchung (Spezialbehandlung)“[973] lernen sollten. Das ganze Ausmaß von Zerstörung durch einen möglichen Atomkrieg wurde den SchülerInnen vorenthalten. „Alles sollte zwar schlimm, aber nichtsdestotrotz handhabbar erscheinen.“[974] In den Unterrichtshilfen Zivilverteidigung heißt es deshalb 1978: „Im Mittelpunkt der Überzeugungsbildung bei den Schülern steht, daß ein Schutz vor den Wirkungen von Massenvernichtungswaffen des Imperialismus möglich ist, daß es darauf ankommt, diese Schutzmöglichkeiten zu kennen, sie unter den verschiedenen Bedingungen zu nutzen und sich selbst und anderen nach Waffenwirkungen helfen zu können.“[975] Als mögliche, in Wirklichkeit völlig wirkungslose und dilettantische Schutzmaßnahmen im Falle eines Atomkrieges wurden beschrieben: „Die sanitäre Behandlung bei Aktivierung besteht im Entfernen radioaktiver Stoffe von der Haut, aus den Haaren, den Ohren und Augen, dem Mund und der Nase nach den üblichen Methoden der Körperreinigung, insbesondere durch gründliches Waschen.“[976] Seit Dezember 1981 wurden auch alle BürgerInnen der DDR zu Zivilverteidigungs-Schutzübungen verpflichtet.[977] Auch der BEK verurteilte im Allgemeinen, aber auch im Besonderen hinsichtlich des Wehrunterrichts und der Übungen zur Zivilverteidigung die „Verharmlosung der unvorstellbaren Folgen des Krieges“[978]. Meckels Forderung nach einer sachlichen Darstellung der Folgen eines Atomkrieges deckt sich mit der des BEK.[979] Die Hinweise auf gezielte Vorenthaltung von Informationen und Täuschungen der DDR-Bevölkerung von staatlicher Seite untermauern Meckels Aufforderung zur Suche nach Erkenntnis – auch in Gemeinschaft, wie bei dem Friedensseminar.

Aus dem Mitfühlen soll das offene Reden über diese Erkenntnisse resultieren. Meckel zitiert in diesem

[972] Vgl. Hiroshima und Nagasaki verpflichten uns zur Tat in: NEUES DEUTSCHLAND, 6. August 1983, 1; Die Gefahr eines nuklearen Infernos muß gebannt werden in: aaO, 2.

[973] Dokument 14. Aus den Unterrichtshilfen. Zivilverteidigung, Klasse 9 (1978) in: SCHIRRMEISTER: Erziehung zum Hass, 177; vgl. auch KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 121f; KOCH: Einführung des Wehrunterrichtes, 15.

[974] KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 210; vgl. auch aaO, 211, 222.

[975] Dokument 14. Aus den Unterrichtshilfen. Zivilverteidigung, Klasse 9 (1978) in: SCHIRRMEISTER: Erziehung zum Hass, 178.

[976] LÜCK u.a.: Zivilverteidigung Klasse 9 Unterrichtshilfen, 45; vgl. auch Lehrbuch Zivilverteidigung Klasse 9 zitiert in: KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 222.

[977] Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 19; SCHIRRMEISTER: Erziehung zum Hass, 245ff.

[978] Orientierungshilfe der KKL in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 251; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Güstrow zu Fragen des Friedens vom 22. September 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 36; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: aaO, 64; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 97; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 108; II. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 24. bis 28. September 1982 in Halle (Saale). Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 37.

[979] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97.

Zusammenhang Mt 12,34. In der Gesellschaft der DDR schweigen laut Meckel viele Menschen aufgrund von Angst vor möglichen, sich daraus ergebenden persönlichen Nachteilen. Ängste und der Umgang mit ihnen wurden auch in den Gruppengesprächen des Friedensseminars thematisiert.[980] Meckel beschreibt den lähmenden Effekt von Angst und vergleicht sie mit einer gewissen Blindheit den wichtigen Dingen gegenüber. Aber wie Jesus Christus Blinde wieder sehend gemacht hat, werde er auch den Ängstlichen ermöglichen, wieder „sehen" zu können, d.h. frei von Angst zu agieren. Mit Lk 19,40 wird die Bedeutung des Redens gestützt und aufgezeigt, dass Gott Mittel und Wege findet, um seine Botschaft in der Welt zu verkünden. Meckel pocht wie der BEK darauf: Das Reden soll nicht den politisch Verantwortlichen überlassen werden.[981] Meckel argumentiert ähnlich wie die KKL, die 1980 hinsichtlich der christlichen Lebensweise darauf hinwies: „In allen Lebensbereichen wird heute Christen das Einstehen für ihren Glauben abgefordert. Die Versuchung, zu schweigen und sich zu verstecken, ist groß. Angesichts der Gleichgültigkeit vieler und der Sorge um das eigene Weiterkommen erleben aber auch viele die befreiende Wirkung des offenen Eintretens für ihren Glauben. Sie sind bereit, Verzicht zu leisten, Nachteile und Beschwerden in Kauf zu nehmen."[982] Aufgrund der Erkenntnis der möglichen bevorstehenden Katastrophen für die Menschheit und der eigenen Betroffenheit ist laut Meckel jede bzw. jeder Einzelne zum Reden aufgefordert. Wer schweige, beförderte die Katastrophe und sei mit für sie verantwortlich. Vergleichbar begründete Pfarrer Brand seinen Aufruf an die ChristInnen in P2Br1980, politisch informiert und aktiv zu sein.

Neben der Notwendigkeit des Durchbrechen des Schweigens betont Meckel die Dringlichkeit eines neuen Denkens in der Gesellschaft. Daraus soll auch ein neues Handeln entstehen. Das Umdenken soll das gesamte Leben betreffen. Wie schon in seinen vorangegangenen Predigten (P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82) legt er seinen Ausführungen einen Friedensbegriff zugrunde, der ein einträchtiges und gerechtes, von Respekt, Liebe und Toleranz geprägtes Zusammenleben mit den Mitmenschen und der Natur bedeutet. Auch der BEK wünschte ein Umdenken in der Realisierung des Friedens im Miteinander und in der Welt, in der Haltung gegenüber der bzw. dem Nächsten und gegenüber der Umwelt.[983] Bei-

[980] Vgl. Geht es ohne Gewalt? Friedensseminar zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, SWV 01/03, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/nachlaessepersoenliche-archivbestaende/a/ (17.02.2020).

[981] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 299f; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 317; Geht es ohne Gewalt? Friedensseminar zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, SWV 01/03, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/nachlaessepersoenliche-archivbestaende/a/ (17.02.2020); Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 Berlin-Weißensee. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 68.

[982] 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 67.

[983] Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 258; Bericht der KKL in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 98, 110f; Beschluß der KKL in der DDR zu dem Kongreß „Die Zukunft des Friedens" vom 13. März 1983 in: aaO, 129; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 37;

spielhaft fordert Meckel zu Respekt und Toleranz auch gegenüber Menschen auf, die auf den ersten Blick unkonventionell leben, wie z.B. Homosexuelle. Die Liebe Gottes, die er allen Menschen gleichermaßen entgegenbringt, wird hier als ausschlaggebender Punkt angebracht. Der BEK betonte die Notwendigkeit, „Vorurteile und Feindbilder gegenüber Andersdenkenden, Gruppen oder Völkern abzubauen“[984], und sich für Gerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene einzusetzen.[985]

Im Umgang der Menschen mit der Natur ruft Meckel zu Änderungen im persönlichen Verhalten auf, um menschliches Überleben zu sichern. Dies tut er im Bewusstsein, dass der Einsatz für Umweltschutz in der DDR schwierig sein kann. Inwiefern der Einsatz für Umweltschutz erschwert wird, konkretisiert Meckel nicht. Als eine Möglichkeit der Verhaltensänderung zum Umweltschutz verweist Meckel auf die Reduktion des Fleischkonsums. Die Fleischproduktion führe zu verstärkter landwirtschaftlicher Tierproduktion, was wiederum die Umweltbelastungen steigere. Während Pfarrer Brand (P3Br1982) sich auf die Pflanzenproduktion bezog, setzt Meckel sich somit kritisch mit dem anderen Zweig der Landwirtschaft auseinander. Die DDR strebte die Unabhängigkeit von Fleischimporten an. Deshalb verfolgte sie das Ziel der Intensivierung der Fleischproduktion, um den steigenden Fleischbedarf der eigenen Bevölkerung komplett selbst zu decken.[986] Des Weiteren betrieb die DDR in der Landwirtschaft Spezialisierung durch „die Trennung der Pflanzen- von der Tierproduktion“[987]. „Die[se] großbetrieblichen Einheiten in der Tierhaltung, der hohe Spezialisierungs- und Konzentrationsgrad durch die Massentierhaltung in den industriemäßig produzierten Tierproduktionsanlagen hatten zu schwerwiegenden Umweltbelastungen geführt.“[988] Aufgrund der massenhaft anfallenden Gülle und der fehlenden Lagerungsmöglichkeiten wurde diese rund ums Jahr auf die Felder ausgebracht, was sich negativ auf die Fruchtbarkeit des Bodens auswirkte und zur Verunreinigung von Grundwasser sowie Flüssen und Seen führte.[989] Auch der BEK wies 1978 auf den Zusammenhang von Tierproduktion und Umweltverschmutzung hin. In dem Bericht

4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70; II. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 24. bis 28. September 1982 in Halle (Saale). Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 35, 39; Beschluß der KKL zu dem Kongreß „Die Zukunft des Friedens“ vom 13. März 1983 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1983, 26.

[984]Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 96.

[985]Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 296; Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 316; Konsultation für Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem BEK in der DDR und der EKD – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 89; 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 67; Gemeinsamer Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR vom 18. bis 23. April 1982 in Ferch/DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1982, 16.

[986]Vgl. AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 26ff, 55; ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 349; Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED 1976 in: GABLER: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft, 28; GLESERMAN: Lebensweise und ideologischer Kampf, 580; SACHSE: Agrarwissenschaft, 719.

[987]WEBER: Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR, 67; vgl. auch AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 9; Honecker in: SACHSE: Agrarwissenschaft, 720.

[988]ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 356.

[989]Vgl. ebd; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 127f, 138, 140f.

zur Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* in Buckow hieß es dazu: „Die Schaffung von industriemäßigen Tierproduktionsanlagen hat das Problem der Fäkalienbeseitigung zur Folge, dessen befriedigende Lösung technische Aufwände erfordert, die bei der Planung oft nicht berücksichtigt bzw. in der Praxis teilweise umgangen werden.“[990] Den Fleischkonsum selbst kritisierte der BEK nicht, übte aber allgemeine Konsumkritik. Bischof Werner Krusche in der Funktion des Vertreters des BEK und die KKL forderten dazu auf, sich über Folgen des eigenen Strebens nach Konsum für Umwelt und Mitmenschen bewusst zu werden und „neu entstehende Bedürfnisse an der Priorität zu messen, die das Leben und Überleben aller Menschen auf der Erde hat.“[991] Die Bundessynode forderte die KKL auf, Arbeitshilfen für Gemeinden zu erstellen, die sich unter anderem mit den Zusammenhängen von Konsum, weltweiter, sozialer Gerechtigkeit und Umweltbelastungen auseinandersetzen.[992] Indem Meckel darauf verweist, dass es noch mehr als die genannten Einsatzbereiche gibt, fordert er die GottesdienstbesucherInnen indirekt dazu auf, selbst weitere Bereiche zu erschließen und ihren Einsatz somit selbstständig zu gestalten.

Daran anknüpfend nimmt Meckel die Frage der ZuhörerInnen vorweg, ob der persönliche Einsatz für den Frieden wirklich ausreicht, um (atomare) kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern und das Überleben der Menschheit zu sichern. Meckel beantwortet die Frage unter Verweis auf Lk 19,36-44 und, wie schon zu Beginn der Predigt, unter besonderem Bezug auf Vers 42: Das Unheil kann nur in der Bezeugung des Evangeliums und Nachfolge Jesu Christi abgewendet werden. Neben dem Vorbildcharakter des gesamten von Nächstenliebe und Gewaltfreiheit geprägten Lebens und Wirkens Jesu Christi auf Erden geht Meckel nochmal speziell auf die Bergpredigt ein. Mit ihren konkreteren Handlungsaufforderungen zur Liebe im Allgemeinen und zur Feindesliebe im Speziellen, zur Versöhnung und zur Gewaltlosigkeit sei sie laut Meckel auch 1983 geeignet für die Anwendung in der Gesellschaft. Obwohl diese Botschaft im krassen Gegensatz zum Erhalt des Friedens durch „Macht und Gegenmacht“ stehe, sei ihre Bedeutung auch von NichtchristInnen für das Miteinander der Menschen erkannt worden. Die aus der Nachfolge resultierenden Verhaltensänderungen von ChristInnen würden von der Umwelt wahrgenommen und könnten dadurch auch Änderungen im gesellschaftlichen Bereich bewirken. Im Zuge dessen verweist Meckel auf das Vertrauen und Hoffen Jesu auf Gottes Macht und fordert die Anwesenden damit auf, es ihm gleichzutun. Wie schon vorab angedeutet, ruft Meckel nun ausdrücklich dazu auf, bei der Nachfolge Jesu Leid in Kauf zu nehmen und es in Gemeinschaft zu tragen. Das Motiv der Gemeinschaft wird aufgrund der zusammengekommenen FriedensaktivistInnen in der Predigt mehrfach betont. Auch der BEK sah den Einsatz

[990] Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen“ Buckow 28./29. Januar 1978. Anhang zum „Bericht über Buckow“, EZA 101/630; vgl. auch 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70.

[991] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 38; vgl. auch 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 69f.

[992] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Leipzig zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – vom 23. September 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 373; Beschluß der Synode zu dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, zum Arbeitsbericht des Bundes und zum Bericht des Diakonischen Werkes - Innere Mission und Hilfswerk vom 23. September 1980 in: in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 87.

für den Frieden als „eine[...] 'Dimension' der Nachfolge“[993] Jesu, die jedoch auch Leid mit sich bringen kann.[994] Die Predigt schließt mit dem erneuten Aufruf zum Reden ab.

[993]Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 294.

[994]Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur kirchlichen Friedensverantwortung vom 14. März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 53; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: aaO, 55; Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 38.

2.25 Zwischenfazit 1978-1983

Die im Zeitabschnitt (1975)1978 bis 1983 in den Dokumenten des BEK und den Predigten angesprochenen (gesellschafts-)politischen Themen sowie deren Beurteilung aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis weisen große Übereinstimmungen auf. Der BEK und die Prediger waren gut über die nationalen und internationalen Entwicklungen informiert und setzten sich mit diesen auseinander. Den thematischen Schwerpunkt bildete beim BEK und den Predigern die Auseinandersetzung mit Frieden und Abrüstung. Beide bewerteten Ereignisse und Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene hinsichtlich ihres Beitrags zum Frieden, forderten zum christlichen Friedenseinsatz auf und identifizierten Möglichkeiten von dessen Realisierung. Auch der KSZE-Prozess wurde im Einklang mit dem BEK von Pfarrer Iskraut und Pfarrer Brand als vielversprechender Beitrag zu den laufenden Friedens- und Abrüstungsverhandlungen angesehen. Des Weiteren beschäftigten sich die Prediger und der BEK mit negativen Auswirkungen von Landwirtschaft und Wirtschaft auf die Umwelt und riefen die ChristInnen zu einem ökologischeren Lebensstil auf. Zusätzlich fanden sich in Pfarrer Meckels intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema Freiheit viele Standpunkte der Menschenrechtsdebatte innerhalb des BEK und des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* wieder. So machten der BEK und Meckel – unter Bezugnahme auf die Reisefreiheit – auf Freiheitsdefizite in der DDR aufmerksam und sprachen sich für einen Einsatz der ChristInnen für mehr Freiheit und Gerechtigkeit aus. Dabei sollte vor allem die Steigerung des Wohlergehens der bzw. des Nächsten im Fokus stehen.

Neben den drei Themenkomplexen Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit nahmen die Prediger und der BEK übereinstimmend kritisch auf das tagespolitische Ereignis der Erhöhung des Mindestumtauschs Bezug.

Außerdem beschäftigte man sich in den Predigten und den Dokumenten des BEK mit dem 2. Weltkrieg und der nationalsozialistischen Vergangenheit der Deutschen sowie dem christlichen Leben in einer atheistischen Gesellschaft. Diese Themen waren von gesellschaftspolitischer Brisanz. So stand die kritische Betrachtung des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Vergangenheit der Deutschen im krassen Gegensatz zum staatlichen Umgang mit der deutschen Vergangenheit. In der DDR galt die nationalsozialistische Vergangenheit der DDR-BürgerInnen als abgeschlossen. Mit der Auseinandersetzung mit dem christlichen Leben in der atheistischen DDR-Gesellschaft ging die Klärung des christlichen Verhältnisses und Verhaltens gegenüber Staat und Gesellschaft einher. Die Prediger und der BEK plädierten für einen differenziert urteilenden gesellschaftspolitischen Einsatz.

In den Predigten dieses Zeitabschnitts wurden auch Ereignisse und Gegebenheiten erwähnt oder erörtert, zu denen der BEK in den Jahren (1975)1978 bis 1983 keine Stellung nahm. So sprachen die Prediger viele alltägliche Rahmenbedingungen des Lebens in der DDR wie die Ideologie des Sozialismus, die Medienlenkung in der DDR, den Mauerbau und die daraus resultierende Abgrenzung der DDR und ihrer BürgerInnen sowie die Staatssicherheit an. Zusätzlich thematisierten sie anders als der BEK in den Predigten die Vorgänge in der VR Polen. Im Gegensatz dazu fand das Gespräch zwischen Honecker und Schönherr im März 1978 seitens der Prediger keine Erwähnung.

Trotz großer Übereinstimmungen hinsichtlich der angesprochenen (gesellschafts-)politischen Themen

und deren christlich-theologischer Beurteilung in diesem Zeitabschnitt nahmen der BEK und die Prediger in ihren Äußerungen aufgrund unterschiedlicher AdressatInnen und Aufgaben abweichende Schwerpunktsetzungen vor.

Der BEK wandte sich von 1978 bis 1983 zwar mit verschiedenen Themen, wie z.B. den beiden UN-Vollversammlungen zum Thema Abrüstung, der Einführung des Wehrunterrichts, dem 40. Jahrestag der Reichspogromnacht und der Unterschriftenaktion der *Nationalen Front*, direkt an die Gemeinden. Darin wurden die Gemeinden sachlich über die Ereignisse informiert und zu Verhaltensweisen, wie dem Gebet und allgemein zum gesellschaftspolitischen Einsatz aus dem Glauben heraus, aufgefordert. Häufig richteten sich die Stellungnahmen des BEK zu (gesellschafts-)politischen Themen aber explizit oder implizit an staatliche VertreterInnen. Auch Äußerungen in Berichten der KKL oder Beschlüssen der Bundessynode zu (gesellschafts-)politischen Themen erwecken den Eindruck, dass der Staat als Adressat hauptsächlich mitgedacht wurde.

Die Prediger hingegen adressierten die ChristInnen in der DDR. Sie schnitten häufig ihre Predigtausführungen auf die konkrete Gemeinde zu, indem sie das Geschehen vor Ort in ihrer Gemeinde in den Blick nahmen oder (gesellschafts-)politische Ereignisse thematisierten, von denen die Gemeinde im Besonderen betroffen war.[995] Des Weiteren steigerten sie die Anschaulichkeit und Anschlussfähigkeit ihrer Ausführungen durch die Einbindung persönlicher Informationen und Erlebnisse sowie von Beispielen, bildhaften Beschreibungen und Erläuterungen.[996] Zusätzlich wurde die Argumentation und Einschätzung (gesellschafts-)politischer Gegebenheiten und Ereignisse stark biblisch oder theologisch untermauert. So wurden beispielsweise Ähnlichkeiten zwischen dem Traum des Micha von Frieden und der Schlussakte von Helsinki aufgezeigt, mit Verweis auf Jesus Christus und Propheten wurde für offene Rede plädiert oder es wurde aus der Darstellung des christlichen Verständnisses von Hoffnung, Frieden und Freiheit heraus zum Einsatz in diesem Sinne in der Welt aufgerufen.[997] Indem die Prediger Ähnlichkeiten zwischen der Gegenwart der Zuhörerschaft sowie dem historischen Kontext der Bibelstelle identifizierten, übertrugen sie die Botschaft der Bibelstelle direkt auf die Gegenwart.[998] Dies identifizierte auch Lippelt als ein Merkmal der Predigtpraxis in der DDR.[999] Die Prediger äußerten sowohl explizit als auch implizit Kritik am Staat. Beispielhaft kann hier auf die Kritik an der Erinnerungskultur, der Medienlenkung, der Friedens-, Umwelt- und Rechtspolitik, der Realisierung des Sozialismus sowie an der Erhöhung des Mindestumtauschs verwiesen werden.[1000] Konkrete Handlungsaufrufe an politisch Verantwortliche oder den Staat der DDR blieben aber aus; sie schwangen in den Predigten lediglich unterschwellig mit.

Die Stellungnahmen des BEK wiesen eine intensivere Auseinandersetzung mit internationalen Ereignissen und Entwicklungen auf. So begleitete der BEK z.B. die internationalen Abrüstungsverhandlungen und -pläne sowie den KSZE-Prozess sehr kleinschrittig. Die Prediger nahmen stärker den nationalen Kontext in den Blick, indem sie z.B. die *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST), den Solidaritätsfonds

[995] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P1Br1979, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983.
[996] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Meck1980, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P5Meck1983.
[997] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Meck1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982.
[998] Vgl. P3Isk1979, P4Isk1981, P1Co1982, P1Meck1980, P2Br1980, P1Ra1980_81, P5Meck1983.
[999] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 275f, 313f, 328ff.
[1000] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982, P5Meck1983.

der DDR oder die Friedensaktivitäten der FDJ thematisierten. Die Prediger konnten verschiedentlich kurzfristiger als der BEK auf internationale Entwicklungen, wie z.B. im Bezug auf die VR Polen oder den KSZE-Prozess, reagieren, da kein Abstimmungsprozess zu Stellungnahmen notwendig war. In den Predigten fanden Ereignisse und Konflikte, wie z.B. der Einsturz der Kongresshalle in West-Berlin oder der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan, als Positiv- oder Negativbeispiele Erwähnung. Betrachtet man die Beurteilung gesellschaftspolitischer Ereignisse und Entwicklungen wird erkennbar, dass die Prediger z.B. hinsichtlich des Wehrunterrichts und der Erhöhung des Mindestumtausch ihre Standpunkte stärker theologisch begründeten. Der BEK hatte diese Ereignisse vor allem international eingeordnet und sich daraufhin ablehnend positioniert.

Die Predigten zeichneten sich durch einen stärkeren Praxisbezug und die Unterbreitung konkreter Handlungsmöglichkeiten für die ChristInnen in der DDR aus. Im Zuge dessen wurden auch Handlungsaufforderungen des BEK an die ChristInnen, z.B. im Hinblick auf Umweltschutz oder Friedenseinsatz, konkretisiert.[1001] Den Aufforderungen zum Handeln ging in den Predigten häufig eine Vergewisserung des göttlichen Beistandes und der Macht Gottes, der Erlösung und des Lebens im Reich Gottes sowie des göttlichen Plans für die Menschen, ein Leben in Gleichheit, Frieden, Liebe und Gerechtigkeit zu führen, voraus.[1002] Die starke Handlungsorientierung der Predigten nahm auch Lippelt in seiner Arbeit wahr und bezeichnet diesen „postulierten Pragmatismus“[1003] als ein Phänomen der Predigtpraxis in der DDR. Einige der Prediger formulierten ihre Handlungsaufforderungen bestimmter als der BEK. Hier ist im Besonderen auf Pfarrer Brand und Meckel zu verweisen, die sich beide in verschiedenen Zusammenhängen sehr staatskritisch äußerten. Nur eine Predigt des Pfarrers Rannenberg wies bei der Auseinandersetzung mit der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung eine größere Zurückhaltung auf als der BEK. Dass die Auseinandersetzung mit (gesellschafts-)politischen Themen für die Prediger von besonderer Bedeutung ist, wird daran deutlich, dass fast alle ausgewählten Predigten dieses Zeitabschnitts an hohen christlichen Feiertagen,[1004] im Rahmen von Kasualien,[1005], zu Jahrestagen[1006] oder zur Friedensdekade[1007] gehalten wurden. Zu diesen Gottesdiensten war eine höhere Anzahl an GottesdienstbesucherInnen zu erwarten.

Im Folgenden werden hinsichtlich der in den Predigten und Stellungnahmen des BEK bezogenen Standpunkte zu den addressierten (gesellschafts-)politischen Themen die konkreten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Auseinandersetzung mit den Themen und deren Beurteilung aus christlich-theologischer Perspektive herausgestellt.

[1001] Zehn Predigten dieses Zeitabschnitts weisen vermischt Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf. (Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982.) Vier Predigten vereinen in sich alle drei Arten der politischen Predigt. (Vgl. P1Br1979, P1Meck1980, P2Ra1982, P5Meck1983.) Eine Predigt ist rein der Art der vergewissernden politischen Predigt zuzuordnen. (Vgl. P1Ra1980_81.).

[1002] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982.

[1003] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 331; vgl. auch aaO, 273, 298, 303, 315, 317, 328ff.

[1004] Vgl. P2Ra1982, P3Br1982, P1Ra1980_81, P4Meck1981_82.

[1005] Vgl. P4Isk1981, P1Co1982.

[1006] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P5Meck1983.

[1007] Vgl. P3Isk1979, P2Br1980.

2.25.1 Frieden und Abrüstung

Die meisten Predigten des Abschnittes 1978 bis 1983 befassten sich mit dem auch in den Dokumenten des BEK und im internationalen Kontext vorherrschenden Themenkomplex Frieden und Abrüstung.[1008]

Theologische Begründung für den christlichen Einsatz für Frieden

Der BEK und die Prediger forderten die ChristInnen zum Friedenseinsatz in der Welt auf. Sie begründeten dies theologisch mit dem Leben aus dem Glauben und der Hoffnung auf die Erfüllung des absoluten Friedens im Reich Gottes.[1009] Die ChristInnen sollten dementsprechend laut Brand, Coblenz, Iskraut, Meckel und dem BEK aus der Versöhnung, aus dem – im Sinne eines eschatologischen Vorbehalts – in Jesus Christus begonnen Gottesreich und der Hoffnung auf das ewige Leben im Reich Gottes, das vom absoluten Frieden geprägt ist, heraus in der Welt für Frieden tätig werden und einstehen.[1010] Nach Brand (P2Br1980), Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981) und Coblenz (P1Co1982) wollte Gott, als Friedensstifter, ein Leben in absolutem Frieden für alle Menschen. Gott hätte den Frieden mit den Menschen durch Jesus Christus wiederhergestellt. Dies machte Iskraut (P3Isk1979) deutlich, wenn er das Kreuz als Symbol „totale[r] Abrüstung“[1011], d.h. als Symbol für das Leid Jesu Christi für den absoluten Frieden, bezeichnet. Ähnlich identifizierte Brand (P1Br1979) den Tod Jesu Christi als „gewaltlose[n] Angriff“[1012] Gottes auf das Herz der Menschen, in der Hoffnung, sie doch noch für sich zu gewinnen. Iskraut (P3Isk1979) wies im Einklang mit dem BEK und Coblenz (P1Co1982) darauf hin, dass ein absoluter Frieden im Sinne Gottes auf der Erde niemals erreicht werden könnte. Während Iskraut (P3Isk1979) und Coblenz (P1Co1982) somit auf die Differenz zwischen weltlichem und göttlichem Frieden aufmerksam machten, betonte Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981) die Abhängigkeit des weltlichen vom göttlichen Frieden. Der BEK hatte ebenfalls auf diese beiden Zusammenhänge hingewiesen. In der Hoffnung auf das Gottesreich und dem Glauben an Gottes Liebe, Allmacht und Fürsorge sahen Brand (P2Br1980), Iskraut (P4Isk1981), Meckel (P4Meck1981_82, P5Meck1983) und Coblenz (P1Co1982) eine Befreiung von Angst und Resignation sowie von dem erdrückenden Gefühl der alleinigen Verantwortung gegeben. Meckel (P4Meck1981_82) und Coblenz (P1Co1982) wiesen dementsprechend im Einklang mit der KKL auf die befreiende, belebende und aktivierende Wirkung göttlicher Hoffnung hin. Dies unterschiede sie laut Meckel (P4Meck1981_82) von irdischen Hoffnungen.

Entsprechend dem absoluten Frieden liegt den Predigten P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982 und P5Meck1983, wie vom BEK propagiert, ein positives Friedensverständnis im Sinne des Schalom zugrunde. Dieses umfasst neben dem Leben in Frieden auch ein Leben in Gerechtigkeit und im Einklang mit der restlichen Schöpfung. Laut Meckel (P3Meck1981) hätte Jesus Christus ein Leben im Schalom geführt. Brand (P2Br1980) und Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981, P5Meck1983) riefen die ChristInnen dazu auf, in der Nachfolge Jesu Christi Versöhnung sowie Nächsten- und Feindesliebe zu

[1008] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983.
[1009] Vgl. P3Isk1979, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982.
[1010] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982.
[1011] P3Isk1979.
[1012] P1Br1979.

praktizieren und Leid auf sich zu nehmen. Die *Theologische Studienabteilung* des BEK definierte das Friedensengagement als eine Facette der Nachfolge. Auch in mehreren Dokumenten des BEK wurde Leid als Teil des Friedensengagements nicht ausgeschlossen. Meckel (P5Meck1983) sah, resultierend aus Lk 19,36-44, die Bezeugung des Evangeliums und die Nachfolge Jesu Christi in Nächstenliebe und Gewaltfreiheit als Möglichkeit, drohendem Krieg und Zerstörung Frieden entgegenzusetzen. Wie der BEK präzisierte er die Nachfolge unter Verweis auf die Inhalte der Bergpredigt. In P3Meck1981 und P1Co1982 wurde die Aufforderung zum Friedenseinsatz der ChristInnen mit der Seligpreisung der Friedfertigen in der Bergpredigt untermauert.

Hinsichtlich des Wunsches nach absolutem Frieden liegt P3Isk1979, P2Meck1981 und C1Co1982 mit Mi 4,1-5 und Jes 2,2-5 der Traum vom absoluten Frieden aller Völker unter göttlicher Autorität zugrunde. Die Bibelstelle Mi 4,1-5 spielte Anfang der 1980er Jahre auch für den BEK und seine Gliedkirchen im Rahmen der Friedensdekade und der Aufnäherbewegung Schwerter zu Pflugscharen eine wichtige Rolle. Der BEK beschrieb im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem Staat zur Aufnäherbewegung die Identifikation der ChristInnen mit Mi 4,3 als Ausdruck ihrer Hoffnung auf ein Friedensreich. Iskraut (P3Isk1979), Meckel (P2Meck1981) und Coblenz (P1Co1982) verwiesen geschlossen auf das Denkmal der UdSSR an die *Vereinten Nationen* und untermauerten damit ihre Einschätzung, dass der Traum vom absoluten Frieden sowohl unter ChristInnen als auch unter NichtchristInnen noch existent ist. Sie zeigten den Widerspruch zwischen Traum und Realität zu Zeiten der Propheten Micha und Jesaja sowie 1979, 1981 und 1982 auf. Iskraut (P3Isk1979) und Coblenz (P1Co1982) zufolge setzten die IsraelitInnen auch lieber auf Rüstung und Bündnisse, um die eigene Sicherheit herbeizuführen, anstatt auf Gott. Laut Iskraut (P3Isk1979) begegnete die Umwelt den VerfechterInnen des Friedenstraums zu Zeiten der IsraelitInnen genauso wie Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre mit Zweifel und Kritik; der Traum selbst würde als utopisch und negativ für die Sicherheit abgetan. Auch aus dem christlichen Friedensengagement resultierende kritische Äußerungen des BEK zum Wehrunterricht, zur Zivilverteidigung und zur Bewegung Schwerter zu Pflugscharen wurden von staatlicher Seite entweder als Verunglimpfung der DDR-Friedenspolitik oder als „Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft“[1013] gewertet. Iskraut (P3Isk1979) und Coblenz (P1Co1982) unterstrichen die besondere Bedeutung der Kirche und der ChristInnen, in dieser Situation immer wieder an den Traum von absolutem Frieden und vom Friedensreich zu erinnern. Iskraut (P3Isk1979) sah die Bedeutung von Träumen darin, neue Gefühle und Handlungsweisen herbeizuführen und daraus resultierend Veränderungen in der Gegenwart zu bewirken. Er forderte deshalb dazu auf, an dem Traum vom absoluten Frieden festzuhalten.

Möglichkeiten des christlichen Friedenseinsatzes in der Welt

Als ein Aspekt des christlichen Friedenseinsatzes maßen Brand (P2Br1980) und Rannenberg (P2Ra1982) dem Gebet für den Frieden in der Welt und für das Friedensengagement der politisch Verantwortlichen eine besondere Bedeutung bei. Der BEK hatte ebenfalls verschiedentlich zum Gebet für den Frieden und für den erfolgreichen Verlauf von Abrüstungsverhandlungen aufgerufen.

[1013] Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 68.

Des Weiteren erachteten es Brand (P1Br1979) und Meckel (P2Meck1981) als notwendig, dass ChristInnen Äußerungen und Handlungen aller Menschen im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für den Frieden prüften, da auch AtheistInnen MahnerInnen im Allgemeinen und FriedensstifterInnen im Speziellen sein könnten. Damit ist für Friedensäußerungen und -handlungen nicht die Gesinnung der Person, sondern die Vereinbarkeit mit dem Willen Gottes ausschlaggebend. In eine ähnliche Richtung ging die Äußerung des KKL-Vorsitzenden Schönherr aus dem Jahr 1976: „Weil Gott der Herr aller Menschen ist und weil er das Ziel der Welt bestimmt, können sich Christen über alle Taten, die in die Richtung dieser Zukunft weisen, freuen, auch wenn sie nicht christlich begründet sind.“[1014] Die Frage nach der Friedensdienlichkeit von Maßnahmen, die Meckel in P5Meck1983 explizit stellte, hatte der BEK im Rahmen der Friedensdebatte und dem christlichen Friedenseinsatz immer wieder aufgeworfen. Meckel (P5Meck1983) betonte die Bedeutung des Austausches zu dieser Frage in Gemeinschaft, um bei aller Komplexität der Thematik Erkenntnisse gewinnen zu können.

Neben dem Hören und Bewerten der Friedensaussagen und -handlungen anderer waren sich Brand (P2Br1980), Meckel (P2Meck1981) und der BEK einig, dass die ChristInnen mit dem Friedenseinsatz in der Welt bei sich selbst beginnen und die von ihnen ausgehende Friedensbedrohung wahrnehmen und abbauen müssten. In eine ähnliche Richtung ging Rannenbergs (P2Ra1982) Aufforderung, dass vor allem das Miteinander der ChristInnen von Frieden geprägt sein sollte. Werner Krusche hatte als Vertreter des BEK 1978 den von Frieden geprägten Umgang der ChristInnen und Kirchen untereinander als „authentischen und relevanten Beitrag zum Frieden in der Welt“[1015] beschrieben. Rannenberg (P2Ra1982) sprach sich dafür aus, auch den Friedenseinsatz und die Interaktion der ChristInnen mit dem Staat im Sinne der Friedfertigkeit zu gestalten. Diese sah er in einem zurückhaltenden und respektvollen Verhalten der ChristInnen gegenüber den politisch Verantwortlichen realisiert. Meckel (P3Meck1981) hingegen verstand die in der Bergpredigt honorierte Friedfertigkeit nicht als Abwesenheit von Kritik. Dies beschrieb er sogar als Fehleinschätzung von Friedfertigkeit. Somit schloss Meckel (P2Meck1981) gewaltfreie Kontroversen als Teil des Einigungsprozesses zwischen verschiedenen Parteien nicht aus, die auch friedlich beigelegt werden könnten. Gemeinsam mit Coblenz (P1Co1982) und Brand (P1Br1979, P2Br1980) sprach er sich in P3Meck1981 und P5Meck1983 für offenes Reden und Handeln im Sinne des Friedens aus. Dies beschrieb Meckel (P5Meck1983) – unter Bezugnahme auf Mt 12,34 – als natürliche Reaktion auf die Wahrnehmung von Friedensbedrohungen. Ähnlich begründete der stellvertretende Vorsitzende der KKL 1982 den Friedenseinsatz der Kirchen in der bedrohlichen Situation in der Welt: „Man kann, wenn man den Glauben an Gott ernst nimmt, die Verantwortung für den Weltfrieden nicht ausklammern.“[1016] Der BEK war für kritische Auseinandersetzung und Äußerungen durch die Kirchen und ihre Mitglieder eingetreten. Dass

[1014] Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag Bischof D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 150.

[1015] Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt. Vortrag von Bischof Dr. Dr. Werner Krusche in Chantilly, Frankreich am 11. April 1978 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 35.

[1016] Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 81.

eine Konfrontation als mögliche, natürliche Folge daraus erwachsen könnte, wurde, anders als bei Meckel, ausgeklammert. Es sind aber beim BEK Tendenzen erkennbar, diese zu vermeiden.

Darüber hinaus wurden von den Predigern Möglichkeiten der Realisierung des christlichen Friedenseinsatzes im Alltag aufgezeigt, wie z.B. die Friedenserziehung der eigenen Kinder und Enkel,[1017] die Nichtteilnahme an Wehrunterricht,[1018] die Verweigerung von Spenden für den Solidaritätsfonds,[1019] der Dialog,[1020] der Umgang mit Familie und NachbarInnen[1021] und der Umgang der ChristInnen miteinander[1022]. Meckel (P3Meck1981) forderte seine ZuhörerInnen dazu auf, sich selbst Gedanken zu Möglichkeiten des Friedenseinsatzes zu machen. Der dreieinige Gott wurde von Brand (P2Br1980), Meckel (P2Meck1981, P5Meck1983) und Rannenberg (P2Ra1982) als Kraftquelle und Hilfe für den eigenen Friedenseinsatz dargestellt.

Bewertung der Friedensdienlichkeit internationaler Gegebenheiten und Entwicklungen

Brand, Coblenz, Iskraut, Meckel und Rannenberg stellten die Situation in der Welt im Hinblick auf den Frieden übereinstimmend mit dem BEK als spannungsgeladen und bedrohlich dar.[1023] Dies wurde in den Predigten durch die Nennung von vergangenen oder laufenden Spannungen, von kriegerischen Auseinandersetzungen oder Konflikten verdeutlicht. Meckel (P4Meck1981_82) sprach im Einklang mit dem BEK von den verschärften internationalen Beziehungen im Jahr 1981, wobei er explizit auf das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR verwies. Brand (P2Br1980) thematisierte 1980 die Verhärtung der innerdeutschen Beziehungen. An kriegerischen Auseinandersetzung oder Konflikten wurden das Massaker von My Lai (P4Isk1981), der Bürgerkrieg in El Salvador (P4Isk1981, P3Meck1981), die Apartheid in Südafrika (P1Meck1980, P3Meck1981), allgemein Konflikte in Mittel- und Südamerika (P1Meck1980, P3Meck1981), der Krieg um die Falklandinseln (P1Co1982), der als Beispiel für die Absurdität einiger kriegerischer Auseinandersetzungen dient, der erste Golfkrieg (P2Br1980), der Militärputsch in Bolivien (P2Br1980), der Einmarsch in Afghanistan durch die UdSSR (P1Ra1980_81), der Krieg zwischen den PalästinenserInnen und den Israelis im Libanon (P2Meck1981) sowie die Ereignisse in der VR Polen (P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82) erwähnt. Damit wurde die Bedrohung des Friedens von den Predigern als ein globales Phänomen dargestellt. Der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan und die Ereignisse in der VR Polen hatten unmittelbare negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Ost und West sowie die Abrüstungsverhandlungen. Rannenberg (P1Ra1980_81) verwies auf den aus dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan resultierenden Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau durch den Westen. Die KKL und die Bundessynode äußerten sich zu den Vorgängen in Südafrika, zum Libanonkrieg und zum Krieg um die Falklandinseln, setzten sich aber mit anderen Aspekten der Konflikte auseinander als die Prediger. Die anderen Konflikte und Kriege fanden in den offiziellen Dokumenten des

[1017] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P2Br1980.
[1018] Vgl. P1Br1979, P2Br1980
[1019] Vgl. P1Br1979, P2Br1980.
[1020] Vgl. P2Meck1981.
[1021] Vgl. P3Meck1981.
[1022] Vgl. P2Ra1982.
[1023] Vgl. P1Isk1975, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982, P5Meck1983.

BEK keine Erwähnung.

Hinsichtlich der internationalen Abrüstungsverhandlungen kritisierten Brand (P2Br1980), Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82) und Coblenz (P1Co1982) im Einklang mit dem BEK das Wettrüsten und verwiesen auf die erhöhte Kriegsgefahr oder auf die drohende Vernichtung der gesamten Menschheit. Brand (P2Br1980) und Coblenz (P1Co1982) bezogen, entsprechend dem BEK, den Standpunkt, dass ein Mehr von Waffen nicht zur Steigerung der Sicherheit beitrüge. In P2Br1980 schwingt das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mit, das sich der BEK angeeignet hatte und wofür er eintrat. Rannenberg (P2Ra1982), Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82) und der BEK nahmen beide Blöcke hinsichtlich des Wettrüstens und der Abrüstung in die Pflicht. Rannnenberg (P2Ra1982) sprach sich konkret dagegen aus, einem der Blöcke allein die Verantwortung an der angespannten internationalen Lage zuzuweisen. Übereinstimmend mit dem BEK verurteilten Iskraut (P3Isk1979) und Meckel (P2Meck1981) die Argumentation beider Blöcke, aufgrund der Aggressivität und der Aufrüstung der Gegenseite selbst aufrüsten zu müssen. Die beiden Prediger plädierten implizit für einseitige Abrüstungsschritte; dafür hatte sich der BEK gemeinsam mit dem ÖRK offen ausgesprochen. Meckel zeigte sich in P2Meck1981 frustriert über die schleppenden Abrüstungsverhandlungen und führte dies auf die Unnachgiebigkeit beider Parteien zurück. Im Einklang mit dem BEK sprach er sich in P2Meck1981 für Dialog, vertrauensbildende Maßnahmen und friedliche Streitbeilegung auf internationaler sowie persönlicher Ebene aus. Des Weiteren äußerte sich Meckel (P2Meck1981) im August 1981 übereinstimmend mit dem BEK kritisch zur von Reagan angestrebten Fertigstellung der Neutronenbombe und beschrieb sie als Steigerung des Wettrüstens. Brand (P2Br1980) setzte sich, anders als der BEK, kritisch mit der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten auseinander. Dieser wollte im Gegensatz zu seinem um Frieden bemühten Vorgänger, Jimmy Carter, Rüstung und Aufrüstung wieder vorantreiben und ausbauen. Brand erwähnte die Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages und ordnete ihn gemeinsam mit dem BEK als friedensdienlich ein. Iskraut (P3Isk1979), Brand (P1Br1979), Meckel (P3Meck1981) und Coblenz (P1Co1982) nahmen wie der BEK kritisch auf die steigenden Rüstungsausgaben Bezug. So prangerten Meckel (P3Meck1981) und Coblenz (P1Co1982) im Übereinstimmung mit dem BEK die Verschwendung von Geldern und Ressourcen für Rüstung anstatt zur Behebung schwerwiegender Menschheitsprobleme an. Direkte Bezüge auf den NATO-Doppelbeschluss, die SS-20 Raketen, die UN-Vollversammlungen oder Abrüstungsmaßnahmen wie Nuclear Freeze oder atomwaffenfreie Zonen blieben in den Predigten aus. Auch kommentierte keiner der Prediger im Gegensatz zum BEK die Abrüstungsverhandlungen extensiv oder forderte die politisch Verantwortlichen explizit zum Vorantreiben der Abrüstungsverhandlungen auf.

Als positive internationale Entwicklungen hin zum Frieden führten die Prediger das Verbot von Kriegsspielzeug in Schweden, die zunehmende Anzahl an FriedensaktivistInnen in der Welt sowie die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen an.[1024] Iskraut (P3Isk1979) wertete zudem die Offenlegung und die kritische Auseinandersetzung mit Rüstungsausgaben als Ausdruck des Wunsches nach Veränderungen hin zum Frieden. Im Allgemeinen diagnostizierte er 1979 eine wachsende Erkenntnis, dass ein Kräftegleichgewicht und gegenseitige Angst voreinander langfristig keinen Krieg verhindern könnten. Er beschrieb diese Entwicklungen hin zu Frieden als im Sinne Gottes.

[1024] Vgl. P2Br1980, P3Meck1981, P4Meck1981_82.

Bewertung der Friedensdienlichkeit nationaler Gegebenheiten und Entwicklungen

Bezugnehmend auf die nationalen Gegebenheiten der Militarisierung der DDR-Gesellschaft sprachen sich Iskraut (P3Isk1979), Brand (P1Br1979) und Coblenz (P1Co1982) mit dem BEK für Friedenserziehung aus. Übereinstimmend mit dem Kirchenbund forderten Iskraut (P3Isk1979) und Brand (P1Br1979) die Gemeinden und die Familien dazu auf, die Friedenserziehung voranzutreiben. Brand (P1Br1979, P2Br1980) nahm vor allem die Kriegsgeneration in Ost- und Westdeutschland in die Pflicht, ihre Enkelkinder vor den Gefahren und den Leiden des Krieges zu warnen und sich offen gegen weitere Aufrüstung auszusprechen. Der BEK hatte die Passivität von Angehörigen der Kriegsgeneration im Hinblick auf Krieg, Wehrdienst und Wiederaufrüstung ebenfalls wahrgenommen und diese als Unterstützung für die Militarisierung der Ausbildung von Jugendlichen in der DDR gewertet. Brand (P2Br1980) verglich die Untätigkeit und Passivität der Kriegsgeneration überdies mit dem Verhalten der Mehrheit der Deutschen und ChristInnen im Dritten Reich. Durch ihre Auseinandersetzung mit friedensbedrohenden und friedensbewirkenden Entwicklungen und Ereignissen ermöglichten alle fünf Prediger den ZuhörerInnen, sich im Sinne der propagierten Friedenserziehung des BEK kritisch mit der Thematik auseinanderzusetzen und sich eine Meinung dazu zu bilden.[1025]

Mit dem Plädoyer für Friedenserziehung ging bei den Predigern und dem BEK die Missbilligung des Wehrunterrichts, der Zivilverteidigungsübungen und des (Ver-)Kaufs von Kriegsspielzeug in der DDR sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem Wehrdienst an der Waffe einher. Darüber hinaus wurden von Brand die Kriegsübungen bei der *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST) und der Solidaritätsfonds in der DDR missbilligt.

Während Coblenz (P1Co1982) allgemein die Existenz des Wehrunterrichts in der DDR kritisierte, verurteilten Brand (P1Br1979, P2Br1980) und Meckel (P3Meck1981) im Einklang mit dem BEK die Unterweisung der Jugendlichen im Waffengebrauch sowie die Vermittlung des Freund-Feind-Denkens im Allgemeinen und im Wehrunterricht im Speziellen. Brand (P1Br1979) hielt diesem wie Werner Krusche entgegen, dass allen Menschen das Böse innewohnte. Meckel (P3Meck1981) und Brand (P2Br1980) argumentierten stärker als der BEK mit der Autorität Gottes gegen den Wehrunterricht und damit eher theologisch. So beschrieb Meckel (P2Meck1981) den Wehrunterricht und die Zivilverteidigungsübungen als widersprüchlich zum Friedenswillen Gottes; Brand (P2Br1980) charaktisierte die Verweigerung von Wehrunterricht und Wehrdienst als Handeln nach dem Willen Gottes. Der BEK hatte sich in seiner Argumentation gegen den Wehrunterricht vor allem kritisch auf die Auswirkungen seiner Einführung auf die internationalen Gegebenheiten bezogen. Hinsichtlich der Teilnahme am Wehrunterricht forderte Brand (P1Br1979, P2Br1980) christliche Eltern explizit dazu auf, von der Teilnahme ihrer Kinder am Wehrunterricht abzusehen. Gleichzeitig bedauerte er 1980 die geringe Zahl an NichtteilnehmerInnen des Wehrunterrichts. Während er in P1Br1979 auf daraus resultierende mögliche Nachteile in der Schule verwies, bezog er sich in P2Br1980 auf das Versprechen des Staates gegenüber dem BEK und seinen Gliedkirchen, dass aus der Nichtteilnahme am Wehrunterricht keine Nachteile erwachsen sollten. Auf Rückfrage betonte er, dass er in der Teilnahme an der Zivilverteidigungsübung statt der Wehrausbildung

[1025] Vgl. P3Isk1979, P2Br1980, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983.

keine Benachteiligung sah.[1026] Brand (P1Br1979, P2Br1980) wagte sich damit wesentlich weiter vor als der BEK. Dieser hatte die problematischen Aspekte des Wehrunterrichts aufgezeigt und die Nichtteilnahme als mögliche Reaktion dargestellt, er hatte aber niemals zur Verweigerung der Teilnahme aufgerufen. Wie Meckel (P3Meck1981) überließ er es den Mitgliedern, ihre Entscheidung nach der Darstellung der Zusammenhänge und der Einschätzung des BEK selbst zu fällen. Brand (P1Br1979, P2Br1980), Meckel (P3Meck1981) und Coblenz (P1Co1982) deuteten mit ihren Ausführungen implizit an, was der BEK deutlich formulierte, nämlich, dass der Wehrunterricht als dem Frieden nicht dienlich angesehen wurde.

Brand (P2Br1980) und Meckel (P3Meck1981, P5Meck1983) standen den Zivilverteidigungsübungen im Einklang mit dem BEK kritisch gegenüber. In P3Meck1981 und P5Meck1983 beschrieb Meckel die Zivilverteidigung im Rahmen des Wehrunterrichts oder in Form von Übungen in Städten und Gemeinden als eine Bagatellisierung des (Atom-)Krieges durch angebliche Schutz- und Heilungsmöglichkeiten und vertrat damit den Standpunkt des BEK. Beide forderten vom Staat eine angemessene Informationsweitergabe zu (Atom-)Kriegsfolgen an die BürgerInnen der DDR in Schule und Gesellschaft. Diese Aufforderung ging mit der Kritik einher, dass aus dem Erkennen der Gefahren keine Verhaltensänderung resultierte. Meckel zeigte den Widerspruch zwischen der staatlichen Erkenntnis der dramatischen Folgen eines Atomschlages und der Verharmlosung der Folgen eines Atomkriegs in Schule und Gesellschaft durch den Verweis auf einen Artikel des *Neuen Deutschlands* anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs von Hiroshima auf, die KKL belegte diese Differenz 1982 anhand von „Grundsatzerklärungen führender Politiker der Staaten des Warschauer Vertrages“[1027]. Brand (P2Br1980) wies darauf hin, dass diese Übungen eines Kriegsfalles im Ernstfall den Tod vieler Menschen bedeuteten. Er weitete seine Kritik auf die Kriegsübungen der GST aus und zeigte sich schockiert darüber, dass Kinder und Jugendliche bei der GST und im Privaten gerne Krieg spielten. Entsprechend stellte Meckel (P5Meck1983) fest, dass bei den Übungen des Kriegsfalles in Ost und West die möglichen Millionen Toten als selbstverständlich einkalkuliert würden. Brands Gemeinde in Waldenburg hatte im Sommer 1980 eine Friedenswoche veranstaltet und damit eine Alternative zur zeitgleich stattfindenden Zivilverteidigungsübung in Waldenburg angeboten.

Hinsichtlich des Wehrdienstes an der Waffe übten Brand (P2Br1980) und Meckel (P2Meck1981) als Totalverweigerer Kritik an dem auch in der DDR propagierten Männerbild, das den Umgang mit der Waffe als Ausdruck von Männlichkeit betrachtete. Indem Brand (P2Br1980) Soldaten als „Hampelmänner“[1028] bezeichnete, griff er auch den Wehrdienst im Allgemeinen an. Beide Prediger skizzierten ein alternatives Männerbild, in dem sie die Fähigkeit, kritische Zusammenhänge zu hinterfragen sowie sich für Versöhnung und friedliche Streitbeilegung einzusetzen, als männliche Attribute beschrieben. Diese wären viel schwieriger zu leben und daher anerkennenswerter. Der BEK hatte ebenfalls für ein Umdenken im Hinblick auf das Bild von Krieg und Soldatentum als Abenteuer sowie für eine realistische Darstellung des Dienstes an der Waffe votiert.

Darüber hinaus setzte sich Brand (P1Br1979, P2Br1980) kritisch mit den Solidaritätsbasaren und dem

[1026] Vgl. Anmerkungen Brands zu P2Br1980 (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.
[1027] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 108.
[1028] P2Br1980.

Solidaritätsfonds auseinander. Er klärte die ZuhörerInnen über den Einsatz der Gelder des Solidaritätsfonds der DDR auch für den Kauf von Waffen für andere Länder auf. Brand prangerte die Begründung einer gewaltsamen Verwirklichung menschlicher Ideologien mit dem Streben nach dem Wohl der Menschen an. Er sah darin eine Unterstützung kriegerischer Handlungen in der Welt durch die DDR gegeben. Deshalb forderte er dazu auf, nicht für diesen Fonds zu spenden. Während der BEK nicht auf den Solidaritätsfonds Bezug nahm, fanden die Unterschriftenaktion der *Nationalen Front*, das Wehrdienstgesetz und der Bausoldatendienst in den Predigten keine Erwähnung.

Neben aller Kritik wurden auch nationale Entwicklungen hin zum Frieden positiv wahrgenommen. Wie der BEK befürwortete Meckel (P3Meck1981) die Initiative des Sozialen Friedensdienstes. Während Rannenberg (P2Ra1982) die FriedensaktivistInnen in der BRD und der DDR nur erwähnte, begrüßte Meckel (P3Meck1981, P4Meck1981_82) ganz allgemein die zunehmende Zahl der FriedensaktivistInnen in der DDR wie im Westen und würdigte die Unterstützung der Friedensbewegung im Westen durch die Kirche. In P4Meck1981_82 beschrieb er die Erstarkung der Friedensbewegung als „Zeichen der Hoffnung“[1029], da sie sich informiert, mit unabhängigem Standpunkt an der Friedensdebatte beteiligte. In seinen Predigtausführungen dienten die FriedensaktivitInnen als Vorbild für Friedensengagment. Die Bundessynode würdigte durch die Aneignung einer Erklärung des *Zentralausschusses des ÖRK* 1981 das Engagement von FriedensaktivistInnen in aller Welt als im Sinne des Evangeliums.

Bewegung Schwerter zu Pflugscharen

Die Positionierungen von Coblenz (P1Co1982) und Rannenberg (P2Ra1982) zur Bewegung Schwerter zu Pflugscharen weisen Argumente des BEK auf, sie kommen aber zu vom BEK abweichenden Einschätzungen der aus der Bewegung resultierenden Entwicklungen.

Coblenz (P1Co1982) würdigte Anfang Mai das Aufnähersymbol und die Bewegung im Einklang mit dem BEK als Ausdruck der Friedenshoffnung der ChristInnen. Damit schwächte er den staatlichen Vorwurf der Staatsfeindlichkeit und der bewussten Provokation ab. Die mit der Aktion einhergehende Kritik an der Friedenspolitik der DDR und der Militarisierung der DDR blieb bei Coblenz und beim BEK unerwähnt. Coblenz beschrieb das Vorgehen der staatlichen Organe gegen die AufnäherträgerInnen übereinstimmend mit dem BEK als Resultat einer Fehleinschätzung des Staates. Damit übte Coblenz implizit Kritik an diesem Vorgehen und machte den Staat für die Eskalation verantwortlich. Er forderte die ChristInnen dazu auf, sich von staatlicher Gegenwehr nicht anschrecken zu lassen, sondern trotzdem weiterhin ihre Meinung offen zu bekunden. Der Prophet Micha diente in Coblenz' Predigt diesbezüglich als Vorbild. Trotz der Auseinandersetzungen mit dem Staat hielt der Prediger an seiner positiven Einschätzung der Bewegung fest.

Rannenberg (P2Ra1982) beschrieb die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen als öffentlichen Impuls für die Friedensauseinandersetzungen. Gleichzeitig verwies er aber darauf, dass der Staat die AufnäherträgerInnen als oppositionell verstand. Dies ließ ihn die Frage aufwerfen, ob die Aufnäherbewegung dem Frieden diente und im Einklang mit dem von ChristInnen geforderten, friedfertigen und gewaltlo-

[1029] P4Meck1981_82.

sen Verhalten zu bringen wäre. Er sprach sich gegen ein Vorgehen gegen die eigene Regierung aus und forderte stattdessen zur Interaktion mit ihr auf. Damit stellte er im Gegensatz zu Coblenz (P1Co1982) und zum BEK die staatskritische Haltung der AufnäherträgerInnen besonders heraus. Das Vorgehen der staatlichen Organe gegen die AufnäherträgerInnen wurde von Rannenberg (P2Ra1982) als Resultat der Wahl des falschen Mittels durch die FriedensaktivistInnen beschrieben. Er ging, obwohl er Mi 4,3 als „zukunftsweisende[s] Wort“[1030] bezeichnete, in seinen Ausführungen Ende Mai und damit früher als der BEK auf Distanz zur Bewegung. Er setzte die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen in Relation zu Friedensinitiativen in der BRD, den Pfingstmärschen, und denen der FDJ. Dabei beanstandete er deren einseitiges Vorgehen, nur einen der beiden Blöcke für das Wettrüsten verantwortlich zu machen. Rannenbergs (P2Ra1982) Aufforderung dazu, den christlichen Friedenseinsatz anders zu realisieren, spiegelt den Standpunkt wider, den die KKL ab Juni gegenüber der Aufnäherbewegung vertrat. Beide wollten zwischen Kirche und Staat wieder friedliche Verhältnisse hergestellt sehen. Implizit stellte Rannenberg, genauso wie der BEK, die Friedensdienlichkeit der Aufnäherbewegung in Frage. Rannenberg bezog seine Position nicht offen, sondern brachte sie durch kritische Fragen zum Ausdruck.

Während der BEK in anderen Zusammenhängen wie Coblenz (P1Co1982) offen für Gesellschaftskritik und politisches Engagement von christlichen Kreisen trotz Gegenwind von staatlicher Seite plädiert hatte, widerspricht das Abrücken der KKL von der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen im Juni 1982 der Fürsprache für ein offenes Bekenntnis. Man wollte eine weitere Verschärfung des Konflikts vermeiden.

2.25.2 KSZE-Prozess

Der KSZE-Prozess wurde von Iskraut (P3Isk1979), Brand (P2Br1980) und dem BEK im Hinblick auf seine positiven Auswirkungen auf die Entwicklungen hin zu Frieden und Abrüstung bewertet und eingeordnet. Der BEK bezeichnete die *Schlussakte von Helsinki* im Einklang mit dem ÖRK als „Zeichen der Hoffnung“[1031]. Iskraut (P3Isk1979) beschrieb die *Schlussakte von Helsinki* als politische Realisierung des in Mi 4,1-5 zur Ausdruck gebrachten Traums vom absoluten Frieden. Die Inhalte der Bibelstelle und die Einigungen der *Schlussakte von Helsinki* weisen viele Ähnlichkeiten auf. Der einzige Unterschied, den auch Iskraut im Einklang mit dem BEK aufzeigte, war, dass absoluter Frieden nur in Gottes Reich realisiert werden konnte. Wie von der *Schlussakte von Helsinki* angestrebt, konnte auch aus christlicher Sicht nur auf die Verringerung des Krieges in der Welt hingearbeitet werden. Da Iskraut (P3Isk1979) Träume als notwendig für reale Veränderungen ansah, diente die *Schlussakte von Helsinki* als Beispiel für bereits durch den Traum vom absoluten Frieden bewirkte Veränderungen in der Welt. Die Verbindung der

[1030] P2Ra1982.

[1031] Gedanken zum Thema „Abrüstung“. Gesprächsbeitrag D. Dr. Schönherrs bei der Begegnung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und des Präsidiums der Synode des BEK mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Botschafter Bock vom Außenministerium vom 8. April 1976 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 150; Schreiben des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zum Abkommen von Helsinki vom 14. Mai 1976 in: aaO, 153; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: aaO, 199; Gemeinsame Erklärung von Vertretern des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Belgrad über die Auswirkungen der Helsinki-Schlußakte auf die Signatarstaaten von 8. Dezember 1977 in: aaO, 231; Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Dr. Schönherr, an den Ministerpräsidenten Willi Stoph, betr. 5. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vom 4. August 1980 in: aaO, 352.

Schlussakte von Helsinki mit dem Traum des Micha kommt beim BEK nicht vor, dennoch bestehen hinsichtlich der Bewertung große Ähnlichkeiten. Wie der BEK verstand Iskraut (P3Isk1979) die *Schlussakte von Helsinki* als Dokumentation der Einsicht, dass das ständige Wettrüsten langfristig keine Sicherheit garantiert.

Brand (P2Br1980) nahm im November 1980 Bezug auf die angespannten Verhältnisse in der Welt und verwies auf die daraus resultierenden Anlaufschwierigkeiten des KSZE-Folgetreffens in Madrid. Er ordnete die Verhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses den Bestrebungen nach Frieden und Abrüstung zu. Der BEK hob wie Brand (P2Br1980) die Bedeutung des KSZE-Folgetreffens in Madrid für die Fortführung der Abrüstungsverhandlungen hervor, das Vorbereitungstreffen bzw. die schwierige Planung des Treffens kommentierte er aber nicht.

2.25.3 Umweltverschmutzung in der DDR und Umweltschutzengagement

Pfarrer Brand (P1Br1979, P3Br1982) und Pfarrer Meckel (P5Meck1983) befassen sich mit der Umweltverschmutzung und ihren Auswirkungen in der DDR.

Mit Brands (P1Br1979) Verweis auf das durch den Schwefeldioxidausstoß von Industrieanlagen verursachte Waldsterben im Erzgebirge nahm er die Lebensumstände der Gemeinde in Cranzahl als Adressatin der Predigt in seine Ausführungen auf. Anders als der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* des BEK übte Brand keine direkte Kritik an der Wirtschaftspolitik der DDR oder forderte deren ökologischere Ausrichtung ein. Indem er die Menschen tadelte, die diese Fabriken bauten und dadurch das Waldsterben hervorriefen, prangerte er aber implizit an, dass der Staat die wirtschaftliche Weiterentwicklung höher gewichtete als die daraus resultierenden ökologischen Folgen für Mensch und Natur. Nach Brand könnte die bzw. der Einzelne nur wenig gegen das Waldsterben tun. Damit schrieb er die Verantwortung ganz klar den FabrikbetreiberInnen, d.h. dem Staat, zu. Trotzdem forderte er die GottesdienstbesucherInnen zum Umweltengagement auf und schlug als Einsatzbereich den verantwortungsvollen Umgang mit dem eigenen Müll vor. Brand erinnerte die Anwesenden in seiner Predigt an den Willen Gottes hinsichtlich des menschlichen Umgangs mit der Schöpfung und forderte zum Handeln in der Welt in diesem Sinne auf. Die ChristInnen sollten daran mitwirken, dass die Gegebenheiten in der Welt sich der göttlichen Schöpfung in ihrer ursprünglich gedachten Form annähern.

In seiner Erntedankpredigt (P3Br1982) thematisierte Brand Ernte im irdischen Sinne und, resultierend aus der Bibelstelle Jes 9,1+2a, verstanden als das jüngste Gericht. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der Ernte 1982 behandelte er wie die Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* 1978 die Auswirkungen der Überdüngung in der Landwirtschaft und in Privatgärten, die daraus resultierende abnehmende Bodenqualität sowie die Ablagerung dieser chemischen Stoffe in den Pflanzen und Früchten. Infolgedessen beschrieb es Brand als noch größeres Wunder, dass 1982 wieder eine gute Ernte eingefahren wurde, und wertete diese als Zeichen von Gottes Existenz und Fürsorge (*creatio continua*). Der Mensch wurde als auf den Schöpfer angewiesen dargestellt. Während die Ernte im Sinne des Jüngsten Gerichts am Ende der Welt als freudiges Ereignis beschrieben wurde, wurden die Zukunftsaussichten in der Welt 1982 hingegen, auch aufgrund der umfassenden Boden-, Luft- und Wasserverschmutzung, düster dargestellt. Die Hoffnung auf das Reich Gottes befreite nach Brand von der Angst in der Welt und ermöglichte den

dortigen Einsatz der ChristInnen im Sinne Gottes.

Die in P1Br1979 und P3Br1982 angeführte theologische Begründung für den Umwelteinsatz hat viele Überschneidungspunkte mit der Argumentation des BEK. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* untermauerte den Aufruf zum Umweltschutz mit der aus Gen 1,28 resultierenden Verantwortung des Menschen für die Schöpfung (Kulturauftrag). Ähnlich beschrieb der BEK zusammen mit der ROK die ChristInnen als „Haushalter des Lebens auf der Erde“[1032]. Die KKL verstand den Umwelteinsatz von ChristInnen als Realisierung der „Praxis unseres Schöpfungsglaubens und unserer christlichen Hoffnung für die Zukunft der Schöpfung“[1033]. Brand (P1Br1979) bezeichnete die Umweltverschmutzung darüber hinaus als Ausdruck des Ungehorsams des Menschen gegenüber Gott wider besseren Wissens und als Gefährdung des Wohls der Menschheit.

Markus Meckel (P5Meck1983) diente Lk 19,36-44 als Ausgangspunkt, um darüber nachzudenken, wie die Zerstörung der Welt abzuwenden wäre. Wie der BEK ordnete er das Umweltengagement aufgrund eines positiven Friedensbegriffs dem Einsatz für Frieden zu. Meckel (P5Meck1983) beschrieb den Menschen als Teil der Natur und wies, wie Brand (P1Br1979) und der BEK, auf die Gefahr der menschlichen Selbstzerstörung durch Umweltverschmutzung hin. Im Gegensatz zum BEK deutete Meckel die erschwerten Bedingungen des Umwelteinsatzes in der DDR-Gesellschaft an. Wegen der umweltbedrohenden Nebeneffekte der Fleischproduktion in der Landwirtschaft schlug er als eine Einsatzmöglichkeit für den Umweltschutz die Reduktion des Fleischkonsums vor. Damit spielte er auf die auch von der Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* 1978 dargestellte Problematik der Überdüngung des Bodens aufgrund der massenhaft anfallenden Gülle durch die Tiergroßbetriebe in der DDR an. Die Konsultation forderte diesbezüglich technische Neuerungen. Der Fleischkonsum selbst wurde von ihr nicht thematisiert, es wurde nur allgemein zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des eigenen Konsumverhaltens auf die andere Menschen in der Welt und die Natur aufgefordert. Meckel zeigte mit seinem Bezug auf die Fleischproduktion die Wechselwirkungen von Konsum und Umweltverschmutzung auf.

Die beiden Prediger forderten im Einklang mit dem BEK und der Ökumene zu einem umweltfreundlicheren Lebensstil der bzw. des Einzelnen und zum Einsatz für den Umweltschutz auf. Im Gegensatz zum BEK machten Brand (P1Br1979, P3Br1982) und Meckel (P5Meck1983) konkrete Vorschläge, was einen ökologischen Lebensstil ausmachen könnte: Mülltrennung, verantwortungsvoller Umgang mit Dünger im eigenen Garten, Reduzierung des Fleischkonsums. Die Predigtausführungen sind stark handlungsorientiert und konkretisieren den vom BEK geforderten umweltfreundlichen Lebensstil und die geäußerte Konsumkritik. Die Umweltbelastungen durch Industrie und Landwirtschaft wurden in den Predigten zwar angesprochen. Anders als der BEK forderten die Prediger aber keine konkreten Änderungen durch den Staat in diesen Bereichen ein; dies schwingt nur unterschwellig mit.

[1032] Kommuniqué über das dritte theologische Gespräch zwischen Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Oktober 1978, Kiew in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 75.

[1033] 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70.

2.25.4 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte

Meckel setzte sich in P1Meck1980 intensiv mit göttlicher und weltlicher Freiheit auseinander. Das Streben der Menschen nach Freiheit machte Meckel durch den Verweis auf verschiedene Freiheitsbestrebungen, -bewegungen und -vorstellungen in Vergangenheit und Gegenwart deutlich. Implizit beschrieb Meckel Freiheit 1980 als Völker- und Menschenrecht. Als eine Freiheitsvorstellung thematisierte Meckel den Wunsch vieler DDR-BürgerInnen nach Reisefreiheit, wies damit im Einklang mit dem BEK auf die Defizite in diesem Bereich in der DDR hin, forderte aber vom Staat explizit keine Änderung. Auch der Staat der DDR wurde von Meckel aufgrund fehlender politischer und wirtschaftlicher Autonomie implizit als unfrei beschrieben. Des Weiteren setzte er sich kritisch mit der in den Schulen der DDR propagierten Freiheitsvorstellung von Friedrich Engels auseinander: „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit."[1034] Einerseits hinterfragte er, ob mit der Tat des Notwendigen wirklich Freiheit vorläge. Andererseits belegte er unter Verweis auf die Vergangenheit, dass das als notwendig Erachtete von historischen und weltanschaulichen Gegebenheiten abhängig und somit ständigem Wandel unterworfen wäre. Er plädierte dafür, Freiheitsbestrebungen und Freiheitsvorstellungen daraufhin zu prüfen, ob sie im Sinne Gottes dem Menschen dienten. Folglich stellte er ihnen das christlich-theologische Verständnis von Freiheit gegenüber.

In Übereinstimmung mit Brand (P2Br1980) und Coblenz (P1Co1982) beschrieb es Meckel (P1Meck1980, P4Meck1981_82) als Wille Gottes, dass Menschen in Freiheit und Gerechtigkeit leben. Deshalb hätte er ihnen die Freiheit geschenkt. Brand (P2Br1980) und Meckel (P1Meck1980) riefen explizit zum Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit auf. Brand (P2Br1980) begründete dies gemeinsam mit dem BEK mit der Liebe Gottes für alle Menschen. Die geschenkte Freiheit Gottes unterschiede sich laut Meckel (P1Meck1980) dadurch, dass die von Gott zugesprochene Freiheit allen Menschen Selbstbestimmung ermöglichte. Nicht die Freiheit der bzw. des Einzelnen oder bestimmter Gruppen stand somit im Vordergrund, sondern die Freiheit aller. Die Freiheit könnte eigenständig begrenzt werden, eine Grenze der eigenen Freiheit stellte aber in jedem Fall die Freiheit des anderen dar. Dementsprechend müssten die betroffenen Menschen dialogisch in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Die Menschenrechtsdebatte im Rahmen des BEK und des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* war von den Begriffen Freiheit und Gerechtigkeit geprägt und weist vor allem mit der Argumentation Meckels (P1Meck1980) viele Übereinstimmungen auf. Die KKL, die *ad-hoc-Gruppe Menschenrechte* des BEK und die Nordeuropäische Konsultation des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* untermauerten ihren Aufruf zum Einsatz für Menschrechte theologisch ebenfalls mit der „Gleichwertigkeit aller Menschen"[1035] vor Gott und der Befreiung aller Menschen durch Jesus Christus. Wie Meckel sprachen die *ad-hoc-Gruppe*

[1034] ENGELS: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 106.

[1035] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 261; vgl. auch aaO, 259, 262; Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung", Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Bundessynode 1970 zitiert nach Auszug aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Dessau 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 315; Helmut Zeddies: Probleme und Ergebnisse der Menschenrechtskonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1974 in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 36; Gemeinsame Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des BEK in der DDR: Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte in: aaO, 49; Günter Krusche: Menschenrechte in theologischer Perspektive in: aaO, 64; Joachim Garstecki: Theologische Gesichtspunkte zu den Menschenrechten in: aaO, 77.

Menschenrechte, die KKL und andere Vertreter des BEK sowie die Nordeuropäische Konsultation des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* hinsichtlich des Einsatzes für Menschenrechte von deren Wahrnehmung als „Rechte des anderen“[1036]. Der Aufruf zum Einsatz für Menschenrechte wurde immer auch global gedacht und ging deshalb mit dem Aufruf für Weltgerechtigkeit einher. Meckel (P1Meck1980) bezog den Einsatz für Rechte und Freiheiten deutlicher als der BEK auf die Gesellschaft der DDR und formulierte seine Aufforderung zum Einsatz wesentlich schärfer. Es ging ihm neben Zustimmung zu gesellschaftspolitischen Gegebenheiten auch um Kritik an den Missständen. Im Sinne der Vielschichtigkeit des göttlichen Friedens identifizierte Meckel (P2Meck1981) die Unterdrückung anderer Meinungen als Friedensbedrohung. In P1Meck1980 beschrieb er den Einsatz für Freiheit als Kampf und forderte zur Hinnahme von Nachteilen für die eigene Person auf. Als Leitbild diente das Leben Jesu Christi. Von Meckel und Brand wurde zur Nachfolge in (Nächsten-)Liebe, Toleranz und Gerechtigkeit gegenüber den Mitmenschen bei Hinnahme von Leid aufgerufen.[1037] Dabei ginge es aber nicht nur um die Ausdehnung der eigenen Freiheit, sondern auch um die der MitbürgerInnen und Mitmenschen. Im Bezug auf die Mitmenschen in der eigenen Gesellschaft wurden beispielhaft die NachbarInnen (P1Br1979) und Homosexuelle (P5Meck1983) angeführt. Bei Meckel wurden die Anwesenden des Beistandes Gottes im Einsatz für Freiheit vergewissert. Er deklarierte den Einsatz als im Sinne Gottes, den er unter Bezugnahme auf 2. Kor 3,17 als Freiheit bezeichnete.

2.25.5 Erhöhung des Mindestumtauschs

Brand (P2Br1980) und Rannneberg (P1Ra1980_81) beschrieben im Einklang mit dem BEK die Erhöhung des Mindestumtauschs als Belastung für innerdeutsche Begegnungen und internationale Entspannungsbemühungen. Brand schloss sich in seinen Predigtausführungen explizit der Stellungnahme der Kirche zu dieser Thematik an. Er verurteilte die Entscheidung des SED-Regimes aber schärfer als der BEK und Rannenberg. So sah er die Behinderung von Begegnungen nicht als Resultat der Mindestumtauscherhöhung an, sondern bezichtigte den SED-Staat, mit der Maßnahme darauf abgezielt zu haben. Darüber hinaus nutzte Brand den deutlich negativer konnotierten Begriff der Zwangsumtauschregelung. Diesen hatte der Staatssekretär für Kirchenfragen als westdeutsch geprägt angesehen. Indem Brand auf den Einsatz und das Streben Jesu Christi nach mehr Menschlichkeit in der Welt verwies und die Erhöhung des Mindestumtauschs als unmenschlich bezeichnete, beschrieb er die Maßnahme sogar als widersprüchlich zur Liebe Gottes für alle Menschen, der von Jesus praktizierten Nächstenliebe und der Versöhnung. Damit argumentierte er, anders als der BEK, theologisch gegen die Erhöhung des Mindestumtauschs. Der BEK hatte seinen kritischen Standpunkt vor allem mit Verweis auf die negativen Auswirkungen der Maßnahme auf die BürgerInnen der DDR und der BRD sowie auf die international angespannte Lage untermauert.

[1036] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 263; vgl. auch aaO, 266; Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: LEWEK u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 4; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 22; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 52; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22.

[1037] Vgl. P3Meck1981, P1Br1979, P2Br1980, P5Meck1983.

Im Gegensatz zum BEK wurde weder von Brand noch von Rannenberg explizit ein Überdenken der Neuregelung durch den Staat gefordert. Die Prediger nahmen die Erhöhung des Mindestumtauschs und ihre Folgen als Lebensbedingung der ZuhörerInnen wahr und bewerteten sie negativ.

2.25.6 Christliches Leben in der sozialistischen Gesellschaft der DDR

Wie der BEK nahmen alle fünf Prediger in ihren Predigten ihre ZuhörerInnen in ihrer Lebensumwelt wahr und setzten sich mit den Auswirkungen der atheistischen Ausrichtung des Staates auf die Lebensumstände der ChristInnen in der DDR auseinander.

Iskraut (P4Isk1981), Meckel (P2Meck1981) und Rannenberg (P2Ra1982) thematisierten die Minderheitensituation der ChristInnen in der DDR. Während Iskraut (P4Isk1981) und Meckel (P2Meck1981) diesen Zustand als bedrückend für die Gläubigen beschrieben, sah der BEK vor allem das Zeugnis der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR durch den stetigen Mitgliederschwund gefährdet. Im Sinne der Seelsorge vergewisserten die Prediger die Anwesenden in der Minderheitensituation der Liebe, Nähe und Hilfe Gottes und machten ihnen Hoffnung. So sah Rannenberg (P2Ra1982) z.B. keinen negativen Einfluss der atheistischen Lebensumwelt auf die Möglichkeit eines Lebens im Sinne Gottes.

Die kommunistische Erziehung sowie die damit einhergehende Benachteiligung von christlichen Kindern und Jugendlichen im Bildungswesen war ein Thema, mit dem sich der BEK durchgängig auseinandersetzte. Möglichen Folge einer Verweigerung der Teilnahme an der Jugendweihe und der Mitgliedschaft bei den Kinder- und Jugendorganisationen aus religiösen Gründen für die schulische und berufliche Karriere bildeten den Hintergrund von Iskrauts Taufpredigt P4Isk1981. Aufgrund möglicher sozialer Anfeindung und Ausgrenzung vergewisserte Iskraut den Täufling in der Predigt in aller Deutlichkeit ihrer Zugehörigkeit zur Gemeinde.

Die schwierige Situation der ChristInnen in der DDR ließ beim BEK und bei den Predigern die Frage aufkommen, wie der Glaube in der DDR unter diesen Umständen praktiziert und gelebt werden könnte und sollte. Gemeinschaftlich sprachen sie sich gegen den Rückzug der ChristInnen in den Kult oder die christliche Gemeinschaft zum Zwecke der Selbsterhaltung, gegen eine absolute Assimilation sowie gegen eine generelle Ablehnung des Systems aus.[1038] Im Gegenzug plädierten der BEK und die Prediger für das Wirken der ChristInnen im Sinne Gottes in der Gesellschaft der DDR.[1039] Iskraut (P4Isk1981) beschrieb im Einklang mit dem BEK die Existenz der ChristInnen in der DDR als gottgewollt und forderte dementsprechnd zur Übernahme von Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft im Sinne Gottes auf. Wie seitens des BEK wurden die ChristInnen von Iskraut, Brand, Meckel, Rannenberg und Coblenz explizit zum Einsatz für den Frieden,[1040] für den Umweltschutz[1041] sowie für Freiheit und Gerechtigkeit aufgerufen.[1042] Begründet wurde dieser Aufruf in den Predigten mit dem Zeugnis und Bekenntnis des

[1038] Vgl. P1Br1979, P4Isk1981, P2Meck1981.
[1039] Vgl. P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983.
[1040] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P2Ra1982, P1Co1982 und P5Meck1983.
[1041] Vgl. P1Br1979, P3Br1982, P5Meck1983.
[1042] Vgl. P1Meck1980, P3Meck1981, P5Meck1983.

Glaubens in der Welt[1043] sowie mit der Nachfolge Jesu Christi[1044]. Der BEK sah die Aufgaben von Kirche und ChristInnen darüber hinaus im Dienst in und an der Welt. Im Sinne der göttlichen Fürsorge forderten die Prediger die ChristInnen dazu auf, entweder Gott für den persönlichen Einsatz in der Welt um Mut und Kraft bitten[1045] oder ihnen wurde die Hilfe, der Beistand und die Macht Gottes zugesagt.[1046]

Hinsichtlich des politischen Engagements der ChristInnen betonten Meckel (P5Meck1983) und Brand (P2Br1980), dass sich ChristInnen als Teil der Glaubensauslebung (politisch) positionieren müssten, um nicht automatisch als BefürworterInnen der politisch Verantwortlichen und deren Handelns angesehen zu werden. Die KKL und ihr Vorsitzender forderten ebenfalls zu einem gesellschaftpolitischen Engagement auf. Laut BEK sollten die ChristInnen alle Lebensbereiche in den Dienst des Glaubens stellen und somit umfassend im Sinne Gottes handeln. Von 1978 bis 1983 stand in den Stellungnahmen des BEK vor allem das politische Friedensengagement im Vordergrund und wurde von den Kirchen und den ChristInnen verschiedentlich eingefordert. Wie der BEK wollte Meckel (P5Meck1983) die politische Rede nicht allein den politisch Verantwortlichen überlassen. Anders als bei Rannenberg (P2Ra1982) beinhaltete dies für Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981, P5Meck1983), bei allem Respekt für die Nächste bzw. den Nächsten im Eintreten für den Willen Gottes, auch die Inkaufnahme von gewaltfreien Kontroversen und Konflikten. Nach Rannenberg (P2Ra1982) sollten die ChristInnen vor allem in alle Richtungen sprechen und nicht nur andere oder die eigenen politisch Verantwortlichen in die Pflicht nehmen.

Meckel (P5Meck1983) und Brand (P1Br1979, P2Br1980) erwähnten wie die KKL 1980 die Angst vieler DDR-BürgerInnen vor Nachteilen oder Isolation, die sie davon abhielte, offen kritisch Position zu beziehen. Während der BEK die staatliche Behandlung von SystemkritikerInnen in der DDR-Gesellschaft von 1978 bis 1983 nicht ausdrücklich darstellte, verurteilte Iskraut (P2Isk1978) den staatlichen Umgang mit kritischen Stimmen sowohl in der DDR als auch in der BRD. In beiden deutschen Staaten würden sie nur als VerfechterInnen der anderen Ideologie bzw. Weltanschauung gebrandmarkt und dementsprechend nicht gehört. Somit plädierte er implizit dafür, kritische Stimmen ernstzunehmen.

Trotz der Angst vieler DDR-BürgerInnen forderten Brand (P1Br1979, P2Br1980), Meckel (P1Meck1980, P3Meck1981, P5Meck1983) und Coblenz (P1Co1982) zur offenen Rede und gemeinsam mit Iskraut (P1Isk1975, P3Isk1979) zur Erduldung von Nachteilen für den Einsatz im Sinne Gottes in der Welt auf. Als Vorbilder dienten christliche Widerstandskämpfer zur NS-Zeit oder Propheten.[1047] Die KKL beschrieb es als befreiend, die eigene Meinung offen aussprechen zu können. Viele Menschen würden diese Wirkung erkennen und nähmen für das Ausleben des eigenen Glaubens Nachteile in Kauf. Der BEK wollte sich die Möglichkeit der Kritik am Staat offen halten und sprach hinsichtlich des eigenen Friedensengagements davon, staatliche Fehlinterpretationen des kirchlichen Redens und Handelns hinnehmen zu müssen. Der Dialog wurde immer wieder als Mittel der Wahl für den Austausch mit dem Staat und für die Klärung von Differenzen propagiert. Damit plädierte der BEK insgesamt für einen sehr offenen und kritischen Umgang mit dem Staat. Zurückhaltende oder nachsichtige Stellungnahmen, wie z.B. die einiger Vertreter des BEK zur Realisierung der Menschenrechte, sowie das disziplinierende Verhalten des

[1043] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P2Br1980.
[1044] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P2Br1980, P4Isk1981, P1Co1982, P5Meck1983
[1045] Vgl. P2Br1980, P2Meck1981, P2Ra1982.
[1046] Vgl. P2Br1980, P4Isk1981, P4Meck1981_82.
[1047] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P1Co1982.

BEK und seiner Gliedkirchen gegenüber den Basisgruppen und gegenüber der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen, weichen jedoch von dieser Haltung ab.

2.25.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges

Anlässlich des 30. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges setzte sich Iskraut (P1Isk1975) am 8. Mai 1975 mit den Opfern und Gräueltaten des Nationalsozialismus sowie dem Leid während und nach dem 2. Weltkrieg auseinander. Auch der BEK äußerte sich zum Jahrestag, indem die KKL im März 1975 *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* veröffentlichte und der Bischofskonvent des BEK eine *Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975* herausgab. Sowohl in biblisch-theologischer Hinsicht als auch im Bezug auf die angesprochenen historischen Zusammenhänge und deren Bewertung gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen den Gesichtspunkten, der Predigthilfe und P1Isk1975. Dies resultierte auch daraus, dass Iskraut die Predigthilfe bei der Erstellung der Predigt vorlag. Er folgte dem vorgeschlagenen, von der Perikopenordnung abweichenden Predigttext und übernahm manche Inhalte sinngemäß oder wortwörtlich in seine Ausführungen.

In P1Isk1975, den *Gesichtspunkten zum 8. Mai 1945* und der *Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975* wurde biblisch und theologisch mit der Befreiung von Schuld durch Jesus Christus argumentiert. In der Predigthilfe und in P1Isk1975 wurden die Besonderheiten Jesu Christi, nämlich dass er gleichzeitig König, Richter und Bittsteller für die Angeklagten ist, thematisiert. Die Befreiung von Schuld durch Jesus Christus wurde mit dem 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ in Beziehung gesetzt. Die KKL und Iskraut stellten eine starke Verbindung zwischen der Befreiung durch Jesus Christus und der Befreiung am 8. Mai 1945 her. Während die KKL deren Gemeinsamkeiten in den Gesichtspunkten als Fragen formulierte und damit eine Entscheidung offenließ, deklarierte Iskraut den 8. Mai „für mich [als] ein Stück der Befreiungsgeschichte die von Christus ausgeht.“[1048] Alle drei Dokumente machten aber auch auf die Unterschiede der beiden Befreiungen aufmerksam. Die Predigthilfe wurde diesbezüglich am deutlichsten. Dort wurden auch die Schuld und die Verantwortung der Kriegsgeneration scharf angeprangert. In den Gesichtspunkten und in P1Isk1975 wurde diese zwar auch angesprochen, man formulierte aber wesentlich zurückhaltender. In allen drei Dokumenten wurde auf Schuldbekenntnisse kirchlicher Vertreter Bezug genommen. Die KKL, der Bischofskonvent und Iskraut stellten die DDR-BürgerInnen hinsichtlich der Schuldfrage grundsätzlich in die Gemeinschaft aller Deutschen. In Bezug auf die Vergebung ordnete Iskraut die DDR-BürgerInnen sogar in die Gemeinschaft Europas und der Welt ein.

Die KKL, der Bischofskonvent und Iskraut sahen die ChristInnen durch die Rechtfertigung durch Jesus Christus zur Übernahme von Verantwortung in ihrer Gegenwart befreit. Daraus resultierte der Aufruf zum Einsatz in der Welt – auch aufgrund der deutschen Vergangenheit. Während Iskraut implizit dazu aufforderte, jegliches (gesellschafts-)politische Handeln auf seine Verantwortbarkeit gegenüber Jesus Christus hin zu prüfen und dementsprechend kritisch zu sein, regte die KKL in den Gesichtspunkten explizit dazu an, sich „freimütig zu politischen Fragen zu äußern und politisch zu handeln“[1049]. Darüber

[1048] P1Isk1975.

[1049] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom

hinaus konkretisierte die KKL das Engagement von Kirche und ChristInnen, indem sie zur Übernahme von „Verantwortung für den Frieden, Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, Verantwortung für eine menschliche Welt“[1050] aufforderte. Dies sollte den Bereich der Erziehung – im Sinne der Friedenserziehung –, den zwischenmenschlichen sowie den (gesellschafts-)politischen Bereich mit einschließen. Iskraut blieb diesbezüglich wesentlich allgemeiner. Gemeinsam mit der KKL und dem Bischofskonvent warnte er aber explizit davor, erneut auf offene Bekenntnisse des Glaubens aus Angst vor Nachteilen für die eigene Person zu verzichten. In P1Isk1975 fungierte Paul Schneider als Vorbild für das Einstehen für den Glauben trotz Bedrohung für Leib und Leben. Die Anerkennung seines Verhaltens wurde durch das Zitat des Marxisten und politischen KZ-Häftlings Hasso Grabner gestützt.

Auch inhaltlich gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen den Gesichtspunkten, der Predigthilfe und P1Isk1975. In allen drei Dokumenten wurde das NS-Regime und die Zeit seiner Herrschaft als brutal und grausam dargestellt. Iskraut machte die Überheblichkeit des deutschen Volkes anhand eines Verses aus dem Lied *Es zittern die morschen Knochen* deutlich. Die Zerschlagung des NS-Regimes wurde im Gegenzug positiv bewertet. Die KKL, der Bischofskonvent und Iskraut setzten sich mit den Opfergruppen des NS-Regimes und des Krieges auseinander. In den Gesichtspunkten und in P1Isk1975 wurde das Leid der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges und die Versöhnungsbereitschaft anderer Völker gegenüber den Deutschen thematisiert.

Iskraut konkretisierte und weitete einige der in den Gesichtspunkten und der Predigthilfe genannten Punkte aus. Die KKL sprach hinsichtlich der Leiden, denen die Deutschen auch nach dem Ende des Krieges ausgesetzt waren, von „Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit, Gefangenschaft, erlittene Gewalt, Trennung [und] Flucht“[1051]. Iskraut führte Ereignisse an, die nur oder im Besonderen aus der SBZ und der DDR bekannt sind, wie z.B. „Verschleppungen nach Sibirien“[1052]. Dadurch waren seine Ausführungen stärker adressatenorientiert und er stellte deutlicher die Mitverantwortung der Sowjetunion und der Soldaten der Roten Armee für das Leiden der Deutschen heraus. Iskraut brach seine Aufzählung des Leides der Deutschen in der Predigt ab, obwohl weitere leidvolle Erfahrungen zu nennen wären. Er meinte aber, dass die ZuhörerInnen weitere, unerwähnte Leiden in der Predigt angedeutet sahen.[1053]

Die KKL und Iskraut sprachen sich im Zuge der Skizzierung der Leiden der Deutschen gegen eine Aufrechnung der Leiden gegen das Leid anderer sowie gegen die damit einhergehende Negierung eigener Schuld und Verantwortung aus. Den allgemeinen Hinweis der KKL auf die Versöhnungsbereitschaft vieler Staaten, die unter dem 2. Weltkrieg und damit unter den Deutschen zu leiden hatten, veranschaulichte Iskraut unter Bezugnahme auf Erfahrungen der kirchlichen Vertreter nach 1945 – darauf bezog sich auch die KKL in den Gesichtspunkten – und Erfahrungen seiner Amtsvorgängerin.

Neben den sowjetischen Soldaten und den kommunistischen WiderstandskämpferInnen war in *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* von „KZ-Häftlinge[n], politische[n] Gefangene[n], aus rassistischen, reli-

9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 131.
[1050] AaO, 130.
[1051] AaO, 128.
[1052] P1Isk1975.
[1053] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann.

giösen und politischen Gründen Verfolgte[n und] Widerstandskämpfer[n]“[1054] im Allgemeinen als Opfergruppen die Rede. Die größte Opfergruppe der Jüdinnen und Juden wurde nicht explizit erwähnt. Iskraut spezifizierte diese zusammengefassten Opfergruppen, indem er hinsichtlich der religiös Verfolgten von Jüdinnen und Juden, ChristInnen und SektiererInnen sprach. Als politische Gefangene wurden in P1Isk1975 die KommunistInnen aufgezählt und erfuhren nähere Auseinandersetzung. In ihrer Funktion als WiderstandskämpferInnen wurden sie neben den christlichen Widerstandskämpfern Paul Schneider und Dietrich Bonhoeffer in der Predigt gesondert hervorgehoben. Des Weiteren hätte das NS-Regime über „Freidenker aller Schattierungen, Schriftsteller, Künstler und schließlich über angeblich lebensunwertes Leben“[1055] ihr Todesurteil gesprochen. Damit beschrieb Iskraut wesentlich detaillierter das schonungslose Vorgehen der NationalsozialistInnen. Hinsichtlich der Kriegsopfer wurde in der Predigthilfe den zahlreichen getöteten sowjetischen Soldaten gedacht. Iskraut sprach darüber hinaus von den deutschen zivilen und soldatischen Kriegsopfern, die er, indem er eine Angehörige der Sowjetunion zitierte, auch von sowjetischer Seite anerkennen ließ.

Sowohl die Stellungnahme der KKL und die Predigthilfe des Bischofskonvents des BEK als auch P1Isk1975 gehen mit der Thematisierung von Schuld und Verantwortung, der Darstellung der Opfergruppen des NS-Regimes sowie der Betrachtung der Leiden der Deutschen nach dem Ende des Krieges weit über die in der DDR praktizierte Erinnerungskultur zur NS- und Nachkriegszeit hinaus. Die DDR sah durch die Gründung der DDR als antifaschistischer Staat und die durchgeführte Entnazifizierung die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung der eigenen BürgerInnen als abgeschlossen an. Hinsichtlich des Ende des 2. Weltkrieges wollte sie vor allem den Sieg der Roten Armee über den Hitlerfaschismus erinnert sehen. Dies war mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Verhalten der sowjetischen Soldaten und der sowjetischen Besatzungsmacht nach dem Krieg unvereinbar. Laut dem Historiker Hubertus Knabe war die Thematisierung der Gewalttaten der Soldaten der Roten Armee bis zum Ende der DDR verboten. Ohne den SED-Staat direkt in die Pflicht zu nehmen, sprach die KKL bezüglich des Gedenkens des 8. Mai von „ein[em] historische[n] Defizit. Echte Auseinandersetzung ist häufig blockiert.“[1056] Die Gesichtspunkte, die Predigthilfe und P1Isk1975 ermöglichten, die Erinnerungskultur des SED-Regimes zu hinterfragen. Mit der Thematisierung und Konkretisierung der Opfergruppen und der Leiden der Deutschen nach dem 8. Mai 1945 in P1Isk1975 gestaltete Iskraut die Predigt sehr anschaulich und adressatenorientiert. Gleichzeitig handelte er unwissentlich entgegen der staatlichen Forderungen an den Vorsitzenden der KKL, Bischof Albrecht Schönherr, die Leiden der Deutschen am 30. Jahrestags des Endes des 2. Weltkrieges unerwähnt zu lassen.

[1054] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127. Die Predigthilfe spricht sehr allgemein von Opfern verschiedener Völker. (Vgl. Predigthilfe zum Himmelfahrtstag 1975 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1 1975, 3.)

[1055] P1Isk1975.

[1056] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127.

2.25.8 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

Die Prediger nahmen verschiedene Aspekte des Sozialismus, wie der vorherrschende Atheismus, das propagierte Menschenbild und das Freiheitsverständnis oder die gesamte Ideologie sowie Auswüchse der sozialistischen Gesellschaft, wie die Staatssicherheit, kritisch in den Blick.[1057]

Brand (P1Br1979) und Iskraut (P2Isk1978, P4Isk1981) thematisierten die ablehnende Haltung der MarxistInnen und SozialistInnen gegenüber Gott und Religion. Um deren negative Beurteilung zu entkräften, wurde sie entweder auf eine bestimmte Art der Religionsausübung eingegrenzt, als Versuch der Befreiung von Verantwortung gegenüber Gott dargestellt oder ihr die christliche Weltanschauung gegenübergestellt. Neben den Gegensätzen zwischen ChristInnen und MarxistInnen verwiesen Iskraut (P1Isk1975) und Brand (P1Br1979) auch auf positive und negative Gemeinsamkeiten, wie den gemeinschaftlichen Einsatz christlicher und kommunistischer Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime sowie den Wunsch von ChristInnen und MarxistInnen nach der Befreiung von der Verantwortung gegenüber Gott.

Im Hinblick auf das Menschenbild beschrieb es Iskraut (P2Isk1978) aus christlich-theologischer Sicht als unrealistisch, dass der Mensch im Sozialmus und Kommunismus eigenständig – ganz wie ein Schöpfer – paradiesische Zustände erwirken könnte. Dieses divergierende Menschenbild nahm auch Lippelt in den vom ihm analysierten Predigten war, wenn er davon spricht: „Das biblische Bild vom Menschen des Alten und Neuen Testaments als fehlerhaftem und uneinsichtigem Wesen steht gegen das propagierte sozialistische Menschenbild mit seiner einheitlichen Erziehung und dem Ziel einer entwickelten und ganzheitlichen Persönlichkeit.“[1058] Brand (P1Br1979) bewertete die Ideologie des Sozialismus bzw. Kommunismus insgesamt als utopisch und identifizierte sie als einen Versuch, Verpflichtungen gegenüber Gott loszuwerden.

Iskraut (P4Isk1981) lehnte es ab, dass sich ChristInnen in der DDR aufgrund der schwierigen Situation von ihrem Glauben abwendeten und mit dem Staat paktierten. Im Zuge dessen wurde mit dem Begriff des „Spitzels“ Bezug auf den Staatssicherheitsdienst genommen und die Mitwirkung von ChristInnen in ihm angedeutet. Darüber hinaus thematisierte Iskraut die daraus resultierende Angst und das Misstrauen unter den BürgerInnen. Die Kritik an den Zuständen in der DDR wurde geschickt verpackt, indem diese Aspekte in Iskrauts Predigtausführungen nur in der Darstellung der Situation der IsraelitInnen in der babylonischen Gefangenschaft Erwähnung fanden.

Der BEK äußerte sich in den Jahren 1978 bis 1983 nicht kritisch zur Ideologie des Sozialismus. Sie wurde nur als abweichend von der christlichen Weltanschauung wahrgenommen. Deshalb setzte man sich, vor allem im Hinblick auf die kommunistische Erziehung, dafür ein, dass die christliche Lebens- und Erziehungsweise neben der sozialistischen anerkannt und akzeptiert wurde. Die sozialistische Gesellschaft mit ihrer Weltanschauung wurde vornehmlich als Ort und Tatsache begriffen, in der der BEK, seine Gliedkirchen und deren Mitglieder existieren und wirken mussten und sollten. Die Staatssicherheit wurde vom BEK nicht thematisiert.

[1057] Vgl. P2Isk1978, P1Br1979, P1Meck1980, P4Isk1981. Das Freiheitsverständnis wird im Abschnitt *2.25.4 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte* behandelt.

[1058] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 297; vgl. auch aaO, 286.

2.25.9 Medienlenkung

In P2Isk1978 sprach Iskraut in der Auseinandersetzung mit positiven prophetischen Zukunftsvorhersagen – resultierend aus der Bibelstelle – auf sarkastische Weise die Medienlenkung und ihre Methoden in der DDR an. Dadurch offenbarte er das Bewusstsein der DDR-BürgerInnen um die staatliche Kontrolle der DDR-Medien. Er vertrat den Standpunkt, dass die propagierten positiven Zukunftsaussichten in der sozialistischen DDR aus dem Ausblenden negativer Aspekte resultierten. ChristInnen hingegen könnten trotz der Probleme in der Welt aufgrund ihrer Hoffnung auf das Reich Gottes – im Sinne zukünftiger und präsentischer Eschatologie – positiv in die Zukunft blicken. Unter Bezugnahme auf prophetische Rede im Alten Testament argumentierte Iskraut, dass die fehlende Auseinandersetzung mit Problemen oder Defiziten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Veränderungen verhinderte. Die Medienlenkung dient somit als Negativbeispiel für den Umgang mit den Realitäten, verbunden mit Kritik an den dadurch vertanen Chancen auf Veränderung. Iskraut forderte implizit dazu auf, in Medien und Gesellschaft der DDR neben den positiven Entwicklungen auch Probleme und Defizite offen zu kommunizieren.

Der BEK thematisierte oder kritisierte die Medienlenkung in der DDR von 1978 bis 1983 nicht. Lediglich die aus der Medienlenkung resultierenden Probleme für Printmedien der Kirchen wurden anhand von Zensuren von Kirchenzeitungen oder dem Verbot der Auslieferung bestimmter Ausgaben durch den Staat verschiedentlich erkennbar. Ähnlich wie Iskraut argumentierte die Bundessynode aber 1980 im Hinblick auf die staatliche Vorenthaltung von Umweltinformationen, dass das Engagement von BürgerInnen für den Umweltschutz und die Behebung von Umweltproblemen im eigenen Land nur durch deren Thematisierung erfolgen könnte.

2.25.10 Mauerbau und Gegenwart der Mauer

Iskraut (P2Isk1978) setzte sich am 13. August 1978, dem Jahrestag des Mauerbaus, in seiner Gemeinde in Berlin-Johannisthal kritisch mit der „Grenzziehung“[1059] auseinander. Das Ereignis des Mauerbaus sowie die Mauer selbst beschrieb er als akute Belastung und als Symbol für einen bestehenden Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten sowie zwischen Ost und West. Er nahm damit auch Bezug auf die Lebenssituation der Berliner AdressatInnen und rief Erfahrungen der Anwesenden mit dem Mauerbau und der Teilung Berlins in Erinnerung. Diese schwingen in den Ausführungen unterschwellig mit. Mit seiner Beurteilung des Mauerbaus und der Mauer widersprach Iskraut der Darstellung der SED, die den Mauerbau als Schutzmaßnahme für die eigene Bevölkerung beschrieben und deren Akzeptanz durch die Bevölkerung propagiert hatte. Die Versöhnung der beiden Dörfer Herrnhut und Berthelsdorf und die daraus resultierende Gründung der Herrnhuter Brüdergemeine diente in seinen Predigtausführungen im Vergleich zum Mauerbau als Beispiel dafür, dass bei der Überwindung von Gegensätzen auch in aussichtslosen Situationen Veränderungen hin zum Guten möglich sind. Dies forderte Iskraut damit auch implizit im Hinblick auf die innerdeutschen Beziehungen.

Der BEK nahm von 1978 bis 1983 nicht zum Mauerbau oder der Mauer als solches Stellung. Nur Landesbischof Werner Krusche sprach als Vertreter des BEK 1978 davon, dass die gesicherten Gren-

[1059] P2Isk1978.

zen der Versöhnungsbotschaft Jesu Christi widersprächen. Damit beschrieb er implizit auch die Mauer als widersprüchlich zum Evangelium. Der Einsatz des BEK für Reiseerleichterungen zeigt, dass die geschlossene Grenze der DDR zur BRD als ein Faktum wahrgenommen wurden, mit dem es zu leben und zu arbeiten galt. Man versuchte, die Durchlässigkeit zu erhöhen und damit die Lebensbedingungen der DDR-BürgerInnen zu verbessern.

2.25.11 *Solidarnosc* und die Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen

Die beiden Prediger Meckel (P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82) und Rannenberg (P1Ra-1980_81) nahmen in den Jahren 1980 und 1981 in unterschiedlicher Intensität Bezug auf die Vorgänge in der VR Polen. In P1Meck1980 identifizierte Meckel die Gewerkschaft *Solidarnosc* als Freiheitsbewegung. Rannenberg erwähnte in seiner Predigt zum Jahreswechsel 1980/81 die Gründung der Gewerkschaft *Solidarnosc*. Gleichzeitig machte er auf die daraus resultierende Grenzschließung und die damit einhergehenden Beeinträchtigungen der Reisemöglichkeiten der DDR-BürgerInnen in die VR Polen aufmerksam. Rannenbergs Gemeinde in Forst war durch ihre Lage an der polnischen Grenze unmittelbar von diesen Entwicklungen betroffen. 1981 verfolgte Meckel in seinen drei Predigten P2Meck1981, P3Meck1981 und P4Meck1981_82 die Zuspitzung der Situation in der VR Polen bis zur Verhängung des Kriegsrechts. Sowohl Meckel als auch Rannenberg ordneten die Vorgänge in der VR Polen 1980 und 1981 den zunehmenden Spannungen in der Welt zu und damit in den internationalen Kontext ein. Meckel beschrieb die Ereignisse sehr sachlich und thematisierte vor allem die daraus resultierende allgemeine Unsicherheit, wie sich die Situation in der VR Polen zukünftig entwickelte. In der theologischen Argumentation der beiden Prediger spielten die Ereignisse in der VR Polen keine Rolle. Sie dienten entweder als Beispiel für menschliche Freiheitsbestrebungen oder für bestehende Spannungen und Konflikte in der Welt.

Rannenberg (P1Ra1980_81) verwies in seiner Predigt auf kritische Äußerungen aus kirchlichen Kreisen zu den Vorgängen in der VR Polen und sah das erschwerte Verhältnis zwischen Staat und Kirche 1980 mit aus dieser Auseinandersetzung resultieren. Die Landessynoden hatten im Gegensatz zum BEK die Berichterstattung der DDR zu den Entwicklungen in der VR Polen kritisch kommentiert. Die KKL und die Bundessynode hatten offiziell lediglich auf die Probleme der Interaktion mit polnischen Gemeinden hingewiesen. Die *ad-hoc Gruppe Abrüstung* des BEK äußerte sich im Januar 1983, d.h. erst mit dem Abflauen des Konflikts und nach der angekündigten Beendigung des Kriegsrechts, zu den Vorgängen in der VR Polen. Wie Meckel und Rannenberg beschrieb sie die Entwicklungen als Ausdruck zunehmender Spannungen und wies auf deren negative Auswirkungen auf die Abrüstungsverhandlungen hin. Die wirtschaftliche Stabilität der VR Polen wurde als essentiell für die Entspannung der Lage angesehen. Hatte der BEK zu anderen nationalen Konflikten in der Welt, z.B. in Namibia, Äthiopien, Südafrika oder im Libanon, Stellung bezogen, so klammerte er die Vorgänge und Ereignisse in der VR Polen aus. Den BEK und die Prediger eint, dass sie sich weder zu den Forderungen oder dem Vorgehen der Streikenden noch zum Verhalten der polnischen Regierung positionierten.

Kapitel 3

1984-1986

Die Jahre 1984 bis 1986 waren auf internationaler Ebene von Versuchen erneuter Annäherung geprägt. Nachdem die Abrüstungsverhandlungen mit der Stationierung der Pershing-II-Raketen im Herbst 1983 abgebrochen worden waren, nahmen die UdSSR und die USA diese 1985 wieder auf. Vor allem Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär des ZK der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU), trieb die bilateralen Abrüstungsverhandlungen mit den USA voran. 1985 und 1986 kam es zu zwei wichtigen Treffen. Zwar gingen sie ohne ein konkretes Abkommen zu Ende, ermöglichten aber, dass sich die beiden Parteien aufeinander zubewegten. Den Themen Frieden und Abrüstung kam darüber hinaus sowohl bei den *Vereinten Nationen* als auch im Rahmen des KSZE-Prozesses eine besondere Aufmerksamkeit zu. Die *Vereinten Nationen* setzten ihre eigenständige Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex fort und nahmen zu den laufenden Abrüstungsverhandlungen Stellung. Um den Einsatz für Frieden international voranzutreiben, erklärten sie 1986 zum *Internationalen Jahr des Friedens* und forderten Staaten und staatliche sowie nichtstaatliche Organisation zur Mitwirkung auf. Als Teil des KSZE-Prozesses fand von 1984 bis 1986 die *Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa* in Stockholm und 1984 das *Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung* in Athen statt. Auch die DDR verstärkte ihr Friedensengagement auf der internationalen Bühne. Honecker und Kohl sprachen sich gemeinsam für Frieden und Abrüstung aus; die SED und die SPD erarbeiteten konkrete Abrüstungsvorschläge.

Auch 1984 bis 1986 standen im Rahmen des KSZE-Prozess neben den Themen Frieden und Abrüstung wieder die Menschenrechte im Fokus der Auseinandersetzung. Dazu wurden zwei Expertentreffen abgehalten. Innerhalb der DDR führten die Festlegungen zu Reise und Ausreise beim KSZE-Folgetreffen in Madrid 1984 zu einer steigenden Zahl an Ausreiseanträgen. Das SED-Regime reagierte auf diese Entwicklungen mit der Bewilligung einer großen Zahl von Ausreiseanträgen. Darüber hinaus beschloss sie in Anlehnung an die Ergebnisse in Madrid Besuchsreiseerleichterungen.

Die in den Kirchen angesiedelten Gruppen vertieften – auch aufgrund des 1983 im Rahmen der Vollversammlung des ÖRK angestoßenen Konziliaren Prozesses – ihre Arbeit zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Die Explosion im Kernkraftwerk in Tschernobyl im April 1986 gab der

Umweltbewegung zusätzlichen Auftrieb. Die Katastrophe und ihre Folgen führte der ganzen Welt die Gefahren der Atomkraft im Allgemeinen vor Augen.

3.1 Reise und Ausreise

Mit der Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Madrid 1983 sicherte die DDR auf internationaler Ebene zu, Ausreisegesuche – vor allem Familienzusammenführungen – und Anträge auf Besuchsreisen kulanter zu handhaben.[1] Damit wuchs die Bedeutung der KSZE-Dokumente als Argumentationsgrundlage für Ausreisegesuche, und die Zahl der Ausreiseanträge nahm weiter zu. Neben den Ausreiseanträgen verstärkte sich auch der Wunsch nach Reiseerleichterungen.[2]

3.1.1 Entwicklungen in der DDR-Gesetzgebung und im staatlichen Umgang mit (Besuchs-)Reise- und Ausreiseanträgen

Ausreise

Während von 1968 bis 1983 pro Jahr ca. 10.000 DDR-BürgerInnen die Ausreise in die BRD genehmigt wurde, lag die Zahl 1984 bei ca. 35.000. Nur ein Bruchteil der 35.000 Ausreisenden durfte die DDR aus humanitären Gründen – Familienzusammenführung oder Eheschließung – verlassen; einen Großteil der Ausreisenden stufte man von staatlicher Seite als systemkritisch bzw. feindlich-negativ ein.[3] 1977 zogen das *Ministerium des Innern* und 1983 auch das MfS die Genehmigung von Übersiedlungen aus politisch-operativen Gründen in Betracht, wenn dadurch „Schaden von der DDR abgewendet werden“[4] konnte.

Mit der Entlassung dieser großen Anzahl an BürgerInnen aus der Staatsbürgerschaft der DDR erhoffte sich der Staat eine Entschärfung der angespannten Situation im Land – eine bis 1989 gängige Praxis im Umgang mit den AusreiseantragstellerInnen in der DDR.[5] 1983 und 1984 war es mehrfach zu Besetzungen von Botschaften westlicher Staaten durch Ausreisewillige in Ost-Berlin, aber auch in anderen Städten

[1] Vgl. Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 96. Für nähere Ausführungen zu den Inhalten des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Madrid siehe *2.6.1 Konferenzen des KSZE-Prozesses. Zweites KSZE-Folgetreffen in Madrid.*

[2] Vgl. BRUCE: The Firm, 153; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 393; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 330f, 335ff; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 208.

[3] Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 389, 397ff; GEHRMANN: Die Überwindung des Eisernen Vorhangs, 104; GOECKEL: The Lutheran Church, 265; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 352; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 344; MAYER: Flucht und Ausreise, 113; PÖTZSCH: Deutsche Geschichte, 244; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 25; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 99; WERKENTIN: Recht und Justiz, 102.

[4] MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 120; vgl. auch LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 25. Bei „Bürger[n], die unverbesserlich und uneinsichtig sind sowie hartnäckig auf ihre Übersiedlung beharren und bei denen keine Chance auf Rückgewinnung besteht [...] [, ist] deshalb im Ausnahmefall eine Übersiedlung in Erwägung zu ziehen“ (Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 460.).

[5] Vgl. BORBE: Die Zahl der Opfer, 42; GOECKEL: The Lutheran Church, 265; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 350, 354; JESCHONNEK: Ausreise, 14; KLOTH: Zettelfalten, 199; LAPP: Gefechtsdienst, 90; MAYER: Flucht und Ausreise, 70, 117, 170; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 381; PÖTZSCH: Deutsche Geschichte, 244; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 99.

des Ostblocks gekommen. Die damit beabsichtigte Genehmigung der Ausreise wurde in den meisten Fällen erreicht. Auch die Versuche von Ausreisewilligen, mit verschiedenen Aktionen Aufmerksamkeit auf ihre Situation zu lenken und damit den Druck auf das SED-Regime zu erhöhen, hatten zugenommen.[6] Die von der DDR-Regierung erhoffte Entschärfung der Lage durch die große Zahl an Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR stellte sich nicht ein. Vielmehr bewirkte sie noch eine Zunahme an Ausreiseantragstellungen.[7]

1985 wurde wesentlich weniger DDR-BürgerInnen die Ausreise bewilligt – ca. 19.000 – und auch die Zahl der Erstanträge auf Ausreise verminderte sich und lag nur noch bei 27.300. Das MfS sah dies als eine sehr positive Entwicklung an. Aber während die Ausreisegenehmigungen 1986 im Vergleich zum Vorjahr mit 20.000 fast konstant blieben, nahmen die Zahl der Erstanträge mit 50.300 wieder enorm zu. Somit war das Jahr 1985 für das SED-Regime nur eine kurze Atempause. Von 1983 bis 1986 verdoppelte sich die Gesamtzahl der Ausreiseanträge.[8]

Eine Ausreise zu beantragen, war nach der *Ordnung Nr. 118/77* des *Ministerium des Innern* aus dem Jahr 1977 explizit nur Kranken, Invaliden und Pflegebedürftigen jeden Alters gestattet. Auch Eltern oder Kinder, die in unterschiedlichen Staaten lebten und die DDR nicht illegal verlassen hatten, konnten einen Antrag auf Ausreise stellen. Für die Ausreise im Zuge einer Eheschließung mit einer Bürgerin bzw. einem Bürger eines nichtsozialistischen Staates mussten triftige Gründe vorgebracht werden, die den Lebensmittelpunkt des Paares im Ausland rechtfertigten.[9] Im Oktober 1983 trat die *Verordnung des DDR-Ministerrates zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern* in Kraft. Mit der Verordnung kam die DDR den in der *Schlussakte von Helsinki* unterzeichneten und im Abschlussdokument des Madrider KSZE-Folgetreffen bestätigten Zusagen nach, Familienzusammenführungen und Eheschließungen über ihre Staatsgrenzen hinaus zu ermöglichen. Den AntragstellerInnen war es durch die veröffentlichte Verordnung nun rechtlich erstmals möglich, mit der Begründung Familienzusammenführung oder Eheschließung legal einen Ausreiseantrag zu stellen, jedoch ohne Anspruch auf Bewilligung. In der Dienstanweisung des MfS von 1983 wurden Anträge auf Familienzusammenführung und Eheschließung zwar von denen anderer AntragstellerInnen unterschieden, sie sollten aber dennoch, wie alle anderen Anträge, zurückgedrängt und abgewehrt werden.[10]

[6] Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 388f; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 349f; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 28f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 162; MAYER: Flucht und Ausreise, 50, 116f, 137, 229f, 307ff; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 99.

[7] Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 389, 400; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 351, 355, 406f; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 55f; JESCHONNEK: Ausreise, 14; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 21; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 163; MAYER: Flucht und Ausreise, 51, 464; WERKENTIN: Recht und Justiz, 102.

[8] Vgl. BRUCE: The Firm, 153; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 391, 399f; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 359, 363, 406f; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 56, 209, 344; JESCHONNEK: Ausreise, 15; PÖTZSCH: Deutsche Geschichte, 244; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 25, 31; WERKENTIN: Recht und Justiz, 102.

[9] Vgl. Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 396f, 417.

[10] Vgl. Verordnung des DDR-Ministerrates zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern vom 15. September 1983, http://www.chronik-der-mauer.de/system/files/dokument_pdf/57361_cdm-830915-DDR-VO-familienzusammenfuehrung.pdf (27.02.2020); HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 54f; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 22; MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die gehei-

Mit der Bearbeitung der Ausreiseanträge und der AntragstellerInnen selbst waren verschiedene staatliche Organe befasst: das *Ministerium des Innern* und seine *Abteilung Innere Angelegenheiten*, die *Zentrale Koordinierungsgruppe des MfS* und das MfS selbst.[11] Die endgültige Entscheidungsgewalt hatte dabei immer das MfS.[12]

Um die Eindämmung der Masse an Ausreiseanträgen zu erreichen, wurden zunächst Gespräche mit den AntragstellerInnen geführt, um – in den meisten Fällen erfolglos – die Rücknahme des Antrags zu bewirken. Vor allem Fachkräfte sollten zum Bleiben in der DDR bewegt werden.[13]

Die Einflussnahme konnte zusätzlich von repressiven Maßnahmen begleitet werden. Es wurde etwa die „Änderung bzw. Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses“[14] oder die „Exmatrikulation von Studenten“[15] vorgenommen. In keinem Fall sollte aber ein Zusammenhang zwischen Antragstellung und Exmatrikulation bzw. Entlassung erkennbar sein. Des Weiteren wurden die AntragstellerInnen auch in den Betrieben von ihren Vorgesetzten unter Druck gesetzt. Zusätzlich wurden viele AntragstellerInnen durch den Entzug des Personalausweises und die Verweigerung von Visa in andere Ostblockstaaten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die Staatssicherheit nutzte auch die Kontaktaufnahme zu Angehörigen oder den Ausreisewilligen nahestehenden Personen, um diese zum Widerruf ihres Antrages zu bewegen.[16]

Provokante Aktivitäten, mit denen die Ausreisewilligen die Staatsorgane zunehmend direkt mit ihren Anliegen konfrontierten, sollten verhindert werden.[17] Durchgängig praktizierte das SED-Regime „[d]ie strikte Geheimhaltung der Bestimmungen über das Ausreiseverfahren“[18], wodurch die AntragstellerInnen dauerhaft mit staatlicher Willkür konfrontiert waren, weil der Prozess nicht nachvollziehbar war. Im Falle eines Rückzugs des Antrags sollten die DDR-BürgerInnen weiter betreut werden, um eine feste Einbindung in die sozialistische Gesellschaft zu gewährleisten und Rückfälle zu vermeiden.[19]

---

men Anweisungen, 91ff; Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 42f; Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: aaO, 96; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 23; WERKENTIN: Recht und Justiz, 71.

[11] Vgl. HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 52; WERKENTIN: Recht und Justiz, 73.

[12] Vgl. LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 25; MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 117.

[13] Vgl. BRUCE: The Firm, 120; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 356; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 20, 23, 27; Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 384, 386ff, 400, 460f; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 32.

[14] Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 394; vgl. auch EISENFELD: Flucht und Ausreise, 386; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 25; MAYER: Flucht und Ausreise, 219; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 32.

[15] Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 394; vgl. auch SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 32.

[16] Vgl. BRUCE: The Firm, 122; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 25f; Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 382, 463; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 209; SCHUMANN u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 32; WERKENTIN: Recht und Justiz, 73.

[17] Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 387; MAYER: Flucht und Ausreise, 164; Ordnung Nr. 118/77 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 462ff; MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 in: aaO, 91ff, 96, 104, 108, 110, 125.

[18] LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 27; vgl. auch HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 52.

[19] Vgl. Befehl Nr. 1/75 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 75f; MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 in: aaO, 98f, 103, 107, 112; Ordnung Nr. 118/77 in: aaO, 490.

(Besuchs-)Reisen

Während es den AusreiseantragstellerInnen um ein dauerhaftes Verlassen der DDR ging, hatten viele DDR-BürgerInnen vor allem den Wunsch nach mehr Reisefreiheit. In der DDR war nur wenigen BürgerInnen das Reisen aus beruflichen oder privaten Gründen gestattet. Dies betraf den Reisekader, RentnerInnen, Invalide und Familienangehörige ersten Grades in dringenden Familienangelegenheiten. Sowohl die möglichen familiären Reiseanlässe und dringenden Familienangelegenheiten als auch der Kreis der Familienangehörigen, die reisen durften, wurde mit den Jahren erweitert.[20] Man schränkte aber wieder ein: „In der Regel sind keine Genehmigungen für ganze Familien und minderjährige Kinder zu erteilen."[21] Darüber hinaus wurde erläutert, welchen BürgerInnen Dienst-, Privat- und Touristenreisen verweigert werden sollten.[22]

Resultierend aus den neuen *Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR* von 1983 nahmen die Genehmigungen von Besuchsreisen von DDR-BürgerInnen vor der Verrentung in die BRD im gleichen Jahr und den Folgejahren stark zu.[23] Die Anzahl der Ausreiseanträge verringerte sich dadurch aber nicht.[24]

3.1.2 Haltung des BEK zur zunehmenden Zahl an Ausreisewilligen und sein Einsatz für Reiseerleichterungen

Der BEK nahm 1984 das Problem der zunehmenden Ausreiseanträge wahr. Aus dem Bericht der KKL im September 1984 geht hervor, dass sich viele DDR-BürgerInnen mit der Bitte um Unterstützung ihrer Ausreiseanträge an die Kirchen wandten. Die KKL und die Bundessynode identifizierten mannigfaltige Gründe für den Ausreisewunsch: „Sie reichen von als unzureichend empfundenen Reisemöglichkeiten, negativen Inlandserfahrungen, über unbewältigte persönliche Probleme bis hin zu Wohlstandsfaszination."[25] Gegenüber dem Staat forderte man eine Auseinandersetzung mit den Beweggründen der AusreiseantragstellerInnen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Des Weiteren sollte es nach der KKL „klare und verläßliche Regelungen"[26] hinsichtlich Reise und Ausreise geben. Aufgrund der zunehmenden Ausreiseanträge

[20] Vgl. Beschluß über Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie Westberlin, 20. März 1985, Bl. 5ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_2143/index.htm (26.02.2020); BRUCE: The Firm, 153; JESCHONNEK: Ausreise, 18; Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 17. Oktober 1972, § 1 (2), (5), www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr72.htm (26.06.2018); Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 15. Februar 1982, §1 (2), (5), www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr82.htm (26.02.2020).

[21] Beschluß über Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie Westberlin, 20. März 1985, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_2143/index.htm (26.02.2020).

[22] Vgl. aaO, Bl. 8ff.

[23] Vgl. HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 48, 50; THEIL: Das geteilte Deutschland, 76.

[24] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 270; LOCHEN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen, 21; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 568.

[25] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; vgl. auch Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104.

[26] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 68.

sah der BEK seine Aufgabe darin, die eigene „Integrationskraft“[27] und die seiner Gemeinden kritisch zu prüfen.

Der BEK und seine Gliedkirchen plädierten durchgängig für den Verbleib ihrer Mitglieder im der DDR.[28] Viele PfarrerInnen sahen die DDR „als den Ort, an den Gott einen gestellt hat und an dem es ihn zu bezeugen galt.“[29] Albrecht Schönherr sprach in seiner Funktion als Vorsitzender des Bischofskonvents in einem Brief an den Ratsvorsitzenden der EKD 1974 diesbezüglich davon, dass ein Pfarrer, „der vor allen anderen Zeuge des Evangeliums sein müßte, [durch seine Ausreise] unglaubwürdig wird.“[30] Zusätzlich hätte der Weggang der PfarrerInnen negative Auswirkungen auf die Kirchen und Gemeinden: Verschärfung des „Pfarrermangel[s], Überlastung der zurückbleibenden Amtsträger, Verbitterung von Gemeindegliedern, Unglaubwürdigkeit der Verkündigung.“[31] Diese Position schlug sich auch im Bericht der KKL an die Bundessynode im Mai 1977 nieder.[32] Als Gegenmaßnahme wurde deshalb in Absprache mit der EKD das Ordinationsrecht für ausgereiste PfarrerInnen mit ihrer Übersiedlung in die BRD zunächst für zwei Jahre ausgesetzt.[33]

Auch von den Gläubigen erwartete man ein Leben in der DDR in Zeugnis und Dienst in und an der Gesellschaft.[34] Nur wenn die Ausreise aus humanitären Gründen forciert wurde, setzten sich der BEK und seine Gliedkirchen auf Leitungsebene für die Ausreisewilligen ein.[35] Im Laufe der 1980er Jahre nahmen sich dennoch vermehrt Gemeinden und PfarrerInnen der AusreiseantragstellerInnen an und eröffneten Foren des Austausches.[36]

---

[27] Ebd.

[28] Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 227; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 162; MAYER: Flucht und Ausreise, 69; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 20; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Werner Krusche, Vortrag vor dem Lückendorfer Arbeitskreis am 9.11.1985 in: SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 72; Brief von Propst Heino Falcke, An die Pfarrer und Mitarbeiter im Propstsprengel Erfurt im Februar 1984: Ermutigung zum Bleiben in der DDR in: aaO, 223.

[29] MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 33. Pfarrer Iskraut betonte, dass es für ihn – obwohl seine Frau aus Westdeutschland stammte – niemals zur Debatte stand, den Osten zu verlassen. Diese Einstellung teilte auch Bischof a.D. Heinrich Rathke, der aus dem Westen in den Osten zurückkehrte, um die Evangelische Kirche in der DDR zu unterstützen. (Vgl. VON PLATO: Revolution, 47.)

[30] Brief von Bischof Albrecht Schönherr an den Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Claß vom 19.12.1974 in: SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 215; vgl. auch GAUCK: Winter im Sommer, 86; STACH: Vermächtnispolitik, 335.

[31] SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 63; vgl. auch Brief von Bischof Albrecht Schönherr an den Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Claß vom 19.12.1974 in: aaO, 215.

[32] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 20.

[33] Vgl. Brief von Bischof Albrecht Schönherr an den Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Claß vom 19.12.1974 in: SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 215; Friedrich Winter, Ausreise von Pfarrern in die Bundesrepublik 1986 in: aaO, 227; GAUCK: Winter im Sommer, 86.

[34] Vgl. MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 162.

[35] Vgl. Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 5, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023); GAUCK: Winter im Sommer, 86; KOWALCZUK: Endspiel, 227f; Brief von Bischof Albrecht Schönherr an den Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Claß vom 19.12.1974 in: SCHULZE u. a.: gehen oder bleiben, 215; Friedrich Winter, Ausreise von Pfarrern in die Bundesrepublik 1986 in: aaO, 227.

[36] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 206; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 218, MAYER: Flucht und Ausreise, 151f; RÜDDENKLAU: Störenfried, 181.

Die AusreiseantragstellerInnen hatten nicht nur in den Kirchen, sondern auch in den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen einen schwierigen Stand. Entweder zeigten sich die Gruppenmitglieder von dem geplanten Weggang ihrer MitstreiterInnen enttäuscht oder sie warfen den AusreiseantragstellerInnen vor, den Einsatz in den Gruppen nur als Druckmittel für ihre Ausreise zu nutzen. Außerdem unterstellte man den AntragstellerInnen, dass hinter den Ausreisegesuchen primär ein Streben nach der Verbesserung der Lebensumstände steckte, meist spielten aber politische Gründe eine Rolle. Im Allgemeinen unterstützten die AusreiseantragstellerInnen die oppositionellen Gruppen in ihrer Arbeit, wenn auch nur auf Zeit.[37]

Während sich der BEK bei der Unterstützung von Ausreiseanträgen zögerlich zeigte, fokussierte er sein Engagement auf den Ausbau der Reisefreiheit. Die KKL und die Bundessynode befürworteten die *Verordnung über Regelungen im Reiseverkehr* von 1982 und die *Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern* von 1983. Allerdings bezeichneten sie sie nur als „bereits vorhandene[...] Ansätze“[38]. Die Reisewünsche der BürgerInnen sollten ernst genommen und in weiteren Regelungen umgesetzt werden.[39] Wie schon in den vorangegangenen Jahren vom BEK gefordert, betonte die Bundessynode auch 1984: „Die Erweiterung besuchsweiser Reisemöglichkeiten halten wir für erforderlich.“[40] Die KKL und die Bundessynode sahen dadurch die „Souveränität, d[ie] Stabilität und d[ie] Friedensliebe der Deutschen Demokratischen Republik“[41] nicht eingeschränkt, sondern vielmehr erst deutlich herausgestellt.

1985 wurde die KKL in ihrer Kritik an starken Reiseeinschränkungen wesentlich deutlicher: „Verweigerungen von Reisemöglichkeiten, auch in sozialistische Länder, ohne daß Begründungen gegeben werden, erwecken den Eindruck von Bevormundung und Willkür, fördern jedenfalls nicht Eigenverantwortung und Selbstständigkeit.“[42] Die Bundessynode ging sogar soweit, konkret die „Erweiterung der Reisemöglichkeiten“[43] zur Stärkung der individuellen Menschenrechte zu fordern. Laut KKL sollten „die Möglichkeiten der Begegnung der Menschen in den deutschen Staaten [...] nicht länger hinter international üblichen Regelungen zurückbleiben.“[44] Zusätzlich sollten die Verfahren hinsichtlich der Anträge auf Reisen ins

[37] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 91; KLOTH: Zettelfalten, 200f; MAYER: Flucht und Ausreise, 143, 145, 149; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 66.

[38] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; vgl. auch Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104.

[39] Vgl. ebd.

[40] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104; vgl. auch 5. Tagung der 3. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR – 18.-22. September 1981, Vorlage Nr.: 22, Vorlage des Berichtsausschusses, EZA 101/5394; Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27.

[41] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; vgl. auch Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104.

[42] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[43] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60.

[44] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn

Ausland laut Bundessynode für die AntragstellerInnen nachvollziehbarer werden.[45]

Im Folgejahr setzten sich die KKL und die Bundessynode mit den Reisemöglichkeiten im Zusammenhang der ökumenischen Begegnung auseinander: „Wer niemals die Chance sieht, einen Gottesdienst in Afrika oder eine Bibelstunde in Schweden, ja, nicht einmal einen Gemeindetag in Hessen mitzuerleben, kann nicht für ökumenisches Denken gewonnen und für die Unterstützung ökumenischer Reisen ins Ausland in Ansprüchen genommen werden, Berichte von ökumenischen Reisen ins Ausland können für die Gemeinden eigenes Erleben nicht ersetzen."[46] Gleichzeitig begrüßten sie die „Fortschritte im Bereich menschlicher Kontakte und Reisemöglichkeiten"[47] und werteten es als Entwicklung hin zur Realisierung der *Schlussakte von Helsinki*.[48] Man hoffte darauf, dass die Verhandlungen beim Expertentreffen über menschliche Kontakte, das 1986 im Rahmen des KSZE-Prozesses in Bern stattfand, auch ohne Abschlussdokument ihren „konkreten Niederschlag auf den im November '86 beginnenden Verhandlungen des 3. Folgetreffens der KSZE in Wien finden."[49] Mit der Aussage „Begegnungen über Grenzen hinweg helfen zu gegenseitigem Vertrauen"[50], identifizierte der BEK – wie schon 1983 – Reiseerleichterungen als Teil des Strebens nach Frieden und Vertrauen zwischen den Völkern.[51]

3.2 Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen

Nach der Ratifizierung des NATO-Doppelbeschlusses 1983 wurden nicht nur in Westeuropa atomare Mittelstreckenraketen stationiert, auch die UdSSR antwortete mit der Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen des Typs SS-21 und -23 in Osteuropa – vornehmlich auf dem Gebiet der DDR und der CSSR. Zusätzlich kam es bis 1985 zur Einstellung sämtlicher Abrüstungsverhandlungen von sowjetischer Seite.[52] Dies änderte sich erst mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU im März 1985. Schon zu Beginn seiner Amtszeit sowie auch in späteren Reden sprach Gorbatschow von der Notwendigkeit, das Wettrüsten aufgrund der Bedrohung der Menschheit

Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 194.

[45] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

[46] 2. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR vom 19. bis 23. September 1986. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 4; vgl. auch aaO, 9; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 23.9.1986. Teil III betr. Verhältnis von Ökumene und Gemeinde in: aaO, 11.

[47] 2. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR vom 19. bis 23. September 1986. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 8; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u. a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 27.

[48] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u. a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 27.

[49] Ebd.

[50] Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213.

[51] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 144.

[52] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 67; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 35; RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 332; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 80.

einzustellen.[53]

Im März 1985 wurden die bilateralen Abrüstungsverhandlungen in Genf wieder aufgenommen. Im Zuge dessen fanden vom 19. bis 21. November 1985 und vom 11. bis 12. Oktober 1986 Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow statt. Im Vorfeld der beiden Gipfeltreffen wurden wechselseitig Abrüstungsvorschläge zu Kern-, Weltraum- und chemischen Waffen sowie Mittelstreckenraketen unterbreitet.[54] Als besonders bedeutsam gilt Gorbatschows Abrüstungsvorschlag vom Januar 1986 zur „Befreiung der Erde von nuklearen Waffen in den nächsten fünfzehn Jahren bis zur Jahrhundertwende“[55].

Bei aller Annäherungs- und Abrüstungsbereitschaft beider Seiten blieben die Verhandlungen wie in den vorangegangenen Jahren von gegenseitigen Vorwürfen und Unterstellungen geprägt. Beide Parteien betonten ihre, im Gegensatz zur Gegenseite, hohe Abrüstungsbereitschaft.[56] Die UdSSR machte dies durch das einseitige Moratorium von Atomwaffentests ab dem 6. August 1985, dem Tag des Atombombenabwurfs über Hiroshima, deutlich, das schrittweise bis Anfang 1987 verlängert wurde. Gorbatschow hoffte, dass sich andere Staaten – im Besonderen die USA – anschließen würden. Des Weiteren wandten sich die Warschauer Vertragsstaaten im April und Juni 1986 mit zwei Appellen an die Staaten Europas,

[53]Vgl. BANGE: SS-20 und Pershing II, 85; Rede auf dem Außerordentlichen Plenum des ZK der KPdSU, 11. März 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 146; Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: aaO, 510; Erklärung auf der Pressekonferenz im Sowjetischen Pressezentrum in Genf, 21. November 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 74; Über die Ergebnisse des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Genf und die internationale Lage. Rede auf der vierten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode, 27. November 1985 in: aaO, 102; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 352.

[54]Vgl. Rede auf dem Außerordentlichen Plenum des ZK der KPdSU, 11. März 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 146; Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: aaO, 510ff; Radio Address to the Nation on the Soviet-United States Nuclear and Space Arms Negotiations, November 2, 1985, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-soviet-united-states-nuclear-and-space-arms-negotiations (12.03.2023); Statement on the Soviet-United States Nuclear and Space Arms Negotiations, February 24, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/statement-soviet-united-states-nuclear-and-space-arms-negotiations-6 (12.03.2023); RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 335.

[55]Erklärung des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, 15. Januar 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 146f; vgl. auch aaO, 148f.

[56]Vgl. Zur Einberufung des XXVII. Parteitages der KPdSU und zu den mit seiner Vorbereitung und Durchführung verbundenen Aufgaben. Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 23. April 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 188, 192; Erklärung auf der Pressekonferenz im Sowjetischen Pressezentrum in Genf, 21. November 1985 in: aaO, 71, 75f; Ansprache im internationalen Pressezentrum in Genf während der Zeremonie zum Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens, 21. November 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 69; Erklärung auf der Pressekonferenz im Sowjetischen Pressezentrum in Genf, 21. November 1985 in: aaO, 84, 87; Über die Ergebnisse des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Genf und die internationale Lage. Rede auf der vierten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode, 27. November 1985 in: aaO, 108, 110, 114ff; Rede auf der Pressekonferenz in Reykjavik, 12. Oktober 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 4, 137, 139f, 141f, 145; Ansprache im sowjetischen Fernsehen, 14. Oktober 1986 in: aaO, 154, 159, 163ff, 169; Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung, 21. November 1985 in: INSTITUT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT DER DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung, 178; Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, R. Reagan, 21. November 1985 in: aaO, 183f; Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, R. Reagan, über das Treffen in Reykjavik, 12. Oktober 1986 (Auszug) in: aaO, 275; Address to the Nation on the Meetings With Soviet General Secretary Gorbachev in Iceland, October 13, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-meetings-soviet-general-secretary-gorbachev-iceland (12.03.2023); Remarks and a Question-and-Answer Session With Broadcast Journalists on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-and-question-and-answer-session-broadcast-journalists-meetings-iceland (12.03.2023); Remarks at a Meeting With Officials of the State Department and the U.S. Arms Control and Disarmament Agency on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-meeting-officials-state-department-and-us-arms-control-and-disarmament (12.03.2023).

die USA und Kanada sowie die NATO-Staaten. Darin bekundeten sie ihre Unterstützung für die Abrüstungspläne Gorbatschows. Des Weiteren signalisierten sie ihre Abrüstungsbereitschaft und plädierten kollektiv für eine atomwaffenfreie Zone in Europa.[57]

Hinsichtlich der Abrüstungsbemühungen konnten sich beide Parteien bei Gipfeltreffen in Genf auf die Notwendigkeit der Verhinderung eines Atomkrieges, den Verzicht auf Überlegenheitsbestrebungen, das Erzielen von Abrüstungsmaßnahmen und die Kontrolle ihrer Umsetzung sowie die Verhinderung der Weiterverbreitung von nuklearen und chemischen Waffen einigen. Die Festsetzung und Unterzeichnung konkreter Maßnahmen in Reykjavik im Oktober 1986 scheiterte an den Differenzen zur SDI, in der Gorbatschow die Gefahr einer völligen Entfesselung des Wettrüstens sah. Obwohl kein Abschlussdokument unterzeichnet wurde, werteten Reagan und Gorbatschow das Treffen positiv. Beide brachten ihre Hoffnung auf die Unterzeichnung eines konkreten Abkommens in naher Zukunft zum Ausdruck.[58]

3.2.1 Auseinandersetzung mit Frieden und Abrüstung im Rahmen der *Vereinten Nationen*

Neben den bilateralen Abrüstungsverhandlungen betrieben die *Vereinten Nationen* erneut eine eigenständige Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Abrüstung. Sie begründeten dies mit der Zielsetzung der *Charta der Vereinten Nationen* von 1945, zur Friedenswahrung beizutragen und sich für

[57] Vgl. FINK: Cold War, 231; Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, 30. Juli 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 370; An die Teilnehmer der Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, 28. August 1985 in: aaO, 380; Über die Ergebnisse des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Genf und die internationale Lage. Rede auf der vierten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode 27. November 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 3, 117; Erklärung des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow 15. Januar 1986 in: aaO, 150; Ansprache im sowjetischen Fernsehen 14. Mai 1986 in: aaO, 442; Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, im sowjetischen Fernsehen, 18. August 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 4, 68; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 196, 291, 294, 296, 317; Erklärung des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 (Budapester Appell) in: HARTMANN u. a.: Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, 308ff; Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Staates Europas, die USA und Kanada zur Fragen der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa, 8. April 1986 in: INSTITUT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT DER DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung, 208ff; SCHRÖDER: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik, 98, 100.

[58] Vgl. Erklärung auf der Pressekonferenz im Sowjetischen Pressezentrum in Genf, 21. November 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 76, 79f, 81, 83f; Rede auf der Pressekonferenz in Reykjavik, 12. Oktober 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 4, 145f; Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung, 21. November 1985 in: INSTITUT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT DER DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung, 178ff; Address to the Nation on the Meetings With Soviet General Secretary Gorbachev in Iceland, October 13, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-meetings-soviet-general-secretary-gorbachev-iceland (12.03.2023); Remarks at a Meeting With Officials of the State Department and the U.S. Arms Control and Disarmament Agency on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-meeting-officials-state-department-and-us-arms-control-and-disarmament (12.03.2023); Remarks and a Question-and-Answer Session With Broadcast Journalists on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-and-question-and-answer-session-broadcast-journalists-meetings-iceland (12.03.2023); Remarks at a Meeting With Officials of the State Department and the U.S. Arms Control and Disarmament Agency on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-meeting-officials-state-department-and-us-arms-control-and-disarmament (12.03.2023); Address Before a Joint Session of the Congress Following the Soviet-United States Summit Meeting in Geneva, November 21, 1985, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-joint-session-congress-following-soviet-united-states-summit-meeting-geneva (12.03.2023).

friedliche Streitbeilegung einzusetzen.[59]

Sie hielten an ihrem Standpunkt von 1978 fest, im atomaren Wettrüsten eine Bedrohung der Menschheit durch die gesteigerte Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges zu sehen. Die *Vereinten Nationen* verstanden es weiterhin als ihre Hauptaufgabe, einen atomaren Krieg zu verhüten. Des Weiteren hielt man an der Bewertung der allgemein steigenden Rüstungsausgaben als Ressourcenverschwendung fest. Die *Vereinten Nationen* forderten stattdessen – unter Verweis auf die enge Verbindung von Abrüstung und Entwicklung – den Einsatz dieser Gelder für die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung aller Staaten. Wie schon in den vorangegangenen Jahren befürwortete man das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und wollte dieses durch konkrete Abrüstungsschritte im Interesse aller Staaten gestärkt sehen. Hinsichtlich konkreter Abrüstungsschritte sprach man sich für regionale und einseitige Maßnahmen aus.[60] Besonders das Nuclear Freeze wurde als Voraussetzung angesehen, um anschließend schrittweise die vollständige Abrüstung anzustreben. Des Weiteren sollten die Produktion sowohl atomarer als auch chemischer Waffen einge-

[59]Vgl. Charta der Vereinten Nationen, 26. Juni 1945, Artikel 1 (1), https://unric.org/de/charta/ (15.01.2023). Vgl. auch 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 79, 84, 86, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 86, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 82, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 86, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 96, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[60]Vgl. 39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, 234, https://undocs.org/en/A/RES/39/145 (11.05.2020); 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 76ff, 82ff, 86f, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 39/156. Strengthening of international security: common security, 17 December 1984, 97, https://undocs.org/en/A/RES/39/156 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/18. Bilateral nuclear-arms negotiations, 12 December 1985, 65, https://undocs.org/en/A/RES/40/18 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 80f, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, 239, https://undocs.org/en/A/RES/40/124 (23.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 88f, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 92ff, 96f, 99, 102, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 78, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 82ff, 85, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89ff, 92ff, 96, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

stellt und Tests von Atomwaffen verboten werden.[61] Die Staaten sollten sich zudem dazu verpflichten, Erstangriffe und Gewaltandrohungen zu unterlassen und friedliche Streitbeilegung zu forcieren.[62] Hatten die *Vereinten Nationen* sich schon 1978 kritisch zu Waffen im All geäußert, so brachten sie nun ihre Besorgnis über die Pläne des Wettrüstens im All zum Ausdruck und wollten diesen Ort ausschließlich friedlich genutzt wissen.[63]

Die *Vereinten Nationen* kommentierten darüber hinaus die bilateralen Verhandlungen und die *Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa* (KVAE) im Rahmen

[61]Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 77, 79, 83ff, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 40/81. Urgent need for a comprehensive nuclear-test-ban treaty, 12 December 1985, 67, https://undocs.org/en/A/RES/40/81 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 77, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 82f, 86, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 88, 90, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 93f, 97ff, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/47. Urgent need for a comprehensive nuclear.test-ban treaty, 3 December 1986, 64, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/47 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 78f, 81f, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 85, 87, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 91f, 96f, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

[62]Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 78, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 40/9. Solemn appeal to States in conflict to cease armed action forthwith and to settle disputes between them through negotiations, and to States Members of the United Nations to undertake to solve situations of tension and conflict and existing disputes by political means and to refrain from the threat or use of force and from any intervention in the internal affairs of other State, 8 November 1985, 20, https://undocs.org/en/A/RES/40/9 (11.05.2020); 40/68. Peaceful settlement of disputes between States, 11 December 1985, 305, https://undocs.org/en/A/RES/40/68 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 80, 85, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 93, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 77, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/74. Peaceful settlement of disputes between States, 3 December 1986, 257, https://undocs.org/en/A/RES/41/74 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[63]Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 77, 82, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 82, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 40/87. Prevention of an arms race in outer space, 12 December 1985, 72f, https://undocs.org/en/A/RES/40/87 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 87, 89, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 92, 95, 97, 99, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/162. International co-operation in the peaceful uses of outer space, 16 December 1985, 116, https://undocs.org/en/A/RES/40/162 (11.05.2020); 41/53. Prevention of a arms race in outer space, 3 December 1986, 69, https://undocs.org/en/A/RES/41/53 (11.05.2020); 41/64. International co-operation in the peaceful uses of outer space, 3 December 1986, 113, https://undocs.org/en/A/RES/41/64 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 90, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

des KSZE-Prozesses.[64] Zum einen begrüßte man die Wiederaufnahme der bilateralen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR und plädierte für schnelle Einigungen – auch als Ansporn für andere Staaten. Im Sinne der gemeinsamen Sicherheit erinnerten die *Vereinten Nationen* die USA und die UdSSR daran, dass von ihren Verhandlungsergebnissen das Wohlergehen und Überleben der gesamten Menschheit abhinge. Besonders die einseitige Aussetzung von Atomwaffentests durch die UdSSR wurde honoriert. Zum anderen kritisierte man jedoch das seit Jahren ausbleibende Vorankommen der Abrüstungsverhandlungen auf bilateraler und multilateraler Ebene. Auch bereits erzielte Vereinbarungen, wie die der ersten UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung von 1978, würden nicht umgesetzt. Deshalb wurde mehrfach zur Realisierung der Vereinbarungen aufgefordert. Um die bilateralen und multilateralen Abrüstungsvorhandlungen, auch im Rahmen der eigenen Organisation, zu unterstützen bzw. vorzuantreiben sowie konkrete Abrüstungsschritte kontrollierbar zu machen, boten sich die *Vereinten Nationen* als internationales Verifikationsorgan an.[65]

Eine besondere Bedeutung maß man der KVAE in Stockholm bei. Man hoffte, „that after the adoption of confidence- and security-measures at Stockholm, steps will be agreed upon in order to make further progress in strenthening confidence and security and in achieving disarmament in Europe“[66]. Diese positiven Entwicklungen in Europa sollten auch globale Auswirkungen haben.[67]

Die *Vereinten Nationen* setzten sich verschiedentlich dafür ein, den Einsatz für Frieden und Abrüstung zu befördern. So verwiesen sie hinsichtlich des 1982 etablierten Erziehungs- und Informationsprogramms zum Thema Abrüstung, der *World Disarmament Campaign*, auf die Bedeutung der Aktivierung der Weltbevölkerung für Frieden und Abrüstung, um die Abrüstungsverhandlungen voranzutreiben. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, ihre Bevölkerung in Bildungseinrichtungen und über die Medien mit Informationen zu versorgen. Die *Vereinten Nationen* sprachen bezüglich der Umsetzung allen

[64] Die Inhalte der KVAE sowie des *Expertentreffens zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung* werden in den Abschnitten *3.3.1 Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm* und *3.3.2 Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung in Athen* dieser Arbeit behandelt.

[65] Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 77, 80, 83ff, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 40/18. Bilateral nuclear-arms negotiations, 12 December 1985, 65, https://undocs.org/en/A/RES/40/18 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 83, 85f, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 88f, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 93f, 97, 100ff, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/47. Urgent need for a comprehensive nuclear.test-ban treaty, 3 December 1986, 67, https://undocs.org/en/A/RES/41/47 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 78, 81, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 85, 87, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89, 92ff, 96ff, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[66] 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 78, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); vgl. aaO, 77.

[67] Vgl. 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 95, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle zu.[68] Dementsprechend sollten auch die Forderungen der von den *Vereinten Nationen* gewürdigten weltweiten Friedensbewegung in der Politik der Regierungen Berücksichtigung erfahren.[69]

Aufgrund der ausbleibenden Fortschritte in Friedens- und Abrüstungsverhandlungen riefen die *Vereinten Nationen* für 1986 das *Internationale Jahr des Friedens* aus. Sie hielten ihre Mitgliedsstaaten sowie staatliche und nichtstaatliche Organisationen dazu an, das Jahr mitzugestalten.[70] Es ging vor allem darum, „to devote a specific time to concentrate the efforts of the United Nations and its Member States to promote the ideals of peace and give evidence of their commitment to peace in all viable ways"[71]. Ende 1986 dankten sie den Mitgliedsstaaten und den Nichtregierungsorganisationen für ihren Einsatz im *Internationalen Jahr des Friedens* und baten darum, bis zur Etablierung eines sicheren Friedens in der Welt im Engagement nicht nachzulassen. Man hoffte auf eine langanhaltende Wirkung des *Internationalen Jahres des Friedens*.[72]

3.2.2 Friedensengagement der DDR und Aktivitäten im *Internationalen Jahr des Friedens*

Ab 1983 verstärkte die DDR ihren bilateralen und internationalen Einsatz für Abrüstung und Frieden. Schon vor der Stationierung der Pershing-II-Raketen setzte sich Honecker gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober 1983 für eine „Koalition der Vernunft"[73] ein und forderte ihn zur Mitwirkung auf.

[68] Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 82, 84, 86, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 87ff, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 95, 98, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 82f, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 90, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

[69] Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 82, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, 89, https://undocs.org/en/A/RES/40/151 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 95, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 83, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 90, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

[70] Vgl. 37/16. International Year of Peace, 16 November 1982, 21, https://undocs.org/en/A/RES/37/16 (11.05.2020); 39/10. International Year of Peace, 8 November 1984, 21, https://undocs.org/en/A/RES/39/10 (11.05.2020); 40/3. International Year of Peace, 24 October 1985, 15, https://undocs.org/en/A/RES/40/3 (11.05.2020); 40/10. Programme of the International Year of Peace, 11 November 1985, 21, https://undocs.org/en/A/RES/40/10 (11.05.2020).

[71] 37/16. International Year of Peace, 16 November 1982, 21, https://undocs.org/en/A/RES/37/16 (11.05.2020); vgl. auch 40/3. International Year of Peace, 24 October 1985, 15, https://undocs.org/en/A/RES/40/3 (11.05.2020).

[72] Vgl. 41/9. International Year of Peace, 24 October 1986, 21, https://undocs.org/en/A/RES/41/9 (11.05.2020).

[73] Brief von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl, 5. Oktober 1983, http://https://www.chronik-der-mauer.de/material/178863/brief-von-erich-honecker-an-helmut-kohl-5-oktober-1983 (05.06.2024); Ein Friedensreport in: FRIEDENSRAT DER DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, 20, 57; Bekenntnis und Tat für die Bewahrung des Friedens. Rede von Prof. Dr. Dr. h. c. Günther Drefahl, Präsident des Friedensrates der DDR in: aaO, 10; Die DDR steht auch künftig in vorderster Reihe der Verteidiger des

Honeckers Idee war es, „daß sich alle, die das Abgleiten der Menschheit in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer Koalition der Vernunft zusammentun sollten, um beruhigend auf die internationale Lage einzuwirken und nichts unversucht zu lassen, eine neue Runde des atomaren Wettrüstens zu verhindern.“[74] Kohl begrüßte diesen Vorschlag. Er interpretierte die Koalition der Vernunft aber geringfügig anders, indem er an die Kompromissbereitschaft der Sowjetunion appellierte, um die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen.[75]

In einer gemeinsamen Erklärung von Honecker und Kohl aus dem Jahr 1985 begrüßten beide Parteien die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen und hofften auf positive Auswirkungen der Gespräche auf das Verhältnis von Ost und West. Beide betonten – wie schon in ihren Briefen 1983 festgehalten: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.“[76] Man wollte sich deshalb um gute Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bemühen und den europäischen Frieden vorantreiben.[77]

Ihren Friedenswillen und ihren Einsatz für konkrete Abrüstungsschritte verdeutlichte die SED des Weiteren, indem sie gemeinsam mit der SPD 1985 und 1986 Abrüstungsvorschläge ausarbeitete und veröffentlichte. Im Juni 1985 gaben sie gemeinsam einen *Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa* heraus.[78] An einem der Gespräche in diesem Zusammenhang nahmen auch VertreterInnen des Sekretariats des BEK teil.[79] Im Oktober 1986 veröffentlichten SED und SPD *Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa.*[80]

Das von den *Vereinten Nationen* ausgerufene *Internationale Jahr des Friedens* führte in der DDR zu

Friedens. Rede von Erich Honecker am Weltfriedenstag 1986 in: aaO, 11, 14; 122. Interview des SED-Generalsekretärs Erich Honecker über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 224; Koalition der Vernunft gegen neue Runde des Wettrüstens in: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Oktober 1983, 2.

[74]Brief von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl, 5. Oktober 1983, http://https://www.chronik-der-mauer.de/material/178863/brief-von-erich-honecker-an-helmut-kohl-5-oktober-1983 (05.06.2024).

[75]Vgl. Antwort von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf das Schreiben vom Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker zur Raketenstationierung, 24. Oktober 1983 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 158f.

[76]Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und SED-Generalsekretär Erich Honecker, 12. März 1985 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 212; vgl. auch Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 29. Jan. 1985. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 4 vom 29.1.1985. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf der Genfer Abrüstungskonferenz 1986, BArch DY 30/J IV 2/2/2096, Bl. 193, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2096/index.htm (29.05.2020); Schreiben von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, 5. Oktober 1983 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 155; Antwort von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf das Schreiben vom Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker zur Raketenstationierung, 24. Oktober 1983 in: aaO, 158.

[77]Vgl. Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und SED-Generalsekretär Erich Honecker, 12. März 1985 in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 212.

[78]Vgl. 47. Initiativen von SED und SPD zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa 19. Juni 1985. 47.1. Gemeinsames Kommuniqué zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa in: INSTITUT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT DER DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung, 140f; 47.2. Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa in: aaO, 141ff; 47.3. Erläuterungen zum Rahmenabkommen in: aaO, 145f.

[79]Vgl. Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 63.

[80]Vgl. 84 Initiative der SED und SPD zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa 21. Oktober 1986. 84.1. Gemeinsames Kommuniqué in: INSTITUT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT DER DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung, 276ff; 84.2. Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa in: aaO, 278ff; PETERS: Die beiden deutschen Staaten auf der Stockholmer Konferenz, 58f; WENTKER: Außenpolitik, 512.

zunehmenden Friedensaktivitäten aller gesellschaftspolitischen Organisationen sowie von WissenschaftlerInnen, MedizinerInnen und KünstlerInnen. Man beschrieb das von den *Vereinten Nationen* ausgerufene Friedensjahr als „für die Bürger der DDR zusätzlicher Ansporn, mit noch größerer Energie für die Erhaltung und Sicherung des Friedens einzutreten."[81] Im September 1986 wurde *Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens* veröffentlicht, worin die verschiedenen Friedensaktivitäten in der DDR detailliert dargestellt wurden. Man präsentierte die DDR im Einklang mit den anderen Ostblockstaaten als friedensliebende Nation und beschrieb die DDR-Friedenspolitik als übereinstimmend mit den Zielen der *Vereinten Nationen*. In der Auseinandersetzung mit der Friedenserziehung hielt die DDR aber an ihrer schon bei der Einführung des Wehrunterrichts propagierten Idee fest, dass die gesamtgesellschaftliche Friedenserziehung auch die Erziehung zur Verteidigung des Friedens beinhalten müsste.[82]

Auch international trat Honecker für die Koalition der Vernunft und für Abrüstungsverhandlungen ein. Im Zuge dessen eignete er sich das Konzept der gemeinsamen Sicherheit an.[83] Auch wenn sich Honecker mit seinem Friedensengagement bis zum Amtsantritt Gorbatschows positiv vom Vorgehen der UdSSR unterschied, gab es hinsichtlich der Einschätzung der internationalen Abrüstungsverhandlungen durchgängig große Übereinstimmungen. So übte die DDR im Einklang mit der UdSSR starke Kritik an der Stationierung von Pershing-II-Raketen in Westeuropa und beschrieb die Gegenrüstung der UdSSR als Notwendigkeit zur Beibehaltung des Kräftegleichgewichts. Die Schuld für das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen wurde alleine den USA zugeschoben.[84] Auch in Bezug auf die Bewertung des ersten Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf im November 1985 betonte die DDR in Übereinstimmung mit der UdSSR den Friedenswillen der Warschauer Vertragsstaaten im Gegensatz zur USA und den NATO-Staaten, lobte die Abrüstungsvorschläge der UdSSR und sah das Scheitern des Gesprächs in dem Festhalten der USA an der SDI begründet.[85]

[81] Bekenntnis und Tat für die Bewahrung des Friedens. Rede von Prof. Dr. Dr. h. c. Günther Drefahl, Präsident des Friedensrates der DDR in: FRIEDENSRAT DER DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, 5.

[82] Vgl. aaO, 5ff; Die DDR steht auch künftig in vorderster Reihe der Verteidiger des Friedens. Rede von Erich Honecker am Weltfriedenstag 1986 in: aaO, 11ff, 14; Ein Friedensreport in: aaO, 17f, 20ff, 25f, 34, 37, 72.

[83] Vgl. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 1 vom 10.1.1984. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (Beginn: 17. Januar 1984), DY 30-J 2/2/2036/01, Bl. 11, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2036/index.htm (13.03.2020); Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 10 vom 13.3.1984. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem vom Madrider Treffen der Teilnehmerstaaten der KSZE festgelegten Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung, DY 30-J 2/2/2186/01, Bl. 29, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2045/index.htm (13.03.2020); Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 29. Jan. 1985. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 4 vom 29.1.1985. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf der Genfer Abrüstungskonferenz 1986, BArch DY 30/J IV 2/2/2096, Bl. 191f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2096/index.htm (29.05.2020); Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe. 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 8ff; KOWALCZUK: Endspiel, 89; Koalition der Vernunft gegen neue Runde des Wettrüstens in: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Oktober 1983, 2; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 99; WENTKER: Außenpolitik, 482, 546.

[84] Vgl. Diskussionsbeitrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees (24. bis 25. November 1983), BStU DY 30 2104, Bl. 4ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2104/index.htm (02.03.2020); Brief von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl, 5. Oktober 1983, http://https://www.chronik-der-mauer.de/material/178863/brief-von-erich-honecker-an-helmut-kohl-5-oktober-1983 (05.06.2024).

[85] Vgl. Protokoll Nr. 27 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.10.1986. Anlage Nr. 1

Mit den zunehmenden Abrüstungsbemühungen Gorbatschows präsentierte sich Honecker einträchtig mit der Sowjetunion und sah in den Plänen Gorbatschows seine Ideen aufgegriffen.[86]

3.2.3 Auseinandersetzung des BEK mit den Themen Frieden und Abrüstung

Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Frieden und Abrüstung blieb auch beim BEK von 1984 bis 1986 vorherrschend. Entweder nahm der BEK eigenständig dazu Stellung oder tat dies – 1984 bis 1986 vor allem im bilateralen – ökumenischen Rahmen.[87] Der BEK hielt an seiner Meinung der vorangegangenen Jahre fest, dass die Kirchen mit ihren internationalen ökumenischen Begegnungen und ihrem Dialog positiv zum Abbau der internationalen Konfrontation beitrügen. Auch die an die staatlichen VertreterInnen der DDR weitergeleiteten ökumenischen Stellungnahmen sah man als wirkungsvoll an.[88]

zum Protokoll Nr. 27 vom 21.10.1986. Stellungnahme des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR zu den Ergebnissen des Treffens in Reykjavik, BStU, DY 30 J IV 2/2/2189, Bl. 11f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2189/index.htm (01.03.2020); HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 10, 12; Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Sozialismus und dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe, 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 12; Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 6. Februar 1987 in: aaO, 280f.

[86]Vgl. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 40 vom 8. Oktober 1985. Erste Einschätzung des Besuches von Genossen M. Gorbatschow in Frankreich, BArch DY 30/J IV 2/2/2133, Bl. 34, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2133/index.htm (01.05.2020); Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 10./11. Juni 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 149f, 152f, 156, 160, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020); Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe. 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 8ff; HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 9; SIEBS: Außenpolitik, 255, 338, 340; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 99; WENTKER: Außenpolitik, 481, 486.

[87]1984, 1985 und 1986 nahm der BEK am zweiten, dritten und vierten Rundtischgespräch der *Weltkonferenz religiöser Vertreter* in Moskau teil. Auf bilateraler Ebene erörterte der BEK die Themen Frieden und Abrüstung unter anderem mit der EKD, der *Russischen Orthodoxen Kirche* (ROK) sowie dem *Niederländischen Kirchenrat*. Die EKD und der BEK brachten 1985 und 1986 ein *Wort zum Frieden* und die Verlautbarung *Hoffnung auf Frieden* heraus. Weiterhin veranstalteten sie gemeinsam die jährliche Friedensdekade. (Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 212f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65f; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 73, 77; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: aaO, 32; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 62, 69; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 82.)

[88]Vgl. Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Gienke, bei der Übergabe des „Appells an die Regierungen der Welt“ der Moskauer Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ vom 18. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 81; Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982: aaO, 90; Bericht der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1984 in: aaO, 171; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade“ vom 23. September 1986 in: aaO, 246; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25.

Begründung und Aufruf zum christlichen Friedenseinsatz

Wie schon in der Vergangenheit betrachtete die Bundessynode im Einklang mit der KKL das Eintreten für Frieden und Abrüstung „[i]n Verkündigung, Unterweisung und Seelsorge, in Gottesdienst und Fürbitte [...] als zentrale Frage ihres Zeugnisses von Jesus Christus, der uns mit der Gabe des Friedens beschenkt und mit dem Dienst am Frieden beauftragt hat. Dieser Dienst schließt die Aufgabe ein, den Auftrag umzusetzen von der persönlichen Bewährung bis hin zu politikfähigen Schritten zur Gewinnung und Erhaltung von Frieden zwischen den Völkern."[89] Diesen Standpunkt bezog der BEK auch in gemeinsamen Stellungnahmen mit der ROK und mit der EKD.[90] Aus diesem Verständnis heraus beschrieb der BEK die Realisierung des Friedens in der Welt als Ausdruck des Willen Gottes für die Menschen.[91] In Übereinstimmung mit dem ÖRK betonten der BEK und die ROK: „Die Kirchen können nicht gleichgültig an aktuellen politischen Aufgaben unserer Zeit vorbeigehen."[92] Der BEK und die EKD wiederholten ihren Standpunkt der vorangegangenen Jahre, dass aus der Schuld Deutschlands für den 2. Weltkrieg eine besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden erwüchse.[93]

September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65, 67; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25.

[89]Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 59f; vgl. auch Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfragen vom 23. September 1986 in: aaO, 231; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 17.

[90]Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 212; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16 November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: aaO, 32.

[91]Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgruppe christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32.

[92]Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; vgl. auch Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 241; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497.

[93]Vgl. Wort zu Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 305f; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anläßlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR

Die Bundessynode betonte 1986 die Bedeutung des Friedensengagements jeder einzelnen Christin bzw. jedes einzelnen Christen. Die Bergpredigt galt diesbezüglich weiterhin als wegweisend.[94] Die einzelnen ChristInnen, Gruppen und Gemeinden sollten eine „'Friedenspolitik von unten' in der Lebenspraxis"[95] betreiben. Somit sollten sich die Vorstellungen eines gelungenen internationalen Miteinanders, geprägt vom Streben nach gemeinsamer Sicherheit sowie Kooperation und Kommunikation, in deren Lebensäußerungen niederschlagen. Der BEK sprach vom „Dienst in den Bereichen politischer und gesellschaftlicher Verantwortung"[96] als Teil des Gehorsams gegenüber Gott. Deshalb sah man einen Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft kritisch. Der BEK verschärfte seine Aufforderung der vorangegangenen Jahre an die ChristInnen, die staatliche Ordnung im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für Frieden zu prüfen, um sich bei Bedarf kritisch zu ihr zu positionieren. So sollte diese Prüfung auch die Dienlichkeit des Staates für Gerechtigkeit sowie für das Wohl des Menschen im Allgemeinen beinhalten. Auch staatliche Verteidigungs- und Kriegsvorbereitungen wären auf ihre Vertretbarkeit hin zu beurteilen.[97] Atomare Waffen und einen Atomkrieg beschrieb der BEK aufgrund des Ausmaßes an Zerstörung als inakzeptabel. Deshalb wäre jegliches Streben nach Abschreckung abzulehnen und eine Teilnahme an militärischer Vorbereitung auf eine atomare Auseinandersetzung ausnahmslos zu verweigern. Dieses Verhalten wurde als Teil des christlichen Bekenntnisses deklariert; man sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem „prophetische[n] Zeugnis"[98]. Der BEK dachte angesichts der Zerstörungspotentiale von Atomwaffen darüber nach, ob

5/6 1978, 68f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 66; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31.

[94]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 235; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[95]ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16.

[96]ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20; vgl. auch Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161.

[97]Vgl. Ansprache von Bischof D. Dr. Schönherr bei dem Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit Ministerpräsident Willi Stoph anläßlich der Übergabe ökumenischer Verlautbarungen zur gegenwärtigen Situation vom 19. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 257; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 108; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[98]ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20; vgl. auch Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des

diesbezüglich ein *status confessionis* vorläge; die beauftragte *Theologische Kommission* des BEK sprach vielmehr von einem *processus confessionis*, um die anhaltende Weiterentwicklung des Bekenntnisses zu verdeutlichen.[99] Die Notwendigkeit des Bekenntnisses wurde wie in den Vorjahren mit dem Willen Gottes begründet, die Schöpfung zu erhalten sowie allen Menschen ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Die ChristInnen sollten an der Realisierung mitwirken.[100]

Stellungnahmen zu aktuellen Aufrüstungsbestrebungen und Abrüstungsverhandlungen

Die seit der Ratifizierung des NATO-Doppelbeschlusses betriebene Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa und als Reaktion darauf auch in Osteuropa war sowohl in den Augen des BEK als auch in den Augen vieler ChristInnen besorgniserregend.[101] Dementsprechend lobte der BEK den von der niederländischen Kirche ausgehenden „Widerstand gegen die Stationierung der Raketen“[102] und wertete ihn als Ansporn für den BEK und seine Gliedkirchen zum Widerspruch gegen die stationierten Waffen im eigenen Land. Wurde die Stationierung von Raketen in der DDR und der CSSR von der KKL im Herbst 1984 relativ sachlich als „Gegenmaßnahme[...]“[103] bezeichnet, so wurde im *Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der ROK und dem BEK* die Verantwortung für die beiderseitige Stationierung von Mittelstreckenraketen ausschließlich den USA bzw. dem Westen zugeschoben.[104] Die KKL sah sich durch die Aufrüstung der Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa in ihrem Standpunkt bestärkt, dass Rüstung weder die Sicherheit erhöht noch Entspannung ermöglicht.[105] Solche Behauptungen be-

ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16; Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis“ in der Friedensdebatte in: aaO, 23f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24.

[99]Vgl. Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 72; Beschluß der Synode des Bundes zum Begriff „status confessionis“ vom 19. September 1983 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20; Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis“ in der Friedensdebatte in: aaO, 21ff.

[100]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 94; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 24.

[101]Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103.

[102]Vgl. Abschlußkommuniqué zitiert in 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65.

[103]4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 67.

[104]„Die Stationierung zusätzlicher amerikanischer Raketen in Westeuropa hat die politische Situation kompliziert und die Staaten des Warschauer Vertrages zu Gegenmaßnahmen genötigt.“ (Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25.)

[105]Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band

zeichnete man „als Selbsttäuschung oder bewußte Irreführung“[106]. Mit dem *Niederländischen Kirchenrat* definierte man das Wettrüsten als die tatsächliche Bedrohung der Menschheit.[107]

Die von den USA geplante Entwicklung und Stationierung von Weltraumwaffen sah der BEK kritisch. In ihrem Bericht bei der Bundessynode im September 1984 forderte die KKL deshalb, „daß die Weltmächte, vor allem die USA und die UdSSR unverzüglich Verhandlungen aufnehmen sollten über ein Verbot von Gewaltanwendung im Weltraum und vom Weltraum aus gegenüber der Erde.“[108] Unter direkter Bezugnahme auf die geplante SDI Reagans – als „eine[...] besonders gefährliche[...] Stufe der Weiterrüstung“[109] bezeichnet – verwies die KKL 1986 auf deren mögliche, verheerende Folgen, wie die zunehmende Friedensbedrohung sowie die Zunahme an Armut und Umweltzerstörung.[110] Damit machte man auf den engen Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz aufmerksam. Im Einvernehmen mit dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* hatte der BEK immer wieder die Verbindung von Frieden und (Welt-)Gerechtigkeit aufgezeigt, die Verschwendung von Mitteln für die Rüstung kritisiert und seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, „daß der Gewinn an Sicherheit zwischen Ost und West in einer erkennbare Zunahme von Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd überführt wird.“[111] Dies korreliert

2, 181; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55.

[106] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55.

[107] Abschlußkommuniqué zitiert in 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65.

[108] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 65; vgl. auch Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; Stolpe zitiert in: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67.

[109] Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 242; vgl. auch Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Beschluss der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60.

[110] Vgl. Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 242; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7.

[111] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 19; vgl. auch Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156f; Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz am 7. Januar 1984 in: aaO, 159; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in; aaO, 195; Anlage: Informationen zur

mit dem „positiven Friedensbegriff[...]“[112], den der BEK seinen Überlegungen zugrundelegte. Der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK forderte, allgemein von Weltraumwaffen Abstand zu nehmen.[113] Mit seinen Äußerungen zu Weltraumwaffen befand sich der BEK im Einklang mit den ökumenischen Stellungnahmen sowie denen der *Vereinten Nationen*.[114]

Der BEK begrüßte die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Ost und West und hoffte auf konkrete Abrüstungsvereinbarungen. Gleichzeitig warnte er vor den negativen Auswirkungen langwieriger Verhandlungen auf die allgemeine Haltung zu Friedensgesprächen und auf die Reputation der Regierungen.[115] Im gemeinsamen *Wort zum Frieden* 1985 richteten BEK und EKD deshalb einen Aufruf an alle

Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 99, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[112] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 295. „Frieden ist danach nicht nur Abwesenheit von Krieg, Ruhen der Waffen, sondern schließt Gerechtigkeit ein.“ (2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.)

[113] Vgl. ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 19.

[114] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; Weltraum ohne Waffen. Rundtischkonferenz über die Verhinderung des Mißbrauchs des Weltraums für militärische Zwecke. Kommunique (in Auszügen) in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 18f.

[115] Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen

Alliierten des 2. Weltkrieges: „Bemühen Sie sich um weitere Schritte, die dazu helfen, endgültig auf alle Kernwaffen zu verzichten. Hören Sie auf, neue Waffensysteme aufzustellen. Bringen Sie neue Impulse in die Verhandlungen über die Begrenzung der konventionellen Waffen und über vertrauensbildende Maßnahmen ein.“[116] Erneut wurden die Gemeinden mehrfach zur Fürbitte für den Frieden im Allgemeinen, aber auch für den positiven Ausgang der Abrüstungsverhandlungen im Speziellen aufgefordert.[117]

Das erste Gipfeltreffen von Gorbatschow und Reagan im November 1985 wurde als Ausdruck für „eine neue Denkweise in Abrüstungsfragen und ein geschärftes Verantwortungsbewußtsein für die Gefahr der nuklearen Bedrohung“[118] gewürdigt. In *Hoffnung auf Frieden* dankten der BEK und die EKD Gott für den guten Austausch zwischen Gorbatschow und Reagan.[119]

Die Abrüstungsinitiativen Gorbatschows – insbesondere die „Befreiung der Erde von nuklearen Waffen in den nächsten fünfzehn Jahren bis zur Jahrhundertwende“[120] im Januar 1986 und „die erneute einsei-

Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik, Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 194; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212f; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54f; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7.

[116] Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32; vgl. auch Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 193; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212.

[117] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 181f; Beschluß der Bundessynode in Berlin zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Köngswartha und Günter Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: aaO, 209; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212f; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestage des Ende des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55.

[118] Beschluß der Bundessynode in Berlin zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günter Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 209.

[119] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212.

[120] Erklärung des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, 15. Januar 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 146f; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 226; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 230; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 19; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26.

tige Verlängerung des Atomteststopps durch die Sowjetunion“[121] – wurden positiv bewertet.[122] Laut BEK und EKD sollten „[d]ie wechselseitigen Vorschläge der Weltmächte vom Januar/Februar 1986“[123] genutzt werden und „nicht nur in einseitigen Willenserklärungen der Staaten, sondern in internationalen Verträgen ihren klaren und verbindlichen Niederschlag finden.“[124] Sie forderten die Realisierung eines „umfassende[n] Moratorium[s] für Kernwaffentests, das Verbot aller chemischen und biologischen Waffen, die Verminderung konventioneller Waffen“[125]. Die KKL zeigte sich 1987 enttäuscht darüber, dass das Moratorium der UdSSR für Atomwaffentests nicht andere Staaten zur Nachahmung animiert hatte.[126]

Den Bewertungen der aktuellen Aufrüstungsbestrebungen und Abrüstungsverhandlungen lagen Ansichten zugrunde, die der BEK christlich-theologisch begründet zusammenfasste und darstellte. Alternativ zog er bestehende, anschlussfähige Konzepte zur Argumentation heran.

So behielt der BEK den Ausdruck der Bundessynode von 1982 bei, die neuen Abrüstungsverhandlungen müssten von einem Umdenken weg von „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[127] geprägt sein.

[121] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 230.

[122] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Berlin zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günter Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: aaO, 209; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 230; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26.

[123] Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213.

[124] Ebd.

[125] Ebd.

[126] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[127] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231; 2. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 24. bis 28. September 1982 in Halle (Saale). Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1982, 35; 3. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1983 in Potsdam-Hermannswerder. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1983, 52f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 24.

Die KKL beauftragte den *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* mit der intensiven Auseinandersetzung und Präzisierung des Ausdrucks „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[128]. In der Ausarbeitung hieß es: „'Geist' meint hier Grundeinstellungen, Grundmuster des Verhaltens, Wertorientierungen, Mentalitäten, die nicht mehr reflektiert werden, aber als Voreinstellungen unser Handeln bestimmen.“[129] Den Geist der Abschreckung sah man unter anderem in falschen Sicherheitsverständnissen sowie in der Verunglimpfung der Gegenseite bei Ignoranz aller ethischen und rationalen Einwände gegeben. „Die Logik der Abschreckung meint die Denkfigur, durch die Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen als Mittel zur Kriegsverhütung legitimiert wird, aber auch die mit der Logik der Sache gegebenen Sachzwänge.“[130] Sie „setzt also voraus und produziert Ideologiebildung, Feindbilder, eine Kultur des Mißtrauens, ein polarisiertes Menschenbild. Sie hindert so die Entwicklung friedlicher Konfliktlösungsstrategien und den Aufbau einer politischen Friedensordnung.“[131] Die Praxis der Abschreckung wäre nicht nur im militärischen Bereich, sondern „in der Politik, in der Sprache und den Massenmedien, im militärisch-industriellen wie im militärisch-wissenschaftlichen Komplex, im Bildungswesen und in den Vorurteilen des einzelnen Menschen“[132] zu finden. All dies wurde als widersprüchlich zum Geist, Glaube und Bekenntnis zu Jesus Christus beschrieben.[133]

Der BEK wollte das schon in den vorangegangenen Jahren propagierte Konzept der gemeinsamen Sicherheit in den Abrüstungsverhandlungen politisch realisiert sehen und dementsprechend darauf hinwirken.[134] Dabei sollten „die bereits vorhandenen politischen, völkerrechtlichen und zwischenstaatlichen Instrumente gestärkt“[135] werden. Als weitere mögliche Schritte zur politischen Realisierung des Konzepts

[128] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Einführung in den Bericht des ad-hoc-Ausschusses Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Weg zum Bekennen in der Friedensfrage in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 11; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: aaO, 12ff.

[129] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 15.

[130] Ebd.

[131] Ebd.

[132] Ebd.

[133] Vgl. ebd.

[134] „Geist und Logik gemeinsamer Sicherheit besagen, daß die Sicherheit des anderen Teil der eigenen Sicherheit ist und folglich nicht gegeneinander errüstet, sondern miteinander gesucht und gefunden werden kann.“ (Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228.); vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 17f, 19.

[135] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die

sprach man sich, wie schon Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre, für vertrauensbildende Maßnahmen, das Ergreifen einseitiger oder beidseitiger Schritte der Abrüstung, die Beibehaltung des Standes der Atomwaffen und atomwaffenfreie bzw. chemiewaffenfreie Zonen aus.[136] Darüber hinaus zählte die Bundessynode als weitere Maßnahmen auf, die Weltabrüstungskampagne der *Vereinten Nationen* zu unterstützen, von der Stationierung atomarer Raketen in der DDR abzusehen sowie die Einigungen des Madrider KSZE-Folgetreffens vollumfänglich umzusetzen, um gute Voraussetzungen für Abrüstungsverhandlungen zu schaffen.[137] 1984 richtete die Bundessynode eine direkte Aufforderung an die DDR-Regierung, in diesem Sinne tätig zu werden.[138]

Der BEK machte sich außerdem Gorbatschows Idee des „neuen Denkens“[139] zu eigen und beschrieb die Realisierung des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit „als politischer Ausdruck dieses neuen Denkens“[140].

Stellungnahmen zur Friedenspolitik der DDR

Wurden seitens des BEK bis 1983 die Unterschiede im Friedensengagement von Kirche und Staat hervorgehoben, so konzentrierte man sich nun auf die Gemeinsamkeiten im Engagement für das Wohlergehen der Menschen und brachte in den Begegnungen seine Anerkennung für die Friedenspolitik sowie den Friedenseinsatz der DDR zum Ausdruck. Das Verhindern kriegerischer Auseinandersetzung beschrieb Hempel

Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 18.

[136] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213; Stolpe: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Beschluss der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 59f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17ff.

[137] Vgl. ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17.

[138] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103.

[139] Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, im sowjetischen Fernsehen, 18. August 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 4, 65.

[140] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 18; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 226; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfragen vom 23. September 1986 in: aaO, 231; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24.

als gemeinsames Ziel von Staat und Kirche.[141] Laut der KKL waren „alle offenen Fragen“[142] sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene dem Ziel der Erhaltung des Friedens nachzuordnen.

Die KKL erklärte ihre Unterstützung für die von der DDR propagierte „Koalition der Vernunft“[143]. Sie ging sogar soweit, die Koalition der Vernunft international als „eine Notwendigkeit [zu beschreiben], zu deren Realisierung auch die Kirchen verschiedener Länder beitragen können.“[144]

Darüber hinaus sprach man sich im Einklang mit SED und SPD für eine chemie- und atomwaffenfreie Zone aus. In der Stellungnahme der KKL anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* forderte man beide deutschen Staaten auf, den Vorschlag von SED und SPD für die Etablierung einer chemiewaffenfreien Zone zu bedenken.[145]

Des Weiteren würdigte man das Engagement von DDR und BRD für gute innerdeutsche Beziehungen. Gleichzeitig plädierte man für den weiteren Abbau von Spannungen an der Nahtstelle zwischen Ost und West, mehr Erleichterungen für die BürgerInnen beider Staaten und für den kontinuierlichen Einsatz für Frieden.[146]

---

[141] Vgl. Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 105, 107; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Stolpe: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsens in: ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16.

[142] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 11. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 182.

[143] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8; vgl. auch Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.9.1984 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 516; Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: aaO, 522.

[144] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[145] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 194. Vgl. auch Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; Beschluss der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17, 19.

[146] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31f.

Wie der SED-Staat sah der BEK das ausgerufene *Internationale Jahr des Friedens* durch die *Vereinten Nationen* als Ansporn für die intensivere Auseinandersetzung mit dem eigenen Friedensengagement und für die Präzisierung der Friedensaktivitäten. Die verschiedenen Aktivitäten standen unter dem Motto *Zeit für den Frieden* und mündeten in mehreren Ausarbeitungen für die Gemeindearbeit.[147] Man appellierte an die Gemeinden, „diesen Aufruf 'in ihre Friedensarbeit aufzunehmen, ihn schöpferisch zu gestalten und die Tätigkeit der UNO als Instrument zur Förderung eines friedlichen und gerechten Zusammenlebens der Völker stärker bewußt zu machen'."[148] Von Seiten der KKL sowie in den *Informationen zur Friedensarbeit des BEK* verwies man auf Friedensseminare und regelmäßige Friedensgebete als neue Formen des Friedenseinsatzes. Zusätzlich wurde die Friedensdekade als fester Bestandteil des Friedensengagements des BEK und seiner Gliedkirchen beschrieben.[149]

Diese Fürsprache für die eigene Friedenspolitik wurde von staatlicher Seite immer wieder zur Kenntnis genommen und herausgestellt.[150] Honecker sprach im September 1986 sogar von einer „Zusammenarbeit mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in der Friedensfrage, die eine gute Tradition habe."[151] Er beschrieb die ChristInnen in der DDR und weltweit als „Verbündete in Sachen Frieden"[152].

Kritische Anmerkungen zur Friedenspolitik der DDR sowie Verweise auf unterschiedliche Standpunkte aufgrund des Friedensverständnis sind in den öffentlichen Verlautbarungen des BEK nur eingeschränkt zu finden.

1985 thematisierte die KKL den Widerspruch zwischen der international propagierten Friedenspolitik der DDR und der Militarisierung der DDR-Gesellschaft.[153] Dahingehend machte sich die Bundessynode 1986 Äußerungen der Synode der *Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen* zu eigen, worin kritisiert wurde, dass die DDR trotz ihres propagierten Friedensengagements in ihrem Handeln vornehmlich der Abschreckung verhaftet bliebe, indem „in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen auf den militärischen Verteidigungsfall hin ausgerichtet, erzogen und gerüstet wird"[154].

[147] Vgl. Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 227; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52, 61; Arbeitsbericht 1985/86 in: aaO, 82.

[148] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 227.

[149] Vgl. Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 229; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 4f.

[150] Vgl. Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.9.1984 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 516; Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: aaO, 522f; Dok. 100: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7.1.1986 zu aktuellen Fragen der Politik gegenüber den Evangelischen Kirchen, Auszug auf dem Protokoll der Sitzung Nr. 1/86 vom 7.1.1986, Punkt 14 und Anlage 13, Berichterstatter Werner Jarowinsky in: aaO, 526f; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: aaO, 534.

[151] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 227.

[152] 122. Interview des SED-Generalsekretärs Erich Honecker über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 224.

[153] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[154] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die

Folglich setzte man die kritische Auseinandersetzung mit dem Wehrdienst und der Wehrerziehung fort.[155] Zwar dankte die Bundessynode 1984 für den seit 20 Jahren möglichen Wehrersatzdienst als Bausoldat. Zudem äußerte sie sich gemeinsam mit der KKL anerkennend zur durch den Minister für Nationale Verteidigung zugesicherten Gleichberechtigung von Wehrdienstleistenden mit und ohne Waffe sowie der Glaubensauslebung der Bausoldaten.[156] Gleichzeitig wurde aber im Arbeitsbericht 1983/84 des BEK von Problemen hinsichtlich der Glaubensauslebung der Bausoldaten berichtet.[157] Auch wiederholte die Bundessynode ihre Bitte an die KKL von 1982 in den Jahren 1984, 1985 und 1986, sich für den Einsatz der Bausoldaten in zivilen Bereichen stark zu machen. Des Weiteren sollte sie sich parallel um einen zivilen Wehrersatzdienst – im Sinne des Sozialen Friedensdienstes –, um eine waffenfreie Alternative der vormilitärischen Ausbildung sowie um einen waffenfreien Dienst für Reservisten bemühen, um der pazifistischen Grundausrichtung einiger ChristInnen zu entsprechen.[158]

Grundsätzlich hielt der BEK daran fest, dass sowohl der Wehrdienst an der Waffe als auch der Bausoldatendienst oder die Wehrdienstverweigerung Ausdruck des christlichen Friedenswillens sein könnten.[159] Die Bundessynode und die KKL äußerten aber 1984 und 1985 Zweifel daran, dass Wehrdienst und Wehrerziehung als Beitrag zur Sicherung des Friedens zu werten wären.[160] 1986 definierte die Bundessynode die

Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16.

[155]Vgl. Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.9.1984 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 516; Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: aaO, 523; Dok. 100: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7.1.1986 zu aktuellen Fragen der Politik gegenüber den Evangelischen Kirchen, Auszug auf dem Protokoll der Sitzung Nr. 1/86 vom 7.1.1986, Punkt 14 und Anlage 13, Berichterstatter Werner Jarowinsky in: aaO, 525ff; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: aaO, 534f.

[156]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 171f; Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.9.1984 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 517; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; Sachbericht zu den Aufträgen der IV. Bundessynode in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 5.

[157]Vgl. Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 73.

[158]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: aaO, 172; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 182; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 197; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235.

[159]Vgl. Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung vom März 1982 in: aaO, 60ff; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: aaO, 172; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 in: aaO, 226; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 66.

[160]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht

Verweigerung des Wehrdienstes als einen Ausdruck des neuen Denkens und „der politischen Vernunft“[161].

Die Wehrerziehung in der DDR beschrieb man als widersprüchlich zum propagierten Konzept der gemeinsamen Sicherheit und des neuen Denkens sowie zum nationalen und internationalen Friedensengagement.[162] Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und das neue Denken sollten sich neben den internationalen Beziehungen auch in der Gemeindearbeit, in der Gesellschaft und im Schulsystem niederschlagen. Die KKL und die Bundessynode äußerten sich 1985 und 1986 kritisch zur anhaltenden Vermittlung der Notwendigkeit militärischer Macht und der Steigerung der Sicherheit durch Waffen in der DDR wider besseren Wissens. In den *Informationen zur Friedensarbeit des BEK* stimmte man 1986 dem Vorschlag der *Vereinten Nationen* zu, die Erziehung zum Frieden in Schulen zu etablieren. Man beschrieb den eigenen Einsatz für die Friedenserziehung als im Sinne des Vorschlages der *Vereinten Nationen.*[163] Die EKD und der BEK forderten die ChristInnen in beiden deutschen Staaten auf, sich weiterhin für die Erziehung zum Frieden einzusetzen.[164] Das Thema sollte erneut gegenüber staatlichen VertreterInnen zur Sprache gebracht werden.[165]

Die Äußerungen des BEK zur Friedenspolitik sowie zum Wehrdienst und der Wehrerziehung in der DDR führten sowohl beim Staat als auch innerhalb des BEK zu Unmut.

Von staatlicher Seite fühlte man sich durch den kritischen Umgang mit der Wehrerziehung und dem Wehrdienst angegriffen und wollte die Versuche kirchlicher Einflussnahme abwehren.[166]

Sowohl in den staatlichen als auch in den kirchlichen Dokumenten wird erkennbar, dass die öffentliche Unterstützung der Friedenspolitik der DDR und die damit einhergehende Annäherung an und Kooperation mit dem Staat durch den BEK von einigen Synodalen kritisch gesehen wurde. Man befürchtete, von staatlicher Seite für die eigenen Zwecke missbraucht zu werden.[167] In einem Beschluss der Bundessynode

der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: MITTEILUNGSBLATT IN DER BEK DER DDR 5/6 1985, 53.

[161] Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 235; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 536.

[162] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[163] Vgl. Anlage: Informationen zur Friedenarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedenfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 74, 82.

[164] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32.

[165] Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52.

[166] Vgl. Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, Bl. 16, 24ff, 28, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm (28.05.2020); Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523.

[167] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Frie-

1986 wurde dieser Kritik entgegengehalten: „Die Aufgabe des Friedens weist uns nicht nur in die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen, sie läßt uns auch nach Kooperationsmöglichkeiten mit Nicht-Christen suchen. [...] Dieser Kooperation dürfen wir uns nicht aus Identitätssorge verweigern. Die Kooperation ist aber nur friedensdienlich, wenn wir uns mit unserem unvertretbaren Auftrag einbringen können und dies auch äußerlich erkennbar bleibt.“[168]

Diese „Eigenständigkeit des kirchlichen Friedenszeugnisses“[169] sahen viele Synodale besonders in der Berichterstattung zur Teilnahme einer Abordnung des BEK an einem Gespräch Honeckers mit dem Friedensrat im September 1986 nicht angemessen präsentiert, bei dem der Bericht zur Friedensarbeit des BEK übergeben wurde.[170] Deshalb forderte die Bundessynode, „das Verhältnis der eigenständigen Friedensarbeit der Ev. Kirchen zu anderen Friedensaktivisten in unserer Gesellschaft grundsätzlich zu klären und praktische Richtlinien zu erarbeiten.“[171]

3.3 Fortsetzung des KSZE-Prozesses

Im Rahmen des KSZE-Prozesses setzte man sich von 1984 bis 1986 mit zwei Themenbereichen ausführlicher auseinander: dem Abbau internationaler Spannungen und den Menschenrechten.

3.3.1 Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm

Bei der im Januar 1984 beginnenden *Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa* (KVAE) in Stockholm setzte man sich zum Ziel, „etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und bei der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen“[172]. Im am 19. September 1986 verabschiedeten Abschlussdokument der Konferenz verpflichteten sich die Signatarstaaten, wie schon in

densfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 234; Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: aaO, 534f; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52.

[168] Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 234.

[169] Ebd; vgl. auch Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: aaO, 534; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52.

[170] Vgl. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 226.

[171] Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) in: aaO, 234.

[172] Dokument der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, einberufen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 15. September 1986 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 113; vgl. auch Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: aaO, 89; Beschlüsse des Vorbereitungstreffens in Helsinki, Anhang in: aaO, 102, 104f.

der *Schlussakte von Helsinki*, zur „Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt“[173], zur „vorherige[n] Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten“[174], zur Ermöglichung der „Beobachtung bestimmter militärischer Aktivitäten“[175] und zur Abgabe von Jahresberichten zu geplanten militärischen Manövern im November des Vorjahres. Im Abschlussdokument von Stockholm wurde klarer umrissen, wie und welche Manöver z.B. anzukündigen waren und wer in welcher Form beobachten durfte. Des Weiteren war es erstmals möglich, neben der Beobachtung der militärischen Manöver 48-stündige Inspektionen bei einem anderen der unterzeichnenden Staaten durchzuführen. Die Regelungen waren ab dem 1. Januar 1987 rechtsgültig.[176] Das Ziel der DDR, Kontrollmaßnahmen zu Manövern und Ausstattung der Armeen des Ostblocks abzuwenden, wurde somit nicht erreicht.[177]

3.3.2 Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung in Athen

Parallel zur KVAE fand im Frühjahr 1984 ein *Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung* in Athen statt. Das Treffen zielte darauf ab, „auf der Grundlage der Schlußakte die Prüfung einer allgemein annehmbaren Methode für die friedliche Regelung von Streitfällen mit dem Ziel fortzuführen, bestehende Methoden zu ergänzen.“[178] Trotz intensiven Austauschs kam es zu keiner Einigung. Man fasste den Beschluss, sich zukünftig erneut mit dem Thema auseinanderzusetzen.[179]

3.3.3 Expertentreffen zum Thema Menschenrechte in Ottawa (1985) und Bern (1986)

1985 und 1986 wurden in Ottawa und in Bern die ersten Expertentreffen ausschließlich zum Thema Menschenrechte abgehalten.[180]

In Ottawa sollte die Realisierung der Menschenrechte in den einzelnen Staaten diskutiert werden.[181] Die westlichen Staaten prangerten die Verletzung von Menschenrechten in den sozialistischen Staaten

[173] Dokument der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, einberufen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 15. September 1986 in: aaO, 114.

[174] AaO, 115; vgl. auch aaO, 116f.

[175] AaO, 117; vgl. auch 118ff.

[176] Vgl. aaO, 115ff, 120ff, 123.

[177] Vgl. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 1 vom 10.1.1984. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (Beginn: 17. Januar 1984), DY 30-J 2/2/2036/01, Bl. 12, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2036/index.htm (13.03.2020).

[178] Bericht über das Treffen von Experten, die die Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vertreten, das durch die Schlußakte der KSZE und das abschließende Dokument des Madrider Treffens vorgesehen wurde, um auf der Grundlage der Schlußakte die Prüfung einer allgemein annehmbaren Methode für die friedliche Regelung von Streitfällen mit dem Ziel fortzuführen, bestehende Methoden zu ergänzen, 30. April 1984 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 105.

[179] Vgl. ebd.

[180] Vgl. ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 87; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 61.

[181] Vgl. Beschluß des Vorbereitungstreffens über Tagesordnung, organisatorischen Rahmen, Zeitplan und andere Modalitäten des Expertentreffens über Menschenrechte, in Vertretung der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 6. Mai 1985 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 111.

an.[182] Zunächst argumentierte die Sowjetunion mit der „Berufung auf das Nichteinmischungsprinzip“[183], schwenkte aber im Laufe der Verhandlungen um und präsentierte „eine eigene, marxistische Konzeption der Menschenrechte“[184]. Diese betonte „die wirtschaftlichen und sozialen Rechte gegenüber den vom Westen hervorgehobenen individuellen Freiheitsrechten und politischen Beteiligungsrechten.“[185]

Beim Expertentreffen in Bern lag der Fokus auf der „Erörterung der Entwicklung von Kontakten zwischen Personen, Institutionen und Organisationen“[186], im Besonderen aber auf der „Entwicklung von menschlichen Kontakten“[187].

Beide Treffen gingen ohne konkrete Ergebnisse zu Ende. Damit erfüllte sich die Zielsetzung der DDR, konkrete menschenrechtliche Festlegungen zu vermeiden.[188] Die Treffen beförderten aber die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsdefiziten und ebneten den Weg für konkrete Ergebnisse beim Wiener KSZE-Folgetreffen. Darüber hinaus verstärkten sie die allgemeine Diskussion über Menschenrechte in den sozialistischen Ländern.[189] In einer Rede vom Mai 1986 wird Gorbatschows vorsichtige Einstellungsänderung zur Realisierung der Menschenrechte deutlich. Im Hinblick auf die sozialistische Gesellschaft hieß es: „Für die Aufgabe des Aufbaus und der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie muß das gesamte Arsenal der sozialen, politischen und persönlichen Rechte und Freiheiten des sowjetischen Menschen nutzbar gemacht werden.“[190] Darüber hinaus thematisierte er die starke Ablehnung der sozialistischen Staaten gegenüber der Auseinandersetzung mit den Menschenrechten und forderte ein Umdenken und eine politische Neuausrichtung in diesem Zusammenhang.[191] Dies bezog er direkt auf die „Frage der Familienzusammenführung, der Ein- und Ausreise“[192]. Ähnlich wie der BEK betonte auch Gorbatschow: „All das ist Teil des Entspannungsprozesses, ein Element der Vertrauensbildung.“[193]

3.3.4 Reaktionen des BEK auf die Fortsetzung des KSZE-Prozesses

Wie in den Vorjahren verfolgte und kommentierte der BEK weiterhin die Ereignisse im Rahmen des KSZE-Prozesses. Er nahm zur KVAE sowie zum Expertentreffen in Ottawa Stellung. Darüber hinaus beleuchtete er anlässlich des 10. Jahrestages der *Schlussakte von Helsinki* den KSZE-Prozess im All-

[182] Vgl. ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 87; SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 82; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 62.
[183] ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 89.
[184] Ebd.
[185] Ebd.
[186] Beschlüsse der vorbereitenden Konsultationen über Tagesordnung, organisatorischen Rahmen, Zeitplan und andere Modalitäten des Expertentreffens über menschliche Kontakte, in Vertretung der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 14. April 1986 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 112.
[187] Ebd.
[188] Vgl. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 12 vom 25.3.1986. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem Expertentreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE zu menschlichen Kontakten in Bern (2. April bis Ende Mai 1986), DY 30-J 2/2/2159/03, Bl. 232f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2159/index.htm (13.03.2020); WENTKER: Außenpolitik, 550.
[189] Vgl. ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 90, 92; SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 82f; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 61, 63.
[190] Am Wendepunkt. Beratung im Außenministerium der UdSSR am 28. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Gipfelgespräche, 184.
[191] Vgl. aaO, 195f.
[192] AaO, 196.
[193] Ebd.

gemeinen. Entgegen der Haltung der DDR wurde die Realisierung der Menschenrechte genauso hoch gewichtet wie die Realisierung von Frieden und Abrüstung.[194]

Reaktionen des BEK auf die KVAE

Zu Beginn der KVAE und auch im weiteren Verlauf forderte der BEK, wie schon bei dem KSZE-Folgetreffen in Belgrad, die Gemeinden zur Fürbitte für das Gelingen der Konferenz in Stockholm auf. In einem Schreiben des Vorsitzenden der KKL, Bischof Johannes Hempel, an die Pfarrämter im Januar 1984 kommt die Hoffnung auf positive Auswirkungen der KVAE auf die Friedens- und Abrüstungsverhandlungen zum Ausdruck: „Angesichts der begonnenen Stationierung neuer Waffensysteme in Europa sowie der Unterbrechung aller Abrüstungsverhandlungen in Genf und Wien bekommt diese Konferenz eine besondere Bedeutung für den Entspannungsprozeß in Europa."[195] Das angehängte Fürbittengebet für die Gemeinden war vom Konzept der gemeinsamen Sicherheit geprägt. So sollten sich die politisch Verantwortlichen zum Wohlergehen aller Menschen um Kooperation, Vertrauen und konkrete Abrüstungsschritte bemühen. Der BEK erhoffte sich diesbezüglich von der Konferenz verbindliche Vereinbarungen.[196]

Des Weiteren übergaben die KKL und die *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR* der Regierung im Januar 1984 einen Brief, der an die Teilnehmerstaaten der Konferenz in Stockholm weitergeleitet werden sollte. Darin wurden diese aufgrund der Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa dazu angehalten, „dem Entspannungsprozeß neue Impulse zu geben."[197] Aus dem Arbeitsbericht des BEK 1984/85 geht hervor, dass die Regierung der DDR den Brief am 25. Januar 1984 an die anderen Teilnehmerstaaten übermittelte.[198]

Ende September 1986 würdigte die Bundessynode das erzielte Abkommen der KVAE. Man sah darin vor allem eine Präzisierung des Prinzips *II. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt*

[194]Vgl. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 12 vom 25.3.1986. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem Expertentreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE zu menschlichen Kontakten in Bern (2. April bis Ende Mai 1986), DY 30-J 2/2/2159/03, Bl. 230, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2159/index.htm (13.03.2020); Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u. a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27.

[195]Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an alle Pfarrämter der Gliedkirchen des BEK in der DDR vom 10. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 158; vgl. auch Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: aaO, 156; Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 194; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67.

[196]Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an alle Pfarrämter der Gliedkirchen des BEK in der DDR vom 10. Januar 1984. Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 159.

[197]Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: aaO, 156; vgl. auch 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67.

[198]Vgl. Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 72.

der *Schlussakte von Helsinki.*[199] 1988 bewertete man die Umsetzung der in Stockholm 1986 festgelegten Maßnahmen zur Vertrauensbildung als erfolgversprechend.[200]

Erklärung zum Expertentreffen in Ottawa

Im November 1984 verfassten die ökumenischen Kirchen im Rahmen des Workshops und des Treffens des Arbeitskommitees des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* in Eisenach eine *Erklärung zum Expertentreffen zu Fragen betreffend der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Ottawa, 7. Mai bis 7. Juni 1985* –. Diese ließ der BEK der DDR-Regierung zukommen.[201] Damit kam er der in Tutzing im Dezember 1983 geäußerten Aufforderung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms nach, „wegen dieses Expertentreffens Kontakt zu ihren Regierungen aufzunehmen und sich für ein erfolgreiches Ergebnis einzusetzen."[202] Man erhoffte sich vom Expertentreffen in Ottawa Impulse für eine zunehmende Akzeptanz und Realisierung der Menschenrechte. Zusätzlich sollte im Zuge dessen die menschenrechtliche Auseinandersetzung im Rahmen des dritten, ab Herbst 1986 geplanten KSZE-Folgetreffens in Wien vorbereitet werden. Wie der Arbeitsausschuss des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* im Dezember 1983 betonte man in der Erklärung den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit. Die Kirchen sollten gegenüber den Regierungen beratend tätig werden, die Menschenrechte im Allgemeinen und Menschenrechtsfragen im eigenen Land im Speziellen gegenüber den politisch Verantwortlichen thematisieren sowie sich auf nationaler und internationaler Ebene für vertrauensbildende Maßnahmen einsetzen. In der Erklärung ordnete man den Einsatz für die Menschenrechte der Seelsorge und Verkündigung zu, ohne als Kirchen parteipolitisches Engagement anzustreben. Wie schon in den vorangegangenen Jahren beschrieb man individuelle und soziale Menschenrechte als gleichwertig und dementsprechend gleichermaßen erstrebenswert. Im Hinblick auf Ottawa sollten die Regierungen gebeten werden, auch kirchliche Erwägungen zu den Menschenrechten anzubringen.[203]

[199] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u. a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27.

[200] Vgl. Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 281.

[201] Vgl. Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 62.

[202] Erklärung zum Expertentreffen zu Fragen betreffend der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Ottawa, 7. Mai bis 7. Juni 1985 – , EZA 101/4830; vgl. auch The Churches' Human Rights Programme, Erklärung zum Abschluss des Madrider Folgetreffens über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Tutzing/Bundesrepublik Deutschland, am 2. Dezember 1983, EZA 101/4829.

[203] Vgl. Erklärung zum Expertentreffen zu Fragen betreffend der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Ottawa, 7. Mai bis 7. Juni 1985 – , EZA 101/4830; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII EISENACH. Deutsche Demokratische Republik 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Reimann in: ebd; Arbeitsgruppe III in: ebd; Zielsetzung in: ebd; Zwischenreflexionen in: ebd; Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 88.

Stellungnahme zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki*

Zum 10. Jahrestag der *Schlussakte von Helsinki* veröffentlichte die KKL 1985 die Stellungnahme *10 Jahre Schlußakte von Helsinki.*[204] Darin betonte sie: „Die Kirchen haben diese verbindliche Absichtserklärung der Regierung als Zeichen der Hoffnung auf den Beginn einer neuen Entwicklung in den Beziehungen der Staaten, der Völker und ihrer Menschen untereinander dankbar begrüßt."[205] Man verwies auf den Einsatz des BEK für die Realisierung der *Schlussakte von Helsinki* im eigenen Land und würdigte alle politisch Verantwortlichen in Ost und West, die den KSZE-Prozess auch in der angespannten internationalen Lage aufrechterhalten hatten.[206]

In der Stellungnahme fand eine starke Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Abrüstung statt. Die ChristInnen wurden zum weiteren Einsatz für den Frieden aus dem Glauben heraus aufgefordert. Die KKL appellierte an die Regierungen, „alles zu tun, um zu wirksamen Abrüstungsverhandlungen zu kommen und auf dem Wege zur Nachfolgekonferenz in Wien 1987 konstruktive Ergebnisse zu erzielen, die für die Menschen erfahrbar werden."[207]

Das Thema Menschenrechte wurde im Sinne von Gerechtigkeit oder Weltgerechtigkeit thematisiert. Beispielsweise bat die KKL „die Regierungen der beiden deutschen Staaten, alles zu tun, um ihrer besonderen Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit zu entsprechen."[208] In diesem Zusammenhang riet man zu weiteren Reiseerleichterungen zwischen DDR und BRD. Darüber hinaus beschrieb man es als dringlich, dass man sich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzte.[209] Mit der Stellungnahme, die dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker übergeben wurde, reagierte der BEK auf die Aufforderung des von der KEK, dem *Kanadischen Rat der Kirchen* und dem *Nationalrat der Kirchen Christi in den USA* veröffentlichten *Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki*, „anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki an die Regierungen ihrer Länder heranzutreten und ihnen ihre Hoffnungen und Erwartungen mitzuteilen."[210] Die Stellungnahme schien für den SED-Staat so wenig anstößig, dass sie sogar im *Neuen Deutschland* (ND) abgedruckt wurde.[211]

Zusätzlich nahm die KKL die „Botschaft des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 15. Juni 1985"[212] in ihren Bericht an die

[204] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 193; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 62.

[205] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 193.

[206] Vgl. ebd.

[207] AaO, 194.

[208] AaO, 193.

[209] Vgl. aaO, 193f.

[210] Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 62; vgl. auch Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juni 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 194.

[211] Vgl. Evangelische Kirchenleitungen in der DDR zu 10 Jahre Helsinki in: NEUES DEUTSCHLAND 1. August 1985, 2.

[212] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

Bundessynode im Herbst 1985 auf. Darin wurde erneut der Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten betont. Man hob im Besonderen die Bedeutung der Vertrauensbildung für alle Zielsetzungen der *Schlussakte von Helsinki* hervor. Diese sollte deshalb sowohl zwischen- als auch innerstaatlich vorgetrieben werden. Darüber hinaus hieß es: „Vertrauensbildung zwischen den Ländern fördert, wie es die Kirchen aus verschiedenen Systemen und Kontinenten erfahren durften, die Achtung der Menschenrechte."[213]

3.4 Weiterentwicklung der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen

Hatten sich die meisten der vor 1984 gegründeten Gruppen in der DDR primär mit dem Thema Frieden auseinandergesetzt, so verlor dieses mit der Ratifizierung des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung von Mittelstreckenraketen ein Stück weit an Bedeutung. Man wandte sich verstärkt anderen Themen, unter anderem dem Umweltschutz, den Menschenrechten sowie nationaler und internationaler Gerechtigkeit, zu. Das Themenspektrum wurde breiter; viele Gruppen setzten sich in ihrer Arbeit mit mehreren Themen gleichzeitig auseinander, waren somit nicht absolut trennscharf einem Thema zuzuordnen. Der Konziliare Prozess sowie Gorbatschows Politik von *Perestroika* und *Glasnost* ab 1985 trugen ebenfalls zur Ausweitung des Themenspektrums bei. Die Gruppierungen begannen verstärkt, ihre Standpunkte in schriftlicher Form zu veröffentlichen und zu verbreiten. Sie waren weiterhin zum Großteil in den Kirchen angesiedelt und nutzten deren Räumlichkeiten und Wege der Veröffentlichung. Es gab aber erste Ablösungstendenzen vom kirchlichen Raum.[214]

Die Friedensgruppen in der DDR bezogen die Themen Frieden und Abrüstung nun im Besonderen auf den nationalen Bereich der DDR, kritisierten – expliziter als in den offiziellen Stellungnahmen des BEK – die nationale Friedenspolitik des SED-Staates und wollten mit der außenpolitischen Neuausrichtung der DDR auch innen- und gesellschaftspolitische Veränderungen einhergehen sehen.[215]

[213] Botschaft des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 15. Juni 1985 in: ebd.

[214] Vgl. BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 48; BURO: Friedensbewegung, 275; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 208; HUFF: Natur und Industrie, 358, 370; grenzfall, 1. Ausgabe zur Berliner Friedenswerkstatt 29.6.86, https://www.jugendopposition.de/153228 (04.06.2020); KNABE: Der lange Weg, 144; KNABE: Samisdat, 303, 306, 308; KOWALCZUK: Endspiel, 235f; LEMKE: Ursachen des Umbruchs 1989, 183; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 178; MAYER: Flucht und Ausreise, 63; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 52f, 68, 122, 171, 241f; Dokument 6: Eingabe zu Umweltfragen an die Mecklenburgische Landeskirche, Friedenskreis Vipperow, 27.10.1983 in: aaO, 101ff; Dokument 9: Eingabe an die Bundessynode mit dem Ziel der Einrichtung einer Umweltwoche analog der Friedensdekade, Juni 1984 in: aaO, 110f; Dokument 12: Markus Meckel: Zur Selbstverständigung von Friedenskreisen (Januar 1984) in: aaO, 125, 129f; Dokument 18: Aus den Arbeitsmaterialien für das 3. Mobile Mecklenburgische Friedensseminar, Neustrelitz August 1984 in: aaO, 184; Dokument 19: Aus den Arbeitsmaterialien des 4. Mobilen Friedensseminars in Mecklenburg, Vipperow 1985 in: aaO, 188ff; Dokument 23: Briefe der Teilnehmer des Friedensseminars an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker und an Bundeskanzler Helmut Kohl zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone, Vipperow, 11.8.1985 in: aaO, 202ff; Dokument 24: Brief der Teilnehmer des Friedensseminars an die Botschafter der UdSSR und der USA zu Sicherheitsfragen, Vipperow, 11.8.1985 in: aaO, 205ff; Dokument 31: Markus Meckel: Gruppenbericht: Zum Umgang mit Macht Frieden konkret II, Schwerin 1985 in: aaO, 249f; NEUBERT: Der KSZE-Prozess, 307f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 376, 548, 563, 589, 599ff, 603, 605; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 380, 384; POLLACK: Zwischen Ost und West, 281; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 395; RÜDDENKLAU: Störenfried, 51; TEMPLIN/WEIßHUHN: Initiative Frieden und Menschenrechte, 150f, 154.

[215] Vgl. Dokument 8: Eingabe des Friedenskreises Vipperow an den Staatsrat der DDR gegen die Militarisierung der Gesellschaft der DDR und die praktizierte Sicherheitspolitik vom 5.7.1984 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der

Während sich 1984/85 vermehrt Umweltgruppen bildeten, regten die Ereignisse um Tschernobyl zusätzlich zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Thema Ökologie in der DDR-Gesellschaft an. Diese Gruppen – bestehend aus ChristInnen und NichtchristInnen – standen mit westlichen Umweltorganisationen in Kontakt. Die meisten Umweltgruppen waren zunächst im Süden der DDR angesiedelt, z.B. in Jena, Weimar, Leipzig, Dresden oder Karl-Marx-Stadt. Grund für das große Interesse am Umweltschutz war die eigene Betroffenheit, nämlich der wegen der betriebenen Wirtschaftspolitik der DDR zunehmend bedenkliche Zustand der Natur.[216] Im Besonderen kritisierten die UmweltaktivistInnen die „Geheimhaltung der Umweltdaten, die fehlende Möglichkeit der Beteiligung am Umweltschutz, die extensiven Produktionsmethoden und die Wachstumsideologie, die in keinem Verhältnis zu den realen Möglichkeiten der DDR-Wirtschaft stand."[217] Deshalb verfolgten die UmweltaktivistInnen das Ziel, mit Aktionen oder Veröffentlichungen die wirkliche Umweltsituation in der DDR aufzuzeigen. Gleichzeitig wollten sie die Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitsprache ausbauen.[218] Aktionsformen der Vorjahre, die von den Umweltgruppen weiterhin genutzt wurden, waren u.a. Baumpflanzaktionen oder Fahrraddemonstrationen. Darüber hinaus wurden Umweltgottesdienste abgehalten. Diese Aktionen wurden adaptiert und auf die regionalen Umweltprobleme angewandt. Außerdem setzten sich die Gruppen mit Konsumverzicht und Müllentsorgung auseinander und eigneten sich ökologische Lebensstile an.[219] Die verschiedenen Umweltgruppen bauten ihren Kontakt untereinander aus und kamen vermehrt zum Austausch in Treffen und Seminaren zusammen.[220] Mit dem wachsenden Bedürfnis der UmweltaktivistInnen nach mehr Wirksamkeit im öffentlichen Raum bildete sich ab 1985 Berlin als Zentrum der Umweltbewegung heraus.[221]

Die Menschenrechtsgruppen fokussierten sich entweder als 3. Welt-Gruppen auf das Thema Weltgerechtigkeit oder sie setzten sich mit der Menschenrechtssituation im Allgemeinen und in der DDR im Speziellen auseinander.[222] Diese Gruppen prangerten die defizitäre Menschenrechtssituation in der DDR an und setzten sich für die Realisierung „demokratische[r] Grundrechte"[223] ein. Das Engagement für die Stärkung der Individual- und Mitspracherechte in der DDR resultierte aus der Erkenntnis, dass diese für ein erfolgreiches Friedens- und Umweltengagement grundlegend notwendig waren.[224] Besonders wegen

DDR, 107f; Dokument 12: Markus Meckel: Zur Selbstverständigung von Friedenskreisen (Januar 1984) in: aaO, 124f, 127; Dokument 20: Ergebnisbericht aus einer Arbeitsgruppe des 4. Mobilen Mecklenburgischen Friedensseminar in: aaO, 192ff; Dokument 22: Eingabe der Mitglieder des Mobilen Friedensseminars IV in Vipperow an die Synode der Mecklenburgischen Landeskirche zu Wehrdienstfragen (11.8.1985) in: aaO, 199ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 374, 376, 378, 522, 550.

[216] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 130; GENSICHEN: Umweltverantwortung, 293; HUFF: Natur und Industrie, 322, 357, 417; KNABE: Der lange Weg, 141, 143f; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 82; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 589f; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 380f; SCHROEDER: Gorbatschow und die Generäle, 44.

[217] NEUBERT: Geschichte der Opposition, 586; vgl. auch WENSIERSKI: Von oben nach unten, 21, 34.

[218] Vgl. KNABE: Samisdat, 306; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 588.

[219] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 405f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 591.

[220] Vgl. KNABE: Der lange Weg, 143f; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 242; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 589; RÜDDENKLAU: Störenfried, 45.

[221] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 353.

[222] Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 236; NEUBERT: Der KSZE-Prozess, 308; TEMPLIN/WEIßHUHN: Initiative Frieden und Menschenrechte, 149.

[223] NEUBERT: Geschichte der Opposition, 594; vgl. auch aaO, 595, 603.

[224] „Kennzeichnend für die Bildung solcher Kreise und Gruppen ist das – z.T. unausgesprochene – Bewußtsein, daß die Probleme der Gesellschaft, die Fragen des Friedens und der Ökologie nur in einem Prozeß bewältigt werden können, an dem der Einzelne selbständig, bewußt und mitbestimmend partizipiert." (Dokument 12: Markus Meckel zur Selbstverständigung von Friedenskreisen (Januar 1984) in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 125; vgl. auch aaO, 126ff.) Vgl. auch

der Forderung nach rechtlichen Verbesserungen gerieten die Gruppen mit dem Staat, den „staatsloyalen Kirchenvertretern“[225] und den Kirchenleitungen in Konflikt, die diesbezüglich ein umsichtiges Vorgehen anstrebten und praktizierten.[226]

3.4.1 Die DDR und die kirchlichen Gruppen

Der Staat hatte schon in den vorangegangenen Jahren kritisiert, dass die Kirchen ihren Raum für gesellschaftskritische BürgerInnen zur Verfügung stellten und sich auf gesellschaftlicher Ebene für sie stark machten.[227] In der im Februar 1985 erlassenen *Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit* des MfS wird deutlich, dass man in der Existenz der verschiedenen kirchlichen Gruppen eine Manifestation von Untergrundtätigkeit sah, die es einzudämmen galt. Man sprach von „Versuche[n] des politischen Mißbrauchs der Kirchen und Religionsgemeinschaften, u. a. zur Sammlung oppositioneller Kräfte, der Erarbeitung und Verbreitung antisozialistischer, gegen Beschlüsse von Partei und Regierung gerichteter Schriften unter dem Deckmantel kirchlicher Glaubensbekenntnisse, der Bestrebungen zur Erreichung eines Mitsprache- bzw. Entscheidungsrechts auf Teilgebieten der Gesellschaftspolitik“[228]. Unter Zuhilfenahme von inoffiziellen MitarbeiterInnen sollte im Sinne des Staates auf die Gemeinden, Kirchenkreise, Synoden und Gruppen Einfluss genommen werden. Zusätzlich ergriff man Zersetzungsmaßnahmen und verhaftete einzelne Gruppenmitglieder. Bei provokanten Aktionen von kirchlichen Gruppen nutzte man die Kirchenleitungen, um die Gruppen in ihre Schranken zu weisen. Dieses Vorgehen erwies sich laut Politbüro in den meisten Fällen als effektiv.[229]

Die ablehnende Haltung gegenüber den kirchlichen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen wird vor dem Hintergrund der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik der DDR nachvollziehbar.

HUFF: Natur und Industrie, 361; KNABE: Der lange Weg, 146; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 241f; Dokument 19: Aus den Arbeitsmaterialien des 4. Mobilen Friedensseminars in Mecklenburg, Vipperow 1985 in: aaO, 189; Dokument 20: Ergebnisbericht aus einer Arbeitsgruppe des 4. Mobilen Mecklenburgischen Friedensseminar in: aaO, 193ff.

[225] NEUBERT: Geschichte der Opposition, 378; vgl. auch KNABE: Der lange Weg, 146; Dokument 12: Markus Meckel: Zur Selbstverständigung von Friedenskreisen (Januar 1984) in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 126f, 130; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 594.

[226] Vgl. KNABE: Der lange Weg, 146; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 594.

[227] Vgl. Dok. 75: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 29. Dezember 1978 an Paul Verner zu den Wirkungen des Gesprächs Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 in den evangelischen Kirchen in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 389; Dok. 78: Rede Paul Verners am 16.5.1980 während eines vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen Lehrgangs der für Kirchenpolitik verantwortlichen aus den örtlichen SED- und Staatsorganen in: aaO, 427f.

[228] Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, Bl. 10, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm (28.05.2020).

[229] Vgl. aaO, Bl. 11, Bl. 16; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 208; FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 39; Dok. 100: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7.1.1986 zu aktuellen Fragen der Politik gegenüber den Evangelischen Kirchen, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung Nr. 1/86 vom 7.1.1986, Punkt 14 und Anlage 13 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 526f; KNABE: Der lange Weg, 142: Dokument 11: Operativplan zum OV „Wanderer“, Abteilung XX, Neubrandenburg, 8. Juni 1983 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 114ff; Dokument 16: Akten der Staatssicherheit über die Treffen der Konzeptionsgruppe 1984/1985 (Auszüge) in: aaO, 163ff; Dokument 25: Maßnahmenplan der Staatssicherheit für das Mobile Friedensseminar IV in Mecklenburg, Vipperow vom 10.7.1985 in: aaO, 208ff; Dokument 26: Gesamtbericht der Staatssicherheit unmittelbar nach der Durchführung des Friedensseminars vom 11.8.83 in: aao; 218ff; Dokument 32: Staatssicherheitsprotokoll: Vorschlag zur Durchführung operativer Maßnahmen zum „OV Wanderer“ (Markus Meckel), 25. Februar 1985 in: aaO, 252ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 605.

Die DDR trat international für Frieden und Abrüstung sowie den Einsatz für Frieden ein. Die kirchlichen Friedensgruppen wurden aber nicht unter der internationalen Friedensbewegung subsummiert, da ihre Arbeit sowie ihre Forderungen und Zielsetzungen mit Kritik am Staat einhergingen.[230]

Hinsichtlich der Umweltpolitik beteiligte sich die DDR in den Jahren 1984 bis 1986 weiterhin am internationalen Diskurs, unterzeichnete das Schwefelprotokoll und verpflichtete sich damit zu Umweltmaßnahmen und zum Austausch von Umweltdaten. Damit signalisierte sie gegenüber der internationalen Gemeinschaft ihre Bereitschaft zum Einsatz für den Umweltschutz.[231]

Auf nationaler Ebene setzte sie sich wieder verstärkt mit der Umweltbelastung in der DDR auseinander. Dies lag im internationalen Druck begründet, der mit den von der DDR eingegangenen Verpflichtungen zunahm. Des Weiteren wandten sich aufgrund der vermehrt wahrnehmbaren Umweltprobleme in der DDR viele DDR-BürgerInnen mit Eingaben an staatliche Behörden, um sich über die Luftverschmutzung zu beschweren und die Einhaltung gesetzlicher Umweltvorgaben zu fordern.[232] Seit 1985 nahm der Staat einen zunehmenden Unmut unter den UmweltaktivistInnen wahr, der häufiger mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem politischen und gesellschaftspolitischen System der DDR einherging.[233] Im Gegensatz zum Friedensengagement wurde das Umweltengagement aber von staatlicher Seite geduldet und nicht konsequent als staatsfeindlich abgelehnt.[234]

[230]Vgl. Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, Bl. 16, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm (28.05.2020); Diskussionsbeitrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Genosse Erich Honecker, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees (24. bis 25. November 1983) BArch DY 30 2104, Bl. 19, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2104/index.htm (02.03.2020); Bekenntnis und Tat für die Bewahrung des Friedens. Rede von Prof. Dr. Dr. h. c. Günther Drefahl, Präsident des Friedensrates der DDR in: FRIEDENSRAT DER DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, 5f, 9; Die DDR steht auch künftig in vorderster Reihe der Verteidiger des Friedens. Rede von Erich Honecker am Weltfriedenstag 1986 in: aaO, 14; Rolle des Sozialismus als Verfechter des Friedens heute bedeutender denn je zuvor. Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 649; Dokument 8: Eingabe des Friedenskreises Vipperow an den Staatsrat der DDR gegen die Militarisierung der Gesellschaft der DDR und die praktizierte Sicherheitspolitik vom 5.7.1984 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 107f; Dokument 16: Akten der Staatssicherheit über die Treffen der Konzeptionsgruppe 1984/1985 (Auszüge) in: aaO, 164; WENTKER: NATO-Doppelbeschluss, 95; WENTKER: Außenpolitik, 481. Im Rahmen des Berichtes der DDR 1983 vor dem Menschenrechtsausschuss der *Vereinten Nationen* auf die Friedensbewegung im eigenen Land angesprochen, beschrieb der DDR-Vertreter die unabhängige Friedensbewegung in der DDR als unter dem Einfluss des Westens, wenn er davon sprach, dass „in recent years certain forces external to the German Democratic Republik have initiated activities of a subversive nature sometimes using the label of the peace movement." (Report of the Human Rights Committee. General Assembly. Official Records: Thirdy-ninth Session, Supplement No. 40 (A/39/40) 1984, 103, https://digitallibrary.un.org/record/70498 (23.05.2020)).

[231]Vgl. HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 11, 17; HUFF: Natur und Industrie, 248; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 27f; Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on the Reduction of Sulphur Emissions or their Transboundary Fluxes by at least 30 per cent. Helsinki, 8 July 1985, Introduction + Article 1, Article 2, Article 4, Article 6, https://treaties.un.org/doc/Treaties/1987/09/19870902%2005-03%20PM/Ch_XXVII_01_bp.pdf (02.11.2018). Man erwartete, „daß die Rolle der Umweltpolitik in der Klassenauseinandersetzung mit dem Kapitalismus, insbesondere auch zwischen der BRD und der DDR, weiterhin wachsen wird." (Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Juli 1985. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 30 vom 30. Juli 1985. Schlußfolgerungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2123, Bl. 22, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2123/index.htm (27.05.2020)).

[232]Vgl. Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 33 vom 19. Aug. 1987. Bericht zur Entwicklung der Emission von Luftverunreinigungen in der DDR im Jahre 1986, BArch DY 30/J IV 2/2/2235, Bl. 115ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm (27.05.2020).

[233]Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 393.

[234]Vgl. KNABE: Der lange Weg, 144, 146; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 589.

Der SED-Staat diskutierte und etablierte vermehrt Maßnahmen, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. Die Wirtschaft sollte aber durch die Maßnahmen keine Einbußen erleiden; man strebte weiterhin nach wirtschaftlicher Leistungssteigerung. Diese Zielsetzung sowie die schwächelnde Konjunktur der DDR begrenzte den Umfang der für Umweltmaßnahmen einzusetzenden Mittel. Deshalb waren die Maßnahmen weitgehend wirkungslos. Sie reichten auch nicht aus, um die mit der Unterzeichnung des Schwefelabkommens eingegangene Verpflichtung der Senkung des Schwefeldioxidausstoßes um 30% bis 1993 zu erfüllen. Die schon seit 1982 zunehmende Rückkehr der DDR zu Braunkohle als Brennstoff aufgrund der Kürzung von Erdölimporten aus der UdSSR wirkte sich zusätzlich negativ auf die Umwelt aus.[235] Das SED-Regime setzte auf nationaler Ebene die „strikte Geheimhaltung aller Umweltdaten“[236] fort und übermittelte auch international frisierte Zahlen, um die Senkung des SO2-Ausstoßes vorzutäuschen.[237]

Diskussionen zur Realisierung der Menschenrechte versuchte die DDR international weiterhin zu verhindern bzw. zu umgehen.[238] Auf mit der Unterzeichnung internationaler Verträge zunehmende Kritik des Westens an der fehlenden Umsetzung der Menschenrechte reagierte die DDR, indem sie auf ihren nationalen Einsatz für die Realisierung der Menschenrechte verwies, Einschränkungen von Menschenrechten in der DDR als Sicherheitsmaßnahme für die DDR-BürgerInnen oder als Reaktion auf einen Verstoß gegen die Gesetze der DDR beschrieb oder die Menschenrechtsdefizite völlig dementierte.[239] Des Weiteren

[235]Vgl. Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Juli 1985. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 30 vom 30. Juli 1985. Schlußfolgerungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2123, Bl. 22f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2123/index.htm (27.05.2020); Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Polibüros des ZK der SED vom 24. Juni 1986. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 10 vom 24.6.1986. Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen, DY 30/J IV 2/2/2172, Bl. 120ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2172/index.htm (29.05.2020); Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.1.1987. Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 3 vom 20.1.1987. Beschluß zur Information über die Ergebnisse der 4. Tagung des Exekutivorgans der Konvention über weitreichende grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 11. - 14. November 1986 in Genf vom 7. Januar 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2202, Bl. 102ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2202/index.htm (27.05.2020); Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 33 vom 19. Aug. 1987. Bericht zur Entwicklung der Emission von Luftverunreinigungen in der DDR im Jahre 1986, BArch DY 30/J IV 2/2/2235, Bl. 112ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm (27.05.2020); HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 31, 38; HUFF: Natur und Industrie, 249, 265, 273, 408; MALYCHA: Die SED in der Ära Honecker, 334; MITTAG: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, 26ff, 34, 53f, 90f; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 380; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 27f; SIEBS: Außenpolitik, 234, 366f; WENTKER: Außenpolitik, 488, 520.

[236]HUFF: Natur und Industrie, 408; vgl. auch 122. Interview des SED-Generalsekretärs Erich Honecker über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 228; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 34.

[237]Vgl. Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24. Juni 1986. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 10 vom 24. 6. 1986. Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen, DY 30/J IV 2/2/2172, Bl. 122, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2172/index.htm (29.05.2020); Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.1.1987. Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 3 vom 20. 1. 1987. Beschluß zur Information über die Ergebnisse der 4. Tagung des Exekutivorgans der Konvention über weitreichende grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 11. - 14. November 1986 in Genf vom 7. Januar 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2202, Bl. 106ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2202/index.htm (27.05.2020); HUFF: Natur und Industrie, 248f, 290.

[238]Vgl. NEUBERT: Geschichte der Opposition, 592.

[239]Vgl. Report of the Human Rights Committee. General Assembly. Official Records: Thirdy-ninth Session, Supplement No. 40 (A/39/40) 1984, 91ff, https://digitallibrary.un.org/record/70498 (23.05.2020); HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 38f.

fokkussierte sich die DDR auf das „grundlegende[...] Recht der Menschen auf Leben in Frieden und Sicherheit“[240], das sie durch ihren Friedenseinsatz erfüllt sah. Hinweise auf Defizite sowie die Einforderungen von Rechten in der DDR-Gesellschaft lösten staatliche Gegenwehr aus.[241]

Im Allgemeinen wird erkennbar, dass die Forderungen der Gruppen entweder dem politischen Handeln des Staates zuwiderliefen oder über die staatliche Bereitschaft hinausgingen. Jegliche Kritik an gesellschaftspolitischen Missständen wurde als Infragestellung und Schwächung des gesamten Systems angesehen.

3.4.2 Der BEK und die kirchlichen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen

Der BEK setzte sich intensiv mit den sich zunehmend bildenden Gruppen in den Gemeinden sowie deren Rolle und Wahrnehmung in den Gliedkirchen und in der Gesellschaft auseinander.[242] Deshalb brachte der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* im Auftrag der KKL 1985 ein Papier mit dem Titel *Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen?* heraus, das an die Kirchenkreise und Gruppen weitergegeben wurde.[243] Laut Titel lag der Fokus klar auf den Friedensgruppen, in den Ausführungen hieß es aber: „Wir konzentrieren uns auf die Friedensgruppen, ziehen aber die Öko-Gruppen und auch die Gruppen der offenen Arbeit mit heran, weil es hier enge Verzahnungen gibt.“[244] Die Gruppen wurden in diesem Papier als gleichzeitig bereichernd und gefährdend für Kirchen und Gemeinden angesehen und somit sehr ambivalent bewertet.[245]

Ausführlich betrachtete der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* die Spannungen zwischen den Gruppen sowie den Kirchenleitungen, den Gemeinden und dem Staat.[246] Eine Problematik war die häufig sehr lose Verbindung der Gruppen zur eigentlichen Gemeinde, ihre Abschottung nach außen sowie die Mitgliedschaft von Personen in den Gruppen ohne Zugehörigkeit zur Kirche.[247] Schnell entstünde dadurch

[240] Ein Friedensreport in: FRIEDENSRAT DER DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, 65; vgl. auch BRUNNER/KLEIN: Internationale Menschenrechtsverpflichtungen der DDR, 28; Ein Friedensreport in: FRIEDENSRAT DER DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, 20; Report of the Human Rights Committee. General Assembly. Official Records: Thirdy-ninth Session, Supplement No. 40 (A/39/40) 1984, 91, 96, https://digitallibrary.un.org/record/70498 (23.05.2020).

[241] Vgl. Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, Bl. 1ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm (28.05.2020).

[242] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 57, 59.

[243] Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in: aaO, 77; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 69.

[244] Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 110f.

[245] Vgl. aaO, 121.

[246] Vgl. aaO, 114. Vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bundessynode September 1982 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2f.

[247] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN

der Eindruck, dass diese Mitglieder den Raum Kirche nur nutzten, um „ihr eigenes, sich vom offiziellen unterscheidendes Friedensengagement nach eigenen Vorstellungen verwirklichen und ihrer Gesellschafts- und DDR-Kritik Ausdruck geben zu können."[248] Diese Einschätzung kam auch in der *Dienstanweisung Nr. 2/85* des MfS zum Ausdruck.[249] Kirchen-, Gemeinde- und StaatsvertreterInnen hinterfragten nach dem Papier deshalb die „christliche[...] und kirchliche[...] Identität"[250] der Gruppen. Die Kirchen wollten diesen Missbrauch verhindern, im Allgemeinen bescheinigte man den meisten Gruppen jedoch eine christliche Neigung.[251]

Darüber hinaus sprach man die Probleme an, die auftraten, „wenn die Gruppen in die kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit g[ingen]."[252] Anhand dessen wird deutlich, in welchem Dilemma sich die Kirchenleitungen sowohl in der Auseinandersetzung zwischen Gemeinden und Gruppen als auch zwischen Staat und Gruppen befanden. Die Gruppen verlangten von den Kirchenleitungen, ihre Aktionen zu unterstützen und gegenüber dem Staat zu verteidigen. Gleichzeitig kritisierten sie das behutsame Vorgehen der kirchlichen VertreterInnen im Umgang mit dem Staat. Einige Gemeinden hingegen wünschten sich ein zurückhaltenderes Vorgehen der KirchenvertreterInnen.[253] Die Kirchenleitenden verteidigten ihr bedächtiges Verhalten damit, im Sinne aller Kirchenmitglieder „die unterschiedlichen Positionen der Kirche zusammenzuhalten und darum nach konsensfähigen Positionen zu suchen, die Gesprächsmöglichkeiten mit den Vertretern des Staates offenhalten"[254]. Diesbezüglich sahen die Kirchenleitungen öffentlichkeitswirksame Aktionen als hinderlich an. Zusätzlich beurteilte man hinsichtlich der Aktionsbereitschaft der Gruppen einerseits das Problem fehlenden Fachwissens in der politischen Realisierbarkeit bestimmter Ziele und andererseits die eins-zu-eins Übertragung von Aktionen von der BRD auf die DDR kritisch.[255] Neben den Erwartungen der Gruppen an die Kirchenleitungen forderte der Staat, „daß die Kirche die Gruppen in den Grenzen der Loyalität hält, die zwischen Staat und Kirche gelten sollen, ohne klar definiert zu sein."[256] Den Umgang der politisch Verantwortlichen mit den Gruppen betreffend beanstandete die KKL, dass „Menschen mit Lebensgestaltungsnormen, die von dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung abweichen, Menschen, die unbequeme und kritische Fragen stellen, [...] schnell als Störenfriede ausgegrenzt und nicht geduldig genug zu konstruktiver Mitarbeit eingeladen"[257] würden. Damit forderte

KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 111f, 121; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68.

[248] Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 111f.

[249] Vgl. Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, Bl. 3, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm (28.05.2020).

[250] Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 114.

[251] Vgl. aaO, 115, 118f.

[252] AaO, 113.

[253] Vgl. aaO, 113, 115; HUFF: Natur und Industrie, 329; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[254] Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 115; vgl. auch aaO, 116.

[255] Vgl. aaO, 116f, 122f.

[256] AaO, 113.

[257] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in

sie die staatlichen VertreterInnen zur Interaktion und Berücksichtigung dieser abweichenden Standpunkte auf.

Positiv indes wurden die Hinweise der Gruppen auf Aspekte von Friedensgefährdung und Umweltverschmutzung in der DDR und Ideen zu neuen Handlungsmöglichkeiten bewertet. Das Papier *Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen?* rückte dies in die Nähe des prophetischen Handelns.[258] Wie in den vorangegangenen Jahren forderte der BEK die ChristInnen weiterhin zum Einsatz für Frieden, Umweltschutz sowie Gerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene auf. Dies wurde als Zeugnis und Dienst der ChristInnen aus dem Glauben heraus gewertet. Das Engagement sah man als Beitrag zur Mehrung von Frieden und Umweltschutz in der Welt; es wurde zu einem Ausbau des Einsatzes aufgerufen.[259] Im Papier betonte man des Weiteren, „daß Friedenspolitik heute auch des Protests, der Kritik und der Impulskraft vorwärtsdrängender Aktionsgruppen bedarf, die nicht durch die Handlungszwänge und Handlungsgrenzen politischer Institutionen eingeengt sind."[260] Die KKL sah die Gruppen außerdem als eine neue Form der Gemeinschaft und des Glaubensausdrucks innerhalb der Kirchen an und betonte: „Es könnte sich hier eine Sozialgestalt der Kirche herausbilden, die sich für uns auf dem Weg in die Zukunft einmal als unentbehrlich erweisen kann."[261] Die Beschreibung der Gruppen als Teil des kirchlichen Wirkens und Handelns durch den BEK wurde auch von staatlicher Seite wahrgenommen.[262]

Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* und die KKL forderten sowohl die Gemeinden als auch die Gruppen auf, miteinander in den Dialog zu treten und einander entgegenzukommen. Um eine Abkapselung der Gruppen zu vermeiden, sollten die Gemeinden bei geplanten Aktionen ein Mitwirken der Gruppen mit neuen Ideen, die sich im Rahmen der christlichen Lehre befinden, zulassen.[263] Auch forder-

---

Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[258]Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 121f.

[259]Vgl. Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; Anlage: Information zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade" vom 23. September 1986 in: aaO, 246; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f; Erklärung der Synode des Bundes zur Vorbereitung eines „Konzils des Friedens" vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 94; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bundessynode September 1982 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8. Für Stellungnahmen des BEK zum Friedenseinsatz des ChristInnen siehe *3.2.3 Auseinandersetzung des BEK mit den Themen Frieden und Abrüstung. Begründung und Aufruf zum christlichen Friedenseinsatz.* Der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK verwies darauf, dass die Bundessynode und die KKL sich in der Vergangenheit „in direkten Verhandlungen mit politischen Stellen hinter das praktische konkrete Friedenszeugnis des einzelnen und von Gruppen gestellt" (ad-hoc-Ausschuß Friedenfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: aaO, 13; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 8.) hätten.

[260]Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 117.

[261]5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 59.

[262]Vgl. Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 535.

[263]Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN

ten Bundessynode und KKL hinsichtlich des Konziliaren Prozesses und der Friedensdekade die Interaktion und Einbeziehung der Gruppen durch die Kirchen und Gemeinden. Konkret schrieb die KKL dazu: „Zum konziliaren Prozeß gehört das Gespräch mit denen, die anders sind und anders denken und das Hören auf die Erklärungen der ökumenischen Partner."[264] Gleichzeitig sollten aber die Aktionen der Gruppen nach Wunsch der Bundessynode beaufsichtigt und gelenkt werden, indem „jeweils ein Mitglied der Koordinierungsgruppe für den konziliaren Prozeß beauftragt wird, in besonderer Weise die Arbeit der Friedens-, Umwelt und Dritte-Welt-Gruppen zu beraten, zu begleiten und zu koordinieren."[265] Die Gruppen wurden im Gegenzug dazu aufgerufen, auch traditionelle christliche Ausdrucksformen zu respektieren.[266]

3.4.3 Auseinandersetzung des BEK mit der Umwelt- und Menschenrechtsthematik

Stellungnahmen des BEK zum Thema Umweltschutz

Ab 1984 intensivierte der BEK seine Auseinandersetzung mit dem Umweltschutz im Rahmen der KKL und der Bundessynode. Einerseits hatten christliche Umweltgruppen die Bundessynode um eine ausführliche Auseinandersetzung mit Umweltproblemen gebeten, andererseits erhielt die Synode verschiedene Anfragen von Kirchenmitgliedern zu dieser Thematik. Begründet wurde der Aufruf zum Einsatz für die Umwelt mit der Verantwortung der Menschen für die Schöpfung und der damit einhergehenden Achtung des Schöpfers.[267] Die Bundessynode diskutierte im September 1984 die *Christliche Verantwortung für die Schöpfung*. Im veröffentlichten Beschluss wurde die Bedrohung der Umwelt durch die zunehmende Umweltverschmutzung thematisiert und der Umweltschutz als „eine ständige Aufgabe der ganzen Kirche"[268] und nicht nur einzelner Gruppierungen angesehen. Aus der Mitverantwortung von Kirche und ChristInnen für die Umweltprobleme heraus plädierte die Bundessynode „für die Bewahrung und Gestaltung der Schöpfung"[269]. Neben der Umweltverschmutzung und -zerstörung wurden auch – wie in den vorangegangenen Jahren und im Folgejahr – die Ressourcenverschwendung und das Konsumstreben angeprangert. Hinsichtlich des Konsums sollte der einfache Lebensstil Jesu Christi als Vorbild dienen.[270] Man kritisierte:

KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 117f, 123ff; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[264] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR zum Konziliaren Prozeß vom 9./10. Mai 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 216; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade" vom 23. September 1986 in: aaO, 246f.

[265] Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23. September 1986 in: aaO, 240.

[266] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 124f.

[267] Vgl. Brief vom Treffen christlicher Umweltgruppen in der DDR in Wittenberg vom 22. bis 24. April 1983 an den Präses der Bundessynode des BEK, 25.11.1983, EZA 101/2965; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

[268] Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104.

[269] AaO, 104f.

[270] Vgl. ebd; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

„Auch da, wo theologische Erkenntnisse und kirchliche Verkündigung die menschliche Verantwortung für die Schöpfung angesprochen haben, sind daraus keine entscheidenden Konsequenzen gezogen worden."[271]

Im Hinblick auf die staatliche Umweltpolitik sprach die Bundessynode 1984 lobend von den von staatlicher Seite unternommenen „beachtliche[n] Anstrengungen für die Verminderung von Wald- und Gewässerschäden sowie der Luftverschmutzung"[272]. 1985 äußerte sie sich jedoch kritisch zur fehlenden ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft.[273] Die Bundessynode plädierte 1984 für die „[s]trikte Einhaltung und volle Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen"[274] sowohl durch den Staat als auch durch die BürgerInnen. Sie stützte ihre Aufforderung mit dem Verweis auf Artikel 15 der Verfassung der DDR, in dem es hieß: „Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers."[275] Die Bundessynode wies auf die Kritik von BürgerInnen an der mangelnden Weitergabe von Umweltdaten hin. Gleichzeitig erbat sie vom Staat mehr Einbeziehung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse, die Anerkennung der Umweltgruppen und Möglichkeiten der Mitwirkung und Zusammenarbeit.[276] Gemeindemitglieder wurden aufgefordert, „gesellschaftliche Möglichkeiten der Mitarbeit z.B. in örtlichen Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften und in der Gesellschaft für Natur und Umwelt [zu] nutzen."[277] Damit deutete die Bundessynode an, dass sie sich ein Umweltengagement in Zusammenarbeit oder zumindest im Einklang mit staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen wünschte. 1985 verwies man anerkennend auf die zunehmende Kooperation zwischen Staat und Kirche in Umweltfragen, erwähnte aber auch die Schwierigkeiten, die diese Kooperation mit sich brachte. Man forderte, dass die Kooperation auch die kritische Auseinandersetzung mit Umweltproblemen und deren Lösungen beinhalten sollte.[278] Diese Aspekte schienen demnach bis dahin weitgehend ausgeklammert worden zu sein.

Über die synodale Auseinandersetzung mit der Thematik hinaus suchte man auf Leitungsebene 1984 und 1985 mehrfach das Gespräch mit staatlichen VertreterInnen zum Thema Umweltschutz.[279] Die Bun-

[271] Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104.

[272] Ebd.

[273] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

[274] Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f.

[275] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 15 (2), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[276] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 239; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f.

[277] Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f.

[278] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; Sachstandbericht zu den Aufträgen der IV. Bundessynode in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 5.

[279] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 239; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 164f; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen

dessynode regte 1986 an, staatlichen VertreterInnen gegenüber den Vorschlag zu machen, „einen Fonds bei der 'Gesellschaft für Natur und Umwelt' einzurichten, durch den Bürger sich an der Finanzierung wichtiger Umweltaufgaben beteiligen können."[280]

Bei der Bundessynode im Herbst 1986 würdigte die KKL erneut die Arbeit der Umweltgruppen und ihren Einsatz für den Schutz der göttlichen Schöpfung. Sie bezeichnete den Einsatz als „Zeugnis des Schalom"[281] und ordnete das Umweltengagement dem Einsatz für einen allumfassenden Frieden im Sinne Gottes zu. Sie berichtete von der zunehmenden Vernetzung der unterschiedlichen Umweltgruppen und von dem Austausch von Eigenveröffentlichungen: „Sie brauchen diese Verbindung auch als Ermutigung, um in Schwierigkeiten durchzuhalten."[282] Mit dieser Äußerung nahm die KKL die Problematik des Umweltengagements in der DDR-Gesellschaft wahr. Sie berichtete von dem Wunsch vieler Gruppen, „eine koordinierende und beratende Stelle im Bund für ökologische Arbeit zu schaffen."[283] Die Bedeutung der Veröffentlichungen des *Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg* und der *Theologischen Studienabteilung* als Hilfestellung und Anregung für die Arbeit der Umweltgruppen wurden hervorgehoben.[284] In kirchlichen Veröffentlichungen im Allgemeinen nahm die Umweltthematik einen großen Raum ein; es wurden Papiere zum Umweltschutz in der Land- und Forstwirtschaft erarbeitet.[285]

Um den Austausch zwischen den Gruppen weiter anzuregen und auf staatliche VertreterInnen auszudehnen, fand im April 1986 eine Konsultation zum Thema *Christliche Verantwortung für die bedrohte Schöpfung* statt. Sie wurde als Teil des Konziliaren Prozesses gesehen. Ihre „Ergebnisse sollten als authentischer Beitrag unserer Kirche auf die in Vancouver angeregten ökumenischen Bemühungen, die auf eine Weltkonferenz 1990 hinlaufen, fruchtbar gemacht werden."[286] Aufgrund des zunehmenden Umweltengagements in Kirchen und Gemeinden hielt man von Seiten der KKL eine Empfehlung für eine flächendeckende Durchführung einer Umweltwoche, wie in der sächsischen Landeskirche praktiziert, für unnötig.[287]

---

in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 63; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 75.

[280] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27.

[281] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 8; vgl. auch 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[282] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 5.

[283] AaO, 4.

[284] Vgl. aaO, 3, 5.

[285] Vgl. Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 83, 91f; WENSIERSKI: Von oben nach unten, 167.

[286] Anlage 7. Konzeption für eine Konsultation „Umweltfragen", EZA 101/3068; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 4; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 83.

[287] Vgl. Sachstandbericht zu den Aufträgen der IV. Bundessynode in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 5.

Stellungnahmen des BEK zu Menschenrechten und Menschenrechtsgruppen

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte des BEK erfolgte von 1984 bis 1986 vornehmlich im ökumenischen Rahmen. Im März 1984 wurde in Chorin eine von der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* des BEK organisierte Veranstaltung *Zwischen Vancouver und Budapest* durchgeführt.[288] An der Tagung nahmen „Vertreter der Gliedkirchen, der Freikirchen, der Römisch-Katholischen Kirche und der Ökumene“[289] teil. „Ziel der Tagung war die Auswertung des ökumenischen Gesprächsstandes zur christlichen Verantwortung für die Menschenrechte“[290].

Des Weiteren fanden 1984 verschiedene Veranstaltungen im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki* statt.[291] Im Juni 1984 wurde ein Workshop zum Thema *Frieden und Menschenrechte: Theologische Wurzeln und politische Auswirkungen der vertrauensbildenden Maßnahmen* in Moskau abgehalten.[292] Im September trafen sich KirchenvertreterInnen der DDR, der CSSR, Österreich, Polen und Ungarn als Teil des Menschenrechtsprogramms zu einem *Netzwerktreffen für Zentraleuropa* in Wien.[293] Im November 1984 folgte ein weiterer Workshop zum Thema *Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: die gegenseitige Abhängigkeit der Helsinki-Prinzipien VI und VII* sowie ein Treffen des Arbeitskomitees des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* in Eisenach.[294]

Wie in den vorangegangenen Jahren betonte man in den ökumenischen Äußerungen die Geltung der Menschenrechte in ihrer Vielfalt für alle Menschen und wiederholte die Bedeutung des kirchlichen Einsatzes für die Realisierung der Menschenrechte. Der Einsatz sollte von innerkirchlichem und ökumenischem, nationalem wie internationalem, aber auch von gesellschaftlichem Austausch mit Gruppen mit anderen Ansichten geprägt sein. Man hielt daran fest, dass der Einsatz für Menschenrechte der Kirchen eine Auseinandersetzung mit der Weltgerechtigkeit und den humanitären Defiziten im eigenen Land umfassen sollte.[295] Die Äußerungen wiesen viele Gemeinsamkeiten mit denen der *Vereinten Nationen* auf, die

[288] Vgl. Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 77; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 69.

[289] Einleitung in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[290] Ebd.

[291] Vgl. Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 62.

[292] Vgl. Tschuy in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; An die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte, 9. August 1984, EZA 101/4829; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[293] Vgl. The Churches´ Human Rights Programme, Geneva, 8 February 1984, EZA 101/4829; Netzwerktagung über Menschenrechte in Wien – Hadersdorf, Vom 17.-18. September 1984 (DDR, CSSR, Österreich, Polen, Ungarn), EZA 101/4829; KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830.

[294] Vgl. Tschuy in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; The Churches´ Human Rights Programme, Geneva, 8 February 1984, EZA 101/4829; The Churches´ Human Rights Programme, Communiqué, Tutzing, 2. Dezember 1983, EZA 101/4829; Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. - 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[295] Vgl. Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März

allgemein zum Einsatz für die Realisierung der Menschenrechte aufriefen und auf die Bedeutung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung für die internationale Verwirklichung der Menschenrechte hinwiesen.[296]

Auf der Tagung in Chorin sprach man sich erneut für die Gleichwertigkeit aller Menschenrechte aus und plädierte daraus resultierend für ein „ganzheitlich-umfassendes Verständnis der Menschenrechte“[297]. Sowohl in Chorin als auch in Eisenach wurde wiederholt auf den engen Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten verwiesen.[298] Des Weiteren setzte man die Auseinandersetzung der vorangegangenen Jahre mit der theologischen Begründung für das Menschenrechtsengagement der Kirchen fort. Die Menschenrechte selbst sollten nicht theologisch begründet, sondern „biblische Texte neu unter dem Gesichtspunkt von Recht und Gerechtigkeit“[299] gelesen werden. In der Argumentation für den Einsatz der ChristInnen und der Kirchen für die Realisierung der Menschenrechte verwies man auf die Befreiung der Gläubigen durch Jesus Christus, die durch Gott verliehene Würde des Menschen, den Schöpfungsauftrag, die Weltverantwortung und die Nächstenliebe.[300] Dabei betonte man: „Die Motivation der Kirchen ist in erster Linie eine diakonische, ihre Funktion sowohl eine seelsorgerliche als auch eine prophetische.“[301] Damit begäben sich die Kirchen auch automatisch „in den Bereich der öffentlichen, politischen Verantwortung.“[302] Bei allen Bestreibungen gab Krusche zu bedenken, dass Menschenrechte niemals in Gänze auf Erden umgesetzt werden könnten.[303]

1984), EZA 101/4829; Einleitung in: ebd; Krusche in: ebd; Weingärtner in: ebd; Speicher in: ebd; Stolpe in: ebd; Netzwerktagung über Menschenrechte in Wien – Hadersdorf, Vom 17.-18. September 1984 (DDR, CSSR, Österreich, Polen, Ungarn), EZA 101/4829; Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830.

[296] Vgl. 39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, 233ff, https://undocs.org/en/A/RES/39/145 (11.05.2020); 40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, 239ff, https://undocs.org/en/A/RES/40/124 (23.05.2020); 41/119. International Covenants on Human Rights, 4 December 1986, 178, https://undocs.org/en/A/RES/41/119 (23.05.2020).

[297] Krusche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; vgl. auch Einleitung in: ebd; Speicher in: ebd; Arbeitsgruppe II in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. – 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830.

[298] Vgl. Einleitung in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Zwischenreflexionen in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Stolpe in: ebd; Reimann in: ebd; Allgemeine Diskussion in: ebd; Arbeitsgruppe III in: ebd; Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. – 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830.

[299] Einleitung in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; vgl. auch Krusche in: ebd.

[300] Vgl. Kursche in: ebd; Stolpe in: ebd; Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Zwischenreflexionen in: ebd.

[301] Arbeitsgruppe III in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[302] Kursche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[303] „Der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte geschieht in der eschatologischen Spannung zwischen Partikularität und Universalität der Menschenrechte.“ (Ebd.)

Neben der Begründung des kirchlichen Engagements für Menschenrechte bedachten die KirchenvertreterInnen in Chorin die Gestaltung des Menschenrechtseinsatzes des ÖRK und seiner Gliedkirchen. Die Aufgabe des ÖRK sah man in der Ermöglichung des Dialogs und in der Versorgung der Kirchen und ihrer Mitglieder mit Informationen zum Thema Menschenrechte, um die ökumenische Zusammenarbeit in Sachen Menschenrechte zu intensivieren.[304] Den Mitgliedskirchen kam in ihren Ländern die Aufgaben der Informationsweitergabe an die Gemeinden, die nüchterne Auseinandersetzung mit der Menschenrechtssituation im eigenen Land und die Seelsorge zu.[305] Dementsprechend verpflichteten sich die Kirchen in Eisenach dazu, mit ihren Regierungen in den Dialog zu treten, um die Realisierung der Menschenrechte im eigenen Rechtssystem voranzutreiben.[306]

Hinsichtlich der menschenrechtlichen Situation in der DDR wiesen die VertreterInnen des BEK und seiner Gliedkirchen in ihren Vorträgen in Chorin auf humanitäre Defizite in der DDR hin, die trotz der Einhaltung bestimmter Menschenrechte nicht übergangen werden sollten: „Solche Fragen sind zur Zeit die Freizügigkeit, der Rechtsschutz, die Partizipation und die Religionsfreiheit in staatlichen Einrichtungen.“[307] Oberkirchenrätin Christa Lewek ging auf das Recht auf Information ein und stellte im Einklang mit dem Workshop in Eisenach und dem Netzwerktreffen in Wien den Informations- und Bildungsauftrag der Kirchen hinsichtlich der Menschenrechte heraus. Sie wiederholte die Aussage der Nordeuropäischen Konsultation im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen*, dass ein „Informationsmonopol und [eine] Informationsexplosion [...] die Wahrnehmung des Rechtes auf Information durch den Einzelnen gleichermaßen einschränken [können]. Aufgabe der Kirchen in dieser Situation [ist es], verfügbare Informationen verantwortlich weiterzugeben.“[308] Beim Einsatz müssten aber, laut Krusche, sowohl die gegebene Rechtsordnung als auch die Forderungen der BürgerInnen bedacht werden.[309]

Krusche, Lewek sowie die Teilnehmenden des Workshops in Eisenach und des Netzwerktreffens in Wien waren sich in Übereinstimmung mit den *Vereinten Nationen* einig, dass der Menschenrechtseinsatz im Allgemeinen auf die Verbesserung des Wohlergehens des Menschen abzielen sollte.[310] Stolpe plädierte

[304] Vgl. Weingärtner in: ebd; Speicher in: ebd.

[305] Vgl. Stolpe in: ebd.

[306] Vgl. Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Arbeitsgruppe III in: ebd; Stolpe in: ebd; Tschuy in: ebd; Zwischenreflexionen in: ebd; KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII EISENACH/Deutsche Demokratische Republik 21.-25. November 1984. Zielsetzung, EZA 101/4830.

[307] Stolpe in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; vgl. auch Krusche in: ebd.

[308] Lewek in: ebd; vgl. auch Nordeuropäische Konsultation über „Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung“, Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687; Arbeitsgruppe III in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Zwischenreflexionen in: ebd; KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII EISENACH/Deutsche Demokratische Republik 21.-25. November 1984. Zielsetzung, EZA 101/4830.

[309] Vgl. Krusche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[310] Vgl. ebd; Lewek in: ebd; Zwischenreflexionen in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830; 39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations

für ein nüchternes Einbringen der Kirchen in den gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Menschenrechte. Er sah den BEK und seine Gliedkirchen im „Dialog mit Marxisten sowie auch Stellungnahmen zu Defiziten bei der Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR, z.B. im Hinblick auf Informationsfreiheit, Religionsfreiheit, Partizipation und Kreativität“[311] seiner Verantwortung für die Menschenrechte nachkommen.

In Eisenach bestand in der Auseinandersetzung mit den beiden Prinzipien *VI Nichteinmischung in innere Angelegenheiten* und *VII Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten* bei den ökumenischen KirchenvertreterInnen Einigkeit, dass sie nicht unvereinbar miteinander sind. Es wurde aber ein gewisses Spannungsverhältnis diagnostiziert.[312] Als grundlegende Problematik sah man die begrenzten und ungeklärten Kompetenzen und Mittel der *Vereinten Nationen* im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen in Nationalstaaten an. Die kirchlichen VertreterInnen erhofften sich deshalb mehr internationale rechtliche Verbindlichkeit der Menschenrechte.[313] Krusche hatte schon im Januar 1984 in Chorin betont: „Menschenrechte können erst dann als gesichert gelten, wenn sie nicht mehr ins Belieben der Staaten bzw. Regierungen gestellt sind, sondern einklagbar werden.“[314] Im gleichen Kontext äußerte Stolpe die Vermutung, dass mit zunehmender Entspannung und der Stärkung des Sicherheitsrates der *Vereinten Nationen* als Kontrollorgan die Erhöhung der „Verbindlichkeit in den Menschenrechtsaussagen der UNO“[315] einhergehen würde. Zusätzlich hielt man eine klare Definition des Begriffs Einmischung für notwendig.[316]

Unter den KirchenvertreterInnen aus Ost und West bestand Uneinigkeit, was unter Einmischung zu verstehen und wie weit sie zu fassen ist. Stolpe rechnete Kritik an Menschenrechtsdefiziten der Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten zu und plädierte deshalb dafür, davon abzusehen.[317] Westliche Kirchenvertreter hingegen beschrieben Kritik als immanenten Teil eines Diskurses. Sie stellten die Rückfrage an Stolpe, ob in seinen Augen menschenrechtliche Defizite von außen nicht kritisiert werden dürften.[318] Wie schon in seinem in *Menschenrechte in christlicher Verantwortung* veröffentlichten Vortrag *Universale Menschenrechte* aus dem Jahre 1976 verteidigte Stolpe die Einschränkungen in der DDR

system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, 233ff, https://undocs.org/en/A/RES/39/145 (11.05.2020); 40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, 239ff, https://undocs.org/en/A/RES/40/124 (23.05.2020).

[311] Stolpe in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[312] Vgl. Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Arbeitsgruppe II in: ebd; Arbeitsgruppe III in: ebd; Zwischenreflexionen in: ebd; Langhoff in: ebd; Klenner in: ebd; Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII EISENACH/Deutsche Demokratische Republik 21.-25. November 1984. Zielsetzung, EZA 101/4830.

[313] Vgl. Stolpe in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Bossuyt in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Arbeitsgruppe I in: ebd; Weingärtner in: ebd.

[314] Krusche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[315] Stolpe in: ebd.

[316] Vgl. Bossuyt in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Will in: ebd.

[317] Vgl. Stolpe in: ebd.

[318] Vgl. Bakkevig in: ebd; Bossuyt in: ebd; Weingärtner in: ebd.

damit, dass sie „aus Gründen der Staatsräson“[319] nötig wären. Darüber hinaus warnte er vor negativen innenpolitischen Auswirkungen, die Kritik nach sich ziehen könnte. Die Menschenrechte sollten „nicht als eine Waffe im 'kalten Krieg' verwendet werden.“[320] Dementsprechend ambivalent fiel die Bewertung von Kritik in den Arbeitsgruppen und der allgemeinen Diskussion des Workshops aus. Einerseits hieß es: „Kritik an anderen Systemen behindert die Entspannung und destabilisiert die andere Seite.“[321] Andererseits betonte man: „Kritik ist notwendig, selbst wenn ein Staat dadurch verärgert wird.“[322] Somit betrachtete man Kritik als Teil des politischen Engagements im demokratischen Sinne. Entgegen der Abwehrreaktion von staatlicher Seite gegenüber Kritik beschrieb man diese als Teil einer „grundlegende[n] Bejahung eines Staates oder Gesellschaftssystems“[323]. Den eigenen BürgerInnen sollte es möglich sein, Kritik an Menschenrechtsdefiziten zu äußern.[324] Die Kirchen sollten ausgewogen auf Menschenrechtsdefizite in Ost und West hinweisen.[325] Schlussendlich plädierte man dafür, den Umfang der kritischen Auseinandersetzung von der Wirkung und den möglichen Folgen abhängig zu machen: „Offenheit und Zurückhaltung müssen ausbalanciert werden. Offenheit [sic] schliesst positive und konstruktive Kritik ein. Wenn aber, was konstruktiv und positiv gemeint ist, negativ ankommt und destruktiv wirkt, so zeigt dies mangelhafte Kenntnis der Situation des andern, falsche Einschätzung der Rahmenbedingungen an. Dann ist Zurückhaltung geboten.“[326]

Einen weiteren Diskussionspunkt stellte die Haltung Stolpes, Leweks und der sozialistischen Staaten beim Netzwerktreffen in Wien dar, die von einer „Wechselbeziehung zwischen Menschenrechten und unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen“[327] sprachen. Lewek hatte deshalb in Chorin allgemeingültige Vorgaben zum kirchlichen Einsatz für Menschenrechte abgelehnt.[328] In Eisenach wurde von westlichen Kirchenvertretern vor einer gewissen Willkür gewarnt. In deren Vorträgen und Stellungnahmen klang immer wieder an, dass Nationalstaaten aufgrund ihrer Verpflichtung zur Realisierung der Menschenrechte in der *Schlussakte von Helsinki* nicht unbehelligt Menschenrechte verwehren könnten. Vielmehr müssten sie die Menschenrechte in ihre eigene Rechtsordnung integrieren.[329]

[319] Stolpe in: ebd; vgl. Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: LEWEK u. a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 59f.

[320] Stolpe in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; vgl. auch Stolpe in: Workshop/Seminar über universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII. Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[321] Allgemeine Diskussion in: Workshop/Seminar über universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII. Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[322] Ebd; vgl. auch Arbeitsgruppe II in: ebd.

[323] Arbeitsgruppe II in: ebd.

[324] Vgl. Allgemeine Diskussion in: ebd.

[325] Vgl. Arbeitsgruppe II in: ebd.

[326] Zwischenreflexionen in: ebd.

[327] Stolpe in: ebd; vgl. auch Lewek in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Lewek in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830. Beim Netzwerktreffen plädierten die sozialistischen Staaten dafür, „daß es entscheidend wichtig ist, die Menschenrechtsproblematik im Einblick auf die jeweilige gesellschaftliche Situation zu beurteilen.“ (KEK. Zentraleuropäische Kirchenvertreter behandeln Menschenrechte, Wien, im September 1984 (CECEN), EZA 101/4830.)

[328] Lewek in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

[329] Vgl. Allgemeine Diskussion in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die

Trotz teilweise divergierender Sichtweisen einigten sich die KirchenvertreterInnen in einem gemeinsamen Kommuniqué auf gewisse Standpunkte zu Menschenrechten. Neben den erneuten Hinweisen auf den Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten und die Gleichwertigkeit in der „Verwirklichung individueller Rechte und sozialer und wirtschaftlicher Rechte“[330] beschrieb man die Vertrauensbildung als Grundvoraussetzung, um die Spannung zwischen den Prinzipien VI und VII abzubauen und somit die Realisierung der Menschenrechte international voranzutreiben.[331] Im Gegenzug könnte sich die Realisierung von Menschenrechten positiv auf die internationalen Beziehungen auswirken.[332] Die Vertrauensbildung sollte aber auch im Inland gestärkt werden, da dies den Staat selbst stabilisierte. Der Begriff von Vertrauensbildung könnte sich aus dem Glauben entwickeln und für die politischen Zusammenhänge nutzbar gemacht werden.[333]

Auf der Ebene des BEK war die Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte eher oberflächlich und blieb im Besonderen im Hinblick auf deren Defizite in der DDR sehr vage. Der Bericht der KKL vor der Bundessynode im Herbst 1985 wies im Sinne des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* auf den Zusammenhang von „Frieden, Entspannung, Vertrauensbildung und Menschenrechte“[334] hin und hob die „Bedeutung [der] sozialen und kollektiven Menschenrechte für die Verwirklichung von Frieden und Gerechtigkeit“[335] hervor. Die KKL sprach aber vor allem von den Fortschritten hinsichtlich der Realisierung der Menschenrechte in der DDR und beschrieb dies als Ansporn zum Abbau weiterer Menschenrechtsdefizite. Die KKL forderte den primären Fokus auf die Bewahrung des Friedens als Grundvoraussetzung für Freiheit und Gerechtigkeit.[336] MenschenrechtsaktivistInnen in den Reihen der Kirchen beanstandeten die Äußerungen der KKL zur Realisierung der Menschenrechte und die sehr vorsichtige Aufforderung zur Verbesserung individueller Menschenrechte. Synodale konnten im Beschluss der

Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Bossuyt in: ebd; Reimann in: ebd.

[330] Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. – 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830.

[331] „Je gespannter das Verhältnis der Unterzeichner der Helsinki-Schlussakte ist, desto [sic] grösser ist die Gefahr, [sic] dass auf das Aussprechen der Menschenrechtsprobleme in Abwehrhaltung reagiert wird. Je vertrauensvoller das Klima, desto geringer ist die Gefahr.“ (Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; vgl. auch Zwischenreflexionen in: ebd; Arbeitsgruppe III in: ebd; Lewek in: ebd; Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. – 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830).

[332] Vgl. Kommunique über die Veranstaltung des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 21. – 29.11.1984 in Eisenach/DDR, Eisenach, 24. November 1984, EZA 101/4830; Arbeitsgruppe III in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

[333] Vgl. Krüger in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Tschuy in: ebd.

[334] Botschaft des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki vom 15. Juni 1985 zitiert in: 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[335] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[336] Vgl. ebd.

Bundessynode einen Forderungskatalog an individuellen Menschenrechten durchsetzen, der Änderungen im Bereich der Gleichberechtigung, der Reisefreiheit und des Wehrdienstes umfasste. Man vertrat den Standpunkt, dass die wahrnehmbaren Rechte die Partizipation der BürgerInnen in einer Gesellschaft und deren Loyalität gegenüber dem Staat positiv beeinflussen würden.[337] Der Staat sah diesen Vorstoß sehr kritisch und beschrieb ihn als eine Gefährdung des Staat-Kirche-Verhältnisses.[338]

Im Bericht der KKL bei der Bundessynode 1986 wurden „die friedensfördernden Auswirkungen aller Bemühungen um die Verwirklichung von Menschenrechten im Geist der Schlußakte von Helsinki“[339] angesprochen, auf die der Vorsitzende der KKL, Werner Leich, im Gespräch mit staatlichen Vertretern hingewiesen hatte.[340] Auch im gemeinsamen Wort mit der EKD *Hoffnung auf Frieden* stellte man die positiven innerstaatlichen Auswirkungen der Realisierung der Menschenrechte heraus. Einerseits würde das Vertrauensverhältnis der internationalen Gemeinschaft gesteigert, andererseits hätten zugestandene Rechte und Freiheiten eine stabilisierende Wirkung auf den Nationalstaat selbst.[341] Die KKL hatte schon in ihrem Bericht an die Bundessynode im Herbst 1985 diese positiven Konsequenzen thematisiert.[342]

Des Weiteren beschäftigte sich die KKL 1986 mit dem Thema Weltgerechtigkeit. Im Vorjahr hatten der BEK und die EKD in ihrem gemeinsamen *Wort zum Frieden* auf „die Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt“[343] hingewiesen. In ihrem Bericht an die Bundessynode betonte die KKL 1985 die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen zur Milderung der Armut in Entwicklungsländern.[344] 1986 sprach sie mit dem 2%-Appell eine Empfehlung an die Landeskirchen, Kirchenkreise und Gemeinden aus, freiwillig Beiträge aus ihren Etats für die Unterstützung von Projekten in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Der Appell war vom Facharbeitskreis *Ökumenische Diakonie* und vom Finanzausschuss des BEK als Reaktion auf den 2%-Appell des ÖRK erarbeitet worden.[345]

[337] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 593.

[338] Vgl. Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 593.

[339] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[340] Vgl. ebd.

[341] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 212.

[342] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[343] Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 187.

[344] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[345] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 197; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Stellungnahme zum 2%-Appell vom 9./10. Mai 1986 in: aaO, 218; Anlage: Gemeinsame Stellungnahme des Facharbeitskreises „Ökumenische Diakonie“ und des Finanzausschusses zum 2% Appell, vom 12. März 1986 in: aaO, 219; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen vom 23.9.1986. Teil III betr. Verhältnis von Ökumene und Gemeinde in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 10.

3.5 Explosion des Kernkraftwerks in Tschernobyl

Am 26. April 1986 kam es im Reaktorblock 4 des Kernkraftwerks in Tschernobyl aufgrund einer Kernschmelze zu einer Explosion. Nach Untersuchungen der *Internationalen Atomenergieorganisation* (IAEO) ging technisches mit menschlichem Versagen einher. Während bei der Explosion kaum Todesopfer zu beklagen waren, kam es nicht nur in der Ukraine zu erheblicher Strahlenbelastung. Die genaue Zahl der dadurch erkrankten und verstorbenen Personen konnte nie genau beziffert werden. Bis Ende 1986 wurde über den Reaktor 4 ein Sarkophag aus Stahl und Beton gebaut, um das weitere Austreten radioaktiver Strahlen zu verhindern.[346]

3.5.1 Umgang der UdSSR und der DDR mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl

Entgegen der von Gorbatschow propagierten *Glasnost*, d.h. Offenheit, griff die Regierung der UdSSR im Zusammenhang mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl wieder auf die Methode der Desinformation zurück.[347] Der Westen erhielt erst am 28. April 1986 nach einer Anfrage an die Sowjetunion aus Schweden Informationen. Dort war eine erhöhte radioaktive Belastung gemessen worden, es konnten aber alle Quellen vor Ort als Ursache ausgeschlossen werden. Auch die Bevölkerung der UdSSR wurde erst am 28. April informiert; die Bevölkerung mancher sozialistischer Nachbarstaaten erfuhr erst Anfang bis Mitte Mai von dem Reaktorunglück. Durch das Zurückhalten von Informationen wurde im Besonderen die Gesundheit der in der Umgebung des Kraftwerks lebenden Bevölkerung gefährdet.[348]

In seiner Fernsehansprache vom 14. Mai 1986 griff Gorbatschow die Ängste der Weltbevölkerung, im Besonderen der BewohnerInnen der Sowjetunion, auf, die durch das Unglück in Tschernobyl ausgelöst wurden. Erstmals wären die BewohnerInnen der Sowjetunion „real mit einer so gefährlichen Kraft konfrontiert worden wie der außer Kontrolle geratenen Kernenergie.“[349] Dieses Unglück und andere Probleme in Kernkraftwerken – hier wurde auf das amerikanische Kernkraftwerk *Three Miles Island* Bezug genommen – sollten zum Nachdenken über „verantwortungsbewußtes Verhalten“[350] im Umgang mit Kernenergie führen.[351] Gorbatschow sprach sich für eine „ernsthafte Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA)“[352] aus und bekundete erneut seine Bereitschaft zur

[346] Vgl. Gorbatschow: Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 10f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020); PUCHNER: Cernobyl, 7, 16ff, 21, 26f, 31, 95, 102; WOLFRUM/ARENDES: Globale Geschichte, 222.

[347] Vgl. FRISZKE: Polen, 407; PUCHNER: Cernobyl, 50ff; SCHROEDER: Der SED-Staat, 288; SCHROEDER: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik, 129.

[348] Vgl. PUCHNER: Cernobyl, 50, 55, 95, 100ff.

[349] Ansprache im Sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 435; vgl. auch GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 219.

[350] Ansprache im Sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 441.

[351] Vgl. Gorbatschow: Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 12, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020); Ansprache im Sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 440f.

[352] Ansprache im Sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 441.

atomaren Abrüstung. Dieser Bereitschaft verlieh er durch die erneute Verlängerung des einseitigen Moratoriums für nukleare Tests mehr Gewicht. Die Kritik des Westens am dürftigen Informationsfluss zur Kraftwerksexplosion in Tschernobyl durch die Sowjetunion beschrieb er als Versuch, die Sowjetunion zu diskreditieren und die Annäherung von Ost und West zu verhindern. Des Weiteren wären die Einschätzungen des Unglücks durch die westlichen Medien überzogen.[353] Als Ursache für die Explosion des Reaktors identifizierte er allein das Fehlverhalten der MitarbeiterInnen des Kernkraftwerk; (sicherheits-)technische Defizite wies er als falsch zurück.[354] Gorbatschow lobte die schnelle und effiziente Vorgehensweise von Einsatzkräften und politisch Verantwortlichen zur Eindämmung der Auswirkungen sowie zum Schutz der Bevölkerung.[355]

Das SED-Regime setzte die Methode der Desinformation der Sowjetunion fort, spielte die Ereignisse herunter und betonte, die friedliche Nutzung der Atomenergie fortführen zu wollen. Informationen zur radioaktiven Belastung der DDR nach Tschernobyl und zur negativen Bewertung der Sicherheit der Atomkraftwerke der DDR wurden der Bevölkerung verschwiegen.[356] Honecker sprach im Juni 1986 auf der Tagung der Warschauer Vertragsstaaten in Budapest davon, dass es dem SED-Regime gelungen wäre, „den Mißbrauch dieser Ereignisse durch die westlichen Medien abzublocken“[357]; die DDR-BürgerInnen hätten den Berichterstattungen der DDR-Medien Glauben geschenkt.[358]

3.5.2 Reaktionen des BEK auf das Reaktorunfall von Tschernobyl

Die KKL tagte zwar im Mai 1986, nahm aber erst zwei Monate später zur Explosion im Kernkraftwerk von Tschernobyl Stellung, „da es notwendig erschien, zunächst weitere gründliche Informationen einzuholen.“[359] Ihre Äußerungen zum Reaktorunfall in Tschernobyl belegen, dass die Bagatellisierung des Unglücks durch den SED-Staat nicht die gewünschte Wirkung zeigte. Die KKL kritisierte die Defizite „verantwortbare[r] und sachgerechte[r] Information“[360] zur Explosion im Kernkraftwerk in Tschernobyl und versprach, sich bei den VertreterInnen der DDR-Regierung für einen besseren Informationsfluss einzusetzen. Darüber hinaus würden die Gefahren, die die friedliche Nutzung der Atomenergie mit sich brachte, kleingeredet. Die Sicherheit der Nutzung der Kernenergie zur Stromgewinnung wurde von der KKL in Frage gestellt und sie plädierte für die Suche nach Alternativen. Mit politischen müssten aber auch ge-

[353] Vgl. aaO, 439f, 442.

[354] Vgl. Gorbatschow: Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 7, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020).

[355] Vgl. Ansprache im Sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 437ff.

[356] Vgl. EIK/BEHLING: Verschlusssache, 224f; SCHROEDER: Der SED-Staat, 289; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl), 292.

[357] Honecker: Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 29, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020).

[358] Vgl. ebd.

[359] Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 74.

[360] Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinden zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 222; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Bundessynode im Oktober 1987 in Erfurt in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7.

sellschaftliche und private Veränderungen einhergehen. Man befürwortete den Vorschlag Gorbatschows, Informationen zu Störungen und Unfällen in Kernkraftwerken zukünftig systematisch international auszutauschen.[361]

Bei der Bundessynode in Erfurt im September 1986 wurde erneut Kritik an der praktizierten Informationspolitik und der „Verharmlosung der Risiken der Kernenergie“[362] geübt. Des Weiteren wurde die Katastrophe als Ansporn zur kritischen Auseinandersetzung mit der friedlichen Nutzung von Kernenergie gesehen. Zu diesem Zweck fanden Gespräche zwischen kirchlichen und staatlichen VertreterInnen statt. Im Beschluss der Bundessynode zum Bericht der KKL verwies diese auf die weltweite Angst und Verunsicherung nach der Havarie des Kernkraftwerkes in Tschernobyl.[363] Über die vorherigen Äußerungen der KKL hinaus stellte die Bundessynode wie Gorbatschow einen Zusammenhang zwischen der friedlichen Nutzung von Atomenergie und der Bedrohung der Welt durch die Anhäufung und den möglichen Gebrauch von Atomwaffen her und plädierte dafür, dass „einem allgemeinen Kernwaffentestmoratorium ein weltweites Moratorium für den Ausbau der Nutzung der Atomenergie folgen“[364] sollte. Des Weiteren schloss sie sich, wie schon die KKL im Juli 1986, dem Beschluss der *Evangelische Kirche der Union – Bereich DDR* (EKU) vom 25. Mai 1986 an, in dem neben der Auseinandersetzung mit Langzeitfolgen der Havarie die aus Tschernobyl resultierenden, erwachsenden Forderungen nach alternativen Energien und Abrüstung dargestellt wurden.[365] Die Synode der EKU verwies auf die Betroffenheit von Gesamteuropa durch das Reaktorunglück und die „schwer greifbaren Kurz- und Langzeitwirkungen der Strahlungen.“[366] In dem Beschluss wurde für die Reduktion des Energieverbrauchs, einen Ausstieg aus der Atomenergie und die Nutzung alternativer Energien plädiert. Darüber hinaus sprach sich die Synode der EKU für Abrüstungsbemühungen, wie das Moratorium der Sowjetunion, aus und kritisierte die SDI-Pläne der USA.[367]

[361] Vgl. Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinden zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 221f; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 74.

[362] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Bundessynode im September 1986 in Erfurt in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7.

[363] Vgl. Protokoll über die 116. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 11. bis 13. März 1988 in Buckow (Klausurtagung), EZA 101/3072; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Bundessynode im September 1986 in Erfurt in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23.9.1986 in: aaO, 27; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52.

[364] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27.

[365] Vgl. Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinden zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 221; Erklärung der Synode der EKU-Bereich DDR – in Potsdam zum Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 25.5.1986 in: aaO, 223; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27.

[366] Beschluß der 3. ordentlichen Tagung der 6. Synode der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR - vom 25. Mai 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1986, 42.

[367] Vgl. Erklärung der Synode der EKU-Bereich DDR – in Potsdam zum Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 25.5.1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 223; Beschluß der 3. ordentlichen Tagung der 6. Synode der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR – vom 25. Mai 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1986, 43.

Resultierend aus Tschernobyl wurde eine Arbeitsgruppe des *Ausschusses Kirchen und Gesellschaft* mit der Erstellung eines Energiepapiers beauftragt.[368] In dem 1988 veröffentlichten *Energiepapier* widersprach man der Einschätzung Gorbatschows, dass die Explosion allein auf menschliches Versagen zurückzuführen wäre. Damit sollte lediglich über technische Probleme innerhalb des Kraftwerks hinweggetäuscht werden. Man beschrieb das Versagen der Verantwortlichen, wies auf die Langzeitauswirkungen eines solchen Unglücks hin und plädierte aufgrund dessen für die Abwendung von der friedlichen Nutzung der Kernenergie.[369]

[368]Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 61, 84.
[369]Vgl. UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, 7, 73, 97ff, 104, 136, 225.

3.6 Zusammenfassung und Einordnung 1984-1986

Der BEK setzte seine Auseinandersetzung mit den Themenkomplexen Frieden und Abrüstung, Umweltschutz sowie Menschenrechten fort. Diese wurden auch weiterhin auf internationaler politischer Ebene entweder bilateral oder im Rahmen von Konferenzen, des KSZE-Prozesses und der *Vereinten Nationen* behandelt. Im internationalen ökumenischen Kontext wurde die Erörterung der Themen ebenfalls fortgesetzt und intensiviert. Das *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* wurde weitergeführt. Durch den bei der Vollversammlung des ÖRK 1983 in Gang gesetzten Konziliaren Prozess wurde die Auseinandersetzung der Kirchen mit den drei Themenfeldern Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung befördert. Damit wurden diese Themen in aller Deutlichkeit auf internationaler ökumenischer Ebene und innerhalb des BEK als christliche Themen und als „Probleme und Nöte unserer Zeit“[370] anerkannt. Der Konziliare Prozess wird im Zeitabschnitt 1987 bis 1989 dieser Arbeit detailliert dargestellt. Die Verlautbarungen des ÖRK von 1983 in Vancouver dienten dem BEK als Ausgangspunkt für die vertiefende Behandlung der Themen. Er forderte im Sinne des Konziliaren Prozesses zum Einsatz für Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Gerechtigkeit auf. Theologisch beschrieb man Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung als Teil des Schalom, des absoluten Friedens, und verstand es als den von Gott eigentlich für die Schöpfung gewünschten Zustand. Gemeinsam mit dem ÖRK und der ROK betonte der BEK allgemein, dass politische Missstände in der Welt von den Kirchen adressiert werden müssten.

Die Themen Frieden und Abrüstung waren aufgrund der angespannten internationalen Lage nach dem Scheitern des NATO-Doppelbeschlusses und der daraus resultierenden Aufrüstung in Ost und West sowohl auf nationaler und internationaler politischer Ebene, im Rahmen der *Vereinten Nationen* und des KSZE-Prozesses als auch in der Ökumene und beim BEK vorherrschend. Der BEK äußerte sich gemeinsam mit der EKD und der ROK explizit zu diesem Themenkomplex und nahm mehrfach an der *Weltkonferenz religiöser Vertreter* in Moskau teil. Innerkirchlich nutzte der BEK die Jahre 1984 bis 1986, um seinen Standpunkt zu Frieden und Abrüstung zu schärfen. Die 1982 erstmals von der Bundessynode formulierte „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[371] wurde im Auftrag der KKL vom *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* ausformuliert. Dessen vorgenommene Präzisierung beinhaltete und bündelte viele Aspekte, die der BEK schon in den Vorjahren in Auseinandersetzung mit Frieden und Abrüstung zur Sprache gebracht hatte: das Plädoyer für friedliche Streitbeilegung und Vertrauensbildung, die Kritik an der Verharmlosung von Aufrüstung und Krieg – wie in der Auseinandersetzung mit der Zivilverteidigung geäußert – und an der Rechtfertigung der eigenen Aufrüstung mit der des Gegners sowie die Aufforderung zum allgemeinen Umdenken in diesem Zusammenhang. Damit spiegelt die Absage auch die angeeigneten, miteinander in Verbindung gesetzten Konzepte der gemeinsamen Sicherheit und des neuen Denkens wider. Darüber hinaus lehnte man, wie in der Kritik am Wehrunterricht, die Einteilung von Menschen in Freund und Feind ab und sprach sich erneut für Friedenserziehung aus. Der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen*, die KKL und die Bundessynode kritisierten die anhaltende schulische Vermittlung des Abschreckungsgedankens in all seinen Facetten. Im Gegenzug forderten sie eine Vermitt-

[370] Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161.

[371] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228.

lung geprägt von den Konzepten der gemeinsamen Sicherheit und des neuen Denkens. Untermauert wurde das Plädoyer des BEK für Friedenserziehung in den Schulen explizit mit dem Verweis auf die Aufforderung der *Vereinten Nationen*, Friedenserziehung im Bildungssystem zu etablieren. Laut BEK sollten die ChristInnen die Friedenserziehung mit vorantreiben. Die Ausführungen zur Friedenserziehung stimmen mit den Äußerungen überein, die bei der kritischen Auseinandersetzung mit dem Wehrunterricht und im *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden"* von 1980 getätigt wurden.

Der BEK definierte es weiterhin als seine Aufgabe, friedensdienliche Vorschläge oder Entwicklungen in Politik und Gesellschaft zu begrüßen und friedensgefährdende als solche auszuweisen. Im Hinblick auf das schon in den vorangegangenen Jahren forcierte Konzept der gemeinsamen Sicherheit und die „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung"[372] wurden 1984 bis 1986 Möglichkeiten ihrer Realisierung in Politik und Gesellschaft aufgezeigt. Diesbezüglich sprach man von „politikfähige[n] Konzepte[n] der Friedenssicherung"[373]. Im Zuge der kritischen Auseinandersetzung mit Abrüstungsvorschlägen und deren Zuordnung zu den verschiedenen Konzepten gab es viele Übereinstimmungen mit den Äußerungen der internationalen ökumenischen Gemeinschaft, der *Vereinten Nationen* und des KSZE-Prozesses. Teilweise wurden Bezüge explizit gemacht. Der BEK sprach sich für die „Unterstützung der UN-Weltabrüstungskampagne"[374] aus, um das Konzept der gemeinsamen Sicherheit international zu realisieren. Im Einklang mit den *Vereinten Nationen* verwies man auf die enorme Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen. Übereinstimmend mit den *Vereinten Nationen*, der EKD, der ROK und der *Weltkonferenz religiöser Vertreter*, Honecker und der UdSSR kritisierte der BEK das Streben nach Weltraumwaffen im Allgemeinen und die Pläne der SDI im Speziellen. Darüber hinaus wurde vom BEK, dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* weiterhin die Verschwendung von Geldern für Rüstungsausgaben anstatt für die Verbesserung der Situation der Entwicklungsländer angeprangert. Kritisch äußerte sich der BEK zur Aufrüstung in Ost und West nach dem Scheitern des NATO-Doppelbeschlusses im Herbst/Winter 1983. Mit der positiven Bewertung von der chemie- und atomwaffenfreien Zone in Europa sowie dem Moratorium für Atomwaffentests durch die UdSSR befürwortete er im Einklang mit den *Vereinten Nationen* regionale und einseitige Abrüstungsschritte und das Ende von Atomtests. Diesbezüglich wertete er auch die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows positiv. Darüber hinaus wurde auch Nuclear Freeze, d.h. das Einstellen von Aufrüstung und die Beibehaltung eines Waffenstandes, übereinstimmend als friedensfördernd eingeschätzt. Während die *Vereinten Nationen* dafür plädierten, vom Erstangriffen Abstand zu nehmen, schlug der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) vor, den „Verzicht auf den Erst-Einsatz von Atomwaffen als geltende strategische Doktrin"[375] zu etablieren. Die Bedeutung der *Vereinten Nationen*, um Frieden und Gerechtigkeit international voranzutreiben, wurde von Seiten des BEK und im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* betont.

Im Allgemeinen nahm der BEK im Hinblick auf die Bewertung der Abrüstungsverhandlungen eine

[372] Ebd.

[373] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17.

[374] Ebd.

[375] AaO, 19.

ausgewogene Haltung ein, indem er wie in den Vorjahren beide Blöcke gleichermaßen für die angespannte Situation verantwortlich machte. Die Aufrüstung beider Parteien wurde als eine Steigerung der internationalen Spannungen beschrieben, die die Sicherheit weiter gefährdeten. Diese Haltung verließ er nur einmal, indem er gemeinsam mit der ROK den westlichen Staaten die Schuld an der Aufrüstung in Ost und West zuschob und die Aufrüstung der Warschauer Vertragsstaaten nach dem Scheitern des NATO-Doppelbeschlusses als notwendige Reaktion auf die Aufrüstung des Westens darstellte. Damit widersprach er seiner geäußerten Kritik an der Begründung der eigenen Aufrüstung mit der des Gegners sowie der Aufforderung an die DDR, auf die Aufstellung der Kurzstreckenraketen in ihrem Territorium zu verzichten.

Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses in der KVAE wurde vom BEK positiv bewertet und wie schon hinsichtlich des Madrider KSZE-Folgetreffens in den internationalen Gesamtzusammenhang der Abrüstungsbemühungen eingeordnet. Übereinstimmend mit den *Vereinten Nationen* sah man die KVAE als Anstoß für eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen. Auch in der Erklärung der KKL zum 10. Jahrestag der *Schlussakte von Helsinki* fokussierte sie sich – resultiert aus der globalen Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen, dem 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges sowie der allgemeinen Einschätzung des KSZE-Prozesses als Beitrag zu den Friedens- und Abrüstungsverhandlungen durch den BEK – vornehmlich auf das Thema Frieden und bewertete den Beitrag des KSZE-Prozesses diesbezüglich positiv. Mit der eigenständig erstellten Erklärung zum 10. Jahrestag der *Schlussakte von Helsinki* kam die KKL einer Aufforderung des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* nach, sich anlässlich dieses Jahrestages an die eigene Regierung zu wenden. Nach Abschluss der KVAE lobte die Bundessynode die Stärkung des Verzichts auf Gewaltandrohung und -anwendung in der internationalen Interaktion und griff damit auch einen Punkt auf, den die *Vereinten Nationen* als notwendig für die weitere Entwicklung hin zu Frieden und Abrüstung erachteten. Im Einklang mit dem KSZE-Prozess und den *Vereinten Nationen* sprach man sich für die Stärkung gemeinsamer Sicherheit und Vertrauen sowie für friedliche Streitbeilegungen aus. Die Bundessynode sah in der „Anwendung des Madrider KSZE-Dokuments 'in all seinen Teilen', um dadurch Vertrauen und Sicherheit zu fördern“[376], eine Art der Realisierung des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit.

Theologisch wurde der Friedenseinsatz des BEK und seiner Mitglieder weiterhin damit begründet, dass Gott in Jesus Christus den Frieden zwischen sich und den Menschen wiederhergestellt hat und damit den Frieden für alle Menschen will. Im Einklang mit dem ÖRK betonte man im Sinne des Schalom den Zusammenhang von Frieden und (Welt-)Gerechtigkeit und legte seinen Überlegungen ein positives Friedensverständnis zugrunde. Man verstand es als Gehorsam gegenüber Gott, sich für den Frieden einzusetzen. Die Bergpredigt wurde für diesen Einsatz nach wie vor als wegweisend beschrieben. Der Einsatz sollte im Privaten, aber auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich vollzogen werden. Besonders in den Zeiten, in denen die Welt durch atomare Waffen bedroht war, wurde die Notwendigkeit des offenen Bekenntnisses der ChristInnen für den Frieden gesehen. Deutlicher als in den Vorjahren wurden die ChristInnen dazu aufgefordert, den Staat und seine Handlungen dahingehend zu bewerten, ob sie Frieden, Gerechtigkeit und dem Wohle des Menschen im Allgemeinen dienlich sind. Ein weiterer Aspekt des

[376] AaO, 17.

Friedenseinsatzes stellte das Gebet für den Frieden dar, wozu die ChristInnen immer wieder aufgefordert wurden. Im Hinblick auf die Friedensgruppen betonte der BEK den positiven Einfluss des Friedensengagements der bzw. des Einzelnen auf die Entwicklungen hin zu Frieden in der Welt. Der ÖRK machte sich ebenfalls für das Friedensengagement der ChristInnen stark. Gemeinsam mit der EKD wies der BEK, wie Honecker und Kohl in ihrer gemeinsamen Erklärung 1985, auf die aus der deutschen Vergangenheit resultierende besondere Verantwortung der deutschen ChristInnen für den Frieden hin.

Im Austausch zur Friedensthematik mit dem Staat betonte der BEK, anders als in den vorangegangenen Jahren, im Besonderen die Gemeinsamkeiten des kirchlichen Friedensengagements mit der Friedenspolitik der DDR. Man sicherte seine Unterstützung bei dem Streben nach Frieden und Abrüstung zu. Diese gemeinsamen Bestrebungen wurden so hoch gewichtet, dass sie nicht von „offene[n] Fragen“[377] zwischen Kirche und Staat beeinträchtigt werden sollten. Der KKL-Vorsitzende sagte deshalb dem Staatsratsvorsitzenden zu, diese Problemfelder zurückzustellen. Die propagierte Nähe des kirchlichen und staatlichen Friedenseinsatzes seitens der kirchlichen Leitungsebene rief Widerspruch von ChristInnen und in den Kirchen beheimateten FriedensaktivistInnen hervor. Auffällig ist die zurückhaltende Thematisierung des Widerspruchs zwischen dem außenpolitischen Friedenseinsatz und der innerstaatlichen Militarisierung der DDR-Gesellschaft durch den BEK. Dies passierte eher indirekt. So machte der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* im Rahmen der Präzisierung der „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[378] z.B. deutlich, dass die Praxis der Abschreckung nicht nur den militärischen, sondern auch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beträfe. Damit ging implizit eine Aufforderung zu Änderungen in der Gesellschaft einher. Zusätzlich deklarierte die Bundessynode die Totalverweigerung des Wehrdienstes als Ausdruck des neuen Denkens und beschrieb die Wehrpflicht und den Wehrunterricht als widersprüchlich zum neuen Denken und zur propagierten Koalition der Vernunft. In diesem Fall wurde somit nicht theologisch argumentiert, sondern die Kritik primär mit den auch von der DDR befürworteten Sicherheits- und Abrüstungskonzepten untermauert. Daraus erwuchs die Aufforderung von Seiten des BEK an den Staat, dass die außenpolitisch vertretenen Friedenskonzepte auch innerstaatlich Fuß fassen. Auf die bestehenden Differenzen zwischen kirchlichem und staatlichem Friedensverständnis und die daraus resultierenden unterschiedlichen Meinungen zu Wehrdienst und Wehrerziehung wurde nur eingeschränkt hingewiesen. Zwar erwähnte der Vorsitzende der KKL, Bischof Johannes Hempel, 1985 die Existenz von PazifistInnen in den Reihen der ChristInnen, gleichzeitig legte er den Fokus aber auf das gemeinsame Eintreten von Kirche und Staat für den Frieden. Die enge Zusammenarbeit mit dem Staat beim Friedensreport anlässlich des *Internationalen Jahrs des Friedens* wurde von Seiten der Bundessynode verteidigt: Das Streben der ChristInnen nach Frieden in der Welt machte die Zusammenarbeit mit anderen, außerhalb der Kirchen angesiedelten FriedensaktivistInnen notwendig. Das Verhältnis und der Umgang mit außerkirchlichen FriedensaktivistInnen in der DDR sollte seitens des BEK lediglich abgestimmt werden.

Bei der vom BEK propagierten Nähe des staatlichen und kirchlichen Friedensengagements muss aber auch berücksichtigt werden, dass die DDR im Bezug auf die außenpolitisch propagierte Friedenspolitik

[377] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 182.

[378] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228.

des SED-Staates Veränderungen vornahm und international für Abrüstungsschritte und -konzepte eintrat, für die der BEK schon in den Vorjahren votiert hatte. Beispielsweise kann auf die von Honecker forcierte Koalition der Vernunft verwiesen werden, die von der KKL als ein Ausdruck der gemeinsamen Sicherheit verstanden und allgemein positiv bewertet wurde. Darüber hinaus machte sich Honecker das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu eigen und die SED trat mit der SPD für eine chemiewaffen- und atomwaffenfreie Zone ein. Ferner sahen der BEK und der SED-Staat, übereinstimmend mit der UdSSR, die geplante SDI der USA kritisch und begrüßten die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows. Dementsprechend kam es von Seiten des BEK zu einer Hervorhebung der gemeinsamen Standpunkte und zu Zurückhaltung im Hinblick auf kritische Punkte. Der Staat nahm gleichzeitig vermehrt Standpunkte ein, die mit denen des BEK übereinstimmten. Es kann also von einer beidseitigen Annäherung der eingenommenen Positionen gesprochen werden.

Die Auseinandersetzung mit den Menschenrechten führte der BEK 1984 bis 1986 überwiegend im ökumenischen Kontext. Er machte sich das *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* zu eigen und sprach sich gemeinsam mit der ökumenischen Gemeinschaft dafür aus, dass sich die Kirchen für die Realisierung der Menschenrechte einsetzen sollten. Viele der im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* getätigten Äußerungen stimmten mit denen der *Vereinten Nationen* zu diesem Thema überein. Sie betonten gemeinsam die Gleichwertigkeit und Zusammengehörigkeit aller Menschenrechte. Im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* wurde der Einsatz der Kirchen für Menschenrechte mit der durch Jesus Christus allen Menschen zugesprochenen Freiheit, der Weltverantwortung der ChristInnen, der Nächstenliebe und der Würde der bzw. des Einzelnen in Verbindung gebracht. Man ordnete den Einsatz insgesamt der Seelsorge zu. Ähnlich dieser christlich-theologischen Argumentation beschrieben es die *Vereinten Nationen* als Hauptziel des Einsatzes für Menschenrechte, dass alle Menschen in Frieden, Würde und Freiheit leben. Wie von den *Vereinten Nationen* als Aufgabe für die eigene Organisation, Nichtregierungsorganisation und Regierungen definiert, sahen die Kirchen ihren Beitrag darin, Informationen zu den Menschenrechten bereitzustellen und weiterzugeben. Die *Vereinten Nationen* definierten wie das *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* Grundrechte, wie „the rights to education, work, health and proper nourishment“[379]. Die Ökumene brachte zur Steigerung der internationalen Verbindlichkeit der Menschenrechte die *Vereinten Nationen* als Kontrollorgan ins Spiel.

Eigenständig sprach sich der BEK entgegen des staatlichen Standpunktes der DDR und im Einklang mit den *Vereinten Nationen* und der KVAE für eine Gleichgewichtung sowie die Interdependenz von Frieden und Menschenrechten aus. Darüber hinaus betonte er die positiven Auswirkungen der Verwirklichung der Menschenrechte auf den Frieden in der Welt. Anlässlich des 10. Jahrestages der *Schlussakte von Helsinki* forderte die KKL, dass die Realisierung der *Schlussakte von Helsinki* sowohl außen- als auch innenpolitisch Wirkung zeigen sollte. Sie konkretisierte dies nur im Hinblick auf die begrenzte Reisefreiheit in der DDR. Hinsichtlich des Einsatzes für mehr Weltgerechtigkeit sahen der BEK und die EKD die

[379] 39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, 235, https://undocs.org/en/A/RES/39/145 (11.05.2020); 40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, 240, https://undocs.org/en/A/RES/40/124 (23.05.2020).

Verantwortung bei den Industrieländern. Der BEK unterstützte den 2%-Appell des ÖRK. Indem er die Erklärung des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* zu dem Expertentreffen in Ottawa der Regierung der DDR übergab, präsentierte sich der BEK auch in der Menschenrechtsdebatte als Teil der internationalen ökumenischen Gemeinschaft. Er schloss sich damit der darin formulierten Aufforderung an die Regierungen an, in Ottawa „eine[...] größere[...] Übereinstimmung in der Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechtsfragen“[380] zu erzielen. Mit der Erklärung stimmte der BEK auch der Aufgabe der Kirchen zu, sich gegenüber der eigenen Regierung zu nationalen Menschenrechtsproblemen zu äußern.

Trotz eines klaren Eintretens für eine allgemeine Realisierung der Menschenrechte bereitete es dem BEK Schwierigkeiten, zur menschenrechtlichen Situation in der DDR kritisch Stellung zu nehmen. Die Äußerungen zu Menschenrechten von VertreterInnen des BEK im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* sowie im Rahmen der KKL und der Bundessynode waren – wie schon in den vorangegangenen Jahren – von Widersprüchen zum angeeigneten *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* geprägt: die Gleichwertigkeit von Frieden und Menschenrechten bei gleichzeitigem Vorrang des Friedens; die Aufgabe der Kirchen zur kritischen Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen auf nationaler und internationaler Ebene bei gleichzeitigem Bedenken angesichts möglicher negativer Auswirkungen von Kritik; die Universalität der Menschenrechte bei gleichzeitiger Varianz der Menschenrechte in Abhängigkeit von verschiedenen Gesellschaftsordnungen; die Wahrnehmung von nationalen Menschenrechtsdefiziten hinsichtlich der Informations-, Reise- und Religionsfreiheit, des Rechtsschutzes sowie der Partizipation bei gleichzeitiger Verteidigung ihrer Notwendigkeit aufgrund der innerdeutschen und globalen Teilung in Ost und West. Im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* kristallisierten sich die unterschiedlichen Standpunkte westlicher und östlicher VertreterInnen heraus. Hinsichtlich der direkten Auseinandersetzung mit der Menschenrechtssituation in der DDR stellten die KKL und die Bundessynode den Fortschritt in der Realisierung der Menschenrechte in der DDR der Darstellung von verbesserungswürdigen Aspekten voran. Verglichen mit der KKL forderte die Bundessynode 1985 den Staat deutlicher zu rechtlichen Verbesserungen im Bezug auf die Gleichberechtigung, den Wehrdienst und das Reisen auf. Die Bundessynode und die KKL versuchten den Staat zu Menschenrechtserleichterungen anzuspornen, indem man auf deren positive Auswirkungen auf die Stabilität des Staates und die Reputation des Staates in der Welt verwies. Dies korreliert mit dem Plädoyer für innerstaatliche Vertrauensbildung im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen*. Im Allgemeinen ging der BEK offiziell sehr zurückhaltend mit Menschenrechtsdefiziten bzw. -verletzungen in der DDR um.

Einzig die Reisefreiheit wurde im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik vom BEK näher behandelt. 1984 war es zu einem starken Anstieg an Ausreiseanträgen in der DDR gekommen. DDR-BürgerInnen hatten in der Hoffnung auf Hilfe von Seiten der Kirchen für ihre Ausreise den BEK und seine Gliedkirchen mit dem Thema konfrontiert. Darüber hinaus waren der BEK und seine Gliedkirchen durch die Abwanderung der eigenen Mitglieder von den zunehmenden Ausreisebestrebungen in der DDR betroffen. Die KKL und die Bundessynode identifizierten Gründe für Ausreisegesuche sowohl auf der persönlichen Ebene der AntragsstellerInnen als auch im innenpolitischen Bereich. Mit der Aus-

[380] Erklärung zum Expertentreffen zu Fragen betreffend der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Ottawa, 7. Mai bis 7. Juni 1985 – , EZA 101/4830.

einandersetzung mit dieser Thematik nahm der BEK sich eines gesellschaftspolitischen Problems an, das vom staatlicher Seite nicht öffentlich diskutiert wurde. In diesem Zusammenhang sind erste Tendenzen der Stellvertreterrolle zu erkennen, die der BEK und seine Gliedkirchen zum Ende der DDR hin immer stärker einnahmen. Man forderte den Staat zu einer offenen Diskussion zu dieser Problematik sowie zu „klare[n] und verläßliche[n] Regelungen“[381] hinsichtlich Reise und Ausreise auf. Die KKL riet aber im September 1984 von einer „Dramatisierung der Problematik“[382] ab. Die KKL und ihr Vorsitzender Bischof Albrecht Schönherr hatten schon 1974 und 1977 deutlich für den Verbleib der PfarrerInnen und ChristInnen in der DDR votiert und dies theologisch mit dem Auftrag der Kirche und der Bezeugung des Evangeliums vor Ort begründet. Der BEK sah seine Mitglieder und sich in die sozialistische und atheistische DDR gestellt, um dort zu wirken und das Evangelium zu verkünden. Von 1984 bis 1986 forderte der BEK nicht explizit zum Verbleib auf. Es wurde aber der eigene Beitrag der Kirche diskutiert, um den Verbleib von ChristInnen in den Gemeinden der DDR attraktiver zu machen.

Ein Grund für die steigende Anzahl an Ausreiseanträgen sah der BEK in der eingeschränkten Reisefreiheit der DDR-BürgerInnen. Deshalb sprach er sich wie schon im vorherigen Zeitabschnitt für Reiseerleichterungen aus. Die Argumentation weist starke Ähnlichkeiten mit den Einigungen im Rahmen des KSZE-Prozesses auf. War die Förderung von Kontakten zwischen Angehörigen verschiedener Nationen schon seit der *Schlussakte von Helsinki* ein Aspekt des KSZE-Prozesses, so wurde das Thema 1986 erstmals in einem eigenen Expertentreffen behandelt. Wie im Abschlussdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens sprach sich der BEK für die Erleichterung von Begegnungen, die Nachvollziehbarkeit der Verfahren, die Begründung ablehnender Bescheide und die unbürokratische Durchführung der 1982 und 1983 etablierten (Aus-)Reiseregelungen der DDR aus. Die KKL und die Bundessynode hatten 1984 die beschlossenen Reiseerleichterungen in der DDR von 1982 und 1983 gelobt, aber gleichzeitig zum weiteren Abbau von Reisebeschränkungen aufgefordert. In der Erklärung der KKL anlässlich des 10. Jahrestages der *Schlussakte von Helsinki* wurde an beide deutschen Staaten appelliert, das innerdeutsche Reisen zu erleichtern. Die Bundessynode sah 1986 in der Steigerung der Reisefreiheit eine Möglichkeit, um die *Schlussakte von Helsinki* innenpolitisch erfahrbar und außenpolitisch wirksam werden zu lassen.

Der Einsatz des BEK für den Abbau von Grenzen und für Reiseerleichterungen wurde theologisch mit der (globalen) Einheit der ChristInnen begründet. Darüber hinaus bettete man die Argumentation – auch unter Verweis auf den christlichen Versöhnungsgedanken – in die Friedensdebatte ein. Die ökumenischen Begegnungen zwischen Kirchen und auch zwischen BürgerInnen verschiedener Staaten wurden vom BEK und von der ökumenischen Gemeinschaft weiterhin als Beitrag der Überwindung von internationalen Spannungen und Misstrauen angesehen.

Gegenüber dem Staat beschrieb man Reiseerleichterungen als einen Ausdruck des Friedenswillens der DDR. Der Staat wurde dementsprechend dazu aufgefordert, die friedensorientierte Außenpolitik auch im Inneren des Staates wirksam werden zu lassen. Reiseerleichterungen wurden darüber hinaus als Zeichen

[381] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; vgl. auch Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104.

[382] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 68.

für die Souveränität der DDR gewertet. Damit verstand man im Umkehrschluss die starken Einschränkungen der Reisefreiheit als Anzeichen für die Unsicherheit der DDR und das fehlende Vertrauen in das eigene System und die eigenen BürgerInnen. Die Argumentation des BEK hatte auch demokratische Implikationen, indem man mit mehr Reisefreiheit eine Steigerung der Mündigkeit der BürgerInnen einhergehen sah. Man sagte dem Staat eine mit den Reiseerleichterungen einhergehende Steigerung der Loyalität gegenüber dem System voraus. Der BEK brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass weitere Einigungen zur Reisefreiheit im Rahmen des KSZE-Folgetreffens in Wien, das im Herbst 1986 begann, einen positiven Einfluss auf die Gesetzgebung in der DDR haben würden. Durch den Fokus des BEK auf die innerdeutschen Begegnungen nahm er ein Bedürfnis vieler DDR-BürgerInnen wahr und setzte sich dafür ein. Mit der offenen Bezeichnung der Reisefreiheit als Menschenrecht wurde die Auseinandersetzung auch in die Menschenrechtsdebatte eingegliedert und in diesem Sinne auf Defizite in der Menschenrechtsfrage hingewiesen. Die KKL machte auf die Differenz zwischen den Reiseregelungen in der DDR und gängigen internationalen Handhabungen aufmerksam.

An der Auseinandersetzung mit der Umweltthematik wird der Einfluss von Kirchenmitgliedern und Umweltgruppen auf die KKL und die Bundessynode deutlich. Diese hatten zur intensiveren Beschäftigung mit der Materie auf der Leitungsebene angeregt. Die KKL und die Bundessynode forderten, wie schon in den Vorjahren die Konsultation des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* des BEK, die ChristInnen und Staat zum Einsatz für den Umweltschutz auf. Theologisch begründet wurde dies weiterhin mit der Verantwortung gegenüber der Schöpfung und dem Schöpfer als Beitrag zur göttlichen Erhaltung der Schöpfung sowie dem Kulturauftrag des Menschen. Die ChristInnen wurden auf die Mitverantwortung für die Umweltverschmutzung hingewiesen; es wurde Kritik an extensivem Konsum und Ressourcenverschwendung geübt. Als Vorbild für den schon in den vorangegangenen Jahren geforderten umweltfreundlicheren Lebensstil sollte den ChristInnen die schlichte Lebensweise Jesus Christi dienen. Die KKL deutete an, dass sie sich der Schwierigkeiten des Umweltengagements in der DDR bewusst war. Die Bundessynode hatte zur Zusammenarbeit zwischen staatlichen und kirchlichen UmweltaktivistInnen aufgerufen und Entwicklungen dahingehend begrüßt.

Gegenüber dem Staat lobte die Bundessynode, wie bei den Menschenrechten, einerseits dessen umfangreichen Einsatz für den Umweltschutz, was in krassem Widerspruch zu den wirklichen Gegebenheiten stand. Andererseits forderte sie – wie schon der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* 1978 – zur ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft und zur Einhaltung der Umweltgesetze auf. Die Defizite hinsichtlich des Umweltschutzes wurden in diesem Sinne offenbar, aber nur implizit als solche deklariert. Der schwierige staatliche Umgang mit den Umweltproblemen in der DDR wurde daran deutlich, dass die KKL und die Bundesynode auf die zurückgehaltenen Umweltinformationen sowie auf die Ausklammerung von Umweltproblemen in der Zusammenarbeit zwischen christlichen Umweltgruppen und staatlichen Umwelteinrichtungen hinwiesen. Letzteres zeigt, dass die Thematisierung von Umweltproblemen im Rahmen des staatlichen Umweltengagements weiterhin nicht anerkannt war. Im Allgemeinen appellierte die Bundessynode im Einklang mit dem *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* 1978 für mehr Möglichkeiten der BürgerInnen der DDR, Umweltengagement zu betreiben. Darüber hinaus sollten die Umweltgruppen, zu

denen und deren Aktionen sich die Bundessynode positiv äußerte, staatliche Anerkennung erfahren.

Eng sowohl mit der Friedens- als auch mit der Umweltthematik verknüpft ist das Reaktorunglück in Tschernobyl. Es erweiterte nicht nur die Auseinandersetzungen in den Umwelt- und Friedensgruppen, sondern führte auch bei der KKL und der Bundessynode zur Beschäftigung mit den Risiken der Kernenergie im Speziellen und der Atomkraft im Allgemeinen. Die KKL reagierte spät auf das Ereignis, um nicht aus einer Emotionalität heraus und mit geringen Informationen einen Standpunkt zu beziehen. Gemeinsam mit der Bundessynode wurde sie in ihrer Stellungnahme zu diesem Ereignis sehr konkret. Die von der Bundessynode 1982 gezogene Verbindung zwischen atomarer Rüstung und Umweltverschmutzung wurde erneut aufgegriffen und vor der Umweltbedrohung durch die Testung oder den Einsatz von Atomwaffen gewarnt. Gegenüber dem Staat prangerten die KKL und die Bundessynode die fehlenden Informationen zum Unglück sowie das Festhalten an und die Verharmlosung der Kernenergie an. Erneuerbare Energien fanden nun verstärkt den Einzug in die Diskussion des BEK um Umweltschutz, die der ÖRK schon 1978 erörtert hatte.

Aufgrund der zunehmenden Zahl der in den Kirchen existierenden Gruppen setzte der BEK sich innerkirchlich intensiver mit ihnen auseinander. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* brachte im Auftrag der KKL zu diesem Thema explizit das Papier *Die Kirche und die Friedensgruppen* heraus. Es standen zwar, wie schon in den vorangegangenen Jahren, die Friedensgruppen im Fokus, die Einschätzungen zur Situation und Rolle der Gruppen in Kirche und Gesellschaft wurde aber auf alle Arten von kirchlichen Gruppen ausgedehnt. Die Einschätzung der Gruppen war zwiespältig. Man verstand sie einerseits als innovative Art der Glaubensäußerung, als Zeugnis im prophetischen Sinne, beschrieb sie als Teil der Kirche(n) und betonte die Bedeutung von unabhängiger Kritik und Protest in einer Gesellschaft. Im Papier wurden aber andererseits auch die innerkirchlichen Spannungen sowie die Differenzen zwischen den Kirchenleitenden und staatlichen VertreterInnen erwähnt, die wiederholt aus der offenen Positionierung der Gruppen resultierten. Die Vermittlerrolle des BEK und seiner Gliedkirchen zwischen den Gruppen und dem Staat, die in den Vorjahren verschiedentlich erkennbar geworden war, sowie die staatliche Erwartung an die Kirchenleitenden, das staatskritische Potential der Gruppen einzudämmen, wurde in der Schrift offen angesprochen. Wie der Staat warf man im Papier die Frage auf, ob einige Gruppen(-mitglieder) den Raum Kirche nur nutzten, um geschützt gesellschaftskritisch agieren zu können. Man unterstellte den Gruppen, bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen teilweise impulsiv und uninformiert vorzugehen. Das im Hinblick auf die Friedensgruppen in den vorangegangenen Jahren geäußerte schwierige Verhältnis zu deren Aktionen wurde erneut offenbar. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* sprach sich gegen massive Kritik und gegen offene Aktionen aus, die das Gespräch zwischen Kirche und Staat erschweren konnten. Dies steht im Widerspruch zu den Aufforderungen an die ChristInnen zum politischen Einsatz für den Frieden sowie zur Bewertung der politischen Handlungen des Staates im Hinblick auf die Dienlichkeit für die Menschen. Das aus einer Bewertung der politischen Handlungsweisen erwachsene Bekenntnis kann vielfältig ausfallen. Der BEK tat sich mit der Anerkennung der Arbeit der Gruppen in ihrer Andersartigkeit und Vielstimmigkeit im eigenen Kontext sehr schwer. Dies hatte die KKL allerdings 1985 von

staatlicher Seite auf gesellschaftlicher Ebene gefordert. In den Äußerungen des BEK und in der geplanten Einbindung in die Gemeinden und kirchliche Aktionen kommt das Bedürfnis zum Ausdruck, die Kontrolle über die Gruppen, ihre Eigenarten der Glaubensäußerung, öffentliche Aktionen und Standpunktbezüge zu behalten. Anders als in den Vorjahren kam es 1984 bis 1986 zu keinen größeren Zusammenstößen zwischen den Gruppen und dem Staat, bei dem die Kirchenleitenden vermitteln mussten. Der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK verwies 1986 aber auf den Einsatz der Bundessynode und der KKL für den Schutz von FriedensaktivitInnen gegenüber dem Staat.

Die Jahre 1984 bis 1986 waren im Gegensatz zum vorherigen Zeitabschnitt kaum von Konfrontation zwischen Kirche und Staat geprägt und wirken sehr einmütig. Dass der Staat die Erklärung der KKL zum 10. Jahrestag der *Schlussakte von Helsinki* im ND abdruckte und dem BEK ein eigenes Kapitel im Friedensreport zugestand, zeugt davon, dass der Staat die Positionierungen des BEK zum Frieden und die allgemeine Bewertung des KSZE-Prozesses als unkritisch bzw. als vereinbar mit dem eigenen öffentlich propagierten Standpunkten ansah. Lediglich die kritische Einschätzung des Wehrdienstes und des Wehrunterrichts durch die Bundessynode sowie deren Forderungen nach mehr Freiheiten und Rechten für die DDR-BürgerInnen wertete der Staat als „Angriffe[...]“[383].

Hinsichtlich der Positionen des BEK behielt dieser entweder die Argumentation der vorangegangenen Jahre bei oder präzisierte diese. Bei Frieden und Abrüstung blieb der BEK seiner Argumentation weitestgehend treu. Er nahm weiterhin Stellung zu neuen Entwicklungen in diesem Zusammenhang, wie der SDI, dem neuen Denken, den Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows und seinem Atomwaffentestmoratorium. Anders als in den Vorjahren wurden in Auseinandersetzung mit dem Staat vornehmlich die Gemeinsamkeiten im Friedensengagement betont. Die Umweltthematik betreffend wurde die vertiefte Auseinandersetzung mit erneuerbaren Energien eingeleitet. Dies resultierte aus den Ereignissen in Tschernobyl, die auch die Bedrohung durch die friedliche Nutzung der Atomenergie deutlich machten. Diese Auseinandersetzung realisierte sich dann in der Studie *Energie und Umwelt* von 1988. Mehr als in den Jahren zuvor, wird das Bewusstsein des BEK um die Schwierigkeiten des Umweltengagements in der DDR, auch in Zusammenarbeit mit staatlichen Angeboten, erkennbar. In der Menschenrechtsdebatte gab es weiterhin eine Diskrepanz zwischen der allgemeinen Haltung zu der Realisierung der Menschenrechte und der Bewertung der Menschenrechtssituation in der DDR. Während der BEK sich in den Vorjahren nur mit Ausreise aus humanitären Gründen beschäftigt hatte, nahm er sich erstmals offen des Themas Ausreise im Allgemeinen an und benannte es als gesellschaftspolitisches Problem. In diesem Zusammenhang und durch vorsichtige Forderungen nach Freiheiten und Rechten begibt sich der BEK zunehmend in die Stellvertreterrolle. Damit deuten sich auch erste innergesellschaftliche Brandherde an, die sich bis 1989 ausbreiten und zuspitzen sollten. Der BEK ordnete weiterhin Ereignisse auf nationaler Ebene, wie den Wehrdienst, die Wehrerziehung und die Reiseregelungen der DDR, in internationale Zusammenhänge ein. Damit zeigte er die Relation zwischen nationalen und internationalen Ereignissen auf, verdeutlichte gegenüber dem Staat die Außenwirkung bestimmter nationaler Handlungsweisen und begründete damit seine eigenen Einschätzungen. Viele der Äußerungen des BEK decken sich dabei weiterhin mit den *Ver-*

[383] Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523.

einten Nationen und dem KSZE-Prozess. Selbst beim für den BEK schwierigen Thema Menschenrechte argumentierte er damit, dass die internationalen Regelungen und die im KSZE-Prozess eingegangenen Vereinbarungen im nationalen Rahmen Niederschlag finden sollten.

3.7 Coblenz: Predigt vom 29. Januar 1984 (P2Co1984)

Diese Predigt wurde am 29. Januar 1984 von Pfarrer Coblenz in der Gemeinde Altenkirchen (Rügen) gehalten. Coblenz folgt mit Gen 8,1-12 dem Vorschlag der Perikopenordnung.

Gen 8,$_{1\text{-}12}$ **Altenkirchen (Rügen) 29.01.84**

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen. Amen.

Liebe Gemeinde. Der Predigttext steht für heute im 1. Mose 8,1-12.

Ein ganz bekannter Text. Die Geschichte von der Sintflut – oder wie es auch heißt – von der Sündflut – ist uns wohl allen bekannt. Eine alte Geschichte. Aber was geht sie uns denn heute noch an? Etwa uns persönlich? Ist denn in unserer Welt der hart arbeitenden Politiker, Techniker, Ökologen oder Agronomen noch Platz für solche Geschichten? Wir leben doch in einer Zeit, in der die Natur, Pflanzen, Tiere, ja sogar Menschen nichts als Objekte sind – Objekte der Wissenschaft, Objekte der Politik. Dann ist diese Geschichte nur etwas für Maler – für Künstler – für die Phantasie?

Ich erinnere mich sehr gut an meine Geschichte mit der Geschichte. Während des ersten Studienjahres hatte ich den Drang, alles auf seine Historizität hin zu befragen – auch diese Geschichte. Ich fragte also: Kann es eine solche Flut – die große Teile der Erde überspült hat, in einer Zeit gegeben haben, in der die Menschen Israels schon ein Bewußtsein für Geschichte hatten? Wo könnte es gewesen sein? Im Zweistromland – zwischen Euphrat und Tigris, dort, wo Abraham und seine Väter gewohnt haben, dort sind größere Fluten wohl öfter vorgekommen. Und es ist dann auch nicht verwunderlich, daß Erinnerungen einer großen, vernichtenden Flut auch in anderen Kulturen tradiert wurden. So erzählt das Gilgamesh-Epos ebenso von einer alles Leben vernichtenden Flut. Aber meine Geschichte mit dieser Geschichte geht weiter: Denn es stieß mir auf, daß wenn es auch eine wahre Geschichte ist, doch gerade dann eine Geschichte der Geschichte ist, die mir letztlich fremd ist. Ich frage mich – wie oder wo betrifft mich diese Geschichte? Leben wir vor oder nach der großen Flut? Aber der Mythos, in dem diese Fluterzählung wurzelt, trägt ein anderes Zeitgefühl in sich. Für ihn gibt es kein Davor oder Danach, kein: es war einmal... oder: es wird sein... Der Mythos erzählt eine heilige Geschichte, die im Prinzip stattgefunden hat. Was aber so geschah, ist niemals abgetan, sondern jeder Zeit gleich nah, ihr wirksames Prinzip, das – erkannt oder unerkannt – die Gegenwart bestimmt. Damit ist die Frage also gleichgültig – die Frage, ob wir nach der Sintflut des Noahs leben, oder vor der Sündflut des ersten und letzten globalen Atomkrieges. Diese Geschichte befreit uns ja gerade von der Angst – indem sie die Rettung des Noah erzählt und uns damit fragt, ob wir auch aus diesem Vertrauen zu Gott leben. So gesehen betrifft mich diese Geschichte ganz elementar. Ja – ich könnte die einzelnen Züge der Geschichte nachzeichnen und sie heute nacherleben. Wie oft denke ich, daß mir das Wasser bis zum Halse steht – daß es mir reicht. Ich ärgere mich über Mißlungenes – über meine Fehler oder die der anderen. In der Bibel heißt es: Gott ließ die Wasser steigen, wegen der Bosheit der Menschen – darum steht es uns oft bis zum Halse.

Manchmal gelingt es mir dann, daß ich mich in ein Boot mit anderen flüchte – mit Menschen, die ähnlich wie ich denken. Ich bekomme wieder Oberhand – ich bin wieder obenauf – aber ohne festen Grund. Im Angesicht menschlicher Bosheit – denn anders kann unser Umgang mit Gottes Schöpfung schon längst nicht mehr genannt werden – merke ich: Wir sitzen alle im selben Boot. Unsere Probleme sind unterdessen Menschheitsprobleme geworden. Das betrifft, wie wir unterdessen alle wissen müßten, die Frage nach Krieg und Frieden – daß nämlich ein nächster Krieg hier in Europa unweigerlich das Ende der Menschheit bedeutet – aber ebenso unser Umgang mit der Natur: Unter unserer Naturausbeutung werden unsere Kinder leiden. Was werden wir ihnen nämlich hinterlassen, wenn es mit uns so weitergeht? Keine Kohle, kein Öl für Benzin, viele andere Bodenschätze werden erschöpft sein, die Luft wird kaum zum Atmen sein, das Wasser wird stinken – auch das der Ostsee, Wälder wird es nicht mehr geben... diese schauerliche Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen, wenn wir es so fortsetzen, mit unserer Umwelt – mit Gottes Schöpfung. Natürlich sind wir Menschen bemüht, Archen zu bauen – Bunker für den Kriegsfall, Menschen üben widersinnig, das was nie kommen darf – das Ende durch Menschen. Archen: was würde aber den Menschen in den Bunkern nach einem Atomkrieg bleiben? Sie wären nicht zu beneiden, denn was sie beim Verlassen der Bunker erleben würden – es ist uns unvorstellbar. Schutt, Asche, Leblosigkeit – wieviel besser hatte es da Noah. Als er die Arche verließ, war neues Leben möglich.

Ja – auch er mußte die Arche, wie die Überlebenden der Bunker, verlassen, denn ein Leben in der Arche wäre auf Dauer kein Leben. Auch nicht, obwohl dort ja noch Tier und Mensch zusammen waren – die Menschen bei den Tieren – das gerät uns heute doch fast aus dem Blick.

Doch zuvor erwartete er Zeichen. Er ließ zuerst einen Raben fliegen. Ruhelos suchte er nach festem Grund, aber er fand keinen. So ist der Rabe ein Bild des Unsteten, des Umhergetriebenen geworden. Nietzsche drückt so sein Lebensgefühl aus: Die Krähen schrein, bald wird es schnein – wohl dem, der da noch Heimat hat.

Doch dann läßt Noah 3x eine Taube fliegen. Von ihrem 2. Flug bringt die einen Ölzweig mit – Zeichen des wieder erwachenden Lebens auch außerhalb des Bootes. Wenn ich es mir vorstelle, muß ich sofort an die Friedenstaube von Picasso denken – Taube mit Ölzweig: Zeichen der Hoffnung – der Zuversicht. Aber hat die Taube in unserer Welt – in den abgesperrten Wäldern, in denen Panzer üben, auf den Gewässern, wo mit Kanonen und Raketen bestückte Schiffe kreuzen, in unserer Luft, die mit Bombern durchschnitten wird – überhaupt noch Lebensrecht? Würde die Taube bei uns noch einen Ölzweig finden?

So schließt dann auch die Geschichte von Noah damit, daß Gott den Menschen eine neue Chance gibt – ihnen einen Lebensraum gibt, für den der Mensch verantwortlich ist – aber der Mensch wird weiterhin mit Fehlern belastet sein oder wie es hier heißt: denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf.

Wir müssen also heute, egal ob vor oder nach der Flut, mit dieser Bosheit leben – aber Gott bietet uns seine Hand. So können wir leben mit allem Belastendem, wenn wir Gott vertrauen. Aus diesem Vertrauen könnte dann auch ein neues Leben wachsen.

Ich denke, wir können aus diesem Vertrauen leben, denn es ermöglicht uns Vertrauen zu finden auch gegenüber anderen Menschen – von denen wir wissen, daß ihr Sinnen und Trachten böse ist. Vertrauen zu Menschen, denn Mißtrauen und daraus sich ergebendes Sicherheitsstreben führen nicht zum Leben –

sondern an ihm vorbei.

Wenn Gott uns noch leben läßt – warum sollten wir da nicht offen auf andere Menschen zugehen? Wenn Gott uns leben läßt, warum sollten dann wir nicht auch Leben fördern?

Noch ein zweites will uns die Geschichte fragen – wie gehen wir mit der Schöpfung, mit den Mitgeschöpfen, mit den Tieren um? Die jüdischen Rabbiner erzählen zu dieser Geschichte, daß Noah nur deshalb die Flut überleben konnte, weil in der Arche die Menschen und Tiere wahrhaft solidarisch lebten.

Ob es für uns möglich ist, eine andere Einstellung zu den Tieren zu bekommen, als sie sich in Intensivställen, Kim-Anlagen u.ä. darstellt? Erkennen wir in den Tieren unsere Brüder und Schwestern, so wie es einige Mönche wie Franz von Assisi konnten?

Sitzen wir doch alle in einem Boot.

Amen.

Die von Coblenz zu Beginn aufgeworfene Frage, welche Bedeutung die Sintflutgeschichte für die ZuhörerInnen 1984 haben kann, ist richtungsweisend für seine weiteren Ausführungen und die Argumentation.

Zunächst schildert Coblenz seine persönliche Auseinandersetzung mit und Annäherung an den Text. Während er zu Beginn versuchte, die Sintfluterzählung historisch einzuordnen, fokussierte er sich mit der Zeit mehr auf die Botschaft der Geschichte. Diesbezüglich beschreibt er die Geschichte als allzeit aktuell und bedeutsam, da der Grund für die Sintflut, die Bosheit oder Sünde der Menschen, immer besteht und das Leben auf der Erde bedroht. Das Motiv der Sünde ist in Coblenz' Ausführungen sehr prominent. Neben dem beängstigenden Tenor habe die Geschichte aber auch etwas Befreiendes, denn sie zeige den Menschen, dass sie gerettet werden, wenn sie – wie Noah es tut – Gott vertrauen. Das Vertrauen in Gott und dessen Auswirkungen werden am Ende der Predigt erneut aufgegriffen und ausführlicher behandelt. Coblenz sieht in der Geschichte eine Anfrage an die ZuhörerInnen, ob sie „auch aus diesem Vertrauen zu Gott leben."

Indem Coblenz Parallelen zwischen seinem eigenen Leben, der gegenwärtigen politischen Lage und der Sintflutgeschichte aufzeigt, veranschaulicht er die Aktualität der Erzählung und überträgt ihre Botschaft auf die Gegenwart. In diesem Zusammenhang nutzt der Prediger verschiedene Sprichwörter, die mit dem Thema Wasser zu tun haben. Mit „Das Wasser steht mir bis zum Hals", – so auch in Ps 69,2 zu finden –, beschreibt er das Gefühl der Bedrängnis des Menschen. Das Sprichwort „Ich bin wieder obenauf" soll das Gefühl der Sicherheit unter Gleichgesinnten darstellen, das Coblenz als trügerisch charakterisiert. „Wir sitzen alle im selben Boot" steht für die Erkenntnis des geteilten Schicksals der Bedrohung der gesamten Menschheit. Diese Bedrohung durch Aufrüstung und Umweltverschmutzung deklariert er als Resultat der Bosheit des Menschen, die auch die Sintflut herbeigeführt hat. Der Ausbau von Waffenarsenalen und die Umweltverschmutzung entsprechen somit nicht dem Willen Gottes für die Menschen.[384] Im Hinblick auf die Aufrüstung klingt in der Predigt das vom BEK, der internationalen ökumenischen Gemeinschaft, den *Vereinten Nationen* sowie von Honecker 1986 propagierte Konzept der „gemeinsamen Sicherheit"[385]

[384] Vgl. hier auch Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgruppe christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32.

[385] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Sozialismus und dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 11f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 66; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7; Aus der Ansprache von Bischof Dr. Horst Gienke zur Begrüßung von Erich Honecker und Olof Palme in der St.-Marien-Kirche zu Stralsund am 30. Juni 1984 in: SEKRETARIAT DES HAUPTVORSTANDES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS (Hg.): Christliche Existenz im sozialistischen Staat Heft 243, 16; 39/155. Implementation of the Decleration on the

an, das die gemeinsame Betroffenheit und Abhängigkeit der Staaten voneinander in puncto Sicherheit herausstellte. Während der BEK im Januar 1984 prognostizierte, „daß Europa einen atomaren Krieg nicht überleben wird“[386], geht Coblenz in dieser Predigt soweit, den Ausbruch eines Atomkrieges in Europa mit dem Ende der gesamten Weltbevölkerung gleichzusetzen. Die *Vereinten Nationen* hatten ebenfalls auf die verheerenden Auswirkungen des Einsatzes atomarer Waffen auf die gesamte Menschheit hingewiesen.[387] Darüber hinaus sieht Coblenz die Menschheit durch die zunehmende Umweltverschmutzung bedroht; damit dehnt er den Gedanken der gemeinsamen Betroffenheit der Menschheit und sogar der Tierwelt auf die Umweltproblematik aus.

Hinsichtlich des Umgangs der Menschen mit der Umwelt prangert er einerseits die Wasser- und Luftverschmutzung und das daraus resultierende Waldsterben an, kritisiert aber auch die Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen, wie Kohle, Öl und andere Bodenschätze. Mit der Erwähnung der Verschmutzung der Ostsee nimmt Coblenz in diesem Zusammenhang direkten Bezug auf die Lebensumwelt der Gemeindemitglieder. Er beklagt das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Menschen gegenüber den kommenden Generationen. Dies hatte der BEK 1981 im Hinblick auf Frieden eingefordert und 1986 im Bezug auf die friedliche Nutzung von Kernenergie angedeutet.[388] Mit der Kritik an der bedrohlichen Umweltverschmutzung und dem Verweis auf die Mitverantwortung jeder bzw. jedes Einzelnen steht Coblenz im Einklang mit den Äußerungen des BEK zu dieser Thematik. Die Bundessynode sprach 1984 ChristInnen und Kirchen eine Mitschuld an der Ausbeutung der Umwelt und der „Verschwendung der Ressourcen unserer Erde“[389] durch steigende Konsumbedürfnisse zu. Coblenz folgt mit seiner Predigt der Aufforderung der Bundessynode, dass sich das Thema Umweltschutz „auf den Gottesdienst, die Unterweisung, die Ausbildung der Mitarbeiter und auf den Lebensstil auswirken“[390] sollte. Interessant ist, dass Coblenz nicht wie z.B. Brand in P1Br1979 den Staat im Besonderen in die Pflicht nimmt oder wie die Bundessynode Staat und BürgerInnen gleichermaßen in der Verantwortung sieht.[391] Vielmehr ruft Coblenz jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen zum Umweltengagement auf.

Anstatt sein Verhalten zu ändern, baue der Mensch aber Bunker – Archen der Neuzeit –, um dem

Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 39/156. Strengthening of international security: common security, 17 December 1984, 97, https://undocs.org/en/A/RES/39/156 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 93, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89, 92, 94f, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[386] Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156.

[387] Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 77f, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020).

[388] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 298; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 239.

[389] Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104.

[390] Ebd.

[391] Vgl. ebd.

Unheil eines Atomkrieges zu entgehen. Darüber hinaus übe er verschiedentlich den Ernstfall. Damit spielt Coblenz auf die in der DDR durchgeführten Zivilverteidigungsübungen an, die schon in P2Br1980, P3Meck1981 und P5Meck1983 Erwähnung finden. Diese Übungen waren in Schule und Universität Pflicht, das Verhalten im Kriegsfall wurde aber auch in Städten und Gemeinden geprobt. Dabei wurden unwirksame Schutzmaßnahmen gegen atomare Strahlung und deren Folgen vermittelt.[392] Unter Bezugnahme auf die Bunker und die Kriegsübungen veranschaulicht Coblenz, dass die Menschen eher mit dem Unheil planen, anstatt dafür einzutreten, es abzuwenden oder zu beheben. Im Gegensatz zu Noah, für den nach dem Verlassen der Arche Leben möglich war, würden die Überlebenden eines Atomkrieges nach dem Verlassen des Bunkers eine lebensfeindliche Welt vorfinden. Coblenz macht dadurch deutlich, dass ohne göttlichen Beistand kein wirklicher Neuanfang, kein Leben im eigentlichen Sinne möglich ist. Dies unterscheidet den Ausgang der Sintflutgeschichte von dem eines drohenden Atomkrieges in der Gegenwart der Zuhörerschaft.

Coblenz thematisiert die verschiedenen Vögel, die Noah aussendet. Raben beschreibt er aufgrund von Gen 8,7 als Sinnbild „des Unsteten, des Umhergetriebenen“. Das Zitat der ersten Strophe des Gedichts *Vereinsamt* von Friedrich Nietzsche in leicht abgewandelter Form soll dies untermauern.[393] Gleichzeitig bindet Coblenz mit dem Zitat die Darstellung einer bedrückenden Situation von fehlender Geborgenheit und Heimat in die Predigt ein.[394] Diese steht in krassem Gegensatz zum Trost, zur Befreiung, Rechtfertigung und Hilfe, die Gott dem Menschen zukommen lässt.

Die Taube – unter Verweis auf das Gemälde Picassos *Taube mit Ölzweig* als „Zeichen der Hoffnung“ bezeichnet – lässt Coblenz fragen, ob sie in einer Welt, die von Kriegsgerät und Kriegsmanövern auf der Erde, auf dem Wasser und in der Luft geprägt ist, noch eine Lebensberechtigung hat. Er beschreibt eine Omnipräsenz von Waffen und eine lebens- und friedensfeindliche Welt. Laut Coblenz widerspricht die Situation in der Welt 1984 der Hoffnung auf Besserung, auf Leben, auf Frieden.

Gegen Ende der Predigt verdichtet Coblenz die vergewissernden und handlungsweisenden Aspekte der politischen Predigt, die vorab immer wieder angeklungen sind. Coblenz fordert die Gläubigen auf, hoffnungsvoller in die Zukunft zu blicken. Wie Noah in der Sintflutgeschichte gilt auch für die ZuhörerInnen 1984, „daß Gott den Menschen eine neue Chance gibt“, indem er sich ihnen gegenüber gnädig und gütig erweist und trotz der bestehenden Fehlerhaftigkeit des Menschen einen Neuanfang möglich macht. Dieser Neuanfang entbindet nicht von der Verantwortung gegenüber der Schöpfung, aber von der Angst. Damit werde den Gläubigen ermöglicht, anders mit der belastenden Realität umzugehen und sich trotz allem im Sinne Gottes für die Welt und das Leben in all seinen Facetten einzusetzen. Wie der BEK legt Coblenz hinsichtlich der Schöpfungsverantwortung den Fokus auf den Kulturauftrag des Menschen und beschreibt Gott als den die Schöpfung Erhaltenden und Allmächtigen.[395] Gleichzeitig wird deutlich, dass der Mensch das Böse in sich trägt, d.h. sich im Sinne von *simul iustus et peccator* davon nicht befreien

[392] Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 19; KOCH: Einführung des Wehrunterrichtes, 4, 12, 15, 16f, 33, 35, 45; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 120ff; LÜCK u.a.: Zivilverteidigung Klasse 9 Unterrichtshilfen, 7ff; SCHIRRMEISTER: Erziehung zum Hass, 245ff.

[393] Vgl. Friedrich Nietzsche „Vereinsamt“ > „Der Freigeist“ (1884) in: BUCK: Streifzüge durch die Poesie, 161f.

[394] Vgl. auch aaO, 164.

[395] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104.

kann. Coblenz zieht zur Untermauerung dieser Aussage Gen 8,21 heran: „denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf." Das Vertrauen in Gott wird als Ausgangspunkt für alle weiteren positiven Entwicklungen in der Welt beschrieben und macht das Streben des Menschen nach Gutem trotz seiner Sündhaftigkeit möglich. Aus dem Vertrauen in Gott heraus solle auch Menschen, die Böses im Sinn haben, offen begegnet werden. Das Vertrauen in und auf Gott befähige somit zum Vertrauen in die Mitmenschen und in mögliche (Verhaltens-)änderungen. Coblenz plädiert also für Dialog und vertrauensbildenden Maßnahmen. Im Gegenzug werden Misstrauen und Angst in Übereinstimmung mit der KKL als Ursache für das Wettrüsten identifiziert.[396] Auch der BEK wies immer wieder auf die Bedeutung von Gesprächen und Verhandlungen hin, um Misstrauen auf internationaler, nationaler, innerkirchlicher und auf Gemeindeebene zwischen verschiedenen Parteien abzubauen.[397] Coblenz bringt an dieser Stelle seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die ChristInnen mit ihrem Einsatz in der Welt die völligen Zerstörung der Welt und der Schöpfung durch Krieg und Umweltverschmutzung verhindern können.

Coblenz möchte den Umgang mit den Mitgeschöpfen, insbesondere den Tieren, hinterfragt und neu ausgerichtet sehen. Er bindet die jüdische Einschätzung der Sintflutgeschichte in seine Predigt ein, dass Noahs Leben im Einklang mit den Mitgeschöpfen auf der Arche erst das Überleben möglich machte. Auf diese Weise fordert Coblenz zur Achtung der Tiere als Teil der Schöpfung Gottes und zum respektvollen Umgang mit ihnen auf, was durch die Auseinandersetzung mit den landwirtschaftlichen Gegebenheiten in der DDR präzisiert wird. Hier ist von Intensivställen und Kim(Kombinate Industrielle Mast)[398]-Anlagen die Rede, die kritisch reflektiert werden sollen. Damit spricht Coblenz über die in P3Br1982 kritisch betrachtete Überdüngung und die in P5Meck1983 angesprochene extensive Gülleproduktion durch die tierische Produktion hinaus einen weiteren Aspekt der Schöpfungsbedrohung durch die Agrarpolitik der DDR an. Die Agrarpolitik der DDR zeichnete sich durch eine „industriemäßige Pflanzen- und Tierproduktion"[399] aus. Zu diesem Zweck wurden riesige landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, die sich auf Pflanzen- oder Tierproduktion spezialisierten. Es gab Schweinemastbetriebe, die bis zu 80.000 Tiere un-

[396]Vgl. Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 98.

[397]Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: aaO, 156; Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 in: aaO, 159; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 193; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR zum Konziliaren Prozeß vom 9./10. Mai 1986 in: aaO, 216; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade" vom 23. September 1986 in: aaO, 246; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54, 58.

[398]Vgl. KIUPEL: Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen Tierproduktion, 9.

[399]SACHSE: Agrarwissenschaft, 719; vgl. auch Protokoll der Verhandlungen des IX.Parteitages der SED 1976 zitiert in: GABLER: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft, 28; KIUPEL: Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen Tierproduktion, 8f. Für weitere Informationen zur Landwirtschaft in der DDR siehe Predigtanalysen zu P3Br1982 und P5Meck1983.

terbringen konnten.[400] Die Tiere litten sehr unter dieser extremen Art der Massentierhaltung. Häufige Erkrankungen wurden darauf zurückgeführt, „daß sich die Tiere durch belastende Umweltbedingungen wie Überbelegung der Ställe, ungünstiges Stallklima, Transportbelastungen durch häufige Tierumstellungen im Betrieb sowie durch Mängel in der Futterqualität in einem Zustand der Immunschwäche befanden“[401]. Die Verluste „konnten nur durch einen extrem hohen Aufwand an Medikamenten und Behandlungen“[402] eingedämmt werden. Coblenz kritisiert die mit dem von staatlicher Seite genutzten Begriff „Tierproduktion“[403] ausgedrückte Wahrnehmung der Tiere als Produkte anstatt als Mitgeschöpfe. Diese Tierhaltung wird als einem Mitgeschöpf unwürdig dargestellt. Diente Noah als Vorbild für Vertrauen zu Gott, so wird Franz von Assisis Umgang mit den Tieren als nachahmenswert angeführt. Über Franz sind viele Geschichten bekannt, in denen er mit Tieren interagierte und kommunizierte. „Er hat Tiere, Pflanzen, Sonne, Mond, Erde, Feuer, Wasser, Luft für beseelte und intelligente Wesen gehalten.“[404] Diese Einschätzung führte dazu, dass er den Tieren auch das Wort Gottes predigte, da er sie als beseelte Wesen auch für „der Erlösung bedürftig“[405] hielt. „Er nannte alle Kreaturen Brüder und Schwestern“[406]. Diese Formulierung greift Coblenz in der Predigt auf. Franziskus sah in den Mitgeschöpfen die Präsenz des Schöpfers selbst gegeben.[407] Ein schlechter Umgang mit den Tieren bedeutete für ihn somit eine Versündigung gegenüber Gott.[408] Diese Kritik an der Versündigung der Menschen gegenüber der Schöpfung und den Mitgeschöpfen schwingt auch in den Predigtausführungen von Coblenz mit. Durch die Wahrnehmung der Tiere als Mitgeschöpfe gibt Coblenz ihnen ihre Würde zurück. Dies steht in krassem Gegensatz zur Objektifizierung von Mensch, Tier und Natur, die Coblenz zunehmend in Wissenschaft und Politik gegeben sieht und zu Beginn der Predigt anprangert. Die Massentierhaltung wird als widersprüchlich zum Kulturauftrag der Menschen beschrieben. Während Pfarrer Meckel in P5Meck1983 vor allem die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Erzeugung tierischer Produkte auf die Umwelt in den Blick nimmt, forderte Coblenz die Anwesenden zur kritischen Auseinandersetzung mit den Herstellungsbedingungen der tierischen Lebensmittel auf. Beide kommen aber zu dem gleichen Ergebnis und plädieren für eine Reflexion und Änderung des Konsumverhaltens. Damit konkretisiert Coblenz in seiner Predigt die kirchliche Konsumkritik und zeigt Auswirkungen auf die Schöpfung auf.[409] Darüber hinaus gibt Coblenz Handlungsempfehlungen an die Gemeindemitglieder, vor allem wie der Einsatz für die Umwelt konkret aussehen könnte. Wie Gott denen, die an ihn glauben und ihm vertrauen, Leben ermöglicht, sollen sich auch die ChristInnen für das Leben und Überleben von Mensch, Tier und Natur in der Welt einsetzen.

[400] Vgl. AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 9; ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 365; KIUPEL: Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen Tierproduktion, 8ff, 45.

[401] AaO, 94; vgl. aaO, 78, 84.

[402] AaO, 124.

[403] AaO, 9; SACHSE: Agrarwissenschaft, 719f; WEBER: Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR, 67; vgl. auch Protokoll der Verhandlungen des IX.Parteitages der SED 1976 zitiert nach GABLER: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft, 28.

[404] FELD: Franziskus von Assisi und seine Bewegung, 220; vgl. auch aaO, 215, 218.

[405] AaO, 215; vgl. auch aaO, 218, 234.

[406] AaO, 221.

[407] Vgl. aaO, 225f; LEPPIN: Franziskus von Assisi, 175, 178.

[408] Vgl. LEPPIN: Franziskus von Assisi, 175.

[409] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

3.8 Coblenz: Predigt vom 26. August 1984 (P3Co1984)

Dieser Predigt von Pfarrer Coblenz vom 26. August 1984 liegt 2. Kön 25,8-12 zugrunde. Damit nutzt er, wie er es in der Predigt nennt, den „verordneten Predigttext“ der Perikopenordnung.

2. Kön 25,$_{8-12}$ **Altenkirchen (Rügen) 26.8.84**

Die Gnade unseren Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen. Amen.

Liebe Gemeinde.

Wir Menschen leben mitten in der Geschichte – wir schreiben, machen, erdulden und erleiden Geschichte – jeder hat seine Vorgeschichte und wir alle haben ein Stück gemeinsame Geschichte. Ich meine Geschichte – nicht Geschichten, die erleben wir auch.

Und nicht nur Geschichten werden erzählt, sondern auch Geschichte – meist festgemacht an besonderen Daten. In unseren Kalendern sind einige solche Daten eingedruckt. Auch in der Kirche gibt es solche Daten. Nicht nur um sich zu erinnern, sondern auch um unser eigenes Verhältnis zu dieser Geschichte zu überdenken.

So ist der heutige Sonntag, der 10. nach Trinitatis schon seit alters her der Tag, an dem sich die Christenheit der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 erinnert. Damals zerstörten römische Truppen die heilige Stadt vollständig, nachdem sie sie nach einem Volksaufstand gewaltsam erobert hatten. Das Weltreich Rom hatte an dem kleinen Volk Israel seine Stärke und Macht bewiesen – die Waffen der Großmacht waren stärker. Nun sollte das unruhige Volk endgültig aus der Geschichte verbannt werden – und es gelang auch ziemlich exakt. Das Ereignis neben tausenden Toten, verlorenem Material war: Die Juden mußten über die ganze Welt verstreut leben, ohne eine Heimat – bis nach fast 2000 Jahren Israel nach dem letzten Krieg neu entstand. Die Großmacht Rom hatte den Staat zerschlagen – das Volk Gottes aber hat in der Zerstreuung überlebt.

Wenn wir als Christen uns heute daran erinnern, dann auch, weil unsere Geschichte durch dieses Volk geprägt ist. Jesus war Jude. Das Volk Israel erkannte zuerst Gott. Und nicht zuletzt haben gerade wir Deutschen in unserer Geschichte viele Berührungen mit diesem Volk gehabt. Heute fragen wir: Wie stehen wir zu diesem Volk-Israel mit seiner nicht unproblematischen Politik? Ich frage mich: Wieweit hat die Geschichte, die diesem Volk durch die Generation meiner Eltern und Großeltern widerfahren ist, dieses Volk verängstigt – übertrieben aggressiv werden lassen?

Ich frage mich: Wie trage ich mit an der kollektiven Schuld des deutschen Volkes, das 6 Millionen Juden in nur 11 Jahren umgebracht hat – bis fast zur geplanten Endlösung – dem geplanten totalen Mord?

Ich frage weiter: Wieweit hat die Kirche selbst dazu beigetragen, durch den über Jahrhunderte geschürten Antisemitismus? Die Lüge, daß dieses Volk am Tod Jesu die Schuld trüge. Hat man es nicht auch

von den Kanzeln gepredigt, daß die Juden Schuld am Tode Jesu sind und nun endlich ihrer gerechten Strafe entgegengingen? War das nicht Beihilfe zum Mord?

Wie anders sahen das die ersten Christen, die das Weltende beschrieben – ebenso wie Jerusalem untergegangen war. Spiegelt sich nicht in den Evangelien so etwas wie MIT-leiden, wie Solidarität? Solidarität trotz Andersartigkeit – trotz Differenzen.

So gab es immer in der Geschichte auch Menschen, auch Christen, die ganz anders, als ich beschrieb zu diesem Volk standen. Sie halfen beim Aufbau des Staates Israel, sie versteckten Juden und halfen ihnen auf der Flucht vor dem Tod durch die Mörder des Hitlerregimes.

Geschichte ist nicht ganz leicht – nicht ganz festzulegen.

Geschichte macht immer Geschichte – aber ganz verschieden.

Wenn wir heute an die Zerstörung Jerusalems denken, dann werden wir durch den uns verordneten Predigttext an die erste Zerstörung Jerusalems im Jahre 587 vor Christus erinnert. Im 2. Königsbuch lesen wir im letzten Kapitel:

2. Kön 25,8-12

Dieser Text ist hart und illusionslos. Er läßt keinen Silberstreifen am Horizont aufleuchten. Schluß – Ende.

Die Härte dieser Zerstörung ist uns auch in den Klageliedern des Jeremia überliefert – und die Propheten sprechen davon. Für Israel schien es das Ende gewesen zu sein. Und so ist dieses ganze Geschichtswerk der Königsbücher eine Dauerreflexion darüber, wo die Ursachen für diese Katastrophe liegen. Die immer wieder anklingende Antwort auf die Frage ist die Untreue des Volkes gegenüber Gott.

Einmal sind es die neuen Ideologien, die viele im Volk auf Abwege bringen, straucheln lassen. Dann sind es militärische und wohl auch wirtschaftliche Bündnisse, die Israel dazu verleiteten, sich sicher zu fühlen. Selbstgemachte Sicherheit über das Vertrauen zu Gott wachsen ließen. Darum, so sagt es das Königsbuch, kam das Ende für das Volk – die Deportation – in die Fremde wurden sie gebracht als Kriegsgefangene. Nur die Geringen, die Weingärtner und Bauern, die sowieso nichts zu sagen hatten – und wohl auch nichts zu lachen unter den Mächtigen, sie wurden verschont. Vielleicht weil sie sich nicht erst in das Macht- und Kräftespiel eingelassen hatten. Wir, die wir die Geschichte danach kennen, wissen, daß Gott sich seines Volkes nochmals erbarmte – es nach dieser harten Zeit, der babylonischen Gefangenschaft, wieder nach Hause führte. Die Geschichte ging weiter – wissen wir und wissen auch, daß wenn wir heute einen Krieg verursachen, durch unser Sicherheitsbestreben, die Geschichte auf dieser Erde damit zu Ende wäre. Was können wir daraus lernen? Ich glaube, hier wäre viel zu sagen, aber zu leicht sind große Worte gemacht – und nichts damit getan.

Gerade dieser Text mit seiner Frage nach dem Warum zeigt mir einen ganz einfachen – und klaren Weg. Dieser Weg heißt UMKEHR und VERTRAUEN. Umkehr meint das, was in der Kirche mit dem Wort Buße gemeint ist: einsehen und zugeben, wo und wie ich bin – in meinen Schwächen, mit meiner Angst. Also nicht einfach weitermachen, sondern neu anfangen – umkehren. Gott bietet an, ihm zu vertrauen – dann können auch wir Menschen einander vertrauen – aus dieser Kraft, die uns Gott auch gegen den Augenschein gibt. Dadurch könnte ich frei werden von der Angst, der Angst vor anderen, die vielleicht auch Angst haben. Frei werden von der Angst, die zur Selbstsicherung führt, die wiederum Angst erzeugt.

Gott zerreißt diesen Kreis der Gefangenschaft. Er sagt: Habt Vertrauen – Vertrauen zu Gott und zu den Menschen. Das klingt jetzt etwas gestelzt – aber ich glaube es wird an Kindern deutlich. Wir erfahren diese Wahrheit im Umgang mit Kindern – ich jedenfalls mit unseren. Da ist das Vertrauen noch recht ungetrübt, das Vertrauen der Kinder gegenüber den Eltern. Da kommt es auch einmal vor, daß mitten in der Nacht ein Kind aufwacht, weil es im Schlaf schlecht geträumt hat, oder weil es merkwürdige Geräusche gehört hat. Es kommt an zu Vater oder Mutter – verschreckt, verängstigt – so halb im Schlaf. Und es wird alles wieder gut, wenn wir es in die Arme nehmen – es vielleicht mit ins elterliche Bett kriechen darf – oder auf den Schoß genommen wird. Ich erlebe es ab und zu einmal, und wenn sie dann so die Wärme der Eltern erfahren, dann ist schnell die Angst überwunden, die Tränen getrocknet, die Welt wieder heil. Ich glaube Eltern reagieren alle so ähnlich, jedenfalls kann ich es mir nicht anders vorstellen. Niemand würde wohl auf die Idee kommen, den Kindern das Gefühl der Sicherheit verschaffen zu wollen, indem die Kinder irgendwelche Waffen gegen die Ängste mit ins Bett bekommen. Das würde wohl auch nicht helfen – aber wir Erwachsenen tun es!

An Jerusalem können wir lernen, wohin selbstgemachte Selbstsicherheit führt – nämlich zum Untergang. Aber es gibt einen Weg, den Weg des Vertrauens – Vertrauen über Grenzen, Völker und Zeiten hinaus. Vertrauen eröffnet Leben in Freiheit.

Vielleicht ist das ein Stück des Weges, daß nicht der ganzen Erde das widerfährt, was damals in Jerusalem geschah.

Amen.

Der 10. Sonntag nach Trinitatis ist der Erinnerung an die Zerstörung des Tempels in Jerusalem im Jahre 70 nach Christus gewidmet. An diesem Sonntag, „an dem sich die Frage nach der Beziehung von Christen und Juden ausdrücklich stellt, besonders ins Bewußtsein rückt“[410], setzt sich Coblenz stark mit der Geschichte des jüdischen Volkes zu biblischer Zeit und im 20. Jahrhundert auseinander, thematisiert die Verstrickung der Geschichte des deutschen mit der des jüdischen Volkes sowie der ChristInnen und der Jüdinnen bzw. Juden. Er identifiziert die Anwesenden als Teil und unter dem Einfluss von mannigfaltiger Geschichte. Gleichzeitig könnten die Anwesenden aber auch auf die Geschichte einwirken und diese mitbestimmen. In Bezug auf den Holocaust spricht Coblenz von einer Kollektivschuld der Deutschen und macht somit keinen Unterschied zwischen DDR- und BRD-BürgerInnen. Durch den Verweis auf die tatsächliche Involviertheit von Vorgenerationen der eigenen Familie zeigt er eine enge Verbindung aller Deutschen zu den TäterInnen des Holocaust auf. Darüber hinaus erinnert er an die Mitschuld der Kirche, die den Antijudaismus und den Antisemitismus durch judenfeindliche Äußerungen befeuert hat. Coblenz dachte besonders daran, dass die Kirchen über Jahrhunderte das jüdische Volk als Mörder Jesu dargestellt hatten, obwohl Pilatus das Urteil gefällt hatte.[411] Coblenz schließt sich ganz prominent in die Anklage an die Deutschen mit ein. Die kritische Auseinandersetzung drückt er in Fragen aus, die wie Gedankenanstöße für die Anwesenden wirken. Dadurch überlässt er es zu einem gewissen Grad den Anwesenden, sich ein eigenes Urteil zur problematischen Vergangenheit des deutschen Volkes zu bilden, gibt aber eine gewisse Richtung vor. Er beschreibt den Hass und die Verfolgung der Jüdinnen und Juden als im Widerspruch zu dem in den Evangelien beschriebenen solidarischen Verhalten der ersten ChristInnen gegenüber den Jüdinnen bzw. Juden. Dieses Verhalten sieht er in dem Einsatz von einzelnen ChristInnen für die Rettung von Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit und für den Aufbau von Israel widergespiegelt. Coblenz hatte hier besonders den Römerbrief im Kopf, in dem Paulus sein Mitgefühl für das jüdische Volk zum Ausdruck bringt. Auch wenn in den Evangelien für die Zeit der ersten ChristInnen ein teilweise schwieriges Verhältnis zum Judentum zum Ausdruck kommt, legte Coblenz den Fokus auf die im Römerbrief thematisierte Anteilnahme.[412] Die ChristInnen sollen genauso wie Paulus Mitgefühl und Solidarität gegenüber den Jüdinnen und Juden empfinden und danach ihr Handeln ausrichten. Der Prediger wirft die Frage auf, ob der Staat Israel aufgrund der schrecklichen Vergangenheit des jüdischen Volkes eine „nicht unproblematische Politik“ betreibt. Israel hatte 1982 den Libanon angegriffen, vor allem um die *Palästinensische Befreiungsorganisation* (PLO) zurückzudrängen. Die heiße Phase des Krieges endete im September 1982, es kam aber weiterhin zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Trotz des 1983 zwischen Israel und dem Libanon ausgehandelten Abkommens zum Abzug der Truppen zogen sich die israelischen Truppen erst 1985 vollständig aus dem Südlibanon zurück.[413] Interessant ist, dass auch Gil Merom den Libanonkrieg in den Gesamtzusammenhang der jahrhundertelangen Judenverfolgung, des Holocaust und der fehlenden Anerkennung des Staates Israels einordnet. Er vertritt die Ansicht, dass die Vergangenheit des jüdischen Volkes beim Israelischen Staat zum Einnehmen einer Verteidigungshaltung führte, die unter anderem im Libanonkrieg ihren Ausdruck fand.[414] Auch die KKL bewertete die Politik

[410] MILDENBERGER: Der Israelsonntag, 310; vgl. auch aaO, 1.
[411] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.
[412] Vgl. ebd.
[413] Vgl. BERGER u.a.: Nahost-Ploetz, 122ff; MEROM: How Democracies Lose Small Wars, 155ff.
[414] Vgl. MEROM: How Democracies Lose Small Wars, 158.

Israels 1978 kritisch. Sie warnte aber davor: „Berechtigte Kritik an der Politik dieses heutigen Staates Israel darf nicht als eine Quelle oder als Vorwand zu neuem Antisemitismus mißbraucht werden.“[415] Die kritische Anfrage an die Politik des Staates Israels ist bei Coblenz in eine Predigt mit dem Grundtenor der Begegnung, Annäherung und Verständigung eingebettet. Darüber hinaus wird die Kritik durch die deutsche Mitverantwortung für das Verhalten Israels abgeschwächt. Erneut klingt hier der Einfluss der Geschichte auf die Gegenwart an.

Mit der Gesamtthematik Holocaust und Kollektivschuld aller Deutschen spricht Coblenz, wie schon Iskraut in P1Isk1975 zum 8. Mai 1975, ein Thema an, das in der DDR tabuisiert war bzw. nur in einer bestimmten Lesart wiedergegeben wurde. Die DDR zählte sich zu den AntifaschistInnen und sah dementsprechend keine Notwendigkeit der Beschäftigung mit der Schuld am Holocaust und am 2. Weltkrieg. Der Fokus bei der Auseinandersetzung mit den Opfern des NS-Regimes und des 2. Weltkrieges lag auf den KommunistInnen, WiderständlerInnen und den sowjetischen Kriegsopfern; die jüdischen Opfer fanden kaum Erwähnung.[416] Der BEK nutzte vor allem Jahrestage, wie den 30. Jahrestag des Ende des 2. Weltkrieges 1975, den 40. Jahrestag der Reichspogromnacht 1978 und den 50. Jahrestag der Veröffentlichung der *Barmer Theologischen Erklärung* 1984, um – manchmal gemeinsam mit der EKD – zur Beschäftigung mit den Gräueltaten des NS-Regimes aufzurufen. Er wurde in Bezug auf die Mitschuld aller Deutschen an den NS-Verbrechen und dem Massenmord der Jüdinnen und Juden sehr konkret und sah daraus eine Verantwortung aller Deutschen für die Gegenwart erwachsen. Neben dem deutschen Volk im Allgemeinen wurde auch, wie von Coblenz in dieser Predigt, das Verhalten der ChristInnen und der Kirchen als Institutionen im Speziellen kritisiert und im Gegenzug das Eintreten von einigen Wenigen für die Jüdinnen und Juden gewürdigt.[417] Hinsichtlich der Schuld des deutschen Volkes hieß es: „Diese Schuld erledigt sich nicht dadurch, daß wir sie verdrängen, verschweigen oder unsere Mitverantwortung bestreiten. Auch wenn einzelne für ihre aktive Mitbeteiligung an den gewaltsamen Ausschreitungen gebüßt haben und inzwischen neue Generationen herangewachsen sind, bleibt diese Schuld der Unmenschlichkeit und der Verleugnung der Liebe Jesu vor Gott als 'Sünde der Väter' (2. Mose 20,5) bestehen.“[418] Den Jüdinnen und Juden sowie allen Andersdenkenden sollte Wertschätzung entgegengebracht werden. Coblenz' Predigt weist somit große Ähnlichkeiten mit den Äußerungen des BEK zu dieser Thematik auf. Darüber hinaus kommt er mit seiner Predigt der Aufforderung der KKL nach, „Kenntnisse über das geschichtliche und gegenwärtige Judentum zu vermitteln; eine neue Sicht des Verhältnisses von Juden und Christen aus der Heiligen Schrift zu gewinnen; verborgene Judenfeindschaft in der christlichen Verknüpfung und Unter-

[415] Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anläßlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht vom 24. September 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 270.

[416] Vgl. HURRELBRINK: Befreiung als Prozess, 90f; SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 149f, 153.

[417] Vgl. Anlage: Empfehlung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für eine Einfügung in das Allgemeine Kirchengebet vom 24. September 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 270f; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anläßlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht vom 24. September 1978 in: aaO, 269; Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: aaO, 305f; Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 160; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[418] Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden anläßlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht vom 24. September 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 269.

weisung aufzudecken; und sich um eine echte Bewältigung der unseligen Vergangenheit zu bemühen."[419]

Die Bibelstelle 2. Kön 25,8-12 befasst sich mit der ersten Zerstörung Jerusalems 587 v. Chr. und der Verschleppung der Oberschicht des Volkes Israel nach Babylon. Coblenz ordnet die Bibelstelle sowohl in den Gesamtzusammenhang des 2. Königebuchs als auch historisch ein. Darüber hinaus verweist er auf die Klagelieder Jeremias und auf die Propheten im Allgemeinen,[420] die diese erste Zerstörung Jerusalems und des Tempels aufgrund des Ungehorsams gegenüber Gott thematisieren. Das 2. Königebuch befasse sich vorwiegend mit der Frage nach den Gründen der Zerstörung Jerusalems und der Verschleppung der IsraelitInnen. Wie im 2. Königebuch, den Klageliedern, in Jer 52 und in Ez 17 dargestellt, beschreibt Coblenz diese Ereignisse als Resultat des Ungehorsams des Volkes Israel gegenüber seinem Gott. In den Königebüchern und auch in Jer 52 sowie in Ez 17,12-18 steht vor allem das abtrünnige Verhalten der Könige im Fokus. Es ist vom Sympathisieren und Anbeten anderer Götter, im Besonderen von Baal und Aschera, durch die Könige Israels und Judas die Rede.[421] Darüber hinaus paktierte der König des Südreiches, Ahas, militärisch mit den Assyrern und der König des Nordreiches, Hoschea, mit den Ägyptern.[422] Wenn Coblenz als Gründe für das Abwenden des Volkes von Gott die Hinwendung zu neuen Ideologien und das Vertrauen in militärische und wirtschaftliche Bündnisse als Garanten der eigenen Sicherheit angibt, stellt er die historischen Gegebenheiten der Bibelstelle so dar, dass sie viele Parallelen mit denen der ZuhörerInnen 1984 aufweisen. An dieser Stelle können die atheistische Ausrichtung des sozialistischen Systems und das 1984 weiterhin anhaltende Wettrüsten angeführt werden. Unter Verweis auf die Rüstungsbemühungen in Ost und West verdeutlicht Coblenz, dass auch die Menschen 1984 aus Angst ihre Hoffnung lieber in die Anhäufung von Waffen und neue Sicherheitssysteme setzen, die das Ende der Menschheit bedeuten könnten. Die gegenseitige Angst wird, wie schon in P2Co1984, als Motor des Wettrüstens beschrieben. Coblenz widerspricht damit, genau wie der BEK, der Einschätzung, durch „mehr Waffen mehr Sicherheit"[423] zu erlangen. Wie bei der Auseinandersetzung mit der Sintflutgeschichte in P2Co1984 wird auch in dieser Predigt deutlich, dass, während in der Bibelstelle oder in der Betrachtung der nachfolgenden Entwicklungen Gott Erbarmen zeigt und dem jüdischen Volk noch eine Chance gibt, dies im Hinblick auf den Ausbruch eines Atomkrieges unmöglich erscheint. Damit geht mit dem Rückbezug auf 2. Kön 25,8-12 eine Warnung und eine Aufforderung an die Anwesenden einher, durch das eigene Verhalten Schlimmeres zu verhindern.

Während in der Bibelstelle das Bild eines strafenden Gottes vorherrscht, stellt Coblenz mit Verweis auf

[419] AaO, 270.

[420] Vgl. Jer 52; Ez 17,12-18.

[421] Vgl. 2. Kön 1,2ff; 10,28ff; 13,2f,6,11; 14,24; 15,9,24,28; 16,2ff; 17,7ff; 21,2ff,20ff.

[422] Vgl. 2. Kön 16,7ff und 17,3ff.

[423] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 181f; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 213; Beschluss der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55; Beschluss der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 59f.

den weiteren Gang der Geschichte die Gnade, Barmherzigkeit und Vergebung Gottes in den Vordergrund. Die Botschaft der Bibelstelle für die ZuhörerInnen 1984 sieht Coblenz deshalb in einem Aufruf zur Umkehr und zum Vertrauen in Gott. Wie in P2Co1984 steht erneut das Vertrauen zu Gott im Vordergrund. In dieser Predigt wird Coblenz aber im Hinblick auf die Wirkung des Vertrauens zu Gott auf das Leben und Handeln der ChristInnen in der Welt konkreter. Umkehr definiert er als Eingeständnis von Fehlern und Verhaltensänderung. Durch Vertrauen kann die Angst und das Trennende zwischen Nationen überwunden werden. Vertrauen hat in dem Sinne auch eine befreiende und zum Handeln befähigende Wirkung. Das Vertrauen in Gott macht auch Selbstsicherung unnötig. Gott wird als derjenige beschrieben, der die Angst nehmen und bei Vertrauen in ihn auch ein vertrauensvolles Verhältnis der Menschen untereinander auf Erden ermöglichen kann. Beispielhaft schildert Coblenz das Vertrauen eines Kindes in seine Eltern. Dieses absolute Vertrauen soll als Vorbild für das Vertrauen zu Gott und gegenüber anderen Menschen dienen. Das Kind sucht nach einem Alptraum die Eltern auf, die ihm die Angst nehmen und Sicherheit geben. Coblenz betont, dass niemand dem Kind Waffen mit ins Bett geben würde, um die Angst zu vertreiben und ein Gefühl von Sicherheit zu suggerieren. Damit bindet Coblenz diese Ausführungen wieder an das Beispiel der militärischen Aufrüstung an. Das Streben nach Aufrüstung aufgrund von Angst vor dem Gegenüber wird mit dem Beispiel ad absurdum geführt. Die Eltern zeigen ein angemessenes Verhalten im Umgang mit der Angst des Gegenübers, die es wahrzunehmen und abzubauen gilt. Damit wird erneut die Übertragbarkeit des Vertrauens zwischen Gott und den Menschen auf die zwischenmenschlichen und sogar zwischenstaatlichen Beziehungen verdeutlicht. In diesen Zusammenhang kann auch der Einsatz des BEK für vertrauensbildende Maßnahmen eingeordnet werden.[424] Darüber hinaus klingt bei Coblenz an, dass das Friedenshandeln im Kleinen auch Einfluss auf den Frieden im Großen haben kann. Diese Meinung vertraten auch der BEK und die *Vereinten Nationen*.[425] Indem Coblenz die Anwesenden der Gnade, Barmherzigkeit, Vergebung und Nähe Gottes vergewissert, fordert er sie dazu auf, den Umgang mit anderen in diesem Sinne zu gestalten. Damit vereint die Predigt Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt.

[424] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 212; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17f.

[425] Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 249; Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lehrgemeinschaft, 269; Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 8, 26f, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020); United Nations. Centre of Disarmament Affairs. Report of the Ad Hoc Commitee of the Twelfth Special Session. Annex V, Page 1 in: A/S-12/32, https://www.un.org/en/ga/sessions/special.shtml (05.06.2024).

3.9 Müller: Predigt vom 30. September 1984 (P1Mue1984)

Diese Predigt wurde von Pfarrerin Christiane Müller am 30. September 1984 in der Gemeinde Rositz anlässlich des Erntedankfestes gehalten. Mit Hebr 13,15-16 nutzt Müller die für das Jahr 1984 vorgegebene Bibelstelle. Aus der Predigt geht hervor, dass Müller mit Plakaten in Schaukästen auf den Gottesdienst und seine Inhalte aufmerksam gemacht hat.

Hebr 13,$_{15/16}$ (VI) **Erntedankfest Rositz 30.9.84**

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des heiligen Geistes sei mit uns.

Predigttext: Hebräer 13,15+16

Wir wollen nun Gott durch Jesus das Dankopfer bringen, das ist die Frucht der Lippen, die seinen Namen preisen. Vergeßt nicht, Gutes zu tun und mit anderen zu teilen, denn solche Opfer gefallen Gott wohl.

Es ist schön heute in der Kirche, liebe Gemeinde.

Wir haben den Altar geschmückt zu einem Fest.

Wir wollen uns freuen und Erntedankfest feiern.

Die Erntedankgaben sind Erinnerung daran, daß trotz langer Regenperioden wieder ein gesegneter Sommer über das Land ging und eine reiche Ernte bescherte. Und wem die Gaben hier als Beweis dafür nicht ausreichen, der schlage die Zeitung auf und überzeuge sich[426]:

Stetig steigende Bodenfruchtbarkeit und die zielstrebige Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Verbindung mit den guten Erfahrungen der Bauern sind in der LPG Pflanzenproduktion Welsickendorf, Kreis Jüterbog, schon seit Jahren das Unterpfand für hohe und stabile Erträge. Neue Verfahren und Technologien, wie beispielsweise die „Dammvorformung mit platzierter Stickstoffdüngung“ bei Kartoffeln traten von hier aus ihren Weg in die ganze Republik an. Vorbildlich nimmt die Genossenschaft ihre politische Verantwortung als Speisekartoffellieferant für unsere [...] [...] Kreisleitung Jüterbog der SED, Paul Steffen.

Dr. Ernst Mecklenburg verwies in seiner Ansprache auf die erfolgreich kontinuierliche Bündnis- und Agrarpolitik der SED, die zu einem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande geführt hat. Davon zeugten das Antlitz der Dörfer ebenso wie hohe Erträge auf den Feldern und in den Ställen. Er würdigte die herausragenden Leistungen des Kollektivs bei der Erfüllung und gezielten Überbietung des Volkswirtschaftsplanes. „Da- [...]

[426] Es folgt ein Auszug aus: Hohe Erträge – ein Ergebnis erfolgreicher Bündnispolitik in: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1984, 4.

Reiche Ernte ist uns zuteil geworden. Gottes Güte und Treue sind uns zugewachsen. Ohne nach unserem Verdienst zu fragen, hält Gott sein Versprechen:

Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.

So hält Gott alle seine Versprechen, auch das, daß einmal wieder alles gut sein wird, seine Schöpfung vollendet sein wird.

Dafür ist dieser geschmückte Erntedankaltar das Hoffnungszeichen. Staunend stehen wir davor.

Wissen Sie eigentlich, was ganz nahe dran am Staunen ist? Das Danken!

Wer dankt, denkt an den, der ihm etwas gab. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen diesen Satz auf dem Schaukastenplakat gelesen. Lassen Sie uns einmal nachdenken, wer uns etwas gab. Also das Brot gab uns der Bäcker. Alles, was hier liegt, ist durch Menschenhände gegangen. Manches konnte gleich fertig geerntet werden, anderes wurde erst gebacken, gekocht oder produziert. Wenn wir danken, denken wir zunächst mal an all die Menschen, deren Arbeit uns zugute gekommen ist. Und unser Körper braucht ja nicht nur Essen und Trinken, sondern auch Kleider, ein Bett, Seife, überhaupt ein Zuhause. Und darüber hinaus braucht er noch viele Dinge, die uns oft selbstverständlich erscheinen:

Wasser, Luft, Wärme....

Und Erntedankfest ist nun der besondere Anlaß, wo wir für all diese leiblichen Dinge einmal in besonderer Weise danken wollen. Danken wir ruhig zuerst einmal den Bäckern und Fleischern, den Molkerei- und Brauereiarbeitern, den Bauern, den Ingenieuren, den LKW-Fahrern, den Verkäuferinnen... Ich könnte diese Aufzählung lange fortsetzen. Durch die Hände unzähliger fleißiger Menschen ist gegangen, was wir für unser Leben erhalten und genießen dürfen. Aber es stammt trotzdem letztendlich nicht von Menschen. Geber aller Gaben ist Gott.

Alle Produkte lassen sich auf etwas zurückführen, was er in seiner guten Schöpfung angelegt hat. Darüber hinaus ist das Gesetz des Wachsens, Reifens und Werdens Gottes festes Gesetz – auch das des Vergehens natürlich. Und weil das in den Gärten und auf den Feldern so deutlich zu sehen ist, lieben wir diese bäuerlichen Erntedankgaben:

Äpfel, Birnen, Pflaumen, Kartoffeln, Möhren...

Wir Menschen sehen staunend und dankbar an, was gewachsen und geworden ist.

Finden Sie nicht auch, daß es eigentlich zu wenig ist, nur einmal im Jahr dafür Dank zu sagen in der Form des Erntedankfestes? Ja, zum Glück gibt es noch andere Formen, Gott das Dankopfer zu bringen, wie es im Text heißt. Wir danken z.B., wenn wir uns an den gedeckten Tisch setzen und ein Gebet sprechen. Es ist eine gute christliche Gewohnheit, hier an den zu denken, der uns etwas gab.

Manche Tischgebete beinhalten auch Lob und Preis, zu dem Schöpfer und Vater, z.B.:

O Gott, von dem wir alles haben,
wir preisen dich für deine Gaben.
Du speisest uns, weil du uns liebst,
o segne auch, was du uns gibst.

Große Freude, großes Staunen, großer Dank dürfen aber auch alle festen Formen unseres Christenle-

bens sprengen. Wir dürfen immer und überall loben, preisen, singen und beten. Nicht nur am Erntedanktag wollen wir Gott das Dankopfer bringen, das die Frucht der Lippen ist, die seinen Namen preisen.

Unser Text geht noch weiter: Vergeßt nicht, Gutes zu tun und mit anderen zu teilen, denn solche Opfer gefallen Gott wohl.

Jetzt ist von Teilen und Opfern die Rede. Das soll aber nicht der Haken an der Sache sein! Dieser Satz ist in derselben frohen und dankbaren Stimmung geschrieben, mit der wir zum Erntedankfest Gott preisen. Wenn ich mich über etwas sehr freue, muß ich irgendwas tun, muß ich mit meiner Freude irgendwohin.

Ich kenne eine junge Frau, die befürchten mußte, ein behindertes Kind zu bekommen. Aber sie brachte ein gesundes Baby zur Welt. Am liebsten hätte sie sich ein Schild umgebunden „Wir haben ein gesundes Töchterchen“ und wäre damit herumgelaufen. Nun tun man das nicht. Aber wissen Sie, was die Frau gemacht hat? Sie hat eine große Summe Geld an ein Heim überwiesen, an ein Heim für behinderte Kinder.

Christliches Danken hat zwei Richtungen, einmal auf Gott hin (darüber haben wir vorhin nachgedacht) und zum anderen auf den Nächsten hin.

Unsere Gaben hier erfüllen ja auch diesen doppelten Zweck: Sie schmücken den Altar im Gotteshaus, und danach werden sie ins Blindenheim des Magdalenenstiftes gebracht. Wir wollen sie Menschen geben, die weniger haben als wir. Wir wollen nachdenken, wem wir sinnvoll etwas von unserem Überfluß abgeben können. Es darf übrigens auch ruhig ein bißchen mehr als der Überfluß sein. Teilen und Abgeben darf uns auch ein bißchen weh tun, dann macht´s erst richtig froh – denn die Freude, die wir geben, kehrt ins eigene Herz zurück. So wollen wir uns Gedanken machen, wem wir helfen können: einen Menschen in einem Heim, einem Nachbarn, einem Hungernden in einem fernen Land.

Wenn wir mit unserem Überlegen soweit sind, ist Dankbarkeit auch das Gegenteil von Gedankenlosigkeit, wie es auf dem anderen Plakat steht. Wir nehmen und verbrauchen nicht mehr nur einfach so, mechanisch, sondern wir danken dafür und denken nach, mit wem wir teilen können.

Das gehört nämlich alles ganz eng zusammen: Nehmen, Danken, Teilen und Weitergeben! Diese Reihenfolge ist menschlich und christlich; wir lernen sie von Jesus: Er nahm das Brot, dankte, brach´s und gab´s. Das tat er bei der Speisung der 5000 genauso wie im Abendmahl. Und an beides denken wir – an das Brot zur Sättigung und an Christus als Brot des Lebens – wenn wir inmitten dieser herrlichen Gaben besonders Brot und Wein auf dem Altar haben.

AMEN.

Der Frieden Gottes, der größer ist als alles menschliche Verstehen und Begreifen, bewahre uns in Jesus Christus.

Die politische Aussage dieser Erntedankpredigt ergibt sich aus der Einbindung eines Zeitungsartikels des *Neuen Deutschlands* zu den Ernteerfolgen in der DDR. Diesen hat Pfarrerin Müller aufgrund der kritischen Haltung zum darin propagierten sozialistischen Menschenbild[427] nach eigenen Angaben „bestimmt mit einer gewissen Ironie gelesen."[428] Auch Pfarrer Iskraut nutzt in P2Isk1978 den Hinweis auf die in den Zeitungen der DDR propagierten Erfolge, um sich anschließend sarkastisch und kritisch damit auseinanderzusetzen. Wie in der Einleitung dieser Arbeit und in der Analyse zu P2Isk1978 schon angesprochen, sah Marx mit der Abschaffung der Religion das eigenständige Denken und Handeln der Menschen freigesetzt.[429] Er sprach von einem „Durchsichselbstsein der Natur und des Menschen"[430] und negierte damit Gott als Schöpfer. Errungenschaften und Fortschritt könnte der Mensch somit aus sich selbst heraus bewirken und erreichen. Die SED verschrieb sich als marxistisch-leninistische Partei dieser Weltanschauung.[431] In ihrem Parteiprogramm sprach sie diesbezüglich vom „Schöpfertum der Werktätigen"[432], „schöpferische[m] Wirken"[433], „schöpferische[m] Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren"[434] und von der Arbeiterklasse als „Schöpfer der neuen Gesellschaft"[435]. *Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie* definiert Schöpfertum als „Elemente bzw. spezifische Art und Qualität der Tätigkeit von Individuen und sozialen Gruppen, die auf die Erkenntnis neuer Erscheinungen, Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten sowie auf die Schaffung neuer bzw. Vervollkommnung vorhandener materieller und geistiger Werte im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts gerichtet ist."[436] Das Parteiprogramm der SED definierte es als Ziel des Kommunismus, den Menschen zu ermöglichen, „kraft ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung und ihrer geistigen Potenzen die Produktionskräfte, die Produktionsverhältnisse und das geistig-kulturelle Leben planmäßig zu entwickeln und in zunehmendem Maße zu Beherrschern der Natur und ihrer eigenen gesellschaftlichen Entwicklung zu werden."[437] Dies wurde auch auf die Agrarwirtschaft übertragen.[438] Damit wurde die im christlichen Kontext bestehende Differenz zwischen Schöpfer und Geschöpf aufgehoben und der Mensch zum Schöpfer erhoben. Dies wird auch im von Müller zitierten Artikel deutlich. Dort resultieren die „hohe[n] und stabile[n] Erträge"[439] aus der Verbindung der „Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts [mit] den guten Erfahrungen der Bauern"[440].

[427] Vgl. hierzu auch Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[428] Anmerkungen Pfarrerin Müllers zu P1Mue1984 (13.09.2016), Privatarchiv Lührmann.

[429] Vgl. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung in: MARX u.a.: Marx/Engels Gesamtausgabe Band 2, 171.

[430] Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 in: MARX/ENGELS: Über Religion, 44.

[431] Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 56, 71, 73, 80f, 83, 91, 97ff, 103, 105.

[432] AaO, 99; vgl. auch aaO, 58, 69ff, 86, 98ff, 104f.

[433] AaO, 73.

[434] AaO, 89.

[435] AaO, 101. 28ig mal werden Begriffe wie schöpferisch oder Schöpfertum in den Parteiprogramm genutzt. (Vgl. aaO, 47, 58, 66, 69ff, 82f, 85f, 97ff, 104f.)

[436] ASSMANN u.a. (Hg.): Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 559f.

[437] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 104.

[438] Vgl. AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 20, 24, 36, 53, 55; ASSMANN u.a. (Hg.): Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 12, 30, 382, 385, 387; GABLER: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft, 28, 30; SACHSE: Agrarwissenschaft, 719f, 721f, 724; Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 65, 70.

[439] Hohe Erträge – ein Ergebnis erfolgreicher Bündnispolitik in: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1984, 4.

[440] Ebd.

Durch höhere Erträge und Verbesserung des Lebensstandards sollten die Unterschiede zwischen Stadt und Land schrittweise verringert und mit der völligen Etablierung des Kommunismus beseitigt werden.[441] Im Zeitungsartikel wird diesbezüglich von einem Fortschritt berichtet, wenn es heißt, dass die Agrarpolitik der SED „zu einem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande geführt hat."[442] Zusammenfassend sorgen somit nach sozialistischem Verständnis die BürgerInnen der sozialistischen Gesellschaft aus eigener Kraft für ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und für die Steigerung ihres Lebensstandards.

Darüber hinaus wird im Zeitungsartikel die politische Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion angedeutet, wenn mit der Tätigkeit der LPG eine „politische Verantwortung"[443] verknüpft wird. Ähnlich wie der wirtschaftliche Fortschritt sollte auch im landwirtschaftlichen Sektor „die Überlegenheit des Sozialismus"[444] aufgezeigt werden. Der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* des BEK bemerkte 1973, „jeder Produktionserfolg [gelte] als Pluspunkt und als erstrangiges Politikum."[445] In diesen Zusammenhang kann auch die im Zeitungsartikel beschriebene „Erfüllung und gezielte[...] Überbietung des Volkswirtschaftsplanes"[446] – wortwörtlich aus dem Parteiprogramm der SED von 1976 übernommen[447] – eingeordnet werden, die 1984 erreicht wurde. Zieht man die Zahlen der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR heran, ist dieser Zeitungsartikel ein Beispiel „geschönte[r] Darstellung"[448], wie sie in den DDR-Medien häufig betrieben wurde.[449] Der Wirtschaftsgeograph Karl Eckart spricht von „sehr starken Ertragsschwankungen bei Kartoffeln [...] [, die] sowohl für die Versorgung der Bevölkerung als auch für die Futterversorgung in der Viehwirtschaft ein erhebliches Risiko dar[stellten]"[450]. Nach Adolf Weber lagen die Arbeits- und Flächenproduktivität der DDR für die 1980er Jahre immer unterhalb der der BRD. Trotz allem führte man die Agrarpolitik der DDR in dieser Form unkritisch bis 1989 fort.[451]

Müller setzt dem sozialistischen Menschenbild und der Verneinung eines Schöpfers das christliche Menschenbild und Schöpfungsverständnis entgegen. Wie Pfarrer Brand in seiner Erntedankpredigt P3Br1982 sieht auch Müller den Schöpfergott als Ursprung der Erträge an. Wie bei Brand wird Gott von Müller einerseits als Urheber der Schöpfung dargestellt (creatio prima), andererseits liegt den Predigtausführungen – auch unter Bezug auf Gen 8,22 – ebenfalls das Schöpfungsverständnis einer *creatio continua* zugrunde. In Gen 8,22 wird der Welt diese Fürsorge durch Gott zugesagt. Die Abhängigkeit von Gott und

[441] Vgl. AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 35, 37, 139ff; ASSMANN u.a. (Hg.): Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 11f, 380, 384ff; NEHRIG: Agrarpolitik, 767; MARX: Manifest der Kommunistischen Partei, 70; Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 65, 72.

[442] Hohe Erträge – ein Ergebnis erfolgreicher Bündnispolitik in: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1984, 4.

[443] Ebd.

[444] ASSMANN u.a. (Hg.): Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 385; vgl. auch AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 5, 25; Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Art. 46, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[445] Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 175.

[446] Hohe Erträge – ein Ergebnis erfolgreicher Bündnispolitik in: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1984, 4.

[447] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 70.

[448] VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53.

[449] Für weitere Informationen zur Medienlenkung in der DDR siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[450] ECKART: Agrargeographie Deutschlands, 353.

[451] Vgl. WEBER: Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR, 67, 69f.

die Differenz zwischen Schöpfer und Geschöpf bleibt bestehen. Die göttliche Fürsorge wird nach Müller in den Gaben vor dem Altar sichtbar und weckt Hoffnung. Indem Müller betont, „daß einmal wieder alles gut sein wird, seine Schöpfung vollendet sein wird", wird der irdische Zustand der Schöpfung als unvollkommen dargestellt und das eschatologische Motiv von der Wiederherstellung der Schöpfung in die Predigt integriert. Des Weiteren wird durch diese Aussage Müllers die Schöpfung erneut als fortwährender Prozess beschrieben.

Nachdem die Anwesenden der Fürsorge und Liebe Gottes für seine Schöpfung vergewissert wurden, beschreibt Müller das Danken als den nächsten Schritt. Beim Danken soll dessen bzw. derer gedacht werden, von dem bzw. denen man die Gaben hat. Zwar gelte der Dank am Erntedankfest auch den Menschen, die an der Herstellung der Lebensmittel beteiligt sind. Dennoch betont die Predigerin, dass Gott der eigentliche Spender ist, d.h.: „Alle Produkte lassen sich auf etwas zurückführen, was er in seiner guten Schöpfung angelegt hat." Damit schließt Müller, wie im Zeitungsartikel ausgedrückt, alle Mitwirkenden an der Herstellung der Lebensmittel in ihren Dank mit ein. Gleichzeitig stellt sie aber Gott, der die Versorgung der Menschen sichert, über alle Mitwirkenden und zeigt unter Verweis auf die Naturgesetze auf, was nicht in der Hand der Menschen liegen kann. Wie in dieser Predigt wurde auch im Bericht des BEK zur kirchlichen Landwirtschaft auf die reiche Getreideernte 1984 „trotz eines außergewöhnlich kühlen Vorsommers"[452] – Müller spricht von übermäßigem Regen – verwiesen. Im Zuge dessen widerspricht Müller dem zitierten Zeitungsartikel des *Neuen Deutschlands*, der die Bäuerinnen und Bauern sowie den technischen Fortschritt allein als UrheberInnen für Ertragssteigerungen bzw. erfolgreiche Ernten deklariert. Auch Brand kritisiert in seiner Erntedankpredigt P3Br1982, dass behauptet würde, die Menschen hätten die Ernte eigenständig hervorgebracht. Müller fordert die Anwesenden dazu auf, das Danken für die Gaben Gottes nicht nur auf das Erntedankfest zu beschränken, sondern auch an anderer Stelle, auch außerhalb der Kirche, zum Ausdruck zu bringen. Beispielhaft wird, wie in P1Br1979, das Tischgebet erwähnt. Dank könne zu jeder Zeit durch Gebet, Gesang, Loben und Preisen ausgedrückt werden. Dabei schwingt auch mit, dass sich die Anwesenden als Geschöpf in ihrer Abhängigkeit von Gott wahrnehmen und diese anerkennen.

Aus dem Dank für die Liebe und Fürsorge Gottes heraus sollen sich die ZuhörerInnen für andere, d.h. die Gesellschaft, die Weltgemeinschaft, die Nächsten etc., einzusetzen und die von Gott gegebenen Güter mit anderen teilen. Diese Zweiteilung der Predigt resultiert aus Hebr 13,15-16, da sich Vers 15 mit dem Danken und Vers 16 mit dem Teilen befasst. Müller beschreibt das Teilen als einen natürlichen Ausdruck der Freude über die erhaltenen Gaben. Das „christliche Danken" solle sich somit sowohl an Gott, aber auch an den Nächsten richten. Beispiel dafür sind die mitgebrachten Gaben auf dem Altar, die als Schmuck des Gotteshauses dienen und anschließend Bedürftigen zukommen. Auch die Anwesenden sollen über den Überschuss hinaus mit anderen teilen. Dies könne im eigenen Land geschehen oder aber auch bedürftige Menschen in anderen Ländern betreffen. Müller fordert die Anwesenden dazu auf, sich Gedanken zu weiteren Einsatzorten des Teilens zu machen. An dieser Stelle schwingen die Motive der Nächstenliebe und der Weltverantwortung mit. Damit begründete der BEK auch die Aufforderung zum Einsatz für (Welt-)Gerechtigkeit und das Wohlergehen von Menschen in Entwicklungsländern. Zusätzlich

[452] Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 81.

unterstützte er den expliziten Aufruf des ÖRK zum Teilen.[453]

Es geht Müller neben dem finanziellen und materiellen Einsatz der ChristInnen für die Mitmenschen auch um die Veränderung des Lebensstils. Unüberlegtem Konsum wird eine Absage erteilt und im Sinne des BEK für einen umweltbewussten, den Mitmenschen in den Blick nehmenden Lebenswandel plädiert.[454]

Am Ende der Predigt betont Pfarrerin Müller erneut die Untrennbarkeit von Danken und Teilen. Jesus wird als Vorbild angeführt, der sowohl im Abendmahl als auch bei der Speisung der 5.000 erst Gott für die Gaben dankte, um sie dann mit anderen zu teilen. Mit dem Bezug auf das Abendmahl macht Müller deutlich, dass Gott seine Schöpfung nicht nur durch die Versorgung mit Nahrungsmitteln erhält. Darüber hinaus werden im Abendmahl mit „Christus als Brot des Lebens“ die Gläubigen an das zugesicherte ewige Leben erinnert und erfahren von Gott gestiftete Gemeinschaft. Somit haben Müllers Ausführungen nicht nur schöpfungstheologischen, sondern auch soteriologischen Charakter. Gott sorgt allumfassend, sowohl im Diesseits als auch im Jenseits, mit der Erlösung und dem ewigen Leben für die Gläubigen. Damit geht die Versorgung Gottes über die vom sozialistischen Staat gebotene weit hinaus. Diese universale Fürsorge Gottes wird den Gläubigen in der Predigt zugesprochen. Mit der daraus resultierenden Aufforderung an die Anwesenden zum Einsatz in der Welt vereint Müller in ihrer Predigt Facetten einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt.

---

[453]Vgl. Kursche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Stolpe in: ebd; Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Zwischenreflexionen in: ebd; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 187; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 198; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497f; Richtlinien für das Teilen. ÖRK-Weltkonferenz, El Escorial 1987 in: aaO, 499ff.

[454]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60.

3.10 Coblenz: Predigt vom 7. Oktober 1984 (P4Co1984)

Mit Hebr 10,35-39 dient die von der Perikopenordnung für den 16. Sonntag nach Trinitatis vorgegebene Bibelstelle als Grundlage für die Predigtausführungen von Pfarrer Coblenz.

Hebr. 10,35-39 **Altenkirchen (Rügen) 7.10.84**

Gnade sei mit euch und Friede von dem, der da ist und der da war und der da kommt. Amen.

Liebe Gemeinde!

Predigttext: Hebräer 10,35-39

Liebe Gemeinde! Als ich in der vergangenen Woche diesen Text im Blick auf diese Predigt las, hatte ich zuerst große Schwierigkeiten.

Hatten wir uns nicht besonders im letzten Jahr auf Luther zurückbesonnen und gerade Luther war es, der den Glauben und die Rettung als Geschenk verstand. Er dichtete doch: Mit unserer Macht ist nichts getan... Und hier in diesem Brief lese ich, daß Vertrauen belohnt wird. Und weiterhin werden denen die Verheißungen versprochen, die Geduld bewahren und zeigen. Ist das nicht eine klare Richtung: Es gibt Lohn oder Strafe – ganz nach dem Verhalten. Das Verhalten der Christen als Gradmesser für Gottes Gnade. Halt! Es wäre keine Gnade, wenn Gott sie nicht verschenken würde – und zwar an Gerechte und Sünder – ganz frei! Will der Hebräerbrief Gottes Freiheit eingrenzen? Soll hier der alte Tun und Ergehen Zusammenhang wieder aufgefrischt werden?

Wenn ich den Text richtig verstehen will, bin ich gezwungen zu fragen nach der Zeit und den Verhältnissen, in denen der Hebräerbrief geschrieben worden ist. Ich muß fragen: Was wollte der Schreiber bezwecken?

Und schon sieht es alles anders aus. Es waren die Zeiten der ersten Christenverfolgungen – der Staat hatte das Christentum ausrotten wollen. In der Gemeinde waren Erfahrungen des Leides und des Leidens gesammelt worden. Für eine solche geprüfte Gemeinde stehen hier Sätze, die sie auf dem Weg begleiten sollen. Hilfestellungen auf dem Weg – einem schweren Weg. Mahnung und Zuspruch. Wie der Vers zur Geduld und zum Vertrauen mahnt, beides ist wichtig, besonders wichtig in Druckzeiten, so kann er aber auch ermutigend schreiben: Vers 39. Das sagt er dieser Gemeinde zu, die sich bewährt hat in harten Zeiten. Er sagt es der Gemeinde zu, die er als wanderndes Gottesvolk versteht – als noch auf Wanderschaft und noch nicht am Ziel. Gemeinde unterwegs.

Wenn heute der 35. Jahrestag der DDR gefeiert wird, wenn wir heute des 30. Todestages des ersten pommerschen Bischofs, Bischof Karl von Scheven gedenken, so ist das auch ein Anstoß über die Wanderung des Gottesvolkes, der Kirche in dieser Zeit nachzudenken. Denn auch heute noch ist die Gemeinde unterwegs, noch nicht angekommen.

Das gilt natürlich zuerst für unseren Glauben: auch wir müssen noch die Spannung zwischen Gottes

Verheißungen und den Zuständen dieser Welt ertragen. Es gilt aber auch für die Lebensäußerungen der Institution Kirche in der Gesellschaft – in der DDR.

Die Kirche tat sich anfänglich sehr schwer, sich an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewöhnen. Das führte zu Spannungen – nicht zuletzt mit dem Staat. Aber dieser hatte ja auch ein sehr gespaltenes Verhältnis zur Kirche. Nach der Theorie sollte die Kirche ja aussterben – aber sie tat es nicht. Dunkle Stunden gab es im Kampf um die Junge Gemeinde, der mit Gewalt das Leben beendet werden sollte. Aber es waren auch dunkle Stunden im Kampf um Konfirmation und/oder Jugendweihe. Nur mit viel Geduld und geschenktem Vertrauen gelang es wohl beiden Seiten, ein besseres Verhältnis zueinander aufzubauen. Am letzten Dienstag waren wir vom Rat des Kreises, am Freitag vom Bürgermeister eingeladen. Beide Zusammenkünfte waren Ausdruck des guten Willens, in dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit Gemeinsamkeiten entdecken zu wollen und miteinander zu leben, mit und für die Menschen hier in der DDR. Beide Zusammenkünfte wären mir noch vor 10 Jahren unvorstellbar gewesen. Sind es die Früchte der Geduld und des Vertrauens? Diese Frage bin ich nicht in der Lage zu beantworten – lassen wir sie offen!

Stattdessen möchte ich den beiden Begriffen: Geduld und Vertrauen etwas nachgehen – weil es mich mehr angeht.

Geduld: Ist das noch eine gefragte Eigenschaft in einer so schnelllebigen Zeit wie der unseren? In der Zeit, da wir alles fertig in Geschäften kaufen wollen. Wozu noch Geduld? Stört sie nicht geradezu dort, wo alles nach Leistung berechnet wird. Ich selbst bin nicht der Geduldigste – aber in diesem Sommer habe ich erfahren, ganz nah erfahren, wie wichtig ich zum Leben die Geduld brauche. Im Angesicht von Tod und Krankheit, dort wo die Leistung aufhört, ist die Geduld ungeheuer wichtig. Ich habe ein Stück gelernt, Geduld zu üben – und es ist mir schwer gefallen. Aber es war zugleich der einzige mir gangbare Weg. Ich habe erfahren, was es heißt, wenn man sprichwörtlich von Engelsgeduld spricht. Geduld ist dann ein himmliches – nämlich auch ein Stück Geschenk – gerade in schweren Zeiten, wenn wir abwarten müssen. Dabei ist die Geduld nicht Ausflucht vor der Tat, nein, sie wird zwar oft vom blinden Aktivismus verdeckt, sie ist oft selbst erst Ermöglichung der Tat, der Hilfe, des Ertragens. So finde ich ist Geduld – auch wenn es mir oft daran mangelt, ein so wertvolle Eigenschaft, die unser Leben – und auch unser menschliches Zusammenleben – braucht. Nicht nur damals.

So wünsche ich Ihnen und mir, ganz im Sinne des Briefes, Geduld. Geduld und Vertrauen. Ja Vertrauen – ein Wagnis, so scheint es, und nur dann möglich, wenn der Blick weiter und tiefer ist, als nur für das Sichtbare, was vor uns liegt. Vertrauen – Vertrauen zu Gott, das ist unser Glauben und macht ihn erst möglich. Und aus dem Vertrauen zu Gott kommt das Vertrauen zu Menschen. Ich meine damit die Fähigkeit, einen Menschen nicht nur nach seinen Taten zu beurteilen, sondern ihn auch daraufhin anzusehen, welche Möglichkeiten in ihm stecken – und diese ihm ermöglichen.

Textausschnitt von Makarenko

So erinnert uns der Predigttext an das Geschenk der Geduld und an geschenktes Vertrauen. Mögen wir uns in beidem üben, damit wir in den Freudenjubel dieses Jungen mit einstimmen können. Amen.

Nach der historischen Einordnung der Bibelstelle reflektiert Coblenz, resultierend aus der Aufforderung in Hebr 10,35f zu Vertrauen und Geduld, in seiner Predigt deren Bedeutung in der Gegenwart der Zuhörerschaft. Die Relevanz von Vertrauen und Geduld wird dabei im Hinblick auf die Beziehung zwischen Gott und den Menschen, auf zwischenmenschlicher Ebene und auf der Ebene zwischen Kirche und Staat betrachtet.

Coblenz sieht die Bibelstelle zunächst kritisch, denn im Besonderen Hebr 10,36 wirkt nach Coblenz so, als müsse man Leistung – in diesem Fall Geduld – bringen, um das ewige Leben bei Gott zu erhalten. Damit widersprechen die Verse der Rechtfertigungslehre Martin Luthers und deren Grundauffassungen *sola gratia* und *sola fide*. An dieser Stelle nimmt Coblenz kurz Bezug auf das 1983 begangene Lutherjubiläum in der DDR, bei dem man sich „auf Luther zurückbesonnen" habe, geht aber nicht näher darauf ein. Zur Untermauerung des Rechtfertigungsgedankens Luthers zitiert Coblenz eine Zeile des Liedes *Ein feste Burg ist unser Gott*: „Mit unsrer Macht ist nichts getan..."[455]. Das Verständnis der Gläubigen als EmpfängerInnen des geschenkten Glaubens zieht sich durch die gesamte Argumentation der Predigt. In der Auseinandersetzung mit dem historischen Hintergrund des Hebräerbriefes identifiziert Coblenz die ersten AdressatInnen als eine verfolgte Gemeinde, der in schweren Zeit Ermutigung und Aufforderung zum Durchhalten zukommen sollte. Dies sieht Coblenz besonders in Hebr 10,39 ausgedrückt. Durch diese historische Einordnung relativiert sich für Coblenz der negative Eindruck des Widerspruchs zwischen Bibelstelle und Rechtfertigungslehre.

Er stellt die ZuhörerInnen von 1984 in eine Reihe mit den ChristInnen, an die der Hebräerbrief gerichtet war, und bezeichnet beide Gruppen als Teil des „wandernden Gottesvolkes". Gleichzeitig werden unterschwellig Parallelen zwischen der Situation der ChristInnen vor 2.000 Jahren und 1984 gezogen: ein Leben in Bedrängnis in einem Staat, der das Christentum bekämpfte bzw. seine Abschaffung forcierte. Die stärkende Botschaft der Bibelstelle bleibt somit auch für die gegenwärtigen ChristInnen von Bedeutung.

Genauso wie Vertrauen – hier gleichgesetzt mit Glauben – wird auch Geduld in der Predigt und in der Bibelstelle als ein Geschenk Gottes beschrieben. Die Notwendigkeit und Bedeutsamkeit von Vertrauen und Geduld sieht Coblenz nicht nur für die im Hebräerbrief angesprochenen ChristInnen von vor 2.000 Jahren gegeben, sondern auch für die Menschen 1984. Anhand eigener Erfahrungen mit Krankheit im Sommer 1984 macht er die Bedeutung von Geduld deutlich. Coblenz' damalige Ehefrau, die ebenfalls in der Gemeinde angestellt war, wurde im Sommer 1984 schwer krank, nämlich manisch-depressiv. Coblenz erzählte, er war sich nicht sicher, ob es eine natürliche Krankheit war oder ob die Staatssicherheit Einfluss genommen hatte. Ein konkreter Auslöser konnte nicht gefunden werden. In der Zeit musste Coblenz Familie und Gemeindearbeit komplett alleine bewältigen. Die Monate waren von Ungewissheit und Belastung geprägt.[456] Coblenz widerspricht der Annahme, Geduld sei ein absichtsvolles Hinauszögern dringender Tätigkeiten. Vielmehr ermögliche Geduld ein bedächtiges, zielgerichtetes Handeln.

Vertrauen zu Gott wird nicht nur mit dem Glauben an ihn gleichgesetzt, sondern gleichzeitig als dessen Grundlage deklariert. Indem Coblenz das Vertrauen zu Gott als Ausgangspunkt für zwischenmenschliches Vertrauen bezeichnet, wird erkennbar, dass Vertrauen nicht als dem Menschen natürlich innewohnende Eigenschaft angesehen wird, sondern erst aus einer guten Beziehung zu Gott erwächst. Vertrauen wirkt

[455] EG 362.
[456] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

nach Coblenz zunächst riskant. Ähnlich äußerte sich die KKL rückblickend im Hinblick auf das Lutherjahr und die Zusammenarbeit aller Beteiligten.[457] Zwischenmenschliches Vertrauen beinhaltet laut Coblenz aber die Hoffnung auf die Veränderbarkeit des Gegenübers, unabhängig von vorangegangenem Handeln. Vertrauen – auch zu Gott – sei nur möglich, „wenn der Blick weiter und tiefer ist, als nur für das Sichtbare, was vor uns liegt." Darin schwingt auch der Aspekt der Hoffnung mit. Gedankengänge aus P2Co1984 und P3Co1984 zu Vertrauen werden somit erneut aufgegriffen und konkretisiert. Abermals wird der enge Zusammenhang zwischen dem Vertrauen zwischen Gott und Mensch sowie dem zwischenmenschlichen Vertrauen betont.

Durch das Bild der Gemeinde auf dem Weg hin zum Reich Gottes wird ein Motiv der Eschatologie in die Predigtausführungen integriert. Dieses Motiv wird verstärkt, indem Coblenz davon spricht, dass die Gemeinde Gottes damals wie 1984 in einem Zwischenstadium verweilt – in der „Spannung zwischen Gottes Verheißungen und den Zuständen in der Welt". Damit wird wie schon in P2Co1984 das Böse in der Welt als Normalität beschrieben. Diese Spannung gelte es auszuhalten und mit ihr zu arbeiten. Sie wird erst mit der Erfüllung des Gottesreiches aufgelöst. Trotz allem fordert Coblenz die Anwesenden auf, im Sinne des eschatologischen Vorbehalts für das beginnende Gottesreich einzutreten; er bindet somit eine Handlungsaufforderung an die Vergewisserung des Beistandes und der Fürsorge Gottes an.

Das beschriebene Spannungsverhältnis schlägt sich nach Coblenz auch im Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR – von Coblenz als Teil der Wanderung des Gottesvolkes beschrieben – nieder. Coblenz geht auf die Entwicklungen dieser Beziehung ein und betrachtet in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Geduld und Vertrauen. Der auf den 7. Oktober 1984 fallende 35. Jahrestag der DDR und der 30. Todestag von Bischof Karl von Scheven, dem ersten Bischof von Coblenz' *Landeskirche Pommern*, ab Ende der 1960er Jahre *Evangelische Landeskirche Greifswald*, erfahren keine nähere Ausführung, veranschaulichen aber die Gleichzeitigkeit von staatlichen und kirchlichen Ereignissen bzw. das Nebeneinander der beiden Institutionen Kirche und Staat mit ihren gegensätzlichen Weltanschauungen und Wertesystemen. Darüber hinaus beschreibt Coblenz den 35. Jahrestag als das Fest der Anderen und das Gedenken an Karl von Scheven als das der ChristInnen; er nimmt somit eine Unterscheidung und Zuordnung vor. Karl von Scheven war für seinen Einsatz als Bischof „sowohl gegenüber den sowjetischen Besatzungsbehörden, als auch gegenüber den staatlichen Stellen der DDR für die Freiheit der Kirche"[458] bekannt. Coblenz sah von Scheven im Gegensatz zur „Viererbande"[459] als „Mann mit klarer Meinung"[460] an. Zur „Viererbande" zählte Coblenz Bischof Horst Gienke, Konsistorialrat Hans-Martin Harder, Oberkonsistorialrat Siegfried Plath, Superintendent Siegfried Bohl, die alle sehr staatsnah agierten und dementsprechend in der *Evangelischen Landeskirche Greifswald* Druck ausübten. Nach dem Ende der DDR wurden einige von ihnen als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit identifiziert.[461] Während Coblenz den 35. Jahrestag nur erwähnt, nahm

[457] „Es war vor allem ein Wagnis des Vertrauens zu Gott. Es war ein Wagnis des Vertrauens der Mitarbeiter zueinander, ein Wagnis des Vertrauens zu staatlichen Stellen, aber auch der staatlichen Stellen zu den Veranstaltern." (4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 64.)

[458] ZIRLEWAGEN: SCHEVEN, 1284.

[459] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[460] Ebd.

[461] Vgl. ebd.

ihn der BEK zum Anlass, sich im Herbst 1984 intensiv mit dem Staat-Kirche-Verhältnis und dessen Entwicklungen auseinanderzusetzen.[462] Wie der BEK schildert Coblenz die Anfänge des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR als sehr schwierig. Coblenz nimmt beide Parteien in die Pflicht, wenn er davon spricht, dass die Kirche sich nur schwerlich in dem neuen Gesellschaftssystem zurechtfand, während der Staat das Ziel verfolgte, die Religion auszuschalten.[463] Die KKL sprach 1984 rückblickend von einem, ganz im Sinne der Wanderung, anhaltenden, „beiderseitigen Lernprozeß"[464]. 1985 führte der BEK ebenfalls die Schwierigkeiten der Evangelischen Kirchen in der DDR und in der BRD aus, sich in den neuen Gegebenheiten in Deutschland nach 1945 einzufinden. Coblenz zeigt anhand der staatlichen Aktionen in den 1950er Jahren, wie dem vehementen Vorgehen gegen die Junge Gemeinde und der Einführung der Jugendweihe als Ersatz für die Konfirmation, dass der Staat den Wirkungsbereich der Kirchen, vor allem die Jugend betreffend, schmälern wollte.[465] In den Jahren 1952 und 1953 ging man verschärft gegen die Junge Gemeinde vor, indem man sie als Pool feindlicher, imperialistischer Kräfte verleumdete und deren Veranstaltungen verbot. Gleichzeitig übte man in Oberschulen und Universitäten einen enormen Druck auf ihre Mitglieder aus. Distanzierten sie sich nicht von ihr, wurden sie der Schule oder Universität verwiesen.[466] Es kam zu Verurteilungen von PfarrerInnen, SeelsorgerInnen und Jugendlichen, „die die Politik der DDR-Führung kritisierten"[467]. Insgesamt bezeichnete man die Junge Gemeinde als eine illegale Jugendorganisation, da sie vom Staat niemals genehmigt worden war. Erst der Tod Stalins und die politischen Kursänderungen in Moskau führten zu einem Ende der Verfolgung.[468] Mit der Äußerung, dass der Staat der Jungen Gemeinde „mit Gewalt das Leben beende[n]" wollte, weist Coblenz sehr deutlich auf die Aggressivität des Staates hin. Gleichzeitig veranschaulicht er sehr eindrücklich, dass der SED-Staat darauf abzielte, die Junge Gemeinde abzuschaffen. Die FDJ sollte die alleinige Jugendorganisation in der DDR sein, stand aber in Konkurrenz zur Jungen Gemeinde.[469]

Im Gegenzug berichtet Coblenz von Einladungen durch den Rat des Kreises und durch den Bürgermeister in der dem 7. Oktober 1984 vorangegangenen Woche. Indem er darauf verweist, dass er solche Zusammenkünfte noch vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätte, zeigt er eine Entwicklung der Staat-Kirche-Beziehungen auf. Die Begegnungen seien „Ausdruck des guten Willens, in dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit Gemeinsamkeiten entdecken zu wollen und miteinander zu leben, mit und für die Menschen

[462] Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103.

[463] Zur Einstellung des Staates zur Religion siehe *1. Einleitung.*

[464] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[465] Vgl. BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 216; DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 129; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 27; GOECKEL: The Lutheran Church, 30; KNOPKE: Kinder im Visier, 139; REIHER: Religion und Kindheit, 70; WOLLE: Der große Plan, 354.

[466] Vgl. WENTKER: Kirchenkampf, 96, 98, 101, 106f, 108f, 114, 116ff, 126; Ulbricht zitiert nach aaO, 104, 109f; Barth zitiert nach aaO, 105; Faschistische Umtriebe des „BDJ" unter dem Deckmantel der illegalen „Jungen Gemeinde" in: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1953, 3.

[467] WENTKER: Kirchenkampf, 113.

[468] Vgl. aaO, 115, 122ff.

[469] Vgl. aaO, 101.

hier in der DDR.“ Auch die KKL sprach 1984 von der „praktische[n] Erfahrung im Miteinander“[470]; und Schönherr hatte beim Spitzengespräch mit Honecker im März 1978 auf die gemeinsame Verantwortung beider Institutionen für die DDR-BürgerInnen verwiesen.[471] Wie die Einladungen zu Gesprächen mit staatlichen VertreterInnen zeigen, betonte die KKL, dass der Staat die Kirche nicht abschaffen möchte. Im Einklang mit der KKL bewertet Coblenz die allgemeinen Entwicklungen der Gesprächskultur zwischen Staat und Kirche zunächst positiv.[472] Er möchte sich aber nicht festlegen, ob zunehmende Geduld und zunehmendes Vertrauen von staatlichen und kirchlichen VertreterInnen Grund für die Gespräche sind. Diese Einschätzung wird verständlich, wenn man sich die Umstände und Hintergründe der Gespräche vor Augen führt. An die genauen Inhalte konnte sich Coblenz nicht einnern, er betonte jedoch, dass die Gespräche nicht vertrauensvoll, sondern nur offiziell waren. Es wurden die Erfolge des Sozialismus gepriesen. Coblenz war zusammen mit dem Pfarrkonvent dort, alleine wäre er dort nicht hingegangen.[473] Die KKL hatte in ihrem Bericht „von einem Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche“[474] gesprochen, zeigte sich somit im Hinblick auf das Staat-Kirche-Verhältnis sehr optimistisch. Die Äußerung zum Grundvertrauen hatte zu erheblichen Kontroversen innerhalb der Bundessynode geführt.[475] Auch Coblenz ist im Hinblick auf die Einschätzung der Begegnungen zwischen Kirche und Staat eher vorsichtig. Er schließt nicht aus, dass auch andere Gründe zu zunehmenden Begegnungen zwischen Kirche und Staat geführt haben. Von staatlicher Seite wurde die positive Reaktion des BEK zum 35. Jahrestag der DDR, die „generell positive Würdigung des sozialistischen Staates und die Bereitschaft zur weiteren Mitwirkung der evangelischen Kirchen in unserem Lande“[476] wertgeschätzt.

Als Abschluss der Predigt verliest Coblenz einen Text von Anton Semjonowitsch Makarenko, einem sowjetischen Schriftsteller und Pädagogen, in dem es um einen jubelnden Jungen geht. Coblenz konnte sich nicht mehr an den genauen Text oder seine Inhalte erinnern. Er betonte aber, den Text als „Autorität, an der nicht gedeutet wurde“[477] in die Predigtausführungen eingebunden zu haben. Aufgrund der dargestellten positiven Implikationen von Geduld und Vertrauen fordert er im Sinne des Predigttextes die ZuhörerInnen zu Geduld und Vertrauen im Umgang mit Anderen auf. Dieses Verhalten soll aus der Gewissheit des geschenkten Glaubens, der Gnade und des Beistandes Gottes resultieren, das Leiden in und an der Welt ertragen lassen und Veränderungen möglich machen. Die Predigt weist somit Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf.

---

[470] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[471] Vgl. Ausführungen von Bischof D. Schönherr in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1978, 27.

[472] Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[473] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[474] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[475] Vgl. 4. Tagung der 4. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR 21. - 26.9.1984, Greifswald, Präsidiumsprotokoll. Niederschrift über das Gespräch zwischen Synode und KKL am 24.9.1984, EZA 101/2965.

[476] Dok. 97: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK an Paul Verner vom 5.9.1984 über die Synode des BEK vom 21.-25.9.1984 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 514; vgl. auch aaO, 513, 517.

[477] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

3.11 Iskraut: Predigt vom 7. Oktober 1984 (P5Isk1984)

Diese Predigt wurde anlässlich einer Kirchenvisitation von Pfarrer Iskraut in der Lutherkirche in Cottbus gehalten. Gemeinsam mit dem Generalsuperintendenten besuchte er die Gemeinde, prüfte die Gemeindekasse und traf sich mit den PresbyterInnen und bestimmten Gemeindemitgliedern. Darüber hinaus agierte Iskraut als „Gastprediger“[478]. Er sah darin eine Gelegenheit für die Gemeindemitglieder, eine andere Predigerin bzw. einen anderen Prediger als ihren eigenen zu hören.[479] Über die Gemeinde ist nichts bekannt und Iskraut geht auch nicht direkt auf die Situation der Gemeinde ein. Iskraut selbst behauptet: „Ich hätte diese Predigt genauso gut in einer anderen Kirche halten können.“[480] Die Inhalte der Predigt wirken auf alle ChristInnen und Gemeinden der DDR übertragbar.

Als Grundlage dieser Predigt dient nicht die für den 15. Sonntag nach Trinitatis vorgeschlagene Perikope der Perikopenordnung. Der Grund für die Abweichung konnte nicht geklärt werden. Die Wahl der Bibelstelle resultiert aber vermutlich aus dem Anlass der Kirchenvisitation. In der Bibelstelle wird besonders der Zusammenhalt der ChristInnen thematisiert.

Zur Kirchenvisitation in Cottbus, Lutherkirche 07.10.1984
Predigttext: Hebräer 10,$_{24}$

Liebe Gemeinde!

Heute feiert unsere Republik ihren 35. Geburtstag. Ich weiß, es ist nicht jedem recht, wenn ich dieses Datum an dieser Stelle erwähne. Zwar haben wir in deutscher Vergangenheit recht unbefangen des Kaisers Geburtstag in der Kirche mitgefeiert. Doch mittlerweile haben wir uns darauf geeinigt, daß es die Kirche nicht mit Politik zu tun haben soll. Da wollen wir etwas anderes hören.

Ich meine trotzdem: Wenn jemand Geburtstag hat, sollte man gratulieren und mitfeiern. Es kommt nur darauf an, wie man das tut... ob man sich im Trubel festlicher Geburtstagsstimmung selber vergißt oder ob man sich mit klarem Verstand und ganz bewußt als Gratulant einbringt. Mir scheint, der beste Beitrag, den wir heute zum 35. Geburtstag unserer Republik leisten können, besteht darin, daß wir uns ein wichtiges Wort der Bibel zu eigen machen und unser Leben danach ausrichten. Es heißt im Hebräerbrief im 10. Kapitel:

Laßt uns aufeinander achthaben und uns zur Liebe und zu guten Werken anspornen.

Während wir das hören, wollen wir noch einmal kurz darüber nachdenken, welche Beiträge Christen unabhängig von diesem Satz unserer Gesellschaft gegeben haben und noch geben:

Da gibt es die einen, die nehmen diesen Geburtstag gar nicht erst zur Kenntnis. Sie sagen sich, „Hauptsache ich lebe und meine Rente ist gesichert.“

Andere wieder fragen: „Wie kann ich als Christ überhaupt einen Beitrag leisten in einem sozialistischen Staat, der den echten Dialog zwischen Christen und Marxisten immer noch ablehnt!“ Dahinter stehen

[478] Anmerkungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Cottbus, Privatarchiv Lührmann
[479] Anmerkungen Pfarrer Iskrauts zu Kirchenvisitation (13.02.2017), ebd.
[480] Anmerkungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Cottbus, ebd.

enttäuschende Erfahrungen mit bornierten Gesprächspartnern. Dabei wird leicht übersehen, was schon möglich ist. Diese bitteren Erfahrungen führen schnell zur Resignation und zu der typischen „Igelstellung" der Christen. Man rollt sich ein, sieht nichts und hört nichts und zeigt der Außenwelt seine Stacheln. Aber ein Igel kann eben nicht Symbol werden für eine missionarische oder missionierende Kirche.

Es gibt auch die anderen: Sie sind der Meinung, den besten Beitrag zu leisten in der völligen Anpassung. Das sieht dann so aus: Das oberste Gebot ist „das Gebot der Stunde", wie es die Partei der Arbeiterklasse jeweils neu formuliert und das erste Gebot: „Ich bin der Herr, dein Gott, du wirst und sollst keine anderen Götter neben mir haben" bekommt dann den zweiten, dritten oder vierten Platz innerhalb des obersten „Gebots der Stunde".

Aber nun gibt uns der Hebräerbrief die Anweisung: Verschenkt euch nicht selbst, aber verschenkt soviel ihr könnt – und gerade am Geburtstag – vom Evangelium und dieses hat zum Inhalt: „Laßt uns aufeinander achthaben und uns anspornen zur Liebe und zu guten Werken".

Mir paßt an diesem Satz etwas nicht. In ihm kommt 2-mal das Wort „uns" vor. Das könnte zu dem Schluß verführen, der Kirche ginge es immer wieder um sich selber – und dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man den folgenden Vers 25 noch mitliest: Da heißt es nämlich: „Laßt uns nicht verlassen unsere Versammlungen, wie etliche pflegen". Mit anderen Worten: Kommt zur Kirche, rettet diesen Verein! Nein, so eben nicht.

Daß sich Christen versammeln (wie es andere Gruppen ja auch tun), hat hier seine besondere Bewandtnis. Es geht bei dieser Versammlung zugleich um eine innere Sammlung, um ein Zurückfinden zu Gott: Im Alltag hatte man sich redlich bemüht, als Christ zu leben. Man stand allein da, man hat dort im Betrieb, in der Schule sicherlich vieles verkehrt angepackt – wer weiß! Nun aber bekennt der Christ im Gottesdienst gemeinsam mit denen, die ihre Armseligkeit auch gespürt haben, sein Versagen und singt: Kyrie eleison, Herr, erbarme dich. Er erbittet sich Ermutigung und Neuorientierung für die kommende Woche. Wer von uns meint, darauf verzichten zu können!!! Das kann doch nur einer sein, der sein Christsein überhaupt nicht mehr ernst nimmt. Vielleicht verstehen wir jetzt ein wenig, weshalb gleich 2-mal im Text das Wörtchen „uns" steht: Es geht der Gemeinde darum, daß sie je neu ihre Identität findet, deshalb „Versammlung der Gemeinde", deshalb ist das Wörtchen uns so kostbar.

Im ersten Falle kommt es vor in der Wendung: „Laßt uns aufeinander achthaben"! Dabei fällt mir meine Kinderstube ein. Ich bin im Kreise von 6 Geschwistern aufgewachsen. Es waren knappe Zeiten, in denen wir 6 Kinder am Eßtisch saßen. Da achtete ein jeder darauf, daß die anderen die Wurst nicht zu dick auf´s Butterbrot legten. Unsere Kinderstube – ein gut funktionierender Polizeistaat. Laßt uns aufeinander achthaben – wir haben es getan. Es versteht sich, daß dies der Schreiber das Hebräerbriefes gerade nicht gemeint hat. Wir verstehen diese Ermahnung am besten vom Gegenteil her. Wir erleben nämlich, daß wir in der Regel nicht aufeinander achten. Ich komme aus Berlin. Wer merkt schon in unseren Mietskasernen (in Marzahn werden sie boshafterweise „Arbeiterschließfächer" genannt oder „Intensivhaltungen") – wer merkt denn da schon, wenn ein Nachbar krank ist oder gar stirbt. Wer sieht denn schon am Bahnhof Ostkreuz den alten Mann mit der schweren Tasche oder die junge Mutter mit dem Kinderwagen! Menschen rasen treppauf – treppab. Wer unser Tempo nicht einhält, wird angerempelt – aus Versehen natürlich, also: weil wir uns ständig ver-sehen und eben nicht aufeinander achthaben. Ich kann mir denken, daß

es für unseren Staat ein gutes Geburtstagsgeschenk wäre, wenn wenigstens schon einmal wir Christen aufeinander achthaben. Der Staat sucht nämlich nach Modellen des Zusammenlebens. Mir fällt dabei sein Modell „sozialistische Wohngemeinschaft“ ein. Wir wissen alle, daß es längst nicht so funktioniert, wie es beabsichtigt ist. Aber: Klappt es denn mit unserem Modell des Zusammenlebens: aufeinander achthaben?

Ein Modell kann ruhig klein sein, die Größe spielt eine zweitrangige Rolle. Aber – es muß erkennbar sein und: es muß auf einen größeren Maßstab übertragbar sein, sonst ist es kein Modell.

Wir versuchen es in der Weise zu geben, daß wir aufeinander achthaben, und nun nicht alleine auf der Ebene der Gemeindediakonie. Bitte verstehen Sie auch diesen Visitationsdienst in dieser Weise, aber auch die ökumenischen Besuche hin oder her, daß wir uns in der weiten Welt miteinander unseren Glauben, mit – teilen wollen, einander korrigieren und auch miteinander teilen wollen. Daß unsere ökumenischen Aktivitäten vom Staatssekretariat für Kirchenfragen geschätzt werden, kommt uns dabei nur zugute und unserem Modell: aufeinander achthaben.

Es geht jetzt um die Übertragbarkeit auf einen noch größeren Maßstab, und dafür stehen jetzt die Worte: „...und uns anspornen zur Liebe und zu guten Werken.“

Hier brauchen wir in der Tat einander. Der andere ist eben nicht immer „liebens-wert“ oder liebenswürdig, um uns ein Ansporn zur Liebe zu sein. Der Feind ist es schon gar nicht und dennoch sind wir in der Bergpredigt aufgefordert, auch ihm etwas zuliebe zu tun. Wie könnte man das tun – durchhalten, ohne sich gegenseitig zu ermutigen, ohne sich ständig einander an den Inhalt des Evangeliums zu erinnern.

Liebe, ein sehr mißverständliches Wort und dennoch das kostbarste Wort in unserer Sprache, wertvoller noch als Friede und verbindlicher als das Wort Freiheit. Und wenn wir dieses als Geschenk einbrächten? ... vom heutigen Tag an?

Laßt mich das, was Liebe bedeutet, wiedergeben in einer Umschreibung des Hohenliedes der Liebe:

Die Liebe macht frei, sie kennt keine Grenzen.
Sie bleibt nicht innerkirchlich
und auch nicht begrenzt auf sozialistische Länder.
Sie sieht die Welt und ihre Bewohner alle im gleichen Hause wohnen:
Die einen im 10. Stockwerk mit guter Aussicht
und die anderen noch unten im Keller hausen.
Sie hat einen Blick für die Wirklichkeit, wie sie ist
und ein Ohr, das den Klageruf der Leidenden vernimmt.
Die Liebe kennt keine Ideologien und freut sich jeden ehrlichen Versuchs,
die ganze Welt in ihren Problemen zu erfassen.
Sie trauert über das Unrecht und freut sich über die Sprache der Wahrheit.

Herr, laß uns aufeinander achthaben und uns zur Liebe und zu guten Werken anspornen. Amen.

In dieser Predigt vom 7. Oktober 1984 spricht Iskraut anlässlich der Kirchenvisitation darüber, wie sich die ChristInnen untereinander in der DDR verhalten sollten. Darüber hinaus führt, wie bei Pfarrer Coblenz (P4Co1984), das Ereignis des 35. Jahrestages der Republik bei Iskraut dazu, sich mit dem Staat-Kirche-Verhältnis auseinanderzusetzen und über das Verhalten der ChristInnen gegenüber dem Staat nachzudenken. Iskraut ist sich dabei bewusst, dass er nicht von allen Anwesenden für die Erwähnung dieses Ereignisses Verständnis und Zuspruch erhält. Mit Bezügen auf das Staat-Kirche-Verhältnis im Kaiserreich verdeutlicht Iskraut, dass die Kirche früher der feierlichen Begehung politischer Ereignisse unkritisch gegenüberstand. Mit der Zeit habe sich diese Einstellung allerdings gewandelt. Somit beschreibt Iskraut eine Entwicklung der Kirche von einer engen Verbindung mit Politik und Staat hin zur Skepsis gegenüber Politik auf der Kanzel. Es wird erkennbar, dass ein gewisser Konsens unter den ChristInnen besteht, politische Bezüge in der Predigt zu unterlassen. Diese einführenden Worte spiegeln die in der Einleitung dieser Arbeit dargestellten Bedenken und geäußerte Kritik gegenüber dem Politischen in der Predigt wider.[481] Auffällig ist, dass Iskraut zu Beginn seiner Ausführungen Politik in der Predigt thematisiert, im weiteren Verlauf deklariert er aber keine Inhalte explizit als politisch. Durch diese Äußerung und die weiteren Predigtausführungen macht Iskraut indes deutlich, dass er eine gewisse Notwendigkeit in der Erörterung politisch und gesellschaftspolitischer Themen in der Predigt sieht.

Anstatt die Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der DDR zu ignorieren, plädiert der Prediger hinsichtlich des Gratulierens und Mitfeierns der ChristInnen für ein „bewusstes Einbringen". Dass sich Iskraut dagegen ausspricht, sich „im Trubel festlicher Geburtstagsstimmung" zu verlieren, wird verständlich, wenn man sich vor Augen führt, wie politisch überfrachtet die Feierlichkeiten am 7. Oktober waren. Der 7. Oktober 1949 stellte laut dem *Gesetz über die Einführung der Feiertage* „einen Wendepunkt in der Geschichte Europas dar"[482] und wurde als ein „Markstein[...] in [der] neuen deutschen Geschichte"[483] angesehen. 1950 wurde der „Tag der Republik" deshalb zum gesetzlichen Feiertag erklärt.[484] Ab 1952 wurden die Feierlichkeiten des 7. Oktober zu einem Großereignis weiterentwickelt. Dem Feiertag wurde so große Bedeutung beigemessen, da durch ihn die Existenzberechtigung der DDR zur Schau gestellt wurde.[485] Dies spiegelt auch das 1984 anlässlich des 35. Jahrestages der DDR herausgebrachte Heft mit dem Titel *Wo wir sind wird auch das Leben sein* wider. In der Materialiensammlung für die Feierlichkeiten wurde im Vorwort die enge Beziehung zu den sozialistischen Bruderstaaten, der Einsatz der DDR für den Frieden, die Fortschrittlichkeit in Wirtschaft und Kultur und die Zustimmung der Bevölkerung zum sozialistischen Staat der DDR hervorgehoben.[486] Mit den Feierlichkeiten zum 7. Oktober wollte die Staatsführung die Verinnerlichung der Staatsideologie der DDR bei ihren BürgerInnen vorantreiben und sich nach außen als aufstrebende Nation präsentieren. Im Hinblick auf den 35. Jahrestag ist von Bedeutung, dass der Geburtstag der Republik fünfjährlich besonders in Szene gesetzt wurde.[487] In späteren Jahren wurden

[481] Siehe *1.2 Methodik*.
[482] Gesetz über die Einführung der Feiertage „Tag der Befreiung" und „Tag der Republik" vom 21. April 1950, www.verfassungen.de/ddr/feiertagsgesetz50.htm (12.04.2020).
[483] Ebd.
[484] Vgl. ebd.
[485] Vgl. GRIES: Der Tag der Republik, 160; KNABE: Tag der Befreiung, 19; SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 148f; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 46.
[486] Vgl. ZENTRALHAUS-PUBLIKATION: Wo wir sind wird auch das Leben sein, 2.
[487] Vgl. GRIES: Der Tag der Republik, 160; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 46f.

die Feierlichkeiten am Abend des 6. Oktober durch einen Fackelzug der FDJ inklusive Gelöbnis vor den Obersten von Staat und Partei eingeläutet. Der Jahrestag selbst begann mit einer militärischen Zeremonie der NVA.[488] Sich als Christin bzw. Christ gedankenlos in die Feierlichkeiten einzubringen, hätte die unkritische Anerkennung des sozialistischen Staates der DDR in all seinen Facetten bedeutet. Dies möchte Iskraut nicht. Er spricht sich im weiteren Verlauf der Predigt gegen völlige Anpassung, aber auch gegen völlige Verweigerung der ChristInnen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft aus. Dies macht er anhand der drei dargestellten Gruppen von ChristInnen deutlich. Dadurch wird verständlich, wie das Verhalten gegenüber dem Staat nicht aussehen sollte.

Zunächst werden die ChristInnen erwähnt, die dem Geburtstag der Republik im Speziellen sowie dem Staat im Allgemeinen mit Desinteresse und Gleichgültigkeit begegnen, solange ihr Leben und ihre Versorgung nicht gefährdet ist. Das eigene Wohlergehen steht dabei im Vordergrund. Iskraut kritisiert sowohl diesen Egoismus als auch das unpolitische Verhalten.

Das problematische Merkmal der nächsten Gruppe der ChristInnen ist der Rückzug aus der Gesellschaft aufgrund von Entmutigung. Diese ChristInnen vergleicht Iskraut mit einem Igel. Damit reagierten die ChristInnen auf die ihnen entgegengebrachte ablehnende Haltung eines Staates, der „den echten Dialog zwischen Christen und Marxisten immer noch ablehnt“. Iskraut verweist auf Erfahrungen von ChristInnen mit engstirnigen staatlichen VertreterInnen. Dies korreliert mit Uwe Funks Einschätzung, dass es staatlicherseits primär darum ging, die kirchlichen VertreterInnen in den Gesprächen mit der staatlichen Sichtweise zu konfrontieren und sie von dieser zu überzeugen oder sich über kirchliche Handlungsweisen und Veranstaltungen zu beschweren, die den Vorstellungen des Staates nicht entsprachen.[489] Während die KKL 1984 vor allem die positive Entwicklung der Gesprächskultur zwischen Kirche und Staat hervorhob,[490] beschreibt Iskraut, deutlicher als Pfarrer Coblenz in P4Co1984, aber in ähnlicher Weise, das Verhältnis und auch den Dialog weiterhin als schwierig. Laut Funk schwankten die Gespräche in den 1980er Jahren zwischen offener Kritik an der Kirche sowie dem Verweis auf ihre Zuständigkeitsbereiche und der Betonung der angeblich übereinstimmenden Ansichten.[491] Die in der Predigt geäußerte Kritik an der Gesprächsführung des SED-Regimes wird von Iskraut als ein möglicher Standpunkt von ChristInnen dargestellt, jedoch niemandem explizit zugeordnet. Im Gegenzug verweist er aber auch auf die Möglichkeiten und Chancen von Gesprächen zwischen Staat und Kirche und fordert dazu auf, diesen positiven Aspekten Beachtung zu schenken. Damit argumentiert er im Einklang mit der KKL, die im September 1984 die zunehmenden Möglichkeiten der Religionsausübung in der DDR-Gesellschaft würdigte.[492] Wie Coblenz in P4Co1984 bleibt Iskraut jedoch vorsichtig, was eine allzu zuversichtliche Bewertung des Staat-Kirche-Verhältnisses angeht. Bei einem in gewisser Art und Weise angedeuteten Verständnis für die Enttäuschung von ChristInnen hinsichtlich der staatlichen VertreterInnen, erteilt er dem Rück-

[488] Vgl. GRIES: Der Tag der Republik, 161; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 46f.

[489] Vgl. FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 40f, 42f.

[490] Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[491] Vgl. FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 45.

[492] Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

zug von ChristInnen aus der Gesellschaft dennoch eine Absage. Dies widerspreche der Weisung einer „missionarische[n] und missionierende[n] Kirche“. Im Allgemeinen wird mit dem Begriff Mission die Bekehrung Andersgläubiger oder AtheistInnen zum christlichen Glauben assoziiert. Iskraut verstand unter Mission Dialog zwischen den MarxistInnen und ChristInnen, um Fehleinschätzungen aufzuklären und so gegenseitiges Verständnis zu verbessern.[493]

Die dritte Gruppe der ChristInnen lebt in der Anpassung an das System. Anstatt das Leben nach Gott auszurichten, folge man dem von der Partei der Arbeiterklasse propagierten „Gebot der Stunde“. Iskraut kritisiert eine ständige Neuausrichtung der Lebensführung nach den gegenwärtigen Gegebenheiten. Darüber hinaus betont er die Bedeutung Gottes für die ChristInnen in allen Lebensbereichen. Damit spiegelt die Predigt Inhalte der *Barmer Theologischen Erklärung* wider.[494] Wie schon hinsichtlich der Gruppe der desinteressierten ChristInnen am Staat angeklungen, wird hier verstärkt deutlich, dass laut Iskraut das Leben in der DDR-Gesellschaft eine kritische Auseinandersetzung mit Weltanschauung und Politik beinhalten sollte.

Die drei beschriebenen möglichen Haltungen von ChristInnen gegenüber dem Staat zeigen die Spanne, in der sich die ChristInnen und die Kirche im Verhältnis zum Staat bewegten: „Zwischen Anpassung und Verweigerung“[495]. Alle drei Haltungen gegenüber dem Staat werden von Iskraut in dieser Predigt – wie schon in P4Isk1981 – als unangemessen bewertet. Während die erste Haltung dem Gebot der Nächstenliebe widerspricht, läuft die zweite Haltung dem Auftrag der Kirche in der Welt und die dritte Haltung dem ersten Gebot zuwider.

Im Zuge der Ablehnung der drei Haltungen und unter besonderer Betonung der Weltverantwortung der ChristInnen ist Hebr 10,24 laut Iskraut der „beste Beitrag“ der ZuhörerInnen zum Geburtstag der Republik. Diese Bibelstelle soll das Einbringen und das Wirken der ChristInnen in der Gesellschaft beeinflussen. Zunächst geht es aber darum, wie diese Bibelstelle das Miteinander der ChristInnen untereinander prägen kann. Dies resultiert auch aus der Tatsache, dass die Predigt im Zuge einer Kirchenvisitation gehalten wurde.

Nach Iskraut vermittelt der Vers den Eindruck, der Kirche und den Gemeinden gehe es allein um ihre Selbsterhaltung. Diesen Eindruck versucht er argumentativ abzuschwächen, indem er die Versammlung der ChristInnen mit der anderer gesellschaftlicher Gruppen gleichgesetzt. Die Einordnung von Hebr 10,24 in den Gesamtzusammenhang des Hebräerbriefes zeigt jedoch deutlich, dass es der christlichen Gemeinde um den Zusammenhalt und den Erhalt der Gemeinde ging. Besonders Hebr 10,25b[496] macht deutlich, dass die Gemeinde damals in der Enderwartung lebte und es beim Anspornen zu guten Werken und der Aufforderung zum Verbleib in der Gemeinde darum ging, keine Christin bzw. keinen Christen kurz vor dem Ziel zu verlieren. Mit seinen Ausführungen versucht Iskraut einerseits die Bedeutung der Versammlung für die ChristInnen und ihren Zusammenhalt zu verdeutlichen. Der Gottesdienstbesuch und die Gemeinschaft mit MitchristInnen sei zur „Ermutigung und Neuorientierung“ der einzelnen Christin bzw.

[493] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (20.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

[494] Die Barmer Theologische Erklärung, These I, II und III, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

[495] DEMKE: Zwischen Anpassung und Verweigerung; vgl. auch Lienemann/Reuter in FUNK: DDR-Kirchenpolitik, 5; NOWAK: Der historische Kontext, 27.

[496] [...] sondern einander ermahnen, und das umso mehr, als ihr seht, dass sich der Tag naht.

des einzelnen Christen notwendig und gehöre zur Ausübung des Glaubens dazu, weshalb nicht darauf verzichtet werden könne. Ein ähnlich positives Verständnis des Gottesdienstes findet sich auch in den von Lippelt analysierten Predigten wieder.[497] Die Betonung des Zusammenhalts ist in dieser Predigt auch dem Anlass der Kirchenvisitation geschuldet.[498] Andererseits möchte Iskraut aber die ChristInnen nicht von der Gesellschaft abgeschottet sehen und stellt deshalb Hebr 10,24 als nicht allein auf die Gemeinschaft der ChristInnen abzielend dar. Die „innere Sammlung" im Gottesdienst ist in Iskrauts Augen auch dienlich für die Gesellschaft der DDR. Dies wird im weiteren Verlauf der Predigt durch das Einbringen in die DDR-Gesellschaft im Sinne Gottes präzisiert.

Das Aufeinander-Achthaben solle nicht „ein[em] gut funktionierende[n] Polizeistaat" gleichen, in dem jeder, wie z.B. er und seine fünf Geschwister am Esstisch bei den Essensportionen, den anderen überwacht, kontrolliert und nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Dies kann als eine subtile Anspielung auf die Situation in der DDR mit Bespitzelung und Überwachung durch die Staatssicherheit gewertet werden, der Iskraut indirekt eine Absage erteilt. Des Weiteren wird anhand dieses Beispiels der Unterschied zwischen der Vorstellung Gottes, des Menschen und des Staates der DDR zum Aufeinander-Achthaben deutlich. Vielmehr gehe es in Hebr 10,24 um das Wahrnehmen und das Beachten des Anderen, was in der Gesellschaft der DDR zu kurz komme. Erneut betont Iskraut, dass das Aufeinander-Achthaben unter den ChristInnen auch in der Gesellschaft praktiziert werden soll.

Nachdem Iskraut die Anwesenden über seine Berliner Herkunft informiert hat, bringt er zur Veranschaulichung verschiedene Beispiele von Unachtsamkeit aus der Hauptstadt der DDR an, die aber zu verallgemeinern sind. Zunächst geht er auf die Wohnsituation in den Plattenbausiedlungen von Marzahn ein. Iskraut kritisiert die Anonymität in den Wohnblocks, wodurch Krankheit oder sogar der Tod einer Nachbarin bzw. eines Nachbarn unbemerkt bleiben konnten. Einer der „größten [Plattenbausiedlungen] der neuen DDR-Städte wurde[...] in Marzahn sogar für über 60.000 Einwohner gebaut."[499]. Diese Plattenbauten hatten meist 15 bis 30 Etagen. Aufgrund der Enge der Wohnungen wurden sie von „ihre[n] Bewohner[n] [...] 'Arbeiterschließfach' oder 'Wohnklo mit Kochnische'"[500] genannt. Iskraut greift in der Predigt die Titulierungen „Arbeiterschließfächer" und „Intensivhaltungen" auf. Des Weiteren bringt Iskraut Beispiele von Unachtsamkeiten am Ostbahnhof an und kritisiert damit, dass viele Menschen besonders gegenüber Alten und Hilfsbedürftigen unaufmerksam sind.

Diese Unachtsamkeit sei auch unter den ChristInnen verbreitet, weshalb vor allem dort die Fürsorge füreinander gesteigert werden sollte. Schon dies beschreibt Iskraut als guten gesellschaftlichen Beitrag. Darüber hinaus behauptet Iskraut, der Staat sei auf der Suche „nach Modellen des Zusammenlebens" als Alternative zur defizitären sozialistischen Wohngemeinschaft. „Das Wohnungsbauprogramm [...] [wurde als] das Kernstück der Sozialpolitik"[501] bezeichnet. Die SED verband mit dem Wohnbau und den Wohnkollektiven hohe Ziele, die sozialistische Lebensweise zu fördern und die sozialistische Persönlichkeit der Menschen auszubilden. Zusätzlich sollte der sozialistische Wohnungsbau die wirtschaftlichen Unterschie-

[497] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 320.
[498] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.
[499] STEINHAUSER: Großsiedlungen, 82.
[500] LIEBSCHER: Wohnen für alle, 89.
[501] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 58.

de der BürgerInnen aufheben. Darüber hinaus sollten laut Parteiprogramm der SED die außerberufliche Zeit in kontrollierte Bahnen gelenkt und der Gemeinschaftssinn gestärkt werden.[502] Die Verfassung der DDR betonte die „Verantwortung [jedes Einzelnen] für das Ganze“[503]. Nach der Historikerin Anita Maaß und des Sozialwissenschaftlers Carsten Keller war es dem SED-Regime aber nicht möglich, die völlige Kontrolle über das Privatleben der DDR-BürgerInnen in den Wohnblocks zu erlangen. Auch das mit dem sozialistischen Wohnungsbau verfolgte Ziel der Kollektivierung konnte nicht erreicht werden.[504] Dies stützt Iskrauts Aussage, dass die mit der „sozialistischen Wohngemeinschaft“ verfolgten Ziele nicht verwirklicht wurden. Die beschriebene Größe der Wohnblocks führte zur erwähnten Anonymität und trug nicht zur Förderung des Zusammenhalts und der Fürsorge für die Wohngemeinschaft bei. Darüber hinaus hielten sich die DDR-BürgerInnen laut Keller und dem Historiker Robert Liebscher aufgrund der allumfassenden Organisiertheit der DDR-Gesellschaft in ihrer Freizeit häufig im Privaten auf.[505] Die negative Einschätzung der sozialistischen Wohngemeinschaft stellt Iskraut als allgemein bekannt dar, wobei Iskraut rückblickend darauf verwies, dass die gegenseitige Hilfe der NachbarInnen positiv zu bewerten ist. Iskraut wollte mit seinen kritischen Ausführungen zur sozialistischen Lebensweise aufzeigen, dass sie „durch die Aufnahme von christlichen Aspekten verbessert werden würde.“[506] Er fordert aber auch zur kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen, christlichen „Modell des Zusammenlebens“ auf.

Der Prediger beschreibt verschiedene Situationen, in denen ChristInnen seiner Meinung nach das Aufeinander-Achthaben praktizieren. Dabei wird auch der Kirchenvisitationsdienst als ein Beispiel der Gemeindediakonie genannt. Iskraut möchte die Kirchenvisitation als Möglichkeit verstanden wissen, den Glauben weiterzutragen, neu auszurichten und miteinander zu leben. Die Kirchenvisitation soll somit Gemeinschaft und Zusammenhalt der ChristInnen stärken. Mit den ebenso angeführten ökumenischen Besuchen in der ganzen Welt würden ähnliche Ziele verfolgt. Die von Iskraut erwähnte Anerkennung der ökumenischen Besuche durch das Staatssekretariat für Kirchenfragen kommt auch in der Pressemitteilung zum Gespräch vom 6. März 1978 zwischen Honecker und Schönherr zum Ausdruck.[507] Laut Iskraut hätte sich die Kirche immer auf das Spitzengespräch berufen.[508] Nach Iskraut käme diese Anerkennung den ChristInnen „zugute und unserem Modell: aufeinander achthaben.“ Die genannte staatliche Anerkennung verleiht seiner These, dass dieses Modell „der beste Beitrag“ zum Geburtstag der Republik ist, mehr Gewicht.

Anhand des zweiten Versteils von Hebr 10,24 zeigt Iskraut, wie das christliche Modell „auf einen grö-

[502]Vgl. GLESERMAN: Lebensweise und ideologischer Kampf, 576f; KELLER: Leben im Plattenbau, 39; LIEBSCHER: Wohnen für alle, 95; MAAß: Wohnen in der DDR, 50, 52f, 171; Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 30, 58, 88; Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 25, 2, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[503]Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 3, 2, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[504]Vgl. KELLER: Leben im Plattenbau, 22; MAAß: Wohnen in der DDR, 177.

[505]Vgl. KELLER: Leben im Plattenbau, 22f; LIEBSCHER: Wohnen für alle, 97.

[506]Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

[507]Vgl. Gleichberechtigt und gleichgeachtet. Das Gespräch des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978. 3. Pressemitteilung des Staatsrates der DDR in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 220.

[508]Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

ßeren Maßstab übertragbar“ ist. Dies sei aber erst durch die Gemeinschaft der ChristInnen untereinander möglich, denn sie bedürften der gegenseitigen Ermutigung, Gutes am Mitmenschen zu tun. Die fehlende Liebenswürdigkeit der bzw. des Nächsten oder der Feindin bzw. des Feindes erschwere das Realisieren von Nächstenliebe. Damit fordert er die Anwesenden auf, sich an die Inhalte des Evangeliums zu erinnern und sich gegenseitig Ansporn im Glauben und guten Werken zu sein. An dieser Stelle wird erneut die Notwendigkeit des Gottesdienstbesuchs sowie der Gemeinschaft und des Zusammenhalts der ChristInnen untereinander betont. In jedem Fall vertritt Iskraut hier den Standpunkt des BEK, sich in der DDR-Gesellschaft zum Wohle der MitbürgerInnen zu engagieren.[509] Besonders in der Auseinandersetzung mit der Formel *Kirche im Sozialismus* wurde dies deutlich. Diese 1971 erstmals genutzte Formel führte zu Missverständnissen zwischen Staat und Kirche.[510] Der Staat sah in dieser Formel laut dem Theologen Rudolf Mau eine „Loyalitätserklärung und Treuegarantie für das Regime“[511]. Dem BEK ging es aber einerseits um eine Standortbestimmung. Andererseits kam in der Formel das Verantwortungsgefühl für die sozialistische Gesellschaft und das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Engagement zum Ausdruck.[512] Die Kirche akzeptierte laut dem Politologen Horst Dähn somit die „DDR als Staat und Gesellschaft, ohne dass damit jedoch die weltanschauliche Herrschaftslegitimation der SED anerkannt worden wäre.“[513] Die Kirche wollte keine „Stütze der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung“[514] sein. Albrecht Schönherrs Äußerungen am 6. März 1978 spiegeln die Einschätzung Dähns wider. Schönherr zitierte hinsichtlich der Formel *Kirche im Sozialismus* die Synode in Schwerin und verwies somit darauf, dass *Kirche im Sozialismus* nur dann gegeben wäre, wenn ChristInnen „einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in Freiheit und Bindung des Glaubens finden“[515]. Trotz der Ungebundenheit des „christliche[n] Glaube[ns] [...] an einen bestimmten Staat oder an eine Staatsform“[516] ginge es den ChristInnen als StaatsbürgerInnen aber nicht nur um das Einhalten der Gesetze, sondern um die Verantwortung für die Nächste bzw. den Nächsten sowie für den Staat, die aus dem Glauben erwachse. Darüber hinaus betonte Schönherr die gemeinsame Verantwortung von Staat und Kirche „für die gleiche Welt und für den gleichen Men-

[509] Vgl. Bericht der KKL 1974 zitiert in: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[510] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes im Mai 1977 in Görlitz in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 205; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 45; GAUCK: Winter im Sommer, 146.

[511] MAU: Eingebunden, 73; vgl. auch Gleichberechtigt und gleichgeachtet: Das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978. 3. Pressemitteilung des Staatsrates der DDR in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 219; VOLLNHALS: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter, 442.

[512] Vgl. DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 127, 130; GAUCK: Winter im Sommer, 146; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 45; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69f; Schönherr (1971) zitiert in: aaO, 70; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; VOLLNHALS: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter, 442.

[513] DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 127.

[514] Ebd.

[515] Gleichberechtigt und gleichgeachtet: Das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978. 2. Ausführungen von Bischof D. Albrecht Schönherr in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 214f.

[516] AaO, 214.

schen“[517]. Bei der Bundessynode im September 1984 wurde die Verortung *Kirche im Sozialismus* wieder aufgegriffen und als „an Jesus Christus gebundene Kirchen [definiert], die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft ihre Möglichkeiten für Gottes Lob, Zeugnis und Dienst, aber auch ihre Aufgaben zur Bewährung haben.“[518] Diese Aussage kommt der Aufforderung Iskrauts zum Einbringen in die Gesellschaft der DDR sehr nahe. Man sah sich von staatlicher Seite als eine „aktive[...] mitgestaltende[...] Kraft in der sozialistischen Gesellschaft“[519] anerkannt. Die KKL stimmte als Reaktion auf ein Interview Honeckers zum Staat-Kirche-Verhältnis „offenen, vertrauensvollen, verfassungsgemäßen, konstruktiven Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu und erk[annte] die Bemühung vieler verantwortlicher staatlicher und gesellschaftlicher Mandatsträger in dieser Richtung an.“[520] Konflikte wurden nicht kategorisch ausgeschlossen, sollten aber gemeinsam einer Lösung zugeführt werden.[521]

Am Schluss der Predigt verdichtet Iskraut den Inhalt von Hebr 10,24 auf das Wort Liebe. Er beschreibt Liebe als „das kostbarste Wort in unserer Sprache“ und bemisst die Bedeutung von Liebe höher als die von Freiheit und Frieden, weil diese beiden nur aus Liebe erwachsen können. Er fordert die Anwesenden mit einer rhetorischen Frage dazu auf, das Aufeinander-Achten innerhalb der christlichen Gemeinschaft und in der Gesellschaft zu praktizieren und damit einen Beitrag zur Gesellschaft der DDR zu leisten. Damit hält Iskraut an seiner Position fest, dass die ChristInnen in einer bestimmten Art und Weise an dem Geburtstag der Republik und der Gesellschaft der DDR Anteil haben sollen. Die anfangs von Iskraut aufgestellte These ist somit auch Konklusion der Predigt: Er spricht sich gegen den Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft aus und fordert die Gemeindemitglieder auf, einen Beitrag zum besseren Zusammenleben und Gelingen der Gesellschaft zu leisten. Damit spiegelt die Predigt den kirchlichen Standpunkt wider, dass die Christin bzw. der Christ sich hinsichtlich des Staates und der Gesellschaft „von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß.“[522] Wie das Handeln in und an der Gesellschaft, d.h. das Aufeinander-Achthaben und das Bemühen um die Nächste bzw. den Nächsten, konkret aussehen soll, wird anhand der Negativbeispiele und in der abschließenden „Umschreibung des Hohenliedes der Liebe“ deutlich. Es werden keine konkreten Bezüge zur Gemeinde hergestellt, da Iskraut nur bedingt mit den Lebensumständen der Gemeinde vertraut war. Die Predigt ist der handlungsweisenden politischen Predigt zuzuordnen, hat jedoch auch urteilsbildende Anteile, da der Prediger versucht, die Anwesenden argumentativ von seiner Sichtweise zu überzeugen. Der Prediger schließt sich in den Adressatenkreis der Handlungsaufforderung mit ein.

Mit der „Umschreibung des Hohenliedes der Liebe“, die politisch stark aufgeladen ist, wird verdeutlicht, was Liebe ausmacht. Zunächst wird die befreiende Wirkung und die Grenzenlosigkeit der Liebe

[517] Ebd.

[518] Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR vor der Bundessynode in Greifswald vom 21. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 173.

[519] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

[520] Ebd.

[521] Vgl. aaO, 70.

[522] Gleichberechtigt und gleichgeachtet: Das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978. 2. Ausführungen von Bischof D. Albrecht Schönherr in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft, 214.

betont. Sie beschränke sich weder nur auf die Kirche und ihre Mitglieder, wie in den vorherigen Ausführungen schon festgestellt, noch auf die sozialistischen Länder. Damit spricht der Prediger sensible Themen an. Einerseits ist hier von Grenzenlosigkeit und Freiheit die Rede, die in der DDR aufgrund vielfältiger Einschränkungen nicht gegeben waren. Nach Iskraut dachten die ZuhörerInnen damals bei dem Wort „Grenze“ immer auch an die innerdeutsche Grenze. Iskraut betonte: „Es war kein neutrales Wort mehr seit dem 13. August 1961.“[523] Andererseits weitet er entgegen der Propaganda der DDR, die immer wieder „von der Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Völkern und Staaten“[524] sprach, die Liebe auf die nicht-sozialistischen Staaten aus. Dies bedeutet folglich auch Feindesliebe bzw. Liebe gegenüber dem Politisch-Andersdenkenden. Überdies vergleicht der Prediger die BewohnerInnen der Welt – korrelierend mit den vorherigen Ausführungen zur sozialistischen Wohngemeinschaft – mit einer Hausgemeinschaft und betont damit die gemeinsame Betroffenheit von der weltlichen Situation. Dieser Gedankengang war auch Grundlage des Konzepts der „gemeinsamen Sicherheit“[525], das vom BEK, der Ökumene und den *Vereinten Nationen* propagiert wurde und auch in der Predigt von Pfarrer Coblenz (P2Co1984) anklingt. Iskraut vergleicht unterschiedliche Wohnsituationen der HausbewohnerInnen mit unterschiedlichen Lebenslagen. Die Liebe nehme die Menschen in ihren Lebenslagen und mit ihren Nöten wahr und setze sich für die Leidenden ein. Damit wird die Verantwortlichkeit für die Schwachen, Leidenden und Menschen in schwierigen Lebenslagen in Gesellschaft und Welt betont. Die Nächstenliebe wird im Zuge dessen auf die Welt ausgedehnt und im Sinne des BEK durch die Weltverantwortung der ChristInnen erweitert.[526] Auch sei die Liebe keiner Ideologie zuzuord-

[523] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

[524] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 49.

[525] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Sozialismus und dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 11f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 66; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7; Aus der Ansprache von Bischof Dr. Horst Gienke zur Begrüßung von Erich Honecker und Olof Palme in der St.-Marien-Kirche zu Stralsund am 30. Juni 1984 in: SEKRETARIAT DES HAUPTVORSTANDES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS (Hg.): Christliche Existenz im sozialistischen Staat Heft 243, 16; 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 39/156. Strengthening of international security: common security, 17 December 1984, 97, https://undocs.org/en/A/RES/39/156 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 93, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89, 92, 94f, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[526] Vgl. Kursche in: Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829; Stolpe in: ebd; Arbeitsgruppe I in: Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und nationale Souveränität. Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII, Eisenach, Deutsche Demokratische

nen, sondern plädiere für die Betrachtung der Welt in Gänze und mit all ihren Problemen. Die Liebe beklage das Unrecht in der Welt und finde an der „Sprache der Wahrheit“ Gefallen. Diesen Aspekt hatte Iskraut einer Meditation Jörg Zinks zu 1. Kor 13 entnommen. Laut Iskraut hörten ChristInnen in der DDR bei dem Wort Wahrheit „das Gegenteil – nicht nur Unwahrheit, sondern Propaganda“[527] – mit. Eng mit der Wahrheit sei die Ehrlichkeit verknüpft. Dementsprechend kann diese Äußerung Iskrauts als Begründung für das Ansprechen von kritischen Punkten durch die Kirche sowie als Anspielung auf und Kritik an der verzerrten Darstellung und Beschreibung der Wirklichkeit in der DDR angesehen werden. Iskraut plädiert hier implizit für Offen- und Ehrlichkeit sowohl von kirchlicher als auch von staatlicher Seite. Der BEK sprach sich gegen den Rückzug aus der Welt aus. Gleichzeitig plädierte er für den Einsatz in der Gesellschaft, für kritische Auseinandersetzung von ChristInnen mit staatlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sowie für „aktuelle[s] Bekennen auch in den Fragen gesellschaftlicher und politischer Verantwortung“[528].

Republik, 21.-25. November 1984, EZA 101/4830; Zwischenreflexionen in: ebd; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 187; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[527] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

[528] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20; vgl. auch Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis“ in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 23.

3.12 Brand: Predigt vom 11. November 1984 (P4Br1984)

Die Predigt wurde am 11. November 1984, dem Beginn der Friedensdekade mit dem Thema *Leben gegen den Tod*, in Waldenburg und Dürrenuhlsdorf gehalten. Mit 1. Thess 5,1-6 folgt Pfarrer Brand dem Vorschlag der laufenden VI. Ordnung für den drittletzten Sonntag des Kirchenjahres. Brands Ausführungen setzen sich mit dem überordneten Thema der Friedensdekade auseinander, auch wenn er keinen direkten Bezug auf die Materialien der Friedensdekade nimmt.[529]

1. Thess 5,1-6 **Dürrenuhlsdorf, Waldenburg drittl. d. Kj. (11.11.)84**

Liebe Gemeinde!

In dieser Woche sprach ich mit jungen Leuten anhand des heutigen Predigttextes über das Ende: Es ist erschreckend! Dort die Wiederwahl eines Herrn Reagan, der sich nicht genug tun kann, Tod auf Tod zu häufen: Raketen, Invasion, Laserwaffen im Weltraum. Hier sowjetische Eliteeinheiten, die auf dem Boden der DDR Krieg in der Bundesrepublik üben, Panzer, die in einer Nacht kaputtfahren, was mühsam genug erhalten und gebaut wurde, und die im Bedarfsfall nicht mit Gummibällen schießen, dazu Raketen usw.

Schließlich das Wissen, daß unsere ganze Welt nicht unendlich ist, daß unsere Sonne, die ja nichts anderes als ein riesiger Kernreaktor ist, die Hälfte ihrer Brenndauer schon erreicht hat, am Schluß das Wissen: Unabhängig von all diesen Bedrohungen ist dein und mein Leben sowieso nicht ewig, es kann heute oder morgen zu Ende sein – ein Unfall, eine plötzliche Krankheit und aus!

Es ist ernüchternd und erschreckend – erschreckend, so lange man vom Ende spricht. Nur eben das tut Paulus gerade nicht. Er spricht nicht vom Tag des Endes. Er spricht vom Tag des Herrn. Das ist der Unterschied. Freilich, ernüchternd genug bleiben die Tatsachen. Wir tun gut daran, sie nicht von uns zu schieben, sondern uns ihnen zu stellen.

Nur ist uns damit geradezu verboten in irgendwelche Endzeitpanik zu verfallen,

sei es in eine religiöse Endzeitpanik, die die biblischen Zeichen der Zeit angeblich ganz genau erkennen will, in einen frommen Enthusiasmus verfällt und die Realitäten unserer Welt darüber vergißt,

oder sei es in eine innerweltliche Friedens- und Ökologiepanik, die sich in hektischen Aktionen verzettelt, und Gott dabei vergißt, der noch immer und allein am Ende unserer Welt steht.

Der Tag des Herrn kommt wie der Dieb in der Nacht, völlig unerwartet! Keine biblische und keine militärstrategische Berechnung kann ihn jemals erfassen und sicher bestimmen. Denn allein Gott, der Herr, hat diesen Tag bereits bestimmt, aber er hat ihn bislang niemandem mitgeteilt, weder dem Frommsten noch dem Klügsten.

Ein junger Mann sagte in unserem eingangs erwähnten Gespräch: „Wenn es sich so verhält, ist das Ziel ja uninteressant!“ Tatsächlich! Wenn wir Christen nur nicht vergessen, daß wir vom Ziel und damit

[529] Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984.

vom Tag des Herrn reden und nicht vom Ende, vom Tag des wahnsinnig gewordenen Menschen, dann ist das Ziel uninteressant.

Es ist sinnlos, ja es ist unverantwortlich vergeudete Zeit, sich damit aufzuhalten, wann und wie dieser Tag des Herrn sein wird.

Um so notwendiger wird es aber, den richtigen Weg einzuschlagen. Es wird ein sinnloses, ja es wird ein vergeudetes Leben, wenn es nicht konsequent auf das Ziel, nämlich auf den kommenden Herrn zugeht. Paulus macht das an einigen Beispielen deutlich; ich will heute, am Beginn der Friedensdekade nur eins nennen: „Sie sagen: Es ist Friede, es hat keine Gefahr, da wird sie das Verderben überfallen." Modern ausgedrückt: Sie sagen: „Wir tun alles für die Erhaltung des Friedens! Gleichgewicht des Schreckens, tausendfacher, grauenhafter Tod auf beiden Seiten, dies ist das sicherste Rezept. Damit erhalten wir seit fast 40 Jahren den Frieden. Natürlich, selbstverständlich wollen wir das alles gar nicht. Aber die Anderen, die da drüben, das sind die Kriegstreiber, die rüsten dauernd auf. Da müssen wir doch mithalten, sonst werden wir überfallen!" Und die ganze große, dumme Masse legt die Pantoffeln hoch, genehmigt sich ein Bier und glaubt den Unsinn. Daß man in Mitteleuropa heute jeden Menschen 400.000 mal umbringen kann, das rührt gar niemand! Ich für meinen Teil kann aber nur einmal sterben, und das ist schlimm genug. Für die restlichen 399.999 mal, die man mich noch umbringen könnte, gibt es nur einen Ausdruck:

unmenschlichster Wahnsinn!

Aber wer sagt mir denn, daß da nicht irgendeine Elektronik versagen kann, daß ein einziger der Männer, die die Nuklearraketen in der Gegend herumfahren, eine einzige Sekunde nicht aufpaßt – und das Inferno beginnt, in dem es uns und unseren Kindern die Haut vom lebendigen Leib brennen wird, bevor wir zu glühender Asche werden oder unter Schmerzensgebrüll am Strahlenkrebs eingehen.

„Sie sagen, es hat keine Gefahr, da wird sie das Verderben überfallen wie ein schwangeres Weib die Wehen, und sie werden nicht entfliehen. Aber ihr Christen," sagt Paulus weiter, „seid keine Kinder dieser Nacht und dieses Todes. Ihr seid Kinder des Tages. Man kann auch sagen: Kinder des Lebens. Oder gerade darin besteht die Verpflichtung: Laßt uns nicht schlafen wie die anderen, sondern wachen und nüchtern sein!"

Konkret:

Wir haben die Aufgabe, Umstände und Tatsachen aufzuhellen, wo die Menschen verdummt und verführt werden sollen. Christen sind keine Nachtwächter in einer schlafenden Welt, die nur dumpf die Stunden ausrufen und höchstens mal Alarm schlagen, wenn schon ein Unheil im Gange ist. Christen sind vielmehr Fackelträger Gottes, damit es hell in unserer Welt wird, damit die Menschen sich besehen können, damit sie die Wahrheit erkennen, damit sie sich nicht einlullen lassen und langsam eindämmern, damit Diebe und Mörder sie nicht zu überraschen vermögen.

Christen sind als Fackelträger Gottes weiterhin Wegweiser in der Nacht, damit die Menschen, die nicht dösen, sondern sich aufgemacht haben und durch die Nacht wandern, das Ziel ihres Lebens nicht verfehlen, damit sie nicht irgendeinem Irrlicht nachgehen, etwa irgendwelchen menschlichen Versprechungen von einer besseren Zukunft oder einer falschen Romantik vom einfachen und ursprünglichen Leben oder einer mehr oder weniger gewaltsamen Protestbewegung, die nichts ausrichtet als Haß und Streit, und was es

da sonst an Irrlichtern noch geben mag.

Nein, Christen sind Wegweiser und Wegbegleiter. Sie beten und handeln wach und nüchtern für diese Welt und ihre Menschen, aber sie leuchten zu dem, der nach der letzten Atomrakete kommen wird, den keine Laserwaffe treffen kann. Ohne Gott bleibt den Menschen am Ende nur der Tod – so oder so.

Mit Gott bleibt den Menschen am Ziel nur das Leben – wie sehr der Tod bis dahin auch nach ihnen greifen mag.

Amen.

Resultierend aus 1. Thess 5,1-6 und aufgrund der anstehenden Friedensdekade mit ihrem Motto *Leben gegen den Tod* setzt sich Brand in dieser Predigt mit dem Ende der Welt auseinander. Dieses betrachtet er sowohl aus weltlicher als auch aus christlicher Sicht. Wie im Material zur Friedensdekade sieht Brand eine Notwendigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Tod gegeben.[530] Schon in der vorangegangenen Woche hatte er dies im Austausch mit Jugendlichen zum Thema gemacht.

Die Welt und der Mensch sind durch die Endlichkeit der lebensnotwendigen Sonne sowie durch Krankheit, Unfälle und Tod bedroht. Mit diesen Verweisen führt Brand den ZuhörerInnen die natürliche Vergänglichkeit von Erde und Lebewesen vor Augen. Darüber hinaus zeigt Brand unter Verweis auf die neusten Entwicklungen die erhöhte Wahrscheinlichkeit eines baldigen und grausamen Endes der Welt als Folge menschlichen Handelns auf. Wie er schon in P2Br1980 die Wahl Reagans kritisch betrachtete, bemängelt er in dieser Predigt Reagans Wiederwahl zum Präsidenten der USA und dessen Streben nach Aufrüstung. Im Zuge dessen findet auch die Stationierung von Waffen im Weltraum, Reagans geplante *Strategic Defense Initiative* (SDI), Erwähnung. Während der BEK die SDI kritisch beurteilte, identifizierte er die USA, aber niemals Reagan selbst als Initiator dieser Aufrüstungsinitiative.[531]

Neben der Kritik an den Aufrüstungsbemühungen des Westens betrachtet Brand auch die Truppenübungen der sowjetischen Einheiten in der DDR, die sich auf einen möglichen Krieg in der BRD vorbereiten. Laut den Historikern Ilko-Sascha Kowalczuk und Stefan Wolle waren die Angehörigen der *Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland* (GSSD) eine „Elitetruppe“[532], die sich durch die modernste Waffenausrüstung auszeichnete. Die GSSD übte „die fiktive Einnahme westlicher Städte, Regionen und Staaten.“[533] Während Brand unterschiedlichen Arten der Zerstörung durch die Militärübungen spricht, schildern Kowalczuk und Wolle im Besonderen die daraus resultierende Umweltzerstörung.[534] Zusätzlich erwähnt Brand die Aufstellung neuer Raketen nach dem Scheitern des NATO-Doppelbeschlusses im Herbst 1983.[535] Nach Brand sind – entgegen der Argumentation von DDR, UdSSR und des Westens, aber im Einklang mit dem BEK[536] – somit beide Blöcke verantwortlich für die Aufrüstung und die zusätzli-

[530]Vgl. Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: aaO, 3.

[531]Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213; Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 242; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; Stolpe: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: aaO, 67; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 19.

[532]KOWALCZUK/WOLLE: Roter Stern über Deutschland, 114.

[533]AaO, 118f.

[534]Vgl. aaO, 156, 158.

[535]Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 67; SCHWABE: Verhandlung und Stationierung, 80.

[536]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vom 25. September 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 308; Erklärung der Bundessynode in Potsdam zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen vom 20. September 1983 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 149; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn

che Bedrohung der Menschheit. Der BEK widersprach nur einmal der Verantwortung beider Blöcke für das Wettrüsten, als er gemeinsam mit der ROK die Aufstellung der sowjetischen Raketen als durch den Westen erzwungene Maßnahme der Warschauer Vertragsstaaten beschrieb.[537] Wie schon Pfarrer Iskraut und Pfarrer Meckel in P3Isk1979 und P2Meck1981 kritisiert Brand im weiteren Verlauf der Predigt den gegenseitigen Vorwurf beider Blöcke als Rüstungstreiber im Gegensatz zum eigenen vermeintlichen Friedenswillen.[538] Dies sowie die angebliche Aufrechterhaltung des Friedens bzw. Steigerung der Sicherheit durch Nachrüstung bezeichnet er als Täuschung. Somit schwingt die Kritik an der Argumentation mit, durch mehr Waffen die nationale Sicherheit steigern zu können. Der BEK fasste diese Denkweise kritisch in „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[539] zusammen. Brand bindet Zahlen zum Tötungspotential der angehäuften Waffen, die Möglichkeit einer atomaren Katastrophe aufgrund menschlicher Fehler und eine sehr bildliche Darstellung von Zerstörung, gesundheitlichen Folgen und Tod durch Atomwaffen in seine Ausführungen ein. Damit verdeutlicht er die Bedrohung der Bevölkerung Mitteleuropas, die von der stetigen Aufrüstung und der bloßen Existenz atomarer Waffen ausgeht. Indem er von MitteleuropäerInnen spricht, hebt er die gemeinsame Betroffenheit hervor. Wie der BEK spricht auch Brand sich gegen Aufrüstung aus und verweist auf die Bedrohung, die davon ausgeht. Durch konkrete Beispiele stützt er seinen Standpunkt und erhöht somit die Nachvollziehbarkeit sowie die Anschaulichkeit. Mit der Darstellung von Szenarien und Folgen des Einsatzes atomarer Waffen werden die ZuhörerInnen emotional angesprochen und aufgewühlt.

Das in 1. Thess 5,1-6 erwähnte Ende der Welt, als Tag des Herrn oder jüngstes Gerichts, ist das tragende theologische Motiv dieser Predigt. Es hat mit dem möglichen, vom Menschen durch Krieg und Umweltzerstörung herbeigeführten Ende der Welt gemeinsam, dass das konkrete Datum ungewiss ist und ihm etwas Bedrohliches innewohnt. Die beiden Ereignisse unterscheiden sich aber darin, dass dem Tag des Herrn oder dem jüngsten Gericht das ewige Leben, die Erlösung folgen kann. Diese Aussicht soll davor bewahren, in Panik zu verfallen: weder in religiösem Sinne, indem man die Endzeit angebrochen sieht, sich religiös auf das Ende vorbereitet und dafür aus der Welt zurückzieht; noch in weltlichem Sinne, indem man durch unüberlegtes Friedens- und Umweltengagement versucht, die Welt zu retten und darüber Gott vergisst. Brand plädiert für einen Mittelweg, der den Tag des Herrn sowie die Bedrohungen der Welt im Blick behält und daraus resultierend in der Welt handelnd tätig wird. Damit wird der Gedanke des anbrechenden Gottesreiches im Sinne eines eschatologischen Vorbehalts in der Welt in seine

Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 193; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32.

[537] Vgl. Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25.

[538] Vgl. BRÜHL u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, 433, 463, 466, 534, 568ff; NEIDHARDT/MARUM: Der Kalte Krieg, 40f; PREISS/WAGNER: Das konventionelle Kriegsbild, 76; WETTIG: Modelle, 19, 25.

[539] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; vgl. auch ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 15. Für weitere Informationen siehe *3.2.3 Auseinandersetzung des BEK mit den Themen Frieden und Abrüstung. Stellungnahmen zu aktuellen Aufrüstungsbestrebungen und Abrüstungsverhandlungen.*

Predigtausführungen integriert. Im Sinne des Mottos der Friedensdekade, *Leben gegen den Tod*, möchte Brand, dass die ChristInnen ein Leben im Diesseits führen, ausgerichtet nach dem Willen Gottes und für das Leben in der Welt eintretend.[540] Damit reiht er die Bibelstelle in die von Paulus wiederholte Aufforderung an die ersten ChristInnen ein, im Sinne Gottes in der Welt zu wandeln.[541] Darüber hinaus versichert er die Anwesenden der Allmacht Gottes, indem er prognostiziert, dass das Ende der Welt allein in Gottes Hand liegt, nur er den tatsächlichen Zeitpunkt kennt und bestimmt, unabhängig davon, wie dieses Ende zustande kommt. Damit wird den GottesdienstbesucherInnen die Angst vor dem völligen Ausgesetztsein der weltlichen Gegebenheiten genommen und ihnen die Fürsorge Gottes zugesprochen.

Die Verantwortung für Welt, Gesellschaft und Mitmenschen geht laut Brand mit der Aussicht auf das ewige Leben einher. Damit weist die Predigt Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf. Wie in 1. Thess 5,1-6 unterscheidet Brand die Menschen 1984 nach ihrem Verhalten. Er überträgt 1. Thess 5,2-3 ohne historische Einordnung wörtlich auf die Gegenwart. Danach kommt der Tag des Herrn genau dann, wenn man sich in Sicherheit wiegt, wie ein Großteil der Menschheit nach Brand dies 1984 tut. Er kritisiert, wie schon in P2Br1980 angedeutet, die Leichtgläubigkeit und Einfältigkeit vieler im Hinblick auf die Bedrohung der Welt durch Waffen und fordert die Anwesenden im Sinne von 1. Thess 5,6 dazu auf, wachsam zu sein. Unter Wachsamkeit versteht er, dass ChristInnen Vorgänge in der Welt kritisch hinterfragen, Unwahrheiten aufdecken und offen darauf hinweisen. Es handelt sich somit auch um Informiertheit, Urteilsbildung und eine offene Positionierung aus dem Glauben heraus. Mit Brands Predigtausführungen fungiert er in gewisser Weise als Vorbild. Der Hinweis auf kritische Entwicklungen soll nicht erst kurz vor oder beim Ausbruch der Katastrophe gegeben werden. Vielmehr ruft Brand die Anwesenden dazu auf, sensibel für zukünftige Ereignisse und deren Folgen zu sein, Entscheidungen oder Handlungen zu hinterfragen und dadurch vorausschauend auf mögliche Entwicklungen zu reagieren. Damit beschreibt er die bewusste und kritische Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen als eine Daueraufgabe der ChristInnen, die nicht nur in Zeiten von Bedrohung praktiziert werden soll. Der BEK betonte in der Auseinandersetzung mit dem Friedensbekenntnis im Jahr 1986: „Unsere Bindung an das Evangelium verlangt, angesichts der anstehenden Situation verschärfter Atombedrohung eindeutig für den Frieden mit Hilfe positiver und negativer Aussagen bekennend einzutreten.“[542] Die ChristInnen und Kirchen sollten „ständig nach den Grenzen ihres Gehorsams gegenüber den Autoritäten [...] fragen, dies aber eben in den gesellschaftlichen Strukturen und in der Verantwortung für ihre konkrete Gestaltung.“[543]

Wie schon im Zuge des Aufrufs zum Einsatz für die Welt im Sinne Gottes, präzisiert Brand an-

[540] Vgl. Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 4.

[541] Beispielhaft vergleiche 1. Kor 6,20 oder Rm 12,1f.

[542] Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis“ in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 23; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: aaO, 20.

[543] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: aaO, 20.

schließend, wie der gesellschaftliche Einsatz aussehen kann. Er kritisiert das Hinnehmen von weltlichen Gegebenheiten, die dem Willen Gottes widersprechen. Die ChristInnen sollen ihre Mitmenschen auf Gott, seinen Willen und sein letztes Ziel für die Menschen hinweisen. Brand greift in diesem Zusammenhang das Motiv vom „rechten Weg“ auf, auf den die ChristInnen ihre Mitmenschen leiten sollen. Damit ist die Predigt missionarisch ausgerichtet. ChristInnen sollen ihre Mitmenschen davor bewahren, Irrlichtern politischer, ideologischer oder theologischer Art zu folgen. Ähnlich formulierte der BEK zusammen mit der EKD anlässlich des 50. Jahrestages der Veröffentlichung der *Barmer Theologischen Erklärung* 1984. In einem Wort an die Gemeinden sahen sie die gesellschaftliche Aufgabe der ChristInnen darin, „Jesus Christus zu bekennen gegenüber den Irrlehren unserer Zeit, auch wenn sie nicht so eindeutig wie damals [zur NS-Zeit] zu bestimmen sind“[544]. Nach Brand sind die Abwendung vom Glauben oder von der Gesellschaft, aber auch die Hinwendung zu Gewalt als Form des Widerstandes als Irrlichter zu verstehen. Man kann darin eine Kritik am Sozialismus und Kommunismus erkennen, nach denen es der Mensch ohne Glaube und Religion besser hat.[545] Die Kritik am gewaltsamen Protest kann eine Anspielung auf die RAF sein, die auch in den 1980er Jahren in dritter Generation Terror in der BRD verbreitete, um ihre Ziele durchzusetzen.[546] Wie schon in den Ausführungen zur Endzeitpanik angedeutet, spricht Brand sich gegen einen Rückzug aus der Gesellschaft, aber auch gegen einen Kampf gegen die Gesellschaft aus. Auch der BEK tadelte „Tendenzen zur Weltflucht und Weltverneinung“[547]. Brand verstärkt erneut gegen Ende der Predigt die Aufforderung an die Anwesenden, in und an der Gesellschaft tätig zu werden. Die Handlungsaufforderung zur Wachsamkeit und zur Mission werden am Ende der Predigt untermauert, indem Brand betont, dass – ganz im Sinne von 1. Thess 5,1-6 – denen, die nicht nach Gottes Willen leben, anstelle des ewigen Lebens der Tod droht. Die Gläubigen werden damit erneut der Erlösung durch Jesus Christus versichert.

[544] Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161.

[545] Vgl. hierzu *1. Einleitung*, P4Isk1981, P1Mue1984.

[546] Vgl. Daase: Die dritte Generation der RAF (1982-1998), https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49299/die-dritte-generation (21.01.2021). Pfarrer Brand konnte aufgrund einer Krebserkrankung hierzu nicht befragt werden.

[547] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

3.13 Müller: Predigt vom 18. November 1984 (P2Mue1984)

Diese Predigt wurde von Pfarrerin Müller am 18. November 1984 in der Gemeinde Rositz gehalten. Da es sich um einen Bittgottesdienst für den Frieden im Rahmen der Friedensdekade (11. bis 21. November 1984) handelt, ist dies das vorherrschende Thema der Predigt.[548] Bei der Friedensdekade mit dem Motto *Leben gegen den Tod* lag der biblische Fokus auf der Geschichte der Sintflut (Gen 6-9). Laut dem vom BEK zur Verfügung gestellten Material zur Friedensdekade „vermittelt [die Geschichte der Sintflut] die Erfahrung von Bedrohung und Bewahrung, von Gericht und Gnade."[549] Müller legt mit Gen 9,12-17 den Schwerpunkt auf die Bewahrung der Menschen durch die Gnade Gottes. Sie integriert verschiedene Bibelstellen, Lieder und Gebete in die Predigt, um ihre Ausführungen stellenweise zu stützen.

Gen. 9,12-17 **Rositz 18.11.84 (Vorletzter Sonntag des Kirchenjahres)**

Bittgottesdienst für den Frieden Predigt über Regenbogen

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen.

Liebe Gemeinde!

Heute haben wir mal keinen Predigttext, sondern ein Predigtthema: Frieden und ein Predigtsymbol: Regenbogen. Sie sehen den Regenbogen hier auf dem Plakat (und hinter dem Altar). Es ist der Bogen, den Gott nach der Sintflut in die Wolken gehängt hat als Zeichen seines Bundes mit Noah und dessen Nachkommen. Es ist der aus der Hand gelegte Kriegsbogen. Und es ist auch der Rositzer Erntedank-Regenbogen. Etwas ganz Wesentliches ist beim Danken für all das, was wir zum Leben brauchen, beim Erntedankfest nämlich zu kurz gekommen: der Dank für den Frieden.

Seit 40 Jahren ist hier bei uns Frieden. Es ist ein Frieden voller Kompromisse, aber es ist Frieden. Und es stimmt nicht, daß das nur die zu schätzen wissen, die den Krieg am eigenen Leibe erfahren haben. Wir Jungen hören und sehen viel aus anderen Ländern und aus anderen Zeiten. Und wir sind sehr dankbar, daß jetzt Frieden ist.

Vielleicht mögen Sie zum Thema Frieden auch bald nichts mehr hören. Bei dem Gedanken an die unvorstellbar vielen Waffen in aller Welt breitet sich Angst aus, auch Ratlosigkeit, Ohnmacht und Betroffenheit.

Warum immer wieder davon reden, wieviel Geld für Waffen ausgegeben wird – Geld, das nicht für Zwecke im Dienste der Menschheit genutzt wird. Rüstung tötet auch schon ohne Krieg, und sie gefährdet alles Leben. Aber an diese Bedrohung auch noch immer wieder erinnert werden, wollen wir nicht. Wir haben auch ohne dies schon genug Angst. Aber eben nicht dieser Angst sollen wir in uns Platz schaffen,

[548] Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984.

[549] Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: aaO, 4.

sondern vielmehr dem Dank, daß die Erde noch steht. Es ist jeden Tag ein Wunder, daß ein neuer Tag heraufsteigt. Es ist nicht zuviel, täglich Gott für dieses Wunder der Bewahrung, für das Geschenk des Lebens zu danken – auch und gerade inmitten von Tod und Verderben. Noah hat dieses nach der Sintflut unter dem Regenbogen ja auch getan: Gott gedankt für die wunderbare Errettung.

Ich denke, die ersten Gedanken eines Christen bei uns sollten jeden Morgen in folgende Richtung gehen:

Gott, hab Dank, daß du da bist.

Gott, hab Dank, daß die Erde steht.

Gott, hab Dank, daß Frieden bei uns ist.

Gott, hab Dank, daß ich diesen Tag erlebe.

Und nach dem Dank dürfen wir auch unsere Ängste und Klagen an den Mann bringen, d.h. unsere Bitte um Frieden vor Gott bringen.

Die Menschen sind oft böse. Sie mißbrauchen ihre Freiheit und geben der Sünde Raum. Das treibt Menschen in den Tod. Und wir haben keine Garantie, daß wir davon verschont bleiben.

Wir haben aber ein Versprechen, eine Verheißung, einen Bund. Und der Regenbogen erinnert daran: Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht. Gott ist an sich zu nichts verpflichtet, aber er verspricht, das von ihm einmal Geschaffene zu erhalten.

Gott verwehrt es dem sündigen Menschen, die ganze Welt in den Tod zu ziehen. Ich glaube, daß Gott seine Geschichte mit den Menschen selbst zu Ende bringen will. Nicht ein Atomkrieg, sondern sein Jüngster Tag wird das Ende der Menschheit bringen. Ob dies beides auch zusammenfallen kann, weiß ich nicht.

Wir wollen Gott bitten, daß sein Reich kommt, bevor die Verwüstung der Erde unerträgliche Ausmaße annimmt. Wir wollen Gott bitten, daß er dem Krieg in aller Welt wehrt – dem großen Krieg mit Waffen und den kleinen Kriegen zwischen uns Menschen mit Gedanken, Worten, Blicken, Gesten und Schlägen. Wir wollen Gott bitten seines Bundes immer wieder neu zu gedenken und uns unsere Schuld zu vergeben im Namen Christi, dank dem er seinen Bund erneuert hat.

Denn das Bitten, das Gebet, ist der ganz besondere Beitrag, den Christen für den Frieden leisten können.

Vielleicht ist es nur dem beharrlichen Gebet vieler Christen in aller Welt zu verdanken, daß wir noch leben.

Wir wollen mit dem heutigen Bittgottesdienst und mit unserem ganzen Leben in dieses Gebet einstimmen.

Als Petrus im Gefängnis war, hat die Gemeinde unablässig gebetet, bis er frei wurde. Da ging es um einen einzelnen. Bei der heutigen Bedrohung ist die ganze Menschheit in Gefahr. Wir dürfen nicht müde werden, die Hände zu falten, um für den Frieden zu danken und um Frieden zu bitten. Und: Hände, die zum Beten ruhn, die macht Gott stark zur Tat, und was des Beters Hände tun, geschieht nach seinem Rat (Jochen Klepper).

Nun haben Sie mir vielleicht abgenommen, daß es wichtig ist, daß Christen für Frieden danken und

um Frieden bitten. Aber nun sind Sie eventuell skeptisch, wenn ich von Taten für den Frieden reden will. Was können wir schon tun, wo doch die Politik nicht von uns gemacht wird? Es wird so bleiben, daß die Politik von den Großen bestimmt wird. Und trotzdem, gilt es nicht, die Hände zu falten und dann in den Schoß zu legen.

Kennen Sie folgendes Lied?

Um Frieden haben wir schon oft gebetet,
viele schöne Worte schon gemacht.
Es wär auch schlimm, wenn man nicht davonredet,
doch wer hat schon an die Tat gedacht? (R)

Ist es gut, wenn anderswo die Menschen sterben,
weil der Hunger sie vernichtet hat,
während wir beständig für den Wohlstand werben
und zufrieden sind, denn wir sind satt? (1)

Ist es gut, wenn anderswo die Menschen sterben,
und wir singen schön Halleluja?
Morgen liegt vielleicht schon unsere Welt in Scherben,
Weil so wenig Liebe heut geschah. (2)

Es wäre gut, wenn wir nicht nur die Hände falten,
sondern sie auch rührten für die Welt.
Denn den Menschen helfen, Leben zu erhalten,
fordere unser aller Zeit und Geld. (3)

Zu 1
Wir können etwas tun, liebe Gemeinde!
Wir können aufhören, für den Wohlstand zu werben. Statt dessen sollten wir von einer neuen Lebensweise reden und sie probieren, eine Lebensweise, die bereit zum Teilen und zum Verzichten ist. „Nach mir die Sintflut“ ist als Ausdruck einer Lebenshaltung abzulehnen. Auch die Menschen, die nach uns leben, sind unsere Nächsten, die wir lieben sollen.

Zu 2
Wir können Liebe üben und Zeichen setzen. Gott hat uns mit dem Regenbogen ja auch ein Zeichen gegeben. Wir können in der Welt Zeichen des Friedens setzen.
Wenn zwei einen Streit friedlich schlichten.
Wenn wir sparsam mit den Dingen des Lebens umgehen (z.B. mit Papier, Fleisch usw.).

Wir reißen damit die Welt politisch nicht herum, aber wir regen vielleicht zum Nachdenken und Umdenken an.

Zu 3

Leben zu erhalten, fordert unser aller Zeit und Geld. Wir klagen manchmal über zu wenig Zeit oder Geld. Aber lassen Sie uns kontrollieren, ob wir das, was wir haben, sinnvoll einsetzen, um Leben zu erhalten.

Ärzte und Krankenschwestern ringen in ihrem Beruf darum, das Leben ihrer Patienten zu erhalten.

Eltern und Großeltern nehmen sich viel Zeit für Kinder, um sie zu friedliebenden Menschen zu erziehen.

Viele Menschen geben Geld für Bedürftige. Ich denk z.B. an „Brot für die Welt“, das auf uns in der Advents- und Weihnachtszeit wieder besonders zukommt.

Liebe Gemeinde, wir haben so viel Grund zum Danken, so viele Anliegen zum Bitten und so viele Aufgaben, daß wir doch die Ohren spitzen und die Hände falten und rühren sollten, so es um Frieden geht. Dann wachsen Freude und Dankbarkeit und es nimmt nicht die lebenstötende Angst zu. Wir dürfen ja auf Gottes Versprechen bauen. „Es sollen wohl Berge weichen und Hügel hinfallen, aber meine Gnade soll nicht von dir weichen und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen, spricht der Herr, dein Erbarmer.“ (Jes. 54,10)

Und der Friede Gottes, der höher ist, als wir verstehen und begreifen können, bewahre uns in Jesus Christus. Amen.

Die Predigt behandelt primär den Frieden auf Erden, d.h. zwischen den Menschen, und den Beitrag der ChristInnen dazu. Durch den Bezug auf den Regenbogen wird aber auch der Bund und Frieden zwischen Gott und den Menschen (Gen 9,12-17) thematisiert. Dies verdeutlicht Müller, wenn sie vom Regenbogen als einem „aus der Hand gelegte[n] Kriegsbogen“[550] spricht. Wie bei Müller wird im *Material zur Friedensdekade 1984* der Regenbogen als „Zeichen [Gottes] Friedensvertrages mit den Menschen“[551] dargestellt. Anhand von Gen 9,12-17 und Gen 8,22 zeigt die Predigerin die Zusage Gottes an die Menschen auf, sie auf der Erde zu schützen und für sie zu sorgen. Damit integriert Müller wie schon in ihrer Erntedankpredigt (P1Mue1984), in der sie sich auf den gleichen Vers bezieht, die Vorstellung der *creatio continua* in ihre Predigtausführungen. Die Predigerin weist darauf hin, dass dieser Bund zwischen Gott und den Menschen durch Jesus Christus erneuert wurde.[552] Die Zusage Gottes wirkt somit auch über den Tod hinaus, hat eine soteriologische und eschatologische Komponente, indem sie auf das Reich Gottes und das dort zu empfangende Heil und den göttlichen Frieden hinweist. Wie auch vom BEK gefordet und begründet, sollen die ChristInnen resultierend aus der Zusage der göttlichen Fürsorge und des ewigen Lebens einen Beitrag zum Frieden auf Erden leisten.[553] Somit vereint die Predigt in sich Aspekte der vergewissernden und der handlungsweisenden politischen Predigt, wobei sich die Handlungsaufforderungen aus der Vergewisserung der Fürsorge Gottes über den Tod hinaus ergeben.

Hinsichtlich des Beitrages der Christen zum Frieden auf Erden ist die Predigt zu Gen 9,12-17 dreigeteilt und umfasst erstens das Danken, zweitens das Bitten, einhergehend mit dem Vorbringen von Ängsten, sowie drittens das Handeln für den Frieden.

Pfarrerin Müller fordert zum Dank für 40 Jahre Frieden in der DDR auf, ohne die schwierigen politischen Rahmenbedingungen außer Acht zu lassen. Es sei auch nicht notwendig, selbst einen Krieg miterlebt zu haben, um den Frieden wertzuschätzen. Sie bezeichnet diesen Frieden als „Frieden voller Kompromisse“, da der „Frieden in der DDR [...] Grenzen, Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen mancher Gruppen (und der Kirche)“[554] beinhaltete. Hier liegt ein negatives Friedensverständnis vor, das Frieden „als Zustand der Abwesenheit von Krieg und Gewaltandrohungen“[555] versteht.

Erst auf den Dank folgend sollen die Ängste und die Bitte um Frieden vor Gott gebracht werden. Der 1984 herrschende Frieden in der DDR und in der Welt wird von der Predigerin als vor allem durch Waffen,

[550] Vgl. auch ebd.
[551] Ebd.
[552] Vgl. hierzu auch aaO, 4, 7.
[553] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 212; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfragen vom 23. September 1986 in: aaO, 231; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16 November 1984 in Sagorsk in: MITTEILUNGSBLATT DES BEK DER DDR 3/4 1985, 25; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: aaO, 32; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 59f; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 17.
[554] Anmerkungen Pfarrerin Müllers zu P2Mue1984 (Juni 2017), Privatarchiv Lührmann.
[555] GIEßMANN/RINKE: Einführung, 13; vgl. auch aaO, 12; MEYERS: Krieg und Frieden, 40.

aber auch als durch Hunger bedroht dargestellt. Müller verweist auf die enormen Rüstungsausgaben. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden werde den Menschen automatisch die Bedrohung desselben durch die Rüstung bewusst und die Angst vor den Unmengen an Waffen steige in ihnen auf. Im vom BEK herausgegebenen *Material zur Friedensdekade 1984* wird Frieden deshalb auch als „das strapazierte Wort“[556] beschrieben. Der BEK schätzte die weltpolitische Lage in mehreren Dokumenten Anfang der 80er Jahre als durch die betriebene militärische Aufrüstung bedroht ein.[557] Im Sinne der Sintflutgeschichte beschreibt Müller im Einklang mit Pfarrer Coblenz (P2Co1984) diese Entwicklungen als Resultat des sündigen menschlichen Wesens.

Laut Müller könnten die für die Rüstung eingesetzten finanziellen Mittel anderweitig für die Menschheit eingesetzt werden. Wie schon in den vorangegangenen Jahren betonte der BEK auch 1984 und 1986 mehrfach übereinstimmend mit ÖRK und den *Vereinten Nationen*, dass „der expandierende Rüstungs- und Verteidigungssektor Intelligenz, Geld und Ressourcen bindet, die zur Beseitigung materieller Not in der Dritten Welt dringend benötigt werden“[558]. Deshalb beschreibt Müller Rüstung auch ohne kriegeri-

[556]Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 3.

[557]Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 291, 303; Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation vom 22. Januar 1980 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 330f; Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 90; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 94; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 98, 104; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem Kongreß “Die Zukunft des Friedens“ vom 13. März 1983 in: aaO, 129; Erklärung der Bundessynode in Potsdam zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen vom 20. September 1983 in: aaO, 149; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980-1983 der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 16. November 1983 in: aaO, 154; Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: aaO, 156.

[558]Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 297; vgl. auch Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 In. aaO, 159; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and develop-

sche Auseinandersetzungen als todbringend, da „Geld für Waffen ausgegeben wird, mit dem man auch hätte Leben fördern oder retten können“[559]. Die Bundessynode formulierte 1986 fast deckungsgleich: „Wettrüsten tötet, auch ohne Krieg.“[560] Darüber hinaus verweist Müller zweimal auf die Bedrohung allen Lebens auf der Erde durch mehr Waffen. Der BEK sprach diesbezüglich z.B. von der „Totalbedrohung menschlichen Lebens“[561] oder der „Bedrohung allen Lebens“[562].

Den Ängsten der Menschen wird in der Predigt das Versprechen Gottes in Gen 8,22, dass die Erde bestehen bleiben wird, solange Gott es will, aber auch der im Regenbogen symbolisierte Bund Gottes mit den Menschen gegenübergestellt. Im *Material zur Friedensdekade 1984* wird Gottes Treue als „Chance [beschrieben], Leben zu bedenken“[563] und „zum Leben [zu befähigen]“[564]. Wie Müller verdeutlicht, ist erst durch das Danken und das Bedenken von Gottes Zusage die Überwindung der Angst und der Einsatz für Frieden in der Welt möglich. Deshalb möchte Müller den Dank der Angst vorgeschaltet sehen. Müller äußert wie Pfarrer Brand (P4Br1984) die Vermutung, dass das Ende der Welt durch das Jüngste Gericht und nicht durch einen Atomkrieg kommen wird, auch wenn sie nicht die Möglichkeit ausschließt, dass beides zusammenfällt. Damit verdeutlicht sie Gottes Allmacht, denn Gott allein entscheidet, wann es mit der Erde zu Ende gehen soll. Die Predigerin fordert die Anwesenden auf, Gott um das Festhalten an seinem Noah gegenüber versprochenen Bund, um das Verhindern von Kriegen in der Welt und um die Entrückung vor der absoluten Zerstörung der Welt zu bitten. Durch die Aufforderung zum Danken und Bitten macht Müller deutlich, dass Frieden etwas von Gott Gegebenes ist, dass der Mensch allein nicht bewirken kann. Der BEK argumentierte ähnlich.[565] Das Gebet wird von Müller wie vom BEK als ein

ment, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 December 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 99, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[559] Anmerkungen Pfarrerin Müllers zu P2Mue1984 (Juni 2017), Privatarchiv Lührmann.

[560] Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 24.

[561] Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 90.

[562] Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 94.

[563] Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 3.

[564] Ebd.

[565] Vgl. Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 55; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16 November 1984 in Sagorsk in: MITTEILUNGSBLATT DES BEK DER DDR 3/4 1985, 25; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: aaO, 32.

Beitrag der ChristInnen für den Frieden dargestellt.[566] Indem Müller spekuliert, dass das Friedensgebet der ChristInnen bis zu diesem Zeitpunkt Schlimmeres verhindert hat, stellt sie das Gebet für den Frieden im Einklang mit Pfarrer Brand (P2Br1980) als kraft- und wirkungsvolles Mittel dar. Um aufzuzeigen, was das Gebet bewirken kann, wird beispielhaft die Befreiung von Petrus angeführt, für die seine Gemeinde beharrlich gebetet hatte.[567]

Über das Gebet hinaus sollen die Anwesenden für den Frieden in der Welt tätig werden. Als Überleitung zum Handeln für den Frieden zitiert Müller einen Vers des Liedes *Der Tag ist seiner Höhe nah* von Jochen Klepper, in dem aus dem Gebet das Handeln im Sinne Gottes resultiert.[568] Im Gegensatz zur staatlichen Friedensarbeit der DDR wird Gott somit als Urheber des Friedens und Ausgangspunkt der christlichen Friedensarbeit angesehen. Der BEK betonte dies bis 1982 als Grund der Eigenständigkeit der kirchlichen Friedensarbeit.[569] Ab 1984 trat dies durch die Betonung der Gemeinsamkeiten mit der Friedenspolitik der DDR in den Hintergrund.[570] An dieser Stelle wirft Müller – wie in der Ausarbeitung des BEK zu *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst*[571] diskutiert – die Frage auf, wie viel Einfluss das Friedensengagement der ChristInnen auf die nationale und internationale Politik hat. Obwohl dieser hier als gering eingeschätzt wird, plädiert Müller dennoch dafür, aus dem Glauben heraus tätig zu werden.

Um ihre Handlungsaufforderung zum Einsatz für den Frieden zu verstärken und praktische Handlungsfelder aufzuzeigen, zitiert Müller das Lied *Um Frieden haben wir schon oft gebetet* von Klaus Biehl.[572]

[566]Vgl. hierzu Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland - Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 88; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212f; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestage des Ende des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55.

[567]Siehe Apg 12,5ff.

[568]Vgl. EG 457.

[569]Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 299; Mitteilung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gliedkirchen über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vom 7. April 1982 in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 68; Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zur II. Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York zu Fragen der Abrüstung vom 7. bis 9. Juni 1982 vom 8. Mai 1982 in: aaO, 71; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof Dr. Krusche, bei der Gratulationscour zum 70. Geburtstag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Erich Honecker vom 25. August 1982 in: aaO, 92; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 105.

[570]Vgl. Anlage: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 105, 107; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Stolpe: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsens in: ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 16.

[571]in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 289-318.

[572]Lied 220 in: DEUTSCHER JUGENDVERBAND (EC) e.V. (Hg.): Singt von Jesus Band 3, 249.

In der ersten Strophe wird der Wohlstand der westlichen Welt dem Hungertod vieler Menschen in ärmeren Ländern gegenüber gestellt. Müller betont wie der BEK die Verantwortung der ChristInnen für alle Menschen in der Welt und – auch im Einklang mit Pfarrer Coblenz (P2Co1984) – für die zukünftigen Generationen.[573] Daraus resultierend plädiert sie für eine neue Lebensweise, die sich – wie schon in ihrer Erntedankpredigt (P1Mue1984) hervorgehoben – durch das Teilen des eigenen Wohlstandes, das Verzichten zum Wohle der Mitmenschen und durch Nachhaltigkeit auszeichnen soll.

In der zweiten Strophe des Liedes wird kritisiert, dass die ChristInnen zwar Gottesdienste feiern und Gott lobpreisen, es aber an der Übernahme von Verantwortung für die Welt und die Nächsten mangelt. Damit spricht sich Müller gegen den Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft aus und fordert die Anwesenden dazu auf, aus dem Glauben heraus „Liebe [zu] üben und Zeichen [zu] setzen." Der BEK hatte anlässlich des Jubiläums der *Barmer Theologischen Erklärung* davor gewarnt, „Glauben und Handeln, Gottesdienst und Alltag zu trennen"[574] und zum Einsatz in und für die Welt aufgefordert. Als Handlungsbeispiel führt Müller die friedliche Beilegung von Auseinandersetzungen an. Damit betont Müller im Einklang mit dem BEK und Pfarrer Rannenberg (P2Ra1982), dass Frieden das Verhalten der ChristInnen untereinander und den Umgang mit den Mitmenschen prägen sollte.[575] Aus dem Lied resultiert, ganz im Sinne des BEK, auch die Aufforderung zu einem sparsameren und ökologischeren Lebensstil.[576] Die Reduzierung des hohen Verbrauchs an Fleisch schlägt Müller als eine mögliche Änderung des Konsumverhaltens vor. Dies ist auch Thema im *Material zur Friedensdekade 1984* und erfährt dort kritische Auseinandersetzung.[577] Auch Pfarrer Meckel (P5Meck1983) und Pfarrer Coblenz (P2Co1984) hatten die negativen Auswirkungen des Fleischkonsums auf Tier und Umwelt thematisiert und zur Reduktion des Konsums aufgefordert. Nach Müller könnten veränderte Handlungsweisen zum Umdenken führen und somit einen langfristigen positiven Effekt auf die gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen haben.

In der dritten Strophe des Liedes werden die ChristInnen dazu aufgefordert, ihre Zeit und ihr Geld

[573] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 298; Beschluß der Bundessynode in Güstrow zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 22. September 1981 in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 21; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem Kongreß „Die Zukunft des Friedens" vom 13. März 1983 in: aaO, 129; Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 3.

[574] Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[575] Vgl. Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Dr. D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 25f; Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung Teil III, Aufgaben der Kirche vom März 1982 in: aaO, 55; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 144; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Fridens, konziliarer Prozeß u.a.) in: aaO, 234; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25.

[576] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 6.

[577] Vgl. C. Bausteine – Modelle für die Praxis in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 28f.

einzusetzen, um Leben in der Welt zu erhalten. Im Bezug auf den Zeiteinsatz erwähnt Müller z.B. ÄrztInnen und Pflegepersonal, die um das Leben ihrer PatientInnen kämpfen.[578] Darüber hinaus wird – ganz im Sinne des BEK[579] – die Friedenserziehung von Kindern durch Eltern und Großeltern erwähnt. Der Einsatz von Geld wird durch den Verweis auf *Brot für die Welt* konkretisiert.[580] Müller ruft dazu auf, zu kontrollieren, ob die eigene Zeit und das eigene Geld wirklich sinnvoll für die Erhaltung des Lebens auf Erden eingesetzt werden.

Indem der Friedenseinsatz der ChristInnen nach diesem Lied auch die Bekämpfung von Hunger und Ungerechtigkeit in der Welt beinhalten soll, wird ein positiver Friedensbegriff in die Ausführungen integriert. Ein Frieden in diesem Sinne beinhaltet „das Fehlen von Ausbeutung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Pluralismus, Gerechtigkeit und Freiheit, die Verwirklichung der Menschenrechte und die jedem Individuum einzuräumende Möglichkeit, sich gemäß seinen Anlagen und Fähigkeiten selbst zu entfalten.“[581] Diese Art des Friedens liegt 1984 weder in der DDR noch weltweit vor. Müller hofft auf Entwicklungen weg von einem „Frieden voller Kompromisse“ hin zu einem stabilen und positiven Frieden, der Rechte und Freiheiten für alle umfasst. Auch von kirchlicher Seite propagierte man ein positives Verständnis von Frieden. Im Zuge dessen wurde, übereinstimmend mit dem ÖRK und den *Vereinten Nationen*, immer wieder der Zusammenhang vom Einsatz für Frieden und Einsatz für weltweite Gerechtigkeit betont.[582] Wie in der *Schlussakte von Helsinki* angesprochen, gingen der BEK und die EKD

[578] Vgl. auch Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: aaO, 3.

[579] Vgl. Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 252; 2. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1978, 58; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage I in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 15.

[580] Die KKL begrüßte in ihrem Bericht vor der Bundessynode im September 1985 die zunehmende Spendenbereitschaft der Gemeinden für *Brot für die Welt* zur Linderung von Not. (Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 23. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.)

[581] MEYERS: Krieg und Frieden, 41; vgl. auch JABERG: Friedensforschung, 61.

[582] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 295f; Anlage: Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Bischof D. Schönherr, vor der Bundessynode in Leipzig 1981 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 33; Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland - Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: aaO, 88f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Halle 1982 (Teil 1 und 2) in: aaO, 99; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu dem Kongreß “Die Zukunft des Friedens“ vom 13. März 1983 in: aaO, 129; Gemeinsames Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof D. Johannes Hempel, und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Landesbischof D. Eduard Lohse, in der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und an den Bundeskanzler des Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl vom 10. August 1983 in: aaO, 134; Beschluß der Bundessynode in Potsdam zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 19. September 1983 in: aaO, 143, 148; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfra-

in ihrem Arbeitsbericht zu Fragen der Friedensverantwortung sogar soweit, dass sie betonten: „Die Abwendung des Krieges ist Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten, von Freiheit und Gerechtigkeit.“[583] Im *Material zur Friedensdekade 1984* ist neben den „Zusammenhänge[n] von Frieden und Gerechtigkeit“[584] vom „Umgang mit der Schöpfung“[585] sowie vom „Zusammenhang von Rüstung und Umwelt“[586] die Rede. Müller ordnet in dieser Predigt den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen dem Friedensengagement zu. Damit umfasst Frieden im positiven Sinne nicht nur Gerechtigkeit, sondern im Einklang mit dem BEK auch Umwelt- bzw. Ressourcenschonung. Der BEK hatte ebenfalls die Verschwendung von Ressourcen sowie die zunehmenden Konsumbestrebungen angeprangert und ein Umdenken eingefordert.[587]

Abschließend wiederholt Müller ihre Aufforderung zur Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Aspekten des Friedens in Dank, Bitte und Tat. Dies werde der lebenstötenden Angst entgegenwirken. Die Anwesenden werden erneut des Versprechens Gottes in Gen 9,12-17 vergewissert. Dies wird nochmal durch den Bezug auf Jes 54,10 untermauert.

---

gen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, 234, https://undocs.org/en/A/RES/39/145 (11.05.2020); 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, 239, https://undocs.org/en/A/RES/40/124 (23.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[583] Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 89; vgl. auch Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1. August 1975 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 19.

[584] Planer-Friedrich: A. Grundsätzliche Überlegungen in: ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER JUGEND IN DER DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, 3.

[585] Ebd.

[586] Ebd.

[587] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

3.14 Meckel: Predigt vom 3. März 1985 (P6Meck1985)

Diese Predigt von Pfarrer Markus Meckel wurde im Rahmen des Delegiertentreffens *Frieden konkret* im März 1985 in Schwerin gehalten. Eine leicht abweichende Version der Predigt findet sich in *Opposition in der DDR*.[588] Bei den von 1983 bis 1989 jährlich stattfindenden Treffen dieses Formats ging es im Besonderen um den Austausch und die damit einhergehende Vernetzung der (Friedens-)Gruppen miteinander.[589] Das Treffen im Jahr 1985 wurde von der *Mecklenburgischen Landeskirche* ausgerichtet. „Erstmalig wurden nicht nur Friedenskreise eingeladen, sondern auch Ökologiegruppen und solche, die sich mit Nord-Süd-Fragen beschäftigten, aber auch die sich bildenden Frauengruppen."[590] Die verschiedenen Themenbereiche und deren Verflechtungen finden sich auch in der Predigt Meckels wieder. Die Bündelung der drei Themen wurde laut Meckel auch durch den Konziliaren Prozess angeregt.[591] Mit Joh 12,23-26 weicht Meckel von dem Vorschlag der Perikopenordnung ab.

Predigt zu Joh. 12,$_{23\text{-}26}$ **Schwerin 3.3.1985**
3. Treffen von „Frieden konkret" (Basisgruppendelegiertentreffen)

Liebe Freundinnen und Freunde,

es kam in diesen Tagen sehr deutlich zur Sprache, wie die Wirklichkeit, die wir erfahren, uns bedrängt. Die Frage nach Demokratie und Partizipation, die gigantischen, Leben, Intelligenz und Geld verschlingenden Bemühungen, Sicherheit voreinander zu gewinnen. Die Bedrohung durch die Vernichtung der Schöpfung, die auch bei uns nicht haltmacht. Die strukturelle Gewalt und Ungerechtigkeit, in die wir eingeflochten sind.

Unsere Welt erscheint uns nur noch als die dämonisch verzerrte Fratze einer Welt, von der es hieß: Und Gott sah, daß es gut war...

Wir schreien nach Veränderung.

Oft ist es nicht mehr als ein Schrei: Es muß anders werden. Wenn es so weitergeht, wie es geht, geht es nicht mehr lange weiter. So gehen wir kaputt.

Wir haben Visionen, die uns sagen, wohin es gehen soll, alte und neue. Die von den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, weil die Menschen die Pfade des Herrn gehen. Die von einer herrschafts-, oder wenigstens gewaltfreien Gesellschaft. Solche Visionen brauchen wir, damit Resignation uns nicht kaputtmacht, damit die Richtung und Verheißung unseres Lebens im Auge bleibt.

Doch wie sollen wir dahin gelangen? Was muß geschehen, damit das nicht ein Wolkenkuckucksheim ist und bleibt? Hier stehen wir noch ganz am Anfang des Nachdenkens, da ist uns noch vieles unklar und

[588] Vgl. Dokument 30: Markus Meckel: Predigt zum Abschlußgottesdienst während des Basisgruppendelegiertentreffens „Frieden konkret III" in Schwerin am 3.3.1985 über Joh 12,23-26 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 244ff.

[589] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 200, 205; HUFF: Natur und Industrie, 321; KNABE: Der lange Weg, 145; KOWALCZUK: Endspiel, 235; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 241ff; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 112f, 116.

[590] MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 241; vgl. auch KNABE: Der lange Weg, 145; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 115.

[591] Vgl. MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 115f.

oft sind wir uns da wohl auch nicht einig. Unsere Arbeit in diesen Tagen steht ja auch ganz unter dem Zeichen, hier voranzukommen: Verantwortlich denken, verbindlich handeln. So lautet das Motto dieser Tage.

Und dazu nun das Wort Jesu aus dem Johannesevangelium: „Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und erstirbt, bleibt es allein; wenn es aber erstirbt, bringt es viel Frucht. Wer sein Leben lieb hat, der wird´s verlieren, und wer sein Leben auf dieser Welt hasst, der wird´s erhalten zum ewigen Leben.“ (V.24/25)

Das ist ganz das Wort eines Kämpfers: Wir müssen etwas tun, wir müssen uns heute drangeben, damit wenigstens die Kinder und Kindeskinder die Früchte tragen. Wenn wir nicht sein wollen wie Schlachtvieh, müssen wir heute kämpfen, Risiken und Nachteile, Verhöre, Festnahme und Haft auf uns nehmen. Manche haben das schon getan und an sich erfahren – und es werden nicht die letzten sein. Für das Glück einer kommenden Zeit gilt es, Opfer auf sich zu nehmen, sogar das eigene Leben zu opfern. Das ist das Pathos des Revolutionärs.

Vielleicht wünschen wir uns manchmal diesen Mut. Manche von uns haben ihn! Das ist die mutige Haltung dessen, der sich nicht zu schade ist, sogar mit Leib und Leben für die gerechte Sache einzutreten.

Doch sehr schnell geht es da nicht nur um mich selbst, um das eigene Opfer, sondern um Opfer und sogar um Leib und Leben anderer. Oft schon in der Geschichte schlugen Menschen drein und ließen nicht nur ihr eigenes Blut für die gerechte Sache fließen. Und wie viele sind durch Ströme von Blut gewatet für eine bessere Zukunft. Zu schnell geht es nur um die Durchsetzung bestimmter Forderungen, wie auch immer dies erreicht wird – und man vergißt, daß auch wir menschlicher werden müssen.

Ich habe die Befürchtung, daß so mein Leben und das des anderen, mein Leiden und das des anderen zu einem Mittel gemacht wird und es nur noch so viel wert ist, wie es die Geschichte voranbringt. Ich habe Angst, daß Revolutionäre der Freiheit sehr schnell zu Tyrannen werden – mit dem guten Gewissen, daß anders als durch Macht, Eigenmächtigkeit, durch Zwang kein Frieden, kein ökologisches Gleichgewicht und mehr Gerechtigkeit zu erreichen ist.

Wir kommen dem, auch im Umgang miteinander, manchmal sehr nahe. Denn es spricht ja so vieles dafür. Wer kommt nicht manchmal in die Versuchung, mit der Faust dreinschlagen zu wollen, sich Blitze vom Himmel zu wünschen, um die Bösen dieser Welt zu vernichten.

Am letzten Sonntag las und hörte ich wieder die Geschichte, in der der Teufel Jesus auf einen Berg führte und ihm alle Macht anbot. Welch eine Möglichkeit, für das Gute zu wirken, alles mit einem Schlage umzukrempeln! Jesus aber lehnte diese Machtübernahme von oben her ab – und hieß ihm: den Teufel anbeten. Jesus ging den Weg ans Kreuz. In unserem Text sagt er: Die Stunde ist gekommen, daß der Menschensohn verherrlicht werde – am Kreuz.

Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein; wenn es aber stirbt, bringt es reiche Frucht.

So bekommt das Gleichniswort für mich einen ganz neuen Klang.

Einer ist gestorben, hat sein Leben gegeben, indem er die Lasten der anderen zu den seinen machte. Er lebte die Liebe, d.h. er hielt nicht fest, was er hatte, er war wie Gott, hielt aber nicht dran fest,

sondern wurde Sklave, ein Lastträger der Liebe. Jesus setzte in seinem Leben und Sterben darauf, daß allein vergebende Liebe die Menschen verändert und versöhnt.

Und genau darin ruft er uns, in seine Nachfolge:

Wenn einer mir dienen will, folge er mir nach, heißt es, seine Praxis des Friedenschaffens ist die Vergebung, das Tun der Liebe, das Tragen des Kreuzes, des Kreuzes der Lasten der anderen.

Das sieht schwächer aus als die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit mit Macht und Gewalt. Doch ist es grundsätzlicher, radikaler.

Das ist die Radikalität Jesu, die wir auch aus der Bergpredigt kennen.

Eine Radikalität, die uns überfordert, wenn wir es allein tragen sollen. Wir fühlen uns so ohnmächtig und schwach angesichts der überwältigenden und oft schwer zu durchschauenden Probleme. Und es sähe schlecht mit uns aus, wären wir, wäre unser Leben nur so viel wert, wie wir Erfolge aufzuweisen hätten.

Und dann sollen wir noch nicht einmal nach Macht streben, das Gute durchzusetzen, sondern sind an den langen Weg der Liebe gewiesen. Das ist oft schwer verkraftbar. Doch gerade in dieser unserer Schwachheit tritt Jesus an unsere Seite. Denn mit ihm haben wir nicht nur eine ferne Utopie, eine Vision der Zukunft vor Augen. Mit ihm haben wir nach dem Bekenntnis christlichen Glaubens die Zukunft nicht nur vor uns, sondern gleichsam im Rücken. Für mich ist das eine heilsame Gewißheit. Sie kann mir helfen, mich vor meinem Erfolgszwang zu bewahren und uns die so dringend nötige Gelassenheit, den langen Atem und die Geduld geben, die wir brauchen, wenn es um wirkliche Veränderung gehen soll.

Und um Veränderung geht es ja.

Änderung tut not. Dafür setzen wir uns ja ein.

Doch geht es nicht nur um die Änderung des anderen. Uns selbst tut Veränderung not. Denn die Veränderung der Welt, die in Jesus begonnen hat und heute so dringlich ist, fängt bei uns selbst an. Frieden zu schaffen und Gerechtigkeit – das ist nicht nur eine Sache der Organisation und Machtverteilung.

Nur ein neues, ein ansteckendes neues Verhalten wird neue Verhältnisse schaffen. Zu solchem neuen Verhalten sind wir hier und jetzt gerufen:

Wer an seinem Leben hängt, verliert es.

Damit ist doch ein Leben gemeint, wie es uns nur allzu bekannt ist, nicht nur, weil es das Übliche in unseren Gesellschaften ist, sondern auch bei uns selbst. Ein Leben, das ich mir so leicht und angenehm wie möglich mache. Dessen Wert danach gemessen wird, über wieviel Dinge und Menschen ich meine Macht und Herrschaft ausüben kann. Ein Leben, in dem alles zum Mittel wird, die eigenen Interessen, die eigene Sicherheit, den eigenen Wohlstand zu verfolgen.

Das ist nach dem Wort Jesu ein Leben zum Tode. Es bring uns dem Abgrund näher.

Solchem Leben setzte Jesus ein anderes Leben gegenüber: „Wer aber sein Leben in dieser Welt gering achtet, wird es bewahren bis ins ewige Leben." Das wahre Leben wird erst erfahren, wenn ich nicht mehr meine eigene Sicherheit, mein eigenes Wohlbedingen mir zum Ziele mache, sondern wo ich es lerne, mich loszulassen. Erst wo der Blick von mir weg auf den anderen fällt, wo er nicht nur wichtig ist zu meinem eigenen Vorteil und Lustgewinn, als Mittel für meine Zwecke, seien sie auch noch so gut, erst wo er selbst als Person wichtig wird – und das heißt, erst in der Liebe – erfahre ich wahres menschliches Leben.

Ich kann mich nicht selbst glücklich machen, wie ich mich auch nicht sicher machen kann. Wirklich

sicher ist nur der Tod und das Streben nach selbstgemachter Sicherheit ist ein Leben zum Tode. Glück und Geborgenheit – und damit dann auch Sicherheit sind eine Erfahrung, die mir nur durch den anderen zuteilwerden kann, wo ich es lerne, mein Leben zu teilen, mich ganz auf ihn einzulassen und ihm an die Seite zu stellen.

Für ein solches Leben in der Nachfolge Jesu sind mir drei Dinge wichtig:

1. Jesus hat einmal gesagt: Wer unter euch der erste sein will, der sei euer Diener. Das haben wir immer wieder neu zu buchstabieren, in unseren Gruppen und Gemeinden, in der Familie wie im Freundeskreis. Nicht selten packt uns ja der Ehrgeiz. Wir sollen etwas Besonderes leisten für die gute Sache, etwas Besonderes auf die Beine stellen – und so etwas Besonderes sein. Doch gilt auch hier: nur ein neues eigenes Verhalten kann andere Verhältnisse schaffen, die keine Herrschaftsverhältnisse sind.

2. Wer mein Jünger sein will, der verleugne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach. Bei diesem Kreuz geht es nicht nur darum, was ich an eigenem Leid zu tragen habe. Dietrich Bonhoeffer schrieb einmal: Der Christ wird zum Lastträger – einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christe erfüllen. Die Last des anderen mitzutragen – ich denke dazu gehört zuallererst: zuhören können, es lernen zuzuhören. Denn zu lernen haben wir da noch viel, glaube ich. Die Last des anderen zu tragen – das meint aber nicht nur sein Leid, seine Betroffenheit. Es meint auch seine Schuld, seine Fehler, seine meines Erachtens nach irrige Meinung. Das, worüber ich mich immer so ärgere, und vielleicht mit Recht. Und da gerade die Verantwortung für ihn mit zu übernehmen, ihm zu vergeben und mit ihm solidarisch zu sein – das gehört mit zu meiner Last, die ich zu tragen habe und die ich tragen kann, weil auch mir vergeben ist. (8. Mai)

Und damit bin ich beim 3. und letzten: In der Nachfolge Jesu stehe ich nicht allein. Diese beglückende Erfahrung haben viele von uns schon gemacht. Ich brauche eine Gemeinschaft, in der ich getragen bin, wo meine Fragen und Probleme gehört und ernstgenommen werden, so ich im Kleinen die Weisen des Miteinanderumgehens einüben kann, die ich im Großen einbringen möchte. So lerne ich es in der Gemeinschaft, meine Verantwortung wahrzunehmen. Wo wir in unseren Gruppen und Kreisen versuchen, trotz allen inneren und äußeren Schwierigkeiten und in aller Angewiesenheit auf Vergebung solche Nachfolge Jesu einzuüben, da geschieht, was das Neue Testament Ekklesia nennt, Kirche. Das sollten wir wissen und dazu sollten wir uns bekennen, unabhängig von den Ordnungen der Institution.

Darum laßt uns miteinander aufbrechen und dem folgen, der uns wahres Leben verheißt und uns seine Gegenwart zusagt.

Amen.

Pfarrer Meckel setzt sich aus dem Anlass des Delegiertentreffens heraus mit dem Einsatz für Veränderung in unterschiedlichen Bereichen der (Um-)Welt auseinander. Die Teilnehmenden eint die Wahrnehmung, dass Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen notwendig sind. Dies wird auch damit begründet, dass bei ausbleibenden Veränderungen die Existenz des Menschen bedroht ist und die Entmutigung der AktivistInnen überhandnimmt. Der BEK begründete den Aufruf zum Einsatz für Frieden und Umweltschutz auch mit der Bedrohung des Lebens.[592] Meckel verweist auf die sichtbaren Auswirkungen der Umweltverschmutzung auch in der DDR.

Er holt die ZuhörerInnen, die er als FreundInnen anspricht, zunächst dort ab, wo sie zum Ende des Delegationstreffens stehen. Er beschreibt die verbesserungswürdige Situation vor allem in der DDR, aber auch auf globaler Ebene im Hinblick auf Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit. Diese politischen und gesellschaftlichen Defizite in diesen Bereichen seien sehr belastend für die Anwesenden. Darüber hinaus benennt Meckel Defizite in Bezug auf „Demokratie und Partizipation". Die Bundessynode und die KKL sprachen den Mangel an Mitsprache- und Mitwirkungsrecht in der DDR nicht direkt an. Vielmehr wiesen sie auf die Vorteile für den Staat hin, die mit dem Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten für BürgerInnen einhergehen konnten. Partizipation würde die Loyalität der BürgerInnen zum Staat steigern und ihn insgesamt voranbringen.[593] Darüber hinaus weist Meckel auf die Zusammenhänge von steigenden Rüstungsausgaben und fehlender Entwicklungshilfe hin, was auch der BEK, der ÖRK und die *Vereinten Nationen* immer wieder bemängelten.[594] Meckel beschreibt all diese Gegebenheiten übereinstimmend

[592]Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 186; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in; aaO, 197; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104.

[593]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 196; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutsche Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1985 in: aaO, 212f.

[594]Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156f; Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 In. aaO, 159; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in; aaO, 195; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 213; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage" vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte.

mit der Bundessynode als im Widerspruch zu Gottes ursprünglich beabsichtigter guter Schöpfung in Gen 1,1-2,4.[595]

All diese Erkenntnisse führten zum Einsatz für Veränderungen. Dabei seien Visionen und Träume leitend und animierend. Meckel verweist beispielhaft auf die biblische Vision des Micha in Mi 4,1-5 und moderne Visionen eines demokratischen und repressionsfreien Staates – Visionen von mehr Frieden und mehr innerstaatlicher Gerechtigkeit. Einerseits bewertet Meckel Visionen – wie schon Pfarrer Iskraut in P2Isk1978 – als hilfreich und notwendig für einen langanhaltenden Einsatz. Andererseits erschwerten diese die Findung eines realistischen Einsatzes in der Welt. Meckel beschreibt die Einigung auf ein verantwortungsvolles Vorgehen im Hinblick auf die Zielsetzungen als eines der Probleme, mit denen sich die Anwesenden während des Delegationstreffens auseinandergesetzt haben. Es war ein Ziel des Treffens, eine gemeinsame Strategie für das weitere, gemeinsame Vorgehen zu entwickeln.[596] Die Suche nach dem angemessenen Vorgehen werde durch die Komplexität der globalen und gesellschaftlichen Probleme erschwert. Im Einklang mit der KKL adressiert Meckel die Schwierigkeit der bzw. des Einzelnen, deren Zusammenhänge nachvollziehen zu können.[597]

Meckel setzt sich unter der Fragestellung, wie aus dem Glauben heraus angemessen in der Welt für christliche bzw. moralische Ziele einzutreten ist, mit Joh 12,24-25 auseinander. Seine Ausführungen sind zweigeteilt.

Zunächst erörtert er das Bedürfnis nach Veränderung mit radikalen Mitteln. Er beschreibt es auch als seine eigene Erfahrung, aufgrund von fehlendem Fortschritt Gewalt anwenden zu wollen, um die Ziele zu realisieren. Joh 12,24-25 könne ohne theologische Einordnung in diesem Sinne als Aufruf zum Einsatz von Leib und Leben für die Realisierung von wichtigen Zielen gelesen und ausgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist das Motiv des Opfers sehr prominent. Meckel spricht offen das Vorgehen des Staates gegen die AktivistInnen und die daraus resultierenden Folgen, wie „Verhöre, Festnahme und

Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 99, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[595]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 24.

[596]Vgl. dazu auch MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 116.

[597]Vgl. 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7.

Haft", an, denen einige AktivistInnen bereits ausgesetzt gewesen seien. Der BEK trat zwar gegenüber dem Staat für die Anerkennung der verschiedenen Gruppen ein und kritisierte, dass „Menschen mit Lebensgestaltungsnormen, die von dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung abweichen, Menschen, die unbequeme und kritische Fragen stellen, [...] schnell als Störenfriede ausgegrenzt und nicht geduldig genug zu konstruktiver Mitarbeit eingeladen"[598] werden. In offiziellen Dokumenten thematisierte er das Vorgehen des Staates gegen sie jedoch nicht bzw. setzte sich bis zur Stürmung der Umweltbibliothek im Herbst 1987 nicht öffentlich kritisch damit auseinander.[599] Im Bericht der KKL vor der Bundessynode im Herbst 1986 ist lediglich von „Schwierigkeiten"[600] die Rede, mit denen die UmweltaktivistInnen in ihrem Einsatz umzugehen hätten. Bei der Bereitschaft zum Einsatz des eigenen Lebens für die gute Sache macht Meckel auf die Folgen für andere aufmerksam, die mit von dem eigenen Vorgehen betroffen sind und darunter zu leiden haben. Ohne konkret zu werden, verweist er auf Ereignisse in der Geschichte, bei denen um der höheren Ziele willen viele Menschenleben gefährdet oder deren Tod billigend in Kauf genommen wurde. Schon hier klingt an, was im weiteren Verlauf der Predigt präzisiert wird: Bei allem Einsatz in der Welt sollen die ChristInnen das Wohl aller Menschen im Blick behalten und gewaltfrei für Veränderungen eintreten. Meckel warnt auch davor, den Wert eines Menschenlebens nur an den erwirkten, sichtbaren Veränderungen in Staat und Welt zu messen, und verweist darauf, dass der Umgang der AktivistInnen untereinander gelegentlich von dieser Denkweise geprägt ist.

Anschließend liest er die Bibelstelle unter starkem Rückbezug auf das Leben und Sterben Jesu, ordnet sie somit theologisch ein und legt sie aufgrund dessen konträr zum vorherigen Verständnis aus. In diesem Zusammenhang verknüpft er vergewissernde und handlungsweisende Aspekte einer politischen Predigt. Er erwähnt Mt 4,1-11, die Versuchung Jesu durch den Teufel, um daran deutlich zu machen, dass es nicht im Sinne Gottes ist, eine Umwälzung mittels Macht, Gewalt und Unterdrückung anderer Menschen und Meinungen herbeizuführen. Allegorisch deutet er Joh 12,24-25 als Ankündigung des Todes Jesu am Kreuz. Meckel beschreibt dessen Tod als Ausdruck der Liebe und spricht von der Rechtfertigung und Erlösung der Menschen von der Sünde sowie der Umwandlung des Menschen, die mit dem Tod Jesu einhergehen. Meckel bezieht mit Joh 12,26 die Aufforderung zur Nachfolge in die Auseinandersetzung mit ein. Ein Einsatz für die Welt im Sinne der Nachfolge, d.h. der Erniedrigung der eigenen Person anstatt der Erhöhung, sieht er als wesentlich radikaler, aber auch schwieriger an als ein gewalttätiges Vorgehen. Er deutet an, dass der normale Mensch allein diese Nachfolge in ihrer gesamten Radikalität nicht leisten kann, sondern göttlicher Hilfe bedarf. Erneut klingt der Gedanke der Rechtfertigung an, wenn Meckel betont, dass die Menschen nicht nach ihren Erfolgen gemessen werden bzw. davon befreit sind. Einerseits beschreibt Meckel die Mannigfaltigkeit der Probleme als überwältigend, andererseits den

[598] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[599] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59; Zu den Ereignissen in der Berliner Zionsgemeinde. Schnellinformation des Leiters des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 04.12.1987 in: aaO, 386f; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung" vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 105.

[600] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19 bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 5.

„langen Weg der Liebe“ als zermürbend und unbefriedigend. In diesem Fall werde der Beistand Jesu Christi benötigt, der einerseits die Utopie bzw. das Ziel vor Augen halten lässt. Damit wird die zu Beginn angesprochene animierende Wirkung von Visionen und Utopien betont. Darüber hinaus helfe die Aussicht auf das ewige Leben das Durchhaltevermögen zu entwickeln, das im Einsatz für Veränderungen auf Erden notwendig wäre. Ähnlich argumentiert Pfarrer Coblenz (P1Co1982). Diese in Jesus Christus bereits begonnene Zukunft stärke die Einzelne bzw. den Einzelnen in der Gegenwart. Hier klingen die Motive des angebrochenen Reichs Gottes und des eschatologischen Vorbehalts an.

Die Veränderungen müssten aber zunächst bei einem selbst beginnen. Meckel betont in seinem Buch *Zu wandeln die Zeiten*, dass es ihm in dieser Predigt im Besonderen darum ging zu vermitteln, „dass die notwendigen Veränderungen auch eigene Veränderung erfordert – und die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken, Lasten und Leid.“[601] Meckel weist auf die Verantwortung der bzw. des Einzelnen hin und betont, dass nicht das politische System allein verändert werden muss, um Frieden und Gerechtigkeit herbeizuführen. Damit propagiert er – wie schon in P5Meck1983 – die Wirkung von Veränderungen im Kleinen auf das große Ganze. Vorbild für die Gläubigen ist erneut Jesus Christus, der sein Leben nach dem Willen Gottes lebte und damit zum Ansporn für andere wurde. Diesen mitreißenden Effekt soll auch das Leben der Gläubigen auf ihre Mitmenschen haben. Meckel verweist auf das Konsumverhalten sowie die Wohlstands- und Sicherheitsbestrebungen als mögliche Verhaltensänderungen. Sicherheit und Geborgenheit seien nur im sozialen Miteinander zu erreichen. Unter Rückbezug auf Joh 12,25 verdeutlicht Meckel, wie ein Leben in der Welt nicht aussehen sollte. Er beschreibt einen egoistischen Lebensstil als todbringend. Darunter fällt laut Meckel auch eine Existenz von Staaten, die die eigene Sicherheit durch mehr Waffen selbst herbeizuführen versuchen. Erst mit der Aufgabe des Ich-Bezugs und dem Bedenken des Wohls der Mitmenschen sei „wahres, menschliches Leben“ möglich. Meckel begründet dies auch damit, dass nur in Gemeinschaft wirkliche Sicherheit und wirkliches Wohlbefinden gegeben ist. An dieser Stelle schwingt – wie in P2Co1984 – das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mit, das vom BEK, den *Vereinten Nationen* und 1986 von Honecker verfochten wurde.[602] Meckel ruft im Sinne der Nachfolge

[601] MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 116f.

[602] Vgl. Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Unsere Innen- und Außenpolitik dient dem Sozialismus und dem Frieden. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Konstituierung der staatlichen Organe 13. Juni 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 11f; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 66; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7; Aus der Ansprache von Bischof Dr. Horst Gienke zur Begrüßung von Erich Honecker und Olof Palme in der St.-Marien-Kirche zu Stralsund am 30. Juni 1984 in: SEKRETARIAT DES HAUPTVORSTANDES DER CHRISTLICHDEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS (Hg.): Christliche Existenz im sozialistischen Staat Heft 243, 16; 39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, 96, https://undocs.org/en/A/RES/39/155 (11.05.2020); 39/156. Strengthening of international security: common security, 17 December 1984, 97, https://undocs.org/en/A/RES/39/156 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assemb-

zum gewaltfreien Einsatz in der DDR-Gesellschaft für Veränderungen unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile und staatlicher Gegenwehr auf. Der BEK wollte ebenfalls, dass die ChristInnen in der Nachfolge Jesu leben, sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinandersetzen und sich (gesellschafts-)politisch engagieren. Lediglich seine Haltung zu daraus resultierenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen war zwiespältig.[603]

Nach dem Aufruf zur Nachfolge präzisiert Meckel die AdressatInnen betreffend, was diese Nachfolge in der Gemeinschaft in Gruppen, Gemeinde und Kirche ausmachen sollte. Unter Verweis auf Mt 23,11 beschreibt Meckel das Dienen als ein Charakteristikum. Er betont, dass es im Miteinander nicht um die Erfüllung eigener Leistungen, das Herausstellen der eigenen Person oder um den Machtgewinn über andere geht. Vielmehr sollen die ChristInnen für die Mitmenschen in verschiedenen Konstellationen da sein und sich für sie einsetzen. Meckels Ausführungen haben Ähnlichkeiten mit P1Meck1980 sowie mit dem vom BEK vertretenen Standpunkt zum Einsatz der ChristInnen für Menschenrechte. So wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass der christliche Einsatz für Menschenrechte vor allem auf die Mehrung von Rechten und Freiheiten der Mitmenschen abzielen sollte.[604]

Des Weiteren geht es um das Tragen des Kreuzes der Mitmenschen. Zur Untermauerung werden Lk 9,23 und Dietrich Bonhoeffer zitiert.[605] Das Zitat Bonhoeffers ist eine Auslegung und Vertiefung von Gal 6,2. Für Meckel bedeutet das Tragen des Kreuzes neben der Übernahme des Leids auch die Übernahme der Sünde und Verantwortung der bzw. des anderen. Er verweist in diesem Zusammenhang – auch aufgrund der zeitlichen Nähe – auf den 8. Mai und damit auf Schuld und Verantwortung im Zusammenhang mit der NS-Zeit. Mit dem Tragen des Kreuzes geht nach Meckel auch die Vergebung einher. Damit wird die Übernahme der Sünde und des Leidens der Menschen durch Jesus Christus im Sinne der Nachfolge auf die ChristInnen und deren Umgang mit den Mitmenschen übertragen. Eine Konkretisierung, wie dieses Verhalten aussehen soll, wird nicht vorgenommen.

---

ly at its tenth special session, 16 December 1985, 93, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 89, 92, 94f, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[603] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 115f, 117; Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedenfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: aaO, 237; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 104f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 18; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: aaO, 20; Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis“ in der Friedensdebatte in: aaO, 23.

[604] Vgl. Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 263, 266; Bischof D. Albrecht Schönherr: Zur Einführung in: LEWEK u. a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, 4; Manfred Stolpe: Menschenrechte – Herausforderung und Hoffnung in: aaO, 22; Manfred Stolpe: Universale Menschenrechte in: aaO, 52; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 22.

[605] BONHOEFFER: Nachfolge, 82. In seinem Buch *Zu wandeln die Zeiten* betont Meckel den besonderen Stellenwert, den dieses Werk für seinen Vater hatte. (Vgl. MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 19.)

Als drittes verweist er auf die Nachfolge in Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft müsse aber erlernt und erprobt werden. Während Meckel die Gruppen als eine Form der Nachfolge in Gemeinschaft beschreibt, sah die KKL in ihnen eine neue und zukunftsweisende Form des Glaubensausdrucks.[606] Meckel operiert mit dem institutionellen und dem theologischen Kirchenbegriff. Er ordnet die Gruppen ganz klar – im Sinne des theologischen Verständnisses – der Kirche als geistige Gemeinschaft zu und fordert die Anwesenden auf, dies auch zu tun. Diese Zuordnung könne „unabhängig von den Ordnungen der Institution" geschehen. Der BEK zeigte eine gewisse Unsicherheit, wenn es um die Zuordnung der Gruppen zur Institution Kirche ging. Diese Unsicherheit bzw. diese Problematik klingt unterschwellig in Meckels Ausführungen an. Während der BEK aber die christliche Ausrichtung der Gruppen teilweise in Frage stellte, ist dies für Meckel unumstritten. Wie der BEK beschreibt Meckel die Gruppen als den Ort, wo Werte des Miteinanders erprobt und dann auf die Gesellschaft angewendet werden können.[607] Abschließend wiederholt er seine Aufforderung an die Anwesenden zur Nachfolge Jesu Christi in Gemeinschaft.

[606] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 59.

[607] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 111ff, 114f, 121.

3.15 Brand: Predigt vom 5. Mai 1985 (P5Br1985)

Am 5. Mai 1985 hielt Pfarrer Brand diese Predigt in Waldenburg und Schwaben. Ihr liegt mit Mt 11,25-28 die vorgeschlagene Bibelstelle der Perikopenordnung zugrunde. Brand befasst sich mit dem 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges. Zu diesem Anlass gab der BEK, anders als zum 30. Jahrestag 1975, nicht alleine, sondern gemeinsam mit der EKD ein *Wort zum Frieden* heraus und stellte wie Brand eine Verbindung zwischen dem Ende des Krieges und der Friedensverantwortung in den 1980er Jahren her. Gleichzeitig wurde mit dem gemeinsamen Wort die kollektive Betroffenheit der Deutschen stärker betont.[608] Auch Brand wendet sich in der Predigt an alle deutschen ChristInnen bzw. alle Deutschen. Im Gegensatz zum 30. Jahrestag entschied sich die KKL 1985 gegen die Bereitstellung einer Predigthilfe. Dies wurde mit der zunehmenden eigenständigen Auseinandersetzung von Gruppen und Gemeinden mit der Thematik begründet.[609]

Mt 11,25-28 **Waldenburg, Schwaben Kantate (5.5.)85**

Liebe Gemeinde!

Wer könnte heute predigen, ohne den 8. Mai im Auge zu haben, der auch uns Christen so viel zu denken gibt?

Es tut gut, den tröstenden Christus zu hören, der die Mühseligen und Beladenen erquickt, angesichts der damals Verliebten, deren Liebe im Winter 41 erfroren ist, angesichts der Mütter und Frauen, die noch Jahre auf ihre vermißten Söhne und Männer warteten und auf ein Wunder hofften, angesichts der Kinder, die ohne Väter aufwachsen mußten und dadurch im Leben zu kurz gekommen sind, angesichts... die Liste ist unendlich. –

Der tröstende Christus für die einzelnen, Schicksal für Schicksal.

Doch was mich bewegt: Wie nehmen sich die Worte Jesu vor dem Hintergrund des Gesamtereignisses aus, vor dem Hintergrund dieses namenlosen Völkermordes, vor dem Hintergrund von Schuld und Sühne, vor dem Hintergrund eines geteilten, bis an die Zähne und schrecklicher als damals bewaffneten Europas, einschließlich der beiden deutschen Staaten? Als ich das durchdachte, bin ich zutiefst erschrocken! Mir fiel die Frage ein:

Der Trost für den Einzelnen –

der Tod für die Vielen?? –

Unmündigkeit, ist das nicht genau die Voraussetzung, die die Christen vor 50 Jahren, als der Spuk begann, verleitete, alles kritiklos hinzunehmen und blind mitzumachen? Ist das nicht die Voraussetzung

[608] Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127ff; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 185ff.

[609] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52.

dafür, daß die Christen heute, angesichts des alten Wissens und der neuen Gefahr wieder dazu verleitet, alles kritiklos hinzunehmen, sich höchstens noch den Luxus einer kleinen, bedingungslos gehaltenen Friedensbewegung leisten – so ein kleines Feigenblatt vor der eigenen Feigheit?: „Seht, wir, die Kirche, tun und sagen doch was!“ Wollen wir uns unter dieser Fragestellung das Wort Jesu bedenken:

1. Jesus schenkt einem klaren Kopf

Ich wundere mich dauernd: Leute, die politische und militärische Verantwortung wagen, sind doch kluge Leute. Sie alle wissen um den Unsinn der Rüstung, um die ständig wachsende Gefahr, um das Elend in der Welt auf der anderen Seite. Sie alle reden auch davon, aber diese Reden verlieren von Tag zu Tag an Glaubwürdigkeit, weil sie praktisch genau das Gegenteil von dem tun, was sie sagen. Anstatt das einzig Logische zu tun, ehrlich zu sagen: „Ein neuer Krieg bedeutet sowieso die Vernichtung der Menschheit, also Schluß mit dem Unfug, ohne uns, wir machen nicht mehr mit, das Leben ist wertvoller als die Macht!!“ Anstatt diesen einzig logischen Schritt zu tun, schiebt einer die Schuld auf den anderen, und so geht das Pokerspiel des Todes weiter und weiter.

Und als einen aus der Nachkriegsgeneration wundert mich etwas anderes noch viel mehr: ich sehe eine Dokumentation über den Krieg und bin erschüttert. Und von diesem Standpunkt aus frage ich die Älteren: Ihr seid doch Wissende, ihr habt's doch erlebt. Warum macht ihr wieder mit? Warum sagt ihr Väter euren Söhnen nicht: „Junge, es ist die Hölle, verlaust, verdreckt, halb erfroren im Schützengraben zu liegen, während es rechts und links die Kameraden zerfetzt. Laß' die Finger davon, sag' 'Nein'!“ Statt dessen höre ich Alte mit Genuß vom Krieg reden, als sei dies ein Abenteuerstreich gewesen. Natürlich waren diese Männer tapfer, wie wir uns das gar nicht vorstellen können, aber wofür denn? Vielmehr gibt es welche, die ihren Enkeln sagen: „Wird Zeit, daß du zum Militär kommst!“ und selber sind sie bei der Kampfgruppe wegen paar Mark mehr Rente. Ich möchte fragen: „Ihr Männer, die ihr das Grauen der Stalinorgeln erlebt habt, die ihr heute Kriegsverbrecher genannt werdet, welche Konsequenzen habt ihr daraus gezogen?“

Und ihr Mütter, warum sagt ihr euren Töchtern nicht: „Es war gräßlich, Jahr um Jahr allein zu sein, die Kinder allein aufzuziehen, Hunger und Elend zu erdulden, für zwei zu arbeiten und von Tag zu Tag zu zittern, daß der Bote mit dem berühmten Brieflein kommt. Darum haltet eure Männer und Söhne heute zurück. Laßt sie nicht gehen und wieder Krieg üben!“ Statt dessen meinen viele Frauen, dies sei das Normalste von der Welt und man könne ja doch nichts tun.

Jesus preist den Vater, der die Erkenntnis den Klugen und Wissenden verborgen hat. Von ihnen ist nichts zu erwarten. Sie handeln weiter und weiter nach dem menschlich-tödlichen Prinzip der Vergeltung, des Hasses und der Unterordnung gegen alle bessere Einsicht. Erkenntnis ist von den Unmündigen zu erwarten, den nicht Wissenden, den wenig Gebildeten, von denen, die einfach ehrlich und schlicht genug sind zu begreifen: Der klugen und doch so vordergründigen, menschlichen Logik des „Wie du mir so ich dir“ steht die andere, die viel tiefere Logik des Christus entgegen, der uns lehrt: Es ist noch mutiger, sich dem Kampf zu versagen, als heldenhaft zu kämpfen. Es ist klüger, beizeiten auszusteigen, als später nicht mehr aussteigen zu können.

Ein klares, einfältiges Gottvertrauen ist besser als gottloses Gewurstel.

Vor wenigen Tagen habe ich dafür ein beeindruckendes Beispiel erlebt: Uns besuchte meine Großmutter, eine schlichte, aber gläubige und nüchterne Frau. Wir sahen im Fernsehen eine Dokumentation über den 2. Weltkrieg. Doch schon nach wenigen Minuten mußte ich abschalten, weil ich meinte, daß die Großmutter die Eindrücke nicht verkraftete. Nachdem sie sich etwas erholt hatte, kam es zu einem kurzen Gespräch, in dem ich merkte, daß diese einfache Frau klar erkannt hatte:

Wer Gott nicht vertraut, der muß auf seine eigene Macht vertrauen. Und wer genug eigene Macht hat, der hat auch keine Skrupel, andere durch und für die Macht in den Tod zu treiben.

Ja, Jesus schenkt – unabhängig von jeder Bildung – einen klaren Kopf, der in der Lage ist, sich ehrlich und konsequent der Vergangenheit zu stellen.

2. Jesus schenkt ein getröstetes Herz

Wer die Ereignisse des letzten Krieges nüchtern betrachtet, der kann eigentlich seines Lebens nicht mehr froh werden: Sinnlose, wahnsinnige Opfer unter den Deutschen, ob an der Front oder in der Heimat, für einen von vornherein aussichtslosen Eroberungskrieg, unbeschreibliche Verbrechen und Völkermord im Namen der Deutschen an allen Völkern Europas, besonders am jüdischen Volk. Dabei hilft es auch nicht zu sagen: Ja, die Anderen, die Russen, die Amerikaner, die Engländer, die waren doch auch nicht besser, was die alles getrieben haben! Man muß fragen: Wer hat wen überfallen, wer hat wem den Krieg erklärt? Was mich aber noch viel mehr betrifft, das ist die Haltung der Christen. Natürlich gab es eine Widerstandsbewegung, die Bekennende Kirche. Aber wie Wenige waren das! Haben alle die anderen Christen in der ganzen Zeit nie in ihrem Neuen Testament von dem Christus gelesen, der dem Haß und der Gewalt wehrt und statt dessen den Frieden und die Liebe lehrt? Diese Woche bekam ich ein winziges Büchlein mit dem Titel „Evangelisches Feldgesangbuch“ in die Hand. Wer die dortige Zusammenstellung an Liedern und Gebeten liest und sich als Christ nicht bis auf die Knochen schämt, wie Christen da im Namen Gottes den Mördern und Henkern zugearbeitet haben, der hat Christus nicht verstanden.

Was machen wir mit dieser Schuld, durch die wir unseren Herrn verraten haben für 30 Silberlinge, Führer, Volk und Vaterland wie Judas Ischarioth?

Mir scheint, da bekommt das Wort Jesu eine neue Dimension: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will euch erquicken.“

Ja, wir sind beladen, nicht nur ihr Älteren, auch wir Jüngeren, die wir uns als Christen bis heute der Vergangenheit nicht gestellt haben. Auch heute noch gilt, was die Väter des Stuttgarter Schuldbekenntnisses 1945 sagten: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“ Ich will fortführen: „Wir klagen uns an, bis auf diesen Tag zu tun, als ob nichts geschehen sei, anstatt Buße zu tun, umzukehren und es besser zu machen.“ Es rührt uns z.B. überhaupt nicht, wenn heute 8. Mai-Feiern gehalten werden mit anschließendem Preisschießen der GST. Und obwohl wir so beladen sind, sagt Jesus trotzdem: „Ich will euch erquicken.“

Erquicken das mag heißen: Es war eine Gnade Gottes, daß Deutschland diesen 2. Weltkrieg verloren hat! Anderenfalls wäre nämlich ganz Europa heute ein riesiges KZ, und es ist kein Geheimnis: Nach den Juden wären die Christen in die Gaskammern gekommen, wenigstens die konsequenten. Natürlich kann man das geteilte Deutschland und das bis an die Zähne bewaffnete Europa und Amerika nicht als

Idealzustand feiern. Aber sollte dies nicht eine Herausforderung an unseren Glauben, eine Aufgabe für unsere Tat sein? Für einen Christen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung, nichts anderes. Aber dieser Tag ist kein Anlaß zum Jubeln, sondern zum In-sich-gehen und zum demütigen Beten.

Erquicken – das mag weiter heißen: Wir müssen nicht unter der Last der Schuld liegenbleiben. Wir dürfen aufstehen und praktizieren, was Jesus Versöhnung genannt hat. Christen kennen keine Grenzen, weder im Westen noch im Osten. Über alle Stacheldrähte und über alle Vorurteile hinweg bauen sie Brücken von Mensch zu Mensch. Gegen alle Haß- und Feindpropaganda wecken Christen Verständnis und Vertrauen, weil sie sich in Christus eins wissen, unabhängig von jeder Volks- und Blockzugehörigkeit. Das wird den Menschen wohltun und sie trösten.

Erquickung – das mag zuletzt heißen: Wir müssen uns nicht resigniert verkriechen, weil wir uns so ohnmächtig fühlen vor denen, die offenbar gar nichts gelernt haben aus der Vergangenheit. In der gemeinsamen Bibelstunde vor 8 Tagen sagte einer: „Unser Gebet kann Atombomben entschärfen." Ich finde, das ist ein ganz toller Satz. Wenn wir den ernst nehmen, braucht uns nicht angst vor der Zukunft zu werden, und wir dürfen fröhlich und getröstet anpacken, was uns zu- und aufgetragen ist.

Unsere Eingangsfrage war:
Ist der Trost für den Einzelnen
der Tod für die Vielen?

Die Antwort lautet:
Nein! Der Trost für den Einzelnen
ist das Leben für die Vielen!

Amen.

Die Nähe zum 8. Mai lässt Brand die Leiden des Krieges und der NS-Zeit, die Schuld der Deutschen und die aus beiden Aspekten resultierende Verantwortung für die Gegenwart behandeln. Damit nimmt Brand die Deutschen sowohl als Opfer als auch als TäterInnen des Krieges und des NS-Regimes wahr. Im *Wort zum Frieden* vom BEK und der EKD wurden ebenfalls neben der TäterInnenschaft der Deutschen die Leiden der Nachkriegszeit, die aus der deutschen Teilung, der Gefangenschaft von Soldaten sowie aus Flucht und Vertreibung resultierten, erwähnt. Die Verantwortung für die Gegenwart sehen Brand und der BEK in dem – besonders in Europa – bedrohten Frieden.[610] Gemeinsam mit Pfarrer Coblenz (P3Co1984), Pfarrerin Müller (P2Mue1984) und dem BEK verweist er auf die mögliche, auf den Aufrüstungsbestrebungen resultierende „Vernichtung der Menschheit".[611]

Den Deutschen gilt nach Brand sowohl als Opfer als auch als TäterInnen die in Mt 11,28 enthaltene tröstliche Zusage Christi, dass er ihr Leiden und ihre Schuld auf sich nimmt. Die zurückgebliebenen Angehörigen, die (Ehe-)PartnerInnen, Eltern und Kinder verloren haben, subsumiert Brand als Opfer des Krieges unter die „Mühseligen und Beladenen". Ähnlich wie Pfarrer Iskraut in seiner Predigt zum 8. Mai 1975 (P1Isk1975) betont Brand, dass seine Aufzählung der leidvollen Erfahrungen nicht vollständig ist. Brand erkennt damit wie Iskraut den Opferstatus der Deutschen zwar an, will ihn aber nicht überbewertet wissen. Darüber hinaus deutet Brand an, dass das Leid mit dem Ende des Krieges nicht vorbei war, sondern langfristige Folgen für die Überlebenden bis in die Gegenwart hinein hat. Jesus Christus nehme jedes Einzelschicksal wahr und ernst.

Die Frage, mit der Brand seine weitere Auseinandersetzung mit Mt 11,25-28 einleitet, ist: „Der Trost für den Einzelnen – der Tod für die Vielen??" Er erörtert somit: Zieht der Trost und die Befreiung von der Last der Schuld und des Leides neue Tode nach sich? In der Predigt betrachtet Brand deshalb, welche Impulse das Verhalten der ChristInnen im alltäglichen Leben aufgrund von Trost, Rechtfertigung und Befreiung von Schuld durch Jesus Christus erfährt. Brand verzahnt das Verhalten der ChristInnen zur NS-Zeit mit dem der ChristInnen in einem 1985 geteilten und beiderseitig hochgerüsteten Europa, indem er beide Gruppen mehrheitlich als zu passiv im Hinblick auf ihre politische und gesellschaftspolitische Präsenz in einer gefährlichen Situation darstellt, die Zeugnis und Bekenntnis verlangt. Diese Passivität hat er schon in P4Br1984 kritisiert.

Er setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Unmündigkeit der ChristInnen sowohl zur NS-Zeit als auch in der Gegenwart zu ausbleibendem Widerstand der Mehrheit geführt hat bzw. führt. Dabei greift er das negative, gesellschaftliche Verständnis von Unmündigkeit im Sinne von Unselbstständigkeit bzw. Abhängigkeit auf. Brand verweist auf die Bekennende Kirche zur NS-Zeit und die Friedensgruppen in der Gegenwart in der DDR als eine kleine Schar von widerständigen ChristInnen. Damit ordnet er die FriedensaktivistInnen, anders als der BEK, aber in Übereinstimmung mit Pfarrer Meckel (P6Meck1985), ganz klar der Gemeinschaft der Gläubigen zu. Er bemängelt das Verhalten der Kirche in der DDR 1985.

[610] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 185f.

[611] Vgl. dazu auch Konsultation über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland – Arbeitsbericht vom 19. August 1982 in: aaO, 90; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 94.

Sie trete nicht selbst kritisch in Erscheinung, sondern verstecke sich hinter den wenigen, kleinen Friedensgruppen und präsentiere diese als Ausdruck ihres kritischen Friedenseinsatzes in der Gesellschaft. Indem Brand von der „bedingungslos gehaltenen Friedensbewegung“ spricht, thematisiert er die Eigenverantwortlichkeit der Friedensgruppen. Damit zeigt er eine bei aller Nähe bestehende Distanz zwischen Kirche und Gruppen auf. Darüber hinaus deutet er deren konfliktträchtiges Verhältnis an. Dies resultierte daraus, dass die Kirchenleitungen sich hinsichtlich kritischer Äußerungen gegenüber dem Staat in Zurückhaltung übten, während die Friedensgruppen sich offener äußern und positionieren wollten und sich diesbezüglich Unterstützung von den Kirchenleitungen erhofften.[612] Hatte die KKL in *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* aus dem Jahr 1975 noch sehr deutlich dazu aufgefordert, sich „freimütig zu politischen Fragen zu äußern und politisch zu handeln“[613], so fand dieser Aspekt im *Wort zum Frieden* 1985 keine Erwähnung. Vielmehr wurde verstärkt wohlwollend auf die Möglichkeiten der beiden deutschen evangelischen Kirchen in ihren Ländern hingewiesen, Zeugnis zu geben und Dienst zu tun.[614] Im Allgemeinen betrachtete es der BEK als eine Aufgabe der Kirchen, sich (gesellschafts-)politisch auch kritisch zu positionieren.[615] Er hatte aber – trotz einiger kritischer Anmerkungen – mit seiner öffentliche Befürwortung der Friedenspolitik und des Friedensengagements der DDR auch in den eigenen Reihen den Eindruck erweckt, den Widerspruch zwischen staatlichen Friedensbekundungen und der bestehenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft auszublenden bzw. zu relativieren und sich staatlich einnehmen zu lassen.[616] Brands Äußerung zeugt

[612]Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 113, 115; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[613]Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 131; vgl. auch aaO, 130.

[614]Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 186f.

[615]Vgl. Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 195; Anlage: Informationen zur Friedenarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 228; Schönherr in: Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: aaO, 237; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: aaO, 20.

[616]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 234; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: aaO, 171; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 187; Dok. 99: Einschätzung vom 27.9.1985 der BEK-Synode vom 20. bis 24.9.1985 in Dresden in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 523; Dok. 102: Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen von Ende September 1986 über die Tagung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR (BEK) vom 19. bis 23.9.1986 in: aaO, 534f; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103; Beschluß der Synode des Bundes zum Thema „Christliche Verantwortung für die Schöpfung“ vom 25. September 1984 in: aaO, 104; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER

davon. Er fordert die Kirche(n) zu einer offenen, eigenständigen und kritischen Haltung in der Diskussion um Frieden und Abrüstung auf.

Brand überträgt die Bibelstelle ohne historische oder theologische Einordnung in die Gegenwart und verkehrt unter Bezugnahme auf Mt 11,25 das Verständnis von Unmündigkeit ins Gegenteil. Im Sinne der Bibelstelle beschreibt er es als etwas Positives, unmündig zu sein. Anhand verschiedener Beispiele verdeutlicht Brand, dass kluge oder erfahrene Menschen nicht immer die besten Entscheidungen treffen. Zum einen verweist er auf politisch Verantwortliche, die entgegen besserem Wissen die Aufrüstung vorantreiben, die Verantwortung dafür aber dem Gegner zuschieben. Damit entstehe ein Widerspruch zwischen Wort und Tat. Brand und die KKL betonen die negativen Effekte dieses Verhaltens auf die Reputation der Regierungen. Brand spielt wie schon in P4Br1984 auf die Argumentation beider Blöcke und die daraus resultierende Rüstungsspirale an, aufgrund der Überlegenheitsbestrebungen der anderen Seite aufrüsten zu müssen. Gleichzeitig schwingt darin die Aufforderung an die politisch Verantwortlichen zum Einleiten einseitiger Abrüstungsschritte mit, was auch vom BEK und den *Vereinten Nationen* mehrfach gefordert wurde.[617] Übereinstimmend mit P2Mue1984 und P6Meck1985, dem BEK, dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* kritisiert Brand, dass Gelder trotz des Wissens um die Not in der Welt für Rüstung verschwendet werden.[618]

DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52.

[617]Vgl. Stolpe zitiert in: 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 67; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 60; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 17, 19; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 76, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020).

[618]Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 297; Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 In. aaO, 159; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its

Zum anderen übt Brand – wesentlich ausführlicher als in P2Br1980 – Kritik an der Kriegsgeneration. Er äußert Unverständnis darüber, dass viele männliche Angehörige der Kriegsgeneration Aufrüstung, Krieg und den Militärdienst befürworten, obwohl sie selbst die Schrecken des Krieges erlebt haben. Als Schrecken des Soldatseins zählt Brand beispielhaft den Tod von Kameraden und die Stalinorgeln auf, denen die deutschen Soldaten im 2. Weltkrieg ausgesetzt waren. Im Einklang mit Iskraut (P1Isk1975) betont Brand, dass die Soldaten einerseits für einen sinnlosen Krieg gestorben seien. Andererseits würden sie rückblickend als Kriegsverbrecher bezeichnet. Trotzdem blickten einige ehemalige Soldaten oft wehmütig auf den Krieg als eine gute Zeit zurück und priesen die Tapferkeit der Soldaten. Brand kritisiert die Aufforderung der Kriegsgeneration an die Jüngeren, den Militärdienst zu absolvieren, und prangert deren Mitgliedschaft in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse an. Er unterstellt ihnen, dies vor allem zur Aufbesserung der eigenen Rente zu tun. Die Kampfgruppen wurden in den 1950er Jahren gegründet, um zunächst volkseigene Betriebe nach innen und außen zu schützen. Mit den Jahren kam die Aufgabe hinzu, im Verteidigungsfall die militärischen Verbände zu unterstützen. Dazu wurden die freiwilligen Mitglieder an der Waffe trainiert.[619] 1974 wurde als Anreiz zur Teilnahme an den Kampfgruppen beschlossen, „ein[en] Rentenzuschlag für zwanzigjährige Tätigkeit in den Verbänden“[620] zu gewähren. Damit äußert sich Brand – wie schon in P2Br1980 – kritisch zum Wehrdienst und fordert implizit zur Verweigerung des Dienstes an der Waffe auf. Er wirft auch den Frauen der Kriegsgeneration vor, nicht vor dem Leid zu warnen, die Kinder alleine versorgen und gegebenenfalls großziehen sowie um den Mann an der Front bangen oder trauen zu müssen.

Während kluge Menschen somit nach dem „Prinzip der Vergeltung, des Hasses und der Unterordnung gegen alle bessere Einsicht“ operierten und Gleiches mit Gleichem vergelten, sei das Handeln von unmündigen, im Sinne von bescheidenen und nüchternen Menschen aus dem Glauben heraus von Gewaltlosigkeit bzw. des Gewaltverzicht geprägt. Ein Mensch bedarf demnach nicht der Intelligenz, um lebensbejahende Entscheidungen zu treffen, wenn er sie aus seinem Glauben heraus trifft. Konkreter wird dies, wenn Brand die Unterscheidung zwischen „klare[m], einfältige[m] Gottvertrauen“ und „gottlose[m] Gewurstel“ aufmacht und die Aussage seiner Großmutter in die Predigtausführungen aufnimmt. Die Großmutter stellt in diesem Zusammenhang eine Vertreterin der Kriegsgeneration dar, die – im Sinne der Predigtausführungen – als unmündige, weil „schlichte“ Frau aus ihrem Gottvertrauen heraus die richtigen Entscheidungen bzw. die richtige Einschätzung trifft. Brand beschreibt diese Gabe als Geschenk Gottes. Anhand der Äußerung seiner Großmutter macht Brand deutlich, dass ungläubige Menschen sich nur auf ihre Macht verlassen können und deshalb diese, wenn nötig mit Gewalt, erhalten müssen. Ähnlich wie Pfarrer Meckel in P6Meck1985 bewertet Brand die Ablehnung von Gewalt im Allgemeinen und des

tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

[619] Vgl. WAGNER: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, 282f, 290, 294, 303, 316, 319f, 322.

[620] AaO, 314.

Militärdienstes im Speziellen als mutigere Tat als die Entscheidung für den Kampf an der Waffe.

Den schon zu Beginn der Predigt den Deutschen im Hinblick auf ihren Opferstatus zugesprochenen Trost in Mt 11,28 bezieht Brand am Ende der Predigt auch auf das TäterInnendasein der Deutschen. Er thematisiert deren Schuld und Belastung durch die Ereignisse des 2. Weltkrieges und die Gräueltaten gegenüber den anderen Völkern Europas sowie den Jüdinnen und Juden. Als weitere Opfergruppe werden die soldatischen und zivilen deutschen Opfer genannt. Im Einklang mit Aussagen des BEK und der EKD von 1979 identifiziert Brand den 2. Weltkrieg als Angriffskrieg der Deutschen, womit die Deutschen als die wahren Schuldigen dargestellt werden.[621] Wie Pfarrer Coblenz (P3Co1984) zeigt Brand die Mitverantwortung der evangelischen Kirche zur NS-Zeit auf. Unter Bezugnahme auf das *Evangelische Feldgesangbuch* macht Brand die Instrumentalisierung der Evangelische Kirche durch das NS-Regime für dessen Zwecke sichtbar. Religiöse Glaubenspraktiken, wie Gebete und Lieder, sowie theologische Motive wurden für die Idee des Nationalsozialismus vereinnahmt und adaptiert. Neben dem *Gebet für Führer, Volk und Wehrmacht* enthielt das Gesangbuch zahlreiche Lieder, in denen das deutsche Vaterland, der Führer, das Soldatendasein und der Krieg gelobt und als gottgegeben dargestellt wurden. In dem Lied *Ein Haupt hast du dem Volk gesandt* wurde der Führer, Adolf Hitler, sogar als Gesandter Gottes beschrieben und dementsprechend erhöht. Gott wurde um Unterstützung für das Vaterland und dessen kriegerisches Vorgehen gebeten.[622] Damit stehen die Inhalte des Feldgesangbuches im krassen Widerspruch zur Botschaft Jesus Christi von Gewaltfreiheit, Demut und Feindesliebe. Brand vergleicht das Verhalten der Mehrheit der ChristInnen in der NS-Zeit sogar mit dem Verrat des Judas an Jesus. Wie Coblenz (P3Co1984) sieht auch Brand von der Schuld nicht nur die Kriegsgeneration, sondern auch die nachfolgenden Generationen und somit auch die ZuhörerInnen betroffen. Er begründet dies aber damit, dass es bis dato zu keiner angemessenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gekommen sei. Untermauert wird diese Einschätzung durch einen Bezug auf das *Stuttgarter Schuldbekenntnis*, das auch Pfarrer Iskraut im Gottesdienst am 8. Mai 1975 (P1Isk1975) ausschnittsweise verlas. Brand betrachtet es gemeinsam mit dem BEK und der EKD als weiterhin aktuell.[623] Er formuliert aber ein eigenes Schuldeingeständnis für die deutschen ChristInnen 1985: „Wir klagen uns an, bis auf diesen Tag zu tun, als ob nichts geschehen sei, anstatt Buße zu tun, umzukehren und es besser zu machen." Während Brand damit schonungslos die fehlende Auseinandersetzung der Deutschen im Allgemeinen und der DDR-BürgerInnen im Besonderen mit dieser Thematik bis in die Gegenwart hinein anprangert, wird dies im *Wort zum Frieden* von BEK und EKD im Hinblick auf alle Deutschen nur als eine bedrängende Frage beschrieben.[624] Diesbezüglich waren die *Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945* aus dem Jahr 1975 wesentlich konkreter und kritisierten offen: „Echte Auseinandersetzung ist häufig blockiert."[625] Im Unterschied zu Brand nahm die KKL in

[621] Vgl. Wort zum Frieden. Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges vom 24. August 1979 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 305.

[622] Vgl. VERLAG E.S. MITTLER & SOHN (Hg.): Evangelisches Feldgesangbuch, Seite 15, Lied Nr. 59, 61, 62, 67, 70, 72.

[623] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 186f.

[624] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 185.

[625] Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 127.

ihrem Bericht vor der Bundessynode im Herbst 1985 eine allgemeine „Erkenntnis der Schuld“[626] in kirchlichen Kreisen der DDR wahr, die den Austausch über Kriegs- und Nachkriegsleiden ermöglichte. Man diagnostizierte eine in den zehn Jahren von 1975 bis 1985 gestiegene Bereitschaft der Gemeinden, sich mit der Kriegs- und NS-Zeit auseinanderzusetzen. Als mögliche Ursache identifizierte man die 1985 stark verbreitete Angst vor einem erneuten Krieg.[627] Anhand des kritischen Verweises auf ein Preisschießen der GST im Zuge der 8. Mai-Feierlichkeiten in der DDR zeigt Brand, dass er die Gestaltung des Gedenktages für nicht angemessen hält und die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung in der DDR nicht ansatzweise vollzogen sieht. Wie schon in der Predigt von P1Isk1975 detailliert dargestellt, zeichneten sich die Feierlichkeiten der DDR zum 8. Mai durch die Würdigung der Befreiung Deutschlands durch die Rote Armee aus. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit galt in der DDR schon früh als abgeschlossen, da man Entnazifizierung betrieben und mit der Gründung der DDR die richtigen Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen hatte.[628] Einen direkten Bezug auf das staatliche Gedenken zum 8. Mai und eine Bewertung dessen gab es von Seiten des BEK nicht.

Als Erquickung Gottes bezeichnet Brand das Ende des 2. Weltkrieges und die damit einhergehende Einstellung von Kriegshandlungen, Verfolgung und Völkermord. Damit definiert er das Ende des Krieges im Einklang mit Iskraut (P1Isk1975) sowie mit dem BEK und der EKD als Gnadenakt.[629] Obwohl laut Brand der 8. Mai für ChristInnen kein Tag zum Jubeln und Feiern, sondern ein Tag der Auseinandersetzung mit der Schuld sein sollte, will er den Tag dennoch einzig und allein als Tag der Befreiung, d.h. positiv verstanden wissen. Dies erklärt auch, warum er im Gegensatz zu Iskraut (P1Isk1975) und dem *Wort zum Frieden* nur bedingt auf die Leiden der Deutschen nach dem Ende des Krieges eingeht. Iskraut und der BEK gaben – bei starkem Fokus auf der Befreiung am 8. Mai 1945 – sowohl den negativen als auch den positiven Gefühlen, die die Deutschen mit dem Ende des 2. Weltkrieges verbanden, Raum.[630] Die Bundessynode verstand den 8. Mai 1945 neben der Befreiung des deutschen Volkes auch als „Tag des Gerichtes über unsere Schuld und die unseres Volkes“[631]. Im Gegensatz zu Brand legte sie den Fokus nicht auf die Vergebung von Schuld, sondern auf die Anklage. Brands positive Bewertung des Endes des 2. Weltkrieges wird verstärkt, indem er wie Iskraut in P1Isk1975 Vermutungen darüber anstellt, wie das

[626] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52.

[627] Vgl. ebd.

[628] Vgl. Dok. 38: Beschluß des Sekretariates des ZK der SED vom 28.1.1975 „Veranstaltung mit kirchlichen Amtsträgern zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“. SAPMO-BA ZPA J IV 2/3/2260. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung Nr. 08/75 vom 28.1.1975, Punkt 10 und Anlage 6. Begründung für den Beschluß in: SAPMO BA ZPA J IV 2/3A/2625 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 259; Dok. 39: Information von Hans Seigewasser vom 25.2.1975 an Paul Verner über sein Gespräch mit Albrecht Schönherr am 12.2.1975 in: aaO, 261; 8. Mai – eine grundlegende Wendung. Aus der Rede Otto Grotewohls bei den Feierlichkeiten der Regierung zum Tag der Befreiung in: NEUES DEUTSCHLAND 10. Mai 1950, 4; SCHWIETRING: Konkretionen des Erinnerns, 150.

[629] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 186.

[630] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 185; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103.

[631] Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 171.

NS-Regime sich gegebenenfalls in Europa weiterentwickelt und welche Folgen dies für die ChristInnen gehabt hätte. Brand stellt – genauso wie der BEK, die EKD sowie Iskraut (P1Isk1975) – eine Verbindung zwischen der Vergebung der Schuld durch Jesus Christus und der daraus resultierenden Auseinandersetzung mit dem hochgerüsteten, geteilten Europa her. Dies soll in den Einsatz für Frieden und Versöhnung im Sinne Jesu Christi münden.[632]

Brand bezeichnet die Sündenvergebung als eine weitere Erquickung. Das geteilte Europa und Deutschland sieht Brand wie der BEK als Resultat des Endes des Krieges an.[633] Er fordert die ChristInnen dazu auf, trotz der schwierigen Situation friedenshandelnd tätig zu werden. Er sieht in der Verbundenheit von ChristInnen über alle Grenzen und Blockzugehörigkeiten hinweg ein Vorbild für Begegnung und Versöhnung aller Menschen. Auch Pfarrer Iskraut erteilt der Begrenztheit der Liebe im christlichen Sinne in P5Isk1984 eine Absage. Der BEK wies mehrfach auf die positive Auswirkung der Ökumene auf globale Verständigung und Annäherung hin.[634] Brand schreibt mit Verweis auf eine Aussage eines Teilnehmers der Bibelstunde – genauso wie Pfarrerin Müller (P2Mue1984) – dem Gebet für Frieden die Macht zu, vor Krieg zu bewahren. Damit setzt Brand der Hoffnungslosigkeit der Gemeindemitglieder im Hinblick auf ihr Unvermögen etwas entgegen. Auch im *Wort zum Frieden* wurde das Gebet für den Frieden als „der unverwechselbare Beitrag [beschrieben], den wir als Christen und Kirchen für den Frieden in der Welt geben dürfen."[635] Darüber hinaus fordert Brand die ChristInnen im Einklang mit dem BEK und der EKD zum Eintreten gegen „Haß- und Feindpropaganda" auf.[636] Durch die Erkenntnis der Macht und Wirksamkeit Gottes sieht Brand die ChristInnen von der Angst befreit und zum Handeln im Sinne des Evangeliums ermutigt. Er schließt die Ausführungen mit der Aussage „Der Trost für den Einzelnen ist das Leben für die Vielen!" ab. Damit definiert er den Auftrag der ChristInnen. Sie sollen sich aufgrund der Vergebung, des Trostes und des Beistandes Jesu Christi für das Leben und gegen alles Lebensfeindliche in der Welt einsetzen. Brands Predigt ist folglich eine Mischform von vergewissernder und handlungsweisender politischer Predigt.

---

[632]Vgl. Gesichtspunkte zum 8. Mai 1945, beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 9. März 1975 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 129ff; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 188.

[633]Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 186.

[634]Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 65; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 103; Kommuniqué des V. Theologischen Gesprächs zwischen der russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Sagorsk V) vom 13.-16. November 1984 in Sagorsk in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 25.

[635]Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 187.

[636]Vgl. ebd.

3.16 Brand: Predigt vom 4. Mai 1986 (P6Br1986)

Die Predigt wurde von Pfarrer Brand in Schwaben und in Waldenburg gehalten. Mit 1. Tim 2,1-6a nutzt er die vorgeschlagene Bibelstelle der laufenden Perikopenordnung.

1. Tim 2,$_{1\text{-}6a}$ **Schwaben, Waldenburg Predigt Rogate (4.5.)1986**

Liebe Gemeinde!

In 5 Wochen findet die Wahl statt. Man kann über das Ereignis verschieden denken, danach vermelden die Zeitungen jedenfalls 99% Zustimmung, was heute schon so sicher ist wie das Amen in der Kirche.

Deshalb werden die meisten Menschen, auch die meisten Christen tun, was man von ihnen erwartet.

Einigen Christen wird dieser Tag aber immerhin Anlaß sein, wieder einmal grundsätzlich über ihr Verhältnis zu diesem Staat und zu seiner Obrigkeit nachzudenken. Unser heutiger Predigttext fordert uns jedenfalls genau dazu auf. Doch es geht dem Apostel Paulus dabei nicht um eine folgenlose Stammtischdiskussion, sondern er schließt die Obrigkeit in das Gebet der Gemeinde ein, dem wirksamsten Instrument, was uns Christen zur Verfügung steht. Deshalb:

1. Die Reichweite des Gebets

Das Gebet hat für Paulus 3 Grundelemente, nämlich Bitte, Fürbitte und Danksagung. Entscheidend dabei ist: Gebet kennt keine Grenzen!

Gebet ist niemals nur eine private oder innerkirchliche Angelegenheit, sondern das Gebet umspannt alle Menschen, denn alle Menschen sind Gottes Geschöpfe und Kinder, ob sie das nun wahrhaben wollen oder nicht. So wie sich ein Mensch zehnmal von seinen leiblichen Eltern lossagen kann und trotzdem das Kind dieser Eltern bleibt, so kann sich ein Mensch noch so gottlos gebärden, er ist und bleibt Gottes Kind.

Damit müssen wir leben und rechnen, und das ist die Voraussetzung dafür, daß wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, alle Menschen mit unserem Gebet zu umspannen; besonders die Könige und Obrigkeiten, was in unserem Jahrhundert heißt: Die Parteien und ihre Regierungen. Und damit wird klar: Alle möglichen Menschen können sagen, daß sie sich nicht um Politik kümmern, Christen können dies nicht sagen und schon gar nicht tun.

Ihr Lieben, es bleibt dabei: Christsein ist politisch, oder es ist nicht! Denn wie könnten wir für politische Kräfte, die uns und diese Welt beherrschen, beten, wenn wir keine Ahnung haben, was diese Menschen sagen und tun? Wir wissen, daß unsere Welt heute bedroht ist wie nie zuvor: Alle Politiker beteuern ununterbrochen ihren Willen zu Frieden und Abrüstung. Dauernd werden Vorschläge gemacht, dauernd wird verhandelt, aber tatsächlich wird die Realität immer schlechter: Es wird mißtraut, gehetzt, gebombt und die Spirale der Rüstung ununterbrochen weiter hochgeschraubt, dem furchtbaren, tödlichen Ende entgegen. Davor machen die meisten Menschen die Augen zu. Das wollen sie nicht sehen, nicht hören, nicht wahrhaben. Sie wollen klagen und kritisieren, aber die Zusammenhänge wollen sie nicht begreifen. Für unsere Fürbitte ist aber genau das die Grundlage, wenn wir zuerst beten: „Herr, gib den verantwortlichen

Politikern Vernunft! Wir wissen, daß diese Menschen unsere Welt nicht erlösen, nicht selig machen. Selbst wenn sie es versprechen, so können sie es doch nicht. Aber gib, daß sie die Welt wenigstens nicht verderben, nicht ermorden. Gib, daß Hunger und Elend die Herzen dieser Verantwortlichen anrühren, damit sie endlich verstehen, daß man Staatsgelder auch für Brot und Brunnen oder für Sicherheitsanlagen an Atomreaktoren ausgeben kann, anstatt für immer neue Waffen!" Noch viele andere Dinge sind täglich zu erbitten, aber dies ist wohl heute das Wichtigste.

Auf der anderen Seite fordert uns Paulus zur Danksagung auf, und hier fällt mir gerade in unserem Land viel ein: Wir dürfen unseren Glauben frei leben, wir dürfen sogar die Kinder in diesem Glauben unterweisen, wir dürfen Armeedienst ohne Waffe leisten, wir erfahren z.Z. als Christen mehr öffentliche Anerkennung als Nachteile. Ich denke, wir sollten uns immer wieder einmal darüber klar werden, daß dies alles in einem atheistisch-sozialistischen Staat keinesfalls selbstverständlich und nicht überall auf der Welt so ist.

Außerdem erkennen wir gerade zwischen den beiden Staaten unseres deutschen Vaterlandes deutliche Bemühungen, trotz einer sogenannten schlechten politischen Großwetterlage die Hand der Versöhnung über den Stacheldraht zu strecken.

Und keiner sollte vergessen, daß es uns materiell außerordentlich gut geht, was eine Leistung der verantwortlichen Politiker ist.

Auch wir Bürger der DDR haben heute einen Wohlstand, wie es ihn nie in der deutschen Geschichte gegeben hat. Da alles Gute auf Gottes Handeln zurückgeht, deshalb dürfen wir Gott für all das Gute danken und die, die Gutes tun, dankbar in unser Gebet einschließen.

2. Die Folge des Gebets

Paulus fordert uns vor allem zum Gebet für die Obrigkeit auf, damit wir „ein ruhiges, stilles Leben in aller Gottesfurcht und Ehrbarkeit führen können." Als ich das las, klangen die Worte zuerst unangenehm in meinen Ohren: Wir sollen für die Regierungen beten, damit uns alles nichts angeht, damit wir keine Verantwortung haben, damit wir uns den Problemen der Welt nicht zu stellen brauchen, damit wir uns faul hinter die dicksten Kirchenmauern verkriechen und uns fromm belämmern können.

Das Schlimmste dabei ist, daß es Christen gibt, die genau so handeln und dies von allen anderen fordern: Hier sind wir, die Auserwählten, die Gläubigen, und wir sind fromm und gut und uns selber völlig genug. Und dort ist die Welt, die böse, verlorene mit ihrer Politik, die uns nichts angeht, mit der wir nichts zu schaffen haben. So zu denken, dürfte ein verhängnisvoller Irrtum sein, die Geschichte hat das Elend einer Kirche gezeigt, die angeblich mit den weltlichen Geschäften nichts zu schaffen hatte und sich damit zum Helfershelfer von Gewalt und Unrecht gemacht hat.

Beim genauen Hinschauen merken wir aber, daß Paulus auch etwas ganz anderes im Sinn hatte:

Wenn Böses in der Welt geschieht, geht das meist mit lautem Geschrei, Gewalt und Machtdemonstrationen einher. Allem Lauten und Spektakulärem sollte man mißtrauen!

Wenn dagegen Gutes in der Welt geschaffen wurde, dann taten dies die Stillen im Lande, die Denker, die geduldigen und zähen Verhandler und nicht zuletzt die Beter.

Stille Menschen sind nicht willenlose Spielbälle der gerade Mächtigen, sondern Helfer zum Guten.

Gefährlich ist nur der Pöbel, der heute für 10,-M und ein Faß Freibier demonstriert und „Hurra“ schreit, der aber morgen für den selben Lohn auch „Kreuzige“ schreien wird.

Ruhig und still leben bedeutet klar nachdenken, ruhig und zielgerichtet handeln und vertrauensvoll beten.

Die Grundlage dafür ist die Gottesfurcht. Gottesfurcht schließt Menschenfurcht aus. Die Bibel sagt ganz klar: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“, denn Gott will und tut unfehlbar das Gute für die Menschen. Wenn also menschlicher Wille von Gottes Willen abweicht, dann führt das zum Bösen, zum Unmenschlichen. Und dem gilt es zu widerstehen!

Neben der Gottesfurcht ist das andere Kennzeichen der Beter die Ehrbarkeit, man kann auch übersetzen: Würde. Christen sind stille Menschen, aber sie sind niemals Speichellecker und Kriecher. Mangelnde Gottesfurcht erzeugt Angsthasen und Kriecher, und es ist wahrscheinlich das Verderben unserer Gesellschaft, daß sie zu viele heute ohne Rückgrat hat. Die achtenswerte und menschliche Idee des Sozialismus hat sich selbst den größten Bärendienst erwiesen, indem sie meinte, Gott ausschließen zu müssen. Gott unterdrückt niemanden, im Gegenteil: Wer konsequent mit Gott lebt, der lebt in Würde, Geradlinigkeit und Berechenbarkeit. Und genau davon braucht unsere Gesellschaft mehr als sie hat.

Manche Menschen in der Obrigkeit scheinen das schon zu verstehen und betrachten uns Christen genauer. Leute, die Gott mehr gehorchen als den Menschen, sind nicht immer bequem. Aber gerade deshalb sind sie keine Staatsfeinde, sondern dem Guten der Gesellschaft ein besserer Helfer als solche, die für 10,- M demonstrieren und sich danach sinnlos besaufen.

Ihr Lieben, der Weg der Beter ist der konsequente und stille. Viele Menschen begreifen das nicht, deshalb kapieren sie überhaupt nicht, was Kirche und Glauben bedeuten. Trotzdem bleibt uns keine andere Wahl, wenn wir es ernst meinen mit unserem Gebet für Könige und Obrigkeiten.

3. Die Auswirkung des Gebets

Paulus beschreibt sie in einem Satz: „Damit allen Menschen geholfen wird und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.“

Ich denke in diesem Zusammenhang an eine Regierungserklärung eines Bundeskanzlers, in dessen Parteibuch kein „C“ steht, der die Sache aber genau traf, in dem er etwa folgendes sagte:

„Eine Regierung ist zum Wohl ihres Volkes da, dem hat alle Anstrengung zu gelten. Aber sie ist nicht das Heil des Volkes, sie kann die Menschen nicht erlösen. Der Erfolg der Regierung wird von ihrer Demut abhängen, das eine vom anderen zu unterscheiden.“ (Helmut Schmidt)

Ihr Lieben, diese Aussage sollte allen Regierenden und allen Regierten immer deutlich sein. Das ist die Wahrheit. Jede Obrigkeit, die propagiert, sie könne die Menschen erlösen, und jedes Volk, das dieses von seiner Obrigkeit erwartet, werden miteinander scheitern, denn dies hieße: Regierende müßten Götter sein. Sie waren, sind und bleiben aber auch nur fehlerhafte Menschen. Deshalb können sie niemanden erlösen, nicht mal sich selbst, weil das nichts anderes wäre, als sich am eigene Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Doch Münchhausen war bekanntlich ein Lügenbaron. Erlöst können die Menschen nur durch Jesus Christus werden. Sinn und Leben in Zeit und Ewigkeit ist nur durch ihn zu haben. Er ist das Heil, durch den die Menschen von innen heraus Ziel und Zukunft finden. Darum gilt es zu beten und das gilt es zu

bezeugen, nämlich vor den allernächsten Menschen aber auch wenn der Fall eintritt, den Jesus schildert: „Man wird euch vor Fürsten und Könige führen um meinetwillen ... aber sorget nicht, wie und was ihr reden sollt, denn es wird euch zu der Stunde gegeben werden."

Eines wird in diesem Zusammenhang jedenfalls zur Debatte stehen: Regierungen sind nicht für das Heil verantwortlich, sondern für das Wohl der Menschen, also für das Äußere: Frieden, Wohlstand, materielle Absicherung, Schutz vor leiblichen Bedrohungen – sei es vor Gangstern oder vor Atomstrahlen. Das ist ihre Aufgabe, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dazu wollen wir ihnen helfen durch unser Handeln, unser Reden und besonders durch unser Beten. Doch dabei müssen wir selbst und unsere Obrigkeit aushalten, daß wir als christliche Kirche keine Einheitspartei sind, wo einheitlich vorgedacht wird, was einheitlich nachzudenken ist. Jeder ist Gott selbst verantwortlich und jeder entscheidet nach dem Maß seines Glaubens. Deshalb darf auch keiner erwarten, daß ich hier und heute im Blick auf die kommende Wahl eine Verhaltensmaßregel abgebe. Die mag sich jeder selbst erbeten.

Amen.

Die anstehenden Volkskammerwahlen im Juni 1986 und die Aufforderung zum Gebet für die Obrigkeit in 1. Tim 2,2 sind für Brand Gründe, um über das Verhältnis der ChristInnen zu den politisch Verantwortlichen nachzudenken. Er deutet schon zu Beginn der Predigt an, dass aus der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der ChristInnen zum Staat auch Handeln erwachsen soll. Der Aufruf an die Anwesenden zu eigenverantwortlichem Handeln ist in dieser Predigt vorherrschend. Brand identifiziert – resultierend aus 1. Tim 2,1-6 – die Fürbitte, die Bitte und das Danken als wesentliche Bestandteile des Gebets. Darüber hinaus wird das Gebet für die Obrigkeit in dieser Predigt im Hinblick auf seine Reichweite, Folgen und Auswirkungen beleuchtet, wobei Brand, wie in P5Br1985 und Pfarrerin Müller in P2Mue1984, das Gebet als „wirksamste[s] Instrument [bezeichnet], was uns Christen zur Verfügung steht", und damit dessen Außenwirkung unterstreicht.

Angesichts der Aufforderung der ChristInnen zur – im Gegensatz zum sozialistischen Freund-Feind-Denken – grenzenlosen Hinwendung zur gesamten Menschheit beschreibt es Brand als die Pflicht aller ChristInnen, auch für die politisch Verantwortlichen zu beten. Der BEK hatte hinsichtlich des Friedens zu Gebeten für die in die KVAE in Stockholm und die Abrüstungsverhandlungen involvierten politisch Verantwortlichen aufgerufen. Darüber hinaus hatte man politisch Verantwortlichen der DDR gegenüber versprochen, dass die Gemeinden für sie beten würden.[637] Brand begründet das Gebet für die politisch Verantwortlichen damit, dass alle Menschen Kinder Gottes sind. Diese Zugehörigkeit zu Gott könne der Mensch nicht auflösen. Damit soll sich Gottes Fürsorge für die gesamte Schöpfung im Handeln der ChristInnen niederschlagen. Das Gebet für die politisch Verantwortlichen müsse laut Brand mit der Informiertheit über politische Zusammenhänge und Entwicklungen einhergehen. Sonst könnten die Zusammenhänge nicht angemessen bewertet werden. Im Papier *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst* aus dem Jahr 1981 wurden die Kirchen in ähnlicher Weise dazu aufgerufen, „eine Beurteilungsfähigkeit in den Fragen von militärischer und politischer Friedenssicherung [zu] entwickeln, die sie auch zu politisch sachgemäßem Reden befähigt"[638]. Wie schon in seiner Predigt P2Br1980 betont Brand, dass ein Leben im Glauben politisches Engagement mit sich bringen muss. Als Beispiel setzt sich Brand mit der 1986 laufenden (Ab-)Rüstungsdebatte auseinander, weist auf den bekundeten Friedenswillen der politisch Verantwortlichen sowie deren Abrüstungsvorschläge und -verhandlungen hin, kritisiert aber die fehlenden praktischen Schritte hin zu Frieden und Abrüstung und die stetige Aufrüstung. Auch der BEK und die *Vereinten Nationen* bedauerten das Ausbleiben konkreter Einigungen.[639]

[637] Vgl. Anlage: Fürbitte für die Stockholmer Konferenz vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 159; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 183; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 194; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212.

[638] Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 298; vgl. auch aaO, 299f.

[639] Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik, Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki vom 6. Juli 1985 in: aaO, 194; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der

Im Zuge dessen prangert Brand wie schon in seinen Predigten P1Br1979 und P2Br1980 im Hinblick auf die Kriegsgeneration sowie in P4Br1984 und P5Br1985 im Allgemeinen den fehlenden Widerstand der Massen gegen die weitere Aufrüstung an. Anstatt diese Entwicklungen einfach hinzunehmen, sollen die ChristInnen für Einsicht und Umkehr der politisch Verantwortlichen beten. Im Gebet, das Brand in seine Ausführungen integriert, fordert er von den PolitikerInnen den Einsatz der Rüstungsausgaben zur Versorgung der Hungernden und Durstigen in der Welt und für „Sicherheitsanlagen von Atomreaktoren". Damit spielt er zwei Monate vor dem BEK auf das Reaktorunglück von Tschernobyl an, das sich Ende April 1986 ereignet hatte. Anstatt wie der BEK daraus resultierend für den Ausstieg aus der Atomenergie zu plädieren,[640] sieht Brand zu diesem Zeitpunkt zunächst eine größere Notwendigkeit in der Sicherung der bestehenden Atomkraftwerke gegeben. Die KKL äußerte im Juli 1986 Zweifel daran, dass der Ausbau des Sicherheitssystems Reaktorunglücke vollständig verhindern kann.[641] Entgegen der UdSSR, die den Grund für das Reaktorunglück in Tschernobyl allein in menschlichem Versagen sah,[642] identifiziert Brand die technische Ausstattung von Atomkraftwerken als primäre Gefahrenquelle für mögliche Reaktorexplosionen. Den Kampf für mehr Sicherheit friedlicher Atomkraftnutzung sowie gegen Hunger und Durst in der Welt im Sinne der Weltgerechtigkeit beschreibt er als die momentan dringlichsten Aufgaben. Der BEK hatte gemeinsam mit dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* immer wieder für den Einsatz der Rüstungsgelder für die Entwicklungshilfe plädiert.[643]

KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212f; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54f; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 85f, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 92, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 86, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 41/47. Urgent need for a comprehensive nuclear.test-ban treaty, 3 December 1986, 64, https://undocs.org/en/A/RES/41/47 (11.05.2020); 41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, 78, https://undocs.org/en/A/RES/41/59 (11.05.2020); 41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, 85, https://undocs.org/en/A/RES/41/60 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 92, 95, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020).

[640] Vgl. Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinden zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: aaO, 221; Erklärung der Synode der EKU-Bereich DDR – in Potsdam zum Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 25.5.1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 223; Beschluß der 3. ordentlichen Tagung der 6. Synode der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR – vom 25. Mai 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1986, 43.

[641] Vgl. Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinden zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 221.

[642] Vgl. Gorbatschow: Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 7, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020).

[643] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 297; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 181; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage" vom 23. September 1986 in: aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985,

Neben dem Beten für Veränderungen des Handelns der politisch Verantwortlichen soll aber auch – wie in 1. Tim 2,1 aufgezählt – für positive Entwicklungen gedankt werden.

Obwohl Brand im weiteren Verlauf der Predigt auf das problematische Verhältnis zwischen Kirche und ChristInnen sowie dem Staat anspielt, betont er in Bezug auf positive Aspekte der Situation der evangelischen Kirchen in der DDR: „[H]ier fällt mir gerade in unserem Land viel ein". Diese Äußerung ist interessant, predigt Brand doch insgesamt eher staatskritisch. Dies wird auch in dieser Predigt an einigen Stellen deutlich. Zunächst honoriert er aber die Zugeständnisse zu religiöser Freiheit in einem atheistischen Staat wie der DDR und hebt im Zuge dessen die Möglichkeit der allgemeinen Glaubensauslebung, der Erteilung der Christenlehre und des waffenfreien Dienstes als Bausoldaten hervor. Den ChristInnen werde mehr Wertschätzung entgegen gebracht als sie Benachteiligung erfahren müssten. Brands positive Einschätzung deckt sich in vielen Punkten mit der des BEK im Hinblick auf das Staat-Kirche-Verhältnis und die Situation der ChristInnen in der DDR. Auch wenn der BEK auf kritische Punkte hinwies, fühlte man sich in der DDR-Gesellschaft im Allgemeinen respektiert und betonte die Möglichkeiten der Religionsausübung und Verkündigung. Mehrfach hoben die KKL und die Bundessynode die positiven Entwicklungen seit März 1978 hervor. Die KKL und ihr Vorsitzender, Landesbischof Hempel, begrüßten 1984 die Achtung der ChristInnen durch den Staat.[644] Diese hatte Honecker in einem Interview im Oktober 1983 im Hinblick auf die Mitwirkung der ChristInnen in und am sozialistischen Staat zum Ausdruck gebracht: „Sie sind in unserem Lande geachtete, gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staatsbürger.

52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage" vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91f, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, 97, https://undocs.org/en/A/RES/40/152 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[644]Vgl. Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Greifswald vom 21. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 173f; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 182f; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum Gespräch am 11. Februar zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates und dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 10. März 1985 in: aaO, 184; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelischen Kirchen in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 186f; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 197; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

Die DDR ist für sie ihre Heimat, ihr Staat, ihr Zuhause."[645] Darüber hinaus zeigten sich die KKL und die Bundessynode im September 1984, 20 Jahre nach Einführung des Bausoldatendienstes, dankbar für diese waffenlose Alternative zum Wehrdienst. Im Zuge der Hinweise auf generelle Defizite in der Gleichberechtigung von ChristInnen – vor allem im Bildungsbereich – machte die KKL auf die erfolgreichen Regelungen von Einzelfällen von Benachteiligung in Interaktion mit dem Staat aufmerksam.[646]

Des Weiteren würdigt Brand gemeinsam mit dem BEK den Einsatz beider deutscher Staaten für bessere Beziehungen trotz der schwierigen internationalen Lage.[647] Die BRD und die DDR zeigten verschiedentlich, dass sie intensiver als in den vorangegangenen Jahren aufeinander zugingen. Im März 1985 hatten Honecker und Bundeskanzler Helmut Kohl eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie sich unter anderem dazu bekannten, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf der Basis des Grundlagenvertrages normale gutnachbarschaftliche Beziehungen [...] zu entwickeln und auszubauen."[648] Kohl würdigte im März 1986 die Bereitschaft der DDR-Regierung, „die Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik der DDR zu intensivieren."[649] Er verwies trotz aller Defizite auf positive Entwicklungen hinsichtlich des innerdeutschen Reiseverkehrs seit 1982.[650] Darüber hinaus riefen beide Seiten im April 1986 die erste innerdeutsche Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt ins Leben und unterzeichneten im Mai 1986 das seit 1972 verhandelte Kulturabkommen.[651]

Neben der Situation der ChristInnen in der DDR und den innerdeutschen Beziehungen verweist Brand anerkennend auf den Wohlstand der DDR-BürgerInnen. Gott wird im Sinne der *creatio continua* vom Prediger als der Stifter alles Guten definiert, dem es zu danken gelte. Dennoch beschreibt er die PolitikerInnen hinsichtlich des Wohlstandes der DDR-BürgerInnen als (Mit-)TäterInnen des Guten.

Als sich Brand mit den Folgen des Gebets auseinandersetzt, betrachtet er 1. Tim 2,2 zunächst kritisch. Darin kommt die Hoffnung zum Ausdruck, durch das Gebet für die Obrigkeit „ein ruhiges und stilles Leben führen zu können in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit". Er widerspricht der Annahme, damit könnten der Rückzug aus der Gesellschaft bzw. der bösen Welt und die Beschränkung auf den Kult gemeint sein, und prangert – wie schon in seiner Predigt P4Br1984 und im Einklang mit Pfarrer Iskraut (P5Isk1984),

[645] Interview Honeckers vom 6. Oktober 1983 zitiert in: Anlage: Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Greifswald vom 21. September 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 174.

[646] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 197; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68, 73; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 63.

[647] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 32.

[648] Dok. 108: Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und SED-Generalsekretär Erich Honecker in: BUNDESMINISTER FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen, 212.

[649] Dok. 124: Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in: aaO, 240.

[650] Vgl. Ebd.

[651] Vgl. Dok. 130: Städtepartnerschaft Saarlouis – Eisenhüttenstadt in: aaO, 254f; Dok. 132: Kulturabkommen in: aaO, 259ff.

Pfarrerin Müller (P2Mue1984) und dem BEK – diese Art der Religionsausübung als im Widerspruch zum Willen Gottes an.[652] In der NS-Zeit habe die Evangelische Kirche die Verantwortung für politische Belange abgegeben und durch ihre Passivität Gewalt und Unrecht zugelassen. Folglich fordert Brand die Kirche und ihre Mitglieder zur Wachsamkeit in der Gesellschaft auf. Diese Ausführungen korrelieren mit der vorangegangenen Aufforderung an die ChristInnen zur Übernahme politischer Verantwortung. In Brands Augen ist mit Paulus' Worten vielmehr eine Abwesenheit von „Geschrei, Gewalt und Machtdemonstrationen" gemeint, die das Böse ausmachen. Dies ermögliche den ChristInnen besonnen und zielgerichtet nach dem Willen Gottes mit Gottesfurcht und Würde zu handeln. Ohne konkrete Beispiele zu nennen, verweist er auf positive Entwicklungen in der Geschichte, die in Stille und Besonnenheit herbeigeführt wurden. Andere Gruppen der Gesellschaft sicherten dem Staat nur zu ihrem eigenen Vorteil ihre Unterstützung zu. Beispielhaft kann angesichts der zeitlichen Nähe an dieser Stelle auf die Mai-Demonstrationen zum *Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus* am 1. Mai verwiesen werden. Die Werktätigen sollten mit ihrer Teilnahme an den Mai-Paraden ihre Verbundenheit mit dem sozialistischen Staat bekunden. Die Teilnahme wurde angeordnet und überwacht, war somit in den meisten Fällen eine erzwungene Solidaritätserklärung. Eine Nichtteilnahme konnte negative Folgen haben.[653] Wie von Brand dargestellt, zeichneten sich diese DDR-BürgerInnen nicht durch eine ehrliche und verlässliche Unterstützung des Staates aus. Indem er sie als „Pöbel" bezeichnet, beschreibt er sie als ungebildet und unbekümmert. Brand vergleicht ihr Verhalten mit dem Volk, das Jesus Christus zunächst anbetete und dann seine Kreuzigung forderte, und verdeutlicht damit deren fehlende Loyalität.[654] Die KKL sprach 1985 von Austritten Vieler aus der Kirche, um das eigene berufliche Fortkommen zu sichern. Sie betonte: „Diese Praxis läßt am Ende keine Unterscheidung mehr zwischen dem Lippenbekenntnis und wirklicher Überzeugungstreue zu einer Weltanschauung zu."[655]

Die ChristInnen beschreibt Brand im Gegenzug als Menschen mit Rückgrat und festem Standpunkt, die dadurch einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten. Damit verdeutlicht er den Mehrwert der ChristInnen für Gesellschaft und Staat als ehrliche und engagierte BürgerInnen. Durch Bezug auf Apg 5,29 zeigt Brand auf, dass der Gehorsam gegenüber Gott dem Gehorsam gegenüber den Menschen übergeordnet sein muss. Dies betonte auch die Bundessynode im Hinblick auf den Dienst der Kirche und das Verhalten der ChristInnen gegenüber der staatlichen Ordnung.[656] In Brands Ausführungen schwingt mit, dass die ChristInnen gesellschaftliches und politisches Handeln im Hinblick auf seine Vereinbarkeit

[652]Vgl. Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 161; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. Rechtmäßig Kriege führen? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[653]Vgl. KÖNCZÖL: Erster Mai und Fünfzehnter Januar, 139f; SCHROEDER: Der SED-Staat, 798.

[654]Vgl. Mt 21,9+11; Mk 15,13; Joh 19,6.

[655]5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[656]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 238; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

mit dem Willen Gottes prüfen und im Fall eines Widerspruchs sich kritisch positionieren müssen. Damit wird die Bedeutung von Kritik als Teil des verantwortlichen Handelns in einer Gesellschaft unterstrichen. Die ChristInnen seien damit keine StaatsfeindInnen, sondern in ihrer Beständigkeit eine Unterstützung für die Gesellschaft. Entgegen der sozialistischen Einschätzung, der Mensch werde durch die Religion unterdrückt, ermögliche der Gehorsam gegenüber Gott laut Brand eine Standfestigkeit und Vorhersehbarkeit des Verhaltens. Brand übt damit Kritik am Sozialismus, der die Abschaffung der Religion als Notwendigkeit zur Befreiung des Menschen ansah.[657] Die Idee des Sozialismus sei zwar achtenswert, aber menschlich. Dies kann mit Brands Sichtweise in Beziehung gesetzt werden, dass eine Regierung keine Erlösung bringen kann. Brand wird nun noch konkreter und betont, dass es der sozialistischen Gesellschaft der DDR an ehrlichen BürgerInnen fehlt. Laut der Historikerin Barbara Könczöl war die Teilnahme an den Mai-Paraden „in den achtziger Jahren für viele [BürgerInnen] längst zu einer lästigen Formalie geworden."[658] In Brands Ausführungen klingt an, dass es an Verständnis seitens des sozialistischen Staates der DDR zu Kirche, ChristInnen und Glauben mangelt bzw. dieses lückenhaft ist.

Der letzte Abschnitt der Predigt zu den Auswirkungen des Gebets, der auf 1. Tim 2,4 basiert, ist stark von soteriologischen und eschatologischen Motiven sowie von der Zwei-Reiche-Lehre geprägt. Dem Staat werden in seiner Berechtigung gewisse Aufgaben zugesprochen, er wird aber auch in seine Schranken gewiesen. Untermauert wird dies mit einem Zitat des SPD-Politikers Helmut Schmidt.[659] Im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre sieht Schmidt die Aufgabe einer Regierung darin, das „Wohl ihres Volkes" zu mehren, nicht aber Heil zu bringen. Brand bezeichnet dies als Wahrheit, die es im Sinne von 1. Tim 2,4 zu verbreiten gelte. Wie schon im Vorhinein angedeutet, widerspricht Brand damit dem propagierten Ziel des Kommunismus, den Menschen von jeglicher Unterdrückung zu erlösen und zu befreien.[660] Er geht sogar soweit, diese Zusagen unter Verweis auf den Baron von Münchhausen als Lüge zu bezeichnen. Die Erlösung und das daraus resultierende ewige Leben sowie die damit einhergehende Vermittlung eines Lebensziels falle allein Jesus Christus zu. Indem Brand Mt 10,18-19 zitiert, fordert er mit den Worten Jesu die Anwesenden zum Zeugnis in der Nachfolge Jesu Christi auch vor Mitmenschen und politisch Verantwortlichen auf. Dabei versichert er sie der Unterstützung und des Beistandes Jesu Christi. Die Verantwortlichkeit von Regierungen sieht Brand in der Ermöglichung von „Frieden, Wohlstand, materielle[r] Absicherung, Schutz vor leiblichen Bedrohungen". An dieser Stelle wird erneut anlässlich Tschernobyl und der Stationierung von Atomwaffen auf die Bedrohung durch atomare Strahlen verwiesen. Die ChristInnen sollen die Regierung mit Taten, Worten und Gebet bei diesen Aufgaben unterstützen. Es wird aber aus den Gesamtausführungen klar, dass wenn die Regierung ihre Kompetenzen überschreitet oder dem Streben nach Wohl für die BürgerInnen zuwiderhandelt, die ChristInnen dies auch anprangern sollen. Unterstützung beinhaltet somit auch Kritik. Im Papier *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst* und im Bericht der KKL und des *ad-hoc-Ausschusses Friedensfragen* bei der Bundessynode im Herbst 1986 sprach man ebenfalls von dem Schutz der BürgerInnen als Hauptaufgabe des Staates.

[657] Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: MARX/ENGELS: Über Religion, 89.
[658] KÖNCZÖL: Erster Mai und Fünfzehnter Januar, 141.
[659] Die genaue Quelle des Zitats konnte trotz der Durchsicht aller Regierungserklärungen Helmut Schmidts nicht ermittelt werden.
[660] Vgl. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 in: MARX/ENGELS: Über Religion, 61; Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: aaO, 89f.

ChristInnen sollten ihren Staat auf diese Aufgabe aufmerksam machen und (gesellschafts-)politisches Handeln im Widerspruch zu dieser Aufgabe addressieren.[661] Brand ist wichtig, dass die Kirche im Gegensatz zur „Einheitspartei" nicht mit einer Stimme spricht, sondern jede bzw. jeder Einzelne „nach dem Maß seines Glaubens" ihr bzw. sein Handeln, Reden und Gebet ausrichtet. Im Zuge dessen kritisiert er, dass die Partei die Meinung vorgab, der gefolgt werden musste. Im *Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis" in der Friedensdebatte* aus dem Jahr 1986 wurde auf die Bandbreite des gelebten Glaubensbekenntnisses hingewiesen.[662] Brand deutet in der Predigt an, dass diese Vielstimmigkeit nicht nur zu Auseinandersetzung mit dem Staat, sondern auch zu Problemen innerhalb der Kirche führt. Damit streift Brand den Konflikt zwischen der kirchlichen Leitungsebene und den Gruppen, der im Dokument *Die Kirche und die Friedensgruppen* ausführlich dargestellt wurde. Die Vielfalt der Positionen in der Kirche wurde von den Kirchenleitenden wahrgenommen, aber vor allem in der Außendarstellung und in der kirchlichen Interaktion mit dem Staat wollte man eine Auswahl präsentieren, die von staatlicher Seite akzeptiert werden konnte.[663] Brand plädiert für ein Zulassen der vielfältigen Positionen. Dies gilt auch für die Teilnahme an der im Juni anstehenden Volkskammerwahl, die Brand zu Beginn der Predigt erwähnt hatte. Sein Hinweis auf das gleichbleibend hohe Wahlergebnis für die Einheitsliste von 99% zeigt das Wissen der DDR-BürgerInnen um die Wahlfälschung.[664] Brand prangert diese offen an. Dennoch kommen die meisten ChristInnen ihrer Wahlpflicht nach, erfüllen somit die staatlichen Erwartungen. Wahlverweigerung war in der DDR ein gängiges Mittel, um seine Ablehnung und seinen Unmut gegenüber dem Staat zum Ausdruck zu bringen. Dies blieb von staatlicher Seite nicht unbemerkt und konnte negative Folgen für die NichtwählerInnen mit sich bringen.[665] Brand bezieht keinen klaren Standpunkt für oder gegen die Teilnahme an der Wahl und überlässt diese Entscheidung den Anwesenden selbst. Er verdeutlicht aber, dass DDR-BürgerInnen mit der Teilnahme an der Wahl ihre Unterstützung gegenüber dem SED-Regime bekunden. Durch die Gesamtausführungen fordert er die Anwesenden auf, ihre Beweggründe für ihre Teilnahme an der Wahl kritisch zu prüfen und zu entscheiden, ob hier Gottes- oder Menschenfurcht das leitende Motiv ist. Es klingt an, dass Brand im Fall von Menschenfurcht für eine Verhaltensänderung, d.h. für das Fernbleiben von der Wahl plädiert. Damit vereint diese Predigt in sich Aspekte der vergewissernden, urteilsbildenden und handlungsweisenden politischen Predigt. Die Anwesenden werden des Heils und der stetigen Fürsorge Gottes versichert, sollen sich einerseits hinsichtlich der Wahl und andererseits hinsichtlich der Handlungen der Regierung zum Wohle des Volkes ein Urteil bilden und dann aus ihrem Glauben heraus für das Wohl des Volkes – ob konform oder

[661] Vgl. Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst (1981) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 298; 2. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR vom 19. bis 23. September 1986. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 4; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: aaO, 20.

[662] Vgl. Bericht der Theologischen Kommission zum Gebrauch des Begriffes „status confessionis" in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 23.

[663] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 115.

[664] Vgl. FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 473; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 192; STADELMANN-WENZ: Widerständiges Verhalten, 54.

[665] Vgl. KLOTH: Zettelfalten, 187; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 382; STADELMANN-WENZ: Widerständiges Verhalten, 56.

konträr zur staatlichen Haltung – tätig werden, sich zum Staat im Allgemeinen und zur Wahl im Besonderen verhalten. Der BEK nahm nicht zu den anstehenden Wahlen Stellung. Die Bundessynode wies 1986 aber auf die (gesellschafts-)politische Verantwortung der ChristInnen hin. Der Gehorsam gegenüber dem Staat müsste konstant abhängig vom Willen Gottes ausgelotet und das Zeugnis dementsprechend angepasst werden.[666] Im Hinblick auf die *Kirche im Sozialismus* betonte sie: „Sie will unterstützen, was das Leben fördert. Sie will warnen vor allem, was das Leben bedrohen könnte."[667] Trotz der dargestellten Problematisierung von staatskritischen Stimmen im Papier *Die Kirche und die Friedensgruppen*, bejahte die Bundessynode mit einem Zitat des alten Vorsitzenden der KKL bis 1981, Bischof Albrecht Schönherr, deren Notwendigkeit: „'Sie [die Kirche] nimmt sich das Recht zu einem freimütigen Ja und gegebenenfalls zu einem freimütigen Nein.'"[668] Auch wenn er sich nicht mit allen Formen der öffentlichen Kritik einverstanden zeigte, weist die Argumentation des BEK somit Ähnlichkeiten mit der von Brand hinsichtlich der Teilnahme an den Wahlen in der DDR auf.

[666] Vgl. ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[667] Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 237.

[668] Ebd.

3.17 Coblenz: Predigt vom 31. Dezember 1986 (P5Co1986)

Wie schon Pfarrer Rannenberg zum Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81) und Pfarrer Meckel zum Jahreswechsel 1981/82 (P4Meck1981_82) nutzt auch Pfarrer Götz-Ulrich Coblenz den Gottesdienst am 31. Dezember 1986, um auf Entwicklungen des alten Jahres zurückzublicken. Er folgt mit Jes 30,8-17 dem Vorschlag der Perikopenordnung.

Jes 30,$_{8\text{-}17}$ **Altenkirchen (Rügen) 31.12.86**

Gnade sei mit euch und Friede, von dem, der da ist und der da war und der da kommt. Amen.

Liebe Gemeinde!

Unser heutiger Predigttext, den wir bereits hörten, zielt auf Überlebensfragen der Hörer. Damals hat Jesaja seinen Hörern deutlich gesagt, was zu ihrem Untergang führt – klar und deutlich – und wie die Geschichte zeigt: Er konnte vielleicht den Fall Jerusalems mit hinauszögern, doch letztlich nicht aufhalten.

Wenn es dem Propheten um Frieden oder Krieg geht, so frage ich mich am Ende dieses Jahres: Was hat das Jahr gebracht – das von der UNO zum Jahr des Friedens erklärte Jahr? Ich habe in diesem Jahr gelernt – z.B. meine Vorurteile gegenüber der sowjetischen Politik etwas zu korrigieren, denn die Vorschläge Gorbatschows auf dem Weg zu einer sich entwaffnenden Welt sind mir sehr lieb. Und mir sind sie glaubwürdiger, als die Reden der ewigen „Nachrüster", denn wie ernst es gemeint ist, zeigt mir das immer noch eingehaltene einseitige Moratorium, keine Atombomben zu Versuchszwecken zu zünden.

Ein Schritt – denn Rüstung tötet, auch ohne daß ein Krieg erklärt werden muß. Die Radioaktivität der Atmosphäre ist belastet genug, Südseeinseln allein wegen sogenannter Tests unbewohnbar. Rüstung tötet, weil sie Unmengen Geld kostet – Geld was fehlt, um umweltfreundlicher zu leben, Geld das fehlt, um den Hungernden wenigstens Brot zu geben.

Und dennoch – trotz dieser Ansätze hat das Gipfeltreffen dieses Jahres in Reykjavik keine Ergebnisse gebracht. Enttäuschung: Enttäuschung und Niedergeschlagenheit, als Olof Palme – ein Mann, der schon fast zu einem Symbol auf dem WEG des Ringens um Frieden geworden ist – erschossen wurde.

Aber auch Hoffnungen wachsen: Gerade unter den jungen Menschen gehen immer mehr die Augen auf. Auch in der Kirche gibt es wachsende Gruppen, die sich den Überlebensfragen stellen – der Frage nach Frieden, der Frage nach unserer Welt. Manches ist in Bewegung – Gleichgültigkeit wird erschüttert.

Hier bin ich wieder an den Propheten erinnert: Auch er erschütterte die Gleichgültigkeit und das Selbstvertrauen seiner Mitbürger.

Versetzen wir uns ein Stück in seine Situation:

Das Assyrische Großreich mit der Hauptstadt Ninive hatte ganz Palästina unterworfen. Der Staat Israel war bereits erobert und annektiert – nur der Rest Juda war noch selbstständig, wenn auch tributpflichtig. Assyrische Truppen hatten ganz Juda besetzt und Jerusalem war wie durch ein Wunder von der Zerstörung verschont geblieben. Aber man war abhängig – und eben nicht frei. Nach Abzug der Assyrer bildete sich eine Partei, die sich für eine Koalition mit der anderen Großmacht – mit Ägypten einsetzte,

um so die Assyrer aus dem Land jagen zu können. Schon setzte man wieder auf militärische Macht – Waffenbruderschaft mit der Großmacht im Westen.

Davor warnt Jesaja deutlichst:

Jes 30,8-17 (Übersetzung nach Kaiser)

Jesaja stellt den Größenwahn seiner Zeitgenossen teils hart bloß, teils gibt er ihn der Lächerlichkeit preis. Dieser der eigenen Macht vertrauende Größenwahn, sich mit der Großmacht militärisch vergleichen zu wollen, gepaart mit theologischer Blindheit, führt, so Jesaja, zu doppelter Vernichtung: Durch Gott und den Gegner!

Natürlich will das niemand wahr haben – mit geschlossenen Augen nach vorne rennen – das meint er, wenn er das Volk zitiert – das zu den Vorausschauenden sagt: Seht nicht – schaut uns nicht die Wahrheit, sagt uns, wie es eingeht, schaut Täuschung![669] Wenn wir ehrlich sind, ist uns das gar nicht so fern – es ist hart, der harten Wahrheit ins Gesicht zu sehen: der eskalierenden Macht, den sterbenden Wäldern, den verschmutzten Gewässern. Weh tut es wohl, wenn uns wissenschaftlich nachgewiesen wird, daß wir der Selbstzerstörung mit unserem Lebensstil entgegengehen. Wie viel lieber sind uns doch die Stimmen, die uns beruhigen, die die eigenen Erfolge hervorheben, das Sterbende dem Schweigen anheimgeben. Wer uns sagt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, ist uns doch erst einmal lieber, als der, der uns harte Kritik an den Kopf wirft. Aber Jesaja kritisiert hart!

Die Bilanz, die er zieht, ist erschütternd. Er appelliert mit Gottes Wort an die Vernunft gegen die Selbstgefälligkeit, die sicher zum Selbstmord führt. Wenn die Seher nichts mehr sehen dürfen – was dann? Wo befinden wir uns zwischen den drei Affen, die nichts sehen, nichts hören, nichts sagen einerseits und der engagierten Unruhe andererseits?

Die Drohung damals wie heute ist klar! Wie sie damals der eigenen Kraft falsch trauten, so trauen wir dem trügerischen Frieden, der auf Pulverfässern ruht – der Ruhe, die auf der Angst aufbaut.

In der Rede des Jesaja, die er aufschreiben sollte, damit sie erhalten bleibt – wozu? Für kommende Menschen, daß sie, daß wir lernen – diese Rede enthält eine Alternative:

Vers 15

Auch wenn sie damals nicht wahrgenommen wurde – wollen wir jetzt auf sie hören. Diese Alternative bereitet auch Ärgernis – denn sie ist ungewohnt. Umkehr heißt sich immer wieder neu orientieren, nicht in festgefahrenen Gleisen weiterlaufen – sondern daß wir unsere Gewohnheiten fürs neue Jahr vielleicht doch überdenken und, wo nötig, ändern.

In der Ruhe liegt euer Heil – hier ist nicht Mundhalten als erste Bürgerpflicht gemeint, sondern kommt zur Ruhe, in den Beschwerden der Zeit – in der Hektik – und überlegt genau. Stillehalten und Vertrauen sollen uns stärken – nicht Schlafen, sondern die Stille, in der die Kraft liegt, getragen durch das Vertrauen, das über uns selbst hinausgeht, Vertrauen – d.h. für mich auch Gott und den Menschen mehr zutrauen, als ich gerade jetzt von ihnen wahrnehmen kann. So kann ich noch hoffen für ein neues Jahr, daß mit dem Jahr des Friedens nicht auch die Waffenruhe zu Ende geht, sondern vielleicht doch Friede wird – unter den Völkern – unter uns Menschen – Frieden mit Gott. Amen.

[669] Kommentar von Kaiser zur Bibelstelle entnommen.

Als Jahresrückblick auf das Jahr 1986, das von der UNO zum Jahr des Friedens erklärt wurde,[670] beschäftigt sich Coblenz mit den vergangenen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung hinsichtlich Frieden und Abrüstung.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation bewertet Coblenz die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows positiv. Er macht deutlich, dass er bis dato der sowjetischen (Militär-)Politik kritisch gegenüberstand. Durch Gorbatschows Abrüstungsvorschlag habe sich seine Einstellung geändert, auch wenn eine gewisse Skepsis bleibt. Als tatsächlichen Beweis für die sowjetische Abrüstungsbereitschaft wertet der Prediger die Einhaltung des einseitigen Atomwaffentestmoratoriums durch die Sowjetunion von August 1985 bis Anfang des Jahres 1987.[671] Auch der BEK würdigte den Abrüstungsvorschlag Gorbatschows und das einseitige Atomwaffenmoratorium der UdSSR.[672]

Coblenz kritisiert politisch Verantwortliche, die weiterhin die Aufrüstung vorantreiben wollen. Der Prediger meinte damit beide Parteien, aufgrund der Zugehörigkeit der DDR zum Ost-Block aber vor allem die Warschauer Vertragsstaaten.[673] Coblenz setzt sich, wie Pfarrerin Müller (P2Mue1984), Pfarrer Brand (P6Br1986) und der BEK, im Einklang mit dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* mit den todbringenden Effekten von Rüstung ohne tatsächlichen Atomkrieg auseinander, d.h. die Verschwendung von Geldern anstatt ihres Einsatzes für den Umweltschutz, eine bessere Versorgung oder mehr Gerechtigkeit in der Welt. Während Müller, Brand und der BEK gemeinsam mit dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* im Besonderen Kritik an den negativen Auswirkungen von Rüstungsausgaben auf die Entwicklungshilfe übten,[674] thematisiert Coblenz, wie auch von den *Vereinten Nationen* angesprochen, vor allem die Effekte

[670] Vgl. United Nations. International Years, http://www.un.org/en/sections/observances/international-years/ (28.11.2016).

[671] Vgl. FINK: Cold War, 231; Über die Ergebnisse des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Genf und die internationale Lage. Rede auf der vierten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode 27. November 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 3, 117; Erklärung des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow 15. Januar 1986 in: aaO, 150; Ansprache im sowjetischen Fernsehen 14. Mai 1986 in: aaO, 442; Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, im sowjetischen Fernsehen, 18. August 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 4, 68; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 196, 291, 294, 296, 317; SCHRÖDER: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik, 98, 100.

[672] Vgl. Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden am 1. September 1986 vom 1. September 1986 in: aaO, 226; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 230; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19.

[673] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[674] Vgl. Bitte des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, überreicht an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar 1984 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 156f; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in; aaO, 195; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 213; Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 229f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 23. September 1986 in:

von Rüstung auf die Natur.[675] Er erwähnt die radioaktive Verseuchung der Umwelt durch Atomwaffentests. Dabei verweist er auf die Südseeinseln, die von den USA von 1946 bis 1958 für Atomtests genutzt wurden, aufgrund dessen radioaktiv belastet und langfristig unbewohnbar blieben.[676] Die KKL hatte im Juli 1986 auf menschliche „Opfer von Atomtests aus dem pazifischen Raum"[677] verwiesen, ohne die Auswirkungen auf die Umwelt zu thematisieren. Coblenz veranschaulicht mit diesem Beispiel die Verbindung zwischen Rüstung und Umweltverschmutzung, die die Bundessynode des BEK 1982 hergestellt hatte.[678]

Er zeigt sich über die fehlenden konkreten Ergebnisse des Treffens in Reykjavik enttäuscht. Auch der BEK war im Hinblick auf die intensivierten Verhandlungen zwischen USA und UdSSR sehr hoffnungsvoll gewesen.[679] Des Weiteren bringt Coblenz seine Bestürzung über die Ermordung von Olof Palme in Stockholm zum Ausdruck, den er als Symbolfigur für das Streben nach Abrüstung beschreibt. „Der schwedische Ministerpräsident war am Abend des 28. Februar 1986 im Zentrum Stockholms auf offener Straße erschossen worden."[680] Der Mörder konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden.[681] Palme setzte sich für einen „atomwaffenfreien Korridor[...] in Europa"[682] ein. Coblenz' Äußerung zu Palme spiegelt die

aaO, 231f; Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Erfurt 1986 in: aaO, 243; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 52ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 24. September 1985 in: aaO, 60; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung in: aaO, 19; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht des ad-hoc-Ausschusses „Bekennen in der Friedensfrage" vom 23.9.1986 in: aaO, 24; Eine befreiende und prophetische Diakonie. Die Erklärung von Larnaca 1986 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 497; 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 84, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020); 39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, 91, https://undocs.org/en/A/RES/39/151 (11.05.2020); 39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, 99f, https://undocs.org/en/A/RES/39/160 (11.05.2020); 40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, 76, https://undocs.org/en/A/RES/40/91 (11.05.2020); 40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, 79, 81, https://undocs.org/en/A/RES/40/94 (11.05.2020); 40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, 87, https://undocs.org/en/A/RES/40/150 (11.05.2020); 40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, 105, https://undocs.org/en/A/RES/40/155 (11.05.2020); 41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, 73, https://undocs.org/en/A/RES/41/57 (11.05.2020); 41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, 94, https://undocs.org/en/A/RES/41/86 (11.05.2020); 41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, 104, https://undocs.org/en/A/RES/41/92 (11.05.2020).

[675] Vgl. 39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, 79, https://undocs.org/en/A/RES/39/148 (11.05.2020).

[676] Vgl. BLADES/SIRACUSA: A History of U.S. Nuclear Testing, 18f, 46, 71, 74, 77, 82, 212.

[677] Antwort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungenin der DDR auf Anfragen und Eingaben aus den Gemeinde zur Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl vom 5. Juli 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 222.

[678] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der KKL in der DDR vom 28. September 1982 in: aaO, 94.

[679] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 181f; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der KKL in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: aaO, 212; Beschluß der Synode des Bundes zu Eingaben der Ev. Kirchengemeinde Marzahn/Nord, Ökumenisches Basis-Seminar Königswartha und Günther Hanff, Köthen vom 2. Februar 1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 7.

[680] KOWALCZUK: Endspiel, 245; vgl. auch BONDESON: Blood on the Snow, 11.

[681] Vgl. BONDESON: Blood on the Snow, 209ff.

[682] KOWALCZUK: Endspiel, 245; vgl. auch BONDESON: Blood in the Snow, 3; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 176; SIEBS: Außenpolitik, 262.

Einschätzung des Schriftstellers Jan Bondeson zu Palme wider, der den Sozialisten „as an international authority on peace, disarmament, and redistribution of wealth“[683] beschreibt.

Im Gegensatz zu diesen Rückschlägen auf dem Weg zu Abrüstung und Frieden im Jahr 1986 sieht Coblenz die verstärkten Friedensaktivitäten gerade unter den jungen Leuten und ihre Organisation in Gruppen als zukunftsweisend an. Sowohl zu Zeiten Jesajas als auch 1986 sei das Überleben der Menschen bedroht. Coblenz betrachtet die Gruppen als Gegenbewegung zu Resignation und Desinteresse.[684] Von ihnen gehe ein Wachrütteln der Gesellschaft aus. An diesem Punkt zieht er eine Parallele zum Propheten Jesaja, der ebenfalls das jüdische Volk wachrüttelte und zur Änderung des Verhaltens aufforderte. Auch der *Ausschuß Kirche und Gesellschaft* des BEK beschrieb es als positive Eigenschaft der Gruppen, auf Bedrohungen von Frieden, Umwelt und Mensch in der Gesellschaft hinzuweisen. Daraus resultierend stellte er einen Vergleich zwischen dem Handeln der AktivistInnen und von ProphetInnen an.[685] Im Gegensatz zur dennoch meist ambivalenten Einschätzung von Gruppen durch den BEK bewertet Coblenz die Gruppen in dieser Predigt, genauso wie Meckel (P5Meck1983) und Brand (P5Br1985), ausnahmslos positiv.

Aus dem Vergleich der Wirkung der AktivistInnen mit der des Propheten Jesaja folgt die Auseinandersetzung mit Jes 30,8-17 und den historischen Gegebenheiten, in die hinein der Prophet Jesaja spricht. Der Fokus wird auf die Koalition Israels mit Ägypten und das Vertrauen Israels auf militärische Stärke anstatt in Gott gelegt. Dies dient als Parallele zu 1986. Hier wird Kritik an der Rüstungspolitik beider Blöcke angedeutet, wobei die Kritik an der sowjetischen Rüstungspolitik durch die vorherigen Verweise auf deren Abrüstungsbemühungen abgeschwächt wird. Damals wie 1986 vertrauen die Staaten eher auf die eigene Sicherheit aufgrund von Waffen; Gott verliert an Bedeutung. In den Ausführungen schwingt das Bild des strafenden Gottes mit. Um die Strafe Gottes nicht auf sich zu ziehen, fordert Coblenz die ZuhörerInnen zum Leben nach dem Willen Gottes auf. Eine weitere Ähnlichkeit zwischen der in Jes 30,8-17 beschriebenen Situation und 1986 sieht Coblenz darin, dass damals wie heute RednerInnen bevorzugt werden, die eher beruhigen als schonungslos mit der Wahrheit zum Zustand von Welt und Gesellschaft zu konfrontieren. Coblenz' Ausführungen decken sich an dieser Stelle mit denen Pfarrer Brands in P1Br1979, der ebenfalls davon spricht, dass die Menschen lieber in Sicherheit gewiegt werden wollen. Jesaja warnte vor der Nachfolge der Worte falscher ProphetInnen sowie dem daraus resultierenden Untergang Jerusalems und der Strafe Gottes. Die Menschen 1986 verlassen sich gerne auf die gefühlte Sicherheit und ignorieren den „trügerischen Frieden, der auf Pulverfässern ruht“. ProphetInnen und kritische RednerInnen werden in der Predigt als notwendige WarnerInnen und MahnerInnen dargestellt, die Gottes Willen in der Welt verkünden. Betrachtet man die vorangegangenen Ausführungen des Predigers, fallen darunter auch die Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen, auf die er vorab verweist. Wie Jesaja warnt auch Coblenz die ZuhörerInnen 1986 vor der Zerstörung des menschlichen Lebens durch stetige Aufrüstung und macht auf zunehmende Umweltverschmutzung aufmerksam. Er stellt sich damit in eine Tradition des prophetischen Redens. Der BEK hatte den Staat zum Wahrnehmen kritischer Stimmen in der Gesellschaft aufgefordert

[683] BONDESON: Blood on the Snow, 3.
[684] Auch Pfarrer Meckel (P6Meck1985) sieht im Streben nach Visionen ein Mittel gegen Resignation.
[685] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 121f.

und im Hinblick auf Hinweise von Friedens- und UmweltaktivistInnen zu Missständen in der Gesellschaft von prophetischem Reden und Handeln gesprochen.[686]

Um den Untergang damals wie 1986 abzuwenden und das Überleben zu sichern, biete die Bibelstelle nach Coblenz mit Jes 30,15 einen Ausweg; Gott gibt die Menschen somit nicht einfach preis. Darin wird zu Umkehr, zum Stillehalten und zu Vertrauen in Gott auffordert. Übereinstimmend mit seinen vorangegangenen Predigten dieses Zeitabschnitts (P2Co1984, P3Co1984 und P4Co1984) ruft Coblenz zu Vertrauen in Gott und die Mitmenschen auf. Durch Vertrauen erwarte und erhoffe man sich mehr vom Gegenüber, als das gegenwärtige Verhalten vermuten lässt. Wie schon in P4Co1984 sieht Coblenz in wachsendem Vertrauen zu Gott auch die Chance des Vertrauens in die Mitmenschen und das Hoffen auf Veränderung. Die Anwesenden werden trotz der bedrückenden Inhalte der Bibelstelle der Liebe, Gnade und Barmherzigkeit Gottes versichert. Dies wird dem Bild des strafenden Gottes entgegengesetzt. Hinsichtlich der Umkehr fordert Coblenz – wie schon in P3Co1984 – von den ZuhörerInnen, das eigene Verhalten für das neue Jahr zu überdenken und gegebenenfalls neu auszurichten. Unter der Aufforderung zum Stillehalten versteht Coblenz nicht das unkritische und gleichgültige Verhalten gegenüber Politik und Gesellschaft, sondern, ähnlich wie Brand (P6Br1986), ein Innehalten bzw. ein Bedenken. Die Anwesenden werden somit zum besonnenen Handeln im Sinne Gottes gegen den Untergang und für Frieden und Umweltschutz aufgefordert. Die Bundessynode hatte 1986 ebenfalls zum (gesellschafts-)politischen Einsatz der ChristInnen für lebensförderliche Bedingungen im Sinne Gottes aufgerufen.[687] Coblenz macht nicht konkret, wie dieses Handeln genau aussehen soll, aus den vorherigen Ausführungen wird aber deutlich, dass die ChristInnen sich weder gleichgültig verhalten noch in blinden Aktionismus verfallen sollen. Vor letzterem wahrte Brand auch in P4Br1984. Für das neue Jahr wünscht Coblenz sich für den internationalen Kontext einen weiteren Kriegsverzicht. Dies stellt eine erneute Anspielung auf das Atomwaffentestmoratorium[688] dar, auf dessen Ausdehnung auf andere Staaten auch der BEK gehofft hatte.[689] Des Weiteren bringt Coblenz seinen Wunsch nach zukünftigem Frieden zwischen den Nationen sowie nach Frieden mit Gott zum Ausdruck. Der Frieden zwischen Gott und den Menschen bedeutet eine Wiederherstellung der Beziehung im eigentlichen Sinne. In dieser Predigt kommt es erneut zu einer Verflechtung vergewissernder und handlungsweisender Aspekte politischer Predigt.

[686] Vgl. ebd; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54.

[687] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 237; ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[688] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[689] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

3.18 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1986/87 (P3Ra1986_87)

Pfarrer Rannenberg predigt zum Jahreswechsel 1986/87 am 31. Dezember 1986 in Hörlitz und Wormlage sowie am 1. Januar 1987 in Senftenberg. Rannenberg verändert seine Ausführungen zum Jahreswechsel 1980/81 nur hinsichtlich des Jahresrückblicks und Ausblicks auf das anstehende Jahr. Die in beiden Predigten übereinstimmenden Ausführungen können der Predigtanalyse zum Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81) entnommen werden. Als Bibelstelle liegt Jes 30,15-17 zugrunde. Diese Bibelstelle war sowohl für den Jahreswechsel 1980/81 als auch 1986/87 vorgeschlagen. Da die Predigt großteils in Stichpunkten verfasst wurde, sollen hier nur die wichtigsten Aspekte herausgegriffen und betrachtet werden. Die Predigt ist in Gesamtlänge im Anhang zu finden.[690]

Wie Pfarrer Coblenz (P5Co1986) nutzt auch Rannenberg den Jahreswechsel 1986/87, um über das Thema Frieden nachzudenken. Während sein Jahresrückblick und -ausblick von 1980/81 sehr unterschiedliche Aspekte abdeckt, liegt in dieser Predigt der Schwerpunkt eindeutig auf der Friedensthematik. Wie Coblenz verweist Rannenberg auf 1986 als das von den *Vereinten Nationen* ausgerufene *Internationale Jahr des Friedens.*[691] Der Jahresrücklick 1986 ist wesentlich positiver gefasst als der auf das Jahr 1980, denn Rannenberg nimmt neben den negativen auch auf die vielversprechenden Entwicklungen Bezug. Diese Gegenüberstellung sowie viele Aspekte, die er im Jahresrückblick behandelt, decken sich mit denen in P5Co1986. Während sich Coblenz aber auf die politischen Ereignisse fokussiert, weitet Rannenberg seinen Jahresrücklick auf (Natur-)Katastrophen, Ereignisse in Wissenschaft und Sport sowie Ereignisse auf Gemeindeebene und im privaten Bereich aus.

Im Hinblick auf die internationalen Entwicklungen hin zum Frieden werden die Inhalte der Erklärung Gorbatschows vom 15. Januar 1986 und die darauf folgenden Abrüstungsangebote der Sowjetunion sowie – zusätzlich zu Pfarrer Coblenz (P5Co1986) – die Appelle der Warschauer Vertragsstaaten positiv bewertet. Im April 1986 sprachen sich die Warschauer Vertragsstaaten in einem Appell geschlossen für eine atomwaffenfreie Zone aus, im *Budapester Appell* aus dem Juni 1986 signalisierten sie ihre Bereitschaft zu weiteren konkreten Abrüstungsschritten. Rannenberg bezieht sich damit auf verschiedene Bemühungen im Ostblock, um die Abrüstung voranzutreiben. Wie bei Coblenz und beim BEK werden nur die Abrüstungsvorschläge des Ostens thematisiert. Darüber hinaus erwähnt er die Verabschiedung des *Dokuments der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.* Rannenberg bewegt sich mit der positiven Beurteilung der Abrüstungsvorschläge des Ostens und der KVAE im Einklang mit dem BEK. Dieser würdigte das Abschlussdokument von Stockholm und sah in ihm eine weitere Aufwertung des Prinzips von Gewaltverzicht gegeben.[692] Übereinstimmend mit Coblenz beschreibt Rannenberg das Treffen von Gorbatschow und Reagan als enttäuschend, da es ohne nennenswerte Ergebnisse zu Ende ging.[693] Darüber hinaus erwähnt Rannenberg ebenfalls den Mord an Olof Palme und verweist auf des-

[690] Siehe *6.2. Pfarrer Rannenberg: Predigt zum Jahreswechsel 1986/87.*

[691] Vgl. United Nations. International Years, http://www.un.org/en/sections/observances/international-years/ (28.11.2016).

[692] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u. a.) vom 23.9.1986 in: MITTEILUNGSBLATT DES BEK DER DDR 1/3 1987, 27.

[693] Vgl. DÖRRENBÄCHER: Der Einfluss der strategischen Verteidigungsinitiative, 148; Rede auf der Pressekonferenz in Reykjavik, 12. Oktober 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 4, 145; Remarks at a Meeting

sen großes Friedensengagement. Im Allgemeinen kommen in der Aufzählung Rannenbergs die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West und das Vorantreiben des Friedens- und Abrüstungsprozesses zum Ausdruck. Die Friedensbewegung findet keine Erwähnung.

Auf nationaler Ebene zeigt sich Rannenberg unzufrieden damit, dass der Parteitag der SED keine neuen Maßnahmen für RentnerInnen verabschiedet hat. Damit weicht Rannenberg von Frieden als dem Hauptthema der Predigt ab. Die Erwähnung dieses Gegenstandes ergibt sich wohl aus der Tatsache, dass viele Mitglieder von Rannenbergs Gemeinde RentnerInnen waren.[694] Die KKL berichtete 1985 von einer Vielzahl von Gemeinden, „die zur Hälfte aus Rentnern bestehen“[695]. Dementsprechend nimmt Rannenberg Bezug auf die Lebensumstände vieler Gemeindeglieder. Der Historiker Stefan Wolle beschreibt die RentnerInnen als „[d]ie sozial am stärksten benachteiligte Gruppe der DDR-Gesellschaft“[696]. Da die Durchschnittsrente circa 380 Mark betrug, lebten viele RentnerInnen „trotz niedriger Mieten und gestützter Preise ein Leben am Rande des Elends“[697]. Die Differenz zwischen dem Durchschnittsbruttoeinkommen und der Durchschnittsaltersrente wurde im Laufe der Jahre immer größer.[698] Grund dafür war die fehlende „'Dynamisierung' der Renten“[699], d.h. „es erfolgt keine jährliche Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung.“[700] Eine Rentenerhöhung musste deshalb von der Staatsführung beschlossen werden. 1984 wurde mit der 2. Rentenverordnung eine Rentenerhöhung vorgenommen und die Mindestrente auf 300 Mark bei 15 Jahren Berufstätigkeit festgesetzt.[701] Bei 45 bis 50 Arbeitsjahren betrug sie 370 Mark.[702] Im einleitenden *Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland an den XI. Parteitag der SED* vom April 1986 sprach Honecker rückblickend von fünf Rentenerhöhungen als Errungenschaften seit 1970, jedoch war keine Rede davon, dass eine weitere Erhöhung des Rentensatzes angestrebt wurde.[703] Sehr vage wurde den RentnerInnen zugesichert, „die Bedingungen ihres Lebensabends immer besser zu gestalten.“[704] Auch in der *Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990*, vorgetragen von Günter Mittag, wurde die Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Menschen angestrebt. Einmal war von der „Schaffung von altersgerechtem Wohnraum“[705] die Rede. Des Weiteren sollte die Betreuung von RentnerInnen verbessert werden. Während eine Erhöhung des Realeinkommens bis 1990 vorangetrieben werden sollte, wurde keine Rentenerhöhung angekündigt.[706] Rannenbergs Anmerkung ist

With Officials of the State Department and the U.S. Arms Control and Disarmament Agency on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-meeting-officials-state-department-and-us-arms-control-and-disarmament (12.03.2023).

[694] Siehe P4Ra1988.

[695] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[696] WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 247.

[697] Ebd; vgl. auch FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hg.): Rentner in der DDR, 11, 17f.

[698] Vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hg.): Rentner in der DDR, 15, 33f; WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 248.

[699] FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hg.): Rentner in der DDR, 12.

[700] Ebd.

[701] Vgl. aaO, 11f.

[702] Vgl. WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 247.

[703] Vgl. HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 25.

[704] AaO, 48.

[705] MITTAG: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, 19.

[706] Vgl. aaO, 24f, 101.

somit eine prägnante und kritische Zusammenfassung der Ergebnisse des XI. Parteitags im Hinblick auf die RentnerInnen.

Im Anschluss werden Katastrophen des Jahres 1986 ohne nähere Erläuterung kurz aufgelistet. Rannenberg konzentriert sich nicht nur auf Ereignisse in sozialistischen oder kapitalistischen Ländern, sondern thematisiert Katastrophen aus aller Welt. Die Katastrophen haben keinen Bezug zum vorherrschenden Predigtthema Frieden und Abrüstung. Neben der Explosion der Raumfähre Challenger wird die Havarie des Atomkraftwerks Tschernobyl, das Erdbeben in El Salvador und ein Flugzeugabsturz in Ost-Berlin aufgezählt.

Am 28. Januar 1986 explodierte die amerikanische Raumfähre Challenger kurz nach dem Start, wobei alle sieben Crewmitglieder ums Leben kamen. Grund für das Unglück war ein defekter Dichtungsring.[707] Gorbatschow bezog sich in der Auseinandersetzung mit der Bedrohung der Menschheit auf dieses Unglück und beschrieb es als eine „mit der Technik des nuklear-kosmischen Zeitalters verbundene[...]“[708] Tragödie. Gorbatschow und Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der *Rumänischen Kommunistischen Partei* und Diktator das *Sozialistischen Republik Rumänien*,[709] sahen darin die Gefahren der technischen Neuerungen vor Augen geführt, weshalb man eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten als unerlässlich ansah, um einen Atomkrieg zu verhindern.[710]

El Salvador wurde aufgrund seiner Lage schon mehrfach von Erdbeben heimgesucht worden. Das Beben vom 10. Oktober 1986, das im Besonderen die Hauptstadt San Salvador betraf, forderte 10.000 Todesopfer und 10.000 Verletzte; 200.000 Menschen wurden obdachlos.[711]

Des Weiteren verweist Rannenberg mit einem „Flugzeugabsturz im Dezember“ auf den Absturz des Aeroflot-Fluges 892 aus Minsk kommend im Landeanflug auf Berlin-Schönefeld. Es herrschte dichter Nebel. Dem Piloten wurde die zweite Landebahn zugewiesen. Aufgrund fehlender Englischkenntnisse flog dieser trotzdem die erste Landebahn an. Nachdem er seinen Fehler bemerkt hatte, versuchte er noch ein Unglück zu verhindern, was aber nicht gelang. Der Absturz forderte 72 Todesopfer, zehn InsassInnen überlebten.[712] Dieses Unglück hatte neben der menschlichen auch eine „politische Dimension“[713]. Das Flugzeugunglück sollte auf keinen Fall den Ruf der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot beschädigen, weshalb die Informationen nur spärlich flossen.[714] Rannenberg spricht somit ein in den Augen der DDR heikles Thema an.

Im Anschluss werden die Erfolge des Jahres angesprochen, wobei Rannenberg sehr allgemein auf die in den Zeitungen genannten Erfolge in Wirtschaft und Sport verweist, ohne diese jedoch wie Pfarrer Iskraut (P2Isk1978) und Pfarrerin Müller (P1Mue1984) kritisch zu hinterfragen. Hinsichtlich der Erfolge in der Raumfahrt werden die sowjetischen Raumsonden VEGA 1 und 2 erwähnt. Der Halleysche Komet, der

[707] Vgl. DEITERS u.a.: Astronomie, 306ff.

[708] Antworten auf die Verschärfung globaler Probleme. Aus einer Erklärung Michail Gorbatschows im sowjetischen Fernsehen am 18. August 1986 in: GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 222.

[709] Vgl. KUNZE: Nicolae Ceausescu, 185, 255, 366.

[710] Vgl. GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 222; Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 61, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm (30.04.2020).

[711] Vgl. BOLT: Earthquakes, 296; HARDY/MUSSET: Zentralamerika, 87.

[712] Vgl. EIK/BEHLING: Verschlusssache, 227ff.

[713] AaO, 228ff.

[714] Vgl. aaO, 227ff.

1986 erneut sichtbar an der Erde vorbeizog, wurde sowohl von Seiten des Westens als auch des Ostens durch Raumsonden mit Bildern dokumentiert. An VEGA 1 und 2 beteiligten sich viele Länder aus dem Ostblock, aber es wirkten auch westliche Länder mit.[715]

Während Rannenberg wie schon im Jahresrückblick des Jahre 1980 sehr allgemein auf Meilensteine im privaten Leben der Menschen verweist, spricht er 1986 konkrete Entwicklungen in der Kirchengemeinde an. Er erwähnt die erfolgreiche Fertigstellung des Kirchturms der Senftenberger Peter-Paul-Kirche. Gleichzeitig spricht er aber von den noch ausstehenden Arbeiten an dieser Kirche und dass die Kirche von Hörlitz 1986 nicht saniert werden konnte. Negativ sieht er den Status der Kirchengemeinde als Minderheit in der Stadt und erinnert an „die große missionarische Aufgabe", die sich daraus ergibt. Der BEK hatte verschiedentlich das Problem der kleiner werdenden Gemeinden adressiert und nach Gründen gesucht.[716] Er sprach auch vom „missionarischen Auftrag"[717] der Kirchen in der Gesellschaft, ohne diesen genauer zu spezifizieren.

Im Gegensatz zur Predigt zum Jahreswechsel 1980/81 hält Rannenberg den Jahresausblick auf 1987 sehr kurz. Hinsichtlich der Friedensthematik hofft er wie Coblenz (P5Co1986), dass die Friedenssicherung vorangetrieben wird. Die restlichen Ausführungen im Hinblick auf Privatleben und Gemeinde zum neuen Jahr weichen nur minimal von denen für das Jahr 1981 ab.

Die theologische Auseinandersetzung mit Jes 30,15-17 ist in P1Ra1980_81 zu finden, an dieser Stelle sollen nur die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Hinblick auf Coblenz' theologische Ausführungen in P5Co1986 aufgezeigt werden.

Beide Prediger legen den Fokus auf Jes 30,15, setzen aber insgesamt unterschiedliche Schwerpunkte. Dies resultiert auch aus der variierenden Länge der Bibelstelle, die Erörterung findet. Anders als Coblenz, der sowohl die Unheilsankündigung und damit einhergehende Warnung Gottes als auch den Aufruf zur Umkehr auf die ZuhörerInnen 1986 überträgt, konzentriert sich Rannenberg auf das „Angebot Gottes" in Vers 15, womit das Unheil noch abzuwenden sei. Rannenberg versteht Jes 30,15 und die Aufforderung zum Stillewerden als Gegenstück zu Jes 30,16, worin das Rennen und die Eile thematisiert wird. Er kritisiert im Zuge dessen das hektische Streben nach Selbstsicherung und fordert implizit zu Vertrauen in Gott auf. Die Aufforderung zur Umkehr liest er vor allem als eine Hinwendung zu Gott, während Coblenz darin einen Aufruf zur Verhaltensänderung und zum Handeln im Sinne Gottes sieht. Rannenbergs Interpretation

[715] Vgl. DEITERS u.a.: Astronomie, 146; ENGELHARDT: Enzyklopaedie Raumfahrt, 346f; MEIDENBAUER (Hg.): DuMonts Chronik der Erfindungen und Entdeckungen, 146.

[716] Vgl. 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 57ff; Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 83; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2.

[717] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58; vgl. auch 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 64; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 75; auch 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 56.

korreliert mit dem Stillewerden im Gottesdienst, dem er große Bedeutung beimisst, um Gottes Weisung zu hören und dieser nachzufolgen. Darin sieht er einen kritischen Rückblick und einen positiven Ausblick auf das neue Jahr begründet. Im Gegensatz zu P5Co1986 ist der handlungsweisende Tenor in Rannenbergs Predigt sehr schwach ausgeprägt. Vor allem die vergewissernden Aspekte werden stark gemacht. Die Predigt spendet Trost und ermutigt zum Vertrauen und Hoffnung in Gott, in sein Wohlwollen und seine Weisheit.

3.19 Zwischenfazit 1984-1986

Auch in den Jahren 1984 bis 1986 setzten sich der BEK und die PredigerInnen überwiegend mit den gleichen (gesellschafts-)politischen Themen auseinander und kamen aus ihrem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus zu einer ähnlichen Beurteilung. Häufig stellte dies eine Fortsetzung oder auch Vertiefung der Erörterungen der vorangegangenen Jahre dar. Wie schon im vorherigen Zeitabschnitt lag das Hauptaugenmerk sowohl in den Dokumenten des BEK als auch in den Predigten auf den Themen Frieden und Abrüstung.[718] Übereinstimmend hielten sie an ihrem Plädoyer für Frieden und Abrüstung fest und bewerteten daraus resultierend weiterhin die nationalen und internationalen Entwicklungen im Hinblick auf ihre Friedensdienlichkeit. Unter Wahrnehmung der Angst der Menschen vor den Folgen der internationalen Spannungen und des Wettrüstens wurden die ChristInnen erneut zum Einsatz für Frieden aufgerufen. Ihnen wurden Handlungsoptionen zu dessen Realisierung aufgezeigt. Die Umweltthematik betreffend intensivierten sowohl die Bundessynode und die KKL als auch die PredigerInnen ihre Auseinandersetzung.[719] Sie machten auf die Umweltprobleme aufmerksam und wiederholten ihren Aufruf an die ChristInnen zum Umwelteinsatz einhergehend mit einem umweltbewussteren Lebensstil. Dies wurde sowohl seitens des BEK als auch seitens der PredigerInnen theologisch mit dem von Fürsorge geprägten Leben in der Nachfolge Jesu und dem Kulturauftrag der Menschen im Umgang mit der Schöpfung begründet. Hinsichtlich des Themenkomplexes Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte wurde in den Predigten vorrangig die Weltgerechtigkeit thematisiert. Im Einklang mit dem BEK wurde im Sinne der Nächstenliebe und der Liebe Gottes für alle Menschen zur Übernahme von Verantwortung der ChristInnen für gerechtere globale Verhältnisse aufgerufen.[720] Pfarrer Meckel bezog Gerechtigkeit wie schon im vorherigen Zeitabschnitt auch auf die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in der DDR.[721] Bei unterschiedlicher Akzentuierung in Bezug auf die rechtliche Situation der DDR sollte laut Meckel und dem BEK der Einsatz für mehr Gerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft vor allem auf die Steigerung des Wohlergehens der MitbürgerInnen abzielen.

Als tagespolitisches Ereignis bewerteten die Pfarrer Brand und Rannenberg übereinstimmend mit dem BEK das Reaktorunglück von Tschernobyl negativ.[722] Eine ausführliche Erörterung sowie eine kritische Auseinandersetzung mit der friedlichen Nutzung von Kernenergie oder ein Plädoyer für erneuerbare Energien wurde aber, anders als beim BEK, in den Predigten nicht vorgenommen. Auch die vom BEK erörterte aktuelle Problematik der zunehmenden Ausreiseanträge bzw. Ausreise fand in den Predigten keinen Niederschlag.

Zusätzlich floss die zunehmende Auseinandersetzung des BEK und seiner Gliedkirchen mit den kirchlichen (Basis-)Gruppen in die Predigten ein. Anders als der BEK bewerteten Meckel, Brand und Coblenz die Gruppen und ihr Engagement durchweg positiv und ordneten sie uneingeschränkt der Kirche zu.[723]

Viel Raum nahm in den Predigten und den Dokumenten des BEK erneut die Auseinandersetzung mit

[718] Vgl. P2Co1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.
[719] Vgl. P2Co1984, P1Mue1984, P2 Mue1984, P6Meck1985, P5Co1986.
[720] Vgl. P1Mue1984, P5Isk1984, P2Mue1984, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986.
[721] Vgl. P6Meck1985.
[722] Vgl. P6Br1986, P3Ra1986_87.
[723] Vgl. P6Meck1985, P5Br1985, P5Co1986.

der deutschen Vergangenheit und mit dem Leben der ChristInnen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR ein. Darüber hinaus befasste man sich in den Predigten der Jahre 1984 bis 1986 verstärkt mit dem Staat-Kirche-Verhältnis, womit sich der BEK durchgehend immer wieder beschäftigt hatte. Iskraut und Coblenz nahmen gemeinsam mit dem BEK hinsichtlich des Staat-Kirche-Verhältnisses eine Verbesserung hin zu beständigeren Beziehungen wahr.[724] Anders als der BEK äußerten die Prediger jedoch Zweifel an einem ganzheitlich vertrauensvollen Verhältnis zwischen Kirche und Staat. In der Auseinandersetzung mit der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit war vor allem der Erkenntnisgewinn für die Gegenwart zentral. So rief Coblenz unter Bezugnahme auf die Vergangenheit zu einem respektvollen Miteinander mit den Jüdinnen und Juden in der Gegenwart auf.[725] Seitens des BEK sowie der Prediger Coblenz und Brand wurde eine starke Verbindung zwischen der Auseinandersetzung mit der Schuld der Vergangenheit und dem bedrohten Frieden in den 1980er Jahren sowie dem (gesellschafts-)politischen Engagement der ChristInnen hergestellt; sie wurden zum Einsatz für den Frieden in der Gegenwart angehalten.[726] Hinsichtlich des Lebens der ChristInnen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR hielten der BEK und die PredigerInnen an der Ablehnung des Rückzugs der ChristInnen aus der Gesellschaft sowie an dem Plädoyer für deren gesellschaftlichen Einsatz der Vorjahre fest.

Als alltägliche Bedingungen des Lebens in der DDR wurde in zwei Predigten kritisch auf die Medienlenkung verwiesen,[727] die der BEK hinsichtlich der Berichterstattung der DDR zum Reaktorunglück in Tschernobyl problematisierte. In den Predigten wurden darüber hinaus weiterhin Aspekte des Sozialismus, wie z.B. das Menschenbild, die Staatssicherheit und die sozialistische Wohngemeinschaft, aus christlich-theologischer Perspektive kritisch beleuchtet; auch die Wahlen in der DDR erfuhren Auseinandersetzung.

In den Predigten wurden Ereignisse erwähnt, die, aufgrund fehlender Ausführlichkeit, an dieser Stelle kurz benannt werden sollen. So wertete Coblenz (P4Co1984) rückblickend die Erinnerung an Luther und seine Lehre als das Ziel des Lutherjahres von 1983. Darüber hinaus erinnerte er am 7. Oktober 1984, dem 30. Todestag des pommerschen Bischofs von Scheven, an einen kirchlichen Vertreter mit klarer Haltung gegenüber dem Staat. Pfarrer Rannenberg (P3Ra1986_87) zählte im Rahmen seines Jahresrückblicks nationale und internationale Ereignisse, unter anderem die Explosion der Raumfähre Challenger, die Raumsonden VEGA 1 und 2 oder den Flugzeugabsturz einer Aeroflot-Maschine nahe Berlin, als Beispiele für Katastrophen oder Erfolge im Jahr 1986 auf. Zudem nahm er die Rentenpolitik der DDR in den Blick und brachte seine Enttäuschung über die 1986 ausgebliebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der RentnerInnen zum Ausdruck.

Wie schon im vorherigen Zeitabschnitt sind trotz großer Übereinstimmungen der angesprochenen (gesellschafts-)politischen Themen und eingenommenen Positionen in den Predigten und den Dokumenten des BEK aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis erneut Unterschiede im Bezug auf die AdressantInnen und die daraus resultierenden Ausführungen erkennbar.

[724] Vgl. P4Co1984, P5Isk1984.
[725] Vgl. P3Co1984.
[726] Vgl. P3Co1984, P5Br1985.
[727] Vgl. P1Mue1984, P6Br1986.

Der BEK trat von 1984 bis 1986 zu verschiedenen Anlässen, wie der anstehenden KVAE in Stockholm, dem 50. Jahrestag der *Barmer Theologischen Erklärung*, dem Reaktorunglück von Tschernobyl sowie der Begegnung mit Honecker im September 1986, sowie in Stellungnahmen des BEK und der EKD zum Frieden an die Gemeinden heran. Im Zuge dessen wurde über die Ereignisse informiert sowie zum Gebet, zum Ausleben des Glaubens sowie zum Einsatz für Weltgerechtigkeit aufgerufen. Häufig richteten sich die Stellungnahmen des BEK zu (gesellschafts-)politischen Themen aber direkt an staatliche VertreterInnen auf nationaler und internationaler Ebene oder waren in diesem Sinne formuliert; der BEK konfrontierte sie mit konkreten Handlungsaufforderungen. Die PredigerInnen hingegen adressierten in ihren Ausführungen – teilweise unter expliziter Berücksichtigung der Gegebenheiten in der Gemeinde – die ChristInnen in der DDR.[728] Nationale und internationale (gesellschafts-)politische Probleme, wie z.B. Umweltverschmutzung, Aufrüstungsbestrebungen und bürgerrechtliche Defizite in der DDR, wurden wahrgenommen. Im Zuge dessen nahmen die PredigerInnen an einigen Stellen staatskritischere Standpunkte ein als der BEK.[729] Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die PredigerInnen anders als der BEK ihre Kritik durch die Würdigung staatlicher Gegebenheiten nur geringfügig abmilderten.[730] Die PredigerInnen richteten aber weiterhin keine direkten Appelle an die politisch Verantwortlichen.

Aus den unterschiedlichen AdressatInnen resultierte die divergierende Intensität in der Auseinandersetzung mit nationalen und internationalen Gegebenheiten. So erörterte der BEK, auch auf internationaler ökumenischer Ebene, die Themen Frieden und Abrüstung sowie Menschenrechte und kommentierte diese intensiv. Die PredigerInnen hingegen fokussierten sich weiterhin auf nationale Gegebenheiten, Entwicklungen und Ereignisse. Davon zeugt die Thematisierung der stationierten Streitkräfte der UdSSR (GSSD) in der DDR, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der Schießübungen zum 8. Mai als Beispiele für die Militarisierung der DDR-Gesellschaft,[731] die Bezugnahme auf KIM- und Intensivställe,[732] sowie die intensive Auseinandersetzung mit dem Sozialismus.[733] die internationalen Zusammenhänge wurden vor allem hinsichtlich deren Auswirkungen auf nationaler Ebene betrachtet oder als Positiv- oder Negativbeispiele angeführt.

Die Predigten wiesen erneut einen stärkeren Praxisbezug sowie konkretere Handlungsaufforderungen an die GottesdienstbesucherInnen auf. So wurde der Einsatz für Umweltschutz und Frieden wie im vorherigen Zeitabschnitt auf gesellschaftliche Gegebenheiten in der DDR bezogen und Handlungsmöglichkeiten, wie z.B. die Verweigerung des Dienstes an der Waffe oder die Reduktion des Fleischkonsum, unterbreitet.[734] Theologisch resultierten die Handlungsaufforderungen aus der Rechtfertigung durch Gott, dem Aufruf zur Umkehr zu Gott sowie der Hoffnung auf das Reich Gottes und das Leben nach dem Tod. Die ChristInnen sollten dem Willen Gottes entsprechend – im Sinne eines eschatologischen Vorbehalts –

[728] Vgl. P1Mue1984, P4Br1984, P6Meck1985, P3Ra1986_87.
[729] Vgl. P4Co1984, P5Isk1984, P5Br1985, P6Meck1985.
[730] Vgl. P6Br1986.
[731] Vgl. P4Br1984, P5Br1985.
[732] Vgl. P2Co1984.
[733] Vgl. P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986
[734] Neun Predigten dieses Zeitabschnitts weisen vermischt Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt auf. (Vgl. P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986.) Eine Predigt vereint in sich alle drei Arten der politischen Predigt (Vgl. P4Br1984.); eine Predigt verbindet handlungsweisende und urteilsbildende Aspekte. (Vgl. P5Isk1984.); eine Predigt ist rein der Art der vergewissernden politischen Predigt zuzuordnen. (Vgl. P3Ra1986_87.).

in der Welt tätig werden.[735] Sie wurden dabei der Gnade, Fürsorge und Macht Gottes vergewissert.[736] Die Bedeutung der (gesellschafts-)politischen Themen für die PredigerInnen wird erneut daran deutlich, dass fast alle 12 Predigten dieses Zeitabschnitts an besonderen christlichen Feiertagen oder zu konkreten historischen oder kirchlichen Ereignissen gehalten wurden. Zu diesen Gottesdiensten war mit mehr BesucherInnen zu rechnen.[737]

Die PredigerInnen nutzten Veranschaulichungen und Konkretisierungen, um ihre Standpunkte den ZuhörerInnen näherzubringen und ihnen mehr Gewicht zu verleihen. So zogen sie häufiger biblische Geschichten oder theologische Motive heran. Weiterhin übertrugen sie die Bibelstelle und ihre Aussage(n) oftmals ohne historische Einordnung direkt auf die Gegenwart der Zuhörerschaft.[738] In der Bewertung der bedrohlichen globalen Lage wurden z.B. Parallelen zur Geschichte der Sintflut, der Zerstörung Jerusalems und dem Jüngsten Gericht gezogen; das Teilen wurde mit Jesu Speisung der 5.000 und dem Abendmahl in Verbindung gebracht. Das Gebet für politisch Verantwortliche, zu dem auch der BEK immer wieder aufgerufen hatte, wurde theologisch mit der Gotteskindschaft aller Menschen begründet. Des Weiteren erwähnten die PredigerInnen historische Ereignisse, wie z.B. die Zerstörung von Lebensraum in der Südsee durch Atomwaffentests,[739] oder beschrieben Szenarien, wie z.B. die Allgegenwart von Kriegsgerät, die Gefahren für die Menschheit bei der Handhabung von stationierten Atomwaffen oder den adäquaten Umgang mit der Angst des Gegenübers,[740] sehr eindrücklich.

Vielfach kam es durch Bezüge auf nationale und internationale Gegebenheiten zur Konkretisierung und teilweise auch zur Ausweitung von Konzepten, Äußerungen und Standpunkten des BEK. Beispielhaft kann hier auf das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, die Aussage, dass Rüstung auch ohne kriegerische Handlungen tötet, der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft, Umweltverschmutzung und Konsumauswirkungen sowie zwischen Rüstung und Umweltverschmutzung verwiesen werden.

Im Folgenden werden hinsichtlich der in den Predigten und Stellungnahmen des BEK bezogenen Standpunkte zu den addressierten (gesellschafts-)politischen Themen die konkreten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Auseinandersetzung mit den Themen und deren Beurteilung aus christlich-theologischer Perspektive herausgestellt.

3.19.1 Frieden und Abrüstung

Hinsichtlich des vorherrschenden Themenkomplexes der Predigten und der Äußerungen des BEK in den Jahren 1984 bis 1986, Frieden und Abrüstung, setzten sich alle sechs PredigerInnen mit der international angespannten und bedrohlichen Situation auseinander und plädierten für Frieden und Abrüstung.[741]

[735] Vgl. P1Mue1984, P2Co1984, P3Co1984, P2Mue1984, P4Br1984, P4Co1984, P5Br1985, P6Meck1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.
[736] Vgl. P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P4Br1984, P2Mue1984, P5Br1985, P6Meck1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.
[737] Vgl. P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P5Co1986, P3Ra1986_87.
[738] Vgl. P1Mue1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.
[739] Vgl. P5Co1986.
[740] Vgl. P2Co1984, P3Co1984, P4Br1984.
[741] Vgl. P2Co1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.

Coblenz (P2Co1984, P5Co1986), Müller (P2Mue1984) und Brand (P4Br1984, P5Br1985) sprachen im Einklang mit dem BEK von der Bedrohung des regionalen und internationalen Friedens sowie der gesamten Menschheit durch die stetige Aufrüstung, die Existenz der Waffen sowie durch Krieg. Die Prediger Coblenz und Brand schätzten die Bedrohung im Vergleich zum BEK als schwerwiegender ein und stellten sie anschaulicher dar. So sah Coblenz (P2Co1984) aus einem Atomkrieg in Europa das Ende aller Menschen resultieren und sprach von einer Allgegenwart von Kriegsgeräten und Kriegsmanövern in der Welt. Brand (P4Br1984) zeigte sehr eindrücklich die Gefahr der reinen Existenz von stationierten Atomwaffen für MitteleuropäerInnen auf. So könnten technische oder menschliche Fehler im Umgang mit den stationierten Atomwaffen zu atomarer Verstrahlung führen. Der BEK hatte die todbringenden Folgen von Rüstung neben der allgemeinen Gefährdung der Menschheit vor allem auf daraus resultierende finanzielle Benachteiligung von Armen und Bedürftigen in der Welt bezogen.

Den 40-jährigen Frieden in Europa charakterisierte Müller (P4Mue1984) als „Frieden voller Kompromisse“[742], da er sich ihrer Meinung nach vor allem in der DDR durch Grenzen und durch Diskriminierung auszeichnete. Brand (P5Br1985) erklärte, ähnlich dem BEK, nüchtern: „Natürlich kann man das geteilte Deutschland und das bis an die Zähne bewaffnete Europa und Amerika nicht als Idealzustand feiern.“[743]

Christlicher Friedenseinsatz in der Welt

Wie im vorherigen Zeitabschnitt forderten alle PredigerInnen gemeinsam mit dem BEK die ChristInnen zum Friedenseinsatz in der Welt auf. Begründet wurde diese Aufforderung von Brand (P5Br1985) historisch mit der schuldhaften Verstrickungen der Deutschen in der Vergangenheit. Diesen Zusammenhang hatten auch der BEK und die EKD in ihrem *Wort zum Frieden* von 1979 und von 1985 hergestellt. Wie schon in P1Br1979 und P2Br1980 kritisierte Brand (P5Br1985, P6Br1986) erneut die Teilnahms- und Kritiklosigkeit vor allem der Angehörigen der Kriegsgeneration, vieler ChristInnen, aber auch der Kirche. Im Gegenzug hob er die Friedensbewegung positiv hervor. Ähnlich wie Brand in P1Br1979 monierte Coblenz (P5Co1986), dass viele Menschen über die Gefahren durch Krieg sowie ihre Mitverantwortung an den Zuständen im Unklaren gelassen werden wollten. Theologisch untermauert wurde der Aufruf zum Einsatz für Frieden, indem Coblenz (P2Co1984) und der BEK es explizit als Gottes Willen beschrieben, dass der Mensch in Frieden lebte. Müller (P2Mue1984) deklarierte gemeinsam mit dem BEK Gott als den Geber des Friedens. Dementsprechend könnte Frieden auch nur gemeinsam mit Gott bewirkt werden. Müller (P2Mue1984) legte wie der BEK ihren Ausführungen ein positives Friedensverständnis zugrunde. Somit wurden der Einsatz für Weltgerechtigkeit und Umweltschutz, d.h. der allgemeine Einsatz für die Erhaltung allen Lebens, als Bestandteile des Friedenseinsatzes gewertet. Müller hoffte auf eine Entwicklung hin zu dieser umfassenden Art des Friedens.

Laut Coblenz (P3Co1984) und Brand (P4Br1984, P5Br1985) würde der Mensch erst durch die Befreiung von Angst handlungsfähig. In den Predigten P2Co1984, P3Co1984, P4Br1984, P2Mue1984, P5Br1985 und den Äußerungen des BEK wurde der Angst der Menschen vor der bedrohlichen Weltsituation tröstend und ermutigend der Glaube an Gott, das Vertrauen in seine Gnade, sein versprochener Bund mit

[742] P2Mue1984.
[743] P5Br1985.

den Menschen, seine Fürsorge und Macht sowie das Hoffen auf das Reich Gottes entgegengesetzt. Die ChristInnen sollten sich nach Brand (P4Br1984) und Coblenz (P5Co1986) in Anbetracht der bedrohlichen Situation in der Welt weder in religiöser Panik auf die Endzeit vorbereiten noch in weltlicher Panik in ein planloses, übersteigertes Engagements ohne Gott verfallen. Als mögliche Realisierungen des christlichen Friedenseinsatzes wurden in den Predigten die offene Rede, das Gebet und der Umgang mit anderen im Sinne des Friedens thematisiert.

Brand (P4Br1984, P6Br1986) forderte die ChristInnen mehrfach dazu auf, auf kritische, friedens- und lebensgefährdende Entwicklungen in der Welt aufmerksam zu machen und deren mögliche Folge zu thematisieren. Gemeinsam mit der Bundessynode plädierte er dafür, lebensfördernde und lebensgefährdende Maßnahmen des Staates offen zu benennen. Der BEK und der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* hatten im Besonderen in Zeiten der atomaren Bedrohung zum offenen Bekenntnis der ChristInnen aufgerufen.

Wie schon im vorherigen Zeitabschnitt durch Prediger und BEK betont, werteten Müller (P2Mue1984) und Brand (P5Br1985) im Einklang mit dem BEK das (Friedens-)Gebet als ein Bestandteil des Friedenseinsatzes der ChristInnen zur Unterstützung zum Frieden. Weiterhin forderten der BEK und Müller (P2Mue1984), dass das Verhalten der ChristInnen untereinander von Frieden geprägt sein sollte. Dementsprechend wurde friedliche Streitbeilegung von ihr als eine Möglichkeit des christlichen Friedensengagements dargestellt.

Da Coblenz (P2Co1984, P3Co1984) die Angst voreinander in Übereinstimmung mit der KKL als Antrieb für das Wettrüsten ausmachte, wurden mit der Befreiung von ihr seiner Meinung nach auch erst Veränderung und Begegnung möglich. Gott wurde von Coblenz (P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Co1986) als Quelle des Vertrauens auch unter den Menschen beschrieben. Anhand des tröstenden Umgangs von Eltern mit der Angst eines Kindes zeigte Coblenz (P3Co1984) den adäquaten Umgang mit der Angst des Gegenübers auf und führte den Versuch, die eigene Angst durch Aufrüstung zu bekämpfen, ad absurdum. Müller (P2Mue1984) und Brand (P5Br1985) nannten gleichzeitig mit der Angst die Resignation der Menschen. Auch die KKL sprach hinsichtlich der schleppenden Abrüstungsverhandlungen und der zunehmenden Umweltzerstörung von dem Gefühl der Resignation. Wie Iskraut (P2Isk1978, P3Isk1979) betonte Meckel (P6Meck1985) die Bedeutung von Visionen, wie z.B. der des Micha vom absoluten Frieden, als Hilfe gegen Resignation und zur Steigerung des Durchhaltevermögens.

Bewertung der Friedensdienlichkeit internationaler Gegebenheiten und Entwicklungen

Die PredigerInnen und der BEK setzten sich mit der bedrohlichen internationalen Lage sowie den internationalen Aufrüstungsbestrebungen auseinander und untermauerten ihren Standpunkt biblisch und/oder theologisch. Meckel (P6Meck1985) bezeichnete die internationale Zuspitzung der Lage gemeinsam mit der Bundessynode als im Widerspruch zu Gottes im Guten angelegten Schöpfung. Coblenz (P2Co1984) und Müller (P2Mue1984) beschrieben die ständigen Kriegsvorbereitungen und die daraus resultierenden bedrohlichen Entwicklungen als Ausdruck menschlicher Sünde. Durch Vergleiche der Gegenwart mit biblischen Geschichten zeichnete Coblenz (P2Co1984, P3Co1984, P5Co1986) ein sehr düsteres und bedrohliches Bild von der aktuellen weltpolitischen Lage. Unter Bezugnahme auf die Sintflutgeschichte, die Zerstörung Jerusalems und das Vertrauen des jüdischen Volkes in Militärbündnisse zeigte Coblenz

(P2Co1984, P3Co1984, P5Co1986) die verheerenden Auswirkungen des sündigen Verhaltens der Menschen auf, das sich in Selbstssicherung und fehlendem Vertrauen in Gott ausdrückte. Diese Ereignisse verglich er mit Entwicklungen hin zu einem (Atom-)Krieg. Während für Noah mit dem Sinken der Wassermassen und für das jüdische Volk mit der Rückkehr aus der Babylonischen Gefangenschaft erneut Zukunft möglich gewesen wäre, wäre ein Neuanfang und Leben auf Erden nach einem Atomkrieg nicht mehr denkbar. Aus dieser Argumentation heraus forderte er die ChristInnen in P3Co1984 und P5Co1986 zur Umkehr, zum Vertrauen in Gott und zum Einsatz für Frieden auf, da ein wirklicher Neubeginn nur mit Gott möglich wäre. Rannenberg (P3Ra1986_87) riet den Anwesenden ebenfalls dazu, anstatt auf Selbstsicherung auf Gott zu vertrauen. Coblenz (P2Co1984) brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass mit der Hinwendung zu Gott und dem Einsatz der ChristInnen für Frieden wirkliche Veränderungen in der Welt herbeigeführt und das Unheil eines Atomkrieges dadurch abgewendet werden könnte. Brand (P4Br1984) und Müller (P2Mue1984) nahmen im Rahmen der Friedensdekade das Jüngste Gericht sowie das Ende der Welt durch einen Atomkrieg oder Umweltverschmutzung in den Blick. Beide ermutigten die Anwesenden, indem sie die Vermutung äußerten, dass Gott selbst das Ende der Erde einleiten würde und es nicht allein aus menschlicher Hand geschähe. Bezüglich der internationalen Aufrüstungsbestrebungen begründete Brand (P5Br1985) seine Kritik, ähnlich wie die Bundessynode 1985 und 1986 sowie der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* 1986, theologisch damit, dass sie von dem Gedanken der Vergeltung geprägt wären, dem Jesus Christus eine Absage erteilt hätte.

Im Hinblick auf das internationale Wettrüsten spiegelten die Predigten viele globale Aussagen oder vertretene Konzepte des BEK wider. Coblenz (P3Co1984) und Brand (P4Br1984) wiederholten ihre Standpunkte vom vorherigen Zeitabschnitt und widersprachen gemeinsam mit dem BEK explizit der Annahme, dass mit einem Ausbau von Waffenarsenalen die Sicherheit gesteigert werden könnte. Dies schwingt in den anderen Predigten zum Thema Frieden und Abrüstung mit. In einigen Predigtausführungen klingt, stärker als in den Predigten des vorherigen Zeitabschnitts, das von der internationalen ökumenischen Gemeinschaft, von den *Vereinten Nationen*, von Honecker und vom BEK propagierte Konzept der gemeinsamen Sicherheit an. So sprach Coblenz (P2Co1984) z.B. hinsichtlich der Kriegsvorbereitungen von „Menschheitsproblemen“[744]. Iskraut (P5sk1984) beschrieb alle Menschen in der Welt als eine voneinander abhängige und füreinander zuständige Hausgemeinschaft. Brand (P4Br1984) stellte die Bedrohung aller MitteleuropäerInnen in Ost und West durch stationierte Waffen dar. Und Meckel (P6Meck1985) definierte eine Lebens- und Politikführung erst mit der Einbeziehung des Wohlergehens anderer Menschen und Staaten als im Sinne Gottes. In den Predigtausführungen wurde aber niemals direkt auf das Konzept verwiesen.

Über das Konzept der gemeinsamen Sicherheit hinaus machte Brand (P6Br1986) auf den Widerspruch aufmerksam, dass Staaten und Regierungen ihre Abrüstungbereitschaft betonten, aber gleichzeitig weiter aufrüsteten. Ähnlich übte er in P4Br1984 und P5Br1985 Kritik an der Begründung der eigenen Aufrüstung mit der des Gegners, die schon im vorherigen Zeitabschnitt von Iskraut (P3Isk1979) und Meckel (P2Meck1981) in Übereinstimmung mit dem BEK zur Sprache gebracht worden war. Der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK beschrieb diese Rechtfertigung als einen Ausdruck der vom BEK

[744] P2Co1984.

kritisierten Logik der Abschreckung. Nur einmal stellte der BEK gemeinsam mit der ROK die Aufstellung neuer Raketen durch den Osten als erforderliche Reaktion auf die Aufrüstung im Westen dar.

Wie in den Vorjahren prangerten auch 1984 bis 1986 die PredigerInnen Müller (P2Mue1984), Meckel (P6Meck1985), Brand (P5Br1985, P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) gemeinsam mit dem BEK, dem ÖRK und den *Vereinten Nationen* die Verschwendung von Geldern für Rüstung an. Meckel (P6Meck1986) sprach darüber hinaus und im Einklang mit der KKL kritisch von der in Rüstung gebundenen Intelligenz. Während Müller (P2Mue1984) und Brand (P5Br1985) sehr allgemein für den Einsatz der Gelder „für Zwecke im Dienste der Menschheit“[745] plädierten, sprachen Brand (P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) konkret von der Bekämpfung von Hunger in der Welt. Beide dehnten den Einsatz der Gelder auch auf den Umweltschutz aus. Aufgrund des Reaktorunglücks von Tschernobyl rief Brand (P6Br1986) explizit zum Einsatz der Gelder für die Steigerung der Sicherheit von Kernkraftwerken auf.

In verschiedenen Predigten bewerteten die PredigerInnen konkrete internationale Vorschläge und Ereignisse im Hinblick auf ihre Dienlichkeit für den Abbau von internationalen Spannungen sowie für Frieden und Abrüstung.

Im Einklang mit dem BEK kritisierte Brand (P4Br1984) die geplante SDI des US-Präsidenten Ronald Reagans. Brand stellte in diesem Zusammenhang speziell Reagan als Kriegstreiber dar. Wie er schon in P2Br1980 Reagans Wahl und seine geplante Militärpolitik angeprangert hatte, äußerte er sich 1984 kritisch zu dessen Wiederwahl. Brand sprach sich in P5Br1985 wie der BEK und die *Vereinten Nationen* implizit für einseitige Abrüstungsschritte aus. Im Sinne der Fürsprache des BEK für vertrauensbildende Maßnahmen verwies Coblenz in P2Co1984 und P3Co1984 auf die Bedeutung für Vertrauen und Dialog im Miteinander von Menschen und Staaten. Der BEK betonte in diesem Zusammenhang weiterhin die Bedeutung von Begegnungen und Annäherungen im Bereich der Ökumene als Beitrag zu Frieden.

Positiv wurden sowohl von Brand (P6Br1986) als auch vom BEK die intensiven Bemühungen beider deutscher Staaten um ihre Beziehungen gewürdigt. Des Weiteren begrüßten Coblenz (P5Co1986) und Rannenberg (P3Ra1986_87) in ihrem Rückblick auf das *Jahr des Friedens* im Einklang mit dem BEK den Abrüstungsvorschlag Gorbatschows und das Atomwaffenmoratorium der UdSSR. Coblenz wertete das Moratorium als Zeichen für die Ernsthaftigkeit des Abrüstungswillens der UdSSR und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass das Atomwaffenmoratorium in 1987 weiter fortgesetzt würde. Der BEK sah im Moratorium vor allem einen Ansporn für die gemeindliche Friedensarbeit. Die KKL wollte das Moratorium von anderen Nationen aufgegriffen sehen. Zusätzlich bewertete Rannenberg (P3Ra1986_87) gemeinsam mit dem BEK den erfolgreichen Abschluss der KVAE positiv für den Weg hin zum Frieden.

In den Predigten wurde den Friedens- und Abrüstungsverhandlungen eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Dementsprechend zeigten sich Coblenz (P5Co1986) und Rannenberg (P3Ra1986_87) über den Ausgang des Gipfeltreffens in Reykjavik enttäuscht; der BEK war im Hinblick auf die Verhandlungen in Reykjavik ebenfalls hoffnungsvoll gewesen. Brand (P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) brachten übereinstimmend mit dem BEK und den *Vereinten Nationen* 1986 ihr Bedauern über das ausbleibende Fortkommen der Abrüstungsverhandlungen zum Ausdruck. Brand (P4Br1984) und Coblenz (P5Co1986)

[745] P2Mue1984.

zeigten durch den Verweis auf Aufrüstung(-splädoyers) und Kriegsvorbereitungen in Ost und West die Verantwortlichkeit beider Blöcke für das Wettrüsten und die weiterhin angespannte Lage auf. Wie in den Vorjahren hatte der BEK – bis auf eine Ausnahme – die Aufrüstung in Ost und West gleichermaßen kritisiert und beide Seiten zum Einsatz für konkrete Abrüstungsschritte aufgerufen.

Weitere, vom BEK darüber hinaus thematisierte internationale Abrüstungs- und Entschärfungspläne, wie z.B. die chemie- oder atomwaffenfreie Zone, oder das neue Denken erfuhren in den Predigten keine explizite Erwähnung oder Auseinandersetzung. Stattdessen beklagten Coblenz (P5Co1986) und Rannenberg (P3Ra1986_87) anders als der BEK offen die Ermordung von Olof Palme. Zusätzlich verwies Rannenberg (P3Ra1986_87) als weitere Abrüstungsbemühungen der Warschauer Vertragsstaaten wohlwollend auf die beiden Appelle im April und Juni – darunter der *Budapester Appell* –, in denen die Warschauer Vertragsstaaten sich gegenüber den NATO-Staaten für ein atomwaffenfreie Zone aussprachen und ihre Bereitschaft für weitere Abrüstung bekundeten. Wie in Äußerungen des BEK erfuhren auch in den Predigten bis auf die Würdigung der KVAE und den Friedenseinsatz von Olof Palme ausschließlich die Abrüstungsvorschläge des Ostblocks positive Würdigung und Auseinandersetzung.

Bewertung der Friedensdienlichkeit nationale Gegebenheiten und Entwicklungen

In Bezug auf die nationalen Gegebenheiten thematisierten die PredigerInnen in Übereinstimmung mit dem BEK die Aufstellung der Raketen in der DDR, die Zivilverteidigungsübungen, den Bausoldaten- und Wehrdienst sowie die Friedenserziehung.

Brand (P4Br1984) äußerte sich im Einklang mit der KKL kritisch zur Aufstellung von Raketen in der DDR. Coblenz (P2Co1984) monierte – wie schon Brand (P2Br1980), Meckel (P3Meck1981, P5Meck1983) und der BEK im vorherigen Zeitabschnitt –, dass bei den Zivilverteidigungsübungen „das Ende durch Menschen“[746] eingeübt würde. In P6Br1986 würdigte Brand im Einklang mit der KKL und der Bundessynode die Möglichkeit des Bausoldatendienstes in der DDR. Der BEK hatte hinsichtlich des Wehrdienstes an der Waffe stets betont, dass dieser Einsatz wohl überlegt sein sollte. Brand hingegen sprach sich, wie schon in seiner Predigt P2Br1980, auch in P5Br1985 explizit gegen den Dienst an der Waffe aus und forderte implizit zur Verweigerung auf. Dies wäre näher an der Botschaft des Evangeliums. Abschreckend zeigte er die schlimmen Bedingungen des Soldatendaseins auf. Gemeinsam mit Meckel (P6Meck1985) plädierte Brand (P4Br1984) für einen gewaltlosen Einsatz in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang sprach er kritisch von „einer mehr oder weniger gewaltsamen Protestbewegung“[747], was als Anspielung auf die RAF in der BRD verstanden werden könnte. Meckel (P6Meck1985) gab die schwerwiegenden Folgen eines gewaltsamen Einsatz für Veränderungen für die Mitmenschen zu bedenken. Müller (P2Mue1984) wertete den Einsatz von Familien für die Friedenserziehung ihrer Kinder und Enkelkinder positiv und regte implizit zur Fortsetzung an. Ähnlich dem *Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“* von 1980 sprach sich auch der *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* des BEK im *Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte* 1986 für Friedenserziehung im familiären und darüber hinaus

[746] P2Co1984.
[747] P4Br1984.

gesellschaftlichen und schulischen Bereich aus. Die KKL und die Bundessynode wollten 1985 und 1986 Friedenserziehung im Schulunterricht realisiert sehen. Der Wehrunterricht wurde in keiner der Predigten thematisiert.

Darüber hinaus äußerte sich Pfarrer Brand (P4Br1984, P5Br1985) kritisch zu den stationierten Streitkräfte der UdSSR (GSSD), der Mitwirkung an den Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Schießübungen zu den Feierlichkeiten am 8. Mai. Die von Brand (P4Br1984) angeführten Gefechtsübungen der in der DDR stationierten Streitkräfte der UdSSR (GSSD) zur Vorbereitung auf eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung mit der BRD dienten als ein Beispiel für anhaltende Kriegsvorbereitungen in der Welt. In P5Br1985 beanstandete er die Teilnahme vieler DDR-BürgerInnen an den Kampfgruppen aus finanziellen Gründen.

3.19.2 Umweltverschmutzung und Umweltengagement

Die drei PredigerInnen Coblenz (P2Co1984, P5Co1986) Müller (P1Mue1984, P2Mue1984) und Meckel (P6Meck1985) setzten sich kritisch mit dem menschlichen Umgang mit der Umwelt als Gottes Schöpfung auseinander. Sowohl die PredigerInnen als auch der BEK intensivierten somit in den Jahren 1984 bis 1986 ihre Beschäftigung mit der Thematik. Mit ihren Predigten entsprachen die PredigerInnen einer Anregung der Bundessynode, das Thema Umweltschutz auch im Gottesdienst zu behandeln. Neben der Ressourcenverschwendung und der allgemeinen Umweltverschmutzung wurden in den Predigten die Auswirkungen von Konsum und von Rüstung auf die Umwelt thematisiert. Es wurden Möglichkeiten zur Realisierung eines ökologischeren Lebensstils aufgezeigt.

Die Bedrohung der Menschheit durch die voranschreitende Zerstörung der Schöpfung kam bei Meckel (P6Meck1985) und Coblenz (P2Co1984) zum Ausdruck. Coblenz weitete im Zuge dessen das vom BEK vertretene Konzept der gemeinsamen Sicherheit auf den Umgang mit der Natur aus und betonte auch diesbezüglich die Betroffenheit der ganzen Menschheit und sogar der Tierwelt.

Christlich-theologisch betrachtet, beschrieb Coblenz (P2Co1984) – ähnlich wie Brand in P1Br1979 – die Umweltverschmutzung als einen Ausdruck der Sünde des Menschen. Der BEK gebrauchte den Ausdruck der Sünde nicht. Er identifizierte aber eine Mitverantwortung der ChristInnen an der Umweltzerstörung, die in den Ausführungen der PredigerInnen mitschwingt. Gleichzeitig beschrieb die Bundessynode 1984 einen umweltbewussten Lebensstil als Teil des Daseins im Sinne der Nachfolge Jesu. Pfarrer Meckel (P6Meck1985) deutete das Leben auf Kosten der bzw. des Nächsten und der Natur im Umkehrschluss als im Widerspruch zum Willen Gottes und von Jesus Christus vorgelebten Verhalten in der Welt. Coblenz (P2Co1984) verwies im Einklang mit dem BEK auf den Kulturauftrag von Gott an die Menschen.

Meckel (P6Meck1985) erwähnte allgemein die Umweltverschmutzung in der DDR. Coblenz (P2Co1984, P5Co1986) prangerte konkret die Luft- und Wasserverschmutzung und das Waldsterben sowie – im Einklang mit der Bundessynode – die Ausbeutung der fossilen Energien an. Gemeinsam mit Müller (P2Mue1984) übte Coblenz (P2Co1984) Kritik an dem fehlenden Verantwortungsbewusstsein für die Mitmenschen in der Gegenwart sowie zukünftige Generationen hinsichtlich Konsum und Ressourcenverschwendung. Der BEK hatte im Hinblick auf die Kriegsverhütung, den Umweltschutz und die friedliche Nutzung von Kernenergie ebenfalls zur Übernahme von Verantwortung für die Nachkommen aufgerufen.

Die auch vom BEK hergestellte Verbindung zwischen Umweltverschmutzung und Landwirtschaft, seine geäußerte Kritik am Konsum sowie die angesprochenen Auswirkungen des Konsums auf die Umwelt wurden in Coblenz' Predigtausführungen (P2Co1984) anhand der Massentierhaltung in der DDR konkretisiert. Mit KIM- und Intensivställen benannte der Prediger Realitäten in der DDR, die im Widerspruch zum Kulturauftrag des Menschen standen. Die Wahrnehmung der Tiere als Mitgeschöpfe und der Einsatz für das Tierwohl wurden von Coblenz (P2Co1984) als Teil des gottgewollten Umgangs mit der Schöpfung dargestellt. Franz von Assisi diente in seiner Predigt als Vorbild in Interaktion mit Tieren. Die Wahrnehmung der Tiere als Mitgeschöpfe stellte eine Gegenbewegung zu der von Coblenz in Politik und Wirtschaft wahrgenommenen Objektifizierung von Mensch und Tier dar. Das Tierwohl erfuhr in den Stellungnahmen des BEK keine Erwähnung oder Auseinandersetzung.

Der BEK behielt sein Plädoyer für die Aneignung eines umweltfreundlicheren Lebensstils bei. Als eine Art des Ausdrucks eines ökologischen Lebensstils im Sinne der Ressourcenschonung beschrieben Coblenz (P2Co1984) und Müller (P2Mue1984) wie schon Meckel (P5Meck1983) im vorangegangenen Zeitabschnitt die Reduktion des Fleischkonsums. Coblenz (P2Co1984) sprach allgemein von der Verantwortung jeder bzw. jedes Einzelnen; die des Staates wurde anders als beim BEK und bei Brand (P1Br1979) 1979 nicht nochmal gesondert hervorgehoben. Aufgrund eines P2Mue1984 zugrundeliegenden positiven Friedensbegriffs beschrieb Müller einen sparsamen, ressourcenschonenden Lebensstil als Teil des Friedenseinsatzes. Die Bundessynode hatte den Umwelteinsatz der ChristInnen ebenfalls als „Zeugnis des Schalom“[748] bezeichnet.

Coblenz machte in seiner Silvesterpredigt (P5Co1986) die Auswirkungen von Atomwaffentests der USA auf die Umwelt in der Südsee deutlich. Damit veranschaulichte er den auch vom BEK hergestellten Zusammenhang zwischen Rüstung und Ökologie bzw. den Umweltaspekt von Rüstung. Darüber hinaus kritisierte Coblenz (P5Co1986) die Ausgaben für Rüstung anstatt für den Umweltschutz. Diese Darstellung untermauerte seine Einschätzung: „Rüstung tötet, auch ohne daß ein Krieg erklärt werden muß.“[749]

3.19.3 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte

Das Thema Gerechtigkeit wurde von Müller, Iskraut, Brand und Coblenz auf den Weltzusammenhang bezogen, womit sich die PredigerInnen mehrheitlich auf die internationale Ebene konzentrierten. Im Sinne des BEK und des *Menschenrechtsprogramm der Kirchen* wurde für eine Weltverantwortung der ChristInnen plädiert.[750]

Müller (P1Mue1984, P2Mue1984) forderte wie der BEK zum Teilen mittels finanzieller und materieller Hilfe – konkret nannten die KKL und sie *Brot für die Welt* – auf. Sie sah darin einen Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber Gott. Jesu Christi Handeln beim Abendmahl und bei der Speisung der 5.000 zog sie in P1Mue1984 als Vorlage heran. Der BEK hatte auch den 2%-Appell des ÖRK unterstützt. Müller bezog das Teilen auch auf die Menschen in der eigenen Gesellschaft. Das Motiv der Nächstenliebe war

[748] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[749] P5Co1986.

[750] Vgl. P1Mue1984, P5Isk1984, P2Mue1984, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986.

in ihren Predigtausführungen sehr prägnant. Damit wurde auch der Aufruf seitens des BEK und im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* für den Einsatz für die Weltgerechtigkeit begründet. Wie Müller (P1Mue1984) plädierte die Bundessynode für einen Lebenswandel, der das Wohlergehen der Bedürftigen im Blick behält.

In Iskrauts (P5Isk1984) Adaption des Hohenlieds der Liebe wurde jede bzw. jeder Einzelne zu einem Leben und Handeln aus der Liebe Gottes heraus aufgerufen. Die gesamte Welt wurde als Verantwortungsbereich ausgemacht. Probleme, Unrecht und Leid sollten wahrgenommen werden, um sich für deren Beseitigung einzusetzen.

Der Aspekt der Weltgerechtigkeit klang auch an, wenn Müller (P2Mue1984), Brand (P5Br1985, P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) im Einklang mit dem BEK die Verschwendung von Geldern für Rüstung kritisierten, anstatt sie für die Linderung von Hunger in der Welt einzusetzen. Aufgrund des den Predigtausführungen Müllers (P1Mue1984) zugrundeliegenden positiven Friedensbegriffs stellte der Einsatz für die bzw. den Nächsten ein Aspekt des Friedenseinsatzes dar. Auf einen engen Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit verwiesen auch der BEK, der ÖRK, die *Vereinten Nationen* und die *Schlussakte von Helsinki*.

Meckel (P6Meck1985) bezog den Aspekt der Gerechtigkeit als einziger der PredigerInnen, nun noch expliziter als in P1Meck1980, auf die rechtlichen Gegebenheiten in der DDR. Er stellte die Situation in der DDR hinsichtlich „Demokratie und Partizipation“[751] als defizitär dar. Die KKL und die Bundessynode hatten hinsichtlich der (menschen-)rechtlichen Gegebenheiten in der DDR gegenüber dem Staat weniger von Defiziten gesprochen. Entweder wiesen sie auf den Loyalitätsgewinn der eigenen BürgerInnen bei Steigerung der Partizipationsmöglichkeiten hin. Oder die KKL und die Bundessynode zeigten die Möglichkeit der freien Entfaltung von Jugendlichen, die allgemeine Reisefreiheit, die Gleichberechtigung von Frauen sowie die Zulassung kritischer Stimmen betreffend Verbesserungsbedarfe auf. Der BEK wurde in Bezug auf die implizite Adressierung rechtlicher Defizite in der DDR in den Jahren 1984 bis 1986 somit wesentlich konkreter als die PredigerInnen.

Darüber hinaus verwies Meckel (P6Meck1985) auf die Verflechtung als BürgerInnen in „strukturelle Gewalt und Ungerechtigkeit“[752]. Deshalb existierten religiöse oder weltliche Gegenmodelle von einer friedlicheren Welt oder demokratischen, repressionsfreien Gesellschaften. Meckel widersprach der Annahme, durch Zwang wirkliche, langfristige (gesellschafts-)politische Veränderungen herbeiführen zu können. Das Wohl des Nächsten sollte beim Einsatz für Veränderungen in den Mittelpunkt gestellt werden, um im Sinne der Nachfolge Jesu Christi zu handeln und sich in den Dienst der Mitmenschen zu stellen. Diese Argumentation ähnelt der des BEK hinsichtlich des Einsatzes für Menschenrechte sowie den Ausführungen Meckels in P1Meck1980 zu dieser Thematik sehr. Der BEK hatte darüber hinaus den Menschenrechtseinsatz der ChristInnen mit deren Schöpfungsauftrag sowie mit dem Einsatz für Freiheit resultierend aus der Befreiung der ChristInnen durch Jesus Christus begründet.

[751] P6Meck1985.
[752] P6Meck1985.

3.19.4 Reaktorunglück von Tschernobyl

Das Reaktorunglück von Tschernobyl stellte in keiner der zur Verfügung gestellten und/oder eingebundenen Predigten ein Hauptthema dar. In Brands Predigtausführungen (P6Br1986) vom 4. Mai 1986 betete er für den Einsatz von Geldern durch die politisch Verantwortlichen für die Sicherheit von Atomkraftwerken anstatt für Rüstung. Ein Bezug zu Tschernobyl wurde explizit nicht hergestellt, ergibt sich aber aus den Ausführungen. Mit dem Verweis auf die Sicherheitsanlagen verortete er die Ursache für das Unglück im technischen Bereich und sah das Unglück nicht, wie von der UdSSR kommuniziert, im rein menschlichen Versagen begründet. Die im Gebet verpackte Aufforderung an den Staat, in Sicherheitsanlagen zu investieren, wurde nochmal untermauert, indem Brand im weiteren Verlauf der Predigt es als Verpflichtung von Regierungen gegenüber ihren BürgerInnen definierte, deren Leib und Leben zu schützen, „sei es vor Gangstern oder vor Atomstrahlen.“[753] Brand sah eine Woche nach dem Unglück und damit zwei Monate vor dem BEK erstmal eine Sicherung der bestehenden Kernreaktoren als notwendig an. Die Synode der *Evangelischen Kirche der Union – Bereich DDR* und die KKL sprachen sich Ende Mai und Anfang Juli für den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung von Atomenergie und eine Hinwendung zu alternativen, ungefährlicheren Energiequellen aus, um weitere Unglücke zu verhindern. Im Juli 1986 betrachtete die KKL die Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken nicht als ausreichend, um Reaktorunglücke gänzlich verhindern zu können.

Pfarrer Rannenberg (P3Ra1986_87) subsummierte die Explosion im Atomkraftwerk von Tschernobyl in seinem Jahresrückblick auf das Jahr 1986 unter „schwere[n] Katastrophen“[754], ohne näher darauf einzugehen. In Coblenz' (P5Co1986) Jahresrückblick fand das Ereignis keine Erwähnung, vermutlich, weil es nur bedingt zum übergeordneten Thema Frieden seiner Predigt passte.

3.19.5 Kirchliche (Basis-)Gruppen

Wie in der Schrift des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* mit dem Titel *Die Kirche und die Friedensgruppen* setzten sich Meckel (P6Meck1985), Brand (P5Br1985) und Coblenz (P5Co1986) in ihren Predigtausführungen mit den kirchlichen (Basis-)Gruppen, deren Bedeutung sowie deren Verhältnis zu Kirche und Staat auseinander. Die Äußerungen der PredigerInnen diesbezüglich waren von Staats- und Kirchenkritik geprägt.

Meckel (P6Meck1985) beschrieb die Gruppen als einen Ort, um Wertesysteme im Miteinander zu erproben. Coblenz (P5Co1986) sah in der vermehrten Gruppenbildung unter jungen Menschen innerhalb der Kirche eine Gegenbewegung zu Gleichgültigkeit und Resignation. Wie der BEK würdigte er die Gruppen und deren Hinweise auf Defizite hinsichtlich Frieden und Umweltschutz in der Gesellschaft. Die Menschheit bedürfte solcher kritischer Stimmen. Sowohl Coblenz (P5Co1986) als auch der BEK sahen im öffentlichen Eintreten der Gruppen für den Willen Gottes Parallelen zum prophetischen Handeln.

Meckel (P6Meck1985) sprach durch den Verweis auf „Risiken und Nachteile, Verhöre, Festnahme und Haft“[755] sehr offen Formen staatlicher Repression gegenüber den AktivistInnen an und zeigte damit die

[753] P6Br1986.
[754] P3Ra1986_87.
[755] P6Meck1985.

Schwierigkeiten des (gesellschafts-)politischen Engagements in der DDR auf. Der BEK hatte sich zwar für die Anerkennung von Gruppen und Andersdenkenden eingesetzt sowie Schwierigkeiten hinsichtlich des gesellschaftlichen Engagements und Differenzen zwischen den AktivistInnen und dem Staat angedeutet. Bis zur Stürmung der Umweltbibliothek im Herbst 1987 thematisierte oder verurteilte er das staatliche Vorgehen gegen die AktivistInnen in der DDR aber nicht.

Verglichen mit den Friedensgruppen kritisierte Brand (P5Br1985) die Zurückhaltung der Kirche bei einer klaren Positionierung zum Thema Frieden und fordert ein von Offenheit und Eigenständigkeit geprägtes Auftreten der Kirche gegenüber dem Staat. Wenn er von der „bedingungslos gehaltenen Friedensbewegung“[756] sprach, deutete er den Konflikt zwischen Kirche und Gruppen an, die eigenverantwortlich, bei gleichzeitiger Nähe und Distanz zur Kirche agierten. Anders als der BEK ordneten Meckel (P6Meck1985) und Coblenz (P5Co1986) die Gruppen eindeutig der Kirche zu. Gemeinsam mit Brand (P5Br1985) bewerteten sie die Gruppen ausnahmslos positiv. Meckel (P6Meck1985) beschrieb sie als einen Ausdruck der Nachfolge Jesu Christi in Gemeinschaft. Er wollte das Miteinander der AktivistInnen von den Verhaltensweisen Jesu Christi geprägt sehen. Dementsprechend warnte Meckel (P6Meck1985) davor, den Wert eines Menschen an dem Ausmaß an erwirkten Veränderungen in der Welt zu messen. Brand (P6Br1986) betonte im Hinblick auf die Bewertung (gesellschafts-)politischer Gegebenheiten und das Engagement aus dem Glauben heraus die Vielstimmigkeit der Kirche im Gegensatz zur Einheitspartei SED und deren vorgegebener Meinung. Er plädierte dafür, die Vielfalt der Positionen zuzulassen. Der BEK nahm die Bandbreite an Meinungen wahr, jedoch wurde im Papier *Die Kirchen und die Friedensgruppen* das Anliegen offenbar, diese gegenüber dem Staat auf für diesen händelbare Positionen zu reduzieren. Zwar sah der BEK in den Gruppen eine neue Art der Glaubensauslebung. Er tat sich aber bei der Anerkennung der christlichen Identität der AktivistInnen schwer. Darüber hinaus hatte er eine zwiespältige Haltung zu deren Aktionen. Dennoch äußerte er sich immer wieder auch anerkennend, wollte die Gruppen in den Konziliaren Prozess eingebunden wissen und verwies auf die Unterstützung des Friedensengagements der Gruppen(-mitglieder) durch kirchliche VertreterInnen gegenüber dem Staat.

3.19.6 Christliches Leben in der sozialistischen Gesellschaft der DDR

Wie schon im vorherigen Zeitabschnitt nahmen alle – nun sechs – PredigerInnen die AdressatInnen ihrer Predigten in ihrer atheistischen Lebensumwelt der DDR wahr.[757] Ihre Darstellung und Bewertung der Lebensumstände wies viele Übereinstimmungen mit denen der Vorjahre und denen des BEK auf. Die von der KKL 1985 und 1986 thematisierten Problemfelder des Gemeindelebens, wie z.B. vakante Pfarrstellen, weniger ehrenamtliche Mitarbeitende in Gemeinden oder der schwierige Informationsfluss zwischen Leitungs- und Gemeindeebene, fanden in den Predigten dieses Zeitabschnitts keine Erwähnung.

Rannenberg (P3Ra1986_87) setzte sich, wie schon im vorherigen Zeitabschnitt gemeinsam mit Iskraut und Meckel, mit der Minderheitensituation der ChristInnen in der DDR auseinander. Auch der BEK adressierte weiterhin verschiedentlich den Rückgang der Mitgliederzahlen. Rannenberg (P3Ra1986_87) machte dies anhand des Anteils der Gemeindemitglieder der evangelischen Gemeinde in Senftenberg im

[756] P5Br1985.
[757] Vgl. P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.

Vergleich zur Anzahl der EinwohnerInnen konkret.

Über die Wahrnehmung der Minderheitensituation hinaus wurde von drei Predigern der missionarische Auftrag der Kirche und ihrer Mitglieder thematisiert. So sah Rannenberg (P3Ra1986_87) im Bezug auf die geringen Mitgliederzahlen eine „große missionarische Aufgabe“[758] gegeben. Zusätzlich warf er für die Zukunft die Frage auf, „[o]b wir Wege finden, nicht um Gemeinde zu erhalten, sondern neu aufzubauen“[759]. Der missionarische Gedanke klang auch in P4Br1984 an, wenn Brand zu einem offenen christlichen Bekenntnis aufrief. Damit sollten die Mitmenschen davon abgehalten werden, wie auch vom BEK formuliert, Irrlichtern zu folgen. Der BEK sprach ebenfalls vom „missionarischen Auftrag“[760] der Kirchen in der eigenen Gesellschaft, ohne eine Präzisierung vorzunehmen.

Wenn Iskraut (P5Isk1984) forderte, die Kirche sollte eine „missionarische oder missionierende Kirche“[761] in der DDR-Gesellschaft sein, verstand er *Mission* nach eigenen Angaben nicht im Sinne von Bekehrung, sondern zielte auf eine sichtbare Kirche ab, die für Verständigung mit den MarxistInnen eintrat.[762] Die KKL hatte den Dialog mit MarxistInnen 1984 ebenfalls als Aufgabe der Kirche(n) definiert. Die Notwendigkeit dieser Interaktion wird deutlich, wenn Brand (P6Br1986) das Unwissen von Staat und Gesellschaft hinsichtlich der Kirche und der christlichen Glaubensauslebung bemängelte.

Iskraut (P5Isk1984) und Brand (P6Br1986) hoben wie die KKL und ihr Vorsitzender die Anerkennung hervor, die den ChristInnen in der DDR entgegengebracht würde. Iskraut (P5Isk1984) erwähnte speziell die Würdigung der ökumenischen Arbeit der Kirchen durch den Staat und bezog sich damit implizit auf das Spitzengespräch am 6. März 1978, in dem Honecker seine Anerkennung diesbezüglich zum Ausdruck brachte. Brand (P6Br1986) wies neben der Anerkennung gemeinsam mit dem BEK auch auf die Benachteiligung von ChristInnen in der DDR hin. Brand schätzte diese geringer ein als die Anerkennung. Der BEK hingegen erachtete die Benachteiligung von ChristInnen als problematisch. Er forderte an verschiedenen Stellen mehr Chancengleichheit für ChristInnen in der DDR, auch wenn er erwähnte, dass Einzelfälle im Austausch mit staatlichen VertreterInnen in der Regel einer Klärung zugeführt werden konnten. Brand betonte in P6Br1986 wohlwollend die Möglichkeit der Christenlehre und – im Einklang mit dem BEK – des Bausoldatendienstes. Diese eingeräumten Freiheiten wären keine Selbstverständlichkeit für einen atheistischen Staat. Im Zuge dessen erinnerte Brand (P6Br1986) die Anwesenden auch an den Wohlstand der DDR-BürgerInnen. Die KKL und ihr Vorsitzender würdigten 1984 und 1986 ebenfalls

[758] P3Ra1986_87.

[759] P3Ra1986_87.

[760] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil I – Zur Situation der Gemeinden vom 23. September 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 237; 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 64; Arbeitsbericht 1983/84 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 75; auch 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 56ff; Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 83; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2.

[761] P5Isk1984.

[762] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (20.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

die Möglichkeiten der Religionsausübung und Verkündigung in der DDR.

Neben der Betrachtung der Lebensbedingungen der ChristInnen thematisierten die PredigerInnen und der BEK wie schon in den Jahren 1978 bis 1983, wie sich die ChristInnen in der DDR zu Staat und Gesellschaft verhalten sollten.

Erneut rügten Iskraut (P5Isk1984), Brand (P4Br1984, P6Br1986) und Müller (P2Mue1984) gemeinsam mit dem BEK den Rückzug von ChristInnen in den Kult. Der BEK beschrieb „Tendenzen zur Weltflucht und Weltverneinung“[763] als im Widerspruch zum Gehorsam gegenüber Gott und dem daraus resultierenden Dienst der ChristInnen in Politik und Gesellschaft. Auch in der Auseinandersetzung mit der *Barmer Theologischen Erklärung* forderte der BEK eine Glaubensauslebung, die im Alltag zum Tragen kommt. Iskraut (P5Isk1984) begründete seine Kritik am Rückzug von ChristInnen aus der Gesellschaft ebenfalls theologisch mit dem Auftrag der Kirche in der Welt. Brand (P6Br1986) warnte, wie schon in P2Br1980, besonders aufgrund der Rolle der Kirche im Dritten Reich vor einer vermeintlich (gesellschafts-)politischen Passivität. Iskraut (P5Isk1984) kritisierte über den Rückzug hinaus das völlige Desinteresse von ChristInnen gegenüber Staat und Gesellschaft oder die vollständige Anpassung und den damit einhergehenden Bedeutungsverlust des Glaubens. Ähnlich beschrieb Coblenz (P3Co1984) die Hinwendung der IsraelitInnen zu Ideologien als eine Art der Abwendung von Gott. Iskraut (P5Isk1984) machte in seinen Ausführungen deutlich, dass das Desinteresse und die vollständige Anpassung entweder dem Gebot der Nächstenliebe oder dem ersten Gebot widersprächen. Schon in P4Isk1981 hatte Iskraut, damals aber unter Bezugnahme auf das Verhalten der IsraelitInnen in Babylonischer Gefangenschaft, die verschiedenen Verhaltensweisen gegenüber dem Staat kritisch in den Blick genommen. Der KKL-Vorsitzende hatte sich 1981 ebenfalls dagegen ausgesprochen, dass ChristInnen sich dem gesellschaftspolitischen System völlig unterordnen.

Gemeinsam mit dem BEK forderten alle PredigerInnen im Umkehrschluss weiterhin die ChristInnen zur Übernahme von Verantwortung für ihre Lebensumwelt auf. Wie die KKL und ihr Vorsitzender im vorherigen Zeitabschnitt betonte die KKL 1985 unter Verweis auf das Versagen der Kirchen in der NS-Zeit: „Von dieser Erkenntnis her haben sich unsere Kirchen auf den Weg gemacht, unsere Gesellschaft als eine nach ihrem eigenen Selbstverständnis sozialistische Gesellschaft ernstzunehmen und als den von Gott gewiesenen Raum zur Bewährung des christlichen Zeugnisses und als von Gott geschenkte Chance für den Dienst des Evangeliums anzunehmen.“[764] Ganz im Sinne der *Kirche im Sozialismus* definierte die KKL 1986 erneut die DDR als Einsatzort des BEK sowie seiner Gliedkirchen und deren Mitglieder. Entsprechend der Argumentation des BEK wurden die ChristInnen in P4Br1984 und P6Meck1985 dazu aufgefordert, aus ihrer Hoffnung auf das Reich Gottes heraus im Sinne des eschatologischen Vorbehalts für das Leben in der Welt einzutreten. In Meckels Predigtausführungen (P6Meck1985) diente das Leben

[763] ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte. Anlage III. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA XVI und unsere Verantwortung für den Frieden. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 20.

[764] 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

Jesu Christi als Vorbild für den christlichen Einsatz in der Welt. Folglich sollten auch die ChristInnen durch die Änderung des eigenen Verhaltens, die Erniedrigung der eigenen Person unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile sowie durch die Übernahme der Schuld und Last der Mitmenschen Veränderungen bewirken. Die Anwesenden wurden des Beistandes Jesu Christi versichert.

Die PredigerInnen und der BEK zeigten den ChristInnen Möglichkeiten zur Realisierung des christlichen Einsatzes in der Gesellschaft auf.

Laut Iskraut (P5Isk1984) konnte der Einsatz in der Gesellschaft durch ein von Frieden und gegenseitiger Unterstützung geprägtes Miteinander der ChristInnen begünstigt werden. Er legte sogar die der Predigt zugrundeliegende Bibelstelle Hebr 10,24 so aus, dass sie stärker den Einsatz der ChristInnen für die Gesellschaft betonte. So beschrieb er einen von Achtsamkeit und gegenseitiger Motivation geprägten Umgang der ChristInnen untereinander als positiven Beitrag für die Gesellschaft. Der Kirchenvisitationsdienst, im Rahmen dessen die Predigt gehalten wurde, wurde als eine Art der gegenseitigen Fürsorge der ChristInnen beschrieben. Gemeinsam mit Rannenberg (P3Ra1986_87) hob Iskraut (P5Isk1984) die Bedeutung der Versammlung der ChristInnen im Gottesdienst zur Stärkung und Ausrichtung des Glaubens hervor. Diese Argumentation klang als Aspekt des Friedenseinsatzes auch in den Äußerungen des BEK an. So forderte er die ChristInnen unter anderem 1985 gemeinsam mit der EKD dazu auf: „Laßt uns nicht müde werden, auf das Wort der Heiligen Schrift zu hören, das uns das Kreuz von Golgatha als Gottes Friedenstat für seine Welt bezeugt. Wir wollen in unserem Alltag Boten des Friedens Gottes sein.“[765]

Darüber hinaus plädierte Brand (P6Br1986) – resultierend aus 1. Tim 2,2 – für das Gebet für die politisch Verantwortlichen. Theologisch begründete er dies mit der Gotteskindschaft aller Menschen. Der BEK hatte ebenfalls verschiedentlich zu Gebeten für politisch Verantwortliche aufgerufen.

Einen großen Raum nahm die offene Rede als Teil des gesellschafspolitischen Engagements der ChristInnen ein. Brand (P4Br1984) forderte die ZuhörerInnen dazu auf, Vorgänge in der Welt zu verfolgen, aus dem Glauben heraus kritisch zu hinterfragen, – im Einklang mit Iskraut (P5Isk1984) und dem BEK – problematische Aspekte in der Gesellschaft offen zu adressieren und Unwahrheiten aufzuklären. Dies beschrieb Brand (P4Br1984) als eine Daueraufgabe der ChristInnen, die nicht erst bei akuter Bedrohung griffe. Der BEK hatte – vor allem angesichts der bedrohlichen Lage in der Welt 1986 – zu einem offenen Bekenntnis der ChristInnen aufgerufen. Wie schon in P2Br1980 betonte Brand in P6Br1986, dass ChristInnen notwendigerweise politisch interessiert und informiert sein müssten, um das Gebet für die politisch Verantwortlichen und das politische Handeln angemessen praktizieren zu können. Ähnlich hatte der BEK es als Aufgabe der Kirchen beschrieben, durch Informationen Sprach- und Handlungsfähigkeit in politischen Fragen zu erlangen. Er dehnte den Aufruf zum Informiertsein nicht explizit auf die ChristInnen aus, es schwingt aber mit. Iskrauts (P5Isk1984) kritischer Verweis auf die verbreitete, ablehnende Haltung von ChristInnen gegenüber Politik auf der Kanzel hatte ähnlich auffordernden Charakter. Brand (P6Br1986) sprach sich unter Verweis auf Mt 10,18-19 für das offene Bekenntnis der ChristInnen vor staatlichen VertreterInnen unter Hinnahme von Nachteilen aus. Coblenz (P5Co1986) betonte unter

[765] Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 187; vgl. auch Wort an die Gemeinden zum Barmen-Gedenken 1984 vom 3. Mai 1984 in: aaO, 161.

Bezugnahme auf den Propheten Jesaja und dessen Mahnungen die Bedeutung kritischer Stimmen in der Gesellschaft. Er forderte die Anwesenden auf, wie der Prophet wachzurütteln und offen auf Gefahren hinzuweisen. Laut Brand (P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) sollte der Gehorsam gegenüber Gott dem gegenüber den Menschen vorgeordnet sein. Der BEK wollte vor allem dann kritisch Stellung nehmen, wenn das Verhalten des Staates das Leben gefährdete. Brand (P6Br1986) und Coblenz (P5Co1986) lasen die Aufforderung in 1. Tim 2,2 und Jes 30,15 zum Stillehalten nicht als Aufruf an die ChristInnen zur Zurückhaltung, sondern zum Innehalten und daraus resultierendem bedächtigen und besonnenen Handeln. Brand (P6Br1986) unterschied die ChristInnen mit ihrem stillen und besonnenen Verhalten wohlwollend von den Volksmassen, die lautstark den staatlichen Erwartungen entsprechend handelten. Aufgrund dieses Verhaltens wären die ChristInnen manchmal unbequem, jedoch nicht staatsfeindlich.

Müller (P2Mue1984) schätzte die Auswirkungen des christliches Engagements auf die Weltpolitik zwar gering ein, hoffte aber gemeinsam mit Meckel (P6Meck1985), mit dem Handeln auch andere zum Nachdenken anzuregen und zu Verhaltensänderungen zu animieren. Coblenz (P2Co1984) versprach sich von dem Einsatz der ChristInnen in der Welt das Abwenden von größerem Unheil. Die KKL hatte 1986 – vor allem hinsichtlich des Friedenseinsatzes – unterstrichen: „Der Frieden der Welt wächst mit der Friedensgesinnung vieler einzelner, und der Frieden der Welt braucht die Zeichen der Friedensgesinnung einzelner."[766]

3.19.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges

Der BEK nahm weiterhin Jahrestage zum Anlass, um sich zur deutschen Vergangenheit und deren Bedeutung für die Gegenwart zu äußern. Zum 50. Jahrestag der *Barmer Theologischen Erklärung* 1984 wandte sich der BEK an die Gemeinden; zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges 1985 brachte er gemeinsam mit der EKD erneut ein *Wort zum Frieden* heraus. Coblenz (P3Co1984) erörterte am Israelssonntag das Verhältnis des Juden- und Christentums sowie die Schuld- und Verantwortungsthematik; Brands (P5Br1985) Auseinandersetzung resultierte aus der Nähe zum 8. Mai 1985. Hinsichtlich der bezogenen Standpunkte gab es bei Coblenz (P3Co1984), Brand (P5Br1985) und dem BEK viele Gemeinsamkeiten. Alle sprachen über Schuld und Verantwortung in der Vergangenheit sowie deren Auswirkungen auf die Gegenwart. In den Predigten sowie den Äußerungen des BEK wurden alle deutschen ChristInnen bzw. alle Deutschen in der DDR und der BRD adressiert.

Coblenz (P3Co1984) betrieb ganz im Sinne der KKL in seiner Predigt Aufklärung zur Beziehung zwischen ChristInnen sowie Jüdinnen und Juden. Er identifizierte Jesus als Jude und stellte damit das Judentum als Ausgangspunkt des Christentums dar. Mit der Erwähnung der Ermordnung von Millionen Jüdinnen und Juden durch das deutsche Volk zeigte er die belastete Geschichte der Deutschen mit dem jüdischen Volk auf. Er sprach von der begrifflich nicht unproblematischen „kollektiven Schuld des deutschen Volkes"[767]. Indem er die Anschuldigungen als Fragen formulierte und die Involviertheit von sich

[766] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[767] P3Co1984.

und seinen eigenen VorfahrInnen betonte, zeigte er die enge Verbindung der Deutschen zu den TäterInnen auf. Gleichzeitig wurde die Anschuldigung dadurch etwas abgemildert.

Wie in Coblenz' (P3Co1984) und Brands (P5Br1985) Ausführungen nahm auch beim BEK die Mitschuld der Kirche am Holocaust großen Raum ein. Die KKL hatte diesbezüglich 1978 auf den fehlenden Widerstand, den ausgebliebenen Einsatz für zum Christentum konvertierte Jüdinnen und Juden sowie die eingestellte Fürbitte für das jüdische Volk verwiesen. Laut Coblenz (P3Co1984) hatte die Kirche durch die verbreitete Botschaft von der Schuld des jüdischen Volkes am Tod Jesu den Antisemitismus befeuert und religiös untermauert. Brand (P5Br1985) machte die Unterstützung des NS-Regimes durch die Kirche anhand des *Evangelischen Feldgesangbuches* deutlich und prangerte den Widerspruch der Inhalte des Gesangbuchs zum Evangelium an. Er verglich die Unterstützung des NS-Regimes bzw. den fehlenden Widerstand durch die ChristInnen mit dem Verrat an Jesus Christus.

Gleichzeitig erwähnte Coblenz (P3Co1984) – wie die KKL im Gedenken der Reichspogromnacht 1979 – auch ChristInnen und Deutsche, die sich für Jüdinnen und Juden verschiedentlich eingesetzt hätten. Biblisch untermauerte er seinen Aufruf zu Solidarität und Toleranz gegenüber dem Judentum mit dem Verweis auf das Verhalten der ersten ChristInnen gegenüber Jüdinnen und Juden. Auch wenn es schon in den Evangelien antijudaistische Tendenzen gab, hatte Coblenz an dieser Stelle im Besonderen den Römerbrief vor Augen.[768] Auch die KKL hatte 1978 dazu aufgefordert, den Jüdinnen und Juden sowie Andersdenkenden im Allgemeinen mit Respekt zu begegnen. Theologisch begründet wurde dies mit der Warnung vor der erneuten Versündigung am jüdischen Volk und dem Schutz der Würde der bzw. des Nächsten.

Coblenz (P3Co1984) warf in seinen Predigtausführungen die Frage auf, ob die Bedrohung des jüdischen Volkes im Laufe der Jahrhunderte, aber vor allem der Holocaust zu der „nicht unproblematischen Politik“[769] des Staates Israel beigetragen hätte. Eine ähnliche kritische Haltung zur Politik des Staates Israel nahm auch die KKL 1978 ein. Sie warnte aber davor, daraus erneut Antisemitismus erwachsen zu lassen. Mit dem Verweis auf die potentielle Mitschuld der Deutschen an dem politischen Handeln des Staates Israel schwächte Coblenz seine Kritik an der Politik des Staates Israel ab.

Brand (P5Br1985) nahm wie Iskraut in P1Isk1975 den Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges zum Anlass, um über die Gräueltaten des NS-Regimes und die Auswirkungen des Krieges nachzudenken. Dabei nahmen beide Prediger die Deutschen im Einklang mit dem BEK sowohl als Opfer und als auch als TäterInnen wahr. Bei Brand wurden die Todesopfer des 2. Weltkrieges unter den Deutschen und das daraus resultierende Leid für die Hinterbliebenen angesprochen. Brand und Iskraut wollten den Opferstatus der Deutschen aber nicht überbetonen. Wie Iskraut zählte Brand auch verschiedene weitere Opfergruppen des Krieges und des NS-Regimes auf, unter anderem das jüdische Volk. Iskraut wurde sowohl im Hinblick auf die Leiden der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges als auch im Hinblick auf die Opfergruppen konkreter. Brand (P5Br1985) kritisierte darüber hinaus die staatliche Begehung des 8. Mai in der DDR und zog Parallelen zwischen dem Verhalten der ChristInnen zur NS-Zeit und 1985. In beiden Fällen wurde die Gruppe der Widerständigen gegen das NS-Regime bzw. gegen Aufrüstung als sehr klein beschrieben. Iskraut und Brand beschrieben den 2. Weltkrieg als sinnlos. Brand verortete – wie BEK und

[768] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.
[769] P3Co1984.

EKD 1979 und 1985 – die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges ganz klar bei den Deutschen. Die beiden Prediger stellten Vermutungen darüber an, welche negativen Folgen eine weitere Ausbreitung des NS-Regimes auf ganz Europa oder die ganze Welt gehabt hätte. Dementsprechend definierten sie in Übereinstimmung mit dem BEK das Ende des Krieges als Gnadenakt. Brand und der BEK beschrieben das geteilte Deutschland und Europa als Folge des 2. Weltkrieges. Jesus Christus diente in Brands Ausführungen als Vorbild für Versöhnung zwischen Menschen und Völkern. Anders als Iskraut (P1Isk1975) und der BEK wollte Brand den *Tag der Befreiung* von ChristInnen rein positiv gewertet sehen. Dem BEK und den beiden Predigern war die Betonung des Befreiungsgedanken von Schuld durch die Rechtfertigung Jesu Christi gemein, um den Einsatz in der Welt zu ermöglichen. Auch Meckel (P6Meck1985) erwähnte den 8. Mai, wenn er hinsichtlich des Lebens in der Nachfolge Jesu Christi von der Übernahme der Last und Schuld anderer sprach.

Coblenz (P3Co1984), Brand (P5Br1985) und der BEK behandelten erneut ein Tabuthema in der DDR und positionierten sich diesbezüglich. Sie sahen eine existierende Schuld der Deutschen in der BRD und der DDR gegeben, jedoch formulierten sie den Vorwurf unterschiedlich intensiv. Wie Iskraut (P1Isk1975) zitierten Brand (P5Br1985) und der BEK gemeinsam mit der EKD das Stuttgarter Schuldbekenntnis. Der BEK und die EKD beschrieben es übereinstimmend mit Brand 1985 als weiterhin aktuell. Brand machte dies durch die Umformulierung des Schuldbekenntnisses für die Gegenwart der ZuhörerInnen deutlich. Im Zuge dessen identifizierte er als Grund für die bestehende Schuld die fehlende Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit. Die KKL begründete ihre Aufforderung zur Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit 1984 mit deren vorhandenem Einfluss auf die Gegenwart. Sie betonte 1984 zwar: „In den vergangenen Jahrzehnten ist auch in den Kirchen oft die deutsche Schuld gegenüber den Völkern Europas, insbesondere gegenüber denen der Sowjetunion, Polens und gegenüber den Juden, verdrängt und ausgeblendet worden.“[770] Im Gegensatz zu den Äußerungen des BEK 1975 wurde dieser Vorwurf im *Wort zum Frieden* 1985 jedoch weniger forsch formuliert. Die KKL sprach 1985 sogar von einer allgemeinen Erkenntnis der Schuld sowie einer zunehmend eigenständigen Auseinandersetzung mit der Thematik in Kirchen und Gemeinden. Deshalb sah man von einer Predigthilfe, wie sie 1975 angeboten worden war, ab.

Die Mitschuld der Kirche und der ChristInnen an Antisemitismus und Massenmord diente für die KKL 1985 und Brand in P6Br1986 als ein Argument für kirchliches und christliches (gesellschafts-)politisches Engagement in der DDR. Die aus der Schuld und der Rechtfertigung erwachsene Verantwortung für die Gegenwart wurde von Brand (P5Br1985) und vom BEK 1985 auf den Friedenseinsatz bezogen. Aufgrund der deutschen Vergangenheit sprachen der BEK und die EKD schon in den Jahren 1975 und 1979 von einer besonderen Verantwortung der Deutschen für den Frieden in Europa. Coblenz (P3Co1984) forderte ebenfalls zum Engagement der ChristInnen für den Frieden auf. Seine Handlungsaufforderung resultierte aber weniger aus der Auseinandersetzung mit der Mitschuld der Deutschen. Vielmehr dienten das Verhalten des jüdischen Volkes und seine Geschichte sowie die Zerstörung des ersten Tempels in Jerusalem als

[770] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

Beispiel dafür, welches Unheil aus dem Ungehorsam gegenüber Gott resultieren kann. Die ChristInnen sollten im Sinne Gottes handeln, um eine Zerstörung der Welt – die Darstellung der Zerstörung des ersten Tempels wird auf die Zerstörung der Welt übertragen – abzuwenden.

3.19.8 Staat-Kirche-Verhältnis

Während das Staat-Kirche-Verhältnis in den Predigten des vorherigen Zeitabschnitts nur unterschwellig mitschwang, ging in P4Co1984, P5Isk1984 und P6Br1986 mit der Thematisierung des Verhaltens von ChristInnen zum Staat die Beschäftigung mit dem Staat-Kirche-Verhältnis einher. Coblenz (P4Co1984) und Iskraut (P5Isk1984) nahmen wie die KKL und die Bundessynode den 35. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1984 zum Anlass für die Auseinandersetzung mit dem Staat-Kirche-Verhältnis. Brand (P6Br1986) behandelte aufgrund der anstehenden Volkskammerwahlen 1986 die Aufgaben, die einem Staat zukommen, und erörterte die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft der DDR.

Coblenz (P4Co1984) und Iskraut (P5Isk1984) zeichneten im Einklang mit der KKL die Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR hin zu stabileren Beziehungen nach. Während die KKL und Iskraut (P5Isk1984) nur andeuteten, dass das Verhältnis von Staat und Kirche in der Vergangenheit schwierig war, verwies Coblenz (P4Co1984) explizit auf das vehemente staatliche Vorgehen gegen die Junge Gemeinde und die Kirche auch durch die Einführung der Jugendweihe in den 1950er Jahren. Gleichzeitig berichtete er von den Schwierigkeiten der Kirche, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Damit lokalisierte Coblenz gemeinsam mit der KKL die Verantwortung für die anfangs schwierigen Verhältnisse bei Staat und Kirche.

Coblenz (P4Co1984), Iskraut (P5Isk1984) und die KKL wiesen, die Gesprächskultur zwischen Staat und Kirche betreffend, auf die mittlerweile bestehenden Möglichkeiten der ChristInnen in der Interaktion mit dem Staat hin. Coblenz (P4Co1984) führte beispielhaft zwei Gespräche zwischen kirchlichen VertreterInnen sowie dem Rat des Kreises und dem Bürgermeister in der Woche vor dem 7. Oktober an, bei denen er anwesend war. Somit bewerteten Iskraut und Coblenz die Weiterentwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses, auch im Bezug auf die Gesprächskultur, positiv. Sie deuteten aber an, dass die Kommunikation zwischen Kirche und Staat weiterhin schwierig war, und waren hinsichtlich einer generell positiven Einschätzung des gegenwärtigen Staat-Kirche-Verhältnisses vorsichtig. So scheute Coblenz (P4Co1984) davor zurück, das Verhältnis als auf Vertrauen und Geduld basierend zu beschreiben. Auf Rückfragen zu den Inhalten der beiden erwähnten Gespräche betonte Coblenz, dass der Rat des Kreises und der Bürgermeister nicht mit den kirchlichen VertreterInnen in einen Dialog traten. Die staatlichen VertreterInnen hätten die kirchlichen VertreterInnen lediglich auf den Sozialismus eingeschworen.[771] Die KKL hingegen bewertete das Staat-Kirche-Verhältnis öffentlich insgesamt positiv. Sie würdigte den extensiven Einsatz von VertreterInnen von Staat und Gesellschaft für ein besseres Staat-Kirche-Verhältnis. Bestehende Probleme sollten gemeinsam einer Lösung zugeführt werden. 1984 sprach sie von einem „Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche“[772], was innerkirchlich kontroverse Diskussionen auslöste. Auch Coblenz' und

[771] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[772] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 69.

Iskrauts Ausführungen spiegeln eine gewisse Skepsis diesbezüglich wider.

Brand (P6Br1986) wies im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre dem Staat die Aufgaben der Versorgung und des Schutzes seiner BürgerInnen zu. Erlösung könnte aber nicht von ihm ausgehen. Zur Untermauerung zitierte Brand (P6Br1986) eine Regierungserklärung des ehemaligen Bundeskanzlers der BRD, Helmut Schmidt. Damit zeigte er dem Staat seine Grenzen auf. Die ChristInnen sollten die Regierungen in Bezug darauf bewerten, ob sie diese Aufgaben erfüllten. Zuwiderhandlungen sollten angeprangert werden. Diesen Standpunkt hatte der BEK schon 1981 eingenommen; er wurde im Herbst 1986 von der KKL und dem *ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen* wiederholt.

3.19.9 Medienlenkung

Wie Iskraut (P2Isk1978) im vorherigen Zeitabschnitt bezog sich Müller (P1Mue1984) in ihren Predigtausführungen anlässlich des Erntedankfestes auf Inhalte der Zeitung, um sich anschließend aus christlich-theologischer Perspektive mit ihnen auseinanderzusetzen. Sie zitierte Sätze aus einem Artikel des *Neuen Deutschlands* zu Ernteerfolgen in der DDR. Ähnlich wie Iskraut hatte Müller nach eigenen Angaben diese „bestimmt mit einer gewissen Ironie gelesen."[773] Indem sie den Artikel sarkastisch als Beweis für die reiche Ernte im Jahr 1984 heranzog, schwang der Aspekt der Medienlenkung unterschwellig mit. Das Hauptaugenmerk ihrer Auseinandersetzung mit dem Artikel lag aber auf dem darin propagierten sozialistischen Menschenbild.

Auch in Brands Predigt P6Br1986 wurde das Wissen um die Medienlenkung in der DDR deutlich, wenn er im Mai 1986 die Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Volkskammerwahlen im Juni mit 99% voraussagte.

Rannenberg (P3Ra1986_87) hingegen zählte in seinem Jahresrückbilck verschiedene in den Zeitungen erwähnte Ereignisse des Jahres 1986 auf, ohne sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Vielmehr ordnete er sie den vier Kategorien Hoffnungen, Enttäuschungen, Katastrophen und Erfolge zu.

Der BEK thematisierte die Medienpolitik der DDR in der Auseinandersetzung mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl und – wie schon die Bundessynode 1980 – mit der Umweltverschmutzung in der DDR. Anders als die PredigerInnen, die die Medienlenkung im Allgemeinen anprangerten, kritisierte der BEK in diesen Zusammenhängen gegenüber dem Staat explizit die Zurückhaltung von Informationen und die Verbreitung von Fehlinformationen an die BürgerInnen der DDR.

3.19.10 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

Auch in den Jahren 1984 bis 1986 setzten die PredigerInnen ihre kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialismus im Allgemeinen, der Ablehnung der Religion, dem sozialistischen Menschenbild und der Staatssicherheit fort. Der BEK nahm nur kurz zur Abschaffung der Religion Stellung.

Wie schon in P1Br1979 äußerte sich Brand auch in P6Br1986 kritisch zur Ideologie des Sozialismus. Er bezeichnete sie als respektable, aber menschliche Erfindung. Er unterstellte den SozialistInnen gute Absichten hinsichtlich der Ablehnung von Religion, widersprach aber Marx' Standpunkt, dass die

[773] Anmerkungen Müllers zu P1Mue1984 (13.09.2016), Privatarchiv Lührmann.

Religion Unterdrückung von Menschen verursachte und rechtfertigte. Vielmehr bedeutete ein Leben im Glauben, anders als viele DDR-BürgerInnen, ehrlich und verlässlich zu leben und zu handeln. Im Zuge seiner Ausführungen kritisierte er in P4Br1984 und P6Br1986 auch das Versprechen des Sozialismus, dass der Mensch befähigt würde, sich selbst von Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu befreien, d.h. in gewisser Weise zu erlösen. Brand bezeichnete dieses Versprechen als unrealistisch. Dies überschritte die Möglichkeiten einer Regierung bzw. eines politischen Systems.

Wie Iskraut und Brand im vorherigen Zeitabschnitt verwiesen auch Coblenz (P4Co1984) und Brand (P6Br1986) auf die allgemeine Ablehnung und Intention der Abschaffung der Religion durch den Sozialismus. Coblenz (P4Co1984) macht dies anhand des staatlichen Vorgehens in der DDR gegen die Kirche in den 1950er Jahren deutlich. Darüber hinaus stellte er implizit Parallelen zwischen den AdressatInnen des Hebräerbriefes und den ChristInnen in der DDR her, die beide in Bedrängnis in einem Staat existierten, der das Christentum bekämpfte und abschaffen wollte. Die KKL beschrieb es 1984 als Erkenntnis der letzten Jahre, dass der Staat der DDR die Abschaffung der Kirche nicht forciert.

Die staatliche Ablehnung von Religion klang auch in der Erntedankpredigt von Müller (P1Mue1984) aus dem Jahr 1984 an, wenn sie – wie schon Iskraut in P2Isk1978 – sich kritisch mit dem sozialistischen Menschenbild und der diesem innenwohnenden Ablehnung eines Schöpfergottes auseinandersetzte. Aufgrund des Erntedankfestes zeigte sie diese Aspekte anhand der staatlichen Darstellung und Bewertung der Ernte des Jahres 1984 auf. Im Sozialismus wurde der Mensch selbst als Schöpfer seiner Lebensumwelt verstanden. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sah man als allein abhängig von den Fähigkeiten der Bäuerinnen und Bauern sowie der von Menschen entwickelten technischen Ausstattung an. Wie Brand (P3Br1982) widerlegte Müller (P1Mue1984) diese Einschätzung, indem sie die Naturgesetze als wichtige, aber außerhalb der Macht der Menschen liegende Faktoren für die Ernte beschrieb. Müller erklärte die Geschöpfe damit als abhängig vom Schöpfer. Dessen anhaltende Fürsorge für die Schöpfung im Sinne der *creatio continua* wurde an der reichen Ernte erkennbar. Die göttliche Fürsorge ging aber über die des leiblichen Wohls sowie die Grenzen des Todes hinaus. Die Anwesenden wurden in P1Mue1984 und P2Mue1984 somit der universalen göttlichen Fürsorge vergewissert.

In P5Isk1984 thematisierte Iskraut implizit die Bespitzelung der Staatssicherheit in der DDR-Gesellschaft und widersprach der Einschätzung, dies könnte als eine Art der gegenseitigen Fürsorge gewertet werden. Schon in P4Isk1981 war der Begriff des „Spitzel[s]“[774] in der Auseinandersetzung mit der Situation der IsraelitInnen in der Babylonischen Gefangenschaft gefallen.

Über die schon in den Vorjahren angeklungenen Aspekte des Sozialismus hinaus wurden das Konzept der sozialistischen Wohngemeinschaft, die SED sowie die propagierte Freundschaft zu den sozialistischen Staaten in den Blick genommen.

Mit dem in P5Isk1984 thematisierten Konzept der sozialistischen Wohngemeinschaft verfolgte der SED-Staat das Ziel, die Kollektivierung der BürgerInnen auch im Wohnen und in der Freizeit voranzutreiben. Dies sollte zur Ausbildung eines sozialistischen Lebensstils und einer sozialistischen Persönlichkeit der bzw. des Einzelnen beitragen. Die großen Wohnblöcke führten aber, wie von Iskraut dargestellt, viel-

[774] P4Isk1981.

mehr zu einer Anonymisierung der Einzelpersonen und steigerten das Gemeinschaftsgefühl nicht. Viele Menschen entzogen sich durch den Rückzug ins Private den Plänen des Staates, auch die Freizeit im Sinne des Sozialismus zu organisieren und zu gestalten. Offen verwies Iskraut auf die Defizite der sozialistischen Wohngemeinschaft, wie fehlender Zusammenhalt und Fürsorge, die den staatlichen Zielen entgegenstanden. Der Prediger erhoffte sich eine positive Auswirkung der Einbindung christlicher Werte in das sozialistische Miteinander.

Iskraut (P5Isk1984) und Brand (P6Br1986) nahmen die SED in den Blick und sprachen vom Gebot der Stunde, dass die SED stetig neu formulierte, und von der „Einheitspartei [...], wo einheitlich vorgedacht wird, was einheitlich nachzudenken ist.“[775] Sie stellten dieser stetigen Neuformulierung sowie den vorgegebenen Denkweisen die Beständigkeit des christliches Lebensstils sowie die Freiheit des christlichen Denkens gegenüber.

Iskraut (P5Isk1984), Brand (P5Br1985, P6Br1986) und Coblenz (P3Co1984) setzten der beworbenen Freundschaft der DDR mit den sozialistischen Staaten die Grenzenlosigkeit der Liebe Gottes für alle Menschen, des Vertrauens und des Gebets sowie die globale Einheit der Christenheit und die Gotteskindschaft aller Menschen entgegen. Iskraut (P5Isk1984) beanstandete die mit der Einteilung der Welt in Freund und Feind einhergehende Propaganda. Der BEK und Brand (P5Br1985) hatten sich ebenfalls gegen die Verbreitung verzerrter Informationen ausgesprochen, die gegegenseitiges Misstrauen stärken. In diesem Zusammenhang wurde auch implizit die innerdeutsche Grenze thematisiert, denn Iskraut (P5Isk1984) beschrieb dies als automatische Assoziation der DDR-BürgerInnen mit dem Begriff der Grenze.

In der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialismus zeigten die PredigerInnen Unterschiede zwischen der sozialistischen und der christlichen Weltanschauung auf. Allgemein betonten sie den Mehrwert des Lebens aus dem Glauben sowie der christlichen Weltanschauung und Wertevorstellungen für das Individuum sowie für das gesellschaftliche und internationale Miteinander. Damit ging teilweise implizit, teilweise explizit die Aufforderung an die Gläubigen einher, an ihrem Glauben festzuhalten, diesen offen auszuleben und die Gesellschaft damit zu bereichern.

3.19.11 Wahlen in der DDR

Brand setzte sich in P6Br1986 mit den im Juni 1986 angestehenden Volkskammerwahlen auseinander, ein Thema, dass vom BEK in den Jahren 1984 bis 1986 nicht adressiert wurde.

Mit dem Verweis auf das bereits vorab vorhersagbare Wahlergebnis von 99% für die Einheitsliste machte er das Wissen um Wahlfälschung in der DDR deutlich. Laut Brand erfüllten die meisten ChristInnen die staatlichen Erwartungen, an der Wahl teilzunehmen. Er machte in seinen Predigtausführungen darauf aufmerksam, dass man mit der Teilnahme seine Unterstützung des SED-Regimes ausdrückte. Häufig wäre die Menschenfurcht, d.h. die Angst vor persönlichen Nachteilen, der Grund für die Wahlteilnahme. Brand machte keine Vorgaben für das Verhalten der ChristInnen bei den Volkskammerwahlen. Dies begründete er damit, dass je nach Glaubesauslebung die Meinung und das Handeln unterschiedlich ausfallen könnten. Im Zuge der Gesamtausführungen forderte er aber die ChristInnen dazu auf zu prüfen, ob Gottes-

[775] P6Br1986.

oder Menschenfurcht ihr Handeln im Hinblick auf die Wahl leitete. Bei der Teilnahme aufgrund von Menschenfurcht sollte das Verhalten angepasst werden.

Kapitel 4

1987-1989

Die Jahre 1987 bis 1989 waren auf internationaler Ebene von Entspannung geprägt. Die Abrüstungsverhandlungen mündeten 1987 in der Unterzeichnung des INF-Vertrages. Darüber hinaus signalisierte man Bereitschaft, auch für andere Bereiche konkrete Abrüstungsvereinbarungen anzustreben.

Innerhalb der DDR-Gesellschaft hingegen nahmen die Spannungen zu. Die ablehnende Haltung der BürgerInnen zum Staat der DDR wurden durch die staatlichen Reaktionen auf den Nachweis des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 sowie die zunehmenden Ausreiseanträge und illegalen Ausreisen über das sozialistische Ausland befördert. Die Reformbestrebungen Gorbatschows und die daraus resultierenden Entwicklungen in anderen Staaten des Ostblocks weckten den Wunsch nach gesellschaftspolitischen Veränderungen in der DDR und führten zur Erstarkung der Bürgerrechtsbewegungen. Aufgrund ihrer fehlenden Reformbereitschaft geriet die DDR auch innerhalb der Warschauer Vertragsstaaten ins Abseits und durch den Fokus des Wiener Folgetreffens auf Menschenrechte außenpolitisch unter Druck. Die innenpolitischen Entwicklungen führten im November 1989 zur Öffnung der Mauer.

4.1 KSZE-Folgetreffen in Wien

Von 1986 bis 1989 fand das letzte KSZE-Folgetreffen vor dem Ende der DDR statt. Das Thema Menschenrechte nahm beim Wiener KSZE-Folgetreffen einen großen Raum ein. Im Abschlussdokument wurden hinsichtlich der Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte Defizite festgestellt, ohne dass jedoch präzisiert wurde, welche Staaten und welche Menschenrechte genau davon betroffen waren.[1] Neben der Sowjetunion, die hinsichtlich der Menschenrechte mehr und mehr Zugeständnisse machte und sie im eigenen Land verwirklichte, signalisierten immer mehr Staaten des Warschauer Vertrages im Laufe der

[1] Vgl. Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 130. Bei der Unterzeichnung des Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrages hatte der US-Präsident Ronald Reagan hinsichtlich der Umsetzung der Menschenrechte in der UdSSR starke Defizite gesehen. (Vgl. Address to the American and Soviet Peoples on the Soviet-United States Summit Meeting, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-american-and-soviet-peoples-soviet-united-states-summit-meeting (26.01.2021).)

Verhandlungen ihre Bereitschaft zu Reformen in diesem Bereich. Lediglich die CSSR, die VR Ungarn, die DDR und die VR Rumänien widersetzten sich dieser Öffnung. Dies führte zu einem Auseinanderdriften der Warschauer Vertragsstaaten; die DDR und die anderen abweichenden Staaten standen aufgrund ihrer Haltung unter zunehmendem internationalen Druck.[2]

4.1.1 Inhalte des Abschlussdokuments

Im Abschlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens bekräftigten die Teilnehmerstaaten erneut ihren konsequenten Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Allgemeinen und beschrieben diese als „wesentliche[n] Faktor für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit“[3]. Sie verpflichteten sich, diese in ihre Gesetzgebung einfließen zu lassen, den BürgerInnen den Einsatz für Menschenrechte zu gestatten und ihnen rechtliche Mittel sowie unabhängige Gerichte zum Einfordern von Menschenrechten und Grundfreiheiten zur Verfügung zu stellen. Daraus sollten keine Nachteile für die Person selbst oder deren Angehörige erwachsen. Man vereinbarte den Austausch von Informationen zur Situation der Menschenrechte im eigenen Land sowie gegenseitige Kontrollen. Um die Verwirklichung von Menschenrechten und Grundfreiheiten auch zukünftig weiter voranzutreiben, wurde eine dreiteilige *Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE* anberaumt.[4] Das erste Treffen in Paris im Sommer 1989 ging ohne ein Abkommen zu Ende.[5]

Die Teilnehmerstaaten setzten sich mit bestimmten Menschenrechten im Detail auseinander und konkretisierten diese. Besonders die Themen Reise und Ausreise wurden exzessiv diskutiert, und man verpflichtete sich zu Erleichterungen in beiden Bereichen. Reisegesuche sollten im Allgemeinen schneller bearbeitet werden sowie sich durch ein transparenteres Vorgehen und eine liberalere Beurteilung auszeichnen. Die Reisegesetze der einzelnen Staaten sollten die unterzeichneten Verpflichtungen widerspiegeln, den BürgerInnen zugänglich gemacht und hinsichtlich ihrer rechtmäßigen Umsetzung regelmäßig überprüft werden.[6] Im Hinblick auf die Religionsfreiheit versprachen die Teilnehmerstaaten, dass aus der

[2]Vgl. Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 1. Information zum Stand der Arbeit auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 181f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, BArch DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 18ff, 24, 26f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm (23.09.2020); Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 8, 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 61; MfS-Dienstanweisung 2/88 vom 10. Dezember 1988 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 213; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 298; Radio Address to the Nation Following the Soviet-United States Summit Meeting, December 12, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-following-soviet-united-states-summit-meeting (26.01.2021); SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 88; ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 93f, 96; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 64f, 75f; WENTKER: Außenpolitik, 550f.

[3]Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 132; vgl. auch aaO, 130, 133.

[4]Vgl. aaO, 132f, 135, 153f, 170f.

[5]Vgl. Pariser Treffen über menschliche Dimension der KSZE beendet in: NEUES DEUTSCHLAND, 24./25. Juni 1989, 11.

[6]Vgl. Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über

Religionszugehörigkeit keinerlei Benachteiligung – auch nicht im Bildungsbereich – erwachsen sollte. Man einigte sich darauf, „die Freiheit der Eltern [zu] achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen“[7]. Des Weiteren wurde den Religionsgemeinschaften das Recht zur Erteilung von Religionsunterricht, die Möglichkeit der Mitwirkung am gesellschaftlichen Dialog sowie die Gelegenheit internationaler Kontakte und Begegnungen mit VertreterInnen und Mitgliedern ihrer Religionsgemeinschaft zugesichert. Zur Stärkung der Pressefreiheit wollten die Signatarstaaten auf Einschränkungen der Pressearbeit im eigenen Land verzichten.[8]

Neben den eingegangenen Verpflichtungen zur Realisierung der Menschenrechte beschlossen die Signatarstaaten eine intensive Zusammenarbeit hinsichtlich des Umweltschutzes. Sie vereinbarten den Informationsaustausch von Umweltdaten, wissenschaftlichen Entwicklungen auf ökologischem Gebiet und Erkenntnissen zu negativen Umwelteinflüssen. Des Weiteren bekräftigten sie, wie schon im Schwefelprotokoll 1985, die Notwendigkeit der weiteren Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes und weiteten dies auf Stickstoffe und Emissionen anderer Art aus.[9] Zu diesem Zweck sollte „das Programm über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)“[10] weiterentwickelt werden. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch dem gemeinsamen Schutz der Gewässer und der Ozonschicht geschenkt.[11]

Hinsichtlich des Einsatzes für den Umweltschutz wurde die Bedeutung von UmweltaktivistInnen und nichtstaatlichen Institutionen für die Umweltbildung gewürdigt; ihr Recht auf Mitsprache sollte ausgebaut werden.[12] Maßnahmen zum Umweltschutz sollten sich in der Gesetzgebung der Signatarstaaten niederschlagen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten – „den jeweligen Entwicklungstand sowie wirtschaftliche und technische Zwänge“[13] berücksichtigend – realisiert werden. Für Oktober/November 1989 wurde ein Umweltschutztreffen in Sofia vereinbart.[14]

Im Hinblick auf die Stärkung von Sicherheit und Vertrauensbildung würdigten die Teilnehmerstaaten des KSZE-Folgetreffens in Wien die Errungenschaften der KVAE und sicherten ihren weiteren Einsatz für deren Verwirklichung zu. Darüber hinaus vereinbarten sie zwei gesonderte Verhandlungen: 1. zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und 2. zum Abbau konventioneller Streitkräfte in

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 146ff.

[7] AaO, 134.

[8] Vgl. aaO, 134, 149, 150ff.

[9] Vgl. aaO, 139, 141ff; Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on the Reduction of Sulphur Emissions or their Transboundary Fluxes by at least 30 per cent. Helsinki, 8 July 1985, Article 2, https://treaties.un.org/doc/Treaties/1987/09/19870902%2005-03%20PM/Ch_XXVII_01_bp.pdf (02.11.2018).

[10] Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 142.

[11] Vgl. aaO, 142f.

[12] Vgl. aaO, 143.

[13] AaO, 142.

[14] Vgl. aaO, 164.

Europa.[15] Die Signatarstaaten unterstrichen die allgemeine Bedeutung des KSZE-Prozesses „bei der Stärkung des Vertrauens, der Eröffnung neuer Wege der Zusammenarbeit, der Förderung der Achtung und damit der Festigung der internationalen Sicherheit."[16] Sie verpflichteten sich erneut zur umfassenden Verwirklichung der Bestimmungen des KSZE-Prozesses auf nationaler und internationaler Ebene.[17]

4.1.2 Die DDR und ihre Haltung zum KSZE-Folgetreffen in Wien

Aufgrund der ablehnenden Haltung der DDR zu menschenrechtlichen Erleichterungen hatte die DDR in Vorbereitung auf die Wiener Konferenz für sich festgelegt, „sich auf Abrüstungs- und Sicherheitsfragen [zu] konzentrieren, eventuell in der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West Fortschritte [zu] erzielen, in Menschenrechtsfragen aber möglichst keine Zugeständnisse [zu] machen"[18]. Besonders ablehnend stand man einer Kontrolle der Umsetzung der Menschenrechte durch die internationale Gemeinschaft, allgemeinen menschenrechtlichen Zusagen, der Stärkung nicht-staatlicher Organisationen und der Abschaffung des Mindestumtauschs gegenüber.[19]

Die DDR unterschrieb das Abschlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens nur, um nach eigenen Angaben die „Fortführung der sozialistischen Friedensoffensive"[20] nicht zu gefährden und sich nicht konträr zur Mehrheit der Warschauer Vertragsstaaten zu positionieren.[21] Entsprechend den Festlegungen der

[15] Diese werden im Abschnitt *4.2.2 Friedens- und Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses* näher beleuchtet. Vgl. HARTMANN u.a.: Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, 17; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 137; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 73.

[16] Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 129.

[17] Vgl. auch aaO, 129ff.

[18] WENTKER: Außenpolitik, 550; vgl. auch Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 5ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 1. Information zum Stand der Arbeit auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 182, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020).

[19] Vgl. Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 1. Information zum Stand der Arbeit auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 181f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 2. Veränderungen zur Direktive für das Auftreten der DDR-Delegation in der Redaktionsphase des Wiener Folgetreffens der Teilnehmerstaaten der KSZE für die Bereiche Menschenrechte und humanitäre Fragen vom 9. Oktober 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 184f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 3. Diektive für das Auftreten der DDR-Delegation auf dem Wiener KSZE-Treffen in der Redaktionsphase für die Bereiche Menschenrechte/humanitäre Fragen, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 189ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 20 zum Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Veränderung zur Direktive der DDR-Delegation auf dem Wiener Treffen, BArch DY 30/J IV 2/2/2282, Bl. 37, 39, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2282/index.htm (23.09.2020).

[20] Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 8, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020).

[21] Vgl. Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. An-

DDR vor Beginn der Wiener Konferenz betonte der Außenminister der DDR, Oskar Fischer, in seiner Rede zum Ende des KSZE-Folgetreffens vor allem die Bedeutung des Abbaus von internationalen Spannungen und der Kooperation in Wirtschaft, Umwelt und Wissenschaft. Sehr deutlich pochte er auf das „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“[22]. Im Hinblick auf die Menschenrechte hieß es nur: „Die Menschenrechte sind bei uns verwirklicht.“[23]

Nach Abschluss des Wiener KSZE-Folgetreffens prognostizierten die politisch Verantwortlichen der DDR zunehmende Kritik der westlichen Staaten an der Realisierung der Menschenrechte in der DDR. Zusätzlich erwartete Erich Mielke eine vermehrte Einflussnahme westlicher Staaten zur Stärkung antisozialistischer Gruppen in der DDR.[24] Deshalb müsste es zur Überarbeitung von Gesetzen, Verordnungen und Verfahrensweisen sowie gezielterem Vorgehen des MfS gegen systemkritische Gruppen kommen, um „vom Gegner beabsichtigte 'Einbrüche' rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu unterbinden.“[25] Die geforderte Abschaffung des Mindestumtausches lehnte er ab. Er beschrieb die Einnahmen für die DDR als unentbehrlich.[26]

Am 9. November 1989 betonte Egon Krenz im Hinblick auf den KSZE-Prozess: „Die DDR wirkt weiterhin aus aktiver Teilnehmer am KSZE-Prozeß mit. Dafür gelten die Verpflichtungen im eigenen Lande ebenso wie in den Beziehungen mit allen an diesem Prozeß beteiligten Partnern. Für uns sind Völkerrecht und innerstaatliches Recht kein Gegensatz.“[27]

---

lage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 2. Veränderungen zur Direktive für das Auftreten der DDR-Delegation in der Redaktionsphase des Wiener Folgetreffens der Teilnehmerstaaten der KSZE für die Bereiche Menschenrechte und humanitäre Fragen vom 9. Oktober 1987, DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 183, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 19 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 10.5.1988. Anlage Nr. 17 zum Protokoll Nr. 19 vom 10. Mai 1988. Anlage 1. Information, DY 30/J IV 2/2/2272-2273, Bl. 28, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2273/index.htm (23.09.2020); Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020).

[22] Rede des Außenministers der DDR, Oskar Fischer zum Abschluß des III. KSZE-Folgetreffens in Wien, am 19. Januar 1989 (Auszüge) in: AUSWÄRTIGES AMT (Hg.): Dokumente zum KSZE-Prozeß, 449; vgl. auch Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 19f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm (23.09.2020).

[23] Rede des Außenministers der DDR, Oskar Fischer zum Abschluß des III. KSZE-Folgetreffens in Wien, am 19. Januar 1989 (Auszüge) in: AUSWÄRTIGES AMT (Hg.): Dokumente zum KSZE-Prozeß, 450; vgl. auch aaO, 449ff; vgl. auch Konstruktives Wirken für umfassende Verwirklichung aller Menschenrechte in: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Juni 1989, 5.

[24] Vgl. Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 20, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm (23.09.2020); Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 12f, 15f, 17, 31f, 44ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020).

[25] Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 38, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); vgl. auch aaO, 32f, 41.

[26] Vgl. aaO, Bl. 35.

[27] In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 6.

4.1.3 Bewertung des KSZE-Folgetreffens von Wien durch den BEK

Der BEK wurde schon im Vorfeld des KSZE-Folgetreffens aktiv und forderte in der Auseinandersetzung mit staatlichen VertreterInnen von ihnen „alles zu tun, um zu konstruktiven Ergebnissen zu kommen, die für die Menschen erfahrbar werden.“[28] Auch während des KSZE-Folgetreffens suchte er das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen.[29] Fortschritte erhoffte sich der BEK sowohl hinsichtlich Frieden und Abrüstung als auch hinsichtlich der Realisierung der Menschenrechte.[30] Den gesamten KSZE-Prozess bezeichnete die KKL weiterhin als „Zeichen der Hoffnung“[31].

Das Abschlussdokument von Wien wertete die KKL als Fortsetzung der in der *Schlussakte von Helsinki* gesteckten Ziele.[32] Man honorierte besonders „die grundlegende Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zur Achtung der Menschenrechte und für humanitäre Fragen“[33] an. Die KKL hoffte darauf, „daß die Bemühungen um menschliche Erleichterungen [in der DDR], wie sie in den letzten eineinhalb Jahrzehnten erfahrbar wurden, konkret und kontinuierlich fortgesetzt werden.“[34] Welche Erleichterungen gemeint waren, spezifizierte sie nicht. Die KKL und die *Ökumenische Versammlung* in der DDR sahen durch den KSZE-Prozess im Besonderen Frieden, Sicherheit und Vertrauensbildung vorangetrieben.[35] Die KKL wollte diesen Prozess weiter unterstützen und deklarierte dies als „eine wichtige Aufgabe aller Kirchen in Europa“[36]. Die von der *Konferenz Europäischer Kirchen* (KEK) und dem *Rat der europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE) im Rahmen des Konziliaren Prozesses veranstaltete *Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“* in Basel sollte einen positiven Beitrag dazu leisten.[37] Angestrebte Gespräche des BEK mit staatlichen VertreterInnen zu humanitären Fragen nach dem Abschluss des

[28] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[29] Arbeitsbericht 1986/87 in: aaO, 52.

[30] Vgl. Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 230; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 27. Die Bundessynode hatte 1986 ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass das in Bern diskutierte Thema der Erleichterung menschlicher Begegnungen in das KSZE-Folgetreffen in Wien einfließt. (Vgl. ebd.)

[31] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 325; vgl. auch Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: aaO, 281.

[32] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 325.

[33] Ebd; vgl. auch Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 47.

[34] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 325.

[35] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 46, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 325.

[36] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 326; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8.

[37] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 326.

Wiener KSZE-Folgetreffens wurden von staatlicher Seite abgesagt.[38]

4.2 Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen

Auf bilateraler Ebene wurden die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR fortgesetzt. Darüber hinaus wurden auch im Rahmen des KSZE-Prozesses die Themen Frieden und Abrüstung weiter erörtert. Gesondert fanden ab März 1989 *Verhandlungen zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen* und *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* statt. Darüber hinaus wurde 1988 die dritte UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung abgehalten.

4.2.1 Unterzeichnung des Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrages

Gorbatschow schlug aufgrund stockender Verhandlungen und Schwierigkeiten der Einigung im Februar 1987 vor, die verschiedenen Verhandlungsaspekte, wie die INF, den *Strategic Arms Reduction Treaty* (START) und die *Strategic Defense Initiative* (SDI) voneinander zu trennen und zunächst eine Einigung hinsichtlich INF zu erzielen, da diesbezüglich bereits der größte Konsens bestand. Verhandlungen zu anderen Waffenarten und Abrüstungsschritten sollten folgen.[39]

Am 22. Juli 1987 äußerte Gorbatschow die Bereitschaft der UdSSR, „alle ihre Mittelstreckenraketen zu vernichten [...]. Vorausgesetzt natürlich, daß die USA Gleiches tun. [...] Kurzum, die Sowjetunion ist zu einer 'globalen doppelten Null-Lösung' bereit."[40] Am 29. Mai 1987 veröffentlichten die Warschauer Vertragsstaaten eine Erklärung, in der sie erneut ihre Abrüstungsbereitschaft bekundeten. Sie beschrieben es als höchstes Ziel, einen wie auch immer gearteten Krieg und dessen verheerende Folgen zu verhindern. Man sprach sich für eine defensive Militärpolitik aus und machte im Zuge dessen unterschiedliche Vorschläge, um das Rüstungspotential beider Bündnisse zu reduzieren. Um die Konfrontation in Europa zu minimieren, schlug man darüber hinaus die Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag vor.[41]

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Reagan und Gorbatschow in Washington den INF-Vertrag. Darin verpflichteten sich die beiden Parteien, innerhalb von 3 Jahren „[to] eleminate its intermediate-range and shorter-range missiles"[42]. Dies sollte mit dem Austausch von Informationen zu den unternommenen Abrüstungsschritten sowie mit der Möglichkeit der gegenseitigen Inspektion einhergehen. Langfristig einigte man sich auf den Verzicht von weiterer Erprobung und Produktion von Mittel- und Kurzstrecken-

[38] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes, 19. September 1989 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 4.

[39] Vgl. Erklärung Michail Gorbatschows zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa 28. Februar 1987 in: GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 227f; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 261f; GORBATSCHOW: Perestroika, 265; RÜHL: Mittelstreckenwaffen, 351ff.

[40] GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 320.

[41] Vgl. BANGE: SS-20 und Pershing II, 84; BECKER-SCHAUM u.a.: Nuklearkrise, 30f; GORBATSCHOW: Perestroika, 265; Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in: NEUES DEUTSCHLAND, 30./31. Mai 1987, 1f.

[42] Treaty Between The United States Of America And The Union Of Soviet Socialist Republics On The Elimination Of Their Intermediate-Range And Shorter-Range Missiles, December 8, 1987: Article I, https://www.state.gov/t/avc/trty/102360.htm#text (16.11.2018); vgl. auch aaO, Article IV, Article V, Article X.

raketen.[43]

Gorbatschow und Reagan beschrieben die Unterzeichnung des INF-Vertrages als bedeutsames Ereignis der Geschichte und bekundeten den Willen, kurzfristig weitere Abrüstungsschritte vereinbaren zu wollen. Neues Denken und gemeinsame Sicherheit sollten diesbezüglich leitend sein. Reagan beabsichtigte aber weiterhin, am Verteidigungsprogramm SDI festhalten zu wollen.[44] Mit der Unterzeichnung des INF-Abrüstungsvertrages wurde die Phase zunehmender internationaler Spannung, die mit der Unterzeichnung des NATO-Doppelbeschlusses begonnen hatte, beendet.[45]

4.2.2 Friedens- und Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses

Die Teilnehmerstaaten brachten beim KSZE-Folgetreffen in Wien erneut ihre Bereitschaft zur „Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie der Förderung der Abrüstung“[46] zum Ausdruck. Im Zuge dessen sollten im Rahmen des KSZE-Prozesses vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie der Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa verhandelt werden. Mit den *Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen* zielten die Teilnehmerstaaten auf einen Ausbau des Maßnahmenkatalogs ab. Bei den *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* beabsichtigte man Maßnahmen zur Realisierung einer niedrigeren Parität, um die allgemeine Sicherheit in Europa zu erhöhen. Beide Verhandlungen wurden parallel ab März 1989 abgehalten. Die Dokumente beider Verhandlungen wurden jedoch erst 1990 unterzeichnet.[47]

---

[43] Vgl. aaO, Article IX, Article X 2, Article XI, Article XI.

[44] Vgl. GEIGER: Der NATO-Doppelbeschluss, 68; Rede während des feierlichen Zeremoniells im Weißen Haus anläßlich der Unterzeichnung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, 8. Dezember 1987 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 5, 464; Ansprache im Weißen Haus mit einem Appell an das sowjetische und das amerikanische Volk, 8. Dezember 1987 in: aaO, 465ff; PLOETZ/MÜLLER: Ferngelenkte Friedensbewegung, 352; Address to the American and Soviet Peoples on the Soviet-United States Summit Meeting, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-american-and-soviet-peoples-soviet-united-states-summit-meeting (26.01.2021); Remarks on Signing the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-intermediate-range-nuclear-forces-treaty (15.07.2021); Joint Statement on the Soviet-United States Summit Meeting, December 10, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/joint-statement-soviet-united-states-summit-meeting (24.10.2020); Address to the Nation on the Soviet-United States Summit Meeting, December 10, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-soviet-united-states-summit-meeting (15.07.2021); Radio Address to the Nation Following the Soviet-United States Summit Meeting, December 12, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-following-soviet-united-states-summit-meeting (26.01.2021).

[45] Vgl. BECKER-SCHAUM u.a.: Nuklearkrise, 31; GASSERT u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung, 13.

[46] Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 131; vgl. auch aaO, 130, 137.

[47] Vgl. HARTMANN u.a.: Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, 13, 17, 41, 49f; MEYER-LANDRUT: Die Entstehung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, 1; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 137; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989, Anhang II in: aaO, 156; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989, Anhang III in: aaO, 156f; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 73.

4.2.3 Dritte UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung

Im Bericht zur dritten UN-Sondertagung zum Thema Abrüstung war der Abrüstungswille aller beteiligten Staaten allgemein spürbar. So sprachen sich die *Vereinten Nationen*, wie schon in den Vorjahren, für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit aus, verwiesen auf den Zusammenhang von Frieden und Weltgerechtigkeit sowie Frieden und Menschenrechte, plädierten für die Einstellung von Kernwaffentests, votierten gegen Chemie-, Atom- und Weltraumwaffen und forderten eine allgemeine Abrüstung. Mittel und Ressourcen sollten nicht weiter für Rüstung verschwendet, sondern für die Entwicklungshilfe eingesetzt werden. Konflikte sollten ohne Waffengewalt einer Lösung zugeführt werden.[48]

4.2.4 Friedenspolitik der DDR und die Reaktionen des SED-Staates auf die Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen

Wie schon in den vorangegangenen Jahren beschrieb die DDR Frieden und Abrüstung als ihre politischen Themen.[49] Honecker hielt dabei an der schon 1983 gegenüber der BRD propagierten „Koalition der Vernunft und des Realismus“[50] fest.

Das Friedensengagement der DDR wurde am Einsatz für verschiedene Abrüstungsmaßnahmen deutlich. So bemühte sich die DDR gemeinsam mit der CSSR um die Schaffung eines 300 km breiten atomwaffenfreien Korridors entlang der Nahtstelle der beiden Militärbündnisse in Mitteleuropa.[51] Im August

[48] Vgl. Special Report of the Conference on Disarmament to the Third Session of the General Assembly of the United Nations devoted to Disarmament, New York 1988, 2, 43ff, 193ff, 228ff, https://digitallibrary.un.org/record/58721 (12.03.2023); 42/26 – Einstellung der Kernversuchsexplosionen in: Resolutionen und Beschlüsse der Generalsversammlung. Zweiundvierzigste Tagung Band I. 15. September – 21. Dezember 1987, 68, https://www.un.org/depts/german/gv/gv-bd-early/a-42-49-bd1.pdf (12.03.2023), 68; 42/27 – Dringende Notwendigkeit eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen, in: aaO, 69; 42/33 – Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum in: aaO, 75; 42/36 – Reduzierung der Militärhaushalte in: aaO, 79; 42/37 – Chemische und bakterologische (biologische) Waffen in: aaO, 80; 42/38 – Allgemeine und vollständige Abrüstung in: aaO, 82ff; 42/93 – Umfassendes System des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in: aaO, 114f; 43/70 – Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum in: Resolutionen und Beschlüsse der Generalsversammlung. Dreiunsvierzigste Tagung Band I. 20. September – 22. Dezember 1988, 86ff, https://www.un.org/depts/german/gv/gv-bd-early/a-43-49-bd1.pdf (12.03.2023); 43/73 – Reduzierung der Militärhaushalte in: aaO, 91; 43/74 – Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen in: aaO, 92ff; 43/75 – Allgemeine und vollständige Abrüstung in: aaO, 95ff; 43/88 – Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit in: aaO, 128f; 43/163 – Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten in: aaO, 327.

[49] Vgl. Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 6. Februar 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 279; Trinkspruch bei einem Essen für die Leiter und Mitglieder der Delegationen zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 29. Mai 1987 in: aaO, 469; Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, 15. Juni 1987 in: aaO, 498; Information der Vorsitzenden der befreundeten Parteien und des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR über die Ereignisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai 1987 in Berlin, 17. Juni 1987 in: aaO, 501; Rede bei dem Essen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in der „Redoute“ in Bonn, 7. September 1987 in: aaO, 518f; Rede auf dem festlichen Empfang zum 38. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik im Palast der Republik, 7. Oktober 1987 in: aaO, 593.

[50] Rede bei dem Essen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in der „Redoute“ in Bonn, 7. September 1987 in: aaO, 519; vgl. auch Trinkspruch bei einem Essen für die Leiter und Mitglieder der Delegationen zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 29. Mai 1987 in: aaO, 469; Information der Vorsitzenden der befreundeten Parteien und des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR über die Ereignisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai 1987 in Berlin, 17. Juni 1987 in: aaO, 501; Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: aaO, 650; Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: aaO, 652.

[51] Vgl. Brief an den Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Willi Brand, März 1987 in: aaO, 391; Schreiben an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, 3. April 1987 in: aaO, 411f; Schreiben an den

brachte die SED gemeinsam mit der SPD ein weiteres Papier mit dem Titel *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* heraus. Darin wurde das Konzept der gemeinsamen Sicherheit als wegweisend für positive Entwicklungen der internationalen Gemeinschaft angesehen. Man betrachtete die Nichteinmischung in die Politik anderer Staaten sowie den friedlichen Wettstreit der Ideologien als Ausdruck der gemeinsamen Sicherheit. Jegliche Aufrüstungsbestrebungen wurden abgelehnt.[52] Die Bundessynode des BEK beschrieb das im Papier praktizierte Vorgehen 1987 als beispielhaft für das Streben nach einem besseren internationalen Miteinander.[53]

Die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows und des Warschauer Vertrages wurden von Honecker als richtungsweisend für die weiteren Abrüstungsverhandlungen angesehen. Er wertete die Abrüstungsvorschläge als Zeichen für das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Welt und der Nachwelt sowie für die Abrüstungsbereitschaft der Warschauer Vertragsstaaten.[54]

Im Hinblick auf die bilateralen Abrüstungsverhandlungen zwischen Gorbatschow und Reagan hoffte Honecker auf das Zustandekommen des INF-Vertrages als ersten Durchbruch und Ausgangspunkt für weitere Abrüstungsschritte in anderen Bereichen. Die Befürwortung der Unterzeichnung des INF-Vertrages ging mit der Betonung des eigenen Beitrags und der aller Warschauer Vertragsstaaten zum positiven Verlauf der Verhandlungen einher.[55] Im Sinne seiner propagierten Koalition der Vernunft beschrieb er die Unterzeichnung als „Sieg der Vernunft und des Realismus."[56]

Im Hinblick auf den KSZE-Prozess maß man den *Verhandlungen über konventionelle Waffen* sowie zu den *Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen* besondere Bedeutung zu und wollte sie vorangetrieben sehen. Die DDR wollte ihre gemeinsamen Vorschläge mit der SPD, wie atom- und chemiewaffenfreie Zone, in die Verhandlungen einbringen. Im Bezug auf die vertrauens- und sicher-

Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, 15. Juni 1987 in: aaO, 498f.

[52]Vgl. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit in: NEUES DEUTSCHLAND, 28. August 1987, 3.

[53]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 257.

[54]Vgl. Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 6. Februar 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 279, 280f; Information der Vorsitzenden der befreundeten Parteien und des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR über die Ereignisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai 1987 in Berlin, 17. Juni 1987 in: aaO, 501; Getreu dem Vermächtnis des Roten Oktober auf dem Kurs unseres XI. Parteitages, Artikel, Oktober 1987 in: aaO, 585; Rede auf dem festlichen Empfang zum 38. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik im Palast der Republik, 7. Oktober 1987 in: aaO, 593; Das Abkommen ist ein Sieg der Vernunft und des Realismus. Toast bei einem Essen im Anschluß an das Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 11. Dezember 1987 in: aaO, 664.

[55]Vgl. Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin" in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 559; Brief an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, 2. März 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 380; Trinkspruch bei einem Essen für die Leiter und Mitglieder der Delegationen zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 29. Mai 1987 in: aaO, 469; Getreu dem Vermächtnis des Roten Oktober auf dem Kurs unseres XI. Parteitages, Artikel, Oktober 1987 in: aaO, 585; Rede auf dem festlichen Empfang zum 38. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik im Palast der Republik 7. Oktober 1987 in: aaO, 592; Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: aaO, 650; Erklärung zum Abschluß des Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen, 8. Dezember 1987 in: aaO, 662; Brief an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, 16. Dezember 1987 in: aaO, 669ff.

[56]Toast bei einem Essen im Anschluß an das Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 11. Dezember 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 664.

heitsbildenden Maßnahmen bewertete man die Wirkung der in Stockholm beschlossenen Maßnahmen positiv. Die angesetzten Verhandlungen beschrieb Mielke als den Verdienst der Warschauer Vertragsstaaten im Allgemeinen und der DDR im Besonderen. Er sah durch den Ausgang der Wiener Verhandlung die Friedenspolitik der DDR bestätigt.[57] Am 9. November 1989 sicherte Krenz erneut den Einsatz der DDR zu, „damit schnellstmöglich bei den Wiener Verhandlungen Übereinkünfte über konventionelle Streitkräfte sowie über neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen möglich werden."[58] Bis zum Ende der DDR nahm die Darstellung des fortwährenden Einsatzes der DDR für den Frieden viel Raum ein.[59]

4.2.5 Friedensbestrebungen des BEK und dessen Bewertung der Abrüstungsverhandlungen

Der BEK hielt weiterhin an seinem Konzept der gemeinsamen Sicherheit fest, das viele Überschneidungen mit der von Honecker propagierten Koalition der Vernunft, aber auch mit dem neuen Denken Gorbatschows aufwies.[60] Geist, Logik und Praxis der Abschreckung wurden 1987 weiterhin abgelehnt. Aus christlicher Sicht wäre Abschreckung in all ihren Facetten unvereinbar mit der durch Jesus Christus verkündeten und gelebten Versöhnung und damit auch der Nachfolge Jesu Christi, mit der Gerechtigkeit

[57] Vgl. Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 18, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Anlage: Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 15ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Anlage: Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden. Anlage 1: Konzeptionelles Schema für die Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 21ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm (23.09.2020); Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden. Anlage 2: Konzeptionelles Schema zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 35ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm (23.09.2020); Rede des Außenministers der DDR, Oskar Fischer zum Abschluß des III. KSZE-Folgetreffens in Wien, am 19. Januar 1989 (Auszüge) in: AUSWÄRTIGES AMT (Hg.): Dokumente zum KSZE-Prozeß, 450f; Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 4f, 7, 17, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); Brief an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, 16. Dezember 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 670.

[58] Vgl. In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 5.

[59] Vgl. aaO, 5f.

[60] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

Gottes sowie mit der Verantwortung für die Schöpfung. Darüber hinaus widerspräche sie dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit, führte zu vermehrter Konfrontation und nähme die Vernichtung allen Lebens in Kauf. Mit der Abschreckung ginge die Verschwendung von Mitteln einher, die zur Verbesserung der Lebensumstände weltweit genutzt werden könnten. Damit wurde erneut auf die Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit sowie auf eine umfassende, globale Verantwortung – vor allem gegenüber den ärmeren Ländern – hingewiesen.[61]

Es ging dem BEK um den Abbau von Misstrauen, das Streben nach einer Friedensordnung und die Forcierung konkreter Abrüstungsschritte. Diese sah die Bundessynode im „weiteren Abbau der Atomwaffen, [der] Schaffung atomwaffenfreier Zonen, [dem] Verbot chemischer und biologischer Waffen, [dem] Verbot jeder Weltraumrüstung, [der] Begrenzung konventioneller Waffen und [der] Truppenreduzierung“[62]. Man verwarf aufgrund des Ausmaßes der Zerstörung durch atomare Waffen die Idee des gerechten Krieges und unterstrich erneut: „Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.“[63] Mit den durch die Abrüstung frei werdenden finanziellen Mitteln sollten die Industrienationen in Ost und West auch ihrer Verantwortung für die Entwicklungsländer gerecht werden und die dortigen Lebensbedingungen verbessern.[64]

Im Einsatz für den Frieden nahm der BEK sowohl an ökumenischen als auch staatlichen Veranstaltungen zum Thema Frieden teil. So fand das V. Rundtischgespräch religiöser Vertreter in Moskau unter dem Thema *Gemeinsame Sicherheit und moralisch-ethische Werte* im März 1987 unter Beteiligung des BEK statt. Delegationen des BEK wohnten auch den beiden von staatlicher Seite organisierten Versammlungen *Internationales Friedensforum* in Moskau im Februar 1987 und dem *Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen* in Berlin 1988 bei. Diese setzten sich mit den Gefahren und der Reduzierung atomarer Waffen auseinander.[65]

---

[61] Vgl. „Rechtmäßig Kriege führen“? CA 16 und unsere Verantwortung für den Frieden. Ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen unter Beteiligung der Kommission für theologische Grundsatzfragen (1989) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 340; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum „Bekennen in der Friedenfrage"vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 262f.

[62] Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46; vgl. auch aaO, 46f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

[63] Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46; vgl. auch „Rechtmäßig Kriege führen“? CA 16 und unsere Verantwortung für den Frieden. Ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen unter Beteiligung der Kommission für theologische Grundsatzfragen (1989) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 340; Hoffnung auf Frieden. Gemeinsames Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom März 1986 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 213.

[64] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46f.

[65] Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52, 61; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76, 84; Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 47; Internationales Forum für den Frieden berät in Moskau in: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Februar 1987, 1; Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen mit 1034 Teilnehmern aus 113 Ländern begann in Berlin in: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Juni 1988, 1ff.

Hinsichtlich der konkreten Abrüstungsverhandlungen wurde das Abrüstungs- und Verhandlungsangebot der Warschauer Vertragsstaaten vom Mai 1987 als Ausdruck von Gorbatschows neuem Denken gewürdigt. Deshalb sollten Verhandlungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages so schnell wie möglich aufgenommen werden.[66] Die KKL und die Bundessynode beschrieben den INF-Vertrag als „ein[en] ermutigende[n] Anfang der Abrüstung"[67] und als Ende des Wettrüstens. Darüber hinaus wertete die KKL den Vertrag als Beginn der Überwindung von „Geist, der Logik und der Praxis der Abschreckung"[68]. Nach seiner Unterzeichnung hoffte man auf eine schnelle Ratifizierung und Realisierung des Vertrages, auf eine weitere Annäherung der Staaten und auf die Umsetzung weiterer Abrüstungsschritte, auch im Hinblick auf andere Waffenarten. Die Einwilligung beider Parteien zu Abrüstungskontrollen durch die jeweilige Gegenseite verstand die KKL als Ausdruck von wachsendem Vertrauen. Die Unterzeichnung des Vertrages betrachtete man als Ansporn für die Friedensarbeit der Gemeinden.[69]

Die ab März 1989 in Wien im Rahmen des KSZE-Prozesses laufenden *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* und die *Verhandlungen zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen* wurden von Seiten der KKL begrüßt. Des Weiteren wurden unilaterale Abrüstungsbemühungen von Ostblockstaaten positiv gewürdigt und im Zuge dessen auf den besonderen Einsatz der DDR verwiesen.[70] Die KKL hoffte, dass die Einigung auf weitere konkrete Abrüstungsschritte, die „die Lösung drängender Gegenwartsprobleme"[71], wie Hunger und Umweltverschmutzung, nach sich ziehen sollte.

In Begegnungen mit politisch Verantwortlichen der DDR brachte man, wie in vorangegangenen Jahren, seinen Dank für den Einsatz des Staates für Frieden und Abrüstung zum Ausdruck und betonte dies

[66] Vgl. Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 282; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[67] Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 75.

[68] Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 281.

[69] Vgl. aaO, 281f; Gemeinsames Wort des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland an die Gemeinden zu Versöhnung und Verständigung vom 22. Januar 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1988, 3; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 75; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

[70] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 325; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5; Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 47.

[71] Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 282.

als gemeinsame Zielsetzung.[72] Die KKL hielt 1988 fest: „Auf dem großen Gebiet der Friedenssicherung und Abrüstung konnte die Konferenz, anknüpfend an Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, dankbar feststellen, daß Anliegen und Auffassungen, die für die kirchliche Friedensverantwortung bestimmend wurden, auch in Initiativen unseres Staates auf dem Feld der internationalen Politik erkennbar sind.“[73]

Über die Abrüstungs- und Friedensbestrebungen auf internationaler Ebene hinaus erhoffte man sich resultierend aus der internationalen Entspannung und dem propagierten Friedensengagement der DDR auch nationale Veränderungen. So beschrieben die Bundessynode und die KKL die anhaltenden innergesellschaftlichen Konfliktherde 1987 und 1989 als eine Bedrohung des Friedens. Deshalb forderten der Vorsitzende der KKL, die KKL selbst und die Bundessynode den Staat zu einer offenen und umfassenden Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Problemen in der DDR im Rahmen des Friedensengagements auf. Damit würden die BürgerInnen auch in ihrer Mündigkeit wahr- und ernstgenommen, die die DDR mit ihrer Aufforderung an die BürgerInnen zum Friedensengagement angeregt hätte.[74] Darüber hinaus wollte die Bundessynode 1988 die Unterrichtsinhalte und -materialien des Bildungswesens an dem neuen Streben nach Frieden, Abrüstung und Vertrauensbildung ausgerichtet sehen. Zusätzlich sprach man sich für eine Abbau der Truppen sowohl der NVA als auch der Bundeswehr aus.[75]

4.3 Weiterentwicklung der Ausreisebewegung bis zum Fall der Mauer

In den letzten Jahren von 1987 bis 1989 stieg die Zahl der Ausreiseantragstellungen weiter an,[76] der Anteil der zurückgezogenen Ausreiseanträge hingegen sank stetig.[77] Neben den legalen Ausreisebestrebungen

[72]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 286; Dok. 105: Anschreiben Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 29.9.1987 mit beigefügter Abschlußeinschätzung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen über die BEK-Synode in Görlitz in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 540; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 „Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 546.

[73]4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67.

[74]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[75]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

[76]Vgl. BRUCE: The Firm, 153; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 400; JESCHONNEK: Ausreise, 17; HANISCH: Von Helsinki nach Madrid, 43; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 31; WERKENTIN: Recht und Justiz, 102.

[77]Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 400; HÜRTGEN: Ausreise per Antrag, 288; Information über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von BürgerInnen der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des unge-

nahmen gegen Ende der DDR auch die Versuche der illegalen Ausreise zu. Wie schon 1984 kam es verstärkt zu Besetzungen der Ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin und ihrer Botschaften im sozialistischen Ausland, z.B. in Budapest, Warschau und Prag, um die Ausreise zu erzwingen.[78] Die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich hatte großen Einfluss auf das Erstarken der Ausreisebewegung in der DDR.[79]

Historiker sind sich einig, dass die legale und illegale Massenabwanderung von DDR-BürgerInnen den Niedergang des SED-Regimes zusätzlich vorangetrieben hat. Einerseits wurde durch sie der Verlust bzw. die fehlende Anerkennung des SED-Regimes durch die eigenen BürgerInnen offenkundig, andererseits förderte sie die Mobilisierung der Massen und die Zunahme von offenen Protesten innerhalb der DDR.[80]

4.3.1 Reaktionen der DDR auf die Ausreisebewegung

Die im Abschlussdokument des KSZE-Folgetreffens anvisierte internationale Reise- und Ausreisefreiheit sah man von Seiten der DDR für die eigenen BürgerInnen als unrealisierbar an. Dies begründete man mit

setzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 in: MITTER/WOLLE (Hg.): Ich liebe euch doch alle, 82; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 30ff; WERKENTIN: Recht und Justiz, 102.

[78]Vgl. HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 66, 69; MAYER: Flucht und Ausreise, 50, 362, 391ff, 441f; Information über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 in: MITTER/WOLLE (Hg.): Ich liebe euch doch alle, 82; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 34. Für nähere Informationen zu den Entwicklungen in der Botschaft der BRD in Prag und Warschau siehe: HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 72, 74; KOWALCZUK: Endspiel, 378ff; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 326; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 195; MAYER: Flucht und Ausreise, 375f; Humanitärer Akt in: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Oktober 1989, 2; Bewußte Falschdarstellung und grober Vertrauensbruch durch die BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Oktober 1989, 2; Sprecher der CSSR-Regierung: Verantwortungslose Haltung der BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Oktober 1989, 2; Wortbruch und völkerrechtswidriges Handeln in: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Oktober 1989, 2; Sprecher des Außenministeriums zu Ausreise-Regelung in Warschau in: NEUES DEUTSCHLAND, 21./22. Oktober 1989, 1; Leiter der DDR-Konsularabteilung in Warschau: Humanitäre Maßnahme wird so schnell wie möglich verwirklicht in: NEUES DEUTSCHLAND, 28./29. Oktober 1989, 2; Reisedokumente von DDR-Botschaft in Prag ausgestellt in: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Oktober 1989, 2; Prager DDR-Botschafter zu Ausreiseanträgen in: NEUES DEUTSCHLAND, 3. November 1989, 5; Mitteilung der DDR-Botschaft in Prag in: NEUES DEUTSCHLAND, 4./5. November 1989, 2; DDR-Bürger verließen die Botschaft der BRD in Prag in: NEUES DEUTSCHLAND, 6. November 1989, 2; REIN: Protestantische Revolution, 226; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 34; Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 4. Oktober 1989 (Auszug) in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 155; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 176; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 198; ZIMMERLING (Hg.): Neue Chronik DDR. 1. Folge, 60, 67.

[79]Für weitere Informationen zu den Entwicklungen hinsichtlich der ungarisch-österreichischen Grenze siehe: GAUCK: Winter im Sommer, 199f; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 62ff, 67f, 70; JESCHONNEK: Ausreise, 17; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 326; REIN: Protestantische Revolution, 204; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 398; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 195; Mitteilung des ADN in: NEUES DEUTSCHLAND, 11. September 1989, 1; Der große Coup aus der BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 12. September 1989, 2; Die Obhutspflicht der BRD und ihr Drang nach den Grenzen von 1937 in: NEUES DEUTSCHLAND, 13. September 1989, 5; Ausreiseanträge werden schnell entschieden in: NEUES DEUTSCHLAND, 6. November 1989, 2; SCHROEDER: Der SED-Staat, 280; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 34; SIEBS: Außenpolitik, 403, 406; Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 97; Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genosse Günther Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989 in: aaO, 109, 111; Erklärung des DDR-Außenministeriums an das Außenministerium Ungarns vom 4. September 1989 in: aaO, 116; Erstes Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 10. September 1989 in: aaO, 139; Zweites Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 8. September 1989 in: aaO, 137; Zweites Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 10. September 1989 in: aaO, 141; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 19; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 198; ZIMMERLING (Hg.): Neue Chronik DDR. 1. Folge, 17.

[80]Vgl. ECKERT: Flucht oder Opposition, 9; EISENFELD: Die Ausreisebewegung, 223; GAUCK: Winter im Sommer, 199f; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 76; JESCHONNEK: Ausreise, 20; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 34.

negativen ökonomischen Auswirkungen und der fehlenden Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD.[81] Das SED-Regime reagierte auf die zunehmenden Ausreiseanträge und die Ausreisen aus der DDR aber mit Reiseerleichterungen. So trat zum 1. Januar 1989 eine neue *Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland* in Kraft, die den Katalog der Gründe für Besuchsreisen erweiterte und teilweise auf Verwandte 2. Grades ausdehnte. Mit dieser Verordnung wurde den DDR-BürgerInnen erstmals ein allgemeines Antragsrecht auf Ausreise zugesprochen.[82] Zeitgleich wurde durch neu erlassene Verordnungen für das MfS, das *Ministerium des Innern* und die *Deutsche Volkspolizei* der inoffizielle Umgang mit den Ausreiseanträgen und den AntragsstellerInnen organisiert, um die Flut an Anträgen einzudämmen.[83] Trotz der neuen Reiseverordnung behielten das MfS und das *Ministerium des Innern* ihre alten Vorgehensweisen gegen die AntragstellerInnen weitestgehend bei.

Die SED-Regierung schob vor allem der BRD, aber auch der VR Ungarn die Schuld für die Ausreisen über die Botschaften der BRD und die ungarisch-österreichische Grenze zu. Man sah in der Ermöglichung der Ausreisen der DDR-BürgerInnen eine Einmischung in die Angelegenheiten der DDR sowie eine Nichteinhaltung bilateraler und internationaler Verträge.[84] Sowohl die BRD als auch die VR Ungarn wiesen

[81] Vgl. Ministerium für Staatssicherheit. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit. 2/1988 Menschenrechte. Grundlegende Aussagen und politisch-ideologische Fragen zur Menschenrechtsproblematik und zur Menschenrechtsdemagogie in unserer Zeit, 1988: BStU, MfS, HA PS, Nr. 3924, Bl. 47, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1207.pdf (24.10.2020).

[82] Vgl. HÜRTGEN: Ausreise per Antrag, 287; SCHUMANN u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung, 33; Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland 30. November 1988, Privatreisen § 7. (1), (2), Ständige Ausreisen § 10. (1), (2), (3), https://www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr88.htm (27.06.2018). Reisen welcher Art auch immer konnten verweigert werden, „wenn das zum Schutz der nationalen Sicherheit oder der Landesverteidigung" (Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland 30. November 1988: Versagensgründe § 13. (1), https://www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr88.htm (27.06.2018).) oder „zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder anderer staatlicher Interessen der Deutschen Demokratischen Republik notwendig" (AaO, Versagensgründe § 14. (1).) war.

[83] Vgl. HÜRTGEN: Ausreise per Antrag, 292ff; MfS-Dienstanweisung Nr. 2/88 vom 10. Dezember 1988 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 211, 213ff, 215, 217, 219, 220, 222, 224, 227, 234; Ordnung Nr. 0175/89 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 7. Dezember 1988 in: aaO, 525, 533.

[84] Vgl. MfS-Dienstanweisung Nr. 2/88 vom 10. Dezember 1988 in: LOCHEN/MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen, 213; Zu einer zügellosen Hetzkampagne der BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 5. September 1989, 1; Wer die Verantwortung trägt in: NEUES DEUTSCHLAND, 7. September 1989, 1; Unterredung mit Bundesminister Seiters in: NEUES DEUTSCHLAND, 8. September 1989, 2; Warum Bonn die Realitäten in Europa in Frage stellt in: aaO, 4; Mitteilung des ADN in: NEUES DEUTSCHLAND, 11. September 1989, 1; Erklärung von TASS in: NEUES DEUTSCHLAND, 12. September 1989, 1; Der große Coup aus der BRD in: aaO, 2; Provokation gegen die DDR stabsmäßig organisiert in: ebd; Wie die BRD das Völkerrecht verletzt in: NEUES DEUTSCHLAND, 13. September 1989, 5; Die Obhutspflicht der BRD und ihr Drang nach den Grenzen von 1937 in: ebd; Erklärung von Agerpres in: NEUES DEUTSCHLAND, 14. September 1989, 1; Prawda: Anschlag auf die Stabilität in: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1989, 2; Menschenhandel. Tatsachen enthüllen den rücksichtslosen Umgang der BRD mit Menschenschicksalen und mit dem Völkerrecht in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. September 1989, 3; Nicolae Ceausescu verurteilt Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR in: NEUES DEUTSCHLAND, 20. September 1989, 1; Rodong Sinmun: Grobe Einmischung in innere Angelegenheiten in: aaO, 2; Ich habe erlebt, wie BRD-Bürger gemacht werden in: NEUES DEUTSCHLAND, 21. September 1989, 1, 3; Bürger der DDR empört über den Menschenhandel der BRD in: aaO, 3; Prawda: Wer die Beziehungen kompliziert in: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Oktober 1989, 2; Wortbruch und völkerrechtswidriges Handeln in: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Oktober 1989, 2; Unvereinbar mit den Regeln des internationalen Rechts in: ebd; Morning Star: Grobe Einmischung der BRD in Angelegenheiten der DDR in: NEUES DEUTSCHLAND, 6. Oktober 1989, 9; Rude Pravo: Bonner Obhutspflicht ist absurd in: ebd; Schreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl an SED-Generalsekretär Erich Honecker, 14. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 95; Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 in: aaO, 97, 105; Schreiben Erich Honeckers an Helmut Kohl vom 30. August 1989 in: aaO, 107f; Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genosse Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989 in: aaO, 109ff; Erklärung des DDR-Außenministeriums an das Außenminis-

die Verantwortung für die gegebene Situation von sich. Sie sahen die Ursachen innerhalb der DDR und forderten die politisch Verantwortlichen der DDR zum Handeln, wie z.B. der Ermöglichung der Ausreise aus der DDR, auf, um die Lage zu entschärfen.[85]

Stattdessen entschied die SED-Regierung als Reaktion auf die Botschaftsbesetzungen und die Ausreisen über das sozialistische Ausland, „zeitweilig den pass- und visafreien Verkehr zwischen DDR und CSSR für die Bürger der DDR mit sofortiger Wirkung auszusetzen."[86] Diese Entscheidung tat dem Reiseverkehr in die sozialistischen Nachbarstaaten aber nur bedingt Abbruch. Weiterhin gelangten DDR-BürgerInnen an den Grenzsoldaten der CSSR vorbei über die Grenze nach Prag.[87] Des Weiteren versuchte die DDR mittels Diskreditierung der BRD und des Lebens in Westdeutschland in den eigenen Medien die Ausreisebewegung zu stoppen.[88]

terium Ungarns vom 4. September 1989 in: aaO, 115ff; Verlauf der SED-Politsitzung am 5. September 1989 in: aaO, 119f, 122, 125; Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw I. Kotschemassow, am 5. September 1989 in: aaO, 127; Erstes Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 10. September 1989 in: aaO, 134ff, 138f; Zweites Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 10. September 1989 in: aaO, 141; Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 12. September 1989 in: aaO, 147f; Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972, Artikel 4, Artikel 6, https://www.chronik-der-mauer.de/material/178847/vertrag-ueber-die-grundlagen-der-beziehungen-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-deutschen-demokratischen-republik-21-dezember-1972 (18.03.2023); Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen, Artikel 5 a), d), https://www.justiz.nrw.de/Bibliothek/ir_online_db/ir_htm/frame_wuek_24-04-1963.htm (18.03.2023).

[85]Vgl. CTK: Was sich hinter der Bonner Position verbirgt in: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Oktober 1989, 2; Schreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl an SED-Generalsekretär Erich Honecker, 14. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 95f; Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genosse Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989 in: aaO, 109; Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw I. Kotschemassow, am 7. September 1989 in: aaO, 129f; Kovacz in Erstes Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 8. September 1989 in: aaO, 135; Schreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, an Außenminister Oskar Fischer vom 10. September 1989 in: aaO, 144.

[86]Zeitweilige Aussetzung des pass- und visafreien Verkehrs zwischen DDR und CSSR, NEUES DEUTSCHLAND, 04. Oktober 1989, 1; vgl. auch HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 76; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 326; JESCHONNEK: Ausreise, 18; KOWALCZUK: Endspiel, 383; CSSR-Reisen wieder paß- und visafrei in: NEUES DEUTSCHLAND, 28./29. Oktober 1989, 1; Touristen wieder in der CSSR in: NEUES DEUTSCHLAND, 2. November 1989, 1; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 398f; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 198.

[87]Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 49; LAPP: Gefechtsdienst, 202.

[88]Vgl. Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 99, 104; Verlauf der SED-Politbürositzung am 5. September 1989 in: aaO, 120, 123; Stunde der Heuchler in: NEUES DEUTSCHLAND, 1. September 1989, 5; Massenarbeitslosigkeit in der BRD bleibt auf hohem Stand, In der Bundesrepublik fehlen 800 000 Wohnungen in: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1989, 1; Hohe Arbeitsleistung im August in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR in: NEUES DEUTSCHLAND, 7. September 1989, 1; Bürger der DDR zur zügellosen Hetzkampagne der BRD in: aaO, 2; Jetzt schon mehr Drogentote als im ganzen Vorjahr in: NEUES DEUTSCHLAND, 8. September 1989, 1; Viele weitere Verträge und Gold für Spitzenleistungen in: aaO, 1; Millionen in der BRD sind von Armut betroffen in: NEUES DEUTSCHLAND, 9./10. September 1989, 1; Nationaler Notstand auf dem Wohnungsmarkt in: aaO, 7; 200 000 auf der Großkundgebung in Berlin für starken Sozialismus und sicheren Frieden in: NEUES DEUTSCHLAND, 11. September 1989, 1; Kundgebungen überall in der DDR: Gemeinsam stärken wir die Republik in: aaO, 6; Der große Coup aus der BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 12. September 1989, 2; Für eine starke DDR - jeden Tag hohe Leistungen in: ebd; Errungenschaften unseres Alltags in: aaO, 3; Der Medienrummel und die Realitäten in: NEUES DEUTSCHLAND, 13. September 1989, 2; Prawda: Anschlag auf die Stabilität in: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1989, 2; 12 000 Westberliner ohne Dach über Kopf in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. September 1989, 1; Unsere Wettbewerbsziele werden ehrenvoll erfüllt in: ebd; Obdachlos und ohne jede Hoffnung in: NEUES DEUTSCHLAND, 20. September 1989, 6; Wichtiger Kraftzuwachs zu DDR-Volkswirtschaft in: NEUES DEUTSCHLAND, 21. September 1989, 1; Unser Schiff zieht seinen Kurs fest und stolz dahin - bis zum Sieg in: aaO, 3; Akuter Wohnungsmangel in der BRD treibt immer mehr Menschen in Not in: aaO, 5; DDR – Werk aller Klassen und Schichten in: NEUES DEUTSCHLAND, 22. September 1989, 5; Die Gemeinschaft in der sozialistischen Volksbewegung dient dem Wohl der Bürger in: ebd; Drogenhändler spritzen Bremer Kinder Heroin in: aaO, 7; BRD: Weg für Neonazis freigeprügelt in: ebd; DDR zeigt auf Tokioter Messe Spitzentechnologie

Im Politbüro war – auch durch die intensivere Auseinandersetzung mit der Kritik der BürgerInnen – im Laufe des Septembers 1989 die Einsicht gewachsen, dass nach den Ursachen der Ausreisebewegung in der eigenen Politik zu suchen wäre.[89] In seinem am 9. November im *Neuen Deutschland* erschienenen Referat *In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus* äußerte Krenz viel zu spät und in Gegensatz zur vorherigen Argumentation öffentlich die Einsicht, „daß die eigentlichen Ursachen dieser für unsere Gesellschaft schmerzhaften Abwanderung in unserem Land selbst zu suchen sind. Viele Menschen hatten den Glauben an die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Zustände in der DDR verloren und sahen für sich keine Lebensperspektive mehr."[90] Entgegen früherer Aussagen des SED-Regimes betonte er, dass es sich bei den Ausreisenden insgesamt „weder um Gegner des Sozialismus noch um Kriminelle"[91] handelte. Er verwies auf die durch die Ausreisewelle erwachsenden Nachteile für die DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft und gestand ein, die Probleme in der Gesellschaft, die den Ausreisewunsch verstärkt hatten, zu lange unbeachtet gelassen zu haben.[92]

4.3.2 Einschätzung und Umgang des BEK mit den Ausreisewilligen und der Ausreisebewegung

Der BEK äußerte sich 1988 und 1989 mehrfach zur Ausreiseproblematik. Die eigenständige Auseinandersetzung mit der Thematik begründete er mit dem kirchlichen Auftrag gegenüber dem Menschen. Die Kirche hätte die Menschen mit all ihren Nöten und Problemen wahrzunehmen und könnte sich deshalb diesem Thema nicht verschließen. Der BEK behielt seinen Appell vorangegangener Jahre an die DDR-BürgerInnen im Allgemeinen und an die ChristInnen in der DDR im Speziellen bei, in der DDR zu verbleiben. Der Vorsitzende der KKL, Landesbischof Werner Leich, wies deshalb gegenüber Honecker jegliche Mitverantwortung des BEK und seiner Gliedkirchen für die zunehmende Zahl an Ausreiseanträgen von sich. Angesichts der negativen Auswirkungen der Abwanderungen auf das private Umfeld, die ärztliche Versorgung in der DDR und die Wirtschaft wurde an die Verantwortung aller appelliert. Die Aufforderung zum Verbleib in der DDR ging einerseits mit dem Einsatz für bessere Lebens- und

in: NEUES DEUTSCHLAND, 23./24. September 1989, 1; Der Weg aus den Zeltlagern der Verheißung in die Kälte der Ellenbogengesellschaft in: aaO, 6; Eindringliche Warnung vor dem Neonazismus in der BRD in: NEUES DEUTSCHLAND, 25. September 1989, 1; DDR Grundpfeiler der Stabilität und der Sicherheit in Europa in: ebd; In Wohnungsversorgung der BRD herrscht nationaler Notstand in: NEUES DEUTSCHLAND, 28. September 1989, 5; Lebenshaltungskosten in der BRD weiter gestiegen in: ebd; DDR – wertvollste Errungenschaft in der Geschichte des deutschen Volkes in: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Oktober 1989, 2; BRD: 652 Drogentote in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Oktober 1989, 13; Baden-Württemberg: Bei Wahlen zeichnen sich hohe Gewinne für die Neonazis ab in: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Oktober 1989, 1; PPP: In der BRD herrscht akute Wohnungsnot in: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Oktober 1989, 1; BRD-Rauschgiftbericht: 1000 Drogentote in diesem Jahr? in: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Oktober 1989, 5; Letzter Wunsch einer Drogensüchtigen in der BRD: Laßt mich sterben! in: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Oktober 1989, 7; Volksblatt zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg: Die rechtsradikale Saat gedeiht in: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Oktober 1989, 5; Obdachlosenhelfer rufen in Berlin(West) Notstand aus in: NEUES DEUTSCHLAND, 1. November 1989, 1; Wettlauf der Benachteiligten um bezahlbare vier Wände in: NEUES DEUTSCHLAND, 4./5. November 1989, 5.

[89] Vgl. Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 103; Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 5. September 1989 in: aaO, 122ff; Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 12. September 1989 in: aaO, 149f, 152f; Redemanuskript von Hans Modrow für die Beratung der 1. Bezirkssekretäre der SED mit Erich Honecker am 12. Oktober 1989 in Berlin in: aaO, 158, 161, 163.

[90] In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einen erneuertem Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3.

[91] Ebd.

[92] Vgl. ebd.

Reisebedingungen im Gespräch mit dem Staat und andererseits mit dem Angebot der Seelsorge einher.[93]

Gegenüber dem Staat kritisierte der BEK die fehlende öffentliche Debatte zu den Ursachen der zunehmenden Ausreisegesuche sowie die ausbleibende Ursachenbekämpfung. Beides würde der Hoffnungslosigkeit der AusreiseantragstellerInnen entgegenwirken und sie möglicherweise zum Bleiben in der DDR bewegen. Damit wurde die Ausreiseantragsproblematik ganz klar im Verantwortungsbereich des Staates verortet.[94]

Im Gegensatz zum Staat setzte sich der BEK offen mit den Gründen der AusreiseantragstellerInnen auseinander. Die Ursachen für die Ausreisegesuche wurden, anders als noch im Jahr 1984, stärker beim Staat als bei den Ausreisewilligen selbst verortet. So zählte die KKL 1988 als Gründe für Ausreiseanträge die allgemeinen Missstände in der Gesellschaft der DDR und die staatliche Ignoranz diesen gegenüber, die fehlende Rede- und Reisefreiheit sowie den Umgang der staatlichen Behörden mit den DDR-BürgerInnen auf.[95] 1989 identifizierten die KKL und ihr Vorsitzender die Unzufriedenheit der BürgerInnen über „erwartete[...] und längst überfällige[...] Reformen“[96] und immer noch fehlende „öffentliche Aussprache über

[93]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 50f; Protokoll über die 116. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR vom 11. bis 13. März 1988 in Buckow (Klausurtagung), 28. März 1988, EZA 101/3073; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Beschluss der KKL in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik 1./2. Juli 1988 in: aaO, 305f; Beschluss der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 340; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Teil I vom 22.9.1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 69; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76.

[94]Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288f; Beschluss der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 336; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72.

[95]Vgl. 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69.

[96]Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 339; vgl. auch Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 336; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der

Ursachen der Krisenerscheinungen“[97] als Hauptgründe für Ausreisen und Ausreisegesuche. Deshalb sah man das Zulassen kritischer Einwände der DDR-BürgerInnen durch den Staat und den Ausbau der Möglichkeiten von Teilhabe und Mitwirkung für die Eindämmung der Flut an Ausreiseanträgen als bedeutsam an.[98] Als in gewisser Weise verwerflich empfand man weiterhin Ausreisen zum Streben nach „höhere[m] wirtschaftliche[m] Wohlstand“[99]. Gemeinsam mit der EKD und den Kirchengemeinden in der BRD sollte man nach Wegen suchen, um „das einlinig wirkende Druck-Sog-Gefälle“[100] einzudämmen.

Neben der Aufforderung an den Staat zur öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik erhoffte man sich Veränderungen im Hinblick auf die Reisegesetzgebung und die Ausreiseantragstellung. Der Vorstand der KKL und die Bundessynode forderten ab 1987 zunächst eine bessere Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit des Prozesses der Reiseantragstellung und eine größere Freigiebigkeit bei Entscheidungen über Reiseanträge. Ab 1988 traten sie für Reisefreiheit aller BürgerInnen der DDR und die Option für Ausgereiste, in die DDR zurückzukehren, ein.[101] Während die Bundessynode in der Er-

Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 41.

[97] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 339. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg sah neben der innergesellschaftlichen Problem auch Verantwortung bei der BRD für die Ausreisebewegung: „Die staatsrechtlichen und ökonomischen Erleichterungen für DDR-Bürger [in der BRD] wirken als Abwerbemechanismus, der verbunden mit der organisierten Erst-Arbeitsplatz-Beschaffung, immer wieder DDR-Bürger in Versuchung führt.“ (Anlage: Beschluss der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 307.)

[98] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 336; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 72; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 84.

[99] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 337; vgl. auch 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: aaO, 104.

[100] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik vom 1./2. Juli 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 305; vgl. auch Anlage: Beschluß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 307; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 337; Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1989, 85.

[101] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der KKL in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 218f; Beschluss der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der KKL in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Beschluß der Bundessynode in Görlitz – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung vom 22. September 1987 in: aaO, 267; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an

möglichung internationaler Begegnungen ein Mittel sah, um Feindbilder und Spannungen abzubauen, beschrieb der Staat hingegen die internationale Entspannung als Voraussetzung für Reiseerleichterungen und Reisefreiheit.[102] Die vom BEK erhoffte Wirkung der Eindämmung der Ausreiseanträge durch Reiseerleichterungen trat nicht ein.[103] Der Vorsitzende der KKL appellierte 1988 an die staatlichen Organe, bei „Vergeblichkeit jedes Bemühens um Wiedereingliederung"[104] Ausbürgerungsanträge zügig zu bewilligen.

Die Ausreisewilligen stellten für den BEK und auch für die Gliedkirchen, wie schon in den vorangegangenen Jahren, ein Problem dar.[105] Trotz der Aufforderung zum Verbleib in der DDR wollten sie den AusreiseantragstellerInnen seelsorgerliche Angebote nicht verweigern. Dementsprechend rief der BEK die Gliedkirchen und Gemeinden dazu auf, AntragstellerInnen zum Bleiben in der DDR zu bewegen. Unabhängig von deren Entscheidung sollte den Ausreisewilligen der Zugang zu Gemeinden und Seelsorge offen stehen, ohne aber gesonderte Angebote für Ausreisewillige zur Verfügung zu stellen.[106] Es gab aber trotzdem PfarrerInnen, kirchliche Gruppen und Gemeinden, die spezielle Veranstaltungen oder Möglichkeiten für Ausreisewillige zum Austausch und zur Thematisierung ihres Anliegens anboten.[107]

---

den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik) vom 2. September vom 4. September 1989 in: aaO, 337; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; Schnellinformation des Sekretariates des BEK in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED; Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 360; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[102] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52, 65; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – vom 22. September 1987 in: aaO, 71.

[103] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336.

[104] Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288; vgl. auch Anlage: Beschluß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 307.

[105] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 49.

[106] Vgl. Protokoll über die 116. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR vom 11. bis 13. März 1988 in Buckow (Klausurtagung), 28. März 1988, EZA 101/3073; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 286; Stellungnahme der KKL in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 11. März 1988 in: aaO, 294; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik 1./2. Juli 1988 in: aaO, 305f; Anlage: Beschluss der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 306f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 339; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69.

[107] Vgl. EISENFELD: Die Ausreisebewegung, 209f; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 218; MAYER: Flucht und Ausreise, 151f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 184, 189, 201; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 299; Bericht der

Von staatlicher Seite wurde die Duldung und in manchen Fällen vorhandene Unterstützung von AusreisenantragstellerInnen im kirchlichen Raum kritisiert.[108] Das MfS äußerte den Vorwurf, dass die AusreiseantragstellerInnen „durch spontane und spektakuläre Aktionen ihre Ausreise erzwingen wollen“[109]. Dieser Verdacht wurde auch innerkirchlich und innerhalb der kirchlichen Basisgruppen geäußert, weshalb solche Aktionen auch teilweise auf Widerstand stießen.[110] Landesbischof i.R., Werner Krusche sprach AntragstellerInnen in seiner Abhandlung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* deshalb das Recht auf zukunftsorientierte politische Mitwirkung in der DDR ab: „Es muß Klarheit darüber einziehen: wer einen Übersiedlungsantrag gestellt hat, ist grundsätzlich ungeeignet, in unserem Land gesellschaftspolitische Anstöße zu geben. [...] Das bedeutet weder eine Diffamierung der Antragsteller noch eine Rechtfertigung ihrer Behandlung durch staatliche Organe. Aber wir können uns nicht mißbrauchen lassen!“[111] Die Möglichkeit, dass Reformen in Politik und Gesellschaft eine Ausreise überflüssig gemacht hätten, wurde von ihm nicht in Betracht gezogen.

4.4 Gorbatschows politische Neuausrichtung der UdSSR und deren Einfluss auf die DDR

4.4.1 Perestroika und Glasnost

Schon zu Beginn seiner Amtszeit verschrieb sich Gorbatschow der *Perestroika*, d.h. der allumfassenden Umgestaltung von Politik und Gesellschaft in der Sowjetunion. Grund dafür war die sich zunehmend verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage der Sowjetunion sowie die schwindende Loyalität des sowjetischen Volkes gegenüber dem politischen System des Sozialismus und seinen Machthabern.[112] Es ging Gorbatschow darum, „eine ernste soziale, wirtschaftliche und politische Krise“[113] abzuwenden. Die

Kirchenleitung auf der 9. Tagung der X. Synode Halle Diakoniewerk, 27. Oktober 1988 in: SCHULTZE (Hg.): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung, 542; Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 4f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023).

[108] „Obwohl die Kirchenhierachie offiziell gegen eine Übersiedlung aus der DDR in die BRD Stellung bezieht, stellt sie ÜES [Übersiedlungsersuchenden] Räumlichkeiten zu deren Absprachen usw. zur Verfügung.“ (Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 58, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020)); vgl. auch Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 4f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023); HÜRTGEN: Ausreise per Antrag, 291; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 218; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 184; MAYER: Flucht und Ausreise, 151; Bericht der Kirchenleitung auf der 9. Tagung der X. Synode Halle Diakoniewerk, 27. Oktober 1988 in: SCHULTZE (Hg.): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung, 542.

[109] Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 59, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020).

[110] Vgl. KLOTH: Zettelfalten, 200f; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 218; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 181, 184; MAYER: Flucht und Ausreise, 151; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Gegenkräfte: Offener Brief an Bischof Dr. Gottfried Forck vom 7. Februar 1988 in: REIN: Protestantische Revolution, 70; Bericht der Kirchenleitung auf der 9. Tagung der X. Synode Halle Diakoniewerk, 27. Oktober 1988 in: SCHULTZE (Hg.): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung, 542; Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 4f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023).

[111] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 57.

[112] Vgl. GORBATSCHOW: Perestroika, 19, 22f, 25f, 30, 37; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 51f.

[113] GORBATSCHOW: Perestroika, 17; vgl. auch aaO, 26.

Gesellschaft sollte grundlegend demokratisiert werden. Im Zuge dessen sollten die BürgerInnen mehr Verantwortung und Mitsprache im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich übernehmen, aber auch mehr Rechte und Rechtssicherheit erhalten.[114]

Ein Bestandteil der angestrebten *Perestroika* war auch *Glasnost*: Offenheit. So sollten die BürgerInnen der UdSSR in allen positiven wie negativen Belangen der Gesellschaft „umfassende und wahrheitsgemäße Informationen"[115] erhalten. Damit beabsichtigte Gorbatschow, „die chronische Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und politischen Erklärungen zu beseitigen."[116] Aus den Erkenntnissen der Stärken und Schwächen des Sozialismus und der Veröffentlichung dieser Informationen müsste nach Gorbatschow aber auch adäquates Handeln resultieren.[117] Eine besondere Bedeutung sprach er der kritischen Meinungsäußerung der BürgerInnen zu: „Kritik ist, erstens und vor allem, Verantwortungsbewußtsein, und je schärfer die Kritik, desto verantwortungsbewußter sollte sie sein"[118]. Gorbatschow sprach sich entschieden gegen die Verhinderung von Kritik oder die fehlende Neuausrichtung des politischen Handelns resultierend aus dieser Kritik aus. Vielmehr sollte es von staatlicher Seite zur Auseinandersetzung mit der Bevölkerung und ihren Standpunkten sowie Bedürfnissen kommen. Gorbatschow sah in diesem ganzheitlichen Informationsfluss an die Bevölkerung die Demokratie gestärkt, indem den BürgerInnen die Kontrolle der staatlichen Organe und die Mitwirkung durch eigene Meinungsäußerungen und Kritik ermöglicht wurde.[119]

All diese Neuerungen sollten ursprünglich nicht in der Abschaffung des Sozialismus münden. Vielmehr ging es um eine Neuausrichtung seiner bis dahin fehlerhaften Realisierung.[120] Als Endziel der *Perestroika* formulierte Gorbatschow 1987: „Sie ist die tiefgreifende Erneuerung aller Bereiche des sowjetischen Lebens, die Schaffung modernster Organisationsformen in der sozialistischen Gesellschaft, die volle Ausschöpfung des humanistischen Charakters unserer gesellschaftlichen Ordnung in all ihren entscheidenden Aspekten – den ökonomischen, sozialen, politischen und moralischen."[121]

4.4.2 Neuausrichtung der Außenpolitik der UdSSR

Das Neue Denken und das gemeinsame Haus Europa

Gorbatschows außenpolitische Neuausrichtung bezeichnete er als neues Denken. Grundlage des neuen Denkens bildete die Erkenntnis der internationalen „gegenseitige[n] Abhängigkeit"[122]. Statt Konfrontation strebte man eine internationale Kooperation zwischen den Staaten bei allen bestehende politischen und ideologischen Unterschiede an. Das Wohlergehen der Weltgemeinschaft wurde über „politische, wirtschaft-

[114] Vgl. aaO, 30, 32, 35f, 38, 40, 53, 57, 128, 135ff.
[115] AaO, 93; vgl. auch GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 90; GORBATSCHOW: Perestroika, 92.
[116] GORBATSCHOW: Perestroika, 93; vgl. auch GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 91; GORBATSCHOW: Perestroika, 40; VON SAAL: KSZE-Prozess und Perestroika, 53.
[117] Vgl. ebd.
[118] GORBATSCHOW: Perestroika, 96.
[119] Vgl. aaO, 93ff, 99; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 94, 96ff.
[120] Vgl. ASH: Im Namen Europas, 186; FINK: Cold War, 231; GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 47; GORBATSCHOW: Perestroika, 42f, 51, 61, 209.
[121] GORBATSCHOW: Perestroika, 41.
[122] GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 176; vgl. auch Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 508.

liche, ideologische oder wie auch immer geartete Ziele“[123] gestellt; vor allem Frieden und Sicherheit sollten so vorangetrieben werden. Davon erhoffte sich Gorbatschow auch positive Auswirkungen auf die Lösung wirtschaftlicher und ökologischer Probleme auf globaler Ebene. Er beschrieb den internationalen Dialog als Notwendigkeit für die Realisierung des neuen Denkens.[124] Im Sinne der innenpolitisch angestrebten *Perestroika* warb Gorbatschow auch außenpolitisch für mehr Offenheit und ehrlichen Umgang.[125] Dabei befürwortete er „den direkten Einfluß zahlreicher öffentlicher Bewegungen unterschiedlichen Charakters – Bewegungen der Gewerkschaften, der Frauen, der Jugend, der Kriegsgegner und der Ökologen – auf die internationale Politik.“[126]

Gorbatschow bezog das neue Denken auch auf den europäischen Raum und plädierte aufgrund der jahrhundertelangen geschichtlichen Verbundenheit der europäischen Staaten für das Eintreten für die Sicherheit aller Staaten in Europa.[127] Dementsprechend propagierte er die Idee des „gemeinsamen Europäischen Hauses“[128]. Damit zielte er auf eine Einheit bei aller Differenziertheit der Staaten im Hinblick auf politische Systeme, weltanschauliche Ausrichtungen und Bündniszugehörigkeiten ab. In einem Friedensraum Europa sollte Konfrontation durch Kooperation in den Bereichen Ökonomie, Ökologie, Kultur, Frieden und Gerechtigkeit ersetzt werden.[129] Im Hinblick auf die globale Ebene hoffte Gorbatschow auf den gesamteuropäischen Einsatz für die Bewältigung von „Hunger in der Welt, der Staatsverschuldung und Unterentwickung [...] und bewaffnete[n] Konflikte[n]“[130].

Umgestaltung der Beziehungen der Sozialistischen Staaten – das Ende der Breschnew-Doktrin

Hinsichtlich der Beziehung zu den anderen sozialistischen Staaten wurde die weitere Kooperation bekräftigt. Die Staaten wurden aber entgegen früherer Praxis davon freigesprochen, der UdSSR in ihrem Streben nach Umgestaltung folgen zu müssen. Ihnen wurde die Unabhängigkeit in ihrem politischen Handeln zugesprochen und die Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten zugesichert. Damit wurde die sogenannte *Breschnew-Doktrin*, in der Leonid Breschnew 1968 zur Ausrichtung politischer Entscheidungen der einzelnen Staates des Warschauer Vertrages an der sozialistischen Gemeinschaft zu deren Stärkung und der des Sozialismus aufgefordert hatte, aufgehoben.[131]

[123] GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 178.
[124] Vgl. aaO, 177f, 180, 182, 184, 186, 188f, 194.
[125] Vgl. GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 60, 348; GORBATSCHOW: Perestroika, 203.
[126] GORBATSCHOW: Perestroika, 199.
[127] Vgl. Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 514f; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 262.
[128] GORBATSCHOW: Perestroika, 254; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 18.
[129] Vgl. GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 18f, 21, 28, 51, 53, 55, 58, 60.
[130] AaO, 21; vgl. auch aaO, 60.
[131] Vgl. GORBATSCHOW: Perestroika, 212, 214; SIEBS: Außenpolitik, 255, 405; Modern History Sourcebook: The Brezhnev Doctrine, 1968, https://sourcebooks.fordham.edu/mod/1968brezhnev.asp (03.01.2021).

4.4.3 Reaktionen der DDR auf die politische Neuausrichtung der UdSSR

Den von Gorbatschow angestrebten, allumfassenden Reformkurs, *Perestroika* und *Glasnost*, nahm das SED-Regime mit großer Skepsis zur Kenntnis und verschloss sich ihm gegenüber bis 1989 immer mehr. Hinsichtlich der Umsetzung von *Glasnost* und *Perestroika* hatte die SED Angst um ihre Vormachtstellung in der DDR. Um den Einfluss der sowjetischen Reformpläne auf die DDR-BürgerInnen klein zu halten, wurde die Versendung der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* und der Zeitung *Budapester Rundschau* im Raum der DDR zeitweise unterbunden.[132] Die DDR begründete ihre fehlende Reformbereitschaft entweder damit, dass die Pläne der UdSSR nicht verallgemeinerbar oder in ihrem Staat keine Reformen nötig wären.[133] Die den Staaten des Warschauer Vertrages im November 1986 zugesprochene, weitgehende Unabhängigkeit im politischen Handeln ermöglichte es der DDR, sich gegen den Reformkurs Gorbatschows zu entscheiden. Der Warschauer Vertrag spaltete sich in zwei Lager, wobei neben der DDR auch die VR Bulgarien, die CSSR und VR Rumänien den Reformkurs ablehnten.[134]

Bei den DDR-BürgerInnen stieß die Reformpolitik Gorbatschows hingegen auf große Begeisterung und wurde eifrig diskutiert. Selbst innerhalb der SED und ihren angegliederten Organisationen fanden sich BefürworterInnen der politischen Neuausrichtung. Die heftige Gegenreaktion der SED-ParteifunktionärInnen steigerte nicht nur die Ablehnung des Systems durch viele DDR-BürgerInnen, sondern auch die Spannungen innerhalb der Partei. Dies gab der Entwicklung der Bürgerbewegungen Auftrieb, Veränderungen im eigenen Land herbeiführen zu können.[135]

Erst im November 1989 wurde an einigen Äußerungen von Krenz deutlich, dass gewisse Aspekte von *Perestroika* und *Glasnost* – wie gesellschaftlicher Dialog, eine zunehmende Pressefreiheit sowie „Kritik und Selbstkritik“[136] der Partei – auch in der DDR früher hätten bedacht werden sollen. Er präsentierte die DDR als Unterstützerin der Reformbestrebungen in der UdSSR und bot sogar an, die bei der Realisierung der Reformen im eigenen Land gewonnene Erkenntnisse der Sowjetunion zur Verfügung zu stellen.[137]

[132]Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 198; GOECKEL: The Lutheran Church, 273; KOWALCZUK: Endspiel, 74; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 381; REIN: Protestantische Revolution, 120, 122; SCHROEDER: Der SED-Staat, 288, 291; SIEBS: Außenpolitik, 326, 330, 332f, 357, 417; WIELGOHS: DDR, 131.

[133]Vgl. Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 221; GOECKEL: The Lutheran Church, 270; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 561; SIEBS: Außenpolitik, 342.

[134]Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 215; GEHLER: Deutschland, 282, 392; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 561; SIEBS: Außenpolitik, 326, 400, 407.

[135]Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 139f, 198; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 171f; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 131; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 395, 398; SCHROEDER: Der SED-Staat, 288; „Böhlener Plattform – Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen“ in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 19ff; Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Flugschrift des Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ vom 12. September 1989 in: aaO, 32f; SIEBS: Außenpolitik, 324; Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020); WIELGOHS: DDR, 130f.

[136]In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3.

[137]Vgl. aaO, 5.

Auch die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses stieß bei der DDR auf wenig Gegenliebe. So bestand die Angst, dass mit dem Abbau der Konfrontation der beiden Lager in Europa auch der Rechtfertigungsgrund für die Existenz zweier deutscher Staaten wegfallen könnte.[138].

Einzig im neuen Denken, d.h. der Idee der gemeinsamen Sicherheit aller Staaten, und den damit verbundenen Abrüstungsbemühungen kann von einem Konsens der politischen Vorstellungen Honeckers und Gorbatschows gesprochen werden. Immer wieder lobte Honecker die Abrüstungsbestrebungen der UdSSR und wies auf Gemeinsamkeiten mit der Friedenspolitik der DDR hin. Honecker fand im neuen Denken seine Idee der Koalition der Vernunft wieder.[139]

4.4.4 Reaktionen des BEK auf die politischen Entwicklungen in der UdSSR

Wie die Staatsorgane der DDR äußerte sich der BEK weiterhin sehr positiv zum von Gorbatschow propagierten neuen Denken und dessen angestrebter Abrüstungspolitik.[140] Man beschrieb das neue Denken hinsichtlich der Abrüstungsverhandlungen als „Zeichen der Hoffnung“[141]. Die allgemeine Begeisterung

[138]Vgl. Rede des Außenministers der DDR, Oskar Fischer zum Abschluß des III. KSZE-Folgetreffens in Wien, am 19. Januar 1989 (Auszüge) in: AUSWÄRTIGES AMT (Hg.): Dokumente zum KSZE-Prozeß, 450; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 “Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR” in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 550; Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 6. Februar 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 285; Rolle des Sozialismus als Verfechter des Friedens heute bedeutender denn je zuvor. Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: aaO, 651; SCHROEDER: Der SED-Staat, 291; SIEBS: Außenpolitik, 345ff, 394; WENTKER: Außenpolitik, 552.

[139]Vgl. Vereint für eine von Atomwaffen freie Welt bis zum Jahr 2000. Ansprache bei einer Zusammenkunft nach dem Rundgang auf der Leipziger Herbstmesse im Pavillion der UdSSR, 31. August 1986 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 60f; Damit die Welt in Frieden leben kann. Erklärung zum Gipfeltreffen von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Reykjavik, 14. Oktober 1986 in: aaO, 149f; Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 6. Februar 1987 in: aaO, 279ff; Wichtige Impulse im weltweites Ringen für ein friedliches Zeitalter. Trinkspruch bei einem Essen für die Leiter und Mitglieder der Delegationen zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 29. Mai 1987 in: aaO, 468f; Mit der Kraft aller weiter für die Sicherung des Friedens und das Wohl des Volkes. Information der Vorsitzenden der befreundeten Parteien und des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR über die Ergebnisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai in Berlin, 17. Juni 1987 in: aaO, 500f; Die DDR – ein Staat, für den die Wahrung der Würde des Menschen in Frieden und Freiheit oberster Grundsatz ist. Rede auf dem festlivhen Empfang zum 38. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik im Palast der Republik, 7. Oktober 1987 in: aaO, 592f; Rolle des Sozialismus als Verfechter des Friedens heute bedeutender denn je zuvor. Rede auf dem Treffen von Parteien und Bewegungen in Moskau, 4. November 1987 in: aaO, 649ff; Toast bei einem Essen im Anschluß an das Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin, 11. Dezember 1987 in: aaO, 664; SIEBS: Außenpolitik, 255, 316, 338, 340.

[140]Vgl. Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 218; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7f; Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung. ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: aaO, 18; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[141]Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des

dafür bewertete man von Seiten des BEK als Indiz für den Wunsch vieler Menschen nach Abrüstung und Frieden.[142] Der Erkenntnis der „gegenseitige[n] Abhängigkeit“[143] der Weltgemeinschaft entsprechend plädierte die Bundessynode für die Übernahme von Verantwortung im Sinne der Weltgerechtigkeit.[144]

Darüber hinaus erhoffte man sich wie in den Vorjahren Auswirkungen des neuen Denkens auf die nationalen Gegebenheiten. So drängte die Bundessynode auf „Konsequenzen des 'neuen Denkens' für eine Friedenserziehung in [...] [den] Schulen und für die Verteidigungspolitik“[145] der DDR. Auch das Plädoyer der Bundessynode für mehr innergesellschaftlichen Dialog in der DDR wurde „als eine Form des neuen Denkens“[146] beschrieben. Im Herbst 1989 bedauerte die Bundessynode den Abbruch innerdeutscher Gespräche und wertete die Wiederaufnahme des auf Verständigung ausgerichteten, innerdeutschen Dialogs auch als einen Beitrag zur Realisierung des neuen Denkens.[147]

In der Auseinandersetzung mit dem Konziliaren Prozess und dem KSZE-Prozess nahmen die KKL und die Bundessynode Bezug auf die Idee des *Gemeinsamen Hauses Europa*. So hoffte die KKL im März 1989, „daß die Europäische Ökumenische Versammlung im Mai 1989 in Basel hilfreiche Impulse für die Gestaltung des europäischen Hauses in Gerechtigkeit und Frieden geben wird.“[148] Laut der Bundessynode wurden mit dem Abschlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens „den europäischen Staaten konkrete menschliche, politisch, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Perspektiven beim Bau des Europäischen Hauses“[149] eröffnet.

Hinsichtlich *Glasnost* und *Perestroika* forderte der BEK in den letzten Jahren der DDR vermehrt Reformen in verschiedenen Bereichen ein, die die Demokratisierung und die Rechte der BürgerInnen stärken und Offenheit in der Weitergabe von Informationen schaffen sollten.[150] Diese stimmten in vielen Punkten

---

Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 218; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 26.

[142] Vgl. Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 272.

[143] GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 176; vgl. auch Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 508.

[144] Vgl. Beschuß der Bundessynode in Görlitz – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 267.

[145] Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 26.

[146] Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der KKL in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258.

[147] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 343.

[148] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in de DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326.

[149] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 342.

[150] Vgl. Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 218; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258f; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit

mit dem Plänen Gorbatschows überein, wurden aber in den öffentlichen Verlautbarungen niemals explizit mit Gorbatschows Politik in Verbindung gebracht, auch wenn es im synodalen Zusammenhang Äußerungen in diesem Sinne gab.[151] Lediglich Werner Krusche nahm in seiner für den BEK verfassten Abhandlung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* Bezug auf die Reformbestrebungen in der UdSSR. Er identifizierte sie als Grund für die Entwicklungen in der DDR-Gesellschaft und wies gleichzeitig die Verantwortung der Kirchen zurück: „Der frische Wind, der dort weht, der Mut, die schmerzende Wahrheit auszusprechen und auszuhalten, der Wille, zu verändern und zu erneuern, haben in unseren jungen Leuten Hoffnungen erweckt, und sie fragen, wo es in unserer Gesellschaft zu Erneuerungen kommen muß. Dieses Fragen wird anhalten.“[152] In Krusches Äußerung klingt vorsichtige Wertschätzung der Reformbestrebungen an, eine detailliertere Auseinandersetzung findet aber nicht statt.

Anders sah dies in den Gemeinden, den Gruppen und auf Landeskirchentagen aus, bei denen die Reformpolitik der Sowjetunion unbefangen diskutiert wurde.[153] Das MfS stellte im Mai 1989 fest, dass sich die Gruppen bei ihren Reformforderungen „immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse und die damit verbundenen Entwicklungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern [berufen]. Demagogisch werden Begriffe wie Glasnost, Demokratisierung, Dialog, Bürgerrechte, Freiheit für 'Andersdenkende' oder Meinungspluralismus missbraucht, um damit eigene politische Konzepte und Ziele zu bemänteln.“[154] Einige „Forderungen weisen Übereinstimmung mit propagierten Forderungen kirchenleitender Kräfte und Gremien besonders der evangelischen Kirchen in der DDR auf.“[155] Dies erklärt die heftige Reaktion des Staates auf die angebrachten Reformvorschläge bei der Bundessynode im Herbst 1989.[156] Somit scheiterte der mögliche Versuch des BEK, das Staat-Kirche-Verhältnis durch die Vermeidung der offenen Unterstützung der Reformbestrebungen Gorbatschows nicht weiter zu belasten.[157]

---

dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f; Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339, 341ff; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f.

[151] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 272.

[152] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58.

[153] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 135; Dok. 117: Abschließende Information von Werner Jarowinsky an Egon Krenz vom 10.7.1989 über den Kirchentag in Leipzig vom 6. bis 8.7.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 591; REIN: Protestantische Revolution, 98.

[154] Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

[155] Ebd; vgl. auch GOECKEL: The Lutheran Church, 273.

[156] Vgl. Dok. 118: Beschluß des Sekretarists des ZK vom 20.9.1989 über Maßnahmen nach der Bundessynode in Eisennach in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 593; Dok. 119: Information Werner Jarowinskys an Günther Mittag vom 22.9.1989 über Verlauf und Ergebnisse der Synode des BEK vom 15. bis 19.9.1989 in Eisenach in: aaO, 598.

[157] Vgl. REIN: Protestantische Revolution, 120.

4.5 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen

Die Basisgruppen, die sich mit den Themen Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte beschäftigten, bauten ihre Aktivitäten und Veröffentlichungen sowie ihre Vernetzung zum Ende der DDR hin aus. Wie schon in den vorangegangen Jahren ließen sich die Gruppen nicht trennscharf einem Themengebiet zuordnen, sondern setzten sich häufig mit mehreren Themen gleichzeitig auseinander.[158] Die Gruppen agierten zunehmend politisch. Ihre Aktionen wurden offensiver, erregten teilweise große Aufmerksamkeit und riefen den Unmut der staatlichen VertreterInnen hervor.[159] Bis zum Herbst 1989 verblieben die Gruppen überwiegend im Raum der Kirchen. Dieser wurde aber aufgrund seiner Beschränktheit vermehrt kritisch gesehen.[160]

4.5.1 Gründe für das Erstarken der Basisgruppen

Es gab verschiedene Gründe, die das Erstarken der Basisgruppen beförderten. So verpflichtete sich die DDR im Wiener KSZE-Abschlussdokument aus dem Januar 1989, auch staatskritische KSZE-, Menschenrechts- und Umweltgruppen im eigenen Land anzuerkennen und deren Arbeit zu unterstützen.[161] Um die internationale Reputation nicht zu gefährden, schraubten die staatlichen Organe die offene Verfolgung zurück.[162]

Des Weiteren wurden die Gruppen in der DDR in ihrer Entwicklung und ihrem Vorgehen stark von der sich entwickelnden Widerstandsbewegung in den anderen Ostblockstaaten beeinflusst.[163]

HistorikerInnen und KirchengeschichtlerInnen sind sich einig, dass im Besonderen der Konziliare Prozess den verschiedenen Gruppen in der DDR weiteren Aufschwung verlieh, ihre Verbundenheit förderte, ihr Profil sowie ihre Forderungen schärfte sowie ihre Wirkung in die Öffentlichkeit steigerte.[164] Mit dem Prozess wurden die Themen der Gruppen noch stärker als kirchliche Themen ausgewiesen; von

[158] Vgl. BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 59; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 91; GUTZEIT/HILSBERG: Die SDP/SPD im Herbst 1989, 610; KNABE: Der lange Weg, 152; KNABE: Samisdat, 306f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 603, 691ff, 746; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 44ff, 57, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (11.10.2020).

[159] Vgl. GENSICHEN: Umweltverantwortung, 290ff, 293, 295; HUFF: Natur und Industrie, 405ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 746ff; Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, Bl. 10, 12f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

[160] Vgl. MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 54; NEUBERT: Von der Freiheit, 225; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 544; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383, 385; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 59.

[161] Vgl. BLEHOVA: Der Fall des Kommunismus, 70; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 133, 136, 143.

[162] Vgl. KNABE: Samisdat, 307; ROHDE-LIEBENAU: Menschenrechte und internationaler Wandel, 100f; Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 48ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020).

[163] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58; MAYER: Flucht und Ausreise, 64; NEUBERT: Der KSZE-Prozess, 301; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 599; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383; SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 207; Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 8, 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020); VON PLATO: Revolution, 409f.

[164] Vgl. BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 136; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 208; GAUCK: Winter im Sommer, 139; KLOTH: Zettelfalten, 215; SILOMON: Anspruch und Wirklichkeit, 444.

der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR vertretene, staatskritische Standpunkte konnten nun offen eingenommen werden.[165]

Der Konziliare Prozess

Aufgrund der angespannten und bedrohlichen internationalen Situation plädierte die Delegation des BEK bei der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver im Jahr 1983 für die Durchführung eines Konzils des Friedens.[166] Im Rahmen des daraus resultierenden Konziliaren Prozesses fand im Mai 1989 die von der KEK organisierte *Europäische Ökumenische Versammlung* in Basel statt; für 1990 war vom ÖRK eine *Weltkonferenz Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung* in Seoul angesetzt.[167] 1988 und 1989 tagte die *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* dreimal in der DDR.[168] Die Auseinandersetzung mit den drei Themen wurde damit begründet, dass „die Probleme des Friedens, der Gerechtigkeit und der Verantwortung für die Schöpfung vielfach miteinander verflochten und nicht unabhängig voneinander lösbar sind"[169].

Verhandlungsinhalte der Ökumenischen Versammlung in der DDR

Die *Ökumenischen Versammlung* in der DDR fand unter der Trägerschaft der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen* (AGCK) statt. An ihr nahmen neben Kirchenleitenden auch VertreterInnen von Gemeinden und Gruppen verschiedener Kirchen und Gemeinschaften teil. Auch der BEK war mit einer

[165]Vgl. OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 385; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 350f.

[166]Vgl. Antrag an die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Vancouver (Kanada) 1983 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 268; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55; Erklärung der Synode des Bundes zur Vorbereitung eines „Konzils des Friedens" vom 24. September 1985 in: aaO, 93.

[167]Vgl. Zeittafel in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 487; Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß" vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 273; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum „konziliaren Prozeß" vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 3; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 3, Paragraph 89, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020). Neben der Versammlung in Basel im Mai 1989 konnten VertreterInnen kirchlicher Basisgruppen ihre Arbeit in einer *Zukunftswerkstatt Europa* vorstellen. Auch VertreterInnen von Basisgruppen der DDR nahmen daran teil. (Vgl. Bericht über die Zukunftswerkstatt Europa in Basel in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 25f.)

[168]Vgl. BOYENS: Staatssekretariat für Kirchenfragen, 136; Zeittafel in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 487; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 208.

[169]Erklärung der Synode des Bundes zur Vorbereitung eines „Konzils des Friedens" vom 24. September 1985 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 93; vgl. auch MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 172; Bewahrung der Schöpfung. Eine ökumenische Diskussion. Konsultation, Granvollen 1988 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 538f; Sachstandbericht zu den Aufträgen der IV. Bundessynode in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 4; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 8, Paragraph 14ff, Paragraph 32, Paragraph 38, Paragraph 82, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

Delegation vertreten.[170]

Der Einsatz der ChristInnen für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz im nationalen und internationalen Rahmen wurde theologisch mit der Aufforderung Gottes zur Umkehr, zum Streben nach göttlichen Frieden und Gerechtigkeit auf Erden, zur Feindes- und Nächstenliebe sowie mit dem Aufruf zur Nachfolge Jesu Christi und zur Bewahrung der Schöpfung begründet.[171] Im Abschlussdokument wurden die grundlegenden Ergebnisse der drei Tagungen zusammengefasst. Die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wurden auf die internationalen, aber im Besonderen auch auf die Gegebenheiten in der DDR bezogen.

Hinsichtlich des Themenkomplexes Frieden lobte die *Ökumenische Versammlung* die Fortschritte, die auf internationaler Ebene durch den KSZE-Prozess auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt gemacht wurden.[172] Darüber hinaus äußerte sie sich wohlwollend über die zunehmende Durchsetzung des neuen Denkens, es fehlte aber immer noch an Vertrauen zwischen den Staaten und dem absoluten „Wille[n] zu radikalen Abrüstungsmaßnahmen“[173].

Wie schon von der KKL und Friedensgruppen in den vorangegangenen Jahren thematisiert, sah die *Ökumenische Versammlung* in der von der DDR nach außen vertretenen „Entspannungs- und Abrüstungspolitik auf der Linie des 'neuen Denkens' und des Konzepts der 'gemeinsamen Sicherheit'“[174] sowie dem repressiven Umgang mit den eigenen BürgerInnen und der weiterhin bestehenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft einen krassen Widerspruch. Um diesen aufzulösen, forderte man vom Staat mehr Dialogbereitschaft und Friedenserziehung, einhergehend mit der Abschaffung des Wehrunterrichts, der vormilitärischen Ausbildung, Militärparaden und militärverherrlichenden Inhalten in Schulbüchern. Zur Unterstützung von Vertrauensbildung und als Ausdruck des Friedenswillens sollten Wehrdienstverweigerung und Reisefreiheit zum Abbau von Vorurteilen ermöglicht werden. Mit dieser friedensethischen Stellungsnahme wurden die Forderungen des BEK der vorangegangenen Jahre, wie z.B. Sozialer Friedensdienst, Abschaffung des Wehrunterrichts usw., gebündelt. Die Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen wurden zum Engagement in diesem Sinne aufgefordert.[175]

---

[170] Vgl. Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 84; Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 47; Bericht von der Arbeit der Ökumenischen Versammlung in der DDR Erfahrungen – Ergebnisse – Perspektivenïn: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 18f.

[171] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 5, 8ff, 66, 72, 88, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[172] Vgl. aaO, 46.

[173] AaO, 49.

[174] AaO, 9.

[175] Vgl. aaO, 18, 50, 52, 64f, 67; Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichtes vom 14. Juni 1978 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 247ff; Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden in den Gliedkirchen zur Einführung des Wehrunterrichts vom 14. Juni 1978 in: aaO, 252; Beschluß der Bundessynode in Halle zum mündlichen Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 28. September 1982 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 97; Beschluß der Bundessynode in Greifswald zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 25. September 1984 in: aaO, 172; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 11. Februar 1985 in: aaO, 182; Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in

Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR setzte sich kritisch mit der fehlenden internationalen Gerechtigkeit und dem Reichtum der Industrieländer auf Kosten der Entwicklungsländer auseinander. Deshalb rief sie dazu auf, die Wirtschaftspolitik der DDR im Hinblick auf die negativen Auswirkungen für Entwicklungsländer zu kontrollieren. Der Staat sollte sich durch die Ausbildung von Fachleuten aus Entwicklungsländern im eigenen Land, die Korrektur der Wirtschaftsbeziehungen oder durch die Vergabe von Geldern für mehr internationale Gerechtigkeit einsetzen.[176]

Des Weiteren wurden auch die Gegebenheiten von Gerechtigkeit und Menschenrechten in der DDR näher beleuchtet. In diesem Zusammenhang wurde die fehlende Mündigkeit der BürgerInnen kritisiert. Die Versammlung forderte – ähnlich den angestrebten Reformen Gorbatschows in der UdSSR – eine Umgestaltung der DDR-Gesellschaft und -Politik, die die Rechte der BürgerInnen stärken sollte. Im Abschlussdokument der Versammlungen ist die Rede von mehr Demokratie, mehr Beteiligung und Mitsprache, mehr Kontrolle der Macht, mehr Informationen und mehr Rechtssicherheit. Auch hinsichtlich des Wahlrechts, des Bildungswesens und der Reiseregelungen wurden Reformen gefordert. Insgesamt wurde zu mehr Toleranz bei der Vielfalt von Meinungen und Lebensstilen aufgerufen. Unter Verweis auf den Sachverhalt, dass Vereinigungen außerhab der staatlichen Massenorganisationen der DDR automatisch der Staatsfeindlichkeit bezichtigt würden, forderte man Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die *Ökumenische Versammlung* rief die ChristInnen und die Kirchen unter Inkaufnahme möglicher Nachteile zu gesellschaftlichem Engagement auf. Sowohl innergesellschaftlich als auch innerkirchlich wäre ein Dialog zum besseren Verständnis, zum Abbau von Vorurteilen und zur Behebung von Problemen vonnöten.[177]

Großen Raum nahmen die Bewahrung der Schöpfung bzw. der Umweltschutz ein. Als Hauptursache für den sich zunehmend verschlechternden Zustand der Umwelt in der DDR selbst, aber auch auf globaler Ebene wurden das Streben nach mehr Konsum, Wirtschaftswachstum und Wohlstand ausgemacht. Einerseits wurde an jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen appelliert, den eigenen Lebensstil durch einen sparsameren Verbrauch und Gebrauch von Energie, Wasser und Chemikalien, mehr Recycling sowie we-

der DDR vom 24. September 1985 in: aaO, 197; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23. September 1986 in: aaO, 235; Dokument 8: Eingabe des Friedenskreises Vipperow an den Staatsrat der DDR gegen die Militarisierung der Gesellschaft der DDR und die praktizierte Sicherheitspolitik vom 5.7.1984 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 107f; Dokument 12: Markus Meckel: Zur Selbstverständigung von Friedenskreisen (Januar 1984) in: aaO, 124f, 127; Dokument 20: Ergebnisbericht aus einer Arbeitsgruppe des 4. Mobilen Mecklenburgischen Friedensseminar in: aaO, 192ff; Dokument 22: Eingabe der Mitglieder des Mobilen Friedensseminars IV in Vipperow an die Synode der Mecklenburgischen Landeskirche zu Wehrdienstfragen (11.8.1985) in: aaO, 199ff; Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 25. September 1984 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 103f; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 376.

[176] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 15ff, 26, 28, 30, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[177] Vgl. aaO, 9, 16, 35ff, 41f, 48.

niger Konsum zum Wohle der Umwelt zu ändern. Um die BürgerInnen zu Sparsamkeit im Verbrauch zu bewegen und damit ökologisch in die Pflicht zu nehmen, forderte die *Ökumenische Versammlung* die Abschaffung der Subventionierung von Strom, Miete, Wasser und Grundnahrungsmitteln in der DDR. Der Einsatz der ChristInnen für den Umweltschutz wurde mit der Schöpfung als Gabe Gottes an die Menschen begründet. Andererseits hoffte man im Sinne des Umweltschutzes auf eine ökologischere Ausrichtung der Wirtschafts- und Energiepolitik sowie eine Stärkung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der DDR. Gleichzeitig sah man die Veröffentlichung von Umweltdaten sowie Informationen zu Umweltproblemen und -maßnahmen als Notwendigkeit für ein sich ausbildendes Umweltbewusstsein in der Gesellschaft an. Man hoffte so auf eine öffentliche Diskussion zu Umweltbelangen unter die Beteiligung und Mitsprache der BürgerInnen. Der Einsatz von BürgerInnen für die Umwelt sollte von staatlicher Seite mehr Anerkennung finden. Man sah die Aufgabe der Kirchen darin, Informationsdefizite im Umweltbereich auszugleichen. Zugleich sollten die Kirchenleitungen sich bei staatlichen VertreterInnen um die Förderung von Umweltbewusstsein in der Gesellschaft bemühen, was mit dem Ende der Geheimhaltung von Umweltdaten und mehr Aufklärungsarbeit in allen Bereichen einhergehen sollte. Von den Gemeinden forderte man die Wertschätzung der Umweltgruppen und ihrer Arbeit und hoffte auf einen besseren Informationsaustausch zwischen den beiden Instanzen.[178]

Verhandlungsinhalte der Europäischen Ökumenischen Versammlung

Die *Europäische Ökumenische Versammlung* in Basel im Mai 1989 stand unter dem Motto *Frieden in Gerechtigkeit*. Sie betrachtete die Gefährdungen von Frieden, Gerechtigkeit und Umwelt, anders als die *Ökumenischen Versammlung* in der DDR, stärker aus einem europäischen bzw. globalen Blickwinkel, wobei hinsichtlich der Forderungen dennoch viele Gemeinsamkeiten bestehen. Die *Europäische Ökumenische Versammlung* betonte die Mitverantwortung der Kirchen und ihrer Mitglieder in Europa für die verschärfte Situation in der Welt. Aus dem Eingeständnis von Schuld und der Vergebung Gottes müsste die Umkehr zu einem Handeln nach dem Willen Gottes erwachsen, dem die ChristInnen vor allen anderen weltlichen Instanzen und Institutionen verpflichtet sind. Die Rechtfertigung und daraus resultierende Versöhnung der Gläubigen mit Gott, die Hoffnung auf das Reich Gottes und das ewige Leben sowie das Wissen um Gottes Willen für die Menschen, in Frieden und Gerechtigkeit zusammenzuleben und die Mitschöpfung zu bewahren, wurden als Veranlassung für den Einsatz der Kirchen und ChristInnen für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz in der Welt beschrieben.[179] Der Einsatz konnte auch „Kampf, Leiden und aktiven Widerstand“[180] beinhalten. Der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* ging es darum, einen Konsens der europäischen Kirchen zu erwirken, der das Handeln der Kirchen und ChristInnen auf nationaler Ebene leiten und dadurch Veränderungen hin zu mehr Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung herbeiführen sollte. Die europäischen Kirchen und ChristInnen sollten diesbezüglich ihren positiven Einfluss auf Politik und Gesellschaft geltend machen. Das Abschlussdokument ist

[178] Vgl. aaO, 9, 16f, 72f, 74f, 77, 83ff, 87, 89f, 91f, 94ff.

[179] Vgl. Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 1, Paragraph 27, Paragraph 32, Paragraph 34, Paragraph 36, Paragraph 43, Paragraph 44, Paragraph 45, Paragraph 77, Paragraph 85, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

[180] AaO, Paragraph 32.

insofern ein deutlicher Aufruf, im Sinne Gottes handelnd tätig zu werden.[181]

Als Hauptgrund für die zunehmende Bedrohung der Menschheit sah man die Maßlosigkeit des Menschen im Umgang mit den Mitmenschen und der Schöpfung an. Den Frieden betreffend wurde die steigende Gefährdung der Menschheit durch die Anhäufung von Waffen hervorgehoben. Die Verschwendung von Geldern durch Aufrüstung, die zur Schaffung von Weltgerechtigkeit und zum Ausbau des Umweltschutzes notwendig wären, wurde kritisiert.[182] Die Versammlung begrüßte die Fortsetzung des KSZE-Prozesses und die Unterzeichnung des INF-Vertrages. Man hoffte auf die Einigung auf weitere Abrüstungsverträge zu konventionellen und atomaren Waffen; auf die Stationierung von Waffen im All oder in der Arktis sollte verzichtet werden.[183] Im Hinblick auf Europa sprach man sich für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und für die Entwicklung „rein defensive[r] Sicherheitsstrukturen"[184] aus. Die europäischen Staaten sollten gegen „die Entwicklung, Herstellung, Stationierung sowie den Besitz und die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln"[185] Position beziehen. Langfristiges Ziel der Kirchen war die generelle Abschaffung kriegerischer Handlungen. Zwischen den Staaten und den Kirchen sollten Methoden der gewaltfreien Konfliktbeilegung praktiziert und im Sinne der Erziehung zum Frieden allgemein vermittelt werden. Gleichzeitg forderte die Versammlung die Möglichkeit der Verweigerung des Wehrdienstes und die Einrichtung eines Wehrersatzdienstes. Den Ausbau von Kontakten, Begegnungen und Dialog zwischen den BürgerInnen der europäischen Staaten im Allgemeinen betrachtete man als wesentlich für den Abbau von Spannungen. Die Kirchen sahen ihren Beitrag dazu in internationalen ökumenischen Begegnungen und in ökumenischem sowie interreligiösem Dialog.[186]

Hinsichtlich des Themas Gerechtigkeit forderte die Versammlung aufgrund der zunehmende Armut und des Hungers in der Welt einen Ausbau von „gerechte[n] Wirtschaftsbeziehungen"[187] der Industrie- mit den Entwicklungsländern im Sinne „eine[r] neue[n] Weltwirtschaftsordnung"[188]. Die Kirchen verpflichteten sich, sich für eine gerechtere Verteilung von Ressorcen in der Welt sowie für die Bedürfnisse der Bedürftigen einzusetzen. Die Not der Bedürftigen im eigenen Land und in der Welt sollte auch den Lebensstil der bzw. des Einzelnen beeinflussen.[189]

Darüber hinaus kritisierte die Versammlung Menschenrechtsverletzungen, sprach sich für die Achtung der Menschenrechte aus und forderte die Realisierung aller Menschenrechtsvereinbarungen. Die Kirchen sollten sich dafür einsetzen. Die Reformbestrebungen in einigen Ländern des Ostblocks wurden positiv bewertet. Im Zuge dessen wurde auf die Bedeutung der Ergebnisse des Abschlussdokument des

[181] Vgl. aaO, Vorwort, Paragraph 4, Paragraph 5, Paragraph 70, Paragraph 71, Paragraph 78, Paragraph 85, Paragraph 87 j), Paragraph 91.
[182] Vgl. aaO, Paragraph 11, Paragraph 19.
[183] Vgl. aaO, Paragraph 55, Paragraph 57, Paragraph 86 b); Paragraph 86 g).
[184] AaO, Paragraph 86 d); vgl. auch Paragraph 57, Paragraph 86 c), Paragraph 86 e).
[185] AaO, Paragraph 86 c).
[186] Vgl. aaO, Paragraph 11, Paragraph 54, Paragraph 60, Paragraph 65, Paragraph 75, Paragraph 86 a), Paragraph 86 e), Paragraph 86 g), Paragraph 86 i), Paragraph 90.
[187] AaO, Paragraph 10; vgl. auch Paragraph 56.
[188] AaO, Paragraph 72, Paragraph 84 a).
[189] Vgl. aaO, Paragraph 72, Paragraph 85.

Wiener KSZE-Folgetreffens hinsichtlich der Menschenrechte verwiesen.[190] Im Allgemeinen verlangte die *Europäische Ökumenische Versammlung* „die Errichtung der nötigen Kontrollmechanismen“[191] für die Realisierung der Menschenrechte. Im Streben nach mehr Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz in der Welt wollte sie z.B. den Einfluss und die Wirksamkeit der *Vereinten Nationen* gestärkt sehen.[192]

Hinsichtlich der Umweltthematik wurden vor allem der immense Energieverbrauch der Industrieländer angeprangert und Maßnahmen zur Einsparung gefordert. Fossile Energieträger und Kernenergie sollten durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Die ökologischen Auswirkungen sollten in der Wirtschaft und bei technischen Neuerungen mitbedacht und danach ausgerichtet werden. Die Kirchen und ChristInnen sollten sich – auch durch die Aneignung eines ökologischeren Lebensstils – für Umweltschutz einsetzen. Die Regierungen sollten von kirchlicher Seite zu Umweltschutzmaßnahmen aufgefordert und bei deren Realisierung unterstützt werden.[193]

Haltung des BEK zum Konziliaren Prozess

Der BEK hatte von Beginn an die Bedeutung des von der ÖRK angeregten Konziliaren Prozesses hervorgehoben und seine Mitwirkung zugesichert. Dafür war im Besonderen die zunehmende Rüstung in Ost und West ausschlaggebend. Im Konziliaren Prozess sah man dringliche Themen vieler ChristInnen aufgegriffen.[194] Zur Durchführung der drei Tagungen der *Ökumenischen Versammlung* im eigenen Land wurde vom BEK eine Vorbereitungsgruppe gegründet, die neben römisch-katholischen Geistlichen auch Angehörige von Friedensgruppen umfasste;[195] eine Koordinierungsgruppe unter Leitung des *Ausschusses Kirche und Gesellschaft* sollte die geplanten Aktionen in Zusammenarbeit mit der Vorbereitungsgruppe abstimmen.[196]

[190] Vgl. aaO, Paragraph 9, Paragraph 10, Paragraph 51, Paragraph 59, Paragraph 73, Paragraph 84 c), Paragraph 86 g).

[191] AaO, Pragraph 84 d).

[192] Vgl. aaO, Paragraph 83.

[193] Vgl. aaO, Paragrah 13, Paragraph 18, Paragraph 74, Paragraph 76, Paragraph 84 a), Paragraph 87 a), b), c), j).

[194] Vgl. Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 272; ad-hoc-Ausschuß Friedenfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 14; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Antrag des Ausschusses „Friedensfragen“ zum „Konziliaren Prozeß“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 70f; Arbeitsbericht 1985/86 in: aaO, 83; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum „konziliaren Prozeß“ vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 3.

[195] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 26; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[196] Vgl. Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 271; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 26; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 60f, 83; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 84.

Auf die Mitarbeit und die Einbindung der Gemeinden und Gruppen in diesen Prozess wurde besonders Wert gelegt. So wurden die Gemeinden gebeten, die Versammlungen fürbittend zu begleiten. Der BEK und seine Gliedkirchen bereiteten im innerkirchlichen Dialog zwischen den Kirchenleitungen, Kirchengemeinden und Gruppen eigene Beiträge für die Weltkonferenz des ÖRK 1990 vor. Zur Förderung des innerkirchlichen Dialogs wurden als Teil des Konziliaren Prozesses Konsultationen zu den Themen Umweltschutz, Frieden und Gerechtigkeit abgehalten. Mit dem Hinarbeiten auf diese thematisch dreigliedrige Weltkonferenz erkannte der BEK die Gruppen und deren Arbeit an, die sich mit diesen Themen auseinandersetzten, und forderte zur Fortsetzung dieses Engagements auf.[197]

Ging es dem BEK auf nationaler Ebene darum, dass „die Ökumene im Lande zu einem gemeinsamen Reden und Handeln in den Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung finden kann“[198], so hoffte er gemeinsam mit dem Zentralausschusses des ÖRK auf globaler Ebene auf eine einheitliche Selbstverpflichtung der Kirchen und ihrer Mitglieder im Reden und Handeln in allen drei Themenbereichen.[199] Dies sah der BEK im Hinblick auf die Friedensthematik als schon weit vorangeschritten; bei den Themen Gerechtigkeit und Ökologie wäre das Einvernehmen noch ausbaufähig.[200]

[197] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 196; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR zum Konziliaren Prozeß vom 9./10. Mai 1986 in: aaO, 216; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) in: aaO, 233f; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen Teil III, betr. verantwortlicher Umgang mit der Atomenergie vom 23. September 1986 in: aaO, 240; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade“ vom 23. September 1986 in: aaO, 246f; Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: aaO, 270, 272; Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: aaO, 282; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 52; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 57; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 69; Arbeitsbericht 1984/85 des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 75; Erklärung der Synode des Bundes zur Vorbereitung eines „Konzils des Friedens“ vom 24. September 1985 in: aaO, 93f; Sachstandbericht zu den Aufträgen der IV. Bundessynode in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1986, 4; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2f; Beschluß der Synode des Bundes vom 23.9.1986 zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade“ in: aaO, 25; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Antrag des Ausschusses „Friedensfragen“ zum „Konziliaren Prozeß“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 71; Arbeitsbericht 1985/86 in: aaO, 74; Arbeitsbericht 1985/86 in: aaO, 83; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum „konziliaren Prozeß“ vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 3; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 385; UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, 5.

[198] Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 83; vgl. auch Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 274f.

[199] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dresden zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 24. September 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 196; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR zum Konziliaren Prozeß vom 9./10. Mai 1986 in: aaO, 216; Beschluß der Bundessynode in Erfurt zum Antrag des ad-hoc-Ausschusses „Friedensdekade“ vom 23. September 1986 in: aaO, 246; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 55; Bericht aus Vancouver 1983. Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des ÖRK, 24. Juli bis 10. August in Vancouver in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 279.

[200] Vgl. Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September

Im Herbst 1988 und 1989 betonte die Bundessynode die Bedeutung und Notwendigkeit der Arbeit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR für den BEK und seine Gliedkirchen. Die starke Auseinandersetzung der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR mit gesellschaftspolitischen Themen wurde damit begründet, dass ein Konziliarer Prozess auch die kritische Reflexion der eigenen kirchlichen und gesellschaftlichen Umstände beinhalten müsste. Die KKL wurde von der Bundessynode angehalten, die von der Versammlung identifizierten kritischen Punkte in Gesprächen mit staatlichen VertreterInnen zu thematisieren.[201] Auch die Ergebnisse der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* wurden als wegweisend „für Verkündigung und Handeln der evangelischen Kirchen in unserem Land“[202] angesehen, um den aktuellen Bedrohungen der Menschheit und dem Elend in der Welt angemessen zu begegnen.

Die Gliedkirchen, Gemeinden und Gruppen wurden aufgefordert, die Themen und Ergebnisse der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* weiter zu verfolgen. Dadurch sollten Veränderungen in Gemeinden und Kirche sowie Gesellschaft und Politik herbeigeführt und die Weltkonferenz in Seoul 1990 vorbereitet werden. Die Bundessynode griff im Zuge dessen die Aufforderung der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR an die ChristInnen zur Umkehr auf. ChristInnen wären zuerst Gott und dann dem Staat verpflichtet, müssten aber in ihrem Einsatz für Veränderungen über die kirchlichen Kreise hinaus zur Zusammenarbeit bereit sein.[203] Im Arbeitsbericht 1989/90 stellte der BEK fest: „Impulse des Konziliaren Prozesses wirken auf verschiedenen kirchlichen Ebenen. Allerdings lösten die Ökumenischen Versammlungen keine Massenaktionen auf Gemeindeebene aus.“[204]

1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 271, 273, 274ff; ad-hoc-Ausschuß Friedenfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 14; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen zu Friedensfragen (Konzil des Friedens, konziliarer Prozeß u.a.) vom 23.9.1986 in: aaO, 26.

[201] Vgl. Zur Ökumenischen Versammlung in der DDR. Beschluss der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 19. September 1989 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 234, 237; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum konziliaren Prozeß“ vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 3; Bericht von der Arbeit der Ökumenischen Versammlung in der DDR „Erfahrungen – Ergebnisse – Perspektiven“ in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 19, 21.

[202] Zur Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“. Beschluß der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 19. September 1989 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 238.

[203] Vgl. Zur Ökumenischen Versammlung in der DDR. Beschluss der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 19. September 1989 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 235ff; Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 270f, 273ff; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 40; Arbeitsbericht 1988/89 in: aaO, 47; Bericht von der Arbeit der Ökumenischen Versammlung in der DDR. „Erfahrungen – Ergebnisse – Perspektiven“ in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 20f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ökumenischen Versammlung in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 21f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ vom 19. September 1989 in: aaO, 25.

[204] Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 24. Juni 1991, 77.

Haltung des Staates zum Konziliaren Prozess

Der Staat stand dem Konziliaren Prozess sehr ablehnend gegenüber, vor allem weil sich die *Ökumenische Versammlung* der DDR gesellschaftskritisch auf den Staat der DDR bezog. In der Erklärung Werner Jarowinskys, Sekretär des ZK für Kirchenfragen,[205] gegenüber dem Vorsitzenden der KKL, Werner Leich, vom 19. Februar 1988 beschrieb er die erste Tagung der *Ökumenischen Versammlung* der DDR als einen weiteren Ausdruck von Verleumdungen der DDR aus dem kirchlichen Bereich. Er monierte die Abkehr der *Ökumenischen Versammlung* der DDR von dem in seinen Augen wichtigsten Thema Frieden und Abrüstung hin zu „zahllose[n] Nebenfragen, die mit dem kirchlichen Auftrag nichts zu tun haben"[206]. Ähnlich forderte Honecker bei einem Gespräch im März 1988 gegenüber Werner Leich vom BEK und seinen Gliedkirchen, sich nicht mit staatlichen Belangen zu befassen. Die Begründung Leichs, dass die Kirchen stellvertretend für den Staat diese gesellschafts- und staatskritischen Themen behandelten, weil der Staat den Dialog verweigerte, wies Honecker als falsch zurück.[207]

4.5.2 Die DDR und die kirchlichen Gruppen

Das MfS registrierte in den letzten Jahren der DDR eine Intensivierung der Vernetzung der Gruppen innerhalb der DDR sowie eine Tendenz, mit ihren Aktionen in die Öffentlichkeit zu streben. Es wurden vier politische Bereiche ausgemacht, gegen die sich die Forderungen der Gruppen richteten: Gesetzgebung und Rechtsordnung, Militärpolitik, Bildungssystem und Umweltpolitik. Dabei bezögen sich die Gruppen auch auf das sowjetische Streben nach *Glasnost* und *Perestroika*. Laut MfS wollten die Gruppen den Status einer gesellschaftlich und politisch anerkannten und einflussreichen Größe erzielen.[208]

Man sah eine Mitverantwortung der Kirchen an diesen Entwicklungen. Einerseits förderten die Kirchen das Erstarken der Gruppen, indem sie ihnen Räume und Ressourcen zur Verfügung stellten und die Veröffentlichung systemkritischer Schriften gestatteten. Andererseits deckten sich deren Forderungen auch weitgehend mit denen von den Kirchen veröffentlichten Äußerungen zu verschiedenen Themen.[209]

[205] Vgl. MÜLLER-ENBERGS: Jarowinsky, 393.

[206] Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 555; vgl. auch aaO, 553, 555f.

[207] Vgl. Dok. 109. Beschluß des Politbüros des ZK der SED über das Gespräch des Generalsekreäts des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin in: aaO, 563f, 567, 569.

[208] Vgl. Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 51, Bl. 57, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppen, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 2, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok851.pdf (24.10.2020); Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 3f, Bl. 6f, Bl. 10ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

[209] Vgl. Dok. 108: Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 556; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988" in: aaO, 583; KNABE: Samisdat, 307; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 55, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Maßnahmenplan zur Realisierung der Aufgabenstellungen Mielkes im Rahmen der Aktion „Störenfried", 4.3.1988, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 631, Bl. 2ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok866.pdf (24.10.2020); Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 2, Bl. 5, Bl. 11ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

Man nahm insgesamt eine „wachsende Politisierung der Tätigkeit der evangelischen Kirchen“[210] sowie eine Bagatellisierung der Ziele und Aktivitäten der Gruppen durch die Kirchenobersten wahr. Deshalb beschloss man, im Umgang mit den Kirchen die staatsloyalen Kräfte zu stärken, die Auseinandersetzung mit kritischen Themen zurückzudrängen und mit religiösen Themen anzuregen. Politisch motivierte Veranstaltungen in den Räumen der Kirche sollten gestört und die Kirchen als Veranstalterinnen diesbezüglich in die Pflicht genommen werden. Man sah in den Aktionen der Gruppen im kirchlichen Raum den Versuch, die eigenen Ziele geschützt, aber öffentlichkeitswirksam zu verfolgen.[211] Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, sprach davon, dass „das kirchliche Anliegen überfremdet werde.“[212] Mit diesem Hinweis gegenüber den KirchenvertreterInnen wollte man einen Keil zwischen Kirchenleitungen und Gruppen treiben. Das MfS verfolgte das Ziel, „den Klassenfeind unter dem Dach der Kirche zu schlagen, ohne die Kirche dabei selbst zu treffen.“[213]

Von staatlicher Seite bewertete man die unabhängigen Gruppen als systemkritisch und antisozialistisch. Man versuchte ihnen entweder eigene Organisationen entgegenzusetzen oder ging repressiv gegen sie vor. Begründet wurden die Gegenmaßnahmen mit dem Schutz der staatlichen Ordnung der DDR sowie dem Wohlergehen der DDR-BürgerInnen.[214] Großes Aufsehen erregten die offenen, repressiven Maßnahmen der Stürmung der Umweltbibliothek durch die Staatssicherheit im November 1987 sowie die Verhaftung und Ausweisung von AktivistInnen vor und während der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration im

[210] Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 13, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020); vgl. auch Maßnahmenplan zur Realisierung der Aufgabenstellungen Mielkes im Rahmen der Aktion „Störenfried“, 4.3.1988, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 631, Bl. 2ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok866.pdf (24.10.2020); Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 55, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020).

[211] Vgl. Dok. 108: Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 554; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 44, Bl. 55ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 15, Bl. 17f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

[212] Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 221; vgl. auch Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 568.

[213] Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 59, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020).

[214] Vgl. ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 207f; Dok. 108: Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 553; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 50, Bl. 57, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Maßnahmenplan zur Realisierung der Aufgabenstellungen Mielkes im Rahmen der Aktion „Störenfried“, 4.3.1988, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 631, Bl. 2ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok866.pdf (24.10.2020); Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 42, Bl. 51, Bl. 56, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 2f, Bl. 12, Bl. 14, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020); Ministerium für Staatssicherheit. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit. 2/1988 Menschenrechte. Grundlegende Aussagen und politisch-ideologische Fragen zur Menschenrechtsproblematik und zur Menschenrechtsdemagogie in unserer Zeit, 1988: BStU, MfS, HA PS, Nr. 3924, Bl. 36f, Bl. 46, Bl. 53, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1207.pdf (24.10.2020).

Januar 1988.[215]

Im Mai 1989 musste das MfS eingestehen, dass die Eindämmungs- und Zurückdrängungsversuche des Staates wenig Wirkung zeigten. Es wurden weiterhin Aktivitäten von SystemgegnerInnen ausgemacht.[216] Vielmehr kam es zu Solidaritätsbekundungen mit den Verhafteten und bewirkte die Mobilisierung, Radikalisierung und steigerte das politische Engagement der Oppositionellen. Die landesweite Solidarität, die schnelle Freilassung der AktivistInnen und die Einstellung der Strafverfahren ließen bei den Gruppierungen in der DDR die Ängste schwinden.[217] Zusätzlich zeigten die Ereignisse um den 17. Januar den Ausreisewilligen, dass mit extremen Aktionen eine Ausreise zu erwirken war.[218]

4.5.3 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik der DDR

Die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik der DDR zeichnete sich auch in den letzten Jahren der DDR durch einen Widerspruch zwischen Außen- und Innenpolitik aus. Die Themen gewannen international an Bedeutung und durch die Unterzeichnung internationaler und bilateraler Abkommen bekundete die DDR ihre Bereitschaft zum Einsatz für Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte und verpflichtete

[215]Für detailliertere Informationen zu den beiden Ereignissen siehe Zu den Ereignissen in der Berliner Zionsgemeinde. Schnellinformation des Leiters des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 04.12.1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 383ff; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 392; EISENFELD: Die Ausreisebewegung, 209; GEHLER: Deutschland, 286; HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 146; HUFF: Natur und Industrie, 356ff; JESCHONNEK: Ausreise, 15f; KNABE: Der lange Weg, 151; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 178ff; MAYER: Flucht und Ausreise, 139f, 142, 161; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 629f, 694f; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 308; REIN: Protestantische Revolution, 37, 39f; Kanzelabkündigung der Berliner Kirchenleitung für den 29. November in: aaO, 42; Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppen, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok851.pdf (24.10.2020); Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 45f, Bl. 48, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Schreiben an alle Diensteinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern, 25.01.1988: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl. 1-3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok857.pdf (29.10.2020); Maßnahmenplan zur „Verhinderung provokativer feindlicher Aktivitäten“ bei der Kampfdemonstration am 17. Januar 1988, 15.01.1988: BStU, MfS, HA IX, Nr. 9665, Bl. 114-122, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok862.pdf (29.10.2020); Beschlagnahmte Transparente von der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988: BStU, MfS, HA IX, Fo, Nr. 1375, Bild 1-14, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok867.pdf (29.10.2020); Information über die Unterbindung von Störaktionen bei der „Kampfdemonstration“ am 17. Januar 1988: BStU, MfS, ZKG, Nr. 5968, Bl. 2ff, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok868.pdf (29.10.2020); Stellungnahme der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, 30.01.1988: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1650, Bl. 62f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok871.pdf (29.10.2020); WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 404f.

[216]Vgl. Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 51, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).

[217]Vgl. GEHLER: Deutschland, 286; HUFF: Natur und Industrie, 362, 399, 420; JESCHONNEK: Ausreise, 16f; KNABE: Der lange Weg, 151f; KNABE: Samisdat, 308; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 179; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 60; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 694, 696; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 308; REIN: Protestantische Revolution, 37; Kanzelabkündigung der Berliner Kirchenleitung für den 29. November in: REIN: Protestantische Revolution, 42; Ja, es ist Krieg: Erklärung zu den Verhaftungen in der DDR, 26. Januar 1988 in: aaO, 60; Deutlichere Zeichen der Solidarität: Erklärung der Kirche von unten am 30. Januar 1988 in: aaO, 65; SIEBS: Außenpolitik, 371; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 49, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 405.

[218]Vgl. EISENFELD: Flucht und Ausreise, 392f; EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 16, MAYER: Flucht und Ausreise, 464; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69.

sich zu konkreten Maßnahmen.[219]

Diese international eingegangenen Verpflichtungen hatten aber keine oder nur geringe nationale Auswirkungen. So wurden trotz internationalen Friedensengagements weder die Konflikte noch die Militarisierung in der DDR-Gesellschaft abgebaut.[220]

Zwar sondierte das SED-Regime Möglichkeiten des Umweltschutzes, die Umsetzung wirksamer nationaler Umweltschutzmaßnahmen scheiterte aber an der finanziellen Situation der DDR. Gegenüber der eigenen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft hielt das SED-Regime an der Geheimhaltung der Umweltdaten fest.[221]

[219]Vgl. Protokoll Nr. 24 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.06.1989. Anlage Nr. 13 zum Protokoll Nr. 24 vom 20.06.1989. Entwurf des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Regierung der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, DY 30/J IV 2/2/2333, Bl. 142ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2333/index.htm (24.10.2020); Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der deutschen demokratischen Republik, 8. September 1987, https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-1987-bis-1989/vereinbarung-zwischen-der-regierung-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-regierung-der-deutschen-demokratischen-republik-806824 (25.02.2019); Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der deutschen demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes, 8. September 1987, https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-1987-bis-1989/erklaerung-von-bundesminister-prof-dr-toepfer-806810 (25.02.2019); Für eine friedliche, freie, gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 2, 515; Erklärung des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, 15. Januar 1986 in: GORBATSCHOW: Ausgewählte Reden und Aufsätze Band 3, 156f; Ansprache im sowjetischen Fernsehen, 14. Mai 1986 in: aaO, 442; Rede Michail Gorbatschows vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 6. Juli 1989 in: GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 58; Ökologische Sicherheit und humanitäre Zusammenarbeit. Aus einem Artikel Michail Gorbatschows in der Prawda“ vom 17. September 1987 in: aaO, 379; GORBATSCHOW: Perestroika, 174; Ökologische Sicherheit und humanitäre Zusammenarbeit. Aus einem Artikel Michail Gorbatschows in der Prawda“ vom 17. September 1987 in: GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 379; Brief an den Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Willi Brand, März 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 391; Schreiben an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, 3. April 1987 in: aaO, 411f; Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, 15. Juni 1987 in: aaO, 498f; Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, 19. Januar 1989 in: MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses, 130ff; Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit in: NEUES DEUTSCHLAND, 28. August 1987, 3; Joint Statement on the Soviet-United States Summit Meeting, December 10, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/joint-statement-soviet-united-states-summit-meeting (24.10.2020); Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer (with annex). Concluded at Montreal on 16 September 1987, https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%201522/volume-1522-i-26369-english.pdf (03.03.2019).

[220]Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

[221]Vgl. Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 33 vom 18. Aug. 1987. Umfassende Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Wälder für den Volkswirtschaftsplan 1988, DY 30/J IV 2/2/2235, Bl. 125ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm (27.05.2020); Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 12 zu Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Durchführung von Maßnahmen zur Senkung des Schwefeldioxidausstoßes und Ratifizierung des Pro-

Die Verpflichtung zur Verbesserung der menschenrechtlichen Gegebenheiten im eigenen Land wollte man nur den eigenen Möglichkeiten und Bedarfen entsprechend umsetzen. Bei Kritik westlicher Staaten argumentierte man mit der extensiven Realisierung der Menschenrechte in der DDR, mit einem abweichenden Menschenrechtsverständnis der sozialistischen von den kapitalistischen Staaten oder mit dem Recht auf staatliche Selbstbestimmung. Gleichzeitig begründete man Menschenrechtseinschränkungen mit dem Rechtsschutz und wirtschaftlichen Interessen der DDR.[222] Die menschenrechtlichen Gegebenheiten in der DDR blieben bis zum Ende der DDR unverändert. „Selbst wo es Fortschritte in der Achtung der Menschenrechte gab, waren sie Ergebnis obrigkeitsstaatlicher Duldung und nicht einer selbstverständlichen und garantierten Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit."[223]

Die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen machten genau auf diese nationalen Defizite aufmerksam.

4.5.4 Der BEK und die kirchlichen Gruppen

Der BEK setzte sich weiterhin mit dem Verhältnis der Gruppen, der Kirchen und des Staat auseinander. Er brachte als Fortführung der 1985 veröffentlichten Ausführung *Die Kirche und die Friedensgruppen* 1988 ein Arbeitspapier mit dem Titel *Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen* heraus. Darüber hinaus wurde die Thematik von Werner Krusche in seiner Ausarbeitung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg 1988* sowie im Rahmen der KKL und der Bundessynode erörtert. Im September 1989 veröffentlichte die KKL zudem *Gesichtspunkte für ein Miteinander von Kirchen und Gruppen.*[224]

tokolls über die Reduzierung der Schwefelemission oder deren grenzüberschreitender Ströme um mindestens 30%, DY 30/J IV 2/2/2281, Bl. 183ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2281/index.htm (24.10.2020); Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 13 zum Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Übergabe von Daten und Informationen über Luftverunreinigungen der DDR an die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, DY 30/J IV 2/2/2281, Bl. 191f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2281/index.htm (24.10.2020); GENSICHEN: Umweltverantwortung, 301; HUFF: Natur und Industrie, 273, 303f, 311, 408f; Unser Wald – Quelle des Lebens. ND-Interview mit Generalforstmeister Rudolf Rüthnick, Stellvertreter des Landwirtschaftsministers in: NEUES DEUTSCHLAND, 15./16. Oktober 1988, 9; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 42, 199.

[222]Vgl. Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 19f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm (23.09.2020); BRUNNER/KLEIN: Internationale Menschenrechtsverpflichtungen der DDR, 32, 43f; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin" in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 570; DDR erstrebt Koalition der Vernunft und des Realismus. Rede bei dem Essen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in der „Redoute" in Bonn, 7. September 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 520; SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 205; Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 6f, 22ff, 33ff, 46, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); Ministerium für Staatssicherheit. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit. 2/1988 Menschenrechte. Grundlegende Aussagen und politisch-ideologische Fragen zur Menschenrechtsproblematik und zur Menschenrechtsdemagogie in unserer Zeit, 1988: BStU, MfS, HA PS, Nr. 3924, Bl. 16, 32, 36, 39, 41ff, 45, 47, 49, 53, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1207.pdf (24.10.2020).

[223]SCHLOTTER: Die KSZE im Ost-West-Konflikt, 205; vgl. auch aaO, 194.

[224]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 48ff; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: aaO, 88f; Gesichtspunkte für ein Miteinander von Kirchen und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334f;

Der BEK behielt seine gespaltene Haltung zu den Gruppen bei. Die Einstellungen zu den Gruppen und ihren Themen innerhalb der Kirchen reichten laut dem Arbeitspapier *Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen* von „rigorose[r] Ablehnung“[225] bis hin zu „unkritische[m] Eingehen auf die an die Kirchen herangetragenen Forderungen.“[226] Das Ausmaß des Konflikts zwischen Gruppen und Kirchenleitungen unterschied sich von Landeskirche zu Landeskirche.[227]

Die KKL differenzierte zwischen vier Arten von Gruppen: „[S]olchen, die sich als kirchliche Gruppen verstehen, und solchen, die zwar das Dach der Kirche suchen, aber bewußt unabhängig sein wollen“[228]; sowie zwischen Gruppen, die primär gesellschaftliche, und anderen, die auch innerkirchliche Veränderungen anstrebten.[229] Krusche und die KKL stimmten darin überein: „In der Kirche muß Raum sein für unbequeme und anstößige Wahrheiten sowie für kritische Haltungen gegenüber [...] Kirche und Gesellschaft. Darum sollte kritischen Meinungen und Stimmen nicht vorschnell Raum verweigert werden.“[230] Erneut wurde positiv hervorgehoben, dass die Gruppen neue Impulse zur kirchlichen Auseinandersetzung mit neuen, wichtigen Themen gaben, für die die Gesamtkirche eintreten sollte.[231] Die Gruppen wurden als „Hoffnungszeichen in unserer Gesellschaft“[232] bezeichnet. Im Bericht der KKL bei der Bundessynode im Herbst 1988 betonte diese: „Gerade die Arbeit in den Gruppen und mit den Gruppen möchte die Mit-

Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 84; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39; Arbeitsbericht 1988/89 in: aaO, 44.

[225] Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 88.

[226] Ebd; vgl. auch GROßE: Einspruch, 648; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 562; KOWALCZUK: Endspiel, 203, 209; RÜDDENKLAU: Störenfried, 185; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 356f, 361.

[227] Während die Gruppen und die Kirchenleitung in der *Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg* auf starken Konfrontationskurs gingen, war das Verhältnis in der *Sächsischen* und der *Mecklenburgischen Landeskirche* mehr von Kooperation und Interaktion geprägt. (Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 136; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 357f.)

[228] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[229] vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 4.

[230] Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334; vgl. auch Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 48.

[231] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 121f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68f; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39.

[232] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 48.

verantwortung und Mitgestaltung der Christen in der Kirche und in der Gesellschaft fördern."[233] Laut Krusche entsprächen ihre Themen und Forderungen dem, „was die Kirchen in all den Jahren immer wieder öffentlich ausgesprochen"[234] hätten. Die KKL verstand es als Aufgabe der Kirche, offen für die Probleme, Sorgen und Nöte der Menschen zu sein, die auch den staatlichen VertreterInnen gegenüber „auf geeignete Weise"[235] kommuniziert werden sollten. Kirchliche Stellungnahmen zu und der Einsatz für politische und gesellschaftliche Belange wurden von der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* unter Bezugnahme auf die Zweite These der Barmer Theologischen Erklärung[236] als Teil der gelebten Diakonie der Kirchen in der Welt angesehen.[237] „Der diakonische Auftrag der Kirche deckt aber nicht das unkritische Eintreten für beliebige Äußerungen zu politischen Fragen ab"[238] – weder für die des Staates noch die der Gruppen.[239]

Während die Ziele somit größtenteils die Unterstützung durch die KKL und die Bundessynode erhielten, wurde die teilweise provokative Vorgehensweise der Gruppen zur Erreichung dieser Ziele kritisch gesehen.[240] Des Weiteren wäre „zwischen berechtigter Kritik, die auf die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation im Lande zielt, und aggressiven politischen Akten, mit denen sie [die Kirche] sich nicht solidarisieren kann"[241], zu unterscheiden. Kritik und Forderungen wurden von der KKL als berechtigt angesehen, wenn sie mit den Menschenrechten übereinstimmten.[242] „Die Formen des Auftretens, angewandte Mittel und Aktionen müss[t]en den Zielen entsprechen, dürf[t]en nicht Angst erzeugen oder andere herabwürdigen."[243] Nach Krusche resultierte die ablehnende Haltung des Staates gegenüber den Gruppen

[233] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[234] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58.

[235] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[236] „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gäbe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften." (Die Barmer Theologische Erklärung, These II, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).)

[237] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 89ff.

[238] AaO, 92; vgl. auch aaO, 91.

[239] Vgl. aaO, 91f.

[240] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 48f, 58; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: aaO, 91; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68f; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39.

[241] Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91.

[242] Vgl. 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[243] Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334.

vor allem aus „ihrer unklaren kirchlichen Identität, [...] ihrer Sachthematik und ihre[n] spontanen Aktivitäten“[244]. Das Vorbringen gesellschaftlicher und politischer Forderungen, wie Meinungs-, Informations- und Reisefreiheit, Nachvollziehbarkeit politischer und gesellschaftlicher Abläufe sowie Gleichberechtigung, gegenüber den staatlichen VertreterInnen sollte deshalb von Respekt geprägt sein, Bezüge zum Evangelium aufzeigen und sich im Rechtsrahmen des Staates bewegen. Zum besseren Verständnis, zum Abbau von Vorurteilen und zur Behebung von Problemen sah man sowohl einen intensiven innerkirchlichen als auch innergesellschaftlichen Dialog als unabdingbar an.[245] Widerstand gegenüber dem Staat galt nach dem Arbeitspapier nur dann als legitim, „wenn der Glaubensgehorsam es gebietet“[246]. Nach dem Motto „Die Kirche ist offen für alle, aber nicht für alles“[247] sicherte der Vorsitzende der KKL, Bischof Werner Leich, den AktivistInnen im Herbst 1989 die Hilfe und Seelsorge des BEK und seiner Gliedkirchen zu, auch wenn die Kirche(n) die Forderungen und genutzten Mittel ablehnte(n).

Stellungnahmen des BEK zum Engagement für Frieden, Umwelt und Menschenrechte

Die KKL und die Bundessynode beschrieben das Streben nach Frieden, Umweltschutz und Gerechtigkeit in der Welt als Handeln der Kirchen und ChristInnen nach dem Willen Gottes. So hätte Gott der Schöpfer alle Menschen – im Sinne des allumfassenden Friedens, des Schalom – für ein Leben in seiner Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit bestimmt und sie in Jesus Christus von Sünde und Tod befreit und mit sich versöhnt. Aus dieser Befreiung und Zusage heraus sollten die ChristInnen durch ihren Einsatz für die Erhaltung und Verbesserung des Lebens Gott in der Welt bezeugen, sich zu ihm bekennen und in der Nachfolge Christi leben.[248]

---

[244] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 49.

[245] Vgl. aaO, 48, 58f; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: aaO, 91f; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 37, 41f, 51, 62, 69, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68f; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39.

[246] Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 92.

[247] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 39.

[248] Vgl. Zur Ökumenischen Versammlung in der DDR. Beschluss der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 19. September 1989 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 235; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum „Bekennen in der Friedenfrage“ vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 262f; Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: aaO, 270ff, 273ff; Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: aaO, 282; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 37; Bericht des Diakonischen Werkes – Innere Mission und Hilfswerk – der Evangelischen Kirchen

Der BEK setzte seine Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltschutz fort. Man sah Änderungen im (gesellschafts-)politischen und privaten Bereich als notwendig an. Die Bundessynode und die KKL nahmen alle BürgerInnen – auch aufgrund ihrer Mitverantwortung für die Umweltverschmutzung – in die Pflicht. So sprach sich die Bundessynode 1987 für die Aneignung eines ökologischeren und damit zukunftsweisenden Lebensstils aus. Die KKL forderte in diesem Zusammenhang zur Senkung des Energieverbrauchs nicht nur in der Industrie, sondern auch in den Privathaushalten auf. Des Weiteren verwies sie auf die Notwendigkeit der Vermittlung eines Umweltbewusstseins innerhalb der Bevölkerung. Dies könnte laut der KKL und der Bundessynode nur bei der Thematisierung von Umweltproblemen in der DDR ausgebildet werden. [249] Der Umwelteinsatz von DDR-BürgerInnen wurde positiv bewertet. Hatten die Bundessynode und die KKL vornehmlich die ChristInnen 1984 und 1985 dazu aufgerufen, im Umweltengagement mit staatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, so forderte der Vorsitzende der KKL, Landesbischof Werner Leich, nun die Kooperation des Staates mit den UmweltaktivistInnen und erhoffte sich daraus vielversprechende Entwicklungen für die Umwelt.[250]

Der BEK sah eine große Chance für den Umweltschutz in der Reformierung der Landwirtschaft im Hinblick auf den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die Nutzung stabiler Silos sowie den Energieverbrauch.[251] Des Weiteren setzte er sich mit den „emissionsbedingten Waldschäden“[252] auseinander, mit denen die Forstwirtschaft weiterhin zu kämpfen hatte. Die Bundessynode hielt an ihrem Plan von 1986 fest, wie schon beim *Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg* etabliert, „die Errichtung eines [Öko-]Fonds bei der Gesellschaft für Natur und Umwelt anzuregen“[253], um Projekte im ökologischen Bereich zu fördern. In diesem Zusammenhang kann auf Aktion *Eine Mark für Espenhain* vom *Ökologischen Arbeitskreis Dresden* und dem *Christlichen Umweltseminar Rötha* verwiesen werden, die von der Bundessynode positiv bewertet wurde. Sie beschrieb die Aktion als „eine Solidarisierung mit den besonders

in der Deutschen Demokratischen Republik in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1989, 83; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 3; Bericht von der Arbeit der Ökumenischen Versammlung in der DDR „Erfahrungen – Ergebnisse – Perspektiven“ in: aaO, 20f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ökumenischen Versammlung in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 21; Beschlussvorlage des ad-hoc-Ausschusses zur Ökumneischen Versammlung in der DDR in: aaO, 29.

[249] Vgl. Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 277; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Rekonstruktion des VEB Braunkohleveredlung Espenhain vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 4; UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, 9, 224ff.

[250] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 290.

[251] Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 69; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 93.

[252] Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 93.

[253] Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Bildung eines Umweltfonds vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

Betroffenen“[254], wobei die Existenz weiterer ökologisch belasteter Gebiete in der DDR angemerkt wurde. Die KKL sollte gegenüber den staatlichen VertreterInnen das besondere Interesse der eigenen Mitglieder an der Suche nach Lösungen dieses Problems kommunizieren.[255]

1987 erörterte der BEK intensiv den zukünftigen Umgang mit der friedlichen Nutzung von Kernenergie. In diesem Zusammenhang fand am 2. September 1987 ein „Sachgespräch über Atomsicherheit und Strahlenschutz“[256] mit dem „Präsident[...] des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Professor Dr. Georg Sitzlack“[257], statt. Die KKL und die Bundessynode wollten die friedliche Nutzung von Kernenergie aufgrund der Vorkommnisse in Tschernobyl überdacht wissen. Wie schon im Herbst 1986 verwies die KKL auf die schwerwiegenden und langwierigen Folgen eines möglichen Reaktorunglücks und meldete entgegen Äußerungen von ExpertInnen Sicherheitsbedenken an.[258] Die Bundessynode forderte deshalb den gesellschaftlichen Dialog zu dem Thema Kernenergie und begründete wie der ÖRK: „Unverändert gilt, daß die Entscheidung über die weitere Nutzung der Energieform nicht ohne Mitwirkung der Betroffenen zustande kommen darf.“[259]

1988 wurde vom *Unterausschuß „Energie“* des *Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“* auf Veranlassung der KKL die Studie *Energie und Umwelt* erstellt. Der BEK sah darin eine vertiefendene Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der *Konferenz über Glaube, Wissenschaft und Zukunft* des ÖRK, die 1979 in Boston stattgefunden und intensiv die Energienutzung und deren Auswirkungen – auch im Hinblick auf Kernenergie – behandelt hatte.[260] Ziel der Studie war es, „das Energieproblem der DDR zu umreißen, auf die bestehenden Schwierigkeiten hinzuweisen und mögliche Alternativen anzudeuten, die Verbindungen zu anderen Lebensbereichen aufzuzeigen und schließlich zu überlegen, wo es erforderlich und möglich ist,

[254]Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Rekonstruktion des VEB Braunkohleveredlung Espenhain vom 20. September 1988 in: aaO, 4. Für weitere Informationen zur Aktion siehe GENSICHEN: Umweltverantwortung, 292; HUFF: Natur und Industrie, 405ff; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 747.

[255]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Rekonstruktion des VEB Braunkohleveredlung Espenhain vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 4f.

[256]Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[257]Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[258]Vgl. 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 7; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Teil I vom 22.9.1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 70.

[259]Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Teil I vom 22.9.1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 70; vgl. auch Kernenergie und Ethik. Kommission von Church und Society, Konshasa 1989 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 610.

[260]Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 61; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 84; UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, Deckblatt, 3, 10ff, 222. Für weitere Informationen zu den Ergebnissen der Bostoner Konferenz siehe Sektion III der MIT-Konferenz über Glaube, Wissenschaft und die Zukunft, Boston 1979 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 575ff; Energie für die Zukunft – Die Energiefrage und die Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und bestandsfähigen Gesellschaft. Sektion VI der MIT-Konferenz über Glaube, Wissenschaft und Zukunft, Boston 1979 in: aaO, 604ff.

daß sich Christen zum Energieproblem äußern."[261] Mit der Studie sollten Gemeinden, Kirchenangestellten, Kirchenleitenden und Gruppen Informationen zu fossilen Energieträgern und der Kernenergie sowie zu erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge dessen wurde erneut kritisch auf die Geheimhaltung von Umweltdaten durch den SED-Staat verwiesen. In Auseinandersetzung mit den verschiedenen fossilen Energieträgern und der Kernenergie wurde deutlich, dass der SED-Staat Investionen tätigen musste, um deren Nutzung ökologischer zugestalten. Neben der Thematisierung der Bedrohungen durch die Havarie eines Kernkraftwerks und dem Hinweis auf die Schwefelstoffemissionen durch die fossilen Brennstoffe wurden die gesundheitlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen dargestellt, die die Gewinnung und Herstellung, der Prozess der Umwandlung in Energie sowie die Lagerung der Endprodukte von fossilen Energieträgern und Kernenergie mit sich bringt. Im Allgemeinen wurde dafür plädiert, Energieeinsparungen im Privaten und in der Industrie zu forcieren. Im Hinblick auf die erneuerbaren Energien wurde die Auseinandersetzung der DDR mit dieser Thematik als verhalten beschrieben. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten ihrer Nutzung in der DDR aufgezeigt. Die weitere Forcierung der Kernenergie durch den Staat der DDR wurde aufgrund ihrer dargestellten Folgen kritisiert.[262]

Hinsichtlich der Themen Menschenrechte und Gerechtigkeit setzte sich der BEK zunehmend – im Besonderen 1989 – mit den Umständen der Menschen- und Bürgerrechte im eigenen Land auseinander. Er vertrat die Forderungen der DemonstrantInnen nach freien Wahlen, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit auch gegenüber dem Staat.[263] 1987 und 1988 thematisierte der BEK die Menschenrechte, indem er z.B. Chancengleichheit im Bildungswesen und die Mündigkeit der BürgerInnen forderte. Die Mündigkeit sollte durch eine bessere Informiertheit der BürgerInnen und ein größeres Mitspracherecht im gesellschaftlichen und politischen Rahmen gestärkt werden.[264] Den Einsatz der Kirchen und ChristInnen für eine innergesellschaftliche, demokratische Streitkultur in der DDR verband die KKL mit dem Streben nach Frieden.[265] Der SED-Staat machte gegenüber dem BEK deutlich, dass das Recht auf Frieden allen anderen Menschenrechten vorgelagert sein müsste.[266] Ähnlich hatten die KKL und ihr

[261] UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, 3.

[262] Vgl. aaO, 3, 7f, 35ff, 43ff, 46, 48, 51, 57f, 61ff, 71, 73, 104, 126, 128, 135ff, 142ff, 153, 171, 173ff, 188f, 191ff, 220f, 222ff.

[263] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr, Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. Setember 1988 in: aaO, 313f; Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluss der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f.

[264] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 290; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47.

[265] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 326.

[266] Vgl. Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987,

Vorsitzender im Jahr 1985 auch noch argumentiert.[267]

Im Dezember 1988, anlässlich des 40. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte, veröffentlichte die KKL ein Votum. Darin hob sie die Bedeutung der Menschenrechte hervor und wiederholte ihre Verpflichtung der vorangegangenen Jahre zum Einsatz für die Menschenrechte, den sie „in der Annahme des Menschen durch Gott in Jesus Christus begründet"[268] sah. Wie schon vom ÖRK sowie im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* definiert, identifizierte auch die KKL Basisrechte: „das Recht auf Leben, das Recht auf persönliche Würde, das Recht auf kulturelle Identität, das Recht auf Teilhabe an der Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinschaft, das Recht, anderer Meinung zu sein, das Recht auf religiöse Freiheit."[269] Während sie – ganz im Sinne der DDR – „[e]ine Güterabwägung zwischen den Rechten des einzelnen und den Rechten der Gemeinschaft [als] [...] grundsätzlich berechtigt"[270] ansah, gewährte sie im Hinblick auf die Basisrechte keinen Diskussionsspielraum. Erneut definierte sie Menschenrechte als „Rechte des anderen"[271] und sprach von der Zusammengehörigkeit individueller und gesellschaftlicher Menschenrechte. Den Konziliaren Prozess verstand man in diesem Zusammenhang als Aufforderung zum kirchlichen Engagement für Menschenrechte – national sowie international.[272]

Besonders exzessiv wurde das Thema der Weltgerechtigkeit behandelt, das auch Teil der Arbeit der Menschenrechtsgruppen war. 1987 verwies die Bundessynode auf mögliche negative Auswirkungen ungerechter Wirtschaftsverhältnisse in der Welt auf den Frieden.[273]. Der BEK sprach sich weiterhin für die Beteiligung am 2%-Appell aus.[274] Neben der finanziellen Unterstützung ärmerer Länder wurde auch eine Auseinandersetzung mit der schuldhaften Verstrickung der Kirchen und Gemeinden in die Weltwirtschaft und eine daraus resultierende Neuausrichtung des Lebensstils gefordert.[275] Der Verweis auf die Mitschuld der ChristInnen an weltweiter Ungerechtigkeit und die Aufforderung zum Einsatz für Veränderungen stand im Einklang mit dem ÖRK. Dieser sprach sich für internationale Solidarität, strukturelle Veränderungen sowie das regionale und internationale Teilen aus.[276]

52.

[267] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 11. März 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 182; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 53.

[268] Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269; vgl. auch aaO, 270.

[269] AaO, 269.

[270] Ebd.

[271] Ebd.

[272] Vgl. aaO, 269f.

[273] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47.

[274] Vgl. Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 86; vgl. auch Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. März 1987 in Buckow, EZA 101/3071.

[275] Vgl. Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 94; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[276] Vgl. ebd; Richtlinien für das Teilen. ÖRK-Weltkonferenz, El Escorial 1987 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 499ff.

Rekurrierend auf die Geschichte des deutschen Volkes betonte der BEK, sich für Frieden und Abrüstung einsetzen zu müssen.[277] Man ließ sich von Treffen von Friedensgruppen berichten, nahm deren Anregungen z.B. in die Vorbereitung der Ökumenischen Versammlungen in der DDR auf und spornte die Gemeinden zum Einsatz für den Frieden an.[278] Im September 1987 erklärte sich der BEK unter der Prämisse der Eigenständigkeit der Aktionen kirchlicher Gruppen und Gemeinden zur Mitwirkung an dem von Verbänden der BRD, Österreich, der CSSR und dem Friedensrat der DDR initiierten Olof-Palme-Friedensmarsch bereit. Sowohl der BEK als auch die Oppositionellen werteten die Bewilligung des Friedensmarsches im Allgemeinen und die Teilnahme und Mitwirkung unabhängiger Friedensgruppen und der Kirchen mit ihren eigenen Standpunkten im Speziellen als eine Öffnung der DDR nach innen. Sie setzten große Hoffnungen in einen nun einsetzenden Reformprozess.[279] Die positive Einschätzung des Friedensmarsches und die daraus resultierenden Hoffnungen für die DDR-Gesellschaft waren im Spätherbst 1987 mit der Stürmung der Umweltbibliothek jedoch „bereits politisch überholt."[280]

4.5.5 Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses sowie der innerkirchlichen Situation mit Erstarken der kirchenansässigen Gruppen

Gegen Ende der DDR standen der Kirchenbund und die Kirchenleitungen der Gliedkirchen, mehr noch als in den Jahren zuvor, zwischen dem Staat und den kirchenansässigen Gruppen. Sie hatten sowohl mit einem schwierigen Staat-Kirche-Verhältnis als auch mit innerkirchlichen Auseinandersetzungen zu kämpfen.

---

[277] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedenfrage" vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 46f; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 41.

[278] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288; Arbeitsbericht 1985/86 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 74; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 75f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5.

[279] Vgl. Olof-Palme-Friedensmarsch. Bericht vor der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 20. September 1987 in Görlitz von Martin-Michael Passauer in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 334f, 337; KNABE: Der lange Weg, 150; KOWALCZUK: Endspiel, 245f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 175f; MAYER: Flucht und Ausreise, 142; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Teil I vom 22.9.1987 in: aaO, 69; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, erstattet auf der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 34f; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 75f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 690f, 692f; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 384; Text Nr. 12/1987 „Umweltblätter", 1. Oktober 1987, S. 3 Anmerkungen zum Olof-Palme-Friedensmarsch in: RÜDDENKLAU: Störenfried, 145; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 347f; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 51f; SILOMON: Anspruch und Wirklichkeit, 570, WIELGOHS/MÜLLER-ENBERGS: Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, 110.

[280] NEUBERT: Geschichte der Opposition, 693; vgl. auch MAYER: Flucht und Ausreise, 142; MECKEL: Zu wandeln die Zeiten, 144; WIELGOHS/MÜLLER-ENBERGS: Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, 110.

Da der Staat bis zum Herbst 1989 nur die Kirchenleitungen als Gesprächspartnerinnen anerkannte, waren die Gruppen auf die Vermittlung ihrer Standpunkte gegenüber dem Staat angewiesen.[281] Die Gruppen monierten, dass die Kirchenobersten die Anliegen meist sehr vorsichtig vorbrachten und scheinbar „die Kritik der politisch-alternativen Gruppen zu kanalisieren [versuchten]. Die Gruppenmitglieder sahen darin eine Anpassungsleistung der Kirchen, die es Staat und Partei ermöglichte, die politisch-alternativen Gruppen in den Kirchen mit deren Hilfe zu domestizieren."[282] Diese Kritik der Gruppen war nicht unbegründet. Schließlich gab es immer wieder Bestrebungen des Staates, die KirchenvertreterInnen zum Eindämmen der kirchenansässigen Gruppen und ihrer Aktionen zu initiieren, was auch in einigen Fällen gelang.[283]

Zwar hatten die KKL und die Bundessynode 1987 und 1988 erneut betont, dass sich der BEK, seine Gliedkirchen sowie deren Mitglieder, wenn nötig, im Sinne des Evangeliums kritisch, politisch und gesellschaftlich positionieren sowie Problemfelder in der Gesellschaft aufzeigen müssten. Dies wurde als Ausdruck der Fürsorge und Solidarität beschrieben.[284] Anstatt jedoch – wie von den Gruppen erwünscht – den kirchlichen Standpunkt resolut zu vertreten und Konfrontationen in Kauf zu nehmen, versuchten die Kirchenleitungen stellenweise, Konflikte zu entschärfen und den Frieden zu wahren.[285]

Besonders der Dialog der KirchenvertreterInnen mit dem Staat sowie die Zusammenarbeit mit staatlichen Gruppierungen und Institutionen wurde innerkirchlich sehr kritisch gesehen, da dadurch der Verdacht der „Vereinnahmung"[286] entstand, selbst dann, wenn die Standpunkte sich mit den kirchlichen deckten. Die KKL war sich dieser Problematik bewusst, hielt es aber für „schwer vermeidbar, daß kirchliches Handeln, Reden und Schweigen mißgedeutet oder vereinnahmt wird."[287] Der Unmut einiger Kir-

[281] Vgl. SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 349, 354f.

[282] OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383; vgl. auch Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 48, 58; GAUCK: Winter im Sommer, 147; GOECKEL: The Lutheran Church, 267, 273; GROßE: Einspruch, 648; KOWALCZUK: Endspiel, 415; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 353f.

[283] Vgl. Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 557; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988" in: aaO, 583; KOWALCZUK: Endspiel, 211; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 360; Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 55, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020); Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023).

[284] Vgl. Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. Mäz 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[285] Vgl. KNABE: Der lange Weg, 152; Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 71; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 352f.

[286] Zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum Verhältnis von Staat und Kirche. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18.-22.September 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 224; vgl. auch Dok. 103: Information Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 21.9.1987 „Zum bisherigen Verlauf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in Görlitz" in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 538.

[287] Zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum Verhältnis von Staat und Kirche. Aus dem Bericht der Konferenz

chenmitglieder richtete sich deshalb mit der Zeit auch gegen das Verhalten der Kirchenleitungen. Daraus resultierend bildeten sich mit dem *Arbeitskreis Solidarische Kirche* (AKSK) und der *Kirche von Unten* (KvU) zwei „sichtbar[e] kirchliche[...], aber auch politische[...] Oppositionsvereinigungen."[288] Die KvU und der AKSK bemängelten den hierarchischen Aufbau der Kirche und den größtenteils unkritischen Umgang der Kirchenobersten mit dem Staat.[289]

Obwohl die KirchenvertreterInnen des BEK und der Gliedkirchen sehr vorsichtig mit gesellschaftspolitischen Forderungen nach Veränderung an den Staat herantraten, löste dies starke staatliche Gegenwehr aus. Resultierend aus einem sehr eingeschränkten Religionsverständnis, das Religionsausübung nur auf die Rituale reduzierte und kein daraus sich entwickelndes gesellschaftliches Handeln mit einschloss, versuchte der Staat gegen Ende der DDR verstärkt, die Kirchen in ihre Schranken zu weisen und für ihr Verhalten abzustrafen.

Die Gesprächssituation zwischen Kirche und Staat verschlechterte sich ab Herbst 1987 zunehmend. Dazu trugen auch die Stürmung der Umweltbibliothek und die Verhaftungen um die Luxemburg/Liebknecht-Demonstration bei, auch wenn der BEK nicht öffentlich zu diesen Ereignissen Stellung bezog.[290] Nur Krusche thematisierte in seinen Ausführungen zum zehnjährigen Jahrestag des Spitzengespräches vom 3. März 1978 die Vorkommnisse in der Umweltbibliothek und bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration und betonte: „Zugriffe, wie sie in Berlin geschehen sind mitsamt ihren Begründungen, dürften sich unter keinen Umständen wiederholen. Sie schaden nicht nur dem Ansehen der DDR, sondern zerstören mühsam aufgebautes Vertrauen."[291] Der Staat trat von zugesicherten Sach- und Informationsgesprächen zurück, die entgegen der Hoffnung von KKL und ihrem Vorsitzenden bis zum Herbst 1989 nicht mehr realisiert wurden.[292]

---

der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18.-22.September 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 225; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 37.

[288] KOWALCZUK: Endspiel, 241.

[289] Vgl. KLEIN: Frieden und Gerechtigkeit, 283f; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 688; KOWALCZUK: Endspiel, 211; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383. Für weitere Informationen zu KvU und zur AKSK siehe GAUCK: Winter im Sommer, 136; KLEIN: Frieden und Gerechtigkeit, 283ff; KOWALCZUK: Endspiel, 211, 241; MAYER: Flucht und Ausreise, 153; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 685ff.

[290] Vgl. Zu den Ereignissen in der Berliner Zionsgemeinde. Schnellinformation des Leiters des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 04.12.1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 383ff; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292; KOWALCZUK: Endspiel, 202; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 180; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76.

[291] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59.

[292] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; GOECKEL: The Lutheran Church, 271; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42; Arbeitsbericht 1988/89 in:

Am 19. Februar 1988 wurde Leich zu einem Gespräch mit Werner Jarowinsky, Sekretär des ZK für Kirchenfragen,[293] einbestellt. Bei der Begegnung verlas dieser eine vom Politbüro in Auftrag gegebene Erklärung, in der er den Kirchen vorwarf, in der letzten Zeit in vielerlei Hinsicht ihre Kompetenzen überschritten und damit das bewährte Staat-Kirche-Verhältnis gefährdet zu haben. Die Kirchen böten staatskritischen Gruppen eine Plattform sowie die Möglichkeit, die Strukturen der Kirchen für ihre Zwecke zu nutzen und zu missbrauchen.[294] Leich nutzte das Gespräch mit Erich Honecker am 3. März 1988, um einerseits Probleme in der DDR und im Staat-Kirche-Verhältnis anzusprechen.[295] Andererseits nahm er zu den Vorwürfen Jarowinskys Stellung und versuchte diese zu entkräften. Zur Haltung der Kirche zum Staat sagte er: „Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, eine Oppositionspartei zu sein oder Akklamationen abzugeben."[296] Wie schon im Gespräch mit Jarowinsky begründete er die Auseinandersetzung der Kirchen mit gesellschaftspolitischen Themen mit der fehlenden Gesprächsbereitschaft des Staates.[297]

Der 10. Jahrestag des Spitzengesprächs zwischen Honecker und Schönherr gab im März 1988 Anlass zur Reflexion der Entwicklungen des Staat-Kirche-Verhältnisses sowie über die Rolle der Kirche in der DDR-Gesellschaft.

In der von Bischof Krusche zu diesem Anlass auf Bitte der KKL verfassten Analyse *6. März 1978-1988. Ein Lernweg* beschrieb er diese Begegnung, im Einklang mit der KKL und Jarowinsky, als Gespräch mit „Modellcharakter"[298] für die weiteren Begegnungen und den Umgang zwischen Kirche und Staat. Die Kirche wäre 1978 erstmals als „eigenständiger Partner"[299] aufgetreten. Leich bewertete die Entwicklungen des Staat-Kirche-Verhältnisses in den letzten 10 Jahren positiv und interpretierte sie als Ansporn für den Einsatz der ChristInnen für lebensfördernde und zukunftsfähige Veränderungen in der Gesellschaft der

---

aaO, 48.

[293] Vgl. MÜLLER-ENBERGS: Jarowinsky, 393.

[294] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 272; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 552ff, 556f; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 349.

[295] Vgl. Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76.

[296] Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287.

[297] Vgl. ebd; Vermerk der Hauptabteilung XX/4 des MfS über das Gespräch der Genossen Jarowinsky und Gysi mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in der DDR, Bischof Leich, und dem Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Ziegler, am 19.02.1988: MfS HA XX/4 2557, Bl. 99, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1722.pdf (18.12.2021); Vermerk zur Reaktion von Landesbischof Leich auf das Gespräch mit Genosse Jarowinsky, 23. Februar 1988: MfS HA XX/4 2557, Bl. 119, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1723.pdf (18.12.2021).

[298] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 38; vgl. auch Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. Mäz 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 553f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76f.

[299] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 37.

DDR.[300]

Krusche und die KKL machten verschiedene Themen aus, bei denen weiterhin unterschiedliche Ansichten beider Parteien vorlagen und noch Verhandlungsbedarf bestand: Friedensverantwortung, Menschenrechte – vor allem wie schon 1987 und 1988 thematisiert die Reisefreiheit –, die Kirche und die Gruppen, Dialog, Ökumene, Bildung, Wehrdienst und das Verhalten des Staates gegenüber allen BürgerInnen, im Besonderen gegenüber den ChristInnen. Von staatlicher Seite wurde die Auseinandersetzung mit diesen Themen als Eingriff in staatliche Belange angesehen. Jarowinsky forderte eine Rückkehr zur reinen Religionsausübung.[301] Die KKL widersprach unter Betonung die Notwendigkeit der „verfassungsmäßige[n] Trennung von Kirche und Staat“[302] dem staatlichen Vorwurf der Kompetenzüberschreitung.[303] Verteidigt wurde das Einbringen in gesellschaftliche Diskussion mit dem kirchlichen Auftrag: „Die Kirche ist immer an den ganzen Menschen gewiesen. Dazu gehören auch seine gesellschaftlichen Belange. Ihnen kann sich die Kirche um des Liebesgebotes Jesu Christi willen nicht entziehen. Trennung von Staat und Kirche darf nicht als Trennung der Kirche von den Menschen verstanden werden.“[304] Hinweise von Kir-

[300]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 290; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

[301]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 40ff; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der KKL in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 337; Dok. 103: Information Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 21.9.1987 „Zum bisherigen Verlauf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in Görlitz“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 537; Dok. 105: Anschreiben Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 29.9.1987 mit beigefügter Abschlußeinschätzung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen über die BEK-Synode in Görlitz in: aaO, 540, 544; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 „Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 546, 549; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: aaO, 557; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 35f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[302]Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

[303]Vgl. ebd; Dok. 105: Anschreiben Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 29.9.1987 mit beigefügter Abschlußeinschätzung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen über die BEK-Synode in Görlitz in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 543f; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 „Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 549; Dok. 108: Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: aaO, 554; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: aaO, 569; Dok. 111: Beschlüsse des Sekretariats des ZK der SED „Zur Vorbereitung der Frühjahrstagungen der Synode der Evangelischen Landeskirchen in der DDR“ und „Zur Vorbereitung der regionalen Kirchentage im Jahre 1988“ in: aaO, 578.

[304]Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

chenvertreterInnen und BürgerInnen im Allgemeinen auf problematische Gesichtspunkte in Politik und Gesellschaft wurden deshalb seitens der Kirche als Unterstützung und Übernahme von Verantwortung gegenüber dem Staat und nicht als Kritik und Loslösung vom Sozialismus gewertet.[305]

Sowohl von staatlicher als auch von kirchlicher Seite wurde der Wille bekundet, an der mit dem Spitzengespräch vom 6. März 1978 definierten Gesprächskultur zwischen Staat und Kirche festhalten zu wollen.[306]

Neben der erschwerten Gesprächslage zwischen Kirche und Staat wurden 1988 aufgrund der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen viele Kirchenzeitungen anteilig zensiert oder durften in Gänze nicht erscheinen.[307] Sowohl von Seiten des BEK als auch von Seiten der LeserInnenschaft wurde Einspruch erhoben.[308] Die KKL sprach von negativen Auswirkungen des staatlichen Vorgehens auf das Staat-Kirche-Verhältnis und hoffte auf mehr Pressefreiheit für die Kirchenzeitungen, denn: „Der Verkündigungsauftrag der Kirche ist nicht eingegrenzt auf Seelsorge, sondern reicht in alle Bereiche menschlichen Lebens hinein."[309] Zusätzlich wollte man den LeserInnen die Möglichkeit der eigenen Meinungsbildung geben.[310] Laut dem *Arbeitsbericht 1988/89* des BEK normalisierte sich die Lage 1989 wieder.[311] Im Hinblick auf die staatlichen Medien drängten die KKL und ihr Vorsitzender auf Änderungen

[305]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287, 289f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[306]Vgl. Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. Mäz 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 557; Dok. 109. Anlage Nr 1. zum Protokoll Nr. 10 vom 8. März 1988. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in: aaO, 562; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 71; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76.

[307]Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 270f; Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988" in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 579, 581ff; KOWALCZUK: Endspiel, 202; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 89; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 349.

[308]Vgl. 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76. Im Oktober 1988 kam es sogar in Ost-Berlin zu zwei Demonstrationsversuchen gegen die Zensurmaßnahmen der DDR durch kirchliche Angestellte. Die staatlichen Organe unterbanden die Demonstrationen und nahmen TeilnehmerInnen fest. (Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 202f; Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 13, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020).)

[309]4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67; vgl. auch aaO, 66.

[310]Vgl. aaO, 67.

[311]Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 47.

in der Informationspraxis der DDR. Probleme sollten in den Medien nicht mehr verschwiegen werden. Leich formulierte es defensiver als die KKL und sprach davon, „daß in vielen Fällen unsere Medien die Berichterstattung und Kommentierung von Ereignissen den Medien der Bundesrepublik überlassen.“[312] Die KKL hatte 1987 auf die Differenz zwischen Berichterstattung und eigener Erfahrungswelt hingewiesen und vor den negativen Auswirkungen auf das Verhältnis der BürgerInnen zum Staat gewarnt.[313]

Laut MfS hatte sich das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat nach dem Gespräch zwischen Honecker und Leich im März 1988 wieder stabilisiert. In den Landeskirchen diagnostizierte man eine Stärkung des realistischen Standpunktes ganz im Sinne des 6. März 1978. Kritisch sah man allerdings die Thematisierung verschiedener gesellschaftspolitischer Probleme und der damit einhergehenden Einforderung einer gesellschaftlichen Mitbestimmung. Der Staat behielt sein Vorgehen bei, positive Tendenzen in den Kirchen festigen und die negativen zurückdrängen zu wollen. Dementsprechend sollte auch auf die Kirchenleitungen eingewirkt werden.[314]

4.6 Kommunalwahlen im Mai 1989

Mit der Bekanntgabe der Kommunalwahlen für Mai 1989 formierte sich einerseits Protest gegen die bisherige Durchführung der Wahlen, andererseits forderten BürgerrechtlerInnen die Aufstellung von von der Einheitsliste unabhängigen KandidatInnen. Dies war auch durch die Reformen und Zugeständnisse bei den Wahlen in der VR Polen, VR Ungarn und der Sowjetunion bedingt. Da die unabhängigen KandidatInnen von staatlicher Seite nicht berücksichtigt wurden, kam es zu Erklärungen der Wahlverweigerung durch verschiedene Gruppen, die das Wahlsystem der DDR als undemokratisch ablehnten. Mittels Flugblättern und Fernsehsendungen im Westfernsehen wurde zum Wahlboykott aufgerufen. Im Zuge dessen wurde erklärt, wie man eine Gegenstimme oder eine ungültige Stimme abgibt.[315]

[312] Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289.

[313] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[314] Vgl. Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592), Bl. 2f, 10, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf (15.01.2023); Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppen, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok851.pdf (24.10.2020); Schreiben an alle Diensteinheiten zur Einwirkung auf die kirchenleitenden Organe, 30.01.1988: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8528, Bl. 3f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok859.pdf (29.10.2020).

[315] Vgl. FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 470; „Für ein neues, demokratisches Wahlrecht“. Erklärung des Arbeitskreises Solidarische Kirche (Regionalgruppe Thüringen), 16. März 1989 in: aaO, 495; Wahlverweigerung öffentlich begründet. Erklärung zur Wahl, 15. April 1989 in: aaO, 496; Erklärung zur Wahl, 15. April 1989 in: aaO, 496f; GAUCK: Winter im Sommer, 197; Kommunalwahl 1989 (1), EP 11/01, Nov. 1988 – Mai 1989, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/ (03.10.2020); KLOTH: Zettelfalten, 211, 231; Erklärung zur Kommunalwahl 1989, Arbeitskreis Konziliarer Prozeß, März 1989 in: KOORDINATIONSGRUPPE WAHLEN (Hg.): wahlfall ´89, 2f; Wer die Wahl hat... Offener Brief an Wählerinnen und Wähler, Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, 15. Februar 1989 in: aaO, 4; Arbeitskreis Solidarische Kirche – Regionalgruppe Thüringen, Arbeitsbericht, 23. November 1989 [1988] in: aaO, 5f; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 322; Eigene Kandidaten: Aus einem Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter vom 8. Januar 1989 in: REIN: Protestantische Revolution, 125f; REIN: Protestantische Revolution, 139.

Am 7. Mai 1989 wurde von verschiedenen Gruppen die Kontrolle der Stimmabgabe in den Wahllokalen organisiert.[316] Die Kontrollen waren möglich, da die Stimmauszählung nach dem *Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik* „öffentlich"[317] vorgenommen werden musste. Die *Koordinierungsgruppe Wahlen* trug in den Wochen nach der Wahl Ergebnisse aus der gesamten DDR zusammen und veröffentlichte diese dann als *wahlfall ´89*. Im *wahlfall ´89* variierte der Gegenstimmenanteil für die Wahlkreise in Berlin, Naumburg und Potsdam zwischen 4 und 11 Prozent. Damit wichen die von staatlicher Seite veröffentlichten Zahlen sehr deutlich von den zusammengetragenen Ergebnissen der KontrolleurInnen ab. Das von Egon Krenz in seiner Funktion als Wahlleiter verkündete Ergebnis von 98,85 Prozent für die Einheitsliste löste, obwohl es erstmals unter 99 Prozent lag, heftige Gegenreaktionen aus.[318]

Es kam zu Einspruch, Eingaben und Anzeigen – auch von kirchlichen VertreterInnen.[319] Das SED-Regime wies die Vorwürfe bis zum Ende der DDR als unwahr zurück.[320] Da die BürgerInnen durch die „administrative Offensive"[321] kein Gehör fanden, kam es zu öffentlichen Protestaktionen, wie z.B. in Berlin an jedem 7. des Monats.[322] Der staatliche Umgang mit Kritik an den Kommunalwahlen trugen somit zur Mobilisierung und Aktionsbereitschaft der BürgerrechtlerInnen bei.[323]

4.6.1 Reaktionen des BEK auf die anstehenden Wahlen und den nachgewiesenen Wahlbetrug

Kirchliche Gruppen hatten sich schon 1987 und 1988 im Hinblick auf die anstehenden Wahlen kritisch mit demokratischen Rechten und dem Wahlsystem in der DDR auseinandergesetzt und eine Reformierung gefordert.[324] Die *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*

[316]Vgl. FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 484; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 322; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 193; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 417f.

[317]Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) vom 24. Juni 1976, Art. 37 Abs. 1, https://www.verfassungen.de/ddr/wahlgesetz76.htm (19.03.2023).

[318]Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 44, 64; FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 467f, 373f, 484f; GEHLER: Deutschland, 319; KLOTH: Zettelfalten, 287; KOORDINATIONSGRUPPE WAHLEN (Hg.): wahlfall ´89, 19ff; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 323; REIN: Protestantische Revolution, 138f; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 418.

[319]Vgl. FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 485f, 490, 498; Kommunalwahl 1989 (3), EP 11/03, 1989 – 1990, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/ (03.10.2020); KLOTH: Zettelfalten, 280ff; KOORDINATIONSGRUPPE WAHLEN (Hg.): wahlfall ´89, 15ff, 21ff; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 323; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 193; Eingeständnis der Schwäche: Kanzelerklärung der Erfurter Pfarrer vom 27. Mai 1989 in: REIN: Protestantische Revolution, 139ff.

[320]Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 15, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); FRICKE: DDR-Kommunalwahlen, 486, 489; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 323; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 195; Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, 19. Mai 1989, BStu, ZA, MfS BdL/Dok 8886, Bl. 1, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1140.pdf (25.07.2021).

[321]KLOTH: Zettelfalten, 280.

[322]Vgl. GEHLER: Deutschland, 315; KLOTH: Zettelfalten, 290, 294ff; KOWALCZUK: Endspiel, 361; REIN: Protestantische Revolution, 147; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 250; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 434.

[323]Vgl. KLOTH: Zettelfalten, 280ff.

[324]Vgl. aaO, 209f; Dokument 39: Das Recht auf Staats-Bürgerschaft in der DDR. Anregungen zu einem notwendigen Gespräch (April 1987) in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 296; 20 Thesen aus Wittenberg zur Erneuerung

forderte im April 1989, dass „[d]as Wahlrecht [..] so reformiert werden [sollte], daß die Wähler auf die Aufstellung der Kandidaten wirksam Einfluß nehmen und geheim unter mehreren auswählen können."[325]

Von Seiten des BEK wurde vor den Kommunalwahlen zwar in mehreren Dokumenten darauf gedrungen, die Möglichkeiten politischer Mitwirkung und damit die Mündigkeit der BürgerInnen zu erhöhen, die Wahl und ihr Ablauf wurden aber nicht direkt behandelt. So betonte die Bundessynode 1987 den Willen der BürgerInnen der DDR zur Mitwirkung an Politik und Gesellschaft und forderte diesbezüglich „Rechtsklarheit und Rechtssicherheit"[326]. Die Mündigkeit sah man in der Anerkennung von Meinungsvielfalt, der Bereitstellung von Informationen und im offenen gesellschaftlichen Diskurs gestärkt.[327] Deshalb betonte die Bundessynode 1988: „Kritik darf nicht von vornherein als Gegnerschaft, sondern im Gegenteil in ihrem konstruktiven Anliegen gesehen und Ernst genommen werden."[328] Die Bundessynode hatte sich schon 1987 selbst dazu verpflichtet, „Probleme in unserem Land offen an[zu]sprechen"[329].

Erst ca. einen Monat nach der Wahl, am 2./ 3. Juni 1989, reagierte die KKL des BEK mit dem Beschluss *Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989* auf „besorgte Anfragen"[330], die an die Kirchen herangetragen worden waren. Sie kritisierte den Umgang des Staates mit Eingaben und Einsprüchen von Seiten der BürgerInnen und bat um deren schnelle Bearbeitung durch den Staat. Zusätzlich wurde die Überarbeitung des Wahlverfahrens gefordert, „damit jeder Bürger aktiv Auswahlentscheidungen treffen kann und eindeutig über die Wertung der Stimmen unterrichtet ist."[331] Der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode wiederholten die Forderung der Bundessynode von 1988, KritikerInnen nicht von Vornherein „als Gegner abzustempeln"[332], sondern sie mit ihren Einwänden als Bereicherung anzusehen.[333] Die Mitglieder des BEK wurden dazu aufgefordert,

---

und Umgestaltung der DDR, 24. Juni 1988 in: REIN: Protestantische Revolution, 94.

[325] Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen, Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, dritte Session in Dresden, 26. bis 30. April 1989 in: REIN: Protestantische Revolution, 133.

[326] Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258.

[327] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum 'Bekennen in der Friedensfrage' vom 22. September 1987 in: aaO, 265; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f.

[328] Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314.

[329] Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum 'Bekennen in der Friedensfrage' vom 22. September 1987 in: aaO, 265.

[330] Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329. Einige Gliedkirchen äußerten sich wesentlich früher, offener und kritischer als der BEK zum Thema Wahlen und forderten desbezüglich Veränderungen. (Vgl. KLOTH: Zettelfalten, 207f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 193; Dokument 43: Markus Meckel: Gerechtigkeit und Partizipation in der eigenen Gesellschaft. Entwurf eines zusammenfassenden Berichtes einer Vorbereitungsgruppe der Ökumenischen Versammlung über Aussagen bisheriger kirchlicher Dokumente, Januar 1988 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 325; REIN: Protestantische Revolution, 135; Bericht der Kirchenleitung auf der 7. Tagung der X. Synode, Blankenburg/Harz, 29. Oktober 1987 in: SCHULTZE (Hg.): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung, 524; Beschluß der Synode zu den Berichten des Kirchenleitung und des Konsistoriums, 30. Oktober 1988 in: aaO, 553.)

[331] Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 329.

[332] Ebd.

[333] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339.

gegenüber dem Staat „ihre Anfragen sachlich vorzubringen“[334].

Im Herbst 1989 wurde die bereits im Juni vorgebrachte Kritik an den Wahlen sowie der Wirkungslosigkeit von Eingaben und Einsprüchen wiederholt. Erneut betonten die Bundessynode und der Vorsitzende der KKL im Herbst 1989 die Notwendigkeit der Überarbeitung und Demokratisierung des Wahlsystems der DDR.[335]

4.7 Entwicklungen in der DDR im Herbst 1989

Im Herbst wurde die zunehmende Unzufriedenheit der DDR-BürgerInnen immer mehr in der Öffentlichkeit bekundet.[336] Die Oppositionellen erkannten, dass sie den „Schutzraum der Kirche“[337] verlassen mussten, wenn sie wirkliche Veränderungen herbeiführen wollten.

Verschiedene außen- und innenpolitische Faktoren begünstigten die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Gruppen hin zu Bürgerbewegungen und das Erstarken der Demonstrationsbewegung.

So ging mit der Aufkündigung der *Breschnew-Doktrin* durch Gorbatschow im Jahr 1988 und der daraus resultierenden politischen Eigenständigkeit der einzelnen sozialistischen Staaten auch der Wegfall der Hilfe der Sowjetunion im innen- oder außenpolitischen Angriffsfall einher. Das ausbleibende sowjetische Eingreifen bei den BürgerInnenprotesten in der VR Polen und der VR Ungarn mehrte die Hoffnung der DDR-BürgerInnen, dass die Sowjetunion nicht – wie noch 1968 beim Prager Frühling – militärisch einschreiten würde. Die Bürgerbewegungen in der VR Ungarn und der VR Polen, die für Veränderungen des politischen Systems und die Übernahme der Reformpolitik Gorbatschows demonstrierten, animierten die DDR-BürgerInnen, es ihnen gleich zu tun.[338]

Zusätzlich büßten die SED-PolitikerInnen innenpolitisch mehr und mehr an Vertrauen der DDR-Bürger-Innen ein, die bald nicht mehr an eine Änderung der Gegebenheiten unter Führung der SED

[334] Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329.

[335] Vgl. ebd; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339, 341; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 360; Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[336] Vgl. KNABE: Der lange Weg, 152; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 328; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 387.

[337] MEHLHORN: Demokratie jetzt, 577; vgl. auch BRUCKMEIER: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen, 34f; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 212; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 209; GAUCK: Winter im Sommer, 202; MAYER: Flucht und Ausreise, 65; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383; PFLUGBEIL: Das neue Forum, 507f.

[338] Vgl. BLEHOVA: Der Fall des Kommunismus, 75; GEHLER: Deutschland, 290; KOWALCZUK: Endspiel, 33; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 202f; MAYER: Flucht und Ausreise, 134; MEYER-LANDRUT: Die Entstehung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, 6, 10, 17; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 398; SIEBS: Außenpolitik, 405; WENTKER: Außenpolitik, 491; WIELGOHS: DDR, 117f, 130f.

glaubten. Die politisch Verantwortlichen ignorierten die Probleme in Politik und Gesellschaft, – im Besonderen die Ausreisewelle und die Kritik am Wahlbetrug –, bewerteten die blutige Niederschlagung studentischer Proteste in Peking positiv und verunglimpften die Ausreisenden. Des Weiteren verweigerten sie die von Gorbatschow mit *Perestroika* und *Glasnost* angestrebten Reformen und lange Zeit jeglichen Dialog. Aufgrund der Erkrankung Honeckers war die DDR zusätzlich wochenlang führungslos und wusste nicht angemessen auf die Proteste zu reagieren.[339]

4.7.1 Demonstrationen im Herbst 1989 und der staatliche Umgang mit den DemonstrantInnen

War es schon in den vorangegangenen Monate zu Demonstrationen und Verhaftungen gekommen,[340] so fanden ab September 1989 verstärkt Demonstrationen statt, die immer mehr Menschen mobilisierten. Es kam zu Verhaftungen von DemonstrantInnen und Geldstrafen; die Einsatzkräfte gingen gewaltsam gegen die Protestierenden vor.[341] Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, kam es in vielen Städten zu friedlichen Demonstrationen.[342] Von Sicherheitskräften wurde „systematisch brutale Gewalt und erniedrigende Demütigungen gegen schutz- und wehrlose Menschen angewandt“[343]. Nach der Freilassung berichteten Zugeführte von „physischer und psychischer Folter“[344]. Da die Behandlung der DemonstrantInnen durch die Sicherheitskräfte flächendeckend so einheitlich ablief, ist davon auszugehen, dass sie auf Befehl handelten.[345] Auch am Folgetag wurde das radikale Vorgehen der Einsatzkräfte in Ost-Berlin noch

[339]Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 27, 39; BRUCKMEIER: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen, 24, 26; BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 34, 40, 68; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 215; EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 19; EISENFELD: Die Ausreisebewegung, 223; GOECKEL: The Lutheran Church, 270; JESCHONNEK: Ausreise, 18; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 324; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 198; MAYER: Flucht und Ausreise, 65, 71, 134; MEHLHORN: Demokratie jetzt, 577; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 381, 386f; SCHROEDER: Der SED-Staat, 297; WIELGOHS: DDR, 131.

[340]Vgl. GEHLER: Deutschland, 315; KLOTH: Zettelfalten, 290, 292, 294ff, 308; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 322; REIN: Protestantische Revolution, 129, 147: WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 419.

[341]Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 11; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 225f; GAUCK: Winter im Sommer, 201; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 77ff; KLOTH: Zettelfalten, 297f; KOWALCZUK: Endspiel, 360, 368f, 371, 381f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 201f; MAYER: Flucht und Ausreise, 451; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 200.

[342]Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 11f; GAUCK: Winter im Sommer, 201; GEHLER: Deutschland, 315; KLOTH: Zettelfalten, 299; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 202f; PÖTZSCH: Deutsche Geschichte, 248; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 250ff; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 436.

[343]KOWALCZUK: Endspiel, 384; vgl. auch BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 14f; GEHLER: Deutschland, 315; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 80f; KLOTH: Zettelfalten, 299; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 331; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 202f; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 253; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 201; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 437f.

[344]KOWALCZUK: Endspiel, 392. „Die Menschen wurden geschlagen, getreten, bespuckt; Frauen und Mädchen mussten sich ausziehen und 'Sport treiben'; vielen wurde stundenlang die Notdurft verweigert [...], auf der Toilette wurden Frauen wie Männer ungeniert bei geöffneter Tür beobachtet und kommentiert; die Menschen mussten bis zu 12 Stunden mit dem Gesicht zu einer Betonwand stehen, durften sich nicht setzen oder überhaupt nur bewegen; viele wurden auf LKW-Pritschen geworfen; in den Zuführungspunkten standen Polizeireihen mit Knüppeln und Schildern, durch die die Menschen getrieben wurden.“ (Ebd.; vgl. auch Protokolle von Betroffenen, Berlin, Mollstraße in: REIN: Protestantische Revolution, 244, 247; Protokolle von Betroffenen, Berlin, Stargarder Straße in: aaO, 249; Protokolle von Betroffenen, Berlin, Duncker-/Ecke Stargarder Straße in: aaO, 254ff; Protokolle von Betroffenen, Berlin, Gethsemanekirche in: aaO, 262.) Die von der Kontakttelefongruppe gesammelten und anteilig in *Wir sind das Volk, Oktober 1989 - Wider den Schlaf der Vernunft* und *Die protestantische Revolution* veröffentlichten Schilderungen der Ereignisse in Berlin durch Betroffene oder AugenzeugInnen spiegeln das beschriebene Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die DemonstrantInnen wider.(Vgl. BRESCH (Hg.): Oktober 1989, 47-68; REIN: Protestantische Revolution, 244ff; SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 71-118.)

[345]Vgl. GEHLER: Deutschland, 315; KOWALCZUK: Endspiel, 392f.

weiter fortgesetzt.[346] Bezweckte die Führungsriege der DDR mit dem brutalen Vorgehen ein Eindämmen der Demonstrationen, so hatte dies auf die DDR-Bevölkerung im Gegenteil eher eine mobilisierende Wirkung.[347]

Der 9. Oktober wird als „der entscheidende Wendepunkt in der Entwicklung der revolutionären Geschehnisse in der DDR“[348] beschrieben. Von staatlicher Seite wurden in Leipzig zwar 8.000 Einsatzkräfte mobilisiert und die Krankenhäuser für die Einlieferung einer großen Zahl von Verletzten vorbereitet. Entgegen der daraus resultierenden Befürchtungen verlief die Montagsdemonstration in Leipzig mit 70.000 TeilnehmerInnen aber von Seiten der Einsatzkräfte gewaltfrei. Der Befehl zum Angriff wurde nicht erteilt. Auch in Berlin blieben weitere Gewaltexzesse aus.[349] Damit kann ab diesem Zeitpunkt auch hinsichtlich des Vorgehens der Einsatzkräfte gegen die DemonstrantInnen weitgehend von einer „'friedlichen Revolution'“[350] gesprochen werden. Das Ereignis in Leipzig und seine Signalwirkung steigerte das Selbstbewusstsein der DemonstrantInnen.[351]

Nach dem 9. Oktober nahm die Zahl der Demonstrationen und der DemonstrantInnen bis zum Fall der Mauer stetig zu. Die Wahl von Egon Krenz zum Staatsrats- und Verteidigungsratsvorsitzenden befeuerte die Protestbewegung zusätzlich. Aufgrund seiner Tätigkeit als Wahlleiter der Kommunalwahlen im Mai und seiner positiven Einschätzung des Massakers an friedlichen DemonstrantInnen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 erwartete man von ihm keine großen Änderungen im System.[352] Am 23. Oktober dachte das SED-Politbüro noch, die Demonstrationen durch die Einführung von Genehmigungsverfahren und damit einhergehende Ablehnungen von Demonstrationen eindämmen zu können.[353]

Mit steigendem Druck ließen sich staatliche VertreterInnen an einigen Orten, unter anderem Dresden und Ost-Berlin, auf Gespräche mit den BürgerInnen ein. Die Gespräche sollten vor allem zu Beginn dazu dienen, die Massen zu beruhigen und das Protestpotential wieder einzudämmen. Da die meisten politisch Verantwortlichen der DDR jedoch nicht zu argumentativer Auseinandersetzung befähigt waren, rissen die DemonstrantInnen die Diskussionen an sich und stellten weitere Forderungen. Viele RegionalpolitikerInnen warteten im Umgang mit den Demonstrationen auf konkrete Anweisungen aus Berlin.[354]

[346] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 18; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 81; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 203.

[347] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 221; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 400; SCHROEDER: Der SED-Staat, 298; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 255.

[348] GEHLER: Deutschland, 316.

[349] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 19, 22; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 216; GEHLER: Deutschland, 316; JARAUSCH: Kollaps des Kommunismus, 36; KOWALCZUK: Endspiel, 402f; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 203ff; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 201f.

[350] KOWALCZUK: Endspiel, 401; vgl. auch GEHLER: Deutschland, 316.

[351] Vgl. GEHLER: Deutschland, 316; KOWALCZUK: Endspiel, 403.

[352] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 36, 43f, 46; DALE: The East German Revolution, 63; GAUCK: Winter im Sommer, 198; GEHLER: Deutschland, 316, 319; KLOTH: Zettelfalten, 303; KOWALCZUK: Endspiel, 427, 436; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 341; SCHWABE: Der Herbst 89 in Zahlen, 727; SILOMON: Anspruch und Wirklichkeit, 444.

[353] Vgl. Dokument 39. Vorschläge des SED-Politbüros für „Maßnahmen gegen antisozialistische Sammlungsbewegungen“ vom 23. Oktober 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 176.

[354] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 32f, 40, 48, 50ff; BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 61; DALE: The East German Revolution, 65ff; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 88; KOWALCZUK: Endspiel, 400, 412f, 417f, 429; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346f; Dokument 39. Vorschläge des SED-Politbüros für „Maßnahmen gegen antisozialistische Sammlungsbewegungen“ vom 23. Oktober 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts

Am 4. November 1989 wurde die erste von staatlicher Seite genehmigte Großkundgebung in der DDR in Ost-Berlin abgehalten.[355] Zeitgleich fanden „[i]n über 50 Städten“[356] der DDR Demonstrationen statt. Organisiert wurde die Demonstration in Ost-Berlin von „Künstlern, vor allem der Ost-Berliner Theater“[357]. Unter den RednerInnen der Großkundgebung auf dem Alexanderplatz waren neben SchauspielerInnen und KünstlerInnen auch Politiker und VertreterInnen neuer politischer Gruppierungen.[358] Die drei VertreterInnen des SED-Staates Markus Wolf, Günter Schabowski und Gregor Gysi einte, dass sie für eine Reform des staatlichen Systems plädierten, jedoch den Sozialismus und den Machtanspruch der SED nicht angetastet wissen wollten.[359] Gysi sprach sich als Rechtsanwalt für den „Ausbau der Rechtsordnung“[360] aus. Besonders das Strafrecht wäre „geprägt von einem übertriebenen und falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis“[361]. Markus Wolf, Generaloberst a.D. des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR, und Günter Schabowski, Mitglied des Zentralkomitees und der Volkskammer, wurden als Vertreter des alten, verhassten Systems wahrgenommen.[362] Deshalb brachten die ZuhörerInnen während der Redebeiträge ihren Unmut lautstark zum Ausdruck.[363] Markus Wolf sprach davon, „daß unsere Führung bis zum 7. Oktober in einer Scheinwelt lebte und selbst dann versagte, als die Menschen anfingen, mit den Füßen abzustimmen.“[364] Schabowski kündigte Veränderungen an und verwies auf die Sitzung des Zentralkomitees am 8. November, bei der ein „Aktionsprogramm“[365] erstellt werden sollte.

Auf der Kundgebung sprachen keine Offiziellen des BEK und seiner Gliedkirchen. Dennoch zeichneten sich Konrad Elmer, Marianne Birthler und Friedrich Schorlemmer, die als VertreterInnen oppositioneller Gruppen auftraten, durch ihre Verbindung zur evangelischen Kirche aus. Marianne Birthler, Vertreterin der *Initiative für Frieden und Menschenrechte*, Katechetin und Jugendreferentin im evangelischen Stadtjugendpfarramt Berlin,[366] prangerte die Gewaltexzesse der Polizei bei vorangegangenen Demonstrationen an und forderte deren umfassende Aufklärung auch im Hinblick auf die Verantwortung staatlicher VertreterInnen. Sie sprach wie Gysi von der Notwendigkeit der Machtkontrolle. Zusätzlich forderte sie zu weiterem Engagement auf, da nun die Arbeit in Staat und Gesellschaft der DDR erst anfange.[367] Friedrich Schorlemmer, Mitbegründer der Bürgerbewegung *Demokratischer Aufbruch* und Pfarrer,[368] forderte, wie der BEK, zum Verbleib in der DDR auf. Darüber hinaus hielt er die Anerkennung des Meinungspluralismus, den Rücktritt verschiedener staatlicher VertreterInnen und die Vertiefung des Dialogs für

immer, 176.

[355] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 60; DALE: The East German Revolution, 71; GEHLER: Deutschland, 316; KOWALCZUK: Endspiel, 452; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 345; SCHROEDER: Der SED-Staat, 287; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 202; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 442.

[356] KOWALCZUK: Endspiel, 452; vgl. auch BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 64; SCHWABE: Der Herbst 89 in Zahlen, 723ff.

[357] MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 345; vgl. auch KOWALCZUK: Endspiel, 446.

[358] Vgl. HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 113ff; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346.

[359] Vgl. Gysi in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 127; Wolf in: aaO, 141; Schabowski in: aaO, 158.

[360] Gysi in: aaO, 125.

[361] AaO, 126.

[362] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 62; SCHROEDER: Der SED-Staat, 303; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 442.

[363] Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 450; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346.

[364] Wolf in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 141.

[365] Schabowski in: aaO, 158.

[366] Vgl. MÜLLER-ENBERGS: Birthler, 82.

[367] Vgl. Gysi in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 126; Birthler in: aaO, 133f.

[368] Vgl. MÜLLER-ENBERGS: Schorlemmer, 764.

notwendig. Im Dialog sollte aber nicht nur die Wut über das System zum Ausdruck gebracht werden, da dies nur neue Intoleranz hervorriefe. Im Allgemeinen könnten langfristige Veränderungen nur durch eine Demokratisierung des Systems erreicht werden.[369] Konrad Elmer, Pfarrer und Mitbegründer der SDP in der DDR, beschrieb die Umgestaltung der DDR als langwierigen und mühsamen Prozess.[370]

Neben den RednerInnen brachten die DemonstratInnen ihre Forderungen mit Hilfe von Transparenten zum Ausdruck. Diese deckten sich mit denen im Rahmen vorangegangener Demonstrationen geäußerten Forderungen, wie „freie Wahlen, Offenlegung der Wahlfälschung, Auflösung bzw. Abbau des MfS, Reisefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, freie Medien, Verbesserung der Versorgungslage, sozialer Wehrersatzdienst, Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption, Umweltschutz, Gewaltenteilung und unabhängige Justiz, Freilassung politischer Gefangener.“[371] Die Forderung von freien Wahlen beinhaltete auch den Wunsch nach mehr Parteienvielfalt.[372] Dies zog auch die „Abschaffung des Führungsanspruchs der SED“[373] nach sich. Unter den Forderungen fand sich auch die Genehmigung des *Neuen Forum* und von *Demokratie Jetzt*. Die Massen kritisierten die Sonderrechte von SED-FunktionärInnen, die Ende Oktober enthüllt wurden, und verlangten deren Abschaffung. Neben der Einforderung von Rechten war den DemonstrantInnen auch die Zusage von Rechtssicherheit wichtig. Im Laufe des Oktober wurden die Stimmen immer zahlreicher und immer lauter, die eine detaillierte Aufklärung der gewaltsamen Übergriffe auf die DemonstrantInnen am 40. Jahrestag der DDR forderten. Die Öffnung der Mauer oder die Deutsche Einheit waren vor dem Mauerfall kaum ein Thema.[374]

4.7.2 Die Formierung der Bürgerrechtsbewegungen

Im Sommer und Herbst 1989 etablierten sich verschiedene Bürgerbewegungen in der DDR. Dazu zählten „das Neue Forum (NF), die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ), der Demokratische Aufbruch (DA), die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM), die Initiativen für eine Grüne Partei (GP) bzw. für eine Sozialdemokratische Partei (SDP) sowie der Unabhängige Frauenverband (UFV) und die Grüne Liga (GL).“[375] Die meisten Mitglieder der Gruppen der Bürgerbewegungen entstammten den verschiedenen schon vor 1989 aktiven Gruppierungen und somit auch den kirchlichen Kreisen.[376] Soziale Bewegungen durchlaufen nach der Soziologin Ann-Kristin Kuhnt unterschiedliche Phasen. Die erste Phase der sozialen Spannungen ist eine „Reaktion auf Unzufriedenheit mit sozialen, politischen und ökonomischen

[369] Vgl. Schorlemmer in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 166, 169.

[370] Vgl. Elmer in: aaO, 201.

[371] KOWALCZUK: Endspiel, 439; vgl. auch BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 33, 40, 48f, 51, 55; Plakate in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 90ff; Mühe in: aaO, 121; Gysi in: aaO, 126; KOWALCZUK: Endspiel, 446; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346.

[372] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 55; Plakate in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 100, 111.

[373] BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 48; vgl. auch Plakate in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 92, 94, 101; Mühe in: aaO, 121; Liefers in: aaO, 122.

[374] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 33, 40, 49, 51, 55; HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 85, 91, 93, 95, 97, 111; Brithler in: aaO, 133; KOWALCZUK: Endspiel, 419, 439; Offenen Brief der Initiative „Demokratischer Aufbruch“ an den Berliner Oberbürgermeister Krack vom 15. Oktober 1989 in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 140.

[375] RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 393.

[376] Vgl. BRUCKMEIER: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen, 9; BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 59f; ECKERT: Die unabhängige Friedensbewegung, 210; KOWALCZUK: Endspiel, 201, 233ff, 401, 408; NEUBERT: Von der Freiheit, 225; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 395, 402, 407;SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 353, 355, 358; SCHWABE: Der Herbst 89 in Zahlen, 727.

Rahmenbedingungen“[377]. Die Konsolidierungsphase bedeutet die Vernetzung der AktivistInnen und das gemeinsame Eintreten für die Interessen.[378] Die Vernetzung der Bürgerbewegungen der DDR wurde durch die Abstimmung des weiteren Vorgehens sowie die Veröffentlichung gemeinsamer Erklärungen vorangetrieben. Darin wurde die Realisierung von Bürgerrechten im Sinne der Menschenrechtskonvention und der Dokumente des KSZE-Prozesses angestrebt. Die BürgerInnen wurden zum gesellschaftspolitischen Engagement aufgefordert.[379] Die dritte Phase der Bürokratisierung wurde vor dem 9. November nur von der SDP erreicht. Im Gegensatz zu den anderen Gruppierungen war sie von Beginn an – auch wenn nicht staatlich anerkannt – als Partei gegründet worden.[380]

Mit der Bereitstellung ihrer Räumlichkeiten, ihrer Kopiergeräte und der Möglichkeit der Verbreitung und des Austauschs von Informationen in einem geschützten Rahmen für die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen hatten die Kirchen langfristig die Grundlage für die im Herbst 1989 an die Öffentlichkeit tretenden Bürgerbewegungen geschaffen. Obwohl die Gruppen den kirchlichen Raum im Herbst 1989 verließen, nutzten sie weiterhin die kirchlichen Gebäude, um dort ihre Veranstaltungen abzuhalten und zu informieren; kirchliche Veranstaltungen blieben häufig Ausgangspunkt für die weiteren Demonstrationen wie z.B. bei den Friedensgebeten in Leipzig. Aufgrund des christlichen Hintergrundes vieler Mitglieder wurden zahlreiche religiöse Rituale in die Aktionen und Aktivitäten der Bürgerbewegungen eingebunden.[381] Die Gruppierungen und ihre zunehmende Vernetzung brachten Bewegung in die Gesellschaft, mobilisierten die Bevölkerung und wirkten maßgeblich an den (gesellschafts-)politischen Veränderungen in der DDR mit.[382] Sie vereinigten alle Oppositionellen im Protest, erzielten aber – entgegen ihrer Forderungen – nicht die Umgestaltung, sondern das Ende des Systems.[383]

Der SED-Staat und die Bürgerbewegungen

Das MfS beobachtete die Entwicklungen der Bürgerbewegungen sehr genau, war über sämtliche Interna informiert und plädierte bis weit in den Oktober hinein dafür, dass „die zuständigen Sicherheitsorgane, anderen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen bei Gewährleistung ihres einheitlichen, abgestimmten Vorgehens alle erforderlichen Maßnahmen zur Unterbindung der Formierung feindlicher, oppositioneller Kräfte in DDR-weiten Sammlungsbewegungen bzw. Vereinigungen [ergreifen], einschließ-

[377] KUHNT: Bewegung, 36; vgl. auch HURRELMANN/MANSEL: Bewegung, 61; WIELGOHS: DDR, 111.

[378] Vgl. KUHNT: Bewegung, 36; HURRELMANN/MANSEL: Bewegung, 61; KOWALCZUK: Endspiel, 387; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 393; WIELGOHS: DDR, 111.

[379] Vgl. Gemeinsame Erklärung, 4. Oktober 1989 in: BRESCH (Hg.): Oktober 1989, 43; GUTZEIT/HILSBERG: Die SDP/SPD im Herbst 1989, 635f; KOWALCZUK: Endspiel, 387; WIELGOHS/MÜLLER-ENBERGS: Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, 115; Gemeinsame Erklärung, 3. November 1989 in: ZIMMERLING (Hg.): Neue Chronik DDR. 2. Folge, 56.

[380] Vgl. GUTZEIT/HILSBERG: Die SDP/SPD im Herbst 1989, 611f, 614; KUHNT: Bewegung, 37; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 387.

[381] Vgl. BRUCKMEIER: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen, 15; DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 227; GEHLER: Deutschland, 318; GOECKEL: The Lutheran Church, 298; MAYER: Flucht und Ausreise, 58; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 205; PFLUGBEIL: Das neue Forum, 508; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 403; SCHWABE: Der Herbst 89 in Zahlen, 727; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 200.

[382] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 22; BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 37, 40f, 66, 72; DALE: The East German Revolution, 86; HUFF: Natur und Industrie, 410; KOWALCZUK: Endspiel, 365ff, 387; MENGES: Ohne uns läuft nichts mehr, 181; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 410, 412f.

[383] Vgl. BRUCKMEIER: Die Bürgerbewegungen der DDR, 70; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 387; RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 412ff.

lich von Versuchen, diese zu legalisieren“[384]. Dazu sollte für die gesellschaftspolitische Mitwirkung in den staatlichen Organisationen geworben werden sowie offiziell eingereichte Anträge auf Gründung einer Vereinigung als illegal abgelehnt werden.[385] Noch Ende Oktober wollte die SED die Kritik der Sammlungsbewegungen falsifizieren und das Streben nach und die Fähigkeit der SED zur Problembeseitigung in der DDR-Gesellschaft herausstellen. Trotz der Mitte Oktober weiter zunehmenden Massenproteste beschloss das SED-Politbüro, Demonstrationen einzudämmen, indem systemkritischen Gruppierungen keine Genehmigung zu Demonstrationen erteilt werden sollte.[386]

Die Unterstützung der Bürgerbewegungen durch die Gliedkirchen sah man weiterhin kritisch.[387] Zur Eindämmung sollten den Kirchen gegenüber Zugeständnisse gemacht werden, „gesellschaftliche Belange ihrer Gläubigen einzubringen und zu vertreten.“[388]

Am 9. November, dem Tag der Maueröffnung, schlug man von Seiten der SED versöhnlichere Töne an. So bewertete Krenz die Entwicklung der Bürgerbewegungen positiv und den Ideen des Sozialismus angemessen.[389] Er behielt sich aber vor, einem Teil der demonstrierenden BürgerrechtlerInnen zu unterstellen, „sozialismusfeindliche, auf Konfrontation und Konflikt bedachte Kräfte“[390] zu sein. Das Politbüro des Zentralkomitees sprach sich für die Zulassung der Bürgerbewegungen aus, die sich im Rahmen der DDR-Verfassung bewegten.[391]

Hinsichtlich deren Bewertung und Auseinandersetzung mit der Politik des SED-Regimes gestand Krenz Versäumnisse und Fehler ein. Die fehlende Bereitschaft zu Veränderungen wurde aber dem alten Generalsekretär, Honecker, den Mitgliedern des abgesetzten Politbüros und Hardlinern des alten Regimes angelastet. Die neuen Machthabenden wurden von Krenz als reformwillig beschrieben. Sie hätten die Wende initiiert und aufgrund ihre Reformwillens auch viele Forderungen der Bürgerbewegungen in das Aktionsprogramm der SED aufgenommen. Unter dem Hinweis auf die Notwendigkeit allumfassender Veränderungen in der DDR wurden aber gleichzeitig die Errungenschaften des Sozialismus hervorgehoben. Der zunehmende Dialog in der ganzen DDR wurde laut Krenz mit der 9. Tagung des Zentralkomitees am

[384] Information über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, 21.9.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 11, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok188.pdf (17.12.2022); vgl. auch aaO, Bl. 12f; Dokument 39. Vorschläge des SED-Politbüros für „Maßnahmen gegen antisozialistische Sammlungsbewegungen“ vom 23. Oktober 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 174ff.

[385] Vgl. Information über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, 21.9.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 13f, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok188.pdf (17.12.2022).

[386] Vgl. Dokument 39. Vorschläge des SED-Politbüros für „Maßnahmen gegen antisozialistische Sammlungsbewegungen“ vom 23. Oktober 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 174ff.

[387] Vgl. Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR, 9.10.89, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 129f, Bl. 132, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok54.pdf (01.02.2021).

[388] Dokument 39. Vorschläge des SED-Politbüros für „Maßnahmen gegen antisozialistische Sammlungsbewegungen“ vom 23. Oktober 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 177.

[389] „Unüberhörbar hat sich demokratisches Selbstbewußtsein entwickelt, das eine sozialistische Gesellschaft einfordert, in der jeder sein Leben in eigener Verantwortung leben und ein Gemeinwesen mitgestalten kann, das sich als lebendiges und schöpferisches Werk eines souveränen Volkes versteht.“ (In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3; vgl. auch aaO, 5.)

[390] AaO, 3.

[391] Vgl. ebd.

18. Oktober und der Wahl des neuen Generalsekretärs verstärkt. So hätten die politisch Verantwortlichen freiwillig die Auseinandersetzung mit den BürgerInnen gesucht und diesen Dialog bewusst und gewollt vorangetrieben und vertieft.[392] Damit gestand er in gewisser Weise ein, dass vorab kein Dialog in der Gesellschaft der DDR möglich war.

Aufgrund der vorangegangenen Versäumnisse wurden Reformen in Wirtschaft, Politik und Gesetzgebung angekündigt. Im politischen Bereich ging es Krenz darum, die demokratischen Rechte der BürgerInnen zu stärken. Die Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitsprache sollten sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf Ebene der Partei erweitert werden. Das Versammlungs-, Vereinigungs- und Wahlrecht sowie die Pressefreiheit sollten gestärkt, ein Wehrersatzdienst eingeführt und die Rechtssicherheit der BürgerInnen gesteigert werden. Die Handlungsvollmacht des MfS sollte gesetzlich festgeschrieben und damit beschränkt werden. Krenz wies aber auch auf die Grenzen von Reformbereitschaft für Forderungen hin. Dem Gesetz zuwiderlaufende Bestrebungen oder Aktionen würden weiterhin strafrechtlich geahndet; der Sozialismus sollte in jedem Fall erhalten bleiben.[393] Hinsichtlich der Beziehung zwischen DDR und BRD propagierte Krenz weiterhin „die Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten."[394] Außerdem forderte er die Nichteinmischung von BRD und DDR in die Belange des anderen Staates.[395] „Ein konstruktives, verständnisvolles Miteinander zwischen dem Staat und den Kirchen sowie den Religionsgemeinschaften"[396] sah Krenz für die Realisierung des angestrebten Reformen als unerlässlich an. Die von kirchlicher Seite gegen Ende der DDR dem Staat gegenüber angebrachten Fragestellungen und Anregungen wurden von Krenz nun positiv bewertet und der gemeinsame Einsatz für die DDR-Gesellschaft hervorgehoben.[397]

Im am 11./12. November 1989 veröffentlichten Aktionsprogramm der SED, auf das Krenz drei Tage vorher Bezug nahm, wurden neben den Großdemonstrationen, den politischen Stellungnahmen, dem Einsatz der Kirchen der „wachsende[...] Druck[...] der Basis unserer eigenen Partei"[398] als ausschlaggebend für die zunehmende Bereitschaft der Partei zu Reformen geschrieben. Abgesehen von den bei Krenz erwähnten Reformen ging man im Aktionsprogramm konkreter auf die Reformierung des Bildungswesens ein. So wurde die „Umgestaltung des Staatsbürgerkunde-, Geschichts- und Deutschunterrichts, des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts in der Berufsausbildung und des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums"[399] angekündigt. Des Weiteren sollte der Wehrunterricht abgesetzt werden. Für die militärischen Inhalte in Ausbildung und Studium waren Modifikationen geplant.[400]

[392] Vgl. aaO, 3f; Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 11./12. November 1989, 1.

[393] Vgl. In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 4ff; Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 11./12. November 1989, 1f.

[394] In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 6.

[395] Vgl. ebd.

[396] Ebd.

[397] Vgl. aaO, 5.

[398] Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 11./12. November 1989, 1.

[399] AaO, 2.

[400] Vgl. ebd.

4.7.3 Der BEK im Herbst 1989

Die Stellungnahmen der KKL und ihres Vorsitzenden sowie der Bundessynode zu den gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der DDR und ihr Verhalten zum Staat zeichneten sich im Herbst 1989 durch Kontinuität bei gleichzeitigen Tendenzen zu mehr Offensivität aus.

Hinsichtlich der Forderungen von gesellschaftspolitischen Reformen formulierte der BEK die der Vorjahre im Herbst 1989 dringlicher, brachte sie gebündelt vor und bezog sie deutlicher auf die Entwicklungen in der DDR. Sie deckten sich großteils mit denen der Bürgerbewegungen.[401] So sprach sich Leich neben der erneuten Auseinandersetzung mit der Kommunalwahl und der Reisefreiheit für die „weitere Ausgestaltung der Rechtsstaatlichkeit und Weiterentwicklung der Rechtsordnungen sowie die klare Unterscheidung der Zuständigkeiten von Partei und Regierung“[402] aus. Zusätzlich wiederholte er sein Plädoyer für eine freie und kritische Berichterstattung der Medien der DDR.[403] Leich prognostizierte, dass die Verweigung von Reformen sich negativ auf die DDR auswirken würde. Auch wenn er Verständnis für die Langwierigkeit von Veränderungen äußerte, hob er hervor: „Wir brauchen aber jetzt deutliche Zeichen dafür, daß sie begonnen werden; wir erwarten entsprechende Entscheidungen.“[404] Er gab zu bedenken, dass die Veränderungen allen DDR-BürgerInnen viel abverlangen und nicht zu paradiesischen Zuständen führen würden.[405]

Leich kritisierte, wie die schon die KKL 1988, den herablassenden Umgang des Staates mit den BürgerInnen im Allgemeinen und den Ausreisewilligen im Speziellen sowie die mangelnde Rechtssicherheit. Kritische, vom staatlichen Standpunkt abweichende Stimmen in der DDR-Gesellschaft sollten zugelassen und gehört werden. Dies beschrieb der KKL-Vorsitzende als Ausdruck der Mündigkeit der BürgerInnen.[406] Damit schloss er sich den Forderungen des BEK der Vorjahre an, den DDR-BürgerInnen mehr

[401] Vgl. Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 58.

[402] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 360; vgl. auch aaO, 359; Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020).

[403] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[404] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[405] Vgl. ebd.

[406] Vgl. 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66f; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

Mündigkeit zuzugestehen sowie Kritik als Bereicherung zu verstehen und anzuerkennen.[407] Schon 1988 hatte die Bundessynode darauf hingewiesen: „Nur wenn der einzelne seine persönliche Verantwortung und Initiative weit entfalten kann, wird er mit seinem ganzen Leben an den gesellschaftlichen Prozessen teilhaben und für sie Verantwortung übernehmen.“[408] Wie schon in den vorangegangenen Jahren plädierten die KKL und die Bundessynode für einen umfassenden innergesellschaftlichen Dialog als Mittel zur Bewältigung gesellschaftspolitischer Probleme. Die Aufforderung richtete sich im Besonderen an die staatlichen VertreterInnen, die den Dialog lange ablehnten.[409]

Als offensiver kann der Einsatz für die Stärkung des Demonstrationsrechts und die offene Kritik an dem gewaltsamen Vorgehen staatlicher Organe gegen DemonstratInnen bezeichnet werden.[410] Hatte sich die KKL im Juni 1989 noch gegen öffentliche, oppositionelle Aktionen ausgesprochen,[411] so forderten die

[407] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum 'Bekennen in der Friedensfrage' vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 265; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288, 290; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 6/5 1988, 66.

[408] Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 72.

[409] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341ff; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED; Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 71; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[410] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 340f; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich in: aaO, 359; Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 58.

[411] Vgl. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 330.

Bundessynode und der Vorsitzende der KKL im September 1989 die „Möglichkeit friedlicher Demonstrationen“[412] ein. In diesen Kontext kann auch der Aufruf zu Gewaltlosigkeit eingeordnet werden, der von den kirchlichen VertreterInnen ausging und die Demonstrationen des Herbstes 1989 in der DDR prägte.[413]

Darüber hinaus deklarierte es die Bundessynode im September 1989 als Teil ihres Auftrages, „neue Wege in eine gerechtere und partizipatorische Gesellschaft zu suchen.“[414] Die Bundessynode hatte unter anderem kritisiert: „[D]ie Mitverantwortung des einzelnen Bürgers und seine kritische Einflußnahme [wären in der DDR] nicht ernsthaft gefragt“[415]. Die Beherbergung von „[g]eistlich bewegte[n] und sozial engagierte[n] Gruppen“[416] in den Kirchen sah man als notwendig an, um den Prozess der Demokratisierung in der DDR voranzutreiben. Darüber hinaus plädierte die KKL im November 1989 für „die Zulassung aller neuen politischen und gesellschaftlichen Vereinigungen“[417].

Hinzu kam auch die Forderung nach „wirtschaftliche[n] Reformen“[418], die sich aus dem zunehmenden Wissen um den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft ergab.[419] Im Zuge dessen sollte sich der Staat auch für eine bessere Währungskonvertierbarkeit der DDR-Mark einsetzen.[420]

Hinsichtlich des Staat-Kirche-Verhältnisses erhoffte sich die KKL von staatlicher Seite – im Sinne der geplanten Reformen Gorbetschows – die Wahrnehmung von Religion als alltägliche gesellschaftliche Gegebenheit in der DDR.[421]

---

[412] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; vgl. auch Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42. Heino Falcke, Propst der *Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen*, hatte schon im Juni 1989 Vorbehalte gegen die kritische Betrachtung von Demonstrationen durch den BEK geäußert, denn „[b]esonders in Situationen, in denen aufgestaute Widersprüche und latente Konflikte auf Veränderung drängen, ist die [durch Demonstrationen hervorgerufene] Konfliktinszenierung ein unentbehrliches Mittel, um Lernprozesse der Gesellschaft voranzubringen.“ (Einspruch gegen einen Satz: Stellungnahme von Propst Heino Falcke zur Erklärung des Kirchenbundes, im Juni 1989 in: REIN: Protestantische Revolution, 144.) Beispielhaft führte er das gewaltfreie, aber dennoch gesellschaftskritische Verhalten Jesu Christi und Martin Luther Kings an. (Vgl. aaO, 143.)

[413] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 227f; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 353, 355; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 59.

[414] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[415] AaO, 339.

[416] AaO, 341.

[417] Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, 58.

[418] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[419] Vgl. HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 96; JARAUSCH: Kollaps des Kommunismus, 43, 45; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 387; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 202.

[420] Vgl. Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[421] Vgl. 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67.

Die Kritik am staatlichen Verhalten wurde insgesamt wesentlich deutlicher formuliert.[422] Dies empfand auch der Staat so. In der Bewertung der Bundessynode im September 1989 kam Werner Jarowinsky zu dem Schluss: „Erstmalig in dieser Form wird auf einer evangelischen Synode unverhüllt und demonstrativ ein gegen den Sozialismus, gegen die bestehende Ordnung in der DDR gerichtetes politisches Aktionsprogramm verkündet, das faktisch konterrevolutionäre Zielsetzungen enthält. Es schließt anstelle des bisherigen Weges des Dialogs und der sachlichen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat offene Konfrontation nicht mehr aus.“[423] Darüber hinaus verstand man die Stellungnahmen der Bundessynode als Zuspruch zu den Bürgerbewegungen.[424] Egon Krenz versuchte im Gespräch mit Leich im Oktober 1989 den BEK in seine Schranken zu weisen, indem er forderte „Kirche solle Kirche sein“[425]. Der Vorsitzende der KKL, Bischof Werner Leich, begründete im September 1989 die Auseinandersetzung der Kirchen mit gesellschaftspolitischen Themen erneut damit, dass der Staat diese Aufgabe nicht wahrnahm.[426] Anders als in früheren Jahren, in denen man für Zurückhaltung plädierte, um die Kommunikation mit dem Staat nicht zu gefährden,[427] betonte Leich trotz möglicher staatlicher Kritik: „Es führt nicht weiter, wenn wir um einer guten Gesprächsatmosphäre willen nicht auch aussprechen, was viele beschwert.“[428] In der Auseinandersetzung mit der Formel *Kirche im Sozialismus* als „reale Standortbestimmung“[429] hatte die KKL sich 1988 für die Ausweitung der aufmerksamen gesellschaftlichen Mitsprache der Kirchen ausgesprochen. Während die KKL 1988 das Verhältnis zwischen Kirche und Staat „nicht im politischen Raum“[430] an-

[422] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339ff; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 41ff.

[423] Dok. 119: Information Werner Jarowinskys an Günther Mittag vom 22.9.1989 über Verlauf und Ergebnisse der Synode des BEK vom 15. bis 19.9.1989 in Eisenach in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 598; vgl. auch Dok. 118: Beschluß des Sekretarists des ZK vom 20.9.1989 über Maßnahmen nach der Bundessynode in Eisennach in: aaO, 593.

[424] Vgl. Dok. 119: Information Werner Jarowinskys an Günther Mittag vom 22.9.1989 über Verlauf und Ergebnisse der Synode des BEK vom 15. bis 19.9.1989 in Eisenach in: aaO, 596.

[425] Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 14, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); vgl. auch Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung in: NEUES DEUTSCHLAND, 21. September 1989, 2.

[426] Vgl. Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 43.

[427] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 115f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21.

[428] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 43; vgl. auch aaO, 42.

[429] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[430] Ebd.

gesiedelt sah, sondern nur als von gesellschaftspolitischen Ereignissen beeinflusst erachtete, sprach der Vorsitzende der KKL im Herbst 1989 explizit vom kirchlichen „Handeln im politischen Bereich“[431]. Dieses sollte aus dem Auftrag der Kirche und dem innerkirchlichen Handeln und Wirken resultieren.[432]

Der Umgang mit dem 40. Jahrestag der DDR und das Gespräch zwischen Egon Krenz und Werner Leich Mitte Oktober 1989 stand der offensiveren Positionierung des BEK entgegen. Beide Ereignisse scheinen wie eine Rückkehr zu alten Verhaltensmustern.

Die Teilnahme von BEK-VertreterInnen an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin war innerkirchlich umstritten und führte sowohl bei der Bundessynode im Herbst 1989 als auch innerhalb der KKL zu Diskussionen. Als Argumente der KritikerInnen wurde die fehlende Gesprächsbereitschaft des Staates und das brutale Vorgehen des Staates gegen Demonstranten vorgebracht. Man wollte nicht mit dem Staat und seinen Machenschaften identifiziert werden. Die BefürworterInnen verteidigten ihr Plädoyer für die Teilnahme damit, dass damit das Gespräch mit dem Staat aufrechterhalten werden könnte. Während die KKL beschloss, dass keine VertreterInnen der Kirche den Feierlichkeiten beiwohnen sollten, wurde diese Entscheidung in einer außerordentlichen Tagung des Vorstandes der KKL revidiert.[433]

Darüber hinaus wirkte die Delegation des BEK vor allem in der Niederschrift und in der Pressemitteilung zum Gespräch mit Egon Krenz Mitte Oktober 1989 wieder sehr kooperativ, verständnisvoll und um ein gutes Verhältnis zum Staat bemüht. Leich gratulierte Krenz zu seiner Wahl zum Generalsekretär des ZK der SED. Er betonte: „Die Vertreter der Kirchen kämen weder als Schmeichler noch als Besserwisser“[434] und verwies auf das gemeinsame Interesse von Staat und Kirche, in der DDR wieder vertrauens- und hoffnungsvolle sowie friedliche Verhältnisse herzustellen. Daran anschließend zählte er die vom BEK als notwendig erachteten Veränderungen in gesellschaftspolitischen Bereich der DDR auf. Leich betonte die Dringlichkeit konkreter Schritte, zeigte aber gleichzeitig Verständnis dafür, dass man zu Beginn eines neuen Amtes Zeit bräuchte, um sich mit den Gegebenheiten vertraut zu machen.[435] Als Krenz das politische Engagement von PfarrerInnen kritisierte und die KirchenvertreterInnen aufforderte, innerkirchlich dagegen vorzugehen, verwies Leich zwar auf das Anrecht einer/eines Angestellten

[431] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 43.

[432] „Was wir durch Stellungnahmen zum Weg unseres Volkes beitragen das kann jeder feststellen und bewerten. Was wir im Gottesdienst für unser Volk erbitten, bleibt ungesehen und ungemessen. Aber es hat eine tiefe Wirkung und ein großes Gewicht. Beten und Handeln sind nötig. Wir wollen versuchen, beides treu zu tun.“ (Ebd; vgl. auch aaO, 42.)

[433] Vgl. Dok. 119: Information Werner Jarowinskys an Günther Mittag vom 22.9.1989 über Verlauf und Ergebnisse der Synode des BEK vom 15. bis 19.9.1989 in Eisenach in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 597; KOWALCZUK: Endspiel, 388; WOLLE: Heile Welt (2.Aufl.), 270f.

[434] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 359; vgl. auch Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 598.

[435] Vgl. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 359f; Anlage: Pressemitteilung vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 361; Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 598f.

der Kirche auf politische Betätigung. Er stimmte aber laut Niederschrift zum Gespräch Krenz zu, dass „auf Angemessenheit dieser Betätigung zur eigentlichen Tätigkeit“[436] zu achten wäre. Krenz betonte die Bedeutung des Dialogs, forderte aber ein Ende der Demonstrationen, denn nur so könnten die Probleme effizient angegangen werden. Der ebenfalls anwesende stellvertretende Vorsitzende der KKL, Christoph Demke, stimmte Krenz' Einschätzung zu, dass der Dialog anderweitig geführt werden sollte.[437] In der Schnellinformation des Sekretariats des Bundes hieß es dazu: „Je offener und wahrhaftiger der Dialog sei, desto eher würde der Drang zu Demonstrationen auf der Straße abnehmen.“[438] In der veröffentlichten Pressemitteilung wurde mehrfach die Einigkeit der beiden Gesprächsparteien in vielen Themen betont. Des Weiteren war von der Anerkennung und Unterstützung des BEK bei der Weiterführung der sozialistischen Errungenschaften der DDR und bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme die Rede.[439]

[436] Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 17, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020).

[437] Vgl. aaO, Bl. 14ff.

[438] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 360.

[439] Vgl. aaO, 361; Botschaft aus Hubertusstock in: NEUES DEUTSCHLAND, 21./22. Oktober 1989, 2.

4.8 Zusammenfassung und Einordnung 1987-1989

Die im Rahmen des Konziliaren Prozesses veranstaltete *Ökumenische Versammlung* in der DDR und *Europäische Ökumenische Versammlung* in Basel in den Jahren 1988 und 1989 trugen zur vertieften Auseinandersetzung des BEK mit den drei Themenkomplexen Frieden, Umweltschutz und (Welt-)Gerechtigkeit bei. Der BEK maß dem Konziliaren Prozess große Bedeutung zu und hoffte auf ein daraus resultierendes gemeinsames Sprechen und Handeln in der Ökumene. Den Einsatz der ChristInnen für Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte begründete der BEK theologisch mit dem Leben nach dem Willen Gottes im Sinne der Nachfolge Jesu. Die Äußerungen des BEK zu Frieden und Abrüstung, Umweltschutz und (Welt-)Gerechtigkeit weisen erneut viele Gemeinsamkeiten mit den Stellungnahmen der *Vereinten Nationen*, des KSZE-Prozesses sowie nun auch mit denen der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* in Basel auf. Besonders das Abschlussdokument der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR bündelte viele Aussagen des BEK der vorangegangenen Jahre zu Frieden, Umwelt und Menschenrechten, wurde aber in einigen Punkten auch expliziter. Über die drei Themenkomplexe hinaus reagierte der BEK vor allem in den Jahren 1988 und 1989 primär auf nationale gesellschaftspolitische Ereignisse und Entwicklungen, wie z.B. die Kommunalwahlen, die Ausreisebewegung und die zunehmenden Proteste in der DDR.

Hinsichtlich Frieden und Abrüstung wiederholte der BEK viele seiner Standpunkte der vorangegangenen Jahre. So hielt an der „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“[440] fest, die auch in das Abschlussdokument der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR einfloss. Der BEK beschrieb Abschreckung in all ihren Facetten als widersprüchlich zum Leben in der Nachfolge Jesu Christi, zum Schöpfungsauftrag der Menschen sowie zur Liebe und Gerechtigkeit Gottes. Darüber hinaus wurde weiterhin, gemeinsam mit den *Vereinten Nationen*, der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung*, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit propagiert. Das angestrebte neue Denken wurde von Seiten des BEK im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR offen begrüßt.

Bei der Begleitung der internationalen Abrüstungsverhandlungen und -bemühungen wertete der BEK den INF-Vertrag als Zeichen für zunehmendes Vertrauen zwischen Ost und West und hoffte auf daraus resultierende, weitere Einigungen auf konkrete Abrüstungsschritte. So wurden weiterhin, in großer Übereinstimmung mit den *Vereinten Nationen*, der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* und der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR, Pläne der Abrüstung atomarer, konventioneller, biologischer und chemischer Waffen, atomwaffenfreie Zonen und der konkrete Abbau von Truppen befürwortet, die Forcierung von Weltraumwaffen hingegen kritisiert. Wie schon im vorherigen Zeitabschnitt wurden Vorschläge und Aktivitäten der UdSSR, der Warschauer Vertragsstaaten sowie der DDR für Abrüstung und Frieden gewürdigt, ohne die westlicher Staaten zu thematisieren. Die KKL forderte im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR explizit zu Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Bündnissen NATO und Warschauer Vertrag auf. Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses in Wien sowie die

[440] Anlage: Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 228.

im Abschlussdokument erzielten Einigungen wurden, wie schon bei der Bewertung des KSZE-Folgetreffens in Madrid und der KVAE in Stockholm, diesmal im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung*, als Beitrag zum Streben nach Frieden und Abrüstung gewertet.

In der Auseinandersetzung mit dem staatlichen Friedensengagement der DDR verwies der BEK weiterhin auf die Gemeinsamkeiten. Die KKL sah sogar kirchliche Anliegen zu Friedensbestrebungen im internationalen staatlichen Einsatz für Frieden widergespiegelt. Gemeinsam unterstützten sie das Konzept der gemeinsamen Sicherheit sowie des neuen Denkens von Gorbatschow und sprachen sich – auch in Übereinstimmung mit den Warschauer Vertragsstaaten – für atomwaffenfreie Zonen sowie die Ausweitung der Abrüstungsverhandlungen auf andere Waffengattungen aus. Die enge Verbindung zum staatlichen Friedenseinsatz wurde an der Teilnahme von Delegationen des BEK am *Internationalen Friedensforum* in Moskau und am *Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen* in Ost-Berlin deutlich. Zusätzlich wurde der BEK zur Mitwirkung am Olof-Palme-Friedensmarsch aufgefordert, was der BEK als Möglichkeit des gemeinsamen Friedensengagements ansah.

Bei aller Anerkennung des Friedensengagements des Staates der DDR forderte der BEK – wie schon in Bezug auf den Wehrunterricht und die Zivilverteidigungsübungen adressiert sowie 1985 und 1986 vorsichtig thematisiert –, dass sich der internationale Einsatz des SED-Staates für Frieden und Abrüstung stärker auf die nationalen Gegebenheiten in der DDR auswirken und in innergesellschaftliche Veränderungen münden sollte. Als Möglichkeiten für die Realisierung des neue Denkens auf nationaler Ebene wurde der Abbau der Truppen der NVA und der Militarisierung der Gesellschaft im Bildungswesen vorgeschlagen. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR wurde diesbezüglich konkreter, indem sie explizit auf den Widerspruch zwischen dem Friedenseinsatz der DDR in der Welt und der bestehenden Militarisierung in der DDR-Gesellschaft hinwies und auch die geforderten Veränderungen deutlicher formulierte. Über die Veränderungen im militärischen und schulischen Bereich hinaus beschrieb die Bundessynode die innergesellschaftlichen Problemfelder 1987 erstmals als Bedrohung für den Frieden und forderte gemeinsam mit der KKL den Staat zur Auseinandersetzung mit diesen auf.

Zur Förderung des Umweltschutzes drängte der BEK wie in den beiden vorherigen Zeitabschnitten nun gemeinsam mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* auf eine Änderung des Lebensstils einer jeden bzw. eines jeden Einzelnen. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und der BEK verstanden den Umwelteinsatz von ChristInnen als Ausdruck des Schöpfungsglaubens; die *Europäische Ökumenische Versammlung* beschrieb Umweltzerstörung als Sünde. Vom Staat forderte der BEK – ganz im Sinne der im Abschlussdokument des KSZE-Folgetreffens in Wien zum Ausdruck gebrachten Anerkennung von UmweltaktivistInnen – mehr Offenheit und Zusammenarbeit mit den Umweltengagierten in der eigenen Gesellschaft. Der BEK betonte wie in den Vorjahren, nun gemeinsam mit den ökumenischen Versammlungen die Mitverantwortung der ChristInnen für die Umweltverschmutzung. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und die *Europäische Ökumenische Versammlung* identifizierten als Hauptursachen der Umweltzerstörung das Streben nach mehr Konsum, Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Die Schaffung eines Umweltbewusstseins der DDR-

Gesellschaft wollten der BEK und die *Ökumenische Versammlung* in der DDR mit der Veröffentlichung von Umweltdaten einhergehen sehen. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl forderte der BEK in Übereinstimmung mit dem ÖRK aufgrund der Betroffenheit der BürgerInnen eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie. 1988 veröffentlichte der BEK die Studie *Energie und Umwelt*. Darin wurde, wie auch von der KKL 1987 sowie der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung*, unter anderem zur Senkung des Energieverbrauchs in Industrie und Privathaushalten aufgerufen, die friedliche Nutzung von Atomenergie kritisiert und zur Etablierung von erneuerbaren Energien aufgerufen. Damit griff der BEK ein Thema auf, das der ÖRK schon 1979 behandelt hatte. Man setzte sich mit einer ökologischen Ausrichtung der eigenen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe auseinander. Wie die Bundessynode im vorangegangenen Zeitabschnitt forderte die *Ökumenische Versammlung* in der DDR vom Staat eine ökologischere Ausrichtung der Industrie, härtere Umweltgesetze und Kontrollen von deren Einhaltung sowie einen innergesellschaftlichen Diskurs zur Umweltthematik. Der BEK plädierte weiterhin für einen Ökofonds bei der staatlichen *Gesellschaft für Natur und Umwelt*. Die im Rahmen des KSZE-Prozesses und der Versammlungen des Konziliaren Prozesses betonte internationale Zusammenarbeit für den Umweltschutz fand seitens des BEK keine Erwähnung.

Hinsichtlich der (Welt-)Gerechtigkeit wurden die rechtlichen Gegebenheiten auf globaler und auf nationaler Ebene vom BEK in den Blick genommen.

Um global gerechtere Verhältnisse zu schaffen, wurde der Staat vom BEK zu Abgaben für Entwicklungsländer, zur Ausbildung von Fachkräften für deren Bedarfe sowie, gemeinsam mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung*, zu fairen wirtschaftlichen Beziehungen aufgefordert. Damit wurde der Aufruf des BEK und der EKD aus dem Jahr 1985 präzisiert, wie „die Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt“[441] von staatlicher Seite wahrgenommen werden kann. Der BEK erhoffte sich weiterhin gemeinsam mit den *Vereinten Nationen*, der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* den Einsatz der durch Abrüstung freiwerdenden finanziellen Mittel für mehr Weltgerechtigkeit. Die Gemeinden wurden wie in den Vorjahren dazu aufgerufen, die Entwicklungsländer finanziell zu unterstützen.

Auf nationaler Ebene intensivierte man seine Auseinandersetzung mit den rechtlichen Gegebenheiten in der DDR. Man setzte sich verstärkt für eine größere Mündigkeit der BürgerInnen in der DDR ein, die mit einem höheren Grad an Informationen und Mitsprache einhergehen sollte. Den Einsatz für die Menschenrechte im Allgemeinen begründete man erneut mit der Rechtfertigung aller Menschen durch Jesus Christus. Die KKL definierte 1988 Basisrechte, wie z.B. das Recht auf Leben, Teilhabe und Meinungs- und Religonsfreiheit, die viele Überschneidungen mit denen 1979 im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* festgelegten Basisrechten aufweisen. Im Gegensatz zu früheren Stellungnahmen sprach sich die KKL nun entschieden für deren uneingeschränkte Realisierung aus. Die Menschenrechte wurden wieder

[441] Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges vom 19. März 1985 in: aaO, 187.

als „Rechte des anderen“[442] deklariert und die Gleichwertigkeit von sozialen und individuellen Menschenrechten betont. 1989 steigerte der BEK seinen Einsatz für eine Verbesserung der (menschen-)rechtlichen Situation in der DDR. So hoffte er aufgrund des starken Fokus des KSZE-Folgetreffens in Wien auf die Menschenrechtsthematik im Frühjahr 1989 auf „menschliche Erleichterungen“[443]. Der vom BEK eingeforderten Reise-, Religions- und Informationsfreiheit kam auch im Rahmen des KSZE-Folgetreffens besondere Aufmerksamkeit zu. Geplante Gespräche mit dem Staat zur humanitären Situation in der DDR nach dem KSZE-Folgetreffen wurden von staatlicher Seite abgesagt.

Dem Staat gegenüber bezeichnete der BEK die menschenrechtliche Lage in der DDR bis zum 9. November 1989 niemals explizit und vollumfänglich als defizitär. Mit vielen besonders im Herbst 1989 gegenüber dem Staat erhobenen Forderungen zeigte der BEK aber (menschen-)rechtliche Mängel auf und setzte sich im Zuge dessen für die Stärkung der Menschenrechte in der DDR ein. Darüber hinaus wiesen Forderungen nach mehr Informationen im Bereich der Ökologie, mehr Nachvollziehbarkeit des Antragsverfahrens für Ausreise, mehr Parteienvielfalt, mehr Mitsprache usw. viele Ähnlichkeiten mit *Glasnost* und *Perestroika* auf. Diese Ähnlichkeiten hatte auch das MfS wahrgenommen. Die Forderungen wurden in den offiziellen Dokumenten des BEK aber niemals explizit auf *Glasnost* und *Perestroika* bezogen. Die geplanten gesellschaftlichen Reformen Gorbatschows allgemein wurden lediglich in den Ausführungen Krusches zum 10. Jahrestags des Spitzengesprächs vom 6. März 1978 vorsichtig positiv kommentiert: „Der frische Wind, der dort [in der Sowjetunion] weht, der Mut, die schmerzende Wahrheit auszusprechen und auszuhalten, der Wille, zu verändern und zu erneuern, haben in unseren jungen Leuten Hoffnungen geweckt, und sie fragen, wo es in unserer Gesellschaft zu Erneuerungen kommen muß.“[444]

Dem Plädoyer für (menschen-)rechtliche Erleichterungen können auch die Auseinandersetzungen mit den Wahlen, der Ausreisebewegung und den zunehmenden Protesten im Herbst 1989 zugeordnet werden. Diese wurden eindeutig als staatliche Themen deklariert, jedoch begründete der BEK die eigene Auseinandersetzung verschiedentlich mit der Verweigerung des Staates gegenüber den Themen und mit dem Auftrag der Kirche, die Menschen in all ihren Facetten des Daseins wahrzunehmen.

Hinsichtlich Reise und Ausreise griff der BEK das in den 1970er Jahren geäußerte Plädoyer für den Verbleib von PfarrerInnen, Kirchenangestellten und Mitgliedern in der DDR wieder auf und dehnte es auf alle BürgerInnen aus. Er verwies auf die negativen Auswirkungen der Ausreise von DDR-BürgerInnen auf Einzelpersonen, Gemeinden und die Gesamtgesellschaft. Ähnlich den Verpflichtungen der Signatarstaaten im Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien von 1989 forderte der BEK schon ab 1987 eine bessere Nachvollziehbarkeit der Reiseantragstellung und Reiseerleichterungen. Damit knüpfte er an die 1984 und 1985 von der KKL geäußerten Forderungen nach einer besseren Durchschaubarkeit der Regelungen und des Prozesses zu Aus- und Besuchsreisen an. Die Aufforderung zu mehr Reisefreiheit seitens der kirchlichen VertreterInnen wurden gegenüber dem Staat dringlicher formuliert als in den Vor-

[442] Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269.

[443] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 325.

[444] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58.

jahren, auch weil man die fehlende Reisefreiheit als einen Grund für die zunehmenden Ausreisegesuche identifiziert hatte. Der Vorsitzende der KKL forderte 1988 vom Staat die Ermöglichung der Ausreise bei gescheiterter Wiedereingliederung. Wie in den Vorjahren ordnete der BEK nun gemeinsam mit der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* und der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR die gesteigerten Möglichkeiten der Begegnung der Friedensförderung zu, wenn er davon sprach, dass dadurch Spannungen abgebaut werden könnten. Des Weiteren forderte der BEK eine detaillierte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Gründen für die zunehmende Zahl an Ausreiseantragstellungen sowie deren Behebung durch Reformen. Er selbst beleuchtete die Ursachen und verortete diese stärker als noch 1984 beim Staat. Der Verbleib der BürgerInnen in der DDR wurde von innerstaatlichen Reformen abhängig gemacht. Wie schon 1984 sah man das reine Streben nach Wohlstand als Grund für die Ausreise weiterhin als verwerflich an.

Die christlichen Gemeinden sollten zum Verbleib der MitchristInnen in der DDR beitragen. So sollte gemeinsam mit den christlichen Gemeinden in der BRD die Anziehungskraft der BRD reduziert werden. Die Seelsorge sollte den AusreiseantragstellerInnen weiterhin offen stehen, es sollte aber keine gesonderten Angebote geben. Das Verhältnis zu den AusreiseantragstellerInnen war somit sehr ambivalent. Der ehemalige Landesbischof Werner Krusche wollte den AusreiseantragstellerInnen in seinen Ausführungen zum 10. Jahrestag des Spitzengesprächs vom 6. März 1978 sogar die gesellschaftliche Mitsprache absprechen, obwohl innergesellschaftliche Änderungen eine Ausreise möglicherweise überflüssig gemacht hätten. Trotz seiner kritischen Haltung zur Ausreise sprach sich der BEK gegen die Ausgrenzung von Ausreisewilligen aus der Kirche aus.

Im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen im Mai 1989 in der DDR äußerte sich der BEK, anders als einige Landeskirchen, vorab nur im Rahmen der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR kritisch zum Wahlsystem und Wahlrecht in der DDR und forderte Änderungen. Anfang Juni wandte er sich aufgrund vieler Anfragen an den Staat und kritisierte den Umgang mit Eingaben und Anzeigen im Zusammenhang mit dem Wahlbetrug. Im Juni und im September 1989 wurde eine Überarbeitung des Wahlsystems und -rechts eingefordert.

Der BEK behielt seine ambivalente Haltung der Vorjahre zu den in den Kirchen angesiedelten Gruppen und deren Aktionen weitgehend bei. Bei aller Anerkennung der Zielsetzungen der Gruppen wies man auf deren notwendige Vereinbarkeit mit dem Evangelium hin und wollte die Aktion und das Verhalten gegenüber staatlichen VertreterInnen von Respekt geprägt sehen. Dem Staat gegenüber wies man wie in den Vorjahren auf die positive Intention und den positiven Effekt von Kritik hin und sprach sich gegen die Verunglimpfung von StaatskritikerInnen aus. Sah man im Juni 1989 Demonstrationen noch nicht als „Mittel der Kirchen“[445] zur Durchsetzung von Forderungen an, wurden später friedliche Demonstrationen befürwortet und deren Ermöglichung eingefordert. Im Gespräch mit Krenz im Oktober 1989 betonte der KKL-Vorsitzende, dass sich die Demonstrationen mit einem Ausbau der staatlichen Dialogbereitschaft reduzieren würden. Des Weiteren kündigte er an, „je mehr sich der innergesellschaftliche Dialog entwi-

[445] Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 329.

ckele, desto mehr scheide die Kirche aus."[446] Damit machte der BEK deutlich, dass er die Hauptaufgabe der Kirche nicht im (gesellschafts-)politischen Engagement sah, sondern diese von den BürgerInnen der DDR sowie (wieder) von den PolitikerInnen in angemessener Weise übernommen sehen wollte. Im November 1989 sprach sich die KKL explizit für die Zulassung der gesellschaftlichen Zusammenschlüsse und Parteien aus. Die Anerkennung der Bürgerbewegungen und ihrer Aktionen außerhalb der Kirche fiel dem BEK leichter.

Das Verhalten des BEK gegenüber staatlichen VertreterInnen war zum Ende der DDR hin geprägt von neuer Offensivität bei gleichzeitiger Kontinuität.

Die neue Offensivität zeigte sich besonders in der wesentlich deutlicher und dringlicher formulierten Forderung nach gesellschaftlichen Reformen gegenüber dem Staat. Der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode regten erstmals auch wirtschaftliche Reformen an. Der BEK griff viele Forderungen der DemonstratInnen auf und vertrat diese auch gegenüber dem Staat. Des Weiteren wurden dem innergesellschaftlichen Dialog zum Abbau der Spannungen – auch seitens der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* – große Bedeutung beigemessen. Deshalb wurden die staatlichen VertreterInnen zum Dialog mit den Gruppen und den Oppositionellen aufgerufen. Auch das staatliche Vorgehen gegen die eigenen BürgerInnen wurde zum Ende der DDR hin stärker problematisiert. Hatte der BEK hinsichtlich der Stürmung der Umweltbibliothek im November 1987 und der Verhaftung von DemonstrantInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration im Frühjahr 1988 lediglich auf die negativen Auswirkungen auf das Staat-Kirche-Verhältnis, das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat sowie auf das internationale Ansehen der DDR verwiesen und das Leid der Personen selbst nicht angesprochen, äußerte man im Herbst 1989 offen Kritk am gewaltsamen Vorgehen des Staates gegen die DemonstrantInnen im Oktober 1989 und forderte Aufklärung. Im Rahmen der Verteidigung des gesellschaftspolitischen Einsatzes der Kirche monierte der BEK die ausbleibende Aufgabenerfüllung des Staates. Der Vorsitzende der KKL betonte, dass Zurückhaltung im Gespräch mit staatlichen VertreterInnen keine Veränderungen bewirkt. Man verortete das eigene Engagement explizit im gesellschaftlichen und politischen Raum. Das Staat-Kirche-Verhältnis wurde zum Ende der DDR hin durch den Einsatz des BEK für rechtliche Erleichterungen in der DDR belastet, was der Staat als Einmischung in staatliche Belange wertete. Es führte zu Absage von Gesprächen und zur Zensur von Kirchenzeitungen, worauf der BEK mit Unmut und Empörung reagierte. Der Staat wollte die Kirche(n) wieder in die Auslebung des Ritus zurückdrängen.

Gleichwohl blieb man weiterhin bis zum Ende der DDR mit den staatlichen VertreterInnen im Gespräch und versuchte den Austausch zu bewahren und zu nutzen. Dies war auch der Grund für die umstrittene Teilnahme kirchlicher VertreterInnen am Festakt zum 40. Jahrestag sowie für das Gespräch zwischen Leich und Krenz. Man bemühte sich um ein gutes Verhältnis, zeigte sich verständnisvoll, unterstützend und zur weiteren Zusammenarbeit bereit. So war man trotz der Dringlichkeitsappelle für

[446] Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 17, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020).

notwendige Reformen mit dem neuen Staatsratsvorsitzenden nachsichtig, sich erst in das neue Amt einfinden zu müssen. Wiederholt betonte man gegenüber staatlichen VertreterInnen, dass die Kirche keine Mitverantwortung an den gesellschaftspolitischen Entwicklungen trüge, sondern sich der gesellschaftspolitischen Themen nur aufgrund staatlicher Verweigerung im Sinne der Stellvertreterrolle angenommen zu haben. Dabei forcierte man laut BEK weder die absolute Ablehnung noch Zustimmung. Im Vergleich zu den DemonstratInnen wurden kritische Aspekte seitens des BEK weiterhin vorsichtig formuliert. Der BEK erklärte zwar, sich weder vom Staat noch von den Gruppen für deren Zwecke benutzen lassen zu wollen, der Verdacht der Vereinnahmung durch und Kooperation mit dem Staat führte aber zu innerkirchlichen Spannungen und Bewegungen. Mit der Ankündigung, sich mit zunehmendem gesellschaftspolitischen Dialog zwischen den BürgerInnen und den PolitikerInnen zurückzuziehen, zeigte der BEK einerseits die der Kirche und dem Staat zugedachten Aufgaben auf. Andererseits kann die Ankündigung seines Rückzugs zu diesem Zeitpunkt kritisch gesehen werden, da er die Aufgaben des Staates neben den BürgerInnen auch wieder in die Hände von PolitikerInnen legen wollte, die von den BürgerInnen weiterhin als Teil des alten Systems wahrgenommen und deshalb abgelehnt wurden.

4.9 Meckel: Predigt vom 9. August 1987 (P7Meck1987)

Die Predigt vom 9. August 1987 wurde im Rahmen des einwöchigen *6. Mobilen Friedensseminars* in Meckels Gemeinde in Vipperow gehalten. Pfarrer Markus Meckel war Mitinitiator des Friedensseminars. Den Predigtausführungen liegen zwei Bibelstellen, Hab 1,1-5.7 und Ps 130,3-8, zugrunde. Während Hab 1,1-5.7 die primäre Bezugsquelle darstellt, dient Ps 130,3-8 vor allem dazu, die göttliche Vergebung und Erlösung biblisch zu untermauern. Meckel weicht mit den Bibeltexten von der Perikopenordnung ab. Das Friedensseminar stand unter dem Motto *Verantwortung für Lebensrechte*. Meckel und Pfarrer Martin Gutzeit sahen in vorab formulierten *Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit* zum Friedensseminar jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen verantwortlich „sich dafür einzusetzen, daß die Lebensrechte als nationale und internationale Rechte bestimmt und durch entsprechende Institutionen einklagbar und durchsetzbar gemacht werden."[447] Die Definition der Lebensrechte und Möglichkeiten des Einsatzes für deren Realisierung sollten von den einzelnen Gruppen im Laufe des Friedensseminars erarbeitet werden.[448] Darüber hinaus sollte im Rahmen eines Rollenspiels die Argumentation für und gegen bestimmte, von den Gruppen als wichtig erachtete Lebensrechte eingeübt und auf die menschenrechtlichen Dokumente von KSZE und den *Vereinten Nationen* bezogen werden. Es wurden unter anderem Lebensrechte im Hinblick auf Ressourcenverschwendung sowie Religions- und Reisefreiheit formuliert und die Abkoppelung des Bildungswesens von militärischen Inhalten gefordert. Damit wurden einige Lebensrechte und deren Realisierung konkret auf die DDR bezogen, während andere sehr allgemein formuliert blieben.[449] In seinen Predigtausführungen verweist Meckel auf die Bandbreite an Lebensrechten, die von den Gruppen im Laufe der Woche festgehalten wurden.

Predigt zu Habakuk $1_{,1\text{-}5.7}$ und Psalm $130_{,3\text{-}8}$ **9.8.1987**

Habakuk scheint vor mehr als 2 $\frac{1}{2}$ Tausend Jahren ähnliche Erfahrungen gemacht zu haben, wie auch wir sie kennen.

Denn so ist sie doch, unsere:

Gewalt geht vor Recht.

Sie machen ihre Kraft und ihre Macht zu ihrem Gott. Sie fangen Menschen wie Fische in Netzen – Menschen werden benutzt und verbraucht, manipuliert und kaputtgemacht.

Sie beten die Mittel ihrer Macht an, die Werkzeuge der Unterwerfung.

Habakuk schaut tief, wenn er das so sagt.

Denn mit ihren Worten haben sie das natürlich nicht getan. Doch die Worte sind eben nicht das allein Maßgebende. An ihrem Tun und Verhalten zeigt es sich, da kommt es heraus, auch wenn sie anders reden. Doch was heißt „sie" – das gilt für jeden, auch für uns selbst. Nicht allein unser Reden von Frieden und

[447] Dokument 28: Verantwortung für Lebensrechte. Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit, 10.06.87 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 234.

[448] Vgl. ebd.

[449] Vgl. Dokument 29: Recht schaffen. Spielregeln für das ganztätige Rollenspiel für alle Seminarteilnehmer während des Abschlußwochenendes in Vipperow in: aaO, 235ff.

Recht wird zeigen, was unser Glauben ist, sondern unser Verhalten und Tun. Denn da kommt heraus, was uns leitet, worauf wir im Grunde unseres Herzens vertrauen. Was für uns Wirklichkeit und Wert hat.

Wir haben beim Friedensseminar in den verschiedenen Gruppen eine Woche lang über „Verantwortung für Lebensrechte“ nachgedacht und geredet und es war für mich gestern schon beeindruckend mitzubekommen, in welcher Vielfalt da gearbeitet und was alles als wichtiges Lebensrecht erkannt und benannt wurde.

Wir hatten in der Vipperowschen Gruppe am Anfang eine Gesprächsrunde darüber, was das denn eigentlich meint, wenn wir von Recht und Gerechtigkeit reden. Dabei wurde uns deutlich, daß es dabei nicht um abstrakte Gleichheit geht, sondern um genaues Hinhören und Zuhören, um Hinsehen, Aufmerksamsein und Anerkennen des anderen – darum, dem anderen gerecht zu werden.

Und das ist ungeheuer schwer. Da ist noch viel zu lernen – auch durch uns selbst. Diese Erfahrung kann man schon machen, wenn man so eine Woche in einem Haus zusammenlebt und es ist kein Zufall, daß Gorbatschow davon spricht, daß wir alle, die Menschheit in einem gemeinsamen Haus lebt. Die Lebensart des einen betrifft die des anderen sofort mit.

Es ist schwer, gemeinsames Recht zu finden, gemeinsame Regeln des Zusammenlebens. Und so zu finden, daß alle daran beteiligt sind, sie dem Zusammenleben dienen, jedem gerecht werden und von allen anerkannt werden.

Dabei ist unsere Verschiedenheit ja nur ein kleines Spiegelbild gegenüber der Verschiedenheit der Völker.

Da gilt es, Toleranz zu üben.

Da gilt es, sich zurücknehmen zu können mit seinen Interessen.

Da gilt es, Lasten auszugleichen und gemeinsam zu tragen.

Wir merken schon an so begrenzter Erfahrung – und vorhin wurde es ausgesprochen:

Wir selbst bedürfen der Vergebung.

Der Vergebung Gottes und der untereinander – wobei das für den christlichen Glauben nicht zu trennen ist.

Nur so wird es weitergehen, wird Zukunft offen und möglich sein, wenn wir uns nicht alte Rechnungen immer wieder auftischen.

Denn das machen wir ja gern, so wir uns im Recht fühlen.

Vergebung traut dem anderen zu, daß er auch anders sein kann als er sich bisher gezeigt hat. Es ist das Vertrauen auf die Veränderungsfähigkeit des anderen. Und es hilft, ja vielleicht müssen wir sogar sagen, ermöglicht solche Veränderung. Wir können Wege gehen, die wir selbst von uns nicht für möglich gehalten hätten.

Und solche Veränderung und Befreiung brauchen wir – ebenso wie die Gesellschaft, von der wir sie fordern, für die wir dort eintreten.

Die Gnade der Vergebung, die Gott uns schenkt, die wir uns gegenseitig zusprechen und zeigen, stellt neue Verhältnisse her, überwindet die Kreisläufe des Unrechts, das sich hochschaukelt, verändert das Verhalten. Nicht automatisch, aber da, wo wir wirklich diese Erfahrung machen. Solche Rechtfertigung – wie Paulus im Neuen Testament sagt, setzt uns ins Recht, macht uns frei und verantwortlich.

Gott will unser Recht, das auch das aller anderen ist.

Gott will Gerechtigkeit, in der wir einander gerecht werden.

Deshalb ist es richtig, daß wir Recht wollen im Zusammenleben der Menschen, nicht Gnade durch die jeweils Herrschenden, denn solche Gnade ist Entmündigung, erschlichen durch Brot und Spiele, Konsum und Wohlstand. So laßt uns gemeinsam weiter den Weg der Gerechtigkeit und des Rechts suchen und gehen, es ist der Weg des Friedens, des Schalom Gottes. Gott schenke uns, daß wir dort, wo der Abweg der Selbstgerechtigkeit beginnt, den rechten Weg finden.

Amen.

Da die Teilnehmenden des Friedensseminars sich mit dem Thema Gerechtigkeit auseinandergesetzt haben, ist Gerechtigkeit auch Hauptgegenstand der Predigt, und Hab 1,1-5.7 wird im Hinblick auf fehlende Gerechtigkeit in der Welt ausgelegt. Mit dem Verweis auf ähnliche Erfahrungen des Propheten und der ZuhörerInnnen der Predigt wird die Bedeutung der Botschaft der Bibelstelle für die Gegenwart 1987 betont und auf diese übertragen. Eine historische Einordnung der Inhalte und der eigentlich im Text vom Propheten beklagten Personengruppe findet nicht statt. Die Bibelstelle dient als Ausgangspunkt, um über den Missbrauch von Macht nachzudenken. Meckel fokussiert sich auf Hab 1,3: „Gewalt geht vor Recht". Er konkretisiert Machtmissbrauch, indem er von der Benutzung, Manipulation und Vernichtung von Menschen sowie von der Abhängigkeit von dem Wohlwollen der Mächtigen spricht. Damit geht er über die zugrundeliegende Bibelstelle hinaus, in der neben Rauben und gottlosem Verhalten von der Benachteiligung der Gerechten die Rede ist. Meckel präzisiert nicht, wer Machtmissbrauch begeht, die Zuhörerschaft wird aber zunächst als Opfer des Machtmissbrauchs dargestellt. Somit wird an dieser Stelle implizit das Verhalten der Machthabenden in der DDR angeprangert und deren Umgang mit ihren BürgerInnen kritisiert. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten, den Meckel als Teil des Machtmissbrauchs deklariert, wird in Hab 1,1-5.7 nur durch den Verweis auf die Machtlosigkeit des Gesetzes angedeutet. In den Predigtausführungen schwingt die Aufforderung an die Anwesenden mit, Machthabende im Hinblick auf ihr Tun zu bewerten. Die Machthabenden, die Machtmissbrauch betreiben, werden hier als gottlose Menschen beschrieben, die sich allein auf ihre Macht verlassen und auf den eigenen Machterhalt fokussieren.

In den weiteren Predigtausführungen nimmt Meckel hinsichtlich der Differenzen von Rede und Tat jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen in die Pflicht und fordert die Anwesenden dazu auf, die in der Woche im Austausch entwickelten Meinungen und Ideen auch im Handeln sichtbar und für die Mitmenschen erfahrbar werden zu lassen. Der Glauben solle sich somit im Handeln niederschlagen und dort seinen Ausdruck finden. Diese Handlungsaufforderung wird im weiteren Verlauf der Predigt verstärkt und Recht und Gerechtigkeit werden – wie schon im Friedensseminar im Austausch getan – präzisiert. Meckel nimmt die Diskussionsergebnisse der Teilnehmenden aus Vipperow in die Predigtausführungen mit auf, wenn er Gerechtigkeit als ein Eruieren, Einkalkulieren und Einbeziehen der Bedürfnisse der bzw. des Nächsten definiert – er spricht davon, „dem anderen gerecht zu werden." Dementsprechend hatten sich die Teilnehmenden dagegen ausgesprochen, Gerechtigkeit mit Gleichheit für alle gleichzusetzen. Es gehe vielmehr darum, die Völker und Menschen in ihrer Vielfalt und mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen wahrzunehmen.

Meckel beschreibt besonders die Realisierung von Rechten, die die Bedürfnisse aller berücksichtigten, als problematisch. Dies macht er an den Schwierigkeiten des menschlichen Zusammenlebens im Kleinen – an der Stelle der Verweis auf das Zusammenleben der Teilnehmenden im Laufe der Woche des Friedensseminars – und im Großen, d.h. dem Zusammenleben der Völker, deutlich. Meckel betont die Interdependenz der Lebensweise der Menschen. In den vorab für das Friedensseminar entwickelten *Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit* sprachen Meckel und Gutzeit bezüglich des Handelns einer jeden bzw. eines jeden Einzelnen von einem nationalen und internationalen „Tun-Ergehens-Zusammenhang, der

dann wieder auf jeden Einzelnen zurückwirkt."[450] Wie schon Iskraut in P5Isk1984 beschreibt Meckel – gemeinsam mit Gorbatschow – die Menschheit als Hausgemeinschaft. Er verweist auf Gorbatschows Konzept des „gemeinsamen europäischen Haus[es]"[451] bzw. weitet den Gedanken der gegenseitigen Wirkung, Abhängigkeit und des Schutzes im Einklang mit der Bundessynode auf die gesamte Menschheit aus.[452] Gorbatschow machte auf die Verantwortung Europas für die Entwicklungsländer und deren Fortschritt aufmerksam, zeigte somit die globale Abhängigkeit der Süd- von der Nordhalbkugel auf. So betonte er 1987: „Ein Erfolg des europäischen Prozesses könnte es diesem Kontinent ermöglichen, einen noch größeren Beitrag zum Fortschritt der übrigen Welt zu leisten. Europa darf sich nicht scheuen, an der Lösung von Problemen wie dem Hunger in der Welt, der Staatsverschuldung und Unterentwicklung mitzuwirken und bewaffnete Konflikte zu verhindern."[453] Er plädierte für eine engere Kooperation der europäischen Staaten sowie für den regionalen und internationalen Einsatz unter Beibehaltung – wie Meckel es ausdrückt – „der Verschiedenheit der Völker".[454]

Zur Realisierung von Rechten, die den Bedürfnissen aller Betroffenen Rechnung tragen, wird von Meckel die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Gegenüber und seinen Bedürfnissen, d.h. eine Form des Dialogs und der Diskussion, angedeutet. Er weist damit auf einen demokratischen Prozess hin, der das Friedensseminar prägte: die Diskussion um, die Argumentation für und die Einigung auf Lebensrechte. Meckel sieht aus der Interdependenz der Menschen die Verantwortung im Sinne der Nächstenliebe erwachsen, weshalb das internationale Zusammenleben von Toleranz sowie Interessen- und Lastenausgleich geprägt sein sollte. Er greift damit ein Thema auf, das auch vom BEK und im Rahmen des Konziliaren Prozesses behandelt wurde. Der BEK sprach wie in den vorangegangenen Jahren immer wieder von der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten voneinander, vor allem ihm Hinblick auf die gemeinsame Sicherheit. In der Auseinandersetzung mit Frieden und Aufrüstung wurde mehrfach auf die negativen Auswirkungen von Rüstungsbestrebungen auf die ärmeren Länder der Erde verwiesen. Gemeinsam mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* nahm der BEK die Industriestaaten, aber auch die Kirchen und die ChristInnen in die Pflicht, sich der Auswirkungen der eigenen Wirtschaftspolitik und des eigenen Lebensstils auf die Entwicklungsländer bewusst zu werden und sich für die Verbesserung der Situation der Entwicklungsländer einzusetzen.[455]

[450] Dokument 28: Verantwortung für Lebensrechte. Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit, 10.06.87 in: aaO, 233.

[451] GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 18.

[452] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 267.

[453] GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 21; vgl. auch aaO, 19f, 228.

[454] Vgl. auch aaO, 18, 60.

[455] Vgl. „Rechtmäßig Kriege führen"? CA 16 und unsere Verantwortung für den Frieden. Ad-hoc-Ausschuß Friedensfragen unter Beteiligung der Kommission für theologische Grundsatzfragen (1989) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 340; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 15, 26, 28, 30, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Anlage II. Politikfähige Konzepte der Friedenssicherung. ad-hoc-Ausschuß Friedenfragen. Unsere Kirchen auf dem Wege zum Bekennen in der Friedensfrage. Bericht über die Weiterarbeit an den Sachfragen des Bekennens in der Friedensdebatte in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 19; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage" in: aaO, 46f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Zusammenhang von Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 5; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai

Darüber hinaus setzt Meckel in der Predigt, genauso wie schon gemeinsam mit Gutzeit in den *Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit*, ein Leben in Gerechtigkeit mit dem Leben im Schalom gleich. Damit liegt der Predigt ein sehr weites Verständnis von Gerechtigkeit zugrunde, das auch ein Leben in Frieden einschließt. Im Gegensatz zum Menschen möchte Gott Gerechtigkeit und Rechte für alle Menschen gleichermaßen. Der Unterschied zwischen weltlicher und göttlicher Gerechtigkeit wird angedeutet. Meckel und Gutzeit sahen im Einsatz für den Erhalt und Bewahrung allen Lebens auf der Erde ein Handeln im Sinne dieser Gerechtigkeit.[456] Sowohl vom BEK als auch im Rahmen des Konziliaren Prozesses und der Ökumene wurde wiederholt die Verbindung bzw. sogar die Kongruenz von Frieden und Gerechtigkeit propagiert.[457] Selbst Gorbatschow sah wirkliche Sicherheit in der Welt nur mit der Realisierung von Basisrechten erreichbar.[458] Der BEK wollte im Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte den Fokus vor allem auf die Stärkung der Rechte der Mitmenschen gelegt sehen.[459]

Den Einsatz für Gerechtigkeit für alle Menschen beschreibt Meckel als schwierig, da jede bzw. jeder Einzelne an fehlender Gerechtigkeit eine Mitschuld trage. Aufgrund dieser Schuldhaftigkeit jeder bzw. jedes Einzelnen und dem damit einhergehenden Streben der Menschen nach Selbstgerechtigkeit bedürfe jeder Mensch der Vergebung Gottes, aber auch seiner Mitmenschen. Nach Meckel ist erst durch die erfahrene Vergebung Gottes und durch seine Rechtfertigung Vergebung gegenüber den Mitmenschen möglich. Mit dem Aspekt der Vergebung bezieht sich Meckel auf Ps 130,3-8. Erst mit Vergebung seien ein Neustart in Beziehungen und Veränderungen realisierbar, denn sie gehe mit dem Glauben in die Veränderbarkeit des Gegenübers und der Verhältnisse einher. Mit der Vergebung werde der Zyklus der Abrechnung durchbrochen.

Dies überträgt Meckel auf die Gesellschaft, in der die ZuhörerInnen für ihre Überzeugungen einstehen sollen. Die schon mehrfach in der Predigt angeklungene Aufforderung an die ZuhörerInnen, sich in ihrem Umfeld für Recht und Gerechtigkeit einzusetzen, wird durch die aus der Vergebung bzw. Rechtfertigung resultierende Freiheit, aber auch Verantwortlichkeit verstärkt. Ähnlich argumentierte die *Europäische Ökumenische Versammlung* im Rahmen des Konziliaren Prozesses.[460] An dieser Stelle verweist Meckel auf Paulus, der aus der Rechtfertigung durch Christus heraus zur Nachfolge auffordert.[461] Die Vergebung und Rechtfertigung Gottes berechtige die ChristInnen bzw. gebiete ihnen den Einsatz für Recht und Ge-

1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 10, Paragraph 56, Paragraph 72, Paragraph 84 a), Paragraph 85, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

[456] Vgl. Dokument 28: Verantwortung für Lebensrechte. Thesen und Fragen für die Gruppenarbeit, 10.06.87 in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 232.

[457] Vgl. 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1987 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 8; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: aaO, 46; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 8, Paragraph 14ff, Paragraph 32, Paragraph 38, Paragraph 82, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

[458] Vgl. GORBATSCHOW: Das gemeinsame Haus Europa, 380.

[459] Vgl. Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269.

[460] Vgl. Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 44f, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

[461] Vgl. dazu Phil 3 und Gal 3.

rechtigkeit. Im Zuge dessen weist Meckel auf den Bedarf der DDR-Gesellschaft nach „Veränderung und Befreiung“ hin. Damit wird auch die Unvollkommenheit der Gesellschaft aufgezeigt, die es einzudämmen gilt. Meckel kritisiert die Entmündigung und die durch die Bereitstellung eines gewissen Lebensstandards angestrebte Ruhigstellung der BürgerInnen, was der in der Predigt beschriebenen Definition von Gerechtigkeit widerspricht. Die DDR versuchte den Lebensstandard der BürgerInnen trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten, um Tumulte zu verhindern.[462] Die Gnade von Machthabenden ermögliche laut Meckel im Gegensatz zur göttlichen Gnade keine Veränderung und keine Etablierung von Recht und Gerechtigkeit. Waren in den Vorjahren Friedenserziehung und Reisefreiheit als Steigerung von Mündigkeit beschrieben worden, so thematisierte der BEK ab 1987 explizit die fehlende Mündigkeit der BürgerInnen in der DDR. Auch die *Ökumenische Versammlung* in der DDR setzte sich kritisch damit auseinander. Beide plädierten dafür, dass die Mündigkeit im Dialog des Staates mit den BürgerInnen, der Bereitstellung von Informationen, der Stärkung des Mitspracherechts und der Rechtssicherheit der BürgerInnen sowie in der Akzeptanz bürgerlicher Kritik und des bürgerlichen Engagements in seiner Vielfalt Realisierung erfahren sollte.[463] Meckel deklariert die Bezüge auf die Gegenwart nicht direkt als Kritik an den Zuständen in der DDR. Es wird aber anhand der vorherigen Aufforderung zum Engagement in der eigenen Gesellschaft deutlich, dass hier die Unmündigkeit der BürgerInnen in der DDR-Gesellschaft thematisiert wird. Damit greift Meckel den zunehmenden Diskurs um die Vorenthaltung von Menschen- und Bürgerrechten in der DDR sowie die Hoffnung auf *Perestroika* und *Glasnost* in der DDR auf. In den Dokumenten zum Friedensseminar wurde die Kritik an der (menschen-)rechtlichen Situation wesentlich deutlicher als in der Predigt.

Die Predigt vereint in sich Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt. Die Anwesenden werden auf ihr Zutun an Ungerechtigkeit im Miteinander und in der Welt hingewiesen. Ihnen werden deshalb Gottes Barmherzigkeit und Vergebung zugesagt, der jede bzw. jeder Einzelne bedarf. Aus ihrer Befreiung heraus sollen sie sich für Gerechtigkeit im Sinne Gottes in der Welt einsetzen. Die theologischen Motive von Vergebung und Gerechtigkeit werden somit – biblisch untermauert – in der Predigt dazu herangezogen, um den gesellschaftspolitischen Einsatz für die (menschen-)rechtliche Lage in der DDR theologisch zu begründen.

---

[462] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 425; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 174, 177f, 198.

[463] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 16, 35ff, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288, 290; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. Sepember 1988 in: aaO, 313f; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden in: SEKRETARIAT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Kirche als Lehrgemeinschaft, 269.

4.10 Rannenberg: Predigt vom 24. April 1988 (P4Ra1988)

Der von Pfarrer Rannenberg in Senftenberg gehaltenen Predigt liegt mit 2. Kor 4,16-18 die für den Jubilate Sonntag vorgeschlagene Bibelstelle der laufenden Perikopenordnung zugrunde.

2. Korinther $4_{,16\text{-}18}$ **Senftenberg, Taufgottesdienst 22.4.88**

Liebe Gemeinde!

Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so geht, wie es mir ergangen ist beim 1. Lesen dieses Abschnittes:

Da ist von Müdigkeit die Rede, von Verfall, von Trübsal, von Sichtbarem, das nur zeitlich ist.

Paßt das zu einem Gottesdienst, in dem ein Kind getauft werden soll? Ist das ermutigend, zukunftsweisend, wenn so nüchtern von Realitäten im Leben eines Christen geredet wird?

Gewiß, wir hören auch Zusagen: Der innere Mensch wird von Tag zu Tag erneuert. Unsere Trübsal schafft eine ewige und über alle Maßen gewichtige Herrlichkeit. Was unsichtbar ist, das ist ewig. Aber sind solche Zusagen nicht zu ungreifbar, zu unkonkret, zu utopisch, d.h. sie haben keinen Ort (in unserer Welt), unsichtbar, zu sehr auf eine ferne Zukunft tröstend?

Soweit meine, vielleicht auch Ihre, Eindrücke vom ersten Lesen dieses Briefabschnittes.

Aber beim weiter Bedenken, beim Versuch zu klären, warum Paulus hier so redet, was er mit diesen Worten sagen wollte, ging es mir, wie es einem Pfarrer manchmal beim Besuch eines Schwerkranken geht:

Es ist einem bange, wie man diesen Besuch bestehen wird. Man begegnet auch wirklich großem Elend. Aber man erlebt auch so viel inneren Halt, daß man selber beschenkt und gestärkt nach Hause geht.

Da wird eine neue Sicht erkennbar: Sie nimmt die entmutigenden Realitäten wohl ins Auge, aber sie läßt zugleich diese Realitäten durch sie hindurch auf den Grund des Halts, auf das Ziel, das einer vor Augen hat, schauen. Und diese neue Sicht gibt durch den Blick auf das Ziel Mut und Kraft, mit diesen Realitäten zu leben, es mit diesen Realitäten aufzunehmen.

So wollen wir zunächst diese Realitäten ins Auge fassen, die so müde machen können. Weshalb könnte denn Paulus müde werden?

Paulus muß in dem Zusammenhang, in dem unser Abschnitt steht, seine Autorität als Apostel verteidigen. Seine Gegner in Korinth meinen: Ein Apostel müsse den Besitz des Geistes Gottes aufweisen können durch Wunder und Krafttaten, Ekstase, Visionen und Redegewalt. Darin zeige sich, daß er zu Christus gehört. Paulus hat von alledem nichts vorzuweisen: In seinem Auftreten ist er schwach und armselig, mutig nur aus der Ferne, kraftvoll nur in seinen Briefen; in der freien Rede wirkt er stümperhaft. Wenn er das heute in eine Pfarrstellenbewerbung schriebe, würden ihn vielleicht nicht einmal die Senftenberger nehmen, obwohl zwei von vier Pfarrstellen unbesetzt sind.

[Daran kann auch nichts ändern, daß Paulus seinen Lebensunterhalt selbst verdient, der Gemeinde also nicht zur Last fallen will. Den anderen gelten die Zuwendungen der Gemeinde ebenso als Bestätigung ihrer vom Geist Gottes gewirkten Leistungen und Erfolge wie die Empfehlungsbriefe, die sie gern annehmen.][464]

[464] Dieser Satz wurde von Rannenberg in den Aufzeichnungen in eckige Klammern gesetzt. Es konnte rückblickend nicht mehr rekonstruiert werden, ob dieser Satz verlesen wurde oder nicht.

Zu der Bedrängnis aus der Gemeinde, gegen die Paulus sich verteidigen muß, kommt Bedrängnis von außen. Paulus schreibt wenige Sätze zuvor: „Wir sind von allen Seiten bedrängt.... uns ist bange.... wir leiden Verfolgung.... wir werden unterdrückt... wir werden immerdar in den Tod gegeben (um Jesu willen)."

Paulus hat schon Grund genug, müde, nachlässig zu werden, abzubauen.

Und auch wir leben in Gemeinden/ in einer Kirche, in denen viel Müdigkeit zu spüren ist:

Ob es denn noch lohnt zur Gemeinde zu gehen, wenn z.B. in Senftenberg für 120 Gemeindeglieder, die im Jahr starben, nur 25 dazu kommen, die getauft werden, ob es denn lohnt zu einer Gemeinde zu gehören, die zur Hälfte aus Rentnern besteht, ob es denn noch lohnt, in unserem Staat zur Kirche zu gehören, wenn alle Christen zusammen nur eine Minderheit von 30% ausmachen.

Es gibt noch schwerwiegendere Anfragen:

Ob es sich noch lohnt als einzelner Christ Schwierigkeiten um seines Glaubens willen auf sich zu nehmen, wenn die große Menge der Christen nicht einmal die Mühe auf sich nimmt, die Bibel wirklich kennenzulernen, von ihrem Wort sich fordern zu lassen, wenn ein Bischof feststellen muß (Forck vor 2 Jahren auf der Synode), daß Christenlehrekinder und Konfirmanden wenig Bescheid wissen über die Bibel und sich nicht darin zurechtfinden, daß Gemeindeglieder in Gesprächskreisen sich nur hin und wieder mit der Bibel beschäftigen, daß Bibelstunden, wenn sie überhaupt stattfinden, nur von Älteren besucht werden, daß selbst in Pfarrkonventen Bibel und Theologie als Luxus erscheint, weil es so viel Wichtigeres/ Aktuelleres zu besprechen gäbe, daß die Bibel offenbar keine Autorität mehr ist, von ihr nichts mehr erwartet wird für das Leben heute, ja, daß es von einigen für unzumutbar gehalten wird, aus dem Weg Jesu Konsequenzen für das Leben in einer durch Atheismus bestimmten (Um)Welt zu ziehen.

Anfragen gibt es, ob es sich lohnt als einzelner Christ Schwierigkeiten um des Glaubens willen auf sich zu nehmen, wenn die meisten Christen die Kirche nur als Versorgungsbetrieb ansehen, ohne einzusehen, daß sie sich selber engagieren müssen, wenn dieser Versorgungsbetrieb an chronischem Mitarbeitermangel leidet, und die wenigen engagierten nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben kommen, wie Besuchsdienst, missionarische Aktivitäten, Zurüstung von Mitarbeitern für beides.

Anfragen gibt es, ob es sich lohnt, als einzelner Christ Schwierigkeiten um seines Glaubens und seiner christlichen Überzeugung willen auf sich zu nehmen, wenn sie uns dazu drängen, im gesellschaftlichen Bereich Probleme anzugehen und uns um Veränderungen zu bemühen.

Wohin das führen kann, haben die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in unserem Land gezeigt. Es ist der Kirche „in unserem Raum und in unserer Zeit" nicht gestattet, in ihrer Presse zu Umweltschutz, Menschenrechten, Wehrdienst u. anderen Themen wie Ausbürgerung sich zu äußern. Deshalb ist die letzte Ausgabe der Kirchenzeitung nicht ausgeliefert worden. (Sie sollte den Bischofsbericht in der Synode Berlin-Brandenburg wiedergeben). Ich rede von Gründen für die Müdigkeit, vom christlichen Glauben her im gesellschaftlichen Bereich sich einzusetzen.

–

Auch wir haben in Gemeinde und Kirche viel Grund, müde, nachlässig zu werden, abzubauen (und wir sind und tun es bereits!).

Paulus bestreitet den Korinthern für seine Person dieser Sicht; ob er nicht auch bei uns die soeben

geäußerte Sicht von/ in Gemeinde und Kirche korrigieren kann?

Für Paulus erweist sich gerade in der Mühsal seiner Arbeit, in seinem Leiden, in der Verfolgung, die er in seinem Dienst sogar aus der Gemeinde erfährt – für Paulus erweist sich gerade in all dem, daß er zu Christus gehört. Es ist ja das Sterben Christi, das er an seinem Leibe trägt (so schreibt er es kurz zuvor). Und auch wenn er selber nur eine schwache Erscheinung ist, – gerade in seiner Schwäche ist die Kraft Christi in ihm wirksam.

Wenn auch der „äußere" Mensch, seine Körperkraft, seine geistige Kraft, seine Gesundheit, im Dienst für Christus, sich abnutzt, verfällt, abbaut, wenn auch die Verhältnisse, in denen ein Mensch lebt, dabei zerfallen, seine Lebensbedingungen, Beziehungen zu anderen Menschen, wie Paulus das auch erlebt hat, der „innere" Mensch, daß er zu Jesus Christus gehört, daß Jesus Christus in ihm wirkt, das wird von Tag zu Tag (dadurch) erneuert, das wird von Tag zu Tag (dadurch) neu bestätigt und gewiß.

Die Bedrängnisse will Paulus dadurch nicht herunterspielen. Aber er darf durchschauen, hinter sie schauen auf das Ziel. Für ihn ist das Ziel die Herrlichkeit, die Ehre, die dem gekreuzigten Christus zuteil wurde und an der er Anteil haben darf.

Die Bedrängnisse sind das im Augenblick Sichtbare, das (von allen) gesehen wird, aber sie sind vorläufig, nur augenblicklich, zeitlich, haben ein Ende, sind nicht endgültig.

Paulus hat sie im Auge, aber er sieht weiter auf das, was (noch) nicht (für alle) sichtbar ist, was nicht gesehen wird (von den meisten), (eben) die Herrlichkeit Christi, zu dem wir gehören dürfen, der in uns wirkt und seine Kraft die Herrlichkeit Christi, die ihm, dem gekreuzigten Christi zuteil wurde, an der wir Anteil haben.

Was nicht sichtbar ist, das ist ewig, endgültig. Es gehört nicht zum gegenwärtigen Augenblick, sondern zum neuen Zeitalter Gottes.

So versucht Paulus, den Korinthern ihre Sicht streitig zu machen. Aus seiner neuen Sicht erscheinen seine Bedrängnisse (augenblicklich) leicht, die zu erwartende Herrlichkeit aber bekommt ein alle Maßstäbe übersteigendes Gewicht.

Und darum, so kann Paulus sagen: bauen wir (letzten Endes doch) nicht ab, werden wir nicht nachlässig, werden wir nicht müde.

Darum, so können auch wir sagen, brauchen wir nicht abzubauen, haben wir keinen Grund nachlässig zu werden,

Darum, können auch wir sagen, werden wir nicht müde.

Darum braucht das Taufkind nicht zu resignieren, wenn es heranwächst und die Realitäten in Gemeinde und Kirche kennenlernt.

Darum können Eltern und Paten den Mut haben, ein Kind zur Taufe zu bringen.

Darum kann die Gemeinde/ die Kirche den Mut haben, weiter nach dem Auftrag Jesu Christi Kinder zu taufen.

Darum kann die Gemeinde/ die Kirche den Mut haben, die Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, denen sie begegnet, weil sie zu Jesus Christus gehört, wenn sie Jesus Christus folgt.

Darum kann die Gemeinde/ die Kirche sich rufen lassen mit der diesjährigen Jahreslosung:

Kehrt um und glaubt an das Evangelium. Kehrt um und vertraut auf die Gute Nachricht Gottes, wie

sie hörbar und sichtbar/ erfahrbar geworden ist in Jesus Christus.

Darum kann die Gemeinde/ die Kirche sich mühen, so schwierig das auch ist, die Weisung der Worte Jesus (z.B.) in der Bergpredigt und die Weisungen der Apostel in unserer Zeit und Welt zu erfüllen.

Darum kann Gemeinde und Kirche immer wieder von neuem verantwortlich, mithelfen bzw. mitwirken, daß Frieden gefestigt und erhalten wird, z.B. in der Erziehung der Kinder, im Bemühen um Andersdenkende, daß unsere Umwelt bewahrt und Gerechtigkeit im eigenen Land und in der Zwei-Drittel Welt gemehrt wird.

Darum brauchen wir in Gemeinde und Kirche nicht müde zu werden in solchem Bemühen trotz aller Mißverständnisse und Fehlschläge.

Amen.

In diesem (Tauf-)Gottesdienst setzt sich Rannenberg, resultierend aus 2. Kor 4,16-18, einerseits mit den Leiden der ChristInnen in und an der Welt und andererseits mit den positiven Auswirkungen der Gnade Gottes auf die Seele des Menschen auseinander. Damit ist die Predigt zweigeteilt, indem positive Aspekte des Lebens als ChristIn den negativen entgegengestellt werden. Nach Rannenbergs erstem Eindruck von der Bibelstelle liegt ein ernüchternder Bericht über das Dasein eines Christenmenschen in der Welt vor. Um diesen Eindruck zu verstärken, zitiert der Prediger Begriffe wie „Müdigkeit", „Verfall" und „Trübsal" aus der Bibelstelle. Rannenberg wirft deshalb die Frage auf, ob dieser Text passend für einen Taufgottesdienst ist, was eigentlich ein freudiges Ereignis sein sollte. Zwar beinhalte 2. Kor 4,16-18 auch eine positive Botschaft, diese sei aber schwer zu erfassen und erschließe sich erst bei vertiefender Auseinandersetzung. Diese Erkenntnis vergleicht er mit der Erfahrung einer Pfarrerin bzw. eines Pfarrers bei einem Schwerkranken. Bei einem solchen Besuch könne man als SeelsorgerIn so viel mitnehmen, müsse sich aber auch dem Leid des Gegenübers aussetzen und damit umgehen. Rannenberg sieht in beiden Fällen die negativen Aspekte des menschlichen Lebens wahrgenommen. Indem diese zum Ziel des ewigen Lebens in Relation gesetzt werden, werde Kraft frei, um das Leben mit all seinen Problemen zu meistern.

Der Prediger stellt die Gegebenheiten zu Zeiten des Paulus und der ChristInnen 1988 in der DDR dar, die zu Müdigkeit und Resignation der ChristInnen führten bzw. führen. Im Zuge dessen ordnet er die Bibelstelle sowohl in ihre historischen als auch in ihre biblischen Zusammenhänge ein. Im historischen Rückblick verweist er auf Schwierigkeiten und Bedrohungen, denen der Apostel Paulus, aber auch die ChristInnen der damaligen Zeit ausgesetzt waren. Rannenberg macht durch die anteilige Zitation von 2. Kor 4,8+9 und 11 auf die Angst, die Unterdrückung, die Verfolgung und die Ermordung aufmerksam, mit denen der Apostel und die Gemeinde in Korinth zu kämpfen hatten. Darüber hinaus hatte die Gemeinde in Korinth hohe Erwartungen an Paulus. Paulus war aber als Apostel unvollkommen, indem er zwar in der schriftlichen Kommunikation stark war, in der freien Rede jedoch Defizite aufwies. Rannenberg spricht in diesem Zusammenhang den Pfarrermangel in der DDR im Allgemeinen, aber auch in Senftenberg im Speziellen an. Auch der BEK thematisierte in seinem *Arbeitsbericht 1988/89* die Problematik vakanter Pfarrstellen in der DDR.[465]

Die Bedrängnisse der Zuhörerschaft 1988 sind etwas anders gelagert als die der ChristInnen zu Zeiten des Paulus, rufen aber ebenfalls Resignation und Müdigkeit hervor. Einerseits wird das in der Geschichte der DDR durchgängig schwierige Staat-Kirche-Verhältnis und das Leben und Wirken der ChristInnen in einer atheistischen Gesellschaft angesprochen. Andererseits geht Rannenberg auf aktuelle Ereignisse ein, indem er die Zensur der Kirchenzeitung anspricht.

Im Hinblick auf das Dasein der Christen in der atheistischen Gesellschaft der DDR wird einmal die abnehmende Anzahl der Gemeinde- und Kirchenmitglieder thematisiert, worauf auch der KKL-Vorsitzende, Werner Leich, im Herbst 1989 Bezug nahm.[466] Rannenberg macht dies, wie schon in seiner Predigt P3Ra1986_87, an Zahlen zur Gemeinde in Senftenberg konkret. Während 120 Gemeindemitglieder im Jahr verstorben sind, kamen nur 25 neue Gemeindemitglieder hinzu. Zum Ende der DDR lag der Anteil

[465]Vgl. Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 51.

[466]Vgl. Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: aaO, 40.

an ChristInnen in der DDR, wie Rannenberg angibt, bei 30%.[467] Des Weiteren weist der Prediger auf die Überalterung der Gemeinde Senftenbergs hin. Darüber hinaus befasst er sich mit dem fehlenden Interesse, der fehlenden Kenntnis und Auseinandersetzung von Gemeindemitgliedern, Kindern und Jugendlichen sowie Pfarrkonventen mit der Bibel. Aktuelle Themen würden als wichtiger erachtet. In diesem Zusammenhang wird Bischof Forck zitiert, der bei der Synode 1986 feststellte, dass die Christenlehrekinder und KonfirmandInnen immer weniger über die Bibel Bescheid wissen. Damit stützt Rannenberg seine Kritik an der allgemein geringen Bibelnutzung mit einer Autorität. Mit seinen Ausführungen betont er die Bedeutung der biblischen Botschaft für die Gegenwart der ZuhörerInnen und fordert sie in der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen zu einem stärkeren Bibelgebrauch auf. Auch die Kritik am fehlenden Engament vieler ChristInnen in Gemeinde und Kirche beinhaltet die implizite Aufforderung an die Anwesenden zum Einbringen in das kirchliche Leben. Rannenberg betont, dass Kirche mehr ist als ein „Versorgungsbetrieb".

Anhand der Zensur der Kirchenzeitung, die aufgrund in ihr angesprochener Themen, wie Umweltschutz, Menschenrechte, Wehrdienst und Ausbürgerung, nicht ausgeliefert werden durfte, wird die Haltung des Staates zum Engagement der Kirche im (gesellschafts-)politischen Bereich erkennbar. In der Kirchenzeitung wurden Problemfelder angesprochen, die nicht nur ChristInnen, sondern auch viele DDR-BürgerInnen Ende der achtziger Jahre bewegten. Der Staat akzeptierte diese nicht als kirchliche Themen.[468] Als primärer Grund für die Zensur wird von Rannenberg der Bischofsbericht der Synode Berlin-Brandenburg angegeben. Die Synodaltagung der *Evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg* fand knapp zwei Wochen vor dieser Predigt in Berlin statt. Das MfS kritisierte die „vor allem im Bischofsbericht enthalten gewesenen politisch negativen Standpunkte und Haltungen."[469] Rannenberg erwähnt in seiner Predigt „Ereignisse der letzten Wochen und Monate", bei denen ChristInnen sich für einen Wandel in der Gesellschaft eingesetzt hatten und dabei in Konfrontation mit dem Staat gerieten. Unter anderem wurde im November 1987 die Umweltbibliothek in der Zionsgemeinde vom MfS gestürmt, im Januar 1988 wurden DemonstrantInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration, im März 1988 Ausreisewillige bei der Sophienkirche in Berlin verhaftet.[470] Das MfS kritisierte Forcks Haltung: „Die in den zurückliegenden Monaten besonders in den Berliner Kirchen seitens reaktionärer kirchlicher und anderer feindlich-negativer Kräfte inszenierten staatsfeindlichen Handlungen wurden von ihm nicht verurteilt."[471] Vielmehr sah Forck die Schuld für die Ereignisse allein beim Staat. Er stellte sich im Bischofsbericht hinter die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und verwies auf deren Mehrwert für Kirche und Gesellschaft. Er kritisierte das Vorgehen des Staates in den verschiedenen Situationen und ging sogar

[467] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 124f; KOWALCZUK: Endspiel, 197; VON SCHELIHA: Protestantische Ethik des Politischen, 192.

[468] Vgl. Dok. 112: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Information über eine Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen K. Löffler, und des Leiters des Presseamtes, Genossen Dr. K. Blecha, mit Landesbischof Dr. W. Leich, zu Fragen der kirchlichen Pressearbeit am 13. Oktober 1988" in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 582.

[469] Information Nr. 189/88 über die 4. Tagung der 9. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. bis 12. April 1988 in Berlin, 14. April 1988, BStU, MfS, ZAIG 3666, https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1988/report/synodaltagung-der-evangelischen-kirche-berlin-brandenburg/ (14.11.2020).

[470] Vgl. ebd; KLEIN: Frieden und Gerechtigkeit, 384, 404.

[471] Information Nr. 189/88 über die 4. Tagung der 9. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. bis 12. April 1988 in Berlin, 14. April 1988, BStU, MfS, ZAIG 3666, https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1988/report/synodaltagung-der-evangelischen-kirche-berlin-brandenburg/ (14.11.2020).

soweit, es als illegal zu bezeichnen. Das Verhalten der Kirche gegenüber den Gruppen und AusreiseantragstellerInnen begründete Forck damit, „die Kirche hätte die Pflicht, Hilfe zu geben, wenn sie darum gebeten werde."[472] Ähnlich argumentierte die KKL.[473] Der BEK bewertete das staatliche Vorgehen gegen die Umweltbibliothek und die DemonstrantInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration vor allem im Hinblick auf die negativen Auswirkungen auf das Staat-Kirche-Verhältnis und wies den Staat auf die negativen Folgen für die Anerkennung des Systems durch die eigenen BürgerInnen sowie die internationale Reputation der DDR hin.[474] Ein direkter Angriff auf den Staat, wie ihn Forck vollzog, blieb von Seiten des BEK aus. Im Hinblick auf die Zensur von Kirchenzeitungen wurde der BEK deutlicher und beschrieb wie Rannenberg die Auseinandersetzung mit (gesellschafts-)politischen Themen als Aufgabe der Kirche.[475] Im Sinne dieser Predigt sprach auch der Präses der Synode der *Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg*, Manfred Becker, davon, dass diese Ereignisse „viele Menschen in Unruhe, Angst, in Euphorie, aber auch in Resignation versetzt"[476] hätten. Indem Rannenberg die Zensur der Kirchenzeitung problematisiert und sich für den gesellschaftlichen Einsatz aus dem Glauben heraus ausspricht, schließt er sich der landeskirchlichen Kritik am staatlichen Vorgehen an und fordert die Anwesenden auf, trotz möglicher Nachteile für die eigene Person den Einsatz fortzusetzen. Mit der Thematisierung betreibt Rannenberg auch Aufklärungsarbeit gegenüber den Awesenden, indem er die Hintergründe der Zensur kurz darstellt und die Anwesenden über die vom Staat als negativ empfundenen Themenfelder informiert. Er stellt sich konkret hinter seinen Landesbischof.

Die angeführten Beispiele verdeutlichen, weshalb die ChristInnen in der DDR 1988 Gründe für Müdigkeit und Resignation hatten. Die genannten Probleme sind, bis auf die konkrete Anzahl der Gemeindemitglieder in Senftenberg, auf alle Gemeinden in der DDR übertragbar. Das Leben in einer atheistischen Gesellschaft brachte Probleme wie Mitgliederschwund und abnehmendes Interesse am Christentum mit sich. Des Weiteren wird hier das schwierige Staat-Kirche-Verhältnis erkennbar, das Rannenberg im Einklang mit dem BEK und der *Landeskirche Berlin-Brandenburg* durch die jüngsten Ereignisse als zusätzlich belastet ansieht.[477] Der Staat versuchte die Kirchen in den privaten Bereich zurückzudrängen und auf die Seelsorge zu beschränken. Beschäftigten sich die Kirche und ihre Mitglieder über diesen zugedachten Bereich hinaus mit gesellschaftlichen oder politischen Themen, hatte dies negative Folgen für die Kirche als Institution, aber auch für die ChristInnen persönlich.

---

[472] Ebd.

[473] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

[474] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76.

[475] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67.

[476] Information Nr. 189/88 über die 4. Tagung der 9. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. bis 12. April 1988 in Berlin, 14. April 1988, BStU, MfS, ZAIG 3666, https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1988/report/synodaltagung-der-evangelischen-kirche-berlin-brandenburg/ (14.11.2020).

[477] Vgl. ebd; Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76.

Paulus möchte der Gemeinde in Korinth trotz der Bedrängnisse nicht zugestehen, müde zu werden. Indem Rannenberg dies näher beleuchtet, hofft er, auch die Gemeinde 1988 vor ihrer Müdigkeit zu bewahren oder davon zu befreien.

Für Paulus ist – wie Rannenberg durch Bezugnahme auf 2. Kor 4,10 verdeutlicht – all diese Bedrängnis Teil der Nachfolge im Leiden Jesu Christi in und an der Welt. Rannenberg übernimmt die Unterteilung des Paulus in den inneren und äußeren Menschen. Nur der äußere Mensch sei von den Bedrängnissen betroffen, werde dadurch angegriffen und zerfalle. Der innere Mensch hingegen werde in dem Leiden durch den Glauben an Gott und seine Fürsorge täglich gestärkt. Rannenberg betont, dass Paulus die Bedrängnisse nicht verharmlosen will, aber gemessen an der Herrlichkeit im Sinne der Auferstehung und des ewigen Lebens, die die ChristInnen bei Gott erwartet, erscheinen sie klein. Des Weiteren seien die Bedrängnisse zeitlich begrenzt, die Herrlichkeit aber ewiglich. Das theologische Motiv der Nachfolge Christi wird in dieser Predigt sehr prominent, indem nicht nur die Nachfolge im Hinblick auf Jesu Christi Handeln und Leiden in der Welt, sondern seine Verherrlichung nach seiner Auferstehung als Teil der Nachfolge beschrieben und den ChristInnen zugesichert wird. Die Aussicht auf das ewige Leben in der Herrlichkeit Gottes soll die ChristInnen von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit befreien und sie von innen heraus für das Handeln in der Welt stärken. Im Sinne des eschatologischen Vorbehalts beschreibt Rannenberg die Herrlichkeit durch die Wirkung Christi auf den inneren Menschen bereits als angebrochen.

Aus der Vergewisserung des Wirkens Jesu Christi im inneren Menschen und der Herrlichkeit nach dem Tod resultieren die Aufforderungen des Predigers an die Anwesenden, den Glauben zu leben und aus ihm heraus zu handeln. Dieser Aufruf zum Glauben wird durch die Jahreslosung von 1988, Mk 1,15, untermauert. Rannenberg sieht in der Zusage Gottes den Grund, weiterhin als ChristInnen zu leben, dem Evangelium zu folgen und zu taufen. Er ruft die Anwesenden, ganz im Sinne des BEK und des Konziliaren Prozesses, zum Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz auf.[478] Dieser könne durch die Friedenserziehung, durch die Akzeptanz von Andersdenkenden und das Engagement für Umweltschutz und für mehr Gerechtigkeit im eigenen Land und auf internationaler Ebene realisiert werden. Die *Europäische Ökumenische Versammlung* hatte auch nochmal auf die Friedenserziehung hingewiesen, die schon in den Jahren zuvor dem BEK und den *Vereinten Nationen* ein Anliegen gewesen war. 1987 hatte die Bundessynode erneut auf deren Bedeutung im familiären, schulischen und gesellschaftlichen Rahmen hingewiesen.[479] Wie Meckel in P7Meck1987 betrachtet Rannenberg den Einsatz für Gerechtig-

[478]Vgl. Zur Ökumenischen Versammlung in der DDR. Beschluss der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 19. September 1989 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 235; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 5, 8ff, 88, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 270ff; Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu internationaler Sicherheit und nuklearer Abrüstung vom 9. Januar 1988 in: aaO, 282; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326.

[479]Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Beschluß der Synode „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30. Juni 1978, 8, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf (30.03.2020); United Nations. Centre of Disarmament Affairs. Report of the Ad Hoc Commitee of the Twelfth Special Session. 9 July 1982, Annex V in: A/S-12/32, Page 1ff, https://www.un.org/en/ga/sessions/special.shtml (05.06.2024);

keit in der DDR und in der Welt als gleichwertig. Er zeigt mögliche Bereiche für den Einsatz auf, ohne den Einsatz selbst jedoch weiter zu konkretisieren. Mit dieser Handlungsaufforderung stärkt er seine Aussage in der Auseinandersetzung mit der Zensur der Kirchenzeitung, dass er die Kirche in der Pflicht sieht, sich auch mit gesellschaftlichen Themen zu beschäftigen, auch wenn der Staat ihr das nicht zugestehen möchte. Rannenberg versteht den christlichen Einsatz in der Gesellschaft und in der Welt als Realisierung des Glaubens und Erfüllung der Weisungen Christi. Konkret wird hier auf die Inhalte der Bergpredigt verwiesen. Die bzw. der Einzelne soll sich für die Institution Kirche und die Gemeinde, aber auch für die Gesellschaft einsetzen und sich nicht durch die Bedrängnisse aufhalten lassen. Damit vereint diese Predigt in sich Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt. Diese Hoffnung auf das ewige Leben soll den Täufling, die TaufpatInnen und Eltern, die Gemeinde und die Kirche davon abhalten zu resignieren und untätig zu werden. Die Bedeutung der Gemeinde Christi in der Welt wird hervorgehoben. Die Taufpredigt hat von Aufbau und Inhalt her sehr viel Ähnlichkeit mit der Taufpredigt von Iskraut (P4Isk1981). Auch Iskraut fragt erst nach dem Sinn der Taufe in der Situation der Minderheitenkirche in der DDR. Aus der Zusage der Nähe und des Beistandes Gottes resultierend, werden die Anwesenden der Bedeutung der Taufe und des Lebens in der Nachfolge Christi vergewissert.

Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 86 i), https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020). Siehe auch Ausführungen *2.2.1 Einführung des Wehrunterrichts. Reaktionen des BEK auf die Einführung des Wehrunterrichts. Erziehung zum Frieden.*

4.11 Coblenz: Predigt vom 5. Juni 1988 (P6Co1988)

Die von Pfarrer Coblenz in Altenkirchen (Rügen) gehaltene Predigt befasst sich mit Jer 23,16-29. Damit greift der Prediger die in der Perikopenordnung für diesen Sonntag vorgeschlagene Bibelstelle auf.

Jer 23,16-29 **Altenkirchen (Rügen) 5.6.88**

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen. Amen.

Liebe Gemeinde! Meinen sie nicht auch, daß es uns Menschen lieber ist, etwas Angenehmes zu hören als etwas Kritisches? Ist es wirklich so, daß wir ein Lob besser verkraften als einen Tadel? Ich denke wohl, daß es so ist – und das ist auch überhaupt kein Problem, solange das Angenehme auch wahr ist. Oft aber wird die Wahrheit nicht mehr wahrgenommen, nur damit es angenehm klingt. Im Kleinen wie im Großen. Da streitet sich ein Ehepaar, daß man es drei Stockwerke tiefer hört und später erzählen beide, daß nur sie recht hatten und der andere wieder einmal völlig unzurechnungsfähig war. Da kommt das Kind aus dem Schulhort nach Hause und wird von der Mutter gefragt, wie es in der Schule war: „Nichts besonderes," bekommt die Mutter zur Antwort, während eine Fünf und ein Eintrag im Hausaufgabenheft ruhig in der Tasche liegen. Da kommt eine Frau zum Arzt, der nun die Untersuchungsbefunde vorliegen hat und sagt: „Herr Doktor, ich bin doch gesund?" Sie möchte so gern das erlösenden Ja auf diese Frage. Alles verständliche Situationen – aber helfen sie denn wirklich zum Leben – ist es wirklich besser, vor der Härte der Wirklichkeit die Augen zu schließen? Ist es dann nicht besser, wenn wir zueinander ehrlich sind und bereit, uns auch in schwierigen Situationen beizustehen?

Oder im Großen. Wem nützt es denn wirklich, wenn in unseren Zeitungen ewig von den Erfolgen in der DDR geschrieben wird – aber die Schwierigkeiten in unserem Land weitgehend ausgeklammert werden? Was nutzen Zukunftsvisionen, wenn sie nicht ehrlich sind, sondern nur vertrösten sollen? Später wird es doch sichtbar, daß es nur Schwindel ist. Das fiel mir letzthin auf, als ich auf dem zugigen Schönefelder Bahnhof stand und mich an ein Bild aus dem Jugendweihebuch WELTALL ERDE MENSCH erinnerte, in dem der Plan für einen großzügigen Neubau dieses Bahnhofes abgedruckt war. Ist es da nicht besser, auch Grenzen des Sozialismus anzuerkennen und dazu zu stehen? Der neue Wind aus dem Osten läßt ja hoffen.

Eigentlich ist dieses Problem ein ganz altes – denn noch nie war Kritik besonders beliebt – gleich gar nicht bei und an den Herrschenden.

Davon weiß auch der Predigttext zu berichten – Worte des Propheten Jeremia. Er lebte in Jerusalem, der Hauptstadt des kleinen judäischen Königtums. Zu dieser Zeit spielten die Propheten eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben. Sogar auf die politischen Entscheidungen hatten sie Einfluß. Da gab es viele, die zu allen Entscheidungen am Hofe Ja und Amen sagten, das war für sie einfacher und weniger riskant, als das was Jeremia tat, der Kritik übte – und nicht nur so, sondern im Namen Gottes. Die Wahrheit im Namen Gottes weiterzusagen ist ja ein Problem, das sich durch die ganze Geschichte der Kirche bis auf den heutigen Tag hinzieht. Der Prediger des Wortes Gottes ist ja nicht beauftragt, nur die eigene

Meinung zu sagen, sondern er soll das Wort Gottes ausrichten – gute und schwere Worte. Worte, die aufrichten, Worte, die das Gewohnte in Frage stellen....

Und dennoch ist das kritische Wort Gottes an uns nicht einfach nur Kritik, sondern diese Kritik ist getragen von der Liebe, die uns bewahren will vor allem Selbstbetrug. Hinter dem strengen Wort ist immer noch die Hand, die nicht einfach ablehnt, sondern in unbegreiflicher Liebe uns Menschen auffängt. Ich denke, daß es das Vertrauen in Gottes Zuwendung erst wirklich möglich macht, auch Kritik wirklich anzunehmen, denn trotz der Kritik an mancher Handlungsweise liebt Gott den Menschen. Wem aber diese Erfahrung der Geborgenheit in Gott fehlt, der wird vielleicht die Kritik nicht aushalten und sich darum lieber in Selbstbetrug flüchten – sei er noch so fromm. Gegen solchen frommen Selbstbetrug der Propheten – also der Menschen, die hier offensichtlich Gottes Wort nicht hören wollen, aber dauernd davon reden, wendet sich Jeremia im Auftrag Gottes. Denn wem hilft es im Leben, wenn immer nur JA gesagt wird – mit geschlossenen Augen. Und weil sie es noch unter dem frommen Mantel, mit dem Wort Gott im Munde tun, stellt Jeremia in deutlichen Worten klar: Jer 23,16-29

Liebe Gemeinde! Auf mich wirkte dieser Text auch erst wie ein Hammer, daß ich schon überlegte, ob ich mir und uns nicht lieber eine andere Bibelstelle aussuche. Aber dann merkte ich beim Nachdenken, wie wichtig er ist. Bei allen zum Anfang genannten Beispielen ist das Benennen der Wahrheit wichtig. Z.B. dort, wo sich Menschen gestritten haben, ist es wichtig, daß dann einer auf den anderen hört, auch einmal Kritik des anderen gelten läßt und dabei dennoch seine Meinung nicht versteckt. Denn erst das Schweigen gibt auf – auch das Schweigen zu Leid und Unrecht, Lüge und Betrug. Wo nicht einfach geschwiegen wird, gibt es Hoffnung, erfährt der andere, und sei es in harten Worten – Zuwendung. So auch sind die Worte Jeremia zugleich hoffnungsvoll – Gott gibt nicht auf. Amen.

Jer 23,16-29 dient Coblenz als Ausgangspunkt, um über das Äußern von Kritik nachzudenken. Dabei spitzt er die Inhalte der Bibelstelle auf die Aufforderung zu ehrlicher Kritik im Namen Gottes im gesellschaftspolitischen Kontext zu. Der Prediger führt zu Beginn verschiedene Situationen aus der Lebenswelt der ZuhörerInnen an, bei denen die Wahrheit verschwiegen wird, weil sie unangenehm wäre oder Nachteile mit sich bringen würde. Von politischer Brisanz ist dabei die offene Kritik von Coblenz an der Verherrlichung des Sozialismus, vor allem in den Medien der DDR. Bei den vom Staat kontrollierten und gelenkten Medien wurden Wahrheiten verschwiegen. Sie hatten die Aufgabe, die Ideologie des Sozialismus zu verbreiten, den Sozialismus im Gegensatz zu Imperialismus und Kapitalismus positiv darzustellen und die Macht der SED zu festigen. Zu diesem Zweck verschwiegen sie, wie von Coblenz angesprochen, Probleme, übertrieben die Erfolge des Sozialismus und beschönigten die Gegebenheiten.[480] Mit dem Verweis auf den Schönefelder Bahnhof und die großen Pläne eines Neubaus durch das SED-Regime, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht umgesetzt waren, macht Coblenz den Gegensatz zwischen Fiktion und Wirklichkeit in der DDR an einem Beispiel konkret. Er wirft die Frage auf, ob die Schwächen des Sozialismus nicht besser zu akzeptieren und offen auszusprechen seien.[481] Auch die KKL und ihr Vorsitzender äußerten sich 1987 und 1988 kritisch zur Medienpolitik der DDR. So förderte sie eher die Abneigung gegenüber dem sozialistischen System. „Das untergräbt nur das Vertrauen, fördert die Resignation und macht anfällig für Gerüchte."[482] Darüber hinaus wurde im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR in anderen Zusammenhängen wie der Umweltproblematik und der Reisegesetzgebung die fehlende Informationsweitergabe des Staates an seine BürgerInnen angemahnt und diesbezüglich um Veränderungen gebeten.[483] Coblenz verweist in diesem Zusammenhang auf Gorbatschows Reformbestrebungen in

[480] Vgl. BENTELE: Sozialistische Öffentlichkeitsstrukturen, 159; CLASSEN: DDR-Medien, 388; FULBROOK: The People´s State, 250; GÖBEL: Lob für die Täuschung, 93f, 96, 103f; HOLZWEIßIG: Die schärfste Waffe der Partei, 5, 17; VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53. Für weitere Informationen zur Medienpolitik des SED-Regimes siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[481] Die Äußerungen und Positionierung von Coblenz zu den Medien der DDR weisen viele Übereinstimmungen mit den Ausführungen von Iskraut in P2Isk1978 auf.

[482] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; vgl. auch Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289.

[483] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91; Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: aaO, 218; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 74, 77, 91, 94ff, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Beschluss der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der KKL in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Beschluss der Bundessynode in Görlitz - Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung vom 22. September 1987 in: aaO, 267; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Rekonstruktion des VEB Braunkohleveredlung Espenhain vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 4.

der UdSSR und bringt damit die Hoffnung vieler BürgerInnen der DDR auf Veränderungen im eigenen Land zum Ausdruck.[484] Hinsichtlich der Informationspolitik ist besonders Gorbatschows anvisierte Offenheit (*Glasnost*) von Belang. Er bemerkte dazu: „Das Volk muß wissen, was gut und was schlecht ist, um das Gute zu mehren und das Schlechte zu bekämpfen."[485] Wie Coblenz wollte er somit die Defizite des Sozialismus offenlegen. Die Medien sollten mit Bereitstellung und Vermittlung der wahrheitsgetreuen Informationen zu *Glasnost* beitragen und die Standpunkte des Volkes in ihrer Mannigfaltigkeit abbilden. Mit *Glasnost* wollte Gorbatschow auch die Demokratisierung voranbringen.[486] Während die Kritik des BEK an der Informationspolitik des SED-Regimes viele Ähnlichkeiten mit der von Coblenz aufweist, stellt der Prediger darüber hinaus eine deutliche Verbindung zu *Glasnost* her und bringt seine Unterstützung der Reformpläne Gorbatschows offen zum Ausdruck. Gleichzeitig fordert er die politisch Verantwortlichen in der DDR implizit auf, sich dem Reformkurs Gorbatschows anzuschließen und den Sozialismus mit seinen Stärken und Schwächen darzustellen.

Coblenz setzt seine kritische Auseinandersetzung mit der Situation in der DDR fort, indem er die Gegebenheiten zu Zeiten Jeremias als ähnlich zu der 1988 beschreibt. Im Zuge dessen nimmt er eine historische Einordnung der Bibelstelle vor. Er fokussiert sich auf zwei Aspekte von Jer 23,16-29: die ablehnende Haltung gegenüber kritischen Äußerungen und die Zielsetzung der Kritik Gottes, ausgedrückt durch die ProphetInnen. Kritik oder unschöne Wahrheiten wollten damals und wollen 1988 von den Machthabenden nicht gehört werden. Lieber hört man auf die „falschen" ProphetInnen, die politische Entscheidungen jeglicher Art kritiklos begrüßten. Coblenz schlägt eine Brücke zu den VerkünderInnen des kritischen Gotteswortes 1988 und verweist auf die Schwierigkeiten, die wie zu Jeremias Zeiten daraus erwachsen können. Damit wird deutlich, dass PredigerInnen, d.h. auch Coblenz selbst, zur Kritik im Namen Gottes berufen sind und diesem Verkündigungsauftrag, der dem einer Prophetin bzw. eines Propheten sehr nahe kommt, unter Inkaufnahme von Problemen nachkommen müssen. Coblenz begründet und rechtfertigt die kritische Auseinandersetzung mit und kritische Äußerungen zu den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der DDR als von Gott aufgetragene Verantwortung. Ähnlich beschrieb der BEK das Aufgreifen von Aspekten gesellschaftlichen Zusammenlebens und des politischen Wirkens sowie die mögliche kritische Auseinandersetzung als Ausdruck des Dienstes der Kirche(n) und ihrer Mitglieder an den Menschen.[487] Im Hinblick auf die DDR 1988 sprach er davon, dass „Kritik [...] nur schwer ertragen und oft und allzuschnell als Ausdruck der Staatsfeindlichkeit gewertet"[488] würde. Kri-

[484] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 198; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 171f.

[485] GORBATSCHOW: Perestroika, 92; vgl. aaO, 93.

[486] Vgl. GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 96; GORBATSCHOW: Perestroika, 93f, 96.

[487] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 89, 91; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67f; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76.

[488] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66; vgl. auch Meinungsbildung zu Fragen im Zusammenhang mit der

tische Aspekte müssten aber – aus dem Evangelium heraus – von Seiten der Kirche offen angesprochen werden.[489] Der KKL-Vorsitzende Werner Leich appellierte gegenüber Honecker im März 1988, Kritik nicht als „Versuch einer Abkehr von der sozialistischen Gesellschaftsordnung“[490] anzusehen. Coblenz und der BEK argumentieren somit im Sinne der Bibelstelle für eine Bewertung der Umwelt und Positionierung aus dem Wort Gottes heraus.

Coblenz möchte auch die positive Wirkung von Kritik betonen. Er beschreibt das kritische Gotteswort als Ausdruck der göttlichen Liebe zu den Menschen. Auch in seiner Kritik zeigt Gott somit seine Liebe, Gnade, Barmherzigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Das Gotteswort soll vor Selbsttäuschung schützen und die Wirklichkeit angemessen wahrnehmen helfen. Indem man die Kritik Gottes an den Menschen als Ausdruck seiner Liebe verstehe, könne diese leichter angenommen werden. Die Bedeutung von Jer 23,16-29 sieht Coblenz für die ZuhörerInnen im Aufruf zum Aussprechen von Wahrheit. Hatte Coblenz zu Beginn die politisch Verantwortlichen zur wahrheitsgetreuen Darstellung der politischen Wirklichkeit aufgefordert und im weiteren Verlauf die PredigerInnen des Gotteswortes diesbezüglich in die Pflicht genommen, so weitet er die Wahrheitsverpflichtung nun auf alle ChristInnen aus. Unter Rückbezug auf die am Anfang aufgeführten Situationen, wo Wahrheit verschwiegen wurde, macht er die Bedeutung von Wahrheit deutlich und fordert die Anwesenden zu Ehrlichkeit und Offenheit auf. Nur so könnten „Leid und Unrecht, Lüge und Betrug“ beendet werden. Kritik kann mit dem Ziel, dem Gegenüber die Augen für die Wirklichkeit öffnen zu wollen, wie von Gott, als Zuwendung und Akt der Liebe, Gnade und Hilfe verstanden werden. Ähnlich äußerte sich Gorbatschow. So sollten kritische Äußerungen erlaubt sein und wurden von ihm als Fürsorge für Staat und Gesellschaft angesehen.[491] Auch die KKL sprach von einer „dem Zusammenleben dienende[n] Wahrhaftigkeit“[492] der ChristInnen. Dabei sollten die Liebe, „die offene Augen hat für alle Not, wo sie auch zutage tritt, die für alles Bessere und Gerechte eintritt, woher es auch kommt, und [die] Hoffnung, die sich in dieser Liebe durch nichts irremachen läßt“[493], den Einsatz in der Gesellschaft bestimmen. Coblenz deklariert das realistische Wahrnehmen, die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt aus christlichen Maßstäben heraus und das Hinweisen auf Missstände als Aufgabe und Verantwortlichkeit des Christen bzw. der Christin und Teil des Glaubens, wenn nötig auch im Widerstand zum Staat. Die politische Predigt von Coblenz vereint dadurch in sich Aspekte der Vergewisserung sowie der Aufforderung zur Urteilsbildung und zum Handeln. Mit der Vergewisserung der Anwesenden, dass Kritik als ein Ausdruck von Fürsorge im Sinne Gottes positiv zu werten ist, ermutigt Coblenz sie zur kritischen Auseinandersetzung und Beurteilung der (gesellschafts-)politischen

Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 326.

[489] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287.

[490] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Liech, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 290.

[491] Vgl. GORBATSCHOW: Perestroika, 96, 99.

[492] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[493] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

Gegebenheiten und zur offenen Stellungnahme.

4.12 Coblenz: Predigt vom 26. Juni 1988 (P7Co1988)

Pfarrer Coblenz hält diese Predigt im Juni 1988. Als Grundlage dient die in der Perikopenordnung vorgeschlagene Bibelstelle.

1. Petr. 3,$_{8\text{-}16a}$ **Altenkirchen (Rügen) 26.6.88**

Die Gnade unsere Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen. Amen.

Liebe Gemeinde!

Ich kann mich noch ganz gut erinnern, wie satt ich es als Jugendlicher oft hatte, wenn laufend Erwachsene mich ermahnten. Sie schienen oft den Eindruck erwecken zu wollen, daß sie alles wüßten – ja sogar für mich mitdenken wollten. Ich konnte ja selbst denken – und sehen – nämlich auch, daß die Ermahner oft selbst nicht gerade ein Beispiel waren. Jetzt, wo ich etwas älter bin, selbst Kinder habe und manchmal auch ermahne, merke ich, wie leicht es ist, andere zu ermahnen – wie schwer es ist, ermahnt zu werden. Mir jedenfalls geht es so, daß ich Ermahnungen besser ertragen kann, wenn sich der Ermahnende nicht ausschließt, sondern selbst nach seinem Wort lebt – oder es jedenfalls versucht. Menschen, die große Worte machen, selbst aber nicht nach diesen Worten leben, kenne ich zu viele – denen nehme ich Ermahnungen nicht ab.

Wie im Kleinen so auch im Großen. Wie schnell ist die Kirche dabei, andere aufzurufen – zu ermahnen, wie selten sind Worte der Ermahnung der Kirche an sie selbst gerichtet. Schade!

Dietrich Mendt – er war unser Nachbar als wir noch in Dresden wohnten, nehme ich Ermahnungen ab. Vor einem reichlichen Jahr hat er auf der Synode der Berlin-brandenburgischen Kirche ein Referat gehalten über die zwei großen Sündenfälle der evangelischen Kirchen in der DDR. Scharf beobachtend hat er uns hingewiesen auf zwei wunde Punkte in unserer Kirche. Zum einen auf das Leben der Christen untereinander. Da gibt es in der Kirche eine Vielzahl von Gruppen – verschiedene Aktivitäten und Spiritualitäten, aber wo gibt es die eine Gemeinde? fragt Mendt uns, und behauptet schlußfolgernd: Der Grund für die fehlende Zusammengehörigkeit in der Kirche ist wohl darin zu suchen, daß kaum einer bereit ist, zugunsten anderer auf etwas zu verzichten – auch nicht auf das eigene Profil. Er behauptet: „Die Angst voreinander ist stärker als die Lust zueinander."

Theoretisch ist es uns schon klar, daß es in der Gemeinde als dem Leib Christi anders sein soll, wo ein Glied dem anderen dient und nicht übereinander richtet. Aber in der Praxis!

Den zweiten Punkt, den Mendt ansprach, ist der Umgang der Kirchenleitungen mit den Gemeinden. Die hierarchische Kirchenstruktur gilt bis zur Stunde. Die Entfernung der bezahlten Funktionäre in der Kirche zu den Gemeinden ist oft riesig. Oft geht es in den Entscheidungen nicht mehr darum, was die Gemeinden wollen, sondern nur darum, die Ordnung des Systems nicht zu stören. Auch unsere Gemeinde kann da ein Lied singen.

So kommt Mendt zu dem Schluß – ich zitiere: „Daß Christen in den Gemeinden nicht so miteinander leben, wie es das neue Testament verlangt, daß deswegen ihre Gemeinschaft untereinander ihr Zeugnis

unglaubwürdig macht – und daß der Umgang der Kirchenleitungen bis heute weder eine offene noch sich offenlegende Kirche ermöglicht hat – diese zwei Sündenfälle verhindern, daß die Christen in der DDR und ihre Gemeinden 'Salz' werden im biblischen Sinn. Das ist aber notwendig um des Evangeliums willen, es ist lebensnotwendig, nicht nur für die Gemeinde selbst, sondern für die Welt, denn wir sind nicht das Salz der Gemeinde, sondern das Salz der Erde."

Eine klar ausgesprochen Ermahnung an uns. Ich denke, wir bedürfen auch ihrer. Auch die heilige Schrift ist voller Ermahnungen. Ich denke da neben den klaren Weisungen des AT besonders an die Ermahnungen an die Gemeinden in der frühen Christenheit, wie wir sie in den Briefen des NT finden. Unser heutiger Predigttext ist nichts anderes als der zusammenfassende Schluß einer langen Ermahnung im 1. Petrusbrief. Er wurde einst geschrieben an Gemeinden in Kleinasien, die in der Gefahr standen, in die Isolation – also in die Winkel der Gesellschaft verbannt zu werden. In ihm zeigen sich die Bemühungen der Christen, von sich aus keinen Anlaß zur Auseinandersetzung oder zum Streit zu geben und sie verhehlen nicht die anspruchsvolle Ähnlichkeit mit dem Christus der Passion.

Im dritten Kapitel heißt es: V 8-16a (Übersetzung der Guten Nachricht)

Die Worte sind klar und es gibt hier wohl nichts hinzuzufügen. Fragen könnten wir uns nur, wieweit damals die Probleme ähnlich lagen wie heute bei uns. Ich denke, daß der Graben der Zeit hier nicht viel verändert hat.

Wichtig ist mir noch der letzte Vers. Wir werden nicht aufgefordert in großen Aktionen zu werben oder christliche Propaganda zu machen. Unsere Werbung wird unser Leben sein, wenn wir Salz der Erde sind. Dann brauchen wir nicht Reden zu halten, sondern wir werden gefragt werden – nach der Hoffnung, die uns so leben läßt. Ich finde es gut und bestärkend, daß hier im Brief über die Ermahnung hinausgegangen wird – hingewiesen auf ein Wachsen, das dann von selbst kommt. Das hilft uns zum Leben in der Gemeinde – in der Zeit. Amen.

Coblenz setzt sich in dieser Predigt intensiv mit den innerkirchlichen Verhältnissen Ende der 1980er Jahre auseinander, die stark von der Situation des BEK und seiner Gliedkirchen in der Gesellschaft der DDR beeinflusst waren. Daraus resultierend betrachtet er die Wirkung der evangelischen Kirche(n) auf die DDR-Gesellschaft. Großen Raum nehmen in den Predigtausführungen die kritischen Äußerungen von Dietrich Mendt, ab 1978 Oberlandeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen und Zittauer Superintendent,[494] zur evangelischen Kirche in der DDR ein. Während Pfarrer Coblenz sein Vikariat absolvierte, wohnte er im Nachbarhaus von Mendt. Da Coblenz Mendt nach eigenen Angaben als „integeren Menschen“[495] mit klarem Standpunkt wahrgenommen hat, hat er dessen zahlreiche Schriften aufmerksam gelesen.[496] Mendt hatte sich bei der Synode der *Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg* 1987 intensiv mit den Gründen auseinandergesetzt, warum „die Christen in der DDR und ihre Gemeinden [nicht] 'Salz' werden im biblischen Sinn.“ Dabei arbeitete er zwei Aspekte heraus, die dies seiner Meinung nach verhindern: 1. Der mangelnde Zusammenhalt innerhalb der Kirchen und Gemeinden aufgrund fehlender Übereinkunft zu Standpunkten, 2. Distanz zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden. Mendt war Ende der 1980er Jahre mit der Aufforderung zu Veränderungen in der evangelischen Kirche in der DDR nicht allein. 1986 und 1987 gründeten sich der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* (AKSK) und die *Kirche von unten* (KvU). Während der AKSK sich mit der Intention gründete, den Zusammenhalt der Christen untereinander zu stärken, kritisierte die KvU vor allem die Angepasstheit des BEK und seiner Landeskirchen gegenüber dem Staat.[497] Coblenz bringt in seinen Predigtausführungen deutlich seine persönliche Zustimmung zu Mendts Kritikpunkten zum Ausdruck. Rückblickend verwies er in einem Telefonat im Dezember 2020 darauf, dass er damals mit der KvU sympathisierte, was in dieser Predigt offenkundig wird.[498] Indem Coblenz die Ausführungen Mendts in seine Predigt integriert, schwingen unterschiedliche Themen mit, die in den Landeskirchen und auf Kirchenbundebene diskutiert wurden: die Rolle der Kirche in der Gesellschaft, das Verhältnis zwischen Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen sowie das Verhalten der Kirchenleitungen zu den Gemeinden und den staatlichen VertreterInnen. Als grundlegendes Problem beschreibt Coblenz unter Bezugnahme auf Mendt, dass die Auslebung der unterschiedlichen Auffassungen zu Glauben und Spiritualität höher gewichtet werden, als der Versuch, sich aufeinander zuzubewegen. Nach Coblenz wollten vor allem die Kirchenleitenden „die Ordnung des Systems“ – vor allem die des kirchlichen, aber auch des staatlichen nicht gestört sehen.[499] Hinsichtlich der Differenzen zwischen Kirchenleitung und Gemeinde(n) verweist Coblenz auf Erfahrungen der eigenen Gemeinde. Auf Rückfrage verwies er auf die „Viererbande“ sowie Versuche der Kirchenleitung der Landeskirche, adressierte Probleme zu übergehen oder Aktionismus zur Lösungsfindung vorzutäuschen. Besonders die „Viererbande“ legte, wie schon in P4Co1984 dargestellt, viel Wert auf den Erhalt eines guten Staat-Kirche-Verhältnisses.[500]

[494] Vgl. NEUBERT: Mendt, 570.
[495] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.
[496] Vgl. ebd. Coblenz vermutet, dass er das Referat von Mendt als Schrift für den innerkirchlichen Gebrauch erhalten hat.
[497] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.
[498] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz vom 04.12.2020, Privatarchiv Lührmann.
[499] Vgl. ebd.
[500] Vgl. ebd. Für weitere Informationen zur Viererbande siehe Predigtanalyse zu P4Co1984.

Die KKL des BEK war sich dieser von Mendt genannten Probleme bewusst und thematisierte sie verschiedentlich. Die 1985 begonnene intensive Auseinandersetzung mit den Gruppen im Raum der Kirche wurde fortgesetzt.[501] Wie schon in den Jahren zuvor bewertete der BEK die Gruppen sehr ambivalent. Einerseits nahm er sie als Bereicherung wahr und wollte in den Kirchen einen Diskussionsraum für sie bereitstellen.[502] Deshalb sprach sich die KKL 1988 gegen „[g]egenseitige Ausgrenzungs- und Abgrenzungsversuche“[503] von Gemeinden und Gruppen aus, deklarierte die in den Gruppen diskutierten Themen, „die wichtigsten Fragen menschlichen Lebens in unserer Welt, in unserem Land und in unseren Kirchen“[504], auch als Themen der Gesamtkirche und begrüßte deren Mitwirkung in den Kirchen.[505] Andererseits nahm die KKL es weiterhin als Problem war, dass einige Gruppierungen die Kirche nur als Schutzraum für ihre autonome Arbeit nutzten und darüber hinaus ihre Ansichten in der Öffentlichkeit radikal vertraten. Wie Mendt wollte auch der BEK die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen für gemeinsame Zielsetzungen vorangetrieben sehen.[506] Es ging der KKL aber auch darum, „was Kirche ist und wer für sie spricht.“[507] Damit bewegte sich der BEK zwischen der Anerkennung des vielfältigen Engagements aus dem Glauben heraus und der Beibehaltung der Kommunikation eines Standpunktes dem Staat gegenüber durch die Kirchenleitungen. Immer wieder klang an, dass die Gruppen in gewisser Weise der Kontrolle der Gemeinden unterliegen und die Gruppen ihnen

[501] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 294; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 84.

[502] Vgl. Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 3; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[503] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[504] Ebd.

[505] Vgl. 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 3; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[506] Vgl. Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334f; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68f.

[507] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66; vgl. auch 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

gegenüber berichtspflichtig sein sollten.[508]

Hinsichtlich der Beziehung zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden beschloss die KKL 1987: „Zwischen den Leitungsorganen und den Gemeinden soll der Gesprächsprozeß, der sich gegenseitig auch Kritik zumutet, intensiviert werden."[509] Die Kirchenleitungen verstanden sich als die Vermittlerinnen der Bedürfnisse der Gemeinden und Gruppen gegenüber dem Staat, wobei Gespräche als das adäquate Mittel angesehen wurden. Öffentliche, provozierende Aktionen der Kirchen oder Gruppierungen sollten vermieden, Kritik nur nach intensivem Abwägen der Vereinbarkeit mit dem Evangelium, internationalen Verträgen etc. an den Staat herangetragen werden. Die KKL verteidigte das vorsichtige Vorgehen im Umgang mit dem Staat damit, dass Beschlüsse der Kirchenleitung im Allgemeinen wenig Einfluss auf den Staat hätten. Ein vehementeres Vorgehen würde diesen Einfluss weiter einschränken.[510] Dieser vom BEK, von Mendt und von Coblenz angesprochene Konflikt zwischen Kirchenleitungen sowie progressiven Kirchenmitgliedern und Gruppen sollte sich bis zum Herbst 1989 hin zuspitzen. Die Kritik der Gruppen an den Kirchenleitenden, ihre Anliegen zu vorsichtig und zurückhaltend den staatlichen Vertretern vorzutragen, führte schlussendlich dazu, dass die Gruppen in die Öffentlichkeit traten, um ihr eigenes Sprachrohr zu sein.

An die von Coblenz aufgegriffenen Ermahnungen Mendts an die evangelischen Kirchen in der DDR anschließend, führt der Prediger die Bibelstelle, 1. Petr 3,8-16a, an, in der ebenfalls Ermahnungen – hier an Gemeinden in Kleinasien – ausgesprochen werden. Coblenz ordnet die Bibelverse einerseits historisch, andererseits in den Gesamtzusammenhang des 1. Petrusbriefes ein. Den Gemeinden drohte laut Coblenz damals die Isolation. Sie wurden von der Umwelt diffamiert und angegriffen. In 1. Petr 3,8-16a wurden die ChristInnen im Verhalten untereinander und gegenüber der Umwelt zu Barmherzigkeit und Demut, Gewaltverzicht, guter Rede und guten Taten aufgefordert. Diese Ermahnungen sind denen Mendts an die evangelischen Kirchen in der DDR sehr ähnlich, auch das Miteinander der ChristInnen nach den Geboten Gottes auszurichten. Coblenz plädiert im Einklang mit Mendt für eine Einheit der Gemeinden und Gruppen in ihrer Vielfalt. Darüber hinaus wird in 1. Petr 3,14 zur Erduldung von Nachteilen und Leiden, resultierend aus dem Handeln im Sinne Gottes, aufgefordert. Nach Coblenz sind die Ermahnungen

[508] Vgl. Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 116; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66, 68.

[509] Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253.

[510] Vgl. ebd; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 290; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: aaO, 334; 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 4; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 35f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68; Arbeitsbericht 1987/88 in: aaO, 76.

in 1. Petr 3,8-16a auch für die Zuhörerschaft 1988 noch von Bedeutung. Indem er auf Ermahnungen aus dem Alten und Neuen Testament verweist, ordnet er die ChristInnen von 1988 als AdressantInnen der Ermahnung in eine Tradition ein. Er hebt Vers 15 hervor, in dem es darum geht, dass man „Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist". Als Rechenschaft kann nach Coblenz nur ein gottgefälliges Leben in der Nachfolge Christi dienen. Die Bibelstelle gehe über das reine Ermahnen hinaus und deute an, dass mit dem Handeln der bzw. des Einzelnen nach dem Wort Gottes eine größere Veränderung in Gemeinde und Gesellschaft einhergehen könne.

Coblenz Predigtausführungen sind geprägt von der Aufforderung an die einzelnen ChristInnen, Gruppen und Gemeinden der Evangelischen Kirche(n) in der DDR, sich aufeinander zuzubewegen und das eigene Miteinander nach dem Evangelium zu gestalten. Auch das Handeln anderer solle nach dem Evangelium beurteilt werden. Erst durch den Zusammenhalt der Kirchenmitglieder und ein Leben und Handeln nach dem Evangelium könne ein authentisches Zeugnis in der Welt gegeben werden. Die evangelische Kirche könne als mahnende Stimme agieren und ernst genommen werden. Der Zusammenhalt der ChristInnen wird somit von Coblenz im Sinne der Bibelstelle als sehr bedeutsam eingestuft, um ihre Gesellschaft positiv beeinflussen und verändern zu können – um, mit den Worten Mendts gesprochen, „Salz der Erde" zu sein. Dementsprechend soll auch das Handeln gegenüber der Umwelt nach dem Evangelium ausgerichtet werden. Die Forderungen spiegeln die vom BEK erkannten, innerkirchlichen Probleme wider. Trotz vieler Übereinstimmungen mit den Standpunkten des BEK weicht Coblenz unter der Einbeziehung Mendts davon ab, indem er sich gegen die Praxis der Anwendung starker hierarchischer Strukturen in der Kirche ausspricht. Er appelliert an die Kirchenleitenden, das öffentliche Einstehen für das Evangelium über die Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu stellen. Die Predigt ist stark handlungsweisend, gleichzeitig werden die ChristInnen aber des Willens Gottes vergewissert, der die ChristInnen ihren Glauben „als [...] Leib Christi" offen und ehrlich in der Welt bekennen sehen will. Coblenz sieht damit – auch resultierend aus 1. Petr 3,15 – eine Weiterentwicklung des persönlichen Glaubens einhergehen. Die Kirche als Leib Christi, das Bekenntnis des Glaubens und die Nachfolge sind damit auch die vorherrschenden theologischen Motive der Predigt.

4.13 Coblenz: Predigt vom 25. September 1988 (P8Co1988)

Der von Pfarrer Götz-Ulrich Coblenz im September 1988 gehaltenen Predigt liegt die für den 17. Sonntag nach Trinitatis in der Perikopenordnung vorgeschlagene Bibelstelle zugrunde.

Jes 49,$_{1\text{-}6}$ **Altenkirchen (Rügen) 25.9.88**

Gnade sei mit Euch und Friede von dem, der da ist und der da war und der da kommt. Amen.

Liebe Gemeinde!

Es war nach dem letzten gottlosen Krieg. Die Armee des eigenen Landes hatte kapitulieren müssen, denn es war aussichtslos. Die Hauptstadt war in Schutt und Asche versunken, wie viele andere Orte auch. Der Vorstellung von der eigenen Stärke war das Ende gefolgt. Unvorstellbar – der nicht enden wollende Strom derer, die ihre Heimat verlassen mußten. Vorwärtsgetrieben wurden sie von den Siegern, wie das Vieh. Dann hatten sie, die all das Chaos überlebten doch noch einen Flecken Erde gefunden, auf dem sie sich niederlassen konnten. Sie hatten begonnen, fernab von der Heimat sich eine neue Existenz aufzubauen. Und sie haben mit aller Macht versucht zu vergessen, warum es zum Krieg kam, sie wollen es nicht mehr wahr haben, daß es zuvor Menschen gegeben hatte, die sie gewarnt hatten. Und ihre Kinder lebten, als ob es diese Jahre nie gegeben hätte. Nur manchmal sangen sie noch die alten Lieder. Auch Gott hatten sie vergessen, weil die neuen Machthaber nichts davon wissen wollten. Sie waren angepaßt. Es müssen nur sehr wenige gewesen sein, die noch nach Gottes Führung hier in Wohlstand und Unfreiheit fragten. Die Lieder sangen, wie die gehörten Psalmen! Sie standen und stehen immer in der Gefahr verlacht und nicht gehört, wenn nicht gar mundtod gemacht zu werden. Kein Wunder also, wenn sie oft an sich selbst verzweifelten und fragten, wer bei der Wahrheit bliebe: die mächtige Mehrzahl oder sie selbst.

In so einer Situation lebte der zweite Jesaja vor 2500 Jahren – in babylonischer Gefangenschaft. Unser heutiger Predigttext ist ein prophetischer Selbstbericht. Es ist das uns bekannte 2. Gottesknechtslied, die sich wie folgt gliedert:

1. Erwählung, Berufung und Ausrüstung des Knechtes
2. Verzagen des Knechtes
3. Der neue Auftrag

Hören wir jetzt auf die Worte aus dem 49. Kapitel des Jesaja 49,1-6.

In den ersten Versen stellt er klar: Nicht er hat sich gemeldet oder emporgearbeitet, sondern es ist allein Gottes Erwählung. Um dies zu unterstreichen, spricht er davon, daß Gott ihn bereits im Mutterleibe berufen habe, also zu einem Zeitpunkt, wo vom eigenen Willen des Propheten noch nicht gesprochen werden kann. Er ist sozusagen nur Werkzeug. Das wird an den Bildern vom Schwert und vom Pfeil deutlich, die ja selbst völlig unselbstständig sind und erst in der Hand eines anderen ihre Wirkung bekommen. Dabei sollten wir uns über die kriegerischen Bilder nicht wundern in dieser Zeit der militärischen Macht. Der Prophet selbst ist nichts, erst durch Gott bekommt er Auftrag – bekommt er das Wort Gottes, das er wie ein Bote auszurichten hat – völlig gleich, ob es ihm paßt oder nicht, ob es ihm zum Vorteil gereicht

oder das Leben kosten kann. So kommt er in der Situation, da er von seinen Volksgenossen geschmäht wird, weil er nicht mitlügt, nicht mit nach dem eigenen Vorteil strebt, sondern bei der Wahrheit bleibend gegen den Strom schwimmt, zu dem Schluß ... V 4 ...

Ist das nicht ganz verständlich, was er das ausspricht? Hat es das nicht immer wieder gegeben, daß Menschen, die Gott treu geblieben sind, keinen sichtbaren Vorteil davon hatten? Ist es denn ein Einzelfall, daß Menschen, die die Wahrheit sagten, bedrängt, verhaftet, abgeschoben oder hingerichtet wurden? Und dies, wo es von Gott heißt, daß er die Wahrheit sei. Das zynische griechische Sprichwort sagt es unumwunden: Die Wahrheit hat noch niemandem geschadet, außer dem, der sie ausspricht. Das ist damals so gewesen und ist heute so. Als gestern eine westliche Reisegruppe, Bürgermeister eines Bundeslandes mit mir im Gespräch waren über Kirche unter den Bedingungen hier, fragte einer plötzlich, wohl erschrocken über meine Offenheit, ob ich nicht Angst hätte, daß jemand hinter der Tür stände. Er kannte diese Methoden noch aus der Zeit des Faschismus. Aber was ist, wenn wir Angst haben und darum lügen? Vergeben wir damit nicht unser ganzes Leben? Vielleicht ist es das Wesen der Wahrheit, trotz der Niederlagen zu bestehen. Der Prophet damals war jedenfalls bei Gottes Wort geblieben, hatte sich nicht hinreißen lassen zu bequemeren Wegen. So wird er neu beauftragt – und dieser neue Auftrag für den Gottesknecht ist viel umfassender als der erste: Er soll sein Volk sammeln und darüber hinaus zum Licht der Welt werden, indem er Gottes Wahrheit zu Völkern bringt. WENN es hier heißt: So mache ich dich zum Licht der Völker – bin ich an das Wort Jesu erinnert, der seinen Nachfolgern zumutet: Licht für die Welt zu sein. In dieser Nachfolge, die bestimmt keine bequeme ist, wird es Niederlagen geben, Zeiten, in denen wir an uns selbst und an Gott zweifeln, doch Gott wird zu uns stehen. Die Welt – also alle Menschen – brauchen die Wahrheit – die Propheten waren nicht um ihrer selbst willen da, sondern damit Leben möglich bleibt – Gottes JA zu seiner Schöpfung bestehen bleibt. Gott nimmt seine Zusagen an seine Knechte nicht zurück, auch nicht, wenn aller Augenschein dagegen spricht. AMEN.

Auf den ersten Blick wirkt es so, als spreche Coblenz in dieser Predigt nur im Zusammenhang mit der Begegnung mit den westdeutschen BesucherInnen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gezielt an. Bei näherer Betrachtung ist die Predigt aber stark von der Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten nach dem Ende des 2. Weltkrieges in der DDR geprägt. Als Coblenz den historischen Hintergrund zu Jes 49,1-6 darstellt, zieht er viele Parallelen zur Situation der (Ost-)Deutschen nach dem 2. Weltkrieg. Er ordnet die Bibelstelle sowohl historisch als auch biblisch ein, indem er die Verse als 2. Gottesknechtslied identifiziert. Sowohl der Krieg zu Zeiten Jesajas als auch der 2. Weltkrieg können als „gottloser Krieg" beschrieben werden. Wie die IsraelitInnen mussten die Deutschen kapitulieren, viele Ortschaften, auch die Hauptstadt, waren zerstört, es kam zu Vertreibungen durch die Siegermächte in das Land, in dem man sich schlussendlich niederlassen durfte. Sie lebten „in Wohlstand und Unfreiheit" in einem Staat, in dem eine andere Religion bzw. im Falle der DDR Atheismus vorherrschte. Dies führte dazu, dass die Menschen ihre Religion verleugneten und sich den Gegebenheiten anpassten, um keine Nachteile zu erfahren. Die Schar der IsraelitInnen in der Babylonischen Gefangenschaft und die Schar der ChristInnen in der DDR, die ihren Glauben noch ausleben, ist deshalb sehr klein geworden. Die ChristInnen in der DDR entwickelten sich in den 40 Jahren zu einer Minderheit. 1989 gehörten nur noch 25-30% der Bevölkerung den Gliedkirchen des BEK an.[511] Noch kleiner war der Anteil derjenigen, die wirklich in den Gemeinden aktiv waren. Darüber hinaus fand auf gesellschaftlicher und politischer Ebene der DDR, wie von Coblenz beschrieben, keine Auseinandersetzung mit dem Krieg und der damit verbundenen Schuld statt.[512] Auch die Deutschen selbst mieden lange das Thema und die damit verbundene Mitverantwortung und Mitschuld. Im Unterschied dazu rief der BEK im Laufe seiner Geschichte, wie auch viele der Prediger dieser Arbeit, immer wieder zur Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus auf.[513] 1988 nahm der BEK das Gedenken an 1.000 Jahre Taufe Russlands und den 50. Jahrestag der Reichspogromnacht im November zum Anlass, um, ähnlich der Ausführungen von Coblenz, an die massenhaften Opfer dieses Krieges und des Massenmordes sowie an die Zerstörung zu erinnern. Der 2. Weltkrieg wurde als von Deutschland ausgehender Angriffskrieg beschrieben, wobei Rassenhass und Größenwahn als treibende Kräfte identifiziert wurden. Auch das Leid der deutschen Bevölkerung wurde bedacht, ohne deren Mitschuld an den Entwicklungen zu schmälern. Neben dem Eingeständnis der Mitverantwortung der Evangelischen Kirche an der Förderung des Antijudaismus und des Vorgehens der NationalsozialistInnen vor und während den Jahren des Nationalsozialismus wurde auch auf die aus den Geschehnissen erwachsende Verantwortung für die folgenden Generationen der Deutschen verwiesen. Es ging dem BEK darum, eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern.[514]

[511] Vgl. DÄHN: Konfrontation oder Kooperation, 128; GAUCK: Winter im Sommer, 124f; KOWALCZUK: Endspiel, 196f; NOWAK: Der historische Kontext, 21; VON SCHELIHA: Protestantische Ethik des Politischen, 192.

[512] Zur ausführlichen Darstellung des Umgangs des SED-Regimes mit der deutschen Vergangenheit siehe Predigtanalyse zu P1Isk1975.

[513] Vgl. Siehe P1Isk1975, P3Co1984, P6Meck1985, P5Br1985.

[514] Vgl. Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 95; Gemeinsames Wort des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland an die Gemeinden zu Versöhnung und Verständigung vom 22. Januar 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1988, 3; Wort zum 9. November 1988 des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1988 in: aaO, 4; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der

Die Bezüge auf die Situation der IsraelitInnen und des Propheten dienen in den Predigtausführungen einerseits zur Vergewisserung der Existenz und Fürsorge Gottes für sein Volk. Andererseits stellen sie eine Warnung an die Gemeindemitglieder dar, sich weder wie die Mehrheit der IsraelitInnen und BürgerInnen in der DDR vom Glauben abzuwenden, anzupassen und um den eigenen Vorteils willen zu Missständen zu schweigen, noch sich der Verantwortung für die Vergangenheit zu entziehen. Coblenz nutzt den Propheten als Vorbild für das Festhalten am Gottesglauben und dem Aussprechen von Wahrheit bzw. dem Ausführen des Auftrags Gottes trotz daraus resultierender Nachteile und häufiger Zweifel an der Sinnhaftigkeit des eigenen Glaubens (Jes 49,4). Die unterschwellige Kritik an den Menschen, die um ihres eigenen Vorteils Willen sich dem System anpassen und ihren eigentlichen Standpunkt verheimlichen, wird wiederholt und verstärkt. Coblenz prangert an, dass damals wie 1988 KritikerInnen oder MahnerInnen am politischen System wegen ihres Verhaltens „bedrängt, verhaftet, abgeschoben oder hingerichtet“ wurden und werden. Coblenz untermauert dies mit dem Sprichwort: „Die Wahrheit hat noch niemandem geschadet, außer dem, der sie ausspricht.“[515] Ohne die DDR direkt zu nennen, verurteilt er damit deren Umgang mit SystemkritikerInnen. Das Bedrängen von Einzelpersonen oder Gruppen – z.B. durch Vorladungen bei staatlichen Organen und Drohungen – diente dazu, die kritischen Stimmen zu zermürben, so dass sie ihre Aktivitäten einstellen. Diese Maßnahmen wurden meist von verdeckten Bespitzelungen und Zersetzungsmaßnahmen begleitet.[516] Verhaftungen waren der nächste Schritt, um Personen kurz- oder langfristig aus dem Verkehr zu ziehen. Jüngste Beispiele waren die Verhaftungen von Mitgliedern der Umweltbibliothek 1987 und von DemonstrantInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration 1988. Der SED-Staat schob einige der Verhafteten – wie schon in früheren Jahren mit anderen SystemkritikerInnen geschehen – in den Westen ab.[517] Zwar äußerte sich der BEK auch wie Coblenz kritisch zum Umgang der DDR mit KritikerInnen, jedoch setzte er sich nicht so detailliert mit den verschiedenen staatlichen Vorgehensweisen auseinander. Stattdessen wies man stärker auf die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Dialogs sowie die positiven Effekte des kritischen Einbringens der BürgerInnen in Politik und Gesellschaft hin.[518]

Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68.

[515] Nach Coblenz ist es ein griechisches Sprichwort. Dies konnte jedoch nicht verifiziert werden. Als Urheber wird der französische Philosoph Claude-Adrien Helvetius gehandelt. (Vgl. https://www.aphorismen.de/zitat/146673 (20.05.2024)).

[516] Vgl. BRUCKMEIER: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen, 10; KOWALCZUK: Endspiel, 235; MAYER: Flucht und Ausreise, 130; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 19f, 55; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 464, 630; NIETHAMMER: Die SED und ihre Menschen, 332; PINGEL-SCHLIEMANN: Zerstörung von Biographien, 79, 83; RÜDDENKLAU: Störenfried, 37; SCHILLING: Bearbeitung der Landeskirche Thüringen, 223; WOLLE: Heile Welt (2.Aufl.), 257.

[517] Vgl. Information über die Unterbindung von Störaktionen bei der „Kampfdemonstration“ am 17. Januar 1988: BStU, MfS, ZKG, Nr. 5968, Bl. 6, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok868.pdf (29.10.2020); Schreiben an alle Diensteinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern, 25.01.1988: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl. 1-3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok857.pdf (29.10.2020); BORBE: Die Zahl der Opfer, 42; DIETRICH: Es brannte in unserem Gewissen, 382; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 392; GEHLER: Deutschland, 286; GRÜNBAUM: Wolf Biermann, 5, 12; HOFFMANN: Havemann, 320; HUFF: Natur und Industrie, 362; JANDER: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung, 284; JESCHONNEK: Ausreise, 16; KIRCHENWITZ: Biermann, 79; KOCH: Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes, 51; KOCH: Einführung des Wehrunterrichtes, 4; KORN: Von der Lust am Eigensinn, 173, 181; KOWALCZUK: Endspiel, 235; LAITKO: Bahro, 37; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 185; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 180f; MAYER: Flucht und Ausreise, 140, 142, 161; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 60; MÜLLER-ENBERGS/MÜLLER: Jahn, 387; NEUBERT: Der KSZE-Prozeß, 308; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 382, 410, 490, 694; REIN: Protestantische Revolution, 39f; ROST: Was macht eigentlich Rudolf Bahro, 18; STACH: Vermächtnispolitik, 333, 364; VILIMEK: Opposition in der CSSR und in der DDR, 397f; VON PLATO: Revolution, 103; WIELGOHS: Fuchs, 232.

[518] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen

Trotz möglicher negativer Folgen ruft der Prediger die Anwesenden, wie Gott den Propheten, zum Eintreten für die Wahrheit auf. Wahrheit ist zunächst als die korrekte Darstellung der Wirklichkeit ohne Beschönigungen zu verstehen. Dies steht der Vorgehensweise des DDR-Staates diametral entgegen, der nicht nur in den Medien sehr stark das Mittel der Beschönigung oder Vertuschung nutzte.[519] Die Beschreibung des Propheten in Jes 49,6 als „Licht der Völker" dient Coblenz als Überleitung zu Jesus Christus, dem „Licht der Welt" (Joh 8,12). Der Prediger greift die in Joh 8,12 thematisierte Nachfolge Christi auf und versichert die Anwesenden trotz aller daraus resultierenden Beschwerlichkeiten des Beistands Gottes. Das Aussprechen der Wahrheit wird als ein Aspekt der Nachfolge Christi beschrieben, als Teil des Bekenntnisses des Glaubens. Der Prediger erzählt von einer kürzlichen Unterhaltung mit Reisenden und einem Bürgermeister aus der BRD, die sich für die Situation der Kirchen in der DDR interessierten, aber sehr überrascht von Coblenz' Offenheit diesbezüglich waren. Sie erwarteten, wie zur Zeit der NationalsozialistInnen, dass Coblenz aus Angst vor Problemen nur hinter vorgehaltener Hand spricht. Damit fungiert Coblenz hier als Vorbild für die offene und wahre Rede. Hat der Prediger schon an anderer Stelle in seinen Predigtausführungen Kritik an einem angepassten Verhalten geäußert, wirft er nun die Frage auf, welche Folgen ein solches Leben für jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen haben kann. Er spricht davon, dadurch sein gesamtes Leben zu opfern, denn ein Leben in Angst und Lüge führt zur Verleugnung der eigenen Person und der eigenen Werte. Im Hinblick auf die ChristInnen bedeutet dies auch die Verleugnung Gottes und der damit verbundenen Glaubensgrundsätze. Man ist nicht mehr authentisch. Wahrheit auszusprechen bedeutet somit auch, als Person wahrhaftig zu bleiben und nach dem Willen Gottes zu leben, zu agieren und zu bekennen. Indem Coblenz die Wahrheit als eine Leben ermöglichende Kraft beschreibt, erweitert er das alltägliche Verständnis von Wahrheit, das bis dahin in der Predigt vorherrschend war. Der Prediger nimmt Bezug auf Joh 14,6, wo Jesus Christus selbst als die Wahrheit beschrieben wird. Ein Einstehen für die christlichen Glaubensgrundsätze bedeutet somit auch die Weitergabe der Botschaft des Ewigen Lebens an die Mitmenschen. Zusätzlich eröffnet die Wahrheit über Missstände die Behebung dieser und sichert somit den Erhalt von Gottes Schöpfung in seinem Sinne. Die ChristInnen wirken dadurch an Gottes Fürsorge für seine Schöpfung mit. Auch der BEK plädierte für die kritische Auseinandersetzung der Kirchen und ChristInnen mit den (gesellschafts-)politischen Ge-

Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58f; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum 'Bekennen in der Friedensfrage' vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 265; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288, 290; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339, 341f; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich in: aaO, 359; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 71f.

[519] Für ausführlichere Informationen zur Medienpolitik der DDR siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

gebenheiten in der DDR. ChristInnen wären immer BürgerInnen eines Staates und müssten aus ihrem christlichen Standpunkt aus in Gesellschaft aktiv werden, wollten sie ihre Rolle als StaatsbürgerInnen adäquat ausfüllen.[520] Deshalb forderte die KKL 1987: „In dem Bemühen um eine dem Zusammenleben dienende Wahrhaftigkeit dürfen wir als Christen in dieser Gesellschaft nicht müde werden."[521] Der BEK mahnte, den politischen und gesellschaftlichen Einsatz am Maßstab des Evangeliums auszurichten.[522] In diesem Zusammenhang wurde die erste These der *Barmer Theologischen Erklärung* zitiert, in der sich zum Gehorsam gegenüber dem Evangelium verpflichtet wurde.[523] Von diesem Aspekt des Gehorsams im Sinne der Nachfolge ist auch die Predigt von Coblenz geprägt. Im Gegensatz zum BEK, aber im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR fordert Coblenz die Anwesenden explizit dazu auf, für das Eintreten für die Wahrheit auch Leid auf sich zu nehmen.[524] Die KKL und die Bundessynode deuteten an, nicht unpolitisch agieren zu können.[525] Der BEK betonte ab Mitte der 1980er Jahre die Notwendigkeit von kritischen Äußerungen in einer Gesellschaft und forderte den Staat dazu auf, kritische Mitsprache und Mitwirkung der DDR-BürgerInnen als Bereicherung zu erkennen und zuzulassen.[526] Vor allem in den Kirchen sollte Raum für kritische Auseinandersetzung ermöglicht werden.[527]

[520] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293.

[521] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[522] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91f; Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. Mäz 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: aaO, 334.

[523] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Wortlaut These I: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben."(Die Barmer Theologische Erklärung, I. These, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).)

[524] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 37, 41f, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[525] Vgl. Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU: Kundgebungen Band 2, 253; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66f.

[526] Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 117; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 54; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66f, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 71f.

[527] Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334.

Die intensive Auseinandersetzung mit der Wahrheit in weltlichem und theologischem Sinne prägt die Predigt von Pfarrer Coblenz. Die Predigt vereint in sich Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt. Coblenz vergewissert die Anwesenden der Bedeutung ihres Glaubens für die Welt sowie des Beistandes und des Willens Gottes. Daraus erwächst die Aufforderung an die Gemeindeglieder, Gegebenheiten aus dem Glauben heraus zu bewerten und die Meinung offen zu bekennen. Somit beinhaltet die Handlungsaufforderung auch Implikationen der Urteilsbildung. Die Verantwortung der ChristInnen für ihre Umwelt wird in der Predigt sehr stark gemacht.

4.14 Iskraut: Predigt vom 16. Oktober 1988 (P6Isk1988)

Dieser in der Gemeinde Berlin-Johannisthal gehaltenen Predigt liegt als Bibelstelle Jer 29,1.4-7.10-14 zugrunde. Pfarrer Eberhard Iskraut folgt damit dem Vorschlag der Perikopenordnung.

Predigt zu Jeremia 29,$_{1.4\text{-}7.10\text{-}14}$ **Berlin (Johannisthal), 16.10.1988**

Liebe Gemeinde!

Eine uralte Frage: Soll sich die Kirche in Politik einmischen? Sie wurde allzu lange mit Nein beantwortet, und wenn politisches Handeln schlimm endete, wurde hinterher oft gesagt: Die Kirche, sie hat versagt. Sie hätte reden müssen, aber sie hat geschwiegen!

Aber wenn sich nun doch die Kirche in Politik „einmischt"? Dann sollten wir sicherlich nicht erwarten, dass sie unsere Meinung oder die der Politiker bestätigt oder dem auch widerspricht. Wir sollten vor allem von ihr erwarten, dass sie es allein von ihrem Auftrag her tut, und nicht anders.

Die Art und Weise, in der der Prophet Jeremia in der Politik mitredete, war alles andere als selbstverständlich. Nebukadnezar, König von Babylonien, hatte im Jahre 597 vor Christus einen großen Teil der Oberschicht Israels nach Babylon deportiert. Da sind sie nun und können nicht fassen, dass Gott sie – Glieder seines auserwählten Volkes – in heidnisches Land hat abführen lassen. Sie haben Heimweh und nicht nur das. Umgeben von fremder Sprache und Kultur habe sie Jahr für Jahr in „unreinem" Lande leben müssen. Wie lange noch sollte das andauern! Abseits vom Tempel in Jerusalem einen Gottesdienst halten, das war eigentlich ein Unding für sie. Hier konnte man nur leben wie in einem Warteraum. Wir wissen, wie das lähmt und die letzte Kraft schwinden lässt.

Und dann die Erwartung und leise Hoffnung: Gott kann doch nicht, wenn er nicht seine Ehre auf's Spiel setzen will, seine eigenen Leute für immer und ewig den Heiden preisgeben. Es muss sich doch etwas ändern. Es **wird** sich etwas ändern. Wer will es ihnen verdenken, wenn sich Menschen an Hoffnungsparolen klammerten?

Jeremia widersteht solcher Versuchung. Er schreibt von Jerusalem an die Exulanten in Babel und beruft sich in seinem Brief zunächst einmal auf Gott und spricht es aus: **Gott** und kein anderer trägt die Verantwortung für das Geschehene. **Er** hat die Menschen nach Babylonien weggeführt, nicht Nebukadnezar. Und dann tritt der Prophet die Flucht nach vorn an. Erstens sagt er: Baut Häuser. Nun, das ist im Orient mit der leichten Bauweise schnell getan. Zweitens: Pflanzt Gärten und esst Früchte. Das dauert schon länger. Denn wann wird der heute gepflanzte Obstbaum seine ersten Früchte bringen! Und dann erst recht das dritte: Gründet Familien und lasst eure Kinder Familien gründen! Hier wird schon an Generationen gedacht.

Schließlich erwähnt er die Zahl 70. So lange Jahre! Das heißt ja doch: Die, die als Erwachsene nach Babel geführt worden sind, werden die Heimat nicht mehr wiedersehen.

Weiter werden die Deportierten lernen müssen: Jeder Ort, auch im fremden Lande, ist Gottes Ort. Also gilt: Ihr seid mit Gott im Land der Götzen. Und weil ihr mit Gott seid, darum „suchet der Stadt Bestes

und betet für diese Stadt zum Herrn“. Es ist dies, soweit ich sehe, die einzige Stelle in der hebräischen Bibel, in der einer die Fürbitte für Feinde und Ungläubige empfiehlt.

Kein Wunder, dass diese seelsorgerische Weisung auf heftigen Widerspruch gestoßen ist. Da spricht einer von 70 Jahren Gefangenschaft und sagt noch dazu: Suchet der Stadt Bestes. Das kann doch nur ein Landesverräter sein!

Der Verlauf der Geschichte hat ein anderes bewiesen: Jeremia war der einzige Realist. Er hat Leben und Überleben ermöglicht durch eine Sicht, die die Gegenwart mit der Zukunft verband. „Zeugt Söhne und Töchter..... und mehret euch dort, dass ihr nicht weniger werdet und suchet der Stadt Bestes.“ Gerade dieser Satz hat seitdem Menschen, die Gott ernst nehmen, immer wieder umgetrieben. Wo man einer Übermacht am liebsten Sand ins Getriebe streuen würde und Grund genug dazu hätte, erklingt der Ruf: „Suchet der Stadt Bestes .... Denn wenn´s ihr wohl geht, so geht´s auch euch wohl.“

„Der Stadt Bestes“, das ist aber nicht dem gleichzusetzen, was eine Stadt mit ihren offiziellen Sprechern und Organen für ihr Bestes hält und will. Was aus deren Mund kommt, wissen wir schon, bevor sie zu reden beginnen.

Das Beste für einen Patienten ist oft die bittere Medizin und nicht die wohlschmeckende, der operative Eingriff und nicht die Illusion über den eigenen Gesundheitszustand. Mir scheint, dass unsere Stadt und unser Land im Augenblick einem schwer erkrankten Patienten gleicht, der aber nur sehr langsam begreift, wie es tatsächlich um ihn steht: Viele Menschen verlassen unser Land. Die Ursache dieses Aderlasses ist noch nicht aufgedeckt, verschwiegen wird er und geht ständig weiter. „Suchet der Stadt Bestes“. Daran sollten wir Kirche messen in dem, was sie sagt und tut. **Daran** sollten wir auch uns messen, eben auch bei der Entscheidung, ob man bleiben oder gehen will. Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn! Das heißt doch: Tut für sie alles, das Zukunft ermöglichen wird und der gegenwärtige Aderlass nicht alles kaputt macht. Amen.

Mit der Predigt spricht Pfarrer Iskraut in die (gesellschafts-)politische Situation der DDR 1988 hinein und greift die Ausreisebewegung explizit auf. Darüber hinaus setzt er sich mit der Rolle der Kirche im gesellschaftspolitischen Kontext auseinander und spitzt dies, auch mit Hilfe der Bibelstelle, auf die Rolle der Kirche in einer nicht christlichen Gesellschaft zu.

Iskraut wirft zu Beginn der Predigt die Frage auf: „Soll sich die Kirche in die Politik einmischen?“ Er stellt sehr knapp den Umgang mit dieser Thematik in der Geschichte der Kirche dar. Damit spricht der Prediger, wie schon in der Methodik dieser Arbeit dargestellt[528] und in seiner Visitationspredigt P5Isk1984 thematisiert, ein kontroverses Thema an, erlangt die Aufmerksamkeit der ZuhörerInnen und regt sie zum Mitdenken an. Iskraut beantwortet die Frage in der Predigt niemals explizit und ermöglicht den anwesenden GottesdienstbesucherInnen damit, sich eine eigene Meinung zu bilden, auch wenn er eine gewisse Richtung vorgibt. Zunächst betont er, dass „allzu lange“ das Einmischen der Kirche in politische Belange abgelehnt wurde. Anhand dessen macht er erstmals in der Predigt deutlich, dass er das Einmischen der Kirche in die Politik als notwendig erachtet. Durch den Verweis auf die Vorwürfe, der die Kirche ausgesetzt war, wenn politisches Handeln schlimme Folgen hatte und sie dazu geschwiegen hatte, verstärkt diesen Standpunkt. Mit dieser Aussage spielt Iskraut auf das Verhalten der Kirche während des 3. Reiches an.[529] Den Ausführungen Iskrauts liegt ein weiter Politikbegriff zugrunde, der das gesellschaftliche Engagement umfasst.[530] Die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR wurde, vor allem aufgrund der zunehmend schwierigen (gesellschafts-)politischen Lage in der DDR, 1988 auch im Rahmen des KKL diskutiert. Sie hielt an der Trennung von Kirche und Staat fest. Dennoch sah sie die Aufgabe des BEK und seiner Gliedkirchen darin, sich aus dem Evangelium heraus kritisch mit den (gesellschafts-)-politischen Gegebenheiten der DDR auseinanderzusetzen. Die KKL stellte sich hinter die Aussage von Landesbischof Dr. Werner Leich, der in einer Ansprache an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker betonte: „Wo wir sagen können 'Gott sei Dank!', werden wir zur Mitarbeit bereit sein. Wo wir dies nicht vermögen, werden wir uns zu Wort melden und freimütig sprechen.“[531] Die KKL erwehrte sich aber des häufig mit kirchlichen Stellungnahmen zu politischen Zusammenhängen erhobenen Vorwurfs, staatliche Aufgaben übernehmen oder politische Macht an sich reißen zu wollen.[532] Iskraut weist darauf hin, dass die Kirche in ihrer Positionierung weder vollständig mit den Stellungnahmen des Staates noch mit den Wünschen der ChristInnen übereinstimmen muss. Ähnlich äußerte sich die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* des BEK in ihrem Papier *Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen.*[533] Die Äußerungen sollen nach

[528] Siehe *1.2 Methodik.*

[529] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (09.06.2016), Privatarchiv Lührmann.

[530] Für genauere Ausführungen zum Politikbegriff siehe *1.2 Methodik.*

[531] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; vgl. auch Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. – 8. Mäz 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 292f.

[532] Vgl. Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293. Siehe hierzu auch *1.2 Methodik.*

[533] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91f.

Iskraut vielmehr aus dem Auftrag der Kirche resultieren. Damit signalisiert er, dass das Einmischen in die Politik auch Teil dieses Auftrages ist. Wie der Prediger den Auftrag der Kirche genau versteht, wird in der Predigt nicht konkretisiert. Der BEK sah in seiner Ordnung aus dem Jahr 1969 seinen Auftrag in der DDR in Verkündigung, Bekenntnis und Dienst im Sinne Jesu Christi. Er bestimmte die *Barmer Theologische Erklärung* als wegweisend für die eigene Arbeit.[534] Die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* ordnete kirchliche Stellungnahmen zu (gesellschafts-)politischen Themen der Diakonie zu.[535] Im März 1988 wurde von der KKL als Auftrag der Kirche festgehalten, „das Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen."[536] Auch Iskraut betonte im Gespräch, sein Verhalten gegenüber dem Staat und seinen VertreterInnen an der *Barmer Theologischen Erklärung* ausgerichtet zu haben.[537] Angesichts seiner Ausführung kann im Besonderen auf die These III verwiesen werden. Diese erteilt, wie Iskraut in dieser Predigt, der Ausrichtung der christlichen Botschaft am herrschenden System und dessen Organen eine Absage.[538] Nach dem Theologen Wilfried Engemann zeichnete sich auch die prophetische Rede, als Vorbild politischer Predigt, nicht durch absolute Anpassung oder Ablehnung des politischen Systems, sondern durch kritische Stellungnahme zu den verschiedenen Gegebenheiten aus.[539]

Iskraut ordnet die Bibelstelle historisch ein, indem er die Vorgeschichte der babylonischen Gefangenschaft und die Situation der IsraelitInnen in Babylon beschreibt, um anschließend den Inhalt der Bibelstelle und die Reaktion der IsraelitInnen in Babylon auf die Botschaft Jeremias nachzuzeichnen. Durch die Definition von Jeremias prophetischer Rede als Einmischung in die Politik schafft der Prediger die Verbindung zu den vorherigen Ausführungen und untermauert seinen Standpunkt, dass die Kirche sich in die Politik einmischen bzw. sich in Politik und Gesellschaft einbringen sollte. Jeremia wiedersprach der Hoffnung der IsraelitInnen in Babylon, dass Gott ihrer Gefangenschaft schnell ein Ende macht und sie wieder zurück nach Jerusalem führt. Das Verharren der IsraelitInnen in der Hoffnung auf Veränderungen stellt Iskraut als für die Situation typisch menschliche und nachvollziehbare Verhaltensweise dar. Dadurch hätten die IsraelitInnen nicht wirklich gelebt oder sich in die Gesellschaft eingegliedert. Dieser Hoffnung setzte Jeremia jedoch die Aufforderungen an die IsraelitInnen in Babylon entgegen: „Baut Häuser", „pflanzt Gärten und esst Früchte" und „gründet Familien und lasst eure Kinder Familien gründen". Damit bereitete der Prophet die IsraelitInnen auf einen langandauernden Aufenthalt in Babylon vor. Gott und nicht der König Babylons, Nebukadnezar, wurde als der Verursacher dieser Situation deklariert, womit den IsraelitInnen, aber auch den ChristInnen 1988 verdeutlicht wurde: „Jeder Ort, auch im fremden Lande, ist Gottes Ort." Sowohl den IsraelitInnen als auch den ZuhörerInnen 1988 wird Gott an dieser Stelle damit als allmächtig und allgegenwärtig präsentiert. Damit weist die Predigt Züge einer

[534] Vgl. Anlage: Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1969, Artikel 1 (2), 1 (3), 2 (1) in: FALKENAU: Kundgebungen Band 1, 2.

[535] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 89ff.

[536] Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292.

[537] Vgl. Fragebogen Iskraut, Privatarchiv Lührmann.

[538] „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen." (Die Barmer Theologische Erklärung, These III, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020)).

[539] Vgl. ENGEMANN: Einführung in die Homiletik, 302.

vergewissernden politischen Predigt auf. Wie von der KKL wird den Anwesenden auch von Iskraut versichert, dass die Situation, in der sie sich befinden, gottgewollt ist, d.h. sie von Gott in diese Situation hineingestellt wurden.[540] Darüber hinaus erhalten sie die Sicherheit und Zusage des göttlichen Beistandes. Aus dieser Gegenwart Gottes resultiere der Aufruf: „Suchet der Stadt Bestes und betet für diese Stadt zum Herrn." Nach Iskraut sei dies im Alten Testament die einzige Aufforderung zur „Fürbitte für Feinde und Andersgläubige." Iskraut weist auf die Empörung der führenden IsraelitInnen, Könige und Priester, hin, die die prophetische Rede Jeremias ausgelöst habe (Jer 36,23; 37,15; 37,21-38,6.). In diesem Zusammenhang wird von Iskraut für Jeremia sogar der Titel des „Landesverräters" angebracht. Jeremia dient dadurch als Vorbild für das Handeln der Kirche im Sinne ihres Auftrages in ihrer Gesellschaft: Er hat weder den staatlichen VertreterInnen noch den IsraelitInnen in Babylon nach dem Mund geredet, sondern Gottes unliebsame Botschaft entgegen aller Kritik verkündet. Mit dem Verweis Iskrauts auf den weiteren Verlauf der Geschichte des Volkes Israel untermauert Iskraut seine Aussage, dass Jeremia die Situation der IsraelitInnen realistisch eingeschätzt, diesen ein Leben und eine Zukunft in der babylonischen Gefangenschaft ermöglicht und damit zum Erhalt des Volkes Israel beigetragen hat. Der Aufruf „Suchet der Stadt Bestes" sei in eine Situation hineingesprochen worden, in der die meisten IsraelitInnen nicht grundlos dem sie umgebenden System lieber geschadet hätten.

In der Existenz der IsraelitInnen in einem heidnischen bzw. atheistischen Land sowie ihrer Gefühlslage und ihrem Verhalten sieht Iskraut Ähnlichkeiten zur Situation der ChristInnen in der DDR; einerseits im Hinblick auf die Hoffnung auf Veränderung der Umstände und andererseits im Hinblick auf die Ablehnung des sie umgebenden Systems. Neben der Versicherung der Gemeindeglieder, dass die DDR auch „Gottes Ort" ist, gilt ihnen deshalb auch der Aufruf: „Suchet der Stadt Bestes ..... Denn wenn´s ihr wohl geht, so geht´s auch euch wohl." Damit wird der ablehnenden Haltung gegenüber der Gesellschaft eine Absage erteilt und darauf hingewiesen, dass das eigene Wohlergehen eng mit dem der Umwelt verknüpft ist.

Als Abschluss der Predigt denkt Iskraut darüber nach, was 1988 „das Beste" für die DDR sein könne. Dies müsse nicht mit dem übereinstimmen, was von staatlicher Seite propagiert wird. Vielmehr spricht er im Hinblick auf die DDR sogar davon, dass es diesem diametral entgegensteht. Die politischen Verantwortlichen der DDR könnten 1988 nicht als Quelle dienen, um herauszufinden, was das Beste für die DDR und ihre BürgerInnen ist. Verstärkt wird diese Kritik durch den Verweis auf die Vorhersehbarkeit und Redundanz staatlicher Standpunkte und Äußerungen sowie die staatliche Ignoranz der Ausreiseproblematik. Iskraut zeichnet das Bild von der DDR als Patientin, die sich ihres Zustandes nur bedingt bewusst ist. Der zunehmende Strom von Ausreisenden, den Iskraut mit dem medizinischen Begriff des „Aderlasses" beschreibt, werde von staatlicher Seite nicht thematisiert, seine Gründe nicht erörtert und das Problem nicht gelöst. Dies wurde auch vom Vorsitzenden der KKL heftg kritisiert.[541] Das mit „Ader-

[540] „Wir sind Bürger eines sozialistischen Staates und Glieder einer sozialistischen Gesellschaft. Hier haben wir als Christen zu leben und zu handeln in der Liebe, die offene Aufgabe hat für alle Not, wo sie auch zutage tritt, die für alles Bessere und Gerechtere eintritt, woher es auch kommt, und in der Hoffnung, die sich in dieser Liebe durch nichts irremachen läßt." (Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 34.)

[541] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287.

lass“ angesprochene Ausbluten der Gesellschaft macht die negativen Auswirkungen der Ausreisewelle für den Staat und die Gesellschaft der DDR deutlich. Diese betrafen laut KKL nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch die Gemeinden der DDR und ihre Mitglieder.[542] Der Prediger moniert das Verhalten der politisch Verantwortlichen der DDR hinsichtlich der Auswanderungswelle. Im Zuge dessen fordert er sie im Sinne des BEK indirekt dazu auf, der Ursache nachzugehen und sich mit dieser auseinanderzusetzen.[543] Anders als der BEK hielt Iskraut die Gläubigen nicht direkt zum Verbleib in der DDR an.[544] Vielmehr appelliert er an die Gemeindeglieder, das eigene Handeln nach dem Prinzip „Suchet der Stadt Bestes“, der Kernaussage der Predigt, auszurichten. Die Entscheidung über das Verlassen oder Verbleiben in der DDR sollte dahingehend gefällt werden, ob es der Aufforderung in Jer 29,7 ent- oder widerspricht. Die Anwesenden werden mehrheitlich zur Schlussfolgerung kommen, dass allein mit dem Verbleib in der DDR der Aufforderung nachgekommen werden kann. Damit spiegelt die Predigt den kirchlichen Standpunkt zur Ausreisedebatte in Gänze wider. Indem der Prediger auf die Notwendigkeit des Einsatzes schwerer Medizin, einer schweren Operation für die Patientin DDR verweist, macht er deutlich, dass die Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes in der DDR drastisch sein müssen. Gorbatschow nutzte im Hinblick auf seine Reformbestrebungen in der Sowjetunion ebenfalls das Bild eines Patienten, um die Situation der Gesellschaft mit all ihren Problemen zu beschreiben. Er beschrieb Kritik als „eine bittere Medizin“[545], die jedoch unerlässlich, langfristig und schonungslos anzuwenden wäre, um wirkliche Veränderungen und Verbesserungen herbeizuführen.[546] Im Austausch mit Pfarrer Iskraut zu seinen Predigtausführungen beschrieb er das Zurückhalten von Informationen zum Krankheitszustand gegenüber totkranken PatientInnen in der DDR als unter ÄrztInnen weit verbreitet. Dies wäre Teil der medizinischen Ethik in der DDR gewesen. Begründet wurde dies mit der Angst vor der Resignation der Patientin bzw. des Patienten. Iskraut hingegen vermutete, dass die Kommunikation fehlender Heilungsmöglichkeiten als Misserfolge der Medizin im Sozialismus gewertet und deshalb, wie in Bereichen der Wirtschaft, verschwiegen werden sollte.[547] In *Staat, Macht, Moral. Die medizinische Ethik in der DDR* bestätigen die beiden zitierten ÄrztInnen aus der DDR, Susanne Hahn und Achim Thom, 1983 Iskrauts Darstellung, dass die vollumfängliche Äufklärung von todkranken PatientInnen durch die ÄrztInnen über ihren Zustand nicht universal praktiziert wurde.[548]

Die Predigt endet mit einer direkten Handlungsaufforderung an die Kirche und die Anwesenden, sich, wie die IsraelitInnen in Babylon, für ein Leben in der atheistischen Gesellschaft und für die Zukunftsfähigkeit der DDR einzusetzen. Die Handlungen und Aussagen der Kirche sollen, wie die der einzelnen

[542] Vgl. Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

[543] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 289; Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg zitiert in: Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik vom 1./2. Juli 1988 in: aaO, 306f.

[544] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288; Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

[545] GORBATSCHOW: Perestroika, 99; vgl. auch GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 97.

[546] Vgl. GORBATSCHOW: Perestroika, 99; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 97f.

[547] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.02.2021), Privatarchiv Lührmann.

[548] Vgl. Hahn/Thom in: QUITZ: Staat, 180.

ChristInnen, nach dem Prinzip „Suchet der Stadt Bestes“ beurteilt und danach ausgerichtet werden. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR hatte den Aufruf zum Engagement in der DDR-Gesellschaft ebenfalls mit Jer 29,7 untermauert.[549] Die Kirche und ihre Mitglieder sollen sich nach Iskraut dementsprechend um das Wohlergehen ihrer MitbürgerInnen bemühen. Probleme in der Gesellschaft müssen also addressiert und angegangen werden, auch wenn dies zur Konfrontation mit den politisch Verantwortlichen führt. Einem vorsichtigen Vorgehen wird durch den Verweis auf notwendige drastische Maßnahmen eine Absage erteilt. Die Bedeutung der einzelnen Christin bzw. des einzelnen Christen für die Gesellschaft wird betont. Die theologischen Motive der Nachfolge und des Dienstes im Sinne der Nächsten- und Feindesliebe sind dadurch sehr prominent. Die anfangs aufgeworfene Frage, ob sich die Kirche in die Politik einmischen soll, ist, resultierend aus den Gesamtausführungen der Predigt, eindeutig zu bejahen.

[549] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 36, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

4.15 Iskraut: Beerdigungspredigt vom 8. November 1988 (P7Isk1988)

Die Predigt wurde am 8. November 1988 anlässlich der Beerdigung eines junges Mannes gehalten, der im sozialistischen Ausland zu Tode gekommen ist. Iskraut kommentierte zum Hintergrund des Todes: „Stefan[550] wurde ein 'Grenzverletzer'. Er hatte sich bei einer Auslandsreise von seiner Verlobten und der ganzen Reisegruppe getrennt, um heimlich die DDR zu verlassen, und war dann vermutlich im Grenzbereich angeschossen worden oder zusammengeschlagen (?)[551], er starb bald darauf an den Folgen. Niemand durfte ihn besuchen. Die Urne wurde in die DDR überführt."

Grenzverletzung bedeutete das „widerrechtliche Passieren der Staatsgrenze"[552]; eine Art der Grenzverletzung ist der Versuch, das „Territorium der DDR [...] zu verlassen."[553] GrenzverletzerInnen wurden als „'staatsfeindliche Elemente', 'Verbrecher' und 'Spione'"[554] angesehen.[555] Nach dem Mauerbau kam es zu vermehrten Versuchen der Grenzüberquerung im sozialistischen Ausland, die gegen Ende der 1980er Jahre zunahmen.[556] Dies wurde durch die „Einführung des paß- und visafreien Reiseverkehrs von und nach der CSSR sowie Polen"[557] 1972 verstärkt. Aufgrund dessen versuchte das MfS bei der Verhinderung der Fluchten enger mit den Organen der anderen sozialistischen Staaten zusammenzuarbeiten.[558] In Rechtshilfeverträgen und weiteren Vereinbarungen mit verschiedenen Staaten des Warschauer Vertrages wurde der Umgang mit GrenzverletzerInnen und deren „Auslieferung zur Strafverfolgung"[559] vereinbart. Des Weiteren wurde festgelegt, die DDR-BürgerInnen auch im Ausland zu überwachen. Auch sollte es zu unverzüglicher Benachrichtigung über Grenzverletzungen kommen.[560] In den meisten Fällen wurden „DDR-Bürger, die in der CSSR und in Polen sowie in den anderen Staaten des Warschauer Pakts (und auch in Jugoslawien) beim illegalen Grenzübertritt gefaßt wurden, an Ostberlin ausgeliefert"[561]. An der

[550] Name wurde von Iskraut geändert.
[551] Ergänzung durch Iskraut.
[552] SUCKUT: Wörterbuch der Staatssicherheit, 162.
[553] Ebd; vgl. hier auch WEIßGERBER: Giftige Worte der SED-Diktatur, 133.
[554] WEIßGERBER: Giftige Worte der SED-Diktatur, 133.
[555] Vgl. auch LAPP: Gefechtsdienst, 90, 209; WOLFRUM: Die Mauer, 69.
[556] Vgl. LAPP: Gefechtsdienst, 86, 90; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 198.
[557] TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 11, 59.
[558] Vgl. Protokoll der Beratungen zwischen den Delegationen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik 1971 in: TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 114; Vereinbarung zwischen dem Minister für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Minister des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über das beiderseitige Zusammenwirken und die Zusammenarbeit der Untersuchungsorgane der Staatssicherheit [ohne Datum] in: aaO, 142ff; Protokoll über das Zusammenwirken zwischen den Untersuchungsorganen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und des Föderalen Ministeriums des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik 1977 in: aaO, 146ff.
[559] Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 30. Oktober 1957, 2. Abschnitt Art. 64 Abs. 1f in: MAJOROS (Hg.): Rechtshilfeabkommen der DDR, 110; vgl. auch LAPP: Gefechtsdienst, 19; Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 15. Juli 1958, Teil II Art. 57f in: MAJOROS (Hg.): Rechtshilfeabkommen der DDR, 132f; Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 20. Mai 1966, Siebter Teil Art. 81f in: aaO, 158; Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 19. September 1979, Teil IV Art. 61f in: aaO, 205; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 47ff, 110ff.
[560] Vgl. Protokoll der Beratungen zwischen den Delegationen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium des Inneren der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in: TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 113; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 139, 146.
[561] LAPP: Gefechtsdienst, 196; vgl. auch TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 110, 129, 132, 138, 145, 152f.

Grenze im sozialistischen Ausland gab es weniger Todesopfer als an der innerdeutschen Grenze. Während Monika Tantzscher, Mitarbeiterin des BStU, für die Jahre 1982 bis 1989 von 15 Fluchtversuchen mit tödlichem Ausgang an den Grenzen von der CSSR, Ungarn und Bulgarien spricht,[562] hat die *Arbeitsgemeinschaft 13. August* bis 1997 „44 Todesopfer an außerdeutschen Grenzen“[563] erfasst, wobei diese Zahl „neben erschossenen – und in einem Fall durch Grenzhunde getöteten – Flüchtlingen auch bei der Flucht verunfallte Personen“[564] umfasst. Die Angaben der Anzahl der Toten an der innerdeutschen Grenze reichen hingegen von 270 bis 4.400 Toten. In den meisten Fällen liegen die Angaben aber zwischen 500 und 1.000 Todesfällen.[565]

In keinem der Dokumente wird der Umgang von im sozialistichen Ausland zu Tode gekommenen GrenzverletzerInnen thematisiert. Es ist aber anzunehmen, dass mit ihnen genauso verfahren wurde wie mit denen, die an der innerdeutschen Grenze starben. Das SED-Regime hatte klare Richtlinien, wie diese Fälle zu behandeln waren. Bei direktem Versterben der Grenzverletzerin bzw. des Grenzverletzers an der Grenze oder später im Krankenhaus wurde laut den *Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang* der *Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin Abteilung IX* „ein nicht natürlicher Tod durch Unfall“[566] als Todesursache angegeben. Nach der Obduktion wurde die Leiche der Grenzverletzerin bzw. des Grenzverletzers eingeäschert,[567] wobei den Angehörigen „hygienische[...] Gründe[...]“[568] und „ein nicht natürlicher Tod durch Unfall“[569] für dieses Vorgehen angegeben wurden. Die Angehörigen wurden nur über den Tod der Grenzverletzerin bzw. des Grenzverletzers informiert, bekamen aber keine weiteren Informationen zum Verlauf der Ereignisse.[570] Hinsichtlich der Beisetzung sollte von den MitarbeiterInnen der Staatssicherheit „wegen der evtl. Einleitung operativer Maßnahmen“[571] geklärt werden, ob, wann und wo eine Trauerfeier durchgeführt wird. „Dabei ist [...] entweder gänzlich von einer Feier abzuraten oder zu empfehlen, eine Trauerfeier im engsten Familienkreis stattfinden zu lassen.“[572] Dies wurde jedoch, je nach Bezirk unterschiedlich gehandhabt. Wie das Dokument der *Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam* besagt, sollte „[m]it den Angehörigen [...] abgesprochen [werden], daß eine Trauerfeier grundsätzlich nicht stattfindet“[573] bzw. die Staatssicherheit erlaubte, „eine Trauerfeier

[562] Vgl. TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 15,17, 71.
[563] AaO, 15 (Fußnote 15).
[564] Ebd.
[565] Vgl. BORBE: Die Zahl der Opfer, 34.
[566] Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang, Berlin BV Berlin Abt. IX 97, Bl. 66, 71f, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Bln_Abt-IX_Nr-97_Bl-63-82.pdf (24.11.2020); vgl. auch MAJOR: Behind the Berlin Wall, 147.
[567] Vgl. aaO, Bl. 72, 75; MAJOR: Behind the Berlin Wall, 147.
[568] Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin Abteilung IX
[569] Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang, Berlin BV Berlin Abt. IX 97, Bl. 77, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Bln_Abt-IX_Nr-97_Bl-63-82.pdf (24.11.2020).
[570] Vgl.aaO, Bl. 76f.
[571] Ebd; vgl. auch aaO, Bl. 80.
[572] AaO, Bl. 77.
[573] Weisung zur Regelung der Zuständigkeit und des Zusammenwirkens von Diensteinheiten der Bezirksverwaltung bei der Bearbeitung von verletzten oder getöteten Grenzverletzern und durch Folgeerscheinungen verletzten oder getöteten Personen an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin im Bezirk Potsdam, 20. Mai 1970, BVfS Pdm BDL DOK 400 576, Bl. 10, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Pdm_BdL_Dok_Nr_400576_Bl_1-11.pdf (24.11.2020).

im engsten Rahmen durch[zu]führ[en] [...], zu der auch ein Prediger ausgesucht werden kann."[574] Wer diesen Prediger aussuchen sollte, blieb offen. Der Historiker Frederick Taylor beschreibt den Fall eines Grenzverletzers, für den zwar eine Trauerfeier stattfinden sollte, aber „weder die Ursache noch die Begleitumstände des Todes erwähn[t]"[575] werden durften. Auch in der Annonce sollten die Umstände des Todes nicht thematisiert werden.[576] In jedem Fall konnte von der Anwesenheit der Staatssicherheit bei der Beisetzung ausgegangen werden. Des Weiteren wurde zur „Überprüfung des Grenzverletzers und seiner nächsten Angehörigen"[577] und zu „Ermittlungen über den Grenzverletzer"[578] aufgerufen. Neben der „Einleitung operativer Maßnahmen"[579] gegen die Angehörigen waren sie „in der Abteilung IX Verwaltung für Staatssicherheit [...] geführten Sondervorgang 'Grenzprovokation' zu registrieren."[580]

In Telefonaten mit Pfarrer Iskraut, um weitere Details zu den Umständen des Todes und der Beerdigung zu erfragen, führte er aus, dass Stefan vor seinem Fluchtversuch einen Ausreiseantrag gestellt hatte, weswegen man ihm von staatlicher Seite mit einer Gefängnisstrafe gedroht hatte. Nach seinem Verschwinden im Urlaub erfuhr seine Mutter, dass er schwer verletzt im Gefängnis war, erhielt aber kein Besuchsrecht. Auf der Todesurkunde war als Sterbeort Berlin angegeben, was die Angehörigen und Iskraut stutzig machte. Iskraut ermutigte die Mutter des Toten, Kontakt mit Lothar de Maizière aufzunehmen, der wegen der persönlichen Sachen des Toten und wegen der Todesumstände Erkundigungen einholen sollte. Auf de Maizières Nachfrage hin erhielt die Mutter eine Sterbeurkunde aus Burgas, einer Stadt in Bulgarien, die aber nicht an der Grenze liegt. Des Weiteren wurden ihr das blutverschmierte Hemd, der Verlobungsring und der Fotoapparat ihres Sohnes übergeben. Anders als in den staatlichen Richtlinien festgelegt, konnte sie zur Überführung der Leiche zwischen einem Sarg und einer Urne wählen. Die Entscheidung für die Urne hatte finanzielle Gründe, da die Überführung von der Mutter selbst bezahlt werden musste. In diese Ungewissheit hinein hielt Iskraut die Trauerfeier. Vieles erfuhr er erst nach der Beerdigung. Es war klar, dass Stefan nicht eines natürlichen Todes gestorben sein konnte und die Umstände von staatlicher Seite vertuscht werden sollten. Die genaue Todesursache blieb ungeklärt. Entgegen der dargestellten Richtlinien des Ministeriums für Staatssicherheit zum Ablauf der Beerdigung einer Grenzverletzerin bzw. eines Grenzverletzers bekam Iskraut vor der Trauerfeier keine Vorgaben vom Staatssicherheitsdienst. Auch nach der Beerdigung nahm die Staatssicherheit keinen Kontakt zu ihm auf. Bei der Trauerfeier waren neben den Angehörigen viele Mitglieder der jungen Gemeinde, aber auch viele unbekannte junge Leute anwesend. Es ist unklar, ob es sich dabei um Oppositionelle oder um MitarbeiterInnen der Staatssicherheit handelte. Iskraut bat aufgrund der prekären Situation für die Beerdigung einen Amtsbruder als Zeugen hinzu.[581]

Die Ausführungen des Predigers geben Einblick in den Diskurs in der Gemeinde, wie er nach dem

[574] Ebd.
[575] TAYLOR: Die Mauer, 352.
[576] Vgl. Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang, Berlin BV Berlin Abt. IX 97, Bl. 78, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Bln_Abt-IX_Nr-97_Bl-63-82.pdf (24.11.2020).
[577] AaO, Bl. 68.
[578] Ebd.
[579] AaO, Bl. 78.
[580] AaO, Bl. 80.
[581] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (15.06.2016), ebd.

Tod eines Gemeindemitgliedes bei einem Fluchtversuch geführt wurde. Darüber hinaus war die DDR-Gesellschaft seit dem Bau der Mauer 1961 immer wieder mit Republikflucht und dem Umgang des Staates der DDR mit den GrenzverletzerInnen konfrontiert. Deshalb verortet Iskraut diesen Sachverhalt sowohl in der Gemeinde als auch in der Gesellschaft. Durch die Darstellung der Umstände des Todes ist die Predigt definitiv politisch. Trotz der kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema steht für den Prediger aber der Trost der Angehörigen des Toten und aller Trauernden im Vordergrund. Der BEK nahm zu dieser Gesamtthematik keine Stellung.

Trauerfeier am 8. November 1988 über Jeremia 29,11

„Ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der Herr, Gedanken des Friedens und nicht des Leides, daß ich euch gebe das Ende, des ihr wartet."

Liebe Ramona, liebe Frau Seidel, ihr lieben Trauernden alle, aber auch ihr – Gäste vom Staatssicherheitsdienst!

Gottes Gedanken sind Gedanken des Friedens. Das zu begreifen ist eine große Zumutung für uns, aber ebenso für die, an die der Prophet Jeremia vor 2500 Jahren dies in einem Brief schrieb: die gefangenen Juden in Babylonien. Gott hat Gedanken des Friedens und nicht des Leides. Das mußte diesem Volk gesagt werden, weil ihre Welt so anders aussah.

Aber dieses Wort war wichtig für sie. Es war auch Juden hilfreich, die heute vor genau 50 Jahren Schreckliches von deutscher Hand erlebt hatten: den Auftakt eines Massenmordes, wie er in der Geschichte der Menschheit wohl einzig dasteht. Juden aber hatten an dieser Hoffnung festgehalten: Gott kennt schon das Ziel, auch wenn wir selber noch nicht durchblicken.

Ob dieses Wort uns auch heute trösten kann: ...Gott hat Gedanken des Friedens und nicht des Leides!?

Was uns in diesen Wochen so fertig gemacht hat, sind **unsere** Gedanken, unsere menschlichen Gedanken und unser unmenschliches Erleben. All das muß ausgesprochen werden, damit Vergebung möglich wird. Wir fragen uns doch alle, die wir den Stefan gekannt hatten: Mußte es so weit kommen? Oder so: Was geht eigentlich in Menschen vor sich (ich rede hier absichtlich gleich im Plural), die als Verlobte oder als Verheiratete mir nichts, dir nichts ihren Partner verlassen können, weil im Westen besser zu leben ist, und bereit sind, sich einander Trennungsschmerz und so unendlich viel Leid zuzufügen? Wer hat Stefan dazu verleitet, veranlaßt, eine Bindung aufzugeben, zu der er doch einmal Ja gesagt hatte, um sich dann in ein riskantes Wagnis zu stürzen, dessen Folgen er nicht absehen konnte – auch dann nicht, wenn ihm der Grenzübertritt gelungen wäre.

Während wir unsere Gedanken damit erfüllten und uns mit Fragen belasteten, lag er vermutlich schon im Todeskampf, und niemand von uns wußte es.

Wie schämt man sich angesichts des Todes im Nachhinein solcher Gedanken und vorwurfsvoller Fragen gegen ihn, die man mit sich herumtrug! Wir ertappen uns dabei: Es waren keine Gedanken des Friedens – bei ihm nicht, bei uns nicht – es waren allein Gedanken des Leides.

Und dazu kamen die anderen Gedanken: Warum wurde es der Verlobten, der Mutter oder irgendeinem Angehörigen verwehrt, den Todkranken zu besuchen? Auch wenn sich unser Staat durch seinen versuchten Grenzübertritt verletzt fühlte und einen solchen Menschen bereits vor einem gültigen Rechts- spruch vorab als Verbrecher bezeichnet, so bleiben doch auch Verbrecher Menschen mit Menschenrechten. Auch im finstersten Mittelalter hatte ein Verbrecher das Recht auf einen letzten Beistand, auf ein letztes Vaterunser. Der nahende Tod, mit dem, was dann kommt, hatte alle irdische Gerichtsbarkeit für diesen einen Augenblick eines letzten Beistands außer Kraft gesetzt.

Es belastet, Gedanken mit sich zu tragen – und dies mitten in der Friedensdekade unserer Kirche – die auch erfüllt sind von Unverständnis, Abscheu und Wut. Dabei wissen wir alle, es bringt nichts. Es bringt uns nicht weiter und auch nicht die, die das alles für richtig halten, daß man Grenzverletzer anschießt.

Ich muß im Zusammenhang all unserer Gedanken, der menschlichen, der allzu menschlichen und unmenschlichen Gedanken und Taten an den Brief denken, den der Prophet Jeremia seinen in Babylon gefangenen Volksgenossen geschickt hatte, den Menschen, die sich nicht nur leibhaftig in Gefangenschaft befanden, sondern außerdem in ihren Gedanken gefangen waren gegen die Babylonier, die sie bedrückten. Mitten hinein in ihre Gefangenschaft sprach der Prophet Jeremia: „Suchet der Stadt Bestes“ und begründet es damit, daß Gott Gedanken des Friedens hat und nicht des Leides. Mir wird dieses Wort wieder ganz wichtig im Zusammenhang dieses Todes und zugleich der Friedensdekade unserer Kirche. Sie steht in diesem Jahre unter dem Thema: „Friede den Fernen und Frieden den Nahen“, also Friede und den Schalom Gottes denen, die das heute vielleicht noch gar nicht wollen oder die es nach unserem Dafürhalten vielleicht auch gar nicht verdient hätten, und ebenso Frieden den Nahen, denen das Leid eigentlich viel näher ist, weil dieser Tod und die ganzen Umstände des Todes sie so bitter machen und voller Leid hinterlassen.

Gott aber sieht das schon anders. Er hat sein Volk immer wieder getröstet, damals durch die Heimkehr der Exulanten in ihr Land nach mehr als 50 Jahren ihrer Gefangenschaft. Damals haben sie gespürt: Gott hat ein anderes Ziel als das Leid, das den Menschen schon allzu lange immer wieder zugefügt wurde. Gottes Gedanken sind auf den Frieden mit aller Welt gerichtet.

Gott will **uns** trösten durch das Evangelium von Jesus Christus. Der Blick auf unser eigenens Tun und das, was Menschen angetan wird, führt uns in Sackgassen. Wir sehen soviel Leid, das wir uns gegenseitig zugefügt haben, und Verletzungen, die uns angetan wurden. Aber Gott hat mit seinem Sohn Jesus Christus eine andere Geschichte als unsere menschliche Geschichte – er hat **Heils**geschichte in Gang gesetzt.

Darum feiern wir jetzt schon Friedensdekade und verkünden Gottes Frieden den Fernen und den Nahen. Denn Gott will uns das Ende geben, das wir erwarten. Leid wird da nicht mehr sein, Leid wird da nicht mehr anderen Menschen zugefügt werden, Be-leidigungen wird es dann nicht mehr geben, denn Gott hat alles Leid und alles Leiden durch seinen Sohn zu seiner eigenen Sache gemacht. Was **uns** bleiben wird, sind Gedanken des Friedens. Wir wollen uns in diesen Tagen darin einüben inmitten einer „noch nicht erlösten Welt“. Amen.

Zum Erdwurf: Ich wage nicht zu sagen: Es hat Gott gefallen, Stefan Seidel (der Name ist geändert) aus diesem Leben zu rufen. Aber ich möchte in einer Situation, die so traurig ist, uns allen den Spruch

zu bedenken geben, den Stefan vor kurzem bei seiner Taufe erhalten hat:

Also hat Gott die Welt geliebt,
daß er seinen eingeborenen Sohn gab,
auf daß alle, die an ihn glauben,
nicht verloren werden,
sondern das ewige Leben haben.

Die Predigt wird mit dem Verlesen der Bibelstelle Jer 29,11 eingeleitet, worauf die Begrüßung der Verlobten und der Mutter des Verstorbenen mit Namen sowie die Begrüßung aller „Trauernden“ und der „Gäste vom Staatssicherheitsdienst“ folgt. Die „Gäste vom Staatssicherheitsdienst“ sondert Iskraut von den anderen Anwesenden ab, indem er einerseits eine Pause macht, bevor er sie begrüßt, und sie im Gegensatz zu den anderen nicht als „liebe“ Gäste bezeichnet. Dadurch dass Iskraut die Verlobte des Toten sogar mit Vornamen anspricht, zeigt er an, dass sowohl der Tote als auch seine Verlobte Teil des aktiven Gemeindelebens, Teil der Jungen Gemeinde, waren.[582] Am Ende der Predigt verweist er auf die vor kurzem vorgenommene Taufe des Toten. Die Begrüßung der MitarbeiterInnen der Staatssicherheit zeigt das Bewusstsein des Predigers, dass der Tod eines Grenzverletzers die staatlichen Organe auf den Plan ruft, dass das Umfeld des Grenzverletzers ins Visier der Staatssicherheit gerät und die Staatssicherheit deshalb über Zeit und Ort der Trauerfeier Bescheid wusste.

In den beiden ersten einleitenden Absätzen rückt die Aussage von Jer 29,11 in den Vordergrund. Der Vers wird stärker als Faktum formuliert: „Gottes Gedanken sind Gedanken des Friedens.“ Dies kann als Hauptthese der Predigt angesehen werden, die Iskraut durch seine Ausführungen zu untermauern versucht. Er beschreibt die Bibelworte in der Trauer um Stefan als „Zumutung“ für die Anwesenden. Damit greift Iskraut den Widerspruch zwischen der Aussage der Bibelstelle und der Beerdigung auf. Dies ergibt sich automatisch dadurch, dass in der Bibelstelle von „Gedanken des Friedens“ die Rede ist, die Anwesenden aber aufgrund des Todes von Stefan Seidel „Gedanken des Leides“ verspüren. Der Prediger ist sich dieses Widerspruchs durchaus bewusst, verweist aber darauf, dass die Botschaft des Verses meist in Situationen hinein verkündet wurde, die nicht von Frieden erfüllt waren. Eine Zumutung sei dieses Bibelwort auch für die IsraelitInnen in Babylonischer Gefangenschaft vor 2.500 Jahren gewesen, die die ersten AdressatInnen waren. Des Weiteren werden die der Verfolgung durch die NationalsozialistInnen ausgesetzten Jüdinnen und Juden genannt, an die sich diese Worte auch richteten. Iskraut verweist auf die Reichspogromnacht, diesen Akt „menschenverachtende[r] Grausamkeit“[583], wie es der BEK und die EKD 1988 bezeichneten, der sich am 9. November 1988 zum 50. Mal jährte. Hinsichtlich der Menschenverachtung bei NS- und SED-Regime sah Iskraut Parallelen gegeben, die er durch diesen Bezug implizit anprangert.[584] Der Prediger schlägt hier einen Bogen von der Entstehungszeit der Bibelstelle über die NS-Zeit bis zur Gegenwart der Zuhörerschaft und betont die Bedeutung der Bibelworte durch die Geschichte hindurch. Alle drei beschriebenen Situationen eint, dass sie von Leiden geprägt sind. Trotzdem bleibt Iskraut bei der These: „Gott hat Gedanken des Friedens und nicht des Leides“. In beiden Situationen hätten die Worte bei den Jüdinnen und Juden Hoffnung geweckt, dass Gott den Grund für die Ereignisse kennt. Damit wird ausgesagt: Hinter all dieser Sinnlosigkeit steckt ein Sinn. Die Differenz zwischen menschlichen und göttlichen Gedanken und Plänen wird offenbar. Gott wird unter Bezugnahme auf die Bibelstelle als allmächtig und allwissend dargestellt, der einen Plan hat, wie es für das Volk Israel oder für die Trauernden weitergehen wird. Dadurch wird Gottes Fürsorge und Liebe gegenüber den Menschen deutlich gemacht.

[582] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), ebd.

[583] Wort des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 296.

[584] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (15.06.2016), Privatarchiv Lührmann.

Bei nähere Betrachtung des Todes Stefans, der Umstände und der Trauer der Anwesenden wirft Iskraut die Frage auf: „Ob dieses Wort uns auch heute trösten kann: ... Gott hat Gedanken des Friedens und nicht des Leides!?“ Er setzt sich sehr ausführlich mit möglichen leidvollen Gedanken und Fragen der Trauernden auseinander, die die Gründe für das Handeln des Toten, die Gefühle der Schuld und des eigenen Versagens sowie den Umgang des Staates mit GrenzverletzerInnen betreffen. Die Gedanken der Trauernden werden als in der Situation natürlich und nachvollziehbar beschrieben. Der Prediger fordert die Anwesenden auf, über die Umstände sowie die Gedanken und Gefühle hinsichtlich des Todes von Stefan Seidel zu sprechen, womit er der Handhabe des Staates, zu Todesfällen an der Grenze zu schweigen, widerspricht. Er konfrontiert die anwesenden MitarbeiterInnen des Staatssicherheitsdienstes schonungslos mit der Gedankenwelt der Trauernden und offener Kritik an dem Umgang des Staates mit GrenzverletzerInnen.

Im Hinblick auf den Verstorbenen führt Iskraut beispielhaft Fragen nach den Gründen für eine lebensgefährliche Flucht und für das Zurücklassen der Verlobten und der Familie an. In Iskrauts Ausführungen wird Republikflucht nicht verurteilt. Vielmehr stellt es Iskraut so dar, als litten die Republikflüchtlinge wie Stefan so sehr an den Lebensumständen in der DDR, dass sie diesen Schritt gingen. Iskraut beschreibt Republikflucht in der DDR als ein verbreitetes Phänomen, weshalb die Trauernden mit ihren Gedanken und dem Gefühl des Verlassenseins nicht alleine sind. Entgegen der Einschätzung des Staates war Republikflucht somit mehr als eine Entscheidung für oder gegen ein politisches System. Sie ging mit der Entscheidung für oder gegen die Menschen einher, die einen umgaben. Hier schwingt die Kritik am Staat der DDR mit. Dieser ruft Umstände hervor, die bei einigen BürgerInnen zur Inkaufnahme des eigene Todes führen, bloß weil sie nicht mehr in dem Land leben wollen. Während die Anwesenden diese vorwurfsvollen Gedanken quälten, lag der Tote vielleicht schon im Sterben. Damit lässt Iskraut durchblicken, dass die Umstände des Todes unbekannt sind. Dies spiegelt den Umgang der Staatssicherheit mit den Angehörigen von Grenzverletzern wider, an die keine näheren Informationen weitergegeben wurden.[585] Iskraut beschreibt die Scham derer, die dem Toten Vorwürfe gemacht haben. Rekurrierend auf die Bibelstelle stellt er sowohl die Gedanken der Trauernden als auch die von Stefan vor, während und nach dem Fluchtversuch als leidvolle Gedanken dar.

Die Gedanken zum Umgang des Staates der DDR mit GrenzverletzerInnen beschreibt Iskraut als geprägt von Unverständnis darüber, dass enge Verwandte den Sterbenden nicht besuchen durften. In der Weisung des Leiters der *Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam* von 1970 heißt es: „Forderungen, den Toten noch einmal zu sehen, soll nicht zugestimmt werden.“[586] Trotz der staatlichen Einstufung des Grenzverletzers Stefan als Staatsfeind und somit als Verbrecher,[587] plädiert Iskraut dafür, ihm Men-

[585] Vgl. Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang, Berlin BV Berlin Abt. IX 97, Bl. 76f, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Bln_Abt-IX_Nr-97_Bl-63-82.pdf (24.11.2020).

[586] Weisung zur Regelung der Zuständigkeit und des Zusammenwirkens von Diensteinheiten der Bezirksverwaltung bei der Bearbeitung von verletzten oder getöteten Grenzverletzern und durch Folgeerscheinungen verletzten oder getöteten Personen an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin im Bezirk Potsdam, 20. Mai 1970, BVfS Pdm BDL DOK 400 576, Bl. 8, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Pdm_BdL_Dok_Nr_400576_Bl_1-11.pdf (24.11.2020); vgl. auch MAJOR: Behind the Berlin Wall, 147.

[587] Vgl. WEIßGERBER: Giftige Worte der SED-Diktatur, 133.

schenrechte und im Zuge dessen einen geistigen Beistand zu gewähren. In der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* wird einer bzw. einem Angeklagten einerseits das Recht zugesprochen, „als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.“[588] Dies steht im Widerspruch zur Vorverurteilung der GrenzverletzerInnen durch den Staat der DDR als Staatsfeinde, die Iskraut anspricht. Des Weiteren darf laut *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* „[n]iemand [...] der Folter oder grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden“[589], wobei hier nicht präzisiert wird, was als grausam, unmenschlich und erniedrigend gilt. Iskraut hatte den Tod Stefans und die Umstände als „unmenschliches Erleben“ geschildert. Er verschärft die Kritik am Umgang der DDR mit den GrenzverletzerInnen, indem er das SED-Regime in seinem Verhalten gegenüber sterbenden VerbrecherInnen selbst im Vergleich zum Mittelalter als rückständig dargestellt. Diese Äußerung wirkt in Zuge dieser Ausführungen sehr provokant. Er bewertet die BefürworterInnen der staatlichen Grenzschutzmaßnahmen, d.h. auch die anwesenden MitarbeiterInnen der Staatssicherheit, negativ und deklariert die restlichen Anwesenden und sich selbst als GegnerInnen und KritikerInnen. Er wird an dieser Stelle hinsichtlich der Umstände des Todes, des daraus resultierenden Umgangs mit dem Toten und den Angehörigen sowie der damit verbundenen Gedanken- und Gefühlswelt der Trauernden sehr explizit. Dies widerspricht dem Ziel des Staates, die Umstände und die Todesfälle an der Grenze zu verschleiern. Da Iskraut davon ausgeht, dass MitarbeiterInnen für Staatssicherheit anwesend sind, ist diese offene und kritische Auseinandersetzung mit den Umständen des Todes sehr gewagt. Iskraut selbst betonte im Austausch über die Predigtausführungen, seine Äußerungen nicht als mutig empfunden zu haben. Er wollte zunächst den Ausdruck „auf Hasen schießen“ einbinden, wagte es aber dann doch nicht.[590]

Er verweist auf die Sinnlosigkeit all der von Wut und Feindseligkeit geprägten Gedanken der Trauernden; einerseits weil viele Fragen unbeantwortet bleiben werden, andererseits weil das Verharren in Wut keine Zukunft ermöglicht. Ähnlich wie Pfarrer Meckel in P7Meck1987 betont Iskraut die Bedeutung von Vergebung. Erst durch die Vergebung der eigenen Schuld und der der Schuldiger, die erst aus der intensiven Auseinandersetzung mit den Gefühlen und Gedanken resultiert, werden Gedanken des Friedens entstehen und es kann sich Zukunft entfalten.

Nach der Darstellung der Gedanken der Trauernden nimmt Iskraut nochmal Rückbezug auf die Situation der IsraelitInnen in Babylon. Diese Verbindung zwischen dem Tod von Stefan und den Worten Jeremias an die IsraelitInnen beschreibt er als seine eigene Assoziation. Hier spricht er von einer doppelten Gefangenschaft der IsraelitInnen: einerseits das Leben in Gefangenschaft in Babylon, andererseits die Gefangenschaft in ihrer Ablehnung gegenüber Babylon. In dieser doppelten Gefangenschaft befinden sich auch die Trauernden, genauso wie viele DDR-BürgerInnen. Dies wird einerseits durch den Fluchtversuch Stefans deutlich, der als Bestreben angesehen werden kann, aus der Gefangenschaft zu entkommen. Andererseits hegen die Trauernden Wut gegenüber den staatlichen Organen. In den Worten, die Jeremia an die ExilantInnen in Babylon richtete, stecke deshalb die Aufforderung: „Suchet der Stadt Bestes“(Jer

[588] Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 10. Dezember 1948, Artikel 11 (1), https://unric.org/de/allgemeine-erklaerung-menschenrechte/ (07.04.2023).
[589] AaO, Artikel 6.
[590] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), Privatarchiv Lührmann.

29,7). Mit dieser Aussage sieht Iskraut untermauert, „daß Gott Gedanken des Friedens hat und nicht des Leides." Der Prediger betont die Bedeutung der Aussage „Suchet der Stadt Bestes" für sich persönlich im Hinblick auf den Tod Stefans und die Friedensdekade. Damit stellt er es den Anwesenden frei, sich dieser Aussage anzuschließen. Wie in seiner Predigt im Oktober 1988 (P6Isk1988) setzt der Prediger der doppelten Gefangenschaft im Land und im eigenen Groll die Aufforderung Jeremias entgegen, sich in das System und die Gesellschaft einzubringen. Die Trauernden werden somit vom Prediger als im Exil dargestellt, von dem sie durch Gott erlöst werden. Das Hoffen auf Erlösung und Veränderung der Gegebenheiten soll jedoch für die ChristInnen in der DDR nicht den Rückzug aus der Gesellschaft bedeuten. Hier verstärkt Iskraut nochmal die im Vorhinein getätigte Aussage, dass die negativen Gedanken an den Umständen nichts ändern. Die Trauernden müssen mit ihnen leben, ohne aber die Hoffnung auf Veränderungen aufzugeben und sich dafür einzusetzen. An dieser Stelle wird das Motto der Friedensdekade von 1988 zitiert: „Friede den Fernen und Frieden den Nahen". Durch den Verweis auf die Friedensdekade wird erneut der Gegensatz zwischen Gedanken des Friedens und Gedanken des Leides aufgegriffen. Resultierend aus dem Motto fordert Iskraut die Anwesenden dazu auf, den Frieden Gottes den NichtchristInnen und Schuldigern sowie den Trauernden zu verkünden, sich in Gedanken des Friedens zu üben, um Gottes Plan voranzutreiben, und Frieden zu bewirken, auch wenn die Umstände diesem Ziel entgegenstehen. Mit der Aufforderung zum Einsatz für Frieden wird die Bedeutung der bzw. des Einzelnen für Kirche und Gesellschaft aufgezeigt. In ihrer Trauer versichert Iskraut die Anwesenden des Trosts, der von Gott ausgehen wird. Beispielhaft führt er die Heimkehr der ExilantInnen aus Babylon nach Israel an. Anhand dessen verdeutlicht er, dass Gott „ein anderes Ziel als das Leid" hat. Zusätzlich wird den Anwesenden aufgrund der durch Jesus Christus angebrochenen Heilsgeschichte Trost und das ewige Leben zugesprochen. Dem Leid in der Welt, das Menschen sich gegenseitig zufügen, wird hier die angebrochene Heilsgeschichte entgegengesetzt. Der Zustand des absoluten Friedens und Heils ist noch nicht erreicht, da sich die Gläubigen noch in der „noch nicht erlösten Welt" – Zitat der *Barmer Theologischen Erklärung*[591] – befinden. Das Reich Gottes kann aber in der Welt durch das eigene Denken und Handeln anbrechen, auch wenn dies niemals in Gänze auf Erden realisiert werden kann. Jesu Kreuzigung und Auferstehung werden in dieser Predigt als der Anfangspunkt der Heilsgeschichte und damit auch als der Beginn des Umwandelns der leidvollen in friedvolle Gedanken dargestellt. Das Reich Gottes ist die vollständige Befreiung. Die Predigt zeichnet allgemein das Bild eines Menschen, der in der Welt konstant Leiden ausgesetzt ist oder den Mitmenschen Leid zufügt. Der Mensch braucht somit Trost und Errettung vom Leid. Beide Dinge gehen von Gott aus, der das Leid der Menschen verringern bzw. völlig durch Frieden (Schalom) ersetzen möchte. Im Allgemeinen wird deutlich, dass Gott den Menschen inneren und äußeren Frieden schenken möchte und ihnen in verschiedenen Situationen schon geschenkt hat. Dies wird den Gläubigen in ihrer Trauer zugesagt. Deshalb bleibt Iskraut auch bei seiner These, „Gott hat Gedanken des Friedens und nicht des Leides" – auch wenn der Tod von Stefan dagegen spricht.

Im Anschluss an die Predigt sind die Worte abgedruckt, die Iskraut beim Erdwurf, wenn die Urne im Grab mit Erde bedeckt wird, an die Trauernden gerichtet hat. Hier macht Iskraut deutlich, er wage nicht

[591] Die Barmer Theologische Erklärung, V. These, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020)

zu sagen – im eigentlichen Sinne, er möchte nicht sagen[592] – , dass es Gott gefallen hat, Stefan sterben zu lassen. Damit spielt er auf den Satz an, der häufig bei Beerdigungen verwendet wird: „Dem Herren über Leben und Tod hat es gefallen, [...] N.N. aus dieser Zeit in seine Ewigkeit zu rufen.“[593] Der Einschätzung, dass der Tod Stefans an der Grenze von Gott gewollt war, widerspricht er dadurch vehement und äußert erneut, diesmal für NichtchristInnen nicht wahrnehmbar, Kritik am staatlichen Vorgehen. Iskraut gibt den Trauernden Stefans Taufspruch, Joh 3,16, zu bedenken. Damit wird deutlich, dass der Verstorbene sich als Erwachsener bewusst für den Glauben entschieden hat. In all den Gedanken des Leides nutzt der Prediger den Taufspruch des Toten, um Trost und Hoffnung zu spenden, dass Stefan das ewige Leben erhält. Dies wird den Gläubigen auch in Jer 29,22 zugesprochen, worauf Iskraut verweist. Neben dem Trost bedeutet dies auch, dass Gott Stefan wegen seiner Tat nicht verwirft, sondern der Zuspruch auf das ewige Leben bestehen bleibt. Dies den Anwesenden in Erinnerung zu rufen, kann für sie auch ein „Gedanke des Friedens“ sein. Gottes Haltung und Handeln gegenüber Stefan stehen damit in krassem Gegensatz zu dem des Staates der DDR.

Die Ausführungen Iskrauts weisen vor allem Aspekte der vergewissernden politischen Predigt auf, sie enthalten aber auch handlungsweisende Implikationen. Den Trauernden werden der Trost sowie die Nähe und Liebe Gottes zugesprochen. Sie werden dazu aufgefordert, Vertrauen in Gott und seine Pläne zu setzen. Darüber hinaus werden sie ihres Ziels, des ewigen Lebens im Reich Gottes, erinnert. Das Reich Gottes zeichnet sich durch Abwesenheit von Leid und Schmerz aus und wird als die Erfüllung des göttlichen Friedens in seiner reinen Form, als Schalom, dargestellt. Aus dieser Hoffnung heraus fordert Iskraut die Anwesenden trotz ihrer Trauer dazu auf, den Friedens Gottes in der Welt zu bekennen und dahingehend zu handeln.

[592] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (15.06.2016), Privatarchiv Lührmann.

[593] MILCHNER: Fürbitten, 156; vgl. auch Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (15.06.2016), ebd.

4.16 Brand: Predigt aus dem Jahr 1988 (P7Br1988)

Diese Predigt wurde als Abschluss der Friedensdekade 1988 *Friede den Fernen und Friede den Nahen* im November gehalten. Vorgeschlagene Themen im Material zur Friedensdekade waren der 50. Jahrestag der Reichspogromnacht, Verschuldenskrise und Abrüstung. In seinen Ausführungen setzt sich Brand intensiv mit dem Jahrestag der Reichspogromnacht auseinander, ordnet diesen in die Gesamtzusammenhänge der NS-Zeit ein und fragt nach der Bedeutung der Vergangenheit und ihrer Lehren für die Gegenwart der Zuhörerschaft. Er stellt gesellschaftliche Parallelen zwischen 1938 und 1988 dar. Brand legt seinen Predigtausführungen 1. Joh 3,15 und 4,20 zugrunde, die ohne historische oder biblische Einordnung in die Gegenwart übertragen werden. Mit den Bibelstellen weicht er von den in der Perikopenordnung vorgeschlagenen Bibelstellen für die beiden die Friedensdekade betreffenden Sonntage – 6. und 13. November 1988 –, Hi 14,1-6 und Off 2,8-11 ab, die auch Grundlage der von der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* veröffentlichten *Predigthilfe zur Friedensdekade* waren.[594] Trotzdem spiegelt Brands Predigt viele in der Predigthilfe erwähnte Aspekte wider.

1. Joh. $3_{,15}$ und $4_{,20}$ **Waldenburg Friedensdekade ´88**

Liebe Gemeinde!

Immer wieder wurden wir in diesen Tagen und in dieser Friedensdekade an diese Nacht vor 50 Jahren erinnert, wo das Verbrechen des deutschen Volkes am jüdischen Volk seinen offiziellen Anfang nahm – öffentlich und vor aller Augen. Alle konnten es sehen, niemand in Deutschland konnte von jener sogenannten „Kristallnacht“ an mehr sagen, er habe nichts gewußt. Die brennenden Synagogen leuchteten weit, sie beleuchteten die demolierten Geschäfte, die geplünderten und verwüsteten Wohnungen, die ersten Abtransporte in die Todeslager, denen dann 6 Millionen Juden in die Gaskammern folgen sollten. (Schicksale)

Fassungslos stehen wir vor diesem unausdenkbaren Grauen. Wir Jüngeren fragen euch Ältere: „Wie konntet ihr das nur zulassen? Warum habt ihr euch nicht gewehrt?“ Und aus den unsicheren Antworten, aus dem Ausweichen der Älteren stellt sich für uns Jüngere die nächste Frage: „Wie hätten wir uns verhalten? Hätten wir nicht auch Fenster, Türen, Augen und Ohren geschlossen und nichts bemerkt haben wollen und fortan in dieser Beziehung auch kein Erinnerungsvermögen mehr gehabt? Hätten wir nicht auch der Haßpropaganda nichts entgegengesetzt und dieser damit stillschweigend zugearbeitet?“

Wenn in diesen Tagen ein hochrangiger deutscher Politiker von heute auf morgen Ansehen und Amt verliert, weil er mit diesen schrecklichen Ereignissen nicht angemessen umzugehen weiß, ist dieser Mann nicht eigentlich eine Symbolfigur für unser aller Problem? –

Die Alten wollen nichts gewußt haben, die Jüngeren wollen nichts damit zu tun haben und die Jugendlichen wollen damit nicht mehr behelligt werden, ihnen ist die Einsicht in die Geschichte in dieser

[594] Martin Stöhr: Hiob – Ein Mensch gegen die Geschichte. Überlegungen zu Hiob 14,1-16 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 5ff; Klaus Wengst: Wider den faulen Frieden. Exegese zu Offenbarung 2,8-11 in: aaO, 22ff; Wolfgang Raupach: Hinweise zur Predigt über Offenbarung 2,8-11 in: aaO, 28ff.

sozialistischen Schule gänzlich aberzogen worden.

Und weil kaum einer sich der Vergangenheit aufrichtig stellen will oder kann, deshalb läuft die erdrückende Menge unbelehrt und unbekehrt in die nächste Falle:

Ein Vater belehrt seinen Sohn angesichts eines Afrikaners auf der Straße: „Der hat Kohlen rein geschafft und ist zu faul, sich zu waschen."

Deutsche Jugendliche stoßen das (Zitat!) „schwarze Schwein" vom Mosambikaner aus dem fahrenden Zug zu Tode.

Alle Polen sind (Zitat!) „dreckig und faul". Auf dem Hauptbahnhof in Leipzig wurden Polen tätlich angegriffen, die den Zug nach Warschau mit Taschen und Paketen beladen, während zur selben Zeit und am selben Ort der Zug von Köln einläuft, und die, die aussteigen, können nicht mit einem Mal tragen, was sie ausladen.

In Glauchau können die (Zitat!) „Vitschis" – gemeint sind Vietnamesen – nur in Gruppen ausgehen, weil sie sonst Gefahr laufen, zusammengeschlagen zu werden.

Im Urlaub bat uns ein Vietnamese, für ihn ein Fahrrad zu kaufen, weil man ihm für sein ehrlich erarbeitetes Geld in einem Geschäft dieses Landes kein Fahrrad verkaufte.

Und in einem Kirchgemeindehaus in allernächster Nähe versammeln sich fromme Christen unter einem riesigen Wandbild, auf dem sich von dem germanischen Christus ein hämisch grinsender Jude abwendet, der mit einer Fratze dargestellt ist wie der leibhaftige Teufel. Keiner scheint das zu bemerken, keinen scheint das zu stören.

Mir fallen Verse aus dem ersten Johannesbrief ein:

„So jemand spricht, ich liebe Gott, und haßt seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht? Wer seinen Bruder haßt, der ist ein Totschläger. Und ihr wißt, daß ein Totschläger nicht das ewige Leben hat."

Ihr Lieben, mir klingt der Auftrag eines inzwischen pensionierten Pfarrers im Ohr. Er war als junger Wehrmachtsangehöriger und nicht zur SS gehörig dennoch in die Geschehnisse um das Warschauer Ghetto verwickelt worden. Über das, was er dort gesehen hat, ist er sein Leben lang nicht mehr fertig geworden. Er brach sein Jurastudium ab und studierte nach dem Krieg Theologie. Aber ein schweres Nervenleiden, was ihn noch heute quält, ist geblieben. Und er sagte mir: „Damit werden wir nicht mehr fertig. Dazu reicht ein Leben nicht aus. Das könnt nur ihr, die nächste Generation."

Ich weiß inzwischen, daß auch unser Leben, das der nächsten und übernächsten Generation nicht ausreicht, um das zu bewältigen. Und vor allem sehe ich, das keine Generation sich in der Masse ernsthaft müht, dies zu tun, und daß deshalb das alte Elend schon wieder anfängt.

Aus diesem Grunde möchte ich den Auftrag dieses Mannes annehmen. Und ich bitte euch, ihr Christen, die ihr Gott liebt, diesen Auftrag mit mir zu teilen, damit wir nicht zu Lügnern und Mördern werden, damit von uns Weisheit und Güte ausgeht inmitten all der Dummheit und Bosheit.

Und dazu sehe ich folgende Schritte, die ich euch vorschlagen möchte:

1. Wachsamkeit gegenüber den Anfängen.

Wenn ich richtig informiert bin, begann damals alles scheinbar ganz harmlos. Man war eben gegen

„den Juden“, und das nicht erst seit 1938 sondern schon immer. Da war ein wenig Neid auf den Erfolg dieser Leute, aber man kaufte trotzdem billig beim reichen Juden, ging trotzdem zum jüdischen Arzt. Und da war vielleicht auch ein wenig Unsicherheit gegenüber der Andersartigkeit, dem manchmal anderen Aussehen, dem anderen Gottesdienst.

Und irgendwo schwebte auch noch der Widerwillen gegen den sogenannten Christusmörder.

Gewiß, das war alles scheinbar recht harmlos, aber man war eben gegen den Juden.

Heute: Gewiß, der brave Durchschnittsbürger tut dem Polen, dem Neger, dem „Vitschi“ nichts. Aber man ist eben gegen diese Leute. Sie sind anders. Ein wenig Neid, daß diese reisen können, so oft und wohin sie wollen und dann auch noch das entsprechende Geld haben, aber man kauft die Jeanshose trotzdem, die Vietnamesinnen in ihrer Freizeit nähen. Und da ist vielleicht Unsicherheit gegenüber ihrer Andersartigkeit, ihrem Aussehen, ihrer uns unverständlichen Sprache. Das scheint harmlos, aber man ist eben gegen diese Leute.

Christen dagegen sind wachsam. Es beginnt mit der Sprache. Polen heißen eben nicht „Pollacken“ und Vietnamesen nicht „Vitschis“. Und wenn wir so etwas hören, dann sagen wir das.

Christen lassen sich nicht in so ein dumpfes Gefühl hineinziehen, gegen jemanden zu sein, bloß weil er anders und in der Minderheit ist. Und schließlich: Habt ihr gewußt, daß viele unter jenen Menschen, die mitten unter uns leben, tiefgläubige Menschen sind, also unsere allernächsten Schwestern und Brüder? Manche sind – entsprechend ihrer Erziehung – buddhistisch gläubig, aber viele auch christlich. Sollten wir, als Kirchgemeinde, nicht einmal darüber nachdenken, unseren Schwestern und Brüdern hier eine Heimat zu geben?

2. Klarheit gegenüber den Quellen.

Der Nazismus war uns eine Biertischideologie, hervorgegangen aus kleinbürgerlich- proletischer Kurzsichtigkeit und Dummheit. Wer sich einmal mit Hitlers Biographie beschäftigt hat, der weiß das. Und genau dort hatte der dann so fürchterlich endende Judenhaß eine dumpfe Brutstätte, wo er sich vermehren konnte wie die Fliegen auf dem Mist. Dieser Stammtischdunst ist noch nicht ausgestorben, sondern er zieht in die Häuser, Familien und Betriebe.

Die Vietnamesen, so murmelt die Masse, kaufen uns aus. Sie hamstern Fahrräder und, da sie meist klein sind, Kinderkleidung, und für uns bleibt nichts mehr. Und die Polen und Neger nehmen sowieso alles, was nicht niet- und nagelfest ist.

Sie haben Westgeld und machen Geschäfte, die DDR-Bürger nicht machen können. Und, was das Erschreckenste ist, da hört man schon wieder Nazireden von „rassischer Überfremdung“, wenn Flüchtlingskinder geboren werden.

Mir scheint, wir Christen haben heute mehr denn je aufzustehen, die Wahrheit zu erkennen und sie den Leuten zu sagen, damit es mit uns nicht noch einmal so weit kommt wie 1938. Denn wenn es so weit ist, dann ist´s wahrscheinlich wirklich zu spät und man kann nichts mehr machen.

Heute aber sollten wir dem dummen Geschwätz um uns her entgegenhalten: Vietnamesen machen z.B. in Glauchau die Arbeiten, die so gesundheitsschädlich sind, daß sie keinem hiesigen Arbeiter mehr zugemutet werden können. Das gibt natürlich offiziell niemand zu, weil das aus ideologischen Gründen gar

nicht sein darf. Und trotzdem sickert es durch. Warum können sich diese und andere Leute für ihr teuer erarbeitetes Geld dann nicht kaufen, was sie wollen? Und warum sollten diese Menschen nicht mit allem, was ihnen zu Gebote steht, handeln? Sie tun es nämlich nicht, um sich unangemessen zu bereichern, sondern ein Arbeiter gelber oder schwarzer Hautfarbe schuftet hier oft für viele Familienangehörige zu Hause, die in bitterster Armut leben. Die brauchen Kleidung, denn sie frieren wirklich, die brauchen ein Fahrrad, denn sie fahren nicht im Lada.

Ich werde den Blick jener Vietnamesin nicht vergessen, wie sie unser Kind ansah und uns dann erzählte, ihr eigenes Kind sei genauso alt, aber sie könne es 5 Jahre nicht sehen, weil sie froh sein müsse, hier Arbeit bekommen zu haben, damit die Familie zu Hause wenigstens nicht zu hungern braucht. Ob eine junge Mutter dieses Opfer gern oder gar aus unlauteren Motiven bringt? Und wie wird sie hier behandelt?

Natürlich gibt es in unseren Geschäften dies und jenes nicht, weil Gastarbeiter die Waren auskaufen.

Aber warum wenden sich die Leute denn nicht an die richtige Adresse, nämlich an den Staat, dessen Wirtschaft nicht in der Lage ist, einen solchen notwendigen Bedarf zu decken, und der die Hand nach jeder Mark Westgeld ausstreckt, wodurch ungerechte Verhältnisse entstehen.

Gewiß, es macht mehr Mühe und erfordert mehr Mut, bis zu Ende zu denken und dazu sind die Leute wohl zu bequem und zu feige. Wie viel leichter ist es dagegen doch, sich an Menschen auszutoben, die anders und in der Minderheit sind!

Und warum in aller Welt, dürfen Menschen unterschiedlicher Rassen sich nicht lieben? Christen, die dagegen Vorbehalte haben, sollten wenigstens eins immer bedenken: Jesus war sicher nicht blond und blauäugig. Er war weder schwarz noch weiß aber gewiß dunkel. Und vielleicht hatte er, der Jude, auch eine gebogene Nase.

Im Blick auf die ausländischen Menschen, die bei uns wohnen, hören sich die Verse der heiligen Schrift so an:

„So jemand spricht, ich liebe Gott, und haßt seinen Bruder, der Pole oder Mosambikaner oder Vietnamese ist, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, auch in seiner Andersartigkeit sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht, und der der ganz andere ist? Wer seinen gelben oder schwarzen Bruder haßt, der ist ein Totschläger, und ein Totschläger hat nicht das ewige Leben."

Ihr Lieben, nehmen wir den Auftrag an, damit wir´s diesmal besser machen als das letzte Mal!

Amen.

Aus der Nähe zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 und dem Fokus der laufenden Friedensdekade auf dieses Ereignis resultiert die Auseinandersetzung Brands mit (Mit-)Schuld an den NS-Verbrechen und fehlendem Widerstand – damals wie 1988. Brand beschreibt dieses Ereignis am 9. November 1938 im Einklang mit Pfarrer Iskraut in P7Isk1988, dem BEK und der EKD als Beginn der offiziellen Judenverfolgung mit Abtransport und Ermordung in den Konzentrationslagern. Damit widerspricht er der Ausflucht vieler Deutscher, man habe von der Verfolgung und dem harten, unerbittlichen Vorgehen der NationalsozialistInnen gegen die jüdische Bevölkerung nichts gewusst. Dieser Standpunkt wurde auch in der *Predigthilfe zur Friedensdekade* und im *Wort des BEK und der EKD zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938* vertreten.[595] Übereinstimmend mit der Predigthilfe prangert Brand an, dass die Kriegsgeneration ihr Versagen verdrängt, während die Nachkriegsgeneration nach dem Grund für fehlenden Widerstand fragt.[596] In der von Brand im August 1988 verfassten Schrift *Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR* kommt er zum gleichen Urteil hinsichtlich der Schuld der Deutschen und deren Verdrängung.[597] Als Beispiel für einen Vertreter der Kriegsgeneration, der seine Einbindung in das NS-Regime verschwieg, spielt er wahrscheinlich auf den SED-Politiker Karl-Heinz Bartsch an. Dieser wurde kurz nach seiner Amtseinführung 1963 aufgrund westdeutscher Presseberichte zu seiner NS-Vergangenheit wieder entlassen und der Partei verwiesen.[598]

Mit der Frage danach, wie man sich selbst in dieser Situation verhalten hätte, leitet Brand in die Gegenwart der ZuhörerInnen über. Er kritisiert die ausbleibende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und eine daraus resultierende Aufarbeitung. Aufgrund der Ausklammerung dieses Themas im Schulunterricht der DDR gehe die DDR sogar so weit, den heranwachsenden Generationen die Auseinandersetzung „gänzlich abzuerziehen" – das Verschweigen und Verdrängen werde also auch dort fortgesetzt. Brand spielt damit auf den Standpunkt der DDR an, die Aufarbeitung mit der Entnazifizierung und der Gründung der DDR abgeschlossen zu haben.[599] In seiner Schrift *Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR* sagte Brand zum Umgang der DDR mit der NS-Vergangenheit: „Das bedeutet aber in keinem Fall, daß die deutsche Vergangenheit damit bewältigt wäre, ganz im Gegenteil: Sie wurde nur besonders drastisch verdrängt."[600] Er sieht in der ausbleibenden Auseinandersetzung und Sensibilisierung für die Ursachen und möglichen Auswüchse von Rassismus auch den Grund für bestehenden Rassismus in der DDR gegenüber Dunkelhäutigen – MosambikanerInnen –, PolInnen und VietnamesInnen. Die Bundessynode berichtete 1987 von zunehmendem Rassismus in der DDR.[601] 1988 beschrieb sie, ähnlich wie Brand, die fehlende Themati-

[595] Vgl. Bausteine für einen Bußgottesdienst zum 9. November 1938/1988 in: aaO, 13; Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1938 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 296.

[596] Vgl. Bausteine für einen Bußgottesdienst zum 9. November 1938/1988 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 14; Aufruf zur 9. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade vom 6. bis 16. November 1988 in: aaO, 50.

[597] Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR (August 1988), Privatarchiv Lührmann.

[598] Vgl. LEIDE: NS-Verbrecher und Staatssicherheit, 87.

[599] Für nähere Informationen zum Umgang der DDR mit der NS-Vergangenheit siehe Predigtanalyse zu P1Isk1975.

[600] Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR (August 1988), Privatarchiv Lührmann.

[601] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausländerseelsorge (22. September

sierung der Gräueltaten des Nationalsozialismus als Ursache für gegenwärtigen Rassismus.[602] Wesentlich umfassender und anschaulicher als die Predigthilfe und das Wort des BEK und der EKD zum 9. November stellt Brand rassistische Gewalt, Diskriminierung, Hass und Verleumdung sowie Gleichgültigkeit gegenüber Antisemitismus in der DDR dar, indem er auf konkrete Ereignisse verweist. Die Predigthilfe und die Stellungnahmen des BEK zum 9. November richteten ihr primäres Augenmerk auf wieder aufkeimenden Antisemitismus und das Verhältnis zwischen ChristInnen sowie Jüdinnen und Juden.[603] Brand setzt sich darüber hinaus mit Rechtsextremismus und Rassismus in der DDR auseinander. Nur im *Aufruf zur 9. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade vom 6. bis 16. November 1988* und von der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR wurde an die ChristInnen appelliert, zu „[p]rotestieren [...], wenn in gleicher oder ähnlicher Weise Ausländer, Asylbewerber und Menschen anderer Rassen oder anderen Glaubens diskriminiert oder verfolgt werden!"[604] Brand stellt in seiner Predigt sehr eindrücklich die Situation der „'ausländischen Werktätigen"[605] dar, die aus befreundeten sozialistischen Staaten in die DDR kamen. Damit betreibt er Aufklärung, die von der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR zur Eindämmung von Rassismus als notwendig erachtet wurde.[606] Wie Brand ausführt, übernahmen sie meistens Stellen, „die nur schwer mit Deutschen zu besetzen waren, so etwa in Betrieben mit veralteter Ausrüstung oder im gehäuften Schichtdienst."[607] Um ihren Lohn weiter aufzubessern, betrieben sie häufig zusätzlich noch Heimarbeit, „so etwa durch den Verkauf von selbstgenähten Jeans im Fall der vietnamesischen Arbeitsmigranten."[608] Mit ihren Einnahmen unterstützten sie vielfach ihre Angehörigen in den Heimatländern.[609] Brand verknüpft den Vorwurf vieler DDR-BürgerInnen, die ausländischen Werktätigen kauften den Einheimischen viele Produkte weg und verschlimmerten so die Ressourcenknappheit in der DDR, mit einer Kritik an der wirtschaftlichen Lage der DDR und prangert die PolitikerInnen als Hauptverantwortliche

1987) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 72.

[602]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 316.

[603]Vgl. Bausteine für einen Bußgottesdienst zum 9. November 1938/1988 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 14; Aufruf zur 9. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade vom 6. bis 16. November 1988 in: aaO, 50; Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1938 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 296ff; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68; 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 15.–19. September 1989 in Eisenach. Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 40; Arbeitsbericht 1988/89 in: aaO, 46.

[604]Aufruf zur 9. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade vom 6. bis 16. November 1988 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 51; vgl. auch Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 33, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[605]RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 21; vgl. auch FRITSCHE: Vietnamesische Gastarbeiter, 5, 9ff.

[606]Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 32ff, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[607]RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 24; vgl. auch FRITSCHE: Vietnamesische Gastarbeiter, 14, 30; RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 217.

[608]RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 26.

[609]Vgl. FRITSCHE: Vietnamesische Gastarbeiter, 21, 49; RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 24.

für die schlechte Versorgung an. Laut Ann-Judith Rabenschlag und Klaus Fritsche war es den ausländischen Werktätigen aufgrund gesetzlicher Regelungen auch nur bedingt möglich, ihren Lohn kostenfrei in ihre Heimatländer zu transferieren. Deshalb „war es finanziell oft sinnvoller, Güter anstelle von Geld nach Hause zu schicken."[610] Brand berichtet von verbalen und gewaltsamen Übergriffen auf alle drei Gruppen. Auch das MfS thematisiert Gewalt gegen MosambikanerInnen und Punks.[611] Der Kriminalist Bernd Wagner und der Historiker Klaus Schroeder berichten von zunehmenden Übergriffen auf PolInnen, RussInnen und Dunkelhäutige sowie von antisemitischen Tendenzen gegen Ende der DDR.[612] Rassistische Übergriffe wurden von staatlicher Seite jedoch als Einzelerscheinungen abgetan.[613]

Mit dem Verweis auf eine Nachbargemeinde, die, ohne sich daran zu stören, ein Wandbild in der Kirche habe, auf dem ein Jude durch seine Darstellung verunglimpft wird, beschreibt Brand die Gleichgültigkeit selbst von ChristInnen gegenüber Antisemitismus.

Indem Brand sich in der Predigt mit der Existenz von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und seinen Auswüchsen in der DDR auseinandersetzt, greift er eine Erscheinung auf, die von staatlicher Seite verschwiegen und als spezielles Problem der BRD beschrieben wurde. Gleichzeitig schob man der BRD auch die Verantwortung für rechtsextreme Tendenzen in der DDR zu, indem man diese als Resultat westdeutscher Einflussnahme verstand. Nach Rabenschlag, Walter Süß und Wagner durfte es aufgrund der vehement propagierten antifaschistischen Ausrichtung der DDR und der daraus resultierenden Völkerfreundschaft keinen Rechtsextremismus geben. Die Arbeiten von Rabenschlag und Süß zeigen, dass sich das MfS dieser Entwicklungen gegen Mitte bzw. Ende der 1980er Jahre zwar bewusst war und versuchte, diese mit den ihnen bekannten Mitteln einzudämmen. Man erreichte jedoch nur, dass die rechtsextremen Gruppierungen sich aus der Öffentlichkeit zurückzogen bzw. Fremdenhass nicht mehr offen geäußert wurde. Die gewünschte Rückgewinnung bzw. Umerziehung gelang dadurch nicht. Süß, Fritsche, Rabenschlag und Wagner sehen durch die Abschottung der ausländischen Werktätigen von den DDR-BürgerInnen und durch den staatlichen Umgang mit Fremdenhass, z.B. durch Bagatellisierung, sogar eher eine Verfestigung der Phänomene bewirkt.[614] Indem Brand rassistische Übergriffe thematisiert, stützt er das Fazit von Rabenschlag, dass rassistisches Gedankengut in den 40 Jahren der DDR weiter bestand und aufgrund fehlendem, staatlich verordnetem Diskurs bzw. aufgrund staatlicher Verleugnung

[610] RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 26; vgl. auch FRITSCHE: Vietnamesische Gastarbeiter, 34, 36, 48ff; RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 209, 214; SÜß: Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 38.

[611] Vgl. Dok. 34: MfS-Einschätzung von Skinheads mit neofaschistischer Gesinnung, 1988 in: SCHROEDER: Der SED-Staat, 1014.

[612] Vgl. SCHROEDER: Der SED-Staat, 726ff; WAGNER: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR, 22, 159ff.

[613] Vgl. RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 197f, 223.

[614] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 32f, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); FRITSCHE: Vietnamesische Gastarbeiter, 32, 34, 48; RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 219, 222, 224, 227f; REIN: Protestantische Revolution, 50; Dok. 34: MfS-Einschätzung von Skinheads mit neofaschistischer Gesinnung, 1988 in: SCHROEDER: Der SED-Staat, 1012f, 1017; Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 60, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf (11.10.2020); SÜß: Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 1, 3, 9, 15, 17ff, 25ff, 39, 41; WAGNER: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR, 21ff, 26ff, 114, 120, 125, 130.

nicht gelöst werden konnte.[615] Aus der Darstellung rassistischer Übergriffe sowie der Aufforderung eines Pfarrerkollegen, der als Angehöriger der Kriegsgeneration immer noch unter seiner Mitwirkung am Vorgehen gegen die Jüdinnen und Juden im Ghetto von Warschau leidet, resultiert Brands Aufforderung zum Einsatz der ChristInnen gegen rassistische Äußerungen und Übergriffe.

Er rät einerseits zur Wachsamkeit hinsichtlich der Anfänge von Rassismus, gleichzeitig müssten ChristInnen – wie auch in der Predigthilfe gefordert – Quellen und Ursachen für Rassismus ergründen und aufdecken.[616] Dies läuft der „hilflos-repressiven Bekämpfung von Symptomen"[617] durch den Staat hinsichtlich rechtsextremer Tendenzen und Übergriffe zuwider. Wie im Wort des BEK und der EKD zum 9. November fordert auch Brand zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Sprache und zur Ablehnung rassistischer Titulierungen auf.[618] Brand identifiziert als Quellen von Antisemitismus damals und von Rassismus 1988 in der DDR fehlende Intelligenz und Weitblick. Er ermahnt zum Hinterfragen von Aussagen über AusländerInnen in der DDR, der Erforschung der wahren Gründe für deren Verhaltensweisen, wie z.B. den übermäßigen Konsum von Gebrauchsgegenständen wie Fahrrädern etc., sowie zum Widerspruch gegen rassistische Äußerungen und Einstellungen. Seine Ausführungen können als Vorbild für den adäquaten Umgang mit Rassismus dienen. Ein ähnliches Verhalten forderte die *Ökumenische Versammlung* in der DDR ein.[619] Erneut verweist Brand auf die schwierige Situation der „ausländischen Werktätigen" in der DDR, die von ihren Liebsten getrennt auch für ihre in Armut lebenden Familien mitarbeiten. Dies lässt ihr Verhalten in einem anderen Licht erscheinen. Durch das Entgegentreten gegen Rassismus soll in der DDR ein Zustand wie 1938 verhindert werden, wo der Antisemitismus und seine grausame Ausprägung nicht mehr aufzuhalten waren. Gleichzeitig spricht Brand sich für die Ehe zwischen AusländerInnen und DDR-BürgerInnen aus und verurteilt ihre Ablehnung in der DDR-Gesellschaft. Abschließend weitet er den Vers 1. Joh 3,15 aus und beurteilt Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen im Sinne der Bibelstelle als unvereinbar mit der Liebe zu Gott. Gottesliebe muss somit mit der Nächstenliebe einhergehen. Die ausländischen BürgerInnen werden durch die Bezeichnung als Schwestern und Brüder ganz nah an die Anwesenden herangerückt, Brand argumentiert somit implizit mit der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Leib Christi. Die *Ökumenische Versammlung* in der DDR verwies auf die Ebenbildlichkeit Gottes, die alle Menschen verbindet. Im Einklang mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der Predigthilfe deklariert Brand das Eintreten für ausländische und jüdische MitbürgerInnen als Glaubenszeugnis.[620]

[615] Vgl. RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 228f.

[616] Vgl. Bausteine für einen Bußgottesdienst zum 9. November 1938/1988 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 14.

[617] SÜß: Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 49; vgl. auch RABENSCHLAG: Völkerfreundschaft nach Bedarf, 198f, 205, 219.

[618] Vgl. Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1938 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 297.

[619] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 32f, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[620] Vgl. Klaus Wengst: Wider den faulen Frieden. Exegese zu Offenbarung 2,8-11 in: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, 27; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 32, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/

Gemeinsam mit der Bundessynode des BEK und der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR regt er die Anwesenden dazu an, die AusländerInnen in der Gesellschaft und der Gemeinde willkommen zu heißen und sich ihrer mitsamt ihren Problemen anzunehmen.[621] Aus der Vergewisserung des Willens Gottes resultiert somit die Aufforderung an die Anwesenden, im Sinne der Nachfolge Nächstenliebe zu üben. Es wird als Eigenschaft von ChristInnen beschrieben, die Nächste bzw. den Nächsten mit all seinen Nöten wahrzunehmen und aus der Liebe Gottes heraus zu beurteilen. Das Engagement für ausländische MitbürgerInnen wird als Zeugnis und Dienst in der eigenen Gesellschaft und Gemeinde dargestellt. Alle diese theologischen Motive schwingen in den Predigtausführungen implizit mit, werden aber nicht explizit gemacht.

Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[621] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 32ff, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausländerseelsorge (22. September 1987) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 72. In einer im Oktober 1989 vom Gesprächskreis junger Erwachsener seiner Gemeinde verfassten Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung*, die Pfarrer Brand zur Verfügung stellte, wurde dementsprechend gefordert: „Ausländische Mitbürger unter uns werden auf Dauer oder für begrenzte Zeit zu selbstverständlichen Kollegen, gern gesehenen Nachbarn oder guten Freunden." (Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), Privatarchiv Lührmann.)

4.17 Brand: Predigt vom 4. Dezember 1988 (P8Br1988)

Pfarrer Matthias Brand hielt diese Predigt in den beiden Gemeinden Waldenburg und Franken. Mit Jes 35,3-7 folgt er dem Vorschlag der Perikopenordnung. In der zweiten Bibelstelle, Mt 11,2-6, die er seinen Predigtausführungen zugrunde legt, zitiert Jesus von Nazareth Jes 35,6. Sie dient in den Predigtausführung zur Verdeutlichung der gleichbleibenden Bedeutung der Botschaft der Bibelstelle für die Gläubigen.

Jes $35_{,3-7}$ und Mt $11_{,2-6}$ **Waldenburg, Franken 2. Advent (4.12.) 1988**

Liebe Gemeinde!

Wo ich auch hinhöre, allenthalben kommt mir Resignation zu Ohren. Und wenn ich es recht bedenke: Dies hat nicht nur mit dem persönlichen Empfinden der Menschen zu tun, sondern da gibt es objektive Gründe: Die Wirtschaft dieses Landes befindet sich in einem krassen Widerspruch zu den täglichen Erfolgsmeldungen der Zeitungen, die Menschen bekommen es in jedem Lebensbereich zu spüren.

Die Vergiftung der Natur schreitet täglich fort, es gibt keine Einsicht und keine Umkehr.

Vor allem aber: Das Vertrauen zwischen den Regierenden und dem größten Teil des Volkes ist nicht nur gestört, es ist – nach den Ereignissen der letzten Monate – restlos zerstört: Die erwähnte Erfolgspropaganda hat über Jahre und Jahrzehnte die Glaubwürdigkeit untergraben. Filz und Mißwirtschaft lähmen die Wirtschaft mehr und mehr, die Werktätigen können das, jeder an seiner Stelle, täglich erleben.

Zudem: Jede ehrlich gemeinte Initiative zur Verbesserung der Verhältnisse auf jedem Sektor der Gesellschaft, ob sie von kirchlichem Einsatz ausgeht oder nicht, wird je länger desto brutaler abgewürgt. (Alle Ansätze, die in den letzten Jahren auf ein wenig Vertrauensbildung hinzuweisen schienen, sind in wenigen Monaten erstickt.)

Zudem: Die Menschen werden in unerträglicher Weise entmündigt: Daten über den Zustand unserer Umwelt sind geheim, Behörden meinen, den Menschen über ihre Entscheidungen, die sie treffen, keinerlei Rechenschaft schuldig zu sein.

Zudem: Jegliche öffentliche Meinungsäußerung Andersdenkender wird unterdrückt, seien es Verlautbarungen der Kirche oder solche aus der Sowjetunion, was um so mehr verwundert, war doch alles Sowjetische bisher das Maß aller Dinge. Die Menschen wissen nicht mehr, was sie noch denken sollen.

Tatsächlich: Es gibt objektive Gründe für Schimpf und Klage, und diese können nicht weiter unter der Decke gehalten werden, insbesondere deshalb nicht, weil die Menschen in ihrem Gefühl der Entmündigung und totalen Machtlosigkeit täglich weiter in die Resignation getrieben werden. Jedes Engagement kommt zum Erliegen, es erfolgt die Flucht ins rein Private. Das Nachdenken hört auf, der Alkoholkonsum nimmt zu, die Hoffnung stirbt langsam aber sicher ab, es könne sich je etwas ändern. Wo aber die Hoffnung stirbt, da sterben die Menschen, stirbt das Volk.

Das aber können Christen nicht hinnehmen, denn unser Herr steht auf für die Menschen, für ihre Hoffnung und ihre Zukunft. Für das Leben hat er die Menschen geschaffen und erlöst und nicht für's Vegetieren. Nicht wir als Menschen, nicht wir als Organisation Kirche, sondern Gott, der Herr aller Welt, Gott, der Herr über Leben und Tod, bläst zum Aufstand. Er selbst steht auf gegen Resignation und

Hoffnungslosigkeit. Er wird aktiv, wo Menschen aufgegeben haben und nichts mehr erwarten.

Wie tut er das?

1. Seht, da ist euer Gott! Er heiligt das Leben.

Den müden Händen, den wankenden Knien, den verzagten Herzen damals, zur Zeit des Propheten; den Händen, die keinen Sinn mehr sehen im Anpacken, den Knien, die sich nicht mehr durchdrücken, um sicher in die Zukunft zu gehen, den Herzen, die ohne Begeisterung stumpf und träge werden, sagt Gott heute:

Seid getrost! Fürchtet euch nicht! Ich, Gott, bin da! Mit mir ist zu rechnen. Mir gehört die Vergangenheit ebenso wie die Zukunft. Wem denn sonst? Und dies hat für euch Menschen, die ihr meine Stimme hört, die Konsequenz eines heiligen Lebens, das so aussieht: Es ist – wie das vorherige Kapitel des Prophetenbuches beweist – nicht die Aufgabe der Heiligen, mit politischen Machthabern abzurechnen, gleich wo sie lebten, wann sie lebten und was sie taten. Gott und nur er allein vergibt Gutes und rächt Böses. Sein Urteil ist allemal tiefer und schärfer als das der Menschen, sein Gericht ist unfehlbar und sein Lohn oder seine Strafe treffen ohne Irrtum. Es ist nicht unsere Sache, uns an Gottes Stelle zu rücken.

Wohl aber ist es unsere Sache, den Politikern aller Zeiten zu sagen: Täuscht euch nicht! Ihr seid keineswegs nur euch und eurem Gutdünken verantwortlich. Ob ihr es wahrhaben wollt oder nicht: Jeder von euch wird vor dem unbestechlichen Angesicht des Allmächtigen einzustehen haben für seine Taten. Und sein Wille ist bekannt in dieser Welt. Wer ihn tut, darf Lohn erwarten. Wer ihn aber verachtet, der wird erleben, daß Gott auch ein Gott der Rache ist, der keine Untat hinnimmt und dessen Hammer trifft. Dies sei zur Voraussetzung klargestellt.

Ein anderes Merkmal heiligen Lebens ist nun freilich, daß wir uns keineswegs zurückziehen aus der Gesellschaft und der Mitverantwortung für sie, uns keineswegs zurückziehen hinter unsere Kirchenmauern in fromme Zirkel oder fromme Emigration in uns selbst.

Vielmehr wird Gott uns Augen und Ohren auftun, damit wir klar sehen und scharf hören, was mit uns und um uns herum geschieht. Wer im Gefolge des Herrn aufbrechen will in die Zukunft, der muß mindestens die Gegenwart richtig zu erkennen vermögen. Und dazu befähigt uns unser Herr. Er wirkt meinungsbildend unter uns, jede menschliche Meinung und jeder Geltungsanspruch sind dem untergeordnet. Und wenn das geschehen ist, werden die Lahmen springen wie die Hirsche und die Stummen frohlocken. Will sagen: Wer heute die Zeit erkannt hat, der wird nicht mühsam und schleppend, nicht gedankenlos und taumelnd, sondern froh, frei und bewußt ins Morgen gehen.

Für die Heiligen besteht keinerlei Grund zu Resignation. Wenn Gott der Herr aller Zeit ist, dann gehört uns die Zukunft.

Wer aber die Zukunft hat, der verliert oder verbohrt sich nicht in der Gegenwart, sondern der gestaltet Gegenwart aus der Kraft der Zukunft.

Dazu gehört ein ehrlicher, aufrechter Umgang unter uns. Die Gemeinde Gottes ist realistisch: Weder falsche Erfolgsmeldungen noch andauernder Pessimismus und ständige Klage haben Raum unter uns. Wir freuen uns an allem Guten, Menschlichen und erkennen unsere Fehler und Schwächen, um sie zu bessern aus der Kraft Gottes. Jede Form der Unterdrückung von Menschen und ihrer Meinungen sind

nicht unsere Wesensart. Wir werden uns auseinandersetzen, wenn es sein muß, streiten um den rechten Glauben und die rechten Schlußfolgerungen daraus. Aber jeder darf dabei als Person gelten und sagen, was er denkt. Auch wenn das in unserer Geschichte – Gott sei's geklagt – oft anders war, heute darf es aus machtpolitischen Gründen unter uns auch keine Duldung von Unrecht mehr geben. Ob unsere Moral besser ist als die anderer, daran wird man uns messen, und innere Klarheit wird uns selbst heilen.

Und schließlich werden wir zu unseren Mitmenschen reden, denn Gott selbst tut uns den Mund auf.

Wir werden den Menschen sagen, daß es ein besseres Leben gibt als das des dauernden Gemeckers, Resignierens, sich Einigelns. Wir werden ihnen sagen, daß die Anbetung des Geldes allerdings keine Rettung, sondern Verderben bedeutet. Wir werden ihnen bezeugen, daß allein eine klare Hinwendung zu Gott und ein bewußtes, frohes Leben nach seiner Denkart menschliches Leben heilt und die Welt um uns herum ebenso. Deshalb:

2. Seht, da ist euer Gott! Er heilt die Welt.

Immer, wo Gottes Wille zur Sprache kommt, sind nicht nur die Menschen gemeint, sondern Gottes Aufmerksamkeit gilt der ganzen Schöpfung, so auch im Prophetenwort dieses Tages: Da wird die Wüste bewässert und zu blühender, lebensstrotzender Natur.

Wer hört bei diesen Versen nicht den Hilfeschrei der verwüsteten Natur!? Wer denkt nicht an die verwüsteten, toten Wälder des Erzgebirges, deren Tod auch ein wenig weihnachtliches Schneegeglimmer nicht mehr verbergen kann; an die verwüsteten Flüsse, die nicht mehr zufrieren, weil die toten Chemikalien dies verhindern, denen zuvor alles Leben zum Opfer fiel. Wer denkt nicht an die von der Sonne verbrannten, von Heuschrecken kahl gefressenen, aber durch unsere Gier wissentlich entstandenen Wüsten Afrikas, die sich dauernd ausbreiten, während die Menschen elendiglich eingehen.

Heilige stehen im Namen Gottes ein für die Heilung der Natur. Sie lassen sich nicht von dem Gedanken abschrecken, daß man hier nichts tun darf und dort nichts tun kann. Sie lassen sich auch nicht den Mund verbieten.

Dabei aber kann christliches Umweltengagement niemals einstimmen in den Chor der entmutigten oder entnervten Weltuntergangsapostel. „Wenn ich wüßte, daß morgen der liebe jüngste Tag ist, so würde ich heute noch mein Apfelbäumchen pflanzen!“ Welch ein Wort der Hoffnung, das uns zeigt, wie frohe Jenseitserwartung zutiefst verbunden ist mit dem Engagement fürs Diesseits! Gewiß, das Apfelbäumchen ist klein, und immer, wenn ich eins setze, frage ich mich, ob es ein einziges Jahr überleben wird. Aber ich hoffe darauf, daß es groß wird und stark und viele Früchte trägt. Darum pflanze ich es und ich weiß nicht, ob morgen der liebe jüngste Tag ist. So ist es mit unserem Einsatz für unsere Welt. Was sind schon die paar Proteste von Christen, angesichts der Gleichgültigkeit, der Ignoranz und Unbelehrbarkeit, denen wir gegenüberstehen? Was sind schon die paar Kilo Altstoffe, die wir sammeln, die paar Briketts und Liter Benzin, die wir nicht unnötig verbrauchen, die paar Chemikalien und Sprays, auf die wir verzichten? –

Ein Tropfen auf den heißen Stein, gewiß, aber dennoch ein Apfelbäumchen, ein Zeichen der Hoffnung, daß mehr und immer mehr Einsicht wächst und die Natur uns überleben und wieder gesund werden mag.

Was sind schon unsere paar Mark „Brot für die Welt“, unsere gelegentlichen Päckchen, angesichts des Hungers und Elends und der Ungerechtigkeit in dieser Welt? Ein Tropfen auf den heißen Stein, gewiß,

– aber dennoch ein Apfelbäumchen, ein Zeichen der Hoffnung, daß Vernunft einziehen möge unter den Menschen, daß Schwerter zu Pflugscharen werden und Versöhnung regiert statt Machtgier.

Wir wissen nicht, welche Zeit dieser Welt gesetzt ist. Aber es besteht kein Grund für uns, sie jemals abzuschreiben, weil Gott sie heil erschaffen hat und heil erhalten will bis zu ihrem letzten Tag. Dafür stehen unsere Zeichen der Hoffnung.

3. Seht, da ist euer Gott! Er rettet die Menschen.

Wer bis hierher aufmerksam mitgedacht hat, wird sich nun fragen: Greift diese Botschaft des Alten Testaments nicht etwas zu kurz? Oder: Worin unterscheidet sie sich eigentlich von anderen menschlichen Ideen und Lehren zur Rettung der Welt? Oder schließlich: Was hat diese Botschaft mit Advent zu tun, mit der Hoffnung auf den auferstandenen und wiederkommenden Christus?

Dazu wandern wir 800 Jahre weiter in das Neue Testament. Johannes, der Täufer, liegt gefangen, den Tod vor Augen. Und er will wissen, ob die Hoffnung seines Lebens aufgegangen ist, ob Sinn bleibt: „Bist du Jesus aus Nazareth, wirklich der, der kommen soll, um die Welt zu erlösen, oder sollen wir auf einen anderen warten?“ Und Jesus zitiert, wenn auch etwas frei, eben unseren Predigttext aus dem Jesajabuch: „Sagt dem Johannes, was ihr seht, wo ich bin,“ läßt er ausrichten: „Blinde sehen, Lahme gehen, Taube hören, Tote stehen auf, und den Armen wird das Reich Gottes gepredigt.“

Dies heißt ganz klar:

Wenn ein heiliges Leben zu Ende sein wird, wenn in diesem Leben alles gewesen sein wird, was möglich war, auch die Schöpfung zu heilen – oder wenn alles, trotz aller Mühe, vergeblich gewesen sein sollte, das eine wie das andere wirklich zu erreichen, wenn also dein Leben oder mein Leben zu Ende sein wird, waren wir dann ein mehr oder weniger nützliches Glied in der endlosen Kette der Generationen, waren wir nur das, oder bleibt dann ein ganz persönlicher Sinn, meine oder deine ganz individuelle Erlösung zum Leben in Ewigkeit?

Die Antwort, läßt Jesus uns wissen, besteht nicht darin, daß uns die Zukunft aufgedeckt wurde.

Die Antwort wird hier und heute gegeben: Wo ihr diese Zeichen seht, dürft ihr sicher sein, daß alles andere auch eintreffen wird, was euch verheißen ist. Denn diese Zeichen sind der Erweis des allmächtigen Gottes.

Gottlose Gemeinschaften oder Gesellschaften geben – trotz bester Vorsätze – diese Zeichen nicht. Menschen werden nicht sehend, sondern verblendet, nicht hörend, sondern abgestumpft, nicht redend, sondern mundtot gemacht, nicht in die Zukunft gehend, sondern träge verharrend. Dies deckt sich genau mit unserer Beobachtung vom Anfang, und erweist genau die Folgen der Gottlosigkeit.

Gewiß, auch die Kirche Jesu Christi hat in ihrer Geschichte immer wieder diese Merkmale der Gottlosigkeit aufgewiesen. Entsprechend schuldig ist sie geworden.

Aber es hat in ihr gleichzeitig immer Menschen gegeben, die die Zeichen der Hoffnung gesetzt und weitergetragen haben, und das waren immer die, die nicht sich selbst, ihre Macht und ihr Geld im Auge hatten, sondern die sich auf Gott verlassen haben und seinem Willen gehorsam werden. Wenn die Menschen unserer Tage also an uns Wahrheit, Aufrichtigkeit, Engagement für die Welt mit Liebe und Freude entdecken, dann werden sie glauben können, daß Gott die Zukunft gehört, und wir Gott gehören,

und daß das Leben nur auf diesem Weg sinnvoll ist.

Die Beweislast liegt nun allerdings bei uns. Amen.

Brands Predigt vom 2. Advent 1988 ist zweigeteilt. Er beschreibt die zunehmende Hoffnungslosigkeit und Resignation der BürgerInnen in der überwiegend atheistischen Gesellschaft der DDR. Dieser stellt er die in und aus der Hoffnung lebenden und handelnden ChristInnen gegenüber.

Bei der Betrachtung der Gefühlslage vieler DDR-BürgerInnen im Hinblick auf das Leben in der DDR und die Zustände in der Gesellschaft verweist der Prediger auf verschiedene Gegebenheiten oder Ereignisse im Jahr 1988, die die Resignation befördern oder langfristig befördert haben. Im Zuge dessen spricht er viele Punkte an, die auch der BEK als problematisch identifizierte. Dementsprechend deklariert Brand die Gefühle der BürgerInnen nicht als eine subjektive Wahrnehmung, sondern als Resultat der Lebensumstände in der DDR.

Brand thematisiert in dieser Predigt, früher und ausführlicher als der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode, die Wirtschaftslage in der DDR, die entgegen der medialen Darstellung alles andere als optimal war. Im Gegensatz zum Vorsitzenden der KKL und der Bundessynode fordert er aber in dieser Predigt diesbezüglich explizit noch keine Veränderungen vom Staat.[622] Mitte der 1980er Jahre beeinflussten der sinkende Erdölpreis und der fallende Dollar die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR negativ. Dadurch sanken die Deviseneinnahmen der exportierten Erdölerzeugnisse. Die Auslandsverschuldung der DDR nahm wieder zu. Die notwendige Steigerung der Produktivität konnte aufgrund jahrelang ausgebliebener Investitionen und Modernisierungen in den Betrieben nicht erzielt werden. Maschinen waren veraltet oder wegen fehlender Ersatzteile zeitweise unbrauchbar.[623] Brand sieht den schlechten Zustand der Wirtschaft zusätzlich durch schlechtes Wirtschaften und Vetternwirtschaft verschärft. Vor allem die Vetternwirtschaft innerhalb und zwischen den Betrieben kann als Folge der in den meisten Fällen zu hoch angesetzten planwirtschaftlichen Vorgaben bei gleichzeitiger schlechter Versorung der Betriebe mit Maschinen und Ressourcen angesehen werden. Den ArbeiterInnen wurden materielle Zusicherungen gemacht, um ihre Arbeitsmoral aufrechtzuerhalten. Zwischen Betrieben war vor allem das Tauschen von Waren weit verbreitet. Zu diesem Zweck wurde ein Überschuss an Waren produziert, der in die Produktionszahlen nicht eingeplant war. Viele Betriebe rechneten Produktionsausfälle in ihre Planungen mit ein, weshalb sie ihre wahren Produktionszahlen verheimlichten und diese in den Angaben gegenüber dem Staat niedriger ansetzten.[624] Wie Brand betont, konnten diese Umstände für die MitarbeiterInnen in den Betrieben nicht unbemerkt bleiben. In diesem Zusammenhang und an anderer Stelle spricht er die Medienpolitik der DDR an und verweist auf den Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Darstellung. Diese Ausführungen dokumentieren, wie schon in den Predigten von Pfarrer Iskraut (P2Isk1978), Pfarrerin Müller (P1Mue1984), Pfarrer Brand (P6Br1986) und Pfarrer Coblenz (P6Co1988), das Wissen der DDR-BürgerInnen um die Medienlenkung im eigenen Land. In den Medien sollte der sozialistische Staat der DDR als übermäßig

[622] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[623] Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 408; MALYCHA: Die SED in der Ära Honecker, 334; PAUCKE: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, 27; ROESLER: Die Wirtschaft der DDR, 45f, 65ff; SCHROEDER: Partei, Staat und Gesellschaft, 306f.

[624] Vgl. ROESLER: Die Wirtschaft der DDR, 44; SCHROEDER: Der SED-Staat, 798f.

erfolgreich dargestellt werden. Dementsprechend wurden Defizite verschwiegen.[625] Die Beschönigungen belasteten und belasten laut Brand das Vertrauensverhältnis zwischen BürgerInnen und der politischen Führung, die dadurch an Glaubwürdigkeit verlor. Die KKL nahm in ihrem Bericht vor der Bundessynode im Herbst 1987 kritisch Bezug auf die Berichterstattung in der DDR und prognostizierte im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen Berichterstattung und Wirklichkeit ebenfalls: „Das untergräbt Vertrauen, fördert die Resignation und macht anfällig für Gerüchte."[626]

Darüber hinaus problematisiert Brand die zunehmende Umweltverschmutzung in der DDR und weltweit. Er kritisiert die ausbleibenden Gegenmaßnahmen. Die SED hatte die Problematik Ende der 1980er Jahre zwar erkannt und plante und ergriff Maßnahmen. Diese waren aber nicht umfangreich genug, da die finanziellen Mittel fehlten und Wirtschaftseinbußen vermieden werden sollten.[627] Brand führt beispielhaft das Waldsterben im Erzgebirge, die Verschmutzung von Flüssen durch Chemikalien und die zunehmende Wüstenbildung in Afrika an. Damit veranschaulicht er auch das globale Ausmaß der Umweltproblematik, wobei er die Wüstenbildung in Afrika als Resultat des Lebensstils der reichen Industrienationen beschreibt. Ähnlich wie die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und die *Europäische Ökumenische Versammlung* identifiziert er damit die Konsumbestrebungen als Grund für die Umweltverschmutzung. Der BEK, der ÖRK und die *Ökumenischen Versammlungen* hatten vor allem im Hinblick auf die Weltgerechtigkeit die Mitverantwortung der reichen Industrienationen an den Zuständen in den Entwicklungsländern thematisiert. Dies wurde von den *Ökumenischen Versammlungen* auch auf die Auswirkungen auf die Umweltbedingungen in diesen Ländern bezogen.[628] Mit dem Verweis auf das Erzgebirge stellt Brand einen direkten Bezug zu seiner eigenen und der Lebensumwelt der Gemeinde her. Er selbst stammt aus dem Erzgebirge, hat auch sein Vikariat dort absolviert, und Waldenburg liegt vom Erzgebirge ca. eine Autostunde entfernt. Das Erzgebirge war, aufgrund seiner geographischen Nähe zu Industriestandorten

[625] Vgl. GÖBEL: Lob für die Täuschung, 96; KLEIN: In Verantwortung für den DDR-Hörfunk, 84; VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53. Für eine detailliertere Darstellung der Medienpolitik und Medienlenkung siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[626] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339.

[627] Siehe hierzu *4.5.3 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik der DDR.*

[628] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 20, 72, 83f, 87, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 10, 13, 19, 34, 43, 45, 56, 72, 74, 84 a), 85, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020); MISSION – GERECHTIGKEIT – PARTNERSCHAFT. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 94; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Richtlinien für das Teilen. ÖRK-Weltkonferenz, El Escorial 1987 in: STIERLE u.a. (Hg.): Ethik für das Leben, 499ff.

der DDR und der CSSR, besonders schwer von der Luftverschmutzung und dem daraus resultierenden Waldsterben betroffen. Es wurde selbst von westlichen Medien als Negativbeispiel für die Auswirkungen von Luftverschmutzung auf Waldbestände genutzt.[629]

Als weiteren Faktor, der die Resignation und Hoffnungslosigkeit in der DDR fördert, zählt Brand die Zurückweisung jeglichen gesellschaftlichen Engagements zur Verbesserung der Gesamtsituation in der DDR durch die staatlichen Organe auf. Der Prediger thematisiert die Hoffnung auf Veränderungen hin zu mehr Mitsprachemöglichkeiten in der DDR bis zum Herbst 1987. Diese wurde auch in Dokumenten von Kirche und Gruppen zum Ausdruck gebracht. Das vehemente Vorgehen staatlicher Organe gegen AktivistInnen der Umweltbibliothek und ProtestlerInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration Ende 1987, Anfang 1988 machte diese zunichte.[630] Werner Krusche sprach in seiner für den BEK verfassten Abhandlung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* im Hinblick auf das staatliche Vorgehen gegen die AktivistInnen ebenfalls von den negativen Auswirkungen auf das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat.[631]

Brand prangert zudem die Entmündigung der BürgerInnen an, indem ihnen wichtige Informationen, z.B. zum Thema Umwelt, vorenthalten würden. Zusätzlich erwarten die politisch Verantwortlichen nach Brand, dass die BürgerInnen politische Entscheidungen unkritisch und unbegründet hinnehmen. Die Bundessynode und die KKL hatten deshalb im Besonderen hinsichtlich der Besuchs- und Ausreiseantragsstellung auf die Kontrollier- und Nachvollziehbarkeit des Entscheidungsprozesses gepocht. Der BEK wies ebenfalls auf die Auswirkungen fehlender Informationen zu Umweltproblemen und zum Prozess der Ausreiseantragstellung sowie fehlender Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Mitwirkung auf das zunehmende Gefühl der Unmündigkeit der DDR-BürgerInnen hin.[632] Auch die *Ökumenische Versammlung* in

[629]Vgl. HUFF: Natur und Industrie, 218, 221, 284. Für weitere Informationen zum Waldsterben im Erzgebirge siehe Predigtanalyse zu P1Br1979.

[630]Vgl. Olof-Palme-Friedensmarsch. Bericht vor der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 20. September 1987 in Görlitz von Martin-Michael Passauer in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 335, 337; Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung in: aaO, 375; Dok. 103: Information Werner Jarowinskys an Erich Honecker vom 21.9.1987 „Zum bisherigen Verlauf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in Görlitz“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 538; Dok. 106: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 14.10.1987 „Information über die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Görlitz 1987; zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“ in: aaO, 546ff; KNABE: Der lange Weg, 150; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 175f; MAYER: Flucht und Ausreise, 142; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 71; SCHMID: Politische Rolle der Evangelischen Kirchen, 347f; SCHÖNHERR: Gratwanderung, 51f; Text Nr. 12/1987 „Umweltblätter“, 1. Oktober 1987, S. 3 Anmerkungen zum Olof-Palme-Friedensmarsch in: RÜDDENKLAU: Störenfried, 145.

[631]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59.

[632]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Beschluß der Bundessynode in Görlitz – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abschreckung – vom 22. September 1987 in: aaO, 267; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: aaO, 288f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“, 22 September

der DDR identifizierte diesbezüglich Defizite.[633]

Brand führt auch das Verbot von abweichenden Äußerungen von Kirche und Sowjetunion an, womit er auf die Zensur von Kirchenzeitungen sowie auf das Auslieferungsverbot der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* anspielt. Der Staat entschloss sich 1988 zu diesem Vorgehen, da die Druckerzeugnisse reformorientierte und damit auch systemkritische Äußerungen enthielten.[634] Der BEK hatte die Zensur der Kirchenzeitungen heftig kritisiert. Man wollte den LeserInnen durch die Bereitstellung von Informationen die Möglichkeit der eigenen Urteilsbildung geben.[635] Brand skizziert in diesem Zusammenhang den Ablösungsprozess der DDR von der UdSSR. Zwar wurden von Seiten der DDR weiterhin das enge Bündnis mit der UdSSR und die Beibehaltung der Zusammenarbeit beschworen. Die innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformen betreffend bezog man sich von Seiten der DDR aber auf die Aussage Gorbatschows, dass der Sozialismus in den einzelnen Staaten unterschiedlich realisiert werden könnte und müsste. Darüber hinaus behauptete man, die DDR stünde wirtschaftlich gut dar und erfüllte bereits viele der von Gorbatschow angestrebten Reformen.[636] Brand verweist darauf, dass diese neue Haltung der DDR zur UdSSR bei den BürgerInnen Verwirrung auslöste.

Abschließend kommt Brand zu dem Urteil, dass das Vertrauen zwischen den BürgerInnen und der politischen Führung in der DDR zerstört ist. Damit widerspricht er Honecker und der SED, die noch 1986 und 1987 das „feste Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk“[637] lobten. Die Predigtausführungen sind von dieser Hoffnungslosigkeit gegenüber den politisch Verantwortlichen geprägt. So werden keine

1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Arbeitsbericht 1986/87 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 52; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66f, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Rekonstruktion des VEB Braunkohleveredelung Espenhain, 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1989, 4.

[633] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 16, 35ff, 51, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020).

[634] Siehe hierzu *4.4.3 Reaktionen der DDR auf die politische Neuausrichtung der UdSSR* und *4.5.5 Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses sowie der innerkirchlichen Situation mit Erstarken der kirchenansässigen Gruppen.*

[635] Vgl. 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 67.

[636] Vgl. Bericht des Politbüros an die 7. Tagung über Frieden und Abrüstung, ökonomische Entwicklung der DDR, BArch DY 30/2111, Bl. 16, Bl. 18ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2111/index.htm (27.12.2020); Einschätzungen der Rede M. S. Gorbatschows auf der XIX. Parteikonferenz der KPdSU, BArch DY 30/2387, Bl. 7, Bl. 20ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2387/index.htm (27.12.2020); Niederschrift des Gesprächs des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, während des Arbeitsbesuchs des Genossen Honecker in Moskau am 28.9. 1988, BArch DY 30/2388, Bl. 47f, Bl. 61f, Bl. 64, Bl. 74, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2388/index.htm (27.12.2020); HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 14; Getreu dem Vermächtnis des Roten Oktober auf dem Kurs unseres XI. Parteitages, Artikel Oktober 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 584; MITTAG: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, 13, 19f, 29f, 49f, 113, 115, 125.

[637] Getreu dem Vermächtnis des Roten Oktober auf dem Kurs unseres XI. Parteitages, Artikel Oktober 1987 in: HONECKER: Reden und Aufsätze Band 12, 581; vgl. auch HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 7, 79; MITTAG: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, 13, 125.

Änderungen der Gegebenheiten von den Machthabenden erwartet oder eingefordert. Das von Brand diagnostizierte, problematische Verhältnis zwischen den BürgerInnen und dem Staat wurde bis zum Fall der Mauer zunehmend offenbar und stellte sich schlussendlich als irreparabel heraus.

Als Reaktion auf die resignierende Gegenwart verfallen die BürgerInnen in Passivität und flüchten sich beispielsweise ins Privatleben oder in den Alkohol. Dieser Rückzug ins Private bildete sich in der DDR über die Jahre als Gegenbewegung zum umfänglichen staatlichen Zugriff auf seine BürgerInnen heraus. Der Alkoholkonsum der DDR-BürgerInnen war im weltweiten Vergleich sehr hoch. Ende der 1980er Jahre gab es eine große Anzahl an AlkoholikerInnen.[638] Brand zeichnet damit ein sehr düsteres Bild von der DDR. Er fordert, dass die Probleme und Defizite in der DDR angesprochen und offen diskutiert werden müssen, da dies sonst das Todesurteil für die Menschen und das Volk sei.

Dieser lebenstötenden Hoffnungslosigkeit wird die lebensbringende und lebenserhaltende Hoffnung Gottes entgegengestellt. Gott als Geber der Hoffnung möchte, dass die Menschen aus dieser Hoffnung heraus leben und handeln. Damit wird ein enger Zusammenhang zwischen Hoffnung im christlichen und weltlichen Sinne aufgezeigt. Die lebensbringende Hoffnung der ChristInnen präzisiert Brand unter Verweis auf Jes 35,7 und Mi 4,1-5, in denen die Hoffnung auf ein Leben im Schalom in all seinen Facetten im Reich Gottes zum Ausdruck kommt. Er liest Jes 35,3-7 als übermittelte Trostworte des Propheten an die Gläubigen, in denen sie der Allmacht und Allgegenwart Gottes vergewissert werden. Es wird keine historische Einordnung der Bibelverse vorgenommen, sondern ihre tröstende Botschaft wird direkt in die Gegenwart übertragen. Aus diesem Zuspruch heraus und der Erlösung des Menschen soll ein Leben im Glauben – Brand spricht von einem „heiligen Leben“ als Ausdruck der Zugehörigkeit zu Gott – geführt werden. Dabei geht es im Einsatz für das Leben in all seinen Formen und gegen die Hoffnungslosigkeit vor allem um die Bezeugung Gottes in der Welt.

Brand definiert diese Lebensweise näher. Er bezieht sich auf Jes 34 und ordnet die der Predigt zugrundeliegende Bibelstelle damit ansatzweise biblisch ein. Er deutet das Kapitel, in dem das göttliche Gericht über die Ungläubigen vorhergesagt wird, als einen Aufruf an die Gläubigen, nicht selbst zu richten. Er spitzt die Worte auf das Richten von Machthabenden zu. Die Aufgabe des Richtens komme allein Gott zu. Damit bindet Brand das Bild des richtenden und strafenden Gottes in die Predigtausführungen ein, veranschaulicht den Unterschied zwischen Gott und den Menschen, zeigt den Menschen ihre Grenzen auf und weist ihnen ihren Platz zu. Darüber hinaus wird die Differenz zwischen menschlichem und göttlichem Gericht sowie dem Verständnis von Gerechtigkeit offenbar. Gott wird als unfehlbar dargestellt, während die Menschen diese Eigenschaft nicht innehaben. An Stelle des Richtens sollen die ChristInnen die politisch Verantwortlichen aber auf ihre Verantwortung gegenüber Gott und auf das Jüngste Gericht hinweisen, das auch ihnen droht. In diesen Zusammenhang ist auch die vorherige Äußerung Brands zu fehlender Einsicht und Umkehr der Verantwortlichen im Bezug auf den Umgang mit der Umwelt einzuordnen. Einsicht und Umkehr kann somit auch im christlichen Sinne als Hinwendung zu Gott und Neuausrichtung des Handelns nach dem Willen Gottes verstanden werden. Den Mitmenschen gegenüber gelte es, den Glauben an Gott zu bezeugen und sie auf den Mehrwert eines Lebens nach dem Willen

[638] Vgl. GAUCK: Winter im Sommer, 335; KELLER: Leben im Plattenbau, 22; MECKEL/ GUTZEIT: Opposition in der DDR, 65; NIETHAMMER: Die SED und ihre Menschen, 330; SCHROEDER: Der SED-Staat, 803f, 819.

Gottes mit Aussicht auf das ewige Leben hinzuweisen, ihnen praktisch die Botschaft des Evangeliums nahezubringen. Im Sinne der Mission soll die Hoffnung, die die ChristInnen erfahren haben, weitergegeben werden. Dabei macht Brand deutlich, dass die Kirche und ihre Mitglieder im Auftrag Gottes handeln.

Zusätzlich gelte es, sich immer aus dem Glauben heraus mit den gegenwärtigen Geschehnissen kritisch auseinanderzusetzen und sich eine Meinung zu bilden. Nur so könne Zukunft aus der Gegenwart heraus gestaltet werden. Nach Brand kommt die Hilfe zur Erkenntnis, zum Verständnis und zum Urteilsvermögen im Hinblick auf die Gegenwart von Gott. Er zitiert Jes 35,6, um die befreiende und belebenden Wirkung der Kraft Gottes für die Menschen zu verdeutlichen. Sie mache aktiv und befähige zur offenen Rede. Aus der Hoffnung auf das ewige Leben im eschatologischen Sinne resultiert eine zukunftsorientierte Gestaltung der Gegenwart. Es gelte somit, nicht bei den Problemen in der Gegenwart stehenzubleiben, sondern aktiv zu werden. Dabei wird Gott von Brand als die primäre Instanz dargestellt, gegenüber der die ChristInnen Rechenschaft ablegen müssen. Zusätzlich wird Gott als Herr über die Zeit beschrieben, was in der bedrohten Welt etwas Tröstliches hat.

Dieses Leben aus dem Glauben heraus soll auch Einfluss auf das Miteinander der ChristInnen haben. Es sollte von Austausch, Ehrlichkeit, Offenheit und Respekt – auch gegenüber anderen Meinungen und Standpunkten – geprägt sein. Gutes müsse anerkannt und Defizitäres angesprochen werden. Darin schwingt die Aufforderung zur Selbstreflexion und zur Arbeit an Problemen mit. Brand addressiert die mit der kirchlichen Hierarchie einhergehende Unterdrückung von Meinungen und Ansichten, bezeichnet diese als „Unrecht“ und erteilt ihr im Einklang mit Coblenz (P7Co1988) eine Absage. Wie schon in P6Br1986 plädiert Brand auch in dieser Predigt für die Anerkennung von Meinungsvielfalt unter den ChristInnen. Damit widerspricht er wie Coblenz (P7Co1988) an mancher Stelle anklingenden Bestrebungen des BEK, die Meinungsvielfalt kontrollieren und dem Staat gegenüber mit einer Stimme sprechen zu wollen.[639] Die Bedeutung und Wirksamkeit christlicher Werte zeige sich nach Brand im erfolgreichen Miteinander der ChristInnen. Er sieht die Notwendigkeit der Heilung der christlichen Gemeinschaft, d.h. ihrer Wiederherstellung, die mit der Verhaltensänderung einhergehen könnte.

Im Leben aus dem Glauben heraus spricht sich Brand gegen den Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft aus. Vielmehr sollen sie, da Gott die Heilung seiner gesamten Schöpfung forciert, ebenfalls mit ihrem Beitrag in der Welt diesbezüglich ein Zeichen setzen. Brand thematisiert an dieser Stelle Zeichen gegen Umweltverschmutzung und Ungerechtigkeit in der Welt. Hinsichtlich des Umweltschutzes zählt Brand die Mülltrennung, die Reduzierung des Energieverbrauchs, der fossilen Brennstoffe und von umweltschädlichen Chemikalien auf. Wie der BEK, die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und die *Europäische Ökumenische Versammlung* plädiert er somit für Änderungen hin zu einem umweltbewussten und ökologischeren Lebensstil; in Abweichung fordert er aber keine Änderungen der Wirtschafts- und Umweltpolitik des Landes ein.[640] Die Notwendigkeit des Einsatzes für den Umweltschutz untermauert

[639]Vgl. Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 116; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334f; 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[640]Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 9, 16f, 75, 77, 84ff, 92, htt-

Brand durch den Verweis auf die negativen Folgen der Umweltverschmutzung für den Menschen. Entgegen dem weltlichen Einsatz für Umweltschutz sollen die ChristInnen weder in Panik und hektische Betriebsamkeit noch in Resignation verfallen.

Im Hinblick auf die Weltgerechtigkeit bezieht er sich, wie schon Pfarrerin Müller in P2Mue1984, auf die Spenden für *Brot für die Welt*. Die Bundessynode bezeichnete die Abgaben der Kirchen und Gemeinden im Rahmen des 2%-Appells ebenfalls als „kleines Zeichen“[641] für die Verwirklichung von Weltgerechtigkeit. Ihr Beitrag wird als Ausdruck der Hoffnung auf eine andere, bessere Welt im Sinne des Schalom gewertet. Das Zitat vom Apfelbäumchen, was Luther zugeschrieben wird, dient Brand als Beispiel für ein unerschütterliches Gestalten der eigenen Gegenwart im Hoffen auf das Reich Gottes. Auch kleine Beiträge der ChristInnen könnten Zeichen setzen und gebündelt große Veränderungen hervorrufen. Das Handeln soll in dem Wissen geschehen, dass Gott im Sinne der *creatio continua* für seine Schöpfung sorgt und diese bis zum Ende der Welt erhält, um sie dann wiederherzustellen. Wie Gott selbst, der seine Schöpfung nicht aufgibt, sollen auch die ChristInnen bis zum Ende der Welt in ihr in seinem Sinne wirken. Gottes Haltung zu seiner Schöpfung dient somit als Vorbild. Die Last der großen Verantwortung der ChristInnen wird jedoch abgemildert. Sie sind lediglich ZeugInnen und Mitwirkende. Gott ist derjenige, der lenkt und verwaltet.

Im letzten Abschnitt der Predigt stellt Brand die Verbindung zwischen Altem und Neuem Testament sowie zum Advent her, indem er auf Mt 11,2-6 verweist, wo Jesus Jes 35,6 zitiert. In Jesus Christus und seinem Handeln habe sich die Vorhersage erfüllt. Die Zeichen Jesu Christi sind, im Sinne eines eschatologischen Vorbehalts, Vorboten des Reiches Gottes und untermauern die Hoffnung auf das ewige Leben. Damit wird die Botschaft der Bibelstelle als weiterhin bedeutsam dargestellt. Unter Rückbezug auf die zu Beginn der Predigt angesprochene Hoffnungslosigkeit der DDR-BürgerInnen betont Brand, dass eine atheistische Gesellschaft im Gegensatz zu Gott keine Hoffnung vermitteln und die Menschen dadurch heilen könne. Brand übt damit Kritik an Sozialismus und Kommunismus, die langfristig dem Volk die Realisierung „seines wirklichen Glücks“[642] versprachen. Die Hoffnungslosigkeit wird als Folge der Gottlosigkeit beschrieben. Die Gottlosigkeit trage zur Verstummung und Trägheit der Menschen bei. Brand macht deutlich, dass auch die Kirche im Laufe ihrer Geschichte gottlos gehandelt hat, weshalb sie Schuld auf sich geladen habe. Dies trifft auf verschiedene Ereignisse in der Geschichte der Kirche zu, wie z.B. das mehrheitliche Verhalten der evangelischen Kirche im Dritten Reich. Diesem Verhalten stellt Brand das gottgefällige Leben und Handeln von ChristInnen für ihre Umwelt entgegen, die es in allen

---

ps://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Anlage: Sachstandsbericht zum „Konziliaren Prozeß“ vor der Bundessynode in Görlitz vom 18./22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 277; Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 13, 74, 76, 84 a), 87 a), b), c), j), https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020); UNTERAUSSCHUSS ENERGIE: Energie und Umwelt, 7ff, 43ff, 63, 136, 141ff, 153, 171, 173ff, 188f, 191ff, 220ff.

[641] Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“, 22 September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47.

[642] Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in: MARX/ENGELS: Über Religion, 89.

Zeiten gegeben hat. Daraus resultierend fordert Brand erneut dazu auf, den Glauben an die Erlösung und die Zugehörigkeit zu Gott in Wort und Tat zu bezeugen. Die Zusage des ewigen Lebens gilt aber im Sinne der Rechtfertigung unabhängig von dem Erfolg des Engagements für Gottes Schöpfung.

Die Predigt vereint in sich vergewissernde, urteilsbildende und handlungsweisende Aspekte einer politischen Predigt. Die ChristInnen sollen aufgrund ihrer Hoffnung auf das ewige Leben und ihres Wissens um die Liebe und die Fürsorge Gottes für seine Schöpfung nicht in Resignation verfallen, sondern sich im Sinne Gottes für die Mitmenschen und die Umwelt einsetzen, indem sie Gottes Botschaft verbreiten und ihre Hoffnung in Wort und Tat bezeugen. Brand vergewissert sie des Beistandes Gottes und zeigt, dass sie die Verantwortung nicht alleine tragen, sondern auf Gottes Unterstützung hoffen können. Die umfassende Veränderung der Schöpfung wird erst nach dem Jüngsten Gericht geschehen, aber die ChristInnen sollen an der Ausbreitung des in Jesus Christus bereits angebrochenen Reich Gottes auf Erden in der Welt mitwirken.

4.18 Brand: Predigt von Silvester 1988 (P9Br1988)

Die Silvesterpredigt von Pfarrer Brand wurde in den Gemeinden Waldenburg und Schwaben gehalten. Mit Joh 8,31-36 folgt der Prediger dem Vorschlag der Perikopenordnung.

Joh. 8,31-36 **Waldenburg, Schwaben Silvester 1988**

Liebe Gemeinde!

Selbstverständlich ist dieser Tag dazu angetan, rückschauend Bilanz zu ziehen, und vorwärtsblickend Hoffnungen und Erwartungen konkret werden zu lassen. Das gilt für jeden in seinem Privatleben, das gilt für uns als Kirche und für uns als Menschen einer Gesellschaft. Wie jeder von uns das zurückliegende Jahr in seinem ganz persönlichen Erfahrungshorizont bewertet, mag sehr verschieden sein. Was aber Kirche und Gesellschaft angeht, so verbinden uns doch einige Dinge: Nach einer Phase festgefahrener Zustände und Verhältnisse, gab es in den letzten Monaten so etwas wie Morgenluft. Und diese kam, wie es sich für den Morgen gehört, aus dem Osten. Plötzlich tauchten im gesellschaftlich-politischen Bereich solche Wörter auf, wie wir sie auch im Predigttext finden: Freiheit und Wahrheit. Die Grenze nach Westen wurde auf einmal durchlässiger, was sich schon im Jahr davor angekündigt hatte. Aber auch nach innen gab es manch freieres Wort, weniger Lüge und Kriecherei, wenigstens bei einigen Menschen.

Und die Kirche stand mitten in diesem Geschehen, so wie sich das meines Erachtens auch gehört. Das war oft ein schwieriger und gefährlicher Gratweg, einerseits auf der Seite jener zu stehen, denen Gewalt und Unrecht in diesem Land geschehen war, und die deshalb gehen wollten oder mußten, andererseits aber auch für das Wohl und Bestehen dieser Gesellschaft einzustehen und den Menschen zu erklären, daß äußere wie innere Flucht keine Hilfe und kein Ausweg sind. Wir haben gemerkt, daß dies alles durchaus nicht den Beifall mancher Gemeindeglieder fand, die meinten, wir engagierten uns hier an der falschen Stelle bzw. für die falschen Leute.

Wir haben weiter gemerkt, wie schwer gewisse Funktionäre dieses Staates zu begreifen vermögen, daß kritische Begleitung hilfreicher ist als kritiklose Speichelleckerei. Wir mußten in Form von Zeitungs- und anderen Veröffentlichungsverboten, in Form von Bespitzelungen und Verhaftungen Ausfälle hinnehmen, die seit Jahren überwunden schienen, und die es dem engagierten aber nicht gleichgeschalteten Christen hier unendlich schwer gemacht haben, zu dieser Gesellschaft noch ein positives Verhältnis zu bewahren oder gar zu finden.

Wir haben weiter gemerkt, daß diese schicksalhaften Vorgänge die große Masse der Menschen wieder nicht erreicht haben, bzw. von dieser nur uninteressiert am Rande registriert wurden, ohne persönliche Betroffenheit oder gar Konsequenzen. Wir müssen also damit rechnen, daß wir weiter von einer dumpf blökenden Herde umgeben sind, die das alte Jahr auch diesmal im Alkohol ersäufen wird, bewußtlos hinüberdämmert und mit schwerem Kopf und tauben Sinnen das neue Jahr antreten wird, daß Entscheidendes also immer nur von und durch wahre Minderheiten zu erwarten ist. Fragen wir also, wie wir, die Minderheit der Christen, die beschriebene Vergangenheit und die sich daraus ergebende Zukunft zu bewerten haben:

1. Glauben führt zu Wahrheit

Wahrheit ist ein großes Wort. Pilatus fragt, als Jesus ihn mit diesem Wort konfrontiert, achselzuckend: „Was ist Wahrheit?“

Gewiß, dem Heiden, dem normalen Menschen ist dieses Wort zu groß, denn jede Macht in jeder Größe behauptet, im Besitz der Wahrheit zu sein, alle machen sich ihre Wahrheit zurecht – und wem soll man glauben? Woran soll man sich halten?

Christus sagt: Ihr könnt es darauf ankommen lassen. Der Mensch, der mir wirklich und rückhaltlos vertraut, nicht jener, der nur ein wenig dranlehnt und ein bißchen unverbindliche Kirchensympathie hegt, sondern der, der sich ganz auf mich einläßt, der wird die Wahrheit erkennen. Und diese tiefste Glaubenswahrheit, ihr Lieben, ist in einem einzigen Satz ausgedrückt:

Es gibt nur eine Erlösung des Menschen und es gibt nur eine Erlösung der Welt, nämlich durch Jesus Christus.

Diese Einsicht hat für mich z.B. folgende Konsequenz: Ich wünsche Herrn Gorbatschow ein langes und gesundes Leben und allen Erfolg bei dem, was er tut. Denn ich meine, überall, wo etwas getan wird, damit es den Menschen besser geht – äußerlich wie innerlich – , sollten wir Christen dies aus ganzem Herzen unterstützen. Ich wünsche mir, daß dieser frische Wind auch in unserem Land zu wehen beginnt, damit hier so mancher begreifen möge: Die Machthaber sind für das Volk da – und nicht umgekehrt das Volk für die Mächtigen.

Aber ich mißtraue auf der anderen Seite der Euphorie, in die manche Leute verfallen, selbst manche Christen, die in jenem Mann eine Art Welterlöser, einen neuen Messias erblicken möchten. Auch Herr Gorbatschow ist nur ein Mensch, und er ist – nach allem was man weiß ein gottloser Mensch. Und deshalb wird alles, was er tut, bestenfalls diese oder jene wünschenswerte Verbesserung bringen. Aber er wird keinen einzigen Menschen erlösen können und auch die Welt nicht; Sünden wie Bosheit, Haß, Neid, Gewalt werden bleiben, und auch deren Folgen wie Benachteiligung, Elend und Tod. Denn so ist nun einmal der Mensch, zumal der gottlose, und daran hat keine, noch so gutgemeinte, menschliche Bemühung je etwas geändert. Dies ist die andere Seite jener Medaille namens Wahrheit. Deshalb:

2. Die Wahrheit führt zur Freiheit

Es ist wahr: Von Freiheit kann in diesem Land nicht die Rede sein, weder von Reisefreiheit – auch nach dem neuen Gesetz nicht, von Rede- und Meinungsfreiheit erst recht nicht. Ich möchte mal erleben, was fast jedem beliebigen Bürger widerführe, würde er sich in Waldenburg auf die Rathausstufen stellen und laut sagen, was er jeden Tag so vor sich hinmeckert. Interessant wäre schon, wie lange der dort stünde.

Gewiß, es wäre an der Zeit, daß jeder fahren könnte, wohin er wollte, und nicht nur die durch Verwandtschaft privilegierten. Es wäre auch Zeit, daß jeder offen sagen könnte, was ihn bewegt und ein ganzes Volk nicht länger zu unehrlicher Doppelzüngigkeit erniedrigt wird.

Aber ich frage andererseits: Ist das alles, was man unter Freiheit zu verstehen hat? Antwort auf diese Frage geben mir die Gesprächspartner Jesu im Predigttext: „Wir Juden sind niemals jemandes Knecht gewesen.“ Diese Aussage ist vordergründig, so wie auch wir Freiheit eben beschrieben haben, glatt falsch. Israel war fast immer von auswärtigen Mächten besetzt und unterdrückt, von Ägyptern, Babylonien,

Griechen, Persern, Assyrern, Römern. Und wenn es einmal keine Großmacht war, so sorgten die eigenen Könige für die Knechtschaft des Volkes, wie David oder Salomo oder Rehabeam. Nein, äußerlich gesehen war dieses Volk fast nie frei.

Und doch treffen sich Jesus und seine Gesprächspartner in der Einsicht: Es gibt noch eine ganz andere Freiheit, die ist völlig unabhängig von Menschen und diese Freiheit ist durch Menschen völlig unantastbar.

Es ist dies die Freiheit des Glaubens. Es gibt diese Freiheit schon bei den Juden. Haben alle die genannten Unterdrücker und alle späteren – bis hin zu Hitler – diesem Volk jemals den Glauben aus den Herzen reißen können? Nein! Die Kinder Abrahams sind in der Tat niemals jemandes Knecht gewesen, und wenn man sie noch so gedemütigt, in den Dreck getreten, in Ghettos gesperrt und vergast hat.

Und diese Freiheit des Glaubens, die gibt es noch viel umfassender für Christen.

Auch ihre Geschichte ist eine Geschichte der Verfolgung und Knechtschaft gewesen, oft genug wurden sie sogar von solchen unterdrückt und gemordet, die sich selber Christen nannten und Gottes Wort im Mund führten. Und dennoch: Auch sie waren und sind niemals jemandes Knecht, auch nicht willfähriger Untertan.

Wer die Wahrheit erkennt, nämlich daß nur Christus ihn erlöst, was kann dem geschehen? Luther hat es auf den Punkt gebracht: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib, laß fahren dahin, sie haben kein Gewinn. Das Reich muß uns doch bleiben."

Das ist die „herrliche Freiheit der Kinder Gottes", die Paulus bezeugt, in der die Christen singend und dankend in den Tod gegangen sind, weil sie wußten und wissen: Auf der anderen Seite steht der auferstandene, lebendige Herr, der die Arme ausbreitet und sagt: „Ich will euch wiedersehen, und euer Herz soll sich freuen, und niemand soll eure Freude von euch nehmen."

Im Licht dieser letzten Freiheit, die allein der Glaubende erkennt, erscheint nun die Vergangenheit und die Zukunft: Was da gut war und was gut sein wird für uns Menschen, das nehmen wir dankbar auf und werden es nach Kräften fördern. Wir werden aber wissen, daß Gott allein gut ist, und daß alle Probleme erst dann endgültig gelöst sein werden, wenn wir bei ihm zu Hause sind.

Was böse war und entmutigend, das werden wir weiter angehen, so weit es in unserer Kraft steht. Wir werden aber wissen, daß wir nicht die Funktion von Richtern oder gar Rächern haben. Sondern daß allein Gott richtet und straft. Wir hingegen bezeugen die Wahrheit Christi und sind daher frei über allem Äußerlichen. Denn wir sind – so oder so – immer schon in der Hand des Stärkeren und Ewigen.

3. Die Freiheit führt zum Wort Christi

Die Rede von der Wahrheit, die uns frei macht, würde zu einer frommen Phrase, wenn wir nicht wüßten, wie wir morgen und in jeder neuen Situation, die im neuen Jahr auf uns zukommt, konkret damit umzugehen hätten.

Und auch darauf gibt der Herr selbst Antwort: „Wenn ihr bleiben werdet in meiner Rede, werdet ihr in Wahrheit meine Jünger sein," die eben die Wahrheit unter allen Umständen erkennen und deshalb frei bleiben werden. Das, ihr Lieben, ist nun meine Bitte an Euch in diesem kommenden Jahr: Ich habe in den vergangenen Jahren schon manches Strohfeuer unter der Kanzel auflodern und wieder zusammenfallen sehen. Und es hat jedes Mal sehr wehgetan, wenn dieser oder jener so langsam abgerutscht ist. So

mancher kam erst zu jedem Gottesdienst, dann – aus diesem oder jenem ach so wichtigem Grund – bloß noch manchmal. Das hat an seinem Glauben natürlich nichts geändert – meinte er wenigstens oder wollte er sich selbst und anderen gerne weismachen –, und schließlich, weil sich eben doch sehr viel geändert hatte, blieb er ganz weg, von ein paar Feiertagen vielleicht mal abgesehen. Und wenn man nach einer Zeit genauer hinsah, was war geblieben? – Ein enges von Äußerlichkeiten bestimmtes, getriebenes, unzufriedenes Heidendasein, weit entfernt von der Wahrheit der Erlösung geschweige von der Freiheit, die über allen Dingen steht.

Die Wahrheit des Glaubens ist kein ein für allemal zu erwerbender Besitz. Sie will dauernd neu erfahren und bewährt sein. Man muß in ihr bleiben, Tag für Tag, Sonntag für Sonntag. Das muß man wollen, das kann man nicht von Stimmungen oder zufälligen Gelegenheiten abhängig machen, denn dafür steht zu viel auf dem Spiel, nämlich alles, was ein Leben überhaupt erst zum Leben macht:

Wahrheit und Freiheit!

Amen.

Wie schon Pfarrer Rannenberg (P1Ra1980_81, P3Ra1986_87), Pfarrer Meckel (P4Meck1981_82) und Pfarrer Coblenz (P5Co1986) nutzt Brand den Silvestergottesdienst, um auf das alte Jahr zurückzublicken und über Hoffnungen und Erwartungen für das neue Jahr nachzudenken. Er fokussiert sich dabei auf die Ereignisse in Kirche und Gesellschaft, da der persönliche Rück- und Ausblick sehr unterschiedlich ausfallen würde. Brands Ausführungen sind durch das weltliche und das theologische Verständnis von Wahrheit und Freiheit geprägt. Er nutzt viele verschiedene Bibelstellen und bezieht sich auf ein Lied Luthers, die sich mit Wahrheit und Freiheit befassen. Sie dienen dazu, seine Ausführungen zu untermauern und ihnen biblisch und durch die Autorität Luthers mehr Gewicht zu verleihen. Ohne sie historisch oder biblisch einzuordnen, überträgt er ihre Botschaft direkt auf die Gegenwart der ZuhörerInnen.

Im Jahresrückblick thematisiert er negative und positive Entwicklungen im Hinblick auf weltliche Freiheit und Wahrheit. Wie schon Pfarrer Coblenz in P6Co1988 bewertet er die neuen Reformbestrebungen im Osten – *Perestroika* und *Glasnost* – positiv, die auch innerhalb der DDR-Gesellschaft Diskussionen auslösten. Werner Krusche hatte in seiner für den BEK verfassten Abhandlung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* die Entwicklungen in der UdSSR ebenfalls als '"frische[n] Wind"[643] bezeichnet und deren langanhaltenden Einfluss auf die BürgerInnen der DDR skizziert. Darüber hinaus hatte der BEK zu diesen Entwicklungen keine Stellung bezogen. Brand sieht auch Tendenzen des zunehmenden Strebens nach Wahrheit in der DDR-Gesellschaft gegeben. Zusätzlich verweist er wohlwollend auf die neue Reisegesetzgebung in der DDR, die Ende 1988 beschlossen wurde und zum 1. Januar 1989 in Kraft trat. Die Reiseanlässe wurden erweitert und auf Verwandte zweiten Grades ausgedehnt.[644]

Gleichzeitig bekämpfe der Staat aber weiterhin Kritik von BürgerInnen, ohne diese, wie vom BEK und von Gorbatschow gefordert, als positives Einbringen und Mitdenken wahrzunehmen.[645] Unter Verweis auf Verhaftungen und das Verbot von Veröffentlichungen und Zeitungen in der DDR, die schon in P8Br1988 angedeutet wurden, zeigt Brand das vehemente Vorgehen des Staates gegen kritische Stimmen und deren Unterdrückung auf. Er betont die Bedeutung der Kirche als gesellschaftliche Größe, wenn er ihr Dilemma beschreibt, einerseits Seelsorge für Inhaftierte, Ausreisewillige und von Ausweisung Bedrohte betreiben zu wollen. Andererseits warb sie für den Verbleib in der DDR und für den Einsatz für Veränderungen in der Gesellschaft.[646] Brand deutet an, dass dies Kritik von Kirchenmitgliedern hervorrief. Unterschwellig wird

[643]Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58.

[644]Vgl. Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland 30. November 1988: Privatreisen § 7. (1) + (2), https://www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr88.htm (27.06.2018).

[645]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; GORBATSCHOW: Perestroika, 96, 99; GORBATSCHOW: Umgestaltung und neues Denken, 97f; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[646]Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 50; Protokoll über die 116. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR vom 11. bis 13. März 1988 in Buckow (Klausurtagung), 28. März 1988, EZA 101/3073; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik 1./2. Juli 1988 in: aaO, 305f; Anlage: Beschluß der Evangelischen Kirche in

deutlich, dass Brand es als notwendig erachtet, dass die Kirche in beide Richtungen spricht. Brand nimmt an dieser Stelle zwei Arten der Flucht, aus der DDR oder ins Private, in den Blick und positioniert sich, wie schon in seiner Predigt P8Br1988 im Hinblick auf den Rückzug in den Kult und ins Private, kritisch dazu. Dies korreliert allgemein mit der Aufforderung an die Gemeindeglieder, in der Gesellschaft aus ihrem Glauben heraus tätig zu werden. Ähnlich betonte die KKL in ihrem Bericht an die Bundessynode im Herbst 1987: „Wir sind Bürger eines sozialistischen Staates und Glieder einer sozialistischen Gesellschaft. Hier haben wir als Christen zu leben und zu handeln – in der Liebe, die offene Augen für alle Not, wo sie auch zutage tritt, die für alles Bessere und Gerechtere eintritt, woher es auch kommt, und in der Hoffnung, die sich in dieser durch nichts irremachen läßt.“[647] Im staatlichen Verhalten sieht Brand eine Herausforderung für engagierte ChristInnen, sich noch positiv zum Staat der DDR zu verhalten.

Kritisch betrachtet Brand, dass die Mehrheit der DDR-BürgerInnen diesen Entwicklungen nur Desinteresse entgegenbringt. Wie schon in P8Br1988 wird die Zuwendung vieler Menschen zum Alkohol erwähnt. Brand prognostiziert, dass Veränderungen nur von einer Minderheit ausgehen werden. Diese Minderheit sollen die ChristInnen sein. Er ruft sie deshalb auf, die Vergangenheit aus ihrem Glauben heraus zu bewerten und die Zukunft dementsprechend zu gestalten. An dieser Stelle stellt er das weltliche Verständnis dem theologischen Verständnis von Wahrheit gegenüber. Unter Bezugnahme auf Joh 18,38, wo Pilatus danach fragt, was Wahrheit genau ist, beginnt er seine Ausführungen. Er verweist darauf, dass dieses Wort in der Welt vielfach gebraucht wird und vor allem verschiedene Machthabende sich damit brüsten, die Wahrheit zu kennen und für sie einzutreten. Dies führe zu Unsicherheit und Überforderung bei AtheistInnen. Wahrheit im christlichen Sinne definiert er als die Erlösung jedes einzelnen Menschen und der Welt durch Jesus Christus, die, unter Bezugnahme auf Joh 8,31-36, nur durch einen festen Glauben erkannt werden kann. Diese Wahrheit könne keiner außer Gott selbst gewähren. Die Friedens- und Reformbestrebungen Gorbatschows betreffend ruft Brand die ChristInnen dazu auf, jegliches Engagement zur Verbesserung des Lebens der Menschen zu unterstützen. Dabei klingt an, dass die ChristInnen sich eine Meinung dazu bilden sollen, ob politische und gesellschaftspolitische Entscheidungen dem Wohl der Menschen dienen. Die KKL und ihr Vorsitzender legten im Umgang mit dem Staat dementsprechend fest: „Wo wir sagen können 'Gott sei Dank!', werden wir zur Mitarbeit bereit sein. Wo wir dies nicht vermögen, werden wir uns zu Wort melden und freimütig sprechen.“[648] Brand bringt seine Hoffnung zum Ausdruck,

Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 306; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: aaO, 339; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72.

[647] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 34.

[648] Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; vgl. auch Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

dass die Reformbestrebungen auch in der DDR Fuß fassen und den dortigen Sozialismus demokratisieren. Wie schon in seiner Predigt P6Br1986 fordert Brand, dass die Machthabenden wieder dem Volk dienen sollen und nicht umgekehrt. Damit weist er dem Staat die Aufgabe zu, das Wohlergehen der BürgerInnen zu mehren. Trotz der positiven Einschätzung der Reformvorhaben Gorbatschows warnt Brand aber davor, von Gorbatschow Erlösung für einzelne Menschen oder die Welt als Ganzes zu erhoffen. Dies könne nur Gott selbst. Brand macht damit den Unterschied zwischen Gott und Mensch sowie das Machtgefälle deutlich. Sünde und deren Auswirkungen, die er als menschliche Eigenschaft beschreibt, kann der Mensch alleine und trotz aller Bemühungen nicht ablegen (*simul iustus et peccator*).

Neben der Wahrheit wird den Gläubigen in Joh 8,31-36 die Freiheit zugesichert. Erneut differenziert Brand zwischen dem weltlichen und dem theologischen Verständnis von Freiheit. Er macht auf die Unfreiheiten in der DDR und deren Folgen aufmerksam. Er fokussiert sich an dieser Stelle auf Reise- und Meinungsfreiheit. Brand bringt im Zuge dessen erneut seine Hoffnung auf weitere Reformen in der DDR zum Ausdruck. Wie der BEK spricht sich Brand für Reiseerleichterungen für alle DDR-BürgerInnen aus.[649] Er kritisiert, dass die BürgerInnen der DDR aufgrund fehlender Meinungsfreiheit doppelzüngig leben. Während sie hinter vorgehaltener Hand ihre – auch staatskritische – Meinung offen äußern, halten sie diese aus Angst vor negativen Folgen in der Öffentlichkeit zurück. Der BEK hatte sich für die Zulassung von Meinungsvielfalt und -freiheit eingesetzt und dies im Dezember 1988 als Basisrecht identifiziert.[650]

Parallel dazu thematisiert Brand, resultierend aus der Bibelstelle, die Freiheit des jüdischen Volkes. Dieses stand entweder unter fremden Mächten, die das Land besetzten, oder sie wurden von eigenen Königen geknechtet. Dennoch behaupten die Jüdinnen und Juden in der Bibelstelle, immer frei gewesen zu sein. Sie bezogen sich damit auf ihre Glaubensfreiheit, die sie durch alle Zeiten hindurch – Brand verweist auch auf die NS-Zeit – bewahren konnten. Diese Glaubensfreiheit gelte auch den ChristInnen. Deshalb werden sie bei aller Unterdrückung, die auch ihnen widerfahren ist, nicht zu unkritischen, allen Anweisungen und Befehlen folgenden UntertanInnen oder BürgerInnen gegenüber dem Staat. Die Erlösung durch Jesus Christus stärke die Glaubensfreiheit der ChristInnen zusätzlich. Durch ihre Befreiung von Sünde und Tod drohe ihnen keine Gefahr, denn das ewige Leben könne ihnen nicht genommen werden. Freiheit im christlichen Sinne geht somit weit über die weltliche Freiheit hinaus. In diesem Zusammenhang bindet Brand einen Abschnitt aus dem Lied Luthers *Ein feste Burg ist unser Gott*[651] ein und zitiert Röm 8,21 und Joh 16,22. Damit zeigt er die Bedeutung des Reiches Gottes und das Streben nach dem ewigen Leben auf, integriert Paulus' Vorhersage der Befreiung der gesamten Schöpfung und bringt die Hoffnung der ChristInnen auf Rückkehr zu Gott zum Ausdruck. Diese Hoffnung habe es ChristInnen auch ermöglicht, den Märtyrertod zu sterben.

Aus dieser Gewissheit heraus sollen die Anwesenden Vergangenheit und Zukunft beurteilen. Der urteilsbildende Tenor, der schon vorher angeklungen ist, wird gegen Ende der Predigt erneut verstärkt. In

[649] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314f.

[650] Vgl. Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 265; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313f.

[651] Vgl. EG 362.

dem Wissen, dass, im Sinne der Eschatologie, die Lösung aller Probleme erst mit Etablierung des Reiches Gottes möglich ist, sollen die ChristInnen als Ausdruck ihres Glaubenszeugnisses das Gute auf der Erde würdigen und die negativen Aspekte bearbeiten. Dabei versichert Brand sie des Beistandes und des Schutzes durch Gott. Diese Wahrheit und Freiheit ermögliche den Umgang mit der eigenen Gegenwart, wobei er wie in P8Br1988 darauf verweist, dass es Gott allein zustehe, zu richten und zu strafen. Da Wahrheit und Freiheit im christlichen Sinne der konstanten Auseinandersetzung mit dem Wort Gottes bedürfe, hebt Brand die Bedeutung des regelmäßigen Gottesdienstbesuchs hervor. Er zitiert zur Untermauerung seiner Aussage Joh 8,31. Dabei berichtet er von Menschen, die dem Gottesdienst mehr und mehr ferngeblieben sind, dadurch nach und nach den Zugang zu Wahrheit und Freiheit verloren haben und damit ihr ewiges Leben gefährden.

Die Predigt vereint in sich vergewissernde, urteilsbildende und handlungsweisende Aspekte einer politischen Predigt. Brand versichert die Gläubigen der erlösenden Wahrheit und der Freiheit aus Rechtfertigung durch Gott. Der Mensch wird als schwach und sündig in der Welt dargestellt. Gott ist der erlösende und liebende, aber auch der richtende Gott, wobei das Bild des Gottes, dem das Wohlergehen seiner Schöpfung am Herzen liegt, in dieser Predigt vorherrschend bleibt. Brand betont die Notwendigkeit der Glaubensausübung und Bezeugung in der Welt. Wahrheit und Freiheit machen das Leben erst lebenswert und den Menschen zu einem von seiner Seele und höheren Zielen geleiteten Wesen. Ohne den Glauben orientiere man sich an Äußerlichkeiten. Freiheit und Wahrheit, nach der die ChristInnen streben, unterscheiden sich deutlich von der weltlichen Wahrheit und Freiheit. Gottes Wort wird als Nahrung und Richtschnur für den Glauben dargestellt, der die ChristInnen immer wieder bedürfen.

4.19 Coblenz: Predigt vom 27. August 1989 (P9Co1989)

Diese Predigt wurde am 27. August 1989 von Pfarrer Götz-Ulrich Coblenz in der Gemeinde Altenkirchen auf Rügen gehalten. Mit Gen 28,10-19a folgt Coblenz dem Vorschlag der Perikopenordnung für den 14. Sonntag nach Trinitatis.

Gen 28,$_{10\text{-}19a}$ **Altenkirchen (Rügen) 27.8.89**

Gnade sei mit euch und Friede, von dem, der da ist und der da war und der da kommt. Amen.

Liebe Gemeinde.

Menschen sind unterwegs. Es ist etwas ganz Natürliches, daß Menschen aufbrechen in andere Gegenden, weil sie etwas suchen. Auch die Urlaubsreise ist so ein Aufbruch. Gesucht wird dann Ruhe und Entspannung, oder eine fremde Landschaft, vielleicht auch ein Stück Abenteuer. Urlaub ist ein Aufbruch, der dann aber nach einer begrenzten Zeit wieder in der Heimat endet – um im nächsten Jahr wieder zu beginnen. Aber nicht jeder Aufbruch führt zur Heimat zurück. Menschen aus Industriegebieten ziehen weg, weil sie die schlechte Luft nicht mehr vertragen können, junge Menschen aus dem Dorf wollen in die Stadt, weil da etwas los sein soll. Aufbrüche und Umzüge gibt es seit Menschengedenken. Und trotzdem sind sie jetzt in aller Munde – die Umzüge durch oder neben der Mauer. Tausende sind seit Helsinki offiziell in die Bundesrepublik übergesiedelt und jetzt heißt das Schlagwort: Ungarn. Tausende sind schon und werden noch über Ungarn die DDR verlassen – in den anderen Teil Deutschlands. Ich, der ich bleiben möchte, muß mich fragen, warum gehen so viele hier weg und warum kommt kaum jemand hierher? Ich denke mir, daß dieses Gehen damit zusammenhängt, daß die Hoffnung auf Verbesserung hier sehr gering ist. Uns sind die Träume von einer besseren Gesellschaft hier rar geworden. So haben die, die gehen, diese Gesellschaft hier schon aufgegeben – hoffnungslos. Dabei gab es manche Zukunftsvisionen, die traumhaft waren – doch sie sind weiter weggerückt – ausgeträumt. Nur Alpträume sind geblieben.

Vielleicht erscheint es manchen einfach, hier von Träumen zu sprechen. Ich aber denke, daß Träume, Tag- wie Nachtträume wichtig sind, damit sich etwas ändert. Jede große Erfindung, jede Veränderung war zuerst in den Köpfen als Idee, bevor es sozusagen Wirklichkeit wurde. Dabei sind Träume selbst schon Wirklichkeit. Im Altertum hatten Träume selbst schon Wirklichkeitswert als das, was wir landläufig Wirklichkeit nennen.

Von einem solchen Traum erzählt die Bibel im 1. Buch Mose. Jakob, der jüngere Bruder Esaus, der seinen Bruder betrogen und seinen Vater überlistet hatte, war auf der Flucht in ein anderes Land. Als Entschuldigung diente ihm, daß er sich dort eine Frau suchen sollte, suchen, was er zu Hause nicht fand, doch er war in Wirklichkeit auf der Flucht vor seinem Bruder – auf der Flucht auf Grund seiner eigenen Schuld. Auf dieser Flucht, wo er nichts weiter wollte, als erst einmal Abstand gewinnen, hatte er ein großes Erlebnis, auf das er eigentlich in keiner Weise vorbereitet war:

Gen 28,10-19a

Jakob widerfuhr dieser Traum – ich sage widerfuhr, weil er ja, eigentlich ganz mit sich selbst beschäftigt, überhaupt nicht an eine solche Sicht gedacht hatte. Als Wachender war er sozusagen blind – erst im Schlaf wird er sehend. Er bekommt Zukunft – der, der in der Vergangenheit verstrickt war. So gesehen kann ich mich aufdrängender Vergleiche nicht erwehren. Wie sind wir Deutsche gefangen in die Mißstände unserer Zeit, geprägt von einer Vergangenheit, die uns nicht losläßt und Schuld zuweist. Ist durch eine Flucht auch eine Flucht aus dieser Sicht möglich? Jakob erlebt jedenfalls in diesem Traum seine Zukunft, die ihm bisher verschlossen war. Er soll gerettet werden und in seinen Kindern Zukunft haben – hier in diesem Land. Ist es uns möglich hier in diesem Land zu träumen? Wenn nicht, dann frage ich mich, warum wir noch hier sind?

Natürlich sind wir nicht Jakob – nicht israelitischer Erzvater. Aber auch diese waren normale Menschen. Das wird an der Lebensgeschichte Jakobs, des Betrügers, deutlich. Gerade das könnte uns Mut geben. In diesem ermutigenden Sinn hat einmal Luther an einen Mitmönch geschrieben: „Hüte dich, mein Bruder, jemals einer solchen Reinheit nachzutrachten, daß du nicht mehr ein Sünder scheinen, ja gar kein Sünder mehr sein willst. Denn Christus wohnt nur in Sündern. Dazu ist er ja herabgekommen vom Himmel, wo er unter Gerechten wohnte, damit er auch in Sündern wohnte. Solcher seiner Liebe sinne nach und du wirst seinen allersüßesten Trost erfahren.“ Soweit Luther. Jakob erfuhr diesen Trost – diese Lebenshilfe. Nur daß er Christus noch nicht kannte. Bei ihm offenbarte sich Gott am Ende der Himmelsleiter – auf der gleichsam zur Verbindung zwischen Himmel und Erde Boten – Engel – hier noch ohne Flügel vorgestellt, denn wozu wäre sonst die Leiter da – auf- und abstiegen. In Christus hat Gott für uns diese Verbindung geschaffen. Er ist uns nah – wenn Gott uns fern erscheint. Denn beides ist zugleich – Nähe und Ferne, Freude und Entsetzen. Denn wie sich Gott offenbart, so entzieht er sich gleich wieder unserem Zugriff. Gott läßt sich nicht in den Griff bekommen. Aber wir Menschen brauchen Zeichen, die uns erinnern – auch an Träume. Darum richtet Jakob, wie ein Riese, die Masebe, den großen Stein auf und salbt ihn mit Öl – als Zeichen: Dies ist ein besonderer Ort. Er nennt ihn bet-el, was so viel heißt wie Haus Gottes. Wir sagen auch oft zu einer Kirche Gotteshaus. Ich wünsche uns in diesen Gotteshäusern immer wieder Träume, die Zukunft ermöglichen, wie einst dem Jakob. Es müssen ja nicht Träume beim Kirchenschlaf sein, sondern es können Wachträume entstehen. Träume wünsche ich uns, die uns und anderen helfen hier zu blieben, hier erwachsen zu werden und Zukunft zu bauen, wie Jakob. Auch wenn dabei ein Weg zu beschreiten ist. Ich wünsche dieser Gesellschaft, daß Gotteshäuser helfen, nicht in der Schuld der Vergangenheit zu versinken oder einfach nur auf der Flucht wegzugehen, sondern daß sich der Blick öffnet, daß wir sehend werden für unsere Fehler und unsere Stärken und dabei Zukunft gewinnen.

Jakob nannte diesen Ort, von dem an sein Leben wieder Sinn und Richtung gewann, bet-el: Haus Gottes. Amen.

Angesichts der im Sommer 1989 vorherrschenden Ereignisse in der DDR löst Pfarrer Coblenz zum Einstieg in die Predigt zwei Aspekte aus der Bibelstelle Gen 28,10-19a heraus und thematisiert sie in der Gegenwart der ZuhörerInnen: Reisen/Flucht und Träumen. Da die Gottesdienste von Pfarrer Coblenz in seiner Gemeinde auf Rügen in den Sommermonaten vermehrt von UrlauberInnen besucht wurden, steigt er mit Urlaubsreisen ein, die mit einer Rückkehr in die Heimat abschließen. Darüber hinaus berichtet er von DDR-BürgerInnen, die wegen der Luftverschmutzung aus Industriegebieten wegziehen. Auch Coblenz hatte mit seiner Familie Dresden verlassen, da die Tochter ständig krank war.[652] Diesen Arten des Aufbrechens stellt er die zunehmenden Ausreisen aus der DDR entgegen. Wie der BEK bezieht er sich konkret auf die Ausreisen über Ungarn im Sommer 1989.[653] Durch westliche Medien über den Abbau der Grenzanlagen in Ungarn und die somit mögliche Flucht in die BRD informiert, nutzten viele DDR-BürgerInnen in den Sommerferien 1989 den freien Reiseverkehr zwischen der DDR und Ungarn, um als TouristInnen nach Ungarn zu reisen, in der Hoffnung von dort in die BRD flüchten zu können. Bis Ende August – zum Zeitpunkt dieser Predigt – hatten ca. 3.000-4.000 DDR-BürgerInnen die Grenze passiert, ungefähr die gleiche Anzahl wartete in Lagern auf ihre mögliche Ausreise.[654] Coblenz verweist auf die Anfänge der Ausreisebewegung nach der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki. Die KSZE-Dokumente wurden von Ausreisewilligen als rechtliche Bezugsgröße für ihren Ausreiseantrag genutzt. Ab 1975 nahmen die Ausreiseanträge stetig zu.[655] Coblenz bringt seine Enttäuschung und Hilflosigkeit darüber zum Ausdruck, dass immer mehr Menschen die DDR verlassen, und betont, selbst im Land bleiben zu wollen. Er beschreibt damit eine Gefühlslage, die viele DDR-BürgerInnen, die das Land nicht verlassen wollten, teilten.[656] Er ist sich bewusst, dass viele DDR-BürgerInnen keine Hoffnung mehr auf eine Änderung der Gegebenheiten in der DDR haben. Seine Einschätzung der Lage ist der vom BEK veröffentlichten Anfang September sehr ähnlich. Die KKL zeigte sich wie Coblenz bestürzt über die zunehmende Zahl der Ausreisenden und sah den Hauptgrund dafür in der Verweigerung der „von den Bürgern erwartete[n] und längst überfällige[n] Veränderungen in der Gesellschaft“[657]. Während in einem Brief des Vorsitzenden

[652]Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[653]Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336.

[654]Vgl. HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 68; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 195; MAYER: Flucht und Ausreise, 440f, 444; Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genosse Günther Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989 in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER (Hg.): Vorwärts immer, 111; Erklärung des DDR-Außenministeriums an das Außenministerium Ungarns vom 4. September 1989 in: aaO, 116; Zweites Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 8. September 1989 in: aaO, 137; Zweites Fernschreiben vom DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, am 10. September 1989 in: aaO, 141; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 69; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 198; ZIMMERLING (Hg.): Neue Chronik DDR. 1. Folge, 11, 17ff.

[655]Vgl. EISENFELD: Die Ausreisebewegung, 193, 211, 222; EISENFELD: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit, 7; EISENFELD: Flucht und Ausreise, 400; GAUCK: Winter im Sommer, 89; GEHRMANN: Die Überwindung des Eisernen Vorhangs, 140, 144; HANISCH: Die DDR im KSZE-Prozess, 146ff, 232, 234, 336; HERTLE: Chronik des Mauerfalls, 48; MAYER: Flucht und Ausreise, 130, 461; RASCHKA: Zwischen Überwachung und Repression, 37, 39; TANTZSCHER: Die verlängerte Mauer, 13; WERKENTIN: Recht und Justiz, 71, 102.

[656]Vgl. ECKERT: Flucht oder Opposition, 10; GAUCK: Winter im Sommer, 199; MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 66.

[657]Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336; vgl. auch Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker

der KKL an die Gemeinden im September 1989 den Ausreisewilligen unter anderem das Streben nach Wohlstand vorgeworfen wurde, verortet Coblenz die Gründe für die Ausreisen einzig in den (gesellschafts-)politischen Problemen der DDR.[658] Der negative Eindruck der gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in der DDR wird verstärkt, indem Coblenz auf das Scheitern der ambitionierten Pläne des Sozialismus verweist und die gegenwärtige Situation mit einem Alptraum vergleicht. In Referenz zu Gen 28,10-19a umschreibt Coblenz die Hoffnungslosigkeit der Ausreisenden mit den Worten: Die BürgerInnen haben aufgehört zu träumen. Unter Träumen versteht der Prediger Visionen, die, indem man sie bedenkt und ihnen nachstrebt, die Wirklichkeit verändern. Er verweist auf das antike Traumverständnis, nach dem Träume schon zur Wirklichkeit zählten.[659] Coblenz fragt die ZuhörerInnen nach dem Sinn ihres Verbleibs in einem Land, in dem das Träumen schwer, praktisch unmöglich geworden ist, in dem eine Zukunft zweifelhaft erscheint.

Nach der biblischen Einordnung der Verse Gen 28,10-19a durch die kurze Darstellung des Betrugs Jakobs an seinem Bruder und seine Flucht (Gen 27f) beschreibt Coblenz Jakobs Traum als eine von Gott ihm geschenkte Zukunft. Der Prediger zieht Parallelen zwischen Jakob und den DDR-BürgerInnen in den gegenwärtigen Umständen in der DDR. Die Umstände beschreibt Coblenz als Resultat der Vergangenheit der Deutschen und ihrer Schuldhaftigkeit. Auch der BEK identifizierte in der Auseinandersetzung mit dem 2. Weltkrieg die Teilung Deutschlands und die Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt als dessen langfristige, bis 1989 anhaltende Folgen.[660] Hinsichtlich der Ausreisewelle wirft Coblenz die Frage auf, ob eine Flucht auch die Vergangenheit vergessen machen kann. Coblenz und der BEK sehen dies als unmöglich an.[661] Coblenz fordert, wie schon in seinen Predigten P3Co1984 und P8Co1988, auch hier unterschwellig zur Auseinandersetzung der DDR-BürgerInnen mit der Vergangenheit des deutschen Volkes und dem Thema Schuld und Verantwortung auf, die bis in 1988 hineinreichen. Laut BEK sollte das stetige Erinnern ein besseres Verständnis der Völker ermöglichen und die Wiederholung solcher Ereignisse verhindern. Mit Verweisen auf die positiven Entwicklungen in beiden deutschen Staaten seit dem Ende des 2. Weltkrieges zeigte der BEK auf, dass dem deutschen Volk wie Jakob trotz sündigem bzw. schuldhaftem Dasein eine Zukunft geschenkt wurde.[662]

---

vom 3. März 1988 in: aaO, 287ff; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69.

[658] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 337.

[659] Dieses Traumverständnis konnte in dieser Absolutheit nicht bestätigt werden, denn Träume wurden auch kritisch betrachtet. Der Traum ist im Alten Testament aber häufig mit der Prophetie gleichzusetzen, d.h. genauso wie Propheten wird der bzw. dem Träumenden die Zukunft vorhergesagt, die sich dann in der Geschichte bewahrheitet. (Vgl. RÖSEL: Traum/Traumdeutung. III. Alter Orient und Altes Testament. 2. Altes Testament in: Religion in Geschichte und Gegenwart, http://dx.doi.org.ezproxy.uni-giessen.de/10.1163/2405-8262_rgg4_COM_025168 (28.11.2020)).

[660] Vgl. Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31.

[661] Gemeinsames Wort des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland an die Gemeinden zu Versöhnung und Verständigung vom 22. Januar 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1988, 3.

[662] Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland an die Gemeinden zum 1. September 1989 vom 3. Juli 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 332; Wort zum Frieden. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges

Wie Jakob werden die Anwesenden in ihrer Sündhaftigkeit von Coblenz des Beistands und des Willens Gottes versichert, ihnen Zukunft zu ermöglichen. Coblenz führt ein Zitat Luthers an, nach dem Christus nur in SünderInnen wohnen kann und eine völlige Befreiung von Sünden dies verhindern würde.[663] Damit integriert Coblenz das hamartiologische Motiv der Notwendigkeit des Verlorenseins der Welt als Voraussetzung für deren Rettung in die Predigtausführungen. Während bei Jakob die Himmelsleiter und die Engel die Verbindung zu Gott darstellten, sei es bei den ChristInnen Jesus Christus, der die Nähe Gottes ermöglicht. Gott wird als für den Menschen nicht begreifbar beschrieben, er offenbart sich jedoch in Ansätzen in Jesus Christus und überwindet durch ihn die Distanz zum Menschen, die durch die Sünde hergestellt wurde. Coblenz macht das Erlösungswerk Jesu Christi sowie die Gleichzeitigkeit von Rechtfertigung und Sünde im Menschen stark (*simul iustus et peccator*). Gottes Beistand und Nähe müssten den ChristInnen immer wieder in Erinnerung gerufen werden, da damit Hoffnung aufrechterhalten werden kann und Zukunft erst möglich ist. Wie Jakob mit dem aufgestellten Stein einen Erinnerungsort für die Anwesenheit Gottes und den zukunftsweisenden Traum schafft, hofft Coblenz, dass die Gotteshäuser der DDR Orte sind, in denen die ChristInnen sich der Anwesenheit Gottes bewusst werden, wo über Träume bzw. Visionen nachgedacht sowie eine Zukunft (in) der DDR ermöglicht werden kann. Aus der Vergewisserung der Nähe Gottes resultiert somit die Aufforderung an die Anwesenden, in der Gesellschaft der DDR Zukunft zu sehen und diese aktiv zu gestalten. Coblenz bietet den BürgerInnen der DDR den Raum der Kirche an, um dort Veränderungen in Politik und Gesellschaft zu thematisieren und deren Umsetzung zu forcieren. Der BEK hatte bis 1989 ein ambivalentes Verhältnis zu Personen, die den kirchlichen Raum für (gesellschafts-)politisches Engagement nutzten, teilweise aber in schwacher Verbindung zur Gemeinde und zum Evangelium standen. Gleichzeitig war er sich der Notwendigkeit eines Raums für Diskussionen bewusst und betonte am 1. September 1989: „In der Kirche muß Raum sein für unbequeme und anstößige Wahrheiten sowie für kritische Haltungen gegenüber von Kirche und Gesellschaft. Darum sollte kritischen Meinungen und Stimmen nicht vorschnell Raum verweigert werden.“[664] Der BEK verpflichtete sich, selbst „zu Verhältnissen in der Gesellschaft beizutragen, unter denen Menschen gerne leben können und Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft nicht mehr stellen wollen.“[665] Dennoch sah er die primäre Lösung der Ausreiseproblematik in dem direkten Dialog des Staates mit den BürgerInnen.[666] Während

in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1985, 31; Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 95; Gemeinsames Wort des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland an die Gemeinden zu Versöhnung und Verständigung vom 22. Januar 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/2 1988, 3.

[663]Vgl. M. Luther an Georg Spenlein, Augustiner in Memmingen. Wittenberg den 7. April 1516 in: RENNER (Hg.): Auserlesene geistvolle Briefe, 34.

[664]Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 334; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66.

[665]Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 294; vgl. auch Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 72.

[666]Vgl. Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.):

Leich 1988 betont hatte, gesellschaftspolitische Themen im kirchlichen Raum nur zu behandeln, weil die eigentlichen AnsprechpartnerInnen einen Dialog verweigerten,[667] kündigte er im Gespräch mit Krenz am 19. Oktober 1989 den Rückzug der Kirchen an, „je mehr sich der innergesellschaftliche Dialog entwickele“[668]. Nach Coblenz ermöglicht Gott den Gläubigen in aussichtlosen Situation immer wieder Hoffnung und Zukunft, dementsprechend stellt er das Mitwirken der ChristInnen an der Zukunft des Landes als Handeln im Sinne Gottes dar. Coblenz hat in einem persönlichen Gespräch den Eindruck bestätigt, dass er nicht erwartete, dass der Staat Dialog oder konkrete Veränderungen zulassen würde. Deshalb nimmt er in seinen Ausführungen die BürgerInnen selbst in die Verantwortung, für die Veränderungen des Staates einzustehen.[669] Dies soll Ausreisen – er spricht von Flucht – unnötig machen und Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft ermöglichen. Damit bewegt sich Coblenz nahe an den Gegebenheiten, die Ende August in der DDR herrschten. Der Staat verweigerte jegliche Auseinandersetzung mit kritischen Stimmen aus der Bevölkerung, z.B. zur Wahl im Mai 1989. Reformen wurden grundsätzlich abgelehnt.[670] In der Predigt bringt Coblenz, wie der BEK, seinen Wunsch zum Ausdruck, dass die BürgerInnen der DDR nicht den Rücken kehren, ohne diesen jedoch als direkte Aufforderung zu formulieren.[671] Coblenz hofft, dass von den in den Gotteshäusern besprochenen Inhalten und Visionen ein Antrieb zum Verbleib in der DDR – die KKL sprach 1984 von einer „Integrationskraft“[672] – ausgeht. Im Gegensatz zum BEK soll aber nicht die enge Anbindung an die Gemeinde zum Verbleib führen, sondern die durch den Gottesdienstbesuch geschöpfte Hoffnung auf Änderungen und Zukunft in der DDR.

Die Predigt vereint in sich vergewissernde und handlungsweisende Aspekte einer politischen Predigt. Coblenz vergewissert die Anwesenden des Willens Gottes, ihnen in einer aussichtlosen Lage und trotz

Kundgebungen Band 2, 336.

[667] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287.

[668] Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 17, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020).

[669] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[670] Vgl. Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 221; Dok. 109: Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Bericht über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin“ in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 561.

[671] Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Anlage: Beschluß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 306; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72.

[672] 4. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1984, 68.

bestehender Schuld aus der Vergangenheit Zukunft zu ermöglichen. Diese Hoffnung auf Veränderung soll die Anwesenden befähigen, für diese Zukunft im Sinne Gottes einzutreten und sie dadurch Wirklichkeit werden zu lassen. Der Zuspruch der Liebe Gottes, seiner Gnade und Vergebung in aller Sündhaftigkeit sowie die Hoffnung auf sein Wirken in der Gegenwart der Gemeindeglieder 1989 prägen die Predigtausführungen.

4.20 Brand: Predigt vom 3. September 1989 (P10Br1989)

Die Predigt wurde von Pfarrer Brand in Dürrenuhlsdorf und Waldenburg gehalten. Mit Lk 17,5-6 folgt er dem Vorschlag der Perikopenordnung.

Lk 17,$_{5+6}$ **Dürrenuhlsdorf, Waldenburg 15. n. Trin (3.9.)89**

Liebe Gemeinde!

Jedem anderen, der uns so eine Geschichte über den Glauben auftischen wollte, würden wir sagen: „Du willst uns wohl veralbern?“ Aber weil Jesus das gesagt hat, trauen wir uns natürlich nicht, so eine Antwort auch nur zu denken. Und trotzdem: „Wenn ihr Glauben hättet wie ein Senfkorn und sagt zu diesem Maulbeerbaum: Reiß dich aus und setze dich ins Meer, so wird er euch gehorsam sein.“ Was machen wir Christen eigentlich mit so einem Satz? Zumal: Jesus meint nicht den uns bekannten gelben Senf, die doch stecknadelkopfgroßen Perlen, sondern er meint den in Palästina verbreiteten schwarzen Senf, von dem 700 Samenkörner ein Gramm wiegen. – „Wenn ihr also ein Siebenhunderdstel Gramm Glauben hättet, würde sich der Maulbeerbaum ausreißen und versetzen.“ – ein Baum immerhin von der Dimension einer Eiche! Und schließlich: Im Wasser, zumal im Salzwasser, kann kein Baum gedeihen, der sonst auf dem trockenen Lande wächst. Ich kenne einen See, dessen Wasserspiegel langsam ansteigt, und dabei stehen die Bäume am Ufer in ganz flachem Wasser. Sie waren in wenigen Wochen tot und verrotten stinkend. Das also sind die Bilder, in denen Jesus vom Glauben redet. Sie sind, bei allem Respekt vor dem Wort Jesu, ein ausgewachsener Unsinn, und Jesus hat das natürlich gewußt. Wenn Jesus uns nicht veralbern will, und das möchte ich doch nicht annehmen, so bleiben zwei Deutungsmöglichkeiten dieses Wortes:

1. Es ist dem Menschen überhaupt nicht möglich, an Gott zu glauben, schon der Versuch ist sinnlos. Wenn es aber so wäre, dann hätte Jesus selbst nicht zu kommen, nicht zu lehren, nicht zu leiden, nicht zu sterben brauchen. Diese Deutung können wir – nach Lage der Dinge – also ausschließen.

Bleibt die zweite Möglichkeit: Jesus konstruiert so ein krasses Beispiel, um den ehrlichen Zuhörer zum Widerspruch zu reizen. Er will also, daß wir über den Glauben nachdenken, damit nicht selbstverständlich wird, was niemals normal und selbstverständlich sein kann.

Und diesem Nachdenken möchte ich mich stellen:

1. Glauben ist ein Geschenk

Die Jünger bitten den Herrn: „Lehre uns den Glauben.“ Sie fassen damit eine große Erkenntnis zusammen: Der Glauben an Gott, das Gott-Vertrauen ist niemals eine menschliche Leistung.

Weder unser Verstand noch unser Gefühl sind von sich aus in der Lage, Gott in allen Situationen zu vertrauen.

Der kleine menschliche Verstand ist von vornherein hoffnungslos überfordert, sich dem großen Gott zu nähern. Dies beweist der heillose Unsinn, den die Gottlosen über Glauben und Kirche schwatzen, die sonst doch gar nicht so dumm sind. Zu dieser demütigen Einsicht gelangt auch der ernsthafte Theologe,

dessen Beruf es doch ist über Gott nachzudenken. Je weiter er denkt, um so unendlicher wird ihm der Allmächtige.

Aber auch das Gefühl erfaßt den Glauben aus eigener Kraft nicht. Wir erkennen es an der vollkommen sinnlosen Gefühlsduselei, die manche Leute zu Weihnachten befällt und die vom 25. Dezember bis zum 23. Dezember des nächsten Jahres keinerlei Auswirkungen auf ihre Lebensführung hervorbringt.

Wir sehen den Unsinn eigener Gefühlsbewegungen an mancherlei religiösen Schwarmgeistern, die sich für extra-fromm halten, die in Wahrheit mit ihrem Seelenchaos oder mit ihrem pietistischen Fanatismus nichts anderes sind als schlicht erschreckend. Und so etwas gibt es in letzter Zeit nicht nur bei Sekten, sondern leider auch in unserer Kirche.

Nein, menschliche Leistung bringt keinen Glauben hervor. Und jedes menschliche Leistungsdenken in Fragen des Glaubens ist daher nichts anderes als die blanke Gotteslästerung.

Glauben an Gott ist demzufolge keine Frage des Könnens sondern eine Frage des Wollens. Wir Menschen dürfen und sollen um das Gottvertrauen bitten. Und der aufgestandene Herr ist nicht geizig damit, aber er hat von dieser kostbaren Gabe auch nichts zu verschleudern, nicht ein Siebenhundertstel fromm.

Jeder, der nur Glauben will, – aber nur der – kann es auch, weil Christus es ihm schenkt. Keiner, der sagt, er kann aus diesem oder jenem Grunde nicht oder nicht mehr glauben, ist aufrichtig. Er betrügt andere und wohl auch sich selbst. Er ist in seinen eigenen Trotz, seine eigene Schlauheit, seine scheinbar so stichhaltigen Argumente so verliebt, daß er nicht glauben will. Er will die Hände nicht ausstrecken, denn jeder, der bittet, der empfängt auch. Nachgeschmissen wird der Glauben freilich niemandem.

2. Glauben ist ein Wunder

Naturwissenschaftlich ist dem Beispiel Jesu nicht beizukommen. Daher haben wir es auch so schwer mit einer solchen Aussage vom sich selbst versetzenden Baum. Besonders wir Jüngeren sind darauf gedrillt, alles in naturwissenschaftlich-mathematischen Formeln und Gesetzen zu begreifen. Und dabei ist der Irrtum vieler in diesem Land durchaus gewollt und anerzogen, es gäbe nichts anderes zwischen Himmel und Erde als das, was man messen oder berechnen kann. Glaubensaussagen gehen allerdings viel tiefer und erreichen den Menschen jenseits dessen, was mit Verstand oder Gefühl erfaßt werden kann. Und was dann geschieht, das reißt tatsächlich die stärksten Bäume aus. Da geschehen Wunder ohne gleichen, gegen die sich der Baum, der sich ins Meer versetzt, ausnimmt wie ein kleines Zauberkunststückchen:

Da erlangen Menschen auf einmal die Weisheit, daß im Leben nicht entscheidet, was es im Konsum gibt bzw. eben dauernd nicht gibt, so ärgerlich dies auch sein mag. Und deshalb bemerken sie auch, daß es nicht angeht, möglichst das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen und ansonsten dieses Land mit zu ruinieren durch Schlamperei und Wirtschaftsverbrechen ohne Beispiel. Glauben macht verantwortlich.

Andere ziehen nicht länger den Kopf ein. Sie gehen nicht mehr zur Wahl oder zur Maidemonstration oder schicken ihre Kinder nicht mehr zu den Pionieren oder zur Jugendweihe, kurz: Sie gehören nicht mehr zu den Schleimern, die gegen alles sind und gegen alles meckern und trotzdem selbstverständlich alles mitmachen, was verlangt wird. Diese Unaufrichtigkeit hat unser Land nämlich in den beklagenswerten Zustand gebracht, in dem es ist. Glauben dagegen macht aufrichtig.

Andere erkennen, daß es keinen Sinn hat, zu resignieren oder gar nach Ungarn zu verreisen (um

auszureißen). Vielmehr widerstehen sie dem Unrecht, der permanenten Verletzung der Menschenwürde, der Unbelehrbarkeit und Ignoranz jener Funktionäre, die gegen alles und jeden vorgehen, bloß nicht gegen ihre eigenen Fehler. Ja, diese Menschen erleiden sogar Benachteiligung und Ungerechtigkeit, um dazusein für eine bessere Zukunft in unserem Land, denn Glauben macht mutig.

Und schließlich gibt es solche Menschen, die sich den Schwachen und Hilfsbedürftigen zuwenden in dieser Zeit des Egoismus und der Herzlosigkeit.

Sie sind den Zweifelnden und Verzagten Begleiter und Partner über eine Zeit. Sie sprechen mit jenen, die ihre Probleme nicht mehr meistern. Wer weiß, ob sie helfen können, aber sie sind einfach da.

Sie besuchen die Kranken und trösten die Sterbenden. Sie nehmen die Aufgabe einfach mal an und verstecken sich nicht länger hinter anderen, denn Glauben macht barmherzig.

All dies sind Senfkörner des Glaubens, kaum bemerkbar, schon gar nicht statistisch abrechenbar, aus denen auf einmal Folgen erwachsen, die mehr als Bäume ausreißen.

Das Geschenk des Glaubens macht die Welt nämlich sichtbar und spürbar heiter ... die ganz große Welt, die kleine Welt und sicher auch deine Welt.

Amen.

Lk 17,6 dient Brand als Ausgangspunkt, um über den Glauben an Gott im Allgemeinen nachzudenken, ihn näher zu definieren und seine Folgen für die Welt aufzuzeigen. Nachdem Brand das Gleichnis Jesu in Lk 17,6 ohne historische Einordnung der Bibelstelle und unter Darstellung der biologischen Zusammenhänge als realitätsfern präsentiert, sieht er in den Worten die Absicht Jesu, die ZuhörerInnen zum Nachdenken über den Glauben anzuregen.

Im Sinne Luthers beschreibt Brand den Glauben als Geschenk, das nicht aus eigener Leistung erbracht werden kann. Nach Brand kann Gott weder mit dem menschlichen Verstand noch allein mit Gefühlen vollumfänglich erfasst werden. Gott wird als unendlich groß beschrieben. Daraus resultierend kritisiert Brand Personen, die das Gegenteil behaupten und die Begrenztheit des menschlichen Verstandes nicht erkennen, die sich als gläubig empfinden, ohne dass dies ihre Gefühlswelt oder ihr Leben beeinflusst, und SchwärmerInnen bzw. religiöse FanatikerInnen, die die Gefühlsebene des Glaubens überbetonen. Er spricht Ungläubigen – darunter fallen auch SozialistInnen – ab, Glauben und Kirche in Gänze verstehen und beurteilen zu können. Alle Strömungen, die Glauben an Leistung binden, sieht Brand als „blanke Gotteslästerung“ an. Der Mensch müsse sich nur für den Glauben entscheiden und darum bitten. Er unterstellt Menschen, die meinen, nicht glauben zu können, nicht glauben zu wollen, denn es gehe nur darum, das Geschenk anzunehmen.

Des Weiteren charakterisiert er den Glauben als Wunder. Erneut betont er, der Glaube sei mit dem menschlichen Verstand nicht zu erfassen. Der Lehre des Sozialismus, allem, was nicht mit dem Verstand zu begreifen ist, die Existenz abzusprechen, erteilt Brand eine vehemente Absage. Der Glaube wirke so tief im Menschen, woraus seine verändernde Kraft resultiere, die Wunder möglich mache.

Brand führt nun verschiedene Situationen an, in denen er die verändernde Kraft des Glaubens in der Gegenwart der Zuhörerschaft gegeben sieht. Im Zuge dessen übt er Kritik an der Lebensweise vieler DDR-BürgerInnen und fordert implizit zur Übernahme von Verantwortung im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich auf.

Aus dem Glauben resultiere, im Leben nicht allein nach Besitzsteigerung zu streben. Im Zuge dessen thematisiert Brand die schlechte wirtschaftliche Situation in der DDR, wie – wie schon in P7Br1988 angeklungen – die Mangelwirtschaft und – wie schon in P8Br1988 behandelt – „Schlamperei und Wirtschaftsverbrechen“[673]. Brand kritisiert Personen, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind und damit die Wirtschaft zugrunde richten. Gleichzeitig fordert er zu verantwortlichem Handeln gegenüber der Wirtschaft der DDR auf. Der BEK setzte sich nicht extensiv mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in der DDR auseinander. Im Herbst 1989 betonten der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode lediglich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Veränderungen in der DDR.[674]

Des Weiteren führe Glauben nach Brand zu Aufrichtigkeit hinsichtlich der eigenen Meinung, Moral und Werte. Brand zählt hier die Nichtteilnahme an Wahlen, an Maidemonstrationen, der Jugendweihe und den *Jungen Pionieren* wegen Unvereinbarkeit mit den Glaubensgrundsätzen auf. Die Nichtteilnahme

[673] Für weitere Informationen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen siehe Predigtanalyse zu P8Br1988.

[674] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

an diesen Ereignissen wurde von staatlicher Seite als Ablehnung des sozialistischen Systems gewertet, konnte negative Auswirkungen auf die Bildungs- und Berufschancen haben oder anderweitige negative Konsequenzen für die eigene Person mit sich bringen.[675] Brand hatte schon in P6Br1986 auf die Teilnahme an den (Kommunal-)Wahlen und die Maidemonstrationen Bezug genommen. Anders als in P6Br1986 deklariert er in dieser Predigt deutlich eine Nichtteilnahme als Ausdruck des Glaubens. Wie schon in P9Br1988 kritisiert Brand erneut, diesmal unter Bezugnahme auf konkrete gesellschaftliche Ereignisse, die Widersprüchlichkeit in Rede bzw. Meinung und Handeln sowie die DDR-BürgerInnen, die entgegen ihrer Überzeugungen mit dem Strom schwimmen. In der fehlenden Aufrichtigkeit der Mehrheit der DDR-BürgerInnen sieht Brand den Grund für die problematische Situation in der DDR.

Darüber hinaus rufe Glauben Mut in den ChristInnen hervor. Die BürgerInnen, die im Land verbleiben, prangern trotz daraus resultierender Nachteile Unrecht und Menschenrechtsverletzungen an. Im Einklang mit Coblenz (P9Co1989) und dem BEK spricht sich Brand gegen die Option aus, über Ungarn auszureisen und das Land seinem unglücklichen Zustand zu überlassen, fordert zum Verbleib in der DDR und zum zukunftsorientierten, gesellschaftlichen Einsatz auf.[676] Während Coblenz (P9Co1989) die Ausreise als Flucht beschreibt, spricht Brand sehr negativ vom Ausreißen aus der DDR. Im Gegensatz zum BEK verurteilt Brand schonungslos die rechtlichen Defizite in der DDR, die fehlende Selbstreflexion und Reformbereitschaft der politisch Verantwortlichen sowie deren uneinsichtiges Vorgehen gegen Reformbestrebungen aller Art.

Glauben ruft laut Brand auch Barmherzigkeit hervor, d.h. das Bedürfnis sich um die Nächste bzw. den Nächsten zu kümmern.

All diese aus dem Glauben resultierenden, als Wunder dargestellten Entwicklungen beschreibt Brand als Bereicherung für die Einzelne bzw. den Einzelnen, die Gesellschaft und das Miteinander sowie als Möglichkeit, der Resignation in der DDR-Gesellschaft entgegenzuwirken. Diese kleinen Veränderungen könnten dann im Sinne von Lk 17,6 zu größeren Veränderungen durch den Glauben führen. Die bzw. der Einzelne kann somit mit kleinen Taten Großes bewirken.

Insgesamt vergewissert die Predigt die Anwesenden der Kraft und Wirksamkeit des Glaubens. In der Predigt schwingen neben dem vorherrschenden Motiv des Glaubens die Motive des Wunders, der Nächstenliebe, des Gehorsams, der Verantwortung und der Hoffnung mit. Der Glaube wird als ein un-

[675] Vgl. KLOTH: Zettelfalten, 187, 194; KÖNCZÖL: Erster Mai und Fünfzehnter Januar, 139ff. Für nähere Informationen zu Auswirkungen der Nichtteilnahme an der Jugendweihe und Verweigerung der Kinder- und Jugendorganisationen der DDR siehe Predigtanalyse zu P4Isk1981.

[676] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 50; Protokoll über die 116. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR vom 11. bis 13. März 1988 in Buckow (Klausurtagung), 28. März 1988, EZA 101/3073; Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287f; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Beschluß der KKL in der DDR zur Ausbürgerungsproblematik 1./2. Juli 1988 in: aaO, 305f; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66, 69; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 72.

begreifliches Geschenk beschrieben, aus dem der Einsatz für die Mitmenschen und die Welt nach dem Willen Gottes resultiert. Damit hat die Predigt starke handlungsweisende Implikationen.

4.21 Iskraut: Predigt vom 8. Oktober 1989 (P8Isk1989)

Der Predigt vom 08. Oktober 1989 liegt mit Mk 2,23-28 die für den 20. Sonntag nach Trinitatis vorgeschlagene Bibelstelle der Perikopenordnung zugrunde. Iskraut kommentierte zu den vorangegangenen Ereignissen in der DDR: „Am 7. Mai waren Kommunalwahlen. Durch Kontrollen bei den Stimmenauszählungen konnte erstmalig nachgewiesen werden, dass das offiziell mitgeteilte Wahlergebnis gefälscht war. Ergebnis: Am jedem 7. Tag der folgenden Monate gab es Punkt 17 Uhr ein Trillerpfeifenkonzert auf dem Alexanderplatz, so auch am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Um die größten Unruhen zu verhindern, wurde vielen DDR-BürgerInnen, die über Prag in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) flüchten wollten, die Ausreise gestattet. Honecker (Staatsratsvorsitzender der DDR) sagte dazu: 'Wir weinen ihnen keine Träne nach!'"[677]

Predigt zu Markus 2,$_{23\text{-}28}$ **Berlin-Johannisthal, 08.10.1989**

Liebe Gemeinde!

Ein katholischer Missionar in Afrika beobachtete, wie ein kleiner Junge lange in der Kirche kniete. Er hatte kein Gebetbuch vor sich, er konnte noch gar nicht lesen. Aber immer wieder kniete er in der Nähe des Altars. „Was machst du da?" fragte ihn eines Tages der Priester und er antwortete: „Ich halte meine Seele in die Sonne." Ich wünsche uns allen, dass uns das am Sonntag gelingt: die Seele in die Sonne halten, dass sie sich wieder erwärmt und neue Kraft schöpft.

Nicht anders hat das Volk Israel den Sabbat verstanden, den Tag der Ruhe nach angespannter schöpferischer Arbeit. Sabbat, das war ein Teilnehmen an Gottes Freude über die Schöpfung. Sabbat – das hieß: Gottes Gegenwärtigkeit feiern und die eigene Begrenzung bejahen. Sabbat – Abstand gewinnen von dem Wahn, alles sei durch Menschen machbar. Sabbat – das hieß Ferien vom Alltag, Ruhe für sich, Ruhe auch vor den anderen, aber auch für die anderen. Sabbat – das ist die Gelegenheit, mit anderen Menschen zusammen zu sein, andere kennenzulernen: Menschen, die ich brauche und die mich brauchen. Sabbat – er ermöglicht das Miteinander der Generationen anstelle des Nebeneinanders am Arbeitsplatz, ermöglicht neues Hören, Korrektur meines Lebens, Sündenbekenntnis, Atem holen, das Wesentliche wieder einfangen. Wie sagte doch der kleine Junge? „Ich halte die Seele in die Sonne".

Den Juden war der Sabbat kostbar, und was einem kostbar ist, das will man nicht verlieren, das beginnt man ängstlich zu hüten. Wir lachen heute über die verknöcherten Sabbat-Traditionen der Juden. Da durfte man nicht einmal am Sabbat Ähren raufen, weil das bereits als Erntearbeit galt. 39 verbotene Tätigkeiten am Sabbat gab es – wie gut, wollen wir sagen, dass wir keine Juden sind. Aber dies bitte nicht zu schnell.

Wir haben zwar keinen solchen Sabbat, aber wir haben eigentlich den Sonntag, und diesen Feiertag

[677] Predigtheft von Pfarrer Iskraut (2004), Privatarchiv Lührmann.

haben wir längst verloren. Anstelle eines gemeinschaftlichen Hörens auf Gottes Wort ist an diesem Tag das gänzliche Abschalten von allem getreten. Gebildet hat sich eine völlig private Nischenkultur, eine Hobbykultur, die sich der Kommunikation und der gesellschaftlichen Verantwortung entzieht. Feiertag heißt heute: Bitte nicht stören! Das Freizeitverhalten an diesem Tag ist so wenig gefüllt und versteht sich weiterhin nur als Reproduktion verschlissener Leistungskraft. Oder man stürzt sich – gerade wenn man jung ist – ins Wochenendabenteuer, das zwar zerstreut, aber nicht aufleben lässt. Man frönt schließlich allerlei Sonntagsgöttern, die nur allzu schnell dem Tanz um ein Goldenes Kalb gleichen. Da lobe ich mir doch das Judentum, das ängstlich an seinem Sabbat festhielt, weil er ihnen kostbar war. Oder gibt es doch noch Alternativen?

Die Jünger Jesu setzten sich über die Sabbatordnung hinweg – nicht so allerdings, wie unsereiner das tut, der den Gottesdienstbesuch durch ein ausgedehntes Frühstück ersetzt, nach dem Motto: Man muss doch nicht jeden Sonntag in die Kirche rennen. Nein, das muss man sicherlich nicht. Aber, wie sagte doch der kleine Afrikaner: „Die Seele in die Sonne halten." Die Frage ist, ob man darauf **auch** verzichten kann.

Die Jünger Jesu setzten sich über eine Sabbatordnung hinweg, freilich nicht über den Sabbat selbst. Und prompt kommen die Pharisäer, die Gralshüter der Ordnungen, die meinen, dass mit den Ordnungen auch immer gleich der Inhalt verlorenginge. Sie mahnen an, dass die Jünger Jesu am Sabbat, am heiligen Ruhetag, Ähren ausraufen. Die Frage des „Mundraubs", an die unsereiner vielleicht denkt, oder das Vergreifen am „Volkseigentum" stand damals nicht zur Debatte, aber dies: Wer am Sabbat Ähren ausrauft, der verrichtet Erntearbeit, die an einem Feiertag verboten war. Jesus aber verweist seine Kritiker an eine alttestamentliche Geschichte: „Habt ihr nie gelesen, was David tat, als er in Not war und ihn hungerte?" Man lese 1. Samuel 21 nach. Auf der Flucht vor Saul bittet David den obersten Priester um Brot, weil er Hunger hatte: Es waren nur Schaubrote da, die im Heiligtum auf dem Opfertisch liegen mussten, bis sie durch neue Brote ersetzt werden konnten. Aber Davids Hunger in der Notsituation der Flucht musste gestillt werden. Wörtlich heißt es 1. Samuel 21,7: „Da gab ihm der Priester von dem heiligen Brot, weil kein anderes da war." Mit anderen Worten: Geheiligte Ordnung wurde durchbrochen, um Leben zu erhalten. An diese Begebenheit erinnert Jesus die Pharisäer, um deutlich zu machen: Auch das gehört zum Sabbat dazu: einem Menschen in Not **aus** seiner Not herauszuhelfen. Das gilt auch dann, wenn festgeschriebene Ordnungen dabei übertreten werden müssen. Für Jesus hat die einfache Tat der Mitmenschlichkeit Vorrang vor starrer Gesetzlichkeit. „Der Sabbat ist um der Menschen willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbats willen." Dieses Wort kann man getrost auf andere Situationen übertragen. Wir sagen es heute im Blick auf unsere Gesellschaftsordnung so: Der Sozialismus ist eigentlich für den Menschen gemacht. Aber wir sind an einem Punkt angelangt, wo der Sozialismus nicht mehr für den Menschen da ist, sondern der Mensch für den Sozialismus da sein soll. Wir ersticken in Ordnungen, Gesetzen, Bestimmungen. In Gelöbnissen, die wir mal gesprochen und Resolutionen, die wir mal unterschrieben hatten. Wir laufen Gefahr, bei jeder verantwortlichen Tat, die nötig ist, bei jedem Wort, das gesagt werden **muss**, gleich ein oder zwei Gesetze zu überschreiten. Wer soll das aushalten! Was wundert es da, wenn junge Menschen gerade gestern beim 40. Jahrestag der DDR die Feier störten und ihren Unmut seit dem 7. Mai durch ein Trillerpfeifenkonzert bekundeten!

Der Sozialismus war seinen Begründern kostbar. Darum musste er durch Gesetze geschützt werden –

aber so? In diesem Jahr hat uns eine Menschenmasse von der Größe meiner Geburtsstadt Frankfurt/Oder verlassen. Es waren vor allem junge Menschen, und das geht weiter so. Sollen wir ihnen wirklich „keine Träne nachweinen“?

Und innerhalb der Gesellschaft befindet sich eine kleine Gruppe, die Kirche Jesu Christi, hier im Sozialismus. Gesetze und Ordnungen sind schon wichtig (wie das Geländer an einer Treppe). In unserer „noch nicht erlösten Welt“ (Theologische Erklärung von Barmen 1934, Artikel 5) in Kirche und Staat ohne Gesetze leben zu wollen, das wäre Schwärmerei. Aber Jesus lädt uns ein, Ordnungen und Gesetze an seinem Wort zu messen. „Der Sabbat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Sabbat“. Jesus konnte innerhalb der damaligen Ordnungen leben. Aber er machte ihre Grenzen sichtbar.

Zum ordnenden Zusammenhalt unseres Lebens gehört der Sabbat, gehören Sonntage und Feiertage mit dazu. Sie wollen nicht als Last verstanden, sondern als Erleichterung gelebt werden. Sie können als Ruhepunkte unser Leben innerhalb und äußerlich ordnen helfen. Feiertage sind eine gute Gabe Gottes. Wir können sie als wirkliche Feiertage gestalten, als Feiertage der Seele, des Leibes und des Geistes. Und ein festlicher Gottesdienst gehört auch dazu, und je regelmäßiger er von uns besucht wird, umso mehr wird er die beherrschende Mitte dieses Tages sein – und womöglich der ganzen Woche.

Wir brauchen den langen Atem, der hineinreicht in den Alltag und in unsere tägliche Arbeit. Auch die, die heute arbeiten **müssen**, brauchen die Ruhe und noch mehr. Besser als der kleine afrikanische Junge kann ich es nicht sagen, was sie brauchen:

„Die Seele in die Sonne halten.“

Amen.

Iskraut thematisiert in der Predigt einerseits die Bedeutung des Gottesdienstes für das Dasein der ChristInnen in der Welt und ihr Handeln in der gegenwärtigen Situation in der DDR 1989. Andererseits zieht er Parallelen zwischen der Kritik Jesu an den jüdischen Sabbatregeln in Mk 2,23-28 und der Kritik der BürgerInnen der DDR an den Regeln zur Erhaltung des Sozialismus in der DDR. Der Prediger bemängelt im Zuge dessen den Sozialismus in der Form, wie er 1989 in der DDR existiert.

Einleitend wird die Geschichte eines Jungen erzählt, der durch das Beten und die Nähe zum Altar die „Seele in die Sonne [hält]".[678] Die wärmende und belebende Wirkung der Sonne wird dabei auf den Kontakt mit Gott im Gottesdienst übertragen.

Resultierend aus Mk 2,23-28 spricht Iskraut davon, dass die Jüdinnen und Juden, wie der Junge in der Geschichte, den Sabbat als Bereicherung des Lebens verstanden und verstehen. Der Sabbat biete Erholung und ermögliche das Zusammentreffen mit anderen Menschen. In der feierlichen Begehung des Sabbats sieht Iskraut die Anerkennung der menschlichen Fehlerhaftigkeit bzw. Sündhaftigkeit und seines Unvermögens im Vergleich zum Schöpfer gegeben. Diese Aussage steht im Widerspruch zum Menschenbild des Sozialismus und Kommunismus. Laut dem *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* von 1976 böte der Sozialismus den BürgerInnen „die Möglichkeit, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten"[679]. Den Kommunismus zeichnete sich darüber hinaus dadurch aus, dass die BürgerInnen befähigt wurden, „kraft ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung und ihrer geistigen Potenzen die Produktivkräfte, die Produktionsverhältnisse und das geistig-kulturelle Leben planmäßig zu entwickeln und in zunehmendem Maße zu Beherrschern der Natur und ihrer eigenen gesellschaftlichen Entwicklung zu werden."[680] Schlussendlich: „Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der Menschheit. In ihm ist jegliche Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt, sind die Menschen von der Geißel des Krieges befreit."[681] Iskraut stellt die Idee, dass der Mensch alles aus eigener Kraft meistern kann, als Trugschluss dar.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Sabbats für die Jüdinnen und Juden kam es laut Iskraut zur Einführung der Sabbatregeln zum Schutz und Erhalt des Sabbats. Er bezeichnet den Wunsch, Kostbares zu bewahren, als ein normales menschliches Verhalten. Im Zuge dessen spricht er sich gegen eine vorschnelle Verurteilung dieses Regelwerks aus. Unter Bezugnahme auf den Sonntag als Feiertag der ChristInnen zeigt Iskraut dessen Bedeutungsverlust innerhalb der DDR-Gesellschaft, aber auch unter den ChristInnen auf. Anhand von Beispielen verdeutlicht er, dass der Sonntag lieber zur privaten Freizeitgestaltung genutzt wird. Er verwendet den Ausdruck der „privaten Nischenkultur" und spielt damit wie Pfarrer Brand (P8Br1988, P9Br1988) auf den Rückzug der DDR-BürgerInnen ins Private an. Durch das Abkapseln von der Gesellschaft versuchte man sich zumindest zeitweilig der politischen Organisiertheit des Systems und der „sozialen Kontrolle"[682] zu entziehen. Iskraut bezeichnet es als Versuch, „der Kommunikation und der gesellschaftlichen Verantwortung" zu entfliehen, was die negative Bewertung dieser Art der Sonntagsgestaltung verschärft. Diese Art der Freizeitgestaltung diene nur dazu, die Arbeitskraft der BürgerInnen

[678] Im Internet kursieren verschiedene Versionen dieser Geschichte, die genaue Herkunft der Geschichte konnte nicht ermittelt werden.

[679] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 47.

[680] AaO, 104.

[681] AaO, 105f.

[682] KELLER: Leben im Plattenbau, 39; vgl. auch GAUCK: Winter im Sommer, 335; KELLER: Leben im Plattenbau, 22, 43; MECKEL/ GUTZEIT: Opposition in der DDR, 65; NIETHAMMER: Die SED und ihre Menschen, 330.

wieder herzustellen. Damit nimmt der Prediger die Schwerpunktsetzung des Sozialismus im Leben der Menschen kritisch in den Blick. Die SED sah „die Arbeit [als] die wichtigste Sphäre des gesellschaftlichen Lebens“[683] und „als Herzstück der sozialistischen Lebensweise“[684] an. Deshalb verpflichtete sie sich, „in allen gesellschaftlichen Bereichen eine solche Atmosphäre zu entwickeln, die die Arbeitsfreude und die Leistungsbereitschaft wirksam fördert.“[685] Im Allgemeinen ging es der SED um die Steigerung der Produktivität, die eine „ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“[686] bewirken sollte. Diese Zielsetzung der Freizeit widerspricht der des Gottesdienstes, der vor allem die seelische Regeneration des Menschen beabsichtigt. Dies macht Iskraut durch die eingebundene Geschichte des Jungen deutlich und wenn er im Schluss der Predigt von „Feiertage[n] der Seele, des Leibes und des Geistes“ spricht. Auch hinsichtlich der erwähnten „Wochenendabenteuer“ der Jugend zeigt sich, dass diese zwar Unterhaltung und Ablenkung bieten, nicht aber die belebende Wirkung haben, die der Prediger dem Gottesdienstbesuch zuschreibt. Mit der Bezeichnung der Freizeitgestaltung als „Tanz um ein Goldenes Kalb“ prangert Iskraut an, dass Gott durch Zerstreuung ersetzt und das Leben nach dieser ausgerichtet wird. Im Gegensatz dazu lobt Iskraut das Judentum, das den Sabbat schützt(e). Iskraut fragt nach Alternativen zum strikten Umgang des Judentums zur Zeit Jesu und zum laxen Umgang der ChristInnen 1989 mit den Feiertagen.

Er vergleicht das Verhalten der Jünger in Mk 2,23-28 mit dem der ChristInnen 1989, die dem Gottesdienst fernbleiben, und zeigt die Unterschiede auf. Die Jünger Jesu setzten sich zwar über die Sabbatordnung hinweg, stellten aber nicht den Sabbat an sich in Frage. Das in Mk 2,23-28 beschriebene Pochen der Pharisäer auf das Einhalten der Sabbatregeln zeige die Angst, dass die lockere Handhabung dieser Regeln das Ende des Sabbats nach sich ziehen könnte.[687] Die Zurückweisung der Kritik der Pharisäer durch Jesus und die Geschichte um David in 1. Sam 21 werden angeführt, um zu verdeutlichen, dass das Wohl des Menschen im Vordergrund stehen sollte, wenn man die Einhaltung von Regeln fordert. Jesus stellte Mitmenschlichkeit über Gesetzlichkeit: „Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbats willen.“(Mk 2,27). Es wird somit einerseits durch Jesus Christus, aber auch durch den Pfarrer die Erlaubnis erteilt, Regeln zu hinterfragen und zu brechen, wenn das Wohl des Menschen gefährdet ist oder sie dem Wohl des Menschen nicht dienen.

Dies gelte auch für die Regeln und Ordnungen des Sozialismus in der DDR. Durch die Aussage „Der Sozialismus ist eigentlich für den Menschen gemacht“ und die weiteren Ausführungen schafft Iskraut eine Analogie zwischen der Situation der Jünger Jesu in Mk 2,23-28 und der der DDR-BürgerInnen 1989. Wie den Jüdinnen und Juden der Sabbat wichtig war/ist, war auch der Sozialismus seinen BegründerInnen wichtig, weshalb er durch Gesetze geschützt wurde. Die politisch Verantwortlichen in der DDR pochen wie die Pharisäer beim Sabbat auch auf die Einhaltung der Gesetze und vergessen dabei das Wohl der

[683] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 58.
[684] AaO, 88.
[685] AaO, 58.
[686] AaO, 78.
[687] In diesem Zusammenhang verwendet Iskraut das Wort „Volkseigentum“. Damit spielt er auf die verstaatlichten und zu *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* (LPG) zusammengefassten landwirtschaftlichen Betriebe an. (Vgl. AHRENDS/HOELL: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, 6, 8; KIUPEL: Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen-Tierproduktion, 8.)

Menschen. Der Schutz des Sozialismus habe laut Iskraut ungeahnte Ausmaße angenommen, weshalb er in seiner Form 1989 dem Menschen nicht mehr dienlich sei. Die Bundessynode des BEK sah in der Masse an „Anweisungen, Richtlinien und Direktiven“[688] vor allem ein Hemmnis für die junge Generation in der DDR, um demokratische Teilhabe und Mitwirkung in der Gesellschaft zu erlernen und wahrzunehmen. Iskraut formuliert direkter, wenn er davon spricht, dass durch die Regeln und Ordnungen des SED-Regimes verantwortungsvolles Handeln und Sprechen von DDR-BürgerInnen gefährdet wird. Selbst dann bestehe das Risiko, Gesetzesübertretungen zu begehen. Im Einklang mit dem BEK betont er die Bedeutung kritischer Stimmen für die Gesellschaft der DDR.[689] Iskraut bringt die Unzufriedenheit der BürgerInnen mit dem Sozialismus zum Ausdruck und beschreibt die Lebensumstände als inakzeptabel. Er äußert Verständnis für die, die ihrem Unmut mit Protesten zur Wahlfälschung und am 40. Jahrestag der DDR Luft machten. Da die Eingaben und Anzeigen zur Wahlfälschung von staatlicher Seite als unbegründet abgetan wurden, kam es am 7. jeden Monats vor allem in Berlin zu Protesten, auch am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR.[690] Iskraut stellt dieses Verhalten als für die Umstände angemessen und nachvollziehbar dar. Die KKL und die Bundessynode kritisierten den Umgang des Staates mit bürgerlichen Eingaben und Einsprüchen zu den Kommunalwahlen im Mai und baten um schnelle Bearbeitung der Anfragen durch den Staat.[691] Im Hinblick auf Proteste forderte die Bundessynode im September 1989 die „Möglichkeit friedlicher Demonstrationen“[692] ein und kritisierte, dass „gewaltlose Demonstrationen junger Menschen [...] gewaltsam unterdrückt [werden]“[693]. Das staatliche Vorgehen gegen die DemonstrantInnen thematisiert Iskraut nicht.

Auch die Flüchtlingswelle wird von Iskraut implizit und im Einklang mit dem BEK als Ergebnis der Unzufriedenheit der BürgerInnen dargestellt. Der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode gaben als Hauptursache für Ausreisen und Ausreisegesuche an, „daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Veränderungen in der Gesellschaft verweigert werden.“[694] Dadurch wären „viele Hoffnungen auf Veränderung in der DDR erloschen“[695]. Wie Iskraut sprach auch die Bundessynode davon, dass diese

[688] Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1989 in: FALKENAU: Kundgebungen Band 2, 314.

[689] Vgl. ebd; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik von 4. September 1989 in: aaO, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339.

[690] Vgl. GEHLER: Deutschland, 315; KLOTH: Zettelfalten, 290, 294ff; VÖLTZ: Staatsjubiläum, 250f; WOLLE: Heile Welt (3. Aufl.), 434, 436f.

[691] Vgl. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU: Kundgebungen Band 2, 329; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339.

[692] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341.

[693] AaO, 340.

[694] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik von 4. September 1989 in: aaO, 336; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339f.

[695] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989

Hoffnungslosigkeit besonders „junge Menschen“[696] ausreisen ließe. Um die Anzahl der AuswanderInnen zu veranschaulichen, vergleicht Iskraut sie mit der Einwohnerzahl von Frankfurt/Oder, seiner Geburtsstadt. Hinsichtlich der Beurteilung der Geflüchteten rekurriert Iskraut auf Honeckers beleidigende Aussage in einem Artikel des *Neuen Deutschlands* zu den Ausgereisten aus der DDR[697] und bringt damit die „große Empörung“[698] zum Ausdruck, die die Aussage Honeckers in der Bevölkerung der DDR auslöste. Es findet zwar keine nähere Auseinandersetzung mit dieser Aussage statt, die Abwanderung wird aber als gesellschaftliches Problem identifiziert und die persönliche Betroffenheit der DDR-BürgerInnen sowie deren Gefühle des Verlassenseins und des Verlusts von MitbürgerInnen werden angedeutet. Die Bundessynode wies im September 1989 explizit auf die negativen Auswirkungen der Abwanderung auf die Einzelne bzw. den Einzelnen, die Gesellschaft und die Wirtschaft der DDR sowie auf die internationalen Beziehungen hin.[699]

In dieser Situation betrachtet Iskraut die Rolle und Bedeutung der Kirche – als Minderheitenkirche – in der Gesellschaft der DDR. Der Ausdruck „Kirche [...] im Sozialismus“ wird – wie Iskraut ihn immer verstand auch in diesem Zusammenhang – als Ortsbestimmung verwendet.[700] Die KKL hatte diesen Ausdruck 1988 gleichermaßen definiert, aber auch eine weitere Konkretisierung für nötig befunden.[701] Iskraut betont im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre die Bedeutung des Staates mit Gesetzen und Regeln, die er als Schutz und als Leitlinien bezeichnet. Damit unterstreicht er die Notwendigkeit der weltlichen Mächte in der „noch nicht erlösten Welt“[702]. In der V. These der *Barmer Theologischen Erklärung*, der dieser Ausdruck entstammt, erkennt die Kirche die Bedeutung des Staates als weltliche Ordnungsmacht an und betont die Bedeutung der Trennung von Kirche und Staat. Sie spricht sich aber gleichzeitig dagegen aus, der Staat könne „die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.“[703] Mit diesen Ausführungen kommt Iskraut dem Vorwurf zuvor, er würde für die allgemeine Abschaffung von staatlicher Ordnung plädieren, verweist den Staat aber auch in seine Grenzen. Dies wird durch den Bezug auf Jesu Aussage zum Sabbat in Mk 2,27 noch verstärkt, denn diese erlaube den ChristInnen, Regeln und Gesetze an den Worten Jesu Christi zu messen und sie in jeder Situation im Hinblick auf ihre Bedeutung, Nützlichkeit und Förderlichkeit des Zusammenlebens zu überprüfen. Kritische Positionierung wird damit als Teil des christlichen Lebens dargestellt. Die Kontrollfunktion der Kirche und ihrer Mitglieder in der Welt wird deutlich, die auch in Aussagen des Vorsitzenden der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, zum Ausdruck kam.[704] Jesus

in: aaO, 339f.

[696] Ebd.

[697] Vgl. Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, NEUES DEUTSCHLAND, 2. Oktober 1989, 2.

[698] VÖLTZ: Staatsjubiläum, 176; vgl. auch RINK: Bürgerbewegungen in der DDR, 400.

[699] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU: Kundgebungen Band 2, 340.

[700] Vgl. Fragebogen Iskraut, Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), ebd.

[701] Vgl. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66; Arbeitsbericht 1988/89 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 48.

[702] Die Barmer Theologische Erklärung, V. These, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

[703] Ebd.

[704] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr.

Christus dient in der Predigt als Vorbild, denn nach Iskraut zeigte auch er die Grenzen der Sabbatregeln auf.

Im Schluss der Predigt hebt Iskraut erneut die Bedeutung des Sonntags für jeden einzelnen Gläubigen hervor und nimmt damit Rückbezug auf die Geschichte des Jungen vorm Altar und die im Zusammenhang mit dem Sabbat beschriebenen positiven Aspekte des Feiertags. Der Sonntag und die Feiertage sollen erleichtern und nicht als Last empfunden werden. An diesem Tag können die Gläubigen Kraft für den anstrengenden Alltag schöpfen. Auch Gott gehe es mit den Feiertagen darum, das Wohlbefinden des Menschen zu fördern. Des Weiteren stellt Iskraut hier eine Verbindung zwischen den Ausführungen zur Situation 1989 und den Ausführungen zum Gottesdienst und seiner Bedeutung für die Gläubigen her. Der turbulenten, unsicheren und kräftezehrenden politischen und gesellschaftlichen Situation wird der ruhebringende, kräftigende und ordnende Gottesdienst gegenüber gestellt, der den Umgang mit den Gegebenheiten erleichtert. Iskraut möchte die Anwesenden überzeugen und sie dazu auffordern, Sonn- und Feiertage ernst zu nehmen. Alle Menschen, auch die, die sonntags arbeiteten, bedürften der seelischen Regeneration durch den Gottesdienst.

In dieser Predigt geht es Iskraut darum, die Gläubigen der Bedeutung des Sonntags und des Gottesdienstbesuchs für ihr Leben zu vergewissern. Das Hören auf Gottes Wort dient auch dazu, in der gegenwärtigen Situation der DDR Gesetze und Regeln hinsichtlich ihrer Ausrichtung zum Wohle des Menschen zu prüfen und Kritik zu üben, wenn die staatliche Obrigkeit mit ihren Ordnungen ihre Kompetenzen überschreitet. Der Prediger erteilt resultierend aus der Bibelstelle die Erlaubnis dazu. Gewaltlose Demonstrationen als Ausdruck der Kritik werden als Handlungsoptionen nicht ausgeschlossen. Diese Handlungsaufforderung geht über die Anwesenden hinaus und richtet sich an alle ChristInnen in der DDR. Wie im Bezug auf den Sabbat verdeutlicht, geht es Iskraut nicht um die Abschaffung des Sozialismus, sondern um dessen Veränderung zum Wohle der BürgerInnen. Diese Predigt weist somit eine Mischform von vergewissernder und handlungsweisender politischer Predigt auf.

Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU: Kundgebungen Band 2, 287; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

4.22 Brand: Predigt vom 15. / 31. Oktober 1989 (P11Br1989)

Diese Predigt wurde von Pfarrer Matthias Brand am 15.10.1989 „aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR“ und am Reformationstag (Dienstag, den 31.10.1989) in Form eines Fürbittengottesdienstes in Waldenburg gehalten. Brand merkte dazu an: „Fürbittengottesdienst entspricht dem 'Montagsgebet' analog zu Leipzig und Berlin. Die Kirche fasste die Menschen nicht.“[705] Brands Ausführungen lassen verschiedentlich erkennen, dass sich die Predigt an ChristInnen und NichtchristInnen richtet. Mit Ps 95,10-11 weicht er von der Perikopenordnung ab.

Ps 95,$_{10+11}$ **Waldenburg 21.n.Trin. (15.10.)1989**

Liebe Gemeinde!

Ganz gewiß ist es übertrieben, wenn einer sagt: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne.“ Genauso gewiß finden wir aber erstaunliche Parallelen und Wiederholungen in der Geschichte. Und das hängt damit zusammen, daß über der Sonne und über allen Menschen einer ist, der seit Ewigkeit derselbe war und in Ewigkeit derselbe sein wird.

Und dieser eine Gott reagiert sehr direkt und sehr konsequent auf das Tun oder Lassen der Menschen. Er läßt sie wissen: Ich, Gott, bin ein überaus gütiger Gott, der Gehorsam, Vernunft und Einsicht belohnt mit Segen. Ich, Gott, bin aber umgekehrt auch ein eifernder Gott, der sich Ungehorsam, Bosheit und Uneinsichtigkeit durchaus nicht gefallen läßt, sondern der wirksam und einschneidend straft.

Da war vor mehr als 3.000 Jahren ein Volk, das lebte, nein – das vegetierte unter der Terrorherrschaft des ägyptischen Pharaos Ramses II., der sich natürlich „der Große“ nannte. Nicht nur daß die Männer unter den Peitschen der Sklaventreiber verbluteten, sondern der Tyrann ließ die Kinder ermorden und die Frauen von seinen Leuten vergewaltigen. Doch die Gebete der Gequälten kamen nicht umsonst vor die Ohren ihres Gottes. Bei Nacht und Nebel holte er sie heraus und zeigte ihnen den Weg in die Freiheit. Aber – kaum entronnen – geschah das eigentlich Unglaubliche: Anstatt zielstrebig voranzugehen und in wenigen Tagen das verheißene Land der Freiheit zu erreichen, begannen sie in der Wüste umherzuirren und zu tappen. Sie kamen nicht voran, sie gestalteten ihre Freiheit nicht. An jeder Kleinigkeit hielten sie sich fest, murrten und meckerten beim geringsten Anlaß, ja, sie wären am liebsten umgekehrt, „zurück zu den Fleischtöpfen Ägyptens“! So vergeßlich sind Menschen, die sich nicht mehr erinnerten, wie entsetzlich es ihnen in der Sklaverei ergangen war! Und dann das Schlimmste: Sie vergaßen ihren Gott, der sie doch aus allerhöchster Not errettet hatte. Ein goldenes Götzenbild machten sie sich, ein Stierkalb, um das sie herumsprangen wie die Wahnsinnigen, und von dem sie Hilfe und Errettung erwarteten. 40 Jahre trieben sie es so, obwohl nur ganze 3 Tage zielstrebiger Wanderung nötig gewesen wären, um ans Ziel zu kommen.

Aber dann war Gottes Geduld am Ende, und jenes Volk traf das vernichtende Wort, das im Psalm 95 aufgeschrieben steht:

[705] Anmerkungen Pfarrer Brands zu P11Br1989, Privatarchiv Lührmann.

„Vierzig Jahre war dieses Volk mir zuwider, daß ich sprach: Es sind Leute, deren Herz immer den Irrweg will und meine Wege nicht lernen wollen, so daß ich schwor in meinem Zorn: Sie sollen nicht zu meiner Ruhe kommen."

Und tatsächlich, genau so traf es ein: Nach 40 Jahren erreichten die Israeliten damals wirklich noch das verheißene Land Kanaan. Aber sie fanden nicht, was sie erwarteten. Entweder wurden sie von Streit und Unruhe zerrissen, oder es herrschte die Grabesstille neuer Diktatoren und Terrorregime über ihnen. Das Paradies fanden sie nicht, Gott läßt nicht Schindluder mit sich treiben. Seine Geduld ist sehr lang, aber nicht unerschöpflich.

Jenes Psalmwort von den 40 Jahren ist in letzter Zeit oft als ein bitterer Scherz benutzt worden, um die Situation der 40-jährigen DDR zu charakterisieren.

Für meine Ohren ist dieses Wort aber kein Scherz, angesichts der atemberaubenden Parallele in der Geschichte zweier Völker über 3.000 Jahre hinweg. Um uns den Vergleich zu ermöglichen, habe ich so ausführlich dargestellt, was die alten Israeliten damals taten und welche Konsequenzen das hatte.

Auch unser Volk entrann einem unvorstellbaren Terrorregime, das sie um Existenz, Leib und Leben brachte. Jede Familie trägt die Wunden und Narben aus jener Zeit bis heute. Und wie waren die Kirchen voll damals, als der Schrecken zu Ende war, wie konnten die Menschen auf einmal beten in ihrer Not und Hilflosigkeit!

Aber nicht lange, dann verloren auch sie die Orientierung und begannen herumzuirren. Es ging schon bald nicht mehr voran. Sie gestalteten ihre Freiheit nicht. Die Kirchen wurden langsam wieder leer. „Das Fressen kommt vor der Moral..." kommentierte Brecht bitter.

Und schon bald wollten die ersten wieder zurück zu den Fleischtöpfen Ägyptens: „Beim Adolf, da wäre sowas nicht passiert..." Immer wenn ich diese Sprüche höre, die – Gott sei´s geklagt – bis heute nicht verstummt sind, dann friert mich über soviel Dummheit und Vergeßlichkeit – als ob die Leute nicht wüßten, welche Not, Elend, Hunger, Tod und Verbrechen ihnen dieses Schreckensregime in Wahrheit angetan hat!

Und das Schlimmste ist: Auch diesmal vergaßen und vergessen die Leute ihren Gott, zu dem sie doch in ihrer Pein geschrien hatten und der sie errettete.

Als ein paar gewissenlose und machtgierige Menschen auftraten, die dem Volk einredeten, sie brauchten doch keinen Gott mehr, ohne ihn ginge es viel besser und schöner, da liefen die Undankbaren davon.

Wie die Wahnsinnigen begannen sie um ihre Götzen zu tanzen, die heute nicht mehr „Goldenes Kalb" sondern Geld und Karriere heißen:

60 Mark Kirchensteuer? – Viel zu teuer! Also raus aus der Kirche!

Der Traumberuf oder die nächst höhere Stellung im Betrieb? – Ja, aber ohne Kirche! Also weg mit diesem Gott!

Aber plötzlich ist dieser Gott wieder da mit seinem Wort, von dem jeder Buchstabe wie aus Stein gemeißelt steht: „40 Jahre war dieses Volk mit zuwider, daß ich sprach: Es sind Leute, deren Herz immer den Irrweg will und die meine Wege nicht lernen wollen, so daß ich schwor in meinem Zorn: Sie sollen nicht zu meiner Ruhe kommen!"

Und das sind die Folgen: Ein Staat, der jede Autorität und jede Glaubwürdigkeit verspielt hat, in dem

die Lüge zum Staatsprinzip aufgestiegen ist, und dem man deshalb heute die neue Ehrlichkeit so schwer glauben mag, weil sie gar so eilfertig erschallt.

Ein Staat, der die ganze Zeit mit Stacheldraht, Spitzeln und Bütteln zusammengehalten wurde und der von heute auf morgen so human sein soll? Ein Staat, dem die Leute zu Hunderttausenden davon laufen, weil sich rücksichtsloser Egoismus oder verzweifelte Hoffnungslosigkeit in den Herzen der Menschen eingefressen hat und nicht von heute auf morgen herauszureden sind.

Ein Staat aber auch, der zum großen Teil aus einem Volk von Kriechern und Speichelleckern besteht, die bisher allemal gejubelt haben, wenn Jubel befohlen war, und die bisher allemal gewählt haben, wo nichts zu wählen war. Eine Wirtschaft schließlich, die durch verbrecherische Schlamperei so wie durch verhängnisvolle ideologische Erstarrung zu Grunde gerichtet und ruiniert ist.

Auf einmal zerbröckeln die goldenen Kälber, die machtlosen Götzen stürzen vom Sockel, zu denen, die heute doch 40 Jahre so inbrünstig gebetet haben. Ich denke, wir müssen uns darüber klar sein: Das hat etwas mit Strafe zu tun, mit der Strafe Gottes an einem Volk samt seinen Führern für Undankbarkeit und Unbelehrbarkeit. Gottes Geduld war sehr lang, aber er läßt nicht Schindluder mit sich treiben. Es scheint fast, als ob 40 Jahre ein Maß sind, nach dem Gott wartet oder handelt. Was wird nun aus uns? Steht das Urteil fest? Sind wir dazu verurteilt, in Zerrissenheit, Unruhe und Chaos zu versinken?

Ich sage vor euch allen: Nein!

Und ich berufe mich auf den gütigen, verzeihenden Gott gegen den richtenden und strafenden Gott. Ich berufe mich darauf, daß nur wenige Verse von dem vernichtenden Gerichtswort, nämlich in Psalm 103, das Wort der Gnade steht:

„Barmherzig und gnädig ist der Herr,
geduldig und von großer Güte.
Er wird nicht für immer hadern
noch ewig zornig bleiben.
Er handelt nicht mit uns nach unseren Sünden und vergilt uns nicht nach unserer Missetat.
Denn so hoch der Himmel über der Erde ist, läßt er seine Gnade walten über denen, die ihn fürchten.
So fern der Morgen vom Abend ist,
läßt er unsere Übertretungen von uns sein.
Wie sich ein Vater über Kinder erbarmt,
erbarmt sich der Herr über die, die ihn fürchten.“

Dies ist die Zusage, auf die ich mich berufe. Aber euch, liebe Zuhörer, besonders euch Christen, stelle ich heute mit derselben Deutlichkeit und Dringlichkeit die Bedingung vor Augen: Hier geht es nicht um eine billige Gnade, die nichts kostet, die keine Auswirkungen hätte.

Gottes Erbarmen gilt denen, die ihn fürchten. Gott fürchten heißt nicht, ein wenig unverbindlich dranlehnen, ein wenig unauffällig mitlaufen.

Gott fürchten, heißt vielmehr:

Gott in jedem Falle mehr gehorchen als Menschen und dafür aufrichtig geradestehen. Gottes Gebot in jedem Falle höher achten als menschliche Anweisungen und Befehle und sich nicht einschüchtern lassen. Um Gottes Willen bereit sein, Kreuz und Leid auf sich zu nehmen und zwar ohne Hintertüren.

Das sind die Bedingungen der Gnade, der Umkehr zum Besseren. So ernst ist die Sache, und wer sich umsieht im Lande, der weiß das.

Und die Umkehr beginnt für uns nicht in der Nikolaikirche in Leipzig und nicht in der Gethsemanekirche in Berlin, sondern hier und heute in der St. Bartholomäuskirche in Waldenburg.

Verantwortung vor Gott für die Menschen findet für uns nicht auf den Straßen von Leipzig, Dresden oder Plauen statt, sondern hier in deinem Haus, deinem Betrieb, in deiner Schule, in deinem Herzen. Und da gibt es ein paar Fragen, an denen wir unser Handeln einmal überprüfen müssen:

Wie steht es um die Ernsthaftigkeit deiner Absichten? Schwimmst du auf der kirchlichen Welle mit, weil das zur Zeit gerade „in“ ist und weil´s nichts kostet – oder bist du auch morgen bereit, offen und aufrichtig vor deinen Genossen Chefs zu stehen und ehrlich mit ihnen zu reden?

Oder: Wenn es in Zukunft vielleicht paar Westreisen, Bananen oder Autoersatzteile mehr gibt, ziehst du dann den Kopf ein und duckmäuserst wieder wie vorher – oder bist du auch dann noch bereit, für eine echte Änderung einzutreten, damit es wirklich besser mit uns wird, und die Probleme wirklich an der Wurzel kuriert werden statt immer nur an den Blättern?

Wenn es wieder einmal anders herum gehen sollte, wenn wieder Druck auf die ausgeübt werden sollte, die keine Ruhe geben, verkriechst du dich wieder in dein privates Mauseloch, machst du dann wieder einen Bogen um die Kirche, weil es einen Nachteil geben könnte, sich dort sehen zu lassen? Jubelst du dann wieder, wenn Jubel befohlen wird, egal aus welchem Anlaß und um welchen Preis?

Wählst du dann wieder treu und brav, wenn du gar keine Wahl hast?

Diese und viele andere Fragen wären zu prüfen.

Denn wenn sich wirklich etwas ändern soll, wenn es nicht so weitergehen kann in diesem Land, dann sage ich heute:

Nicht die Regierung, nicht der Staat, nicht die Partei, nicht die Polizei oder Stasi müssen sich zuerst ändern.

Wir müssen uns zuerst ändern, vor allem wir Christen. Wir sind es, die Gottes guten, menschlichen Willen kennen. Und wenn wir endlich anfangen, konsequent, aufrichtig und vor allem gehorsam zu werden, dann ändert und bessert sich alles andere von ganz alleine.

Es heißt:

„40 Jahre ist dies Volk mir zuwider und ich schwor in meinem Zorn: Sie sollen nicht zu meiner Ruhe kommen!“

Oder:

„Gnädig und barmherzig ist der Herr, geduldig und von großer Güte.“

Wie es ausgeht, liegt ganz allein bei uns. Amen.

In dieser Predigt vergleicht Brand die Befreiung der IsraelitInnen aus Ägypten, ihre Abwendung von Gott in der Wüste und die daraus resultierenden Folgen mit der Befreiung der Deutschen vom Hitlerregime und ihrem gottlosen Leben in der DDR. Bindendes Glied ist vor allem die Zeitspanne von 40 Jahren der Wüstenwanderung und der Existenz der DDR. Im Hinblick auf die Gegenwart wirft Brand die Frage auf, ob die ChristInnen und BürgerInnen in der DDR an dem 1989 sich abzeichnenden Scheideweg aus der Strafe Gottes lernen und das Verhalten zukünftig nach Gottes Willen ausrichten. Oder ob sie nach einer kurzen Phase der Einsicht und der Neuausrichtung in das gottlose Verhalten zurückfallen. Brand leitet die Ausführungen ein, indem er Koh 1,9 einbindet: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne." Damit untermauert er biblisch seine These, dass sich Geschichte größtenteils immer wieder wiederholt. Gründe für die Parallelen im Laufe der Geschichte sieht Brand vor allem in Gottes durchgängiger Existenz und seinen Reaktionen auf menschliches Verhalten, aber auch im wiederkehrenden Verhalten der Menschen. Gott wird einerseits als liebender und fürsorglicher Gott beschrieben, der die Menschen von Leid und Unheil befreit. Andererseits strafe er die Menschen auch, wenn sie nicht nach seinem Wort lebten und handelten. Damit wird eine enge Verbindung zwischen den Entwicklungen im Laufe der Geschichte und Gottes Handeln hergestellt. In dieser Darstellung kommt auch die Forderung Gottes zum Tragen, dass die Menschen nach seinem Willen leben und handeln sollen. Diese prägt Brands gesamte Predigtausführungen.

Im Hinblick auf die IsraelitInnen stellt Brand zunächst ihre Leiden unter dem Pharao Ägyptens dar. Die Wegführung der IsraelitInnen aus Ägypten beschreibt Brand als Reaktion Gottes auf deren Gebete. Damit werden die Wirkung des Gebets bei Gott sowie die Fürsorge und Allmacht Gottes herausgestellt. Die Freiheit im weltlichen Sinne, die Gott ihnen geschenkt hatte, nutzten die IsraelitInnen aber nicht. Wie in Ex 16,2-3 geschildert, wurden sie unsicher, unzufrieden und wünschten sich lieber wieder zurück nach Äypten, wo sie wenigstens Essen hatten. Nach Brand vergaßen sie das Leiden, dem sie dort ausgesetzt waren. Und in ihrer Unzufriedenheit wandten sie sich von Gott, ihrem Befreier, ab. Dies macht Brand an der Anbetung des goldenen Kalbes deutlich. Brand interpretiert Ps 95,10-11 als Darstellung der Reaktion Gottes auf dieses Verhalten der IsraelitInnen. Eine nähere historische oder biblische Einordnung der Verse, wie auch von Ps 103,8-13, wird nicht vorgenommen. Die Erfüllung der Worte Gottes in Ps 95,10-11 sieht Brand darin gegeben, dass die IsraelitInnen zwar das gelobte Land erreichten, jedoch dort niemals in Frieden lebten, sondern entweder untereinander Krieg führten oder unter irgendeiner Fremdherrschaft standen.

Auf diese Darstellung des Auszugs aus Ägypten folgt die Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Volkes. Parallel zur Befreiung der IsraelitInnen aus der Gewalt des Pharaos stellt Brand die Befreiung der Deutschen vom Hitlerregime dar. Der darauf folgende Zulauf zu den Kirchen wird positiv bewertet. Wie die IsraelitInnen nutzten aber auch die Deutschen ihre Freiheit nicht. Ein Großteil von ihnen, vor allem in der DDR, wandte sich wieder von der Kirche ab. Seinen Eindruck, dass die eigene Versorgung höher als ethische Grundsätze gewertet wird, untermauert Brand mit einem Zitat aus Bertholt Brechts *Die Dreigroschenoper*. Es wirkt in den Aufzeichnungen so, als habe Brecht sich selbst mit diesen Worten zu den Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg geäußert, obwohl *Die Dreigroschenoper* schon 1928

veröffentlicht wurde.[706] Auch äußerten sich viele Deutsche, ähnlich den IsraelitInnen zu Ägypten, bis 1989 immer wieder positiv zum Hitlerregime, als hätten sie alle negativen Auswirkungen des Regimes auch auf die eigenen Lebensumstände vergessen. Damit weist Brand auf das weiterhin bestehende Sympathisieren einiger Deutscher mit denen vom nationalsozialistischen System propagierten Wertevorstellungen hin und bringt seine diesbezügliche Abneigung zum Ausdruck. Dementsprechend hatten der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode im Herbst 1989 zu einem Einsatz gegen nationalsozialistische Tendenzen in der DDR-Gesellschaft aufgerufen.[707] Die IsraelitInnen nutzten das goldene Kalb, die DDR-BürgerInnen die Ersatzreligion(en) Karriere und Geld und wandten sich von Gott ab. Im Zuge dessen wird auf den Sozialismus und Kommunismus als gottlose Weltanschauung angespielt, der sich die DDR-BürgerInnen größtenteils zum eigenen Vorteil anpassten. Als Gründe für das Abwenden von der Kirche werden die Einsparung der Kirchensteuer und der negative Einfluss der Kirchenmitgliedschaft auf die Karriere angeführt. Deshalb wurde in einer im Oktober 1989 von einem Gesprächskreis junger Erwachsener aus Brands Gemeinde unter seiner Mitwirkung verfassten Schrift mit dem Titel *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* Religionsfreiheit ohne „offene[...] und versteckte[...] Diskriminierungen“[708] gefordert. Die Schrift zeigt deutlich, dass die Gemeindeglieder und Brand umfassend über notwendige Veränderungen in der DDR nachdachten.

Im Sinne von Ps 95,10-11 beschreibt Brand die katastrophale politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in der DDR im Jahr 1989 als Strafe Gottes für den Ungehorsam der DDR-BürgerInnen bzw. das fehlende Handeln nach seinem Willen und Wort. Er bezeichnet diese Wahrnehmung der Verse als Beschreibung der Gegenwart in der DDR 1989 als verbreitet. Als kritische Punkte führt Brand an, dass die politisch Verantwortlichen mit Fehl- oder Desinformationen regierten – Brand spricht verächtlich von dem Aufstieg der „Lüge zum Staatsprinzip“ – und dadurch das Vertrauen der BürgerInnen verspielten. Ähnlich hatte der BEK mehrfach darauf hingewiesen, dass die Zurückhaltung von Informationen und der überhebliche Umgang des Staates mit den eigenen BürgerInnen sich negativ auf das Vertrauen auswirkte.[709] Aufgrund dieses langjährigen Verhaltens beschreibt Brand die plötzliche Bereitschaft des Staates zum Kurswechsel und zu Reformen als zweifelhaft. Egon Krenz hatte in seiner Antrittsrede am 18. Oktober 1989 betont, „[m]it der heutigen Tagung [...] eine Wende einleiten“[710] zu wollen. Und Anfang

[706] Vgl. BRECHT: Gesammelte Werke Band 2, 457.

[707] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 342; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 41.

[708] Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

[709] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der KKL in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 288f; Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 337; 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 69.

[710] Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 1.

November rühmten sich Krenz und die SED für ihr Zutun zu den Veränderungen im Land und stellten sich im Gegensatz zu den vorigen politisch Verantwortlichen als reformbereit dar.[711] Brand verweist auf die geschlossene Grenze und die Staatssicherheit als staatstragende Formen der Überwachung und der Einschränkung. Er bezeichnet diese Gegebenheiten als menschenunwürdig. Der BEK thematisierte die geschlossenen Grenzen implizit, wenn er Reiseerleichterung oder -freiheit für alle BürgerInnen forderte.[712] Des Weiteren würdigte die Bundessynode unter Verweis auf das gemeinsame Papier SED und SPD *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* das „politische[...] Handeln auch über Grenzen hinweg"[713]. In den Überlegungen zur Initiative *Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* wurden die Vor- und Nachteile von Grenzen thematisiert.[714] Die Existenz und das Vorgehen der Staatssicherheit wurden vom BEK nicht behandelt. Des Weiteren problematisiert Brand die Masse der Ausreisewilligen oder Ausreisenden. Als Gründe für das Verlassen der DDR gibt er einerseits Egoismus, andererseits Resignation und Hoffnungslosigkeit an. Der BEK hatte die Gründe für die zunehmenden Ausreisegesuche im Sinne von Resignation und Hoffnungslosigkeit vor allem in den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten der DDR gesehen. Ähnlich wie Brand hatte er aber auch eine Ausreise zur Verbesserung des Lebensstandards kritisiert.[715] Brand verurteilt das Streben nach Eigennutz vehementer und untermauert damit seine im Einklang mit dem BEK geäußerte Aufforderung zur Übernahme von Verantwortung gegenüber der DDR-Gesellschaft und den Mitmenschen.[716] Ähnlich seinen Ausführungen in P6Br1986, P8Br1988 und P9Br1988 kritisiert Brand offen den Rückzug der Mehrheit der BürgerInnen ins Private und deren Erfüllung staatlicher Forderungen. Im von Brand verfassten Vorwort zur Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* führte er dazu aus: „Die Menschen

[711]Vgl. In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3f; Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 11./12. November 1989, 1.

[712]Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 314f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 337; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; Schnellinformation des Sekretariates des BEK in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED; Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 360; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[713]Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 257.

[714]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz – Brief an die Eingeber betreffs Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung vom 22. September 1987 in: aaO, 267.

[715]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 314; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik (darin: Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an den Vorsitzenden des Staatsrates zur Ausreiseproblematik vom 2. September) 4. September 1989 in: aaO, 336f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariates des BEK in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 339f.

[716]Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293; Anlage: Beschluß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 306; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 338.

lebten in ängstlicher Angepaßtheit nach außen und in einem zunehmenden Rückzug in die beschränkteste Privatsphäre“[717]. Die Erfüllung staatlicher Erwartungen sieht er, wie schon in P6Br1986 und P10Br1989, in Beifallsbekundungen gegenüber dem Staat und der Teilnahme an der Wahl gegeben. Die Mehrheit der DDR-BürgerInnen bezeichnet er wie in P9Br1988 sehr abwertend als „Kriecher[...] und Speichellecker[...]“. Übereinstimmend mit P10Br1989 deklariert er die Nichtteilnahme an einer undemokratischen Wahl und staatlich verordneten Anerkennung konkret als Ausdruck des konsequenten Lebens in der Nachfolge und stellt die Abgabe der Stimme bei einer undemokratischen Wahl als Ausdruck von Anpassung dar. Deutlicher als in seinen Predigten P7Br1988, P8Br1988 und P10Br1989 beschreibt er den Zustand der Wirtschaft der DDR als katastrophal. Als Gründe gibt er erneut die Selbstbereicherung Einzelner und zusätzlich die Ausrichtung der Wirtschaft an unökonomischen, ideologischen Maßstäben an. In der Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* wurde vor allem dafür plädiert, die Eigenständigkeit der Betriebe zu stärken und „Industrie und Landwirtschaft von jeglicher ideologischen Gängelung und Bevormundung“[718] zu befreien. Die Entwicklungen in der DDR 1989 werden von Brand in Parallelität zu der Darstellung der Situation der IsraelitInnen als Resultat der Gebete der ChristInnen in der DDR geschildert.

Dem Bild des strafenden Gottes wird im weiteren Verlauf der Predigt unter Bezugnahme auf Ps 103,8-13 das Bild des barmherzigen und gnädigen Gottes entgegengestellt. Die Vergebung von Sünden steht an dieser Stelle im Vordergrund. Aus dieser Zusicherung der Gnade resultiert die Aufforderung an die anwesenden ChristInnen und NichtchristInnen, aus der Gottesfurcht heraus umzukehren und nach dem Wort und Willen Gottes zu reden und zu handeln. Damit könne die Strafe Gottes angewendet werden. Unter Bezugnahme auf Apg 5,29 stellt Brand – wie schon in P6Br1986 und P8Br1988 – den Gehorsam gegenüber Gott über den gegenüber dem Staat. Dieser Gehorsam solle auch im Sinne der Nachfolge unter Hinnahme von Nachteilen für die eigene Person bestehen bleiben.

Im Anschluss zeigt Brand verschiedene Möglichkeiten der Umkehr auf. Er verweist auf die beiden bekanntesten Kirchen in Leipzig und Berlin sowie auf die Großdemonstrationen in Leipzig, Dresden und Plauen, wo tausende BürgerInnen sich versammelten und für Veränderungen in der DDR-Gesellschaft eintraten. Der notwendige Einsatz für Veränderungen solle aber in der eigenen Lebensumwelt und im eigenen Herzen beginnen. Brand erteilt den Forderungen nach Änderungen ausschließlich von Regierung und staatlichen Organen eine Absage. Er betont die Notwendigkeit der Änderung jeder bzw. jedes Einzelnen, um eine wirkliche und langfristige Umgestaltung der Gesellschaft zu bewirken, und hebt damit die Bedeutung der bzw. des Einzelnen für Kirche und Gesellschaft hervor. Mit mehreren Fragen bringt Brand seine Befürchtung zum Ausdruck, dass die Anwesenden, wie die IsraelitInnen in der Wüste und die Deutschen nach dem 2. Weltkrieg, nach anfänglicher Euphorie und Hinwendung zur Kirche den Glauben und ein Leben im Sinne Gottes aufgeben und wieder in alte Muster verfallen. Z.B. könnten sie ihr Engagement mit Verbesserung der Lebensstandards und Reisemöglichkeiten wieder einstellen oder bei Nachteilen für die eigene Person wieder der Kirche fernbleiben. Im Allgemeinen warnt Brand die Anwe-

[717] Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.
[718] Ebd.

senden davor, sich wieder den Erwartungen des Systems anzupassen. Die Anwesenden werden deshalb aufgefordert, ihr Verhalten im Hinblick auf seine Aufrichtigkeit zu hinterfragen, das Engagement auf den Alltag auszudehnen und ein Leben im Glauben und in der Nachfolge Jesu zu führen. Brand überlässt den Anwesenden die Entscheidung, wieder dem Zorn Gottes ausgesetzt zu sein oder aus seiner Gnade in Nachfolge und Gehorsam zu leben.

Die Predigt zeichnet sich durch die Aufforderung an die Anwesenden zu gesellschaftspolitischer sowie christlicher Umkehr und Aufrichtigkeit aus. Da sie sich auch an NichtchristInnen richtet, die im Zuge der Ereignisse in der DDR in den Gottesdienst kamen, weist sie starke missionarische Tendenzen auf. Der Prediger arbeitet mit der Vergewisserung der Allmacht Gottes, die er in Strafe und Gnade der Menschen zum Ausdruck gebracht sieht. Die Entwicklungen in der Welt wie auch die Umbrüche in der DDR werden als Gottes Reaktionen auf das Verhalten der Menschen dargestellt. Die Predigt zeichnet sich durch eine starke Anklage an die Mehrheit der DDR-BürgerInnen in den 40 Jahren der DDR aus, ist somit nicht sehr einladend. Mit der Warnung vor neuem Unheil werden sie zu einem dauerhaften Leben im Gehorsam gegenüber Gott aufgefordert, das sich im Engagement für die eigene Gegenwart niederschlagen soll.

4.23 Brand: Predigt vom 22. Oktober 1989 (P12Br1989)

Pfarrer Brand greift mit Mi 6,6-8 auf die für den 22. Sonntag nach Trinitatis vorgeschlagene Bibelstelle der Perikopenordnung zurück.

Micha 6,$_{6\text{-}8}$ **22. n. Trn. (22.10.) 1989 Waldenburg**

Liebe Gemeinde,

eine Frage: Wie begegnen wir Gott in der angemessenen Weise?

Sollen wir gewaltige, aufwendige Gottesdienste feiern? Oder sollen wir im Gegenteil in Buße, Selbstzerknirschung und Selbstverleugnung vergehen?

Die Frage ist fast 3.000 Jahre alt und ebenso alt ist auch ihre Antwort durch den Propheten Micha:

„Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten, Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott."

Diese Antwort heißt für mich zuerst einmal: Euer Glauben soll nicht ins Extrem fallen. Weder ist es gut, sich zu groß zu machen und auf die Pauke zu hauen, noch ist es angemessen, sich zu klein zu machen, im Mauseloch zu verschwinden. Vielmehr braucht das Leben vor Gott ein klares, gesundes Mittelmaß, dies besonders in unserer Zeit, wo von der Kirche und jedem einzelnen Gläubigen Entscheidungen gefordert werden wie seit vielen Jahren nicht mehr. Darum:

1. Es ist gut, gehorsam zu sein.

Wer sind wir heute als Kirche in der DDR? Haben wir uns zu einer oppositionellen, politischen Kraft entwickelt, zu der Oppositionspartei überhaupt, solange andere, kritische Vereinigungen als staatsfeindlich verboten sind?

Und wir fragen zurecht: Ist das unsere Aufgabe? Bleibt in den Bewegungen der Zeit unser eigentlicher Auftrag, nämlich die Verkündigung des Evangeliums, mehr und mehr auf der Strecke?

Ich denke, es gibt zur Klärung dieser Frage einen ganz klaren Maßstab. Kirche ist niemals politische Kraft oder gar politische Partei aus Lust an der Politik oder gar aus Lust an der Macht. Wer uns dazu machen will, der ist an der falschen Adresse. Wer das von uns erwartet, muß sich getäuscht sehen. Und wer in der Kirche solche Gelüste verspürt, der mag uns verlassen und sich eine andere Organisation suchen. Kirche tut das, was dem Gehorsam Gott gegenüber entspricht, was Gott um der Menschen willen von den Menschen fordert, so wie es in der Heiligen Schrift geschrieben steht. Nichts anderes ist unsere Aufgabe.

Dabei kann es allerdings geschehen, daß wir auf menschliche Verhaltensweisen stoßen, die dem Willen Gottes widersprechen. Wenn dies nun im Staat, in der Gesellschaft geschieht, dann wird christlicher Glaube tatsächlich politisch, dann gibt hier wie überall das Wort des Apostel: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen." Aber, ihr Lieben, wir gehorchen Gott, nicht unserem Gutdünken, nicht unseren aufgewühlten Gefühlen, etwa gar unserer Wut und Enttäuschung, nicht irgendwelchen politischen Programmen irgendwelcher politischen Gruppierungen. Das muß ganz klar sein.

Darum möchte ich mich z.B. jeder Aktion enthalten, die die Gefahr von Gewalt in sich birgt. Wenn

ich mich gegen Zustände im Lande wende, die mir ungöttlich und deshalb unmenschlich erscheinen, dann mit meinem Wort oder mit einem friedlichen Zeichen – wie etwa der Kerze im Fenster.

Und bevor ich mich heute als Christ und Pfarrer in eine politische Aktion begebe, möchte ich mir ganz genau überlegen, ob sie dem Willen Gottes entspricht, und mich nicht etwa von einem Fieber hinraffen lassen. Und ich bitte euch alle um dieselbe Nachdenklichkeit mit kühlem Kopf und aufrichtigem Herzen. Ich bitte euch, daß keiner abseits steht, denn die Menschen in diesem Land brauchen Hilfe um Gottes Willen, nachdem die Politiker weiterhin ihrem Auftrag nicht gerecht werden, wie wir nach dem Personenwechsel an der Staatsspitze bis jetzt erleben müssen. Aber ich bitte euch genauso, daß keiner überreagiert. Nur das nüchterne, bedingungslose Gottvertrauen kann uns den rechten Weg weisen.

Gehorchen ist gut, dösen oder schreien ist schlecht.

2. Es ist gut, liebevoll zu sein.

Ich denke, daß es in diesen Tagen manchen unter uns geht wie mir:

Wenn ich gewisse Gesichter oder gewisse Uniformen oder gewisse unauffällige Eckensteher sehe, denen nichts entgeht, da befällt mich eine unchristliche Wut.

Aber ich weiß auch: Diese Wut ist ein schlechter Ratgeber! Auch in der Brust eines jeden Politikers, Polizisten, Kampfgruppenmitglieds oder Stasibeamten schlägt das Herz eines Menschen. Und ich vermute, daß ein manches dieser Herzen sehr viel Angst hat. Und ich denke weiterhin: Wenn ein Mensch das ganze Leben darauf gedrillt worden ist, daß die Partei immer recht hat, wie unendlich schwer muß es ihm fallen, zu begreifen, daß dies ein Irrtum war, weil kein Mensch immer recht haben kann.

Und wenn einer sein ganzes Leben auf diese sozialistische Idee gesetzt, wenn er vielleicht dafür sogar Verfolgung und Lebensgefahr auf sich genommen hat, und am Ende erkennen muß, daß er auf das falsche Pferd gesetzt hat, wie furchtbar schrecklich muß es in einem solchen Herzen sein!

Und wenn einer das Parteibuch nur in der Tasche hat, weil es ihm Geld, Stellung und ein faules Leben zu garantieren schien, wie muß er jetzt zittern, dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Und wie wird er sich dagegen wehren.

Ihr hört schon richtig: Ich mache Sympathiewerbung für diese Menschen. Jesus saß nämlich auch mit denen, die verachtet und gehaßt wurden, an einem Tisch. Er zog sich dafür selber Ärger und Haß zu. Und dennoch verspricht er dem Zachäus: „Deinem Haus ist Heil widerfahren. Auch du bist Abrahams Sohn," auch du bist ein Mensch, den Gott lieb hat und der Gott gehört.

Es gehört zum Gehorsam, einzusehen, daß auch heute noch hinter jedem Parteiabzeichen, in jeder Uniform und Lederjacke ein Mensch steckt, den Gott kennt und an dessen Ungehorsam Gott leidet, weil er ihn lieb hat. Die meisten von ihnen sind sogar getauft. Und wenn Gott diese Menschen liebt und ihnen nachgeht, wie könnten wir sie dann verachten oder gar hassen? Sehen wir in ihre Augen, nehmen wir ihre Angst, ihre Ungewißheit, ihre Sorgen zur Kenntnis. Die geballten Fäuste sagen nicht alles über einen Menschen aus, die Augen sprechen oft deutlicher.

Gewiß, auch wir sind Menschen, wir können nicht über unseren Schatten springen und können nicht jeden liebevoll in die Arme schließen, selbst wenn er uns schlägt oder ins Gesicht belügt. Aber das verlangt auch gar niemand, nicht einmal Gott.

Ein wenig Verständnis für die Situation der Anderen, das ist ein erster Schritt der Liebe und eine Mauer gegen Zorn, Haß und Gewalt.

Es ist gut, liebevoll zu sein, hassen oder zürnen dagegen ist schlecht.

3. Es ist gut, demütig zu sein.

Demut heißt ja bekanntlich nicht ducken und kriechen, sondern Mut zum Dienen zu haben – Demut, Dienen-Mut. Für mich heißt das: Es nützt nichts, wenn wir in der Kirche großmächtige Sprüche klopfen und herumdiskutieren, wenn nicht die ganz klare Konsequenz des Dienstes für die Menschen dabei herauskommt.

Und das sind eben die bekannten Sachen, wo die Probe aufs Exempel stattfindet:

Wenn Eltern mit ihren Kindern in der Schule einen klaren Weg des Glaubens gehen, wenn sie im Elternabend aufstehen und Position beziehen, und nicht vor dem Lehrer kuschen und ducken, nur damit der nicht auf die Idee kommt, einen ungünstigen Satz in irgendeine Beurteilung zu schreiben.

Wenn Beschäftigte im Betrieb die großmächtigen Produktionserfolge dargestellt bekommen, und sie wissen genau, daß das nicht stimmt, daß sie nicht weiter den Kopf einziehen und denken: „Laß den nur reden!," sondern daß sie dann aufstehen und die Wahrheit fordern, damit es besser wird.

Oder:

Der Abend-Frauenkreis unserer Gemeinde bittet alle Gemeindeglieder, die für eine Besserung eintreten, immer am Wochenende eine Kerze ins Fenster zu stellen zum Zeichen der stillen Mahnung und um den Menschen zu sagen: „Ich will Veränderung." Und wenn einer für Veränderung ist, dann steht ab heute die Frage: Habe ich den Mut mich öffentlich dazu zu bekennen, oder bin ich zu feige? Wenn es heute Abend dunkel wird, wird es sich zeigen, wie weit es mit unserem Mut zum Dienst für die Menschen her ist.

Und das sind natürlich nur drei Beispiele, denen jeder – aus seiner Lebenssituation – noch andere hinzufügen kann, Hauptsache, er tut es.

Gut ist es, demütig zu sein, Faulheit oder Feigheit dagegen sind schlecht.

Wie begegnen wir Gott angemessen? Gehorsam, Liebe und Demut, die drei Worte sollten wir uns merken, und Gott wird uns begegnen.

Amen.

Brand wirft zu Beginn der Predigt die Frage auf, wie Gott angemessen begegnet bzw. auch angemessen bezeugt werden kann. Mi 6,8 dient als Grundlage der Predigtausführungen. Die darin gestellten Forderungen an den Gläubigen im Umgang mit Gott werden – ohne historische Einordnung – auf die Gegenwart der Zuhörerschaft 1989 übertragen. Brand sieht den Vers als Absage sowohl an übertriebene Glaubensauslebung als auch an einen Rückzug der ChristInnen aus der Gesellschaft. Gerade in der Umbruchsphase der DDR müssten Kirche und Gläubige präsent sein und sich reflektiert einbringen. Dieser Standpunkt deckt sich mit dem des BEK, der verschiedentlich zum Verbleib und zum gesellschaftspolitischen Engagement in der DDR aufgerufen sowie die besondere Bedeutung der Kirche herausgestellt hatte.[719] Den Rücktritt Honeckers und die Neubesetzung des Amtes des Generalsekretärs des ZK der SED mit Egon Krenz am 18. Oktober 1989 beschreibt Brand, wie von vielen DDR-BürgerInnen empfunden,[720] als Fortsetzung des alten Systems. Dies macht er deutlich, wenn er davon spricht, dass der Staat weiterhin seinem Auftrag nicht nachkommt. Der Auftrag des Staates wird in dieser Predigt nicht konkretisiert. In P6Br1986 und in P9Br1988 hatte Brand es als Aufgabe des Staates definiert, das Wohl der BürgerInnen im Blick zu behalten und es zu steigern.

Der erste Aspekt in Mi 8,6, der Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes, lässt Brand die Aufgabe und Rolle von Kirche im Allgemeinen und in der DDR im Besonderen bedenken. Er reflektiert die Bedenken, die dem gesellschaftspolitischen Engagement der Kirche gegen Ende der DDR und zur Wendezeit entgegengebracht wurden und mit denen sich auch der BEK kritisch auseinandersetzte.[721] Brand spricht sich dagegen aus, dass Kirche Parteipolitik betreiben wolle. Damit greift er Vorbehalte auf, die auch im Hinblick auf die politische Predigt geäußert werden.[722] Der Auftrag der Kirche, die Verkündigung des Evangeliums und das konstante Hinweisen auf Gottes Wort und Wille, beinhalte aber auch, Missstände in Politik und Gesellschaft anzusprechen. In der von einem Gesprächskreis junger Erwachsener in Brands Gemeinde unter seiner Mitwirkung im Oktober 1989 verfassten Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* wurde als Teil des Auftrages der Kirche angesehen, „die jeweils Regierenden kritisch [zu] begleite[n]“[723]. Brands Einschätzung deckt sich mit der des BEK. Dieser hatte sich ebenfalls verschiedentlich gegen staatliche Vorwürfe gewehrt, sich unberechtigt in politische Belange einmischen oder Gegenpartei sein zu wollen. Seine Äußerungen zu gesellschaftspolitischen Sachverhalten hatte der BEK auch mit dem kirchlichen Auftrag in und an Staat und Gesellschaft

[719] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293f; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337f; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 340f.

[720] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 36, 46; DALE: The East German Revolution, 63; GEHLER: Deutschland, 319; KLOTH: Zettelfalten, 303; KOWALCZUK: Endspiel, 427; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 341f.

[721] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292.

[722] Vgl. DELEKAT: Die politische Predigt, 14; HOFFMANN: Ethisch und politisch Predigen, 154; STOLLBERG: Predigt praktisch, 19. Siehe auch *1.2 Methodik*.

[723] Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

begründet.[724] In diesem Zusammenhang zitiert Brand, wie schon in P6Br1986, P8Br1988 und P11Br1989, Apg 5,29 und verleiht dem Hinweis auf die Verantwortung des Menschen gegenüber dem Willen Gottes noch mehr Nachdruck. Aufgrund bestehender Missstände betont er die Notwendigkeit des Einsatzes für Veränderungen in der DDR-Gesellschaft. Vehement spricht sich Brand aber gegen die blinde Nachfolge von „politischen Programmen irgendwelcher politischer Gruppierungen“ aus. Damit spielt er auf die Bürgerrechtsbewegungen an, die sich ab Mitte 1989 etablierten und ihre Forderungen in Programmen kundtaten.[725] Er erwähnt, dass die gesellschaftspolitischen Gruppen im Gegensatz zur Kirche von Seiten des Staates (noch) nicht zugelassen waren. Allgemein plädiert er für die kritische Prüfung von politischen Forderungen und Aktionen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Willen Gottes. Auch der BEK hatte im Hinblick auf seine eigenen Äußerungen sowie die der Gruppen im kirchlichen Raum auf die Notwendigkeit der offensichtlichen Verbindung mit der Botschaft des Evangeliums hingewiesen.[726] Zusätzlich missbilligt Brand ein Handeln allein aus Emotionen heraus und die Anwendung von Gewalt. Im Juni 1989 hieß es dazu von Seiten der KKL: „Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche. Auch der Einsatz für Wahrheit und Wahrhaftigkeit muß in der Liebe geschehen.“[727] Im Herbst 1989 riefen der Vorsitzende der KKL und die Bundessynode zu friedlichem Protest auf.[728] Schon an dieser Stelle bringt Brand als Möglichkeit des alternativen, friedlichen Protests an, eine Kerze ins Fenster zu stellen. Diese Aktion wird im späteren Verlauf der Predigt konkretisiert.

Neben dem Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes fordert Brand, rekurrierend auf die Bibelstelle, zu einem von Nächstenliebe geprägten Umgang mit PolitikerInnen, Angehörigen der Staatssicherheit,

[724] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293; Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 552ff; Dok. 109. Beschluß des Politbüros des ZK der SED über das Gespräch des Generalsekreäts des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988 in Berlin in: aaO, 563f, 567, 569; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 66f; Vermerk der Hauptabteilung XX/4 des MfS über das Gespräch der Genossen Jarowinsky und Gysi mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in der DDR, Bischof Leich, und dem Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Ziegler, am 19.02.1988: BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, Bl. 99, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1722.pdf (18.12.2021); Vermerk zur Reaktion von Landesbischof Leich auf das Gespräch mit Genosse Jarowinsky, 23. Februar 1988, BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, Bl. 119, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1723.pdf (18.12.2021).

[725] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 22; KOWALCZUK: Endspiel, 365ff; SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 18ff.

[726] Vgl. Protokoll über die 110. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6.–8. März 1987 in Buckow, EZA 101/3071; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ 1988 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 91f; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: aaO, 334.

[727] Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 330.

[728] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

der Volkspolizei und Mitgliedern der Kampfgruppen auf. Diesen galt, neben Brands eigener Wut, auch die vieler DDR-BürgerInnen.[729] Brand nimmt sie in Schutz, indem er Verständnis für deren Enttäuschung und Angst vor den Veränderungen des sozialistischen Systems einfordert, an das sie geglaubt und für das sie gekämpft haben. Im Zuge dessen beschreibt Brand das sozialistische System als überholt und gescheitert. Neben den tatsächlichen VerfechterInnen des Systems führt Brand auch die SED-Parteimitglieder an, die allein zur Verbesserung ihres Lebensstandards in die Partei eingetreten sind. Eine SED-Parteimitgliedschaft war obligatorisch, um in der DDR Karriere zu machen.[730] Möglicherweise hätten diese nun Angst vor Konsequenzen aus ihrer Parteimitgliedschaft. Brand begründet seine Fürsprache für diese Menschen mit Jesu Interaktion mit SünderInnen und von der Gesellschaft Verstoßenen. Er bindet die Geschichte des verachteten Zöllners Zachäus in Lk 19,9 in die Predigtausführungen ein, in dessen Haus Jesus Christus trotz des schlechten Rufes des Zachäus einkehrte und ihn sogar segnete. Mit dem Verweis auf die Liebe und Vergebung Gottes, die jedem einzelnen Menschen gilt, fordert Brand die Anwesenden auf, diese Menschen mit den Augen Gottes zu betrachten und sie in diesem Sinne zu behandeln. Dabei zeigt er Verständnis, dass Menschen nicht wie Gott bedingungslos lieben können, es geht ihm aber um das Einfühlen in das Gegenüber.

Im dritten Abschnitt setzt sich Brand mit Demut auseinander. Diese definiert er als Dienst am Menschen. Brand führt drei mögliche Situationen an, in denen die ChristInnen, aber auch die anderen BürgerInnen der DDR Zeugnis ablegen und Dienst tun können. Einerseits sollen sie z.B. in der Schule trotz möglicher negativer Konsequenzen offen zu ihrem Glauben stehen. Des Weiteren könnten sie in ihrem Betrieb mehr Wahrheit und Offenheit im Hinblick auf die defizitäre, wirtschaftliche Lage gegenüber den KollegInnen und Leitenden einfordern. Übereinstimmend mit P7Br1988, P8Br1988 und P10Br1989 nimmt Brand in dieser Predigt damit erneut Bezug auf die schlechte wirtschaftliche Situation in der DDR. Er beschreibt, wie schon in P11Br1989, Schule und Betrieb als mögliche Einsatzorte und plädiert für offene Rede der Anwesenden in diesen Lebensbereichen. Der BEK hatte ab 1987 explizit die ChristInnen zu ehrlicher Rede im gesellschaftspolitischen Bereich aufgerufen und auf deren verändernde Wirkung gehofft.[731] Die dritte Möglichkeit des Zeugnisses sieht Brand in der Teilnahme an der vom Abend-Frauenkreis der Waldenburger Gemeinde initiierten Aktion. An jedem Wochenende soll jede und jeder in Form eines stummen Protests eine Kerze ins Fenster stellen und dadurch die Bereitschaft und Forderung nach Veränderung deutlich machen.

Die theologischen Inhalte der Predigt, wie Gehorsam, Nächstenliebe und Demut, schwingen in den Ausführungen nur unterschwellig mit. Die Predigt ist sehr stark handlungsweisend, indem sie der Zuhörerschaft verdeutlicht, was aus dem Glauben für das Handeln in und an der Gesellschaft erwachsen

[729] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 49, 53; KOWALCZUK: Endspiel 419, MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 202.

[730] Vgl. DALE: The East German Revolution, 80; SCHROEDER: Der SED-Staat, 289, 405.

[731] Vgl. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 329; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

soll. Brand liefert verschiedene praktische Handlungsvorschläge, die zur Verdeutlichung beitragen. Unter starker Bezugnahme auf Mi 6,8 und unter Einbindung weiterer Bibelstellen werden die ZuhörerInnen des Willens Gottes im Umgang mit dem Staat und dem Nächsten vergewissert, der kritisch, aber gewaltfrei und von Nächstenliebe geprägt sein soll. Während die Bibelstelle und Brands Eingangsfrage nach dem angemessenen Verhalten gegenüber Gott mehr die Gott-Mensch-Beziehung in den Blick nimmt, betrachtet Brand dies primär im Hinblick auf die ChristIn-Mitmensch-Beziehung. In den Ausführungen wird deutlich, dass die Beziehung zu Gott auch immer Einfluss auf die Beziehung der ChristInnen zu ihrer Umwelt haben muss. Dies wird auch an der Aussage zu Missständen, die als „ungöttlich und deshalb unmenschlich“ beschrieben werden, deutlich. Das Praktizieren von Gehorsam, Nächstenliebe und Demut beschreibt Brand als Möglichkeiten, Gott zu begegnen.

4.24 Rannenberg: Predigt vom 22. Oktober 1989 (P5Ra1989)

Diese Predigt wurde am 22.10.1989 von Pfarrer Hans-Georg Rannenberg in der Gemeinde Freienhufen bei Senftenberg gehalten. Rannenberg nutzt mit Mi 6,6-8 die für den 22. Sonntag nach Trinitatis vorgeschlagene Bibelstelle der laufenden Perikopenordnung. Anders als Brand in P12Br1989 nimmt Rannenberg in seinen Predigtausführungen eine historische Einordnung der Bibelstelle vor und nimmt auch die Verse 6+7 in den Blick. Er betonte rückblickend: „Die Situation hat mich angeregt zu dieser Auslegung des Micha-Wortes."[732]

Micha 6,6-8 **22. n. Trn. (22.10.) 1989 Freienhufen**

Liebe Schwestern, liebe Brüder, liebe einzuführende Kirchenälteste!

Alle Welt fragt in diesen Wochen in unserem Land:
Wie soll es weitergehen?
Was müssen wir tun?

Im Beschluß der (Bundessynode) der Evangelischen Kirchen in der DDR im September heißt es: Keiner hat gegenwärtig d i e Lösung. Im Aufruf des Neuen Forums heißt es: Es bedarf eines demokratischen Dialogs, gemeinsam und im ganzen Land. Der neue Generalsekretär der SED hat sich auch an die Vertreter der Kirchen gewandt... ihre Gedanken in die Politik des Staates einzubringen. Die sozialistische Gesellschaft brauche und wolle ihre Mitarbeit.

[Alle Welt fragt in diesen Wochen in unserem Land:
Wie soll es weitergehen?
Was müssen wir tun?

besonders, wenn die Nachrichten sich überschlagen, die Informationen innerhalb weniger Wochen, ja Tagen überholt sind oder wenigstens so erscheinen, (wenn z.B. die Info von vor 3 Wochen, die Neißegrenze werde von Stacheldraht gesichert, erst heute Menschen erreicht und sie das dann als Folge des Führungswechsels ansehen.)][733]

Wie soll es weitergehen?
Was müssen wir tun?

Das ist auch die Frage, die Sie, die neu gewählten Kirchenältesten im Blick auf die Kirchengemeinde bewegt und die nach ihrer Einführung in diesem Gottesdienst in der anschließenden konstituierenden Sitzung erste Antworten finden soll.

Wie soll es weitergehen?

[732] Brief von Pfarrer Rannenberg (21.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

[733] Dieser in eckige Klammern gesetzte Abschnitt wurde von Rannenberg in der eigentlichen Predigt nicht verlesen. Als mögliche Gründe gibt Rannenberg an, dass „die Situation des Führungswechsels nicht negativ beeinflusst werden sollte, vielleicht auch weil diese Information dieser Land- und Arbeitergemeinde (große Braunkohlebrikettfabrik, ein gutes Stück weg von der Oder-Neiße-Grenze) noch nicht erreicht hatte." (Ebd.) Da Rannenberg 13 Jahre in der Nähe der Oder-Neiße-Grenze als Pfarrer tätig war, „war [ihm] die Oder-Neiße-Grenze mental näher" (Ebd.).

Was müssen wir tun?

Das war nach der Pfingstpredigt des Petrus die Frage der ersten, die Christen wurden und sich dann taufen ließen.

Das bleibt die Frage der Christen, der Gemeinden, der Kirche bis auf diesen Tag.

Es ist die Frage, die immer wieder Reformen/Reformation in Gang gebracht hat (In 9 Tagen ist Gedenken an den Reformationstag).

Es ist dabei die Frage, die Glaubende immer wieder an die Bibel weist zu den Worten und Antworten, die die Ur-Kunde unseres Glaubens geworden sind, die erste und grundlegende Kunde unsres Glaubens, ohne die wir neue Antworten für die neue jeweilige Situation nicht finden. Jeder Gottesdienst will uns dieser Ur-Kunde vergewissern, will helfen, sie in uns aufzunehmen und neu wirksam zu machen.

Um wesentliche Teile dieser Ur-Kunde kennenzulernen, und ihre Kenntnis zu befestigen, haben wir eine Ordnung zu lesender und zu predigender Abschnitte daraus. Dazu gehören Psalmgebete und Evangeliumslesungen, auch dieses Gottesdienstes. Dazu gehört der Abschnitt, der in der Predigt ausgelegt werden soll.

Wir hören ihn aus dem Prophetenbuch Micha im 6. Kapitel, die Verse 6-8.

Ich lese diesmal nicht nach der Lutherübersetzung, sondern nach einer eigenen, die sich weithin anlehnt an Luther und auch die Gute Nachricht. *(Lesung)*

Mein erster Gedanke beim Lesen dieses Textes, besonders des letzten Verses, der vor zwei Wochen Wochenspruch war: „Es ist alles ganz einfach."/ „Es ist dir gesagt, Mensch, Du weißt doch Bescheid." Aber ich sagte mir das nicht ohne eine gewisse Ironie. Denn so einfach ist es eben (gerade) nicht.

Wie geschieht denn das, an das hier so selbstverständlich erinnert wird:

das Recht praktizieren,

Güte erweisen,

bewußt mit Gott gehen.

Vielleicht lägen uns viel näher die anderen Möglichkeiten, wie ein Leben mit Gott denkbar wäre, die in den konstruierten/ gedachten Fragen genannt werden.

In der Zeit, in der dieses Wort entstand, war nach der Rückkehr aus dem bald 70jährigen babylonischen Exil der Opferkult wieder in Gang gebracht worden. Hier ist die Rede von Brand- oder Ganzopfern, die offenbar durch Ölspenden ergänzt wurden. Ein Brandopfer wurde als Ganzes geschlachtet und zerlegt auf dem Altar verbrannt. Es blieb dabei (im Gegensatz zum Schlachtopfer) nichts zum Verzehr für den Menschen übrig.

Es wird gefragt, ob diese menschlichen Möglichkeiten quantitativ und qualitativ gesteigert werden sollten. Tausende von Schafböcken, Ströme von Olivenöl, nicht nur Tieropfer, sondern Menschenopfer. Die Erinnerung wird wieder wach an Kinderopfer aus frühster Zeit, die aber Ausnahmen blieben und nie als Gottesgebot anerkannt waren.

Aber solche Opfer sind der Versuch, sich von Gott unabhängig zu machen. Berechtigte Ansprüche Gottes werden abgegolten. Glaubende gehen auf die Forderung Gottes nur so lange ein, wie er dazu berechtigt erscheint. Wenn seine Forderungen für sie erledigt sind, können sie unverbindlich und unabhängig leben. Verbindliche, ständige Gemeinschaft mit Gott kommt nicht in Blick.

Nun leben wir in einer anderen Zeit, in der Opferkult nicht mehr üblich ist. Aber wir haben manches, was damit verglichen werden könnte:

Wir geben unsere Kollekte, wir geben auch für Sondersammlungen, wir könnten das noch gewaltig steigern, wir geben unsere Kirchensteuer, regelmäßig und ohne Murren, wir wären vielleicht bereit, zusammen mit der Kollekte 10% unseres monatlichen Einkommens oder noch mehr monatlich zu geben; wir nehmen am Gottesdienst teil, wir könnten uns verpflichten, wenigstens monatlich 1x dabei zu sein (dann wären aus der Gemeinde jeden Sonntag ungefähr 80 hier). Aber die Gefahr wäre immer noch die gleiche: Wir würden erfüllen, was wir als Pflicht erkannt haben, aber darüber hinaus könnte unser tägliches Leben unabhängig von Gott, unverbindlich ihm gegenüber verlaufen.

Wir könnten außerhalb des Gottesdienstes und abgesehen von unseren Geldopfern so leben, als ob es Gott nicht gäbe. (Und tun wir das nicht weithin?)

Dem gegenüber erklärt der Thoralehrer von damals, der hier zu Wort kommt, der Lehrer, der in die Wegweisung Gottes einführt:

Was Gott von uns erwartet, ist ein ständiges Achten auf seine Weisungen, das sich täglich auswirkt im Verhalten zu Menschen, mit denen wir es zu tun haben, werktäglich und auch sonntäglich! Jener Lehrer verweist nun darauf, daß dies alles längst bekannt ist, durch die Botschaft von Gottessprechern (Propheten), durch bekennende Aussagen und Gott anrufende Gebete, die von früheren Glaubenden überliefert sind.

Es ist dir gesagt, Mensch... (V.8)

Für uns ist das festgehalten, wie ich es schon ausführte, in der Ur-Kunde unseres Glaubens, der Bibel, in der Schrift des Alten und Neuen Testaments. Es ist ein vielstimmiger Chor, der da zu Wort kommt. Aber zu den Hauptstimmen gehört, daß Gott ein ständiges Gehen mit ihm erwartet im Achten auf sein Wort (Matthäus z.B. sagt: hinter Jesus hergehen, ihm nachfolgen und seine Weisungen einhalten, weil er uns gerufen hat. Johannes z.B. sagt: bei Jesus bleiben, weil er uns dazu eingeladen hat). Und dieses beständige Leben mit ihm wirkt sich aus im Verhalten zu Menschen, mit denen wir es täglich zu tun haben. – Diese Hauptstimmen sind auch zu vernehmen in der Antwort des Thoralehrers, die wir hier im Micha-Buch lesen:

Was der Herr an dir sucht, das ist:
recht tun und Güte lieben
und aufmerksam gehen mit deinem Gott
oder anders gesagt:
Achte auf das Recht
erweise anderen Gutes
tu nichts ohne Gott.
Recht praktizieren, Güte erweisen, auf Gottes Weisungen achthaben.
Das könnten Maßstäbe sein z.B. für rechte Politik.
Recht praktizieren, Güte erweisen, auf Gottes Weisungen achthaben.
Das könnten Maßstäbe sein für rechtes Verhalten zu den Politikern.
Recht praktizieren, Güte erweisen, auf Gottes Weisungen achthaben.

Das hören wir als Maßstäbe für Worte und Taten von Christen, Gemeinden, Kirche(n).

Das höre ich auch als ein Maßstab für das, was Kirchenälteste sich für ihren Dienst in der Kirchengemeinde vornehmen.

Recht praktizieren, Güte erweisen, auf Gottes Weisungen achthaben.

Ich möchte einige Beispiele anführen.

Recht praktizieren.

Unser Generalsuperintendent hat betroffen erzählt von der großen Zahl von Berichten über menschenunwürdige Behandlungen und Mißhandlungen bei der Zuführung der Volkspolizei im Zusammenhang mit der Demonstration, besonders um den 7. Oktober herum, Berichte, die der Kirchenleitung vorliegen. Recht praktizieren hieße für mich, mit Ernst diese Berichte prüfen, auch wenn es schwer fallen mag, wenn unter Umständen Unterschriften erpreßt sind, unter Dokumenten, die das Gegenteil behaupten, daß die Ergebnisse dieser Prüfungen öffentlich bekannt gemacht werden und die, die im Übereifer oder Wut, oder Angst oder aus welchem Grund sonst, sich vergangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich habe gestern abend in der Aktuellen Kamera einige Bilder gesehen, wie der Berliner Oberbürgermeister sich unter die Demonstranten gemischt und mit ihnen geredet hat in aller Offenheit und Freundlichkeit. Das könnte ich als ein Beispiel für persönliche Freundlichkeit, für Güte erweisen ansehen.

Auf die Weisung Gottes achtzuhaben kann ich von unseren führenden Politikern nicht erwarten. Aber es könnte vielleicht Ähnliches bewirken, wenn die Gesprächsbeiträge der Kirche unseres Landes, die ja (hoffentlich) im Hören auf die Weisung Gottes gegeben wurden, von der (neuen) Führung unseres Landes gehört und beachtet werden.

Recht praktizieren in unserem Verhalten zu den Politikern: Das könnte für mich heißen:

sich an die Gesetze unsere Landes halten,

die Änderung dieser Gesetze fordern, wo es um der Menschen willen, um das Miteinander der Menschen willen, notwendig erscheint (z.B. Wahlgesetz!).

den Politiker zugestehen, daß sie, solange bestimmte, auch uns unrecht erscheinende Gesetze gelten, sich daran halten.

sich entsprechend den Möglichkeiten und Kräften, die uns gegeben sind, für die Verwirklichung des Rechts im Land einsetzen, daß es jedem gerecht wird, oder noch anders gesagt: sich für die Verwirklichung eines Rechts einsetzen, das jedem gerecht wird.

Güte erweisen in unserem Verhalten zu den Politikern, persönliche Freundlichkeit: Das möchte ich für mich so auslegen: In aller Freundlichkeit aber auch Offenheit bereit sein, mit ihnen zu reden und ihnen zugestehen, daß sie Fehler machen können, und ihnen Mut machen, dies auch einzugestehen.

Im Blick auf unser Verhalten zu den Politikern: Achthaben auf Gottes Weisung, nichts tun ohne Gott, könnte für mich heißen: Sie in mein Gebet hineinzunehmen, auch in das öffentliche, denn wen ich im Gebet vor Gott bringe, der ist für mich einer, für den Gott ebenso da ist, wie für mich, ist für mich ein Mensch, der ebenso auf die Güte und Vergebung Gottes angewiesen ist wie ich. Täglich neu ist das zu bewähren (auch gerade, wenn die Situation sich täglich ändert).

Und was ich heute einmal mehr im Blick auf die Menschen außerhalb der Kirche, mehr im Blick auf

eine bestimmte Gruppe von Menschen gesprochen habe, das gilt entsprechend auch für unser Verhalten zu Familienangehörigen mit Arbeits- oder Schulkollegen, wie für unser Verhalten zu denen, die mit uns Glieder der Gemeinde und der Kirche sind, die mit uns im Ältestendienst im Gemeindekirchenrat stehen.

Ihnen gerecht werden, ihnen freundlich und offen begegnen, sie und mein Verhalten zu ihnen ins Gebet mit hineinnehmen und dabei immer wieder hören auf die Weisungen Gottes aus unserer Ur-Kunde des Glaubens, der Bibel, und das täglich neu, das wäre für mich Antwort auf die Fragen: Wie soll es weiter gehen? Was müssen wir tun?

Für mich gehört auch dazu die Einsicht, daß immer wieder Umkehr nötig ist, wie Reform/ Reformation, weil Fehler gemacht wurden, weil Fehlentwicklungen nicht verhindert wurden.

Die Einsicht, daß wir unvollkommene Menschen sind.

Es gehört für mich die Einsicht dazu, daß wir also ständig der Vergebung und der Vollendung durch Gott bedürfen.

Das gehört für mich zu der Antwort auf die Frage: Wie soll es weitergehen? Was müssen wir tun?

Mögen auch Sie Ihre Antwort aus dem uns heute gegebenen Wort finden und Ihre Einsicht dazu. Amen.

Die Predigt Rannenbergs zeichnet sich durch zahlreiche Bezüge auf die Gesamtsituation in der DDR im Herbst 1989 aus. Rannenbergs Ausführungen spiegeln die Ratlosigkeit, Unsicherheit und Angst der DDR-BürgerInnen sowie deren Suche nach neuen Wegen in der Umbruchsphase wider. Er setzt sich mit den Fragen nach der Zukunft des Landes und dem angemessenen Handeln in dieser Situation auseinander, die auch zukünftig das Presbyterium beschäftigen, dessen Mitglieder in diesem Gottesdienst in ihr Amt eingeführt werden und die Rannenberg zu Beginn gesondert begrüßt. Einerseits müssten sie sich über ihre Aufgaben und Ziele in der Gemeinde klar werden, um zukunftsorientiert handeln zu können, andererseits gestaltete sich ihr Amt in der im Herbst 1989 herrschenden politischen Situation besonders schwierig. Die im Anschluss an den Gottesdienst stattfindende erste Sitzung des Presbyteriums solle möglicherweise erste Orientierung hinsichtlich der Aufgaben liefern. Die ChristInnen und die Kirche haben sich laut Rannenberg im Laufe der Geschichte bis in die Gegenwart hinein immer wieder mit Fragen des richtigen und zukunftsorientierten Handelns beschäftigt, in bestimmten Situationen Bilanz gezogen und Neuausrichtung vorgenommen. Die Fragen werden damit als für ChristInnen allzeit präsent und aktuell beschrieben. Beispielhaft werden die ersten ChristInnen erwähnt, die im Anschluss an Petrus' Pfingstpredigt die Frage „[W]as sollen wir tun?" in Apg 2,37 konkret gestellt haben. Die Neuausrichtung des Handelns habe auch mehrfach in der Geschichte „Reformen/ Reformation" herbeigeführt. Zwar verweist Rannenberg in Klammern auf den anstehenden Reformationstag am 31. Oktober, und das Bild einer sich ständig reformierenden Kirche schwingt unterschwellig in den Predigtausführungen mit. Primär geht es aber um die Reformen des politischen und gesellschaftlichen Systems in der DDR, die seit Monaten von der Bevölkerung gefordert und forciert werden. Die Bibel und das Hören des Wortes Gottes im Gottesdienst werden als entscheidend für das Leben der Gläubigen beschrieben. Der Prediger sieht in der Bibel im Allgemeinen und im Predigttext im Besonderen Hilfestellung zum angemessenen Verhalten auch in der Umbruchsphase im Herbst 1989. Mi 6,8 fordere zur Nachfolge auf. Dies bezeichnet Rannenberg als eine der „Hauptstimmen" der Bibel und macht dies unter Bezugnahme auf das Matthäus- und das Johannesevangelium und die darin enthaltenen Aufforderungen zur Nachfolge Jesu deutlich. Daraus resultierend ruft der Prediger die Anwesenden dazu auf, ihr Denken und Handeln – auch in der Phase des Umbruchs 1989 – nach Gottes Wort auszurichten. Dies ist die Kernaussage der Predigt.

Bevor Rannenberg sich näher mit der Bibelstelle befasst, stellt er Bezüge zu Dokumenten des BEK und des *Neuen Forums* her. Darüber hinaus verweist er auf Äußerungen von Egon Krenz zur von ihm zugedachten Rolle der Kirche(n) in der Gesellschaft der DDR. Rannenberg zitiert aus dem Beschluss der Bundessynode in Eisenach vom 19. September 1989 den Satz „Keiner hat gegenwärtig die Lösung."[734] Die auch innerhalb des BEK herrschende Ratlosigkeit und Unsicherheit wird dadurch erkennbar und fasst den Standpunkt der Bundessynode zur Lage im Herbst 1989 in der DDR und zum Dialog zusammen. Die Bundessynode nahm eine neutrale Haltung ein, indem sie keiner Partei zuerkannte, die absolut richtige Lösung zu haben. Dies machte einen Dialog innerhalb der Gesellschaft sowie zwischen Staat und Kirche notwendig, da nur im Austausch der verschiedenen Parteien „die Lösung" erzielt werden konnte. Die Bundessynode betonte im Einklang mit der KKL im September 1989, dass sie „keine vernünftige Alternative

[734] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 343.

zur Fortsetzung und Erweiterung der Dialogpolitik auf allen Ebenen“[735] sieht. Auch im von Rannenberg zitierten Gründungsaufruf des *Neuen Forums* vom 10. September 1989 wurde die Notwendigkeit „eines demokratischen Dialogs [...] in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land“[736] betont. Beide Bezüge verdeutlichen, wie sehr der Herbst 1989 von Unsicherheiten und der Suche nach neuen Wegen geprägt war und dass sowohl die Bundessynode als auch politische Gruppierungen im Dialog nach Lösungen für die gegenwärtige Situation in der DDR suchen wollten und dafür eintraten. Damit nimmt Rannenberg den aktuellen Diskurs um Veränderungen im Land und um den Dialog zwischen Bevölkerung und politisch Verantwortlichen in die Predigt auf und plädiert in der Predigt im Einklang mit dem BEK und dem *Neuen Forum* immer wieder für den Dialog als Methode zur Lösungsfindung für politische und gesellschaftliche Probleme. Die Bundessynode setzte sich mit der schwierigen Situation in der DDR auseinander, äußerte sich dazu und brachte sich dadurch als gesellschaftliche Größe ein. Dies war seit Mitte Oktober 1989 von Seiten der SED ausdrücklich erwünscht. Die staatliche Seite bekundete Interesse an der Zusammenarbeit und am Austausch mit der Kirche. Rannenberg nimmt Bezug auf die Rede von Egon Krenz zum Amtsantritt am 18. Oktober. Dort sagte Krenz an die Kirche(n) gerichtet: „Die sozialistische Gesellschaft braucht und will ihre Mitarbeit.“[737] Darüber hinaus hob Krenz die Gemeinsamkeiten hervor und sprach davon, die Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes ausbauen zu wollen.[738] Auch in der *Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* und der Pressemitteilung zum Gespräch zwischen Krenz und Leich am 19. Oktober 1989 wurde von „konstruktiver Zusammenarbeit von Staat und Kirche“[739] und dem „[g]emeinsame[n] Anliegen [...], Veränderungen in unserer Gesellschaft zu fördern“[740], gesprochen. Mit der Aufforderung des Staates zur Mitwirkung der Kirche werden die Predigtausführungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen zusätzlich legitimiert. Hinsichtlich des Staat-Kirche-Verhältnisses wird in dieser Predigt der Wunsch beider Seiten nach Zusammenarbeit im Herbst 1989 benannt. Aber weder in der Rede zum Amtsantritt noch in dem Gespräch zwischen Leich und Krenz wird erkennbar, wie diese Zusammenarbeit konkret aussehen soll und sich die Kirche einbringen kann.

Der Dialog mit den staatlichen VertreterInnen war im Herbst 1989 aber auch umstritten; dieser Sachverhalt wird in der Predigt nicht thematisiert. Viele BürgerInnen der DDR zweifelten an der Ernsthaftigkeit der Gesprächsangebote von Staat und Partei und vermuteten dahinter eine „Verzögerungstaktik“[741].

[735] AaO, 342; vgl auch Anlage: Pressemitteilung vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 361; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zum KSZE-Prozeß vom 12. März 1989 in: aaO, 326; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. W. Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359.

[736] „Aufbruch 89 - Neues Forum“ Gründungsaufruf des Neuen Forum vom 10. September 1989 in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 30.

[737] Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 2.

[738] Vgl. ebd.

[739] Anlage: Pressemitteilung vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 361.

[740] Ebd; vgl. auch Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f.

[741] DALE: The East German Revolution, 70; vgl. auch BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 32; DALE: The East

Darüber hinaus wurde die Bereitschaft der staatlichen VertreterInnen zum Dialog und zu Reformen als Versuch gewertet, dass Demonstrationen eingestellt werden und die Ordnung wieder hergestellt wird.[742] Die parteiinterne Information *Zum „Neuen Forum" und zu anderen illegalen oppositionellen Gruppierungen in der DDR* aus dem Herbst 1989 stützt diese Einschätzung. Dort forderte die SED dazu auf, die von den Oppositionellen irregeführten BürgerInnen im Dialog wieder vom Sozialismus unter Vorherrschaft der SED zu überzeugen.[743] Durch den Dialog fühlten sich die DemonstrantInnen aber eher ermutigt und forderten vom Staat mehr Gelegenheiten zur Auseinandersetzung mit politischen Themen und umfangreichere Reformen des politischen und gesellschaftlichen Systems der DDR ein.[744] Damit trat das ein, was der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk als einen Teil des Dilemmas der SED bezeichnet: „Würde sie auf die Krise politisch reagieren, Fehler einräumen und einen Kurswechsel vornehmen, würde sie die Gegenwehr automatisch verstärken, weil jede Politik ohne Dialog mit der Opposition und der Gesellschaft unglaubwürdig bliebe."[745] Über die Zweifel am ehrlichen Interesse der politisch Verantwortlichen an einem Dialog hinaus wurden die PolitikerInnen des alten Stabes in vielen Fällen nicht mehr als VerhandlungspartnerInnen angesehen. Es wurden Forderungen nach der Abkehr vom Sozialismus und dem Ende des in Artikel 1 der Verfassung festgesetzten Alleinherrschaftsanspruchs der SED laut.[746] Trotz der Aufnahme von Gesprächen und dem Einleiten von Reformen war es dem SED-Regime somit nicht möglich, das Vertrauen der BürgerInnen in das System wiederherzustellen.[747]

In dem von Rannenberg schlussendlich nicht verlesenen Abschnitt der Predigt verweist er auf den negativen Einfluss der verzögerten Berichterstattung der Medien der DDR. Diese verstärke die Unsicherheit und Ängste der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 und behindere Dialogbestrebungen. Als Beispiel dafür wird die Schließung der Oder-Neiße-Grenze mit Stacheldraht angeführt. Diese Nachricht erreichte laut Rannenberg erst zum Zeitpunkt der Predigt, d.h. mit dreiwöchiger Verspätung, viele Menschen, weshalb die Grenzschließung „als Folge des Führungswechsels an[ge]sehen" wurde. Das auf Honeckers Befehl am 3. Oktober vorübergehend ausgesetzte visafreie Reisen in die VR Polen und die CSSR hatte zum Ziel, die Flüchtlingsströme zu stoppen.[748] Durch diesen Bezug macht Rannenberg deutlich, dass diese Maßnahme nicht der neuen Führung, d.h. Krenz, zuzurechnen ist und schwächt damit die Kritik der BürgerInnen an der neuen Führung ab. Indem Rannenberg diese Maßnahme Honecker zuordnet, scheint der Weg frei für den Dialog mit Krenz. Ähnlich unterstrich auch Leich im Gespräch mit Krenz am 19. Oktober, „daß jeder, der ein Amt antritt, auch die Chance haben müsse, sich zu bewähren und man hoffe, daß Vertrauen entgegengebracht wird."[749]

German Revolution, 69.

[742] Vgl. DALE: The East German Revolution, 67, 71; GAUCK: Winter im Sommer, 214; KOWALCZUK: Endspiel, 413, 429.

[743] Vgl. Informationen 1989/7, Nr. 261. Zum „Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen, BStU, MfS, HA IX, Nr. 17404, Bl. 5, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1111.pdf (11.12.2020).

[744] Vgl. DALE: The East German Revolution, 66ff, 85f.

[745] KOWALCZUK: Endspiel, 374.

[746] Vgl. DALE: The East German Revolution, 87ff; GAUCK: Winter im Sommer, 214f.

[747] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 51; DALE: The East German Revolution, 71, 83, 86; GAUCK: Winter im Sommer, 214f; KOWALCZUK: Endspiel, 428; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346f.

[748] Vgl. KOWALCZUK: Endspiel, 383; RICHTER/SOBESLAVSKY: Die Gruppe der 20, 16; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 198.

[749] Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 599.

Aus der Bibelstelle heraus geht Rannenberg der Frage nach, wie sich die PolitikerInnen und die ChristInnen im Herbst 1989 wechselseitig und gegenüber ihren Mitmenschen verhalten sollen. Anhand der drei Handlungsaufforderungen in Mi 6,8 wird deutlich, dass durch den in Mi 6,6-7 dargestellten Opferkult kein Verhältnis zu Gott hergestellt werden kann. Nach Rannenberg versuche man sich von weiterer Verantwortung Gott gegenüber freizukaufen. Anstelle des Opferkultes gebe es 1989 ähnliche Dinge wie Kollekte, Abgaben zu Sondersammlungen, Kirchensteuer und Gottesdienstbesuche, durch die etwas abgegolten werden soll, um im Alltag frei von Gott zu leben. Die Aufforderung in Mi 6,8 bedeute für die ChristInnen 1989 nicht, dass Kollekte, Abgaben zu Sondersammlung, Kirchensteuer und Gottesdienstbesuche ihre Berechtigung als Teil der christlichen Lebensäußerung verlieren. Ein Leben mit Gott und nach Gottes Weisungen müsse aber über diese Praktiken und Riten hinausgehen. Die drei in Mi 6,8 genannten Handlungsaufforderungen an die Gläubigen, „Recht praktizieren, Güte erweisen, bewußt mit Gott gehen", beschreibt Rannenberg als mögliche Richtlinien für die (Neu)Ausrichtung des Verhaltens von PolitikerInnen, ChristInnen und PresbyterInnen. Rannenberg nimmt die drei Handlungsaufforderungen einzeln auf und führt eigene Ideen zu deren Realisierung für PolitikerInnen und für ChristInnen an. Dabei geht er auf verschiedene aktuelle Ereignisse und Gegebenheiten als mögliche Anwendungsfelder ein.

Bei der Aufforderung an PolitikerInnen, „Recht [zu] praktizieren", bezieht sich Rannenberg auf das aggressive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen DemonstrantInnen am 7. Oktober. Die Berichte über „menschenunwürdige Behandlungen und Mißhandlungen", wie Rannenberg sie nennt, lagen der Kirchenleitung der *Landeskirche Berlin-Brandenburg* vor, weil die Berichte „von Mitarbeitern der Kontakttelefongruppe (einer dem Stadtjugendpfarramt Berlin angegliederten Arbeitsgemeinschaft von Vertretern verschiedener Basisgruppen) gesammelt"[750] worden waren. Rannenberg plädiert für eine Prüfung der Berichte von Betroffenen oder AugenzeugInnen und die Aufklärung der Vorgänge. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollten veröffentlicht und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Mit der Forderung nach Aufklärung vertritt Rannenberg in der Predigt den Standpunkt des BEK. Leich rief im Gespräch mit Krenz am 19. Oktober 1989 dazu auf, dass die Ereignisse „restlos aufgeklärt werden müss[t]e[n]."[751] Rannenberg geht es neben der Transparenz dieses Prozesses aber auch darum, die Rechtsstaatlichkeit gegenüber den Schuldigen zu wahren und sie nicht vorzuverurteilen. In diesem Zusammenhang spekuliert Rannenberg wie bereits Brand in P12Br1989 über mögliche Gründe für das Verhalten der Sicherheitskräfte, wie z.B. Angst, die sie zu diesem Verhalten bewegt haben könnte. Damit stellt Rannenberg die Sicherheitskräfte sehr menschlich dar. Von Leich zur Aufklärung der Ereignisse aufgefordert, beschrieb Krenz das Verhalten der Sicherheitskräfte am Jahrestag der DDR vornehmlich als emotionale Reaktion, die in manchen Fällen extrem ausgefallen wäre.[752] Die sachliche Prüfung der Ereignisse sieht Rannenberg als eine Möglichkeit an, um auf politischer Ebene „Recht [zu] praktizieren".

Als eine Gelegenheit, wie PolitikerInnen „Güte erweisen" können, führt Rannenberg den respektvollen

[750] „Gedächtnisprotokolle – Tage und Nächte nach dem 7. Oktober 1989 in Berlin in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 71.

[751] Schnellinformation des Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 359.

[752] Vgl. Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 600.

Dialog mit den DDR-BürgerInnen an. Als Beispiel für einen gelungenen Dialog erwähnt er ein Gespräch zwischen dem Berliner Oberbürgermeister und DemonstrantInnen, das am Vortag, dem 21. Oktober, an der Volkskammer in Ostberlin stattfand. Neben dem Oberbürgermeister Krack stellte sich auch Schabowski den Fragen der DemonstrantInnen. Themen waren „Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, Reisemöglichkeiten und Formen des Dialogs zwischen Bürgern und Staatsführung."[753] Rannenberg erhofft sich, dass die neue Führung kirchliche Äußerungen zukünftig ernstnimmt und dadurch Gottes Weisungen in das politische Handeln einfließen können. Damit würden die PolitikerInnen indirekt auf Gottes Weisung achten. Diese Hoffnung kann aus der Bitte von Krenz an die Kirchen erwachsen, sich in politische und gesellschaftliche Belange einbringen.

Während Rannenberg für die PolitikerInnen nur für die Aspekte des Recht-Praktizierens und Güte-Erweisens konkrete Handlungsfelder darstellt und das „Achthaben auf Gottes Weisung" nur indirekt durch das Hören auf die Äußerungen der Kirchen geschieht, wird im Verhalten von ChristInnen gegenüber den PolitikerInnen in der DDR auf alle drei Handlungsforderungen von Mi 6,8 Bezug genommen. Grund dafür ist, dass „Achthaben auf Gottes Weisung" nur in Verbindung mit dem Glauben an Gott möglich ist.

Dass ChristInnen „Recht praktizieren" bedeutet für Rannenberg, sich bei allem Protest dennoch an die geltenden Gesetze zu halten sowie bei Forderungen von Gesetzesänderungen das Wohl der Mitmenschen und des Miteinanders im Blick zu behalten. Der Aspekt der Nächstenliebe und die daraus resultierende Verantwortung für Andere wird an dieser Stelle besonders deutlich. Der BEK plädierte in diesem Sinne dafür, Rechte immer als „Rechte des anderen"[754] zu verstehen. Dahingehend hatten sich die KKL und ihr Vorsitzender 1988 für den Einsatz des BEK und seiner Gliedkirchen für das „Wohl des Gemeinwesens"[755] ausgesprochen. Ähnlich betonte die Bundessynode im September 1989: „In der Nachfolge Jesu Christi erfüllt sich das Leben nicht in dem, was ich für mich selbst habe, sondern in dem, was ich für andere bin."[756] Als Beispiel für eine dem Wohl der DDR-Gesellschaft dienende Gesetzesänderung führt Rannenberg in diesem Zusammenhang die Reformierung des Wahlrechts an, was auch der BEK als notwendige Umgestaltung ansah.[757]

Darüber hinaus werden die ChristInnen aufgefordert, Verständnis dafür aufzubringen, dass die PolitikerInnen ihr Handeln immer noch nach den geltenden, häufig „unrecht erscheinende[n] Gesetze[n]"

[753] BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 40.

[754] Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269.

[755] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293.

[756] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 340.

[757] Vgl. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht der Konferenz der EVangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341f; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 360; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

ausrichten. Die KKL hatte sich im März 1988 ebenfalls mit der Frage auseinandergesetzt: „Wie ist die Stellung zu geltendem Recht zu bestimmen, wenn dieses als veränderungsbedürftig anerkannt wird?“[758] Rannenberg plädiert für ein zurückhaltendes und reflektiertes Eintreten für Forderungen. Obwohl sich die PolitikerInnen selbst nicht an die Verfassung hielten und den DDR-BürgerInnen dort zugesprochene Rechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit verweigerten, wurde – wie in dieser Predigt gefordert – auch von Seiten des BEK und des *Neuen Forums* die Ausrichtung des eigenen Handelns an der Verfassung zugesagt. So wurde 1988 im Diskussionspapier *Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen* festgelegt, „daß alle von [der Kirche] zu verantwortenden Aktivitäten auf dem Boden der Verfassung der DDR und im Rahmen der für alle geltenden Gesetze geschehen.“[759] Auch im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 1989 forderte die KKL Sachlichkeit und Umsicht im Umgang mit den staatlichen Organen.[760] Widerstand gegen den Staat oder der Verstoß gegen Rechtsordnungen war laut BEK erst zu rechtfertigen, wenn der Gehorsam gegenüber Gott auf dem Spiel stünde.[761] Das *Neue Forum* sprach sich für das Engagement „auf gesetzliche[n] Grundlagen“[762] aus.

„Güte erweisen“ zeige sich in einem freundlichen Umgang der ChristInnen mit den PolitikerInnen. Dies beinhalte, Gespräche zuzulassen, den PolitkerInnen Fehler zuzugestehen und ihnen Mut zu machen, sie zuzugeben. Hier wird nochmal deutlich erkennbar, dass Rannenberg den Dialog mit den staatlichen VertreterInnen nicht aufgeben will. Vielmehr fordert er die ChristInnen dazu auf, diesen Dialog zu ermöglichen und den staatlichen VertreterInnen trotz ihrer Fehlerhaftigkeit mit Respekt zu begegnen. Damit wird mit „Güte erweisen“ zur Nächstenliebe aufgefordert. Mit dem Beten für die PolitikerInnen sieht Rannenberg das „Achthaben auf Gottes Weisung“ realisiert. Der Vorsitzende der KKL sicherte im Gespräch mit Honecker und Krenz 1988 und 1989 ebenfalls das Gebet für die die politisch Verantwortlichen zu.[763] Dies heiße nach Rannenberg auch, PolitikerInnen als Menschen wahrzunehmen, die aufgrund ihrer Fehlerhaftigkeit wie die ChristInnen selbst auf „die Güte und Vergebung Gottes angewiesen“ sind. Die Anwesenden werden dadurch an ihre eigene Fehlerhaftigkeit und ihrer Angewiesenheit auf Gott erinnert. Diese menschliche Fehlerhaftigkeit mache Reformen und Reformation, wie in der DDR 1989, immer wieder notwendig. Die am eigenen Leib erfahrene Vergebung der Sünden durch Gott soll auch den Umgang mit anderen Menschen bestimmen. Gott ist damit einerseits der vergebende, aber auch der fordernde Gott, der ein menschliches Leben nach seinem Willen ausgerichtet sehen will. Deshalb gelte es, immer wieder nach Gottes Willen zu fragen und daran sein Handeln und sein Leben auszurichten. Auch der

[758] Stellungsnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292.

[759] Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 92.

[760] Vgl. Meinungsbild zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 329f.

[761] Vgl. Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 92.

[762] „Aufbruch 89 – Neues Forum“ Gründungsaufruf des Neuen Forum vom 10. September 1989 in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 30.

[763] Vgl. Ansprach des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 291; Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 599.

BEK rief die ChristInnen zum Einsatz für Veränderungen in der DDR auf.[764] Die Vergewisserungen in der Predigt bedingen somit die Handlungsweisungen. Die beschriebenen Verhaltensweisen der ChristInnen gegenüber den PolitikerInnen sollen auch innerhalb der Familie, auf der Arbeit und innerhalb der Kirche, der Gemeinden und des Gemeindekirchenrates umgesetzt werden. Sie sind somit auf die Arbeit der einzuführenden PresbyterInnen übertragbar. Indem das Verhalten gegenüber der bzw. dem Nächsten auch den Umgang der ChristInnen untereinander in der Gemeinde betrifft, wird die Verantwortung und Bedeutung der einzelnen Christin bzw. des einzelnen Christen für das Zusammenleben in Gesellschaft und Gemeinde betont. Diesbezüglich kann auf das Dokument *Schritte in der Nachfolge Jesu – gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden* der *Kommission für Zeugnis und Gestalt der Gemeinde* des BEK vom April 1989 verwiesen werden. Darin wurde ein vom Friedenskonzept des Christentums geprägter Umgang auch unter den ChristInnen gefordert.[765] Gemeinsam mit Brand in P12Br1989 kommt Rannenberg zu dem Schluss, dass das Ausrichten des Lebens nach Gottes Weisungen die Antwort auf die Frage nach dem angemessenen Verhalten in der Umbruchsphase der DDR ist, und fordert die ChristInnen dazu auf, sich in der gegebenen Situation im Sinne Gottes einzubringen. Die möglichen Anwendungsfelder für „Recht praktizieren, Güte erweisen, bewußt mit Gott gehen“ werden von Rannenberg als Vorschläge formuliert. Er wünscht den Anwesenden abschließend, dass sie „[i]hre Antwort“ und „[i]hre Einsicht“ in den Bibelworten Mi 6,6-8 finden, wodurch sie über die Vergewisserung und Handlungsweisung hinaus zur Urteilsbildung ermutigt werden.

[764] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 343.

[765] Vgl. Schritte in der Nachfolge Jesu – gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden. Kommission für Zeugnis und Gestalt der Gemeinde (April 1989) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 85.

4.25 Iskraut: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P9Isk1989)

Die Predigt wurde am 29. Oktober 1989 in der Gemeinde Berlin-Johannisthal gehalten. Iskraut stellt in seinem Predigtheft der Predigt folgende Darstellung der Ereignisse in der DDR voran: „Am 7. Mai 1989 waren die letzten Wahlen in der DDR. Dieses Mal konnte durch die (nicht legalisierte) Bewegung 'Neues Forum' nachgewiesen werden, dass die Auszählung der Stimmen erheblich gefälscht war. Von kirchlicher Seite (besonders durch Bischof Dr. Forck) wurde immer wieder ein Gespräch mit der Regierung der DDR darüber angemahnt, vergeblich. Am 7. Oktober beging man noch 'feierlich' den 40. Jahrestag der DDR. Aber bereits am 9. Oktober war nach dem regelmäßigen Montagsgebet in Leipzig die große Montagsdemonstration, die die Wende einläutete: Es kommt trotz aller militärischer Vorbereitungen zu keiner staatlichen Gewalt gegen das eigene Volk. Mitte Oktober wird Egon Krenz, der noch Wochen zuvor die Gewaltanwendung in China (4. Juni 1989) auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking begrüßt hatte, der neue Staatsratsvorsitzende nach Erich Honecker. Der vorgeschlagene Predigttext für den 29.10.1989 spricht für sich“[766]. Pfarrer Eberhard Iskraut nutzt die in der Perikopenordnung vorgeschlagene Bibelstelle für diesen 23. Sonntag nach Trinitatis.

Predigt zu Matthäus $5_{,33\text{-}37}$ **Berlin-Johannisthal, 29.10.1989**

Liebe Gemeinde!

So einfach ist das also: Ja – ja, und Nein bedeutet auch nein. Also kein „sowohl als auch“, kein „Jein“, das schon die halbe Lüge in sich birgt. So ist das bei Gott, und Jesus sagt uns in der Bergpredigt, dass es bei uns Menschen auch so sein soll.

Wir erleben gerade eine Zeit mit, in der uns erschreckend deutlich wird, wie hohl Bekenntnisse sind. Jaworte also. Die Älteren unter uns wissen noch, wie schnell am 8. Mai 1945 Leute, die sich hoch und heilig dem Nationalsozialismus verschrieben hatten, die braune Weste auszogen und sich eine weiße anlegten, und nun erleben wir den gleichen Vorgang nach dem 9. Oktober: wie schnell doch auf einmal die rote Farbe abblättert, und die Menschen bekennen, schon immer anders gedacht zu haben, als sie es nach außen gesagt hatten. Einer von denen, die die Unregelmäßigkeiten bei der letzten Wahl mit zu verantworten haben, hat jetzt einen Eid geschworen und will die große Wende herbeiführen. Ist das möglich? Kann man denen trauen, die ein Saulus waren und über Nacht zum Paulus geworden sind? Bei dem Apostel Paulus selbst war das historisch gesehen ein **Vorgang**. Es hat Jahre gedauert und ist nicht, wie es den Anschein hat, über Nacht geschehen. Also Fragen über Fragen haben wir, suchen nach Antworten und finden keine. Dabei ist eigentlich alles so einfach. Eure Rede sei so, dass Ja wirklich ein Jawort ist und Nein auch nein bedeutet. So einfach ist es bei Jesus, aber leider nicht bei uns.

Darum ist es wichtig: Wenn in unserem Lande eine Wende gelingen soll, dann dürfen wir nicht nur über die Regierenden oder auch mit den Regierenden reden, wir müssen auch über uns und mit uns selber

[766] Predigtheft von Pfarrer Iskraut (2004), Privatarchiv Lührmann.

ins Gespräch kommen.

Es geht Jesus um unseren ganzen Alltag, wie wir miteinander umgehen Tag für Tag: welche Worte wir gebrauchen und in welcher Absicht wir sie sagen, welche Inhalte wir besprechen und wozu wir das tun. Und es geht auch darum, welche Rolle Gott dabei spielt.

Jede Zeit und jede Gruppe hat so ihre Umgangsformen und Redewendungen. Es sind nicht immer die feinsten Worte, die wir uns gegenseitig an den Kopf werfen. Aber es gibt Spielregeln, wie wir miteinander umzugehen haben. Wir lernen sie von Kindheit an. So war das natürlich auch im Volk Israel. Und weil sich Gott dieses Volk zu seinem besonderen Volk erwählt hat, hatte er ihnen auch Gesetze und – sagen wir es einmal so – auch Umgangsformen gegeben. Dazu gehörte auch das: „Ihr sollt bei meinem Namen keinen falschen Eid schwören und **halten**, was ihr mir geschworen habt." An sich war das ja eindeutig und hätte viel austragen können im Zusammenleben der Menschen miteinander. Aber wie das eben so geht: Wir Menschen finden immer wieder Lücken im Gesetz und Gelegenheiten, wo wir uns „herausmogeln" können. Oder wir verstehen es ganz geschickt, die Dinge so umzudeuten, dass wir schließlich doch auf unsere Kosten kommen. Doch im Notfall verstanden es die Leute auch, ein Ding zu drehen, ohne sich am Gesetz zu vergehen, ja noch schlimmer: Sie zogen womöglich durch einen Schwur den heiligen Gott in ihre fragwürdige Geschichte mit hinein. Dem Buchstaben nach konnte man also das Gesetz halten und sich dennoch mit Worten an Gott versündigen – dann zum Beispiel, wenn der Wahrheit die Liebe fehlte oder wenn einer spitzfindig genug war, das Gesetz zu seinen Gunsten auszulegen.

Und was war denn an dem, was man **nicht** beschworen hatte? Was war davon überhaupt noch glaubwürdig und wahr? Ist es nicht so: Wer dauernd beteuern muss, dass er **wirklich** die Wahrheit gesagt hat, der behält sich doch für das übrige Leben die Lüge vor!

Jesus hat das alles klar erkannt. Er hat die Zwielichtigkeit eines solchen Lebensstils durchschaut: Wie wird doch menschliches Miteinander dadurch belastet, und wie schlecht kommt der Name Gottes doch dabei weg, wenn Worte nicht mehr stimmig sind! Ich möchte Sie darum einladen, misstrauisch zu werden gegenüber Menschen, die ihre eigenen Erkenntnisse als Gottes Willen ausgeben. Ich habe Menschen kennengelernt, die ihre Umsiedlung in den Westen als Gottes Willen verkauft haben. Warum nur? Vermutlich wollten sie sich damit jede Gegenrede verbieten. Die Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika gilt bis heute selbstverständlich als Gottes Wille und „mit Gott" waren selbstverständlich alle Soldaten, Freunde wie Feinde, in den Krieg gezogen. Das Plündern und Morden während der Kreuzzüge hatte seine Rechtfertigung dadurch erfahren, dass es ja um die Eroberung des Heiligen Grabes Christi in Jerusalem ging. Wie schlecht kommt doch Gott selber bei uns weg, wie wird doch sein Name brutal missbraucht, wo so selbstverständlich mit seinem kostbaren Namen jongliert wird und sein Name nur dazu benutzt wird, die eigenen Ziele und Wünsche zu überhöhen.

Aber kommen wir nun direkt zu uns: Was haben wir nicht schon alles feierlich versprochen an Hoch–Zeiten unseres Lebens oder wenn es uns dreckig ging und wir am Boden lagen! Solange unser Herz nicht wirklich Gott gehört, werden wir über unsere großen Worte und Versprechungen nicht hinauswachsen.

Solange werden wir vielmehr immer wieder Gott und Menschen enttäuschen, vielleicht auch uns selber.

Eure Rede sei ja – ja, nein – nein: Ich habe fast den Eindruck, als wolle uns Jesus in unserem Reden den Namen Gottes „austreiben“. Denn „was darüber ist, das ist vom Übel.“ Es ist so, als wollte er sagen: Lasst bei eurem Reden doch bitte den Namen Gottes aus dem Spiel. Wirklich? Ja! Denn Gottes Name wird so am besten ins Spiel gebracht. Denn bei ihm ist es klar: Ja ist Ja und Nein ist ein Nein. Er kennt nicht den Unterschied zwischen Worten, die wahr sind und solchen, die es nicht zu sein brauchen. Zu solchem glasklaren Reden werden wir eingeladen. Schaumschlägerei steht den Jüngern Jesu schlecht an. Die Leute sollen wissen, wie sie bei uns dran sind und was unsere Worte wert sind. Ich denke, die Worte unserer kirchenleitenden Schwestern und Brüder gegenüber den staatlichen Stellen waren deshalb so kostbar, weil der Staat wusste, hier wird offen geredet, hier herrscht bereits „Glasnost“, Offenheit, Durchsichtigkeit. Hier werden keine falschen Erfolgsmeldungen nach oben durchgestellt, keine Zustände beweihräuchert und nicht mit Trick 17 gearbeitet. Diese Art des Umgangs miteinander zahlt sich jetzt aus. Eure Rede, sagt Jesus, sei ja ja, nein nein. So einfach ist das und doch so schwer. Amen.

Hilf, dass ich rede stets, womit ich kann bestehen,
lass kein unnützlich Wort aus meinem Munde gehen,
und wenn im Leben mein ich reden soll und muss,
so gib den Worten Kraft und Nachdruck ohn´ Verdruss.

(nach EG 495, 3)

Iskraut nimmt die Bibelstelle zum Anlass, um sich in der Predigt intensiv mit wahrer und ehrlicher Rede im Allgemeinen sowie der der BürgerInnen und politisch Verantwortlichen in der DDR im Speziellen auseinanderzusetzen. Mt 5,37 ist der Ausgangspunkt der weiteren Argumentation. Gott dient in diesem Zusammenhang als Vorbild, da seine Rede absolut verlässlich ist.

Iskraut spricht von der Erkenntnis, dass viele Bekenntnisse von DDR-BürgerInnen und politisch Verantwortlichen sich als wertlos herausgestellt haben. Diese Aussage ist eng mit dem erwähnten politischen Gesinnungswandel vieler DDR-BürgerInnen und beispielsweise Egon Krenz verknüpft, den Iskraut im weiteren Verlauf der Predigt thematisiert. Der Alltag in der DDR war von Gelöbnissen im Rahmen der Jugendweihe sowie mit Eintritt in die Thälmannpioniere, die FDJ oder die SED geprägt. In diesen bekannte man sich zum Sozialismus und zum sozialistischen Staat der DDR. Darüber hinaus gelobte man, sich für die Realisierung der sozialistischen Ziele und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen.[767] Eine überaus große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen der DDR war Mitglied der staatlichen Kinder- und Jugendorganisationen der DDR und nahm an der Jugendweihe teil.[768] Laut Andreas Malycha und Peter Jochen Winters war 1987 „jeder sechste Bürger der DDR über 18 Jahren [Mitglied] der SED“[769]. Nach einer maximalen Mitgliederanzahl von 2.328.331 Mitgliedern verließen bis Oktober 1989 ca. 130.000 Mitglieder die SED.[770] Die Zahlen erweckten den Eindruck, dass die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung hinter den politischen Ideen der SED stand und diese in ihrer Gesellschaft verwirklicht sehen wollte. Die große Teilnehmerzahl an den Demonstrationen gegen das SED-Regime im Herbst 1989 steht in krassem Widerspruch dazu. Iskraut vergleicht diese Situation mit der nach dem 8. Mai 1945, als viele NationalsozialistInnen mit dem Ende des 3. Reiches einfach ihre Gesinnung und damit auch die Mitverantwortung für die Geschehnisse während des 3. Reiches ablegten. Die DDR-BürgerInnen behaupteten 1989, schon immer eine andere als die sozialistische Gesinnung inne gehabt zu haben. Das Abblättern der „rote[n] Farbe“ steht in diesem Zusammenhang für den Verfall der sozialistischen Ideologie bzw. dafür, dass das Eigentliche nur überdeckt wurde und nun wieder zum Vorschein kommt. Das Verhalten der NationalsozialistInnen und der DDR-BürgerInnen bewertet Iskraut kritisch. Die hohen Mitgliederzahlen in politischen Kinder- und Jugendorganisationen und der SED lassen unweigerlich die Frage aufkommen, warum die nicht-sozialistische Gesinnung vieler DDR-BürgerInnen nicht schon früher in ihrem Handeln erkennbar wurde. Hier müssen die schulischen und beruflichen Vorteile bedacht werden, die mit einer Mitgliedschaft einhergingen.[771] Die an diesem Punkt bereits angedeutete Aufforderung Iskrauts zur Übernahme von Verantwortung für die Entwicklung ihres politischen Systems, von der sich die DDR-BürgerInnen gerade freizusprechen versuchen und diese allein den politisch Verantwortlichen zuschieben wollen, wird im weiteren Verlauf der Predigt verstärkt.

Ähnlich wie viele DDR-BürgerInnen verhielten sich viele politisch Verantwortliche. Ohne dessen Namen zu nennen, spielt der Prediger auf Egon Krenz an, der nach Honeckers Rücktritt sein Nachfolger als

[767] Vgl. Gelöbnis zur Jugendweihe in: KNOPKE: Kinder im Visier, 148; Gelöbnis der Thälmannpioniere in: aaO, 125; Statut der FDJ von 1976 zitiert in: aaO, 117; Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 108f.

[768] Vgl. KNOPKE: Kinder im Visier, 109, 135,; STEINER: Kinderleben, 492; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 148.

[769] MALYCHA/ WINTERS: Geschichte der SED, 415.

[770] Vgl. aaO, 415f.

[771] Für nähere Informationen dazu siehe Predigtanalysen zu P4Isk1981 und P12Br1989.

Generalsekretär des Zentralkomitees und zum Vorsitzenden des Staatsrates wurde. BürgerInnen machten ihrem Unmut diesbezüglich am Abend des 24. Oktober Luft.[772] Denn noch im Mai war Krenz „als Wahlleiter für die Fälschungen bei den Kommunalwahlen verantwortlich“[773] und hatte „im Fernsehen das offizielle Endergebnis von 98,89 Prozent“[774] verlesen. Iskraut spricht hinsichtlich der Kommunalwahlen sehr vorsichtig von „Unregelmäßigkeiten“, obwohl Ende Oktober 1989 der Wahlbetrug eindeutig nachgewiesen war. Seine geäußerten Zweifel an der Integrität von Krenz bestätigen Hans Michael Kloths Einschätzung, dass Krenz durch sein Mitwirken am Wahlbetrug „politisch von vornherein praktisch irreparabel beschädigt“[775] war. Der Prediger nimmt Bezug auf Krenz' Rede vom Amtsantritt vom 18. Oktober 1989, in der er davon spricht, „eine Wende einleiten“[776] zu wollen und damit den Begriff der Wende etablierte.[777] Zusätzlich forderte Krenz in seiner Antrittsrede „Mut zur Wahrheit“[778] gegenüber den BürgerInnen, wobei dies auch beinhalte, sie über negative Aspekte oder Entwicklungen zu informieren und ihnen Auseinandersetzung mit diesen Punkten zuzugestehen.[779] Im von Iskraut erwähnten Amtseid von Krenz schwor der Staatsratsvorsitzende der DDR nach der Verfassung der DDR von 1974: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik widmen, ihre Verfassung und die Gesetze wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.“[780] Krenz hatte diesen Eid schon als Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden geschworen, der er seit 1984 war.[781] Während Krenz´ Aufforderung zur wahren Rede in der Antrittsrede der von Jesus in der Bergpredigt (Mt 5,33-37) sehr nahe kommt, kann im Bezug auf den Wahlbetrug und die Ausreisewelle nicht vom Aussprechen der Wahrheit der Regierenden und der Einhaltung der Gesetze die Rede sein. Krenz dient in dieser Predigt als Beispiel für einen „falschen Eid“. Der Prediger wirft die Frage auf, ob man einer solchen Person trauen kann. Zwar macht der Prediger anhand des Wandels des Saulus zum Paulus deutlich, dass Menschen sich verändern können. Allerdings wäre dies ein jahrelanger Prozess gewesen und nicht plötzlich vonstatten gegangen. Dies betrifft neben Egon Krenz auch die einzelnen DDR-BürgerInnen, von denen vorher die Rede war. Sowohl der Bezug auf Paulus als auch der Verweis auf die Entwicklungen nach dem 3. Reich verdeutlichen die Skepsis, mit der Iskraut die gegenwärtigen Vorgänge betrachtet. Iskraut beschreibt die allgemeine Verunsicherung der BürgerInnen, die auf ehrliche Stellungnahmen des Staates hofften. Implizit zeigt Iskraut damit die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Staat und Volk auf, den die BürgerInnen der DDR und auch der BEK forderten.[782] Durch die

[772] Vgl. DALE: The East German Revolution, 79; GEHLER: Deutschland, 318f; KOWALCZUK: Endspiel, 424, 426f; MALYCHA/ WINTERS: Geschichte der SED, 339, 341; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 202.

[773] GEHLER: Deutschland, 319.

[774] WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 418.

[775] KLOTH: Zettelfalten, 303.

[776] Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 1.

[777] Vgl. DALE: The East German Revolution, 59; KOWALCZUK: Endspiel, 427; SCHROEDER: Partei, Staat und Gesellschaft, 286.

[778] Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 1.

[779] Vgl. ebd.

[780] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Art. 68, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[781] Vgl. ebd; SCHOOP: Krenz, 437.

[782] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der

genannten Beispiele aus Gegenwart und Vergangenheit macht Iskraut deutlich, dass die Umsetzung der Aufforderung zu ehrlicher Rede in Mt 5,37 schwierig und zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt in der DDR nicht gegeben ist.

Neben dem dringend notwendigen Dialog zwischen BürgerInnen und Staat fordert Iskraut vor allem zur Prüfung der eigenen Glaubwürdigkeit/ Ehrlichkeit und Verlässlichkeit auf. Dabei stellt er die These auf, dass allein dadurch Veränderungen in der DDR möglich sind. Besonders in dieser Umbruchphase sieht er Ehrlichkeit als besonders wichtig an. Neben den Anwesenden sind alle DDR-BürgerInnen angesprochen. Zur Stützung dieser Aufforderung betont Iskraut, der Aufruf Jesu Christi in Mt 5,33-37 betreffe den gesamten Alltag der Menschen und den Umgang untereinander. Dabei müsse neben der Wort- und Themenwahl auch nach der Ausrichtung von Wort und Tat nach dem Willen Gottes sowie nach den mit dem Gesagten verfolgten Ziele gefragt werden. Iskraut verweist in diesem Zusammenhang auf den Einfluss von erlernten gesellschaftlichen Umgangsformen.

Auf die Bibelstelle rekurrierend betrachtet Iskraut die Umgangsform des Schwörens genauer. In Israel war es verboten, einen falschen Eid in Gottes Namen abzulegen oder Geschworenes nicht einzuhalten. Damit wird auf Lev 19,12 und Num 30,3 Bezug genommen, auf die wiederum Mt 5,33 rekurriert. Laut Iskraut fanden und finden Menschen aber trotzdem immer wieder Schlupflöcher, um das Gesetz zu ihren Gunsten zu nutzen. Iskraut weist darauf hin, dass der Schwur selbst und ehrliche Rede an Wert verlieren, wenn das Schwören überhandnimmt; es sei dann einfacher zu lügen, als die Wahrheit zu sagen. Diese Einschätzung kann als Anspielung auf die Gegebenheiten in der DDR verstanden werden. PolitikerInnen und BürgerInnen standen nicht mehr hinter dem Eid oder den Gelöbnissen. Vielmehr erleichterten Bekenntnisse zum Sozialismus das Leben der BürgerInnen, auch wenn sie nicht ehrlich gemeint waren. Kritische Positionierungen hingegen brachten persönliche Nachteile mit sich. Laut Iskraut habe Jesus die Problematik der Belastung des menschlichen Miteinanders durch das Schwören erkannt. Daraus resultiert die Aufforderung Jesu Christi in Mt 5,34, „überhaupt nicht [mehr zu] schwören." Iskraut fordert die Anwesenden auf, Menschen gegenüber misstrauisch zu sein, die eigendienliches Handeln mit dem Willen Gottes begründen. Als Beispiel bringt Iskraut seine eigene Erfahrung mit ChristInnen an, die ihre Ausreise in den Westen als Gottes Wille ausgegeben haben. Des Weiteren werden die Apartheid, im Namen Gottes in den 2. Weltkrieg gezogene Soldaten und die Kreuzzüge angebracht. Im Falle der Soldaten ver-

DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 58f; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: aaO, 92; Zu den Ereignissen in der Berliner Zionsgemeinde. Schnellinformation des Leiters des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 04.12.1987 in: aaO, 386f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 343; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED; Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f; Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 71; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

weist Iskraut darauf, dass beide Kriegsparteien ihre Kriegsteilnahme als göttlichen Willen ansahen. Alle genannten Umstände werden kritisiert, da Gott nur zur Legitimation eigener Ziele und zum Schutz vor Widerspruch von außen dient. Wie die ChristInnen Gott vielfach zur Legitimation nutzten, begründe das SED-Regime viele Handlungen damit, dass dadurch der Sozialismus geschützt und in seiner Entwicklung vorangetrieben werde. Besonders Ende der 80er Jahre ging es der SED aber primär um den Erhalt der eigenen Macht.[783] Diese Anspielung schwingt hier implizit mit.

Iskraut erinnert die Anwesenden daran, dass auch sie in besonders guten und schlechten Zeiten Gott Dinge versprochen haben. Wie Iskraut zu Beginn der Predigt hinsichtlich der Versprechen der DDR-BürgerInnen und -PolitikerInnen von „hohl[en] Bekenntnisse[n]“ spricht, kommt er auch bei den ChristInnen zu dem Schluss, dass, wenn das Herz nicht Gott gehört, diese Versprechen nur Lippenbekenntnisse sind und nur zu Enttäuschungen führen. Lippenbekenntnisse gegenüber Gott, den Mitmenschen und dem Staat könnten sich negativ auf das Miteinander und auf die eigene Person auswirken.

Unter Bezugnahme auf Mt 5,37 interpretiert er Jesu Botschaft als Aufruf, Gottes Name als Garant menschlicher Rede gar nicht zu nutzen. Durch ehrliche Rede diene man Gott am besten, ehre seinen Namen und zeichne sich den Mitmenschen gegenüber durch Verlässlichkeit aus. Die Ehrlichkeit, Offenheit und Verlässlichkeit der KirchenvertreterInnen in Gesprächen mit VertreterInnen des Staates wird als Beispiel für eine solche ehrliche Rede angebracht. Iskraut nutzt in diesem Zusammenhang den Begriff *Glasnost*, was schon seit langem von kirchlicher Seite praktiziert worden sei. Iskraut bewertet *Glasnost* positiv und fordert sie indirekt auch von staatlicher Seite ein. Es wird ein Gegensatz zwischen der staatlichen und der kirchlichen Art der Gesprächsführung aufgemacht. Das Verhalten der kirchlichen VertreterInnen wird honoriert. Die kritisierte Gesprächsführung wird nicht explizit den staatlichen VertreterInnen zugeordnet, aber falsche Erfolgsmeldungen und Beweihräucherung der Zustände sind Vorgehensweisen, die das SED-Regime auch bei der Medienlenkung angewendet hat.[784] Iskrauts Einschätzung der Gesprächskultur des SED-Regimes steht der des Vorsitzenden der KKL, Dr. Hempels, entgegen, der noch 1985 sagte: „Wir haben erfahren, daß Staatsvertreter – wenn sie einmal 'Ja gesagt' haben - auch 'Ja tun'.“[785] 1988 sprach Hempels Nachfolger, Dr. Werner Leich, trotz der Wahrnehmung von Spannungen zwischen Kirche und Staat von einem „offenen und sachlichen Dialog auf der Grundlage wachsenden Vertrauens“[786]; die KKL sah in der „verfassungsmäßige[n] Trennung von Kirche und Staat [...] für beide eine Chance, in freimütigem und offenem Dialog Lebenfragen des Volkes zu erörtern.“[787] Iskrauts Bewertung der Gesprächskultur zwischen Kirche und Staat deckt sich eher mit der Einschätzung Ehrhart Neuberts, dass die Gespräche nicht „dialogisch und partnerschaftlich“[788] abliefen. Dies wurde in den Jahren 1987 bis 1989 daran deutlich,

[783] Vgl. BAHRMANN/ LINKS: Chronik der Wende, 42 DALE: The East German Revolution, 62; GEHLER: Deutschland, 283; SCHROEDER: Partei, Staat und Gesellschaft, 291.

[784] Zum Thema Medienlenkung siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[785] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 11.Februar 1985 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 183.

[786] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 287.

[787] Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 293.

[788] NEUBERT: Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht, 332. Für weiteren Informationen zur Gesprächskultur zwischen dem BEK und seinen Gliedkirchen mit dem Staat siehe *2.1.2 Bewertung und Folgen des Gesprächs.*

dass der Staat einerseits von zugesagten Gesprächen mit der Kirche zurücktrat und andererseits der KKL-Vorsitzende Leich in einem spontanen Gespräch mit Werner Jarowinsky aggressiv mit staatlichen Vorwürfen konfrontiert wurde. Beide Gegebenheiten wurden von Seiten der KKL und ihrem Vorsitzenden kritisiert.[789]

Die positive Bewertung des Verhaltens der KirchenvertreterInnen gegenüber dem Staat war vor allem gegen Ende der DDR nicht allgemeiner Konsens unter den Kirchenmitgliedern. Die KirchenvertreterInnen haben sich zwar mehrfach zu offener Rede gegenüber dem Staat verpflichet und zu vielen Themen einen klaren Standpunkt bezogen.[790] In einigen Zusammenhängen übten sie sich aber in Zurückhaltung, um das Staat-Kirche-Verhältnis nicht zusätzlich zu belasten.[791] Gerade diese Zurückhaltung, die viele Kirchenleitenden bis Sommer 1989 auch von den Basisgruppen forderten, brachte ihnen Kritik ein.[792] Aus dem Verweis auf die offene Gesprächsführung der KirchenvertreterInnen mit dem Staat resultiert die Aufforderung Iskrauts, dass die Aussagen der Kirche auch in der Zeit der „Wende" verlässlich bleiben sollten. Die Anwesenden und die ChristInnen der DDR sollen ebenso mit ihren Aussagen Offenheit und Ehrlichkeit praktizieren. Das Plädoyer für einen ehrlichen Umgang kann auf das gesamte Volk der DDR und auf die PolitikerInnen ausgeweitet werden. Dies wird durch die leicht abgewandelte dritte Strophe des Liedes *O Gott, du frommer Gott*[793], untermauert, die als Gebet gesprochen wird. Indem Iskraut „Amt" durch „Leben" ersetzt hat, macht er die Aussage für alle Anwesenden bedeutsam. Neben der Bitte um Rede, die vor Gott Bestand hat, geht es in der Strophe darum, „kein unnützlich Wort" zu sprechen. Gott gilt somit als die Größe, nach der man das eigene Reden ausrichten soll. Des Weiteren wird Gott darum gebeten, notwendiger Rede „Kraft und Nachdruck" zu verleihen.

Die Predigt wird von der Handlungsaufforderung in Mt 5,37, offen und ehrlich zu sprechen, bestimmt und mit ihr abgeschlossen. Der Prediger versucht durch die Bezüge auf die Gegenwart und die Vergan-

[789]Vgl. Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr.Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 289; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294; Vermerk zur Reaktion von Landesbischof Leich auf das Gespräch mit Genosse Jarowinsky, 23. Februar 1988: MfS HA XX/4 2557, Bl. 119, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1723.pdf (18.12.2021); Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42; Arbeitsbericht 1988/89 in: aaO, 48.

[790]Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: aaO, 294.

[791]Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 115f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21.

[792]Vgl. Die Kirche und die Friedensgruppen – Wie gehören sie zusammen? März 1985 in: BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs, 113, 115ff; Zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum Verhältnis von Staat und Kirche. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18.-22.September 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 224; KLEIN: Frieden und Gerechtigkeit, 283f; OHSE/POLLACK: Dissidente Gruppen, 383; 5. Tagung der IV. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 20. bis 24. September 1985 in Dresden-Strehlen. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1985, 58.

[793]EG 495.

genheit deutlich zu machen, dass diese Art des Redens, d.h. der ehrliche Austausch, am sinnvollsten und besten für das menschliche Zusammenleben ist. Er bietet den Gemeindegliedern die Möglichkeit, sich diesbezüglich ein Urteil zu bilden. Die Predigt weist somit neben der Vergewisserung des Willens Gottes zum Reden und Handeln in der Welt und der Handlungsaufforderung zum offenen Bekennen und Positionieren auch Ansätze einer urteilsbildenden politischen Predigt auf.

4.26 Müller: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P3Mue1989)

Diese Predigt wurde von Pfarrerin Christiane Müller am 29. Oktober 1989 in der Gemeinde Rositz gehalten. Müller nutzt die vorgeschlagene Bibelstelle für den 23. Sonntag nach Trinitatis der laufenden Perikopenordnung.

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen. Amen.

Mt 5,$_{33\text{-}37}$ **29.10.89, Rositz (23. S.n.T.)**

Liebe Gemeinde!

Wir leben – in jeder Zeitung kann man es seit neustem nachlesen – in einer Zeit des Dialogs, des Miteinanderredens. Seit Anbeginn der Schöpfung ist die Sprache eine besondere Gabe des Menschen. Er hat sie – im Gegensatz zu Pflanzen und Tieren – weil er nach Gottes Bild geschaffen ist. Doch was wurde und wird nicht alles gesagt! Von der zarten Liebeserklärung bis zur falschen Zeugenaussage vor Gericht, vom Lobpreis Gottes bis zur schlimmsten Beschimpfung, kommt alles über die Lippen von Menschen – auch heutzutage und hierzulande. So ist es gut, daß wir jetzt einen Predigttext zu bedenken haben über den richtigen Umgang mit dem Wort und der Wahrheit, was da gesagt ist, hat kein geringerer als Jesus selbst gesagt. *(Lesung des Predigttextes)*

Richtiger Umgang mit dem Wort und der Wahrheit – das klingt so schön, das ist normalerweise ein Urbedürfnis der Menschen, aber leider in Wirklichkeit ein unbefriedigtes.

Nicht nur DDR-Bürger fühlen sich enttäuscht und belogen. Schon das Alte Testament weiß zu sagen: Alle Menschen sind Lügner (so Psalm 116,11). Der Vater der Lüge ist der Gegenspieler Gottes, der Teufel oder nennen Sie ihn wie Sie wollen. Lüge zerstört Gemeinschaft, weil sie Vertrauen untergräbt. Da wird behauptet, was nicht ist, abgestritten, was ist, etwas nur halb gesagt, für schlimme Dinge ein harmloses Wort benutzt (darum heißen z.B. Havarien Abweichungen). Daß Lügen immer kurze Beine haben, stimmt aber nicht. Manches kommt sehr spät ans Licht. Umso schlimmer ist dann der Vertrauensverlust und die Störung im menschlichen Miteinander. Für Frieden ist Vertrauen aber nötig. Und wenn Vertrauen etwas mit Wahrheit zu tun hat, dann braucht der Frieden eben die Wahrheit. Das gilt in Gesellschaft und Politik, an diesen Bereich denken wir wohl derzeit immer zuerst. Das gilt genauso aber im persönlichen Leben. Hoffentlich schreien wir nicht nur im gesellschaftlichen Bereich nach Wahrheit als Vertrauens- und Friedensgrundlage, sondern rufen uns auch selbst dazu auf.

Der Schrei nach Wahrheit ist der Schrei nach Jesus, der gesagt hat: Ich bin die Wahrheit und das Leben. Der Vater der Wahrheit ist Gott. Die vielen Leute, die derzeit in Kirchen, auf Straßen und Plätzen und in Versammlungssälen die Wahrheit wissen und sagen wollen, sind auf der Suche nach Jesus, oft wissen sie es nicht. Aber wir haben heute eine gute Chance der Verkündigung. Die Kirche wird ernstgenommen und aktuell gefragt. Es ist an uns, die Menschen, die sich mit der Situation hier und heute nicht mehr abfinden, auf Jesus hinzuweisen (aber bitte voll Liebe und Geduld, ohne Drängeln und Überstülpen,

denn gerade gegen so etwas wehren wir uns ja). Jesus hat sich mit der verlogenen Menschheit auch nicht abgefunden! „Ihr sollt überhaupt nicht schwören! Eure Rede sei Ja, ja, nein, nein. Was darüber ist, ist von Übel." Wenn Ja ist, dann ist Ja. Und dann ist Nein genauso gelogen wie ja, aber, mir scheint, solches Ja-aber macht uns am meisten zu schaffen. Bleiben wir erstmal im zwischenmenschlichen Bereich:

ich helfe dir ja, aber was gibst oder tust du mir dafür?

Ich mag dich ja, aber diese oder jene Eigenart an dir kann ich partout nicht ausstehen.

Ich habe Zeit für dich, aber nur ganz wenig.

Ich komme mal, aber diese Woche nicht (diesen Satz höre ich oft im Blick auf Gottesdienst und Kirche). Wir brauchen uns eigentlich nicht so zu wundern, daß im Großen dieses Ja, aber auch zu verbreitet ist. Es kommen ja Umweltmaßnahmen in der Tierfabrik, aber wahrscheinlich nicht im nächsten 5 Jahresplan.

Es gibt ja neues Denken, aber unter Beibehaltung der absoluten Führungsrolle der SED.

Wir sind ja gegen Not und Hunger auf der Welt, aber nicht auf Kosten unseres Wohlstandes.

Vielleicht sogar: Wir glauben ja an Gott, aber z.Z. ist halt manch anderes wichtiger. (das erste Gebot heißt: Ich bin Gott. Nichts soll dir wichtiger sein als ich).

Wir brauchen wieder klare Ja´s und Nein´s, ehrliches Reden und Handeln. Wir brauchen gradlinige Menschen, und nicht welche, die die Kurve gerade noch gekriegt und alles ja angeblich immer schon gesagt haben.

Wir brauchen Menschen, auf deren Wort wir uns verlassen können.

Wir Christen sollten zuallererst selbst solche Menschen sein. Wenn Jesus immer die Wahrheit sagt (er muß mit dem Tod am Kreuz dafür zahlen), dann auch seine Nachfolger. Wenn Jesus sich mit der Situation der Verlogenheit nicht abfindet, dann auch seine Nachfolger nicht. Dabei bedarf unsere Rede keines Eides, keines Schwurs, keiner Bekräftigung. So etwas braucht man nur da, wo man es gewohnt ist, daß nicht immer die Wahrheit gesagt wird. Dazu zwei Beispiele – ein niedliches und ein ernstes. Wenn unser 3-Jähriger das abendliche Ins-Bett-Gehen noch ein bißchen aufschieben will, dann kommt: ich habe noch Durst, ich muß noch mal. Gehen wir darauf nicht ein, untermauert er mit schelmischer Beteuerung: ich habe ehrlich noch Durst, ich muß wirklich nochmal. An Wahrhaftigkeit gewinnen die Aussagen durch seine Beteuerung nicht. (Übrigens darf der Kleine trotzdem noch etwas trinken und zur Toilette aus anderen Gründen). Das ernste Beispiel heißt Vereidigung. In den nächsten Tagen werden wieder junge Männer zur NVA eingezogen. Wir sollen sie in die Fürbitte nicht vergessen, ebenso die nicht, die aus Gewissens- und Glaubensgründen nicht nur die Waffe, sondern diesen Eid ablehnen.

Es gibt in der Nachfolge Jesu schwere Entscheidungen. Es gibt aber auch eine unendliche Hilfe zur Wahrhaftigkeit, die Gott selbst sein will.

Von allen Seiten umgibt er uns, er versteht unsere Gedanken von ferne (Ps. 139).

Was wir sagen, hört er mit. Was wir verschweigen, weiß er längst. Was wir – wissentlich oder unbewußt – entstellen und verdrehen, er sieht es, wie es ist und kennt die Zusammenhänge. Wenn Menschen unser Geheimstes belauschen oder aufdecken (wer von uns hat bei dem Wort Staatssicherheit wirklich das Gefühl von Sicherheit?), so ist dies menschenunwürdig. Daß es in der fortgeschrittenen Menschheit dergleichen gibt, vergiftet die Atmosphäre, macht Menschen mißtrauisch, behindert das freie Atmen, verletzt das Personsein. Aber wenn Gott „mithört", ist das keine Last. Wir werden von niemandem so ernst genommen

und so gut verstanden wie von ihm. Wir werden von niemandem so in Schutz genommen und verteidigt wie von ihm. Er darf gern anhören, wenn wir reden. Wenn wir nur immer an ihn dächten, dann wären uns auch die rechten Worte gegeben. Und wenn wir ihn überdenken, auch dann ist er bereit, an uns festzuhalten. Ein Zeichen dafür ist, daß er immer wieder zu uns und mit uns spricht. Heute war es z.B. der Satz:

Eure Rede sei: Ja, Ja, nein, nein.
Was darüber ist, das ist vom Übel.

Und der Friedens Gottes, der.... Amen.

Das vorherrschende Thema dieser Predigt ist, wie bei den anderen Predigten gleichen Datums, die wahre Rede. Dies resultiert aus der Bibelstelle und aus der Situation im Oktober 1989 in der DDR, die Müller einleitend als „Zeit des Dialogs“ beschreibt. Die Forderung nach Wahrheit im Herbst 1989 bedeutet für die Predigerin zunächst den Wunsch nach Menschen, die ehrlich und verlässlich reden und handeln. Müller operiert in der Predigt sowohl mit dem weltlichen als auch mit dem theologischen Verständnis von Wahrheit. Wahrheit im Sinne gültiger Aussagen wird im Herbst 1989 vor allem von den politisch Verantwortlichen verlangt. Die ChristInnen hält Müller in der Predigt dazu an, weltliche und theologische Wahrheit zu verbreiten und damit auch mit gutem Beispiel voranzugehen. In ihren Ausführungen zeigt sie resultierend aus der Bibelstelle Mt 5,33-37 vor allem, wie ehrliche Rede aussehen soll. Eine historische Einordnung der Bibelstelle bleibt aus.

Die Bedeutung ehrlicher Rede – auch im Herbst 1989 – macht die Predigerin im Umkehrschluss anhand der zerstörerischen Wirkung von Lügen auf Gemeinschaften deutlich. Dies konkretisiert Müller durch den Bezug auf das Vorgehen der Staatssicherheit sowie die verzerrte und unvollständige Informationsweitergabe des Staates an die BürgerInnen. Je länger gelogen werde, umso schlimmer seien die Folgen und umso tiefer die Vertrauenskrise. In diesem Zusammenhang deklariert Müller Wahrheit als Grundlage für Frieden und Vertrauen, nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich.

Die Staatssicherheit wird als ein Organ präsentiert, das die Gesellschaft von innen heraus zerstörte, indem sie Misstrauen schürte und die Menschen in ihrer Freiheit einschränkte. Der Zugang zu privaten oder geheimen Informationen durch Lauschen oder Bespitzelung wird verurteilt. Müller bewertet die Lauschangriffe der Staatssicherheit wie Brand (P11Br1989) als „menschenunwürdig“. In offiziellen Forderungen des BEK nach Veränderungen wurde nie konkret Kritik an der Staatssicherheit geübt, es wurde nur, ähnlich der Ausführungen von Pfarrerin Müller, „Wahrhaftigkeit als Voraussetzung für eine Atmosphäre des Vertrauens“[794] deklariert. Zusätzlich wurde die Notwendigkeit von Rechtsstaatlichkeit und der „Wahrung aller staatsbürgerlichen Rechte“[795] betont. Die in der Verfassung zugesicherten Rechte der DDR-BürgerInnen, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie „Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit“[796], wurden durch die Tätigkeiten der Staatssicherheit missachtet. Die RednerInnen und DemonstrantInnen bei der Großdemonstration in Ost-Berlin am 4. November 1989 forderten offen die Kontrolle und Abschaffung der Staatssicherheit.[797] Wie Müller sprachen auch Gregor Gysi und Friedrich Schorlemmer davon, dass die Sicherheit im Staat durch die Staatssicherheit nicht erhöht wurde.[798]

Müller kritisiert die Darstellung der Wirklichkeit in der DDR: „Da wird behauptet, was nicht ist, abgestritten, was ist, etwas nur halb gesagt, für schlimmere Dinge ein harmloses Wort benutzt“. Damit

[794] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der KKL und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[795] Pressemitteilung vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 361.

[796] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 19 Abs. 2, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020); vgl. auch aaO, Artikel 27f.

[797] Vgl. HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 62, 66, 82, 92, 101, 110f. Für nähere Ausführungen zu den Inhalten der Großdemonstration am 4. November 1989 in Berlin siehe Predigtanalyse zu P10Isk1989.

[798] Vgl. Gysi in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 126; Schorlemmer in: aaO, 169.

gibt sie einen kurzen Einblick in typische Vorgehensweisen der Berichterstattung der DDR-Medien.[799] Laut Müller wurden „alle Havarien in sozialistischen Betrieben“[800] als Abweichungen bezeichnet. Der Vorfall unterschied sich zwar vom normalen Ablauf der Dinge, das Ausmaß und die Schwere des Unglücks wurden damit aber kleingeredet. Mit diesem Beispiel nimmt Müller auch Bezug auf die Lebensbedingungen der Gemeinde in Rositz. Dort hatte man häufiger mit den Abweichungen im Rositzer Werk der *Deutschen Erdöl-Aktiongesellschaft* zu kämpfen, die im Besonderen bei Kindern Atemwegserkrankungen auslösten.[801]

Neben Lügen, Halbwahrheiten und Bespitzelung spricht sich Müller, resultierend aus der Bibelstelle, auch gegen Zusagen mit Einschränkungen sowohl im politischen als auch im religiösen Bereich aus. Ähnlich wie Iskraut (P9Isk1989) in der Predigt zum gleichen Datum ordnet sie diese ebenfalls der unwahren Rede zu, spezifiziert diese Aussage aber mit verschiedenen Beispielen.

Im Hinblick auf die Politik würden verschiedene Problemfelder – Müller thematisiert Umweltverschmutzung, Weltgerechtigkeit und das politische System der DDR – erkannt, deren Behebung aber nur unter Einschränkungen zugesichert werde. Die Umsetzung von Umweltmaßnahmen – Pfarrerin Müller bezieht sich hier auf die Massentierhaltung – werde in die ferne Zukunft geschoben. Der Fünfjahresplan der SED von 1986 bis 1990 zeugt von dem Bewusstsein um die Notwendigkeit von Umweltschutzmaßnahmen in der DDR. Jedoch schob die SED, wie von Müller erwähnt, die kostspieligen, aber wirkungsvollen Umweltmaßnahmen auf, um negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zu vermeiden. Die beschlossenen Maßnahmen hatten deshalb kaum Verbesserungen der ökologischen Situation zur Folge. Sie waren nicht weitreichend genug.[802]

Darüber hinaus solle sich der Kampf gegen Hunger und Not in der Welt nicht nachteilig auf den eigenen Lebensstandard auswirken. Im Hinblick auf das Vorantreiben von Weltgerechtigkeit hatten der BEK, die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und *Europäische Ökumenische Versammlung* dazu aufgefordert, den Beitrag der Wirtschaftspolitik des eigenen Landes und den eigenen Lebensstil zu Ungerechtigkeit in der Welt zu bedenken und Anpassungen vorzunehmen.[803]

[799] Vgl. VOGEL: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung, 53.

[800] Brief von Pfarrerin Müller (25.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

[801] Vgl. ebd.

[802] Vgl. Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Juli 1985. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 30 vom 30. Juli 1985. Schlußfolgerungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2123, Bl. 22, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2123/index.htm (27.05.2020); Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Polibüros des ZK der SED vom 24. Juni 1986. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 10 vom 24.6.1986. Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen, DY 30/J IV 2/2/2172, Bl. 121ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2172/index.htm (29.05.2020); Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.1.1987. Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 3 vom 20.1.1987. Beschluß zur Information über die Ergebnisse der 4. Tagung des Exekutivorgans der Konvention über weitreichende grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 11. - 14. November 1986 in Genf vom 7. Januar 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2202, Bl. 105ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2202/index.htm (27.05.2020); Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 33 vom 19. Aug. 1987. Maßnahmen zur Senkung der Luftverunreinigungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2235, Bl. 112ff, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm (27.05.2020); HONECKER: Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, 31, 38; MITTAG: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, 26ff, 34, 52, 54, 58, 62, 87, 90f.

[803] Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 8, 10, 15ff, 20, 25ff, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_

Drittens gebe es zwar ein Umdenken in der SED, dies solle aber keinen Einfluss auf die Vorherrschaft der SED haben. Davon zeugt die Rede von Egon Krenz zu seinem Amtsantritt am 18. Oktober 1989: „Unsere Deutsche Demokratische Republik war, ist und wird künftig mehr denn je ein demokratisches Gemeinschaftswerk aller Klassen und Schichten unter Führung unserer Partei sein.“[804] Bei der Großdemonstration in Berlin am 4. November unterstrich Schabowski in seiner Rede: „Die SED bekennt sich zur Umgestaltung.“[805] Er wollte aber am Sozialismus und der Macht der SED festhalten.[806] Auch im Referat von Krenz bei der Tagung des ZK vom 8.-11. November hielt er am Führungsanspruch der SED fest und erklärte: „Das künftige politische System des Sozialismus muß so beschaffen sein, daß die Partei einen Führungsanspruch durch größtmöglichen Anspruch an sich selbst vertritt“[807]. Müllers Äußerung zeigt, dass die Reformbestrebungen in der DDR die BürgerInnen dazu anregte, über weitreichendere Veränderungen des sozialistischen Systems nachzudenken und diese zu fordern. Viele DemonstrantInnen verlangten die Abschaffung der in Artikel 1 der Verfassung festgesetzten Führung der DDR durch die „marxistisch-leninistische[...] Partei“[808] Diesen Wunsch addressiert Müller in ihrer Predigt.

Die angeführten Beispiele machen deutlich, dass Veränderungen in Ökologie, Gerechtigkeit und Politik nicht ohne Auswirkung für die eigene Person, Wirtschaft und Macht bleiben können.

Die ChristInnen betreffend kritisiert die Predigerin, dass Ausreden gefunden werden, um Gott nicht an die erste Stelle zu setzen oder dem Gottesdienst fernzubleiben. Anhand dessen wird deutlich, dass nicht nur verlässliche Rede gefordert wird. Das Gesagte oder Versprochene soll sich auch im Handeln niederschlagen. Die Bundessynode hatte dementsprechend betont: „[E]in Reden und Tun, das wir vor Gott verantworten können, bleibt unsere Aufgabe.“[809]

Müller fordert für den Herbst 1989 Menschen, die sich durch ihre Ehrlichkeit und Verlässlichkeit auszeichnen. Wie Iskraut (P9Isk1989) kritisiert Müller die, die in Zeiten des Umbruchs behaupten, schon immer anderer Meinung gewesen zu sein, um ihren Status und ihre Macht zu erhalten. Diese PolitikerInnen wurden als Wendehälse bezeichnet.[810] Laut der Schriftstellerin Christa Wolf konnten sie sich „rasch und leicht einer gegebenen Situation anpassen, sich in ihr geschickt bewegen, sie zu nutzen verstehen.“[811]

Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 94; Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, Paragraph 10, Paragraph 56, Paragraph 72, Paragraph 84 a), Paragraph 85, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf (15.10.2020).

[804] Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 1.

[805] Schabowski in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 156.

[806] Vgl. aaO, 156ff; Die neue Führung, Positionen der SED und Aktionsprogramm der Partei. Günter Schabowski informierte auf Pressekonferenz über ersten Tag des ZK-Plenums in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 1.

[807] In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3.

[808] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 1, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020); vgl. auch DALE: The East German Revolution, 86; HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 29, 31, 43, 61, 66, 69, 94, 111; KOWALCZUK: Endspiel, 449.

[809] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALEKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[810] Vgl. HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 36, 46, 54; KOWALCZUK: Endspiel, 450; WEBER: Aufbau und Fall einer Diktatur, 264.

[811] Wolf in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 172.

Sie behaupteten, die Reformbestrebungen in der DDR mitinitiiert zu haben.[812] Müllers Ausführungen spiegeln die Skepsis wider, die diesen PolitikerInnen vom Volk entgegengebracht wurde.[813]

Wollten ChristInnen Wahrheit im Reden und Handeln praktizieren, so bedürfe es laut Mt 5,33-37 keines Schwures oder Eides. Wie Iskraut (P9Isk1989) beschreibt Müller das Schwören nur dort als notwendig, wo Lügen zu erwarten seien. Als Positivbeispiel führt Müller junge Männer an, die aufgrund ihres Glaubens entweder den Dienst an Waffe oder auch den Eid der Bausoldaten verweigern. Zwar wich das Gelöbnis der Bausoldaten von dem Fahneneid der NVA-Soldaten ab, indem der Bausoldat als „Angehöriger der Baueinheiten“[814] ausgewiesen wurde. Trotzdem gab es Bausoldaten, die selbst dieses Gelöbnis verweigerten, weil darin die „Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft“[815] und nicht die Möglichkeit des Wegs hin zu Frieden forciert wurde. Des Weiteren wurde das in dem Gelöbnis propagierte „Freund-Feind-Denken“[816] und die Forderung nach „unbedingte[m] Gehorsam“[817] kritisiert. Es wurden sogar mögliche Änderungen des Gelöbnisses erarbeitet.[818] Die Entscheidung für den Dienst als Bausoldat hatte lebenslange Auswirkungen auf den beruflichen Werdegang. Darüber hinaus wurden die jungen Männer häufig von der Staatssicherheit überwacht.[819] Diese Konsequenzen für die jungen Männer machen die Aussage der Predigerin nachvollziehbar, dass die „Nachfolge Jesu schwere Entscheidungen“ mit sich bringt. Nachfolge Jesu bedeutet in diesem Fall auch, Nachteile für die eigene Person in Kauf zu nehmen. Der BEK setzte sich wie in vorangegangenen Jahren immer wieder für mehr Akzeptanz und gleiche Bildungschancen sowie für die Einführung eines gleichwertigen Wehrersatzdienstes ein.[820] Wie Müller beschrieb die Bundessynode die „Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, [als] einen Ausdruck des Glaubensgehorsams“[821].

Neben der Forderung der Gesellschaft der DDR nach Wahrheit im Reden und Handeln ist diese Forderung in Müllers Augen auch ein Ausdruck des Bedürfnisses nach Jesus Christus. Sie ermutigt die Gläubigen und die Kirche als Institution, den Menschen, die sich in Kirchen, auf der Straße usw. versammeln, Christus als Wahrheit zu verkünden. Hier zitiert sie Joh 14,6, wo Jesus selbst sich als Wahrheit beschreibt. Damit integriert die Predigerin auch das theologische Verständnis von Wahrheit in die Predigt, indem sie Wahrheit mit Gott und Jesus Christus und Lüge mit dem Teufel oder dem Bösen gleichsetzt.

[812] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 51; DALE: The East German Revolution, 82; Liefers in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 122; Gerlach in: aaO, 151; Tschirner in: aaO, 181; Hein in: aaO, 195; KOWALCZUK: Endspiel, 450.

[813] Vgl. Schorlemmer in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 166; MENGE: Ohne uns läuft nichts mehr, 181.

[814] Gelöbnis des Bausoldaten in: EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 123.

[815] Ebd.

[816] Gedanken zum Gelöbnis in: aaO, 124.

[817] Ebd; vgl. auch DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 62.

[818] Vgl. EHRING/DALLWITZ: Schwerter zu Pflugscharen, 123.

[819] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 59, 68f.

[820] Vgl. Anlage 2: Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vor der Bundessynode in Görlitz 1977 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 1, 196; Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Ansprache der Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 289f; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in Görlitz in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 36.

[821] Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 264.

Lüge wird – unter Verweis auf Ps 116,11 – als Eigenschaft des Menschen beschrieben, womit die Sündhaftigkeit des Menschen angedeutet wird. Nach Müller ermögliche das Ansehen der Kirche im Herbst 1989 die Verkündigung von Wahrheit im christlichen Sinne. Die Kirchen hatten enormen Zulauf, die Anzahl der GottesdienstbesucherInnen nahm beträchtlich zu, die Gottesdienste dienten als Ausgangspunkt für zahlreiche Demonstrationen.[822] Darüber hinaus wurde die Institution Kirche auch von staatlicher Seite als gesellschaftliche Größe gewürdigt. Krenz bat in seiner Antrittsrede am 18. Oktober ausdrücklich um die Mitwirkung der Kirchen.[823] Diesen Wunsch brachte er auch im Gespräch mit dem KKL-Vorsitzenden, Landesbischof Werner Leich, am darauffolgenden Tag zum Ausdruck, auch wenn angenommen wird, dass Krenz mit dem Gespräch das Ziel verfolgte, dass der BEK und seine Gliedkirchen ihren Einfluss geltend macht und die Demonstranten zum Einlenken bewegen.[824] Diese günstigen Gegebenheiten sollten nach Müller genutzt werden, um im Sinne der Mission den DDR-BürgerInnen die Botschaft des Evangeliums als Angebot zu unterbreiten, sie ihnen aber nicht wie die Gesellschaftsidee des Sozialismus aufzuzwingen.

Abschließend wird Gott als derjenige dargestellt, mit dessen Hilfe die Gläubigen Wahrheit leben bzw. wahrhaftig sein können. Die Anwesenden versichert Müller der Nähe, Hilfe und Liebe Gottes, aus der heraus die ChristInnen wahrhaftig handeln bzw. die Aufforderungen in Mt 5,33-37 in die Tat umsetzen können. An dieser Stelle wird das Bild eines allmächtigen, allwissenden und gnädigen Gottes gezeichnet, der jeden Menschen verteidigt, schützt, mit ihm spricht und ihn und seine Gedanken im Detail kennt. Entgegen der MitarbeiterInnen der Staatssicherheit habe Gott für die Gläubigen aber nur Gutes im Sinn, weshalb es ihm erlaubt sei, Einblick in die Gedanken zu haben. Da Gott jeden Gedanken kenne, werde lügen vor ihm sinnlos. Nach Müller ermöglichen das Hören und das Überdenken von Gottes Wort, Wahrheit in Rede und Handeln zu praktizieren.

Müllers Predigt vereint in sich vergewissernde und handlungsweisende Aspekte einer politischen Predigt. Die Anwesenden werden der Zusage der Rechtfertigung durch Jesus Christus als theologische Wahrheit sowie dem Willen Gottes im Hinblick auf ihr Reden und Handeln vergewissert. Die Handlungsaufforderung zur ehrlichen Rede und zu Bekenntnis und Verkündigung der christlichen Wahrheit ist von dem Motiv der Nachfolge geprägt. Weitere prägende theologische Motive der Predigt stellen die Allmacht und Gnade Gottes sowie die Mission dar.

---

[822] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 227; GEHLER: Deutschland, 318; GOECKEL: The Lutheran Church, 298; MAU: Protestantismus im Osten Deutschlands, 205; SCHWABE: Der Herbst 89 in Zahlen, 727; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 200.

[823] Vgl. Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 2.

[824] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 14f, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 38; DALE: The East German Revolution, 62.

4.27 Rannenberg: Predigt vom 29. Oktober 1989 (P6Ra1989)

Diese Predigt wurde am 29.10.1989 von Pfarrer Rannenberg in der Gemeinde Senftenberg gehalten. Rannenberg nutzt die von der für das Kirchenjahr 88/ 89 geltenden Perikopenordnung vorgegebene Bibelstelle für den 23. Sonntag nach Trinitatis.

Matthäus 5,33-37 **23. n. Tr. (29.10.)1989 Senftenberg**

Liebe Schwestern, liebe Brüder! Liebe Gäste in unserer Gemeinde!

Glaubwürdigkeit ist gefragt, in der tiefen Vertrauenskrise in unserem Land. Glaubwürdigkeit ist gefragt von den bisher Regierenden und von denen, die sich mit neuen Programmen anbieten.

Glaubwürdigkeit ist gefragt bei der Wahl zum Gemeindekirchenrat, die heute durchgeführt wird. Glaubwürdigkeit ist gefragt von den Kirchenältesten, denen, die weiter dabei sind und denen, die neu dazu kommen, (Glaubwürdigkeit) von allen Mitarbeitern in der Gemeinde (eingeschlossen die Pfarrer), aber auch von allen Christen.

Der Bibelabschnitt, der heute gepredigt wird, will uns dabei helfen.

Ich lese aus der Guten Nachricht nach Matthäus Kapitel 5, Verse 33-37. Es ist ein Abschnitt aus der Sammlung von Jesus-Worten, die wir die Bergpredigt nennen. *(Lesung)*

[Dies ist ein Abschnitt aus der Sammlung von Jesus-Worten, die wir die Bergpredigt nennen. Die Gemeinde, die Jesus nach seinem Tode lebendig wirksam erfahren hat, die ihn darum als den Auferstandenen bekannte, hat sich an seine Worte erinnert. Sie zeigt durch die Sammlung dieser Worte, wie sie damit lebt.

Seit Anfang der 80er Jahre erinnern sich Christen wieder stärker an die Bergpredigt. Wo es um mehr Frieden in der Welt, mehr Gerechtigkeit und um die Bewahrung der Schöpfung geht, sind Worte der Bergpredigt wichtig geworden.][825]

Wodurch wird ein Mensch glaubwürdig? Alte Versuche, glaubwürdig zu erscheinen oder glaubwürdig zu machen, werden genannt, Versuche, die bis in unsere Tage geschehen.

Der Schwur wird genannt. Und ich denke dabei heute an alle Formen von Verpflichtung, Gelöbnis, Eid, durch die ein ausgesprochenes Wort, ein gegebenes Versprechen, eine gerichtliche Aussage bekräftigt und bestätigt werden soll.

Sie alle bringen zum Ausdruck: Grundsätzlich ist damit zu rechnen, daß der Mensch unglaubwürdig sein kann.

Und ein solcher Schwur wird festgemacht an etwas, das unvergänglich erscheint wie Himmel und Erde, oder unvergänglich sein sollte, unser Leben lang, wie der Kopf.

[825] Nach Rannenberg wurde dieser Abschnitt weggelassen, da er „zu sehr rückblickend“ (Anmerkungen Pfarrer Rannenbergs zu P6Ra1989, Privatarchiv Lührmann.) war. In dem Abschnitt bezieht er sich auf die drei im Rahmen des Konzilliaren Prozesses erörterten Themenkomplexe Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz.

Ein solcher Schwur wird festgemacht bei Wirklichkeiten, die außerhalb von uns selbst liegen, wie Gott (Himmel wird er zur Zeit Jesu genannt, um das Aussprechen des heiligen Namens Gottes zu vermeiden) oder unbezweifelbar vorhanden sind oder gewesen sind, wie Vater oder Mutter, oder einen höchsten Wert (für uns) darstellen.

Die unbezweifelbar vorhandenen, unvergänglich erscheinenden Instanzen außerhalb von uns selbst werden beschworen, als Zeugen angerufen, um unser Wort glaubwürdig, verläßlich zu machen.

Jesus hat diese Versuche, glaubwürdig zu machen oder glaubwürdig zu erscheinen, abgewehrt; denn letzten Endes bestätigen sie uns, daß der Mensch unglaubwürdig sein kann; und wenn Gott dabei angerufen wird, gleich in welcher Form, wird vom Menschen über ihn, den Unverfügbaren, verfügt. *(V.34-36 lesen!)*

Jesus ist dafür eingetreten, daß der Mensch glaubwürdig werden kann, als glaubwürdig angesehen werden kann.

Eure Rede sei Ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist vom Übel/ Bösen/ vom Teufel (V.37). Das Ja sei als Ja gemeint, das Nein sei als Nein gemeint. Alles, was darüber hinaus bekräftigen oder bestätigen soll, wird nur verwirren und dem Bösen dienen.

Lassen Sie mich dem noch ein wenig weiter nachdenken.

Glaubwürdigkeit von Menschen, besonders von Christen, worin wurzelt sie?

Zunächst in der Eindeutigkeit, in der sie einem bestimmten Auftrag entsprechen, in der Eindeutigkeit, in der wir Christen dem Willen Gottes entsprechen. Auf der Versammlung gestern auf dem Neumarkt bekannten Menschen, daß sie nur um bestimmter Vorteile wie mehr Geld, bessere Wohnung, gesicherte Ausbildung in die SED eingetreten waren oder daß sie inkonsequent waren aus Angst vor beruflichen Nachteilen, aus Angst um Studiums- und Lehrstellen der Kinder, und aus Angst vor den Männern in den schwarzen Mänteln. – Glaubwürdigkeit...

Auch bei uns Christen wird diese Eindeutigkeit vermißt. Wir begnügen uns oft damit, daß wir regelmäßig und ohne Murren unsere Kirchensteuer bezahlen und unsere Kollekte und Sonderspenden geben, vielleicht in einer beträchtlichen Höhe, die 10% unseres Einkommens erreichen kann.

Wir besuchen vielleicht wenigstens 1x monatlich den Gottesdienst der Gemeinde und nehmen auch an anderen Versammlungen teil. Wir übernehmen vielleicht Sonderaufgaben wie den Dienst eines Kirchenältesten und sind bereit, viel Zeit und Kraft daran zu setzen. Aber dennoch kann es geschehen, daß unser tägliches Leben unabhängig von Gott, unverbindlich ihm gegenüber abläuft. Dennoch kann es geschehen, daß wir außerhalb des Gottesdienstes, abgesehen von unseren Geldopfern und übernommenen Diensten so leben, als ob es Gott nicht gäbe.

Glaubwürdigkeit von Menschen, besonders von Christen, worin wurzelt sie? Zunächst in der Eindeutigkeit, in der sie leben, in der wir Christen nach dem Willen Gottes leben.

Glaubwürdigkeit von Menschen, im Besonderen von Christen, worin wurzelt sie? Im Erkennen und Bekennen, daß wir Menschen sind, die Fehler machen können aber/ und dafür auch gerade stehen müssen.

Das wurde gestern auf dem Neumarkt ausgesprochen im Reden von der Unechtheit und Inkonsequenz um bestimmter Vorteile willen oder aus Angst.

[Und es wurde gefragt, ob nicht auch andere Verantwortliche sich verantworten müßten.][826]

Mir ist wieder deutlich geworden, wie wichtig es ist, Fehler zuzugeben und Schuld zu bekennen, um unserer Echtheit willen; denn nur so können wir glaubwürdig sein.

Glaubwürdigkeit von Menschen, besonders von Christen, worin wurzelt sie? Darin, daß sie angenommen werden, darin, daß wir Christen annehmen, daß Gott sich zu uns stellt und uns das in Jesus Christus demonstriert hat.

Hier ist wohl etwas, das wir Christen in die gegenwärtige Situation einzubringen haben; denn wir dürfen uns als Menschen wissen/ sind Menschen, die von Gott angenommen sind. Wir dürfen uns wieder und wieder der Vergebung Gottes vergewissern. Wie können wir dahin kommen, daß wir andere Menschen annehmen, auch wenn sie Fehler gemacht haben. Wie können wir ihnen helfen, glaubwürdig zu werden. Wir werden sehr darüber nachdenken und dementsprechend uns verhalten müssen.

Glaubwürdigkeit wurzelt in Eindeutigkeit und Echtheit, in Zugabe von Fehlern und Schuld, in immer neuem Angenommensein.

Glaubwürdigkeit, wie äußert sie sich?

Darin, daß andere es uns anmerken können, wir sind innerlich und äußerlich verbunden mit einer Instanz, die uns wichtiger ist als alles andere,

darin, daß unser Reden und Tun übereinstimmen, daß unsere Gebärden/ unser Umgangston nicht etwas anderes sagen als unsere Worte, wenn ich z.B. von Frieden oder Gewaltlosigkeit rede, kann ich das nicht so tun, daß andere sich dadurch angegriffen fühlen.

Glaubwürdigkeit, wie äußert sie sich?

Darin, daß wir die Wahrheit aussprechen und bekanntmachen. Wenn uns eine Schein-Welt vor Augen geführt wird wie Fernsehen und Zeitung das Jahrzehnte getan haben, wird die Wirklichkeit entwertet, wie ein Geltungs-/ Geld-Schein (von gelten!) nur ein Hinweis ist darauf, daß das was gilt, nur Schein ist.

Glaubwürdigkeit im Besonderen von Christen, wie äußert sie sich?

Darin, daß Wahrheit nicht zur Lüge wird, weil sie Menschen zerstört, sie unbarmherzig ohne Liebe ausgesprochen und bekanntgemacht wird.

Wahrheit, zumal sie oft Schmerzen verursacht, muß auch angenommen werden können. Und sie kann nur angenommen werden, wenn deutlich ist, der sie mir sagt, steht mir auch bei, sie zu tragen.

Diese Verantwortung hat z.B. ein Arzt, der einem Krebskranken die Wahrheit über seinen Zustand sagt. Diese Verantwortung haben alle, die heute den bisher für die Politik unseres Landes Verantwortlichen die Wahrheit sagen.

Diese Verantwortung haben wir auch innerhalb unserer Kirchengemeinde, wenn wir einander als Mitarbeiter, Kirchenälteste, Gemeindeglieder die Wahrheit sagen müssen.

Die Wahrheit sagen braucht darum auch manchmal das Warten auf die rechte Zeit und den rechten Ort. Glaubwürdigkeit, wie äußert sie sich?

Darin, daß wir verläßlich sind.

[826] Dieser Satz wurde nach Rannenberg „wohl aus Rücksicht auf die Fragenden“ (Anmerkungen Pfarrer Rannenbergs zu P6Ra1989, Privatarchiv Lührmann.) weggelassen.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht, sagt das Sprichwort.

Wie tief die Vertrauenskrise in unserem Land geworden ist, sagen so heute Urteile wie:

Wir wurden 40 Jahre belogen und betrogen. Wir können nur danken all denen, die trotzdem verläßlich waren, die je an ihrem Platz sich eingesetzt haben, daß es in ihrem Verantwortungsbereich weiterging, die auch nicht endgültig resigniert haben, die auch jetzt sagen: Wir bleiben hier, und wir sind bereit mitzutun, wenn man uns nur mittun läßt.

Wo Verläßlichkeit erfahren wurde, wird ein Mensch glaubwürdig auch in dem, was er weiterhin sagt.

Glaubwürdigkeit ist gefragt, besonders zur Zeit in unserem Land, besonders auch von uns Christen.

Sie wurzelt in Eindeutigkeit und echtem Verhalten, Reden und Tun, das Zugeben von Fehlern und Schuld einschließt und darauf angewiesen ist, daß wir immer neu angenommen werden.

Sie äußert sich darin, daß wir ganz und gar sind, was wir vorgeben zu sein, daß Reden und Tun dem gleichermaßen entspricht.

Sie äußert sich darin, daß wir die Wahrheit bekanntmachen und das in Liebe tun.

Sie äußert sich in der Verläßlichkeit, die andere an uns erfahren.

Daß wir glaubwürdig sind und daß viele Menschen, gerade die Verantwortung tragen oder übernehmen, es werden, darum laßt uns Gott bitten. Amen.

Rannenberg thematisiert in der Predigt die tiefe Vertrauenskrise, in der sich die DDR im Herbst/Winter 1989 befindet, und plädiert für die Notwendigkeit von Glaubwürdigkeit in dieser schwierigen Zeit. Seine Ausführungen weisen aufgrund der Situation in der DDR Ende Oktober 1989 und aufgrund der gleichen, den Predigtausführungen zugrunde liegenden Bibelstelle viele Ähnlichkeiten mit P9Isk1989 und P3Mue1989 auf. Der Aufruf zur glaubwürdigen Rede resultiert aus Mt 5,33-37, wobei der Prediger, für seinen Predigtstil untypisch, in dieser Predigt wenig auf die Bibelstelle rekurriert. Die Bibelstelle wird dazu genutzt, das christliche Verständnis von Glaubwürdigkeit darzustellen. Rannenberg fordert von den politisch Verantwortlichen, den ChristInnen, den Gemeinden – inklusive Kirchenälteste, Mitarbeitende und Pfarrerin bzw. Pfarrer –, den BürgerInnen und den Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegung, die sich mit „neuen [politischen] Programmen“ zu Wort meldeten,[827] ein Streben nach mehr Glaubwürdigkeit.[828] Er betont somit im Einklang mit Iskraut (P9Isk1989) und Müller (P3Mue1989), dass alle DDR-BürgerInnen, im Besonderen aber die Mitglieder der Kirche, ihr Handeln im Hinblick auf Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit beleuchten und danach ausrichten sollen. Rannenberg differenziert jedoch die Personengruppen weiter aus. Das Problem der erforderlichen Glaubwürdigkeit wird somit sowohl in Politik und Gesellschaft, als auch in der Kirche und in der Gemeinde verortet.

Auch der BEK hat sich mit dem Thema Glaubwürdigkeit auseinandergesetzt und diese vor allem von politischen Verantwortlichen[829] sowie von ChristInnen, Gemeinden und dem Kirchenbund gefordert. So sah die Bundessynode im September 1989 in der Nachfolge Jesu, die das Wohl der bzw. des Anderen über das eigene stellt, ein Streben der ChristInnen nach Glaubwürdigkeit.[830] Der Kirchenbund könnte nur glaubwürdig sein, wenn er als Gemeinschaft erkennbar und nicht durch „Alleingänge [...] und durch verhärtete Strukturen“[831] gekennzeichnet wäre. Auch die Gemeinden sollten in ihrer spannungsgeladenen Vielfalt dennoch verbunden bleiben und gemeinsam den Glauben ausüben.[832] Die sollte auch die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Problemen aus dem Glauben heraus umfassen.[833] Als Kriterien „für das Kirchsein der Kirche [wurden] [...] die Liebe [und] das Festhalten an der Gemeinschaft (koinonia), die sich in Offenheit füreinander und Dialogbereitschaft erweist“[834], angesehen.

Den der Predigt zugrunde liegenden Textabschnitt Mt 5,33-37, der Antworten auf die Frage, wie

[827] Vgl. BRESCH (Hg.): Oktober 1989, 18ff; KOWALCZUK: Endspiel, 366f; SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 18ff.

[828] Die Forderung der BürgerInnen auf dem Neumarkt in Senftenberg von ehrlicher Rede durch die PolitikerInnen des alten Systems hat er aus den Predigtausführungen ausgeklammert.

[829] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm (28.11.2020); Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 329; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September in: aaO, 341.

[830] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 340.

[831] Ebd.

[832] Vgl. aaO, 341.

[833] Vgl. Beschluß der Bundessynode zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 316.

[834] Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Anpassung, 90.

Glaubwürdigkeit von Menschen zu erlangen ist, liefern soll, weist Rannenberg zunächst als Teil der Bergpredigt aus. Diese Information hilft den Gästen, wie Rannenberg sie nennt, die Bibelstelle besser einzuordnen. Der Prediger begrüßt die, die im Herbst 1989 in die Kirchen strömten, zu Beginn separat von den „Brüdern" und „Schwestern". Er unterscheidet die ZuhörerInnen somit voneinander und macht seine enge Verbundenheit mit den eigentlichen Gemeindemitgliedern deutlich.

Resultierend aus Mt 5,33-37 stellt Rannenberg im Folgenden dar, wie Glaubwürdigkeit im christlichen Sinne aussehen sollte. Die ChristInnen werden in der Bibelstelle damals wie 1989 von Jesus aufgefordert, nicht mehr zu schwören. Rannenberg stellt den Schwur wie Iskraut (P9Isk1989) mit „alle[n] Formen von Verpflichtung, Gelöbnis, Eid" der Gegenwart der Zuhörerschaft auf eine Stufe, die dazu dienten sollen, eigenen Worten Glaubwürdigkeit zu verleihen. Explizit erwähnt Rannenberg im weiteren Verlauf der Predigt die Mitgliedschaft vieler DDR-BürgerInnen in der SED. Er kommt zum gleichen Schluss wie Iskraut (P9Isk1989), dass mit extensivem Schwören die Glaubwürdigkeit menschlicher Worte allgemein in Zweifel gezogen werde. Des Weiteren werde auf Dinge geschworen, die außerhalb der eigenen Person liegen, von besonderer Wichtigkeit für die eigene Person sind, über die man aber eigentlich nicht verfügen kann. Dies gelte auch für den Schwur bei Gott. In Mt 5,37 gibt Jesus Christus Anweisung, wie der Mensch ohne Schwören Glaubwürdigkeit erlangen kann. Im Einklang mit Müller (P3Mue1989) betont Rannenberg, dass jeglicher Zusatz zum Gesagten, jede Koppelung des Gesagten an Instanzen Verwirrung stifte und „dem Bösen" diene. Mögliche negative Auswirkungen von fehlender Ehrlichkeit werden an der Vertrauenskrise in der DDR 1989 erkennbar.

Nach Rannenberg bedarf es einer bestimmten inneren Einstellung, damit Glaubwürdigkeit ermöglicht und gelebt werden kann. Diese beinhalte Eindeutigkeit, das Zugeben von Fehlern und Schuld sowie bei den ChristInnen die Annahme der bzw. des Nächsten trotz ihrer bzw. seiner Schuld. Diese drei Aspekte sollen das Reden und das Handeln in der Welt beeinflussen. Die Eindeutigkeit von Menschen im Allgemeinen und ChristInnen im Besonderen werde im Leben nach dem eigenen Auftrag sichtbar. Laut Rannenberg ist es der Auftrag der ChristInnen, dem „Wille[n] Gottes [zu] entsprechen." Dies spiegelt den Standpunkt des BEK zur Aufgabe der ChristInnen in der sozialistischen Gesellschaft wider. Der KKL-Vorsitzende, Werner Leich, bezeichnete es als „Wille Gottes [...], in einer sozialistischen Gesellschaft mit einem sozialistischen Staat als Kirche Gott zu dienen."[835] Damit wurde die Verantwortung der Kirche und der ChristInnen für die Gesellschaft betont, in die sie hineingestellt worden waren.[836] Nach Leich beinhaltete dies, hinsichtlich der Probleme in Staat und Gesellschaft nach Gottes Willen zu fragen, sie aus dem christlichen Standpunkt heraus zu betrachten, kritisch zu beurteilen und nach Lösungen zu suchen.[837] Im Dokument *Schritte*

[835] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287.

[836] Vgl. Schritte in der Nachfolge Jesu – gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Anpassung, 84; Zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum Verhältnis von Staat und Kirche. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auf der 3. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18.-22. September 1987 in: aaO, 223; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292; Beschluß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Ausbürgerungsproblematik vom 12.4.1988 in: aaO, 306; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341.

[837] Vgl. Schritte in der Nachfolge Jesu - gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden in: DEMKE u.a. (Hg.):

in der Nachfolge Jesu – gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden betonte man: „Nur wo Nachfolge auch Zeugnis und Dienst in der Gesellschaft einschließt, erschließt sich die ganze Fülle des Evangeliums.“[838] Dazu hatte sich der BEK auch in den Jahren 1987 und 1988 bekannt.[839]

Um die fehlende Eindeutigkeit bei DDR-BürgerInnen und ChristInnen zu verdeutlichen, verweist Rannenberg einmal auf eine Versammlung von BürgerInnen in Senftenberg am 28. Oktober 1989 und auf den fehlenden Einfluss des Glaubens auf das tägliche Leben.

Bei der Versammlung auf dem Neumarkt in Senftenberg am Tag zuvor versammelten sich 3.500 Menschen.[840] Rannenberg berichtet von BürgerInnen, die dort zugegeben hätten, aufgrund beruflicher, finanzieller und wohnlicher Vorteile, aus Angst vor Nachteilen für die eigene Person oder für die Kinder beziehungsweise aus Angst vor der Staatssicherheit Mitglied der SED geworden zu sein. Eigentlich sollten die Mitglieder mit ihrem Beitritt in die SED „hohe Verpflichtungen“[841] eingehen, wie z.B. „die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu verbreiten“[842] oder „die Normen der sozialistischen Moral und Ethik einzuhalten und die gesellschaftlichen Interessen über die persönlichen zu stellen“[843]. Das Beispiel von Rannenberg macht deutlich, dass viele DDR-BürgerInnen nicht aus politischer Überzeugung der SED beitraten. Hintergründig schwingt mit, dass Vorteile aller Art in der DDR an die Loyalität zum Staat, ausgedrückt in der Mitgliedschaft in der SED, gekoppelt wurden.[844] BürgerInnen, die wiederum aufgrund persönlicher Überzeugung nicht Mitglieder staatlicher Organisationen waren oder die Teilnahme an staatlich vorgegebenen Verpflichtungen wie Jugendweihe, Wehrunterricht oder Wahlen verweigerten, mussten Nachteile in Kauf nehmen.[845] Rannenberg deutet an, dass die Entscheidung der Eltern für oder gegen staatliche Aktivitäten auch die Kinder und deren Lebenslauf beeinflusste. Dies führte dazu, dass viele Menschen in der DDR ihre Überzeugungen für sich behielten und sich anpassten. Das Leben in der DDR war von Angst geprägt. Einerseits bestand die Angst darin, negativ aufzufallen und dadurch die eigene und die Zukunft der Kinder zu gefährden, andererseits ging die Angst vor der Staatssicherheit um, von der die Gesellschaft durchsetzt war. Vertrauenskrise bedeutete somit, dass man auch seinen MitbürgerInnen nicht trauen konnte. Dieses Misstrauen prägte die Gesellschaft der DDR auch noch im Herbst

Zwischen Verweigerung und Anpassung, 85; Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 316.

[838] Schritte in der Nachfolge Jesu – gegenwärtige Aufgaben von Christen und Gemeinden in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Anpassung, 84.

[839] Vgl. Zur gesellschaftlichen Verantwortung und zum Verhältnis von Staat und Kirche in: aaO, 223; Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 292; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 340.

[840] Vgl. BAHRMANN/ LINKS: Chronik der Wende, 51.

[841] Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom 22. Mai 1976) in: SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS: Programm und Statut der SED, 109.

[842] AaO, 111.

[843] Ebd.

[844] Vgl. SCHROEDER: Partei, Staat und Gesellschaft, 405.

[845] Vgl. DOELLINGER: Turning Prayers into Protest, 59, 68f, 74; NEUBERT: Geschichte der Opposition, 457. Siehe hierzu auch Predigtanalyse zu P4Isk1981.

1989 und darüber hinaus.

Hinsichtlich der ChristInnen wird wie schon in P5Ra1989 kritisiert, dass sie zwar ihre Kirchensteuer und ihre Abgaben zahlen und ab und an in den Gottesdienst gehen, ihren Alltag aber leben, ohne den Willen Gottes in Betracht zu ziehen. Gerade im Leben nach Gottes Wille zeige sich aber die Glaubwürdigkeit der ChristInnen. Auch im *Beschluß der Bundessynode in Eisenach* vom 19. September 1989 wurde deshalb von den ChristInnen „ein Reden und Tun, das [sie] vor Gott verantworten können“[846], eingefordert.

Den ChristInnen und SED-Mitgliedern ist gemein, dass sie sich der Außenwelt als VertreterInnen einer Weltanschauung bzw. Religion präsentieren, die aber nicht als Überzeugung ihr Leben und Handeln berührt. Dementsprechend sind sie nicht, wie von Rannenberg gefordert, für Außenstehende in ihrem Lebenswandel eindeutig als SozialistInnen oder ChristInnen erkennbar. Die ChristInnen fordert Rannenberg deshalb dazu auf, ihre Zugehörigkeit zu Gott in ihrem Handeln und ihrer Haltung zu bezeugen. Christliche Werte sollen im Umgang mit den Mitmenschen praktiziert werden. Darüber hinaus zeigen die Beispiele von der Versammlung in Senftenberg und das Ausbleiben des Lebens der ChristInnen nach Gottes Wille, dass Menschen fehlerhaft und schuldig sind. Die an die Anwesenden gerichtete Aufforderung, Fehler einzugestehen, resultiert nicht aus der Bibelstelle. Die Ehrlichkeit der Menschen bei der Versammlung auf dem Neumarkt wird als positives Beispiel herangezogen. Den Rekurs auf die Glaubwürdigkeit von PolitikerInnen in der DDR verlas Rannenberg schlussendlich nicht. Er begründete dies rückblickend damit, die KritikerInnen an politisch Verantwortlichen nicht zu gefährden,[847] was für Ende Oktober 1989 ein sehr vorsichtiges Vorgehen ist.

Glaubwürdigkeit zeichne sich nach Rannenberg zusätzlich durch Übernahme von Schuld und Verantwortung aus. Dies äußere sich im Aussprechen von Wahrheit und damit auch im Anprangern von Unwahrheiten. Wahrheit bedeutet in diesem Zusammenhang, verlässliche Aussagen zur Wirklichkeit zu machen. Als Negativbeispiel werden die Medien der DDR angeführt, die den DDR-BürgerInnen Jahrzehnte eine Schein-Welt präsentiert haben.[848] Die Wirklichkeit habe durch dieses Vorgehen an Wert und Bedeutung verloren. Indem Rannenberg die Situation mit einem „Geltungs-/ Geld-Schein (von gelten!)“ vergleicht, versucht er zu verdeutlichen, dass die Medien als solche einen gewissen Geltungsbereich in einer Gesellschaft inne haben, nämlich die BürgerInnen angemessen zu informieren. Dieser wurde aber durch die von der Realität abweichende Berichterstattung in der DDR nur scheinbar ausgefüllt. Die Bundessynode prangerte im September 1989 an: „Alltagserfahrung und die Berichterstattung der Medien klaffen weit auseinander“[849]. Am 19. Oktober 1989 kritisierte Leich „eine wirklichkeitsferne Medienpolitik“[850],

[846] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[847] Vgl. Anmerkungen Rannenbergs zu P6Ra1989, Privatarchiv Lührmann.

[848] Für weitere Informationen zur Medienpolitik der DDR siehe Predigtanalyse zu P2Isk1978.

[849] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 339; vgl. auch Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: aaO, 288f; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinde der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 337.

[850] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekre-

die Misstrauen geschürt hätte. Schon im Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, 1987 forderte Leich, wie die Bundessynode 1989, eine „offene Presse- und Medienpolitik“[851].

Dadurch dass den ChristInnen trotz ihrer Schuld die Liebe und die Vergebung Gottes zuteilwerde, seien sie befähigt, Vergebung auch gegenüber den anderen DDR-BürgerInnen zu praktizieren. Dies könne nach Rannenberg ein möglicher Beitrag der ChristInnen in der gegebenen Situation in der DDR sein. Sie sollten bedenken, wie sie ihre Mitmenschen trotz Fehlern annehmen und ihnen helfen können, Glaubwürdigkeit zu erlangen. Diese Barmherzigkeit sollte aber auch das An- und Aussprechen von Wahrheit lenken, denn hier müssen sowohl der richtige Zeitpunkt als auch die richtigen Worte gefunden werden. Rannenberg bezeichnet wahre Aussagen sogar als Lüge, wenn sie aufgrund fehlenden Einfühlungsvermögens Menschen zerstören. Das Umfeld sollte so gestaltet sein, dass auch die Mitmenschen gewillt sind, Wahrheit auszusprechen. Es sollte keine Verurteilung stattfinden und das Angebot bestehen, die Folgen der Auseinandersetzung mit Wahrheit gemeinsam zu tragen. Ähnlich betonte die KKL im Juni 1989: „Auch der Einsatz für Wahrheit und Wahrhafigkeit muß in der Liebe geschehen.“[852] Als Beispiel dient an dieser Stelle, wie in P6Isk1988, ein Arzt, der einer bzw. einem Schwerkranken offen über ihren bzw. seinen ernsten Gesundheitszustand informieren muss. Dies wird auf den Zustand der DDR übertragen. Anders als Iskraut (P6Isk1988) legt Rannenberg den Fokus auf die weitere Versorgung der Patientin bzw. des Patienten. Wenn die DDR-BürgerInnen die PolitikerInnen im Herbst 1989 mit Wahrheit konfrontieren, indem Fehler angesprochen und die Übernahme von Verantwortung diesbezüglich gefordert wird, sollen sie ihnen im weiteren Verlauf beistehen und sie nicht allein lassen. Mit der Darstellung der Fehlerhaftigkeit als Eigenart aller Menschen wirbt Rannenberg um Verständnis und respektvollen Umgang der BürgerInnen mit den PolitikerInnen, für den er sich schon in P2Ra1982 und P5Ra1989 ausgesprochen hat.

Am Ende der Predigt wird erneut die Vertrauenskrise angesprochen. Damit ist sie Ausgangspunkt und Ziel der Predigt und ihrer Argumentation. Rannenberg beschreibt das Gefühl der DDR-BürgerInnen, von den politisch Verantwortlichen in den 40 Jahren der DDR konstant getäuscht worden zu sein. Mit dem Sprichwort „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht“ deutet Rannenberg an, dass selbst wenn sich die politisch Verantwortlichen jetzt zur Wahrheit bekennen und ihre Fehler eingestehen, das Vertrauen nicht einfach zurückzuerlangen ist.[853] Rannenberg macht an dieser Stelle nochmal die Schwere der Vertrauenskrise deutlich. In diesem Zusammenhang spricht er den Menschen Dank aus, die sich trotz der Umstände in der DDR in all den Jahren durch Glaubwürdigkeit ausgezeichnet und nicht resigniert haben, sondern in ihrem Bereich weiter für andere tätig waren. Rannenberg fordert dazu auf, solchen Menschen zu vertrauen, da auch weiterhin mit diesen Charaktereigenschaften

---

tärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359.

[851]Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Klaus Gysi, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Mai 1987 zu gesellschaftlichen Problemen. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 22. Mai 1987 in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Anpassung, 218; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[852]Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 330.

[853]Vgl. hierzu auch MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 347.

zu rechnen ist. Darüber hinaus bewertet er die Menschen positiv, die mit den Worten „Wir bleiben hier“ ihr bestehendes Interesse am Engagement für den Staat und seine BürgerInnen zum Ausdruck bringen. Rannenberg zitiert damit einen Ausspruch vieler DemonstrantInnen im Herbst 1989, die die DDR nicht verlassen, sondern im Land Veränderungen bewirken wollten.[854]

Die Ergebnisse der Auseinandersetzung mit Glaubwürdigkeit und die damit verbundenen Handlungsaufforderungen an die Anwesenden werden am Ende der Predigt nochmal zusammengefasst. Die Anwesenden werden erneut der Liebe, der Annahme und der Vergebung Gottes versichert. Der Prediger zeigt die Notwendigkeit von Glaubwürdigkeit der ChristInnen und der politisch Verantwortlichen in der Zeit der Vertrauenskrise auf, um diese zu meistern. Dies mündet in der Aufforderung an die Anwesenden, glaubwürdig zu reden, verlässlich zu sein, Schuld zuzugeben und Wahrheit zu sprechen – mit dem Wohl der bzw. des Nächsten im Blick. Die Bedeutung der einzelnen Christin bzw. des einzelnen Christen wird besonders betont. Sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Die Aufforderung zu glaubwürdigen Reden und Handeln, die konstant in den Ausführungen mitschwingt, wird somit am Ende der Predigt nochmal präzisiert. Beide Funktionen der politischen Predigt, die vergewissernde und die handlungsweisende, gehen dabei ineinander über bzw. bedingen sich gegenseitig. Die Predigt wird mit der Bitte an Gott um Glaubwürdigkeit – sowohl für die Anwesenden als auch für die politisch Verantwortlichen – abgeschlossen. Anhand dessen wird deutlich, dass der Mensch aufgrund fehlender Glaubwürdigkeit der Hilfe Gottes bedarf.

[854] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 11; KOWALCZUK: Endspiel, 400; PÖTZSCH: Deutsche Geschichte, 247; WINKLER: Die unverhoffte Einheit, 201.

4.28 Brand: Predigt vom 5. November 1989 (P13Br1989)

Pfarrer Brand hält diese Predigt am 5. November 1989, dem letzten Sonntag vor dem Fall der Mauer, in den drei Gemeinden Waldenburg, Schwaben und Schlagwitz. Mit Röm 12,12 weicht Brand von dem Vorschlag der Perikopenordnung ab.

Röm $12,_{12}$ **Waldenburg, Schwaben, Schlagwitz, 24. n. Trin. (5.11.)89**

Liebe Gemeinde!

Ich denke, alle, die es miterlebt haben, sind sich einig darin: Seit vergangenen Dienstag ist nichts in unserer Kirchgemeinde mehr, wie es vorher war.

Allein die Erfahrung, daß die Kirche den Menschenansturm nicht fassen konnte, Christen und Parteigenossen gespannt nebeneinander saßen und alle miteinander Gottesdienst feierten,

daß aber Gottesdienst gleichzeitig zu politischer Versammlung und politische Versammlung zum Gottesdienst wurde,

diese Erfahrung ist so anders als alles, was wir bisher erlebt haben, daß wir noch gar nicht mit ihr fertig sind.

Manche sagten am Mittwoch: „Das ist alles so unwirklich wie ein Traum." – Mir ging es ganz ähnlich. Aber gerade darum meine ich: Wir sollten uns sehr schnell darüber klar werden, was hier geschieht und was wir wollen, denn morgen ist unsere Kirche wahrscheinlich wieder überfüllt. Und dann brauchen wir wenigstens eine erste Klarheit.

Zuerst möchte ich einmal zur Nüchternheit ermahnen. Die Massen im Gotteshaus bedeuten nicht, daß von heute auf morgen eine Glaubenserweckung ausgebrochen sei. Und heute, zum Hauptgottesdienst, sehen wir es ja auch: Wir sind immer noch dieselben, nicht mehr und nicht weniger.

Die Leute sind besorgt und bewegt um ihre Zukunft. Sie suchen Hilfe bei den Christen, aber sie sind deshalb über Nacht nicht alle zu Christen geworden.

Aber ich meine, das ist normal: Wenn Jesus selbst Menschen geholfen hat, dann hat er nie etwas von ihnen gefordert, schon gar nicht, daß sie an ihn glaubten. Er hat einfach nur geholfen. Er hat sogar Undank erlebt. Von zehn Aussätzigen, die er heilte, kehrte nur einer um, um sich zu bedanken; und der war ein Samariter. Daran mußte ich denken, als am Donnerstag ein Genosse mit seinem Motorrad anhielt, mir die Hand schüttelte und sagte: „Schönen Dank! Ich habe wieder Lust zu arbeiten." Ich denke: Wenn das die Folge ist, dann ist es richtig und im Sinne unseres Herrn, was wir tun.

Und ich denke weiter: Unsere Bemühung darum, daß es besser wird in diesem Land, hat eben zwei Seiten, eine äußere und eine innere.

Die äußere Seite sind die Massenveranstaltungen, in denen wir versuchen, etwas zu heilen, Menschen neue Hoffnung zu geben, Zukunft zu ermöglichen. Die innere Seite aber ist unser Glauben. Daß wir Christen vor Gottes Angesicht miteinander treten und gemeinsam für dieses Land und seine Menschen beten.

Daß wir Christen miteinander nach Maßstäben suchen, die für uns gelten, und die wir den Leuten anbieten können. Das können nicht irgendwelche Ideen sein, sondern unser Maßstab ist ausschließlich Gottes Wort und Gottes Willen, den es zu erlauschen gilt.

Und schließlich gehört zur inneren Seite unserer Bemühungen auch, daß wir aus der Kraft des Glaubens einige Menschen, die jetzt aufgeschlossen sind, für das Evangelium von Christus gewinnen. Denn auch darüber müssen wir uns im Klaren sein: Nur der Glaube an Jesus Christus rettet den Menschen am Ende, alles andere sind vorläufige Hilfen.

Ich habe einen Vers im Römerbrief gefunden, der uns Christen eine gute Anleitung sein kann. Paulus schreibt:

„Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet."

1. Seid fröhlich in Hoffnung

Hoffnung ist ja eines der Schlüsselworte unseres Glaubens und nun auch ein wichtiger Begriff in unserem Land.

Da merkt man, daß Sprichwörter nicht immer recht haben, und ein ganz besonders törichter Satz lautet: „Hoffen und harren hält manchen zum Narren."

Das Gegenteil ist richtig: Wer eine Hoffnung in seinem Leben hat, der ist gerade kein Narr, sondern ein weiser Mensch. Hoffnung bedeutet sowohl Halt als auch Ziel. Für uns Christen heißt die Hoffnung Jesus Christus. Wir sind darauf aus, daß unser Leben durch seine Botschaft eine klare, menschliche Prägung erfährt, ohne Gewalt, ohne Haß, ohne Unterdrückung des Andersdenkenden, sondern vielmehr im Geist der Toleranz und Nächstenliebe. Und wir sind darauf aus, daß er am Ende unseres irdischen Lebens mit offenen Armen auf uns wartet, daß wir zu ihm nach Hause kommen in aller Freude und Erfüllung.

Wenigstens für mich bedeutet das, daß ich ein fröhlicher Mensch sein darf, und das hat nicht nur mit einer angeborenen Frohnatur zu tun, sondern ich gehe an seiner guten Hand, die mich führt, die mich auch hält, wenn ich stolpere und ausrutsche, so wie ich als Vater mein Kind führe. Das habe ich schon oft genug erfahren. Und ich weiß: Am Ende ist nicht das Grab da draußen die Endstation. Wißt ihr, manchmal habe ich richtig kindliche Träume, wenn ich an Gottes Vaterhaus denke. Ich freue mich, Jesus zu sehen und seinen guten Worten zu lauschen, mit Paulus Briefwechsel zu führen oder mit Martin Luther zu disputieren und dabei die Kehlen mit einem guten Krug Wein zu kühlen.

Natürlich sind das gar zu menschliche Vorstellungen von der Herrlichkeit Gottes, aber schön ist es doch, solche Träume träumen zu dürfen. Sie haben etwas mit der Hoffnung zu tun.

Und weil Gott mir solche Hoffnung schenkt, deshalb habe ich auch Hoffnung für die Zukunft unseres Landes. Deshalb möchte ich etwas dafür tun und euch einladen, daß wir´s gemeinsam tun. Wenn Gott es so gut mit uns meint, warum sollte das nicht auch für die Gesellschaft gelten, in der wir leben? Gewiß, es wird keine Vollkommenheit geben. Das Paradies ist das allerletzte Ziel und ganz allein Gottes Sache. Weil der Kommunismus das verkannt hat, deshalb mußte er scheitern. Menschen können das Paradies nicht machen. Der Kommunismus stirbt an seiner Gottlosigkeit, so wie jedes gottlose Vornehmen scheitern muß.

Aber ich denke, wir Christen können unserem Land aus dem Glauben heraus Impulse geben, die das

menschliche Miteinander ein wenig menschlicher, sinnvoller, eben hoffnungsvoller machen. In Waldenburg wohnt mindestens einer, der hat wieder Freude an seiner Arbeit, weil er hofft, daß sie für ihn und für seine Kinder Sinn macht. Wenn das kein Grund sein soll, Gott fröhlich zu danken?!

2. Seid geduldig in Trübsal

Auch wenn das keiner annehmen mag, so sind wir mit den Veränderungen in unserem Land noch längst nicht über den Berg. Alle Dinge, die bisher geschehen sind, mögen wohl atemberaubend sein. Was sich in einem Monat getan hat, kann man gar nicht so schnell verarbeiten, und man staunt, wie schnell man vergißt, was noch vor wenigen Wochen gewesen ist. Aber nüchtern betrachtet, sind alle Veränderungen bisher rein kosmetischer Natur. Es wurden ein paar alte Herren abgelöst, in vielen Fällen sind andere nachgerückt, die genauso, nicht anders denken. Die Partei läßt noch lange nicht über ihren Führungsanspruch mit sich reden. Und solange das nicht geschieht, wird es in der Substanz auch keine Wandlung zum Besseren geben. Ich sehe immer noch genügend Funktionäre in der zweiten Reihe, die haben nichts eingesehen, und die werden mit Zähnen und Klauen um ihre satten und bequemen Posten kämpfen.

Es wäre in der Geschichte eines kommunistischen Staates sogar überhaupt nicht neu, daß Aufbrüche niedergeschlagen werden, und die alten Herren genüßlich Rache nehmen an denen, die sich aufgemacht haben. Und wir als Kirche bekämen das zuerst ab.

Aber selbst wenn die Reformen gelingen, so sind die Berge von Problemen noch lange nicht von heute auf morgen zu meistern. Selbst wenn die notwendigen Wirtschaftsreformen durchgeführt werden und greifen, ist unsere Wirtschaft doch heute in einem solchen Zustand, daß es nicht sofort besser, ja vermutlich erst einmal noch schlechter werden wird. Wir sehen die Schwierigkeiten in Polen, in der Sowjetunion und auch in Ungarn. Aber viele Leute, die nicht so weit denken, wollen schnelle Erfolge sehen, sie werden nicht so viel Geduld haben, und die Gefahr besteht, daß alles zerstört wird.

All diesen Dingen müssen wir realistisch ins Auge sehen und dort kommt auf uns, als christliche Gemeinden, die vielleicht wichtigste Aufgabe zu: Träger der Geduld zu werden!

Ich meine nicht ein dumpfes Zurücksinken in alte Zustände.

Ich meine vielmehr den langen Atem, den nur der Glauben haben kann. Wer sich zu einem Gott bekennt, vor dem tausend Jahre wie ein einziger Tag sind, der gewinnt von Gott her die Übersicht, daß Dinge Zeit brauchen.

Wer sich in der Sicherheit geborgen weiß, daß Gott der Herr aller Geschichte ist, der kann auch mit Problemen und Rückschlägen leben, ohne gleich alles resigniert wieder hinzuwerfen.

Und wer an Gott glaubt, der immer unser Bestes will und doch mit uns unverständigen Menschen oft so kleine Brötchen backen muß, ja Unvernunft und Undankbarkeit einstecken muß, der wird aus der Gelassenheit des Glaubens die Kraft zum mühsamen Weg der kleinen Schritte schöpfen. Die Euphorie wird eines Tages vorbei sein. Es werden nicht mehr Hunderte und Tausende in den Kirchen und auf den Straßen sein. Dann kommt die eigentliche Arbeit, das Dranbleiben, das beharrliche Eintreten für die Menschlichkeit, so wie Gott selbst Jahrhundert um Jahrhundert, Jahrtausend um Jahrtausend an uns dranbleibt.

3. Haltet an am Gebet

Es gibt eine Dimension von Leben, die kann der durchschnittliche Mensch nicht erfassen, sondern die ist dem Beter vorbehalten. Wenn sich das, was wir heute meinen, für die Menschen tun zu müssen, von Gott, dem eigentlichen Herren, lösen würde, dann wäre nichts anderes übrig, als ein plan- und zielloses Herumfuhrwerken. Aber die Verbindung zu Gott, dem Maß aller Dinge, ist nun einmal das Gebet. Ich möchte einen bekannten Spruch abändern und sagen: So wie wir heute beten, werden wir morgen leben. Es kann z.B. nicht sein, daß wir uns bei den großen Veranstaltungen die Initiative aus der Hand nehmen lassen und als Kirche nur noch den Raum für irgendein Politforum stellen. Nein —- wir feiern Gottesdienst, und zwar einen Fürbittengottesdienst, bei dem das Gebet im Mittelpunkt steht. Ich denke auch, daß die meisten Leute am vorigen Dienstag sehr wohl verstanden und akzeptiert haben. Dabei wird es bleiben.

Doch dieses öffentliche Gebet kann nur ein Bestandteil unseres Betens sein.

Genauso wichtig wird bleiben, daß wir Christen jeden Tag in unserer persönlichen Fürbitte vor Gott für unser Land eintreten. Daß wir um Vernunft für die Regierenden bitten, um Geduld für die Menschen, um Zukunftshoffnung, damit endlich das sinnlose Weglaufen aus unserem Land aufhört.

Schließlich: In wenigen Tagen beginnt die Friedensdekade. Unser gemeinsames Friedensgebet an jedem Morgen wird in diesem Jahr eine ganz neue Dimension erhalten. Ich bin überzeugt, daß die Friedensdekaden der vergangenen Jahre mit ihrer treuen Gebetsarbeit wesentlich zu der Hoffnung beigetragen haben, die heute entstanden ist, und uns als Kirche auch wesentlich so geformt haben, wie wir heute auftreten. Nun heißt es dranbleiben!

Liebe Christen, mir scheint, Gott hat uns eine große Chance in diesem Land gegeben und uns Gläubige in eine große Verantwortung gestellt.

Damit wir vor der Aufgabe nicht verzagen, möchte ich euch das Pauluswort ins Herz schreiben:

„Seid fröhlich in Hoffnung,
geduldig in Trübsal,
haltet an am Gebet.“

Amen.

Brand spricht mit der Predigt in die sich überschlagenden Entwicklungen in der DDR hinein. Wie in vielen Kirchen der DDR der Fall, hatte auch die Kirchengemeinde in Waldenburg einen enormen Zulauf zu verzeichnen, der sich aber auf spezielle Gottesdienste beschränkte. Der Sonntagsgottesdienst wurde nur von der eigentlichen Gemeinde besucht. P11Br1989 ist die Predigt, die im Rahmen des Fürbittengottesdienstes am vorangegangenen Dienstag, dem 31. Oktober 1989, gehalten wurde und auf den sich Brand in dieser Predigt bezieht. Er beschreibt das Neben- und Miteinander von ChristInnen und Parteimitgliedern und verweist auf die Vermischung kirchenlicher Rituale mit einer „politische[n] Versammlung". Er ist sich der Problematik dieser Vermischung bewusst und betont deshalb, dass auch weiterhin das Begehen des Gottesdienstes im Vordergrund steht und die Kirchengemeinde die Zügel für die Veranstaltung nicht aus der Hand legt. Damit macht er aber auch deutlich, dass die Veranstaltungen, bei denen auch gesellschaftliche und politische Belange diskutiert werden, kirchlich sind und nicht, wie vom Staat behauptet, nur der Missbrauch der kirchlichen Räumlichkeiten für oppositionelles Engagement.[855]

Die erwähnte Geschwindigkeit der Entwicklungen seit Beginn des Oktobers, die er im Einklang mit anderen DDR-BürgerInnen als unwirklich wahrnimmt, machten eine Vorbereitung des Fürbittengottesdienstes unmöglich. Deshalb möchte er diesen Sonntagsgottesdienst nutzen, um das Vorgehen und die Inhalte zu klären. Diese Predigt wendet sich, anders als P11Br1989, vor allem an die Gemeindeglieder und ist nur bedingt für Nichtgläubige anschlussfähig. Brand sieht den Massenansturm auf die Kirchen realistisch nicht als Hinwendung eines Großteils der DDR-BürgerInnen zum Glauben. Vielmehr erhoffen sie sich in ihrer Besorgnis Antworten auf ihre Fragen. Damit macht Brand auf die Bedeutung der Kirchen im Herbst 1989 aufmerksam. Der BEK hatte sein gesellschaftspolitisches Engagement damit begründet, aus seinem kirchlichen Auftrag die Menschen auch in ihren gesellschaftspolitischen Bedrängnissen wahrnehmen und sich damit auseinanderzusetzen zu müssen. Den Einsatz der Kirchen für Nichtgläubige begründet Brand im Einklang mit dem BEK mit der Nachfolge Jesu Christi im Sinne der Nächstenliebe.[856] Brand bezieht sich auf Lk 17,11-17, Jesu Heilung der zehn Aussätzigen, und macht anhand dessen deutlich, dass die Hilfe Nichtgläubiger nur bedingt zu deren Dankbarkeit und zu deren Hinwendung zum christlichen Glauben führt. An diese Geschichte bindet er ein Beispiel aus der Gegenwart an. Ein Genosse habe ihm nach dem Fürbittengottesdienst gedankt und seine wiedergewonnene Hoffnung zum Ausdruck gebracht.

Die Predigt ist von der Aufforderung zum Einsatz für Veränderungen im Land und zur Seelsorge gegenüber den MitbürgerInnen geprägt. Dieser Einsatz wird von Brand als zweiteilig dargestellt. Die ChristInnen sollen miteinander im Gebet für das Land einstehen und sich auf Regeln des Zusammenlebens, resultierend aus dem Evangelium, einigen. Im nächsten Schritt sollen die Regeln in den gesell-

[855] Vgl. Dok. 108. Erklärung Werner Jarowinskys gegenüber dem Vorsitzender der KKL, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19.2.1988 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 555f; Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 5, 13, 15, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf (24.10.2020); Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 44, 55, 58, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf (24.10.2020).

[856] Vgl. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur Situation der Kirchen in der Gesellschaft vom 13. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 293; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 340; Arbeitsbericht 1987/88 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 76.

schaftlichen Diskurs, vor allen bei den Gottesdiensten mit zahlreichen Teilnehmenden, eingebracht und den Mitmenschen im Sinne der Hoffnung das Angebot des Glaubens gemacht werden. Damit zeichnet sich die Predigt, bei aller Nüchternheit im Hinblick auf die Bekehrung der DDR-BürgerInnen zum Glauben, ansatzweise durch das theologische Motiv der Mission aus. Auch in P8Br1988 und P11Br1989 war dieses Motiv präsent. In der unter Mitwirkung Brands verfassten Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* eines Gesprächskreises junger Erwachsener in seiner Gemeinde vom Oktober 1989 wurde ebenfalls im Hinblick auf die Rolle der Kirche erklärt: „Neue Formen der Mission entstehen, da christlicher Glaube und Sozialismus in keiner Weise in Widerspruch zueinander stehen, sondern sich im Gegenteil bei der Bemühung um Heil und Wohl der Menschen in bester Weise ergänzen können."[857] Rm 12,12 stellt Brand als Leitfaden für das Verhalten der ChristInnen dar. Er nimmt die drei Aufforderungen des Bibelverses einzeln auf, stellt die Bedeutung für die ChristInnen und den Mehrwert für die Gesellschaft dar. Damit folgt er seiner vorab beschrieben Zweiteiligkeit des Einsatzes der ChristInnen in der Gesellschaft der DDR.

Hinsichtlich der Aufforderung „Seid fröhlich in Hoffnung" betont Brand wie in P8Br1988 die Bedeutung von Hoffnung. Erneut arbeitet er mit dem christlichen und dem weltlichen Verständnis von Hoffnung, wobei erstere die zweite bedingt. In den Predigtausführungen schwingt die Hoffnungslosigkeit der DDR-BürgerInnen mit, die auch schon in P8Br1988, P10Br1989 und P11Br1989 thematisiert wurde. Wie in P1Br1979 greift er auf das Sprichtwort „Hoffen und harren hält manchen zum Narren" zurück, um es in dieser Predigt aus christlicher Sicht zu widerlegen. Übereinstimmend mit P8Br1988 betont Brand, dass die Hoffnung auf die Auferstehung und das ewige Leben im Reich Gottes fröhlich mache und Hilfe und Richtlinie im Leben sei. Im Sinne der Nachfolge fordert Brand die Anwesenden dazu auf, dass ihr Leben – wie schon in P12Br1989 gefordert – von Gewaltlosigkeit, Respekt und Nächstenliebe geprägt sein sollte. Brand beschreibt seine eigenen, menschlichen Vorstellungen vom Reich Gottes, die ihn fröhlich stimmen. Diese Hoffnung mache ihn auch hoffnungsvoll im Bezug auf die Zukunft der DDR. Dabei macht er darauf aufmerksam, dass paradiesische Zustände auf Erden jedoch niemals erreicht werden könnten. Wie schon in früheren Predigten übt er Kritik daran, dass der Kommunismus den Menschen die Realisierung paradiesischer Zustände auf Erden als menschenmöglich propagierte. Brand erklärt den Kommunismus explizit für gescheitert. Im Einklang mit P8Br1988 und P11Br1989 stellt er die Gottlosigkeit des Kommunismus als Grund für dessen Scheitern dar. Er fordert die Anwesenden auf, Hoffnung zu verbreiten und dadurch, rekurrierend auf das Beispiel des Genossen, zur Zufriedenheit in der Gesellschaft der DDR beizutragen.

Im Zuge der Aufforderung „Seid geduldig in Trübsal" bezieht sich Brand auf die noch ausstehenden Veränderungen in der DDR-Gesellschaft und fordert diesbezüglich im Einklang mit der Bundessynode einen „langen Atem"[858]. Anhand verschiedener Beispiele macht er deutlich, dass die bereits vollzogenen Veränderungen nur oberflächlich sind und den BürgerInnen der DDR noch viele notwendige Umgestaltungen bevorstehen. Wie schon im Bezug auf den Amtsantritt von Krenz in P12Br1989 deutet er an, dass der Austausch einiger Politiker keine wirklichen Veränderungen der Politik bewirkt hat. Brand bringt

[857] Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

[858] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen un dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 343.

wie auch die DemonstrantInnen am 4. November 1989 in Berlin den Wunsch zum Ausdruck, dass der in Artikel 1 der Verfassung der DDR festgelegte Führungsanspruch der Partei der SED zur Debatte gestellt wird.[859] Er stellt die Situation angemessen dar, wenn er davon spricht, dass die führenden Parteigenossen der SED dies bis zum Fall der Mauer ausgeschlossen hatten.[860] Viele ParteifunktionärInnen klammerten sich an ihre Posten und durchliefen keine Veränderung des Denkens. Brand verweist auf die Gefahr, dass die „Aufbrüche" im Volk, wie er sie nennt, in einem kommunistischen Staat beendet werden könnten. Er nennt keine konkreten Ereignisse, aber den Anwesenden werden der 17. Juni 1953 und der Prager Frühling 1968 in Erinnerung gekommen sein. Bei aller Freude über die Veränderungen wird an dieser Stelle deutlich, dass der Ausgang für alle Beteiligten zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss ist. Darüber hinaus betont Brand, wie schon in P8Br1988, P11Br1989 und P12Br1989 angeklungen, im Einklang mit dem BEK, die Notwendigkeit von Veränderung im wirtschaftlichen Bereich der DDR.[861] Unter Verweis auf die Gegebenheiten in anderen Ostblockstaaten gibt er zu bedenken, dass der Zustand der Wirtschaft sich möglicherweise erst verschlechtern wird, bevor Verbesserungen eintreten. All diese Aspekte verlangen den DDR-BürgerInnen Geduld ab. Brand gibt zu bedenken, dass das Engagement von BürgerInnen bei ausbleibenden unmittelbaren Verbesserungen abnehmen könnte. Er fordert deshalb besonders von den ChristInnen, auch in schwierigen Zeiten mit Geduld und Eifer Veränderungen voranzutreiben. Gottes stetige Fürsorge für das Wohl seiner Schöpfung dient in dieser Predigt als Ansporn für die ZuhörerInnen, im Einsatz für mehr Menschlichkeit in der Welt nicht nachzulassen.

„Haltet fest am Gebet" versteht Brand als ein Beibehalten der direkten Verbindung zu Gott. In den Ausführungen wird deutlich, dass nur mit Gottes Hilfe aus dem Einsatz für die Gesellschaft der DDR ein sinnvolles Tun erwachsen kann. Brand ändert den Spruch „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" zu „So wie wir heute beten, werden wir morgen leben". Damit nutzt er eine Parole für die ArbeiterInnen der DDR für seine Zwecke. Die DemonstrantInnen hatten 1989 ebenfalls typische Parolen der DDR staatskritisch umgetextet.[862] Damit wird der Nutzen des extensiven Betens für die zukünftige Situation im Land deutlich. Das Gebet wird als Teil des Gottesdienstes, d.h. auch des stattfindenden Fürbittengottesdienstes, sowie als Teil des persönlichen Glaubenslebens dargestellt. Brand betont, dass der Fürbittengottesdienst zwar auch gesellschaftspolitische Aspekte behandelt, aber keine reine „politische[...] Versammlung" sein und werden darf. Dadurch spricht er sich gegen einen Missbrauch der Kirchen aus. Ähnlich hatte der BEK mehrfach dazu aufgefordert, dass das gesellschaftspolitische Engagement von in

[859]Vgl. DALE: The East German Revolution, 86; Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 1, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html(18.04.2020); HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 29, 31, 43, 61, 66, 69, 94, 111; KOWALCZUK: Endspiel, 449; Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

[860]Vgl. beispielhaft hierzu Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees in: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1989, 1; In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED in: NEUES DEUTSCHLAND, 9. November 1989, 3.

[861]Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42; Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

[862]Vgl. DIETRICH: Kulturgeschichte der DDR, 505, 1382; SCHIEWE/SCHIEWE: Witzkultur in der DDR, 79.

der Kirche angesiedelten Gruppen, Gemeinden und der Kirchenleitung sich durch deutliche Bezüge auf die Botschaft des Evangeliums auszeichnen müsste.[863]

Für das persönliche Gebet jeder bzw. jedes Einzelnen sieht Brand im Einklang mit Pfarrer Rannenberg (P5Ra1989) und dem Vorsitzenden der KKL das Gebet für PolitikerInnen als bedeutsam an.[864] Darüber hinaus nimmt Brand Bezug auf seine vorherigen Ausführungen, indem er zum Gebet für Geduld der BürgerInnen der DDR auffordert. Zusätzlich spricht er die Ausreisebewegung an, wenn er dafür betet, dass „endlich das sinnlose Weglaufen aus unserem Land aufhört." Wie schon in P9Br1988 und P10Br1989 äußert sich Brand kritisch zur Ausreise und beschreibt das Verlassen des Landes als zwecklos. Während er diese Einschätzung in dieser Predigt nicht näher ausführt, hatte er das Ausreisen aus der DDR in P9Br1989 als sinnlosen Versuch der Flucht beschrieben, da damit die persönlichen und gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst würden. In der Auseinandersetzung mit dem Gebet der ChristInnen verweist Brand auf die anstehende Friedensdekade und beschreibt das Friedensgebet der letzten Jahre als wirkungsvollen Beitrag zum Weg hin zur Hoffnung, die nun in der DDR besteht. Damit schreibt Brand der Wirkung der Kirche in der DDR eine große Bedeutung zu und identifiziert einen Einfluss der Friedensarbeit auf die Entwicklungen in der DDR. In dem von Brand verfassten Vorwort zur Schrift *Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung* stellte er das kirchliche „Engagement für Frieden, Umweltschutz und schließlich Menschenrechte"[865] als ausschlaggebend für die Entwicklungen im Herbst 1989 in der DDR dar. Zum Ende der Predigt wiederholt Brand seinen Aufruf zum Durchhalten. Die Veränderungen in der DDR beschreibt er als Chance, die den ChristInnen Verantwortung abverlange. Der Vers Rm 12,12 soll dabei helfen und Mut machen.

P13Br1989 vereint in sich Aspekte einer vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt. Die Anwesenden werden im Sinne der Eschatologie des Zuspruches der Auferstehung und des ewigen Lebens im Reich Gottes sowie der Fürsorge Gottes für seine Schöpfung vergewissert. Dieser Hoffnung und dem Willen Gottes folgend, sollen sie in ihrer Lebensumwelt in der Nachfolge Jesu Christi, im Gebet und im Zeugnis ihren Einsatz für das Wohl der Mitmenschen gestalten.

---

[863] Vgl. Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 59; Zum Verhältnis zwischen Kirchen und Gruppen – ein Diskussionspapier. Arbeitsgruppe „Menschenrechte" 1988 in: aaO, 91f; Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, 41f, 51, 69, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (12.10.2020); Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zur gesellschaftlichen Mitverantwortung vom 6./7. März 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 253; Gesichtspunkte für das Miteinander von Kirche und Gruppen – beschlossen von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in DDR für das Gespräch in den Gemeinden vom 1. September 1989 in: aaO, 334; Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der 4. Tagung der V. Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1988, 68f.

[864] Vgl. Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 291; Dok. 120: Niederschrift von Egon Krenz für das Politbüro vom 20.10.1989 über sein Gespräch mit Werner Leich am 19.10.1989 in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 599.

[865] Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1989), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

4.29 Iskraut: Predigt 5. November 1989 (P10Isk1989)

In der Predigt vom 5. November 1989 greift Iskraut die für den Reformationstag vorgeschlagene Bibelstelle der Perikopenordnung auf und nutzt sie somit für den darauffolgenden Sonntag. Iskraut kommentierte im Predigtheft zu den Ereignissen in der DDR zeitnah zur Predigt: „Am Samstag, 4. November 1989 war die große Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz, zu der Künstler und Intellektuelle aufgerufen hatten, die erste staatlich genehmigte Großdemonstration, zu der 500 000 Menschen erschienen waren. In den evangelischen Kirchen wurde am Tag darauf der Reformation der Kirche (31.10.1517) gedacht."[866]

Predigt zu Jesaja 62,$_{6.7.10\text{-}12}$ **Berlin-Johannisthal, 05.11.1989**

Liebe Gemeinde!

Wen interessiert schon die Reformation noch? Wer kennt denn wenigstens noch eine einzige der 95 Thesen Martin Luthers? Wer verbindet noch etwas mit dem sogenannten „Turmerlebnis" oder der Rechtfertigungslehre? Soll ich weiterfragen? Die Antwort heißt doch allemal: Die Reformation interessiert uns nicht mehr, wir sind an „Reformen" interessiert. Wer gestern mit zur Demonstration war, hat das gespürt. Doch wenn wir die Zeit der Reformation genau betrachten, ging es da auch um Reformen. Allerdings ist Martin Luther erst mit eiserner Leidenschaft die Reformation der Kirche angegangen, ehe er Reformen anmahnte. Das war wohl einmalig in der Kirchengeschichte, daß neue theologische Erkenntnisse derart die Kirche und im Zuge dessen dann die ganze Gesellschaft umgeformt haben. Es war am 31. Oktober 1517, als Dr. Martin Luther aus dem bergenden (und zugleich beengenden!) Raum einer fast allmächtigen Kirche heraustrat und mit den 95 Thesen zum Dialog aufrief, und weil zu damaliger Zeit die hohen Herren Professoren diesen Dialog verweigerten, entstand er innerhalb von 6 Wochen (mit der gerade erfundenen Buchdruckerkunst) im gesamten Volk.

Daß Gott nicht ein Scharfrichter ist, der zu fürchten wäre, sondern ein liebender Gott, der den Sünder aufrichtet, das war die große befreiende Entdeckung in der Bibel. Daß deshalb der Mensch durch den Glauben an Gott gerecht wird und nicht durch ein Vertrauen, das er sich bei Gott verdienen muss – etwa durch die peinliche Einhaltung des mosaischen Gesetzes, das wurde damals vom ganzen Volke aufgenommen und ließ aufatmen. Das hat Geschichte gemacht. Aber ... das alles ist ja längst passee, vorbei und vergessen.

Das kostbare Buch der Bücher verstaubt nun im Bücherschrank der Protestanten. Nicht Reformation interessiert, sondern Reformen. Ich freue mich über das, was seit gestern offen in Gang gebracht worden ist. Aber ich habe zugleich Sorge, daß nun alles zu schnell geschieht, zu „un-be-dacht." Der Gottesdienst könnte aber wieder so etwas werden wie eine Be-denk-zeit. „O Jerusalem, ich habe Wächter über deine Mauern bestellt." Bei Wächtern, denke ich, ist nicht allein an Pastoren gedacht, noch an irgendeinen hauptamtlichen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin. Die Wächter, das seid Ihr, die Gemeinde.

[866] Predigtheft von Pfarrer Iskraut (2004), Privatarchiv Lührmann.

Die Wächter vergleiche ich mit den Gebetsrufern, den Muezzins, die täglich von dem Minarett der Moschee her die Gebetszeiten ankündigen. Hier allerdings sind Wächter gemeint, die **Gott selbst** bestellt hat, Menschen, die den ganzen Tag und die ganze Nacht nicht mehr schweigen sollen, die den „Herrn erinnern sollen". Ich denke, das ist eindeutig: Wir sollen Gott in den Ohren liegen (nicht weil er so vergesslich wäre), wir sollen ihm keine Ruhe gönnen (nicht weil er ein Faulpelz wäre) – aber wenn wir Gott um etwas bitten, soll auch deutlich werden, daß es unser wirkliches Anliegen, die Sache unseres Herzens ist. So dürfen wir beten:

> Lieber Gott, schau dir Johannisthal an! Hier leben Menschen, die Angst haben vor dem Staatssicherheitsdienst in ihrer Nachbarschaft, hier lebt der Staatssicherheitsdienst, der nicht weiß, wie ein Leben ohne Privilegien einmal möglich sein kann. Lieber Gott, wir sind so wenige in unserer Kirche hier, und alle brauchen deine frohe Botschaft. Lieber Gott, bei uns leben Menschen, denen es schon viel zu gut geht und die nun kein weiteres Lebensziel mehr vor sich wissen, das zu erreichen sich lohnt. Sie brauchen Mut zum Leben, aber sie drehen durch. Lieber Gott, wir sind so wenige, aber alle brauchen deine frohe Botschaft.
>
> Lieber Gott, wir kennen Menschen, die haben Krebs und müssen lange auf den Arzt warten und auf den tröstenden Menschen, der bei aller Überlastung Zeit für sie hat.

Der Prophet ruft die Wächter auf: Liegt doch Gott in den Ohren! So beharrlich, wie jetzt das Volk Reformen anmahnt, betet doch jetzt zu Gott und lasst nicht locker!

Dem Herrn **keine Ruhe lassen**...

Wir meinen, Not wird am Besten beseitigt durch einen Brief an die „da oben" in Kirche und Staat. Solche Briefe haben sicherlich ihren Sinn. Aber das Schwergewicht wird von unserem Bibeltext her auf das „Erinnern des Herrn" gelegt. Wir sollen nicht mehr schweigen. Und für dieses Reden mit Gott bedarf es keiner gottesdienstlichen Ordnung. Da ist genauso das Gebet im Kämmerlein, der Gebetskreis in der Familie der rechte dafür angemessene Ort.

Es geht weiter: „Gehet ein durch die Tore! Bereitet dem Volk den Weg! Macht Bahn! Räumt die Steine weg! Richtet ein Zeichen auf für die Völker!" Hinter diesem Aufruf steht die Tatsache, daß von dem Volk, das in babylonischer Gefangenschaft war, offensichtlich schon ein Teil in Jerusalem angekommen ist. Die sollen nun Vorbereitungen treffen für die Rückkehr der anderen. Die Wächter sollen also nicht allein Gott in den Ohren liegen, sie haben auch den Auftrag der Wegbereitung.

Da geht es um das Wegräumen von Steinen. Das kann wörtlich gemeint sein. Steine wegräumen, das ist aber auch im übertragenen Sinn gemeint: Steine des Anstoßes, Steine, die Menschen im Wege liegen, um zum Glauben an Gott zu finden. Mir scheint, Martin Luther war so ein Mensch gewesen, der Steine weggeräumt hat, große Brocken sogar waren es, die er beiseite geräumt hat.

Richtet ein Zeichen auf für die Völker! Das war wichtig in einer Zeit, in der der Tempel zerstört war, daß zumindest ein Zeichen dafür aufgerichtet wurde, eine ständige Erinnerung und Mahnung an die Gegenwart Gottes. Unsere Kirchen sind nicht zerstört. Die Zeichen der Gegenwart sind unter uns. Aber was dann, wenn sie leer sind! Wofür geben sie dann ein Zeichen ab? Mag sein, daß die Gethsemanekirche und die Erlöserkirche in Berlin bald nicht mehr so voll sind wie in den letzten Wochen, und dann trifft

sich darin wieder nur der kleine Gemeindekern, der in letzter Zeit einfach zu kurz gekommen ist. Da ist dann jeder Kirchgang bereits ein Zeichen, ein Signal dafür, daß Gottes Sache weitergeht, auch wenn die Massen, die die Gastfreundschaft der Kirche und ihrer Räume gern in Anspruch genommen haben, wieder aus ihnen ausziehen.

Und nun das Letzte: Saget der Tochter Zion: „Siehe, dein Heil kommt!“ Das wurde dem jüdischen Volk nach einer schweren Katastrophe gesagt. Aber dieses Volk hat weiterhin immer wieder unsagbares Leid im Laufe seiner Geschichte erleben müssen. Es hat nicht glauben können, daß das Heil wirklich schon im Kommen ist. Unsagbares Leid der Juden, schwere Schuld auch durch unser Volk haben Juden mit daran gehindert, an den kommenden Messias zu glauben. Die Steine sind noch nicht weggeräumt, die da im Wege liegen. Auch wer die Berichte derer liest, die in den letzten Tagen und Wochen inhaftiert waren und was sie in der Haft erlebt haben, der fragt sich unwillkürlich: Warum ist die Sprache der Nazis nach so langer Zeit immer noch nicht überwunden! Hier wartet schwere Arbeit auf uns. Wir haben immer noch nicht genug gelernt, darum müssen wir „nachsitzen“.

Allmähliches Wohlergehen hat uns blind gemacht und hat uns vergessen lassen und alte Schuld verdrängt. Und trotzdem gilt der Satz: Dein Heil kommt – ohne ein Fragezeichen dahinter. Allerdings bedarf es der Wächter, die wach bleiben und Gott in den Ohren liegen. Amen.[867]

[867] Im Anschluss an die Predigt folgt das Lied Wach auf, wach auf du deutsches Land, du hast genug geschlafen... (EG 145, 1+9).

Diese Predigt ist sehr stark von den Ereignissen der „Wende“ 1989 geprägt und weist viele interessante Einzelgedanken auf, die homiletisch jedoch nicht miteinander vereinbar sind. Im Austausch mit Iskraut zu dieser Predigt erzählte er, die Predigt erst im letzten Augenblick geschrieben zu haben. Durch die Großdemonstration am 4. November ermutigt, wollte er so viele Probleme und Mängel in der DDR wie möglich in der Predigt ansprechen. Iskraut hatte selbst an der Demonstration teilgenommen, da sich die Kreissynode, die an diesem Tag tagte, dazu entschieden hatte. Zusätzlich waren auch in Berlin-Johannisthal im Herbst 1989 Menschen im Gottesdienst, die sonst nicht den Gottesdienst besuchten und dementsprechend im Herbst 1989 vom Prediger erreicht werden konnten.[868] Während in dieser Analyse die Einzelgedanken betrachtet werden, rücken Stil und Struktur der Predigt deshalb in den Hintergrund. Kontextuell befasst sich diese Predigt mit den von den DDR-BürgerInnen Ende Oktober/ Anfang November 1989 geforderten Reformen des politischen Systems. Bei der Großdemonstration am 4. November 1989 wurden diese in den Reden von SchauspielerInnen, KünstlerInnen, PolitikerInnen und VertreterInnen neuer politischer Gruppierungen und auf Plakaten von DemonstrantInnen geäußert.[869] Iskraut bringt zwar seine Freude über die neusten Entwicklungen, d.h. den begonnenen Dialog zwischen Staat und BürgerInnen und den Beginn des Veränderungsprozesses zum Ausdruck, äußert aber auch Besorgnis darüber, dass die DDR-BürgerInnen in blinden Aktionismus verfallen und die Veränderungen zu schnell vorantreiben. Auch in der Schnellinformation des Sekretariats des BEK zum Gespräch zwischen Leich und Krenz am 19. Oktober 1989 werden von kirchlicher Seite Veränderungen als notwendig erachtet, jedoch könnte dies nicht über Nacht geschehen.[870] Die Entwicklungen in der DDR vom 9. Oktober bis zum 4. November waren rasant. Iskraut plädiert deshalb an mehreren Stellen der Predigt dafür, Reformen bedächtig und mit Maß durchzuführen. Daraus resultierend spricht er sich gegen eine Abschaffung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Systems ohne vorherige Prüfung aus. Auch der Sekretär des ZK, Günter Schabowski, äußerte in seiner Rede am 4. November Kritik an den „schnellen Scheiterhaufen, auf denen manche alles brennen sehen wollen, was an unbestreitbaren Leistungen in vergangenen Jahrzehnten vom Volk vollbracht wurde.“[871] Im Gegensatz zu Iskraut ging es Schabowski aber primär um den Machterhalt der SED. Wie schon in P8Isk1989 hebt Iskraut die Bedeutung des Gottesdienstes hervor und erhofft sich, dass der Gottesdienst eine „Be-denk-zeit“ für die Gläubigen ist. Dies setzt er dem befürchteten „un-be–dacht[en]“ Handeln der BürgerInnen entgegen.

Als Vorbild für das Verhalten in Umbruchsphasen führt Iskraut hier Luther an, dessen Reformation in diesem Gottesdienst gedacht werden soll. Wie die Großdemonstration auf dem Alexanderplatz in Ostberlin am Vortag gezeigt hätte, gehe es den DDR-BürgerInnen gegenwärtig um Reformen. Auch Luther sei es um Reformen gegangen, allerdings seien diese bei Luther erst nach dem Versuch der Reformation der Kirche angestrebt worden. Iskraut verwechselt die beiden Begriffe Reformen und Reformation.[872] Nach allgemeinem Sprachgebrauch bedeuten Reformen nicht, das alte System völlig abzuschaffen, sondern in

[868] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann; Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.02.2021), ebd.

[869] Vgl. Plakate in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 90ff; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346.

[870] Vgl. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 360.

[871] Schabowski in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 158.

[872] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

seinem bestehenden Rahmen Veränderungen herbeizuführen.[873] Bezogen auf die Gegenwart der ZuhörerInnen fordert Iskraut hier implizit dazu auf, zunächst den Versuch von Reformen im eigentlichen Sinne auch hinsichtlich des politischen Systems in der DDR zu versuchen, bevor man eine Reformation, d.h. den völligen Umsturz, anstrebt. Iskraut selbst stellte rückblickend fest, dass er damals die Zeichen der Zeit nicht richtig gedeutet hätte. Er plädierte noch Anfang November 1989 für Zurückhaltung, während viele KollegInnen und DDR-BürgerInnen die Notwendigkeit der Umwälzung des alten Systems, inklusive Neubesetzung der politischen Ämter, erkannen und unterstützten.[874] Deshalb war die Stimmung am 4. November durch „Pfiffe und Mißfallensbekundungen“[875] gegenüber den Vertretern des alten Systems, Schabowski und Markus Wolf, ehemaliger General des Ministeriums für Staatssicherheit, sowie deren Verteidigung des Sozialismus und der Vormachtstellung der SED geprägt. Radikalere Veränderungsvorschläge, die auch Rücktritte der politisch Verantwortlichen und die Demokratisierung des politischen Systems der DDR beinhalteten, wurden hingegen begrüßt.[876] Auf Plakaten forderten die DemonstrantInnen die Zulassung anderer Parteien, die Auseinandersetzung mit dem Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten Anfang Oktober, freie Wahlen, die Erneuerung der DDR-Führung und Reisefreiheit. Reisefreiheit ist dabei nicht mit der Öffnung der Mauer gleichzusetzen. Die Öffnung der Mauer wurde nur auf zwei Plakaten gefordert, spielte somit bei der Großdemonstration noch eine untergeordnete Rolle.[877] Iskraut steht den Forderungen der DemonstrantInnen nach einer Runderneuerung bzw. einer Abschaffung des politischen Systems skeptisch gegenüber und fordert unter Bezugnahme auf Luther zu einem bedächtigen Vorgehen auf.

Er stellt, teilweise implizit, verschiedene Parallelen zwischen der Situation Luthers und der Situation in der DDR 1989 her.[878] Im Hinblick auf die Reformation Luthers hätten die „theologischen Erkenntnisse“ nicht nur die Kirche beeinflusst, sondern auch die Gesellschaft umgestaltet. Damit führt Iskraut den Anwesenden vor Augen, dass Veränderungen des politischen Systems in der DDR auch die Gesellschaft als Ganzes beeinflussen werden. Die darin enthaltene Aufforderung an die Gläubigen, die Folgen der Durchführung von Reformen stärker zu bedenken, untermauert die Haltung Iskrauts, auch 1989 mit Bedacht vorzugehen. Wenn Iskraut die katholische Kirche bezüglich der Reformation des 16. Jahrhunderts als „bergenden (und zugleich beengenden!) Raum“ und „fast allmächtige Kirche“ beschreibt, so beinhaltet dies auch implizit eine Darstellung des Staates der DDR. Dieser hat die Menschen in allen Lebensbereichen kontrolliert und durch Vorgaben gelenkt. Doch dieser durch die strengen Vorgaben entstandene Raum bot auch Schutz. Aus ihm um der Freiheit willen auszubrechen, wie auch Luther es getan hat, bedeutet auch, Entscheidungen eigenständig treffen und Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen zu müssen. Damit deutet Iskraut den Aufruf zur Eigenveranwortung der DDR-BürgerInnen an, der im

[873] Laut dem *Lexikon Politik und Recht* bedeutet Reform die „Umgestaltung größerer Teile der Rechtsordnung im Rahmen der Staatsverfassung“ (WEBER-FAS: Lexikon Politik und Recht, 238.).

[874] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

[875] MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 346.

[876] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 62; Schabowski in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 158; Wolf in: aaO, 141; SCHROEDER: Partei, Staat und Gesellschaft, 303; WOLLE: Heile Welt (3.Aufl.), 442.

[877] Vgl. Plakate in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 35, 67, 82, 90ff.

[878] Auch Karl-Heinz Sadewasser zieht „am Sonntag vor dem Reformationstag 1989 historische Parallelen zwischen Reformation und aktueller Situation.“ (PELZ: Revolution auf der Kanzel, 231; vgl. auch aaO, 138, 179; Karl-Heinz Sadewasser: Predigt zu Jes 62,6+7.10-12. Penkun, 29./31.10.1989 in: aaO, 383.).

weiteren Verlauf der Predigt verstärkt wird. Marianne Birthler, Vertreterin der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, und der Schrifsteller Christoph Hein sprachen deswegen bei der Großdemonstration von der Arbeit, die nun auf die DDR-BürgerInnen zukäme.[879] Darüber hinaus verwiesen Konrad Elmer, Mitbegründer der SDP und Pfarrer, der Schriftsteller Heiner Müller und der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, darauf, dass die Veränderungen sich auch negativ auf den Lebensstandard auswirken und langwierig sein könnten.[880] Auch die Bundessynode und Pfarrer Brand – in P13Br1989 zum gleichen Datum – beschworen das Durchhaltevermögen der DDR-BürgerInnen im Einsatz für Veränderungen im Land.[881]

Mit der erwähnten fehlenden Dialogbereitschaft der Professoren zur Zeit Luthers spielt Iskraut auf die Verweigerung des Dialogs und der Bereitschaft zur Veränderung der politisch Verantwortlichen 1989 an. Vor allem im Hinblick auf die Wahlfälschung vom Mai 1989 und die Ausreisebewegung hatte der BEK die Verweigerung des Dialogs angeprangert und den Staat immer wieder zur Auseinandersetzung mit den BürgerInnen aufgefordert.[882] Der Dialog fand deshalb 1989 zunächst einerseits innerhalb der Kirchen statt, andererseits wurde die Gesellschaft, wie im Falle der Reformation des 16. Jahrhunderts (95 Thesen), durch Schriften verschiedener Gruppierungen mit Themen konfrontiert und zur Auseinandersetzung mit diesen aufgefordert. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk spricht „ab Mitte September [...] von einer wochenlangen Flut von Aufrufen, Resolutionen [und] Offenen Briefen“[883].

Aufgrund der Umbruchsphase im Herbst 1989 sieht Iskraut ein Desinteresse der ChristInnen sowohl an der Reformation des 16. Jahrhunderts und ihrer Errungenschaft – der Rechtfertigung allein aus Glaube – als auch an der Bibel und ihren Inhalten gegeben. Indirekt werden die Anwesenden dazu aufgefordert, den Gottesdienst zu nutzen, um sich auch in den Zeiten des Umbruchs auf die Inhalte der Bibel zu besinnen. Hier schwingt implizit die Frage mit, wie sich ChristInnen in der DDR im Herbst 1989 verhalten sollen. Anhand der Bibelstelle werden die Verhaltensweisen beschrieben, zu denen das jüdische Volk bei der Rückkehr aus der Babylonischen Gefangenschaft nach Jerusalem aufgefordert wurde. Die Inhalte der Bibelstelle werden unverändert in die Gegenwart der ZuhörerInnen überführt.

Wie in Jes 62,6 von WächterInnen über Jerusalem die Rede ist, sieht Iskraut nicht nur die Verantwortlichen der Kirche, sondern die Gemeinde als Ganzes als WächterInnen der Gegenwart an. Dies erinnert stark an die „Denkschriften-Denkschrift“ der EKD von 1970, in der die „Wahrnehmung des sogenannten Wächteramtes“[884] der Kirche thematisiert wird. Die EKD sprach sich dafür aus, nicht nur in Sonderfällen

[879] Vgl. Birthler in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 134; Hein in: aaO, 195.

[880] Vgl. Elmer in: aaO, 201; Gerlach in: aaO, 152; Müller in: aaO, 186.

[881] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen un dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 343.

[882] Vgl. Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989; Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2./3. Juni 1989 in: aaO, 329; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336.

[883] KOWALCZUK: Endspiel, 366f; vgl. auch BRESCH (Hg.): Oktober 1989, 18ff; KOWALCZUK: Endspiel, 362, 364; SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 18ff.

[884] Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen (1970) in: KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND (Hg.): Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I/I. Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, 47.

öffentlich wirksam zu werden, sondern plädiert für eine „positive Mitarbeit der Christen bei der Gestaltung gesellschaftlich-politischer Tatbestände“[885]. Iskraut ruft die Gemeinde dazu auf, ihr Wächteramt in der Gegenwart anzuerkennen und wahrzunehmen. Diese Rolle der Kirche lehnte der SED-Staat ab.[886]

Hinsichtlich ihrer Aufgaben assoziiert der Prediger die WächterInnen mit einem muslimischen Muezzin, der die Gläubigen zum Gebet ruft. Auch die Gemeinde habe die Aufgabe, zum Gebet bzw. zur Glaubensausübung aufzufordern. Im Gegensatz zum Muezzin seien die WächterInnen aber von „Gott selbst bestellt“. Neben der Aufforderung anderer zum Gebet gehe es auch darum, selbst zu beten. Mit ihrem ausdauernden Gebet sollen sie Gott die Bedeutung ihres Anliegens aufzeigen.

Beispielhaft integriert Iskraut ein Gebet in die Predigtausführungen. Er thematisiert in diesem Gebet verschiedene Aspekte der DDR-Gesellschaft wie den Staatssicherheitsdienst und die Situation der Kirche. Gleichzeitig gibt er einen Überblick über Gefühle, mit denen die DDR-BürgerInnen 1989 konfrontiert sind: Angst, Unsicherheit, Wut, Mutlosigkeit. Zwar stellt er im Gebet Erfahrungen der ChristInnen in Johannisthal dar, die Inhalte lassen sich aber auf die Situation aller DDR-BürgerInnen übertragen. Die Bespitzelung durch die Staatssicherheit rufe bei den DDR-BürgerInnen Angst hervor. Implizit wird auch das Misstrauen gegenüber NachbarInnen und FreundInnen erkennbar. Des Weiteren erwähnt er die Veränderungen, die nun auf die MitarbeiterInnen des Staatssicherheitsdienstes zukommen und möglicherweise das Ende der Privilegien bedeuten. Ende Oktober wurden Meldungen über Privilegien von SED-FunktionärInnen veröffentlicht, die hitzige Debatten auslösten. Es war von Privilegien wie „special shops, sojourns in the non-socialist world, private use of jets for holidays, remuneration in and ownership of hard currency, and, above all, the privileges granted to the children, grandchildren and relatives of members of the Politburo and government“[887] die Rede. Auf Demonstrationen, auch am 4. November, wurde die „Abschaffung von Privilegien“[888] gefordert. Friedrich Schorlemmer sprach am 4. November von der Staatssicherheit als einem „innenpolitische[n] Sicherheitsrisiko,[...] [das] radikal abgebaut und vom Volk kontrolliert“[889] werden müsste. Darüber hinaus betonte der Jurist Gregor Gysi, „daß die beste Staatssicherheit immer noch die Rechtssicherheit“[890] wäre. Beide Redner plädierten somit für die Reduktion, Überwachung oder Abschaffung der Staatssicherheit. All diese Entwicklungen, Forderungen und Aussagen stützen die Andeutung Iskrauts, dass die Angehörigen der Staatssicherheit im Herbst 1989 um ihren Arbeitsplatz, ihren Status und ihre Reputation bangen mussten. Während Pfarrer Brand (P12Br1989) in seiner Predigt vom 22. Oktober 1989 ebenfalls auf die Ängste der MitarbeiterInnen der Staatsorgane verweist, betet Iskraut zusätzlich für sie.

Zusätzlich spricht Iskraut die Situation der ChristInnen in der DDR an, die dort eine Minderheit darstellten. Wie oben schon durch die Assoziation mit dem Muezzin angedeutet, geht es dem Prediger darum, den Zugang zum Glauben und der frohen Botschaft Gottes auch anderen Mitgliedern der Gesellschaft zu ermöglichen. Dieser Aspekt wird erneut gegen Ende des Gebets, aber auch im weiteren

[885] Ebd.
[886] Vgl. Dok. 42: Analyse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK vom 8.12.1975 über die Ergebnisse der Politik in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit in: HARTWEG (Hg.): SED und Kirche Band 2, 272.
[887] DALE: The East German Revolution, 81; vgl. auch BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 51.
[888] BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 55; vgl auch aaO, 62; HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 46, 85, 93, 95.
[889] Schorlemmer in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 169.
[890] Gysi in: aaO, 126.

Verlauf der Predigt erwähnt, wenn Iskraut davon spricht, dass „Steine, die Menschen im Wege liegen, um zum Glauben an Gott zu finden", von den ChristInnen weggeräumt werden müssen. Damit schwingt das theologische Motiv der Mission in der Predigt mit.

Anschließend betet Iskraut für Menschen in der Gesellschaft der DDR, die einen guten Lebensstil haben und deshalb keine weiteren Ziele anstreben. Er bittet für sie um Mut, betont aber, dass sie „durchdrehen". Iskraut spielt damit auf die Abgeordneten der SED-Parteigruppe der Volkskammer an. Iskraut besaß einen Tonbandmitschnitt der Sitzung zum 24. Oktober 1989, die ein westlicher Korrespondent ihm zukommen ließ. Darin brachten viele Abgeordnete ihre Unsicherheit zum Ausdruck und baten den Präsidenten der Volkskammer um klare Ansagen zur Position der Partei, die den BürgerInnen gegenüber kommuniziert werden konnten. Sie wollten wissen, wie sie sich verhalten sollten, wie es weitergeht; sie forderten keine Versprechungen, sondern konkrete Pläne. Alle sprachen sich aber für den Erhalt des Sozialismus und die Führung durch die Partei der SED aus. Die Unsicherheit und Angst der Abgeordneten ist in ihren Äußerungen deutlich zu spüren.[891] Ob die Anwesenden diese Anspielung verstanden, kann nicht nachvollzogen werden. Iskraut beschreibt die Ängste der dem Staat verpflichteten Personen, bringt ein gewisses Mitgefühl zum Ausdruck und bittet um Mut für die Abgeordneten.

Nach der Darstellung der gesellschaftlichen Lage entsteht ein Bruch im Gebet, wenn Iskraut auf das Gesundheitssystem der DDR und das damit verbundene Thema Krankheit und das Bedürfnis nach ärztlicher Hilfe und persönlicher Geborgenheit eingeht. Er spricht an dieser Stelle das Problem des Ärztemangels in der DDR an. Nach Iskraut war das schon in den 1970er Jahren ein Problem in der DDR, es verschärfte sich aber durch die Ausreisebewegung noch mehr.[892] Dies wirkt an dieser Stelle deplatziert und ohne Verbindung zu den vorherigen oder anschließenden Ausführungen.

Insgesamt passen die Inhalte des Gebets nicht zusammen, was irritiert und dadurch das Gebet als fehl am Platz erscheinen lässt. Es beinhaltet keine direkte Bitte an Gott, sondern ist eher eine rudimentäre Darstellung der gegenwärtigen Lage. Gott mit einem Anliegen in den Ohren zu liegen, bedeutet somit für den Prediger auch, Gott mit der eigenen Lebenssituation zu konfrontieren.

Die BeterInnen sollen genauso beharrlich im Beten sein, wie die DDR-BürgerInnen es im Fordern von Reformen sind. Beharrlichkeit im Beten bedeutet für Iskraut aber nicht, die Verantwortung an die politischen und kirchlichen VertreterInnen abzugeben. Er nimmt an dieser Stelle Bezug auf die in der gegenwärtigen Situation häufig an die Obersten von Kirche und Staat geschriebenen Briefe. Damit soll auf Missstände hingewiesen werden, um die Situation zu verbessern. Ekkehard Schalls vertrat am 4. November die Meinung, dass die Entwicklungen hin zu Dialog- und Reformbereitschaft der Regierung „[n]icht [durch] die vielen Protestschreiben, Beschwerden und Vorschläge"[893], sondern allein durch die Demonstrationen hervorgerufen wurden. Zwar bestreitet Iskraut die Bedeutung solcher Briefe nicht, betont aber, dass es im Bibeltext um das Gebet, d.h. um die direkte Kontaktaufnahme mit Gott gehen soll. Die ChristInnen

[891] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann. Der Tonbandmitschnitt wurde von Pfarrer Iskraut zur Analyse der Predigt zur Verfügung gestellt. Einige Ausschnitte der Sitzung sind auch im Internet zu finden: Sitzung der SED-Parteigruppe in der DDR-Volkskammer am 24.10.1989. Redebeitrag: Abgeordnete aus Leipzig, https://www.youtube.com/watch?v=JXPFLGb2cxE (08.12.2020); Sitzung der SED-Parteigruppe in der DDR-Volkskammer am 24.10.1989. Redebeitrag: Günter Schabowski, https://www.youtube.com/watch?v=WTX8B2EpTec (08.12.2020).

[892] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

[893] Schall in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 155.

sollen ihrer Eigenverantwortung, die an dieser Stelle sehr prominent ist, im Gebet gerecht werden.

Die WächterInnen werden des Weiteren dazu aufgefordert, Jerusalem für die RückkehrerInnen vorzubereiten und dadurch die Heimkehr zu erleichtern. Während es im Fall der IsraelitInnen um das Entfernen echter Steine geht, assoziiert Iskraut damit auch, den „Stein des Anstoßes, Steine, die Menschen im Wege liegen, um zum Glauben an Gott zu finden", wegzuräumen. Neben der Bewältigung von Konflikten geht es somit, wie oben schon angesprochen, darum, Menschen in der Gesellschaft den Zugang zu Kirche und Glauben zu ermöglichen oder zu erleichtern. In diesem Zusammenhang wird nochmal der Anlass des Reformationstages ins Spiel gebracht. Während Luther für die katholische Kirche zum Stein des Anstoßes wurde, d.h. Konflikte schürte, kann seine Rechtfertigungslehre als Erleichterung des Glaubens und der Beziehung zu Gott angesehen werden. Für die ProtestantInnen hat er somit Steine aus dem Weg geräumt.

Eine weitere Aufgabe der WächterInnen Jerusalems ist es, mit dem Aufbau des Tempels ein „Zeichen [...] für die Völker" aufzurichten. Als Zeichen von Gottes Gegenwart im Jahr 1989 plädiert Iskraut für den weiteren Kirchenbesuch der Anwesenden. Während im Herbst 1989 große Menschenmassen die Kirchen besuchten – Iskraut verweist auf die Gethsemanekirche und die Erlöserkirche in Berlin –, sagt Iskraut das Abflauen der Masse der KirchenbesucherInnen für die nahe Zukunft voraus. Vermutlich bedingt durch die Tatsache, dass nun Demonstrationen von staatlicher Seite genehmigt werden und der Staat zum Dialog bereit ist, brauchen die DDR-BürgerInnen den Schutzraum Kirche nicht mehr, um politische und gesellschaftliche Themen zu diskutieren. Dies kann nun in der Öffentlichkeit geschehen. Indem Iskraut aber davon spricht, dass jeder Kirchenbesuch „ein Zeichen, ein Signal dafür [ist], dass Gottes Sache weitergeht", wird deutlich, dass er hofft, dass einige der neuen KirchenbesucherInnen ihren sonntäglichen Kirchenbesuch aufrecht erhalten. Da die Zahl der KirchenbesucherInnen auch in Berlin-Johannisthal im Oktober und November 1989 zugenommen hat, liegt an dieser Stelle auch eine implizite Aufforderung an die „Gäste" vor, Teil des Gemeindekerns zu werden.[894] Iskraut spricht von der „Gastfreundschaft der Kirche und ihrer Räume", die die Massen in Anspruch genommen haben. Es wird zwischen Gästen und Gemeindemitgliedern bzw. regelmäßigen GottesdienstbesucherInnen unterschieden. Letztere bezeichnet er als Gemeindekern. Die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche standen in letzter Zeit im Vordergrund und haben das Gemeindeleben bestimmt. Die Gemeinde soll als Wächterin, auch durch den weiteren Besuch des Gottesdienstes, die Religion und „Gottes Sache" in der Gesellschaft des Umbruchs lebendig halten. Die theologischen Motive des Bekenntnisses und Zeugnisses werden herausgestellt.

Zuletzt geht Iskraut auf die Heilszusage Gottes an Jerusalem in Jes 62,11 ein. Er macht anhand der Geschichte des jüdischen Volkes deutlich, dass das Heil bis jetzt noch nicht eingetreten ist und das Volk unsagbarem Leid ausgesetzt war. Schuld und Leid der IsraelitInnen werden auf die Gegenwart der ZuhörerInnen übertragen. Die Schuld des deutschen Volkes am Leid der Jüdinnen und Juden wird thematisiert. Anschließend nimmt er die in den letzten Wochen in der DDR Inhaftierten und deren Erlebnisse in der Haft in den Blick. Dabei stellt er die Frage: „Warum ist die Sprache der Nazis nach so langer Zeit immer noch nicht überwunden!" Iskraut betont, dass in diesem Bereich noch viel Arbeit auf die Menschen warte, denn sie hätten „noch nicht genug gelernt". Die Verhaftungen und die brutale Behandlung in der Haft stehen hier für das Leid der Menschen 1989 im Staat der DDR. Auch die von der Kontakttelefongruppe

[894] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

gesammelten und anteilig in *Wir sind das Volk* und *Oktober 1989 - Wider den Schlaf der Vernunft* veröffentlichten Schilderungen der Ereignisse in Berlin durch Betroffene oder AugenzeugInnen spiegeln dieses Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die DemonstrantInnen wider.[895] Nach Iskraut weisen die Sprache des SED-Regimes und der Umgang mit RegimegegnerInnen Ähnlichkeiten mit dem der NationalsozialistInnen im Dritten Reich auf. Auch eine Zugeführte fühlte sich durch die Vorkommnisse an die NS-Zeit erinnert.[896] Es wird deutlich, dass sowohl die Sprache als auch der Umgang mit den Gefangenen von Iskraut sehr kritisch gesehen werden. Durch den Bezug auf die Sprache der NationalsozialistInnen vergleicht der Prediger die beiden Systeme miteinander und stellt sie diesbezüglich auf eine Stufe. Die Kritik am Vorgehen des SED-Regimes wird damit verstärkt. Sowohl der BEK als auch oppositionelle Gruppen forderten Untersuchungen.[897] Landesbischof Dr. Werner Leich hatte im Gespräch mit Egon Krenz am 19. Oktober 1989 die „Gewaltanwendung bei Demonstrationen und das Vorgehen bei Zuführungen vor dem 9.10.“[898] verurteilt und vollständige Aufklärung gefordert. Dieser Aspekt des Gesprächs fand in der veröffentlichten Pressemitteilung keine Erwähnung.[899] Birthler betonte, dass diese Übergriffe nicht spontan aus der Situation heraus geschehen waren, sondern „geplant, vorbereitet und befohlen w[u]rden“[900]. Diese Einschätzung bestätigte auch Wolf, wenn er die Handlungen der Sicherheitskräfte als Resultat der Politik der SED beschrieb. Deshalb stellte er sich schützend vor die MitarbeiterInnen der Staatssicherheit und forderte hinsichtlich ihrer Verantwortung bei den brutalen Übergriffen Anfang Oktober für sie Rechtsstaatlichkeit und keine Vorverurteilung.[901] Der Staat meinte am 25. Oktober, „es habe am 7./8. Oktober nur einige wenige Übergriffe von Seiten der Polizei gegeben“[902], und verwies auf die Gewaltbereitschaft der ProtestlerInnen.[903] Der Schauspieler Ekkehard Schall sprach zwar am 4. November davon, dass auch Handgreiflichkeiten seitens der ProtestlerInnen stattgefunden hätten, „daß [aber] die Brutalität von Sicherheitskräften schwerer wiegt und schlimme Erinnerungen weckt.“[904] Die vom Staatsrat Ende Oktober ausgesprochene Begnadigung der DemonstrantInnen wurde von der Opposition scharf kritisiert, da damit nur die Strafe, aber nicht die Schuld erlassen wurde.[905] Wie Birthler forderten die Oppositionellen allgemein „Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer“[906]. Des Weiteren prangerte Birthler am 4. November einen „vom Berliner Magistrat gestern vormittag [am 3. November 1989] auf öffentlichen Druck hin eingesetzte[n] Untersuchungsausschuß“[907] an. Dort säßen im Gegensatz zur gebildeten „unabhängige[n] Untersuchungskommission“[908] potentielle Verantwortliche für die Übergriffe. Wolf sprach in seiner

[895] Vgl. BRESCH (Hg.): Oktober 1989, 47-68; SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 71-118.
[896] Bericht über den 7.10.1989 in: SCHÜDDEKOPF (Hg.): Wir sind das Volk, 88.
[897] Vgl. BAHRMANN/LINKS: Chronik der Wende, 30; KOWALCZUK: Endspiel, 385; Birthler in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 133.
[898] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 359.
[899] Vgl. Anlage: Pressemitteilung vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 360f.
[900] Birthler in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 133.
[901] Vgl. Wolf in: aaO, 142.
[902] KOWALCZUK: Endspiel, 427f.
[903] Vgl. aaO, 428.
[904] Schall in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 155.
[905] Vgl. auch Birthler in: aaO, 134; KOWALCZUK: Endspiel, 431f; MALYCHA/WINTERS: Geschichte der SED, 342.
[906] Birthler in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 134; vgl. auch KOWALCZUK: Endspiel, 432.
[907] Birthler in: HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 133.
[908] Ebd.

Rede von „blutigen Zwischenfällen“[909] und forderte „ein Bekennen zur Verantwortung und zu den Ursachen des Geschehenen mit entsprechenden personellen Konsequenzen.“[910] Eine Entschuldigung für die Vorkommnisse wurde von Wolf aber nicht geäußert. Schabowski thematisierte die Ereignisse überhaupt nicht.[911] Iskraut verurteilt das Handeln der Sicherheitskräfte Anfang Oktober. Er sieht aber auch alle Anwesenden bzw. BürgerInnen der DDR in der Verantwortung, sich mit dem unmenschlichen Verhalten zur NS-Zeit und in ihrer Gegenwart auseinanderzusetzen und daraus zu lernen. Es wird indirekt darauf verwiesen, dass keine Aufarbeitung von Schuld und Verantwortung der DDR-BürgerInnen im Dritten Reich vorgenommen wurde und es diese nachzuholen gilt.[912] Auch der BEK hatte sich zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1988 gemeinsam mit der EKD erneut für die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung ausgesprochen.[913] Die Aufforderung von Iskraut wird noch verstärkt, indem er im Schluss der Predigt betont, dass das Wohlergehen blind gemacht habe und die Schuld verdrängen ließ. Erst durch die Auseinandersetzung mit dem Leid in Gegenwart und Vergangenheit, durch das Stellen der Schuldfrage und die Übernahme von Verantwortung sei der Beginn des Heils möglich. Deshalb hält er weiterhin an seiner Vergewisserung fest, dass das Heil kommt, aber es bedürfe der WächterInnen, die wachsam bleiben und Gott in den Ohren liegen. Die WächterInnen seien notwendig, um das Heil voranzutreiben. Damit integriert Iskraut einen eschatologischen Vorbehalt in seine Predigtausführungen. Neben einer Vergewisserung der Bedeutung der Gemeinde in der Welt mit ihrem Bekenntnis, Zeugnis, Dienst und Mission sowie der Zusage des Heils kommt es in dieser Predigt zu einer Handlungsaufforderung, trotz des Leides in der Welt dem Willen Gottes gerecht zu werden, in der Gesellschaft als WächterInnen in „Gottes Sache“ tätig zu sein und dadurch Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen. Die Verantwortung der ChristInnen prägt die gesamte Predigt.

[909] Wolf in: aaO, 141.
[910] Ebd.
[911] Vgl. Schabowski in: aaO, 156ff.
[912] Für weitere Informationen zum Umgang der DDR mit der deutschen Vergangenheit siehe Predigtanalyse zu P1Isk1975.
[913] Vgl. Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 297; vgl. auch Beschluß des Bundessyode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 342.

4.30 Müller: Predigt vom 5. November 1989 (P4Mue1989)

Diese Predigt wurde am 5. November 1989 von Pfarrerin Müller in Rositz gehalten. Der 24. Sonntag nach Trinitatis ist, wie Müller darstellt, sehr selten Teil des Kirchenjahres. Deshalb gibt es nur drei Vorschläge in der Perikopenordnung zu diesem Sonntag, von denen Müller Koh 3,1-8 nutzt. Wie die Zeit des Umbruchs sieht die Predigerin die Auseinandersetzung mit Koh 3,1-8 als eine seltene Gelegenheit an.

Die Ausführungen der Predigt sind gerahmt durch das Verlesen der Bibelstelle zu Beginn und am Ende der Predigt. Die Bibelstelle umfasst aber nicht nur die Verse 1-8, sondern auch den Vers 11, in dem es heißt: „Gott tut alles zu seiner Zeit und läßt die Menschen sich ängstigen, wie es in der Welt gehen soll. Was Gott tut, das besteht immer.“ Diese Übersetzung des Verses findet sich in der Lutherbibel von 1912 wieder.

Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit und allen. Amen.

Koh 3,$_{1\text{-}8}$ **Rositz, 5.11.89 (24. S.n.T.)**

Alles, was auf der Erde geschieht,
hat seine von Gott bestimmte Zeit:
geboren werden und sterben,
einpflanzen und ausreißen,
töten und Leben retten,
niederreißen und aufbauen,
weinen und lachen,
wehklagen und tanzen,
Steine zerstreuen und Steine sammeln,
sich umarmen und sich lösen aus der Umarmung,
finden und verlieren,
aufbewahren und wegwerfen,
zerreißen und zusammennähen,
schweigen und reden.
Das Lieben hat seine Zeit und auch das Hassen,
der Krieg und der Frieden.

Gott tut alles zu seiner Zeit und läßt
die Menschen sich ängstigen, wie es
in der Welt gehen soll.
Was Gott tut, das besteht immer.

Liebe Gemeinde!

Alles hat seine Zeit. Es gibt Ereignisse und Chancen, die wir nur ein einziges Mal oder zumindest ganz selten im Leben haben. Der heutige Predigttext ist so eine seltene Möglichkeit. Nur einmal alle sechs Jahre sind Verse (eben die eben gehörten) aus dem Prediger Salomo als Predigttext vorgesehen – und das am 24. Sonntag nach Trinitatis, den es meistens gar nicht gibt.

Wir wollen uns also heute ansprechen lassen von diesen Zeilen, die voller Lebenserfahrung, gestalterischer Kraft und Glaubenserfahrung sind. Auch die Möglichkeit des Heiligen Abendmahls dürfen wir heute nutzen. Sie ist nicht ganz so selten, soll aber auch bewußt etwas Besonderes bleiben, ein Innehalten, ein Uns-stärken-Lassen.

Gott gibt seinen Menschen Chancen im Leben, persönliche und politische.

Jemand sagt, er habe in den Jahren 1938-45 sehr darunter gelitten, daß er seine Zeit nicht sinnvoll und gezielt gestalten konnte. Er habe das Kriegsende als glückliche Chance erlebt – und als vertane.

Jemand sagt, er habe unter Unfreiheit, Lüge und Verachtung in den 40 Jahren unseres Landes gelitten und empfinde die derzeitige politische Lage als echte Chance.

Hoffentlich vertun wir nicht auch sie!

Wenn alles seine Zeit und seine Möglichkeiten hat, sind wir aufgerufen, sie zu nutzen. Schweigen hat seine Zeit und Reden hat seine Zeit. Jetzt ist die Zeit des Redens.

Wenn ich Ihnen sage, daß ich am Do 3 ½ Stunden zu einem Gespräch im Rat der Gemeinde Rositz war, bei dem Bürger im Zusammenhang mit Eingaben hinsichtlich der Umweltsituation mit hohen Leuten vom Rat des Bezirkes im Streitgespräch waren – ich war hinterher k.o. –, dann wundert es nicht, daß die ersten schon jetzt dialogmüde sind. Reden und faires Streiten ist anstrengende Arbeit. Aber wir müssen am Ball bleiben, um eine historische Chance, die auch Gott uns eingeräumt hat, zu nutzen. Keiner weiß genau, wohin führt, was jetzt in der DDR los ist – lassen Sie mal einem Kind, das immer gut an der Hand gehalten wurde, zum ersten Mal freien Lauf!

Der Prediger Salomo hat sehr gut erkannt, daß die Menschen sich ängstigen, wie es weitergehen soll in der Welt. Wer sieht noch mit reiner Freude ein Brautpaar, ohne sich im Stillen zu fragen, wie lange diese Ehe wohl gehen wird?

Wer sieht noch mit reiner Freude eine schwangere Frau, ohne sich um die Zukunft dieser Kinder große Sorgen zu machen?

Wer hat noch echte Freude an der Natur, wo uns doch die Ausmaße von Rüstung und Umweltzerstörung halbwegs bekannt sind?

Wir stoßen überall auf unsere Grenzen.

Meist sind das schmerzhafte Erfahrungen. Das Leben ist kein ständiges Hochgefühl, sondern ein fortwährendes Auf und Ab. Es ist nicht nur durch das Wortpaar „geboren werden und sterben“ gekennzeichnet. Besonders die Älteren von Ihnen werden das Auf und Ab des Lebens als Ihre eigene Erfahrung bestätigen können.

Ich staune immer wieder, wie hochaktuell und regelrecht modern die Erfahrungen aller Menschen sind, auch derer, die schon nicht mehr leben.

Und viele alttestamentliche Texte sind gerade heute höchst aktuell, bringen sie doch jahrtausendelange Geschichte der Menschen und der Menschen mit Gott. Wenn ich vorhin gesagt habe, jetzt ist die Zeit des Redens, dann muß mit allen und über alles geredet werden, dann können alte Parolen und alte Machtansprüche ruhig über Bord: Es muß geredet werden

mit den Kindern über Gott und die Welt
mit der Jugend über die Zukunft
mit den Werktätigen über Arbeit und Freizeit
mit den Alten über ihre Erfahrungen
vor allem aber mit Gott über sein Wort!

Gott ist der sichere Halt im Auf und Ab unseres Lebens. Je bewegter eine Zeit ist, um so deutlicher wird das. Sie werden das in Erinnerung an Krisen und Kriegszeiten bestätigen können. Jedes mal, wenn wir Gott aus dem Blick verlieren, vertun wir eine Chance, die vielleicht einmalig war. Was Gott tut, besteht immer, heißt es in unserem heutigen Predigttext. Und: was Gott tut, das ist wohlgetan im Gesangbuch.

Wir können nichts allein tun – das sind unsere Grenzen. Aber wir brauchen auch nicht alles allein zu schaffen. Das ist unser Trost.

Gott gibt Halt und Kraft. Ich meine, im Abendmahl wird das deutlich. Wir stehen gemeinsam am Altar, neben uns sind andere und mit uns ist der Herr – im Brot und Wein und in Wirklichkeit! Wie wichtig war gerade in den Jahren von 1938-45 das Abendmahl denen, die in Gefängnissen und KZs eingesperrt waren. Vielleicht ist uns die Bedeutung dieser Krafttankstellen manchmal etwas verblaßt. Vielleicht können wir auch die Sakramente in einer Phase der Erneuerung neu entdecken.

Gott steht in Jesus Christus zu uns im Auf und Ab des Lebens und in allen Situationen, in denen wir uns ängstigen, wie es weitergehen soll mit der Welt, also auch heute. Das Heilige Abendmahl ist ein Ausdruck dieses Beistandes, den wir von Gott haben.

Lassen Sie uns ganz, ganz festhalten an Gott! Was mit IHM getan wird, nimmt ein gutes Ende. Ich freue mich, daß der Aufbruch in unserem Land zu einem groß Teil von Friedensgebeten ausgegangen ist.

Zum Schluß der Predigt möchte ich noch einmal den Predigttext lesen. Er ist so klar, gewaltig, voll Glaubens- und Lebenserfahrung, daß wohl jede situativbezogene Auslegung hinter seiner Klarheit und Gewaltigkeit zurückbleiben muß:

Alles, was auf der Erde geschieht, hat seine von Gott bestimmte Zeit....

Und der Friede Gottes, ... Amen.

Resultierend aus Koh 3,1-8 stellt Müller die These auf, dass die Umbruchsphase in der DDR im Herbst 1989 eine seltene, von Gott gegebene „politische Chance“ ist. Wie in Koh 3,11ff deklariert sie Gott als den Geber von unterschiedlichen Zeiten und Gelegenheiten. Sie vergleicht das Ende des Hitlerregimes mit der Umbruchsphase in der DDR. Beide Regime waren von Leid und Unfreiheiten geprägt. Während Manche die Gelegenheit nach dem Ende des Hitlerregimes als vertan ansähen, fordert Müller die Anwesenden dazu auf, diese Chance 1989 nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dieser Aufruf wird durch die Bezeichnung der Umbruchsphase 1989 als gottgegebene Chance verstärkt. Damit wird der Umbruch auch als gottgewollt dargestellt, wodurch er an Bedeutung gewinnt. Wollen ChristInnen im Sinne Gottes tätig werden, müssen sie somit diese Gelegenheit wahrnehmen.

Müller bezeichnet Koh 3,1-8 als „höchst aktuell“ und „voller Lebenserfahrung, gestalterischer Kraft und Glaubenserfahrung“. Damit überträgt sie die Verse ohne historische Einordnung auf die Gegenwart der ZuhörerInnen. Unter Bezugnahme auf Koh 3,7 deklariert Müller, wie schon in ihrer Predigt vom 29. Oktober 1989 (P3Mue1989), die Zeit des Umbruchs in der DDR als „Zeit des Redens“. Diese These untermauert sie, indem sie sich auf ein Gespräch zwischen dem Rat der Gemeinde Rositz, dem Rat des Bezirks und BürgerInnen zu Umweltthemen bezieht. Müller erklärte, auf Nachfrage, in einem Brief von 2017, dass die Rositzer BürgerInnen von diesen Themen besonders betroffen waren, da sie aufgrund aufgrund des Werkes der *Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft* in Rositz starker Luftverschmutzung ausgesetzt waren.[914] Müller selbst hatte an dem Gespräch teilgenommen, ob als Privatperson oder in ihrer Funktion als Pfarrerin, ist nicht ersichtlich. Der Dialog zwischen BürgerInnen und Staat wird von Müller positiv bewertet. Sie hebt damit wie der BEK die Bedeutung des Dialoges in der DDR hervor und plädiert für dessen Fortführung.[915] Gleichzeitig beschreibt sie das Gespräch aber als sehr langwierig und anstrengend. Anhand dessen wird deutlich, dass demokratische Einigungen wesentlich zeitintensiver sind als von oben vorgegebene Anweisungen. In diesem Zusammenhang spricht Müller von „Dialogmüdigkeit“, die bereits einige BürgerInnen der DDR befallen hat. Bei den Demonstrationen Anfang November wurde erkennbar, dass die DemonstrantInnen endlich konkrete Reformen realisiert wissen wollten. Auf ihre Forderungen, die vielen Diskussionen mit staatlichen VertreterInnen und die Versprechungen der politisch Verantwortlichen sollten Taten folgen.[916] Ähnlich wie Pfarrerin Müller wies die Bundessynode des BEK schon Mitte September 1989 darauf hin: „Es bedarf geduldiger und beharrlicher Bemühungen. [...] Es kommt auf den langen Atem an.“[917] Das Engagement solle nach Müller trotz des ungewissen Ausgangs fortgesetzt wer-

[914] Brief von Pfarrerin Müller (25.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

[915] Vgl. Beschluß der Bundessynode in Görlitz zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Teil I vom 22. September 1987 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 258; Ansprach des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, vom 3. März 1988 in: aaO, 288; Beschluß der Bundessynode in Dessau zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 in: aaO, 313ff; Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: aaO, 336; Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen un dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: aaO, 341ff; Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED; Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: aaO, 359f.

[916] Vgl. HAHN u.a. (Hg.): 4. November 1989, 56, 90, 92, 100, 110f; Wolf in: aaO, 141; Schorlemmer in: aaO, 166.

[917] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen un dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in:

den. Ob die Chance angemessen genutzt wurde, könne nur rückblickend bewertet werden. Die Predigerin vergleicht die BürgerInnen der DDR mit einem Kind, das immer an der Hand geführt wurde und noch nie alleine den Weg beschreiten durfte. Damit wird die Unsicherheit der DDR-BürgerInnen und deren fehlende Übung im Dialog, im Praktizieren demokratischer Rechte usw. deutlich. Die DDR-BürgerInnen haben sich nun die Rechte erkämpft, an politischen Entwicklungen mitwirken zu können. Es ist aber offen, ob sie angemessen dazu befähigt sind, mit ihrer Freiheit umzugehen und sich demokratisch einzubringen. Wie in der von Pfarrer Iskraut am gleichen Tag gehaltenen Predigt P10Isk1989 zeigt Müller mit diesem Bild des Kindes die mit der gewonnenen Freiheit einhergehenden Risiken auf.

Sie plädiert dafür, dass es keine Begrenzung in den Themen der Gespräche geben darf. Daran bindet sie auch die Aufforderung, sich von „alte[n] Parolen und alte[n] Machtansprüche[n]“ zu lösen. Dies bedeutet, gängige Leitsprüche des Sozialismus der DDR und die darin zum Ausdruck gebrachten Ziele sowie – wie schon in ihrer Predigt vom 29. Oktober 1989 angedeutet (P3Mue1989) – die Vormachtstellung der SED zu überdenken und diese Gedanken im Dialog zuzulassen. Neben der Offenheit gegenüber allen Themen, geht es Müller auch um die Einbeziehung aller Altersgruppen in diesen Dialog. Sie spricht von Kindern, Jugendlichen und Alten sowie den Werktätigen als gesellschaftliche Gruppen, denen Beachtung geschenkt werden sollte. Der BEK plädierte ebenfalls für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog, der Defizite des Sozialismus der DDR nicht ausklammerte. Die Vormachtstellung der SED wurde vom BEK niemals explizit adressiert und hinterfragt, jedoch ging dies automatisch mit der Forderung nach einem Mehrparteiensystem einher, für die der BEK sich im Herbst 1989 aussprach.[918] Als wichtigsten Gesprächspartner in dem Dialog sieht Müller Gott an, mit dem über sein Wort gesprochen werden soll. Damit deutet Müller schon an, was sie am Ende der Predigt konkretisiert, nämlich dass das Erkennen der Zeit und das Handeln in der „Zeit des Redens“ nach Gottes Willen ausgerichtet sein sollte. In diesem Zusammenhang zitiert Müller das Lied *Was Gott tut, das ist wohl getan*[919] und macht damit deutlich, dass das Handeln nur erfolgsversprechend und das Ergebnis langfristig sein kann, wenn Gottes Wille berücksichtigt wird und sich im Handeln der ChristInnen realisiert. Krisen werden als Resultat des Ungehorsams gegenüber Gott dargestellt. Darüber hinaus sind die Aspekte des Zeugnisses, der Nachfolge und des Dienstes an dieser Stelle der Predigt besonders präsent. Der Mensch wird als in seinen Möglichkeiten begrenzt und – resultierend aus Koh 3,11 – als ängstlich dargestellt. Dies vereint alle Menschen durch die Zeiten hinweg. Beispielhaft verweist Müller auf die Ehe, das Kinder-Kriegen und den Zustand der Natur, die alle mit Besorgnis betrachtet werden. Hinsichtlich des Zustandes der Natur bestehe die Besorgnis, wie er sich durch Rüstung und Umweltzerstörung verändern wird. Damit wird das Thema Umweltprobleme zweimal in der Predigt angesprochen und seine Bedeutung für die BürgerInnen der Gemeinde Rositz im Speziellen, aber auch für die BürgerInnen der DDR im Allgemeinen hervorgehoben. Darüber hinaus thematisiert die Predigerin die Ängste und Unsicherheiten der DDR-BürgerInnen im Herbst/Winter 1989.

Die aus seiner Begrenzheit und Besorgnis heraus resultierende Angewiesenheit des Menschen auf Gott beschreibt Müller als Entlastung. Der Mensch müsse nichts alleine schaffen. Damit reduziert sie im Aufruf zum Engagement im Sinnes Gottes gleichzeitig die Verantwortung des Menschen hinsichtlich seines

FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 343.

[918] Vgl. aaO, 341f.

[919] EG 372.

Einflusses auf die Ereignisse und Entwicklungen in der Geschichte. Der Mensch kann auf Gottes Hilfe und seine Einflussnahme trauen. Die Vorstellung der *creatio continua*, die die gesamte Predigt prägt, wird an dieser Stelle besonders deutlich. Gott hat die Menschen nicht nur erschaffen, sondern er lässt ihnen dauerhaft seine Fürsorge zuteil werden. Dies ergibt sich auch aus der Bibelstelle, worin Gott als der Geber der Zeiten deklariert wird. Das Abendmahl, das in diesem Gottesdienst gefeiert werden soll, wird als eine Gelegenheit beschrieben, um Gott nahe zu sein und sich stärken zu lassen – besonders in schwierigen Zeiten. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf Häftlinge und Gefangene in Konzentrationslagern der NationalsozialistInnen, die in ihrer Angst das Abendmahl zur Stärkung feierten.

Müller schließt die Predigt mit der erneuten Zusage des Beistandes und der Unterstützung Gottes zu allen Zeiten. Gott im Blick zu behalten und sein Handeln nach Gottes Willen auszurichten, bedeute die Höhen und Tiefen des Lebens gut zu überstehen, Chancen im Leben zu erkennen und angemessen zu nutzen. Das Gelingen hängt von Gottes Hilfe und Barmherzigkeit ab. Damit liegt eine Vergewisserung und eine Handlungsaufforderung vor. Indem Müller auf die Friedensgebete als Ausgangspunkt der Demonstrationen und des Umbruches im Herbst 1989 verweist, sieht sie die Umbruchsphase mit dem Fragen nach dem Willen Gottes eingeleitet und danach ausgerichtet. Mit der Einbeziehung Gottes erwartet Müller einen positiven Ausgang der Umbruchsphase. Die Darstellung der Entwicklungen im Herbst 1989 in der DDR als gottgewollt wird dadurch erneut verstärkt.

4.31 Zwischenfazit 1987-1989

Die Dokumente des BEK sowie die im dritten Zeitabschnitt von 1987 bis 1989 gehaltenen Predigten zeichneten sich durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit den sich überschlagenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Gegebenheiten aus. So befassten sich die PredigerInnen und der BEK zum Ende der DDR unter anderem mit der Ausreisebewegung, der Medienlenkung, der Hoffnungslosigkeit der DDR-BürgerInnen und dem Verhalten der staatlichen VertreterInnen gegenüber den eigenen – vor allem den gesellschaftskritischen oder gesellschaftspolitisch aktiven – BürgerInnen. Übereinstimmend kritisierten sie den staatlichen Umgang mit den gesellschaftspolitischen Problemen und zeigten die negativen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Auswirkungen auf. Das Verhalten der BürgerInnen gegenüber dem Staat als Reaktionen auf den Umgang staatlicher VertreterInnen mit (gesellschafts-)politischen Entwicklungen, Ereignissen und Gegebenheiten wurde verständnisvoll als Ausdruck des bürgerlichen Unmuts und der Hoffnungslosigkeit gewertet. Man betonte die Notwendigkeit (bürger-)rechtlicher Erleichterungen und gesellschaftspolitischer Reformen in der DDR. Da die gesellschaftspolitischen Entwicklungen auch Auswirkungen auf das Staat-Kirche- und die innerkirchlichen Verhältnisse hatten, wurden diese sowohl in den Predigten als auch in den Dokumenten des BEK thematisiert.[920] Somit ist das dieser Arbeit zugrundeliegende Predigtmaterial, genauso wie das von Regina Fritz, Karl-Hermann Kandler und Birge-Dorothea Pelz Predigtmaterial aus der Zeit des politischen Umbruchs, stark „von tagespolitischen Ereignissen“[921] beherrscht. In den von Fritz, Kandler und Pelz analysierten Predigten wurden identische Themen in teilweise abweichender Intensität angesprochen.[922] Die Bewertung der Entwicklungen und Ereignisse in der Umbruchsphase durch den BEK und die PredigerInnen aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus wiesen viele Übereinstimmungen auf. Die Äußerungen in den Predigten sowie in den Dokumenten des BEK zeichneten sich zusätzlich durch eine größere Offensivität aus. Dies resultierte vermutlich aus der zunehmenden Dringlichkeit der Themen sowie den innergesellschaftlichen Umbrüchen, die staatskritische Äußerungen unproblematischer machten. Dabei konnten die PredigerInnen im Herbst 1989 schneller und direkter als der BEK auf die sich stetig verändernden Gegebenheiten in der DDR reagieren und ließen dementsprechend viele tagesaktuelle Entwicklungen und Ereignisse in ihre Predigtausführungen einfließen. Beispielhaft kann hier auf

[920] Vgl. P4Ra1988, P6Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.

[921] PELZ: Revolution auf der Kanzel, 125; vgl. auch FRITZ: Ethos und Predigt, 131, 224; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 86, 139, 141f; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 121, 194, 226. In Abweichung zum genutzten Predigtmaterial dieser Arbeit griffen Kandler, Fritz und Pelz auch auf Predigten nach dem 9. November 1989 zurück. (Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 132f; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 6, 22; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 16.)

[922] Die Predigten wiesen ebenfalls intensive Auseinandersetzungen mit aktuellen Ereignissen und Entwicklungen, wie beispielsweise der Ausreisebewegung, der Gefühlslage der DDR-BürgerInnen, dem Wahlbetrug und dem Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen DemonstrantInnen am 7. Oktober, auf. Die PredigerInnen gaben ebenfalls Handlungsempfehlungen zum angemessenen Verhalten der ChristInnen und BürgerInnen in der Umbruchsphase. Sie forderten die ChristInnen und BürgerInnen dazu auf, an der Umgestaltung der DDR-Gesellschaft mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. (Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 149ff, 160, 168f, 172f, 179, 183, 235, 238f, 253ff; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 40f, 43ff, 58, 71, 85, 97; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 119, 121f, 124, 128, 130, 133, 140, 144f, 147, 201, 210.) Es wurden ebenfalls unter anderem folgende theologische Motive verwendet: Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Nächstenliebe, Feindesliebe, Gewaltlosigkeit, Versöhnung, Vergebung, Reich Gottes, Hoffnung und Leben in der Nachfolge Jesu. (Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 159, 163, 169, 172, 181, 183f, 187, 189f, 229; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 91ff, PELZ: Revolution auf der Kanzel, 124, 153, 158ff, 211, 214.)

die Kritik an Neubesetzung der Führungspositionen mit vorbelasteten Politikern verwiesen werden.[923] Im Gegensatz zum BEK äußerten sich die PredigerInnen deutlich staatskritischer.[924]

Neben der Auseinandersetzung mit den tagespolitischen Ereignissen und Entwicklungen nahm der BEK weiterhin zu den dominierenden Themenkomplexe der vorangegangenen Jahre, Frieden, Abrüstung und Umweltschutz, Stellung. Während diese fast völlig aus den Predigten verdrängt wurden, gewann die Erörterung von Gerechtigkeit und Freiheit in der DDR sowohl in den Predigten als auch in den Stellungnahmen des BEK an Bedeutung.[925] Des Weiteren wurden die ChristInnen und die BürgerInnen wie in den Vorjahren sowohl in den Predigten als auch in den Stellungnahmen des BEK zur Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit aufgefordert. Daraus sollte eine Anpassung des Verhaltens der ChristInnen in der Gegenwart resultieren, um eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern. Dieser Aufruf prägte auch Brands sehr anschauliche Auseinandersetzung mit rassistischen Tendenzen und Übergriffen in der DDR Ende der 1980er Jahre. Auch der BEK hatte diese Entwicklungen besorgt zur Kenntnis genommen und sich ebenfalls für den Einsatz der ChristInnen gegen Rassismus ausgesprochen. Die PredigerInnen setzten sich wie in den vorherigen Zeitabschnitten kritisch mit dem Sozialismus und seiner Ausgestaltung sowie der Staatssicherheit auseinander und bauten ihre diesbezüglich bereits in den vorherigen Zeitabschnitten geäußerte Kritik am Staat weiter aus.

Der BEK wandte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte von 1989 anlässlich des 50. Jahrestags des Ausbruchs des 2. Weltkriegs, der gesellschaftspolitischen Lage oder des Gesprächs zwischen Leich und Krenz mit Briefen und Schnellinformationen an die Gemeinden. Weiterhin adressierte er aber primär den Staat und forderte ihn zu Verhaltensänderungen auf. Bei aller Kritik der PredigerInnen an den gesellschaftlichen und staatlichen Gegebenheiten blieben die HauptadressatInnen der Predigten bis zum Mauerfall ganz klar die anwesenden ChristInnen und BürgerInnen in der DDR, an die sich mit dem starken Zulauf zu den Gottesdiensten im Herbst 1989 auch die formulierten Handlungsaufforderungen richteten.[926] Dies spiegelten auch die Stellungnahmen des BEK wider. Hatte Lippelt für die Jahre ab 1975 eine Verengung des AdressatInnenkreises auf die ChristInnen und Gemeinden in der DDR diagnostiziert,[927] so kam es in den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten zum Ende der DDR wieder verstärkt zu einer Ausweitung der AdressatInnen und einer Wiederaufnahme der von Lippelt für die ersten Jahre der DDR identifizierten „missionarische[n] Dimension“[928]. So fand sich in der Predigten der gehäuft formulierte Aufruf der PredigerInnen an die ChristInnen zur Mission in der eigenen Gesellschaft wieder.[929] Wie in den vorangegangenen Zeitabschnitten wurde ca. ein Drittel der Predigten zu besonderen Ereignissen, wie der Begehung von Kasualien, im Rahmen eines Friedensseminars sowie an christlichen

[923] Vgl. P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[924] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P6Ra1989, P10Isk1989.

[925] Vgl. auch FRITZ: Ethos und Predigt, 163; EnergieKANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 49, 50f, 54.

[926] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P9Isk1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989; vgl. auch FRITZ: Ethos und Predigt, 239; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 22; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 190f.

[927] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 306.

[928] Ebd; vgl. auch aaO, 321f.

[929] Vgl. P8Co1988, P8Br1988, P11Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.

Feiertagen und kirchengemeindlichen Ereignissen, wie z.B. der Einführung der Kirchenältesten, gehalten.[930] Zehn Predigten entstammen den Monaten Oktober und November 1989, d.h. der Hochphase der Umbrüche in der DDR. Damit fallen sie in einen Zeitspanne, die insgesamt als besonderes historisches Ereignis gewertet werden kann.[931] Gesellschaftspolitischen Themen wurden somit weiterhin im Besonderen in Gottesdiensten thematisiert, bei denen eine große Anzahl an ZuhörerInnen zu erwarten bzw. zugegen war. Die Predigtausführungen wiesen auch zum Ende der DDR häufig entweder Bezüge zu Gegebenheiten der adressierten Gemeinde, Landeskirche und Umgebung oder bildhafte Darstellungen auf, um deren Anschaulich- und Anschlussfähigkeit zu steigern.[932]

Fast alle Predigten waren auch in den letzten Jahren der DDR für die ZuhörerInnen stark handlungsweisend ausgerichtet.[933] Zwar plädierten die PredigerInnen und der BEK übereinstimmend und unter Verweis auf die Bedeutung der Kirche und der ChristInnen für gesellschaftspolitisches Engagement im Sinne Gottes zum Wohle aller in Wort und Tat. Häufig wurde die Handlungsaufforderung in den Predigten aber konkretisiert. So zählte Brand (P10Br1989) beispielsweise die Nichtteilnahme an Wahlen, den Kinder- und Jugendorganisationen der DDR, der Wehrerziehung sowie den Maidemonstrationen als Ausdruck des Lebens nach dem Glauben auf.

Die PredigerInnen untermauerten ihre Positionen stärker mit theologischen Motiven oder biblischen Bezügen und luden die nationalen Entwicklungen dadurch christlich-theologisch auf. Besonders im Herbst 1989 wurden die Inhalte der den Predigtausführungen zugrundeliegenden Bibelstellen direkt und ohne historische Einordnung auf die Gegenwart der ZuhörerInnen übertragen.[934] Wie in den von Kandler, Fritz und Pelz analysierten Predigten verglichen die PredigerInnen dieser Arbeit den Exodus aus Ägypten und die 40-jährige Wüstenwanderung der IsraelitInnen sowie die Babylonische Gefangenschaft und die Rückkehr der Gefangenen nach Jerusalem mit der 40-jährigen Geschichte der DDR und den Lebensumständen der ZuhörerInnen in der DDR.[935] Alternativ wurden Prophezeihungen von Propheten sowie Handlungsaufforderungen aus den Evangelien oder Paulusbriefen in den Predigten als weiterhin aktuell an die ZuhörerInnen gerichtet.[936] Handlungsaufforderungen, wie z.B. die Aufforderung zur offenen Rede sowie

[930] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P11Br1989, P5Ra1989, P6Ra1989.

[931] Vgl. P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[932] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[933] 15 der 22 Predigten des Zeitabschnitts 1987 bis 1989 vereinten in sich Aspekte der vergewissernden und handlungsweisenden politischen Predigt. (Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P7Co1988, P6Isk1988, P7Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989) 6 Predigten wiesen Aspekte aller drei Arten der politischen Predigt auf. (Vgl. P6Co1988, P8Co1988, P8Br1988, P9Br1988, P5Ra1989, P9Isk1989.) Lediglich eine Predigt ist rein der Art der vergewissernden politischen Predigt zuzuordnen. (Vgl. P7Isk1988.)

[934] Vgl. P7Meck1987, P7Isk1988, P8Br1988, P11Br1989, P12Br1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[935] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 24, 109f, 117; FRITZ: Ethos und Predigt, 149f, 174, 186; PELZ: Revolution auf der Kanzel 121, 172ff, 194, 220, 227, 288, 307, 314; P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P11Br1989, P10Isk1989. Pelz verwies in diesem Zusammenhang auf Ps 95,10, der, wie von Brand in P11Br1989, häufig herangezogen wurde. (Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 173.) Während „Ägypten [...] bei drei [von Pelz berücksichtigten] Predigern für das unfreie, aber materiell abgesicherte Leben unter Fremdherrschaft“ (Ebd.) stand, verglich Brand Ägypten mit der Herrschaft der NationalsozialistInnen. Die Wüstenwanderung wiederum wurde mit dem 40-jährigen ziellosen, weil gottlosen Dasein der DDR-BürgerInnen in Verbindung gebracht. (Vgl. P11Br1989.)

[936] Vgl. P8Br1988, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P4Mue1989; vgl. hierzu auch FRITZ: Ethos und Predigt, 160, 170, 173f; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 125.

zum respektvollen Umgang mit MitbürgerInnen, politisch Verantwortlichen und AusländerInnen, wurden zusätzlich mit theologischen Motiven wie der Anerkennung der eigenen Schuldhaftigkeit, der Vergebung, der Nächstenliebe, der Gotteskindschaft aller Menschen sowie den Umgang Jesu mit den Ausgestoßenen der Gemeinschaft untermauert.[937] Des Weiteren wurden Begriffe der Umbruchsphase wie Hoffnung, Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit immer doppeldeutig im weltlichen und im christlichen Sinne verwendet.[938] Wie in von Kandler und Pelz analysierten Predigten idealisierten Müller (P4Mue1989) und Brand (P11Br1989) die Umbruchsphase in der DDR als gottgegebene Chance; historische oder gegenwärtige Entwicklungen und Ereignisse wurden als göttliche Strafe oder Gnade identifiziert.[939] Durch die christlich-theologische Lesart der Ereignisse wurde den ChristInnen eine große Bedeutung und Verantwortung in den Umbrüchen in der DDR zugesprochen.

Im Folgenden werden die Äußerungen der PredigerInnen und des BEK thematisch untergliedert miteinander in einen Dialog gebracht.

4.31.1 Ausreisebewegung

Während der BEK seine Auseinandersetzung der vorangegangenen Jahre mit den zunehmenden Ausreisegesuchen fortsetzte, behandelten die Prediger Brand, Coblenz, Iskraut und Rannenberg angesichts zunehmender Brisanz 1988 und 1989 erstmals die Ausreisebewegung aus der DDR.[940] Wie der BEK thematisierten sie die Gründe für das Ausreisen aus der DDR, den staatlichen Umgang mit der Thematik sowie die Auswirkungen auf die Einzelne bzw. den Einzelnen, Kirche und Gesellschaft. Die Haltung der Prediger zur Ausreisebewegung stimmten mit der des BEK überein. Der BEK hatte lediglich, da er sich mit seinen Äußerungen an den Staat wandte, direkter für die Ursachenbekämpfung der Ausreisebestrebungen, die Behebung der gesellschaftspolitischen Missstände und für Reisefreiheit plädiert.

Brand (P10Br1989, P11Br1989), Coblenz (P9Co1989) und Iskraut (P7Isk1988) thematisierten im Einklang mit dem BEK die große Anzahl an Ausreisenden bzw. Ausgereisten. Iskraut (P8Isk1989) veranschaulichte die Menge der vornehmlich jungen Ausgereisten im Jahr 1989 durch den Vergleich mit der Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt/Oder. In P7Isk1988 beschrieb er den Wunsch, die DDR zu verlassen, als verbreitetes, gesellschaftliches Phänomen. Coblenz (P9Co1989) verwies auf die zahlreichen Ausreisegesuche von DDR-BürgerInnen seit Verabschiedung der *Schlussakte von Helsinki*. Damit zeigte er den Einfluss der von der DDR unterzeichneten Dokumente des KSZE-Prozesses als Argumentationsgrundlage für die Ausreiseantragstellung auf und beschrieb die Ausreisebewegung als eine bereits länger bestehende Erscheinung. Des Weiteren erwähnte er gemeinsam mit Brand (P10Br1989) und dem Vorsitzenden der KKL die zunehmenden Ausreisen über Ungarn im Sommer 1989.

Brand (P9Br1988, P11Br1989), Coblenz (P9Co1989) und Iskraut (P7Isk1988, P8Isk1989) führten die Ausreise(-gesuche) gemeinsam mit dem BEK hauptsächlich auf die gesellschaftspolitische Lage in der

[937] Vgl. P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.
[938] Vgl. P7Meck1987, P6Co1988, P8Co1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P3Mue1989, P13Br1989.
[939] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 134; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 166ff.
[940] Vgl. P6Isk1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P6Ra1989, P13Br1989.

DDR zurück. Damit verortete der BEK, anders als in seinen Stellungnahmen zu zunehmenden Ausreisegesuchen 1984, die Verantwortung für die Entwicklungen stärker beim Staat als bei den ausreisewilligen BürgerInnen selbst. Coblenz (P9Co1989) und Brand (P10Br1989, P11Br1989) identifizierten gemeinsam mit der Bundessynode und der KKL das Gefühl der Hoffnungslosigkeit als Grund vieler DDR-BürgerInnen für die Ausreise aus der DDR.[941] Der KKL-Vorsitzende bezeichnete die große Zahl an Ausreisen gegenüber Krenz zusätzlich als „Zeichen des Vertrauensschwundes"[942]. Als weitere Gründe für die Ausreise führte Brand „Gewalt und Unrecht in diesem Land"[943] an. In Übereinstimmung mit dem BEK nannte er als Einziger der PredigerInnen zusätzlich das Streben nach besseren Lebensbedingungen als mögliches Motiv für die Ausreise in die BRD. Diesem Ausreisegrund gegenüber brachte Brand, stärker als der BEK, seine Missbilligung zum Ausdruck.

Hinsichtlich des Umgangs des Staates mit der Ausreiseproblematik kritisierte Iskraut (P6Isk1988) im Einklang mit dem BEK offen die ausbleibende Auseinandersetzung mit den Gründen für die Ausreise vieler BürgerInnen aus der DDR. Der BEK forderte den Staat darüber hinaus explizit zur Ursachenbekämpfung auf und erwähnte mögliche staatliche Maßnahmen. Dieser Appell an den Staat schwingt in den Predigten nur unterschwellig mit. Zusätzlich missbilligte Iskraut in P8Isk1989 unter Verweis auf den Artikel *Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt* des *Neuen Deutschlands* die staatliche Verleumdung der Geflüchteten. Der BEK sprach im Hinblick auf den staatlichen Umgang mit den Besuchs- bzw. AusreiseantragstellerInnen von herablassender Behandlung und Drohungen.

Brand (P9Br1988) und Iskraut (P7Isk1988, P8Isk1989) thematisierten gemeinsam mit dem BEK die innerkirchlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Auswirkungen der Ausreisebewegung. Laut Brand (P9Br1988) hätte das Dilemma des BEK und seiner Gliedkirchen, sich einerseits für den Verbleib in der DDR auszusprechen und andererseits Seelsorge für die Ausreisewilligen betreiben zu wollen, auch zu innerkirchlichen Spannungen geführt. In Übereinstimmung mit dem BEK plädierte er aber dafür, dass die Kirche in beide Richtungen sprechen müsste. Coblenz (P9Co1989) und Iskraut (P8Isk1989) deuteten in Übereinstimmung mit der Bundessynode die Trauer der Zurückgebliebenen über diese menschlichen Verluste an. Der BEK sprach neben den persönlichen Auswirkungen außerdem vom negativen Einfluss der Abwanderung vieler DDR-BürgerInnen auf die wirtschaftliche Situation und die ärztliche und soziale Versorgung im Land. In P10Isk1989 erwähnte Iskraut den Ärztemangel in der DDR, ohne diese Problematik explizit mit der Ausreisebewegung in Verbindung zu bringen. Im persönlichen Gespräch beschrieb er den Ärztemangel in der DDR als ein Problem, das schon seit den 1970er Jahren bestand, sich aber zum Ende der DDR hin verschärfte.[944] Iskraut (P6Isk1988) bezeichnete den Weggang vieler DDR-BürgerInnen allgemein als Ausbluten der Gesellschaft.

Wie der BEK plädierte Brand (P9Br1988) für Reiseerleichterungen bzw. allgemeine Reisefreiheit für die DDR-BürgerInnen. Der BEK setzte sich darüber hinaus kritisch mit dem Prozess der Antragsstellung für Besuchsreisen auseinander und forderte seitens des Staates mehr Transparenz, Offenheit und Respekt

[941] Vgl. hierzu auch PELZ: Revolution auf der Kanzel, 130.

[942] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 359.

[943] P9Br1988.

[944] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

im Umgang mit den AntragsstellerInnen.

Brand (P10Br1989, P11Br1989) bewertete im Einklang mit dem BEK das Verlassen der DDR explizit negativ und rief ausdrücklich zum Verbleib der BürgerInnen in der DDR auf. Gemeinsam mit Coblenz (P9Co1989) nutzte Brand (P8Br1988, P9Br1988) den negativ konnotierten Begriff der Flucht, während der BEK untendenziöser von Ausbürgerung, -wanderung oder -reise sprach. In P13Br1989 betete Brand sogar für ein Ende der Ausreisebewegung. Bei Iskraut (P6Isk1988, P9Isk1989), Coblenz (P9Co1989) und Rannenberg (P6Ra1989) wurde deutlich, dass sie den Verbleib der BürgerInnen in der DDR zwar bevorzugen, sie forderten dies aber nicht offen ein. Iskraut (P6Isk1988) z.B. bat die ZuhörerInnen, ihre Entscheidung für oder gegen eine Ausreise aus der DDR von der Dienlichkeit des Verhaltens für die Mitmenschen und Gesellschaft der DDR abhängig zu machen. Er sah im Einklang mit dem BEK die DDR als den Ort an, an den Gott die ChristInnen gestellt hat, um in seinem Sinne zu wirken.[945] Kandler und Pelz identifizierten dies in ihren analysierten Predigten als gängiges Argumentationsmuster.[946] Iskraut (P9Isk1989) kritisierte zudem, dass ChristInnen ihre Ausreise als Gottes Wille darstellten. Während Coblenz (P9Co1989) die im Gottesdienst gewonnene Hoffnung im christlichen Sinne und Visionen als möglichen Ansporn zum Bleiben in der DDR wertete, hoffte der BEK, die Menschen durch die Einbindung in die Kirchengemeinden halten zu können.

Die vier Prediger Brand, Coblenz, Iskraut und Rannenberg sprachen sich somit, übereinstimmend mit dem BEK, implizit oder explizit für den Verbleib in der DDR und den damit einhergehenden Einsatz für Verbesserungen der nationalen Gegebenheiten aus. Diese Fürsprache fand sich auch in den Predigten von Fritz, Kandler und Pelz wieder.[947]

4.31.2 Grenzverletzung

Eng mit Flucht und Ausreise ist auch die Grenzverletzung verknüpft, mit der sich Iskraut (P7Isk1988) im Zuge der Beerdigung eines Grenzsverletzers aus der eigenen Gemeinde auseinandersetzte. Diese Thematik fand seitens des BEK keine Erwähnung. Iskraut (P7Isk1988) übte offene Kritik am staatlichen Umgang mit GrenzverletzerInnen, indem er sich gegen deren Vorverurteilung und Abschottung gegenüber Familienmitgliedern und SeelsorgerInnen – vor allem in der Sterbephase – aussprach. Im Zuge dessen beschrieb er den Umgang der DDR mit VerbrecherInnen im Vergleich zum Mittelalter als rückständig und dementsprechend grausam. Die Trauernden und sich selbst bezeichnete er als GegnerInnen dieser Vorgehensweise. Gleichzeitig pochte er auf eine Behandlung der GrenzverletzerInnen im Sinne der Menschenrechte. Iskraut hob im Besonderen den Leidensdruck von Republikflüchtlingen im Staat der DDR hervor. Damit stellte er Fluchtversuche als Konsequenz schwieriger Lebensbedingungen in der DDR und der daraus resultierenden Verzweiflung dar. Obwohl Iskraut sehr deutlich Stellung bezog, betonte er im persönlichen Gespräch, dass er seine Kritik gerne noch schärfer formuliert hätte.[948] Dem Leid des Grenz-

[945] Vgl. P4Isk1981, P6Isk1988.

[946] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 26, 72; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 35, 315f.

[947] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 234; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 26, 44; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 122, 130, 133, 202, 214, 222, 226. Die Wertung der Ausreisebewegung als positiver Beitrag zu den Umbrüchen in der DDR, die in Predigten und Friedensgebeten von Pelz zum Ausdruck kam, blieben sowohl in den Dokumenten des BEK als auch in den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten aus. (Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 201, 222f.)

[948] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), Privatarchiv Lührmann.

verletzers und der Trauernden setzte er den Trost und den Frieden Gottes entgegen. Im Unterschied zum Staat verwürfe Gott diese Menschen nicht, sondern nähme sie dessen ungeachtet an. Dies kam auch in der verständnisvollen Bewertung der Handelns des Grenzverletzers durch Iskraut zum Ausdruck. Mit der Erörterung der Todesumstände eines Grenzverletzers aus der eigenen Gemeinde im sozialistischen Ausland im Rahmen der Beerdigungspredigt widersetzte sich Iskraut (P7Isk1988) der staatlichen Praxis der Vertuschung von Todesfällen an der Grenze. Dies korreliert mit der Aufforderung an die Trauernden, sich über ihre Gefühle zum Tod des Grenzverletzers freimütig auszutauschen.

4.31.3 Reformbestrebungen Gorbatschows

Der BEK befürwortete das von Gorbatschow propagierte neue Denken und seine Idee des *Gemeinsamen Europäischen Hauses* offen, hielt sich aber im Hinblick auf direkte Bezüge auf die innenpolitischen Reformbestrebungen Gorbatschows – im Sinne von *Glasnost* und *Perestroika* – sehr zurück. Bei Meckel (P7Meck1987), Coblenz (P6Co1988), Brand (P9Br1988) und Iskraut (P9Isk1989) hingegen fanden neben der Idee des *Gemeinsamen Hauses Europa* auch *Glasnost* und *Perestroika* sowie die Reformbestrebungen Gorbatschows im Allgemeinen Erwähnung und Auseinandersetzung.

Meckel (P7Meck1987) betonte unter Bezugnahme auf Gorbatschows Idee vom *Gemeinsamen Haus Europa*, die er im Einklang mit Gorbatschow auf die Weltgemeinschaft ausdehnte, die Interdependenz der Lebensweise aller Menschen. Im Zuge dessen stellte Meckel, wie schon Iskraut in P5Isk1984 und auch Gorbatschow selbst, die Menschheit als Hausgemeinschaft mit gegenseitiger Abhängig- und Verantwortlichkeit dar. Der BEK wies im Rahmen seines Plädoyers für mehr Weltgerechtigkeit ebenfalls auf die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von der Lebensweise und der Wirtschaftspolitik der Industrienationen hin. Während er diesbezüglich keine explizite Verbindung zu Gorbatschows Idee herstellte, würdigte er sowohl das Abschlussdokument des KSZE-Folgetreffens von Wien als auch die *Europäische Ökumenische Versammlung* als Teil des Konziliaren Prozesses als Beiträge zur Realisierung des *Gemeinsamen Europäischen Hauses*.

Hinsichtlich der innenpolitischen Reformbestrebungen Gorbatschows brachten Coblenz (P6Co1988) und Brand (P9Br1988) explizit ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die geplanten Reformen in der UdSSR auch in der DDR umgesetzt würden. Damit gaben sie sich, anders als der BEK, offen als Befürworter der Reformbestrebungen zu erkennen.[949] Beide Prediger nutzten in Übereinstimmung mit Werner Krusche in der Abhandlung *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* in diesem Zusammenhang das Bild des Ostwindes. Coblenz (P6Co1988) schloss an die Erwähnung der Reformen die Aufforderungen zu ehrlicher Berichterstattung und Rede, Zulassung von Kritik sowie Offfenlegung von Defiziten an. Diese wiesen viele Übereinstimmungen mit Gorbatschows Definition von *Glasnost* auf, ohne dass Coblenz diesen Begriff explizit darauf anwendete. Der BEK hatte ähnliche Forderungen an den Staat und die Medien gerichtet, ohne Verbindungen zu den Reformbestrebungen Gorbatschows herzustellen. Brand (P9Br1988) nutzte im Hinblick auf die Reformen die Begriffe Wahrheit und Freiheit; er griff damit wie Coblenz indirekt auf *Glasnost* und *Perestroika* zurück. Er berichtete Ende des Jahres 1988 wohlwollend von einer Zunahme an ehrlicher

[949] Auch in zwei von Pelz analysierten Predigten aus den Jahren 1988 und 1989 positionierten sich Prediger positiv zu den Reformbestrebungen Gorbatschows. (Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 122, 127, 164.)

Rede und (Reise-)Freiheit in der DDR als Auswirkungen der Reformbestrebungen in der Sowjetunion. Im Zuge dessen deutete Brand an, dass die Entwicklungen in der UdSSR in der DDR-Gesellschaft verfolgt und diskutiert wurden. Auch Krusche erwähnte den Einfluss der Reformbestrebungen Gorbatschows vor allem auf die jungen BürgerInnen der DDR, ohne diese Entwicklungen jedoch näher zu kommentieren. In P8Br1988 adressierte Brand das für die BürgerInnen irritierende Abrücken der DDR von der UdSSR und veranschaulichte dies anhand des Verbots der Zeitung *Sputnik*. Brand (P9Br1988) identifizierte die Reformbestrebungen Gorbatschows als Einsatz für die Steigerung des Wohlergehens der Menschen, weshalb er die ChristInnen zur Unterstützung dieser Pläne aufrief. Gleichzeitig kritisierte er aber die Überhöhung Gorbatschows ähnlich einem Erlöser sowie die damit verbundenen hohen Erwartungen.

Iskraut (P9Isk1989) nutzte den Begriff *Glasnost* in der Auseinandersetzung mit der Gesprächskultur zwischen Kirche und Staat im Oktober 1989. Er sah die Rede seitens der Kirche im Gegensatz zu Staat schon immer durch Offenheit und Ehrlichkeit, d.h. durch *Glasnost*, geprägt. Mit seiner kritischen Haltung zur staatlichen Rede widersprach er der KKL und ihrem Vorsitzenden, die, wie schon 1984 und 1985, auch 1988 bei allen Spannungen von einem beidseitig vertrauensvollen, von Verlässlichkeit geprägten Verhältnis der Kirche zum Staat sprachen. Iskrauts positive Einschätzung der kirchlichen Stellungnahmen gegenüber dem Staat war gegen Ende der DDR unter den Kirchenmitgliedern jedoch nicht konsensfähig. Diese Kritik an der Zurückhaltung der Kirchenleitenden kam auch in P7Co1988 zum Ausdruck, indem Coblenz deren Verhalten gegenüber dem Staat kritisch als wenig konfrontativ und eher systemerhaltend beschrieb. Der Vorsitzende der KKL gestand im Herbst 1989 in gewisser Hinsicht eine in den Vorjahren praktizierte Zurückhaltung des BEK zur Aufrechterhaltung von Gesprächen ein.

4.31.4 Staatssicherheitsdienst

Während sich der BEK bis zur Öffnung der Mauer nicht zum Staatssicherheitsdienst äußerte, wird in sechs Predigten des Zeitabschnitts 1987-1989 der Staatssicherheitsdienst thematisiert. In seiner Beerdigungspredigt P7Isk1988 zum Tod eines Grenzverletzers verurteilte Iskraut – trotz zu erwartetender anwesender MitarbeiterInnen des Staatssicherheitsdienstes – den staatlichen Umgang mit GrenzverletzerInnen, an dem die Staatssicherheit maßgeblich beteiligt war. Damit setzte er seine Auseinandersetzung der vorherigen Zeitabschnitte mit dem Staatssicherheitsdienst fort. Im Herbst 1989 kritisierte Brand (P11Br1989) den Staatssicherheitsdienst als staatstragende Einrichtung. Darüber hinaus bewerteten er und Müller (P3Mue1989) die Staatssicherheit und deren Vorgehen als menschenunwürdig. Gemeinsam mit Rannenberg (P6Ra1989) und Iskraut (P10Isk1989) verwiesen sie auf die Angst der Bevölkerung vor den MitarbeiterInnen der Staatssicherheit. Zudem thematisierten Müller (P3Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) das Misstrauen der BürgerInnen der DDR untereinander als Auswirkung der Existenz des Staatssicherheitsdienstes. Auch in von Fritz und Pelz analysierten Predigten war der Staatssicherheitsdienst Thema und wurde hinsichtlich seiner Konsequenzen für die DDR-Gesellschaft durchgängig negativ bewertet.[950]

Brand (P12Br1989) und Iskraut (P10Isk1989) sprachen im Herbst 1989 zusätzlich die möglichen Ängste der MitarbeiterInnen des Staatssicherheitsdienstes wie auch der Volkspolizei und Mitglieder von

[950] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 179, 259; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 130, 135, 189, 208f.

Kampfgruppen vor den Folgen ihres Tuns und dem Verlust ihrer Privilegien an. Während Iskraut für die MitarbeiterInnen der Staatssicherheit betete, forderte Brand unter Verweis auf den Umgang Jesu mit SünderInnen und die Gotteskindschaft aller Menschen zu respektvollem Umgang auch mit den MitarbeiterInnen des Staatssicherheitsdienstes und der Volkspolizei auf. Dieses Phänomen fand sich auch in von Kandler und Pelz analysierten Predigten, in denen mit der Feindesliebe argumentiert wurde. Während Kandler und Pelz darauf hinweisen, dass dieser Aufruf zur Zurückhaltung gegenüber den staatlichen MitarbeiterInnen eine gewalttätige Vergeltungswelle verhindern sollte, sprach Pelz davon, dass diese Argumentationslinie eine Vermischung von Opfern und TäterInnen des Regimes mit sich brachte.[951]

4.31.5 Staat-Kirche-Verhältnis

Der BEK setzte sich vor allem anlässlich geplanter oder konfrontativ verlaufener Gespräche mit staatlichen VertreterInnen, des 10. Jahrestages des Spitzengesprächs vom 6. März 1978 und des staatlichen Vorgehens gegen die Kirche und ihre Mitglieder mit dem Staat-Kirche-Verhältnis auseinander. Trotz Adressierung kritischer Aspekte wurden die Entwicklungen des Staat-Kirche-Verhältnisses seit dem Spitzengespräch 1978 im Allgemeinen positiv bewertet. Der Vorsitzende der KKL hatte hinsichtlich der Interaktion zwischen Kirche und Staat 1988 von einem „offenen und sachlichen Dialog auf der Grundlage des wachsenden Vertrauens“[952] gesprochen.

In den Predigten P4Ra1988, P8Br1988 und P9Br1988 wurden vor allem die Auswirkungen der belasteten Beziehung zwischen Kirche und Staat auf Kirche und Gesellschaft angesprochen. Dadurch wurde – anders als in den Stellungnahmen des BEK – das Bild eines sehr angespannten Staat-Kirche-Verhältnisses gezeichnet. Der KKL-Vorsitzende hatte Spannungen als eine gewöhnliche Eigenart der Beziehungen beschrieben, die im gemeinsamen Dialog behoben werden sollten. Rannenberg (P4Ra1988) und Brand (P8Br1988, P9Br1988) verwiesen darauf, dass kirchliche Druckerzeugnisse aufgrund der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen nicht veröffentlich werden durften. Rannenberg (P4Ra1988) bezog sich explizit auf die Zensur der letzten Ausgabe der Kirchenzeitung der *Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg*. Im Zuge dessen informierte er die Anwesenden darüber, dass der Bischofsbericht der Grund für die Zensur darstellte. Damit leistete er Aufklärung zu den Hintergründen der Zensur und zeigte auf, welche Themen von staatlicher Seite als kritisch angesehen wurden. Rannenberg schloss sich in seinen Predigtausführungen implizit den Äußerungen des Bischofs an und verwies auf die Notwendigkeit des gesellschaftspolitischen Einsatzes der Kirche auch in Form von Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen in Kirchenzeitungen. Ähnlich bewertete Brand (P8Br1988, P9Br1988) Stellungnahmen der Kirche in den Kirchenzeitungen positiv als „öffentliche Meinungsäußerung Andersdenkender“[953] und als „kritische Begleitung“[954] gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Der BEK hatte ebenfalls auf die Notwendigkeit der kirchlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen

[951] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 90, 102, 122; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 134f, 158f, 162, 222, 315.

[952] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 287.

[953] P8Br1988.

[954] P9Br1989.

im Sinne der Verkündigung und Meinungsbildung hingewiesen und die Zensuren der Kirchenzeitungen offen kritisiert.

Des Weiteren spielten Rannenberg (P4Ra1988) und Brand (P8Br1989, P9Br1988) mit Verweis auf „die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in unserem Land“[955] auf das staatliche Vorgehen gegen die Umweltbibliothek und die DemonstrantInnen der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration an. Brand (P8Br1988) wertete die Initiativen der AktivistInnen als Versuche „zur Verbesserung der Verhältnisse auf jedem Sektor der Gesellschaft“[956]. Wie auch in den Äußerungen des BEK im September 1987 angeklungen, thematisierte Brand (P8Br1988, P9Br1988) die Hoffnung auf die Schaffung weiterer Freiräume für gesellschaftspolitisches Engagement in der DDR, die aus die positiven Entwicklungen, die der Stürmung der Umweltbibliothek vorangegangen waren, resultierte. Der BEK beschrieb die Vorkommnisse als Belastung für das Staat-Kirche-Verhältnis. Werner Krusche warnte darüber hinaus in seiner für den BEK verfassten Abhandlung *6. März 1978 – 1988. Ein Lernweg* vor den negativen Auswirkungen des staatlichen Vorgehens auf die internationale Reputation der DDR und auf das Verhältnis der BürgerInnen zum Staat. Brand (P8Br1988, P9Br1988) ging sogar soweit, die Beziehung der BürgerInnen zu den politisch Verantwortlichen als dadurch zerrüttet anzusehen.

4.31.6 Innerkirchliche Spannungen

Coblenz (P7Co1988) und Brand (P8Br1988) setzten sich mit den herrschenden innerkirchlichen Spannungen auseinander. Diese sorgten Ende der 1980er Jahre innerhalb der Landeskirchen und des BEK für Diskussionen. Die KKL thematisierte die Probleme im Rahmen der Bundessynode 1986 und 1988.

Coblenz (P7Co1988) identifizierte unter Einbindung eines Zitats des Oberlandeskirchenrats der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen* und Zittauer Superintendenten Dietrich Mendt zwei innerkirchliche Problemfelder: die fehlende Gemeinschaft der Gläubigen, die dem theologischen Motiv vom einen Leib Christi wiederspräche, sowie die große Distanz zwischen Kirchenleitenden, Gemeinden und Gruppen. Im Übereinstimmung mit Mendt sah Coblenz dadurch die Wirksamkeit der Kirche und ihres Zeugnisses in der Gesellschaft beeinträchtigt. Ähnlich argumentierte Brand (P8Br1988), dass christliche Werte erst in ihrem Ausleben durch die ChristInnen wirkungsvoll werden könnten. Coblenz (P7Co1988) und Brand (P8Br1988) sprachen sich gegen Hierarchien in der Kirche sowie für die Zulassung von Meinungsvielfalt und den Austausch der verschiedenen Gruppen und Standpunkte aus. In Bezug auf die Kirchenleitenden übte Coblenz (P7Co1988) Kritik an deren Zurückhaltung gegenüber dem Staat. Weder die Angst vor innerkirchlichen Spannungen noch vor Spannungen mit dem Staat dürfte von einer gesellschaftspolitischen Stellungnahme der Kirche aus dem Evangelium heraus abhalten. Im persönlichen Gespräch berichtete Coblenz von Erfahrungen mit der der kirchenleitenden „Viererbande“[957] seiner Landeskirche, der primär an der Beibehaltung einer guten Beziehung zum Staat gelegen war. Anders als bei Iskraut (P9Isk1989), der die Stellungnahmen der Kirchenleitenden gegenüber dem Staat im Sinne von *Glasnost* positiv bewertete, klang bei Coblenz (P7Co1988) wie bereits bei Brand in P5Br1985 an, dass

[955] P4Ra1988.
[956] P8Br1988.
[957] Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann. Für weitere Informationen zur „Viererbande“ siehe Predigtanalyse zu P4Co1984.

er die Prägnanz gegenüber dem Staat als ausbaufähig ansah. Coblenz' Predigt spiegelte den Standpunkt der *Kirche von Unten* (KvU) wider, mit der der Prediger sympathisierte.[958]

Der BEK wollte im Bewusstsein dieser Problemfelder die Beziehungen zwischen den Gruppen und den Gemeinden sowie zwischen den Kirchenleitungen und den Gemeinde verbessern. Die KKL plädierte deshalb für einen intensiveren Austausch zwischen Gruppen, Gemeinden und Kirchenleitungen. So sollten Gruppen und Gemeinden sich verständigen und Kompromisse erzielen. Ähnlich der Äußerungen Brands (P8Br1988) hatte die KKL 1986 hinsichtlich der Meinungsvielfalt in der Kirche von der „Verschiedenheit [als] eine Chance"[959] gesprochen. In den Äußerungen des BEK zu den kirchlichen Gruppen waren aber weiterhin Tendenzen erkennbar, diese Meinungsvielfalt – vor allem gegenüber dem Staat – auf eine für den Staat handhabbare Positionierung zu begrenzen. Damit ging ein Festhalten an hierarchischen Strukturen einher. Das vorsichtige Vorgehen gegenüber dem Staat begründete die KKL 1986 mit dem geringen Einfluss kirchlicher Äußerungen auf die Politik; 1988 sprach sie von der Notwendigkeit, die Legitimität von Kritik seitens der Gruppen gegenüber dem Staat vorab prüfen zu müssen. Sowohl die KKL als auch Coblenz (P7Co1988) wollten die Inhalte der Stellungnahmen von Kirchen und Gruppen an dem Evangelium ausgerichtet sehen. Während dies für die KKL Zurückhaltung gegenüber dem Staat bedeutete, forderte Coblenz mehr Deutlichkeit.

4.31.7 Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges

Auch in den Jahren 1987 bis 1989 setzten sich Coblenz, Iskraut, Brand und Müller mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Ende des 2. Weltkrieges auseinander.[960] Anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht und des Kriegsbeginns erörterte auch der BEK 1988 und 1989 allein oder gemeinsam mit der EKD die deutsche Vergangenheit. Sowohl in den Predigten als auch in den Stellungnahmen des BEK wurde das Verhalten der Kirche, der ChristInnen, der BürgerInnen und der NationalsozialistInnen im Dritten Reich und nach dem Ende des 2. Weltkrieges betrachtet und weiterhin mit dem Aufruf und der Warnung verknüpft, aus der Vergangenheit zu lernen und in der Gegenwart anders zu handeln.

Wie schon in den vorangegangenen Zeitabschnitten plädierten Iskraut (P10Isk1989), Coblenz (P8Co1988, P9Co1989), Brand (P7Br1988) und der BEK für die Auseinandersetzung der Deutschen mit Schuld und Verantwortung. Coblenz (P9Co1989) und der BEK beschrieben die Teilung Deutschlands in zwei Staaten sowie Mitteileuropas in zwei Lager als Ergebnis der Schuld der Deutschen am 2. Weltkrieg. In P8Co1988, P7Br1988 und P10Isk1989 wurde die Verdrängung von Schuld und Verantwortung vor allem durch die Kriegsgeneration angesprochen und verurteilt. Als Beispiel für einen Vertreter der Kriegsgeneration verwies Brand (P7Br1988) vermutlich auf Karl-Heinz Bartsch, der als SED-Politiker aufgrund seiner verschwiegenen NS-Vergangenheit sein Amt verlor. Aber auch bei den nachfolgenden Generationen und beim Staat der DDR, vor allem in Bezug auf das Bildungswesen, wurde von Coblenz (P8Co1988),

[958] Vgl. Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

[959] 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 2.

[960] Vgl. P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P9Co1989, P11Br1989, P9Isk1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

Brand (P7Br1988), Iskraut (P10Isk1989) und dem BEK die fehlende Auseinandersetzung ausgemacht. In der Predigthilfe zur Friedensdekade 1988 und in P7Br1988 wurde der Generationenkonflikt thematisiert, dass die Kriegsgeneration vergessen wollte, während die Folgegeneration kritisch den fehlenden Widerstand adressierte. Brand (P7Br1988) griff die Frage vieler jüngerer Menschen auf, wie man sich selbst in dieser Situation verhalten hätte. Im Einklang mit dem BEK und der Predigthilfe zur Friedensdekade widersprach er dem Vorwand vieler Deutscher, man hätte von den staatlichen Vorgehen gegen die jüdischen MitbürgerInnen nichts gewusst. Anhand eines Pfarrerskollegen machte er das Leiden des Krieges für die Überlebenden aufgrund von Schuld und Mitverantwortung deutlich.

Während der BEK im Besonderen auf das Fehlverhalten der Kirche und ihrer Mitglieder verwies, fungiert der fehlende kirchliche Widerstand in der NS-Zeit wie schon in P6Br1986 auch in P6Isk1988 als Ansporn zum (gesellschafts-)politischen Einsatz in der Gegenwart. Aus der Erkenntnis des Fehlverhaltens der ChristInnen und der Deutschen im Allgemeinen sollten nach Coblenz, Iskraut, Brand und dem BEK ehrliche Rede und Widerstand gegen Missstände resultieren.[961] Bezugnehmend auf die Vorgänge in der Reichpogromnacht konstatierte Brand (P7Br1988), dass solche Entwicklungen frühzeitig unterbunden werden müssten, wenn Widerstand noch möglich wäre. Auch der BEK wollte durch die Erinnerung und Auseinandersetzung eine Wiederholung der Ereignisse verhindern.

In einigen Predigten wurden Ähnlichkeiten zwischen Entwicklungen und Verhaltensweisen zur NS- oder Nachkriegszeit und zum Ende der 1980er Jahre in der DDR ausgemacht.

Iskraut (P7Isk1988, P10Isk1989) und Coblenz (P8Co1988) identifizierten Ähnlichkeiten im Verhalten der NationalsozialistInnen und der Angehörigen des SED-Staates und verstärkten damit ihre Kritik am Staat der DDR sowie am staatlichen Vorgehen. Coblenz (P8Co1988) verwies auf westdeutsche Gäste, die wie zur NS-Zeit Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der DDR erwarteten. In Iskrauts Beerdigungspredigt (P7Isk1988) kritisierte er durch die Erwähnung der Reichspogromnacht implizit das ähnlich entwürdigende Verhalten des SED- und des NS-Staates gegenüber Menschen der eigenen Gesellschaft. Auch im Vorgehen der Sicherheitskräfte der DDR gegen die DemonstrantInnen am 7. Oktober in Berlin und anderen Städten sah er in P10Isk1989 Entsprechungen zum Verhalten von NS-Sicherheitskräften. Wie Brand (P7Br1988) hinsichtlich des gärenden Rassismus und Antisemitismus in der DDR betrachtete auch Iskraut (P10Isk1989) die Wiederkehr der Sprache der NationalsozialistInnen im Herbst 1989 als Folge der fehlenden Auseinandersetzung mit der schuldbehafteten deutschen Vergangenheit. Der BEK hatte solche Parallelen nicht gezogen.

Brand (P11Br1989) und Coblenz (P8Co1988) stellten die Wegführung in die Babylonische Gefangenschaft und den Auszug der IsraelitInnen aus Ägypten ähnlich der Situation der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges dar. Coblenz (P8Co1988) erwähnte Ereignisse, von denen die Deutschen im Allgemeinen und die DDR-BürgerInnen im Besonderen betroffen waren: die Kapitulation, die Zerstörung, die Vertreibung, die Existenz in einem heidnischen bzw. atheistischen Land und – in Übereinstimmung mit Brand (P11Br1989) – die Anpassung der Mehrheit an die staatlichen Erwartungen durch Verleugnung des Glaubens, um Nachteile zu vermeiden. Coblenz (P8Co1988) sprach auch die Verunglimpfung der Personen an, die trotz allem am Glauben festhielten. Nach Brand (P11Br1989) wären die Deutschen

[961] Vgl. P8Co1988, P6Isk1988, P7Br1988.

wie die IsraelitInnen in Ägypten aufgrund ihrer Gebete von einem Terrorregime befreit worden, ließen aber diese Chance ungenutzt, äußerten sich mit der Zeit wieder positiv zum alten Regime und sehnten sich nach den alten Zeiten zurück. Im Zuge dessen kritisierte Brand das fortwährende Sympathisieren einiger Deutscher mit dem NS-Regime und verurteilte den Nationalsozialismus als eine aus Unkenntnis und Vorurteilen resultierende Ideologie. Die Bundessynode hatte 1989 ebenfalls auf „neu erwachende[...] nationalsozialistische[...] und nazistische[...] Stimmen und Stimmungen“[962] hingewiesen, denen es entgegenzuwirken gälte.

Brand (P11Br1989), Iskraut (P9Isk1989) und Müller (P4Mue1989) identifizierten viele Ähnlichkeiten zwischen der Situation zum Ende des 2. Weltkrieges und der Umbruchsphase im Herbst 1989. So beschrieben Müller (P4Mue1989) und Brand (P11Br1989) das Ende des 2. Weltkriegs als gottgegebene Chance für die Deutschen und die deutschen ChristInnen. Auch der BEK hatte hinsichtlich des Endes des 2. Weltkriegs von einem „von Gott geschenkten Neubeginn[...]“[963] – auch für die Kirche – gesprochen. Müller (P4Mue1989) und Brand (P11Br1989) warnten davor, die Umbruchsphase als erneute gottgegebene Chance wieder zu vertun. Iskraut (P9Isk1989) sah eine Parallele von der Negierung der Mitverantwortung an den Gräueltaten der NationalsozialistInnen durch die Deutschen zu der Unterstützung der sozialistischen Gesellschaftsform der DDR durch die DDR-BürgerInnen. Diese Personen wären nicht glaubwürdig. In den Stellungnahmen des BEK wurden diese Parallelen nicht gezogen; auch wurde die Umbruchsphase in den offiziellen Dokumenten des BEK bis zum Fall der Mauer nicht theologisch bewertet.

4.31.8 Rassismus und Antisemitismus

Brand (P7Br1988) setzte sich im Rahmen der Friedensdekade und anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht mit Rassismus und Antisemitismus in der DDR auseinander.[964] In der von der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* herausgegebenen Predigthilfe zur Friedensdekade und dem gemeinsamen Wort des BEK mit der EKD anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht standen der Antisemitismus und das christlich-jüdische Verhältnis im Vordergrund. Der BEK sprach sich aber anderweitig gegen Rassismus aus. So berichtete die Bundessynode bereits 1987 von „gelegentlich[er] [...] Ausländerfeindlichkeit“[965] in der DDR und eruierte Möglichkeiten der Seelsorge sowie der Integration der Ausländer in die Kirchengemeinden.

Brands (P7Br1988) Ausführungen sind sehr anschaulich und deutlich handlungsorientiert auf die Gemeindeglieder als AdressatInnen zugeschnitten. So führte er in seiner Predigt verschiedene Beispiele an, in denen MitbürgerInnen polnischer, vietnamesischer und mosambiquanischer Herkunft in der DDR

[962] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 342.

[963] Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 95.

[964] In den von Kandler und Pelz anlysierten Predigten wurde die Problematik der Ausländerfeindlichkeit (mehrheitlich) erst nach dem Mauerfall verhandelt. (Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 84, 92, 101; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 126, 223f.)

[965] Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausländerseelsorge (22. September 1987) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 72.

benachteiligt, beleidigt, körperlich angegriffen und sogar getötet wurden. Der Antisemitismus fand in seinen Predigtausführungen durch die Bezugnahme auf eine verleumderische Darstellung eines Juden in einem Wandbild einer Nachbarkirchengemeinde Erwähnung. Wie die Bundessynode 1988 identifizierte auch Brand die fehlende Thematisierung der deutschen Vergangenheit als Beitrag zum Rassismus in der DDR. Im Einklang mit dem *Aufruf zur 9. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade vom 6. bis 16. November 1988* der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* sowie mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR forderte Brand die Anwesenden zum Einsatz gegen Rassismus auf. Übereinstimmend formulierten sie als Möglichkeiten des Einsatzes die angemessene Titulierung von AusländerInnen – der BEK und die EKD forderten dies im Hinblick auf die Jüdinnen und Juden –, das Eruieren von Zusammenhängen und Hintergründen sowie den öffentlichen Widerspruch und die Aufklärung. Somit sollten die ChristInnen laut Brand anders handeln als die Mehrheit der Deutschen zur Zeit des Nationalsozialismus. Er ging mit gutem Beispiel voran, indem er die Anwesenden über Sachverhalte informierte. Theologisch begründete er den Einsatz für die AusländerInnen mit der Liebe zu Gott, die die Liebe und dem Dienst gegenüber den Nächsten einschlösse, sowie mit dem einen Leib Christi, dem auch viele der AusländerInnen angehörten. Den Einsatz bezeichnete er als Glaubenszeugnis. Die Bundessynode, die *Ökumenische Versammlung* in der DDR und Brand plädierten gemeinsam für die Einbindung von AusländerInnen in Gemeinde und Gesellschaft.

4.31.9 Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

Brand, Coblenz und Iskraut nahmen in ihren Predigten das sozialistische Schulsystem und Menschenbild sowie die Medizinethik in der DDR kritisch in den Blick. Des Weiteren bewerteten sie im Herbst 1989 die Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR im Allgemeinen.[966] Der BEK hatte sich zu diesem Themenkomplex nicht explizit geäußert.

Brand (P7Br1988) problematisierte die ausbleibende Thematisierung der deutschen Vergangenheit im sozialistischen Schulsystem der DDR – er sprach diesbezüglich sogar von Aberziehung. Daraus sah er den zunehmenden Rassismus in der DDR resultieren. Die Bundessynode hatte im September 1988 ebenfalls die fehlende Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt in der deutschen Geschichte als Ursache für neuen Rassismus in der DDR-Gesellschaft ausgemacht, diese Kritik jedoch nicht explizit auf das Schulsystem oder den Staatssozialismus der DDR bezogen. Brand (P10Br1989) beanstandete darüber hinaus die konsequent naturwissenschaftliche Ausrichtung des Bildungssystems der DDR, die allem Tranzendenten die Existenz abspräche. Gott könnte vom Menschen niemals vollumfänglich, aber vor allem nicht aus einem rein naturwissenschaftlichen Blickwinkel begriffen werden.

Wie schon in den vorherigen Zeitabschnitten thematisiert, setzten sich Brand (P8Br1988, P9Br1988, P13Br1989) und Iskraut (P8Isk1989) kritisch mit dem sozialistischen Menschenbild auseinander. Im Gegensatz zur Wahrnehmung des Menschen durch Gott wurde das sozialistische Menschenbild als unrealistisch und unzureichend angesehen. Die beiden Prediger beschrieben es übereinstimmend als ausgeschlossen, dass der Mensch ohne göttliches Zutun ideale Zustände in der Welt realisieren könnte. Laut Brand (P8Br1988, P9Br1988) konnte die Erlösung des Menschen niemals vom Menschen selbst oder Ideologien

[966] Vgl. P6Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P13Br1989.

ausgehen. Beide Prediger nahmen dadurch eine klare Unterscheidung zwischen Geschöpf und Schöpfer vor. An seine kritische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Menschenbild anschließend betonte Brand (P8Br1988), dass das Leben in einer atheistischen Gesellschaft, anders als ein Leben im Glauben, verheerende Auswirkungen auf den Menschen hätte: „Menschen werden nicht sehend, sondern verblendet, nicht hörend, sondern abgestumpft, nicht redend, sondern mundtot gemacht, nicht in die Zukunft gehend, sondern träge verharrend."[967] Im Zuge dessen tadelte er auch den Umgang des Staates der DDR mit seinen BürgerInnen und deren daraus resultierende Lebensführung. Iskraut (P8Isk1989) kritisierte zudem die primäre Wahrnehmung des Menschen im Sozialismus als Arbeitskraft. Während Gott das Wohl des Menschen im Allgemeinen forcierte, ginge es im Sozialismus vor allem um die Erhaltung oder Wiederherstellung dieser Arbeitsleistung. Iskraut machte damit deutlich, dass der Mensch für Gott mehr als nur ein Werkzeug wäre.

Iskraut (P6Isk1988) und Rannenberg (P6Ra1989) übten implizit Kritik an der medizinischen Ethik in der sozialistischen DDR, wenn sie sich auf das Bild des unwissenden Kranken bezogen. Wie Quellen aus der Zeit der DDR verdeutlichen, war es verbreitet, austherapierte PatientInnen über ihren Gesundheitszustand im Unklaren zu lassen. Iskraut vermutete, dass dies mit dem grundlegenden Fokus auf Erfolge im sozialistischen System verknüpft war. Das Eingeständnis von fehlenden medizinischen Handlungsmöglichkeiten wurde somit mit einem Misserfolg des Sozialismus gleichgesetzt. Die beiden Prediger plädierten implizit dafür, den „Patienten DDR" über seinen Zustand aufzuklären, um weitere Schritte zu dessen Genesung einleiten zu können.

Als sich die gesellschaftspolitischen Zustände in der DDR weiter zuspitzten, beurteilten Iskraut (P8Isk1989), Coblenz (P9Co1989) und Brand (P11Br1989, P12Br1989, P13Br1989) ab August 1989 die allgemeine Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR negativ. Laut Iskraut (P8Isk1989) hätte der Sozialismus nicht mehr die Steigerung des Wohles der BürgerInnen im Blick; das strenge, durch die Begründer zum Schutz des Sozialismus etablierte Regelwerk schränkte das Leben und selbst das verantwortliche Handeln in der DDR in zunehmendem Maße ein. Die Bundessynode wertete die Masse an Vorschriften als eine Behinderung der Partizipation vor allem junger Menschen in der DDR-Gesellschaft. Bei Iskraut (P8Isk1989, P10Isk1989) ist erkennbar, dass er den Sozialismus nicht abschaffen, sondern zum Wohle der BürgerInnen verändert wissen wollte. So forderte er mit Verweis auf die Reformation der Kirche durch Luther die Anwesenden dazu auf, zuerst eine Reformierung des bestehenden sozialistischen Systems zu forcieren. Mit der Geschichte vom Ährenraufen der Jünger Jesu gab Iskraut den ChristInnen die Erlaubnis, Regeln des Sozialismus auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen und ihre Kritik dem Staat gegenüber offen zum Ausdruck zu bringen. Er unterstrich die Notwendigkeit einer ordnenden Staatsmacht in einer „noch nicht erlösten Welt"[968]. Diese sollte aber dem Wohl ihrer BürgerInnen Beachtung schenken. Brand (P11Br1989, P12Br1989, P13Br1989) und Coblenz (P9Co1989) hingegen sahen den Sozialismus bzw. den Kommunismus im Sommer/Herbst 1989 bereits als gescheitert an. Als Grund idenfizierte Brand die Gottlosigkeit des Sozialismus. Auch die von Kandler und Pelz analysierten Predigten wiesen eine vielgestaltige, kritische Auseinandersetzung mit der Weltanschauung sowie der Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR auf.

[967] P8Br1988.

[968] P8Isk1989; Die Barmer Theologische Erklärung, V. These, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf (12.04.2020).

Die von Kandler und Pelz wahrgenommene Neigung von – nach Pelz vor allem jüngeren – PastorInnen zum Sozialismus kann auf der Grundlage der Aussagen von Iskraut, Coblenz und Brand nicht verifiziert werden.[969]

Die Kritik des BEK an den rechtlichen Gegebenheiten in der DDR und dem Umgang des Staates mit seinen BürgerInnen ging niemals mit einer expliziten Bemängelung des Sozialismus und seiner Ausgestaltung in der DDR einher. Vielmehr vergewisserte der Vorsitzende der KKL gegenüber Honecker im Frühjahr 1988, dass das gesellschaftspolitische Engagement von ChristInnen kein „Versuch einer Abkehr von der sozialistischen Gesellschaftsform"[970] wäre. Ähnlich den Vorstellungen Iskrauts (P8Isk1989, P10Isk1989) klang in den Stellungnahmen des BEK verschiedentlich an, den Sozialismus in der DDR durch Reformen weiterentwickeln und das Land damit wieder zukunftsfähig machen zu wollen.

4.31.10 Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte

Alle sechs PredigerInnen setzten sich mit den Themen Freiheit und Gerechtigkeit auseinander. Dabei nahmen sowohl die PredigerInnen als auch der BEK stärker als in den vorangegangenen Jahren die (menschen-)rechtliche Situation in der DDR in den Blick. National wie international wurden Defizite aufgezeigt und zum Einsatz für mehr Gerechtigkeit im menschlichen Miteinander ausgerufen.[971] Die Menschenrechte selbst wurden in den Predigten P4Ra1988 und P7Isk1988 nur als ein gesellschaftspolitisches Thema der Kirchen identifiziert und für die Grenzverletzer eingefordert. Eine vertiefende Auseinandersetzung fand anders als beim BEK, der sogar soweit ging, Basisrechte zu definieren und deren Realisierung einzufordern, in den Predigten nicht statt.[972]

Theologisch argumentierte Meckel (P7Meck1987) im Einklang mit dem BEK mit der Gerechtigkeit als Teil des göttlichen Friedens im Sinne des Schalom; Gerechtigkeit wurde dementsprechend als gottgewollter Zustand dargestellt. Rannenberg (P4Ra1988) und Brand (P8Br1988) werteten den Einsatz für Gerechtigkeit ähnlich als Ausdruck der Hoffnung auf ein Leben im Reich Gottes. Während der BEK immer wieder eine enge Verbindung zwischen Frieden und Gerechtigkeit herstellte, nahm Meckel (P7Meck1987) gemeinsam mit der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* sogar eine Gleichsetzung von Frieden und Gerechtigkeit vor. Meckel begründete den Aufruf zum Einsatz für Gerechtigkeit damit, dass mit Vergebung, als Voraussetzung für Gerechtigkeit, und Rechtfertigung auch Verantwortung der ChristInnen einherginge. Ähnlich argumentierten der BEK und die *Europäische Ökumenische Versammlung* im Rahmen des Konziliaren Prozesses. In ihrem Plädoyer für den Einsatz für Menschenrechte verwies die KKL auf die „Annahme des Menschen durch Gott in Jesus Christus"[973].

Meckel (P7Meck1987), Rannenberg (P4Ra1988), Brand (P8Br1988) und Müller (P3Mue1989) pro-

[969] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 63ff; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 99, 133f, 181.

[970] Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, bei der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker vom 3. März 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 290.

[971] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P8Co1988, P7Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P5Ra1989, P4Mue1989.

[972] Dieses Phänomen prangerte auch Kandler im Hinblick auf seine Predigten an. (KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 60.)

[973] Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269.

blematisierten, gemeinsam mit dem BEK sowie der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung*, den Mangel an Weltgerechtigkeit und sprachen sich kollektiv für den Einsatz für mehr globale Gerechtigkeit aus. Brand (P8Br1988) und Müller (P3Mue1989) machten die Ungerechtigkeit durch den Verweis auf „Not und Hunger“[974] in anderen Ländern konkret. Während Müller (P3Mue1989) erklärte, dass der Einsatz für die Weltgerechtigkeit mit der Einschränkung des eigenen Wohlstandes einhergehen müsste, plädierte Brand (P8Br1988) im Einklang mit der Bundessynode für Abgaben an arme Länder. Meckel (P7Meck1987) und der BEK thematisierten die gegenseitige Abhängigkeit der Weltgemeinschaft sowie der Entwicklungsländer von den Industrienationen. Der BEK hatte sich gemeinsam mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und für ein Überdenken des Auswirkungen des persönlichen Lebensstils ausgesprochen. Meckel (P7Meck1987) identifizierte als Verhaltensweisen von Staaten zur Stärkung der internationalen Gerechtigkeit einen toleranten Umgang, die Berücksichtigung der Bedürfnisse anderer Staaten bei der Verfolgung der eigenen Ziele sowie den Lastenausgleich. Dabei definierte er – unter Einbeziehung der Ergebnisse des Friedesseminars – Gerechtigkeit nicht als eine Gleichbehandlung aller Menschen, sondern sah sie in der Wahrnehmung der Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und in der Etablierung von Regeln zum Wohle aller realisiert. Meckel deutete diesbezüglich die Notwendigkeit von Aushandlungsprozessen, d.h. von demokratischen Verfahrensweisen an. In diesem Sinne erörterteten und bestimmten die Teilnehmenden des Friedensseminars, an die sich P7Meck1987 richtete, allgemeine Lebensrechte. Übereinstimmend mit dem BEK sprachen sie vom „Recht auf kulturelle Identität“[975] und „Recht auf religiöse Freiheit“[976]. Meckels (P7Meck1987) Ausführungen haben viel Ähnlichkeit mit P1Meck1980, in der er ebenfalls – im Einklang mit dem BEK – für den Einsatz für die „Rechte des anderen“[977] plädierte.

Meckel (P7Meck1987), Iskraut (P7Isk1988, P9Isk1989), Rannenberg (P4Ra1988, P5Ra1989), Brand (P9Br1988, P10Br1989), Coblenz (P6Co1988, P8Co1988) und Müller (P3Mue1989, P4Mue1989) nahmen auf unterschiedliche Weise die rechtlichen Gegebenheiten in der DDR in den Blick und stellten sie als defizitär dar. So sprach Brand (P10Br1989) im Hinblick auf die Zustände in der DDR allgemein von „Unrecht [und] der permanenten Verletzung der Menschenwürde“[978]; Coblenz (P8Co1988) und Müller (P4Mue1989) beschrieben ein Leben in „Unfreiheit“[979].

Meckel (P7Meck1987) identifizierte den Machtmissbrauch der politisch Verantwortlichen in der DDR als Bedrohung von Gerechtigkeit. Im Einklang mit Brand (P8Br1988) und dem BEK kritisierte er die Entmündigung der BürgerInnen der DDR. Brand (P8Br1988) verwies in diesem Zusammenhang auf den

[974] P3Mue1989.

[975] Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (3. Dezember 1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 269; vgl. auch Dokument 29: Recht schaffen. Spielregeln für das ganztätige Rollenspiel für alle Seminarteilnehmer während des Abschlußwochenendes in Vipperow in: MECKEL/GUTZEIT: Opposition in der DDR, 238.

[976] Ebd.

[977] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a.(Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 263.

[978] P10Br1989.

[979] P8Co1988, P4Mue1989.

überheblichen Umgang der staatlichen Behörden, die ihre Entscheidungen den BürgerInnen gegenüber nicht begründeten, was als Beispiel für fehlende bürgerliche Rechtssicherheit zu werten ist. Die schon 1985 von der Bundessynode geäußerte Kritik und Aufforderung zu Veränderung des staatlichen Verhaltens gegenüber den BürgerInnen wurde in den Jahren 1987, 1988 und 1989 wiederholt. Der BEK hatte darüber hinaus verschiedene Möglichkeiten zur Steigerung der Mündigkeit der BürgerInnen, wie die Bereitstellung von Informationen zur Antragsstellung von Besuchsreisen und zum Zustand der Umwelt sowie den Ausbau der Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Mitsprache und Mitwirkung, aufgeführt. Brand (P8Br1988) erwähnte in seinen Predigtausführungen ebenfalls die Vorenthaltung von Umweltinformationen als Ausdruck der Entmündigung. Meckel (P7Meck1987) differenzierte zwischen göttlicher Gnade und Begnadigung durch die Machthabenden, die bei aller Bereitstellung eines gewissen Wohlstandes einer Entmündigung gleichkäme. Ähnlich hatte die Bundessynode im Herbst 1989 kritisiert, dass „den Bürgern zustehende Rechte [...] vielfach lediglich als Gandenerweis gewährt“[980] würden. Meckel (P7Meck1987) sprach von der Notwendigkeit der Emanzipation der BürgerInnen und der Veränderung in der DDR-Gesellschaft. Die Kritik an dem Verhalten der politisch Verantwortlichen in der DDR sowie die Entmündigung der BürgerInnen fanden sich auch häufig in den von Kandler, Fritz und Pelz analysierten Predigten wieder.[981]

Hinsichtlich rechtlicher Defizite in der DDR nannte Brand (P9Br1988) explizit die fehlende Reise-, Rede- und Meinungsfreiheit in der DDR und deutete den diesbezüglichen Verbesserungsbedarf an. Ähnlich fanden sich auch in den von Fritz, Kandler und Pelz analysierten Predigten Plädoyers für Reformen.[982] Die KKL hatte 1988 Meinungsfreiheit als Basisrecht definiert. Als Beispiel für den Mangel an Meinungsfreiheit verwiesen Brand (P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989), Coblenz (P6Co1988, P8Co1988) und auch der BEK auf das staatliche Vorgehen gegen gesellschaftskritisches Engagement. Brand (P9Br1988) sprach als Folge der eingeschränkten Meinungsfreiheit die „Doppelzüngigkeit“[983] der DDR-BürgerInnen im Alltag an. Rannenberg (P5Ra1989) forderte gemeinsam mit dem BEK eine notwendige Reformierung des Wahlgesetzes in der DDR. Rannenberg (P6Ra1989) und Brand (P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989) machten auf die Abhängigkeit der beruflichen Karriere in der DDR von der Mitgliedschaft in der SED und staatlichen Organisationen sowie der Teilnahme an staatlichen Ereignissen aufmerksam. Die Thematisierung der Medienlenkung, der mangelnden Informationsfreiheit und der Staatssicherheit können ebenfalls als Hinweise auf Freiheitseinschränkungen in der DDR gewertet werden. Iskraut (P8Isk1989) wertete die einschränkende Gesetzgebung der DDR als Behinderung verantwortungsbewussten Verhaltens. Der BEK sah hinsichtlich der gesetzlichen Einschränkungen besonders das Erlernen von politischer Mitsprache von jungen Menschen gefährdet. Meckel (P7Meck1987), Rannenberg (P4Ra1988, P5Ra1989) und der BEK wollten die gesellschaftlichen Gegebenheiten zum Wohlergehen alle BürgerInnen durch den

[980] Beschluß der Bundessynode in Einsenach zu Berichr des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 339.

[981] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 182, 185, 231; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 46; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 127, 237f, 242, 312, 377. Pelz setzte sich in ihrer Arbeit kritisch mit der Übernahme von Bonhoeffers „Begriffskomplex ‘(Un)-mündigkeit’“ (PELZ: Revolution auf der Kanzel, 236.) auseinander.

[982] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 172; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 41, 58f, 67, 76; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 123, 144, 179.

[983] P9Br1989.

Einsatz der ChristInnen verbessert sehen und befürworteten deshalb den Einsatz für Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Der BEK forderte den Staat darüber hinaus zu Änderungen auf und nannte Möglichkeiten, um die Rechte der BürgerInnen zu stärken.

4.31.11 Medienlenkung

Neben den vier PredigerInnen Coblenz (P6Co1988), Brand (P8Br1988), Müller (P3Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) nahm auch der BEK im Zeitabschnitt 1987 bis 1989 erstmals kritisch zur medialen Berichterstattung im Allgemeinen in der DDR Stellung. Damit wird – wie in den vorangegangenen Zeitabschnitten – das Wissen der DDR-Bevölkerung um die Medienlenkung in der DDR dokumentiert. Übereinstimmend wiesen die PredigerInnen und der BEK auf negative Auswirkungen der Medienlenkung hin.

Die Bundessynode, Coblenz (P6Co1988), Brand (P8Br1988) und Rannenberg (P6Ra1989) prangerten die Differenz zwischen der DDR-Berichterstattung und der Realität an. Coblenz (P6Co1988) veranschaulichte dies anhand des Schönefelder Bahnhofes, dessen Neugestaltung staatlich propagiert, aber bis 1988 nicht realisiert wurde. Rannenberg (P6Ra1989) verwies auf die eigentliche Aufgabe der Medien, die BürgerInnen angemessen zu informieren. Dieser Aufgabe wären die Medien der DDR nur eingeschränkt nachgekommen. Müller (P3Mue1989) erwähnte verschiedene Techniken der Medienlenkung, um Wahrheit zu verschleiern, wie die Verbreitung von Lügen, Halbwahrheiten und die Verharmlosung von Sachverhalten.

Die KKL warnte 1987 vor den aus der Medienlenkung resultierenden Beeinträchtigungen des Vertrauens der BürgerInnen in den Staat; Brand (P8Br1988, P11Br1989), Müller (P3Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) identifizierten die langjährigen Beschönigungen und Vertuschungen von Problemen als Ursache für die gegen Ende der 1980er Jahre vorherrschende Vertrauenskrise und die schwindende Glaubwürdigkeit der PolitikerInnen in der DDR. Die KKL und ihr Vorsitzender hatten gegenüber staatlichen VertreterInnen zu Änderungen in der Medien- und Informationspolitik aufgerufen. Ähnlich plädierte Coblenz (P6Co1988) dafür, Defizite in Staat und Gesellschaft offen zu benennen, um deren Beseitigung zu ermöglichen, ohne dabei den Staat direkt zu adressieren. Seine Argumentation hat viel Ähnlichkeit mit Gorbatschows Fürsprache für *Glasnost*.

4.31.12 Umweltverschmutzung und Umweltengagement

Brand (P8Br1988) und Müller (P3Mue1989, P4Mue1989) setzten sich – wie der BEK – mit Umweltproblemen, dem staatlichen Umgang mit ihnen und möglichen Lösungswegen auseinander. Das Thema Kernenergie, dem der BEK mit seiner Studie *Energie und Umwelt* große Aufmerksamkeit schenkte, spielte in den Predigten keine Rolle.

In P8Br1988 und P4Mue1989 wurde die zunehmende Umweltverschmutzung in der DDR und in der Welt thematisiert. In Bezug auf die DDR erwähnte Brand (P8Br1988), wie schon in P1Br1979, das Waldsterben im Erzgebirge. Des Weiteren sprach er allgemein die Verunreinigung von Flüssen mit chemischen Stoffen und die damit einhergehende Zerstörung aller Lebewesen an. Auf internationaler Ebene erwähnte Müller (P4Mue1989) die Bedrohung der Natur durch Rüstung, Brand (P8Br1988) verwies auf die sich

ausweitenden Wüsten. Als Grund für die zunehmende Umweltverschmutzung identifizierte er in Übereinstimmung mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* die Konsumbestrebungen der reichen Industrienationen. Der BEK hatte ebenfalls auf den Einfluss des Lebensstils der Industrienationen sowie deren Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern hingewiesen. Er hatte dies aber nicht auf die Auswirkungen auf das globale Ökosystem, sondern vielmehr auf die dort herrschende Armut und den Hunger im Sinne weltweiter Ungerechtigkeit bezogen.

Hinsichtlich des staatlichen Umgangs mit nationalen Umweltproblemen prangerte Brand (P8Br1988) gemeinsam mit dem BEK die Geheimhaltung von Umweltdaten an.[984] Darüber hinaus kritisierte Brand (P8Br1988), anders als der BEK, offen die ausbleibenden Gegenmaßnahmen seitens des Staates. Ähnlich beanstandete Müller (P3Mue1989), dass die SED die Umweltprobleme zwar erkannt hätte, aber sie in naher Zukunft finanziell nicht stemmen wollte. Wie von Müller (P3Mue1989) angedeutet, scheute die SED notwendige, kostenintensivere Umweltmaßnahmen, da sie negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage bzw. den Wohlstand vermeiden wollte. Während Müller (P3Mue1989) somit auf Defizite in der Umweltpolitik hinwies, forderten der BEK und die Ökumenischen Versammlungen darüber hinaus von Staat explizit Änderungen in der Wirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik ein. Durch Verweis auf Gespräche zwischen BürgerInnen von Rositz mit KommunalpolitikerInnen der DDR zu Umweltproblemen veranschaulichte Müller (P4Mue1989) im November 1989 die wachsende Bereitschaft des Staates zum Austausch zu Umweltproblemen. Gleichzeitig zeigte sie auch das Bedürfnis der BürgerInnen nach Veränderungen hin zu mehr Umweltschutz auf. Die Rositzer BürgerInnen waren aufgrund des Werks der *Deutschen Erdöl-Aktiongesellschaft* starker Luftverschmutzung ausgesetzt, die von staatlicher Seite verharmlost wurde.[985]

Brand (P8Br1988), der BEK und die Ökumenischen Versammlungen forderten die ChristInnen zum Einsatz für den Umweltschutz auf. Der BEK sah eine Mitverantwortung aller BürgerInnen der DDR und rief zu einer umweltbewussteren Lebensweise auf. Als konkrete Handlungsoption führte er den sparsamen Umgang mit Energie an. Darüber hinaus strebte der BEK nach der Vermittlung eines Umweltbewusstseins. Brand (P8Br1988) appellierte an die ChristInnen, offen kritische Entwicklungen zu adressieren, den Müll zu trennen, Ressourcen einzusparen und den Gebrauch chemischer Stoffe zu vermeiden. Dementsprechend sind Brands (P8Br1988) Ausführungen für die GottesdienstbesucherInnen stärker handlungsorientiert ausgerichtet. Er wollte den Einsatz aber weder von Hysterie noch von Resignation geprägt sehen. Dagegen hatte er sich schon in P4Br1984 und in Übereinstimmung mit Coblenz in P5Co1986 ausgesprochen. Vielmehr ginge es laut Brand (P8Br1988) darum, in der Hoffnung auf das Reich Gottes optimistisch und stetig, wenn auch nur mit kleinen Aktionen den Umweltschutz voranzutreiben. Als Vorbild diente Gott, der im Sinne der *creatio continua* kontinuierlich für die Schöpfung eintritt.

4.31.13 Frieden und Abrüstung

Der BEK verfolgte und kommentierte weiterhin die bilateralen und im Rahmen der KSZE stattfindenden Abrüstungsverhandlungen und sprach sich für konkrete Abrüstungsschritte aus. Auf nationaler Ebene

[984] Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 113.
[985] Vgl. Brief von Pfarrerin Müller (25.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

würdigte er den Einsatz des Staates der DDR für Frieden, wollte aber die international propagierten Standpunkte auch national realisiert sehen. So ordnete die Bundessynode die innergesellschaftlichen Probleme der Friedensthematik zu, indem sie 1987 davon sprach, dass „schwelende Konflikte in einer Gesellschaft den Frieden auch der anderen gefährden“[986]. Des Weiteren wollte sie die Unterrichtsinhalte entsprechend überarbeitet wissen.

In den Predigten aus den Jahren 1987 bis 1989 nahmen die Themen Frieden und Abrüstung anders als in den vorherigen Zeitabschnitten sehr wenig Raum ein. Die PredigerInnen äußerten sich allenfalls zu nationalen Gegebenheiten; die internationalen Entwicklungen zu Frieden und Abrüstung fanden in den Predigten keine Erwähnung.

Rannenberg forderte in P4Ra1988 die Gemeinde zum Einsatz für Frieden auf und hob im Besonderen die Friedenserziehung und den Umgang mit Andersdenkenden als Bestandteile des Friedenseinsatzes hervor. Auch der BEK hatte sich weiterhin für Friedenserziehung und Friedenseinsatz ausgesprochen. In Iskrauts Beerdigungspredigt (P7Isk1988) fand das Motto der laufenden Friedensdekade *Frieden den Fernen und Frieden den Nahen* Erwähnung. Er rief die Anwesenden dazu auf, den Frieden Gottes in der Welt kundzutun und im Sinne des eschatologischen Vorbehalts voranzutreiben. Sowohl der BEK als auch Rannenberg (P4Ra1988) und Iskraut (P7Isk1988) argumentierten theologisch mit dem Leben in der Nachfolge Christi und der Aussicht auf das Leben im Reich Gottes. Iskraut (P7Isk1988) beschrieb Vergebung, Müller (P3Mue1989) Vertrauen und Wahrheit als Vorbedingung(en) für die Entstehung von Frieden.

Müller (P3Mue1989) erinnerte im Herbst 1989 daran, dass wieder junge Männer zur NVA eingezogen wurden. Neben den Fürbitten für diese Männer wollte sie im Besonderen die Wehrdienstverweigerer, die aufgrund ihres Glaubens sowohl den Dienst an der Waffe als auch das Gelöbnis ablehnten, bedacht wissen. Gemeinsam mit dem BEK brachte Müller diesen jungen Männern Anerkennung für ihre offene Glaubensauslebung entgegen.

Am 5. November 1989 nahmen Brand (P13Br1989) und Müller (P4Mue1989) Bezug auf die Friedensdekaden und die Friedensgebete der letzten Jahre in der DDR. Während Brand (P13Br1989) sie als langjährigen Beitrag zur Hoffnung im Jahr 1989 ansah, verstand Müller (P4Mue1989) sie als Ausgangspunkt für die Umbrüche in der DDR. Damit wurde die Bedeutung der innerkirchlichen Arbeit für die gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Herbst 1989 hervorgehoben, die auch in den Predigten von Kandler und Pelz – vor allem rückblickend – zum Ausdruck kam.[987]

4.31.14 Erörterung gesellschaftspolitischer Entwicklungen zum Ende der DDR

Die PredigerInnen und der BEK sprachen zum Ende der DDR die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen an. So wurde die Gefühlslage der DDR-BürgerInnen, das Verhalten der politisch Verantwortlichen, die wirtschaftliche Lage in der DDR sowie die zunehmenden Proteste und Demonstrationen erörtert. Des Weiteren stellten der BEK und die PredigerInnen Vermutung über die weiteren

[986] Vgl. Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum „Bekennen in der Friedensfrage“ vom 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 1/3 1987, 47; vgl. auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 51.

[987] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 76; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 138, 150f, 214, 296f.

Entwicklungen und möglichen Auswirkungen der Umbrüche an.

Stimmung innerhalb der DDR-Gesellschaft

In vielen Predigten aus den Jahren 1988 und 1989 schwangen die um sich greifende Resignation und Hoffnungslosigkeit sowohl unter den ChristInnen als auch den BürgerInnen der DDR mit.[988] Während Rannenberg (P4Ra1988) als Gründe für die Resignation der ChristInnen in der atheistischen Gesellschaft der DDR deren Existenz als Minderheit, die geringe Anzahl an aktiven Gemeindemitgliedern und die Bedrängnisse in der DDR anführte, zählte Brand (P8Br1988) im Dezember 1988 verschiedene gesellschaftspolitische Problemfelder auf, die das Gefühl der Resignation der DDR-BürgerInnen berechtigt erscheinen ließen: die wirtschaftliche Situation und die Umweltverschmutzung in der DDR, der Vertrauensverlust der BürgerInnen in die PolitikerInnen, die Bevormundung durch den Staat und die Eindämmung des gesellschaftspolitischen Engagements. Als Folgen der Resignation beschrieb er die Passivität und die Hinwendung zum Alkohol. Er zeichnete ein dramatisches Bild, wenn er davon sprach: „Wo aber die Hoffnung stirbt, da sterben die Menschen, stirbt das Volk.“[989] Der BEK nahm die zunehmende Desillusionierung der DDR-BürgerInnen ebenfalls wahr und sprach sie den staatlichen VertreterInnen gegenüber an. So brachte Der KKL-Vorsitzende im Gespräch mit Honecker im März 1988, wie Coblenz in P9Co1989, die Resignation mit schwindenden Hoffnungen im Hinblick auf die Zukunft der DDR in Verbindung. In Auseinandersetzung mit den Kommunalwahlen diagnostizierte die KKL eine Förderung der Resignation der DDR-BürgerInnen durch den staatlichen Umgang mit den Vorwürfen der Wählfälschung. Die Bundessynode sprach auch von der Verunsicherung der DDR-Bevölkerung durch die Würdigung der Niederschlagung der Proteste in Peking durch Krenz.

Brand (P13Br1989) nahm den Zulauf vieler DDR-BürgerInnen zu den Gottesdiensten, der in mehreren Predigten ab Mitte Oktober thematisiert wurde,[990] als einen Ausdruck der Besorgnis sowie der Suche nach Lösungen wahr. Brand (P11Br1989) und Iskraut (P10Isk1989) erwähnten konkret die Zusammenkünfte in der Nikolaikirche in Leipzig sowie in der Gethsemanekirche und Erlöserkirche in Berlin. Müller (P3Mue1989) brachte die Suche der DDR-BürgerInnen nach Wahrheit mit der „Suche nach Jesus“[991] in Verbindung. Kandler sprach diesbezüglich von dem Versuch, in den Predigten „eine andere, neue Hoffnung zu vermitteln.“[992] Brand (P13Br1989) wollte bei aller Auseinandersetzung mit der Gesellschaftspolitik der DDR im Gottesdienst den Fokus auf die Begehung des Gottesdienstes selbst gelegt und ihn von der Gemeinde verwaltet sehen. Gemeinsam mit Iskraut (P10Isk1989) prognostizierte er am 5. November 1989 in P13Br1989 einen Rückgang der Zahl der GottesdienstbesucherInnen bis zum reinen Verbleib die Kerngemeinde. Deshalb bezeichneten Rannenberg (P6Ra1989) und Iskraut (P10Isk1989) die anwesenden DDR-BürgerInnen auch als Gäste. Der Zulauf zu den Gottesdiensten wurde seitens des BEK nicht explizit angesprochen.

[988] Vgl. P4Ra1988, P8Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P11Br1989, P6Ra1989, P13Br1989.
[989] P8Br1988.
[990] Vgl. P11Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.
[991] P3Mue1989.
[992] KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 97.

Verhalten der politisch Verantwortlichen

Meckel, Brand, Iskraut, Rannenberg und Müller setzten sich intensiv und kritisch mit dem Verhalten der politisch Verantwortlichen in der DDR im Herbst 1989 auseinander und kommentierten die Entwicklungen in der Führungsspitze.

Iskraut (P6Isk1988) bezeichnete die Aussagen der PolitikerInnen in der DDR als vorhersehbar und redundant. Deshalb könnte aus ihnen schwerlich abgelesen werden, was das Wohlergeben des Landes und seiner BürgerInnen steigerte. Während Brand (P10Br1989) – schonungsloser als der BEK – die fehlende Selbstreflexion und Reformbereitschaft der PolitikerInnen anprangerte, begründete er in P12Br1989 seinen Aufruf an die ChristInnen zum gesellschaftspolitischen Handeln damit, dass die staatlichen VertreterInnen ihrer Bestimmung nicht nachkämen. Diese bestünde laut Brand (P9Br1988) und Iskraut (P8Isk1989) darin, dass die Machthabenden zur Steigerung des Wohlergehens ihrer BürgerInnen beitrügen. Müller (P3Mue1989) und Brand (P13Br1989) nahmen das Festhalten der PolitikerInnen am verfassungsrechtlich verankerten, alleinigen Führungsanspruch der SED kritisch in den Blick.

Iskraut (P9Isk1989) und Brand (P11Br1989, P12Br1989, P13Br1989) thematisierten die Neubesetzung der Ämter des Generalsekretärs des ZK und des Staatsratsvorsitzenden mit Egon Krenz. Sie brachten die Skepsis vieler BürgerInnen gegenüber dem abrupten Wandel sowie der propagierten Offen- und Ehrlichkeit der neuen Machthabenden zum Ausdruck. Dies wäre normalerweise ein langfristigerer Prozess. In P12Br1989 und P13Br1989 verwies Brand Ende Oktober/Anfang November darauf, dass mit der Neubesetzung der Führungsspitze des Landes keine Änderungen einhergegangen wären. Der BEK kommentierte den Amtswechsel an der Spitze des Landes nicht. Der Vorsitzende der KKL zeigte – bei gleichzeitiger Aufforderung zu gesellschaftspolitischen Veränderungen – im Gespräch mit Krenz im Oktober 1989 Verständnis dafür, „daß jeder, der ein so verantwortliches Amt neu übernehme, auch Zeit brauche für die Verwirklichung seiner Pläne."[993]

In den Predigten fand die staatliche Haltung zu kritischen Stimmen in der Gesellschaft Erwähnung.[994] Coblenz (P6Co1988, P8Co1988) schilderte unter Bezugnahme auf die Zeiten des Jeremia und Jesaja implizit das problematische Verhältnis der DDR zu kritischen Stimmen und die deshalb mit offener Rede einhergehenden Gefahren. In P8Co1988 sprach er davon, dass KritikerInnen „bedrängt, verhaftet, abgeschoben oder hingerichtet wurden"[995]. Brand (P9Br1988) erwähnte ebenfalls „Bespitzelungen und Verhaftungen"[996]. In P8Br1988 und P10Br1989 problematisierte er ein auch von Brutalität gekennzeichnetes Vorgehen gegen ein von staatlicher Linie abweichendes gesellschaftspolitisches Engagement in der DDR. Der BEK nahm auf das staatliche Vorgehen gegen kritische Stimmen nur eingeschränkt Bezug. Die KKL und die Bundessynode machten aber 1988 deutlich, dass Kritik stattlicherseits „als Ausdruck von Staatsfeindlichkeit"[997] gewertet wurde. Die Bundessynode und Werner Krusche sprachen sich 1988,

[993] Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich vom 19. Oktober 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 360.

[994] Vgl. P6Co1988, P8Co1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989.

[995] P8Co1988.

[996] P9Br1988.

[997] 4. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 6/5 1988, 69; vgl. auch Beschluß der Bundessynode in Dessau zur Frage des innergesellschaftlichen Dialogs vom

der Vorsitzende der KKL 1989 dafür aus, kritischen Einwänden Raum zu geben, um Neuerungen zu ermöglichen. Aufgrund der negativen Auswirkungen der Geheimhaltung von Problemen und der positiven Einschätzung der Kritik als gesellschaftspolitische Hilfestellung und Möglichkeit für Verbesserungen forderten Coblenz (P6Co1988), Brand (P8Br1988), Iskraut (P9Isk1989), Müller (P3Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) ebenfalls vor allem die ChristInnen, aber – teilweise implizit – auch die BürgerInnen, die PolitikerInnen und die AktivistInnen der Bürgerbewegungen in der DDR zu offener und ehrlicher Rede auf.[998]

Zum Eruieren von Lösungsmöglichkeiten betonten Rannenberg (P5Ra1989), Iskraut (P10Isk1989) und Müller (P4Mue1989) im Einklang mit dem BEK die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Dialogs.[999] Dieses Anliegen von Kirche und Bürgerbewegungen machte Rannenberg (P5Ra1989) mit Verweisen auf einen Beschluss der Bundessynode und den Gründungsaufruf des *Neuen Forums* deutlich. Der KKL-Vorsitzende hatte im Gespräch mit Krenz am 19. Oktober 1989 den Dialog des Staates mit den Bürgerbewegungen als notwendiges Zeichen für Reformbereitschaft gewertet. Die PredigerInnen Iskraut, Müller und Rannenberg würdigten die beginnende Dialogbereitschaft politisch Verantwortlicher.[1000]

Wirtschaftliche Lage in der DDR

Während sich der BEK im September 1989 erstmals zur wirtschaftlichen Situation der DDR äußerte, nahm Brand (P7Br1988, P8Br1988, P10Br1989, P11Br1989, P13Br1989) schon ab 1988 wiederkehrend Bezug auf die schlechte Wirtschaftslage in der DDR. In den Predigten von November 1988 bis November 1989 stellte er den Zustand der DDR-Wirtschaft zunehmend dramatisch dar. Beschrieb er P8Br1988 den Zustand der Wirtschaft der DDR im Gegensatz zur medialen Darstellung als angespannt, was für alle BürgerInnen und besonders die ArbeiterInnen offensichtlich wäre, so sprach er im Oktober 1989 vom wirtschaftlichen Ruin. In P7Br1988 thematisierte er die Mangelwirtschaft in der DDR außerhalb der Grundversorgung und machte den Staat für die schlechte Versorgung verantwortlich. Kritisch sah er das Hauptinteresse des Staates der DDR an der Steigerung der Einnahmen von Westgeld. Als weitere Ursachen für die schlechte Wirtschaftslage identifizierte Brand in P8Br1988 Korruption und Misswirtschaft, die sich zusätzlich negativ auf die wirtschaftliche Lage auswirkten. Brand (P10Br1989) kritisierte MitbürgerInnen in der DDR, die sich an der Wirtschaft bereicherten. ChristInnen hingegen sollten verantwortungsvoll im wirtschaftlichen Sektor agieren. Über die Korruption hinaus wurde in P11Br1989 als weiterer Grund für wirtschaftliche Missstände die Ausrichtung der Wirtschaft nach unrentablen ideologischen Maßstäben angeführt. Damit stellte er die wirtschaftlichen Gegebenheiten in der DDR sehr eindrücklich dar. Brand (P11Br1989) wertete die schlechte Wirtschaftslage als eine Strafe Gottes für den Ungehorsam der DDR-BürgerInnen. Im Einklang mit dem KKL-Vorsitzenden und die Bundessynode forderte er „wirtschaftliche Reformen“[1001].

20. September 1988 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 314.

[998] Vgl. hierzu auch FRITZ: Ethos und Predigt, 229; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 113f; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 153, 226.

[999] Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 119, 122; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 160, 199, 241f.

[1000] Vgl. P5Ra989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[1001] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989

Protestaktionen und Demonstrationen

Rannenberg, Brand und Iskraut thematisierten Protestaktionen von SystemkritikerInnen und die Demonstrationen im Herbst 1989 sowie die staatliche Gegenreaktion darauf.[1002] Meckel (P7Meck1987) und Brand (P8Br1988, P10Br1989) bewerteten den Einsatz von AktivistInnen positiv als Versuch gesellschaftspolitische Verbesserungen herbeizuführen; Iskraut (P8Isk1989) äußerte Verständnis für Proteste. Ein ambivalentes Verhältnis zu den kirchlichen Gruppen und deren Aktionen sowie das Bedürfnis der Kontrolle der Gruppen durch die Kirchenleitenden oder Gemeinden, wie es in Dokumenten des BEK zum Ausdruck kam, klang in keiner der Predigten an.

Rannenberg (P4Ra1988) und Brand (P8Br1988) erwähnten im April und Dezember 1988 mit dem Verweis auf „die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in unserem Land“[1003] die Stürmung der Umweltbibliothek und die Verhaftung von DemonstrantInnen bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration. Beide Prediger werteten die Aktionen der AktivistInnen als gesellschaftspolitisches Engagement und verurteilten das staatliche Vorgehen. Brand sah dadurch das Vertrauen der DDR-BürgerInnen in die politisch Verantwortlichen als „restlos zerstört“[1004] an.

In P12Br1989, P5Ra1989 und P6Ra1989 fanden die Gruppen der Bürgerbewegung Erwähnung, erfuhren aber keine detaillierte Auseinandersetzung. So verwies Brand (P12Br1989) am 22. Oktober 1989 darauf, dass weiterhin „kritische Vereinigungen als staatsfeindlich verboten sind“[1005]. Die KKL forderte deshalb am 1. November „die Zulassung aller neuen politischen und gesellschaftlichen Vereinigungen“[1006]. Gleichzeitig rief Brand (P12Br1989) die ChristInnen auf, auch die gesellschaftspoltischen Programme der Bürgerrechtsbewegungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Willen Gottes zu prüfen. In P6Ra1989 forderte Rannenberg von den Mitgliedern der Gruppen der Bürgerbewegung Glaubwürdigkeit ein.

Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989), Brand (P11Br1989) und Iskraut (P8Isk1989, P10Isk1989) nahmen Bezug auf die im Herbst 1989 anhaltenden Demonstrationen in Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen und Senftenberg. Brand (P11Br1989) und Iskraut (P8Isk1989) werteten die Demonstrationen als Ausdruck des bürgerlichen Unmuts, der Übernahme von Verantwortung und des Einsatzes für Veränderungen. Deshalb wollte Brand (P11Br1989) solche Proteste auch in Waldenburg realisiert sehen. Iskraut (P8Isk1989) äußerte am 8. Oktober Verständnis für die Proteste am 40. Jahrestag der DDR aufgrund der Missstände im Land und des Wahlbetrugs im Mai 1989. Damit thematisierte er als einziger der PredigerInnen den Wahlbetrug und verwies im Zuge dessen auf Krenz' Beteiligung als Wahlleiter. In P10Isk1989 bezog sich Iskraut auf die am Vortag, dem 4. November 1989, in Berlin stattgefundene Großdemonstration, bei der umfängliche Reformen gefordert wurden. Die Bundessynode forderte im September 1989 die „Möglichkeit friedlicher Demonstrationen“[1007] ein. Am 1. November weitete die KKL diese Forderung auf „die

in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341; Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[1002] Vgl. P4Ra1988, P8Br1988, P8Isk1989, P11Br1989, P5Ra1989, P6Ra1989, P10Isk1989.

[1003] P4Ra1988.

[1004] P8Br1988.

[1005] P12Br1989.

[1006] Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 25. Juni 1991, 58.

[1007] Beschluß der Bundessnyode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitun-

allgemeine Genehmigung von Demonstrationen“[1008] aus.

Rannenberg (P5Ra1989), Iskraut (P10Isk1989) und der BEK setzten sich kritisch mit dem brutalen staatlichen Vorgehen gegen DemonstrantInnen am 7. Oktober 1989 auseinander. In P5Ra1989 forderte Rannenberg im Einklang mit dem KKL-Vorsitzenden von den politisch Verantwortlichen in der DDR die Aufklärung der Ereignisse ein. Im Zuge dessen verwies Rannenberg auf die gesammelten Berichte des Kontaktbüros in Berlin zu diesen Vorkommnissen. Er sprach explizit davon, die Verantwortlichen haftbar zu machen. Iskraut (P10Isk1989) verurteilte das Vorgehen, indem er Ähnlichkeiten zwischen dem Verhalten der Sicherheitskräfte im Oktober 1989 und der NationalsozialistInnen diagnostizierte.

Auswirkungen der Umbrüche

Brand (P13Br1989), Iskraut (P10Isk1989) und Müller (P4Mue1989) setzten sich mit den möglichen, langfristigen Auswirkungen der Umbrüche in der DDR sowie der damit einhergehenden Ungewissheit auseinander. Brand (P13Br1989) bezeichnete die bis Anfang November vorgenommenen Veränderungen in der DDR als oberflächlich, während tiefgreifende Veränderungen Zeit bräuchten und möglicherweise kurzfristig Nachteile mit sich bringen könnten. Auch der KKL-Vorsitzende hatte im September 1989 hinsichtlich der erforderlichen Veränderungen gewarnt: „In aller Nüchternheit will ich aussprechen, daß der beschriebene Weg an uns alle hohe Anforderungen stellen und kein Weg in das Schlaraffenland sein wird.“[1009] Iskraut (P10Isk1989) brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass das System des Sozialismus vollständig abgeschafft würde, ohne zwischen guten und schlechten Aspekten zu differenzieren. Damit sprach er sich als einziger der PredigerInnen explizit für die Erhaltung des Sozialismus aus. Brand (P13Br1989) und Müller (P4Mue1989) betonten, dass der Ausgang dieser Entwicklungen ungewiss wäre. Iskraut (P10Isk1989) und Müller (P4Mue1989) sprachen vom Verlust der Sicherheit durch die Gewinnung der neuen Freiheit und verwiesen diesbezüglich auf die Unwissenheit der DDR-BürgerInnen hinsichtlich demokratischer Praxis.[1010] Brand (P13Br1989) schloss es unter Verweis auf die Geschichte der sozialistischen Staaten Anfang November 1989 auch nicht aus, dass die Proteste noch von staatlicher Seite gewaltsam niedergeschlagen werden könnten.

4.31.15 Kirche und ChristInnen zum Ende der DDR

Wie in den Vorjahren setzten sich die PredigerInnen und der BEK weiterhin mit den Lebensumständen der ChristInnen in der atheistischen Gesellschaft der DDR auseinander.

Hinsichtlich des Gemeindelebens problematisierten Rannenberg (P4Ra1988) und Iskraut (P8Isk1989, P10Isk1989) die abnehmenden Mitgliederzahlen in der eigenen Gemeinde sowie in der DDR im Allgemeinen. Coblenz (P8Co1988) und Brand (P11Br1989) identifizierten als Grund dafür die Ablehnung der

gen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 341.

[1008] Arbeitsbericht 1989/90 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 25. Juni 1991, 58.

[1009] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 42.

[1010] Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 121.

Religion durch den Staat und die aus der Religionszugehörigkeit resultierenden persönlichen Nachteile. Rannenberg (P4Ra1988) thematisierte die Überalterung der Gemeindeglieder und vakante Pfarrstellen – auch in Rannenbergs Gemeinde in Senftenberg. Der BEK hatte sich ebenfalls erneut mit den Problemen der Minderheitensituation und der vakanten Pfarrstellen auseinandergesetzt sowie Ursachen und mögliche Auswirkungen eruiert. Des Weiteren behandelten Iskraut (P8Isk1989) und Brand (P9Br1988) den Bedeutungsverlust des Sonntags als Feiertag und damit einhergehend die Abwendung vieler ChristInnen von der Kirche. Krusche sprach in *6. März 1978-1988 – ein Lernweg* von einem „mangelnde[n] Interesse am Gottesdienst“[1011]. Iskraut (P8Isk1989, P10Isk1989), Brand (P9Br1988), Coblenz (P9Co1989) und Rannenberg (P5Ra1989) forderten zum Gottesdienstbesuch auf. Darin sahen sie ein stetiges Erinnern an die biblische Botschaft und eine Kraftquelle für Körper und Geist, um den Glauben im Alltag leben zu können. Im Zuge dessen beanstandete Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989), dass ChristInnen versuchten, sich von der Verantwortung gegenüber Gott im Alltag durch Abgaben und Gottesdienstbesuche freizukaufen. Die KKL und die Bundessynode hatten den Gottesdienst als bedeutenden Aspekt des Glaubensvollzugs beschrieben, anders als die Prediger aber nicht explizit zum Gottesdienstbesuch aufgerufen. Außerdem kritisierte Rannenberg (P4Ra1988) unter Bezugnahme auf die Autorität Bischof Forcks das geringe Wissen und, im Einklang mit Iskraut (P10Isk1989), das mäßige Interesse der ChristInnen an der Bibel. Der BEK hatte in seinen Arbeitsberichten 1986/87, 1987/88 und 1988/89 vor allem das Desinteresse der ChristInnen an Theologie problematisiert. Zudem beanstandete Rannenberg (P4Ra1988) das geringe Engagement der Mehrheit der ChristInnen in den Kirchengemeinden und forderte implizit zum Einbringen auf Gemeindeebene auf. Auch der Vorsitzende der KKL hatte 1989 dazu aufgerufen, die Überlastung einzelner durch den Einsatz vieler Gemeindemitglieder zu vermeiden. Die von Rannenberg geäußerte Kritik an den Unengagierten wurde seitens des BEK nicht angesprochen.

Neben den Herausforderungen auf Gemeindebene verwies Iskraut (P6Isk1988, P7Isk1988) mit der Darstellung der schwierigen Situation der IsraelitInnen in Babylon implizit auf ein aus der staatlichen Haltung zu den ChristInnen und ihrer Religion resultierendes, schwieriges Verhältnis vieler ChristInnen zum Staat der DDR. Er sprach diesbezüglich von einer doppelten Gefangenschaft im Staat selbst und in der Ablehnung gegenüber dem Staat.

Trotz der schwierigen Situation der ChristInnen im eigenen Land hielten alle PredigerInnen im Einklang mit dem BEK an der Aufforderung der Vorjahre an die ZuhörerInnen fest, sich in der DDR Gott bezeugend und dem Gemeinwohl dienend, gesellschaftspolitisch einzubringen.[1012] Dieser Appell wurde im Herbst 1989 nochmal verstärkt. Rannenberg, Coblenz, Brand und Müller wollten diesen gesellschaftspolitischen Einsatz der ChristInnen vom offenen Eintreten für Glaubensgrundsätze unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile geprägt sehen.[1013] Nach Rannenberg (P4Ra1988), der sich auf Worte des Apostel Paulus bezog, ließe die Aussicht auf das Reich Gottes die irdischen Nachteile gering erscheinen und machte sie lohnenswert. Gemeinsam mit Müller (P3Mue1989) wertete er die Verfolgung von ChristInnen als

[1011] Werner Krusche: 6. März 1978-1988 – ein Lernweg. Herausgegeben vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1988) in: DEMKE u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 41.
[1012] Vgl. P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P13Br1989.
[1013] Vgl. P4Ra1988, P8Co1988, P10Br1989, P11Br1989, P3Mue1989.

Zeichen der Zugehörigkeit zu Gott und als Ausdruck des Lebens in der Nachfolge Jesu Christi. Der BEK forderte die Erduldung von aus der Glaubensauslebung resultierenden Nachteilen nicht explizit ein.

Brand (P8Br1988, P11Br1989, P12Br1989) wollte unter Bezugnahme auf Apg 5,29, die KKL mit Verweis die I. These der Barmer Theologischen Erklärung den Gehorsam gegenüber Gott dem gegenüber den Menschen vorgeordnet sehen. Dieser Aufruf ging bei Coblenz (P8Co1988) und Brand (P10Br1989, P11Br1989) mit der Ablehnung von Anpassung ans System einher. Diese Anpassung resultierte laut Coblenz (P8Co1988) in der Verleugnung der eigenen Person, den eigenen Wertevorstellungen und Glaubensgrundsätze, was wiederum das autentische Leben im Glauben und des ewigen Lebens bedrohte. Brand (P10Br1989) beschrieb das offene Eintreten für die Glaubensgrundsätze als Resultat des Glaubens selbst, der Mut bewirkte. Auch der Rückzug aus der Gesellschaft in die religiöse Gemeinschaft oder ins rein Private wurde von Brand (P8Br1988, P9Br1988, P11Br1989, P12Br1989) und Iskraut (P8Isk1989) kritisch gesehen. Theologisch begründet wurde der Aufruf zum Einbringen mit dem Leben in der Nachfolge Jesu (P4Ra1988, P8Co1988, P6Isk1988, P5Ra1989), mit Jer 29,7, „Suchet der Stadt Bestes“ (P6Isk1988, P7Isk1988), und mit Gottes stetigem Einsatz für das Wohl der gesamten Schöpfung (P8Br1988, P13Br1989). Des Weiteren wurden vom BEK und von Iskraut (P6Isk1988) die Existenz und das Wirken der ChristInnen in der atheistischen Gesellschaft der DDR als gottgewollt dargestellt. In P8Isk1989 nutzte Iskraut den Ausdruck *Kirche im Sozialismus* in Übereinstimmung mit der KKL als Standortbestimmung. Die KKL sah es 1988 als notwendig an, das Verständnis des Ausdrucks *Kirche im Sozialismus* zu prüfen und gegebenenfalls zu spezifizieren.

Erneut wurden verschiedene Verhaltensweisen in der Gesellschaft der DDR als bevorzugt, weil dem Glauben entsprechend dargestellt. Der BEK äußerte sich dazu stärker aus einer kirchenleitenden Perspektive. Neben der Thematisierung des Verhaltens von ChristInnen in der DDR im Allgemeinen betrachten der BEK und die PredigerInnen vor allem das Verhalten von Kirche und ChristInnen speziell im Herbst 1989.

Besonders aus dem Glauben heraus offen und kritisch Stellung zu beziehen, werteten Brand, Coblenz, Iskraut, Müller und Rannenberg im Einklang mit dem BEK als eine wichtige Eigenheit von Kirchen und ChristInnen in der Gesellschaft der DDR.[1014] In den Predigten wurde dieses Verhalten häufig der gängigen Praxis der Zurückhaltung der eigenen Meinung und des Verschweigens von Defiziten und Kritik durch die Mehrheit der DDR-BürgerInnen und durch die PolitikerInnen gegenübergestellt.[1015] Vom BEK, Iskraut (P6Isk1988) und Brand (P12Br1989) wurden die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und daraus resultierende Stellungnahmen als Teil des Dienstes und des Auftrags der Kirchen und ChristInnen in der Welt angesehen. Sowohl in den Predigten als auch in den Stellungnahmen des BEK wurde Kritik dementsprechend als gesellschaftspolitischer Beitrag gewertet. Deshalb wollten die Bundessynode und der Vorsitzende der KKL kritischen Äußerungen mehr Beachtung geschenkt sehen. Von Coblenz (P6Co1988), Brand (P9Br1988), Iskraut (P8Isk1989) und Rannenberg (P6Ra1989) wurde Kritik als Fürsorge gegenüber den Mitmenschen wahrgenommen. Coblenz (P6Co1988) und Rannenberg (P6Ra1989) sahen im Aussprechen von Wahrheit und Kritik einen Ausdruck der Liebe Gottes bzw. der

[1014] Vgl. P6Co1988, P8Co1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P8Isk1989, P12Br1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989.
[1015] Vgl. P8Co1988, P9Br1988, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989.

Liebe im Allgemeinen. Diese Liebe sollte das Aussprechen von Wahrheit leiten sowie darin offenbar werden. Problematische Punkte offen zu adressieren, ermöglichte laut Coblenz (P8Co1988) auch den Erhalt der göttlichen Schöpfung. Als Vorbilder für offene Rede dienten in den Predigten Propheten,[1016] Jesus Christus,[1017], Gott[1018] und auch die PfarrerInnen selbst.[1019] Rannenberg (P6Ra1989) sah in wahrer Rede ein Leben nach dem Willen Gottes, Coblenz (P6Co1988, P8Co1988) wertete sie als ein Merkmal des Lebens in der Nachfolge Jesu sowie in der von Gott gegebenen Verantwortung, Brand (P10Br1989) erachtete sie als Folge und Ausdruck des Glaubens an Gott.

Die Äußerung von Kritik sollte laut Brand (P8Br1988, P12Br1989) und Iskraut (P8Isk1989) aus dem Abgleich menschlicher Verhaltensweisen oder politischer Entscheidungen und Regeln mit dem Willen Gottes bzw. der Botschaft des Evangeliums resultieren. Der BEK wies dementsprechend auf die Notwendigkeit der engen Verbindung zwischen kirchlichen Äußerungen und dem Evangelium hin. In P8Br1988 bezeichnete Brand Gott deshalb als „meinungsbildend“[1020]. Kritische Rede im Sinne Gottes konnte nach Iskraut (P6Isk1988) und nach der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* des BEK niemals völlig deckungsgleich mit den Standpunkten von PolitikerInnen oder anderen gesellschaftspolitischen Gruppen sein. Laut Brand (P8Br1988) sollten die ChristInnen die Machthabenden auf ihre Verantwortung gegenüber Gott hinweisen, ohne sich jedoch anzumaßen, im Namen Gottes Urteile über sie zu fällen.

Bei Iskraut (P9Isk1989), Müller (P3Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) ging mit dem Sprechen von Wahrheit auch Verlässlichkeit einher. Resultierend aus Mt 5,33-37 identifizierten die drei PredigerInnen fehlende Glaubwürdigkeit als Wesenszug des Menschen. Deshalb wiesen Coblenz (P8Co1988) und Müller (P3Mue1989) auf Gottes Hilfe zu einem Leben in Wahrhaftigkeit hin. Viele Predigten zu wahrer Rede wiesen sowohl das weltliche als auch das theologische Verständnis von Wahrheit – im Sinne der Botschaft des Evangeliums – auf.[1021] Dementsprechend beschrieb Coblenz (P8Co1988) Wahrheit als eine lebensbejahende Kraft. Mit wahrer Rede sah man somit auch das Bezeugen Gottes in der Welt einhergehen.

Als weiteren Ausdruck des Engagements der ChristInnen in der Gesellschaft der DDR sahen Brand (P11Br1989, P13Br1989), Iskraut (P10Isk1989) und Rannenberg (P5Ra1989) erneut das Gebet für gesellschaftspolitische Veränderungen, für die MitbürgerInnen oder die politisch Verantwortlichen an. Rannenberg (P5Ra1989) wertete die Fürbitte für andere als Anerkennung von deren Gotteskindschaft. Durch Beharrlichkeit im Gebet sollten die ChristInnen laut Iskraut (P10Isk1989) Gott gegenüber die Dringlichkeit ihrer Anliegen deutlich machen, sich der Probleme ihrer Umwelt annehmen und bei deren Behebung helfen. Alle drei Prediger forderten deshalb zum stetigen, öffentlichen wie privaten Gebet auf. Auch der Vorsitzende der KKL hatte Honecker und Krenz kirchlicherseits zugesichert, für die politisch Verantwortlichen zu beten.

Darüber hinaus zählte Brand (P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989) als weitere Handlungsmöglichkeiten, um den eigenen christlichen Standpunkt zum Ausdruck bringen und authentisch der DDR-

[1016] Vgl. P6Co1988, P8Co1988, P6Isk1988.
[1017] Vgl. P8Isk1989, P3Mue1989.
[1018] Vgl. P9Isk1989.
[1019] Vgl. P8Co1988.
[1020] Vgl. P8Br1988.
[1021] Vgl. P8Co1988, P9Br1988, P3Mue1989.

Gesellschaft leben zu können, die Nichtteilnahme an den staatlichen Kinder- und Jugendorganisationen, der Wehrerziehung, den Maidemonstrationen und den Wahlen auf. Schon in P6Br1986 hatte Brand diese Aspekte des gesellschaftlichen Lebens diskutiert, sich damals aber noch gegen eine klare Positionierung seinerseits für oder gegen die Teilnahme entschieden. Seitens des BEK fanden die meisten dieser gesellschaftlichen Ereignisse weder Erwähnung noch gab er Handlungsempfehlungen.

Neben dem allgemeinen Plädoyer für ein gesellschaftspolitisches Engagement der ChristInnen ging es in den Stellungnahmen des BEK und in den Predigten aus dem Jahr 1989 darum, welche Rolle die Kirche und die ChristInnen explizit in der Umbruchsphase in der DDR spielen bzw. in welcher Form sie zur Stabilisierung der Gesellschaft beitragen könnten. Da die Gottesdienste im Herbst 1989 auch von vielen DDR-BürgerInnen besucht wurden, richteten sich die Handlungsaufforderungen nicht nur an die ChristInnen, sondern an die DDR-BürgerInnen im Allgemeinen. Dies klang auch in den Stellungnahmen des BEK an.

Vor allen zum Ende der DDR hin wurde von Coblenz (P9Co1989), Brand (P12Br1989, P13Br1989), Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989), Iskraut (P10Isk1989) und Müller (P3Mue1989, P4Mue1989) wie auch von der KKL und der Bundessynode die besondere Bedeutung der Kirche und ihrer Mitglieder hervorgehoben. Dies nahmen auch Kandler und Pelz in ihren Predigten wahr.[1022] Rannenberg (P5Ra1989) beschrieb die Kirche aufgrund ihrer Erfahrung mit Neuausrichtungen im Laufe ihrer Geschichte – er verwies auf die Reformation – als besonders geeignet, um sich in der Umbruchsphase einzubringen.

Diese Bedeutungszuweisung korrelierte mit der Einschätzung der Umbruchsphase im Herbst 1989 von Brand (P13Br1989) und Müller (P4Mue1989) als gottgegebene Chance. Zusätzlich identifizierte Brand (P11Br1989) die negativen Entwicklungen in der DDR und den drohenden Zusammenbruch des Systems im Herbst 1989 als Strafe Gottes aufgrund der atheistischen Gesellschaftsausrichtung. Ähnlich beschrieb Müller (P4Mue1989) Krisen im Allgemeinen als Konsequenz des Ungehorsams gegenüber Gott. Im Gegenzug stellte Brand (P11Br1989) die Veränderungen in der DDR im Herbst 1989 auch als Gottes Antwort auf die Gebete der ChristInnen in der DDR dar. Die Bewertung der Umbrüche als Eingreifen Gottes fand sich auch in den Predigten von Fritz, Kandler und Pelz vor und nach dem Mauerfall wieder.[1023] Brand und Müller forderten vor allem die ChristInnen dazu auf, diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Die BürgerInnen der DDR und vor allem die ChristInnen sollten weitere Strafen Gottes abwenden und Vergebung erhalten, indem sie wieder zu Gott umkehrten, nach seinem Willen lebten und die Entwicklungen im Sinne Gottes beeinflussten. Beide betonten, dass ein konstruktiver und zukunftsweisender Einsatz für das Wohl der Menschen in der Welt nur mit Gottes Hilfe und Beistand gelingen könnte.

Brand (P11Br1989), Rannenberg (P6Ra1989), Iskraut (P9Isk1989) und Müller (P3Mue1989, P4Mue1989) widersprachen kollektiv der Einschätzung, nur die PolitikerInnen und das politische System müssten sich ändern. Die vier PredigerInnen sahen eine Verantwortung bei allen BürgerInnen der DDR, im Besonderen bei den ChristInnen, um einen wirklichen Wandel in der DDR zu bewirken. Ähnlich betonte

[1022] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 74ff, 79ff; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 150, 313.
[1023] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 207; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 134; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 163, 166ff, 216, 227ff, 266, 314.

der Vorsitzende der KKL am 4. September 1989 gegenüber den Gemeinden: „Am Leben und Handeln der Christen soll erkennbar sein, daß sie selbst bereit sind, sich zu verändern und in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.“[1024] Der Aufruf zur Mitwirkung der BürgerInnen und ChristInnen resultierte bei Coblenz (P9Co1989) und Brand (P12Br1989) auch aus dem Wahrnehmung, dass Änderungen der staatlichen VertreterInnen selbst unwahrscheinlich waren. Die Aufforderung zur ehrlichen Neuausrichtung korrelierte mit dem von Iskraut (P9Isk1989) und Müller (P3Mue1989) geäußerten Misstrauen gegenüber OpportunistInnen unter den BürgerInnen. Rannenberg (P6Ra1989) sah in der Anerkennung der eigenen Fehlerhaftigkeit und Schuld und der der Mitmenschen sowie der Vergebung im Sinne Gottes einen Beitrag der ChristInnen für die Gesellschaft der DDR in der Umbruchsphase. BürgerInnen, die bei der Demonstration am 21. Oktober 1989 in Senftenberg offen einräumten, aufgrund persönlicher Vorteile Mitglieder der SED geworden zu sein, dienten in seinen Ausführungen als Vorbilder für das offene Eingestehen von Fehlern. Rannenberg forderte die Anwesenden dazu auf, die Mitmenschen mit Gottes Hilfe in ihrer Fehlerhaftigkeit anzunehmen und zum Eingestehen von Schuld zu ermutigen; dies war von den theologischen Motiven der Annahme, der Vergebung und Rechtfertigung geprägt. Die kritische Auseinandersetzung mit der Mitwirkung und Aufrechterhaltung des sozialistischen Systems im Sinne einer „kritische[n] Selbstreflexion“[1025] war in den analysierten Predigten von Fritz, Kandler und Pelz vor allem rückblickend nach dem Fall der Mauer ein prominentes Thema.

Der BEK, Coblenz (P6Co1988), Brand (P8Br1988, P12Br1989), Iskraut (P9Isk1989, P10Isk1989), Müller (P3Mue1989, P4Mue1989) und Rannenberg (P6Ra1989) forderten die ChristInnen besonders in der Umbruchsphase zu einem Leben nach dem Willen Gottes im Sinne von Bekenntnis und Zeugnis sowie daraus resultierender offener, gesellschaftspolitischer Mitsprache auf. Iskraut (P10Isk1989) ermahnte die ChristInnen im Sinne der Wächterrolle Anfang November zur Wachsamkeit. Den Forderungen lag die Notwendigkeit des Einklangs von Reden und Tun bzw. der authentischen Glaubensauslebung zugrunde, auf die Meckel (P7Meck1987), Coblenz (P7Co1988), Brand (P8Br1988, P12Br1989) und Rannenberg (P6Ra1989) übereinstimmend mit dem BEK verwiesen. Das Handeln sollte ein Ausdruck des Glaubens und seiner immanenten Werte sein,[1026] die Existenz und Macht Gottes sichtbar machen,[1027] die ChristInnen für Außenstehende als Gläubige erkennbar machen,[1028] und vor allem einen Dienst am Mitmenschen bedeuten.[1029] Zukunftorientiert betonten Brand (P13Br1989), Müller (P4Mue1989) und die Bundessynode die Notwendigkeit des langen Durchhaltevermögens, der Beharrlichkeit und Geduld der ChristInnen, aber auch der BürgerInnen der DDR. Brand (P13Br1989) und die Bundessynode werteten das Durchhaltevermögen der ChristInnen als eine Auswirkung des Glaubens.

Bei den PredigerInnen sowie beim BEK stand neben dem allgemeinen gesellschaftspolitischen En-

[1024] Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Ausreiseproblematik vom 4. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 337.

[1025] FRITZ: Ethos und Predigt, 205; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 163; vgl. auch FRITZ: Ethos und Predigt, 158f, 184, 190, 205, 208, 211, 214, 229, 233; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 92, 104f; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 123, 158f, 205f, 226.

[1026] Vgl. P7Meck1987.

[1027] Vgl. P8Br1988.

[1028] Vgl. P6Ra1989.

[1029] Vgl. P12Br1989.

gagement in dieser besonderen Zeit das Verhalten der ChristInnen gegenüber den MitbürgerInnen sowie den politisch Verantwortlichen im Vordergrund. Dieses sollte laut Brand (P12Br1989, P13Br1989), Rannenberg (P6Ra1989) und der KKL von Toleranz, Nächstenliebe und Vergebung geprägt sein. Brand (P13Br1989) forderte zur seelsorgerlichen Zuwendung zu den resignierten und hofflungslosen Mitmenschen im Sinne der Nachfolge Jesu auf, ohne Dankbarkeit oder eine Hinwendung zum Glauben zu erwarten. Rannenberg (P4Ra1988), Brand (P8Br1988, P13Br1989) und Coblenz (P9Co1989) stellten der Hoffnungslosigkeit die Hoffnung auf das Reich Gottes entgegen. In Brands Predigtausführungen P8Br1988 diente das Luther zugeschrieben Zitat vom Apfelbäumchen aus Ausdruck seiner unterschütterlichen Hoffnung in der Welt. In P10Br1989 und P13Br1989 beschrieb er allgemein den christlichen Glauben als Schutz vor Resignation. Gott wurde von Coblenz (P9Co1989) als Zukunft ermöglichende Kraft beschrieben. Die Bundessynode argumentierte ähnlich, problematisierte aber hinsichtlich der Eindämmung der Hoffnungslosigkeit durch die Kirchen im September 1989: „Uns gelingt es nur schwer, die Hoffnung zu vermitteln, die uns Christen gegeben ist, und auf den vom Evangelium eröffenten Weg einzulassen, der jeden zur Erfüllung seines Lebens führt."[1030]

Eine besondere Bedeutung maßen Coblenz (P9Co1989), Brand (P13Br1989) und Iskraut (P10Isk1989) dem Gottesdienst als Hilfe für die BürgerInnen im Kampf gegen deren Hoffnungslosigkeit bei. Dieser sollte die Möglichkeit geben, in Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen, wieder positive Zukunftsvisionen in und für die DDR zu entwickeln. In P10Isk1989 forderte Iskraut die Anwesenden auf, die Zeit des Gottesdienstes zu nutzen, um über die schnellen Entwicklungen in der DDR im Herbst 1989 in Ruhe nachzudenken. Die KKL hatte sich im September 1989 ebenfalls dafür ausgesprochen, im kirchlichen Raum gesellschaftskritische Standpunkte zuzulassen. Brand (P11Br1989) und Iskraut (P10Isk1989) forderten die DDR-BürgerInnen dazu auf, auch langfristig am Gottesdienst teilzunehmen. Vor allem die ChristInnen sollten laut Iskraut (P10Isk1989) mit ihrem Gottesdienstbesuch ein öffentliches Zeichen der Zugehörigkeit zu Gott und der Anwesenheit Gottes in der eigenen Gesellschaft setzen.

Stärker als in dem vorangegangenen Zeitabschnitt war – vor allem im Herbst 1989 – in den Predigten das theologische Motiv der Mission in der eigenen Gesellschaft präsent.[1031] Dies nahmen auch Pelz und Kandler in ihren Predigten aus dem Herbst 1989 wahr.[1032] Die KKL hatte 1987 als eine Zielsetzung angegeben, „[d]as missionarische Zeugnis"[1033] in der DDR zu stärken. Anders als bei den PredigerInnen fand aber kein direkter Bezug auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge statt. So beschrieben Müller (P3Mue1989) und Iskraut (P10Isk1989) die Botschaft des Evangeliums als ein Bedürfnis aller Menschen, weshalb Müller (P3Mue1989) die Suche vieler DDR-BürgerInnen nach Wahrheit in der Umbruchsphase als die Suche nach der Botschaft des Evangeliums identifizierte. Brand (P8Br1988, P11Br1989) forder-

[1030] Beschluß der Bundessynode in Eisenach zum Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und dem Arbeitsbericht des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. September 1989 in: FALKENAU (Hg.): Kundgebungen Band 2, 340.

[1031] Vgl. P8Co1988, P8Br1988, P11Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.

[1032] Vgl. KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 130; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 164, 192, 313.

[1033] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR; gehalten vor der 3. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 18. bis 22. September 1987 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1988, 37; vgl. auch Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft. Gesichtspunkte zur Neubesinnung auf den ökumenisch-missionarischen Auftrag der evangelischen Kirchen in der DDR in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 4/6 1987, 92.

te die Anwesenden auf, sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den Mitmenschen gegenüber die Rechtfertigung, aber auch das Gericht zu verkünden. Coblenz (P8Co1988) sah den Auftrag zur Verkündigung als Teil der Nachfolge Christi als Licht der Welt (Joh 8,12). In P10Br1989 beschrieb Brand den Glauben als ein Geschenk, das, einmal angenommen, Wunder und Veränderungen auf persönlicher und im Zuge dessen auch auf gesellschaftlicher Ebene mit sich brächte. Dementsprechend sollten die ChristInnen laut Iskraut (P10Isk1989) den Mitmenschen den Zugang zum Glauben vereinfachen. Für Müller (P3Mue1989) und Brand (P13Br1989) bot die bedeutsame Stellung der Kirche im Herbst 1989 und die Offenheit der DDR-BürgerInnen gegenüber der Kirche die Chance, den Mitmenschen den Glauben nahe zu bringen. Als weitere positive Voraussetzung für die Mission verwies Rannenberg (P5Ra1989) auf die Anerkennung der Kirche durch den Staat. Damit bezog er sich vermutlich auf Krenz' Aufforderung an die Kirche zur gesellschaftlichen Mitwirkung. Gleichzeitig brachte Rannenberg seinen Wunsch zum Ausdruck, dass die politisch Verantwortlichen auf die Worte der Kirche hörten und dadurch Gottes Weisung indirekt Beachtung schenkten.

Den Umgang der ChristInnen mit den politisch Verantwortlichen und Angehörigen der staatlichen Sicherheitsorgane wollten Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989) und Brand (P12Br1989) von Respekt geprägt sehen. Sie begründten diesen Aufruf theologisch mit deren Gotteskindschaft sowie mit der Liebe, Güte und Vergebung Gottes gegenüber allen Menschen. Brand (P8Br1988) rief die ChristInnen deshalb dazu auf, die PolitikerInnen auf ihre Verantwortung gegenüber Gott hinzuwiesen, ohne jedoch Urteile zu fällen. In P12Br1989 warb er für Verständnis gegenüber den AnhängerInnen des Sozialismus, die unter dem Zusammenbruch schwer zu leiden hätten. In diesem Zusammenhang verwies er auf Jesu Umgang mit den Ausgestoßenen der Gesellschaft.[1034] Iskraut (P10Isk1989) spielte auf eine Sitzung der SED-Parteigruppe der Volkskammer an, bei der die Beunruhigung der Abgeordneten sowie deren Ratlosigkeit im Hinblick auf den angemessenen Umgang mit den BürgerInnen in der Umbruchsphase deutlich zu Ausdruck kam. Er zeigte Verständnis für die Abgeordneten und betete für deren Mut. Die PredigerInnen Rannenberg (P5Ra1989), Iskraut (P10Isk1989) und Müller (P4Mue1989) sowie der BEK betonten die Bedeutung des Dialogs zwischen staatlichen VertreterInnen und BürgerInnen.[1035] Rannenberg (P5Ra1989) forderte die Anwesenden auf, die PolitikerInnen in ihrer Unvollkommenheit anzunehmen und zum Eingestehen von Fehlern zu ermutigen. Auch sollten die BürgerInnen tolerieren, dass sich die politisch Verantwortlichen an die von den BürgerInnen als ungerecht erachteten Gesetze hielten, solange diese noch in Kraft waren. Die KKL hatte zu einem sachlichen und besonnenen Umgang der ChristInnen mit den staatlichen VertreterInnen aufgerufen. Aktionen sollten das Gegenüber weder beängstigen noch demütigen. Brand (P12Br1989, P13Br1989) und Rannenberg (P6Ra1989) sprachen sich in Übereinstimmung mit der KKL und der Bundessynode explizit gegen gewaltsame Aktionen aus. Rannenberg (P5Ra1989) und die Arbeitsgruppe der KKL forderten, sich auch beim Einsatz für gesellschaftspolitische Veränderungen im Rahmen der Gesetze der DDR zu bewegen. Brand (P12Br1989) betonte im Einklang mit dem Vorsitzenden der KKL, dass die Kirche nicht als Opposition oder politische Partei agierte und dies auch nicht anstrebte.[1036] Er sah eine besondere Verantwortung der ChristInnen darin, sich bei ihrem gesellschaftspolitischen Engagement nicht

[1034] Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 122; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 213.
[1035] Vgl. auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 119, 122; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 160, 199, 241f.
[1036] Vgl. auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 77; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 118f.

von Emotionen oder von politischen Programmen leiten zu lassen. Vielmehr sollten die Kirche und die ChristInnen Entwicklungen in Staat und Gesellschaft im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Willen Gottes bewerten. Das Engagement wurde in den Predigten und in den Stellungnahmen des BEK als eine notwendige Reaktion auf die Umstände und das fehlende Engagement des Staates dargestellt.[1037]

Neben dem Umgang mit den MitbürgerInnen und den politisch Verantwortlichen sollten die ChristInnen laut Coblenz (P7Co1988), Brand (P8Br1988, P13Br1989), Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989) und dem BEK auch miteinander in den Dialog treten und ihre Gemeinschaft nach dem Willen und den Geboten Gottes ausrichten. Der BEK und Rannenberg (P5Ra1989, P6Ra1989) sprachen explizit von einem von Frieden, Liebe und Zusammenhalt geprägten Miteinander der Gemeindeglieder. Rannenberg wollte den Umgang der Gemeindeglieder zusätzlich von wahrer Rede, gegenseitiger Annahme und Fürbitte geprägt sehen. Laut Coblenz (P7Co1988) und Brand (P13Br1989) könnte dies in die Gesellschaft wirksam eingebracht werden.

[1037] Vgl. P6Isk1988, P12Br1989.

Kapitel 5

Fazit – Verkündigung der nicht befohlenen Wahrheit in der DDR

Ziel dieser Arbeit war es, die Stellungnahmen des BEK und die Predigten der sechs PfarrerInnen Matthias Brand, Götz-Ulrich Coblenz, Eberhard Iskraut, Markus Meckel, Christiane Müller und Hans-Georg Rannenberg dahingehend in einen Dialog zu bringen, ob und inwiefern der BEK und die PredigerInnen sowohl nationale als auch internationale (gesellschafts-)politische Ereignisse und Entwicklungen aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus kommentierten und sich dazu positionierten. Dazu wurden in einer diachronen Gesamtübersicht von 1978 bis 1989, unterteilt in drei Zeitabschnitte, Stellungnahmen des BEK und der sechs PredigerInnen zu (gesellschafts-)politischen Entwicklungen und Ereignissen auf nationaler und internationaler Ebene betrachtet und gegenübergestellt. Damit verband diese Arbeit zwei Strömungen der kirchengeschichtlichen Forschung zur Evangelischen Kirche in der DDR: 1. die Auseinandersetzung mit Dokumenten des BEK und 2. die Analyse von Predigten aus der Zeit der DDR. Mit der Analyse von Predigtmaterial noch lebender PfarrerInnen ging die Wahrnehmung und Berücksichtigung der Spezifika der Verfasserin bzw. des Verfassers sowie der adressierten Gemeinde bzw. Zuhörerschaft einher, indem vor und während der Analysen der Predigten der persönliche Austausch mit den PredigerInnen gesucht wurde. Somit konnten deren vertiefende Einordnungen von Predigtausführungen in die Arbeit integriert und für die Nachwelt erhalten werden. Des Weiteren wurde der jeweils aktuelle nationale und internationale historische Kontext einbezogen. Mit dieser Interdisziplinarität und Multidimensionalität sowie der damit einhergehenden intensiven Beleuchtung der verschiedenen Ebenen eröffnete diese Arbeit einen neuen Blickwinkel auf die Stellungnahmen des BEK und der PredigerInnen zu (gesellschafts-)politischen Ereignissen und Entwicklungen in den Jahren 1978 bis 1989 vor dem Hintergrund des aktuellen nationalen und internationalen historischen Kontexts und unterscheidet sich somit von den bereits bestehenden Forschungsarbeiten. Diese Herangehensweise wird der Komplexität des Arbeitsthemas sowie den vielschichtigen, mehrdimensionalen Herausforderungen und Forschungsfragen dieser Zeit gerecht. Die Vielschichtigkeit begründet auch den Umfang dieser Arbeit.

Diese Arbeit zeigte, dass der BEK und die sechs PredigerInnen in den Dokumenten und Predigten aus den Jahren 1978 bis 1989 durchgängig nationale und internationale tagesaktuelle, alltägliche oder historische (gesellschafts-)politische Ereignisse und Gegebenheiten aufgriffen und diese aus christlich-theologischer Sicht beurteilten. Zum Ende der DDR nahm die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen innerhalb der DDR mehr Raum ein. Sowohl hinsichtlich der vom BEK und den PredigerInnen thematisierten nationalen und internationalen (gesellschafts-)politischen Ereignisse und Entwicklungen als auch hinsichtlich deren Beurteilung bestanden große Übereinstimmungen. Jedoch setzten der BEK und die PredigerInnen bei den adressierten (gesellschafts-)politischen Themen verschiedene Schwerpunkte, was in den unterschiedlichen Zielgruppen der Stellungnahmen begründet liegen mag.

So nahm der BEK kontinuierlicher und ausführlicher als die PredigerInnen auf internationale Ereignisse, wie z.B. Neu- und Weiterentwicklungen im Rahmen der internationalen Friedens- und Abrüstungsverhandlungen, des KSZE-Prozesses und der Menschenrechtsdebatte sowie das Reaktorunglück von Tschernobyl, Bezug. Vor dem Hintergrund der extensiven Kommentierung internationaler Ereignisse und Entwicklungen durch den BEK ist die fast vollständige Aussparung der Vorgänge in der VR Polen sowie der Reformbestrebungen Gorbatschows *Glasnost* und *Perestroika* sehr auffällig, zumal der BEK zum Ende der DDR gegenüber dem Staat sogar gesellschaftspolitische Reformen einforderte, die denen im Rahmen von *Glasnost* und *Perestroika* angestrebten sehr nahe kamen. In den Predigten fanden beide Aspekte Erwähnung.[1]

Die sechs PredigerInnen setzten sich ausführlicher als der BEK mit konkreten alltäglichen nationalen Gegebenheiten auseinander, ohne die internationalen Entwicklungen außer Acht zu lassen. Gemeinsam mit dem BEK betrachteten sie die Umstände hinsichtlich Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sowie Umweltschutz in der DDR. Im Zuge dessen wurden in den Predigten zahlreiche Ausformungen nationaler Militarisierung, wie z.B. die Kriegsübungen bei der GST, die Finanzierung von Waffen durch den Solidaritätsfonds und die Solidaritätsbasare, der Wehrdienst und das damit verbundene Männerbild, die stationierten Streitkräfte der UdSSR und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, nationaler Umweltverschmutzung, wie z.B. die Auswirkungen von KIM- und Intensivställen, das Waldsterben im Erzgebirge sowie die Verschmutzung von Flüssen und der Ostsee, sowie nationaler Freiheitseinschränkungen, wie z.B. der Zusammenhang von Mitgliedschaft in staatlichen Organisation und Karriere, kritisch in den Blick genommen.[2] Als nationale tagespolitische Ereignisse thematisierten die PredigerInnen gemeinsam mit dem BEK unter anderem die Einführung des Wehrunterrichts, die Zivilverteidigungsübungen, die Erhöhung des Mindestumtauschs, die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen, Reise und Ausreise, die Kommunalwahlen sowie die Entwicklungen im Herbst 1989. Sie setzten sich im Gegensatz zum BEK in allen Zeitabschnitten mit der Ideologie des Sozialismus und deren Ausgestaltung als alltägliche Lebensumstände in der DDR auseinander. Sie hinterfragten implizit oder explizit die Ablehnung der Religion, das sozialistische Menschenbild, den Mauerbau, die sozialistische Wohngemeinschaft, das Schulsystem, die Medizinethik, die SED, das sozialistische Freiheitsverständnis, die Freundschaft mit den sozialistischen Staaten sowie die Ideologie des Sozialismus im Allgemeinen. Im Zuge dessen zeigten sie Divergenzen zur

[1] Vgl. P1Ra1980_81, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P7Meck1987, P6Co1988, P9Br1988, P9Isk1989.

[2] Vgl. P1Br1979, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P2Co1984, P4Br1984, P5Br1985, P8Br1988, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P6Ra1989.

christlichen Weltanschauung auf. Die PredigerInnen beschrieben die Glaubensauslebung als lohnenswert für die Einzelne bzw. den Einzelnen sowie für die Gesellschaft und werteten damit die Weltanschauung des Sozialismus ab, Religion und Glauben(-sauslebung) hingegen auf.[3] Darüber hinaus erörterten sie den Staatssicherheitsdienst, die Medienlenkung, die Wahlen und die wirtschaftliche Situation in der DDR.[4] Anders als in den von Kandler analysierten Predigten aus der Wendezeit und in Übereinstimmung mit Lippelt und Pelz wurde diese Auseinandersetzung mit „[w]ichtige[n] Themen des grauen Alltags der sozialistischen DDR“[5] in den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten von 1978 bis zum Mauerfall fortgesetzt, wobei die Kritik der PredigerInnen zum Ende der DDR hin teilweise noch verstärkt wurde.[6] Des Weiteren wurde seitens des BEK und der PredigerInnen kontinuierlich das Dasein der Kirche und der ChristInnen in der atheistischen DDR-Gesellschaft, wie z.B. deren Existenz als Minderheitenkirche, das Staat-Kirche-Verhältnis sowie Möglichkeiten der Glaubensauslebung, erörtert. Auch Lippelt und Pelz identifizierten die Glaubensauslebung der ChristInnen in der DDR sowie das Verhältnis der Kirche und ihrer Mitglieder zum Staat als wichtige Fragestellungen der Kirche und der PredigerInnen.[7] Zusätzlich setzten sich der BEK und die PredigerInnen mit den kirchlichen (Basis-)Gruppen und den zum Ende der DDR hin zunehmenden innerkirchlichen Spannungen auseinander.[8] Ein durchgängig aktuelles Thema in den Predigten und den Dokumenten des BEK stellte vor allem an Jahres- und Gedenktagen die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und des 2. Weltkriegs sowie der damit einhergehenden Schuld und Verantwortung der Deutschen dar. Daraus sollte der gesellschaftspolitische Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit, Verständigung und Toleranz sowie gegen Rassismus resultieren, um eine Wiederholung der Ereignisse zu verhindern.[9] Die Auseinandersetzung des BEK und der PredigerInnen mit der deutschen Vergangenheit sowie mit dem Wiederaufkeimen nationalsozialistischer bzw. rassistischer Tendenzen in der DDR-Gesellschaft Ende der 1980er Jahre stand der praktizierten Erinnerungskultur und dem Narrativ der DDR entgegen.

Gemein ist den Stellungnahmen des BEK und der sechs PredigerInnen zu den nationalen und internationalen Ereignissen und Entwicklungen, dass sie in den meisten Fällen lediglich über den aktuellen Sachstand berichteten sowie die internationalen und nationalen Gegebenheiten aus christlich-theologischer Sicht hinsichtlich ihres Nutzens und Schadens für Frieden, Abrüstung, Freiheit, Gerechtigkeit und Umweltschutz auf nationaler und internationaler Ebene bewerteten. Meist wurde Hintergrundwissen vorausgesetzt. Eine detailliertere Darstellung von Inhalten oder Hintergründen fand seitens des BEK und der PredigerInnen nur vereinzelt statt. So erörterte der BEK beispielsweise das Spitzengespräch zwischen Honecker und Schönherr, die Einführung des Wehrunterrichts, die Existenz und den Umgang mit den

[3] Vgl. P2Isk1978, P1Br1979, P1Meck1980, P4Isk1981, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986, P6Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P6Ra1989, P13Br1989. Vgl. hierzu auch FRITZ: Ethos und Predigt, 149f; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 13, 275, 286, 297, 312; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 129, 136.

[4] Vgl. P2Isk1978, P1Mue1984, P6Br1986, P6Co1988, P8Br1988, P11Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989.

[5] KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 86.

[6] Auch in den von Lippelt und Pelz analysierten Predigten wurden Bezüge zum Alltag der ChristInnen in der DDR-Gesellschaft hergestellt sowie eine Gegenüberstellung der sozialistischen und christlichen Weltanschauung vorgenommen. (Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 297, 300; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 126, 129, 303.)

[7] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 17; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 125ff.

[8] Vgl. P6Meck1985, P5Br1985, P5Co1986, P7Co1988, P8Br1988.

[9] Vgl. P1Isk1975, P3Co1984, P6Meck1985, P5Br1985, P8Co1988, P7Br1988, P9Co1989, P10Isk1989.

kirchlichen Basisgruppen sowie die Entwicklungen im Herbst 1989 ausführlicher. In den Predigten wurden aufgrund des Fokus auf die Verkündigung einhergehend mit einer zeitlichen Limitierung lediglich in P7Isk1988 das Thema Grenzverletzung und in P7Br1988 Rassismus und Antisemitismus in der DDR näher ausgeführt. Verweise auf nationale und internationale Gegebenheiten, Ereignisse und Entwicklungen dienten in den Predigten vornehmlich als Beispiele für positive oder negative Umstände oder Tendenzen hinsichtlich Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Umweltschutz in der DDR und/oder in der Welt.[10]

Denkt man unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Arbeit die Beschreibung des Glaubens durch Joachim Gauck als „nicht befohlene Wahrheit“[11] weiter, so bot der eigene Glaube bzw. der „Glaubensraum“ den Kirchenleitenden des BEK und den PredigerInnen die Möglichkeit, aus der Wahrheit des Glaubens heraus die Gegebenheiten in der (Lebensum-)Welt zu betrachten, neu und gegebenenfalls abweichend vom Staat zu bewerten sowie diese Sichtweise Gläubigen und Nichtgläubigen sowie dem Staat gegenüber zu vertreten bzw. zu vermitteln. Lippelt sprach hinsichtlich der Predigten von einem Alternativangebot in der DDR-Gesellschaft;[12] Pelz sah in ihnen gesellschaftspolitische Anregungen.[13] Die Predigten und die Stellungnahmen des BEK zu (gesellschafts-)politischen Themen stellten somit einen wesentlichen Ausdruck des christlichen Lebens in der DDR-Gesellschaft dar.[14] Damit kamen der BEK und die PredigerInnen dem in der Ordnung des BEK definierten Auftrag nach, das Wort Gottes – bei Bedarf auch in Abweichung von der sozialistischen Einheitsgesellschaft – zu verkündigen und im Zuge dessen Dienst an der DDR-Gesellschaft zu tun.

Diese „nicht befohlene Wahrheit“[15] kam in einem übereinstimmenden christlich-theologischen Selbstverständnis des BEK und der PredigerInnen zum Ausdruck, das implizit und explizit in den in dieser Arbeit untersuchten Dokumenten des BEK sowie den Predigten offenbar wurde. Eines der wiederkehrenden Motive, die dieses Selbstverständnis charakterisierten, war die Auffassung der Existenz der Kirche und der ChristInnen in der DDR als gottgewollter Zustand, weshalb es sich im Sinne Gottes in die Gesellschaft einzubringen galt. Des Weiteren sahen der BEK und die PredigerInnen aus der Befreiung von Schuld durch Jesus Christus Verantwortung erwachsen. Jegliches gesellschaftspolitisches Reden und Handeln der Kirche und der ChristInnen sollte deshalb Ausdruck des Lebens in der Nachfolge Jesu Christi, Zeugnis und Bekenntnis des Glaubens an Gott sowie Dienst in und an der Gesellschaft, an den Mitmenschen sein. Ein Rückzug aus der Gesellschaft sowie eine Ablehnung des Systems oder eine Anpassung an das System wurden missbilligt; der Gehorsam gegenüber Gott sollte demgegenüber den Menschen vorgeordnet sein. Die möglicherweise aus dem gesellschaftspolitischen Einsatz erwachsenden persönlichen

[10] Vgl. P8Isk1978, P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P1Mue1984, P5Isk1984, P4Br1984, P5br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87, P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P8Co1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P10Isk1989.

[11] „Anders als die elterliche oder die staatliche Autorität bot der Glaube die Möglichkeit, sich einer Wahrheit anzuvertrauen, die von niemandem befohlen und von niemandem genommen werden konnte.“ (GAUCK: Winter im Sommer, 104.)

[12] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 10, 13, 297ff, 311, 331.

[13] Vgl. PELZ: Revolution auf der Kanzel, 194.

[14] Lippelt sprach hinsichtlich der Predigten ebenfalls von „eine[r] wichtige[n] Form der Lebensäußerung der Kirchen und ihrer Gemeinden“ (LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 252.).

[15] Vgl. hierzu GAUCK: Winter im Sommer, 104.

Nachteile sollten trotz aller Angst in Kauf genommen werden. Den Forderungen lag der Anspruch des Einklangs von Reden und Tun bzw. der authentischen Glaubensauslebung zugrunde; im Handeln sollten Gottes Wille und Macht sowie die Zugehörigkeit zu Gott erkennbar sein. Der allgemeine Aufruf zum Dienst in und an der Gesellschaft in all seinen Facetten wurde in der Umbruchsphase im Herbst 1989 seitens des BEK und der PredigerInnen nochmal verstärkt.[16]

Im Bezug auf die drei bedeutsamen Themen der Zeit Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sowie Umweltschutz manifestierte sich das christlich-theologische Selbstverständnis folgendermaßen: Der Einsatz der Kirche und der ChristInnen für Frieden in der Welt wurde mit der Hoffnung auf den absoluten Frieden, Schalom, im Reich Gottes, der auch ein Dasein in Gerechtigkeit und in der wiederhergestellten göttlichen Schöpfung umfasst, begründet. Dementsprechend wurde aufgrund dieses positiven Friedensbegriffs der Einsatz für Gerechtigkeit und Umweltschutz als Teil des Friedenseinsatzes wahrgenommen.[17] Im Sinne des eschatologischen Vorbehalts sollten die Kirche und die ChristInnen an Entwicklungen hin zu Schalom in all seinen Facetten in der Welt mitwirken, auch wenn dieser absolute Frieden auf Erden niemals in Gänze realisiert werden könnte. Damit wies man auf die Differenz zwischen göttlichem und weltlichem Frieden hin; gleichzeitig beschrieb man eine Abhängigkeit des weltlichen vom göttlichen Frieden. Man charakterisierte Gott als Geber des absoluten Friedens, der alle Menschen in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit leben sehen wollte.[18] Dabei sollten Vergebung, Versöhnung, Nächsten- und Feindesliebe sowie Toleranz im Umgang mit den MitbürgerInnen sowie den politisch Verantwortlichen und den staatlichen Sicherheitskräften leitend sein. Der BEK und die PredigerInnen verwiesen im Zuge dessen auf die Bergpredigt.[19] Argumentiert wurde in den Predigten auch mit der Liebe, Güte und Vergebung Gottes gegenüber allen Menschen, deren Gotteskindschaft sowie mit dem Umgang Jesu Christi mit Ausgestoßenen der Gesellschaft.[20] Der Einsatz für Gerechtigkeit wurde mit der „Gleichwertigkeit aller Menschen“[21] vor Gott sowie der Rechtfertigung aller Menschen durch Jesus Christus begründet. Das Wohl der bzw. des Nächsten sollte beim Einsatz für mehr Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gestellt werden; somit war das Motiv der Nächstenliebe sehr prägnant.[22] Damit wurde auch der Aufruf seitens des BEK und im Rahmen des *Menschenrechtsprogramms der Kirchen* für den Einsatz für die Weltgerechtigkeit begründet. Hinsichtlich des Einsatzes der ChristInnen für den Umweltschutz wurde mit dem Kulturauftrag des Menschen argumentiert; der Einsatz wurde als Realisierung der „Praxis unseres Schöpfungsglaubens und

[16] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P6Br1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989. Diese Aufforderung zur Mitwirkung in der Gesellschaft der DDR fand sich auch verschiedentlich in den von Lippelt und Pelz anlysierten Predigten. (Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 291f, 298, 301, 316ff; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 152f.)

[17] Vgl. P1Mue1984, P2Mue1984, P7Meck1987, P4Ra1988, P8Br1988. Vgl. hierzu auch LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 306, 312.

[18] Vgl. P1Meck1980, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Co1984, P2Mue1984, P7Meck1987.

[19] Vgl. P5Meck1983, P5Isk1985, P6Meck1985, P4Ra1988.

[20] Vgl. P12Br1989, P5Ra1989, P13Br1989, P6Ra1989. Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 122; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 213.

[21] Menschenrechte. Eine Information für evangelische Gemeinden in der DDR. Ausarbeitung der ad-hoc-Gruppe Menschenrechte (1977) in: DEMKE u.a.(Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung, 261.

[22] Vgl. P1Meck1980, P3Meck1981, P1Br1979, P2Br1980, P5Meck1983, P1Mue1984. Vgl. hierzu auch KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 56.

unserer christlichen Hoffnung für die Zukunft der Schöpfung“[23] angesehen.[24] Brand forderte die ChristInnen unter Verweis auf Gottes stetige Fürsorge im Sinne der *creatio continua* dazu auf, kontinuierlich daran mitzuwirken, die Schöpfung wieder dem eigentlich angedachten Zustand anzunähern.[25] Das Engagement der ChristInnen für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sowie Umweltschutz wurde seitens des BEK und der PredigerInnen als besonderer Ausdruck des Lebens nach dem Willen Gottes, der Botschaft des Evangeliums und in der Nachfolge Jesu Christi angesehen.[26]

Den Äußerungen von BEK und PredigerInnen lag somit eine zeitungebundene Wahrheit im Sinne des Evangeliums zugrunde, die die Stellungnahmen des BEK und der PredigerInnen zu (gesellschafts-)politischen Themen einerseits initiierte und begründete und andererseits inhaltlich bestimmte.

Wie bereits oben angeklungen, leiteten der BEK und die PredigerInnen aus der im christlich-theologischen Selbstverständnis zum Ausdruck gebrachten zeitungebundenen Wahrheit konkrete Handlungsweisungen für den BEK, seine Gliedkirchen und die ChristInnen sowie darüber hinaus – zum Ende der DDR – auch für die BürgerInnen ab. So votierten der BEK und die PredigerInnen für das Einbringen der ChristInnen in die Gesellschaft im Sinne und mit der Hilfe Gottes und riefen zum Einsatz für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit auf. Auch Lippelt und Pelz verwiesen auf den Aufruf zur Einmischung der ChristInnen in gesellschaftspolitische Belange, um an einer Verbesserung der Gegebenheiten mitzuwirken.[27] Dies wurde als Teil einer „bewusste[n] Lebensführung mit Auswirkung“[28] wahrgenommen. Als mögliche Ausdruckweisen dieses Einsatzes identifizierten der BEK und die PredigerInnen dieser Arbeit 1. Gebet und Fürbitte,[29] 2. ein von Frieden, Liebe und Zusammenhalt geprägtes Miteinander der ChristInnen als Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft der DDR[30] und 3. die kritische gesellschaftspolitische Mitsprache der Kirche und der ChristInnen, die aus dem Abgleich der Vorgänge in Politik und Gesellschaft sowie in der Welt mit dem Willen Gottes bzw. der Botschaft des Evangeliums resultieren sollte.[31] Der Aufruf des BEK und der PredigerInnen an die ChristInnen in der DDR zum gesellschaftspolitischen Engagement mit offener Adressierung von Defiziten resultierte auch aus der Passivität sowie der damit einhergehenden Mitschuld und -verantwortung der Kirche und der ChristInnen zur Zeit des Nationalsozialismus.[32] Der BEK hatte sich in seiner Ordnung explizit in die Tradition der Bekennenden Kirche gestellt; dies klang auch in den in dieser Arbeit analysierten Predigten verschiedentlich an. Übereinstimmend plädierten der BEK und die PredigerInnen für Friedenserziehung in der eigenen Familie, für einen

[23] 4. Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig. Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (gekürzt) in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 5/6 1980, 70.

[24] Vgl. P2Co1984.

[25] Vgl. P8Br1988.

[26] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P5Meck1983, P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P2Mue1984, P5Isk1984, P4Br1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P8Br1988.

[27] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 298, 317; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 122.

[28] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 298.

[29] Vgl. P2Br1980, P2Ra1982, P4Br1984, P2Mue1984, P5Br1985, P6Br1986, P11Br1989, P5Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.

[30] Vgl. P2Ra1982, P5Isk1984, P7Co1988, P8Br1988, P5Ra1989, P13Br1989, P6Ra1989.

[31] Vgl. P1Isk1975, P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P5Meck1983, P4Br1984, P5Isk1984, P5Br1985, P6Br1986, P6Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P8Br1988, P10Br1989, P8Isk1989, P12Br1989, P6Ra1989. Vgl. hierzu auch PELZ: Revolution auf der Kanzel, 122.

[32] Vgl. P2Br1980, P4Br1984, P3Co1984, P5Br1985, P6Br1986, P7Br1988, P6Isk1988.

umweltbewussteren Lebensstil sowie für das Verzichten und Teilen zum Wohle der bzw. des Nächsten.[33] Die Weltgerechtigkeit sollte nach den Stellungnahmen des BEK und den Predigten durch finanzielle Abgaben und die Einschränkung des eigenen Wohlstandes gesteigert werden.[34] Hinsichtlich des Einsatzes für mehr Gerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft blieben Handlungsvorschläge zu dessen Verwirklichung seitens des BEK und der PredigerInnen sehr vage.[35] Einigkeit bestand bei den PredigerInnen und dem BEK aber darin, dass der Einsatz für Gerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft nicht auf die Steigerung des eigenen Wohlergehens, sondern das aller BürgerInnen abzielen sollte.

Das beständig übereinstimmende christlich-theologische Selbstverständnis des BEK und der PredigerInnen bewirkte die Auseinandersetzung mit ähnlichen (gesellschafts-)politischen Themen sowie auf der Metaebene kongruente, diachron konsistente Standpunkte zu (gesellschafts-)politischer Entwicklungen und Gegebenheiten mit damit einhergehenden Handlungsaufforderungen. Die Kommunikation war aber aufgrund divergierender primärer AdressatInnen unterschiedlich ausgestaltet.

So richteten sich die Stellungnahmen des BEK mehrheitlich, implizit oder explizit, an den Staat. Auch hinsichtlich Äußerungen in Berichten der KKL oder Beschlüssen der Bundessynode zu (gesellschafts-)politischen Themen wurde der Staat als Adressat hauptsächlich mitgedacht. Der BEK nahm den Staat der DDR in seinen Einschätzungen und Forderungen unübersehbar als Teil der internationalen Gemeinschaft wahr und argumentierte aus dieser Perspektive. Damit stärkte er die internationale Sichtweise auf die DDR im Rahmen der Diskussion innerhalb des Landes und rollte diese auf nationale Gegebenheiten und Entwicklungen aus. Mit der Aneignung von Erklärungen der KEK, des ÖRK und des CCEE identifizierte er sich offen mit der internationalen ökumenischen Gemeinschaft, gab sich Außenstehenden gegenüber als Teil dieser Gemeinschaft zu erkennen und brachte diesen Blickwinkel in die Diskussion in der DDR vor allem um internationale, aber auch nationale Ereignisse ein. Des Weiteren ergänzte er aufgrund der engen Verbundenheit und der gemeinsamen deutschen Vergangenheit mit einvernehmlichen Stellungnahmen mit der EKD die Diskussion in der DDR um eine innerdeutsche Perspektive zu Frieden und die Bewertung des Nationalsozialismus bzw. des 2. Weltkriegs. Die Beurteilungen des BEK zeichneten sich zusätzlich durch implizite oder explizite Übereinstimmungen mit Stellungnahmen und Dokumenten der *Vereinten Nationen* und des KSZE-Prozesses aus, obwohl die Standpunkte der überstaatlichen Organisationen ethisch bzw. humanistisch und die der ökumenischen Gemeinschaft, des BEK und auch der PredigerInnen christlich begründet waren. So eignete der BEK sich das Konzept der gemeinsamen Sicherheit an, das auch von den *Vereinten Nationen*, der Palme-Kommission, dem ÖRK, der *Moskauer Weltkonferenz der Religionen*, der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und der *Europäischen Ökumenischen Versammlung* sowie Honecker befürwortet wurde. Des Weiteren unterstützte der BEK gemeinsam mit der *Ökumenischen Versammlung* in der DDR und dem Staat der DDR das propagierte neue Denken Gorbatschows. Außerdem bündelte die Bundessynode in dem eigenständig formulierten Konzept der *Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung* kritische Aspekte der Abschreckung und deren Gefahren sowie

[33] Vgl. P3Isk1979, P1Br1979, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P5Meck1983, P2Co1984, P2Mue1984, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986, P8Br1988.

[34] Vgl. P3Meck1981, P1Co1982, P1Mue1984, P5Isk1984, P2Mue1984, P5Br1985, P6Meck1985, P6Br1986, P5Co1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P8Br1988, P3Mue1989.

[35] Vgl. P1Meck1980, P6Meck1985, P7Meck1987, P4Ra1988, P5Ra1989.

deren christlich-theologisch begründete Einschätzung. Diskussionen im Rahmen der internationalen ökumenischen Gemeinschaft oder den überstaatlichen Organisationen initiierten ferner die Ausformulierung eigener Positionen, die beispielsweise im 1980 herausgegebenen Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden, in der 1988 veröffentlichten Studie *Umwelt und Energie* sowie in der Auseindersetzung mit den eigenen Friedensaktivitäten anlässlich des *Internationalen Jahrs des Friedens* zum Ausdruck kamen. Durch die Aneignung und eigenständige Fortsetzung von Diskussionen der überstaatlichen Organisationen wertete der BEK deren Aussagen, Inhalte und Ziele aus dem christlich-theologischen Selbstverständnis als im Sinne Gottes bzw. im Einklang mit der Botschaft des Evangeliums; deren Forderungen wurden somit als Beitrag zur Steigerung von Schalom in der Welt ausgewiesen. Die Stellungnahmen des BEK beinhalteten – oftmals in Übereinstimmung mit der internationalen ökumenischen Gemeinschaft sowie den überstaatlichen Organisationen – direkte Aufforderungen an die politisch Verantwortlichen auf nationaler sowie auf internationaler Ebene.

Aus seiner internationalen Perspektive ordnete der BEK auch nationale Entwicklungen und Ereignisse, wie z.B. die Einführung des Wehrunterrichts, die Erhöhung des Mindestumtauschs, die Reisebeschränkungen, die Wehrpflicht und die defizitären Bürgerrechte, in seinen Stellungnahmen in den internationalen Kontext ein. Unter impliziter und expliziter Bezugnahme auf von der DDR unterzeichnete internationale Abkommen, wie Dokumente der *Vereinten Nationen* und des KSZE-Prozesses, oder die internationale Friedensdebatte zeigte der BEK Widersprüche zwischen den nationalen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Entscheidungen sowie den von der DDR mitgetragenen Äußerungen, unterzeichneten internationalen Abkommen und eigenständig abgegebenen Erklärungen auf. So forderte der BEK, dass staatlicherseits befürwortete und propagierte Sicherheit- und Abrüstungskonzepte, wie z.B. die Koalition der Vernunft, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und das neue Denken, national umgesetzt würden. Der BEK wies den Staat somit auf seine Erklärungen und eingegangenen Verpflichtungen sowie deren notwendige Konsequenzen hin. Im Zuge dessen machte er auch auf die mögliche internationale Wahrnehmung sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Reputation der DDR aufmerksam. Die Äußerungen zeugen von dem Bewusstsein um die Interdependenz von nationalen und internationalen Gegebenheiten sowie um das Interesse des Staates der DDR an internationaler Anerkennung. Der BEK präsentierte die eigene Einschätzung als international geteilte Sichtweise, verlieh ihr so mehr Schlagkraft und griff dem staatlichen Widerspruch vor. Mit Mutmaßungen zu positiven Auswirkungen von Verhaltensänderungen des Staates auf seine internationale Reputation, den internationalen Frieden, die innerstaatliche Stabilität sowie die Loyalität der BürgerInnen gegenüber dem Staat versuchte man den Staat z.B. zu (menschen-)rechtlichen Erleichterungen sowie der Abschaffung des Wehrunterrichts und des Wehrdienstes zu bewegen. Dabei stellte man häufig den verbesserungswürdigen Aspekten ein Lob für bereits unternommene Schritte voran. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang auf die Aufforderungen zum Abbau der Militarisierung und der Truppen, zum Ausstieg aus der Atomenergie sowie zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen, Bürgerrechte, Reiseerleichterungen, Umweltmaßnahmen und Gleichberechtigung der ChristInnen in der DDR verwiesen werden. Der Staat sollte somit den als positiv identifizierten Weg fortsetzen; die vom BEK vorgeschlagenen nächsten Schritte wurden als logische Folge des bereits unternommenen staatlichen Einsatzes dargestellt. Damit formulierte der BEK gegenüber dem

Staat viele Handlungsaufforderungen, die aus der Beurteilung (gesellschafts-)politischer Ereignisse und Gegebenheiten aus dem christlich-theologischen Selbstverständnis resultierten. Lippelt sprach diesbezüglich von der „Kirche [...] als moralische[r] Instanz“[36]. Im Allgemeinen präsentierte sich der BEK dabei als Unterstützer des Staates, der dessen Wohlergehen auf nationaler und internationaler Ebene im Blick hatte und dessen vorhandene Potentiale gestärkt sehen wollte.

An die Gemeinden wandte sich der BEK anlässlich nationaler und internationaler Ereignisse, die er als besonders bedeutsam wahrnahm oder die sich durch eine hohe Relevanz für die ChristInnen auszeichneten. Dazu gehörten z.B. die Einführung des Wehrunterrichts, die UN-Sondertagungen zum Thema Abrüstung, die KVAE, das Reaktorunglück von Tschernobyl, bedeutende Gespräche zwischen kirchlichen und staatlichen VertreterInnen sowie die Entwicklungen im Herbst 1989. Er informierte über den Sachstand und ordnete die Ereignisse aus christlich-theologischer Sicht ein. Zusätzlich richtete er – oft gemeinsam mit der EKD – zu Gedenk- und Jahrestagen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und dem 2. Weltkrieg das Wort an die Gemeinden. Über die Informationen zum Sachstand hinaus beinhalteten einige der direkt an die Gemeinden gerichteten Stellungnahmen des BEK allgemein gehaltene Handlungsaufforderungen an die ChristInnen in der DDR, wie z.B. den Aufruf zum Gebet, zum Einsatz für Frieden und Friedenserziehung, Umweltschutz und Menschenrechte sowie zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und mit Fremdenhass. Manchmal wurden Möglichkeiten zur konkreten Realisierung oder bevorzugtes, weil dem Willen Gottes entsprechendes Verhalten aufgezeigt. Es gab lediglich einen expliziten Handlungsaufruf im Herbst 1989 zum Verbleib in der DDR und zur Mitwirkung in der Gesellschaft. Auch andere Dokumente des BEK, die sich nicht explizit an die Gemeinden richteten, blieben hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des christlichen Einsatzes größtenteils vage. Sie konnten aber PfarrerInnen als Leitfaden dienen, um anhand dessen die Handlungsaufforderungen auf Gemeindebene auf die Lebensbedingungen zu beziehen und eigenständig praktisch auszuformulieren.

Die Predigtausführungen der PredigerInnen richteten sich naturgemäß an die ZuhörerInnen im Gottesdienst. Durch viele Übereinstimmungen der Äußerungen der PredigerInnen mit den Plädoyers des BEK für Frieden, Abrüstung Weltgerechtigkeit sowie seiner positiven Bewertung des KSZE-Prozesses wiesen auch die analysierten Predigten Gemeinsamkeiten mit den befürworteten Konzepten des BEK, den Dokumenten der internationalen ökumenischen Gemeinschaft sowie denen der überstaatlichen Organisationen *Vereinten Nationen* und KSZE auf, auch wenn diese in den Predigten nicht (immer) explizit gemacht wurden.[37] Die PredigerInnen stützten ihre Ausführungen auch durch die Einbindung von landeskirchlichen Ereignissen, Aussagen kirchlicher Vertreter oder Zitate kirchlicher Dokumente.[38] Vorrangig dienten den PredigerInnen theologische Motive sowie neben der Perikope weitere biblische Bezüge als Bekräftigung des christlich-theologischen Selbstverständnisses und des eigenen Standpunktes. Damit stellten sie die Bedeutung der biblischen Botschaft für die Gegenwart der ZuhörerInnen heraus. Bei einem Großteil der Predigten griffen die PredigerInnen auf die in der Perikopenordnung vorgeschlagene Bibelstelle zurück; in manchen Fällen legten sie ihren Predigtausführungen eine gezielt ausgewählte Bibelstelle zugrunde.[39]

[36] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 326; vgl. auch aaO, 116, 151.

[37] Vgl. P3Isk1979, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P2C1984, P3Co1984, P1Mue1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87.

[38] Vgl. P1Isk1975, P2Br1980, P1Co1982, P4Co1984, P4Ra1988, P7Co1988, P5Ra1989.

[39] In 30 der 49 Predigten folgten die PredigerInnen der Perikopenordnung. (Vgl. P2Isk1978, P1Br1979, P1Ra1980_81,

Häufig verwiesen die PredigerInnen auf Ähnlichkeiten zwischen den historischen Hintergründen der Bibelstellen, wie dem Auszug aus Ägypten, der Babylonischen Gefangenschaft, der Situation der Propheten Micha, Jesaja, Jeremia und Habakuk, den Lebensumständen der ersten ChristInnen, und dem Dasein der ChristInnen in der DDR.[40] Die biblische und/oder historische Einordnung fiel im Zuge dessen in den Predigten unterschiedlich extensiv aus.[41] Bei der Übertragung von an die IsraelitInnen oder die ersten ChristInnen gerichteten Handlungsaufforderungen und Trostworten auf die ChristInnen in der DDR fehlte sie meist völlig.[42] Fritz, Kandler und Pelz machten die starken Verweise auf Parallelen zwischen der Geschichte des Volkes Israel und der der DDR sowie die damit einhergehende direkte Übertragung der Botschaften der Bibelstellen auf die Gegenwart als Besonderheiten der Predigten in der Umbruchsphase der DDR 1989/90 aus.[43] Lippelt hingegen identifizierte dieses Phänomen, „dass bestimmte biblische Traditionen ohne weiteres auf die gegenwärtige Situation angewendet, also transferiert werden konnten“[44] und daraus mögliche Handlungsweisen für die Gegenwart der ChristInnen in der DDR erwuchsen, als gängige Predigtpraxis in der DDR. Er bezeichnete es als Bestandteil des von ihm identifizierten „[p]ostulierte[n] Pragmatismus“[45]. Die Betrachtung des Predigtmaterials dieser Arbeit stützt Lippelts Ergebnisse; gleichzeitig ist aber in den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten eine Zunahme des Phänomens zum Ende der DDR hin festzustellen. Lippelt sah eine Verstärkung bestimmter Phänomene in der Wendezeit durch die „Kompaktheit der historischen Situation“[46] begünstigt. Im Allgemeinen zeigen die Ergebnisse dieser Arbeit, dass die Art der Verkündigung zum Ende der DDR eine Fortsetzung der Praxis der Vorjahre darstellte. Die PredigerInnen nutzten auch stärker als der BEK biblische Bezüge und theologische Motive, um diese mit (gesellschafts-)politischen nationalen und internationalen Entwicklungen und Ereignissen zu vergleichen und ihre positive oder negative Einschätzung zu untermauern.[47] In den Predigten stell-

P2Meck1981, P2Ra1982, P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P4Br1984, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P3Ra1986_87, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P4Mue1989.) In 19 wichen sie von der Perikopenordnung ab. (Vgl. P1Isk1975, P3Isk1979, P1Meck1980, P2Br1980, P4Isk1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982, P5Meck1983, P5Isk1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P7Meck1987, P7Isk1988, P7Br1988, P11Br1989, P13Br1989, P10Isk1989.) In zehn Fällen ließen sich die Gründe für die Abweichung in den Predigtausführungen oder in Rücksprache mit den PredigerInnen klären. (Vgl. P1Isk1975, P3Isk1979, P2Br1980, P4Isk1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P5Isk1984 (Ob Iskraut aufgrund der Kirchenvisitation diese Bibelstelle verwendet hat, konnte er rückblickend nicht mehr absolut verifizieren.), P2Mue1984, P7Isk1988, P10Isk1989.) Bei den restlichen neun Predigten ist davon auszugehen, dass die Bibelstellen gezielt ausgesucht wurden, um spezifische Themen und Inhalte ansprechen und biblisch untermauern zu können.

[40] Vgl. P3Isk1979, P4Isk1981, P1Co1982, P4Co1984, P5Co1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P9Br1988, P11Br1989.

[41] In folgenden Predigten wurde eine biblische oder historische Einordnung vorgenommen: P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Br1979, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Isk1984, P5Co1986, P4Ra1988, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P9Co1989, P8Isk1989, P11Br1989, P5Ra1989, P6Ra1989, P10Isk1989. In P5Isk1984 wurde die Darstellung der historischen und biblischen Einbettung so adaptiert, dass sie zur eigenen Argumentation passte. (Vgl. P5Isk1984.)

[42] Vgl. P1Meck1980, P2Br1980, P1Ra1980_81, P3Br1982, P5Meck1983, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P3Ra1986_87, P7Meck1987, P7Isk1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[43] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 156, 169f, 178, 189f, 225, 227f, 245f; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 24, 109f, 117; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 121, 172, 180, 227.

[44] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 276; vgl. auch aaO, 125, 275, 296, 313f, 316, 328ff.

[45] AaO, 273; vgl. auch aaO, 125, 315, 328ff.

[46] AaO, 259.

[47] So brachte Iskraut die *Schlussakte von Helsinki* mit dem Traum des Micha vom absoluten Frieden (Mi 4,1-5) in Verbindung. (Vgl. P3Isk1979.) 1978 stellte er die Medienlenkung der prophetischen Rede gegenüber, in der die gesellschaftspolitischen Probleme wahrgenommen und offen adressiert würden. (Vgl. P2Isk1978.) Die bedrohlichen Gegebenheiten in der Welt

ten die PredigerInnen häufig theologische Motive wie Befreiung, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Gnade, Wahrheit und Hoffnung deren profanem Begriffsverständnis gegenüber und zeigten Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf.[48] Lippelt sprach diesbezüglich von „eine[r] scheinbar[en] neue[n] bzw. akzentuierte[n] Neu- und Umwertung“[49] der Begriffe. Konkret bedeutete dies die Ergänzung der aufgegriffenen Themen um eine theologische Interpretationsebene.

Die Adressatenorientierung der Predigten auf die ZuhörerInnen im Gottesdienst wurde auch anhand der eingebundenen expliziten Bezüge auf Ereignisse der Gemeindearbeit und des Gemeindelebens sowie die direkten Lebensumstände der ZuhörerInnen deutlich.[50] So wurden Probleme auf Gemeindeebene, wie z.B. der Rückgang der Gemeindeglieder, der GottesdienstbesucherInnen und der Mitwirkenden sowie vakante Pfarrstellen, vielfach durch Verweise auf die eigene Gemeinde konkret gemacht.[51] Des Weiteren griffen die PredigerInnen gesellschaftspolitische Themen auf, von denen die adressierte Gemeinde im Besonderen betroffen war.[52] Zusätzlich zeigten sich die PredigerInnen durch die Einbindung privater Erlebnisse,

wurden mit biblischen Geschichten, wie der Sintflut, der Zerstörung Jerusalems und dem Vertrauen des jüdischen Volkes in militärische Überlegenheit, verglichen. Damit wurde der negative Ausgang vorhergesagt, sollten keine Verhaltensänderungen vorgenommen werden. Des Weiteren wurde das Jüngste Gericht mit dem Ende der Menschheit aufgrund eines Atomkrieges in Verbindung gebracht. (Vgl. P3Isk1979, P1CO1982, P2Co1984, P3Co1984, P4Br1984, P2Mue1984, P5Co1986.) Brand identifizierte Ähnlichkeiten zwischen den Sicherheitsversprechen der Blöcke und der fehlenden Wachsamkeit, vor der Paulus bezüglich des nahenden Jüngsten Gerichts in 1. Thess 5,3 warnt. (Vgl. P4Br1984.) Dem Rückzug aus der Gesellschaft stünde laut Iskraut der Nächstenliebe, eine Assimilation hingegen dem ersten Gebot entgegen. (Vgl. P5Isk1984.) Der Wehrunterricht wurden als widersprüchlich zum Friedenswillen Gottes beschrieben, während sich der BEK bei seiner Bewertung des Wehrunterrichts vor allem auf die internationalen Gegebenheiten bezog. (Vgl. P2Br1980, P2Meck1981.) Brand beschrieb die Erhöhung des Mindestumtauschs als widersprüchlich zur Liebe Gottes zu allen Menschen sowie der von Jesus praktizierten Nächstenliebe und Versöhnung. (Vgl. P2Br1980.) Den Aufruf zu mehr Weltgerechtigkeit und zum Teilen untermauerte Müller biblisch mit Verweisen auf das Abendmahl und die Speisung der 5.000. (Vgl. P1Mue1984.) Im Zuge der Aufforderung zur Toleranz gegenüber Jüdinnen und Juden verwies Coblenz auf das Verhalten der ersten ChristInnen gegenüber den jüdischen Gemeinden im Römerbrief. (Vgl. P3Co1984.) Theologisch begründete Brand den Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus mit der Liebe zu Gott, die die Liebe und den Dienst am Nächste einschließt, und mit dem einen Leib Christi, dem auch viele der AusländerInnen angehörten. (Vgl. P7Br1988.) In P8Isk1989 erteilte Iskraut unter Bezugnahme auf die Geschichte vom Ährenraufen am Sabbat den ChristInnen in der DDR die Erlaubnis, die Regelungen des Sozialismus auf ihre Mehrwert für die Menschen in der DDR zu hinterfragen. (Vgl. P8Isk1989. Vgl. hierzu auch Hans-Georg Haberecht. Predigt am 20. Sonntag nach Trinitatis in St. Nikolai Pasewalk über Mk 2,23-28, Pasewalk 08.10.1989 in: PELZ: Revolution auf der Kanzel, 380f.)

[48] Vgl. P1Isk1975, P1Meck1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P7Meck1987, P8Co1988, P9Br1988, P3Mue1989, P13Br1989. Vgl. hierzu auch FRITZ: Ethos und Predigt, 163, 165.

[49] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 301.

[50] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983, P1Mue1984, P4Br1984, P6Meck1985, P5Br1985, P1Ra1986_87, P7Meck1987, P4Ra1988, P7Co1988, P7Isk1988, P9Br1988, P9Co1989, P12Br1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989.

[51] Vgl. P1Isk1975, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P5Meck1983, P1Mue1984, P5Isk1984, P4Br1984, P6Meck1985, P5Br1985, P3Ra1986_87, P7Meck1987, P4Ra1988, P7Isk1988, P9Br1988, P8Isk1989, P12Br1989, P5Ra1989, P6Ra1989, P10Isk1989.

[52] So wurde in einer Predigt an die Gemeinde in Berlin-Johannisthal der Mauerbau problematisiert. Des Weiteren wurden Umweltprobleme in direkter Umgebung der Gemeinden Altenkirchen (Rügen), Cranzahl (Erzgebirge) und Rositz adressiert. Zudem erwähnte Rannenberg die Aussetzung des visafreien Reiseverkehrs nach der VR Polen in seiner Gemeinde an der Grenze zur VR Polen. Mit der Thematisierung der Leiden der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg in einer Predigt an eine Gemeinde in Seelow im Oderbruch nahm Iskraut auf die Erfahrungen der Gemeindeglieder Bezug. In Rannenbergs Gemeinde mit einem hohen Anteil an RentnerInnen übte er Kritik an der ausgebliebenen Rentenerhöhung. Durch ausländerfeindliche Übergriffe in Leipzig und Glauchau wurde die Existenz von Rassismus in der näheren Umgebung von Brands Gemeinde in Waldenburg aufgezeigt. Des Weiteren erwähnte Coblenz, da viele seiner GottesdienstbesucherInnen auf der Insel Rügen TouristInnen waren, im Sommer 1989 Urlaubsreisen im Unterschied zur Ausreise aus der DDR. Im Herbst 1989 wurden Ereignisse in den jeweiligen Städten und Gemeinden benannt. (Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P1Br1979, P2Co1984, P3Ra1986_87, P7Br1988, P8Br1988, P9Co1989, P8Isk1989, P12Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.)

Erfahrungen oder Gedankengänge auch zum persönlichen Glauben nah- und fehlbar.[53] Auch wiesen die Predigten eine hohe Dichte an Bezügen auf nationale und internationale Ereignisse und Gegebenheiten, wie z.B. den Tag des Mauerbaus oder den Kampf um Freiheit in Südafrika, sowie bildhafte Beschreibungen und Erläuterungen, wie z.B. der Vergleich von Kosten von Geschossen mit denen eines Trabants oder die Auswirkungen von Atomwaffen auf den Menschen, auf.[54] Mit all diesen Aspekten steigerten die PredigerInnen im Zuge der Auseinandersetzung mit (gesellschafts-)politischen Themen die Anschlussfähigkeit, persönliche Betroffenheit und Emotionalität sowie die Anschaulichkeit der Predigtausführungen und -inhalte für die ZuhörerInnen. Die grundlegenden Botschaften der Predigten waren aber, selbst wenn die Ausführungen auf die konkrete Zuhörerschaft zugeschnitten wurden, oftmals auf alle ChristInnen in der DDR übertragbar. Auffällig ist, dass in ca. 2/3 der dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten (gesellschafts-)politische Themen dann thematisiert wurden, wenn viele GottesdienstbesucherInnen zu erwarten waren, z.B. bei Kasualien, Friedensseminaren, Feiertagen und kirchlichen Ereignissen. Mit den Bezügen auf tatsächliche Lebensumstände schien man die Anschlussfähigkeit sowie die Bedeutung der Botschaft der Predigt auch bei den unerfahrenen ZuhörerInnen erhöhen zu wollen.[55]

Die Predigten waren überwiegend handlungsorientiert ausgerichtet. Fast alle der Arbeit zugrundeliegenden Predigten weisen in Bezug auf die drei Arten der politischen Predigt – vergewissernd, urteilsbildend und handlungsweisend – Aspekte der handlungsweisenden politischen Predigt auf.[56] Dieses Merkmal nahmen auch Fritz, Kandler, Lippelt und Pelz bei den von ihnen analysierten Predigten wahr.[57] Mehrheitlich ging den Handlungsaufforderungen in den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten die Vergewisserung der Liebe, Hilfe, des Schutzes, der Macht, der Rechtfertigung, des Willens und des Reiches Gottes sowie des ewigen Lebens voraus. Damit wirkten die Handlungsaufforderungen als selbstverständliche Folge der Botschaft des Evangeliums; aus der Befreiung von Sünden sowie der Zusicherung der Geborgenheit und des ewigen Lebens sah man Verantwortung für die Umwelt erwachsen. Im Zuge dessen wurden die Anwesenden verschiedentlich der Bedeutung ihrer Glaubensauslebung für die Umwelt vergewissert. Häufig bezogen sich die Handlungsaufforderungen direkt auf die angesprochenen nationalen oder

[53] Vgl. P3Meck1981, P1Co1982, P3Br1982, P2Co1984, P3Co1984, P4Co1984, P5Isk1984, P5Br1985, P6Co1988, P7Co1988, P8Co1988, P7Br1988, P8Isk1989, P3Mue1989, P13Br1989, P4Mue1989.

[54] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Meck1980, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P5Meck1983, P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P5Isk1984, P4Br1984, P5Br1985, P5Co1986, P3Ra1986_87, P4Ra1988, P6Co1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P10Br1989, P8Isk1989, P10Isk1989.

[55] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P2Br1980, P1Ra1980_81, P4Isk1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P2Ra1982, P3Br1982, P5Meck1983, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P5Co1986, P3Ra1986_87, P7Meck1987, P4Ra1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P11Br1989, P5Ra1989, P6Ra1989.

[56] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982, P2Co1984, P3Co1984, P1Mue1984, P4Co1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P5Co1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P7Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Br1988, P9Co1989, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989. 12 Predigten vereinen in sich alle drei Arten der politischen Predigt. (Vgl. P1Br1979, P1Meck1980, P2Ra1982, P5Meck1983, P4Br1984, P6Br1986, P6Co1988, P8Co1988, P8Br1988, P9Br1988, P5Ra1989, P9Isk1989.) Eine Predigt verband Aspekte der handlungsweisende und urteilsbildende politischen Predigt. (Vgl. P5Isk1984.) Lediglich drei Predigten waren rein der Art der vergewissernden politischen Predigt zuzuordnen. (Vgl. P1Ra1980_81, P3Ra1986_87, P7Isk1988.)

[57] Vgl. FRITZ: Ethos und Predigt, 159f, 169f, 184, 189, 227f, 235, 239; KANDLER: Situationsbezogene Verkündigung, 75, 79; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 298, 301, 303, 315, 317, 328f; PELZ: Revolution auf der Kanzel, 226, 228, 313.

internationalen (gesellschafts-)politischen Entwicklungen und Ereignisse. So wurde z.B. eine Bedrohung bzw. ein Mangel an Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Umweltschutz in der DDR und/oder in der Welt wahrgenommen, dem die ChristInnen mit ihrem Einsatz im Sinne Gottes entgegenwirken sollten.[58] In einigen Predigten mündete die Auseinandersetzung mit (gesellschafts-)politischen Gegebenheiten auch in einer allgemeinen Aufforderung zur Glaubensauslebung und zum Handeln im Sinne Christi in und an der Gesellschaft.[59] Für den Einsatz der ChristInnen in der Welt sahen die PredigerInnen den göttlichen Beistand als notwendig an, weshalb die ChristInnen entweder um Gottes Hilfe bitten sollten oder dieser versichert wurden.[60]

Die PredigerInnen konkretisierten – auch durch eigenständige Bewertungen gesellschaftspolitischer Gegebenheiten aus dem christlich-theologischen Selbstverständnis – Handlungsaufforderungen des BEK oder zeigten weitere Möglichkeiten des gesellschaftspolitischen Einsatzes oder der Glaubensauslebung in der DDR auf. Dies betraf den Friedens- und Umwelteinsatz sowie das Verhalten in Politik und Gesellschaft. Die gemeinsame Aufforderung des BEK und der PredigerInnen an die ChristInnen zu einem ökologischeren Lebenswandel und der Verweis auf die negativen Auswirkungen des eigenen Konsums auf die Umwelt mündete in den Predigten in der Benennung von Handlungsoptionen, wie z.B. der Mülltrennung, dem verantwortungsvollen Umgang mit Dünger, dem Einsparen von Ressourcen, der Vermeidung chemischer Stoffe, der Reduzierung des Fleischkonsums und der offenen Adressierung kritischer Entwicklungen.[61] PredigerInnen identifizierten darüber hinaus die Verweigerung der Teilnahme der ChristInnen an den Demonstrationen zum 1. Mai, an den staatlichen Kinder- und Jugendorganisationen, an den Wahlen, am Wehrunterricht, am Wehrdienst, an Solidaritätsbasaren, an den Zivilverteidigungsübungen und an den Kampfgruppen der Arbeiterklasse – implizit oder explizit – als mögliche Formen der gesellschaftlichen Glaubensauslebung.[62] Der BEK hingegen hatte bei der Auseinandersetzung mit dem Wehrunterricht, der Unterschriftenaktion der *Nationalen Front* und dem Wehrdienst den ChristInnen die Nichtteilnahme lediglich als eine potentielle Handlungsoption aufgezeigt. In den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten wurde auch stärker als seitens des BEK für eine politische Informiertheit und politische Positionierung der ChristInnen, auch unter Hinnahme von gewaltfreien Kontroversen, plädiert.[63]

Auch wenn der Staat nicht Adressat der Predigten war, wurde er in den Predigten – direkt oder indirekt – vielfältig und in manchen Fällen entschiedener als seitens des BEK kritisiert. So beanstandeten die PredigerInnen die praktizierte Erinnerungskultur, die Medien-, Militär-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik und deren Auswirkungen sowie die Leitmotive und die Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR. Des Weiteren wurden rechtliche Einschränkungen und der repressive Umgang mit den BürgerInnen im Allgemeinen sowie mit den gesellschaftspolitisch Engagierten, den ChristInnen und der Kirche im Speziellen problematisiert. Ende der 1980er Jahre thematisierte man das schwierige Verhalten

[58] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Meck1980, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P5Meck1983, P2Co1984, P3Co1984, P5Isk1984, P4Br1984, P2Mue1984, P6Meck1985, P5Br1985, P7Meck1987, P6Co1988, P8Co1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Co1989, P8Isk1989, P9Isk1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989, P10Isk1989, P4Mue1989.

[59] Vgl. P1Br1979, P4Isk1981, P4Meck1981_82, P2Ra1982, P3Br1982, P6Br1986, P5Co1986, P4Ra1988, P7Co1988, P6Isk1988, P10Br1989, P11Br1989, P12Br1989, P5Ra1989.

[60] Vgl. P2Br1980, P4Isk1981, P2Meck1981, P4Meck1981_82, P2Ra1982.

[61] Vgl. P1Br1979, P3Br1982, P5Meck1983, P2Co1984, P2Mue1984, P5Co1986, P8Br1988.

[62] Vgl. P1Br1979, P2Br1980, P2Meck1981, P3Meck1981, P5Meck1983, P5Br1985, P6Br1986, P10Br1989, P11Br1989.

[63] Vgl. P2Br1980, P5Meck1983, P6BR1986.

der politisch Verantwortlichen in der DDR in Vergangenheit und Gegenwart.[64] Im Gegenzug schlugen die PredigerInnen, ebenfalls explizit oder implizit, alternative Möglichkeiten des Handelns und Ausgestaltens vor; häufig schwangen diese, anders als beim BEK, aber nur unterschwellig mit.

Wie oben bereits angedeutet, nahmen der BEK und die PredigerInnen, wenn es um die Haltung und das Verhalten gegenüber dem Staat ging, aus ihrem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus divergierende Standpunkte ein. Dies korrelierte auch mit ihren unterschiedlichen Rollen und Aufgaben in der Gesellschaft der DDR, aus denen heraus sie mit dem Staat interagierten.

Der BEK hatte es, wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit dargestellt, in seiner Ordnung als seine Aufgabe und die seiner Gliedkirchen definiert, in der Gesellschaft der DDR Zeugnis abzulegen und Dienst zu tun. Des Weiteren hatte er sich mit Verweis auf die *Barmer Theologische Erklärung* in die Tradition der Bekennenden Kirche gestellt. Er wollte, wie sowohl in den Dokumenten des BEK als auch in den analysierten Predigten angeklungen, anders als die Deutschen Christen zur Zeit des Nationalsozialismus die Wertevorstellungen und die Glaubensauslebung nicht den gegebenen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen anpassen. Gleichzeitig existierte der BEK als gesellschaftliche Organisation mit vagem rechtlichem Status in einem atheistisch geprägten Gesellschaftssystem. In der Verfassung von 1968 wurde den Kirchen lediglich zugedacht, „ihre Angelegenheiten [zu ordnen] und [...] ihre Tätigkeit [...] in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik [auszuüben]. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden."[65]. Dies machte stetige Aushandlungen mit dem Staat notwendig. Dieses Spannungsverhältnis, in dem der BEK existierte und agierte, ließ sich bis zum Ende der DDR nicht auflösen; davon zeugen auch immer wieder Aussagen von VertreterInnen des BEK.

Bei aller implizit oder explizit geäußerten Kritik am Staat sowie konkreten Handlungsaufforderungen weisen die Stellungnahmen des BEK zwei korrelierende Auffälligkeiten auf. Eine Diskrepanz bestand zwischen dem allgemeinen Bekenntnis des BEK zu Frieden und Abrüstung, Menschenrechten und Umweltschutz – vor allem im Rahmen der internationalen ökumenischen Gemeinschaft – sowie seiner Kommentierung der nationalen Lage zu diesen Bereichen in der DDR, auch gegenüber den staatlichen VertreterInnen. So wurden die weitreichenden Forderungen zur allgemeinen Stärkung von Frieden und Abrüstung, von Umweltschutz und im Besonderen von Menschenrechten oft abgeschwächt auf die DDR übertragen. Diese Abschwächung wurde anhand von geäußerter Anerkennung von staatlichen Handlungen oder der ausbleibenden Kritik an gesellschaftspolitischen Gegebenheiten deutlich; anders als seitens der PredigerInnen blieben trotz des allgemeinen Plädoyers für Frieden oder Menschenrechte viele (gesellschafts-)politische Ausformungen der Militarisierung in der DDR oder der Verletzung von Menschenrechten unerwähnt. Der BEK nahm vor allem akute (Neu-)Entwicklungen, wie z.B. die Einführung des Wehrunterrichts, in den Blick, womit seine Kommentierungen meist hochaktuell waren. Viele dauerhafte Gegebenheiten auf

[64] Vgl. P1Isk1975, P2Isk1978, P3Isk1979, P1Br1979, P1Meck1980, P2Br1980, P3Meck1981, P4Meck1981_82, P1Co1982, P3Br1982, P5Meck1983, P1Mue1984, P4Co1984, P5Isk1984, P6Meck1985, P5Br1985, P6Br1986, P7Meck1987, P4Ra1988, P6Co1988, P8Co1988, P6Isk1988, P7Isk1988, P7Br1988, P8Br1988, P9Br1988, P10Br1989, P8Isk1989, P11Br1989, P12Br1989, P9Isk1989, P5Ra1989, P3Mue1989, P6Ra1989, P13Br1989.

[65] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 39 (2), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

nationaler Ebene sparte er aber aus, es sei denn ChristInnen waren im Besonderen davon betroffen. So widersprach beispielsweise die Benachteiligung von ChristInnen aufgrund ihrer Glaubensauslebung sowie des Bausoldatendienstes dem Recht nach Artikel 39 (1) der Verfassung, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben“[66], und wurde entsprechend vom BEK adressiert.

Die zweite Auffälligkeit bestand in der Divergenz zwischen dem Aufruf des BEK an die ChristInnen zum gesellschaftspolitischen Einsatz auf der einen und zur Zurückhaltung auf der anderen Seite. ChristInnen sollten sich gesellschaftspolitisch für Frieden, Umweltschutz, Gerechtigkeit einsetzen und offene Rede praktizieren. Gleichzeitig übte sich der BEK selbst aber verschiedentlich in vorsichtiger Zurückhaltung gegenüber dem Staat, nahm eine kritische Haltung auch gegenüber gewaltfreien Aktionen von Friedensgruppen ein und versuchte auf die Meinungsvielfalt innerhalb der Kirche im Bezug auf das Staat-Kirche-Verhältnis einzuwirken. Goeckel und Lippelt sahen die Zurückhaltung der Kirchen hinsichtlich Kritik in der staatlichen Gegenwehr oder aber der sozialistischen Prägung der Kirchen begründet.[67] Äußerungen der KKL und ihres Vorsitzenden zeugen davon, dass mögliche negative Auswirkungen kirchlicher gesellschaftspolitischer Kommentare auf den Status und die Existenz der Kirche als gesellschaftliche Institution sowie die Glaubensauslebung der ChristInnen in der DDR mitbedacht wurden und die Stellungnahmen beeinflussten.[68] So sah es die KKL 1977 als wirkungsvoller an, „Gespräche zu führen als öffentliche Erklärungen abzugeben, die mit Sicherheit in die Mühle der politischen Auseinandersetzungen geraten.“[69] Der BEK wollte sein gesellschaftspolitisches Engagement auch nicht als (partei-)politische Einmischung missverstanden wissen, obwohl er an anderer Stelle die Möglichkeit des Missverständnisses kirchlicher Äußerungen zu (gesellschafts-)poltischen Ereignissen und Gegebenheiten durch den Staat als Begleiterscheinung in Kauf nehmen wollte. Pelz schätzte dementsprechend „offizielle kirchliche Stellungnahmen, Bischofsbriefe und Synodalbeschlüsse [...] immer auch [als] Ausdruck einer Kirchenpolitik [ein], die zu DDR-Zeiten zuerst in Richtung Staat zielte.“[70] So wurden, vermutlich im Bewusstsein um die staatliche Haltung zu bestimmten Begriffen oder Themen diese seitens des BEK im Umgang mit dem Staat ausgeklammert, um Konflikte zwischen Kirche und Staat zu vermeiden. In diesem Zusammenhang kann beispielhaft auf die ausbleibende Kommentierung der Vorgänge in der VR Polen Anfang der 1980er Jahre, die anfänglich fehlende Verbindung rechtlicher Defizite in der DDR mit der Menschenrechtsthematik sowie die Einforderung von Reformen in der DDR ähnlich denen Gorbatschows, ohne dessen Reformbestrebungen *Glasnost* und *Perestroika* konkret zu kommentieren, verwiesen werden. Im Herbst 1989 betonte Leich jedoch: „Es führt nicht weiter, wenn wir um einer guten Gesprächsatmosphäre willen nicht auch aussprechen, was viele beschwert.“[71] Als Beispiel für den Rückzug des BEK bei staatlicher Gegenwehr kann der Umgang mit der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen angeführt werden. Die von

[66] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 39 (1), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html (18.04.2020).

[67] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 297; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 106, 112, 326.

[68] Vgl. hierzu auch LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 326.

[69] Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Fünfte Tagung der II. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 13. bis 17. Mai 1977 in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1977, 21.

[70] PELZ: Revolution auf der Kanzel, 311.

[71] Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, gehalten auf der 5. Tagung der V. Synode des Bundes vom 15.-19. September 1989 in Eisenach in: VORSITZENDER DER KKL (Hg.): Mitteilungsblatt des BEK in der DDR 3/4 1989, 43.

Goeckel und Lippelt wahrgenommene sozialistische Prägung kam in Äußerungen von VertreterInnen des BEK zur Realisierung der Menschenrechte in der DDR zum Ausdruck. So wurden demokratisch und westlich geprägte Aussagen in diesem Zusammenhang als in Gänze schwerlich auf die sozialistische DDR übertragbar wahrgenommen.

Die PredigerInnen hatten bei Stellungnahmen mögliche Konsequenzen für die Gemeindeglieder bzw. die Zuhörerschaft, die eigene Person und die Familienangehörigen zu bedenken;[72] die Stellungnahmen des BEK und der PredigerInnen konnten sich somit auf unterschiedlich große Personen(-gruppen) auswirken. Die PredigerInnen waren für den Staat keine direkten VerhandlungspartnerInnen und waren deshalb in ihren Äußerungen autonomer als der BEK. So konnten sie auch in ihren Predigten thematisch gezielter auf nationale und internationale tagesaktuelle oder historische Ereignisse Bezug nehmen und zusätzlich eigenständig Standpunkte vertreten. Die in diese Arbeit eingebundenen PredigerInnen nahmen die aus dem mit dem BEK übereinstimmenden christlich-theologischen Selbstverständnis resultierende Aufforderung zur kritischen gesellschaftspolitischen Mitsprache besonders ernst. So rollten sie das christlich-theologische Selbstverständnis auf zahlreiche gesellschaftspolitische Entwicklungen und Ereignisse aus und benannten im Zuge dessen kritische Punkte in Staat und Gesellschaft. Vor allem die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in der DDR wirkten dadurch umfassender und vielschichtiger beleuchtet als in den Stellungnahmen des BEK. Damit nahmen sie die Lebensumstände der adressierten Gemeindeglieder als BürgerInnen der DDR im Unterschied zum BEK intensiver in den Blick. Die Würdigung staatlicher Handlungsweisen oder gesellschaftspolitischer Gegebenheiten jedoch, wie sie beim BEK häufig zur Abmilderung der Kritik am Staat genutzt wurde, fiel in den Predigten im Gegenzug vergleichsweise gering aus. Positiv äußerten sich die PredigerInnen lediglich zu den staatlichen Bemühungen um die innerdeutschen Beziehungen, zur Ermöglichung von Gesprächen zwischen Kirche und Staat, der Glaubensauslebung bei aller Benachteiligung und des Bausoldatendienstes sowie der Anerkennung der Kirche. Man sprach darüber hinaus von sportlichen und wirtschaftlichen Erfolgen und lobte den herrschenden Wohlstand in der DDR. Im Herbst 1989 würdigten die PredigerInnen Anzeichen einer beginnenden Dialogbereitschaft des Staates.[73] Die analysierten Predigten zeichneten sich folglich insgesamt durch eine kritischere bzw. distanziertere Haltung zum Staat aus. Lippelt nahm ebenfalls eine Differenz bei der inhaltlichen Auseinandersetzung des BEK und der PredigerInnen mit (gesellschafts-)politischen Themen wahr. Er sprach hinsichtlich der Kirchen von einer „oftmals opportune[n] Tendenz innerhalb offzieller Verlautbarungen der Kirchenleitung[, die] nicht immer stringent in der Predigtpraxis durchgehalten [wurden].“[74] Die PredigerInnen dieser Arbeit wagten sich sogar an die Grundfesten des sozialistischen Staats der DDR, indem sie den Sozialismus und dessen Ausgestaltung der christlichen Weltanschauung gegenüberstellten. Die Kritik des BEK an gesellschaftpolitischen Gegebenheiten in der DDR hingegen ging in den Jahren 1978 bis 1989 niemals mit der expliziten kritischen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System als solchem einher. Die Staatskritik der PredigerInnen schlug sich auch in den Handlungsaufforderungen an die ChristInnen nieder, indem die ChristInnen vehementer dazu aufgefordert wurden, ihre Meinung offen zu äußern und

[72] Vgl. LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 124, 277, 326; Fragebogen Iskraut, Privatarchiv Lührmann; Notizen zum Interview mit Pfarrer Iskraut und seiner Ehefrau (März 2013), ebd.

[73] Vgl. P2Br1980, P4Co1984, P5Isk1984, P6Br1986, P3Ra1986_87, P5Ra1989, P4Mue1989.

[74] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 331; vgl. auch aaO, 326.

Erfüllungen von staatlichen Erwartungen an die BürgerInnen zu verweigern, wenn sie den Grundsätzen des Glaubens widersprachen.

Jedoch bestanden nicht nur zwischen dem BEK und den PredigerInnen, sondern auch unter den PredigerInnen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Verhaltens sowie des Einsatzes von Mitteln als Ausdruck des Glaubens gegenüber dem Staat. Daraus resultierte eine divergierende Beurteilung des Staat-Kirche-Verhältnisses, der kirchlichen (Basis-)Gruppen und der innerkirchlichen Spannungen zum Ende der DDR.[75] Darüber hinaus werteten die PredigerInnen in ihren Predigtausführungen die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen, die Friedfertigkeit im Umgang mit dem Staat sowie die Haltung der Kirchenleitenden zum Staat unterschiedlich. Teilweise resultierte dies in der Kritik an der Zurückhaltung der Kirchenleitenden, teilweise in der Anerkennung des Verhaltens der Kirchenleitenden gegenüber dem Staat.[76]

Diese in dieser Arbeit identifizierten unterschiedlichen Standpunkte zum adäquaten Umgang mit dem Staat spiegeln eine Diskussion wider, die von 1978 bis 1989 in verschiedenen Zusammenhängen zwischen Kirchenleitenden und Basis geführt wurde. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen und Aufgaben brachten eine Differenz im Verhalten gegenüber dem Staat mit sich. Während der BEK für die Kirche auf nationaler, öffentlicher Ebene sprach, repräsentierten die PredigerInnen die Kirche auf regionaler, persönlicher Ebene. Besonders der BEK wies an verschiedenen Stellen darauf hin, dass man das (gesellschafts-)politische Engagement nicht als Hauptsaufgabe der Kirche ansah. Über den (gesellschafts-)politischen Einsatz hinaus bedienen die Kirchen spirituelle, geistliche und soziale Bedürfnisse.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit ist abschließend die Frage zu klären, inwiefern die Stellungnahmen des BEK und der in dieser Arbeit betrachteten PredigerInnen zu nationalen (gesellschafts-)politischen Gegebenheiten oder Ereignissen sich auf die Verkündigung, Bezeugung und Auslebung der zeitungebundenen Wahrheit in der DDR auswirkten.

Bei allen Unterschieden in den Stellungnahmen kommunizierten der BEK und die sechs PredigerInnen gegenüber den ChristInnen, den BürgerInnen und dem Staat mit ihren Einschätzungen zu nationalen und internationalen (gesellschafts-)politischen Gegebenheiten und Ereignissen in den Jahren 1978 bis 1989 kontinuierlich die im christlich-theologischen Selbstverständnis zum Ausdruck gebrachte zeitungebundene Wahrheit. Trotz Zurückhaltung des BEK in bestimmten Situationen und zu gewissen Themen waren dem Staat die Standpunkte des BEK aus seinem christlich-theologischen Selbstverständnis zu (gesellschafts-)-politischen Themen bekannt; mit seiner Würdigung von Entwicklungen hin zu einem Mehr an Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Umweltschutz zeigte der BEK die von ihm als angemessen identifizierte Richtung auf. Der Aussage von Goeckel und Lippelt, dass die Kritik des BEK und seiner Gliedkirchen an innerstaatlichen Gegebenheiten vor allem als eine Stärkung und Verteidigung von Eigeninteressen der Kirchen und ihrer Mitglieder zu werten wäre,[77] ist vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit zu widersprechen. Sicherlich resultierte die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Ausformungen

[75] Vgl. P3Meck1981, P4Meck1981_82, P4Co1984, P5Isk1984, P6Meck1985, P5Br1985, P5Co1986, P6Br1986, P4Ra1988, P7Co1988, P8Br1988, P9Br1988.
[76] Vgl. P2Meck1981, P3Meck1981, P1Co1982, P2Ra1982, P7Co1988, P8Br1988, P9Isk1989.
[77] Vgl. GOECKEL: The Lutheran Church, 297; LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 105f, 112, 326, 331.

der Militarisierung in der DDR-Gesellschaft, wie z.B. dem Wehrunterricht, dem Wehrdienstgesetz, den Übungen der Zivilverteidigung und dem Einsatz für einen Wehrersatzdienst, sowie das Plädoyer für Chancengleichheit der ChristInnen in der DDR-Gesellschaft aus der negativen Betroffenheit von ChristInnen durch diese Gegebenheiten. Gleichzeitig hätten Änderungen in diesen Bereichen sowie auch hinsichtlich der Erhöhung des Mindestumtauschs, der Reisefreiheit oder der gesellschaftspolitischen Reformen zum Ende der DDR zur Verbesserung der Lebensumstände aller DDR-BürgerInnen geführt bzw. ihnen mehr Freiheiten ermöglicht. Darüber hinaus adressierten sowohl der BEK als auch die PredigerInnen gesellschaftspolitische Tabuthemen, was sich negativ auf die Kirchen und ihre Mitglieder auswirken konnte. Kritische Äußerungen zu internationalen Ereignissen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die DDR, wie z.B. die Unterschriftenaktionen zum Abrüstungsvorschlag von Breschnew, zum Umweltschutz, zur Energiepolitik nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl, die Auseinandersetzung mit den Abrüstungsverhandlungen oder mit der KSZE, können nicht unter dem Einsatz für Eigeninteressen subsummiert werden. Die Äußerungen waren Ausdruck des christlich-theologischen Selbstverständnisses des BEK und der PredigerInnen, aus dem auch der Aufruf an die ChristInnen resultierte, sich für die Verbesserung der Lebensumstände auf nationaler sowie auf globaler Ebene einzusetzen; sie sind im Sinne des Dienstes an den Mitmenschen wahrzunehmen.

Der BEK und die sechs PredigerInnen kamen mit den Stellungnahmen und den direkten Handlungsaufforderungen an die ChristInnen in der DDR und/oder den Staat auf unterschiedlichen Ebenen somit ihrer seelsorgerlichen Verantwortung gegenüber Politik und Gesellschaft nach, indem sie die verändernde Wirkung des Evangeliums verkündeten und nach außen vorantrieben. Das Engagement des BEK ging über das durch die Verfassung von 1968 für Kirchen zugedachte hinaus und ähnelte vielmehr dem in der Verfassung von 1949 zugebilligten Recht von Religionsgemeinschaften, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“[78]. Durch seine Zurückhaltung hielt der BEK die Möglichkeit der Verkündigung des Evangeliums gegenüber dem Staat „in kleineren Dosen“ weiter offen; ein gutes Verhältnis zum Staat bot die Grundlage für die Platzierung weiterer Forderungen. Dementsprechend bemühte sich der BEK bis zum Ende der DDR kontinuierlich um gute Beziehungen zum Staat und verhielt sich verständnisvoll und kooperativ.

Neben der Verkündigung des Evangeliums stärkten der BEK und die sechs PredigerInnen bei allem Verständnis für den Sozialismus mit der Einnahme demokratisch und westlich geprägter Standpunkte sowie der Betrachtung der (gesellschafts-)politischen Entwicklungen aus einem internationalen Kontext zusätzlich diese Sichtweisen und brachten sie in die Diskussion in der DDR ein; diese standen zu einem Großteil konträr zum staatlichen Narrativ. Auch in den Predigten wurden, trotz Fokus der PredigerInnen auf das Leben und Handeln der ChristInnen in der DDR, viele Sachverhalte in einem globalen Zusammenhang wahrgenommen bzw. eingeordnet; die Auswirkung des eigenen Handelns auf lokaler Ebene auf die internationale Ebene wurde häufig herausgestellt. Sowohl der BEK als auch die PredigerInnen identifizierten die ChristInnen, aber auch den Staat der DDR mit seinen BürgerInnen als Teil einer globalen Weltgemeinschaft. Der seitens Lippelt für die Predigten wahrgenommenen „Konzentration und Beschränkung auf das Gebiet und den Lebensraum innerhalb des Staates der Deutschen Demokratischen Republik

[78] Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, Artikel 41 (2), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html (25.05.2020).

als geschlossenes Gesellschaftssystem“[79] ist unter Betrachtung der Bezüge auf die internationalen Zusammenhänge in den Dokumenten des BEK sowie den dieser Arbeit zugrundeliegenden Predigten zu widersprechen. Vielmehr wird das von Lippelt identifizierte „geschlossene[...] System von Werten und Unwerten“[80] in der DDR in den Dokumenten des BEK und den Predigen aufgebrochen; sowohl der BEK als auch die sechs PredigerInnen dachten und argumentierten über diese Grenzen hinaus. Mit der „nicht befohlene[n] Wahrheit “[81] ging somit auch eine Freiheit im Denken und Handeln einher, die die Dokumente des BEK sowie die in dieser Arbeit untersuchten Predigten prägte und den LeserInnen und ZuhörerInnen vermittelt wurde. Die Analyse weiterer politischer Predigten anderer PfarrerInnen aus der Zeit der DDR unter Nutzung von Fragestellung und Methodik dieser Arbeit könnte die Ergebnisse dieser Arbeit auf eine breitere Basis stellen.

Diese Arbeit zeigt die Herausforderungen und Schwierigkeiten von Kirchen und ihren Mitgliedern in einem atheistischen, diktatorischen System wie der DDR auf und ermöglicht dadurch eine Auseinandersetzung mit Gegebenheiten, denen in Vergangenheit und Gegenwart auch andere Kirchen und Religionsgemeinschaften ausgesetzt waren und sind. Gleichzeitig werden aber auch die Möglichkeiten sichtbar, um als Minderheitenkirche auf unterschiedlichen Ebenen auf Politik und Gesellschaft ein- und an einer (Um-)Gestaltung mitzuwirken. Vor dem Hintergrund der gegenwärtig stark abnehmenden Mitgliederzahlen der Evangelischen und Katholischen Kirche in der BRD sowie der problematischen (gesellschafts-)politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und in der Welt können die Ergebnisse dieser Arbeit Ausgangspunkt sein, um über die Rolle, die Positionierung und den Einsatz der christlichen Kirchen sowie deren Mitglieder in der eigenen Gesellschaft und in der Welt nachzudenken. Die adressierten (gesellschafts-)politischen Themen sowie die eingenommenen Standpunkte haben aufgrund der ihnen zugrundeliegenden zeitungebundenen Wahrheit sowie der Verschärfung der Menschheitsprobleme, wie Klimawandel und globaler Ungerechtigkeit, die die Migration befördert, aufgrund verschiedener (wieder)aufflammender Kriege und des Konflikts zwischen Ost und West sowie aufgrund zunehmenden Rechtsextremismus und Rassismus in unserer Gesellschaft und in der Welt nicht an Aktualität eingebüßt und können wegweisend für die Diskussion sein, inwiefern und mit welcher Deutlichkeit sich die christlichen Kirchen aus einem christlich-theologischen Selbstverständnis heraus zu den Themen positionieren und an Entwicklungen in der Gesellschaft und in der Welt im Sinne Gottes mitwirken können. Ingesamt zeigt die Arbeit die Bedeutung von Kirche und ihren Mitgliedern für Gesellschaften jeglicher Art, indem diese eine andere Sichtweise auf die Gegebenheiten einbringen, positive Entwicklungen verstärken und negativen widersprechen – ein Selbstverständnis, das in den Dokumenten des BEK immer wieder anklang an und auch in den Predigten – z.T. klarer und offener – zum Ausdruck kam.

[79] LIPPELT: Postulierter Pragmatismus, 324.
[80] AaO, 331.
[81] Vgl. hierzu GAUCK: Winter im Sommer, 104.

Kapitel 6

Anhang

6.1 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1980/81 (P1Ra1980_81)

Jesaja 30,(8-24) 15-17 **Keune, Schacksdorf, Silvester**
31. Dezember 1980 / Sacro, Eulo, Neujahr 1. Januar 1981 / Markoheim, 14. Januar 1981

[Das alte Jahr geht zu Ende.

oder

Das neue Jahr hat begonnen.

Für viele ein Anlaß zum Feiern, für jüngere mehr als für ältere. Für andere ein Tag wie jeder andere, zufällig am Ende einer Zahl von Tagen, die das weltliche Jahr ausmachen.

Vom Kirchenjahr her leben wir in der Weihnachtszeit, noch brennen die Kerzen am Lichterbaum, aber der Alltag hat uns nach den Festtagen schon wieder. Keine kirchliche Hoch-Zeit, allenfalls ist der Abglanz von Weihnachten zu sehen.]

Jahreswechsel:

Die Uhren merken nichts davon. Für sie ist jede 12 gleich. Die Erde dreht sich weiter durch den Weltraum. Herzen schlagen weiter oder hören auf.

Jahreswechsel:

Ein Merkpunkt, von Menschen für Menschen geschaffen.

Eine Umsteigestation, die unseren Gedanken einen Aufenthalt gibt.

Eine Gelegenheit, uns zu besinnen auf die Strecke, die hinter und liegt und auf den Weg, der kommt.

Zeit, die uns geschenkt, war und ist es.

Womit war sie gefüllt?

oder

Womit wird sie gefüllt sein?

1980

Das Jahr neuer Spannungen:

Hervorgerufen durch:

Einmarsch sowjetischer Truppen nach Afghanistan, als Folge Teilboykott der Olympischen Spiele.

Drosselung der Einreise aus der Bundesrepublik durch die neue Geldumtauschregelung.

Gründung unabhängiger Gewerkschaften in Polen, erzwungen durch Streiks, als Folge Erschwerung im Reiseverkehr nach Polen.

Als Folge von beidem: zur Zeit kaum /schwierige, spannungsvolle Gesprächslage/ Gespräche zwischen Staat und Kirche.

Das Jahr neuer Katastrophen:

Erdbeben in Algerien

Erdbeben in Italien

10 000e von Toten

(Die Kongreßhalle in Westberlin)

1980 Ein Jahr neuer Aktivitäten

Gemeinde

Sacro Kirchendach Erschrecken + Bewerkstelligen

Dank vieler, die mitgedacht und mitangepackt

Eulo Renovierung...

Dank vieler, die geholfen und manchmal überdurchschnittlich sich eingesetzt haben.

Ökumenische Aktivitäten

Allianz in Sacro und Noßdorf

Taufe Konfirmation Trauung Beerdigung

Haus gebaut (Werkstatt)

Krankheit – überstanden

Prüfung – bestanden

Neuer Abschnitt begonnen (Lehre, Ehe, Wohnung)

1981

Das Jahr neuer Vorsätze:

Alle Kräfte anzuspannen für gutes Ende für guten Anfang kürzer zu treten, um noch eine Weile mitmachen zu können

neue Entwicklungen

Neuer US-Präsident

Geiseln

Wird es eine endgültige Trennung geben in der Familie oder wird aufs neue Gemeinschaft möglich sein?

Besinnung auf die Strecke,

die hinter uns liegt,

und auf den Weg,

der kommt.

Es ist immer Zeit, die uns geschenkt war und ist.

Gefüllt von so vielem was uns freut,

gefüllt von so vielem was uns ängstet,

gefüllt von Erfolg und Mißerfolg.

Besinnung führt zu Lob und Kritik.

[Mißerfolge und Kritik]

Wir vergessen aber leicht, was mißlungen, freuen uns am Erfolg.

Wir sind auch ungern bereit, uns grundsätzliche Kritik gefallen zulassen, höchstens ein paar Korrekturen.

Besinnung kann bei uns nur vom Glauben her geschehen!

Erhalten wir Hinweise zu Lob und Kritik für den Weg der hinter uns liegt?

Erhalten wir Hinweise für den Weg der vor uns liegt?

Blick nach vorn (düster)!

Blick auf Verheißung (davor)!

Blick zwischen wieviel (Hetze etc.)!

Wenn ihr

Blick nach vorn wieviel Hetze... wenn ihr.... tröstlich!

Gegeben ist uns ein Abschnitt aus dem 30. Kapitel in Propheten Buch Jesaja.

Textlesung Jesaja 30 15-17

Vielleicht ist uns hängengeblieben der 1. Satz. Er allein enthält so etwas wie Wegweisung. V.15

Aber er ist eingebettet in die Feststellung: Ihr wollt nicht und sprecht nein. Darum wird von euch nur ein bedeutungsloser Rest übrigbleiben wie eine Signalstange auf einem Berge und wie eine Fahne auf einem Hügel, die Kämpfer, die sie leiten sollte, sind alle erschlagen.

Weckt das die Freude des Glaubens oder die Macht der Liebe oder die Kraft der Hoffnung, wenn uns gesagt wird: Nur ein Rest bleibt übrig, angstvoll auf einen Berg zusammengetrieben, ohne Ausweg und ohne Fluchtmöglichkeit? Gewiß haben wir das ernsthaft zu hören. Das ist auch Gottes Möglichkeit, und das Gottesvolk Israel hat (es) ein gutes Jahrhundert später als Volksgemeinschaft wie als Glaubensgemeinde bitter erfahren.

Aber vor dieser Unheilsankündigung, die wir hier lesen, stand das Heilsangebot Gottes, das hier nur noch wiederholend zitiert wird. V.15

Und ich möchte mit anderen Auslegern sagen: Für uns ist es entscheidend, dieses Angebot Gottes zu hören. Ich möchte nicht glauben, daß die Unheilsverkündung uns heute gilt. So lange Gott uns sein Angebot weiter sagen läßt, und solange wir nicht ausgesprochenermaßen nein sprechen wie damals das Volk Israel, solange gilt das Angebot Gottes.

V.15 Wenn wir umkehrt und stille bleibt....., wird euch geholfen.

Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein.

Umkehr zu Gott bringt Hilfen, gibt Kraft. Umkehr zu Gott zeigt sich im Stille sein vor Gott und in Vertrauen und Hoffnung auf Gott.

Unsere Zeit ist nicht davon geprägt daß wir gelassen und ruhig in den Tag hineingehen und „getrost erwarten, was kommen mag." Wir wissen nur allzugenau, was uns erwartet,

- wenn wir dies oder jenes nicht leisten (Verachtung, Zurücksetzung).
- wenn wir dies oder jenes nicht haben (Herabblicken der anderen auf uns).
- wenn wir dies oder jenes nicht bekommen (Wir kommen nicht voran).

Wir denken an die vielen Gelegenheiten, die wir verpaßt haben.

Wir denken an das, was wir noch alles hätten schaffen müssen.

Lied 45

Wir haben keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Spätestens (über) morgen geht die Hetze wieder. Sicherheit für uns selbst gewinnen wir nur, indem wir uns selbst sichern.

Nutze die Zeit aus: Verpasse keine Minute.

Wir denken, wir schaffen das, weil wir es schaffen müssen. Wir vertrauen am liebsten darauf, daß wir alles selber tun, und das möglichst schnell.

Ein französischer Schriftsteller schreibt in einem kleinen Buch von einem kleinen Prinz, der von einem winzigen Stern, auf dem er allein lebt, auf die Erde verschlagen ist:

„Guten Tag," sagte der kleine Prinz.

„Guten Tag," sagte der Händler.

Er handelte mit höchst wirksamen, durststillenden Pillen. Man schluckt jede Woche eine und spürt überhaupt kein Bedürfnis mehr, zu trinken. „Warum verkaufst du das?," fragte der kleine Prinz. „Das ist eine große Zeitersparnis," sagte der Händler. „Die Sachverständigen haben Berechnungen angestellt: Man erspart 53 Minuten in der Woche." „Und was macht man mit diesen 53 Minuten?" „Man macht damit, was man will..." „Wenn ich 53 min übrig hätte," sagte der kleine Prinz, „würde ich ganz gemächlich zu einem Brunnen laufen." (S. 74)

Ich könnte hinzufügen:

Wenn ich 53 min Zeit hätte, würde ich (einen) einen Gottesdienst besuchen, würde ich meine Bibel aufschlagen und auf Gottes Wort an mich hören, würde ich mich ein Weilchen ausruhen, einen Mittagsschlaf halten.

Durch Stillsein vor Gott werdet ihr stark. Gott gibt uns nicht nur 53 min, sondern einen ganzen Tag jede Woche, an dem wir stille sein können vor ihm.

Gott gibt uns unsere ganze Lebenszeit, aus der wie jeden Tag Zeit für die Stille vor ihm ausgrenzen können. Also 1x alle Aktivitäten ruhen lassen und stille sein vor Gott.

Wenn wir zurückblicken auf das vergangene Jahr, ob nicht vieles besser gelaufen wäre, wenn wir mehr Stille vor Gott gehabt hätten, ob nicht manches auch ohne uns gelaufen wäre, wenn wir dafür Zeit für die Stille vor Gott gehabt hätten.

Ob wir in der Stille vor Gott nicht vielleicht gewiesen worden wären, uns an anderer Stelle mehr einzusetzen (als da, wo wir es für nötig hielten!)?

Ob nicht manche Stunde der Niedergeschlagenheit zu vermeiden oder besser zu ertragen gewesen wäre, hätten wir (mehr) auf Gott vertraut und auf ihn unsere Hoffnung gesetzt?

Solch ein kritischer Zurückblick ist notwendig (aber geleitet durch Gottes Wort!). Es darf verbunden werden mit all dem Dank für das, was Gott und trotz Unglauben und Kleinglauben hat gelingen lassen. Es darf verbunden werden mit dem Dank, daß Gott uns mit dem neuen Jahre, die Chance eines neuen

Anfangs gibt. Wir dürfen darum noch mehr vertrauensvoll vorwärts blicken.

Gewiß, wir haben unsere Pläne, wir wissen, welche Aufgaben uns erwarten. Gewiß, wir wissen um Ereignisse, die auf uns zukommen, frohmachende und beängstigende. Gewiß, wir haben auch unsere Ängste.

Wir haben für die neue Wegstrecke aber auch Gottes Weisung:

Wenn ihr umkehrt zu mir, d.h. wenn ihr stille seid, wird euch geholfen. Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein. Zum Stillsein gehört ruhiges Einatmen und Ausatmen. Dem Einatmen entspricht das stille Hören auf Gottes Wort. Wir empfangen darin Weisung für unsere nächsten Schritte und gewinnen daraus Kraft.

Dem Ausatmen entspricht das Gebet in der Stille. Es macht uns die Richtung gewiß, in die Gott uns weist und gibt uns dadurch Kraft.

Jochen Klepper weist in seinem Mittagslied auf beides hin:

„Wie laut dich auch der Tag umgibt, (jetzt) halte lauschend still."

„Die Hände, die zum Beten ruhen, die macht er stark zur Tat."

Es braucht nicht so zu werden:

Wir rennen und rennen, weil wir meinen, wir könnten und müßten alles schaffen, was wir uns vornehmen, und werden dann doch überrannt von den Sorgen und Aufgaben, die wir uns selber machen. Es soll nicht so sein, wie es von den Israeliten damals gesagt wird: Auf Rennern wollten sie reiten und wurden überrannt von ihren Verfolgern und nur ein zerschlagener und nutzloser Rest blieb übrig.

Wir dürfen mit der Zusage ins Neue Jahr gehen:

Wenn ihr umkehrt und stille bleibt, wird euch geholfen.

Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein.

Amen.

6.2 Rannenberg: Predigt Jahreswechsel 1986/87 (P3Ra1986_87)

Jesaja 30,$_{(8\text{-}24)\ 15\text{-}17}$ Hörlitz / Wormlage, Silvester 31. Dezember 1986 / Senftenberg, Neujahr 1. Januar 1987

[Das alte Jahr geht zu Ende.

oder

Das neue Jahr hat begonnen.

Für viele ein Anlaß zum Feiern, für jüngere mehr als für ältere. Für andere ein Tag wie jeder andere, zufällig am Ende einer Zahl von Tagen, die das weltliche Jahr ausmachen.

Vom Kirchenjahr her leben wir in der Weihnachtszeit, noch brennen die Kerzen am Lichterbaum, aber der Alltag hat uns nach den Festtagen schon wieder. Keine kirchliche Hoch-Zeit, allenfalls ist der Abglanz von Weihnachten zu sehen.]

Jahreswechsel:

Die Uhren merken nichts davon. Für sie ist jede 12 gleich. Die Erde dreht sich weiter durch den Weltraum. Herzen schlagen weiter oder hören auf.

Jahreswechsel:

Ein Merkpunkt, von Menschen für Menschen geschaffen.

Eine Umsteigestation, die unseren Gedanken einen Aufenthalt gibt.

Eine Gelegenheit, uns zu besinnen auf die Strecke, die hinter und liegt und auf den Weg, der kommt.

Zeit, die uns geschenkt, war und ist es.

Womit war sie gefüllt?

oder

Womit wird sie gefüllt sein?

1986

Es war ein Jahr, das neue Hoffnung wecken wollte:

In unseren Zeitungen war dazu zu lesen:

Von der UNO zum internationalen Jahr des Friedens erklärt

Eingeleitet durch Vorschläge Gorbatschows zur Abschaffung der Atomwaffen bis 2000

Ergänzt durch Vorschläge der SU zur Reduzierung der konventionellen Waffen und zum Verbot der chemischen Waffen

[Verlängerung der Atombombenteststops der SU vom 6.8.86 bis 1.1.87

Flankiert durch Appelle der Warschauerpaktstaaten, z.B. zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa

Annahme des Dokumentes der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (22.9.)]

Es war ein Jahr, das aber auch neue Enttäuschungen brachte: In unseren Zeitungen....

Das Treffen Reagan-Gorbatschow verlief erfolglos

Ein Staatsmann, der sich energisch für den Frieden eingesetzt hatte, Olof Palme, wurde ermordet

Der XI. Parteitag der SED brachte keine Maßnahmen zugunsten der Rentner.

Es war ein Jahr schwerer Katastrophen. In unseren Zeitungen lasen wir z.B. von:

Die Explosion der amerikanischen Raumfähre „Challenger“ nach dem Start (im Januar)

Die Havarie im Atomkraftwerk Tschernobyl im April

Erdbeben in El Salvador im Oktober mit 2000 Toten, 10.000 Verletzten, 200.000 Obdachlosen

Flugzeugabsturz im Dezember mit 71 Toten

Es war auch ein Jahr neuer Erfolge: In unseren Zeitungen lasen wir z.B. von:

Erfolgen in der Wirtschaft

Erfolgen im Sport

Erfolg in der Erkundung des Weltraums (die sowjetischen Raumsonden VEGA 1 und VEGA 2 funkten als erste mehr als 1000 Bilder des Halleyschen Kometen aus dem Weltraum auf die Erde

Es war auch ein Jahr mit neuen Ergebnissen in der Kirchengemeinde:

Der Kirchturm wurde endlich fertig

[Aber neue Aufgaben warten: Kirchendach, Kirchenschiff und die Stützpfeiler, die gesamte Elektrik innen; später einmal die Ausmalung]

Aber Hörlitz konnte noch nicht in Angriff genommen werden

Die Statistik zeigte uns nüchtern, wie klein unsere Kirchengemeinde ist (nicht 1x 1/10 der Einwohner der Stadt) [dazu 1/10 Katholiken und 1-2/100 Freikirchen und religiöse Sondergemeinschaften]

[und weist uns auf die große missionarische Aufgabe hin, die wir haben.]

Es war auch ein Jahr mit Neuem im persönlichen Leben von uns. Da waren Taufen, Konfirmationen, Trauungen, Beerdigungen.

Da wurde ein Haus gebaut

eine Krankheit überstanden

eine Prüfung bestanden

Da wurde ein neuer Abschnitt begonnen

Lehre, Ehe, Wohnung

Und 1987

Womit wird es gefüllt sein?

Mit neuen Vorsätzen z.B.:

- alle Kräfte anzuspannen für ein gutes Ende für einen guten Anfang

s.a. Zeitungen, Reden zum Jahreswechsel

oder auch

Kürzer zu treten, um noch eine Weile mitmachen zu können.

Mit neuen Entwicklungen vielleicht:

- ob nicht doch zur Friedenssicherung Schritte möglich sind?

(Gemeinde)

Ob wir Wege finden, nicht um Gemeinde zu erhalten, sondern neu aufzubauen

(persönlich)

Ob es eine endgültige Trennung geben wird in der Familie

oder

Ob aufs neue Gemeinschaft möglich sein wird....

Besinnung auf die Strecke,

die hinter uns liegt,

und auf den Weg,

der kommt.

Es ist immer Zeit, die uns geschenkt war und ist.

Gefüllt von so vielem was uns freut,

gefüllt von so vielem was uns ängstet,

gefüllt von Erfolg und Mißerfolg.

Besinnung führt zu Lob und Kritik.

[Mißerfolge und Kritik]

Wir vergessen aber leicht, was mißlungen, freuen uns am Erfolg.

Wir sind auch ungern bereit, uns grundsätzliche Kritik gefallen zulassen, höchstens ein paar Korrekturen.

Besinnung kann bei uns nur vom Glauben her geschehen!

Erhalten wir Hinweise zu Lob und Kritik für den Weg der hinter uns liegt?

Erhalten wir Hinweise für den Weg der vor uns liegt?

Blick nach vorn (düster)!

Blick auf Verheißung (davor)!

Blick zwischen wieviel (Hetze etc.)!

Wenn ihr

Blick nach vorn wieviel Hetze... wenn ihr.... tröstlich!

Gegeben ist uns ein Abschnitt aus dem 30. Kapitel in Propheten Buch Jesaja.

Textlesung Jesaja 30 15-17

Vielleicht ist uns hängengeblieben der 1. Satz. Er allein enthält so etwas wie Wegweisung. V.15

Aber er ist eingebettet in die Feststellung: Ihr wollt nicht und sprecht nein. Darum wird von euch nur ein bedeutungsloser Rest übrigbleiben wie eine Signalstange auf einem Berge und wie eine Fahne auf einem Hügel, die Kämpfer, die sie leiten sollte, sind alle erschlagen.

Weckt das die Freude des Glaubens oder die Macht der Liebe oder die Kraft der Hoffnung, wenn uns gesagt wird:

Nur ein Rest bleibt übrig, angstvoll auf einen Berg zusammengetrieben, ohne Ausweg und ohne Fluchtmöglichkeit?

Gewiß haben wir das ernsthaft zu hören. Das ist auch Gottes Möglichkeit, und das Gottesvolk Israel hat (es) ein gutes Jahrhundert später als Volksgemeinschaft wie als Glaubensgemeinde bitter erfahren.

Aber vor dieser Unheilsankündigung, die wir hier lesen, stand das Heilsangebot Gottes, das hier nur noch wiederholend zitiert wird. V.15

Und ich möchte mit anderen Auslegern sagen: Für uns ist es entscheidend, dieses Angebot Gottes zu hören.

Ich möchte nicht glauben, daß die Unheilsverkündung uns heute gilt. So lange Gott uns sein Angebot weiter sagen läßt, und solange wir nicht ausgesprochenermaßen nein sprechen wie damals das Volk Israel, solange gilt das Angebot Gottes.

V.15 Wenn wir umkehrt und stille bleibt....., wird euch geholfen.

Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein.

Umkehr zu Gott bringt Hilfen, gibt Kraft. Umkehr zu Gott zeigt sich im Stille sein vor Gott und in Vertrauen und Hoffnung auf Gott.

Unsere Zeit ist nicht davon geprägt daß wir gelassen und ruhig in den Tag hineingehen und „getrost erwarten, was kommen mag." Wir wissen nur allzugenau, was uns erwartet,

- wenn wir dies oder jenes nicht leisten (Verachtung, Zurücksetzung).
- wenn wir dies oder jenes nicht haben (Herabblicken der anderen auf uns).
- wenn wir dies oder jenes nicht bekommen (Wir kommen nicht voran).

Wir denken an die vielen Gelegenheiten, die wir verpaßt haben.

Wir denken an das, was wir noch alles hätten schaffen müssen.

Lied 45

Wir haben keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Spätestens (über) morgen geht die Hetze wieder.

Sicherheit für uns selbst gewinnen wir nur, indem wir uns selbst sichern.

Nutze die Zeit aus: Verpasse keine Minute.

Wir denken, wir schaffen das, weil wir es schaffen müssen. Wir vertrauen am liebsten darauf, daß wir alles selber tun, und das möglichst schnell.

Ein französischer Schriftsteller schreibt in einem kleinen Buch von einem kleinen Prinz, der von einem winzigen Stern, auf dem er allein lebt, auf die Erde verschlagen ist:

„Guten Tag," sagte der kleine Prinz.

„Guten Tag," sagte der Händler.

Er handelte mit höchst wirksamen, durststillenden Pillen. Man schluckt jede Woche eine und spürt überhaupt kein Bedürfnis mehr, zu trinken. „Warum verkaufst du das?," fragte der kleine Prinz. „Das ist eine große Zeitersparnis," sagte der Händler. „Die Sachverständigen haben Berechnungen angestellt: Man erspart 53 Minuten in der Woche." „Und was macht man mit diesen 53 Minuten?" „Man macht damit, was man will..." „Wenn ich 53 min übrig hätte," sagte der kleine Prinz, „würde ich ganz gemächlich zu einem Brunnen laufen." (S. 74)

Ich könnte hinzufügen:

Wenn ich 53 min Zeit hätte, würde ich (einen) einen Gottesdienst besuchen, würde ich meine Bibel aufschlagen und auf Gottes Wort an mich hören, würde ich mich ein Weilchen ausruhen, einen Mittagsschlaf halten.

Durch Stillsein vor Gott werdet ihr stark. Gott gibt uns nicht nur 53 min, sondern einen ganzen Tag jede Woche, an dem wir stille sein können vor ihm.

Gott gibt uns unsere ganze Lebenszeit, aus der wie jeden Tag Zeit für die Stille vor ihm ausgrenzen können. Also 1x alle Aktivitäten ruhen lassen und stille sein vor Gott.

Wenn wir zurückblicken auf das vergangene Jahr, ob nicht vieles besser gelaufen wäre, wenn wir mehr Stille vor Gott gehabt hätten, ob nicht manches auch ohne uns gelaufen wäre, wenn wir dafür Zeit für die Stille vor Gott gehabt hätten.

Ob wir in der Stille vor Gott nicht vielleicht gewiesen worden wären, uns an anderer Stelle mehr einzusetzen (als da, wo wir es für nötig hielten!)?

Ob nicht manche Stunde der Niedergeschlagenheit zu vermeiden oder besser zu ertragen gewesen wäre, hätten wir (mehr) auf Gott vertraut und auf ihn unsere Hoffnung gesetzt?

Solch ein kritischer Zurückblick ist notwendig (aber geleitet durch Gottes Wort!). Es darf verbunden werden mit all dem Dank für das, was Gott und trotz Unglauben und Kleinglauben hat gelingen lassen. Es darf verbunden werden mit dem Dank, daß Gott uns mit dem neuen Jahre, die Chance eines neuen Anfangs gibt. Wir dürfen darum noch mehr vertrauensvoll vorwärts blicken.

Gewiß, wir haben unsere Pläne, wir wissen, welche Aufgaben uns erwarten. Gewiß, wir wissen um Ereignisse, die auf uns zukommen, frohmachende und beängstigende. Gewiß, wir haben auch unsere Ängste.

Wir haben für die neue Wegstrecke aber auch Gottes Weisung:

Wenn ihr umkehrt zu mir, d.h. wenn ihr stille seid, wird euch geholfen. Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein. Zum Stillsein gehört ruhiges Einatmen und Ausatmen. Dem Einatmen entspricht das stille Hören auf Gottes Wort. Wir empfangen darin Weisung für unsere nächsten Schritte und gewinnen daraus Kraft.

Dem Ausatmen entspricht das Gebet in der Stille. Es macht uns die Richtung gewiß, in die Gott uns weist und gibt uns dadurch Kraft.

Jochen Klepper weist in seinem Mittagslied auf beides hin:

„Wie laut dich auch der Tag umgibt, (jetzt) halte lauschend still."

„Die Hände, die zum Beten ruhen, die macht er stark zur Tat."

Es braucht nicht so zu werden:

Wir rennen und rennen, weil wir meinen, wir könnten und müßten alles schaffen, was wir uns vornehmen, und werden dann doch überrannt von den Sorgen und Aufgaben, die wir uns selber machen. Es soll nicht so sein, wie es von den Israeliten damals gesagt wird: Auf Rennern wollten sie reiten und wurden überrannt von ihren Verfolgern und nur ein zerschlagener und nutzloser Rest blieb übrig.

Wir dürfen mit der Zusage ins Neue Jahr gehen:

Wenn ihr umkehrt und stille bleibt, wird euch geholfen.

Durch Stillsein und Hoffnung werdet ihr stark sein.

Amen.

6.3 Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre: Ich habe die vorgelegte Dissertation selbständig und nur mit den Hilfen angefertigt, die ich in der Dissertation angegeben habe. Alle Textstellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Schriften entnommen sind, und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, sind als solche kenntlich gemacht.

Gießen, den 06.06.2024

Da einige der in dieser Arbeit verwendeten Quellen sowohl Primär- als auch Sekundärquellen in vermischter Form aufweisen, wird in diesem Literaturverzeichnis keine Unterteilung in Primär- und Sekundärquellen vorgenommen.

Literaturverzeichnis

1980: Eine Lawine aus Beton. Die Kongresshalle stürzt ein, https://www.hkw.de/de/hkw/geschichte/geschichte_kongresshalle/1980_1.php, 21.04.2020.

1980: Ronald Reagan and Jimmy Carter. Presidential Debate, October 28, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/1980-ronald-reagan-and-jimmy-carter-presidential-debate, 01.01.2023.

37/16. International Year of Peace, 16 November 1982, https://undocs.org/en/A/RES/37/16, 11.05.2020.

39/10. International Year of Peace, 8 November 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/10, 11.05.2020.

39/145. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 14 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/145, 11.05.2020.

39/148. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the general Assembly at its tenth special session, 17 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/148, 11.05.2020.

39/151. General and complete disarmament, 17 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/151, 11.05.2020.

39/155. Implementation of the Decleration on the Strengthening of International Security, 17 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/155, 11.05.2020.

39/156. Strengthening of international security: common security, 17 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/156, 11.05.2020.

39/160. Relationship between disarmament and development, 17 December 1984, https://undocs.org/en/A/RES/39/160, 11.05.2020.

40/10. Programme of the International Year of Peace, 11 November 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/10, 11.05.2020.

40/124. Alternative approaches and ways and means within the United Nations system for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms, 13 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/124, 23.05.2020.

40/150. Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security, 16 december 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/150, 11.05.2020.

40/151. Review and implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 16 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/151, 11.05.2020.

40/152. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its tenth special session, 16 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/152, 11.05.2020.

40/155. Relationship between disarmament and development, 16 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/155, 11.05.2020.

40/162. International co-operation in the peaceful uses of outer space, 16 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/162, 11.05.2020.

40/18. Bilateral nuclear-arms negotiations, 12 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/18, 11.05.2020.

40/3. International Year of Peace, 24 October 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/3, 11.05.2020.

40/68. Peaceful settlement of disputes between States, 11 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/68, 11.05.2020.

40/81. Urgent need for a comprehensive nuclear-test-ban treaty, 12 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/81, 11.05.2020.

40/87. Prevention of an arms race in outer space, 12 December 1985,, https://undocs.org/en/A/RES/40/87, 11.05.2020.

40/9. Solemn appeal to States in conflict to cease armed action forthwith and to settle disputes between them through negotiations, and to States Members of the United Nations to undertake to solve situations of tension and conflict and existing disputes by political means and to refrain from the threat or use of force and from any intervention in the internal affairs of other State, 8 November 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/9, 11.05.2020.

40/91. Reduction of military budgets, 12 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/91, 11.05.2020.

40/94. General and complete disarmament, 12 December 1985, https://undocs.org/en/A/RES/40/94, 11.05.2020.

41/119. International Covenants on Human Rights, 4 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/119, 23.05.2020.

41/47. Urgent need for a comprehensive nuclear-test-ban treaty, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/47, 11.05.2020.

41/53. Prevention of a arms race in outer space, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/53, 11.05.2020.

41/57. Reduction of military budgets, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/57, 11.05.2020.

41/59. General and complete disarmament, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/59, 11.05.2020.

41/60. Review and Implementation of the Concluding Document of the Twelfth Special Session of the General Assembly, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/60, 11.05.2020.

41/64. International co-operation in the peaceful uses of outer space, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/64, 11.05.2020.

41/74. Peaceful settlement of disputes between States, 3 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/74, 11.05.2020.

41/86. Review of the implementation of the recommendations and decisions adopted by the General Assembly at its thenth special session, 4 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/86, 11.05.2020.

41/9. International Year of Peace, 24 October 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/9, 11.05.2020.

41/92. Establishment of a comprehensive system of international peace and security, 4 December 1986, https://undocs.org/en/A/RES/41/92, 11.05.2020.

5. Tagung der 3. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR – 18.-22. September 1981, Vorlage Nr.: 22; Vorlage des Berichtsausschusses, EZA 101/5394.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der deutschen demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes, 8. September 1987, https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-1987-bis-1989/erklaerung-von-bundesminister-prof-dr-toepfer-806810, 25.02.2019.

Abschliessendes Kolloquium 'Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung', Bukarest/Rumänien, 3.-7. Oktober 1982. Was wir unterwegs nach Bukarest gesehen haben von Christa Lewek, EZA 101/1220.

Address Before a Joint Session of the Congress Following the Soviet-United States Summit Meeting in Geneva, November 21, 1985, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-joint-session-congress-following-soviet-united-states-summit-meeting-geneva, 12.03.2023.

Address to the American and Soviet Peoples on the Soviet-United States Summit Meeting, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-american-and-soviet-peoples-soviet-united-states-summit-meeting, 26.01.2021.

Address to the Nation on Defense and National Security, March 23, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-defense-and-national-security, 12.03.2023.

Address to the Nation on the Meetings With Soviet General Secretary Gorbachev in Iceland, October 13, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-meetings-soviet-general-secretary-gorbachev-iceland, 12.03.2023.

Address to the Nation on the Soviet-United States Summit Meeting, December 10, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-soviet-united-states-summit-meeting, 15.07.2021.

Algerien – ein vom Erdbeben geplagtes Land, 11. Mai 2010, https://www.sueddeutsche.de/politik/chronik-algerien-ein-von-erdbeben-geplagtes-land-1.642605, 20.02.2020.

Algerien: Die schwersten Beben der vergangenen 50 Jahre. Veröffentlicht am 22.05.2003, https://www.welt.de/vermischtes/article236340/Algerien-Die-schwersten-Beben-der-vergangenen-50-Jahre.html, 20.02.2020.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 10. Dezember 1948, https://unric.org/de/allgemeine-erklaerung-menschenrechte/, 07.04.2023.

Anlage 7. Konzeption für eine Konsultation 'Umweltfragen', EZA 101/3068.

Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 1 vom 10.1.1984. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßsnahmen und Abrüstung in Europa (Beginn: 17. Januar 1984), DY 30-J 2/2/2036/01, Bl. 11-13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2036/index.htm, 13.03.2020.

Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 27 vom 21.10.1986. Stellungnahme des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR zu den Ergebnissen des Treffens in Reykjavik, BStU, DY 30 J IV 2/2/2189, Bl. 11-13, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2189/index.htm, 01.03.2020.

Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 12 vom 25.3.1986. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem Expertentreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE zu menschlichen Kontakten in Bern (2. April bis Ende Mai 1986), DY 30-J 2/2/2159/03, Bl. 230-

333, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2159/index.htm, 13.03.2020.

Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 10 vom 13.3.1984. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem vom Madrider Treffen der Teilnehmerstaaten der KSZE festgelegten Expertentreffen zu Fragen der friedlichen Streitbeilegung, DY 30-J 2/2/2186/01, Bl. 28-32, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2045/index.htm, 13.03.2020.

Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 40 vom 8. Oktober 1985. Erste Einschätzung des Besuches von Genossen M. Gorbatschow in Frankreich, BArch DY 30/J IV 2/2/2133, Bl. 30-34, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2133/index.htm, 01.05.2020.

Anmerkungen Pfarrer Brands zu P11Br1989, Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Brands zu P2Br1980 (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Coblenz zu P1Co1982 (11.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Iskrauts zu Kirchenvisitation (13.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Cottbus, Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Rannenbergs zu P2Ra1982 (30.07.2016), Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrer Rannenbergs zu P6Ra1989, Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrerin Müllers zu P1Mue1984 (13.09.2016), Privatarchiv Lührmann.

Anmerkungen Pfarrerin Müllers zu P2Mue1984 (Juni 2017), Privatarchiv Lührmann.

Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln vom 5. November 1974, www.verfassungen.de/ddr/mindestumtausch72.htm, 08.04.2020.

Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln vom 9. Oktober 1980, www.verfassungen.de/ddr/mindestumtausch80.htm, 08.04.2020.

Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 15. Februar 15. Februar 1982, www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr82.htm, 26.02.2020.

Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR 17. Oktober 1972, www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr72.htm, 26.06.2018.

Arbeitsrichtlinien zur Bearbeitung von Grenzprovokationen mit tödlichem Ausgang, Berlin BV Berlin Abt. IX 97, Bl. 66-82, https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Bln_Abt-IX_Nr-97_Bl-63-82.pdf, 24.11.2020.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Coblenz (04.12.2020), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (07.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (09.06.2016), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (15.06.2016), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (18.02.2017), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.02.2021), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (19.10.2015), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (20.09.2020), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (22.11.2019), Privatarchiv Lührmann.

Aufzeichnungen zum Telefonat mit Pfarrer Iskraut (23.05.2016), Privatarchiv Lührmann.

Ausführungen des Gen. Minister auf der Beratung des Kollegiums (erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE- Folgetreffens in Wien) am 1.2.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1125.pdf, 11.10.2020.

Ausführungen Pfarrer Brands zur Gemeinde in Waldenburg, Privatarchiv Lührmann.

Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Berlin-Johannisthal (04.02.2014), Privatarchiv Lührmann.

Ausführungen Pfarrer Iskrauts zur Gemeinde in Letschin, Privatarchiv Lührmann.

Ausführungen Pfarrerin Müllers zur Gemeinde in Rositz, Privatarchiv Lührmann.

Auszug aus dem Protokoll der 124. Sitzung des Vorstandes am 13./14. März 1981 in Buckow, EZA 101/631.

Auszug aus dem Protokoll der 50. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR am 9./10.9.1977 in Berlin u. Brandenburg, EZA 101/630.

Auszug des Protokolls der 66. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 7./9. März 1980 in Bad Sarrow, EZA 101/631.

Bericht des Politbüros an die 7. Tagung über Frieden und Abrüstung, ökonomische Entwicklung der DDR, BArch DY 30/2111, Bl. 3-184, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2111/index.htm, 27.12.2020.

Bericht über Buckow. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft 'Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen' Buckow 28./29. Januar 1978, EZA 101/630.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR, 9.10.89, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 127-142, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok54.pdf, 01.02.2021.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen, 11.5.1988, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, Bl. 44-59, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok850.pdf, 24.10.2020.

Beschlagnahmte Transparente von der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988: BStU, MfS, HA IX, Fo, Nr. 1375, Bild 1-14, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok867.pdf, 29.10.2020.

Beschluß über Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie Westberlin, 20. März 1985, Bl. 3-41, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_2143/index.htm, 26.02.2020.

Beschluß über weitere Maßnahmen zum Schutz der Wälder der DDR im Jahre 1983/84 vom 24. Februar 1983, Barch DC 20-I/3/1917, Bl. 124-172, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_1917/index.htm, 14.01.2020.

Bestätigungsschreiben der Teilnahme des BEK zur Konsultation 'Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen', 17. Oktober 1977, EZA 101/629.

Brief vom Treffen christlicher Umweltgruppen in der DDR in Wittenberg vom 22. bis 24. April 1983 an den Präses der Bundessynode des BEK, 25.11.1983, EZA 101/2965.

Brief von Pfarrer Iskraut (15.05.2017), Privatarchiv Lührmann.

Brief von Pfarrer Rannenberg (21.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

Brief von Pfarrerin Müller (25.03.2017), Privatarchiv Lührmann.

Brief von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl, 5. Oktober 1983, https://www.chronik-der-mauer.de/material/178863/brief-von-erich-honecker-an-helmut-kohl-5-oktober-1983, 05.06.2024.

CCIA Menschenrechtsprogramm. Jamaica 1979. Dem ÖRK Zentralausschuß Kingston/Jamaica Januar 1979 vorgelegt durch die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten: Richtlinien zur Behandlung von Beschwerden, Anfragen oder Appellen über Probleme oder schwerwiegende Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die dem ÖRK zur Kenntnis gebracht werden, EZA 101/686.

Charta der Vereinten Nationen, 26. Juni 1945, https://unric.org/de/charta/, 15.01.2023.

Chmura, Nadine: Biografie Markus Meckel, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, http://www.hdg.de/lemo/biografie/markus-meckel.html, 04.08.2019.

Chorin 84. Zwischen Vancouver und Budapest. Ökumenische Auswertungstagung Menschenrechte (13.-15. März 1984), EZA 101/4829.

The Churches' Human Rights Programme, Communiqué, Tutzing, 2. Dezember 1983, EZA 101/4829.

The Churches' Human Rights Programme, Erklärung zum Abschluss des Madrider Folgetreffens über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Tutzing/Bundesrepublik Deutschland, am 2. Dezember 1983, EZA 101/4829.

Claude-Adrian Helvetius: Die Wahrheit hat noch niemandem geschadet – außer dem, der sie ausspricht., https://www.aphorismen.de/zitat/146673, 20.05.2024.

Convention on long-range transboundary Air-Pollution 1979, https://unece.org/sites/default/files/2021-05/1979%20CLRTAP.e.pdf, 05.06.2024.

Daase, Christopher: Die dritte Generation der RAF (1982-1998), https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49299/die-dritte-generation, 21.01.2021.

Der kleine Prinz online, Kapitel 23, https://www.exuperysprinz.de/text/23-kapitel/, 07.02.2021.

Die Barmer Theologische Erklärung, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/handzettel_barmer_theologische_erklaerung.pdf, 12.04.2020.

Die Menschenrechte in der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Übersicht über die Gewährleistung der Menschenrechte in grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Stand 1. Mai 1978. Erarbeitet im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, EZA 101/686.

An die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte, 9. August 1984, EZA 101/4829.

An die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 14. Oktober 1983, Entwurf. Stellungnahme zu dem Abschließenden Dokument des Madrider Treffens 1980 der Teilnehmerstaates der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, EZA 101/3064.

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html, 25.05.2020.

Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20. Februar 1985, BArch BdL-Dok/5083, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/BStU_MfS_BdL-Dienstanweisungen/mets/MfS_BdL-Dok_5083/index.htm, 28.05.2020.

Diskussionsbeitrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees (24. bis 25. November 1983), BStU DY 30 2104, Bl. 3-71, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2104/index.htm, 02.03.2020.

E-Mail von Pfarrer Brand (18.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

E-Mail von Pfarrer Coblenz (11.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

E-Mail von Pfarrer Meckel (14.03.2020), Privatarchiv Lührmann.

Einladung des BEK zur Konsultation 'Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen', 1. Juni 1977, EZA 101/629.

Einschätzungen der Rede M. S. Gorbatschows auf der XIX. Parteikonferenz der KPdSU, BArch DY 30/2387, Bl. 6-58, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2387/index.htm, 27.12.2020.

Empfehlungen der Palme-Kommission in Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

Erklärung zum Expertentreffen zu Fragen betreffend der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Ottawa, 7. Mai bis 7. Juni 1985 – , EZA 101/4830.

Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden 1989, https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc61b47d bfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf, 12.10.2020.

Fragebogen Iskraut, Privatarchiv Lührmann.

Freies Denken in der Diktatur. Lehren, Lernen und Forschen ohne ideologische Zwänge, https://theologischeskonvikt.de/files/upload/Konvikt/Geschichte/B_Tafeln_2209_2023.pdf, 05.06.2024.

Gedanken über Veränderung in der DDR für eine mögliche Umgestaltung und Erneuerung (Oktober 1988), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

Geht es ohne Gewalt? Friedensseminar zum Gedenken an die Opfer von Hiroschima und Nagasaki, SWV 01/03, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/nachlaessepersoenliche-archivbestaende/a/, 17.02.2020.

Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik 1982, 25.03.1982, https://www.verfassungen.de/ddr/wehrpflichtgesetz82.htm, 30.03.2020.

Gesetz über die Einführung der Feiertage "Tag der Befreiung" und "Tag der Republik" vom 21. April 1950, www.verfassungen.de/ddr/feiertagsgesetz50.htm, 12.04.2020.

Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) vom 24. Juni 1976, https://www.verfassungen.de/ddr/wahlgesetz76.htm, 19.03.2023.

grenzfall, 1. Ausgabe zur Berliner Friedenswerkstatt 29.6.86, https://www.jugendopposition.de/153228, 04.06.2020.

Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 13. Juli 1948, https://www.kirchenrecht-ekd.de/document/3435, 08.01.2023.

Hochschule auf Wanderschaft. Die Wurzeln des Sprachenkonvikts in der illegalen kirchlichen Hochschule in der NS-Zeit 1935-1941, https://theologischeskonvikt.de/files/upload/Konvikt/Geschichte/A_Tafeln_0109_ 2023klein.pdf, 05.06.2024.

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler, 23.5.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, 23.05.1989, Bl. 1-18, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1146.pdf, 24.10.2020.

Information Nr. 189/88 über die 4. Tagung der 9. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. bis 12. April 1988 in Berlin, 14. April 1988, BStU, MfS, ZAIG 3666, https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1988/report/synodaltagung-der-evangelischen-kirche-berlin-brandenburg/, 14.11.2020.

Information über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, 21.9.1989, BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 1-27, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok188.pdf, 17.12.2022.

Information über die Unterbindung von Störaktionen bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988: BStU, MfS, ZKG, Nr. 5968, Bl. 1-6, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok868.pdf, 29.10.2020.

Information zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat 30.5.1988 (BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8592, Bl. 1-11), https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok181.pdf, 15.01.2023.

Informationen 1989/7, Nr. 261. Zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen, BStU, MfS, HA IX, Nr. 17404, Bl. 2-5, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1111.pdf, 11.12.2020.

Informationen zu Pfarrer Iskraut, Privatarchiv Lührmann.

Internationale Satzung von Amnesty International. Statute of Amnesty International. As amended by [the 2017 International Council Meeting], https://www.amnesty.de/amnesty/satzung-von-amnesty-international#section-22594, 21.04.2020.

Joint Statement on the Soviet-United States Summit Meeting, December 10, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/joint-statement-soviet-united-states-summit-meeting, 24.10.2020.

KEK. IV. Nach-Helsinki Konsultation tagt in El Escorial, Spanien, 3. Juni 1980, Schlusskommuniqué, EZA 101/688.

Kleine Studie zur deutsch-deutschen Situation im Jahre 1988 aus der Sicht eines Deutschen der jüngeren Generation in der DDR (August 1988), Privatarchiv Lührmann.

Kommunalwahl 1989 (1), EP 11/01, Nov. 1988 – Mai 1989, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/, 03.10.2020.

Kommunalwahl 1989 (3), EP 11/03, 1989 – 1990, https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/, 03.10.2020.

Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen ['NATO-Doppelbeschluss'] vom 12. Dezember 1979, http://www.documentArchiv.de/in/natodb.html, 01.04.2020.

Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Bischofskonferenz Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT. 15.-21. Mai 1989, Basel/Schweiz. Schlussdokument, https://www3.unifr.ch/iso/de/assets/public/files/Lehre/Referenztexte/Westkirche/Basel_Dokument.pdf, 15.10.2020.

Konferenz Europäischer Kirchen in Gemeinsamer Verantwortung mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA, Das Menschenrechtsprogramm der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki. Bericht über die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Durchsetzung der Schlussakte von Helsinki, Cartigny, 27. Februar – 1. März 1979, EZA 101/1220.

Lebenslauf Iskraut, Privatarchiv Lührmann.

Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, 19. Mai 1989, BStu, ZA, MfS BdL/Dok 8886, Bl. 1-5, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1140.pdf, 25.07.2021.

Maßnahmenplan zur Realisierung der Aufgabenstellungen Mielkes im Rahmen der Aktion 'Störenfried', 4.3.1988, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 631, Bl. 2-7, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok866.pdf, 24.10.2020.

Maßnahmenplan zur "Verhinderung provokativer feindlicher Aktivitäten" bei der Kampfdemonstration am 17. Januar 1988, 15.01.1988: BStU, MfS, HA IX, Nr. 9665, Bl. 114-122, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok862.pdf, 29.10.2020.

Meckel, Markus: Lebenslauf, http://markusmeckel.eu/lebenslauf/, 04.08.2019.

Ministerium für Staatssicherheit. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit. 2/1988 Menschenrechte. Grundlegende Aussagen und politisch-ideologische Fragen zur Menschenrechtsproblematik und zur Menschenrechtsdemagogie in unserer Zeit, 1988: BStU, MfS, HA PS, Nr. 3924, Bl. 1-61, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1207.pdf, 24.10.2020.

Modern History Sourcebook: The Brezhnev Doctrine, 1968, https://sourcebooks.fordham.edu/mod/1968bre zhnev.asp, 03.01.2021.

Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer (with annex). Concluded at Montreal on 16 September 1987, https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%201522/volume-1522-i-26369-english.pdf, 03.03.2019.

Netzwerktagung über Menschenrechte in Wien – Hadersdorf, Vom 17.-18. September 1984 (DDR, CSSR, Österreich, Polen, Ungarn), EZA 101/4829.

Niederschrift des Gesprächs des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, während des Arbeitsbesuchs des Genossen Honecker in Moskau am 28.9. 1988, BArch DY 30/2388, Bl. 46-74, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2388/index.htm, 27.12.2020.

Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzender der CSU und bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1983 in Hubertusstock, BArch DY 30/J IV 2/2/2013, Bl. 8-22, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2013/index.htm, 07.04.2020.

Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 19. Oktober 1989 in Hubertusstock, BArch, DY 30/IV 2/2.039/318, Bl. 13-17, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bkr/mets/dy30bkr_318/index.htm, 28.11.2020.

Niederschrift über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest, BArch DY 30/2353, Bl. 4-172, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm, 30.04.2020.

Nordeuropäische Konsultation über 'Christenheit, Menschenrechte und Vertrauensbildung', Croydon/England, 3.-8. Oktober 1981, Bericht, EZA 101/687.

Nordeuropäische Konsultation verlangt Menschenrechte und Frieden, Croydon, den 8. Oktober 1981, EZA 101/1220.

Notizen zum Interview mit Pfarrer Brand (Januar 2013), Privatarchiv Lührmann.

Notizen zum Interview mit Pfarrer Coblenz (15.11.2012), Privatarchiv Lührmann.

Notizen zum Interview mit Pfarrer Iskraut und seiner Ehefrau (März 2013), Privatarchiv Lührmann.

Notizen zum Interview mit Pfarrer Rannenberg (13.05.2015), Privatarchiv Lührmann.

Notizen zum Interview mit Pfarrerin Müller, Privatarchiv Lührmann.

Ökumenische Kommission zur Behandlung von Menschenrechtsverletzungen. KSZE Menschenrechtsprogramm Cartigny 1979, EZA 101/686.

Predigtheft von Pfarrer Iskraut (1997), Privatarchiv Lührmann.

Predigtheft von Pfarrer Iskraut (2004), Privatarchiv Lührmann.

Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on the Reduction of Sulphur Emissions or their Transboundary Fluxes by at least 30 per cent. Helsinki, 8 July 1985, https://treaties.un.org/doc/Treaties/1987/09/19870902%2005-03%20PM/Ch_XXVII_01_bp.pdf, 02.11.2018.

Protokoll der außerordentlichen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 23. Oktober 1980 in Berlin, Auguststraße 80, 5. November 1980, EZA 101/109.

Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24. Juni 1986. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 10 vom 24.6.1986. Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen, DY 30/J IV 2/2/2172, Bl. 120-124, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2172/index.htm, 29.05.2020.

Protokoll Nr. 19 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 10.5.1988. Anlage Nr. 17 zum Protokoll Nr. 19 vom 10. Mai 1988. Anlage 1. Information, DY 30/J IV 2/2/2272-2273, Bl. 27-30, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2273/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 24 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.06.1989. Anlage Nr. 13 zum Protokoll Nr. 24 vom 20.06.1989. Entwurf des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Regierung der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, DY 30/J IV 2/2/2333, Bl. 142-159, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2333/index.htm, 24.10.2020.

Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 12 zu Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Durchführung von Maßnahmen zur Senkung des Schwefeldioxidausstoßes und Ratifizierung des Protokolls über die Reduzierung der Schwefelemission oder deren grenzüberschreitender Ströme um mindestens 30%, DY 30/J IV 2/2/2281, Bl. 182-188, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2281/index.htm, 24.10.2020.

Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 13 zum Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Übergabe von Daten und Informationen über

Luftverunreinigungen der DDR an die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, DY 30/J IV 2/2/2281, Bl. 189-198, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2281/index.htm, 24.10.2020.

Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1988. Anlage Nr. 20 zum Protokoll Nr. 25 vom 28. Juni 1988. Veränderung zur Direktive der DDR-Delegation auf dem Wiener Treffen, BArch DY 30/J IV 2/2/2282, Bl. 36-40, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2282/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 20.1.1987. Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 3 vom 20. 1. 1987. Beschluß zur Information über die Ergebnisse der 4. Tagung des Exekutivorgans der Konvention über weitreichende grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 11. - 14. November 1986 in Genf vom 7. Januar 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2202, Bl. 102-112, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2202/index.htm, 27.05.2020.

Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Juli 1985. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 30 vom 30. Juli 1985. Schlußfolgerungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2123, Bl. 22-23, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2123/index.htm, 27.05.2020.

Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 33 vom 19. Aug. 1987. Maßnahmen zur Senkung der Luftverunreinigungen, BArch DY 30/J IV 2/2/2235, Bl. 112-121, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm, 27.05.2020.

Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 18. August 1987. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 33 vom 18. Aug. 1987. Umfassende Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Wälder für den Volkswirtschaftsplan 1988, DY 30/J IV 2/2/2235, Bl.122-142, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2235/index.htm, 27.05.2020.

Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.1.1989. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 4 vom 24. Jan. 1989. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Treffens der Außenminister der KSZE-Staaten zum Abschluß des Wiener Folgetreffens, DY 30/J IV 2/2/2312, Bl. 18-31, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2312/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 29. Jan. 1985. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 4 vom 29.1.1985. Direktive für das Auftreten der Delegati-

on der DDR auf der Genfer Abrüstungskonferenz 1986, BArch DY 30/J IV 2/2/2096, Bl. 190-196, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_2096/index.htm, 29.05.2020.

Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 1. Information zum Stand der Arbeit auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 180-182, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 2. Veränderungen zur Direktive für das Auftreten der DDR-Delegation in der Redaktionsphase des Wiener Folgetreffens der Teilnehmerstaaten der KSZE für die Bereiche Menschenrechte und humanitäre Fragen vom 9. Oktober 1987, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 183-185, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 8. Dezember 1987. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 49 vom 8. Dez. 1987. Anlage 3. Diektive für das Auftreten der DDR-Delegation auf dem Wiener KSZE-Treffen in der Redaktionsphase für die Bereiche Menschenrechte/humanitäre Fragen, BArch DY 30/J IV 2/2/2251, Bl. 186-191, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2251/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Anlage: Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden. Anlage 1: Konzeptionelles Schema für die Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 21-34, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Anlage: Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 14-

20, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm, 23.09.2020.

Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 21.2.1989. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 8 vom 21. Februar 1989. Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den 23 Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO und in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die ab 6. März 1989 in Wien aufgenommen werden. Anlage 2: Konzeptionelles Schema zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa, DY 30/J IV 2/2/2316, Bl. 35-44, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_J_IV_2_2_2316/index.htm, 23.09.2020.

Radio Address to the Nation Following the Soviet-United States Summit Meeting, December 12, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-following-soviet-united-states-summit-meeting, 26.01.2021.

Radio Address to the Nation on the Soviet Attack on a Korean Civilian Airliner and on the Observance of Labor Day, September 3, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-soviet-attack-korean-civilian-airliner-and-observance-labor, 12.03.2023.

Radio Address to the Nation on the Soviet-United States Nuclear and Space Arms Negotiations, November 2, 1985, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/radio-address-nation-soviet-united-states-nuclear-and-space-arms-negotiations, 12.03.2023.

Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 10./11. Juni 1986 in Budapest, DY 30/2353, Bl. 148-168, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2353/index.htm, 30.04.2020.

Remarks and a Question-and-Answer Session With Broadcast Journalists on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-and-question-and-answer-session-broadcast-journalists-meetings-iceland, 12.03.2023.

Remarks at a Meeting With Officials of the State Department and the U.S. Arms Control and Disarmament Agency on the Meetings in Iceland With Soviet General Secretary Gorbachev, October 14, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-meeting-officials-state-department-and-us-arms-control-and-disarmament, 12.03.2023.

Remarks on Signing the Economic Recovery Tax Act of 1981 and the Omnibus Budget Reconciliation Act of 1981, and a Question-and-Answer Session With Reporters, August 13, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-economic-recovery-tax-act-1981-and-omnibus-budget-reconciliation, 12.03.2023.

Remarks on Signing the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-intermediate-range-nuclear-forces-treaty, 15.07.2021.

Remarks on Signing the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, December 8, 1987, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-signing-intermediate-range-nuclear-forces-treaty, 15.07.2021.

Remarks to Members of the National Press Club on Arms Reduction and Nuclear Waepons, November 18, 1981, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-members-national-press-club-arms-reduction-and-nuclear-weapons, 12.03.2023.

Remarks to Reporters on the Soviet Attack on a Korean Civilian Airliner, September 2, 1983, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/remarks-reporters-soviet-attack-korean-civilian-airliner, 12.03.2023.

Report of the Human Rights Committee. General Assembly. Official Records: Thirdy-ninth Session, Supplement No. 40 (A/39/40) 1984, https://digitallibrary.un.org/record/70498, 23.05.2020.

Resolutionen und Beschlüsse der Generalsversammlung. Dreiundvierzigste Tagung Band I. 20. September – 22. Dezember 1988, https://www.un.org/depts/german/gv/gv-bd-early/a-43-49-bd1.pdf, 12.03.2023.

Resolutionen und Beschlüsse der Generalsversammlung. Zweiundvierzigste Tagung Band I. 15. September – 21. Dezember 1987, https://www.un.org/depts/german/gv/gv-bd-early/a-42-49-bd1.pdf, 12.03.2023.

RÖSEL: Traum/Traumdeutung. III. Alter Orient und Altes Testament. 2. Altes Testament in: Religion in Geschichte und Gegenwart, http://dx.doi.org.ezproxy.uni-giessen.de/10.1163/2405-8262_rgg4_COM_025168, 28.11.2020.

Schlussdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung 30 Juni 1978, https://www.un.org/depts/german/gv-sondert/gv10-ss/a-s-10-4.pdf, 30.03.2020.

Schreiben an alle Diensteinheiten nach der Verhaftung von fünf Bürgerrechtlern, 25.01.1988: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8482, Bl. 1-3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok857.pdf, 29.10.2020.

Schreiben an alle Diensteinheiten zur Einwirkung auf die kirchenleitenden Organe, 30.01.1988: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8528, Bl. 1-4, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok859.pdf, 29.10.2020.

Schreiben der Kreisleitung Rügen vom 16.11.1983 zur Verfügung gestellt von Pfarrer Coblenz, Privatarchiv Lührmann.

Schreiben des Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland, Marschall Konew, an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann (Übersetzung), 14. September 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/179381/schreiben-des-oberkommandierenden-der-gruppe-der-sowjetischen-truppen-in-deutschland-marschall-konew-an-den-minister-fuer-nationale-verteidigung-der-ddr-armeegeneral-hoffmann-14-september-1961, 19.07.2019.

SED, Argumentation zum 10. Jahrestag der militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR, 1971 (Auszug), http://www.chronik-der-mauer.de/material/180319/sed-argumentation-zum-10-jahrestag-der-militaerischen-sicherung-der-staatsgrenze-der-ddr-1971, 19.07.2019.

Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen. Vorgelegt von der Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Januar 1983, EZA 101/5274.

Sitzung der SED-Parteigruppe in der DDR-Volkskammer am 24.10.1989. Redebeitrag: Abgeordnete aus Leipzig, https://www.youtube.com/watch?v=JXPFLGb2cxE, 08.12.2020.

Sitzung der SED-Parteigruppe in der DDR-Volkskammer am 24.10.1989. Redebeitrag: Günter Schabowski, https://www.youtube.com/watch?v=WTX8B2EpTec, 08.12.2020.

Special Ministeral Session of the North Atlantic Council 11th January, 1982. Declaration on Events in Poland, http://archives.nato.int/uploads/r/null/1/4/140038/PRESS_COMMUNIQUE_M1_82_1_ENG.pdf, 14.01.2020.

Special Report of the Conference on Disarmament to the Third Session of the General Assembly of the United Nations devoted to Disarmament, New York 1988, https://digitallibrary.un.org/record/58721, 12.03.2023.

Stab PdVP Berlin – Journal der Handlung, 13. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178825/stab-pdvp-berlin-journal-der-handlung-13-august-1961, 19.07.2019.

Stab PdVP Berlin – Journal der Handlung, 14. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178826/stab-pdvp-berlin-journal-der-handlung-14-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 15. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178827/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-15-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 17. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178829/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-17-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 18. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178830/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-18-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 19. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178831/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-19-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 20. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178832/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-20-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 21. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178833/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-21-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 22. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178834/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-22-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin – Abt. Information – Journal der Handlung, 24. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178836/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-24-august-1961, 19.07.2019.

Stab. Präsidium der Volkspolizei Berlin - Abt. Information – Journal der Handlung, 23. August 1961, http://www.chronik-der-mauer.de/material/178835/stab-praesidium-der-volkspolizei-berlin-abt-information-journal-der-handlung-23-august-1961, 19.07.2019.

Statement concerning Madrid, Bucharest, 7th October 1982, EZA 101/1220.

Statement on the Soviet-United States Nuclear and Space Arms Negotiations, February 24, 1986, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/statement-soviet-united-states-nuclear-and-space-arms-negotiations-6, 12.03.2023.

Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppen, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1-3, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok851.pdf, 24.10.2020.

Stellungnahme der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, 30.01.1988: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1650, Bl. 62-63, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok871.pdf, 29.10.2020.

Stellungnahme zu den Madrider Nachfolgeverhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/KSZE (Helsinki Schlussakte), 18. Oktober 1982, EZA 101/1220.

Televised Address by Governor Ronald Reagan A Strategy for Peace in the 80s, October 19, 1980, https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/televised-address-governor-ronald-reagan-strategy-peace-80s, 01.01.2023.

Theologische Studienabteilung beim Bund des Evangelischen Kirchen in der DDR. Referat Friedensfragen – Projektgruppe "Abrüstung", Berlin, 6.2.1980, EZA 101/2820.

Treaty Between The United States Of America And The Union Of Soviet Socialist Republics On The Elimination Of Their Intermediate-Range And Shorter-Range Missiles, December 8, 1987, https://www.state.gov/t/avc/trty/102360.htm#text, 16.11.2018.

United Nations. Centre of Disarmament Affairs. Report of the Ad Hoc Commitee of the Twelfth Special Session. 9 July 1982 in: A/S-12/32, https://www.un.org/en/ga/sessions/special.shtml, 05.06.2024.

United Nations. International Years, http://www.un.org/en/sections/observances/international-years/, 28.11.2016.

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der deutschen demokratischen Republik, 8. September 1987, https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-1987-bis-1989/vereinbarung-zwischen-der-regierung-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-regierung-der-deutschen-demokratischen-republik-806824, 25.02.2019.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html, 18.04.2020.

Vermerk der Hauptabteilung XX/4 des MfS über das Gespräch der Genossen Jarowinsky und Gysi mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in der DDR, Bischof Leich, und dem Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Ziegler, am 19.02.1988: BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, Bl. 99-101, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1722.pdf, 18.12.2021.

Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Aussenminister der UdSSR, Genosse A. A. Gromyko, am 04.12.1979, Barch DY 30/2378, Bl. 132-179, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bho/mets/dy30bho_2378/index.htm, 04.04.2020.

Vermerk zur Reaktion von Landesbischof Leich auf das Gespräch mit Genosse Jarowinsky, 23. Februar 1988, BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, Bl. 119-120, https://www.stasi-mediathek.de/fileadmin/pdf/dok1723.pdf, 18.12.2021.

Verordnung des DDR-Ministerrates zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern vom 15. September 1983, http://www.chronik-der-mauer.de/system/files/dokument_pdf/57361_cdm-830915-DDR-VO-familienzusammenfuehrung.pdf, 27.02.2020.

Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland 30. November 1988, https://www.verfassungen.de/ddr/reiseverkehr88.htm, 27.06.2018.

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972, https://www.chronik-der-mauer.de/material/178847/vertrag-ueber-die-grundlagen-der-beziehungen-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-deutschen-demokratischen-republik-21-dezember-1972, 18.03.2023.

Vortrag: Ist christlicher Glaube politisch? (Mai 1982), inkl. Hintergrundinformationen, Privatarchiv Lührmann.

Weisung zur Regelung der Zuständigkeit und des Zusammenwirkens von Diensteinheiten der Bezirksverwaltung bei der Bearbeitung von verletzten oder getöteten Grenzverletzern und durch Folgeerscheinungen verletzten oder getöteten Personen an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin im Bezirk Potsdam, 20. Mai 1970, BVfS Pdm BDL DOK 400 576, Bl. 1-11, https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/MfsUndGrenze/Fluchten_Grenzverletzungen/1961-1972/BV_Pdm_BdL_Dok_Nr_400576_ Bl_1-11.pdf, 24.11.2020.

Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen, https://www.justiz.nrw.de/Bibliothek/ir_online_db/ir_htm/frame_wuek_24-04-1963.htm, 18.03.2023.

Workshop/Seminar über Universelle Menschenrechte und Nationale Souveränität: Die Interdependenz der Helsinki-Prinzipien VI und VII EISENACH. Deutsche Demokratische Republik 21.-25. November 1984, EZA 101/4830.

World Council of Churches. Church and Society. Prospectus for a Second WCC Consultation on 'Ecumenical Concerns in Relation to Nuclear Energy' Ecumenical Institute, Chateau de Bossey Celigny, Schwitzerland May 2-7, 1978, EZA 101/630.

Zweite Synode des BEK (1973-1974): Vierter Tagung in Züssow 24. bis 28. September 1976 (Tonbandnachschrift des Verhandlungsprotokolls), EZA 101/5340.

Evangelische Kirchenleitungen in der DDR zu 10 Jahre Helsinki, in: Neues Deutschland 40. Jahrgang / Nr. 178 1. August 1985, 2.

Obdachlosenhelfer rufen in Berlin(West) Notstand aus, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 257 1. November 1989, 1.

Stunde der Heuchler, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 206 1. September 1989, 5.

8. Mai – eine grundlegende Wendung. Aus der Rede Otto Grotewohls bei den Feierlichkeiten der Regierung zum Tag der Befreiung, in: Neues Deutschland 5. (61.) Jahrgang / Nr. 107 10. Mai 1950, 4.

Koalition der Vernunft gegen neue Runde des Wettrüstens, in: Neues Deutschland 38. Jahrgang / Nr. 239 11. Oktober 1983, 2.

200 000 auf der Großkundgebung in Berlin für starken Sozialismus und sicheren Frieden, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 214 11. September 1989, 1.

Kundgebungen überall in der DDR: Gemeinsam stärken wir die Republik, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 214 11. September 1989, 6.

Mitteilung des ADN, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 214 11. September 1989, 1.

Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 266 11./12. November 1989, 1f.

Der große Coup aus der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 215 12. September 1989, 2.

Erklärung von TASS, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 215 12. September 1989, 1.

Errungenschaften unseres Alltags, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 215 12. September 1989, 3.

Für eine starke DDR – jeden Tag hohe Leistungen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 215 12. September 1989, 1.

Provokation gegen die DDR stabsmäßig organisiert, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 215 12. September 1989, 2.

Der Medienrummel und die Realitäten, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 216 13. September 1989, 2.

Die Obhutspflicht der BRD und ihr Drang nach den Grenzen von 1937, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 216 13. September 1989, 5.

Wie die BRD das Völkerrecht verletzt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 216 13. September 1989, 5.

Erklärung von Agerpres, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 217 14. September 1989, 1.

Unser Wald – Quelle des Lebens. ND-Interview mit Generalforstmeister Rudolf Rüthnick, Stellvertreter des Landwirtschaftsministers, in: Neues Deutschland 43. Jahrgang / Nr. 244 15./16. Oktober 1988, 9.

Internationales Forum für den Frieden berät in Moskau, in: Neues Deutschland 42. Jahrgang / Nr. 39 16. Februar 1987, 1.

Prawda: Anschlag auf die Stabilität, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 220 18. September 1989, 2.

Rede des Genossen Egon Krenz. Generalsekretär des Zentralkomitees, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 246 19. Oktober 1989, 1.

12 000 Westberliner ohne Dach über Kopf, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 221 19. September 1989, 1.

Menschenhandel. Tatsachen enthüllen den rücksichtslosen Umgang der BRD mit Menschenschicksalen und mit dem Völkerrecht, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 221 19. September 1989, 3.

Unsere Wettbewerbsziele werden ehrenvoll erfüllt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 221 19. September 1989, 1.

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand am 5. und 6. Dezember 1979 in Berlin (DDR), in: Blätter für deutsche und internationale Politik Fünfundzwanzigster Jahrgang, Heft 1/1980 1980, 110-126.

Touristen wieder in der CSSR, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 258 2. November 1989, 1.

DDR – wertvollste Errungenschaft in der Geschichte des deutschen Volkes, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 232 2. Oktober 1989, 2.

Humanitärer Akt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 232 2. Oktober 1989, 2.

Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 232 2. Oktober 1989, 2.

Nicolae Ceausescu verurteilt Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 222 20. September 1989, 1.

Obdachlos und ohne jede Hoffnung, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 222 20. September 1989, 6.

Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen mit 1034 Teilnehmern aus 113 Ländern begann in Berlin, in: Neues Deutschland 43. Jahrgang / Nr. 145 21. Juni 1988, 1ff.

Akuter Wohnungsmangel in der BRD treibt immer mehr Menschen in Not, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 5.

Bürger der DDR empört über den Menschenhandel der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 3.

Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 2.

Ich habe erlebt, wie BRD-Bürger gemacht werden, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 1 + 3.

Rodong Sinmun: Grobe Einmischung in innere Angelegenheiten, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 222 21. September 1989, 2.

Unser Schiff zieht seinen Kurs fest und stolz dahin – bis zum Sieg, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 3.

Wichtiger Kraftzuwachs zu DDR-Volkswirtschaft, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 223 21. September 1989, 1.

Botschaft aus Hubertusstock, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 248 21./22. Oktober 1989, 2.

Sprecher des Außenministeriums zu Ausreise-Regelung in Warschau, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 248 21./22. Oktober 1989, 1.

BRD: Weg für Neonazis freigeprügelt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 224 22. September 1989, 7.

DDR – Werk aller Klassen und Schichten, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 224 22. September 1989, 5.

Die Gemeinschaft in der sozialistischen Volksbewegung dient dem Wohl der Bürger, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 224 22. September 1989, 5.

Drogenhändler spritzen Bremer Kinder Heroin, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 224 22. September 1989, 7.

Baden-Württemberg: Bei Wahlen zeichnen sich hohe Gewinne für die Neonazis ab, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 249 23. Oktober 1989, 1.

DDR zeigt auf Tokioter Messe Spitzentechnologie, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 225 23./24. September 1989, 1.

Der Weg aus den Zeltlagern der Verheißung in die Kälte der Ellenbogengesellschaft, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 225 23./24. September 1989, 6.

PPP: In der BRD herrscht akute Wohnungsnot, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 250 24. Oktober 1989, 1.

Pariser Treffen über menschliche Dimension der KSZE beendet, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 147 24./25. Juni 1989, 11.

BRD-Rauschgiftbericht: 1000 Drogentote in diesem Jahr?, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 251 25. Oktober 1989, 5.

DDR Grundpfeiler der Stabilität und der Sicherheit in Europa, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 226 25. September 1989, 1.

Eindringliche Warnung vor dem Neonazismus in der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 226 25. September 1989, 1.

Konstruktives Wirken für umfassende Verwirklichung aller Menschenrechte, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 148 26. Juni 1989, 5.

Letzter Wunsch einer Drogensüchtigen in der BRD: Laßt mich sterben!, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 253 27. Oktober 1989, 7.

Reisedokumente von DDR-Botschaft in Prag ausgestellt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 253 27. Oktober 1989, 2.

Willenserklärung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland 34. Jahrgang / Nr. 255 27./28. Oktober 1979, 1.

Faschistische Umtriebe des 'BDJ' unter dem Deckmantel der illegalen 'Jungen Gemeinde', in: Neues Deutschland 8. (64.) Jahrgang / Nr. 98 28. April 1953, 3.

Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland 42. Jahrgang / Nr. 202 28. August 1987, 3.

In Wohnungsversorgung der BRD herrscht nationaler Notstand, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 229 28. September 1989, 5.

Lebenshaltungskosten in der BRD weiter gestiegen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 229 28. September 1989, 5.

CSSR-Reisen wieder paß- und visafrei, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 254 28./29. Oktober 1989, 1.

Leiter der DDR-Konsularabteilung in Warschau: Humanitäre Maßnahme wird so schnell wie möglich verwirklicht, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 254 28./29. Oktober 1989, 2.

Hohe Erträge – ein Ergebnis erfolgreicher Bündnispolitik, in: Neues Deutschland 39. Jahrgang / Nr. 231 29. September 1984, 4.

Prager DDR-Botschafter zu Ausreiseanträgen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 259 3. November 1989, 5.

Bewußte Falschdarstellung und grober Vertrauensbruch durch die BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 233 3. Oktober 1989, 2.

Volksblatt zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg: Die rechtsradikale Saat gedeiht, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 255 30. Oktober 1989, 5.

Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland 42. Jahrgang / Nr. 126 30./31. Mai 1987, 1f.

Sowjetunion bereit zu wirksamer Abrüstung, in: Neues Deutschland 37. Jahrgang / Nr. 29 4. Februar 1982, 5.

Prawda: Wer die Beziehungen kompliziert, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 234 4. Oktober 1989, 2.

Sprecher der CSSR-Regierung: Verantwortungslose Haltung der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 234 4. Oktober 1989, 2.

Zeitweilige Aussetzung des pass- und visafreien Verkehrs zwischen DDR und CSSR, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 234 4. Oktober 1989, 1.

Mitteilung der DDR-Botschaft in Prag, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 260 4./5. November 1989, 2.

Wettlauf der Benachteiligten um bezahlbare vier Wände, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 260 4./5. November 1989, 5.

Unterschriftensammlung allerorts in vollem Gange, in: Neues Deutschland 34. Jahrgang / Nr. 262 5. November 1979, 1.

CTK: Was sich hinter der Bonner Position verbirgt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 235 5. Oktober 1989, 2.

Unvereinbar mit den Regeln des internationalen Rechts, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 235 5. Oktober 1989, 2.

Wortbruch und völkerrechtswidriges Handeln, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 235 5. Oktober 1989, 2.

Zu einer zügellosen Hetzkampagne der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 209 5. September 1989, 1.

Hiroshima und Nagasaki verpflichten uns zur Tat, in: Neues Deutschland 38. Jahrgang / Nr. 184 6. August 1983, 1f.

Ausreiseanträge werden schnell entschieden, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 261 6. November 1989, 2.

DDR-Bürger verließen die Botschaft der BRD in Prag, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 261 6. November 1989, 2.

Morning Star: Grobe Einmischung der BRD in Angelegenheiten der DDR, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 236 6. Oktober 1989, 9.

Rude Pravo: Bonner Obhutspflicht ist absurd, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 236 6. Oktober 1989, 9.

In der Bundesrepublik fehlen 800 000 Wohnungen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 210 6. September 1989, 1.

Massenarbeitslosigkeit in der BRD bleibt auf hohem Stand, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 210 6. September 1989, 1.

Entstehung und Festigung der DDR sind ein historischer Sieg. Rede von Leonid Breshnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, in: Neues Deutschland 34. Jahrgang / Nr. 237 7. Oktober 1979, 3f.

Bürger der DDR zur zügellosen Hetzkampagne der BRD, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 211 7. September 1989, 2.

Hohe Arbeitsleistung im August in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 211 7. September 1989, 1.

Wer die Verantwortung trägt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 211 7. September 1989, 1.

Der Weg zu Frieden und Wiedervereinigung. Aus der Festansprache des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Otto Grotewohl, am 7. Mai in der Staatsoper, in: Neues Deutschland 10. (66.) Jahrgang / Nr. 107 8. Mai 1955, 3.

Jetzt schon mehr Drogentote als im ganzen Vorjahr, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 212 8. September 1989, 1.

Unterredung mit Bundesminister Seiters, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 212 8. September 1989, 2.

Viele weitere Verträge und Gold für Spitzenleistungen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 212 8. September 1989, 1.

Warum Bonn die Realitäten in Europa in Frage stellt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 212 8. September 1989, 4.

Die neue Führung, Positionen der SED und Aktionsprogramm der Partei. Günter Schabowski informierte auf Pressekonferenz über ersten Tag des ZK-Plenums, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 264 9. November 1989, 1.

In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus. Referat von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 264 9. November 1989, 3-6.

BRD: 652 Drogentote, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 237 9. Oktober 1989, 13.

Millionen in der BRD sind von Armut betroffen, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 213 9./10. September 1989, 1.

Nationaler Notstand auf dem Wohnungsmarkt, in: Neues Deutschland 44. Jahrgang / Nr. 213 9./10. September 1989, 7.

Abrahamian, Ervand: A History of Modern Iran, Cambridge, 2008.

Ahrends, Klaus / Hoell, Günter: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus, Berlin, 1989 (3. Aufl.).

Albrecht-Birkner, Veronika: Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR, Leipzig, 2018.

Allison, William Thomas: My Lai. An American Atrocity in the Vietnam War, Baltimor, 2012.

Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945-1985, Göttingen, 2005.

Apitz, Bruno: Ein Vorwort für dich, in: Kommunistische Partei Deutschlands Stadt und Kreis Leipzig (Hg.): Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht, s. dort, 3-5.

Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Wien, 1993.

Assmann, Georg u.a. (Hg.): Das Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin, 1983.

August, Jochen u.a.: Krieg ist kein Spiel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 25,2 1980, 231–243.

Baab, Florian: Was ist Humanismus?, Regensburg, 2013.

Bahrmann, Hannes / Links, Christoph: Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin, 2009.

Bange, Oliver: 3.SS-20 und Pershing II. Waffensysteme und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 71-87.

Bauerkämpfer, Arnd: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft. Miliaubindungen und Wertetraditionalismus im Elitewechsel in der SBZ/ DDR von 1945 bis zuu den sechziger Jahren, in: Hübner, Peter (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, s. dort, 37–65.

Becker-Schaum, Christoph u.a.: Einleitung. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 7-37.

Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u.a., 2012.

Bender, Peter: Die "Neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München, 1986.

Bentele, Günter: Sozialistische Öffentlichkeitsstrukturen und Öffentlichkeitsarbeit in der DDR. Anmerkungen zum Öffentlichkeitsdiskurs, in: Szyszka, Peter (Hg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation, s. dort, 157–163.

Berger, Johannes u.a.: Nahost-Ploetz, Freiburg/Würzburg, 1987.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1945-1969. Der Weg in die Anpassung, München, 1993.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom Dritten Weg, Frankfurt am Main, 1995.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz, Frankfurt am Main, 1995.

Bieritz, Karl-Heinrich (Hg.): Schalom. Gedanken zum Frieden aus biblischer Sicht, Berlin, 1989.

Bieritz, Karl-Heinrich (Hg.): Handbuch der Predigt, Berlin, 1990.

Bilson, Michael / Sim, Kevin: Four Hours in My Lai, New York u.a., 1993.

Bingen, Dieter: Innenpolitik, in: Wöhlke, Wilhelm (Hg.): Länderbericht Polen, s. dort, 176–216.

Birnbaum, Karl E. / Peters, Ingo (Hg.): Zwischen Abgrenzung und Verantwortungsgemeinschaft: Zur KSZE-Politik der beiden deutschen Staaten 1984-1989, Baden-Baden, 1991.

Bispinck, Henrik: Republikflucht: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann, Dierk u.a. (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, s. dort, 285–309.

Blades, David M. / Siracusa, Joseph M.: A History of U.S. Nuclear Testing and Its Influence on Nuclear Thought, 1945–1963, Plymouth, 2014.

Blehova, Beata: Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei, Wien, 2006.

Bolt, Bruce A.: Earthquakes, New York / Basingstoke, 1999 (4. Aufl.).

Bondeson, Jan: Blood on the Snow. The Killing of Olof Palme, Ithaca, 2005.

Bonhoeffer, Dietrich: Nachfolge. Band 4 der Dietrich Bonhoeffer Werke (herausgeg. von Martin Kuske und Ilse Tödt), Gütersloh, 1989.

Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt, 2010.

Boyens, Armin: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 120–138.

Brakelmann, Günter: Verhängnis – Versagen – Irrtum – Schuld. Anmerkungen zum Umgang mit kirchlicher Zeitgeschichte, in: KZG 4. Jahrgang (2) 1991, 522-532.

Braune, Werner: Abseits der Protokollstrecke: Erinnerungen eines Pfarrers an die DDR, Berlin, 2015.

Brecht, Bertholt: Gesammelte Werke Band 2, Frankfurt am Main, 1967.

Bresch, Ulrike (Hg.): Oktober 1989 – Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin, 1989.

Breschnew, Leonid: Rede auf der Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR, Berlin, 1979.

Brown, Archie: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin, 2009.

Bruce, Gary: The Firm. The Inside Story of the Stasi, Oxford u.a., 2010.

Bruckmeier, Karl: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR, in: Haufe, Gerda / Bruckmeier, Karl (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, s. dort, 9-28.

Bruckmeier, Karl: Die Bürgerbewegungen der DDR im Herbst 1989, in: Haufe, Gerda / Bruckmeier, Karl (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, s. dort, 29-77.

Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt/New York, 2005.

Brühl, Reinhard u.a.: Armee für Frieden und Sozialismus, Berlin, 1987.

Brunner, Georg / Klein, E.: Kapitel I: Internationale Menschenrechtsverpflichtungen der DDR, in: Brunner, Georg (Hg.): Menschenrechte in der DDR, s. dort, 15–48.

Brunner, Georg (Hg.): Menschenrechte in der DDR, Baden-Baden, 1989.

Buchmann, Bertrand Michael: Weltpolitik seit 1945, Wien u.a., 2014.

Buck, Theo: Streifzüge durch die Poesie: Von Klopstock bis Celan. Gedichte und Interpretationen, Köln, 2010.

Bunke, Florian: "Wir lernen und lehren im Geiste Lenins..." Ziele, Methoden und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in den Schulen der DDR, Oldenburg, 2005.

Burbach, Christiane: Argumentation in der »politischen Predigt«. Untersuchungen zur Kommunkationskultur in theologischem Interesse, Frankfurt am Main, 1990.

Buro, Andreas: Friedensbewegung, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, s. dort, 267-291.

Burrichter, Clemens u.a. (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin, 2006.

Büscher, Wolfgang u.a. (Hg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen, 1982.

Classen, Christoph: DDR-Medien im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik, in: Zahlmann, Stefan (Hg.): Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR, s. dort, 386–407.

Conze, Eckart u.a. (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln u.a., 2009.

Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/ DDR 1945 - 1980, Opladen, 1982.

Daiber, Karl-Fritz: Predigt als religiöse Rede. Homiletische Überlegungen im Anschluß an eine empirische Untersuchung. Predigen und Hören 3, München, 1991.

Dale, Gareth: The East German Revolution of 1989, Manchester/ New York, 2006.

Deiters, Stefan u.a.: Astronomie. Eine Einführung in das Universum der Sterne, Köln, 2008.

Delekat, Friedrich: Die politische Predigt, Stuttgart, 1974.

Delgado, Mariano u.a. (Hg.): Ringen um die Wahrheit. Gewissenskonflikte in der Christentumsgeschichte, Fribourg, 2011.

Demke, Christoph u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig, 1995.

Friedensrat der DDR (Hg.): Ein Friedensreport. Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens, Dresden, 1981.

Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Hg.): Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980-1987, Berlin, 1987.

Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirchen in Deutschland (Hg.): Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I/I Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh, 1978.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1974, Berlin, 1974.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3 1974, Berlin, 1974.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1 1975, Berlin, 1975.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1976, Berlin, 1976.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1977, Berlin, 1977.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1978, Berlin, 1978.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1978, Berlin, 1978.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1980, Berlin, 1980.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1980, Berlin, 1980.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1980, Berlin, 1980.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1982, Berlin, 1982.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1982, Berlin, 1982.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1982, Berlin, 1982.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1983, Berlin, 1983.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1983, Berlin, 1983.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1984, Berlin, 1984.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1985, Berlin, 1985.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1985, Berlin, 1985.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1986, Berlin, 1986.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1986, Berlin, 1986.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/3 1987, Berlin, 1987.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 4/6 1987, Berlin, 1987.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1988, Berlin, 1988.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1988, Berlin, 1988.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1988, Berlin, 1988.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1/2 1989, Berlin, 1989.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 3/4 1989, Berlin, 1989.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 5/6 1989, Berlin, 1989.

Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchen (Hg.): Mitteilungsblatt des Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Sonderdruck 25. Juni 1991, Berlin, 1991.

Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin, 1981.

Sekretariat des Hauptvorstandes der christlich-demokratischen Union Deutschlands (Hg.): Christliche Existenz im sozialistischen Staat. Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen in der DDR. Heft 243, Burgscheidungen, 1987.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976 (mit einem einleitenden Kommentar von Karl Wilhelm Fricke), Berlin, 1976.

Diedrich, Torsten (Hg.): Im Dienste der Partei: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin, 1998.

Dietrich, Christian: Es brannte in unserem Gewissen – Oskar Brüsewitz und die Gewissensbildung in der DDR, in: Delgado, Mariano u.a. (Hg.): Ringen um die Wahrheit. Gewissenskonflikte in der Christentumsgeschichte, s. dort, 369-398.

Dietrich, Gerd: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen, 2018.

Doellinger, David: Turning Prayers into Protest. Religious-Based Activism and its Challenge to State Power in Socialist Slovakia and East Germany, Budapest, 2014.

Dörner, Bernward: "Der Krieg ist verloren!" "Wehrkraftzersetzung" und Denunziation in der Truppe, in: Haase, Norbert / Paul, Gerhard (Hg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, s. dort, 105-122.

Dörrenbächer, Horst: Der Einfluss der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) auf die Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in Genf, Reykjavik und Moskau, Saarbrücken, 1995.

Dreier, Rolf / Chowanski, Joachim: Die Jugendweihe – ein Teil deutscher Kulturgeschichte, in: Gamm, Hans-Jochen (Hg.): Religion – Staat – Bildung, s. dort, 195–207.

Dunkerley, James: Der lange Krieg. Diktatur und Revolution in El Salvador, Frankfurt am Main, 1986.

Eckart, Karl: Agrargeographie Deutschlands, Gotha, 1998.

Eckert, Rainer: Vorwort. Flucht oder Opposition – zwei Seiten des politischen Protestes, in: Schwabe, Uwe / Eckert, Rainer (Hg.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter?, s. dort, 7-10.

Eckert, Rainer: Schwerter zu Pflugscharen, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR (2010), s. dort, 319–331.

Eckert, Rainer: 11. Die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 200-212.

Ehring, Klaus / Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek bei Hamburg, 1982.

Eik, Jan / Behling, Klaus: Verschlusssache. Die größten Geheimnisse der DDR, Berlin, 2008.

Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe, Ulrike u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, s. dort, 192–223.

Eisenfeld, Bernd: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit zur Steuerung der Ausreisebewegung, in: Eisenfeld, Bernd u.a. (Hg.): Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, s. dort, 6–19.

Eisenfeld, Bernd: Flucht und Ausreise, Macht und Ohnmacht, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 381-424.

Eisenfeld, Bernd u.a. (Hg.): Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, Berlin, 1998 (2. Aufl.).

Emmerich, Alexander / Gassert, Philipp: Amerikas Kriege, Darmstadt, 2014.

Emmerling, Inga: Die DDR und Chile (1960-1989): Aussenpolitik, Aussenhandel und Solidarität, Berlin, 2013.

Unterausschuss Energie: Energie und Umwelt. Für die Berücksichtigung von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsverantwortung bei der Lösung von Energieproblemen in der DDR, Berlin, 1988.

Engelhardt, Wolfgang: Enzyklopädie Raumfahrt, Frankfurt am Main, 2001.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Stuttgart, 1894.

Engemann, Wilfried: Einführung in die Homiletik, Tübingen u. a., 2011.

Engemann, Wilfried (Hg.): Theologie der Predigt. Grundlagen – Modelle – Konsequenzen, Leipzig, 2001.

Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln, 1993.

Falcke, Heino: Einmischungen. Aufsätze, Reden und Vorträge aus 40 Jahren, Leipzig, 2014.

Falkenau, Manfred (Hg.): Kundgebungen. Worte, Erklärungen und Dokumente des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Band 1: 1969–1980, Hannover, 1995.

Falkenau, Manfred (Hg.): Kundgebungen. Worte, Erklärungen und Dokumente des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Band 2: 1981–1991, Hannover, 1996.

Feld, Helmut: Franziskus von Assisi und seine Bewegung, Darmstadt, 1994.

Fiedler, Anke / Meyen, Michael (Hg.): Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument, Berlin, 2011.

Filmer, Werner / Schwan, Heribert: Opfer der Mauer, München, 1991.

Fink, Carole K.: Cold War. An international Hinstory, Boulder, 2014.

Forndran, Erhard / Schmidt, Hans Joachim (Hg.): Konventionelle Rüstung im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, Baden-Baden, 1986.

Frank, Wolfgang: Auskunft über Paul Schneider, München, 1980.

Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Kummunalwahlen ´89 als Zäsur für das Umschlagen von Opposition in Revolution, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 467-505.

Fricke, Karl Wilhelm: Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR, Berlin, 2000.

Friszke, Andrzej: Polen. Geschichte des Staates und der Nation 1939-1989, Berlin, 2005.

Fritsche, Klaus: Vietnamesische Gastarbeiter in den europäischen RGW-Ländern, Köln, 1991.

Fritz, Regina: Ethos und Predigt: eine ethisch-homiletische Studie zu Konstitution und Kommunikation sittlichen Urteilens, Tübingen, 2011.

Führer, Christian: Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam, Berlin, 2009.

Fulbrook, Mary: The People´s State. East German Society from Hitler to Honecker, New Haven/London, 2005.

Funk, Uwe: DDR-Kirchenpolitik zwischen ideologischem Anspruch und politischer Wirklichkeit, Heidelberg, 1992.

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hg.): Dokumente des KSZE-Prozesses 1973-1989, Berlin, 1990.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Libanon: Die Entwicklung im Libanon, in: Dokumentarische Berichte für Unterricht und Studium: Weltgeschehen Juli-September 1981 1981, 276-296.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Vereinigte Staaten/Rüstungswesen: Die Neutronenwaffen-Entscheidung Reagans; erste Stellungnahmen, in: Dokumentarische Berichte für Unterricht und Studium: Weltgeschehen Juli-September 1981 1981, 317-325.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Der Libanon-Krieg, in: Dokumentarische Berichte für Unterricht und Studium: Weltgeschehen Juli-September 1982 1982, 289-347.

Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980 - 1986. Eine Dokumentation, Bonn, 1986.

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hg.): Dokumente zur Abrüstung 1983 – 1986, Berlin, 1989.

Deutscher Verband "Entschieden für Jesus" (EC) e.V. (Hg.): Singt von Jesus Band 3, Leck, 1996.

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Berlin, 2003.

Fürtig, Henner: Der irakisch-iranische Krieg 1980-1988. Ursachen - Verlauf - Folgen, Berlin, 1992.

Gabler, Diethelm: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Berlin, 1995.

Gamm, Hans-Jochen (Hg.): Religion – Staat – Bildung, Frankfurt am Main u. a., 2006.

Gassert, Philipp u.a.: Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung: Einleitende überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 7-29.

Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, München, 2011.

Gauck, Joachim: Winter im Sommer - Frühling im Herbst, München, 2009.

Gehler, Michael: Deutschland. Von der Teilung zur Einigung. 1945 bis heute, Wien u.a., 2010.

Gehrmann, Manfred: Die Überwindung des 'Eisernen Vorhangs'. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk, Berlin, 2009.

Geiger, Tim: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 95-122.

Geiger, Tim: 2. Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 54-70.

Gensichen, Hans-Peter: Umweltverantwortung in einer betonierten Gesellschaft: Anmerkungen zur kirchlichen Umweltarbeit in der DDR 1970 bis 1990, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, s. dort, 287-304.

Gieseke, Jens: Staatssicherheit und Gesellschaft – Plädoyer für einen Brückenschlag, in: Gieseke, Jens (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, s. dort, 7–20.

Gieseke, Jens (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen, 2007.

Gießmann, Hans J. / Rinke, Bernhard: Einführung, in: Gießmann, Hans J. / Rinke, Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden, s. dort, 11-20.

Gießmann, Hans J. / Rinke, Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden, Wiesbaden, 2011.

Gleserman, G.: Lebensweise und ideologischer Kampf, in: Einheit 30.Jahrgang 1975, 572–582.

Göbel, Ann-Marie: Lob für die Täuschung, Rüge für die Wirklichkeit? Gute politische PR aus der Sicht der DDR-Führung, in: Fiedler, Anke / Meyen, Michael (Hg.): Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument, s. dort, 85–106.

Goeckel, Robert F.: The Lutheran Church and the East German State, New York, 1990.

Goeckel, Robert F.: Thesen zu Kontinuität und Wandel in der Kirchenpolitik der SED, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 29–58.

Goerner, Martin Georg: Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 139–158.

Goerner, Martin Georg: Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 59–78.

Gorbatschow, Michail: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2. Februar 1984 - Oktober 1985, Berlin, 1987.

Gorbatschow, Michail: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 3. Oktober 1985 - Juli 1986, Berlin, 1987.

Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München, 1987.

Gorbatschow, Michail: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 4. Juli 1986 - April 1987, Berlin, 1988.

Gorbatschow, Michail: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin, 1988.

Gorbatschow, Michail: Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika. Mit Beiträgen sowjetischer Wissenschaftler und Politiker, Düsseldorf u.a., 1989.

Gorbatschow, Michail: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 5. April 1987 - Dezember 1987, Berlin, 1990.

Gorbatschow, Michail: Gipfehlgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin, 1993.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main, 2004.

Gottstein, Klaus: Erinnerungen an Pugwash und an die Rolle der DVW als deutsche Pugwash-Gruppe, in: Neuneck, Götz / Schaaf, Michael (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland: Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus; Berlin, 24. Februar 2006, s. dort, 37-62.

Grabner, Hasso: In memoriam Pfarrer Schneider, in: Kommunistische Partei Deutschlands Stadt und Kreis Leipzig (Hg.): Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht, s. dort, 89-94.

Graham, Thomas Jr. / La Vera, Damien J.: Cornerstones of Security. Arms Control Treaties in the Nuclear Era, Washington, 2002.

Greiner, Bernd: Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg, 2009.

Gries, Rainer: Der Tag der Republik, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR (2010), s. dort, 159–170.

Grimmer, Reinhard u.a. (Hg.): Die Sicherheit: Zur Abwehrarbeit des MfS. Band 2, Berlin, 2002.

Große, Ludwig: Einspruch! Das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit im Spiegel gegensätzlicher überlieferungen, Leipzig, 2009.

Grözinger, Albrecht: Homiletik, Güterloh, 2008.

Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen, Erfurt, 2006.

Gutzeit, Martin / Hilsberg, Stephan: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 607-694.

Haase, Norbert / Paul, Gerhard (Hg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main, 1995.

Hahn, Annegret u.a. (Hg.): 4. November 1989. der Protest, die Menschen, die Reden, Berlin, 1990.

Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München, 2012.

Hanisch, Anja: 1. Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 38-53.

Hardy, Sebastien / Musset, Alain: Zentralamerika: Naturbedingte Risiken und soziale Verwundbarkeit, in: Kurtenbach, Sabine u.a. (Hg.): Zentralamerika heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, s. dort, 85-102.

Hartmann, Rüdiger u.a.: Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa. Vertragswerk, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Baden-Baden, 1994.

Hartweg, Frederic (Hg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: 1946-1967, Neukirchen-Vluyn, 1995.

Hartweg, Frederic (Hg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 2: 1968-1989, Neukirchen-Vluyn, 1995.

Haufe, Gerda / Bruckmeier, Karl (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen, 1993.

Heider, Paul: Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952-1990), in: Diedrich, Torsten (Hg.): Im Dienste der Partei: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, s. dort, 169-199.

Heidmeyer, Helge: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 247-267.

Henke, Klaus-Dietmar u.a. (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u.a., 1999.

Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei: über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden, 1994.

Henkys, Reinhard: Zwischen Militarismus und Pazifismus. Friedensarbeit der evangelischen Kirchen, in: Büscher, Wolfgang u.a. (Hg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, s. dort, 14–28.

Henkys, Reinhard (Hg.): Die Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, München, 1982.

Herring, Eric: Danger and opportunity. Explaining international crisis outcomes, Manchester/New York, 1995.

Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramtischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin, 2009.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Predigthilfe zur Friedensdekade 1988, Berlin, 1988.

Auswärtiges Amt (Hg.): Dokumente zum KSZE-Prozeß (einschließlich der KVAE), Bonn, 1990.

Das Olympische Museum (Hg.): Olympia: Schätze der neuzeitlichen Spiele, München, 2008.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Freie Deutsche Jugend und Pionierorganisation Ernst Thälmann in der DDR, Bonn, 1984.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Rentner in der DDR. Altsein im "Sozialismus", Bonn, 1987.

Koordinationsgruppe Wahlen (Hg.): wahlfall 89 – Eine Dokumentation, Berlin/Cainsdorf, 1989.

Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands (Hg.): Ordnung der Predigttexte, Berlin, 1958.

Verlag E.s. Mittler & Sohn (Hg.): Evangelisches Feldgesangbuch, Berlin, 1939.

Hoffmann, Dierk u.a. (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München, 2003.

Hoffmann, Dieter: Havemann, Robert, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 320.

Hoffmann, Martin: Ethisch und politisch Predigen, Leipzig, 2011.

Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln u.a., 2002.

Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland an den XI. Parteitag der SED, Berlin, 1986.

Honecker, Erich: Reden und Aufsätze. Band 12, Berlin, 1988.

Hübner, Peter (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln u. a., 1999.

Huff, Tobias: Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen, 2015.

Hurrelbrink, Peter: Befreiung als Prozess. Die kollektiv-offizielle Erinnerung an den 8. Mai 1945 in der Bundesrepublik, der DDR und im vereinten Deutschland, in: Schwan, Gesine u.a. (Hg.): Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich, s. dort, 71-119.

Hurrelmann, K.H. / Mansel, J.: Bewegung, in: Soziologie-Lexikon 2017, 60f.

Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, Göttingen, 2014.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend in der DDR: Gerechtigkeit. Abrüstung. Frieden. Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR 8.-18. November 1981, Berlin, 1981.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend in der DDR: Leben gegen den Tod. Material zur Friedensdekade 11.-21. November 1984, , 1984.

Jaberg, Sabine: Friedensforschung, in: Gießmann, Hans J. / Rinke, Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden, s. dort, 53–65.

Jacob, Günter (Hg.): Predigten in den Kirchen der DDR, Hamburg, 1973.

Jäger, Uli: Erziehung für das Militär? Erziehung für den Frieden! Eine Handreichung für den Unterricht zur Auseinandersetzung mit der vormilitärischen Erziehung in der DDR, Tübingen, 1995.

Jander, Martin: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung - Stimulans der Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar u.a. (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, s. dort, 281-294.

Jarausch, Konrad: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, s. dort, 25–45.

Jeschonnek, Günter: Ausreise – die SED-Diktatur in der Zwangslage, in: Schwabe, Uwe / Eckert, Rainer (Hg.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter?, s. dort, 11-20.

Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt: Eine Einführung, Wiesbaden, 2017 (4. Aufl.).

Josuttis, Manfred: Praxis des Evangeliums zwischen Politik und Religion. Grundprobleme der Praktischen Theologie, München, 1974.

Kalden, Sebastian / Wiechmann, Jan Ole: 14. Kirchen, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 247-261.

Kandler, Karl-Hermann: Situationsbezogene Verkündigung. Die Predigt während der "Wende" 1989/90 in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, Leipzig, 1996.

Keller, Carsten: Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt am Main/ New York, 2005.

Kirchenwitz, Lutz: Biermann, Wolf, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 79f.

Kirchhöfer, Dieter u.a. (Hg.): Kindheit in der DDR, Frankfurt am Main u.a., 2003.

Kiupel, Kathrin: Ein Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen Tierproduktion in der ehemaligen DDR. Der Schweinezucht – und Mastbetrieb Eberswalde unter besonderer Berücksichtigung der tierärztlichen Betreuung, Berlin, 1996.

Kleihues, Josef Paul u.a. (Hg.): Bauen in Berlin 1900-2000, Berlin, 2000.

Klein, Herbert S.: A concise History of Bolivia, Cambridge, 2011.

Klein, Manfred: In Verantwortung für den DDR-Hörfunk – Versuche und Versagen, in: Spielhagen, Edith (Hg.): So durften wir glauben zu kämpfen. Erfahrungen mit DDR-Medien, s. dort, 83–91.

Klein, Thomas: Frieden und Gerechtigkeit! Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Potsdam, 2007.

Kloth, Hans Michael: Vom "Zettelfalten" zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die "Wahlfrage", Berlin, 2000.

Klundt, Michael u.a. (Hg.): Erinnern, verdrängen, vergessen: geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Gießen, 2003.

Knabe, Hubertus: "Samisdat" - Gegenöffentlichkeit in den 80er Jahren, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 299-330.

Knabe, Hubertus: Der lange Weg zur Opposition - unabhängige politische Bestrebungen 1983 bis 1988, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 139-155.

Knabe, Hubertus: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin, 2005.

Knopke, Lars: Kinder im Visier der SED. Eine Untersuchung zur marxistisch-leninistischen Ideologisierung von Kindern und Jugendlichen im DDR-Schulwesen und darüber hinaus, Hamburg, 2007.

Koch, Michael: Die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR, Erfurt, 2000.

Koch, Michael: Der Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes. Eine Untersuchung im historischen und schulpolitischen Kontext unter besonderer Berücksichtigung der UdSSR und der DDR, Jena, 2006.

Könczöl, Barbara: Erster Mai und Fünfzehnter Januar, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR (2009), s. dort, 139–147.

Korn, Wolfgang: Von der Lust am Eigensinn. 11 unbequeme Deutsche, die Geschichte schrieben, Stuttgart, 2012.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn, 2009.

Kowalczuk, Ilko-Sascha / Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland, Berlin, 2010 (2. Aufl.).

Krätschell, Werner: Die Macht der Kerzen: Erinnerungen an die Friedliche Revolution, Berlin, 2019.

Krötke, Wolf: Das beschädigte Wahrheitszeugnis der Kirche. Zu den Folgen der Einflussnahme des MfS auf die Kirche, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 405–414.

Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarnosc. DIe politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin, 1999.

Kuhnt, Ann-Kristin: Bewegung, soziale, in: Grundbegriffe der Soziologie 2016, 35-38.

Kuhrt, Eberhard: Wider der Militarisierung der Gesellschaft: Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Melle, 1984.

Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen, 1999.

Kunter, Katharina: Die Kirchen im KSZE-Prozeß 1968-1978, Stuttgart, 2000.

Kunter, Katharina: Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980-1993), Goettingen, 2006.

Kunze, Thomas: Nicolae Ceausescu: eine Biographie, Berlin, 2000.

Kurtenbach, Sabine u.a. (Hg.): Zentralamerika heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt am Main, 2008.

Laitko, Hubert: Bahro, Rudolf, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 37.

Lamm, Hans Siegfried / Kupper, Siegfried: DDR und Dritte Welt, München/FWien, 1976.

Lapp, Peter Joachim: Gefechtsdienst im Frieden - Das Grenzregime der DDR, Bonn, 1999.

Leffler, Melvyn P. / Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge, 2010.

Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen, 2005 (2. Aufl.).

Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen, 1991.

Lemke, Michael: Berlin im Kalten Krieg, in: Unverhau, Dagmar (Hg.): Gemeinhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges. Teilband 1: Beiträge und Analysen, s. dort, 21–44.

Lenin, Vladimir I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, Berlin, 1946.

Leonhard, Wolfgang: Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart, 1990.

Leppin, Volker: Franziskus von Assisi, Darmstadt, 2018.

Lewek, Christa u.a. (Hg.): Menschenrechte in christlicher Verantwortung, Berlin, 1981 (2. Aufl.).

Liebscher, Robert: Wohnen für alle. Eine Kulturgeschichte des Plattenbaus, Berlin, 2009.

Lippelt, Peter: Postulierter Pragmatismus. Studien zur Theorie und Praxis Evangelischer Predigt in der DDR (1949-1989), Leipzig, 2015.

Lochen, Hans-Hermann: Die geheimgehalteten Bestimmungen über das Ausreiseverfahren als Ausdruck staatlicher Willkür, in: Eisenfeld, Bernd u.a. (Hg.): Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, s. dort, 20–29.

Lochen, Hans-Hermann und Christian Meyer-Seitz: Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln, 1992.

Lodge, Tom: Resistance and Reform, 1973-1994, in: Ross, Robert u.a. (Hg.): The Cambridge history of South Africa, s. dort, 409–491.

Luchterhandt, Otto: Die Gegenwartslage der Evangelischen Kirchen in der DDR, Tübingen, 1982.

Lück, Joachim u. a.: Zivilverteidigung Klasse 9. Unterrichtshilfen, Berlin, 1978.

Luckenbill, Daniel David: The Annals of Sennacherib, Chicago, 1924.

Lütze, Frank M.: Absicht und Wirkung der Predigt. Eine Untersuchung zur homiletischen Pragmatik, Leipzig, 2006.

Maaß, Anita: Wohnen in der DDR. Dresden–Prohlis: Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981, München, 2006.

MacLean, John: El Salvador. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Stuttgart, 1987.

Major, Patrick: Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontier of Power, Oxford u.a., 2010.

Majoros, Ferenc (Hg.): Die Rechtshilfeabkommen der DDR, Berlin, 1982.

Malycha, Andreas: Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, Oldenburg, 2014.

Malycha, Andreas / Winters, Peter Jochen: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn, 2009.

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Über Religion, Berlin, 1984.

Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, München, 1969.

Marx, Karl u.a.: Marx/Engels: Gesamtausgabe. Band 15, Berlin/Boston, 2004.

Marx, Karl u.a.: Marx/Engels: Gesamtausgabe. Band 2, Berlin, 2009 (2. Aufl.).

Maser, Peter: Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR, Berlin, 1989.

Maser, Werner: Genossen beten nicht. Kirchenkampf des Kommunismus, Köln, 1963.

Mason, John W.: The Cold War. 1945-1991, London/New York, 1996.

Matthes, Eva: Der Mauerbau in Staatsbürgerkundebüchern der DDR, in: Matthes, Eva u.a. (Hg.): Der Mauerbau 1961 – Bildungsgeschichtliche Einsichten, s. dort, 53–77.

Matthes, Eva u.a. (Hg.): Der Mauerbau 1961 – Bildungsgeschichtliche Einsichten, Bad Heilbrunn, 2013.

Mau, Rudolf: Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen, 1994.

Mau, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990), Leipzig, 2005.

Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als wirksame Form des Widerstands und Mittel gegen die politische Verfolgung in der DDR, Berlin, 2002.

Mechtenberg, Theo: Die Friedensverantwortung der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: Henkys, Reinhard (Hg.): Die Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, s. dort, 355-399.

Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, Leipzig, 2020.

Meckel, Markus / Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit - kommentierte Quellentexte, Köln, 1994.

Mehlhorn, Ludwig: "Demokratie jetzt", in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 573-606.

Meidenbauer, Jörg (Hg.): DuMonts Chronik der Erfindungen und Entdeckungen, Köln, 2002.

Meier, Johannes / Straßner, Veit (Hg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Band 6. Lateinamerika und Karibik, Paderborn u.a., 2009.

Meiers, Franz-Josef: Raketenschach - von SALT II zu INF. Der innen - und aussenpolitische Kontext der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik 1977-1988, Chur/Zürich, 1991.

Menge, Marlies: "Ohne uns läuft nichts mehr" Die Revolution in der DDR, Stuttgart, 1990.

Merl, Stephan / Schinke, Eberhard (Hg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin, 1991.

Merom, Gil: How Democracies Lose Small Wars. State, Society, and the Failure of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam, Cambridge, 2003.

Meyen, Michael / Fiedler, Anke: Totalitäre Vernichtung der politischen öffentlichkeit? Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR, in: Zahlmann, Stefan (Hg.): Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR, s. dort, 35–59.

Meyer, Dietrich: Zinzendorf und die Herrnhuter Brüdergemeine. 1700-2000, Göttingen, 2000.

Meyer-Landrut, Nikolaus: Die Entstehung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und die Herstellung der deutschen Einheit, Bonn, 1992.

Meyers, Reinhard: Krieg und Frieden, in: Gießmann, Hans J. / Rinke, Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden, s. dort, 21-50.

Middlebrook, Martin: Task Force. The Falklands War, 1982, London, 1987.

Milchner, Hans Jürgen: Fürbitten im Gemeindegottesdienst. Fürbitte 1, in: Milchner, Hans Jürgen (Hg.): Beerdigung: Ansprachen, Gebete, Entwürfe, s. dort, 156.

Milchner, Hans Jürgen (Hg.): Beerdigung: Ansprachen, Gebete, Entwürfe, Göttingen, 1996 (2. Aufl.).

Mildenberger, Irene: Der Israelsonntag. Gedenktag der Zerstörung Jerusalems, Berlin, 2002.

Mirzaie-Tashnizi, Hossain: Der Konflikt Iran - Irak. Eine Hintergrundanalyse, Wien, 2002.

Mittag, Günter: Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, Berlin, 1986.

Mitter, Armin / Wolle, Stefan (Hg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989, Berlin, 1990.

Müller-Blattau, Wendelin: Das politische Lied als Bestandteil der Musikerziehung im NS-Staat, in: Niedhart, Gottfried / Broderick, George (Hg.): Lieder in Politik und Alltag des Nationalsozialismus, s. dort, 209–227.

Müller-Enbergs, Helmut: Birthler, Marianne, geb. Radtke, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 82.

Müller-Enbergs, Helmut: Jarowinsky, Werner, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 392f.

Müller-Enbergs, Helmut: Meckel, Johannes Markus, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 563-564.

Müller-Enbergs, Helmut: Schorlemmer, Friedrich, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 764.

Müller-Enbergs, Helmut u.a. (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin, 1992.

Müller-Enbergs, Helmut / Müller, Silvia: Jahn, Roland, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 387f.

Nehrig, Christel: Agrarpolitik, in: Burrichter, Clemens u.a. (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, s. dort, 755–776.

Neidhardt, Wolfgang / Marum, Ludwig: Der Kalte Krieg und die Rüstung von Ost und West, Berlin, 2009.

Neijenhuis, Jörg: Die Predigt als Zeichen in Öffentlichkeit und Gesellschaft, in: Engemann, Wilfried (Hg.): Theologie der Predigt. Grundlagen – Modelle – Konsequenzen, s. dort, 189–210.

Neubert, Ehrhart: 'Von der Freiheit eines Christenmenschen': Protestantische Wurzeln widerständigen Verhaltens, in: Poppe, Ulrike u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, s. dort, 224-243.

Neubert, Ehrhart: Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit – Eine Zwischenbilanz, s. dort, 329–352.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn, 1997.

Neubert, Ehrhart: Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, in: Henke, Klaus-Dietmar u.a. (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, s. dort, 295–308.

Neubert, Ehrhart: Mendt, Dietrich, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 570.

Neuneck, Götz / Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: Neuneck, Götz / Schaaf, Michael (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland: Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus; Berlin, 24. Februar 2006, s. dort, 31-37.

Neuneck, Götz /Schaaf, Michael (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland: Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus; Berlin, 24. Februar 2006, Berlin, 2007.

Niebling, Gerhard: Gegen das Verlassen der DDR, gegen Menschenhandel und Bandenkriminalität (Zur Verantwortung der ZKG/BKG), in: Grimmer, Reinhard u.a. (Hg.): Die Sicherheit: Zur Abwehrarbeit des MfS. Band 2, s. dort, 161-245.

Niebling, Ursula: Der Bürgerkrieg in El Salvador, in: Siegelberg, Jens (Hg.): Die Kriege 1985 bis 1990. Analyse ihrer Ursachen, s. dort, 501–519.

Niedhart, Gottfried / Broderick, George (Hg.): Lieder in Politik und Alltag des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main u.a., 1999.

Niethammer, Lutz: Die SED und "ihre" Menschen. Versuch über das Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung als bestimmendem Moment innerer Staatssicherheit, in: Suckut, Siegfried / Süß, Walter (Hg.): Staatsapparat und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, s. dort, 307–340.

Nowak, Kurt: Der historische Kontext, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 9–28.

Ohse, Marc-Dietrich / Pollack, Detlef: Dissidente Gruppen in der DDR, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, s. dort, 363-390.

Olschowsky, Burkhard: Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980-1989, Osnabrück, 2005.

Omar, Assad: Die russisch-afghanistanischen Beziehungen von der ersten russischen Gesandtschaft 1978/79 nach Afghanistan bis zum sowjetischen Einmarsch von Afghanistan am 27.12.1979, Franfurt am Main u. a., 1987.

Paucke, Horst: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR, Marburg, 1994.

Pelz, Birge-Dorothea: Die Friedliche Revolution auf der Kanzel. Politischer Gehalt und theologische Geschichtsdeutung in Rostocker evangelischen Predigten und Andachten während der deutschen Vereinigung 1989/90, in: Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte 7 2013, 181-205.

Pelz, Birge-Dorothea: Revolution auf der Kanzel. Politischer Gehalt und theologische Geschichtsdeutung in evangelischen Predigten während der deutschen Vereinigung 1989/90, Göttingen, 2019.

Peter, Matthias / Wentker, Hermann (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975 – 1990, München, 2012.

Peters, Ingo: Die beiden deutschen Staaten auf der Stockholmer Konferenz: Ziele, Mittel, Handlungsspielräume, in: Birnbaum, Karl E. / Peters, Ingo (Hg.): Zwischen Abgrenzung und Verantwortungsgemeinschaft: Zur KSZE-Politik der beiden deutschen Staaten 1984-1989, s. dort, 53-70.

Pflugbeil, Sebastian: Das neue Forum, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 507-536.

Pigor, Paul und Gerhard Wäsch: Klassenleiter und FDJ-Gruppe, Berlin, 1981.

Pingel-Schliemann, Sandra: Zerstörung von Biographien. Zersetzung als Phänomen der Honecker-ära, in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, s. dort, 78–91.

Ploetz, Michael / Müller, Hans-Peter: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster, 2004.

Ploetz, Michael: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin/München, 2000.

Pollack, Detlef: Zwischen Ost und West, zwischen Staat und Kirche. Die Friedensbewegung in der DDR, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 269-282.

Poppe, Ulrike u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin, 1995.

Pötzsch, Horst: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und das vereinte Deutschland, München, 2009.

Preiss, Klaus / Wagner, Frank: Das konventionelle Kriegsbild in den 80er und 90er Jahren in Mitteleuropa, in: Forndran, Erhard / Schmidt, Hans Joachim (Hg.): Konventionelle Rüstung im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, s. dort, 69–94.

Puchner, Maximilian: Cernobyl. Ein Beitrag zu den Ursachen, Auswirkungen und politischen Implikationen der Reaktorexplosion am 26. April 1986, Hamburg, 1998.

Quitz, Andrea: Staat, Macht, Moral. Die medizinische Ethik in der DDR, Berlin, 2015.

Rabenschlag, Ann-Judith: Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR, Stockholm, 2014.

Raschka, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Opladen, 2001.

Reiher, Dieter: Religion und Kindheit, in: Kirchhöfer, Dieter u.a. (Hg.): Kindheit in der DDR, s. dort, 67–80.

Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987-1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin, 1990.

Reinalda, Bob: Routledge History of International Organizations: From 1815 to the Present Day, London/New York, 2009.

Renner,C. E. (Hg.): Auserlesene geistvolle Briefe Der Reformatoren und sonstiger bedeutender Männer der evangelischen Kirche Zur christlichen Erbauung und Belehrung, Stuttgart, 1862.

Richter, Michael / Sobeslavsky, Erich: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Köln u.a., 1999.

Richter, Hedwig: Pietismus im Sozialismus. Die Herrnhuter Brüdergemeine in der DDR, Göttingen, 2009.

Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München, 2009.

Rink, Dieter: Bürgerbewegungen in der DDR. Demokratische Sammelbewegungen am Ende des Sozialismus, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, s. dort, 391–415.

Risse-Kappen, Thomas: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987, Frankfurt am Main/New York, 1988.

Roesler, Jörg: Die Wirtschaft der DDR, Jena, 2011.

Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor der Mauer, Berlin, 2008.

Rohde-Liebenau, Sylvia: Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa, Baden-Baden, 1996.

Ross, Robert u.a. (Hg.): The Cambridge history of South Africa, Cambridge, 2011.

Rost, Klaus: Was macht eigentlich Rudolf Bahro, in: Zimmermann, Monika (Hg.): Was macht eigentlich...? 100 DDR-Prominente heute, s. dort, 16-19.

Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main / New York, 2008.

Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. mit texten aus den umweltblättern, Berlin, 1992.

Rühl, Lothar: Mittelstreckenwaffen in Europa: Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden, 1987.

Sabrow, Martin (Hg.): Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen, 2004.

Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, 2009.

Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, Bonn, 2010.

Sachse, Rosemarie: Agrarwissenschaft im Dienste der sozialistischen Intensivierung, in: Einheit 30. Jahrgang 1975, 719–724.

Saikal, Amin: Islamism, the Iranian revolution, and the Soviet invasion of Afghanistan, in: Leffler, Melvyn P. / Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War. Volume III Endings, s. dort, 112-134.

Schiewe, Andrea und Jürgen Schiewe: Witzkultur in der DDR. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen, 2000.

Schilling, Walter: Die "Bearbeitung" der Landeskirche Thüringen durch das MfS, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 211–266.

Schirrmeister, Karl-Günther: Erziehung zum Hass. Geistige Militarisierung in der DDR, Stuttgart, 1987.

Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt/New York, 1999.

Schmid, Hans Heinrich: Frieden. II. Altes Testament, in: TRE Band 11 1983, 605–610.

Schmid, Josef: Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren. Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung, in: Müller-Enbergs, Helmut u.a. (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, s. dort, 342-365.

Schmidt, Johann N.: Großbritannien 1945-2010. Kultur, Politik, Gesellschaft, Stuttgart, 2011.

Schneider, Ilona Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen - Praxis - Opposition. Eine kommentierte Dokumentation, Opladen, 1995.

Schönherr, Albrecht: Predigt und Fragen der Zeit, in: Bieritz, Karl-Heinrich (Hg.): Handbuch der Predigt, s. dort, 379-408.

Schönherr, Albrecht: Gratwanderung. Gedanken über den Weg des Bundes der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig, 1992 (2. Aufl.).

Schoop, Ursula: Krenz, Egon, in: Biographisches Handlung der SBZ/DDR 1945-1990 Band 1. Abendroth – Lyr 1996, 437.

Schorlemmer, Friedrich: Klar sehen und doch hoffen: Mein politisches Leben, Berlin, 2012.

Schreckenberg, Heinz: Der Hitler-Barde Hans Baumann und sein Wirken vor 1945. Ein katholisches Janusgesicht, Berlin, 2009.

Schroeder, Hans-Henning: Gorbatschow und die Generäle. Militärdoktrin, Rüstungspolitik und öffentliche Meinung in der "Perestrojka", Köln, 1987.

Schroeder, Hans-Henning: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen »Stagnation« und »Perestrojka«. Eine Untersuchung der Wechselbeziehung von auswärtiger Politik und innerem Wandel in der UdSSR (1979-1991), Baden-Baden, 1995.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München/Wien, 1998.

Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Stamsried, 2006.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949-1990, Köln/ Weimar/ Wien, 2013.

Schröter, Ulrich: Die "Bearbeitung" der Landeskirche Berlin-Brandenburg durch das MfS, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 191–210.

Schüddekopf, Charles (Hg.): Wir sind das Volk! - Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbeck bei Hamburg, 1990.

Schultke, Dietmar: "KEINER KOMMT DURCH" Die Geschichte der innerdeutschen Grenze 1945-1990, Berlin, 1999.

Schultze, Harald (Hg.): Berichte der Madgeburger Kirchenleitung zu den Tagungen der Provinzialsynode 1946-1989, Göttingen, 2005.

Schultze, Harald u.a. (Hg.): Das Signal von Zeitz: Reaktionen auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, Leipzig, 1993.

Schulze, Rudolf u.a.: gehen oder bleiben. Flucht und übersiedlung von Pfarrern im geteilten Deutschland, Leipzig, 2002.

Schumann, Karl u.a.: Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende, Weinheim, 1996.

Schwabe, Klaus: Verhandlung und Stationierung: Die USA und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses: 1981-1987, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 65-93.

Schwabe, Uwe / Eckert, Rainer (Hg.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter?, Leipzig, 2003.

Schwabe, Uwe: Der Herbst 89 in Zahlen – Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, s. dort, 719-735.

Schwan, Gesine u.a. (Hg.): Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich, Wiesbaden, 2006.

Schwarzkopf, Dietrich (Hg.): Die Ideologiepolizei. Die rundfunkbezogenen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in der DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland, Franfurt am Mai, 2008.

Schwier, Helmut: Ethisch predigen heute? Thematische Einführung, in: Schwier, Helmut (Hg.): Ethische und politische Predigt. Beiträge zu einer homiletischen Herausforderung, s. dort, 11–26.

Schwier, Helmut (Hg.): Ethische und politische Predigt. Beiträge zu einer homiletischen Herausforderung, Leipzig, 2015.

Schwietring, Marc: Konkretionen des Erinnerns. Der Wandel des Gedenkens an historischen Stätten der NS-Verbrechen, in: Klundt, Michael u.a. (Hg.): Erinnern, verdrängen, vergessen: geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, s. dort, 137–173.

Seresse, Volker: Kirche und Christentum – Grundwissen für Historiker, Paderborn u.a., 2011.

Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976-1989. Strategien und Grenzen, Paderborn, 1999.

Siegelberg, Jens (Hg.): Die Kriege 1985 bis 1990. Analyse ihrer Ursachen, Münster/ Hamburg, 1991.

Silber, Stefan: 18. Kapitel: Bolivien, in: Meier, Johannes / Straßner, Veit (Hg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Band 6. Lateinamerika und Karibik, s. dort, 365-384.

Silomon, Anke: Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982, Göttingen, 1999.

Silomon, Anke: Anspruch und Wirklichkeit der 'besonderen Gemeinschaft'. Der Ost-West-Dialog der duetschen evangelischen Kirchen 1969-1991, Göttingen, 2006.

Skilling, H. Gordon: Charta 77 and Human Rights in Czechoslovakia, London, 1981.

Spielhagen, Edith (Hg.): So durften wir glauben zu kämpfen. Erfahrungen mit DDR-Medien, Berlin, 1993.

Stach, Sabine: Vermächtnispolitik. Jan Palach und Oskar Brüsewitz als politische Märtyrer, Göttingen, 2016.

Stadelmann-Wenz, Sabine: Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära, Paderborn u.a., 2009.

Stamm, Klaus-Dieter: Stichworte von A bis Z zu Bildung, Jugend und Gesellschaft in der DDR 1949-1990, Norderstedt, 2010.

Steen, Klaus: Der Nahost-Konflikt. Ursachen, Grundprobleme und Lösungsversuche. Die Entwicklung der Konfliktdynamik im Nahen Osten und ihre Bedeutung für die internationale Politik, Oldenburg, 2008.

Steiner, Imgard: Kinderleben in der Statistik, in: Kirchhöfer, Dieter u.a. (Hg.): Kindheit in der DDR, s. dort, 477-502.

Steinhauser, Hildegard: Wohnen in Großsiedlungen. Der Beitrag der ästhetischen Erziehung zur Wohnungsfeldgestaltung innerhalb von Revitalisierungsmaßnahmen, Hamburg, 2008.

Stephan,Gerd-Rüdiger / Küchenmeister, Daniel (Hg.): "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin, 1994.

Stern, Carola / Winkler, Heinrich August (Hg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt am Main, 1997.

Stier, Christoph: Um der Kirche willen – Regelüberpruefung und kirchenleitendes Handeln in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 415-433.

Stierle, Wolfram u.a. (Hg.): Ethik für das Leben. 100 Jahre Ökumenische Wirtschafts- und Sozialethik. Quellenedition ökumenischer Erklärungen, Studientexte und Sektionsberichte des ÖRK von den Anfängen bis 1996, Rothenburg o. d. Tauber, 1996.

Stollberg, Dietrich: Predigt praktisch. Homiletik – kurz gefasst, Göttingen, 1979.

Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München, 2007.

Suckut, Siegfried: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definition zur "politisch-operativen Arbeit", Berlin, 2001.

Suckut, Siegfried / Süß, Walter (Hg.): Staatsapparat und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin, 1997.

Süß, Walter: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin, 2000.

Sygalski, Marc: Das »politische Lied« in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1964 und 1989 am Beispiel von Franz Josef Degenhardt, Hannes Wader und Reinhard Mey, Göttingen, 2011.

Szyszka, Peter (Hg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation, Opladen / Wiesbaden, 1999.

Tantzscher, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von "Republikflucht", Berlin, 1998.

Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989, München, 2009.

Taylor, K. W.: A History of the Vietnamese, Cambridge, 2013.

Temitschewa, Jelena: Moskauer Helsinki-Gruppe. Avantgarde mit zwei Schreibmaschinen, in: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, s. dort, 126–131.

Templin, Wolfgang / Weißhuhn, Reinhard: Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Müller-Enbergs, Helmut u.a. (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, s. dort, 148-165.

Theil, Jürgen: Das geteilte Deutschland 1961-1990. Quellen zur Geschichte und Politik, Stuttgart, Leipzig, 2007.

Tichy, Franz: Italien, Darmstadt, 1985.

Uhl, Matthias / Wagner, Armin: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München, 2003.

Kommunistische Partei Deutschlands Stadt und Kreis Leipzig (Hg.): Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht, Leipzig, 1948.

Unverhau, Dagmar (Hg.): Gemeinhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges. Teilband 1: Beiträge und Analysen, Berlin, 2009.

Vilimek, Tomas: Die Opposition in der CSSR und in der DDR – der "dissidentische Weg" und die gegenseitige Wahrnehmung von Vertretern der tschechoslowakischen und ostdeutschen Opposition, in: von, Plato, Alexander u.a. (Hg.): Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der CSSR und in Polen, s. dort, 279-388.

Vogel, Kristin: Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung. Eine Fallstudie zur Opposition in Polen und zur Havarie im Gaskombinat Schwarze Pumpe, in: Fiedler, Anke / Meyen, Michael (Hg.): Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument, s. dort, 25–58.

Vollnhals, Clemens: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperren für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 434–446.

Vollnhals, Clemens: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit - Eine Zwischenbilanz, s. dort, 79–119.

Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin, 1997.

Völtz, Nicole: Staatsjubiläum und Friedliche Revolution. Planung und Scheitern des 40. Jahrestages der DDR 1989, Leipzig, 2009.

von Plato, Alexander: Revolution in einem halben Land. Lebensgeschichte von Oppositionellen in der DDR und ihre Interpretation, in: von Plato, Alexander u.a. (Hg.): Opposition als Lebenform. Dissidenz in der DDR, der CSSR und in Polen, s. dort, 23-278.

von Plato, Alexander u.a. (Hg.): Opposition als Lebenform. Dissidenz in der DDR, der CSSR und in Polen, Berlin, 2013.

von Saal, Yuliya: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demonkratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985-1991, München, 2014.

von Scheliha, Arnulf: Protestantische Ethik des Politischen, Tübingen, 2013.

Wagner, Armin: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse (1953-1990), in: Dietrich, Torsten (Hg.): Im Dienste der Partei: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, s. dort, 281-337.

Wagner, Bernd: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin, 2018 (2. Aufl.).

Walter, Alfred: SALT. Ein Schritt zur Rüstungsbegrenzung? Eine Dokumentation, Waldkirch, 1980.

Warnke, Stephanie: Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970, Frankfurt am Main / New York, 2009.

Wawra, Ernst: 'Die Beendigung der feindlichen Aktivität?' Staatliche Reaktionen auf die Tätigkeit der Moskauer Helsinki-Gruppe, in: Peter, Matthias / Wentker, Hermann (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975 – 1990, s. dort, 267–284.

Weber, Adolf: Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR. Rückblick und Ausblick, in: Merl, Stephan / Schinke, Eberhard (Hg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, s. dort, 53-70.

Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln, 1991.

Weber-Fas, Rudolf: Lexikon Politik und Recht. Geschichte und Gegenwart, Paderborn, 2008.

Weigel, Georg: Zeuge der Hoffnung. Johannes Paul II. Eine Biographie, Paderborn u. a., 2002.

Weißgerber, Ulrich: Giftige Worte der SED-Diktatur: Sprache als Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR, Berlin, 2010.

Wensierski, Peter: Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Franfurt am Main, 1986.

Wentker, Hermann: KIRCHENKAMPF in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jahrgang 42, Heft 1 1994, 95–127.

Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München, 2007.

Wentker, Hermann: 4. Der NATO-Doppelbeschluss und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): "Entrüstet euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, s. dort, 88-102.

Wentorf, Rudolf: Der Fall des Pfarrers Paul Schneider. Eine biographische Dokumentation, Neukirchen-Vluyn, 1989.

Werkentin, Falco: Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn, 1998.

Wettig, Gerhard: Modelle zur Gewährleistung des Friedens, in: Forndran, Erhard / Schmidt, Hans Joachim (Hg.): Konventionelle Rüstung im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, s. dort, 17–55.

Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979-1983, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jahrgang 57, Heft 2 2009, 217-259.

Wettig, Gerhard: Sowjetische Euroraketenrüstung und Auseinandersetzung mit den Reaktionen des Westens. Motivationen und Entscheidungen, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und die Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive, s. dort, 49-64.

Wielgohs, Jan / Müller-Enbergs, Helmut: Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, in: Müller-Enbergs, Helmut u.a. (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, s. dort, 105-147.

Wielgohs, Jan: Fuchs, Jürgen, in: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon 2000, 232.

Wielgohs, Jan: DDR - regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949-1989), in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, s. dort, 109–131.

Wilk, Sina-Christin: Als die Kirche dem Volk eine Stimme verlieh. Die Evangelische Friedensarbeit und ihr Einfluss auf die politische Wende in der DDR, Hamburg, 2012.

Winkler, Heinrich August: 1989/90: Die unverhoffte Einheit, in: Stern, Carola / Winkler, Heinrich August (Hg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, s. dort, 193–226.

Wintzer, Friedrich: "Der Text und die Texte" Anmerkungen zur homiletischen Hermeneutik, in: Zilleßen, Dietrich u.a. (Hg.): Praktisch-theologische Hermeneutik. Ansätze – Anregungen – Aufgaben, s. dort, 363-370.

Wöhlke, Wilhelm (Hg.): Länderbericht Polen, Bonn, 1991.

Wolfrum, Edgar / Arendes, Cord: Globale Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart, 2007.

Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München, 2009.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, Berlin, 1999 (2. Aufl.).

Wolle, Stefan: Lanzelot und der Drache. Skandal und Öffentlichkeit in der geschlossenen Gesellschaft der DDR am Beispiel der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976, in: Sabrow, Martin (Hg.): Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, s. dort, 212–230.

Wolle, Stefan: 2.2. Öffentlichkeit, Medien und Staatssicherheit in der DDR. 2.2.1. Fragmentierte öffentlichkeit, in: Schwarzkopf, Dietrich (Hg.): Die Ideologiepolizei. Die rundfunkbezogenen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in der DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland, s. dort, 40-44.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, Berlin, 2009 (3. Aufl.).

Wolle, Stefan: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR 1949–1961, Bonn, 2015.

Wood, Elisabeth Jean: Insurgent Collective Action and Civil War in El Salvador, Cambridge u.a., 2003.

Zahlmann, Stefan (Hg.): Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR, Berlin, 2010.

Zentner, Christian u.a.: Die DDR. Eine Chronik Deutscher Geschichte, St. Gallen, 2004.

Zentralhaus-Publikation: Wo wir sind wird auch das Leben sein. Material für die Fest- und Feiergestaltung zum 35. Jahrestag der DDR, Leipzig, 1984.

Zilleßen, Dietrich u.a. (Hg.): Praktisch-theologische Hermeneutik. Ansätze – Anregungen – Aufgaben, Rheinbach-Merzbach, 1991.

Zimmerling, Zeno / Zimmerling, Sabine (Hg.): Neue Chronik DDR. 1. Folge. 7. August-18. Oktober 1989, Berlin, 1990.

Zimmerling, Zeno / Zimmerling Sabine (Hg.): Neue Chronik DDR. 2. Folge. 19. Oktober-23. November 1989, Berlin, 1990.

Zimmermann, Monika (Hg.): Was macht eigentlich...? 100 DDR-Prominente heute, Berlin, 1994.

Zirlewagen, Marc: SCHEVEN, Karl v., in: BBKL Band XXIV 2005, 1280-1284.

Zubok, Vladislav M.: Soviet foreign policy from detente to Gorbachev, 1975-1985, in: Leffler, Melvyn P. / Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War. Volume III Endings, s. dort, 89-111.